ANDOVER-HARVARD LIBRARY
AH 4SKQ J

Digitized by Google

2744

934.47

Digitized by Google

Widener 2744

Digitized by Google

Geſchichte

und

heutige Verfaſſung

der

katholiſchen Kirche Preußens.

Geſchichte

und

heutige Verfaſſung

der

katholiſchen Kirche Preuſſens

von

Dr. E. A. Th. Laspeyres,
ordentlichem Profeſſor der Rechte an der Univerſität
Halle = Wittenberg.

Erſter Theil.

Halle,
Verlag der Buchhandlung des Waiſenhauſes.
1840.

Digitized by Google

V o r r e d e.

Der für das Studium des canoniſchen Rechts neu erwachte Eifer hat bisher für die Bearbeitung des particularen Kirchenrechts, namentlich der katholiſchen Kirche, im Ganzen nur geringe Früchte gebracht. Gleichwohl hat gerade dies eben ſo ſehr an Eigenthümlichkeit, als an Wichtigkeit in unſeren Tagen gewonnen. Die politiſchen Ereigniſſe der letzten funfzig Jahre haben zu einer Territorialiſirung der katholiſchen Kirche geführt, wie ſie der früheren Zeit nicht bloß fremd war, ſondern faſt undenkbar ſchien, und aus der allgemeinen Umwälzung aller Lebensverhältniſſe, welche im Gefolge der Franzöſiſchen Revolution über Deutſchland hereinbrach, hat auch für das katholiſche Kirchenregiment ein ganz neuer Zuſtand der Dinge ſich entwickeln müſſen. Daß indeſſen im Innern der katholiſchen Kirche noch in aller Schärfe die Gegenſätze fortbeſtehen, deren Kampf nun ſchon ſeit Jahrhunderten den Mittelpunkt ihrer Geſchichte bildet, daß der Verluſt weltlicher Macht und Hoheit das hierarchiſche Princip dieſer Kirche nicht gemildert habe, war den Kundigen ſchwerlich je zweifelhaft, und liegt ſeit den jüngſten kirchlichen Bewegungen eben ſo klar vor Aller Augen, als daß in unzähligen Fäden immer noch die heutige Organiſation der katholiſchen Kirche mit den Einrichtungen der früheren Zeit zuſam-

menhängt. Kaum aber dürfte ein Deutſches Territorium nachzuweiſen ſein, deſſen Geſchichte und jetzige Verfaſſung in dieſer Hinſicht ein größeres und vielſeitigeres Intereſſe darböte, als die Preußiſche Monarchie. Ein rein evangeliſches Land zu der Zeit, wo zur politiſchen Macht Preußens der Grund gelegt wurde, hat die Monarchie im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte mit den alten Stammlanden eine Reihe weltlicher und geiſtlicher Territorien vereinigt, in denen die katholiſche Kirche, bald neben der evangeliſchen öffentliches Bekenntniß behauptet, häufiger noch entſchiedenſtes Uebergewicht oder ausſchließliche Herrſchaft wieder gewonnen hatte. Längſt ſchon iſt hier bürgerliche und politiſche Gleichſtellung beider Confeſſionen als Baſis der Staatsverfaſſung anerkannt, beiden in neueſter Zeit für den Umfang der geſammten Monarchie öffentliche Religionsübung und Genuß der jeder Religionspartheí eigenthümlichen Verfaſſung zugeſtanden worden. Dem Preußiſchen Staate gehört aber auch der erſte umfaſſende Verſuch legislativer Feſtſtellung der katholiſchen Kirchenverfaſſung an, und je mehr die darauf gegründete Organiſation der Landesverwaltung in alle Theile des Kirchenregiments eingreift, je entſchiedener durch die neueſte Diöceſan-Eintheilung des Landes die kirchliche Verwaltung in den Händen der inländiſchen Kirchenobern concentrirt iſt, hat die katholiſche Kirche Preußens mehr denn zuvor, und mehr als in vielen andern Staaten, die Bedeutung einer eigenthümlich organiſirten Landeskirche gewonnen.

Für wiſſenſchaftliche Bearbeitung des Preußiſchen Kirchenrechts überhaupt, der katholiſchen Kirchenverfaſſung des Landes insbeſondere, war bis vor kurzem ſo gut wie nichts geſchehen. Das Verdienſt, den allein richtigen Weg zuerſt gezeigt, und zugleich in

erfreulichſter Weiſe angebahnt zu haben, gebührt dem ſo fleißigen als gründlichen Werke Jacobſon's, welches die Geſchichte der Quellen des Kirchenrechts des Preußiſchen Staats, unter vollſtändiger Hinweiſung auf die gedruckten, und unter Mittheilung bisher ungedruckter Rechtsdocumente, für die öſtlichen Provinzen der Monarchie bereits gegeben hat, für die übrigen in nächſte Ausſicht ſtellt. Unabhängig von dieſem Werke, vielleicht ehe noch der Entſchluß dazu gereift war, habe ich vor einer Reihe von Jahren den Plan zu dem Buche entworfen, deſſen erſte Hälfte ich gegenwärtig, nach vielfachen Unterbrechungen und Verzögerungen meiner Arbeit, der Oeffentlichkeit übergebe. In ſo fern gleicher Tendenz, als ich die Ueberzeugung theile, daß nur mit Hülfe der Geſchichte und durch möglichſt vollſtändige Berückſichtigung des provinziellen Rechts vollkommene Einſicht in die Eigenthümlichkeit der Kirchenverfaſſung Preußens, und ein zugleich wirklich praktiſches und wahrhaft wiſſenſchaftliches Syſtem des Preußiſchen Kirchenrechts aufgeſtellt werden könne, weichen beide Arbeiten darin weſentlich von einander ab, daß ich mich, weil die Baſis beider Kirchen, in ihrem Innern und in ihrer Stellung zum Staate, eine zu verſchiedene iſt, auf die katholiſche Kirche des Landes beſchränkt, und auf Grund des in Druckſchriften bereits zugänglichen Materials eine geſchichtlich-ſyſtematiſche Entwickelung ihrer Verfaſſung ſchon jetzt geben zu können geglaubt habe, welche mancher Ergänzungen und Berichtigungen zwar bedürfen wird, immer aber doch für weitere Forſchungen einen Mittelpunkt bilden könnte, und einen Ueberblick gewähren wird über das weite Feld, welches hier der wiſſenſchaftlichen Thätigkeit noch offen liegt, und die reichſten Früchte hoffen läßt.

Welche Aufgabe ich mir bei dieſem Werke geſtellt habe, für welches ich weder den Tadel eines überflüſſigen, noch eines undankbaren Unternehmens befürchte, giebt ſchon der Titel, näher noch der Schluß der Einleitung an. Nur über den zu Grunde gelegten Plan, über die Art, wie für das reiche, auch jetzt ſchon faſt zu große Material überſichtliche Ordnung am erſten zu gewinnen ſchien, und über die von mir benutzten Quellen und Hülfsmittel ſei hier bevorwortend Einiges bemerkt.

Für die geſchichtliche Entwickelung, wie für die heutige Verfaſſung der katholiſchen Kirche des Landes boten ſich drei Hauptpunkte zu näherer Betrachtung dar, neben der innern Verfaſſung nemlich der Kirche, deren Stellung zur weltlichen Macht und ihr Verhältniß zur evangeliſchen Kirche. Weder die politiſche Geſchichte des Preußiſchen Staats und ſeiner verſchiedenen Theile, noch die Reformations-Geſchichte der einzelnen Provinzen, Gebiete u. ſ. w. konnte daher von dem Kreiſe unſerer Aufgabe gänzlich ausgeſchloſſen bleiben; um ſo weniger war dies möglich, als zwar mit der Geſchichte Deutſchlands, und eben ſo mit der des Preußiſchen Staats überhaupt, doch nicht in gleichem Maaße mit der früheren Geſchichte und Verfaſſung der Territorien, aus welchen die Monarchie im Laufe der Jahrhunderte zu ihrem jetzigen Beſtande angewachſen iſt, nähere Bekanntſchaft vorausgeſetzt werden durfte, beides aber für die Stellung der katholiſchen Kirchenobern zur weltlichen Macht und für die innere Verfaſſung nicht minder einflußreich ſich erwieſen hat, als der Ausgang, zu welchem der lang andauernde Kampf beider Confeſſionen ſich je in den verſchiedenen Provinzen des Staats entſchied. Nur durfte die evangeliſche Kirche nicht nach der Seite ihrer inneren Angelegenhei-

ten hin, ſondern nur in ihrem Gegenſatze gegen die katholiſche Kirche und ihrer politiſchen Stellung nach in Betracht kommen. Andeutungen über die Art, wie jene ſich entwickelt hat, konnten in ſo fern wohl rathſam erſcheinen, als die allgemein zugänglichen Werke über Preußiſche Geſchichte nur in ſehr untergeordneter Weiſe die Schickſale und Verfaſſung der evangeliſchen Landeskirche berückſichtigen; im allgemeinen jedoch mußte, abgeſehen von der gegenſeitigen Stellung beider Confeſſionen in der jetzigen Zeit, deren Wettkampf mit einander als die eigentlich zu löſende Aufgabe, und als Grenze der Zeitpunkt gelten, wo in den einzelnen Territorien und Provinzen das kirchlich-politiſche Verhältniß der evangeliſchen Kirche zur katholiſchen ſich definitiv feſtgeſtellt hatte. Andererſeits aber konnte auch die politiſche Geſchichte nur ſo weit in die Darſtellung zu ziehen geſtattet ſein, als entweder nöthig war, um über die Bildung des Preußiſchen Staats zu ſeiner jetzigen Größe und Macht einen Ueberblick zu erhalten, oder einzelne, der äußeren oder inneren Landesgeſchichte angehörige Ereigniſſe gerade auf die Geſtaltung der kirchlichen Verhältniſſe einen entſchiedenen Einfluß geübt haben. Das rechte Maaß in der Auswahl deſſen zu treffen, was ſpecielle Erwähnung erheiſche, was dagegen gänzlich ausgeſchieden werden dürfe, oder nur einer Andeutung bedürfe, iſt der Verfaſſer eben ſo eifrig bemüht geweſen, als die Beziehungen zur katholiſchen Kirche und ihrer Verfaſſung immer feſtzuhalten, und mit deren äußeren und inneren Geſchichte, als dem leitenden Faden, die des Landes und des evangeliſchen Bekenntniſſes in einer Weiſe zu verknüpfen, daß Ueberſichtlichkeit und Einheit der Darſtellung möglichſt erhalten bliebe; allein offen bekenne ich, daß mir dieſer Theil meiner Aufgabe faſt als der ſchwie-

rigſte erſchienen iſt, und in um ſo höherem Grade erfreut ſein würde, wenn auch nach dieſer Seite hin mein Streben nicht erfolglos geblieben wäre.

Die Geſchichte der katholiſchen Kirche Preußens ſollte aber mehr nur als Mittel dienen zur Entwickelung der heutigen Verfaſſung, um in dieſer, theils die aus früherer Zeit überlieferten Elemente nachzuweiſen, theils, wo ſie wirklich eine andere geworden iſt, eine Verknüpfung mit den früheren Zuſtänden, und einen Maaßſtab für unbefangene Würdigung der Gegenwart zu gewinnen. Zugleich war die Abſicht darauf geſtellt, neben denjenigen Theilen der kirchlichen Verfaſſung, welche für den ganzen Preußiſchen Staat gleichförmig geordnet ſind, die provincielle Verſchiedenheit des Kirchenrechts möglichſt vollſtändig darzulegen. Ein ſolcher Particularismus exiſtirt jedoch für die innere Verfaſſung der katholiſchen Kirche, weil deren nothwendige Baſis in dem Episcopal-Regimente beruht, überhaupt nur in dem Detail der kirchlichen Einrichtungen, und in den unteren Gliederungen des Verfaſſungs-Organismus; andererſeits iſt zwar früher die Stellung der Kirchenobern zur Staatsgewalt, und das gegenſeitige Rechtsverhältniß beider Confeſſionen je in den einzelnen Theilen des Landes ſehr verſchieden geweſen, dieſe Verſchiedenheit aber in Folge der neuen Organiſation der katholiſchen Kirche, und durch die in der kirchlichen Landesgeſetzgebung anerkannte Parität beider Confeſſionen ſo gut als verſchwunden. Gerade nun in dieſer Beſeitigung der früher verfaſſungsmäßig beſtehenden confeſſionellen Gegenſätze, und mehr noch in der Stellung, welche die neuere allgemeine Landesgeſetzgebung und der geſammte Organismus der Landesverwaltung den kirchlichen Autoritäten angewieſen

hat, iſt eine Haupteigenthümlichkeit der Preußiſchen Verfaſſung zu finden, und eine geſchichtliche Darſtellung, welche dieſe in aller Weiſe entſcheidenden Momente gebührend zu würdigen unterließe, würde der Vollſtändigkeit und des nöthigen Abſchluſſes entbehren. Obwohl daher beides weſentlich dem heutigen Rechte angehört, und dieſe erſte Hälfte des Werks einen überwiegend hiſtoriſchen Charakter hat, erſchien es nicht bloß dienlich, ſondern nothwendig, in dieſelbe theils die Darlegung der jetzigen Stellung beider Confeſſionen im Staate und zu einander herüberzunehmen, theils hier ſchon eine allgemeine Charakteriſtik der kirchlichen Landesgeſetzgebung zu geben, und in überſichtlicher Zuſammenſtellung den neueren Verwaltungs-Organismus der Preußiſchen Monarchie zu erörtern. Je mehr die Landes-Organiſation, obſchon in verſchiedener Weiſe, in alle Theile der kirchlichen Verwaltung eingreift, und in dem Maaße, als die Landesgeſetzgebung über inneres wie äußeres Kirchenregiment ſich erſtreckt, wird dies zugleich für die Ueberſichtlichkeit und innere Einheit der zweiten Hälfte dieſes Werks gewinnbringend ſein, in welcher, unter ſtetem Rückblick auf die Einrichtungen und Rechtsgrundſätze der früheren Zeit, unter Verknüpfung der gemeinrechtlichen Vorſchriften mit den noch vorhandenen provinciellen und localen Particularitäten des kirchlichen Zuſtandes, und unter Hinweiſung auf die je bei den einzelnen Angelegenheiten eintretende Concurrenz der Staatsgewalt und ihrer Organe, die jetzige innere Verfaſſung der katholiſchen Landeskirche dargeſtellt werden wird.

Eine Schwierigkeit anderer Art ergab ſich für die äußere Vertheilung des Stoffes daraus, daß, was über Auffaſſung und Behandlung des katholiſchen Kirchenweſens überhaupt, über deſ-

ſen neueſte, die ganze Monarchie umfaſſende Reorganiſation, und über die allgemeine kirchliche Legislation Preußens zu bemerken war, mit der Geſchichte und Geſetzgebung der einzelnen Provinzen verbunden werden mußte, wo möglich auch keins der früher ſelbſtſtändigen Territorien, welche die jetzigen Grenzen des Staats in ſich ſchließen, unerwähnt bleiben ſollte. Geſonderte Behandlung aller dieſer Gebiete würde, abgeſehen von der Dürftigkeit des für viele derſelben überhaupt vorhandenen, oder mir wenigſtens zugänglich geweſenen Materials, zu eben ſo unleidlicher Zerſtückelung geführt haben, als bei ſynchroniſtiſcher Erörterung Ueberſichtlichkeit der Darſtellung kaum erreichbar, in dem einen wie andern Falle aber die Einordnung jener auf die Geſammtheit der Monarchie bezüglichen Bemerkungen höchſt ſchwierig geweſen ſein. Einen Mittelweg einzuſchlagen, um dadurch die Vortheile jener verſchiedenen Behandlungsweiſen ohne deren Nachtheile zu gewinnen, war unerläßlich. Unverkennbar aber bildet in den Beziehungen der Preußiſchen Monarchie zum katholiſchen Kirchenthume, einerſeits der Regierungsantritt Friedrichs des Großen einen entſcheidenden Wendepunkt, andererſeits die Vollendung und Einführung des allgemeinen Landrechts, der Zeit nach faſt zuſammenfallend mit der Thronbeſteigung des Fürſten, unter deſſen Regierung das Gebäude der Deutſchen Hierarchie dem wilden Andrange des Revolutionsſtromes erliegen, aber auch in neuer Geſtaltung die katholiſche Kirche des Landes wieder erblühen ſollte. Nach den drei Hauptabſchnitten, welche ſich hieraus ergaben, iſt daher der allgemeinen Geſchichte des Landes und der katholiſchen Landeskirche die der einzelnen Provinzen und Gebiete an- und eingefügt worden, welche während jedes Zeitraums der Monarchie zugefal-

len ſind. Doch ſchien es nicht rathſam, um ſtrenger Innehaltung jener Zeitabſchnitte willen Verwandtes zu trennen; vielmehr habe ich eben ſo wenig Bedenken getragen, die Geſchichte derjenigen Landſchaften, deren Erwerb einer früheren Periode angehört, gleich bis auf die neueſte Zeit fortzuführen, als benachbarte Provinzen und Gebiete, ſo weit ſie in näheren gegenſeitigen Bezügen geſtanden haben, ſynchroniſtiſch mit einander zu verbinden, auch wenn deren Anfall an Preußen nicht gleichzeitig erfolgt iſt, vielleicht gar in verſchiedene Perioden fällt. In welcher Weiſe ich ſo die große Zahl von Fürſtenthümern, Grafſchaften, Herrſchaften und bloßen Parcellen, aus denen die jetzige Monarchie erwachſen iſt, zu Hauptgruppen vereinigen zu können geglaubt habe, zeigt das Inhalts-Verzeichniß, welches in Verbindung mit den Seitenrubriken hoffentlich auch zur Orientirung des Leſers ausreichen wird; nur dies ſei mir, weil daraus nicht erſichtlich, hier ſchon zu bemerken erlaubt, daß namentlich die Geſchichte der kleineren Gebiete der jetzigen Rheinprovinz den Abſchnitten über die Jülich-Cleveſchen Länder und über die ehemals geiſtlichen Territorien am Rhein und in Weſtfalen eingefügt worden iſt. Als einen Uebelſtand muß ich es allerdings erkennen, daß bei dieſer Anordnung des Stoffes der Leſer zuweilen in eine ſpätere Zeit hinübergeführt, noch häufiger in eine frühere wieder zurückverſetzt wird, und daß hie und da die Noten weniger zu näherem Belege, als zu Ergänzung der Darſtellung im Texte dienen; doch glaube ich, nach der Bildungsgeſchichte der Monarchie und nach der mir geſtellten Aufgabe, dieſen Uebelſtand als einen unvermeidlichen anſprechen zu dürfen, und wünſche nur, daß es mir gelungen ſein möchte, ihn auf das möglichſt kleinſte Maaß zu beſchränken.

Die politiſche Geſchichte, und eben ſo die Reformationsgeſchichte der verſchiedenen Provinzen habe ich, um endlich noch der meiner Darſtellung zu Grunde liegenden Quellen und Hülfsmittel zu gedenken, als untergeordneteren Theil meiner Arbeit betrachtet, und bin daher hierbei nicht ſowohl immer auf die Quellen zurückgegangen, als den einſchlagenden Geſchichtswerken gefolgt. So in aller Weiſe gediegener Werke, als für Preußen durch Voigt gewonnen, von Barthold für Pommern zu hoffen iſt, beſitzen wir nur leider für die wenigſten Provinzen; manche Bücher, welche reichliche Ausbeute und genügendere Reſultate gewährt hätten, mögen mir auch unbekannt geblieben ſein, andere ſind mir entweder zu ſpät, wie Spieker's Kirchen- und Reformationsgeſchichte der Mark Brandenburg, zu Händen gekommen, oder überall nicht zugänglich geweſen, und in vielen Fällen blieb mir Büſching's bekanntes Werk als einzige Autorität, welcher zu folgen ich übrigens um ſo weniger Bedenken trug, als ich da, wo eine Vergleichung mit anderen Werken möglich war, die Zuverläſſigkeit dieſes Führers genügend erprobt hatte. Die Geſchichte der katholiſchen Kirche dagegen und ihrer Verfaſſung habe ich, ſo weit irgend thunlich, unmittelbar aus den Quellen ſelbſt zu geben verſucht, und je ſchwerer meiſt die letzteren zugänglich ſind, mich nicht mit bloßen Remiſſionen begnügen zu dürfen geglaubt, ſondern die wichtigeren Belegſtellen den Noten ſchon um deshalb einverleibt, weil ſie mehr, als jede Argumentation es könnte, viele der Vorwürfe zurückweiſen, welche die Preußiſche Geſetzgebung als eine mit dem Weſen der katholiſchen Kirche angeblich unvereinbare Neuerung in unſern Tagen getroffen haben. Amtlicher Mittheilungen irgend einer Art habe ich mich jedoch bei meiner Arbeit

Digitized by Google

überall nicht zu erfreuen gehabt, und darf mir zwar das Zeugniß fleißigen Forſchens nach dem in Druckſchriften zugänglichen Materiale geben, aber auch nicht verhehlen, daß namentlich in Betreff der neueſten Zeit, für deren Geſchichtsſchreibung die Quellen größtentheils noch in den Archiven und Regiſtraturen der Behörden verborgen liegen, mein Werk über viele, und höchſt wichtige Verhältniſſe nichts weniger als genügenden Aufſchluß giebt. Offen habe ich dies an mehreren Stellen des Buches ausgeſprochen, zweifle indeſſen nicht, daß auch da, wo mir das gewonnene Material auszureichen ſchien, Fehler zu berichtigen und Lücken zu ergänzen ſein werden. An Alle, welche durch Studium oder in amtlichen Verhältniſſen genauere Kenntniß der katholiſchen Kirchenverfaſſung gewonnen haben, ergeht daher um ſo angelegentlicher die Bitte, mich zur Verbeſſerung und Vervollſtändigung meiner Arbeit durch öffentliche oder Privat-Mittheilungen in den Stand ſetzen zu wollen.

Nahe läge es vielleicht noch, am Schluſſe dieſes Vorworts die Verſicherung zu geben, daß der Verfaſſer von jeder gehäſſigen Polemik ſich fern zu halten, und in vorurtheilsloſer Unbefangenheit und mit wahrer Unpartheilichkeit ſeine Aufgabe zu löſen geſtrebt habe. Wer aber dürfte ſich verhehlen, daß bei Erörterungen, welche das Gebiet des confeſſionellen Gegenſatzes oder des Kirchenſtaatsrechts berühren, in unſeren Tagen eine ſolche Verſicherung nur wenig Hoffnung hat, Glauben zu finden; und werthlos iſt ſie vollends, wenn das Werk ſelbſt die Widerlegung giebt, und den Verfaſſer der Partheilichkeit zeiht. Dem Urtheile des Leſers überlaſſe ich, ob die Hoffnung jenes Ziel meines Strebens erreicht zu haben, auf Selbſttäuſchung beruhe; die Verſicherung

nur ſei hier noch geſtattet, daß mir die Anmaßung fremd iſt, alle Schwierigkeiten der mir geſtellten Aufgabe glücklich überwunden zu haben, oder gar für meine Arbeit allgemeine Beiſtimmung zu hoffen, zugleich der Wunſch, daß dieſer Verſuch freundliche Aufnahme finden, und ihm weder nachſichtsvolle noch vorurtheilsfreie Beurtheilung fehlen möge.

Möchte aber doch auch dies Werk, wie unvollkommen immer, als ein nicht werthloſer Beitrag zu immer vollſtändigerer und allgemeinerer Würdigung der hohen Verdienſte erſcheinen, welche nicht um die Monarchie allein, ſondern auch um die katholiſche Kirche ihrer Lande, Preußens großer König, und der milde, gerechte, fromme Fürſt ſich erwarben, deſſen thaten- und ſegensreiche Regierung die Gedächtnißfeier des ruhmgekrönten Ahnen beſchließen ſollte, und deſſen Andenken, in treuſter Liebe bewahrt, bei Allen, wes Glaubens auch und Standes, immerdar in Segen bleiben wird.

Halle,
in der Trauerzeit des Preußiſchen
Jubeljahrs.

Dr. Laspeyres.

Inhaltsverzeichniß.

Einleitung . . . . S. 1.

Erſter Theil.
Allgemeine Geſchichte der katholiſchen Kirche Preußens.

Erſtes Buch.
Die Zeit vor dem Regierungsantritte König Friedrich's des Großen.

Erſtes Kapitel.
Mark Brandenburg, Pommern, Magdeburg und Halberſtadt.

§. 1. Gründung der Nordmark. Stiftung der Märkiſchen Bisthümer und des Erzbisthums Magdeburg. Gründung des Bisthums Halberſtadt. . . . . . . S. 17.

§. 2. Anfall der Mark Brandenburg an das Ascaniſche Haus. Herſtellung der Bisthümer Havelberg und Brandenburg. Lehnshoheit des Erzbisthums Magdeburg über die Marken. . . . . 26.

§. 3. Erweiterung der Mark bis an die Oder. Pommerns ältere Geſchichte und Verbindung mit dem Deutſchen Reiche. . . . . 31.

§. 4. Die Mark Brandenburg unter den letzten Ascaniern. . 39.

§. 5. Verfall der Mark Brandenburg unter der Regierung der Bairiſchen und Luxemburger Markgrafen . . . 42.

§. 6. Verleihung der Mark Brandenburg an das Haus Hohenzollern und Wiederherſtellung derſelben. . . S. 47.
§. 7. Kirchliche Verfaſſung der Brandenburgiſchen und Pommerſchen Lande. . . . . ⸗ 54.
§. 8. Einführung der Reformation in den Marken und in Pommern, und deren erſte Anfänge in den Bisthümern Magdeburg und Halberſtadt. . . . . . ⸗ 64.
§. 9. Vollendung der Reformation in den Marken und in Pommern. Einziehung der Märkiſchen Bisthümer. Einführung der evangeliſchen Lehre im Magdeburger und Halberſtädter Stifte. . . . . . . ⸗ 74.
§. 10. Anfall der Preußiſchen Lande und der Jülich⸗Cleveſchen Erbſchaft. Erwerb des Herzogthums Pommern. Säculariſation der Stiftsgebiete von Minden, Magdeburg und Halberſtadt. . . . . . . ⸗ 85.
§. 11. Kirchlicher Zuſtand der Mark Brandenburg, Pommerns, Magdeburgs und Halberſtadts ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden. . . . . ⸗ 92.

Zweites Kapitel.

Oſtpreußen.

§. 1. Gründung und Diöceſanumgrenzung der Polniſchen Bisthümer. . . . . ⸗ 104.
§. 2. Eroberung und Bekehrung Preußens durch den Deutſchen Orden. . . . . ⸗ 114.
§. 3. Kirchliche Organiſation der Preußiſchen Lande. . ⸗ 118.
§. 4. Verfall der Deutſchen Ordensherrſchaft. . . ⸗ 129.
§. 5. Anfänge der Reformation und Umwandelung des Ordenslandes in ein weltliches Herzogthum. . . ⸗ 134.
§. 6. Einziehung der Preußiſchen Bisthümer und völlige Durchführung der Reformation. . . . . . ⸗ 138.
§. 7. Belehnung Kur⸗Brandenburgs mit Preußen. Herſtellung des katholiſchen Bekenntniſſes. . . ⸗ 145.
§. 8. Preußens Anfall an Brandenburg und Erhebung zum Königreiche. . . . . ⸗ 150.

Drittes Kapitel.
Weſtfäliſche Provinzen.

§. 1. Stiftung der Rheiniſchen und Weſtfäliſchen Bisthümer. S. 158.
§. 2. Diöceſan-Eintheilung des nördlichen Deutſchlands. „ 164.
§. 3. Aeltere Geſchichte der Grafſchaften Cleve und Mark. „ 171.
§. 4. Aeltere Geſchichte der Grafſchaften Berg, Ravensberg, Jülich, Geldern und Teklenburg. . . . . „ 177.
§. 5. Eigenthümliche Stellung der katholiſchen Kirche, und erſte Anfänge der Reformation in den Jülich-Cleveſchen Landen. . . . . „ 181.
§. 6. Weiterer Fortgang der Reformation in den Jülich-Cleveſchen Landen. . . . . „ 192.
§. 7. Erlöſchen des Jülich-Cleveſchen Herzogshauſes. Streitigkeiten über die Erbfolge. . . . . . „ 203.
§. 8. Gegenreformations-Verſuche in den Jülich-Cleveſchen Landen. . . . . „ 208.
§. 9. Verwandlung Mindens in ein weltliches Fürſtenthum und Abtretung an Kur-Brandenburg. Erledigung der Jülich-Cleveſchen Erbſtreitigkeiten. . . . . „ 215.
§. 10. Rezeßmäßige Feſtſtellung des Religionszuſtandes der Jülich-Cleveſchen Lande. . . . . „ 222.
§. 11. Regulirung der katholiſchen und evangeliſchen Kirchenverfaſſung. . . . . „ 228.
§. 12. Kirchlicher Zuſtand der Cleve-Jülicher Lande ſeit den Religions-Rezeſſen. . . . . . . „ 243.
§. 13. Erwerb von Geldern, Mörs, Lingen und Teklenburg. „ 251.

Zweites Buch.
Das Zeitalter König Friedrich's des Großen.

Erſtes Kapitel.
Ueberblick über den kirchlichen Zuſtand Preußens unter Friedrich dem Großen.

§. 1. Verſchiedenheit des katholiſchen Kirchenweſens in den einzelnen Provinzen. . . . . . . S. 259.

§. 2. Veränderte Stellung des katholiſchen Kirchenweſens zur Monarchie ſeit König Friedrich II. . . . . S. 268.

Zweites Kapitel.
Schleſien.

§. 1. Schleſien unter Polniſcher Hoheit und in der Zeit ſeiner Selbſtſtändigkeit. Gründung des Bisthums Breslau. . . . . , 274.
§. 2. Unterwerfung Schleſiens unter Böhmiſche Lehnshoheit. Erhebung Breslaus zu fürſtlicher Würde. . . . , 281.
§. 3. Verfall der Böhmiſchen Oberhoheit. . . . . , 292.
§. 4. Anfall Schleſiens an Oeſterreich. Damaliger Beſtand der Erb- und Lehnsfürſtenthümer. . . . . , 297.
§. 5. Einführung der Reformation in einzelnen Lehnsfürſtenthümern. Duldung derſelben in den Erbfürſtenthümern. . . . . , 301.
§. 6. Erſte Verſuche einer Gegenreformation. Ertheilung freier Religionsübung im Majeſtätsbriefe. . . . , 311.
§. 7. Erneuerung der Gegenreformationen und deren gewaltſame Durchführung in Folge der Böhmiſchen Unruhen. . . . . , 317.
§. 8. Kirchlicher Zuſtand der Schleſiſchen Erbfürſtenthümer ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden. . . . . . , 324.
§. 9. Evangeliſche Religionsübung in den Herzogthümern Oels, Liegnitz und Brieg. . . . . . , 332.
§. 10. Stellung der katholiſchen Kirche zur Landesherrſchaft. , 337.
§. 11. Lage der evangeliſchen Kirche Schleſiens in den letzten Zeiten Oeſterreichiſcher Hoheit. . . . . . , 344.
§. 12. Vereinigung Schleſiens mit der Preußiſchen Monarchie. . . . . , 352.
§. 13. Herſtellung und Organiſation der evangeliſchen Kirche Schleſiens. . . . . , 360.
§. 14. Verfaſſung der katholiſchen Kirche Schleſiens unter Preußiſcher Hoheit. . . . . , 365.

Drittes Kapitel.
Weſtpreußen und Polen.

§. 1. Vereinigung Weſtpreußens mit Polen. . . S. 382.
§. 2. Politiſche und kirchliche Verfaſſung Preußens in den erſten Zeiten Polniſcher Hoheit. . . . . . ⸗ 386.
§. 3. Verbreitung der evangeliſchen Lehre in Weſtpreußen und Polen. . . . . ⸗ 401.
§. 4. Völlige Einverleibung Weſtpreußens in das Polniſche Reich. . . . . ⸗ 407.
§. 5. Erfolgreiche Gegenreformations⸗Verſuche der katholiſchen Parthei. . . . . ⸗ 412.
§. 6. Traurige Lage der Evangeliſchen ſeit dem Frieden zu Oliva. . . . . ⸗ 420.
§. 7. Förmliche Anerkennung der evangeliſchen Kirche Polens. . . . . ⸗ 427.
§. 8. Erſte Theilung Polens. Politiſche und kirchliche Verfaſſung Weſtpreußens und des Netzdiſtricts. . ⸗ 432.
§. 9. Kirchlicher Zuſtand der durch die zweite und dritte Theilung Polens erworbenen Provinzen. . . . . ⸗ 448.

Viertes Kapitel.
Die Kirchengeſetzgebung des Allgemeinen Landrechts.

§. 1. Allgemeiner Standpunkt der landrechtlichen Geſetzgebung. . . . . ⸗ 457.
§. 2. Gegenſeitiges Verhältniß der katholiſchen und evangeliſchen Kirche. . . . . ⸗ 473.
§. 3. Stellung der Landeskirche zur Geſammtheit der katholiſchen Kirche. . . . . ⸗ 479.
§. 4. Bedeutung der kirchlichen Rechtsquellen in Beziehung zur Landesgeſetzgebung. . . . . . . ⸗ 494.
§. 5. Amtliche Stellung des katholiſchen Clerus im und zum Staate. . . . . ⸗ 502.

§. 6. Umfang und Bedeutung der Episcopalrechte. . S. 516.
§. 7. Umfang der Landes- und Kirchenhoheitsrechte der Staatsgewalt. . . . . , 528.

Drittes Buch.

Die Zeit König Friedrich Wilhelm's des Dritten.

Erſtes Kapitel.

Verfall und Wiederherſtellung der Preußiſchen Monarchie.

§. 1. Preußens Stellung ſeit der Franzöſiſchen Revolution. S. 541.
§. 2. Friede zu Lüneville und Regensburger Reichsdeputations-Verhandlungen. . . . . , 545.
§. 3. Allgemeine Säculariſation der katholiſchen Kirche Deutſchlands. . . . . , 554.
§. 4. Preußen in der Zeit vom Lüneviller Frieden bis zum Wiener Congreſſe. . . . . , 567.
§. 5. Herſtellung und gegenwärtiger Beſtand der Preußiſchen Monarchie. . . . . , 575.

Zweites Kapitel.

Thüringen, Sachſen und Lauſitz.

§. 1. Geſchichte der Landgrafſchaft Thüringen und Markgrafſchaft Meiſſen bis zu deren Vereinigung mit der Sächſiſchen Kur. . . . . , 585.
§. 2. Stellung der Land- und Markgrafen zum weltlichen und geiſtlichen Herrenſtande. . . . . . , 590.
§. 3. Geſchichte der Reformation Sachſens und der Nebenländer bis zum Schmalkaldener Kriege. . . , 597.
§. 4. Vollendung der Reformation in Sachſen und den Sächſiſchen Bisthümern. Verbreitung derſelben in der Lauſitz und den Mainziſchen Beſitzungen. . . , 608.
§. 5. Kirchlicher Zuſtand Sachſens und der Lauſitz ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden. . . . . . . , 617.

§. 6. Unterdrückung des evangeliſchen Bekenntniſſes im Eichsfelde und deſſen Anerkennung im Erfurter Gebiete. S. 626.

Drittes Kapitel.

Die ehemals geiſtlichen Territorien von Trier, Cöln, Münſter und Paderborn.

§. 1. Geſchichte der Stiftsgebiete bis zur Erwerbung der Landeshoheit. . . . . 634.
§. 2. Völlige Ausbildung der landesfürſtlichen Hoheit, und Umfang der Stiftsgebiete zu Ende des Mittelalters. . 641.
§. 3. Innere Zuſtände der geiſtlichen Territorien zur Zeit der Reformation. . . . . 654.
§. 4. Erſte Verſuche zur Einführung der Reformation in den Stiftsgebieten. . . . . 665.
§. 5. Kirchlicher Zuſtand des nordweſtlichen Deutſchlands um die Mitte des ſechszehnten Jahrhunderts. . . . . . 672.
§. 6. Erneute Verſuche zur Einführung der evangeliſchen Lehre und deren völlige Unterdrückung in den geiſtlichen Territorien. . . . . 686.
§. 7. Gegenreformationen in den benachbarten Ländern ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden. . . . . 699.
§. 8. Innere Verfaſſung der Stiftsgebiete ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden. 714
§. 9. Lage der Evangeliſchen in den Stiftsgebieten ſeit Anfang des achtzehnten Jahrhunderts. 726

Viertes Kapitel.

Reorganiſation der katholiſchen Kirche Preußens.

§. 1. Lage der katholiſchen Kirche Preußens zur Zeit des Wiener Congreſſes. . . . . 733.
§. 2. Nothwendigkeit einer Organiſation der katholiſchen Landeskirche. . . . . 746.
§. 3. Ueberſicht der Wiener Congreß-Verhandlungen über die kirchlichen Angelegenheiten. . . . . 755.
§. 4. Die neuere kirchliche Geſetzgebung Preußens vor und ſeit dem Wiener Congreſſe. . . . . 763.

§. 5. Organiſation der für die katholiſche Kirchenverwaltung beſtimmten Landesbehörden. . . . . . S. 776.
§. 6. Verhandlungen mit dem päbſtlichen Stuhle und Abſchluß der Bulle De salute animarum. . . . . = 788.
§. 7. Jetzige Diöceſaneintheilung der Preußiſchen Monarchie. = 798.
§. 8. Heutige Stellung der katholiſchen Kirche Preußens. = 810.

Fünftes Kapitel.

Quellen des katholiſchen Kirchenrechts Preußens.

§. 1. Gemeines canoniſches Recht. . . . . . S. 817.
§. 2. Particular-Kirchengeſetze und Obſervanzen . . . = 834.
§. 3. Allgemeine Landesgeſetze. . . . . . . = 849.
§. 4. Provincialgeſetze und ſonſtige Particularrechte. . = 854.
§. 5. Concordate und Conventionen mit den Kirchenobern. = 861.
§. 6. Verhältniß der verſchiedenen Rechtsquellen unter einander. = 872.

Einlei-

Einleitung.

Unter den Stürmen der Völkerwanderung fand das Chriſtenthum eine Schutzſtätte in den alten Biſchofsſitzen des Römiſchen Belgiens und Germaniens, in Trier, Cöln und Mainz, aber erſt die Bekehrung der Franken und die Gründung des Bisthums Lüttich gab ihm mit dem Anfange des ſechsten Jahrhunderts an den Ufern des Mittel- und Niederrheins dauernd die Herrſchaft; die Unterwerfung des großen Thüringer Reichs unter fränkiſche Hoheit bahnte zugleich den chriſtlichen Miſſionaren den Weg in das eigentliche Deutſchland. Mehr als ein Jahrhundert verfloß indeſſen, ehe nach ſtets erneuten, aber immer erfolgloſen Verſuchen es dem unermüdlichen Eifer des H. Bonifacius gelang, der chriſtlichen Lehre eine bleibende Stätte in dieſen Gegenden zu bereiten.

Würzburg, aus deſſen öſtlichem Diöceſangebiete ſpäter das exemte Bisthum Bamberg errichtet wurde, und Eichſtädt, beide der geiſtlichen Obhut des zur Metropole von Deutſchland erhobenen Bisthums Mainz anvertraut, wurden im Lande der Oſtfranken die Mittelpunkte des chriſtlichen Lebens; die Heſſiſchen und Thüringiſchen Gaue ſchlug Bonifacius, nach kurzer Dauer der zu Büraburg (bei Fritzlar) und zu Erfurt von ihm gegründeten Bisthümer, zur Diöceſe des Mainzer Biſchofs-

ſtuhls, welcher ihm zum Lohne ſeiner Bemühungen war verliehen worden und deſſen kirchliche Gewalt ſeitdem von jenſeits des Rheins bis an die Saale ſich erſtreckte.

Schwieriger noch war die Bekehrung der Frieſiſchen und Sächſiſchen Stämme, denen die Unterwerfung unter die Gewalt der geiſtlichen Zehntherren eben ſo unerträglich, als der Verluſt ihrer angeſtammten Freiheit und hergebrachten Verfaſſung ſchimpflich erſchien. Die Gründung des Bisthums Utrecht für das weſtliche Friesland, welches Carl Martell beſiegte, blieb ohne Rückwirkung auf die Oſtfrieſiſchen Stämme; eben ſo erfolglos waren unter den Sachſen die Miſſionen der Würzburger Biſchöfe. Erſt als in dreißigjährigem Kampfe die Kraft dieſer Völker gebrochen war, vermochte Carl der Große ſie zu dauerndem Gehorſam und feſtem Beharren bei dem chriſtlichen Glauben zu zwingen, und die gleich anfangs beſchloſſene, allmählich vorbereitete Gründung der Sächſiſchen Bisthümer zur Ausführung zu bringen. Unter der Metropolitan-Gewalt von Cöln, der auch Lüttich und Utrecht unterworfen wurden, errichtete er zu Münſter und Osnabrück für die Weſtfäliſchen und Oſtfrieſiſchen Gaue neue Biſchofsſtühle; für Engern wurden die Bisthümer Paderborn und Minden, für Oſtfalen und Nordthüringen die Stifter Bremen, Verden, Hildesheim und Halberſtadt gegründet, und mit Ausnahme Mindens ſämmtlich dem erzbiſchöflichen Stuhle zu Mainz überwieſen. Doch gewannen erſt kurz vor Carls Tode, zum Theil ſogar erſt unter ſeinem Nachfolger Ludwig dem Frommen, welcher als Miſſionsanſtalt für das jenſeits der Elbe belegene Sachſen noch ein neues Bisthum zu Hamburg gründete, dieſe Stiftungen feſten Beſtand.

Das gewaltſame Andrängen der zahlreichen Slavenſtämme, welche von Carl dem Großen nur mit Mühe auf dem rechten Ufer der Elbe und Saale zurückgehalten, ſeit der Mitte des neunten Jahrhunderts theils in kühnem Raubkriege Deutſchland verheerten, theils diesſeits jener Grenzflüſſe feſte Wohnſitze zu erobern ſuchten, zwang bald zu neuen Kreuzzügen, die der Kriegsluſt

und Länderſucht der zum Schutz der öſtlichen Marken beſtellten Heerführer reichliche Nahrung gaben, aber bei dem Verfall des Carolingiſchen Hauſes keinen dauernden Schutz gewährten. Kaiſer Heinrich's Siege befreiten Deutſchland von den verheerenden Einfällen; ſeinem großen Sohne Otto glückte es zwiſchen Saale und Elbe Deutſche Sitte und Verfaſſung einzuführen, zugleich das Land öſtlich der Elbe dem Reiche tributpflichtig zu machen. Mit nicht minder glücklichem Erfolge begann er das großartige Unternehmen, das ganze Slavenland dem Chriſtenthume zu gewinnen.

Die neu errichteten Biſthümer zu Havelberg und Brandenburg, zu Zeitz, Merſeburg und Meiſſen, anfangs dem Mainzer Stuhle, ſpäter der aus den öſtlichſten Theilen der Halberſtädter Diöceſe gegründeten Metropole zu Magdeburg untergeben, ſollten von dem Erzgebirge abwärts bis an die Grenzen der Obotriten, im heutigen Meklenburg, der neuen Pflanzung Schutz und Halt gewähren, während dem mit Hamburg vereinigten und zur Metropolitanwürde erhobenen Biſthum Bremen, und dem neu geſtifteten Biſthum Oldenburg die Verbreitung und Erhaltung der chriſtlichen Lehre in den untern Gegenden der Elbe und in den Küſtenländern der Oſtſee bis zur Oder hin übertragen wurde. Ein allgemeiner Aufſtand der Slaven zerſtörte aber kurz nach Otto's Tode, was er mühevoll gegründet. Die Empörungsluſt dieſer Stämme, durch Eroberungszüge der Dänen und Polen, mehr noch durch die Bedrückungen der Deutſchen Grenzfürſten und die Habſucht der Geiſtlichen immer von neuem angefacht, war mit Feuer und Schwerdt leichter zu ſtrafen als zu unterdrücken; faſt ſpurlos verſchwand in dieſen Gegenden das Chriſtenthum.

Die Meklenburgiſchen Biſthümer, welche der Wendenfürſt Gottſchalk in der Mitte des elften Jahrhunderts zu Oldenburg (ſpäter Lübeck), zu Ratzeburg und zu Meklenburg (ſpäter Schwerin) theils herſtellte, theils gründete, konnten keine Dauer gewinnen, und über ein Jahrhundert beſtanden die Brandenburgiſchen Biſthümer kaum mehr als dem Namen nach. An der oberen Elbe allein, wo das Haus der Grafen von Wettin die

Markgrafſchaft Meiſſen mit der Oſtmark, der ſpäteren Niederlauſitz, und mit dem Lande Bautzen vereinigt hatte, behauptete ſich Deutſche Herrſchaft und chriſtliche Lehre, bis endlich im zwölften Jahrhundert die beiden kriegsluſtigen Nebenbuhler Heinrich der Löwe und Albrecht der Bär den aufrühreriſchen Sinn der Slaviſchen Völker für immer brachen, das im ununterbrochenen Kampfe verheerte Land mit fremden Coloniſten bevölkerten, und durch Einführung Deutſcher Verfaſſung, Gründung zahlreicher Klöſter und Kirchen, und Herſtellung jener Bisthümer die Grenzen Deutſchlands und der abendländiſchen Kirche bis gegen die Oder erweiterten.

An den Ufern dieſes Stromes und oſtwärts bis zu den Wohnſitzen der Preußen und Litthauer bewahrten die Slaviſchen Reiche ihre Unabhängigkeit; vorübergehend war die Zinspflicht Polens, die Lehnsabhängigkeit Pommerns von den alten Sächſiſchen Herzögen und den erſten Brandenburgiſchen Markgrafen nur nominell. Von Böhmen und Mähren aus, welche durch griechiſche Miſſionare ſchon im neunten Jahrhundert dem chriſtlichen Glauben gewonnen waren und von Otto dem Großen auf den Wunſch des Herzogshauſes zu Prag ein eignes Bisthum erhalten hatten, verbreitete ſich indeß allmählich das Chriſtenthum nach Schleſien und dem ſüdweſtlichen Theile Polens; gleichzeitig gründete Kaiſer Otto an der Warthe, dem Grenzfluſſe des Polniſchen und Pommerſchen Reichs, in dem Bisthum Poſen eine Miſſionsanſtalt für die nordweſtlichen Gegenden Polens. Unter dem Schutze des angeſtammten Fürſtengeſchlechts der Piaſten, deren Beiſpiel bei dem Adel Polens allgemeine Nachfolge fand, gewann auch mit dem Beginn des elften Jahrhunderts das Chriſtenthum mehr und mehr das Uebergewicht. Schleſien erhielt ſein eignes Bisthum in Breslau, Kleinpolen zu Cracau, während neben Poſen, anfangs dem einzigen Bisthume des großen Piaſtenreichs, in den weſtlichen Beſitzungen der Polen zwiſchen Oder und Warthe das Stift Lebus, für die öſtlichen und ſüdlichen Theile Großpolens das Bisthum Gneſen entſtand. Ein Jahrhundert ſpäter gelang dem Biſchof Otto von Bamberg auch

die Bekehrung des großen Vorpommerſchen Reichs, und der Stiftung des Bisthums Cammin (anfangs zu Wollin) folgte bald die Gründung der chriſtlichen Kirche in den Hinterpommerſchen Landen, welche zur Diöceſe des Cujaviſchen Bisthums Cruswicz geſchlagen wurden.

Vergeblich aber bemühten ſich die Deutſchen Prälaten, über dieſe Slaviſchen Kirchen eine geiſtliche Obergewalt zu behaupten. Die Metropolitanrechte Magdeburgs, obwohl urkundlich bei der Stiftung Poſens zugeſichert und ſpäter von neuem beſtätigt, gingen mit der Gründung Gneſens verloren, welches zur Metropole aller Polniſchen Stifter erhoben, ſelbſt über Lebus, ungeachtet Land und Diöceſe unter Brandenburgiſche Hoheit kamen, ſeine Jurisdictionsrechte behauptete. Schleſiens Trennung vom Polniſchen Reiche, und die Unterwerfung dieſes Landes unter die oberherzogliche Gewalt der Könige von Böhmen, die Erhebung des Herzogthums Pommern zur Reichsfürſtenwürde hatten zwar die Losſagung dieſer durch Coloniſirung und Städtegründung immer mehr germaniſirten Länder von dem Gneſener Metropolitanverbande zur Folge, jedoch wußten beide Bisthümer, Breslau wie Cammin, geiſtliche Exemtion zu erlangen. Nur in Böhmen und in Mähren, welches ſeit dem Anfange des elften Jahrhunderts in Ollmütz ſein eignes Bisthum erhalten hatte, gelang es den Erzbiſchöfen von Mainz ihre alten Metropolitanrechte längere Zeit noch zu bewahren; ſeit aber unter Carl IV. die Prager Kirche ſelbſt zum Erzſtifte erhoben war, verband allein noch die gleiche Abhängigkeit vom päbſtlichen Stuhle die Slaviſchen Bisthümer mit der Deutſchen Kirche.

Größeren Widerſtand noch als zwiſchen Oder und Weichſel fand die Begründung der Abendländiſchen Hierarchie jenſeits dieſes Stromes. Zwar bekannte ſich gegen Ende des zwölften Jahrhunderts der Stamm der Maſuren zum Chriſtenthum und ein neues Polniſches Bisthum entſtand in Plock; auch in Volhynien, ſpäter der geiſtlichen Obhut des Biſchofs von Luck untergeben, gewann die chriſtliche Lehre allmählich Eingang; in Lief-

land ward von den Schwerdtrittern zu Riga ein biſchöflicher Sitz gegründet. Hartnäckig aber wieſen die Preußen und Litthauer alle Bekehrungsverſuche zurück, und bedrohten in blutigem Kampfe die Kirche Maſoviens; nur der ausdauernde Heldenmuth des Deutſchen Ordens, durch die Ausſicht auf den Erwerb weltlicher Herrſchaft gereizt, immer von neuem unterſtützt durch zahlreiche Glaubensheere Deutſcher Fürſten, rettete Polen, und begründete Deutſche Sitte und Verfaſſung in dieſem fernen Gebiete, das einſt dem mächtigſten Staate des nördlichen Deutſchlands den Namen geben ſollte. Nach mehr als funfzigjährigem Vernichtungskampfe beugte ſich gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts Preußen, ſeiner eingebornen Bevölkerung faſt entblößt und durch neue Anſiedelungen zu Deutſchem Lande verwandelt, unter die weltliche Hoheit des Ordens und die geiſtliche Gewalt der Biſchöfe von Culm, Pomeſanien, Ermland und Samland, zu deren Metropolitan der Liefländiſche Biſchof zu Riga erhoben wurde. In Samogitien indeſſen und Litthauen blieben nach wie vor alle friedlichen und gewaltſamen Bemühungen des Ordens erfolglos, bis zu Ende des vierzehnten Jahrhunderts die Berufung des Jagellonenhauſes auf den Polniſchen Königsthron mit der Stiftung der Bisthümer zu Miedniki und Wilna auch dieſe Länder in den Schooß der Römiſchen Kirche führte.

Im Laufe faſt eines vollen Jahrtauſends war ſo, mehr freilich durch die Schärfe des Schwerdtes als die Kraft der Predigt, die Lehre Chriſti von dem Strande des Rheins bis zum Niemen gedrungen. Dem päbſtlichen Stuhle gehorchte das ganze Stromgebiet der Nord- und Oſtſee, ein buntes Gemiſch Deutſcher, germaniſirter und Slaviſcher Völkerſchaften, mächtiger Staaten und unbedeutender Herrſchaften, geiſtlicher und weltlicher Territorien, in der Mitte die Brandenburgiſche Mark, welche, innerlich zerrüttet, von den eignen Herren zerſtückelt, von den Nachbarfürſten beraubt, gerade damals die Hoffnung glücklicherer Zukunft in dem Fürſtengeſchlechte begrüßte, welches einſt den größten Theil jenes weiten Ländergebiets unter ſeinem gerechten und milden Scepter vereinigen ſollte. Mächtig durch großen Güter-

Digitized by Google

beſitz, zahlreiche Privilegien und weltliche Hoheit, mächtiger noch durch die Einheit der Verfaſſung, die Unabhängigkeit der geiſtlichen Gewalt und die gläubige Unterwürfigkeit des Volks, ſchien die Hierarchie der Römiſchen Kirche unerſchütterlich feſt begründet, ſeit die von den Synoden zu Coſtnitz und Baſel drohende Gefahr glücklich beſeitigt, und die von der weltlichen Macht mit Ungeſtüm geforderte, von den verſammelten Prälaten mit Eifer verfolgte Reformation am Haupt und an den Gliedern mit curialiſtiſcher Gewandtheit vereitelt war.

Da erſcholl an der Elbe, dem alten Grenzſtrome der Deutſchen und Slaviſchen Länder, das Wort der evangeliſchen Wahrheit, und mit Sturmesſchnelle drang es bis an die äußerſten Grenzen Deutſcher Zunge, überall begeiſterten Beifall findend, überall das Gebäude päbſtlicher Herrſchaft im tiefſten Grunde erſchütternd. Dem kühnen Beiſpiele Albrecht's von Brandenburg, des erſten Reichsfürſten, welcher öffentlich für Luthers Lehre ſich erklärte, unbekümmert, daß er mit der deutſchmeiſterlichen Prälaten-Würde dem Rechtstitel ſeiner weltlichen Hoheit entſagte, folgten im raſchen Entſchluſſe Johann von Sachſen, Philipp von Heſſen und viele andere Fürſten des nördlichen Deutſchlands, mit zögernder Beſonnenheit das Brandenburgiſche Kurhaus und das Geſchlecht der Pommerſchen Herzöge. Bald gewann ſelbſt in den Ländern, deren Herren, wie überzeugt auch von der Nothwendigkeit einer Reform der Kirchenverfaſſung, doch dem alten Glauben nicht untreu werden mochten, oder als geiſtliche Obern in deſſen Vertheidigung die ſicherſte Gewähr für ihre weltliche Hoheit zu finden glaubten, die neue Lehre immer größere Verbreitung und feſteren Beſtand. Durch den Augsburger Religionsfrieden im Reiche anerkannt, von der geiſtlichen Gewalt der katholiſchen Prälaten befreit und dem Schutze der Landesherren anvertraut, genoß in den weltlichen Territorien faſt des ganzen Norddeutſchlands die evangeliſche Kirche geſicherte Exiſtenz und unbeſtrittene Herrſchaft. Den reichsunmittelbaren Biſthümern und Stiftern drohte trotz dem geiſtlichen Vorbehalte des Religionsfriedens das Schickſal der Preußiſchen, Sächſiſchen, Brandenburgiſchen, Me-

lenburgiſchen und Pommerſchen Bisthümer, welche, von jeher der Landeshoheit unterworfen und nur beſchränkter Wahlberechtigung genießend, aller Intercesſionen der katholiſchen Parthei ungeachtet, erſt der Reformation, dann der Säculariſation durch die Landesherrn ſich nicht zu entziehen vermocht hatten. Selbſt in Schleſien und Polen wußte die evangeliſche Parthei, dort geſchützt von den Herren der Lehnsfürſtenthümer, hier geſichert durch die ausgedehnten Rechte des Adels, die Selbſtſtändigkeit der ſtädtiſchen Verfaſſung und die Schwäche der königlichen Gewalt, wenn nicht förmliche Anerkennung, doch faſt unbeſchränkte Duldung zu erzwingen.

Noch vor Ablauf des ſechzehnten Jahrhunderts brach ſich indeß der Strom der unaufhaltſam fortſchreitenden Reformation an der neu erwachten Energie der katholiſchen Parthei, welche in der wiſſenſchaftlichen Bildung und gewandten Klugheit des Jeſuitenordens und in der glaubensfeſten Ausdauer des Wittelsbacher und Habsburger Fürſtenhauſes eine nicht minder wirkſame Unterſtützung fand, als in dem unſeligen Zwieſpalt und der zaghaften Unentſchloſſenheit der Evangeliſchen. Der unbeſonnene, leicht vereitelte Reformationsverſuch des Cölner Erzbiſchofes Gebhard ward in Deutſchland der Wendepunkt zu Gunſten der katholiſchen Kirche. Mit dem Beſitz der reichen und mächtigen Bisthümer am Rhein und Weſtfalens gewann ſie ſeitdem wieder in der weſtlichen Hälfte Norddeutſchlands, erſt feſten Fuß, bald, begünſtigt von dem Kriege zwiſchen Spanien und den Niederlanden wie dem Streit über die Jülichſche Erbſchaft, die wenn auch nicht mehr ausſchließliche Herrſchaft, während zugleich an den öſtlichen Grenzen Deutſchlands die drohende Gefahr gewaltſamer Gegenreformation näher und näher rückte. Nur zwiſchen Weſer und Oder wie in Pommern und dem fernen Preußenlande erhielt ſich noch ungeſtört das evangeliſche Bekenntniß. Bald aber gewannen, wie im übrigen Deutſchland, ſo auch hier mit dem unglücklichen Ausgange des Böhmiſchen Krieges und der Niederlage des Däniſchen Königs die Waffen der katholiſchen Ligue ein Uebergewicht, daß der im Reſtitutionsedict laut verkündeten Unterdrü-

chung der proteſtantiſchen Kirche kein Hinderniß mehr entgegenzuſtehen ſchien.

Schwedens heldenmüthiger König rettete die evangeliſche Freiheit Deutſchlands. Glücklicher, als menſchlicher Vorausſicht nach zu hoffen ſtand, ging die evangeliſche Kirche im Osnabrücker Frieden aus dem verheerenden Kampfe hervor, wie groß auch, im Vergleiche ſelbſt zu dem Anfange des Jahrhunderts, vollends zu der Zeit Kaiſer Maximilian's II., der Gewinn der katholiſchen Parthei war. Der Beſitzſtand des Entſcheidungsjahres ſicherte fortan in den Rheinlanden, in Weſtfalen und in den Thüringiſchen Beſitzungen des Mainzer Erzſtifts dem Katholicismus das entſchiedenſte Uebergewicht; wie in den Oeſtreichiſchen Erblanden ward in Schleſien, wenn auch nicht das Bekenntniß, doch die Uebung der evangeliſchen Lehre faſt ganz unterdrückt, und in dem weiten Umfange des Polniſchen Reichs erhielt ſich unter Verfolgungen jeder Art nur in wenigen Orten ein ſchwacher Ueberreſt der früheren Blüthe evangeliſcher Glaubensfreiheit. In dem übrigen Norddeutſchland, in Pommern und Preußen war jedoch der proteſtantiſchen Kirche, wenn ſchon in einzelnen Orten katholiſche Religionsübung fortbeſtand, hie und da ſelbſt in verſchiedenen Formen die katholiſche Kirchenverfaſſung ſich erhielt, die Herrſchaft geblieben, und der kräftigſte Schutz gegen heimliche Bedrückung wie offene Gewalt der katholiſchen Parthei in der aufblühenden Macht des Hohenzollernſchen Hauſes für immer gewonnen.

Von dem weiten Ländergebiete des alten Ascaniſchen Geſchlechts war ein kleiner Theil nur mit der Brandenburgiſchen Kur dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg zugefallen. Im Felde nicht minder glücklich als in Verhandlungen, hatten indeß ſeine Nachkommen ſchon im Laufe des funfzehnten Jahrhunderts die geſammte Mark wieder vereinigt, und durch Untheilbarkeit des Landes wie geordnete Verwaltung zu der ſpäteren Macht ihres Hauſes den Grund gelegt. Die Reformation, beſonnen aber um ſo glücklicher durchgeführt, hob Anſehn und Ein-

fluß der Hohenzollern im Reiche, und obgleich der Ausbruch des Religionskrieges die Erfüllung der glänzenden Ausſichten verzögerte, welche ſich mit dem Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts durch das Erlöſchen des Jülich-Cleveſchen Herzogshauſes, die Belehnung mit dem Herzogthume Preußen und das bevorſtehende Ausſterben der Pommerſchen Dynaſtie eröffnet hatten, ſo bewahrte doch Brandenburg nicht bloß ſeine evangeliſche Glaubensfreiheit, ſondern der Weisheit und Beharrlichkeit des großen Kurfürſten gelang es auch, gegen Freund und Feind bei den Osnabrücker Friedensverhandlungen die Rechte ſeines Hauſes mit glücklichem Erfolge zu behaupten, und für den durch die Theilung Pommerns und der Cleveſchen Erbſchaft erlittenen Verluſt in den zu weltlichen Fürſtenthümern verwandelten Stiftern Cammin, Magdeburg, Halberſtadt und Minden reichlichen Erſatz zu gewinnen. Seitdem eins der mächtigſten und einflußreichſten Geſchlechter Deutſchlands, ſelbſtſtändig zugleich im ſouveränen Beſitz des Herzogthums Preußen, trat durch die Selbſterhebung Friedrich's I. zur Königswürde das Haus der Hohenzollern mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts in die Reihe der Europäiſchen Staaten. Dem evangeliſchen Glauben treu ergeben, aber engherziger Unduldſamkeit fremd, in Erhaltung der in einzelnen Provinzen den Katholiken durch Verträge geſicherten Religionsübung eben ſo gewiſſenhaft, als ſtets bereit zur kräftigſten Vertheidigung der den eignen Glaubensgenoſſen durch die Reichsfriedensſchlüſſe gewonnenen Rechte, wurde Preußens Königshaus, ſeit die Pfalz der katholiſchen Nebenlinie von Neuburg zugefallen war, die kurſächſiſche Dynaſtie, um der nichtigen Ehre einer Polniſchen Königskrone willen, den Glauben der Ahnherrn verlaſſen hatte, immer mehr Haupt und Schutzhort der evangeliſchen Religionspartheì Deutſchlands.

Das Werk der Väter vollendete Preußens großer König, Friedrich II. Auf feſtem Grunde erbaute er, und erhob zum erſten Range die politiſche Macht ſeines Hauſes, welche die wilden Fluten der franzöſiſchen Revolution zwar bis in die Tiefe zu erſchüttern, aber nicht für immer zu zerſtören vermochten. Schwie-

riger war die Ordnung des innern Haushalts ſeines Reichs, um die zahlreichen, durch Abſtammung und Cultur ihrer Bevölkerung, in ihrer Geſchichte und Verfaſſung, in Sitte und Recht verſchiedenen Landestheile, welche im Laufe dreier Jahrhunderte in dem Geſchlechte der Hohenzollern das gemeinſame Herrſcherhaus gewonnen hatten, zu Einem Ganzen zu verſchmelzen; bei weitem am ſchwierigſten aber die Aufgabe, welche auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens die Erwerbung Schleſiens und Polens der Weisheit des Königs ſtellte. Dem Bekenntniſſe ſeines Fürſtenhauſes wie der Unterthanen nach, in ſeiner ganzen politiſchen und bürgerlichen Exiſtenz war Preußen bisher ein rein evangeliſches Land geweſen; mit der Erweiterung der Grenzen gewann nun das katholiſche Kirchenthum nicht bloß an Zahl ſeiner Bekenner, ſondern in dem öffentlich anerkannten, von einheimiſchen Biſchöfen geleiteten Kirchenregiment zugleich politiſche Bedeutung, eine Wichtigkeit, welche ſtilles Gewährenlaſſen, duldendes Ignoriren fortan nicht mehr geſtattete, der Regierung vielmehr als ſchlechthin unmöglich mußte erſcheinen laſſen. Mit möglichſter Bewahrung der hergebrachten Verfaſſung, welche in den neu gewonnenen Provinzen, unter Fürſten gleicher Confeſſion, unter völlig andern Bedingungen des politiſchen und kirchlichen Lebens, durch Geſetz und Gewohnheit im Laufe der Zeit ſich gebildet hatte, und in feierlichen Verträgen garantirt war, bei unbedingtem Schutze der Glaubens- und Gewiſſensfreiheit, und bei unbeſchränkter Duldung und völlig gleicher Berechtigung beider Confeſſionen, galt es, die Rechte der Staatsgewalt in kirchlichen Dingen, ohne Gefährdung der wahren Intereſſen der katholiſchen Kirche, ohne Schmälerung der ihren geiſtlichen Obern weſentlich gebührenden Autorität, zu behaupten, und mit der Staatsverfaſſung, wie ſie unter dem Einfluſſe der evangeliſchen Geiſtesfreiheit entwickelt war, das ſeit Jahrhunderten abgeſchloſſene Syſtem der katholiſchen Hierarchie in Einklang zu ſetzen. Tadellos und vollkommen iſt, wie kein Menſchenwerk, auch Friedrich's Kirchengeſetzgebung nicht; gänzlich mislungen aber oder gar verwerflich wird Niemand ſie nennen mögen, als wer in einſeitiger Befangenheit ſeine perſönlichen Wünſche und individuellen Ueberzeugungen als Maaßſtab

anlegt an die Geſchicke der Staaten, und einer mehr als vierzigjährigen Erprobung wie der beiſtimmenden Nachfolge faſt aller Deutſchen Länder jede Beweiskraft abzuſprechen eben ſo bereit, als geneigt iſt, die theuer erkauften Rechte und heiligſten Intereſſen der evangeliſchen Kirche für nichts zu achten.

Kaum beendet, drohte dem Werke Friedrich's des Großen jäher Untergang; eine völlige Umwälzung aller kirchlichen und politiſchen Verhältniſſe brach im Gefolge der Franzöſiſchen Revolution mit dem neuen Jahrhundert über Deutſchland ein. Der Auflöſung des Deutſchen Reichs folgte bald die Vernichtung der Macht und des Glanzes der Preußiſchen Monarchie. Die allgemeine Säcularisation der katholiſchen Kirche Deutſchlands — der letzte, unfreiwillige Act, mit welchem des Reiches Oberhaupt ſeine geſetzgeberiſche Thätigkeit beſchloß, zerſtörend, was, mit Recht oder Unrecht, früheren Jahrhunderten als die ſicherſte und unerläßliche Baſis der kirchlichen und politiſchen Verfaſſung Deutſchlands erſchienen war, — ward der Vorbote gänzlichen Verfalls der äußeren Kirchenverfaſſung, allmählicher Auflöſung aller kirchlichen Einrichtungen.

In heldenmüthiger Erhebung erkämpfte Preußen ſeinen alten Rang unter den Europäiſchen Mächten, mit ihm in dem befreiten Vaterlande Ehre, Anſehn und Einfluß der früheren Zeit, und die erſte Stelle unter den proteſtantiſchen Staaten Deutſchlands. Im Innern dagegen gewann die Monarchie eine völlig neue Geſtalt. Alle früheren Zuſtände zurückzuführen, regte ſich wohl hie und da der Wunſch thörichter Verblendung; ohne eine zweite Umwälzung aber des ganzen geiſtigen und ſittlichen, politiſchen und bürgerlichen Lebens wäre es kaum möglich, ſolches Preiſes ſicher nicht werth geweſen. Der Reorganiſation der weltlichen Verwaltung, in der Zeit der Erniedrigung begonnen und nach wieder gewonnener Unabhängigkeit raſch der Vollendung entgegengeführt, ſchloß die Wiederherſtellung des katholiſchen Kirchenweſens ſich an. Geſtört wie es in den alten Provinzen war, faſt vernichtet in den neuen, wäre dieſe Wiederherſtellung politiſche

Nothwendigkeit, auch wenn nicht feierlich anerkannte Rechtspflicht geweſen; eine neue Schöpfung aber, wie ſchwierig immer auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens, war unvermeidlich. Denn mag auch vieles von dem Rechtszuſtande der früheren Zeit und ihren eigenthümlichen Intereſſen ſich erhalten haben, was immer auch, nach wie vor, als weſentliche Bedingung und unabänderliches Element der kirchlichen Verfaſſung ſich darſtellt, wie manches endlich von den älteren Einrichtungen und äußeren Formen des katholiſchen Kirchenweſens geblieben und mit der neuen Geſtaltung der Monarchie wohl vereinbar iſt, unzähliges, was nicht bloß Geſinnung und Neigung der verfloſſenen Zeit als wünſchenswerth, ſondern weitverbreitete Ueberzeugung als unerläßlich erachtet hatte für die äußere Ordnung oder innere Wirkſamkeit des Kirchenregiments, iſt in dem gewaltigen Gährungsprozeſſe, aus welchem das politiſche, kirchliche und bürgerliche Leben unſerer Zeit ſich entwickeln ſollte, unwiederbringlich und ſpurlos, faſt bis auf die Erinnerung, verſchwunden.

Dieſe neue Geſtaltung des katholiſchen Kirchenweſens in der Preußiſchen Monarchie an der Hand der Geſchichte zu beleuchten, und die erſten Anfänge der katholiſchen Kirche wie die fernere Ausbildung ihrer Verfaſſung anzuknüpfen an die heutigen Einrichtungen; zu zeigen, wie unter dem Einfluſſe ihrer politiſchen Schickſale in den zahlreichen Territorien und Gebieten, welche der weite Umfang der Grenzen jetzt umſchließt, der kirchliche Zuſtand ſich entwickelt hat; die Stellung nachzuweiſen, welche ſchon zur Zeit der Selbſtſtändigkeit dieſer Länder und unter Landesfürſten gleichen Bekenntniſſes, der Staatsgewalt gegenüber die katholiſche Hierarchie einnahm, und zugleich darzulegen, wie im Fortgange und Rückſchritte der Reformation die confeſſionelle Verſchiedenheit der einzelnen Provinzen ſich gebildet hat; anzudeuten, wie Preußens Geſetzgebung und Verwaltung das katholiſche Kirchenweſen, ehe und ſeit es wieder mit Schleſiens und Polens Erwerbung politiſche Bedeutung im Reiche gewann, aufgefaßt, geordnet und geleitet habe, und ebenſo deſſen Herſtellung aus dem Zuſtande beklagenswertheſten Verfalls und chaotiſcher Verwirrung

zu neuem Glanze und wohlgeordneter Verwaltung nachzuweiſen; in ſtetem Rückblick endlich auf die frühere Ordnung des Kirchenregiments und unter Hinweiſung auf die aus der Vergangenheit noch erhaltenen oder doch der Herſtellung werthen Elemente des kirchlichen Lebens, die jetzige Verfaſſung der katholiſchen Kirche Preußens, wie ſie, auf Quellen ſo ungleichen Urſprungs als verſchiedenartiger Geltung beruhend, eben ſowohl in gemeinrechtlicher, die ganze Monarchie umfaſſender Uebereinſtimmung als in provinzieller Abweichung, als eigenthümliche Gliederung des geſammten katholiſchen Kirchenweſens ſich darſtellt, im Einzelnen näher zu entwickeln; — das iſt die Aufgabe, deren Löſung, gewiß von Vielen ſchon längſt als dringendes Bedürfniß gefühlt und erkannt, ſo weit bei vielfach unzureichenden Hülfsmitteln die ſchwachen Kräfte des Einzelnen es vermögen, hier verſucht werden ſoll. Möge dieſes Unternehmen, ſchwierig an ſich, mehr noch, weil in dieſer Art und Ausdehnung der erſte Verſuch, nicht ganz mislungen erſcheinen! Denn nicht über Vergangenes bloß belehrt und richtet die Geſchichte, auch zu allſeitiger vorurtheilsfreier Würdigung der Gegenwart ſoll ſie dienen, und kann, wie zeigen was Noth thut, ſo Vertrauen und Zuverſicht ſtärken für die Zukunft.

Erſter Theil.

Allgemeine Geſchichte der katholiſchen Kirche Preußens.

Erſtes Buch.

Die Zeit vor dem Regierungs-Antritte König Friedrich's des Großen.

Digitized by Google

Erſtes Kapitel.

Mark Brandenburg, Pommern, Magdeburg und Halberſtadt.

§. 1.

Gründung der Nordmark. Stiftung der Märkiſchen Bisthümer und des Erzbisthums Magdeburg. Gründung des Bisthums Halberſtadt.

Zum Schutze der öſtlichen Grenzen ſeines Reiches gegen die Einfälle der Slaviſchen Völkerſchaften, zur Behauptung der ihnen auferlegten Zinspflicht und zur Aufſicht über deren Handelsverkehr mit den Deutſchen Landen hatte **Carl** der Große nach völliger Beſiegung der Sachſen an der unteren Elbe und die Saale aufwärts, gleichwie ſüdweſtlich von Böhmen und gegen die Avaren hin, Grenzgrafen beſtellt, welche zu Bardewik, Alten-Zelle, Magdeburg und Erfurt ihre Sitze erhielten [1]). Unter Carl's Nachfolgern wuchs bei faſt ununterbrochnen Kriegen mit den Slaven die Gewalt dieſer Grenzbefehlshaber an Umfang und Anſehn, wie gering auch anfangs die Eroberungen jenſeits der Saale waren und wie ſehr dieſe Sächſiſch-Thüringiſchen Marken ſowohl Vorſteher als Grenzen wechſelten [2]). Erſt das mächtige Ludolfiniſche Grafengeſchlecht in Sachſen gab dieſer Markeneinrichtung in den Elbgegenden feſtere Geſtalt. Zu dem factiſch-erblichen Beſitze der Marken an der untern Elbe gewann **Heinrich I.** noch vor ſeiner Erhebung zur Kaiſerwürde die Heergewalt in den Thüringiſchen

1) Eichhorn Deutſche Staats- u. Rechtsgeſch. Th. 1. §. 135. v. Raumer regesta hist. Brand. T. I. p. 13. 14.

2) Böttiger Geſch. d. Kurſtaats u. Königreichs Sachſen. Th. 1. S. 23.

Vorländern zwiſchen Saale und Elbe, welche ſeit dem Ende des neunten Jahrhunderts allmählich waren erobert worden [3]). Die Niederlage der Ungarn ſicherte den ruhigen Beſitz dieſer Länder, und die glücklichen Kriegszüge Kaiſer Heinrich's unterwarfen nicht bloß die Slaviſchen Stämme in der ſpäteren Mark Brandenburg bis zur Oder von neuem der Tributpflicht, ſondern legten auch
930 in der heutigen Priegnitz den erſten Grund zu Deutſcher Herrſchaft öſtlich der Elbe [4]).

Mit gleichem Eifer und Glück ſetzte Kaiſer Otto der Große den Kampf gegen die Slaven fort. Sein berühmter Heerfüh-
937 rer Gero, welcher, zuerſt der Merſeburger oder Nordthüringiſchen Mark vorgeſetzt, als Lohn für die Beſiegung der aufrühre-
940 riſchen Obotriten auch die ſpätere Nordmark erhielt, und als **Dux limitis Sorabici** das ganze Grenzgebiet vom Ausfluſſe der Elbe bis zum Erzgebirge verwaltete [5]), befeſtigte die Herrſchaft der Deutſchen zwiſchen Mulde und Elbe, erweiterte die Nordthüringiſche Mark jenſeits der Elbe über die ſpätere Niederlauſitz, und vereinigte mit der Nordmark einen großen Theil des Havellandes, nachdem der Heveller-Fürſt Tugumir zu Brandenburg das Chriſtenthum angenommen und dieſe feſte Stadt den Deutſchen überliefert hatte.

Zur Befeſtigung der neu gewonnenen Herrſchaft und des den Slaven aufgedrungenen Chriſtenthums betrieb Gero mit dem größten Eifer die Errichtung neuer Bisthümer in dem ihm unterworfenen Gebiete, die zugleich als Miſſionsanſtalten für die weiter gegen Oſten belegenen Gegenden dienen ſollten. In demſelben
946 Jahre, wo an der Oſtſeeküſte im Lande der Wagrier das Bisthum Oldenburg entſtand, gründete Kaiſer Otto auf Gero's Rath und Wunſch am Ausfluſſe der Havel, in dem ſchon ſeit längerer

---

3) Eichhorn a. a. O. Th. 2. §. 211 b. Böttiger a. a. O. Th. 1. S. 25. u. 32 flg. 4) v. Raumer l. l. p. 27.

5) Böttiger a. a. O. S. 42. v. Leutſch Markgraf Gero. S. 23 flg. 43 flg. — Dies ausgedehnte Markengebiet ſcheint der ducatus Saxoniae circa Albiam zu ſein, deſſen Errichtung das Chron. monast. S. Michaelis (Eichhorn Th. 2. S. 57. v. Raumer p. 42.) dem Kaiſer Otto zuſchreibt.

Zeit der Nordmark zugeſchlagenen Gebiete der Redarier, das Bisthum **Havelberg** [6]), ſtattete es reich mit Zehnten aus und überwies ihm das Land zwiſchen der Elde, Elbe und Stremme bis zum Rügiſchen Meere als Diöceſe, die, im Oſten und Süden ſpäter durch die Errichtung der Bisthümer Cammin und Brandenburg beſchränkt, außer der heutigen Priegnitz den ſüdlichen Theil von Meklenburg-Schwerin, das jetzige Meklenburg-Strelitz, und die nordweſtlichen Gebiete der Mittelmark nebſt einem Theile des ſpäteren Herzogthums Magdeburg umfaßte. Drei Jahre ſpäter 949
entſtand zu **Brandenburg** ein neues Bisthum [7]), das ſüdlich von der Havelberger Diöceſe das ganze Gebiet zwiſchen der Elbe und Oder mit damals noch unbeſtimmten Grenzen gegen die Lauſitz zur Diöceſe überwieſen erhielt, und nachdem es in Süd- und Nordoſten durch die Bisthümer Meiſſen, Lebus und Cammin eine feſte Umgrenzung erhalten hatte, außer der Mittelmark über den ſüdlichſten Theil der Ukermark, die rechts der Elbe belegenen Gebiete von Magdeburg und Anhalt und einen Theil des Sächſiſchen Kurkreiſes ſich erſtreckte [8]). Größere Schwierigkeiten fand die allem Anſchein nach damals bereits vom Kaiſer beabſichtigte Stiftung der Bisthümer Merſeburg, Zeitz und Meiſſen, und vor allem die Ausführung des Plans, in **Magdeburg**, ſeiner Lieblingsſtadt, ein Erzbisthum für alle Slaviſchen Diöceſen zu errichten.

---

6) Die Stiftungsurkunde vom 10. Mai 946 ſ. in **Lünig's** R. A. Spic. eccl. App. II. p. 80. und H. **Schmidt** kurtze Einl. zur Brandenb. Kirch.- u. Reform.-Hiſt. S. 34. — Ueber die Aenderungen der urſprünglichen Diöceſangrenzen vgl. A. F. **Riedel** die Mark Brandenb. im J. 1250. Th. 2. S. 556 flg.; den ſpäteren Umfang zeigt die ausgezeichnete graphiſche Darſtellung, welche für die geſammten Deutſchen Bisthümer neuerdings in v. **Spruner's** hiſt.-geogr. Handatlas Bl. 11. gewonnen iſt.

7) Den Fundationsbrief v. 1. Octob. 949 ſ. in **Gercken's** ausführl. Stiftshiſt. von Brandenb. App. No. 1. S. 335. u. **Schmidt** a. a. O. S. 34.

8) Ueber dieſen ſpätern Umfang der Diöceſe, deren ſüdöſtliche Grenze bis Schweinitz, Jüterbock, Mittenwalde und über Cöpenick hinaus reichte, im Oſten von Wrietzen abwärts durch die Oder gebildet war, giebt vor allem die Stiftsmatrikel des Biſch. Dietrich v. Stechow vom J. 1459 Aufſchluß. Vgl. **Gercken** a. a. O. S. 18 flg. u. **Riedel** a. a. O. S. 559 flg.

Hier hatte Otto zum Dank für den Sieg über die Ungarn bald nach ſeinem Regierungsantritte im J. 937 das Benedictiner-Kloſter S. Moritz geſtiftet und mit zahlreichen Gütern und Einkünften auf beiden Ufern der Elbe und an der untern Saale, welche die Grundlage des ſpäteren Stiftsterritorii bildeten, ausgeſtattet [9]); der Erhebung dieſer Stiftung zur biſchöflichen Würde widerſprach aber hartnäckig der Biſchof von Halberſtadt. Dieſem von Carl dem Großen, (ob gleich anfangs zu Halberſtadt und in welchem Jahre, iſt ungewiß) errichteten Bisthum [10]) waren über ganz Nordthüringen, öſtlich bis an die Elbe und Saale, gegen Süden bis zur Unſtrut und Helme, weſtlich und nördlich bis zur Ocker, Aller, Bieſe und Aland, die Diöceſanrechte zuſtändig [11]), ſo daß, ſeit das rechte Elbufer, früher vermuthlich als Miſſionsbezirk dem Halberſtädter Stifte zugewieſen, eigne Bisthümer erhalten hatte, nur auf Koſten Halberſtadts des Kaiſers Plan ausführbar war, an der Elbe ein neues Bisthum zu errichten. Doch mag weniger der Verluſt an geiſtlicher Gewalt, als die Beſorgniß vor der durch immer neue Schenkungen und Privilegien des Kaiſers ſteigenden weltlichen Macht des Magdeburger Stifts und die Hoffnung ſelbſt die höchſte kirchliche Würde über die jenſeits der Elbe entſtandenen Bisthümer zu gewinnen, den Halberſtädter Biſchof des Kaiſers Wünſchen abgeneigt gemacht haben.

---

9) Sagittarii antiquit. archiepiscop. Magdeb. Jena 1684. §. 45 flg. u. §. 69 flg. u. Rathmann Geſch. der Stadt Magdeburg. B. 1. S. 40.

10) Der Fundationsbrief iſt nicht erhalten, das Immunitätsprivilegium Ludwig's des Fr. v. J. 814, welches Carl den Gr. als Stifter bezeichnet, (u. a. bei Lünig R. Arch. Spic. eccl. T. 3. Anh. S. 15.) von zweifelhafter Echtheit; um ſo ſtreitiger iſt der Urſprung des Bisthums, als deſſen erſter Sitz meiſt Seligenſtadt, angeblich das heutige Oſterwik benannt wird. Mag aber auch hier die Gründung anfangs beſchloſſen geweſen ſein, ſo iſt die Stiftung doch wohl erſt zu Halberſtadt unter Ludwig dem Fr. völlig zu Stande gekommen. Vgl. Leuckfeld Antiq. Halberstad. S. 19—31. v. Ledebur Archiv f. preuß. Geſchichtskunde. Bd. 9. S. 3. u. 97.

11) Ueber die älteren Diöceſangrenzen vgl. v. Ledebur a. a. O. Bd. 8. S. 40 flg. Lüntzel die ältere Diöc. Hildesheim. S. 12 flg. und v. Leutſch a. a. O. S. 162 flg.; über die ſpäteren nach Stiftung von Magdeburg und Merſeburg Lucanus Beitr. zur Geſch d. Fürſt. Halberſtadt. H. 1. S. 16.

Nach vergeblichen Verhandlungen mußte Otto, obwohl er bereits im J. 962 vom Pabſte Johann XII. eine Beſtätigung des neuen Erzſtifts und zugleich die Erhebung des Merſeburger Lorenzkloſters zum Suffragan-Bisthum von Magdeburg erlangt hatte [12]), von ſeinem Plane abſtehen, zumal auch der Erzbiſchof von Mainz, um nicht ſeine Metropolitanrechte im Oſten Deutſchlands geſchmälert zu ſehen, dieſer neuen geiſtlichen Stiftung ſich entſchieden widerſetzte. Erſt die gleichzeitige Erledigung des Mainzer und Halberſtädter Biſchofsſtuhles, deren neu erwählten Obern, bis ſie auf ihre bisherigen Metropolitan- und Diöceſanrechte verzichteten, die kaiſerliche Inveſtitur verweigert wurde, machte die Ausführung jenes Planes möglich. Auf dem Concile zu Ravenna im J. 967 ward mit Zuſtimmung des Pabſtes Johann XIII. die Erhebung des Magdeburger Moritzkloſters zur erzbiſchöflichen Kirche [13]), und gleichzeitig die Errichtung der Bisthümer Merſeburg, Zeitz und Meiſſen beſchloſſen, welche nebſt der Brandenburgiſchen und Havelbergiſchen Diöceſe die kirchliche Provinz Magdeburgs bilden ſollten [14]).

Nur ein kleiner Diſtrict zwiſchen der Elbe, Ohre, Bode und Saale ward zwar, rings umſchloſſen vom Halberſtädter Sprengel, der Magdeburger Kirche als Diöceſe vom Halberſtädter Biſchofe abgetreten. Die Privilegien indeſſen, durch welche Johann XIII. den neuen Erzbiſchof den Rheiniſchen Prälaten gleichſtellte [15]), und die bedeutenden, bald noch vermehrten Beſitzun-

---

12) Sagittarius l. c. §. 65—67. Rathmann a. a. O. S. 51. Leuckfeld a. a. O. S. 218 flg.

13) Sagittarius §. 91 sq., welcher zugleich die betreffenden Fundationsurkunden mittheilt, u. Rathmann S. 55 flg.

14) Die Fundationsbriefe dieſer Stifter ſind theils verloren, theils verfälſcht; in der Erectionsbulle Johann's XIII. für Magdeburg (Sagittarius §. 98.) werden ſie aber als Suffragan-Bisthümer genannt. Vgl. Böttiger a. a. O. S. 50.

15) Vgl. Lentz diplom. Landes- und Stiftshiſt. von Magdeb. S. 83. In der Urkunde, worin dem Magdeburger Stift der primatus omnium ecclesiarum archiepiscoporum et episcoporum qui in Germania sunt ordinati ertheilt wird, heißt es: Mogonciensis, Trevirensis et Coloniensis ecclesiae in omnibus parem honorem confirmamus (Sagittarius §. 102); nominell iſt indeß auch hier das ius primatus geblieben.

gen, Einkünfte und Regalien des alten Moritzkloſters, welche auf das Erzſtift übertragen wurden, ſicherten der neuen Kirche Anſehn und Macht, und die bald nachher unter Erzbiſchof Giſiler,
981 wenn ſchon nur auf kurze Zeit eintretende Auflöſung und Zer-
bis 1004 ſtückelung des Merſeburger Stifts erweiterte nicht bloß im Saalkreiſe die Beſitzungen des Magdeburger Biſchofs, ſondern wurde auch wie es ſcheint benutzt, um über das Gebiet zwiſchen Saale, Elſter und Elbe, d. h. die ſpäter Anhaltiniſchen Länder, die Mark Landsberg und einen Theil des Sächſiſchen Kurkreiſes, Diöceſanrechte zu gewinnen [16]). Dem Merſeburger Bisthum ward der ſüdlich vom ſalzigen See zwiſchen Saale und Unſtrut belegene Theil der Halberſtädter Diöceſe, nebſt dem Lande von der Saale oſtwärts bis auf das rechte Ufer der Freiberger Mulde als Diöceſe zugewieſen, während die von Zeitz das Gebiet zwiſchen der Saale und der Zwickauer Mulde abwärts bis in die Gegend von Naumburg, Altenburg und Penig umfaßte, und das Meiſſener Bisthum über das Land zwiſchen Mulde und Elbe, öſtlich dieſes Fluſſes aber über die Lauſitz bis zur Oder hin (hier freilich mehr dem Namen nach, da, ehe noch die Lauſitz völlig dem Chriſtenthum gewonnen war, ganz Schleſien bis an den Bober dem Breslauer Bisthum zufiel) Diöceſanrechte erhielt. Auch hier än-

16) Biſchof Giſiler von Merſeburg wußte, nicht auf die redlichſte Weiſe, im J. 970 ſeine Ernennung zum Erzbiſchof von Magdeburg zu erlangen, und behielt anfangs daneben ſein Bisthum Merſeburg bei, bis er im J. 981 eine Bulle auswirkte, wodurch daſſelbe wieder in eine Abtei verwandelt wurde. Daß bei der Vertheilung der Diöceſe Giſiler dem Erzſtifte neun Ortſchaften vorbehalten, iſt eben ſo gewiß, als daß in ſpäterer Zeit die obigen Gegenden, welche auch die Spruner'ſche Karte mit dem ganzen Gebiet der untern Mulde als Merſeburger Diöceſe bezeichnet, zum Magdeburger Sprengel gehörten; denn ſo wird das Kloſter auf dem Peters- oder Lautersberge ſchon im J. 1156, Ammendorf und Dieskau ſüdlich von Halle in den J. 1286 u. 1386 als zur Magdeburger Diöceſe gehörig in Urkunden bezeichnet (ſ. Dreyhaupt Beſchr. des Saalkreiſes. Th. 2. S. 869. 876. u. 951.), eben ſo Wörlitz bei Deſſau von Lentz in ſ. Stiftshiſt. von Brandenb. S. 26. als im Magdeb. Sprengel belegen genannt, zu dem nach einer von Dreyhaupt a. a. O. S. 874. mitgetheilten Urkunde v. J. 1447 ſelbſt Eilenburg an der Mulde gehört hat. Ob aber ſchon jene Erwerbung zur Erweiterung der Diöceſe Anlaß gegeben habe, iſt nur Vermuthung, und eben ſo gut möglich, daß erſt bei Herſtellung des Merſeburger Bisthums dieſes Gebiet davon getrennt worden wäre.

derte indeß jene temporäre Auflöſung des Merſeburger Bisthums vielfach die Grenzen der Diöceſen. Denn mußte gleich bei deſſen Herſtellung Zeitz das Land zwiſchen Saale und Mulde wieder herausgeben, ſo blieb doch, bis auf ein kleines den Biſchofsſitz ſelbſt umſchließendes Stück, der weſtlich der Saale belegene Theil der Merſeburger Diöceſe fortan für immer beim Bisthum Halberſtadt, zu welchem dieſe Gegenden urſprünglich gehört hatten, und der Verluſt des an Magdeburg gefallenen Diöceſangebiets wie die Erweiterung des Meiſſener Sprengels bis an die Zwickauer Mulde beſchränkte die Merſeburger Diöceſe auf einen nicht bedeutenden Diſtrict an der untern Pleiſſe und Elſter [17]).

Inzwiſchen war Markgraf Gero dem Alter und dem Kummer über den frühzeitigen Tod ſeines Sohnes erlegen, welcher alle 965
Hoffnungen auf dauernde Begründung der Macht ſeines Geſchlechtes vereitelte. Mit ihm zerfiel das große Marken-Herzogthum, dem er mit eben ſo viel Kraft als Weisheit vorgeſtanden hatte, und weder der alternde Kaiſer Otto I., noch ſein in mannichfache Fehden mit Deutſchen Fürſten und mit Italien verwickelter Sohn Otto II. vermochten das Uebergewicht der Deutſchen über die Slaviſchen Völkerſchaften zu behaupten. Zwiſchen Saale und Elbe entſtanden vier verſchiedene Marken [18]), im Zeitzer Bisthum die Südthüringiſche, öſtlich und nördlich von dieſer die Nordthüringiſche mit dem Bisthum Merſeburg, auf beiden Ufern der mittleren Elbe in den heutigen Anhaltiniſchen Beſitzungen, dem ſpäteren Kurkreiſe und der Niederlauſitz die ſ. g. Oſtmark, zwiſchen der oberen Mulde und Elbe und jenſeit dieſes Stromes bis über die obere Lauſitz die Mark Meiſſen, keine derſelben der Macht der Slaven gewachſen, bis es den Nordthüringiſchen Grafengeſchlechtern von Ascanien und Wettin gelang, den größten Theil dieſes ehemaligen Markengebiets ihrer Landeshoheit zu unterwerfen. Unterhalb des Einfluſſes der Saale in die Elbe ſchloſſen ſich da-

17) Ueber die urſprünglichen Grenzen dieſer Sächſiſchen Stifter und die durch die temporäre Aufhebung Merſeburgs veranlaßten Aenderungen vgl. v. Leutſch a. a. O. S. 126 flg. u. Böttiger a. a. O. S. 50 flg.

18) v. Leutſch a. a. O. S. 111 flg. Böttiger a. a. O. S. 59 flg.

gegen ſeit dieſer Zeit die reichen Beſitzungen der Bisthümer Magdeburg und Halberſtadt durch kaiſerliche Immunitätsprivilegien und Verleihung der wichtigſten Regalien immer mehr zu ſelbſtſtändigen Territorien ab [19]). Am weſtlichen Ufer der unteren Elbe gewann eben ſo das neue Sächſiſche Herzogsgeſchlecht Herrmann Billung's [20]) eine nicht unbedeutende Macht, die, obſchon unfähig, der von dem Obotritenfürſten Gottſchalk begonnenen Stiftung eines großen chriſtlichen Wendenreiches Dauer zu ſichern [21]), ſelbſt unter dem Supplinger Hauſe zu kräftigem Schutz der Deutſchen Lande gegen die Kriegszüge der Slaven kaum ausreichend, doch den Grund zu der Herrſchaft legte, welche unter dem Welfen Heinrich dem Löwen im Oſten der Elbe Deutſchem Sinne und Rechte zu Theil ward, und zugleich nach mehr als hundertjährigen Kämpfen die Oſtſeeſlaven dem Chriſtenthum unterwarf [22]). Weiter aufwärts den Elbſtrom endlich, gegenüber dem Einfluſſe der Havel, entſtand mit Gero's Tode als ſelbſtſtändiges Territorium die ſ. g. Nordmark, die Wiege der fürſtlichen Macht des Hauſes Brandenburg.

Hier behauptete anfangs Gero's Nachfolger Theodorich in den zu ſeiner Mark gehörigen Slaviſchen Gebieten öſtlich der Elbe eine Zeitlang noch die Deutſche Herrſchaft, wie drückend auch den Fürſten die Abhängigkeit, dem Volke die Zehntpflicht

19) Von einer Oberhoheit der nördlichen Markgrafen, zu deren Sprengel Magdeburg wie Halberſtadt gehörten, findet ſich kein Beweis, und in der That waren die immerwährenden Kriegsunruhen nicht geeignet, ſolche Anſprüche zu unterſtützen. Zum Herzogthum Sachſen ſcheinen beide Bisthümer eben ſo wenig je gehört zu haben, und die Magdeburger Burggrafſchaft hat anfangs zu ſehr gewechſelt, nachher einem zu unbedeutenden Geſchlechte, den Grafen von Querfurt, zugeſtanden, als daß eine Hoheit über das Stift dadurch hätte gewonnen werden können. Die ſelbſtſtändige Theilnahme der Magdeburger Erzbiſchöfe an den Eroberungen öſtlich der Elbe und die ausgedehnte Lehnsherrlichkeit beider Stifter über die benachbarten Grafſchaften und Herrſchaften iſt zugleich ein ſichres Zeichen, daß ſie frühzeitig völlige Landeshoheit erworben haben.

20) Eichhorn a. a. O. Th. 2. S. 58. Gebhardi allg. Geſch. der Slaven u. Wenden in: Allg. Welthiſtorie. Th. 51. S. 342.

21) Helwing Geſch. des Preuß. Staats. S. 84 flg. Gebhardi a. a. O. S. 859 flg.

22) Gebhardi a. a. O. S. 890 flg.

war. Die ſchimpfliche Behandlung des Obotritenfürſten Miſtewoi
erregte aber kurz vor Kaiſers Otto II. Tode einen allgemeinen Auf- 983
ſtand der Slaven, in dem die Deutſchen Burgen jenſeits der Elbe,
und mit den beiden Cathedralen alle chriſtlichen Kirchen zerſtört
wurden. Trotz einzelner blutigen Siege gelang es weder den An-
ſtrengungen der Grafen von Walbeck, welche bis zu Anfang,
noch den Bemühungen der Wettiniſchen Grafen, welche bis
gegen die Mitte des elften Jahrhunderts die Nordmark verwal-
teten, die Slaven wieder zum Gehorſam und Chriſtenthum zu-
rückzuführen; die Grafen von Stade, durch welche die mark-
gräfliche Würde allmählich zu erblicher Territorialherrſchaft wur-
de, beſchränkten ſich ſogar faſt ganz auf die Vertheidigung ihres
weſtlich der Elbe belegenen Sprengels [23]. So gewann das Hei-
denthum in den Slaviſchen Ländern wieder völlige Herrſchaft, der-
geſtalt daß im zwölften Jahrhundert Biſchof Otto von Bamberg,
als er ſeinen zweiten Bekehrungszug nach Pommern durch die ehe-
malige Havelberger Diöceſe richtete, nur ſchwache Ueberreſte des
chriſtlichen Namens fand [24], und mit Mühe in den Magdeburg
zunächſt gelegenen Diſtricten des rechten Elbufers die Errichtung
einzelner Kirchen gelang [25]. Nur die ununterbrochene Reihe der
biſchöflichen Weihen erhielt das Andenken an die Stifter Havel-
berg und Brandenburg [26], bis Albrecht der Bär mit der
markgräflichen Hoheit die alten Cathedralen herſtellte, und in
Brandenburg nicht bloß Deutſche Verfaſſung, ſondern auch die
Herrſchaft der chriſtlichen Lehre feſt begründete.

---

23) Helwing a. a. O. S. 69—81. 96—104.

24) Gercken a. a. O. S. 68.

25) So ward im J. 1114 in spe propagandae amplificandaeque religionis christianae nach Zerſtörung vieler Götzenbilder in Lietzke (Leitzkau) eine Kirche erbaut, das ſpätere berühmte Prämonſtratenſerkloſter. S. Gercken S. 66. u. App. Doc. No. 5. S. 342.

26) Nach Riedel nov. cod. diplom. Brandenb. Berlin 1838. T. I. p. 5. u. 6. hätte Havelberg längere Zeit nicht einmal ſolche Nominalbiſchöfe gehabt, indem Erzbiſchof Norbert die Vereinigung dieſes Biſthums mit Magdeburg beabſichtigt und erſt im J. 1129 wieder in Anſelm dem Stifte einen eignen Biſchof gegeben hätte.

§. 2.

Anfall der Mark Brandenburg an das Aſcaniſche Haus. Herſtellung der Biſthümer Havelberg und Brandenburg. Lehnshoheit des Erzbiſthums Magdeburg über die Marken.

Graf Albrecht von Ballenſtädt, genannt der Bär, Sohn
Otto's des Reichen, hatte im J. 1123 von Kaiſer Heinrich V.
für treu geleiſtete Kriegshülfe die Oſtmark mit der Niederlauſitz
erhalten, indeß den nur theilweiſe erworbenen Beſitz bald wieder
verloren, als er, gekränkt durch die Verleihung des Herzog-
1129 thums Sachſen an das Welfiſche Haus, gegen Kaiſer Lothar II.
die Waffen ergriff. Die Erledigung der Nordmark, welche ohne
Rückſicht auf die erblichen Rechte des Stadeſchen Hauſes dem
Grafen Conrad von Plötzkau war verliehen worden, gab im J.
1134 dem Kaiſer erwünſchte Gelegenheit, ſich durch die Beleh-
nung Albrecht's mit dieſer Mark deſſen Freundſchaft zu ſichern
und ſeine Kriegsluſt dem Deutſchen Reiche gewinnbringend zu ma-
1139 chen. Wenige Jahre darauf erhielt Albrecht von Lothar's Nach-
folger Kaiſer Conrad III. ſogar das Herzogthum Sachſen,
gewann aber freilich damit nichts als die erbitterte Feindſchaft
Heinrich's des Löwen, welcher ihn nicht bloß der neuen
markgräflichen Würde, ſondern auch faſt aller Stammlande be-
raubte, und auf dem Reichstage zu Frankfurt im J. 1142 gegen
Rückgabe der Nordmark und der Aſcaniſchen Grafſchaft zum Ver-
zicht auf das Herzogthum Sachſen bewog, das erſt faſt vierzig
1180 Jahre ſpäter nach dem Sturze des Welfiſchen Hauſes in Bern-
hard, dem jüngſten Sohne Albrecht's, dem Aſcaniſchen Geſchlech-
te wieder zufiel [1]).

Mit dem dieſſeits der Elbe belegenen Gebiete, der ſpäteren
Altmark, erhielt Albrecht durch die Erhebung zum Mark-
grafen zwiſchen Elbe und Havel nur einen kleinen Strich Landes
aufwärts bis in die Gegend von Jerichow, welchen Markgraf Udo
von Stade wie es ſcheint erobert und der Nordmark zugefügt hat-
1136 te [2]). Ein glücklicher Kriegszug vereinigte jedoch bald darauf die

1) Vgl. Helwing a. a. O. S. 104—6. Böttiger a. a. O. S. 86.
2) Riedel a. a. O. S. 214—18.

Priegnitz, oder ſogenannte Vormark von neuem mit dem
markgräflichen Gebiete, während alte Freundſchaft mit dem chriſt-
lichen Heveller-Fürſten Pribislaw, welcher ſchon im J. 1127
das Land Zauche, ſüdlich von der Havel und weſtlich der Nuthe,
dem Sohne Albrecht's zum Pathengeſchenke gemacht hatte, tief
ins Land hinein die Oberhoheit des Markgrafen ſicherte [3]). Selbſt
das Unglück Albrecht's im Kampfe gegen Heinrich den Löwen ge-
fährdete nicht die Herrſchaft der Deutſchen, und mit der Stiftung
des Prämonſtratenſerkloſters Lietzke, das zugleich die Stelle des 1139
Brandenburger Domkapitels vertreten ſollte und deſſen Probſt
zum Archidiacon und Archipresbyter des ganzen Bisthums beſtellt
wurde [4]), begann allmählich die Zurückführung dieſer Gegenden
zum Chriſtenthum, welches immer kräftiger aufblühte, als Al-
brecht, in den Beſitz ſeiner Markgrafſchaft reſtituirt, nach Pri-
bislaw's Tode auch das Havelland erworben und in Gemein- 1142
ſchaft mit Heinrich dem Löwen die Obotriten unterworfen, ſo wie
den Pommerfürſten Ratibor zu dem Gelöbniß gezwungen hatte, 1147
der chriſtlichen Lehre treu zu bleiben.

Ein Aufſtand der an der Spree belegenen Slaviſchen Diſtricte Barnim und Teltow, welcher ſchnell über das ganze Havelland ſich verbreitete, bedrohte zwar im J. 1156 von neuem das Chriſtenthum; indeß leicht gelang Albrecht nach ſeiner Rückkehr aus Paläſtina die Wiedereroberung ſeiner Beſitzungen, ſeitdem die Mark Brandenburg genannt, welche er durch Berufung zahl-

---

3) Helwing a. a. O. S. 105 u. 116.

4) Die Stiftungsurkunde bei Gercken a. a. O. App. Doc. No. 7. S. 346. läßt kaum einen Zweifel übrig, daß Lietzke anfangs Sitz des Domkapitels war, da dem dortigen Convente förmlich das Recht der Biſchofswahl ertheilt ward und zu jener Zeit ſchon der Regel nach die Archidiaconate mit den Prälaturen der Domkapitel verbunden waren. Ausdrücklich wird auch in der Urkunde von 1114 (ſ. §. 1. Note 25.) Lietzke ein locus capituli genannt, und von einem Chroniſten (ſ. Riedel a. a. O. Th. 1. S. 337. Note 1.) erzählt, daß die Brandenburger Domherrn von Lietzke dorthin berufen worden ſeien. Die Urkunde Biſchofs Wilmar (ſ. Note 6.), auf welche Gercken (a. a. O. S. 71.) die Behauptung ſtützt, daß das Brandenburger Bisthum vor dem J. 1161 gar kein Kapitel gehabt habe, ſteht keineswegs entgegen, da ſie nur ſagt, daß die sedes cathedralis nondum suos canonicos gehabt habe.

reicher Deutſcher Coloniſten wie durch Einführung des Tempelherrn- und des Johanniterordens, denen für große Beſitzthümer die Vertheidigung der Grenzen übertragen wurde, eben ſo gegen Empörungen der großentheils noch heidniſchen Unterthanen, als gegen die Einfälle der unabhängigen Slaviſchen Fürſten an der öſtlichen und nördlichen Grenze ſicher zu ſtellen wußte [5]. Die Errichtung und reiche Dotation des Domkapitels zu Brandenburg [6], welches mit Prämonſtratenſern beſetzt und deſſen Probſtei mit dem Archidiaconate in dem bei weitem größten Theile der Diöceſe verbunden wurde [7], beſchloß im J. 1161 die Herſtellung des Brandenburger Bisthums; neun Jahre ſpäter wurde auch das Bisthum Havelberg, welches gleichfalls die Prämonſtratenſer-Ordensregel annahm, von neuem organiſirt [8], und der Vollendung nahe hinterließ Albrecht der Bär bei ſeinem bald darauf er-
1170 folgten Tode das große Werk, dem er ſein thatenreiches Leben gewidmet hatte.

Unter ſeinem Sohne Otto I., welcher ruhigen Beſitz des Erworbenen neuen Eroberungen vorzog, befeſtigte ſich die chriſtliche Lehre; die Auflöſung des Welfiſchen Herzogthums eröffnete nicht bloß in dem Erzkämmereramte die Ausſicht zur Kurwürde,

5) Helwing a. a. O. S. 117 flg.

6) Die Stiftungsurkunde ſ. bei Gercken a. a. O. No. 8. S. 348.

7) Das Leitzker Archidiaconat behielt nur den ſchmalen Strich Landes zwiſchen der Elbe und Ihle, welchem Biſchof Balderam im J. 1187 den mehr aufwärts an der Elbe belegenen Diſtrict der Burgwarde Loburg und Wieſenburg, und der Pfarren von Coswig, Wittenberg, Zahna und Elſtermünde beifügte (ſ. Gercken No. 18. S. 375.). Das Wahlrecht wurde dem Leitzker Convente ausdrücklich beſtätigt, ſcheint indeß ſpäter auf eine bloße Theilnahme des dortigen Probſtes beſchränkt worden zu ſein, und ſelbſt dieſe wollte ſchon zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts das Domkapitel, wahrſcheinlich weil eben jener Biſchof Balderam im J. 1180 dem Kapitel omne ius canonicum quod cathedrales ecclesiae Saxoniae debent habere, beſtätigt, und allein deſſen Wahlrecht erwähnt hatte (Gercken No. 17b. S. 372.), nicht mehr dulden. Gercken a. a. O. S. 123 flg.

8) S. v. Raumer a. a. O. S. 229. Riedel a. a. O. Th. 2. S. 60. Nach Riedel Cod. dipl. p. 7. wäre ſchon im J. 1131 die Herſtellung der biſchöflichen Kirche und bereits im J. 1150 deren Beſetzung mit Prämonſtratenſern erfolgt. Beides mag damals beabſichtigt ſein, ward aber durch die Kriegsunruhen verhindert, und das J. 1170 iſt wohl allein als die Zeit der Reſtitution Havelbergs anzuſehen.

ſondern befreite auch das neu erblühende Fürſtenhaus von der gefährlichen Nebenbuhlerſchaft Heinrich's des Löwen, welcher bei glücklicherem Ausgange ſeines Kampfes mit dem Kaiſer ſicher auch den Verſuch gemacht hätte, über das Brandenburgiſche Gebiet die Rechte herzoglicher Oberhoheit zu gewinnen [9]). Nicht minder glücklich ging die Gefahr vorüber, welche durch die Uebermacht der Dänen von Norden her der markgräflichen Herrſchaft unter Otto's Söhnen, Otto II. und Albrecht II., drohte; deſto unglücklicher aber endeten die Streitigkeiten mit dem Erzbiſchofe Wichmann von Magdeburg.

Urſprünglich vielleicht nur veranlaßt durch die planmäßige
Erweiterung der ſtiftiſchen Beſitzungen am rechten Elbufer bis
zur Havel und bis an die Grenzen der Zauche, denen im Süd-
oſten Wichmann das Land Jüterbock hinzugefügt hatte [10]), iſt 1165
ſpäter dieſer Streit allem Anſcheine nach hauptſächlich dadurch genährt worden, daß nach Auflöſung des Welfiſchen Herzogthums der Erzbiſchof von Magdeburg, nicht zufrieden mit der völligen Unabhängigkeit ſeines Stifts und mit den zahlreichen neuen Beſitzungen [11]), auch über die benachbarten Elbländer, welche früher zum Herzogthum Sachſen gehört hatten, eine herzogliche Oberhoheit zu erlangen ſuchte, ähnlich wie ſie der Erzbiſchof von Cöln durch förmliche Verleihung des Kaiſers zwiſchen Rhein und Weſer gewonnen hatte. Die äußere Macht des Stifts, der Ausführung eines ſolchen Plans vielleicht nicht gewachſen, ward durch die geiſtliche Autorität des Erzbiſchofs gehoben, welcher in den Anſprüchen der Markgrafen auf die Zehnten des von ihnen eroberten Landes hinreichenden Grund zur Excommunication fand, und ſo im J. 1196 die fürſtlichen Brüder zwang alle ihre Beſitzun-

---

9) Wie weit Heinrich dieſe auszudehnen ſuchte, erhellt insbeſondere daraus, daß er über die von ihm wieder hergeſtellten Oſtſeeiſchen Biſsthümer ſich das ius investiturae ertheilen ließ.

10) Riedel a. a. O. S. 218. Lentz diplom. Stiftshiſtorie von Magdeburg. S. 136.

11) Sommerſchenburg, Seeburg, Haldensleben, Hundisburg, Schraplau u. ſ. w. ſind damals an das Stift gekommen; ſ. Hauſen Geſchichte d. Herz. Magdeburg. S. 16.

gen dem Stift zu Lehn aufzutragen, und nach erfolgter Zuſtim-
mung des Kaiſers die Oberhoheit des Magdeburger Erzbiſchofs
anzuerkennen [12]). Geringen Erſatz für dieſen Verluſt der Selbſt-
ſtändigkeit gewährte der Erwerb der Herrſchaften Kamenz und
Ruhland in der Oberlauſitz, welche Albrecht II. mit ſeiner Ge-
1211 mahlin gewann. Bald indeß machten der Erwerb der Kurwür-
de [13]) und die damit den Erzbiſchöfen gegenüber gewonnene hö-
here politiſche Stellung, ſo wie die bedeutende Vergrößerung des
Brandenburgiſchen Gebietes durch die Söhne Albrecht's, Jo-
hann I. und Otto III., die Lehnspflicht zu einer bloß nomi-
nellen Abhängigkeit, welche der erzbiſchöfliche Stuhl beim Ab-

---

12) Ueber die Streitfrage, ob nur das Allodialgut des markgräflichen Hauſes oder ob die Mark ſelbſt der Magdeburger Lehnshoheit unterworfen ſei, vgl. von neuern Schriftſtellern vor allem Wohlbrück in Ledebur's Archiv. Th. 1. S. 172 flg. Riedel a. a. O. S. 63 flg. Helwing a. a. O. S. 129 flg., welche für jene Meinung ſich erklären, und v. Raumer über die ältere Verf. der Mark. S. 49 flg. u. Regesta. S. 266 flg., welcher der von Gercken in den vermiſchten Abh. Th. 2. S. 129. und Th. 3. S. 77. vertheidigten entgegengeſetzten Anſicht den Vorzug giebt. Die Entſcheidung iſt um ſo zweifelhafter, als in den Chroniken weder des Streits ſelbſt noch ſeiner Erledigung genauere Erwähnung geſchieht; die triftigeren Gründe ſcheinen mir für die Raumerſche Anſicht zu ſprechen. Daß der Erzbiſchof für die Gegenden rechts der Elbe dux loci genannt wird, obwohl das Herzogthum ihm niemals, wie z. B. dem Cölner Stifte, förmlich verliehen worden iſt, und eigentlich dem Herzoge Bernhard gebührte, dürfte den Schlüſſel für dieſen Streit enthalten. Eine Trennung der landesherrlichen Rechte von den dem Landesherrn gehörigen Beſitzungen, ſo daß dieſe aufgegeben und jene beibehalten werden konnten, iſt mit der Natur der Landeshoheit, wie ſie im Mittelalter ſich ausgebildet hat, ſicherlich unvereinbar, und der Verzicht auf alle, auch die verliehenen Güter, in der Mark ſelbſt und in allen dazu gehörigen Grafſchaften, ſchloß daher von ſelbſt den Verzicht auf die landesherrlichen Gerechtſame in ſich. Auf praedia aber iſt um ſo weniger Gewicht zu legen, als die eine der von v. Raumer S. 267. angeführten Chroniken terrarum et castrorum magnam partem, die andre geradezu „de olden Marcke“ als Gegenſtand des Lehnsauftrags bezeichnet. In dem Vorbehalt der Lehnshoheit über das Land Lebus, als das Magdeburger Stift auf ſeinen Antheil daran verzichtete, und in dem Verſuche des Erzbiſchofs Burkard, die Niederlauſitz, und zwar mit dem principatus über dieſelbe, ſich lehnspflichtig zu machen, liegt endlich ein meines Erachtens ſehr wichtiges Argument für die Deutung des Lehnsauftrags der Markgrafen Otto und Albrecht.

13) Die erſten ſichern Beweiſe dafür finden ſich freilich erſt zur Zeit Rudolph's von Habsburg. S. Riedel a. a. O. Th. 1. S. 71.

gange des Ballenſtädter Geſchlechts vergeblich zur Einziehung des märkiſchen Gebiets zu benutzen ſuchte, und endlich dem Hohenzollerſchen Hauſe gänzlich erließ.

§. 3.

Erweiterung der Mark bis an die Oder. Pommerns ältere Geſchichte und Verbindung mit dem Deutſchen Reiche.

Unter den neuen Erwerbungen war die erſte bedeutende der um Ankauf der Lande **Teltow** und **Barnim**, jenes ſüdlich der 1230
Spree und öſtlich der Nuthe bis in die Gegend von Trebbin, Mittenwalde und Cöpnick, dieſes zwiſchen Spree und Finow öſtlich der Havel bis an die Oder und die Grenzen des Lebuſer Landes [1]). Als ſogenanntes **neues Land** bildeten ſie, obwohl zur Brandenburger Diöceſe gehörig, ein beſondres mit der Pfarrei von Cöpnick und Mittenwalde urſprünglich verbundenes Archidiaconat, deſſen Beſetzung gleich der Erhebung der Zehnten, für welche das Stift nur zur Recognition ſeines Eigenthums eine geringe Geldabgabe erhielt, nach langen Streitigkeiten im J. 1238 durch Vergleich den Markgrafen zugeſtanden wurde [2]), deſſen Verwaltung

---

1) Riedel a. a. O. Th. 1. S. 384 flg.

2) Ueber dieſe Zehntſtreitigkeit und deren eigentliche Veranlaſſung, wie über die kirchlichen Einrichtungen jener nova terra fehlt es an genügendem Aufſchluſſe, da wir hierüber nichts als den bei Gercken a. a. O. No. 45. S. 446. abgedruckten Schiedsſpruch des päbſtlichen Legaten Biſchofs Eckard von Merſeburg, und das dieſem im J. 1234 ertheilte Commiſſorium (ebend. No. 44. S. 442.) beſitzen. Es ſcheint, daß Albrecht II. nicht bloß das neue Land von aller kirchlichen Verbindung mit Brandenburg und Magdeburg lostrennen wollte, ſondern auch, nur unter Vorbehalt der ihm zuſtändigen Landeshoheit, ähnliche Einrichtungen wie in dem vom Deutſchen Orden eroberten Preußenlande beabſichtigte. Dem Lande ſollte, weil es von jeder kirchlichen Gerichtsbarkeit eximirt und nur dem Röm. Stuhle unterworfen ſei, eine Conventualkirche mit 12 Canonikern vorſtehen, der Zehnte theils dem Landesherrn, weil er auf eigne Koſten die neuen Kirchen errichten würde, theils den Rittern, wegen der ihnen obliegenden Landesvertheidigung, theils und zwar zu einem Drittel jener Conventualkirche zukommen, und nur dem Pabſte ein Recognitionszins gezahlt werden. Selbſt in der Art, wie der Schiedsſpruch den Streit erledigte, erinnert Manches an die in Preußen beſtehenden Einrichtungen, obſchon die Diöceſanrechte Brandenburgs über dieſe terra nova anerkannt wurden; ſo z. B. daß jede Kirche mit

1255 dieſe aber ſpäter dem jedesmaligen Brandenburger Domprobſte zu
überweiſen verſprochen haben [3]).

Nicht minder wichtig war der bald darauf eintretende Er-
werb des Landes **Lebus**, welcher die Grenzen der Mark auf der
Südſeite der Warthe noch über die Oder hinaus erweiterte. In
früher Zeit von den Polen in Beſitz genommen, war dies Land
ſeit der Trennung Schleſiens von Polen nach der Mitte des zwölf-
1163 ten Jahrhunderts ein Theil des erſteren Landes geworden [4]). Die
Zeit ſeiner Bekehrung zum Chriſtenthum und der Stiftung des
nach dem Lande benannten Biſthums, deſſen erſte ſichre Erwäh-
nung in die erſte Hälfte des zwölften Jahrhunderts fällt, iſt durch-
aus ungewiß, indem die Erzählung der Polniſchen Chroniſten,
daß es gleich den übrigen Polniſchen Biſthümern in der Mitte
des zehnten Jahrhunderts gegründet ſei, ohne Zweifel Fabel iſt [5]),
und die Notiz, es ſei zuerſt in Rothrußland errichtet, ſpäter aber
nach Lebus verlegt worden, eben ſo unſicher erſcheint, vielmehr
wohl nur durch die zahlreichen Beſitzungen des Stifts in Klein-
polen die Anſprüche der Lebuſer Biſchöfe auf die Diöceſangewalt
über die wenigen katholiſchen Gemeinden jener Gegenden veranlaßt
worden ſind [6]). Was zu der Verbindung des Landes und Stiftes
mit der Mark Brandenburg Anlaß gegeben, iſt gleichfalls nicht
zu ermitteln, nur ſo viel gewiß, daß Herzog **Boleslaw** von
1249 Liegnitz zuerſt dem Erzbiſchofe von Magdeburg, welcher ſchon von
Kaiſer Heinrich V. Stadt und Burg Lebus durch Schenkung er-
halten, ſchwerlich aber je den Beſitz auf längere Zeit gewonnen
1250 hatte, dann auch den Markgrafen von Brandenburg alle ſeine Rechte
am Lebuſer Gebiet übertrug [7]). Die neu erworbene Landeshoheit
ſuchte

---

wenigſtens 4 Hufen dotirt werden, daß der Biſchof ſtatt der Zehnten einen Zins von 3 Pfennigen für jede Hufe erhalten ſollte u. ſ. w. Vgl. unten Kap. 2. §. 3.

3) **Gercken** a. a. O. No. 55. S. 466.

4) **Wohlbrück** Geſch. des ehemal. Biſth. Lebus. Th. 1. S. 9.

5) **Frieſe** Kirchengeſch. des Königr. Polen. Th. 1. S. 98. u. 389.

6) Vgl. **Wohlbrück** a. a. O. Th. 1. S. 48. 88. u. Th. 2. S. 83.

7) **Wohlbrück** Th. 1. S. 32. vgl. mit S. 6. u. 22 flg. Die Schenkung des Dorfs Tzſchetzſchenow an das Moritzſtift zu Halle vom J. 1230

ſuchte der Erzbiſchof **Willebrand** in einem Vergleich mit dem 1252
Biſchof Wilhelm zu ſichern, und durch Verlegung des Biſchofsſitzes in den Magdeburger Antheil wie durch den Vorbehalt, daß die Domprobſtei jederzeit auf Präſentation des Erzbiſchofs mit einem Magdeburger Domherrn beſetzt werden ſollte, ſich zu kirchlichem Einfluſſe und vielleicht zur Metropolitangewalt die Ausſicht zu eröffnen. Noch vor Ablauf des dreizehnten Jahrhunderts ward aber, wahrſcheinlich von Erzbiſchof **Erich**, einem Brandenburger Prinzen, das ganze Land unter Vorbehalt der Lehnshoheit dem markgräflichen Hauſe überlaſſen [8]). Seitdem iſt Land und Bisthum, deren Grenzen bis auf das kleine im Südweſten der Neumark belegene Land Küſtrin, das durch päbſtlichen Ausſpruch der Diöceſangewalt von Cammin entzogen wurde, völlig zuſammenfielen [9]), unter Brandenburgiſchen Hoheit geblieben; doch hat nicht bloß das Kapitel ſich fortdauernd aus dem Schleſiſchen Adel ergänzt und der Biſchof lange Zeit ſeine regelmäßige Reſidenz auf den Schleſiſchen und Polniſchen Gütern genommen [10]), ſondern auch der Erzbiſchof von Gneſen über dies ehemals Polniſche Bisthum bis zur Reformation ſeine Metropolitanrechte behauptet [11]).

1250 dürfte eben ſo wenig als die Urkunde, worin Friedrich II. dem Erzbiſchof Albert im J. 1226 die Schenkung von Bisthum, Stadt u. Schloß Lebus beſtätigt, irgend wie einen Beſitz dieſes Landes für Magdeburg beweiſen, da beide nur iuris conservandi und exercendi causa ausgefertigt ſein konnten.

8) **Wohlbrück** Th. 1. S. 128 flg. 136 flg. 410 flg.

9) Ebend. S. 34 flg. 92 flg. u. 169. und v. **Raumer** die Neumark Brandenburg im J. 1337. S. 15. 24. u. 49. Der Zehntverband des Stifts Lebus mit einzelnen ſüdlich der Schlaube belegenen Ortſchaften ſcheint kein genügender Beweis für die Lebuſer Anſprüche auf den angrenzenden Theil der Niederlauſitz. — Auf der v. **Spruner**'ſchen Karte iſt die Nordgrenze der Diöceſe, welche hiernach nur bis zur Netze gereicht hätte, zu eng, die nach Südoſt dagegen zu weit gezogen, indem die Gegend von Schwiebus zu Poſen gehörte und die Grenze von Lagow aus in gerader Richtung nach dem Einfluſſe der Neiſſe in die Oder ſich zog.

10) **Wohlbrück** a. a. O. S. 79. u. 127.

11) Auf Grund einer eben ſo ſehr mißverſtandnen als willkürlich gedeuteten Notiz in **Andr. Angelus** breviar. rerum march. p. 95. und deſſen annales marchiae Brand. p. 214., daß nemlich Biſchof Conrad

Bedeutender indeſſen, als der Erwerb des Lebuſer Landes, war die unter der gemeinſchaftlichen Regierung Johann's und Otto's zugleich mit dem Beſitze der Neumark und Ukermark nach langen Kämpfen erſtrittene Lehnshoheit über Pommern.

In dem Küſtenlande zwiſchen Oder und Weichſel hatten ſeit dem ſechsten Jahrhundert ſlaviſche Stämme, ſpäter unter dem dem Lande entlehnten Namen der Pommern vereinigt, Wohnſitze gewonnen und in ſteter Fehde mit den benachbarten Völkerſchaften ihre Herrſchaft ſüdlich bis zur Warthe, im Weſten dieſſeits der Oder bis an die Grenzen des heutigen Meklenburgs und über die jetzige Ukermark erweitert. Dem deutſchen Reiche dies Volk tributbar zu machen und dadurch die neu erworbenen Markenländer zu ſichern, gelang Otto dem Großen nur auf kurze Zeit; völlig erfolglos aber blieben ſeine Bemühungen, der chriſtlichen Lehre in dieſen Gegenden Eingang zu verſchaffen [12]. Glücklicher waren die Herzöge von Polen. Unter Boleslaw I. ward gegen Ende des zehnten Jahrhunderts das zwiſchen der Perſante und Weichſel gelegene Hinterpommern, damals Slavien genannt, dem Polniſchen Reiche zinspflichtig, und obſchon das von ihm zu Col-

Kron (1439—48) der erſte nach Vorſchrift des Baſeler Concils vom Erzbiſchofe zu Gneſen confirmirte Lebuſer Biſchof ſei, behauptet Wohlbrück Th. 2. S. 188., daß zu dieſer Zeit in den Metropolitanverhältniſſen eine Aenderung eingetreten und das Stift dem Magdeburger Erzbiſchofe unterworfen worden ſein müſſe. Jene Notiz geht aber offenbar nur auf die Herſtellung der erzbiſchöflichen ſtatt der päbſtlichen Confirmation, und daß noch zu Ende des funfzehnten Jahrhunderts Lebus zur Gneſener Provinz gehört hat, beweiſt, wie locker auch ſeit der Trennung von Polen der Verband geweſen ſein mag, ſchon der Umſtand genügend, daß auf der Provinzialſynode zu Petrikau im J. 1485 auch der Biſchof von Lebus erſchienen iſt. Vgl. Stan. Karnkowski constit. synodorum metrop. ecclesiae Gnesn. provincialium Crac. 1579. Lib. III. tit. de sede vacante fol. 61 b.

12) Die erſten Verſuche, das Chriſtenthum in dieſen Gegenden zu begründen, ſcheint Kaiſer Lothar, der Sohn Ludwig's des Frommen, gemacht zu haben, welcher angeblich im J. 844 die Inſel Rügen dem Kloſter Corvey geſchenkt hat. Vgl. Wigand Geſch. der gefürſt. Reichsabtei Corvey. Th. 1. S. 82 flg. und Barthold Geſch. von Rügen und Pommern. Th. 1. S. 219 flg. Unter Otto dem Gr. wurde ſogar ein Trierer Mönch Adelbert zum Biſchof von Rügen beſtellt, hat aber bald ſeine Miſſion wieder aufgegeben. Gebhardi Geſch. d. Reichs Rügen. §. 4. in: Allg. Welthiſt. Th. 52. S. 7.

C

berg geſtiftete und der neu errichteten Gneſener Provinz überwieſene Bisthum weder Wirkſamkeit noch Dauer gewann [13]), ſo erweiterten doch ſeine Nachfolger bis zur Oder die Oberhoheit Polens, welcher Herzog Wratislaw, der Stifter der ſpäteren Pommerſchen Dynaſtie, ſein Land zu entziehen vergeblich verſuchte [14]).

Um dieſe Herrſchaft feſter zu begründen, unterzog ſich König
Boleslaw III. von Polen mit rühmenswerthem Eifer der Be-
kehrung der Pommern. Unter ſeinem Schutze gelang es dem Bi-
ſchofe Otto von Bamberg die erſten chriſtlichen Gemeinden
zu ſtiften [15]), für welche im J. 1125 zu Wollin ein neues Bis-
thum errichtet wurde, das, nachdem der Polniſche Herzog eine
neue Empörung und Abfall vom chriſtlichen Glauben geſtraft hat- 1129
te, Beſtand gewann, und im J. 1140 durch päbſtliche Beſtäti-
gung das ganze Pommerland von dieſſeits der Oder bis zum Fluſſe
Leba zur Diöceſe angewieſen erhielt [16]). Der mit Boleslaw's III.

13) Mart. Rangonis Pomerania diplomatica. p. 44. u. 68. und Barthold a. a. O. S. 339.

14) Gebhardi Geſch. d. Pommerſchen Reichs. §. 6. in: Allg. Welthiſt. Th. 52. S. 52—54. Barthold a. a. O. S. 366 flg. 424 flg. 459 flg.

15) Vgl. Io. Bugenhagii Pomerania. Lib. II. c. 9 sq.

16) D. Cramer Großes Pommerſches Kirchen-Chronikon. B. 1. Kap. 35. und B. 2. Kap. 7. Gebhardi a. a. O. §. 8. u. 9. S. 60 flg. Die päbſtliche Stiftungsurkunde v. J. 1140 bei Rango a. a. O. p. 147. giebt die Grenzen der Diöceſe nicht an, nennt aber von den zur Dotation beſtimmten Beſitzungen außer Wollin die castra Dymin, Troboses, Chozck, Wolgast, Huznon, Groswin, Pyris, Stargard, Stettin, Cammin, und überweiſet dem Biſchofe de tota Pomerania usque ad Lebam fluvium de unoquoque arante duas mensuras annonae et quinque denarios. Hiernach hat ſchon damals das Bisthum dieſſeits der Oder (Demmin, Tribbeſees) Diöceſanrechte gehabt, und ohne Zweifel haben die Pommerſchen Herzöge mit ihrem weltlichen Gebiete auch die Grenzen ihres Landesbisthums erweitert. Doch mögen, da das Bisthum Schwerin nördlich der Peene bis an das Meer Diöceſanrechte behauptete und noch 1170 vom Pabſt Alexander III. beſtätigt erhielt (Biederſtedt Samml. aller kirchl. Verordn. in Neuvorpommern. S. 72.), das Land aber öſtlich und ſüdlich der Peene bis ans Meer dem Bisthum Havelberg bei ſeiner Stiftung zugewieſen war (Schmidt Einl. zur Brand. Kirchenhiſtorie. S. 34.), hier lange Zeit Grenzſtreitigkeiten obgewaltet haben, welche zwiſchen Schwerin und Cammin auch dann noch fortdauerten, als eine päbſtliche Bulle vom J. 1188 dem letzteren das Land zwiſchen Trebel und Peene ausdrücklich

Tode durch Theilungen und innere Kriege eintretende Verfall des
Polniſchen Reichs löſte aber bald darauf allmählich die Abhängig-
keit Pommerns. Selbſt in **Hinterpommern**, deſſen weſt-
licher Theil dieſſeits der Leba von König **Caſimir**, dem Sohne
1178 Boleslaw's, den Vorderpommerſchen Herzögen verliehen wurde,
der öſtliche dagegen, das ſpätere Pomerellen, dem Herzoge **Sam-
bor** zufiel, beſtand die Lehnspflicht faſt nur dem Namen nach,
und **Swantopolk**, der Neffe Sambor's, die Kriege der Po-
1227 len mit den Preußen benutzend, gründete mit leichter Mühe ein
völlig unabhängiges Reich[17], das allein in kirchlicher Beziehung,
als Theil der Diöceſe des Cujaviſchen Biſchofs zu Leslau oder
Wrazlaweck, mit Polen in Verbindung blieb[18]. Für die **Vor-
pommerſchen** Lande dagegen war die Befreiung von fremder
Oberhoheit nur von kurzer Dauer.

Mit Hülfe Heinrich's des Löwen, welcher nach Beſiegung
der Obotritiſchen Fürſten ſeine herzogliche Gewalt immer weiter
nach Oſten auszudehnen ſuchte, hatte der Dänenkönig **Walde-
1168 mar** Rügen erobert[19], und durch die Bemühungen des Roe-
ſcilder Biſchofs Abſalon, deſſen Nachfolger bis zur Reformation
die Diöceſanrechte über die Inſel behaupteten[20], dem Chriſten-

---

wieder zugeſprochen hatte. **Gebhardi** Geſch. d. Reichs Rügen. §. 7. S. 20. — Hiernach iſt die Grenzangabe auf der v. **Spruner**'ſchen Karte, welche die Diöceſe von Schwerin bis an und zum Theil über die Peene ausdehnt, nur für die ältere Zeit richtig.

17) Vgl. **Gebhardi** Geſch. des Pommerſchen Reichs. §. 12. S. 77. und Geſch. des Herz. Pommern an der Weichſel. §. 2 flg. S. 244 flg.

18) Dieſe Verbindung iſt ohne Zweifel Folge der früheren Abhängigkeit von Polen; ob aber, wie **Baczko** Geſch. Preußens Th. 1. S. 91. bemerkt, Pomerellen bereits im J. 1148 zum Bisthum Leslau gehört habe, iſt mindeſtens zweifelhaft. Vgl. unten Kap. 2. §. 1.

19) **Gebhardi** Geſch. des Reichs Rügen. §. 6 flg. S. 14 flg.

20) Ueber die Hälfte der Inſel nahm **Heinrich der Löwe** für den Schweriner Biſchof die Diöceſanrechte in Anſpruch und ließ ſie durch den Pabſt im J. 1170 anerkennen, als der Biſchof von Roeſcild im J. 1168 die Inſel, welche zu Erhaltung eines eignen Biſchofs zu arm ſei, ſich hatte zuweiſen laſſen. Jedoch hat der Schweriner Biſchof hier ſeine Diöceſangewalt nicht behauptet, und ſich mit dem Beſitze des ſ. g. Rügiſchen Feſtlandes zwiſchen der Recknitz, der Trebel und dem Meere begnügt. Vgl. **Biederſtedt** a. a. O. S. 70—80. **Balthaſar** hiſtor. Nachr. von den Landesger. im Herz. Pommern. §. 16. S. 79.

thume gewonnen; von dort aus bekriegten ſie die Pommerſchen
Herzöge. Die drohende Gefahr, welche bald darauf den Herzog 1175
Caſimir zur Verlegung des Bisthums nach **Cammin** veran-
laßte [21]), bewog dieſen zugleich ſich mit ſeinem Bruder **Bogis-
law I.** der Lehnshoheit Herzogs Heinrich des Löwen zu unter-
werfen [22]), ohne indeſſen von dem neuen Lehnsherrn, welchen die
eignen Angelegenheiten zu ſehr beſchäftigten, wirkſamen Schutz
zu gewinnen. Eben ſo vergeblich hoffte das Pommerſche Fürſten-
haus, welches als Lohn für den Abfall von ſeinem Lehnsherrn
durch Kaiſer **Friedrich I.** im J. 1181 die Reichsfürſtenwürde
erhalten hatte [23]), auf Hülfe von Kaiſer und Reich, und mußte
endlich unter die Däniſche Herrſchaft ſich beugen.

Von dieſer wurde zwar nach der Beſiegung König Walde-
mar's II. durch den Grafen von Schwerin das Land befreit, in-
dem der König, auf alle Eroberungen in den Oſtſeeländern ver- 1224
zichtend, nur das Lehnsfürſtenthum Rügen mit einigen dazu ge-
ſchlagenen ehemals Pommerſchen Beſitzungen auf dem Feſtlande be-
hielt [24]). Allein inzwiſchen hatte Kaiſer Friedrich I., welchem es
bei Erhebung Pommerns zur Fürſtenwürde mit der Ertheilung der
Reichsunmittelbarkeit keineswegs Ernſt geweſen war, bald nach
dem Falle Heinrich's des Löwen die Lehnshoheit über Pommern
den Markgrafen von Brandenburg ertheilt [25]), und dieſe, die

21) Die Urkunde Herzogs **Caſimir** v. J. 1175, wodurch er nach die-
ſer Verlegung die ſtiftiſchen Privilegien beſtätigt, und die Bulle Pabſt
Clemens III. v. J. 1188, welche die Verlegung genehmigt, ſ. bei
Rango a. a. O. S. 152. u. 159. und **Lünig** R. Arch. Spic. eccl.
T. II. Anh. p. 4. 5.

22) **Gebhardi** Geſch. d. Pommerſch. Reichs. §. 11. S. 72.

23) Ebend. §. 12. S. 74. v. **Raumer** regesta hist. Brand. p. 247.
Rangonis Pom. dipl. p. 51.

24) **Gebhardi** Geſch. des Reichs Rügen. §. 8. S. 23. und Geſch. des
Pommerſch. Reichs. §. 14. S. 88.

25) Ob dem Markgrafen **Otto I.** † 1184, oder, wie **Stenzel**
Geſch. des Preuß. Staats. S. 30. behauptet, deſſen Sohne **Otto II.**,
iſt zweifelhaft, daß aber ſchon im zwölften Jahrh. die Verleihung er-
folgt ſei, aus der Urkunde **Friedrich's II.** v. J. 1231, worin er
dieſelbe erneuert, erſichtlich, und nur Umfang und Art derſelben un-
gewiß. Vgl. **Gebhardi** a. a. O. §. 14. Note u. S. 85. v. **Lanci-
zolle** Geſch. d. Bildung d. Pr. Staats. S. 550 flg.

ſchon ſeit dem Anfange des dreizehnten Jahrhunderts nördlich der
Finow in dem Oberbarnim bis nach Oderberg hin feſten Fuß ge-
faßt und dieſe ſüdlichſten Theile der ſpätern Ukermark den Pom-
mern entriſſen hatten [26]), eilten im J. 1231 dieſe Lehnsherrlich-
keit ſich vom Kaiſer Friedrich II. [27]) beſtätigen zu laſſen, da
1219 die Theilung Pommerns nach dem Tode der Herzöge Caſimir und
Bogislaw, die Unmündigkeit ihrer Söhne und der Verfall der
Däniſchen Herrſchaft zu glücklichem Erfolg die Ausſicht eröffnete.
In ununterbrochenen meiſt glücklichen Kriegszügen drangen die
Markgrafen Johann und Otto immer weiter auf dem jenſeitigen
Oderufer nördlich der Warthe vor, ſo daß um die Mitte des drei-
zehnten Jahrhunderts faſt der ganze ſüdweſtliche Theil der ſpä-
teren Neumark, bis über Königsberg, Soldin und Landsberg
hinaus, mit der Mark vereinigt war [28]). Der gleichzeitigen Er-
1244 oberung der Lande Stargard, Beſeritz und Wuſtrow, welche
1292 freilich ſpäter durch Heirath als märkiſches Lehn für immer an
das Meklenburgiſche Haus fielen [29]), folgte im Jahre 1250 die
Erwerbung der Ukermark, welche ſtatt des dem Markgrafen
Johann durch ſeine Gemahlinn als Mitgift zugefallenen Landes
Wolgaſt abgetreten wurde [30]), übrigens gleich den Neumärkiſchen

---

26) Vgl. Riedel a. a. O. S. 392 flg. v. Raumer die Neumark Brandenburg im J. 1337. S. 2.

27) Dreger Cod. diplom. Pomer. p. 150.

28) v. Raumer a. a. O. S. 4. In der kirchlichen Eintheilung wurde im Weſentlichen nichts geändert, nur ſcheint in Folge dieſer Brandenburgiſchen Beſitznahme der Streit über die Diöceſanrechte im Soldiner und Küſtriner Lande dahin im J. 1266 verglichen worden zu ſein, daß das letztere dem Bisthum Lebus zugehören ſollte, bei welchem es nebſt einigen andern Neumärkiſchen Ortſchaften ſeitdem geblieben iſt. Ebend. S. 15. 29. 31.

29) Riedel a. a. O. Th. 1. S. 424—30. Helwing a. a. O. S. 178. v. Lancizolle a. a. O. S. 611. Das Stargarder Land gehörte ſpäter unbeſtritten zur Havelberger Diöceſe; ob jedoch der Camminer Biſchof in dieſem Theile des Pommerlandes niemals Diöceſanrechte gehabt, oder nur erſt bei der Abtretung an die Markgrafen, oder ſchon ſeit Herſtellung des Havelberger Stifts im J. 1170 (ſ. v. Raumer regesta. p. 229. und Riedel Th. 1. S. 454 flg.) verloren habe, laſſe ich dahin geſtellt.

30) Riedel a. a. O. Th. 1. S. 430 flg. und v. Lancizolle a. a. O. S. 302.

Erwerbungen größtentheils der Camminer Diöceſangewalt unterworfen blieb, indem nur das der Finow zunächſt gelegene Gebiet bis in die Gegend von Lychen, Templin und Angermünde dem Sprengel von Brandenburg überwieſen wurde [31]). Die feierliche Anerkennung der Brandenburgiſchen Lehnshoheit über ganz Pommern [32]) krönte zugleich die Bemühungen der Markgrafen um die Erhöhung ihres Hauſes.

§. 4.

Die Mark Brandenburg unter den letzten Aſcaniern.

Die Nachkommen Johann's und Otto's, welche kurz vor 1266
ihrem faſt gleichzeitigen Tode die bisher gemeinſchaftliche Regie- 1267
rung aufgelöſet und die Theilung des markgräflichen Hauſes in die Stendaler und Salzwedeler Linie bewirkt hatten, wußten nicht bloß das Gewonnene zu behaupten, ſondern auch Macht und Einfluß ihres Hauſes zu erweitern.

Zwar mißlang Otto's IV., des zweiten Sohnes Johann's, Verſuch ſich von der Abhängigkeit vom Magdeburger Erzſtifte zu befreien; ſelbſt die nach mehrfachen vergeblichen Bemühungen im J. 1283 durchgeſetzte Wahl ſeines Bruders Erich zum Erzbiſchofe brachte weniger dem markgräflichen Hauſe, welchem dieſer ſeine vermeintlichen Anſprüche auf die Niederlauſitz abtrat, als dem Magdeburger Stifte Gewinn, mit welchem Erich außer Wettin, einer Schenkung des Grafen Otto von Brena, auch das Burggrafenthum verband [1]). An den Grenzen des oberen

---

31) Noch im J. 1233 wird bei Gelegenheit der Stiftung des Kloſters Parſtein oder Chorin der Camminer Biſchof als dioecesanus loci dieſer Gegenden genannt (Riedel Th. 1. S. 394. und Th. 2. S. 560.). Möglich iſt es indeß, daß ſchon ſeit dem J. 1220, wo durch Vergleich die Welſe, bei Vierraden in die Oder mündend, als Grenzſcheide der Pommerſchen und Brandenburgiſchen Beſitzungen beſtimmt wurde (v. Raumer die Neumark Brandenb. S. 2.), das Brandenburger Stift auf dieſen Theil der bei der Stiftung ihm zugewieſenen Diöceſe wieder Anſprüche gemacht hätte, die nur erſt nach völliger Beſeitigung des Streits mit Pommern förmlich anerkannt worden wären.

32) Dreger Cod. dipl. Pomer. p. 324. v. Lancizolle a. a. O. S. 553.

1) Lentzens diplom. Stifts- und Landeshiſt. Magdeb. S. 232 flg. Pauli allg. preuß. Staatsgeſch. Th. 5. S. 425—27.

Erzſtiftes gab indeſſen der Beſitz der Mark **Landsberg** und der Herrſchaft **Sangerhauſen**, welche nebſt der Pfalzgrafſchaft Sachſen Markgraf Heinrich im J. 1291 vom Meiſſenſchen Hauſe erkaufte [2]), der Brandenburgiſchen Macht einen neuen Zuwachs; durch den Erwerb der Lehnshoheit über die Grafſchaft **Wernigerode**, welche Graf Conrad im J. 1268 zu Lehn auftrug [3]), ſtieg zugleich im Gebiete des Halberſtädter Stifts das Anſehn der Ballenſtädter, die von alter Zeit her über die reichsunmittelbare Abtei **Quedlinburg**, eine Stiftung Kaiſers Heinrich I. und auf dem Concile zu Ravenna vom J. 937 von der Diöceſangewalt Halberſtadt's eximirt [4]), die Erbvogtei beſaßen. Mit den alten Beſitzungen in der **oberen Lauſitz**, welche ſchon **Otto III.**
1231 bei ſeiner Vermählung mit der Böhmiſchen Prinzeſſin Beatrix durch die ihm als Unterpfand für die Mitgift übergebnen Städte Bautzen, Görlitz, Lauban und Löbau vermehrt hatte [5]), wußten im J. 1301 die Markgrafen die ganze **Niederlauſitz** zu verbinden, welche beide Linien gemeinſchaftlich vom Landgrafen Diezmann, dem Sohne Albrecht's des Unartigen, erkauften, und gegen Friedrich den Gebiſſenen, wie gegen den Magdeburger Erzbiſchof Burckard, der zwei Jahr früher die Lauſitz erkauft hatte, glücklich behaupteten [6]).

Im Kampfe mit den Polen, an welchem Markgraf **Conrad**, der jüngere Bruder **Otto's IV.**, beſonders lebhaften Antheil nahm, wurden die Neumärkiſchen Beſitzungen durch Erobe-
1270 rung des Friedeberger und Arnswalder Landes bis an die Drage
bis erweitert, und gleichzeitig die Pommerſchen Gebiete von Schild-
1280 berg, Lippehne und Bernſtein dem Brandenburgiſchen Hauſe erworben [7]). Das Ausſterben aber des Pomerelliſchen Fürſtenhau-

---

2) **Helwing** a. a. O. S. 174. u. **Böttiger** a. a. O. Th. 1. S. 212.

3) **Helwing** a. a. O. S. 182.

4) **Kettner** Kirchen- u. Reform.-Geſch. d. Stifts Quedlinburg. Kap. 10. u. 26. und Anh. No. 2.

5) **Helwing** a. a. O. S. 173.

6) **Böttiger** a. a. O. S. 220 flg.

7) v. **Raumer** die Neumark Brandenb. S. 5—7.

Digitized by Google

ſes führte gleichzeitig zu neuen, freilich größtentheils nur vorüber-
gehenden Erwerbungen. Meſtwin II., Sohn des Herzogs
Swantopolk, hatte, um gegen den Deutſchen Orden und gegen
ſeinen Bruder Hülfe zu gewinnen, im J. 1269 den Markgrafen
von der Stendaler Linie ſein ganzes Land zu Lehn aufgetragen,
bald darauf jedoch unterſtützt von Polen dieſelben genöthigt, ſich
mit der Lehnsherrlichkeit über Slave und Stolpe, welche Meſtwin
ſeinen Schwägern den Rügiſchen Fürſten überlaſſen hatte, zu be- 1273
gnügen. Als aber nach Meſtwin's Tode im J. 1295 der Pome-
relliſche Adel den Herzog Przemislaw von Polen zum Landes-
herrn erwählte, machten die Markgrafen ihre Lehnsherrlichkeit
wieder geltend und eroberten faſt ganz Pomerellen, unbekümmert
um die Anſprüche, welche die vorpommerſchen Herzöge auf einen
älteren Erbvertrag mit Herzog Meſtwin, die Rügiſchen Fürſten
auf mütterliche Verwandtſchaft und einen im voraus mit den
Markgrafen im J. 1289 und 1292 geſchloſſenen Theilungsvertrag
ſtützten [8]. Die Einmiſchung des Ordens, welcher durch Schen-
kung des Pomerelliſchen Fürſten Sambor II., eines Bruders
Swantopolk's, bereits im J. 1276 das Land Mewe auf dem lin-
ken Weichſelufer gewonnen hatte, und in der Hoffnung hier
ſeine Beſitzungen zu erweitern dem Polniſchen Herzoge Wladis-
law gern den erbetenen Beiſtand gewährte, entzog indeſſen ſowohl
dem Brandenburgiſchen als Pommerſchen Fürſtenhauſe die Po-
merelliſchen Landſchaften [9]. Markgraf Waldemar, welcher
ſeit dem J. 1308 als eigner Herr und als Vormund der Stamm-
vettern Heinrich's des Kindes von der Stendaler und Jo-
hann's V. des Erlauchten von der Salzwedeler Linie das ganze
Brandenburgiſche Beſitzthum vereinigt hatte [10], überließ im J.
1310 mit Genehmigung Kaiſers Heinrich VII. ſeine Anſprüche
auf Pomerellen käuflich dem Orden [11]. Der einzige bleibende

8) Gebhardi's Geſch. des Herz. Pommern an der Weichſel. §. 6. S. 256 flg. v. Lancizolle a. a. O. S. 553 flg.

9) Voigt's Geſch. Preußens. Th. 3. S. 355 flg. Th. 4. S. 192 flg. 225 flg. 10) Helwing a. a. O. S. 155.

11) Voigt a. a. O. Th. 4. S. 263 flg. v. Lancizolle a. a. O. S. 562.

Gewinn der jahrelangen Kämpfe war, als die anfangs noch vorbehaltenen Gebiete von Slave, Rügenwalde und Stolpe ſich
1318 freiwillig den Pommerſchen Herzögen unterwarfen, und Waldemar, um in ſeinen Streitigkeiten über den Beſitz der Lauſitz und mit dem Dänenkönig Erich VI. freie Hand zu gewinnen, auf jene Beſitzungen verzichtete, die Erweiterung der Neumark über das zum Biſthum Poſen gehörige Gebiet zwiſchen der Drage, Netze und Küddow [12].

§. 5.

Verfall der Mark Brandenburg unter der Regierung der Bairiſchen und Luxemburger Markgrafen.

Mit Waldemar's Tode im J. 1319, dem ſchon im folgenden Jahr Heinrich das Kind, der letzte Sproß des markgräflichen Askaniſchen Stammes folgte, verfiel jählings die Macht Brandenburgs. Unter den nichtigſten Vorwänden nahmen die benachbarten Fürſten die Außenländer der Mark in Beſitz, auf dieſe ſelbſt erhoben die drei Linien des Anhaltiniſchen Geſchlechts, das Sächſiſche Kurhaus, die Herzöge von Sachſen-Lauenburg und die Anhaltiniſchen Fürſten Erbanſprüche. Kaiſer Ludwig der Baier wendete aber, als der Sieg über ſeinen Nebenbuhler Friedrich von Oeſterreich gegen heftigen Widerſpruch von Seiten der Reichsſtände geſichert hatte, ſeinem eignen Hauſe die erledigte Kur zu, und belehnte im J. 1324 feierlich ſeinen älteſten noch unmündigen Sohn Ludwig mit der Erzkämmererwürde und der Mark Brandenburg nebſt allen dazu gehörigen Landen [1]. Nur mit Mühe und nicht ohne bedeutenden Länderverluſt gewann der Kaiſer, welchem Papſt Johann XXII., um die Nichtachtung des päbſtlichen Bannſtrahls zu ſtrafen [2], immer neue Feinde er-

---

12) Gebhardi a. a. O. §. 7. S. 261—63. Helwing S. 160. v. Raumer S. 9.

1) Gercken Cod. diplom. Brand. T. 7. p. 35.

2) Dem Domkapitel zu Brandenburg wurde die Publication der Bannbulle gegen Kaiſer Ludwig „in virtute nostri favoris et gratiae ac sub exterminatione eorundem de marchionatu et dominio nostro, nec non sub publicatione et confiscatione omnium bonorum Brandenburgensis ecclesiae“ förmlich unterſagt. Vgl. Gercken Stiftshiſt. von Brandenb. S. 150. Note 3.

weckte, ſeinem Sohne den Beſitz der ihm verliehenen Länder und die Anerkennung ſeiner neuen Unterthanen. Mit Gelde und dem Verluſte mehrerer Städte mußte die Belehnung von dem Erzſtifte Magdeburg erkauft werden; die Altmark und die Mark Landsberg nebſt der Sächſiſchen Pfalzgrafſchaft blieben dem Braunſchweigiſchen Fürſtenhauſe; die oberlauſitziſchen Gebiete nahm König Johann von Böhmen und Herzog Heinrich von Jauer in Beſitz; die Niederlauſitz, wenn ſchon unter Vorbehalt des Wiederkaufs, war der Preis des von Herzog Rudolph von Sachſen erlangten Beiſtandes; ein großer Theil der Priegnitz ward dem Meklenburgiſchen und Schweriner Hauſe verpfändet [3]). Von Seiten Pommerns drohte indeſſen der ſchwerſte Verluſt.

Hier hatte Wartislaw V., Herr des zu Ende des drei-
zehnten Jahrhunderts durch Theilung zwiſchen ſeinem Vater Bo- 1295
guslaw III. und deſſen Bruder Otto I. entſtandenen Herzogthums Wolgaſt, gleich nach Waldemar's Tode unter dem Vorwande vormundſchaftlicher Sorge für den Markgrafen Heinrich die ganze Neumark in Beſitz genommen, während ſein Oheim Otto, Herzog von Stettin, die Ukermark beſetzte [4]). Gleichzei-
tig hatte er ſchon bei Heinrich's Lebzeiten, ehe noch die Lehns- 1320
hoheit des Brandenburgiſchen Hauſes mit dem Ausſterben der Askanier erloſchen war, unmittelbar beim Kaiſer Ludwig die Lehn gemuthet, auch das Verſprechen erhalten, daß er vorläufig keiner andern als der kaiſerlichen Lehnshoheit unterworfen ſein ſollte [5]); doch mochte er dieſer Zuſage nicht trauen und ſuchte mit Herzog Otto die Beihülfe des zu großer Macht geſtiegenen Camminer Biſchofs durch das Verſprechen zu gewinnen, daß ſie dem Stifte durch Lehnsauftrag ihrer Herzogthümer deren Anfall bei Abgange ihres Geſchlechts ſichern wollten [6]). So verſagten ſie

---

3) Vgl. Helwing a. a. O. S. 304 flg. Stenzel Geſch. des Preuß. Staats. Th. 1. S. 105.

4) v. Raumer a. a. O. S. 10. 5) v. Lancizolle a. a. O. S. 564.

6) Gebhardi Geſch. des Pommerſch. Reichs. §. 16. u. 24. S. 94 flg. u. S. 115. — Als vollzogen kann der Lehnsauftrag an das Bisthum Cammin um ſo weniger gelten, als Rango in ſeiner Pomer. diplom. p. 108. dies entſchieden in Abrede ſtellt, und p. 308. nur ſagt, daß

dem Befehle des Kaiſers, ſeinem Sohne als neu ernanntem Mark-
grafen von Brandenburg die Lehnspflicht zu leiſten und die ent-
riſſenen Beſitzungen zu reſtituiren, den Gehorſam, und ihre Wei-
gerung gewann um ſo mehr an Gewicht, als Herzog Wartislaw
1325 bald darauf das durch den Tod Wizlaw's erledigte Fürſtenthum
Rügen auf Grund einer Erbverbrüderung, trotz dem Wider-
ſpruche des Däniſchen Königs, mit Wolgaſt vereinigte, und durch
die Zuſicherung der öſtlich der Drage gelegenen Neumärkiſchen Be-
ſitzungen ſich den Beiſtand König Wladislaw's von Polen zu ſi-
chern gewußt hatte [7]). In wiederholten Kriegen verſuchten Kai-
ſer Ludwig und Markgraf Ludwig das Glück der Waffen; allein
trotz der Fehde, in welche Wartislaw's Söhne mit den Meklen-
burgiſchen Fürſten über Rügen verwickelt wurden, lange ohne
Erfolg. Erſt im J. 1332 gelang es dem Biſchofe von Cammin
einen Vergleich mit Herzog Otto und deſſen Sohne Barnim V.
zu vermitteln, worin der Markgraf, gegen Rückgabe des größten
Theils der Ufer- und Neumark und gegen Zuſicherung der Erb-
folge in das Herzogthum Stettin bei etwanigem Ausſterben der
männlichen Deſcendenz der Herzöge, auf die Lehnshoheit über
1338 Pommern verzichtete [8]), welches bald darauf Kaiſer Ludwig
unter Beſtätigung jenes Vertrags von neuem als reichsunmittel-
bares Fürſtenthum anerkannte [9]). Nur mit dem Wolgaſter
Hauſe dauerten die Streitigkeiten, ohne indeß in offne Fehde aus-
zubrechen, fort, indem die Söhne Wartislaw's, als ihnen nach
1336 erreichter Mündigkeit die Regierung von den Stettiner Herzögen
übergeben wurde, jenen Vertrag, als ihren Erbrechten an Stet-
tin nachtheilig, anzuerkennen ſich weigerten, bis endlich Kaiſer
1348 Carl IV. die Reichsunmittelbarkeit auch des Wolgaſt-Rügener

---

die Herzöge ihre Beſitzungen durch teſtamentariſche Verfügungen dem Biſchofe hätten zuwenden wollen, es auch ſonſt an glaubwürdigen und genaueren Nachrichten hierüber fehlt. Eben ſo wenig Ernſt iſt es wohl mit dem Lehnsauftrag an den Röm. Stuhl geweſen, deſſen **Raynaldus** annal. eccl. ad an. 1331 erwähnt.

7) Gebhardi Geſch. des Reichs Rügen. §. 11. S. 33 flg. und Geſch. des Pommerſchen Reichs. §. 16. S. 95.

8) Gercken Cod. diplom. Brand. T. III. p. 92. Vgl. Helwing a. a. O. S. 315. 9) v. Lancizolle a. a. O. S. 570 flg.

Herzogthums anerkannte und durch Beſtätigung der beiderſeitigen Succeſſionsansprüche die Ausſicht des Brandenburgiſchen Hauſes auf den Anfall des ihm einſt lehnspflichtigen Pommerſchen Reiches wenn nicht vernichtete, doch in ungewiſſe Ferne hinausſchob [10]).

Den ruhigen Beſitz der weniger erkämpften als erkauften Marken ſicherte dem neuen Markgrafenhauſe nur das Anſehn des Kaiſers. Kaum war dieſer geſtorben, als von neuem die benach- 1346
barten Fürſten das unglückliche Land befehdeten, ihre Raubgier mit der Vertheidigung der Anſprüche des falſchen Waldemar bemäntelnd. Offen unterſtützte ſie, um die Macht des Wittelsbacher Hauſes zu brechen, der neue Kaiſer Carl IV.; ſelbſt nach der anſcheinenden Ausſöhnung zu Bautzen, welcher die Markgra- 1350
fen, gegen Verzicht auf alle Anſprüche an die der Krone Böhmen einverleibte Oberlauſitz, die Belehnung mit den Marken verdankten, arbeitete der Kaiſer insgeheim an der Schwächung ſeiner Nebenbuhler [11]). Der Verzicht Ludwig's I. auf die Marken zu 1351
Gunſten ſeiner Brüder, die Streitigkeiten mit der Niederbairiſchen Linie, die Geldverlegenheit der Markgrafen, und die innere Zerrüttung der Mark, wo Adel, Geiſtlichkeit und Städte den Gehorſam verlernt hatten, boten Gelegenheit genug zur Förderung jener Pläne, und ſchon zwei Jahr nach Ludwig's I. Tode gelang es dem Kaiſer durch die zu Nürnberg im J. 1363 geſchloſſene Erbeinigung ſeinem Hauſe die Nachfolge in die Marken für den Fall unbeerbten Abganges der beiden Brüder zu ſichern [12]). Durch den baldigen Tod Ludwig's des Römers und die Unfrucht- 1365
barkeit der Ehe ſeines in Liederlichkeit verſunkenen Bruders Otto eröffnete ſich zur Vereinigung der Mark mit dem Königreiche Böhmen nahe Ausſicht; dennoch war der unbeſonnene Verſuch Otto's, ſeinem Neffen Friedrich von Baiern die Erbfolge zu verſchaffen, dem Kaiſer erwünſcht, um noch bei ſeinen Lebzeiten dieſen neuen Beſitz ſeinem Hauſe zuzuwenden. Im Lager von Fürſtenwalde mußte am 15. Auguſt 1373 Otto, unter Vorbehalt der Kur-

10) Gebhardi Geſch. des Pommerſchen Reichs. §. 24. S. 117 flg.
11) Vgl. Helwing a. a. O. S. 325 flg.
12) Gercken Cod. diplom. Brand. T. III. p. 110.

und Erzkämmererwürde und gegen ein Jahrgehalt, auf die Marken und alle dazu gehörigen Länder zu Gunſten der Söhne des Kaiſers verzichten [13]). Der willigen Anerkennung der neuen Herrſcher von den Ständen folgte auf dem Landtage zu Tangermünde der Majeſtätsbrief vom 2. October 1374, welcher für ewige Zeiten Brandenburg der Krone Böhmen incorporirte [14]).

Unter Carl's ſo kräftigen als weiſen Regierung gelangte das Land bald wieder zu Ruhe und Ordnung; die Vereinigung der davon getrennten Länder, welche Carl zu Tangermünde den Ständen zugeſagt hatte, erfolgte jedoch nicht. Den Beſitz der Ukermark, welche während der Waldemarſchen Unruhen der Mark wieder entzogen worden war, hatte der Kaiſer ſchon im J. 1373 den Herzögen von Pommern unter Vorbehalt eines Einlöſungsrechts beſtätigt, die Priegnitz als Lehn dem Herzoge Albrecht von Meklenburg überlaſſen [15]); von der Neumark war ſchon im J. 1334 durch Ludwig den Aeltern im Frieden mit den Polen faſt das ganze Gebiet jenſeits der Drage abgetreten [16]), der Beſitz des übrigen Theils durch die Kriegszüge der Polen und des Ordens gefährdet; die Niederlauſitz endlich hatte Carl ſchon zehn Jahr vor Erwerb der Mark von den Pfandbeſitzern, den Markgrafen von Meiſſen, eingelöſet, bald darauf im J. 1368 durch Kauf in ſein Eigenthum verwandelt und dem Böhmiſchen Reiche einverleibt [17]).

Zur früheren Macht erhob ſich ſo die Mark nicht einmal durch den mächtigen Kaiſer; mit deſſen Tode aber im J. 1378 brach Verwirrung und Elend in noch höherem Maaße als früher über das Land ein. Sein Sohn Sigismund, welchem er die Brandenburgiſchen Länder, jedoch ohne die Neumark, zugetheilt hatte, die erſt im J. 1396 nach des jüngern Bruders Johann von Görlitz Tode an das Hauptland zurückfiel [18]), verpfändete des

13) Helwing a. a. O. S. 369—72. 14) Ebend. S. 374.
15) Stenzel a. a. O. Th. 1. S. 125. v. Lancizolle S. 307 flg. u. 617. 16) v. Raumer die Neumark Brandenb. S. 11—13.
17) Helwing a. a. O. S. 351. Note 2.
18) v. Raumer a. a. O. S. 14.

reits zehn Jahr nach Antritt ſeiner Regierung die geſammten Marken an ſeine Vettern, die Markgrafen Jobſt und Procop von Mähren. Unter deren, durch wechſelnde Statthalter geführten und faſt nur auf Gelderpreſſung gerichteten Regierung verfiel mit dem Wohlſtande des Landes das Anſehn der Landesherrſchaft, welche den räuberiſchen Fehden des Adels weder wehren konnte noch mochte, und durch leichtſinnige Verſchleuderung des Kammerguts faſt der Exiſtenzmittel ſich beraubte [19]). So war, als nach dem Tode der Mähriſchen Vettern das Land an Sigismund zurückfiel, für dieſen die Mark ein faſt werthloſer Beſitz. Wie früher nach dem Anfalle der Neumark, welche Sigismund nach langem Feilſchen erſt pfandweiſe, dann käuflich dem Deutſchen Orden überlaſſen hatte [20]), war er auch jetzt nur auf möglichſt baldige und vortheilhafte Veräußerung des Landes bedacht. Für die Verdienſte, welche Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg ſich bei Sigismund's Bewerbung um die durch König Ruprecht's Tod erledigte Kaiſerkrone erworben hatte, ſchien die verödete und innerlich zerrüttete Mark ein geringer Lohn; daß unter dem neuen Fürſtengeſchlechte der Hohenzollern ſich Brandenburg bald zu früherer Blüthe, dereinſt zur zweiten Macht Deutſchlands erheben würde, konnte Niemand ahnen. 1388 1402 1411

§. 6.

Verleihung der Mark Brandenburg an das Haus Hohenzollern und Wiederherſtellung derſelben.

Zum oberſten und gemeinen Verweſer und Hauptmann der Mark anfangs nur beſtellt, erhielt Burggraf Friedrich ſchon wenige Jahre darauf, am 30. April 1415, vom Kaiſer Sigismund mit Zuſtimmung der Kurfürſten zu Coſtnitz für ſich und ſeine Erben die Landeshohcit ſelbſt nebſt der Kurwürde und dem Erzkämmereramte; nur für den Fall, daß der Kaiſer oder ſein Bruder Wenzel männliche Nachkommen gewinnen würde, blieb

19) Vgl. Helwing a. a. O. S. 393 flg. Stenzel a. a. O. S. 151 flg. 20) Voigt's Geſch. Preußens. Th. 5. S. 609. 685. u. Th. 6. S. 231 flg.

1) Helwing a. a. O. S. 400.

die Einlöſung der Mark vorbehalten. Ohne Schwierigkeit nahm der neue Kurfürſt die Landeshuldigung ein; die feierliche Belehnung im J. 1417, bei welcher jener Vorbehalt des Wiederkaufsrechts in den Lehnsbrief nicht aufgenommen wurde, gab dem Hohenzollernſchen Hauſe den unwiderruflichen erblichen Beſitz der Kur Brandenburg [2]). Freilich war ein großer Theil des Landes noch in fremden Händen, theils von den früheren Landesherren veräußert, theils eigenmächtig durch die benachbarten Fürſten von der Mark abgeriſſen. Trotz mancher Fehden mit den aufrühreriſchen und übermüthigen Ständen, trotz der Noth, welche die Huſſitiſchen Unruhen auch über die Mark brachten, und obwohl die Kurfürſten den Angelegenheiten des Reichs vielfach ihre perſönliche Mitwirkung wie die Kräfte des Landes widmen mußten, glückte es indeß dem neuen Herrſcherhauſe, allmählich die verlornen Beſitzungen und Gerechtſame zum größten Theile wieder zu gewinnen.

Den Beſitz der Priegnitz, welche die Meklenburgiſchen Fürſten während der Unruhen der Jobſt'ſchen Verwaltung an ſich geriſſen hatten, obwohl Carl's IV. Lehnsverleihung ſchon früher in Vergeſſenheit gerathen oder aufgehoben ſein muß [3]), erkämpfte
1425 Kurfürſt Friedrich I. im Frieden von Perleberg [4]). Dagegen mißglückte der Verſuch, über die geſammten Meklenburgiſchen Lande die Lehnshoheit auszudehnen, welche, nachdem Carl IV. durch Verzicht den früheren Lehnsnexus aufgehoben hatte, für das Stargarder Land und die Beſitzungen der Wendiſchen Fürſten durch Lehnsauftrag von neuem war begründet worden; nach lan-
1442 gen Verhandlungen ließ Kurfürſt Friedrich II. im Wittſtocker Vertrage mit der Zuſicherung des Angefälle der Meklenburgiſchen Lande und der Eventualhuldigung ſich genügen [5]).

Wich-

2) Vgl. v. Lancizolle a. a. O. S. 251—63. Helwing a. a. O. S. 428 flg. Völligen Verzicht, ſelbſt für den Fall daß er Kinder gewönne, hat Kaiſer Sigismund erſt auf die Mark geleiſtet, als Friedrich im J. 1423 die Verleihung der Sächſiſchen Kur an die Markgrafen von Meiſſen anerkannte. Helwing S. 474.

3) v. Lancizolle a. a. O. S. 617 u. 18., insbeſ. Note 156.

4) Helwing a. a. O. S. 466.

5) Vgl. v. Lancizolle a. a. O. S. 609—29.

Wichtiger war die definitive Erledigung der alten Streitigkeiten mit den Erzbiſchöfen von Magdeburg. Seit dem Anfange des vierzehnten Jahrhunderts in anerkanntem Beſitze fürſtlicher Hoheit [6]), hatten dieſe noch die Wittelsbacher Markgrafen die Lehn zu empfangen genöthigt [7]). Gegen das mächtige Luxemburger Haus die Lehnshoheit geltend zu machen hatte aber das Stift nicht vermocht, dagegen für die zahlreichen märkiſchen Gebiete, welche die Erzbiſchöfe in den letzten Zeiten der Bairiſchen Herrſchaft theils in der Altmark, theils zwiſchen der Elbe und Havel mit dem Stiftsterritorio vereinigt hatten, eine Anerkennung des Beſitzſtandes erlangt [8]), und trotz dem daß dieſe auf die Lebenszeit des damaligen Biſchofs beſchränkt war, nicht bloß im Beſitze ſich behauptet, ſondern auch immer neue Anſprüche namentlich auf Plauen erhoben. Weder auf jene Gebiete mochte Kurfürſt Friedrich verzichten, noch die Lehnshoheit des Stifts wiederum anerkennen; ein von ihm im J. 1421 veranlaßter Austrägalſpruch führte indeß zu keinem Reſultate. Erſt zwiſchen Kurfürſt Friedrich II. und dem Erzbiſchofe Friedrich kam am 11. Novemb. 1449 nach weitläuftigen Verhandlungen durch erwählte Schiedsmänner ein Hauptvergleich zu Stande [9]). Das Erzſtift erhielt dadurch im Norden die ſpätere Grenze gegen die Altmark, nebſt dem ganzen ſtreitigen Gebiet zwiſchen der Elbe und Havel, mit einziger Ausnahme von Plauen, und gewann ſo, da inzwiſchen die Erzbiſchöfe, außer Oebisfelde im Weſten der Altmark, Schönebeck, 1369 u. 71

6) Unter Berufung auf ein im Magdeburger Archiv befindliches Copialbuch erwähnt Lentz in ſeiner diplom. Landes- u. Stiftshiſtorie von Magdeb. S. 302. eines Lehnbriefes Heinrich's VII. v. J. 1310, worin er dem Erzb. Burchard ſeine Regalien, Lehen und Fürſtenthum verleihet, und die Vaſallen anweiſet, demſelben als einem Fürſten des Reichs zu gehorſamen; in ähnlicher Weiſe ſoll in dem Lehnbriefe Kaiſers Wenzel v. J. 1384 das Stift ein Fürſtenthum genannt ſein (ebendaſ. S. 354.). Seit dem Anfange des vierzehnten Jahrhunderts iſt auch die Formel Dei gratia Episcopus üblich geworden (ebend. S. 317.)

7) v. Lancizolle a. a. O. S. 273. u. 74.

8) Ebendaſ. S. 271. 275.

9) Gercken Cod. dipl. Th. 5. S. 362 flg. Walther Singularia Magdeb. Th. 2. S. 64 flg. Vgl. v. Lancizolle a. a. O. S. 279.

1405 Wanzleben, Dahme und Egeln erworben hatten [10], das ganze
1417 Territorium, wie es, bis auf die ſpäter an Sachſen gekommenen
Gebiete, durch den Weſtfäliſchen Frieden als weltliches Herzog-
thum dem Hauſe Brandenburg zufiel. Dagegen verzichtete Erz-
biſchof Friedrich auf alle und jede Anſprüche an die Stadt Bran-
denburg, die Zauche und die Altmärkiſchen Diſtricte und Ortſchaf-
ten, welche die Ascaniſchen Markgrafen zu Lehn aufgetragen hat-
ten, und hob ſomit förmlich die freilich faſt ſchon erloſchene Lehns-
pflicht der Mark auf. Gleichzeitig erhielt auch der Kurfürſt die
Lehnsherrlichkeit über die Grafſchaft Wernigerode zurück,
welche das Magdeburger Stift in den erſten Zeiten der Luxem-
burger Herrſchaft an ſich zu bringen gewußt hatte [11]; über die
Abtei Quedlinburg dagegen die Erbvogtei wieder zu gewin-
nen gelang ihm nicht. Dieſe hatte ſeit dem Ausſterben der Asca-
niſchen Markgrafen erſt die herzogliche Linie dieſes Hauſes geübt,
1420 nach deren Erlöſchen das Meiſſenſche Haus als Zubehör des Säch-
ſiſchen Herzogthums in Anſpruch genommen, und für lange Zeit
noch blieb ſie den Kurfürſten von Brandenburg verloren. Nur
die Afterlehnsherrlichkeit, welche das Stift ſchon früher Fried-
rich I. über die den Grafen von Ruppin gehörige Grafſchaft Lin-
1418 dau und die Magdeburgiſche Herrſchaft Möckern verliehen hat-
te [12]), erhielt das Kurhaus in näherer Verbindung mit Qued-
linburg. Zwei Jahre aber nach jenem Vergleiche mit Magdeburg
gelang es im Gebiete des Halberſtädter Bisthums feſten Fuß
zu faſſen, wie geringen Einfluß auch die vom Stifte Gandersheim
1451 dem Kurfürſten abgetretene Lehnshoheit über Derenburg [13]) in
dieſen Gegenden anfangs nur gewähren konnte.

Im Süden der Mark ſuchte Kurfürſt Friedrich II. die alten Anſprüche ſeiner Vorfahren auf die Lauſitz von neuem geltend zu machen. Nach dem Tode Königs Albrecht von Böh-men hatte ſich Nicolaus von Polencz, welchem Sigismund

10) Walther a. a. O. Th. 6. S. 26. Lentzen's Stifts- u. Landeshiſt. von Magdeb. S. 341. 401. 407.
11) v. Lancizolle a. a. O. S. 280. 12) Ebend. S. 268.
13) Helwing a. a. O. S. 556.

die Landvogtei über die ganze Niederlauſitz als erblichem Pfand-
inhaber verliehen hatte, im J. 1441 mit Zuſtimmung der Stände
unter Brandenburgiſchen Schutz geſtellt. Wenige Jahre ſpäter 1448
verſtand ſich deſſen Sohn zu völliger Abtretung ſeiner Rechte, und
leicht ließen ſich die Stände bewegen, dem Kurfürſten „als ober-
ſten Vogt und Verweſer“ zu huldigen. Eine Uebereinkunft mit
König Georg Podiebrad, worin dieſer ſich nur die Einlöſung
der Vogtei vorbehielt und jede weitere Veräußerung unterſagte,
ſchien ſogar im J. 1449 die Ausſicht zu eröffnen, daß in ähnlicher
Weiſe wie früher die Mark, auch die Lauſitz den Hohenzollern mit
voller Landeshoheit zufallen würde [14]). Indeß die Weigerung des
Kurfürſten, ſich mit Georg Podiebrad gegen den Kaiſer zu ver-
bünden, führte zum Kriege, der im J. 1462 im Frieden zu Gu-
ben zum Nachtheil Brandenburgs endete, indem dem Kurfürſten
nur die bereits vor längerer Zeit erkauften Herrſchaften Cottbus 1445
und Peitz nebſt dem Lande Beerfelde und der Herrſchaft u. 48
Teupitz als Böhmiſche Lehen verblieben, und eine Anwartſchaft
auf die Herrſchaften Storkow und Beeskow ertheilt wur-
de [15]), welche in Folge der an das Stift Lebus erfolgten wieder-
käuflichen Veräußerung ſpäter auch wirklich durch die Säculari- 1535
ſation dieſes Biſthums dem Hohenzollernſchen Hauſe anfielen [16])
und der inzwiſchen durch den Ankauf von Zoſſen [17]) erweiterten 1490
Mark ihre ſpätere Grenze gegen Süden gaben.

Glücklicher war Kurfürſt Friedrich II. mit dem Wieder-
erwerb der Neumark [18]). Den Verkauf derſelben an den
Deutſchen Orden hatte ſchon ſein Vater wenige Jahre nach ſeiner 1421
Erhebung zur Kurwürde als der goldnen Bulle widerſprechend an-
zufechten verſucht, da indeß Kaiſer Sigismund im J. 1429 auf
das vorbehaltene Wiederkaufsrecht verzichtete, ſpäter ſtillſchwei-
gend, ſein Sohn bald nach ſeinem Regierungsantritt im J. 1448

14) v. Lancizolle a. a. O. S. 319 flg.
15) Ebend. S. 327. vgl. mit S. 321. u. 22.
16) Wohlbrück Geſch. des Bisth. Lebus. Th. 2. S. 418. u. 460. Die kaiſerliche Belehnung iſt erſt 1571 oder 75 erfolgt.
17) v. Lancizolle a. a. O. S. 328.
18) Ebend. S. 291—99.

gemeinſchaftlich mit ſeinen Brüdern ſogar ausdrücklich die Rechtmäßigkeit der Veräußerung anerkannt. Als aber nachmals die Unzufriedenheit der Preußiſchen Stände in offne Empörung gegen den Orden ausbrach, ſah ſich durch dringende Geldverlegenheit und die gerechte Beſorgniß, daß Polen die aufrühreriſchen Stände unterſtützen und durch die Beſitznahme der Neumark das Ordensgebiet von Deutſchland trennen möchte, im J. 1454 der Orden bewogen, ſelbſt die Neumark dem Kurfürſten zum Kauf anzubieten. Noch in demſelben Jahre kam dieſer unter (niemals geltend gemachtem) Vorbehalt des Wiederkaufs zu Stande, und vereinigte, mit Ausnahme nur des kleinen öſtlich der Drage belegenen Gebietes von Tütz, Schloppe und Friedland, wo die Polen ihre Herrſchaft behaupteten, die Neumark für immer wieder mit den Kurlanden.

Minder glücklich war der Bruder und Nachfolger Friedrich's II., Kurfürſt **Albrecht Achilles**, in dem Verſuche, das ſeiner Tochter Barbara von ihrem Gemahle, Herzog **Heinrich XI.** letztwillig hinterlaſſene Herzogthum **Glogau** gegen die lehnsherrlichen Anſprüche Königs Matthias von Böhmen und die Erbrechte des Herzogs Johann von Sagan zu behaupten. Indeß erzwang er im Frieden zu Kamenz vom J. 1482 wenigſtens die Abtretung der Lande **Croſſen**, **Züllichau**, **Sommerfeld** und **Bobersberg**, die, ſchon ehe Kurfürſt Joachim II. im J. 1538 den Pfandbeſitz in unwiderrufliches Eigenthum verwandelte, bloß dem Namen nach Schleſiſche Fürſtenthümer blieben [19]), und nicht bloß an der Grenze Schleſiens die Macht der Hohenzollernſchen Fürſten befeſtigten, ſondern auch gleichſam den Weg bahnten zum Erwerbe des Landes, welches dermaleinſt das Anſehn ihres Hauſes in Deutſchland zu ſouveräner Fürſtengewalt zu erhöhen beſtimmt war.

Auch von der **Ukermark**, welche die Pommerſchen Herzöge von der Mark abgeriſſen hatten, war ſchon unter Kurfürſt **Friedrich I.** der größere Theil im J. 1427 durch den Frieden zu Neuſtadt-Eberswalde dem Brandenburgiſchen Hauſe wieder

19) v. Lancizolle a. a. O. S. 331—47.

zugefallen [20]). Deſto langwieriger war der Streit über die Lehnspflicht Pommerns, welche die Kurfürſten anfangs auf ſich beruhen ließen, auf welche aber, als das Ausſterben des Stettiniſchen Herzogshauſes im J. 1464 zum Heimfalle dieſes bedeutenden Territorii Ausſicht eröffnete, Kurfürſt Friedrich II. die nie aufgegebenen Anſprüche ſeines Hauſes von neuem geltend zu machen eilte [21]). Indeß war es den Herzögen von Wolgaſt, unterſtützt von dem größeren Theil der Stettiniſchen Stände, gelungen, ſich ſofort in den Beſitz des Landes zu ſetzen, und trotz dem, daß Kurfürſt Albrecht Achilles vom Kaiſer Friedrich III. eine Beſtätigung ſeiner Rechte und die Belehnung mit Pommern zu erlangen wußte, ſah er ſich genöthigt im Frieden zu Prenzlau vom J. 1472 mit dem von neuem beſtätigten Beſitze der Ukermark ſich zu begnügen und auf die Stettiniſche Erbſchaft zu verzichten [22]). Selbſt die Anerkennung der Brandenburgiſchen Lehnshoheit über ganz Pommern und die Zuſicherung des dereinſtigen Anfalls des Landes, welches dem Kurfürſten als Lehns- und eventuellen Landesherrn die Erbhuldigung leiſten ſollte, brachte wenig Gewinn. Denn bei dem Widerwillen der Pommerſchen Herzöge gegen dieſe Lehnsabhängigkeit kam es bald zu neuen Streitigkeiten, und um nur der Anwartſchaft auf das Land ſich zu verſichern, verzichtete Kurfürſt Johann Cicero im Pyritzer Vertrage vom J. 1493 auf die Lehnsherrlichkeit [23]). Vergeblich nahm Kurfürſt Joachim I. dieſe ſpäter von neuem in Anſpruch; nach langen Verhandlungen gelang es endlich der Vermittelung der Herzöge Erich und Heinrich von Braunſchweig am 24. Auguſt 1529 den Vergleich zu Grimnitz zu Stande zu bringen, welcher, unter Beſtätigung der Brandenburgiſchen Erbfolge wie der von Kaiſer Carl V. zu Worms im J. 1521 von neuem anerkannten Reichsunmittelbarkeit Pommerns, die faſt drei-

20) v. Lancizolle a. a. O. S. 311—13. 21) Ebend. S. 578.
22) Ebend. S. 579—89. Gebhardi Geſch. d. Pommerſchen Reichs. §. 21. u. 33. S. 107. u. 144.
23) v. Lancizolle a. a. O. S. 595. Gebhardi a. a. O. §. 36. S. 152.

hundertjährigen Streitigkeiten zwiſchen beiden Ländern für immer beendigte [24]).

§. 7.

Kirchliche Verfaſſung der Brandenburgiſchen und Pommerſchen Lande.

Glücklich war ſo zu Ende des Mittelalters der größte Theil des alten Ascaniſchen Beſitzthums wieder mit der Kurmark verbunden, und zu neuen Erwerbungen für die Zukunft die, freilich damals noch ſehr entfernte, Ausſicht eröffnet. Nicht geringere Verdienſte aber als durch Erweiterung des Territorii, welches ſeitdem bis zum Anfall der Preußiſchen Lande und der Jülich-Cleveſchen Erbſchaft unverändert geblieben iſt, erwarben ſich die erſten Hohenzollerſchen Kurfürſten um ihr Land durch Herſtellung innerer Ordnung und Begründung einer wohlgeregelten Verwaltung. Den übermüthigen Ungehorſam des raub- und fehdeluſtigen Adels brach Kurfürſt Friedrich I. gleich nach Antritt ſeiner Regierung mit Waffengewalt, als aus Furcht vor der kräftigen Hand des neuen Herrſchers ein großer Theil der adligen Familien unter dem ſcheinbaren Vorwande, daß die Mark für ewige Zeiten dem Böhmiſchen Reiche vereinigt ſei, die Huldigung verweigerte. Mit gleichem Glücke überwand ſein Sohn den Trotz der größeren Städte, insbeſondere Berlins und Stendals, welcher mehrmals in offne Empörung ausbrach, häufiger noch in Widerſpruch gegen die landesherrlichen Verordnungen ſich kund gab, aber nur den Verluſt der früheren Selbſtſtändigkeit der ſtädtiſchen Verwaltung und vieler Privilegien zur Folge hatte. Durch Rückforderung der eigenmächtig entzogenen oder willkürlich verpfändeten Kammergüter und Regalien, durch feſtere Begründung des Abgabeweſens, durch Herſtellung der Landtage, durch Fürſorge für ordentliche Beſetzung der Gerichte und unpartheiiſche Rechtspflege befeſtigte zugleich die neue Dynaſtie, wie ihre eigne Herrſchaft, ſo das Wohl des Landes. Vornemlich aber waren die Kurfürſten darauf bedacht, die hergebrachten Rechte oberer Schutzhoheit über die Lan-

24) v. Lancizolle S. 596 flg. Gebhardi a. a. O. §. 37. n. 39. S. 158. u. 164.

desbiſchöfe zu behaupten, und jeder Anmaßung der auswärtigen Kirchenobern zu wehren, welche in einzelnen Theilen des märkiſchen Territorii Diöceſanrechte hergebracht hatten.

Von allen in den ehemals Slaviſchen Grenzländern errichteten Bisthümern haben nur die den alten Herzögen von Sachſen unmittelbar unterworfenen Stifter Lübeck, Ratzeburg und Schwerin Reichsunmittelbarkeit und Landeshoheit zu erwerben gewußt, ſeit mit dem Sturze Heinrich's des Löwen, des Wiederherſtellers dieſer Bisthümer, die herzogliche Gewalt auch in dieſen Gegenden zerfiel. So unbedeutend und zerſtreut die Beſitzungen, namentlich der beiden letzteren Stifter waren, ſo erwehrten ſich doch deren Prälaten mit Hülfe des Reichstages der Hoheitsanſprüche, welche in der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts Herzog Albrecht von Sachſen-Lauenburg erhob; Schwerin allein kam kurz vor der Reformation, nicht ohne eigne Schuld ſeiner Biſchöfe, in ein freilich eben ſo unbeſtimmtes als beſtrittenes Abhängigkeitsverhältniß zu ſeinen erwählten Schutzherren, den Herzögen von Meklenburg [1]. Dagegen behaupteten, gleichwie die Markgrafen von Meiſſen über die Sächſiſchen Bisthümer [2], ſo die Markgrafen von Brandenburg und die Pommerſchen Herzöge nicht bloß eine Schutzvogtei, ſondern wirkliche Oberherrlichkeit über ihre Landesbisthümer.

Die markgräfliche Würde, welche, wenn nicht von jeher, doch wenigſtens ſeit Auflöſung der alten Herzogthümer auch die herzoglichen Rechte in ſich ſchloß, gab in Brandenburg, in Pommern dagegen die fürſtliche Gewalt einen Anſpruch auf die oberſte Vogtei. Wie Cammin ohne alle Mitwirkung der Deutſchen Kaiſer von den Herzögen fundirt und dotirt war [3], ſo verdankten die Bisthümer Brandenburg und Havelberg ihre Herſtellung [4]

---

1) Eine kurze Geſchichte dieſer Bisthümer giebt G e b h a r d i's Geſch. des Reichs der Wenden, §. 45. 48. u. 49. in: Allg. Welthiſtorie. Th. 51. S. 452 flg. u. 468 flg. 2) S. unten Buch III. Kap. 2.

3) Gerade als fundatores ecclesiae wurden die Pommerſchen Herzöge von den Camminer Biſchöfen für ihre patroni anerkannt. R a n g o n i s Pomer. diplom. p. 106.

4) Vgl. die Reſtaurationsurkunde für Havelberg v. J. 1170 in v. **Raumer regesta.** p. 229.

und den größeren Theil ihrer Güter allein den Markgrafen; die Kriegsmacht der Fürſten hatte den Biſchöfen die ihren Stiftern überwieſenen Gebiete unterworfen und ſchützte ſie in dem ruhigen Beſitze ihrer Diöceſangewalt gegen die Einfälle und Empörungen der noch heidniſchen Slaven [5]). Kaiſerliche Immunitätsprivilegien beſaßen die Brandenburgiſchen Stifter nicht, wenn gleich außer Otto dem Großen auch ſpätere Kaiſer deren Beſitzungen beſtätigt und in ihren Schutz genommen hatten [6]); vielmehr beruhten die beſondern Freiheiten der biſchöflichen Kirchen und Güter, ſo weit ſie nicht ſchon im gemeinen Kirchenrecht begründet waren, allein auf Verleihungen der Askaniſchen Markgrafen [7]). Auf manche anfangs noch vorbehaltene Gerechtſame, wie das Recht des Einlagers, den Blutbann, das jus spolii verzichteten freilich ſpäter die Kurfürſten, befreiten auch die Unterthanen der biſchöflichen Kirchen von der Pflicht auf dem Landdinge zu erſcheinen [8]). Indeß

---

5) Hierauf hatten nach der Bulle Gregor's IX. v. J. 1234 (Gercken's Brandenb. Stiftshiſtorie, S. 442.) Markgraf Albrecht II. und ſeine Söhne Johann und Otto vor allem das Verlangen geſtützt, daß ihnen in dem neu eroberten Lande der Zehnte gebühre. Bekanntlich hat dieſelbe Vertheidigungspflicht es veranlaßt, daß in Preußen dem Orden zwei Drittel des Landes mit allen Zehnteinkünften vom päbſtlichen Stuhle verliehen wurden.

6) Vgl. die Privilegien Heinrich's II. v. J. 1010 u. Friedrich's I. v. J. 1161 u. 1179 bei Gercken a. a. O. S. 339. 351. 366. Außer der Aufnahme sub nostri mundiburdii defensione, und der Zuſicherung, daß das Brandenburger Stift zur Wahl eines Schutzherrn und zu freier Verfügung über ſeine Zehnten berechtigt ſein ſolle, enthalten ſie nur eine Beſtätigung der Beſitzungen. Daß dieſe von Niemandem dem Stift entfremdet werden ſollen, wird allerdings darin zugeſichert, keineswegs aber auch, daß überhaupt Niemand in den Stiftsbeſitzungen irgend ein Recht öffentlicher Gewalt ſolle üben dürfen, wie dies bei den eigentlichen Immunitätsprivilegien regelmäßig der Fall iſt.

7) Vgl. die Urkunden Otto's I. v. J. 1179 u. Otto's II. v. J. 1197 u. 1209 bei Gercken a. a. O. S. 369. 399. u. 406. Gregor IX. in ſeiner Confirmationsbulle für Brandenburg v. J. 1235 (ebend. S. 435.) erwähnt gleichfalls nur der von den Markgrafen verliehenen Immunitäten und Freiheiten, und allein in dem Privilegium Innocenz IV. v. J. 1245 (ebend. S. 464.) werden in der gewöhnlichen Formel die libertates et exemtiones ab imperatoribus, regibus et principibus indultae beſtätigt.

8) Vgl. außer der angef. Urkunde v. J. 1197 den Schiedsſpruch des Merſeburger Biſchofs über den Zehntenſtreit v. J. 1238 und die Ur-

gerade in dieſen Verzichten, wie in dem ausgedehnten Zehntrechte der Markgrafen, welches ihnen in den neuen Ländern ausſchließlich, in dem übrigen Gebiete faſt überall zur Hälfte oder gar zu zwei Drittel zuſtand [9]), liegt ein hinreichender Beweis, daß ſie über ihre Stifter landesfürſtliche Rechte beſaßen, welche ſonſt nur den Herzögen zuſtanden, oder wie das ius spolii gar als königliches Vorrecht galten. Das Recht der Heerfolge haben auch die Ascaniſchen Markgrafen nie aufgegeben, und vergeblich verſuchten die Prälaten durch die Strafe des Bannes den Markgrafen Waldemar zu nöthigen, daß er die den Unterthanen der Stifter und Kirchen auferlegte Heerſteuer erließe [10]). Eben ſo wenig haben ſie jemals auf die oberſte Schutzvogtei, oder auf das Recht, die höhere Geiſtlichkeit zu den Landtagen, dem Botdinge, zu erfordern [11]), verzichtet, vielmehr zu jeder Zeit und nach allen Sei-

---

kunde Johann's und Otto's v. J. 1244 (ebend. S. 446 flg. u. S. 458.).

9) Riedel a. a. O. Th. 2. S. 103 flg. u. 602 flg., Wohlbrück a. a. O. Th. 1. S. 233 flg. In den Beſtätigungsprivilegien Biſchofs Wilmar für das Domſtift zu Brandenburg und für Leitzkau v. J. 1173 (Gercken a. a. O. S. 360 flg.) wird bei den einzelnen Ortſchaften, die ſämmtlich den alten Landen angehören, immer bemerkt, ob auch der Zehnte den Stiftern gebühre, nur ſelten aber das volle Zehntrecht erwähnt.

10) Die Privilegien Otto's I. und Otto's II. (ſ. Note 7.) behalten die communis aedificatio urbis Brand. sive castri, sub quo bona ecclesiae sita sunt, und das iustum bellum pro patria ausdrücklich vor. — Ueber den Streit mit Waldemar vgl. Gercken a. a. O. S. 133. u. 138.

11) Das letztere erkennt auch Riedel a. a. O. Th. 2. S. 79. an, behauptet aber S. 622., daß im J. 1238 die Markgrafen für das ihnen zugeſtandne Zehntrecht auf die Schirmvogtei über die Brandenburger Kirche verzichtet hätten. Die Stelle des Merſeburger Schiedſpruchs, worin die Worte et sic renuntiaverunt advocatiae totaliter marchiones vorkommen, bezieht ſich aber lediglich auf die dem conventus Brandenb. ecclesiae ertheilten älteren Privilegien, und erweitert dieſe, welche auf bloße Befreiung a servitio, exactione, hospitiis et vexationibus beſchränkt waren, dahin, daß dem Probſt und deſſen Procurator die Gerichtbarkeit über die homines ecclesiae zuſtehen, und dieſe von der Abgabe des Bodelkorns und dem Beſuche des Landdings befreit ſein ſollten. Der Verzicht kann daher, zumal bei der Verbindung mit et sic, nur auf die Vogteigerichtbarkeit in den Kapitelgütern, nicht auf die Schirmvogtei über das Bisthum ſelbſt bezogen werden. Bei ſolchem Verzicht hätten die ſpätern Kurfürſten ihr Präſentations- und Nominationsrecht ſchwerlich ohne den lebhafteſten Wi-

ten hin auch über den Clerus ihre landesfürſtliche Gewalt behauptet [12]).

Der Landſäſſigkeit ſich zu entziehen haben nur die Biſchöfe von Cammin im vierzehnten und funfzehnten Jahrhundert, immer von neuem, aber immer mit gleich geringem Erfolge ſich bemüht. Zu den vielen zerſtreut belegenen Gütern des Stifts hatten dieſe ſchon zu Anfang des dreizehnten Jahrhunderts mehrere geſchloſſene Gebiete gewonnen, ſo die Lande Pyritz, Stargard,
1276 Maſſow und Lipehne [13]); durch Kauf kam vom Stettiner Herzog Barnim II. noch das Territorium von Colberg hinzu [14]). Dies bedeutende Beſitzthum, dem Stifte zu voller Gerichtbarkeit angehörig [15]), ſcheint zuerſt in Biſchof Herrmann den Gedanken

---

derſpruch geltend machen können, wovon gleichwohl keine Spur ſich findet.

12) Für das Bisthum Havelberg iſt beim Mangel an Urkunden ein gleich vollſtändiger Beweis der landesherrlichen Oberhoheit nicht möglich; die von Riedel a. a. O. S. 623. angeführte Urkunde v. J. 1282, worin die Markgrafen ſich iurisdictionem et advocatiam in bonis ecclesiae Havelb. vorbehalten, zeigt indeß deutlich, daß auch dort ähnliche Verhältniſſe beſtanden. In Lebus ſah es der Biſchof noch im J. 1252 als eine Vergünſtigung an, die er auch für die markgräflichen Landestheile zu erhalten hoffte, daß ihm der Erzbiſchof von Magdeburg außer der freien Benutzung der Stiftsgüter ein Zehntel von den Einkünften des Zolles und der Münze, und ſtatt des Feldzehnten einen halben Vierding von jedem Acker Landes verſprach (ſ. Wohlbrück a. a. O. Th. 1. S. 128 flg.). Von einer Landeshoheit oder ausgedehntem Regalienbeſitz findet ſich hier ſo wenig, als bei den übrigen Polniſchen Bisthümern eine Spur, auch iſt der Beſuch der Landtage Seitens der Biſchöfe hier noch für die ſpätere Zeit urkundlich gewiß (Wohlbrück Th. 2. S. 160. 253.). Für Cammin endlich liegt in den gleich zu erwähnenden Verſuchen, die Reichsunmittelbarkeit zu erwerben, der ſicherſte Beweis für die frühere Landſäſſigkeit des Stifts; doch hat daſſelbe allerdings eine untergeordnete Landeshoheit gerettet.

13) Vgl. v. Raumer die Neumark Brandenburg. S. 22. u. 24.

14) Die Erwerbungsurkunde ſ. in Rangonis Pomer. diplom. p. 165. u. Lünig Spic. eccl. Th. 2. Anh. S. 7.

15) Cum advocatia et omni iure . . . cum aquis, fluminibus . . ., theloniis, pedagiis, stagnis, salinis, aurifodinis . . . cum iuribus omnibus et utilitatibus, quae nominari . . . pro tempore potuerint vel acquiri wird die civitas et terra Colberg übergeben; in Folge deſſen hat auch Biſchof Herrmann zwei Jahr ſpäter dem von ihm daſelbſt geſtifteten Benedictiner-Nonnenkloſter villam Wobrok cum iudicio colli et manus et civili übergeben (ebend. S. 177. u. Lünig a. a. O. S. 8.).

an völlige Unabhängigkeit erweckt zu haben; und die Streitigkeiten der Pommerſchen Herzöge mit den Markgrafen von Brandenburg, deren Bundesgenoſſe der Biſchof wurde, ließen um ſo 1280
glücklichern Erfolg hoffen; als auch ſein Nachfolger, der Rügiſche Prinz Jaromar, welchen die Landesfürſten, in der Hoffnung dadurch ihre Hoheit über das Stift zu ſichern, zum Coadjutor Herrmann's hatten ernennen laſſen, über die Pomerelliſche Erbfolge mit ſeinen Vettern, den Herzögen von Pommern, in Zwiſt gerieth und nun gleiche Anſprüche wie ſein Vorgänger erhob. Herzog Bogislaw III. von Wolgaſt zwang indeß den Nachfolger Jaromar's Biſchof Heinrich im J. 1303 zu Belgern zu einem Frieden, in welchem dieſer nicht bloß mit ſeinem Kapitel Treue und Kriegshülfe den Pommerſchen Herzögen zuſagte und ſie als Stifter und Patrone des Biſthums anerkannte, ſondern, wahrſcheinlich veranlaßt durch Anforderungen des Reichstages, ſogar erklärte, daß die Camminer Prälaten als Landſaſſen und Lehnsleute der Pommerſchen Herzöge gleich den übrigen Ständen zu Lehnstreue, Unterthänigkeit und Beſchickung der Landtage, auf welchen ſie als oberſte erbliche Landräthe den Vorſitz führen ſollten, verpflichtet wären [16]).

Der Verzicht des Markgrafen Ludwig auf die Lehnshoheit über Pommern, womit zu Gewinnung der Reichsunmittelbarkeit ſich Ausſicht eröffnete, und der Beſitz der kirchlichen Immedietät, welche durch Pabſt Johann's XXII. förmliche Verwerfung der 1321
Gneſener Metropolitananſprüche [17]) gewonnen war, bewog zwar ſpäter den Biſchof Johann, Herzog von Sachſen, zu einem neuen Verſuche, ſich mit Hülfe des Königs Caſimir von Polen der 1349
Pommerſchen Hoheit zu entäußern; allein ohne glücklicheren Erfolg. Von neuem mußte er die Herzöge als Schutzherren an- 1356
erkennen, dieſen auch das ſchon früher geübte Recht förmlich zugeſtehen, daß die Biſchofswahl fortan nicht ohne ihre Zuſtimmung

16) Rangonis Pomer. diplom. p. 106. 108. Gebhardi a. a. O. §. 22. S. 110.

17) Rango p. 107. — Irriger Weiſe zieht v. Sprunner die Diö-

und nur auf ihre Präſentation erfolgen dürfe [18]). Im Beſitze dieſes Rechts haben auch ſeitdem die Herzöge von Pommern ſich ſelbſt gegen Kaiſer und Pabſt erhalten [19]), und um ſo leichter von dem Biſchof Siegfried, welcher zur Zeit des Basler Concils die gegen Herzog Bogislaw VII. verfügte Bann- und Achterklärung zu ähnlichen Beſtrebungen benutzen wollte, eine erneute An-
1436 erkennung ihrer Landeshoheit und das Verſprechen erlangt [20]), nie wieder auf Reichsunmittelbarkeit des Stifts Anſprüche zu erheben [21]).

In den Brandenburgiſchen Landen ſcheinen die Biſchöfe nicht einmal den Verſuch gemacht zu haben, ob ſie eine Exemtion von der Landeshoheit erlangen könnten. Zwar mag während der unruhigen Zeiten der Wittelsbacher und Luxemburger Herrſchaft das markgräfliche Anſehn bei der Geiſtlichkeit nicht minder als bei den Ständen geſunken, und die kirchliche Verfaſſung gleich der bürgerlichen Ordnung verfallen ſein. Kurfürſt Friedrich I. indeß, wie er überhaupt an den kirchlichen Bewegungen ſeiner Zeit lebhaften Antheil nahm und ein eifriger Beförderer der auf dem Coſtnitzer und Basler Concil beabſichtigten Kirchenreformation [22]) war, hat gleich mit Anfang ſeiner Regierung auf die Beſetzung der biſchöflichen Stühle und dadurch auf die ganze kirchliche Verwaltung ſich einen Einfluß zu verſchaffen geſucht [23]). Unter ſei-

ceſe Cammin zur Provinz von Bremen; von Anfang an gehörte Pommern zu den Polniſchen Bisthümern.

18) Gebhardi a. a. O. S. 120.

19) Nach dem Tode des Biſchofs Philipp Lambach im J. 1386 hatte erſt Pabſt Urban VI., nach dem Tode ſeines Candidaten Kaiſer Wenzel das Bisthum vergeben; keinen dieſer Candidaten erkannte das Kapitel an, und erwählte Herzog Bogislaw VI. mit Zuſtimmung ſeiner Brüder zum Biſchof, der aber nur als Adminiſtrator das Stift verwaltete. Gebhardi §. 27. S. 125. u. Rango p. 112.

20) Gebhardi a. a. O. §. 28. S. 128.

21) Mehrfach iſt ſpäter dieſer Vertrag des Biſchofs Siegfried beſtätigt worden, und ſeitdem die Landeshoheit der Herzöge wie deren Recht zur Beſtätigung der Biſchofswahlen unbeſtritten geblieben. Vgl. Statuta capitularia Caminensia v. J. 1578. P. I. u. P. II. c. 13. in Lünig Spic. eccl. Cont. III. Fortſ. S. 13.

22) Vgl. Helwing a. a. O. S. 446 flg.

23) So wurde ſchon im J. 1420 auf des Kurfürſten Antrag Biſchof

nen Nachfolgern aber, beſonders unter Albrecht Achilles, der weit entfernt den Prieſtern „das weltliche Schwerdt zu dem geiſtlichen“ zuzugeſtehen, ſelbſt den kirchlichen Bannfluch nicht achtete, wo er in ſeinem Rechte zu ſein glaubte [24]), wurde es der älteren Beſtätigungen völliger Wahlfreiheit [25]) ungeachtet ſchon Regel, daß keine Biſchofswahl ohne Wiſſen des Kurfürſten ſtatt finden, auch nur auf die von dieſem denominirten Geiſtlichen fallen durfte [26]). Die Strenge, mit welcher die Kurfürſten den öfters wiederholten Verſuchen der Kapitel, ein völlig freies Wahlrecht geltend zu machen, entgegentraten, erwirkte zuletzt ſogar eine förmliche Anerkennung dieſes landesherrlichen Präſentations- und Nominationsrechts [27]), welches in gleicher Weiſe bei

---

Johann von Brandenburg vom Pabſte zugleich der Lebuſer Kirche vorgeſetzt. Wohlbrück a. a. O. Th. 2. S. 137.

24) Helwing a. a. O. S. 627.

25) Vgl. die Privilegien der Biſchöfe Balderam u. Siegfried v. J. 1184 u. 1217 in Gercken Brand. Stiftshiſtorie. S. 373. u. 417.

26) In dem Revers, durch welchen das Havelberger Kapitel im J. 1522 das landesherrliche Nominationsrecht anerkennt, erklären die Domherrn ausdrücklich, daß ſeit dem Tode Biſchof Conrad's im J. 1460 immer nur auf Vorſchlag des Kurfürſten die Biſchofswahl ſtatt gefunden habe. In Brandenburg bezeichnet im J. 1472 Kurfürſt Albrecht Achilles die ohne ſein Wiſſen geſchehene Wahl des Biſchofs Arnold als sibi et suo iuri ac diuturnae observationi praeiudicialis, ex quo sibi admetiretur ante electionem nominationem et nominandi haberet potestatem, vigore cuius electio fieri deberet super illo, quem gratia sua nominaret, vel unusquisque marchio Brand. princeps elector pro tempore existens quolibet tempore, cum se offerret facultas, potestatem nominandi haberet.

27) Vgl. die Notariatsurkunde v. J. 1472 über die caſſirte Wahl Arnold's von Brandenburg in Lentzen's diplom. Stiftshiſtorie von Brandenb. S. 83., und den Havelberger Revers v. J. 1522 in deſſen Stiftshiſtorie von Havelb. S. 79., in welchem das Kapitel, ut gratiae suae non suspectus, sed placidus, acceptus et gratus et idoneus preficiatur episcopus dictae ecclesiae, das Verſprechen giebt, daß sine principis electoris assensu, scientia et voluntate zur Wahl nicht geſchritten, ſondern damit unter Anzeige der Vacanz Anſtand genommen werden ſolle, donec gratia sua aliquem vel aliquos, quem vel ex quibus in- vel extra capitulum in pastorem eligi, postulari et praefici velit, intra tempus a iure ad electionem seu postulationem statutum nominandum duxerit. — In Lebus iſt, wie es ſcheint, ein ſolcher Revers nicht ausgeſtellt, jedoch ſchon zu Ende des funfzehnten Jahrhunderts das Recht der Kurfürſten unbeſtritten geweſen. Vgl. Wohlbrück a. a. O. Th. 2. S. 248. u. 268.

der Wahl des Johanniter-Herren-Meiſters dem Landesherrn zuſtand[28]).

Eben ſo unbeſtritten nahmen die Kurfürſten anderweitig Antheil am Kirchenregimente. Einen langjährigen Streit über die geiſtliche Gerichtbarkeit vermittelte im J. 1445 Kurfürſt Friedrich **II.** durch einen Rezeß, welcher den Prälaten zwar „ihre geiſtliche Gerichte umb alle Sachen die zu geiſtlichen Gerichten gehören" beſtätigte, zugleich aber in weltlichen Sachen aller unerlaubten Einmiſchung der kirchlichen Behörden in die Jurisdiction des Landesherrn und der Stände, ſo wie den Mißbräuchen mit dem geiſtlichen Banne zu wehren ſuchte[29]). Gegen die vielen auswärtigen Biſchöfe, welche in dem märkiſchen Territorio Diöceſanrechte hatten und oft die Unterthanen der Mark vor ihre Gerichte außerhalb Landes zogen, ſchützte ein päbſtliches Privilegium **de non evocando** vom 2. März 1471, welches Kurfürſt Albrecht Achilles von Pabſt Sixtus **IV.** erhielt, und zu deſſen Aufrechthaltung Biſchof Friedrich **III.** von Lebus bevollmächtigt wurde[30]). Für Herſtellung der überall verfallenen Kloſterzucht ſorgten die Kurfürſten in Gemeinſchaft mit den geiſtlichen Obern, beſonders durch Unterwerfung der zahlreichen und begüterten Regularſtifter unter die durch päbſtliche Privilegien faſt aufgehobene Diöceſanaufſicht; namentlich übten ſie über den Johanniterorden, welcher mit den Gütern des Tempelherrnordens ſein bedeutendes Beſitzthum vermehrt hatte, unbeſtritten die Schutz- und Landes-

28) Vgl. J. Chr. Beckmann's Beſchreib. des Johanniterordens, vermehrt von J. Chr. Dithmar. Frankf. 1726. S. 200 flg. Die von Beckmann S. 211 flg. gegebene Beſchreibung des Wahlacts kann hiernach auch zu näherer Erläuterung der Biſchofswahlen dienen.

29) Abgedruckt in Mylius corp. constit. Marchic. T. 1. p. 1. — In nicht geiſtlichen Sachen ſollte hiernach zwar auch vor dem geiſtlichen Gericht geklagt werden können, allein auf Erfordern des ordentlichen Gerichtsherrn und falls dieſer für ſchleunige Verhandlung ſorge, die Sache jederzeit abgegeben werden. Der Kirchenbann wird als Executionsmittel der geiſtlichen Gerichte beſtätigt, ſoll aber, wenn nur Unvermögen den Ungehorſam der verurtheilten Parthei veranlaßt habe, auf dem Todbette vom Pfarrer gelöſet, und „umb keinen Pfenning-Sachen der Geſanck gelegt" d. h. ein Interdiet verfügt werden.

30) Lentz Brandenb. Urkunden. S. 653. Wohlbrück a. a. O. Th. 2. S. 156.

hoheit [31]). Die Nachtheile erkennend, welche für die kirchliche Verwaltung daraus entſprangen, daß in Havelberg und Brandenburg, während die Prälaturen ſelbſt Säcularpfründen geblieben waren, die Kapitel dem von der biſchöflichen Gewalt faſt gänzlich eximirten Prämonſtratenſerorden angehörten, und ſeit der allmählich eingetretenen Auflöſung ihrer klöſterlichen Einrichtungen eben ſo ſehr ein böſes Beiſpiel für die Diöceſen, als ein großes Hinderniß für die Reformation andrer Kloſterſtiftungen waren, betrieb ſchon Friedrich II. die Säculariſation beider Kapitel [32]). So eindringlich wußte auch Kurfürſt Joachim I. dem Römiſchen Stuhle dieſe Angelegenheit vorzuſtellen, daß im J. 1506 Pabſt Julius II. auf vorgängige Unterſuchung durch den Biſchof von Lebus die Beſetzung der Kapitel, in denen je vier Pfründen einem landesherrlichen Präſentationsrechte unterliegen ſollten, mit weltlichen Domherrn verfügen mußte [33]); eine Aenderung, die in Verbindung mit dem hergebrachten Präſentationsrechte zu den Biſchofsſtellen und der unbeſtritten geübten landesherrlichen Schutzhoheit [34]), den bald darauf beginnenden reformatoriſchen Bewegungen einen um ſo glücklicheren Erfolg in den Brandenburgi-

---

31) Vgl. insbeſondre die Urkunde, durch welche Kaiſer Sigismund den Orden zu Gehorſam gegen den Burggrafen Friedrich anweiſet vom J. 1415 bei Beckmann a. a. O. S. 201., der auch die Bulle über die Ueberweiſung der Tempelordensgüter S. 150 flg. mittheilt. S. auch Büſching's Erdbeſchr. Th. 8. S. 653.

32) Vgl. Lentzen's diplom. Stiftshiſtorie von Brandenburg. S. 77.

33) Die Bulle Julius II., wodurch er die Biſchöfe Dietrich von Lebus und Johann von Ratzeburg zu dieſer Säculariſation ermächtigt, ſ. bei Lentz a. a. O. S. 86. und Riedel nov. cod. dipl. Br. p. 48 sq., die Vollziehungsurkunde der genannten Biſchöfe vom 16. Dezember 1507 bei Gercken a. a. O. S. 669.

34) Selbſt der Römiſche Stuhl hat dieſe indirect dadurch anerkannt, daß Pabſt Julius die Brandenb. Kirche als in eius (electoris) temporali dominio sita bezeichnet. In dem Havelberger Revers v. 1522 wird das Präſentationsrecht des Kurfürſten vorzüglich darauf gegründet, quod bona, reditus et census ecclesiae Havelb. sub territorio, dominio, iurisdictione et defensione principis electoris sita existunt etc., und in der Brandenburger Notariatsurkunde v. 1472 giebt Kurfürſt Albrecht dem neuerwählten Biſchof die Zuſicherung, ipsum et capitulum ipsius ac dioecesis una cum subditis spiritualibus et secularibus uti fideles suos subditos generose se habere commendatos.

ſchen Gebieten von dem Augenblicke an ſicherte, wo die Landesherrſchaft ſich offen für die neue Lehre zu erklären kein Bedenken mehr trug.

§. 8.

Einführung der Reformation in den Marken und in Pommern, und deren erſte Anfänge in den Biſthümern Magdeburg und Halberſtadt.

Bei der Nähe Wittenbergs verbreitete ſich die Lehre Luthers alsbald in den **Marken**, zumal hier noch eine große Zahl von Waldenſern und Bekennern der Huſſitiſchen Lehre anſäſſig war, auch der Biſchof **Hieronymus Scultetus** von Brandenburg, zu deſſen Sprengel Wittenberg gehörte, anfangs dem Unternehmen Luthers keineswegs abgeneigt war, und erſt nach der Leipziger Disputation ſich mit **Albrecht** von Brandenburg (ſeit 1514 Erzbiſchof und Kurfürſt von Mainz, Erzbiſchof von Magdeburg und Biſchof von Halberſtadt) zur Unterdrückung der ketzeriſchen Lehre verbündete [1]). Selbſt bis nach **Pommern**, wo ſchon ein Jahr nach Luthers Auftreten in Pyritz und Treptow an der Rega, im J. 1523 ſogar zu Stettin, dem Sitze der Herzöge, und in den meiſten übrigen Städten evangeliſche Geiſtliche predigten, drang die neue Lehre in kurzer Zeit und gewann bedeutenden Anhang [2]).

Wie aber hier Herzog **Bogislaw X.**, unter welchem ſeit 1478 ganz Pommern wieder vereinigt war, öffentlich für Luther ſich zu erklären und deſſen Lehre zu begünſtigen Bedenken trug, vielmehr nur dem Wormſer Edict keine weitere Folge gab, ſo blieb auch Kurfürſt **Joachim I.**, obgleich gewaltſamen Maaßregeln gleichfalls abgeneigt, der alten Lehre treu, und duldete weder eigenmächtige Umgeſtaltung des Cultus noch öffentliches Bekenntniß der Lutheriſchen Lehre [3]). Erſt als im J. 1526 an die Stelle

1) **Schmidt's** Einl. zur Brand. Kirchen- und Reform.-Hiſt. S. 84. 135 flg. **Ad. Müller** Geſch. d. Reform. in d. Mark Brand. S. 121.

2) **Cramer** Pommerſches Kirchen-Chronikon. B. 3. Kap. 10. 11. 13. 15.

3) Das Wormſer Edict ward hier gleichfalls publicirt und deſſen Ausführung anbefohlen, jedoch nicht weiter betrieben; im J. 1524 erging ein Verbot der Lutheriſchen Bibelüberſetzung, allein der Gebrauch jeder andern ward ſelbſt Laien geſtattet. S. **Müller** a. a. O. S. 126 flg. und 149.

Stelle des papiſtiſchen Dietrich von Hardenberg, des Nachfolgers von Hieronymus, ein eifriger Anhänger Luthers, Matthias von Jagow, Biſchof von Brandenburg geworden war, eröffneten ſich, trotz dem daß die beiden andern Landesbiſchöfe, Buſſo von Alvensleben zu Havelberg und Georg von Blumenthal zu Lebus, im Vereine mit der Univerſität Frankfurt aufs eifrigſte den Fortſchritten der Reformation widerſtrebten, beſſere Ausſichten für die Anhänger Luthers, zumal der Kurfürſt die Nothwendigkeit einer Kirchenverbeſſerung nicht verkannte, und nur der biſchöflichen Gewalt nicht vorgegriffen wiſſen wollte. Das Verſprechen, welches Biſchof Matthias bei ſeiner Confirmation in den beſchwornen Wahlartikeln gegeben hatte, daß er zwar der Verbreitung ketzeriſcher Lehren ſich widerſetzen, aber mit Rath des Kapitels und nöthigenfalls mit Hülfe des Kurfürſten die Reformation ſeiner Diöceſe befördern wolle [4]), ſchien den Biſchof zu rechtfertigen, wenn er, ſogar am Sitze des Kapitels, auf die Beſtellung evangeliſcher 1528
Geiſtlichen bedacht war [5]). Noch beſtimmter trat er gegen die katholiſche Parthei auf, als er im J. 1532 durch einen Vergleich mit dem Kapitel, ohne Rückſicht auf das hergebrachte päbſtliche Proviſionsrecht, eine alternative Beſetzung der Dompfründen durch Biſchof und Kapitel einführte [6]), und zwei Jahre ſpäter mit

---

4) S. dieſe Wahlartikel bei Gercken a. a. O. S. 691 flg. — Der Art. 2. lautet: ... volumus praesertim hoc periculoso tempore parrochias nostras, ecclesias et monasteria dioecesis nostrae Brand., consilio capituli nostri, et si opus fuerit etiam auxilio Illust. Principis nostri Electoris Brand., secundum possibilitatem nostram tam in spiritualibus quam in temporalibus reformare, haereses purgare, et ne ingruant quoad possumus obsistere, et in visitationibus ... corrigere et eliminare secundum quantitatem delicti et qualitatem personarum excessus, malefacta et peccata etc. Die übrigen Artikel beziehen ſich mehr auf die äußere Verwaltung der Diöceſe und auf Sicherung der dem Kapitel zuſtändigen Rechte; beachtungswerth iſt indeß noch das Verſprechen, quod nos officium nostrum ex parte nostri episcopatus .... praesertim in coena Domini in persona propria exercere et facere volumus, ... volumusque, quando commode poterimus, presbiteratus ordinem celebrare et alia nostra officia episcopalia sine simonia agere.

5) Gercken a. a. O. S. 276. Müller a. a. O. S. 147.

6) Ebend. S. 275. u. 698.

Genehmigung des Kurfürſten zu Gunſten der biſchöflichen Tafel-
güter die Incorporation des Kloſters Lietzke verfügte [7]).

In der Stille verbreitete ſich ſo die neue Lehre, welche ſelbſt
in der kurfürſtlichen Familie entſchiedenen Beifall fand [8]), mehr
und mehr über einen großen Theil der Mark [9]); in Pommern ge-
1523 wannen ſogar ſeit dem Tode Herzogs Bogislaw unter der gemein-
ſchaftlichen Regierung ſeiner Söhne die Bekenner Luthers im Ra-
the wie in der Bürgerſchaft der meiſten Städte, trotz allen Ver-
folgungen von Seiten des Landesbiſchofs Erasmus von Man-
teuffel und der übrigen Prälaten, das entſchiedenſte Ueberge-
wicht [10]), und die Stadt Stralſund, von alter Zeit her in ge-
ringer Abhängigkeit vom Landesfürſten, wagte ſchon zwei Jahre
1525 nach Bogislaw's Tode eigenmächtig in allen Kirchen den evangeli-
ſchen Cultus einzuführen [11]).

---

7) Die Urkunde, worin Joachim I. ſeinen Conſens zu dieſer Incorporation noch vor Eingang der päbſtlichen, wie es ſcheint nie erfolgten, Genehmigung ertheilt ſ. ebend. S. 700.

8) Die eigne Gemahlinn des Kurfürſten, Eliſabeth von Dänemark, war eifrige Proteſtantinn, und nicht ohne Einfluß auf die religiöſe Erziehung ihrer Söhne, mußte aber die eigenmächtige Einrichtung eines evangeliſchen Gottesdienſtes in ihrer Kapelle mit freiwilligem Exil vom Hofe büßen. Schmidt Einl. zur Brand. Kirchen- u. Reform.-Hiſtorie S. 148. Müller a. a. O. S. 132. flg.

9) Trotz einem Verbote des Kurfürſten, daß „on Zulaſſung und Inſtitution des Ordinarii kein Pfarrer ſoll angenommen oder gedult werden", berieſen einzelne Gutsherren und Städte evangeliſche Hausgeiſtliche und Kapläne. Müller a. a. O. S. 137. u. 147. flg.

10) Cramer a. a. O. B. 3. Kap. 17. 18. 20. Biederſtedt a. a. O. S. 39 flg. u. v. Medem Geſch. d. Einführung d. evang. Lehre in Pommern. Greifsw. 1837. S. 11. u. 16.

11) Schon im J. 1523 hörte nach gewaltſamer Zerſtörung der Klöſter und Vertreibung der Mönche der katholiſche Gottesdienſt auf, doch blieb die katholiſche Weltgeiſtlichkeit im Beſitz der Kirchen und Güter, bis im J. 1525 der anfangs dem Evangelium mehr abgeneigte Rath im Einverſtändniß mit der Bürgerſchaft unter einem eignen Superintendenten evangeliſche Lehrer an allen Pfarrkirchen anſtellte und eine Kirchenordnung erließ, welche zwar hauptſächlich nur die Verwaltung des Lehramts, das Schul- und Armenweſen ordnete, zugleich aber auch im Art. 51. jede Uebung des katholiſchen Cultus verbot. S. Fabricius die Einführung der Kirchenverbeſſerung in Stralſund S. 148. 187. 245. 275., wo auch S. 361 flg. die von Joh. Aepinus, dem erſten Superintendenten, verfaßte Kirchenordnung von 1525 in einer Ueberſetzung des plattdeutſchen Originals (ſ. Berckmann's

Unter ſolchen Umſtänden fand Herzog **Barnim** von Pommern keine bedeutende Schwierigkeiten, als er, ermuthigt durch den auf dem Nürnberger Reichstage erlangten Sieg der evangeliſchen Reichsſtände, nach ſeines älteren Bruders **Georg** Tode mit deſſen Sohne **Philipp I.**, welchem bei der erſt vorläufigen, dann definitiven Theilung des Landes das Herzogthum Wolgaſt zufiel, die Reformation, zu welcher er perſönlich ſich ſchon längere Zeit bekannte, überall durchzuführen beſchloß. Auf dem Landtage zu **Treptow** im J. 1534 [12]) weigerte ſich zwar der Biſchof von Cammin, vom Kapitel, den meiſten Prälaten und einem großen Theile der Ritterſchaft unterſtützt, die neue von Bugenhagen entworfene Kirchenordnung anzunehmen, trotz dem daß ihm, falls er für die lutheriſche Lehre ſich erklären würde, das Amt eines Generalſuperintendenten zugedacht war, und über ganz Pommern die Ordinations- und Jurisdictions-Rechte verbleiben ſollten [13]). Indeß dieſes Widerſpruchs ungeachtet [14]) wurde von den Herzögen die Kirchenordnung publicirt, und unter Leitung der für jedes der beiden Herzogthümer beſtellten Generalſuperintendenten durch eine allgemeine Kirchenviſitation der katholiſche Cultus in dem ganzen unmittelbaren Gebiete der Herzöge abgeſtellt, auch ſofort die Reformation und großentheils ſchon die Aufhebung der Klöſter, deren Erhaltung zwar der Adel, zum Beſten ihrer Familien, nicht bloß wünſchte, ſondern auch von Rechtswegen fordern zu können meinte, ins Werk geſetzt [15]). Der Biſchof von **Schwerin**, Herzog Magnus von Meklenburg, ein eifriger Anhänger Luthers,

---

Stralſundiſche Chronik herausg. von **Mohnicke** u. **Zober**. Stralſ. 1833. S. 278. flg.) mitgetheilt iſt.

12) Der Abſchied dieſes wichtigen Landtages iſt bisher noch nicht aufgefunden, und ſelbſt deſſen Exiſtenz wird von Vielen bezweifelt. (**Biederſtedt** a. a. O. S. 42 flg.) Mehrere auf die Berathung der vorgelegten Kirchenordnung bezügliche Actenſtücke hat v. **Medem** a. a. O. No. 27 flg. im Anh. neuerdings mitgetheilt.

13) **Cramer** a. a. O. B. 3. Kap. 33. v. **Medem** a. a. O. S. 161.

14) Die bezüglichen Vorſtellungen und Proteſtationen ſ. bei v. **Medem** a. a. O. No. 34 flg.

15) **Biederſtedt** a. a. O. S. 58. — Die Kirchenordnung erſchien im Druck zu Wittenberg 1535. 8vo. Vgl. I. I. **Moser** Corp. iur. evang. eccl. Th. 1. Vorr. §. 29.

verzichtete gern auf ſeine geiſtlichen Diöceſanrechte, da die Pommerſchen Herzöge ihm den Fortbezug der Zehnten bewilligten. Größeren Widerſpruch leiſtete der Biſchof von Roeskild, deſſen bedeutende Beſitzungen die Pommerſchen Herzöge eingezogen hatten; doch ließ ſich im J. 1543 König Chriſtian III., nachdem er ſelbſt in Dänemark die Reformation eingeführt hatte, im Kieler Vertrage gegen Reſtitution der ehemaligen Stiftsgüter nicht bloß zu Anerkennung der Landſäſſigkeit aller jener Beſitzungen bewegen, ſondern auch mit der Zuſicherung genügen, daß dem Roeskilder Bisthume die Confirmation des für Rügen zu beſtellenden beſondern Superintendenten verbleiben ſolle [16]. Nur in den Beſitzungen des Camminer Stifts [17] und in den Polniſchen Lehnsherrſchaften Lauenburg und Bütow, welche, früher zu Pomerellen gehörig, von den Herzögen Georg und Barnim im J. 1526 als Erblehen, jedoch frei von Eidespflicht und Lehnsdienſten, mit Pommern wieder vereinigt waren [18], erhielt ſich anfangs noch die öffentliche Uebung der katholiſchen Religion.

Nicht minder ſchnell und glücklich gelang wenige Jahre ſpäter die Einführung der Reformation in der Mark. Vergeblich hatte Kurfürſt Joachim I. letzwillig ſeine Söhne verpflichtet, bei der alten Religion zu bleiben [19]; vergeblich bemühten ſich die Biſchöfe von Havelberg und Lebus um die Erhaltung des katholi-

16) Vgl. Gebhardi a. a. O. §. 40. S. 168. und deſſen Geſch. des Reiches der Wenden §. 49. Th. 51. S. 475. Den Kieler Vertrag ſ. bei Biederſtedt a. a. O. S. 108 flg. Erſt im J. 1658 hat Dänemark im Rothſchilder Frieden „alle Jurisdiction und Gerechtigkeit, Geiſtliche und Weltliche“ über die Rügenſchen Güter an Schweden abgetreten; das Schweriner Zehntrecht dagegen iſt ſchon 1588 von den Pommerſchen Herzögen eingelöſet worden (Biederſtedt a. a. O. S. 111.).

17) Im J. 1530 wurde zwar ſchon in Colberg und Cöslin evangeliſcher Gottesdienſt eingeführt, doch hatte es keinen rechten Beſtand. S. Haken Verſuch einer dipl. Geſch. von Cöslin. Lemgo 1765. S. 153 flg.

18) Vgl. Brüggemann ausführl. Beſchreibung des Preuß. Herz. Vor- und Hinterpommern. Th. 2. S. 1024 flg. — Den Lehnbrief von 1526 ſ. in Cod. diplom. Polon. T. 1. p. 583., und Iac. Prilusii leges s. statuta et privil. Poloniae. Crac. 1553. p. 787.

19) Schmidt Einl. zur Brand. Kirchen- u. Reform.-Hiſtorie S. 170. u. Müller a. a. O. S. 150.

ſchen Cultus. Schon im Jahre nach ſeines Vaters Tode geſtattete 1536
Markgraf Johann, der jüngere Sohn, welchem bei der Theilung die öſtlich der Oder belegenen Gebiete der Neumark nebſt Cottbus und Peitz zugefallen waren, den mehrſten Städten ſeines Gebiets die evangeliſche Religionsübung, und führte, nachdem er ſelbſt zwei Jahr darauf übergetreten, überall, ſelbſt auf den Gütern des Lebuſer Stifts, die Reformation durch [20]). Beſonnener ſchritt Kurfürſt Joachim II. in den übrigen Marken mit der Reformation vor, obſchon er der Mitwirkung des Brandenburger Biſchofes gewiß war, und den Widerſpruch der auswärtigen Diöceſanen von Halberſtadt und Verden, wenn auch zu erwarten, doch nicht zu fürchten hatte. Zwar geſtattete er bald nach ſeinem Regierungsantritte einzelnen Städten und Privaten die Anſtellung lutheriſcher Prediger, willigte in die Aufhebung verſchiedener Klöſter, ließ es geſchehen, daß Matthias v. Jagow die Feier des Abendmahls unter beiderlei Geſtalt und die Prieſterehe duldete [21]), und gab auf dem Landtage im J. 1538 [22]) ſogar die Zuſicherung: „ſich der Religion wegen ſo zu verhalten, daß es gegen Gott und Kaiſer zu verantworten ſei". Indeß beſtätigte er doch noch in dem Landesrezeſſe d. J. die hergebrachte Kirchenverfaſſung durch die Zuſicherung, daß der katholiſchen Geiſtlichkeit mit dem ungeſtörten Beſitz der geiſtlichen Güter und Einkünfte die biſchöfliche Gerichtsbarkeit verbleiben müſſe, weigerte ſich auch eben ſo entſchieden dem Beiſpiele ſeines Bruders zu folgen, als er dieſen vom Abfalle von der katholiſchen Kirche abgemahnt hatte. Immer allgemeiner aber und lauter wurde das Verlangen der Stände nach völliger Freigebung des neuen Cultus [23]), und von

---

20) Vgl. L. Oberheim die Einf. der Reform. in d. M. Brand. Landsb. 1839. S. 125 flg. Schmidt a. a. O. S. 177. — Unter allen märkiſchen Städten war Cottbus die erſte, welche ſchon im J. 1532 den öffentlichen Gottesdienſt der Lutheraner einführte, und gleich nach dem Regierungsantritte Johann's eine Genehmigung dieſer Neuerung erhielt.

21) Schmidt a. a. O. S. 174. Müller a. a. O. S. 170. 176.

22) Mylius Corp. Const. Marchic. Th. 6. Abth. 1. S. 44 flg.

23) Schon im Februar 1539 ſuchte der Rath von Berlin und Cöln beim Kurfürſten nach, daß die Feier des Abendmahls unter beiderlei Geſtalt

der Ueberzeugung durchdrungen, daß Herſtellung der Kirchenzucht und Abſtellung des Aberglaubens dringend Noth ſei[24]), trat der Kurfürſt am 1. November 1539 zu Spandau durch den Empfang des Abendmahls unter beiderlei Geſtalt, welches der Biſchof von Brandenburg adminiſtrirte, feierlich zur evangeliſchen Lehre über; ſeinem Beiſpiele folgten ſchon am Tage darauf Rath und Bürgerſchaft der Hauptſtadt, und ſofort die angeſehenſten Städte des Landes[25]). Unter Mitwirkung und förmlicher Beſtätigung des
1540 Brandenburger Biſchofes erging im nächſten Jahre die von Jacob Stratner aus Anſpach und Georg Buchholzer aus der Neumark entworfene, und von den vornehmſten Prälaten, Räthen und Ständen approbirte Kirchenordnung[26]), die, obſchon in vielen Beziehungen der katholiſche Ritus beibehalten, und dem Biſchof von Brandenburg unbedingt, den beiden anderen Landesbiſchöfen, wenn ſie ſich für die neue Lehre erklären würden, der Beſitz ihrer Jurisdictions- und Ordinationsrechte beſtätigt wurde[27]), in allen Lehrpunkten ſich der Augsburgiſchen Confeſſion anſchloß[28]). Eine allgemeine Kirchenviſitation im J. 1541, welcher außer dem Biſchofe und dem Generalſuperintendenten, der Kanzler und Deputirte der Landſtände beiwohnten[29]), und allein die unmittelbaren

---

zum Oſterfeſte freigegeben werde; im April deſſelben Jahres einigte ſich der Adel des Teltower Landes in Gegenwart des Biſchofs Matthias, zwar den katholiſchen Pfarrern keine Gewalt anzuthun, noch ihre Einkünfte zu entziehen, aber ſtatt deren evangeliſche Geiſtliche zu berufen. Müller a. a. O. S. 176 flg.

24) Ueber die Anſichten des Kurfürſten giebt außer der Vorrede der K.-Ordnung beſonders das Schreiben Aufſchluß, welches er kurz vor ſeinem Uebertritt an ſeinen Schwiegervater König Sigismund von Polen richtete, welcher das Beharren bei dem katholiſchen Glauben in den Ehepacten ausbedungen hatte (ebend. S. 179 flg.).

25) Schmidt a. a. O. S. 179 — 83. Müller a. a. O. S. 186. Lentzen's dipl. Stiftshiſt. v. Brandenb. S. 68.

26) Abgedruckt bei Mylius a. a. O. Th. 1. Abth. 1. S. 5 flg. — Des Biſchofs von Brandenburg „Bewilligung und Beſtettigung“ ſ. daſ. S. 247.

27) S. Tit. „Von Beruffung und Ordination der Kirchendiener“ (ebend. S. 240.).

28) Vgl. überhaupt Schmidt a. a. O. S. 188. u. Müller a. a. O. S. 192 flg.

29) Genauere Mittheilungen über dieſe Viſitation giebt Müller a. a. O.

Beſitzungen der Bisthümer Lebus und Havelberg entgingen [30]), die Aufhebung der Manns- und die Reformation der Frauenklöſter, ſo wie die Errichtung eines Conſiſtorii [31]), beendigte die lang erſehnte, aber um ſo ungeſtörter ins Werk geſetzte Kirchenverbeſſerung [32]).

Daſſelbe Jahr brachte auch in Magdeburg und Halberſtadt der evangeliſchen Parthei die erſte Zuſicherung ungeſtörter Religionsübung. In dieſen ſeit dem J. 1479 durch übereinſtimmende Biſchofswahlen vereinigten Stiftsgebieten [33]) hatte ſich Albrecht von Brandenburg vergeblich der Verbreitung der Reformation widerſetzt. Die Stadt Magdeburg, obwohl nie als Reichsſtadt anerkannt, dennoch durch zahlreiche Privilegien und durch die Unterſtützung der Hanſe in großer Unabhängigkeit vom
Biſchofe, führte ſchon wenige Jahre nach Luthers Auftreten in 1524
allen Pfarrkirchen den neuen Cultus ein, begann die Einziehung der Klöſter und ſtellte das geſammte Kirchengut unter die Verwal-

---

S. 242 flg. In der Ukermark fand ſie erſt ſeit d. J. 1543 ſtatt, wahrſcheinlich, weil dieſe größtentheils zum Camminer Bisthume gehörte, und der Kurfürſt auf die Herzöge von Pommern mehr Rückſicht zu nehmen veranlaßt war, als auf die Biſchöfe von Verden und Halberſtadt, in deren zur Altmark gehörigen Pfarreien ohne weiteres die Einführung der Reformation unter Ueberweiſung an das Brandenburger Stift erfolgte (ebend. S. 258. 277.).

30) Von Lebus ſteht es feſt (ſ. Wohlbrück a. a. O. Th. 2. S. 300.); von den Havelberger Beſitzungen iſt es eben ſo unzweifelhaft, da in der biſchöflichen Reſidenz Wittſtock erſt nach des ſtreng katholiſchen Buſſo von Alvensleben Tode im J. 1549 das Lutherthum Eingang gefunden hat (Lentzen's dipl. Stiftshiſt. von Havelberg S. 67.).

31) Müller a. a. O. S. 294.

32) Vgl. Schmidt a. a. O. S. 207 — 11. — Die Mönchsklöſter ſind bald nachher, die reichen Ciſterzienſer-Abteien Lehnin und Chorin ſchon 1542 u. 1543 eingegangen, ſo daß in der Wahlcapitulation des Nachfolgers Matthias v. Jagow v. J. 1545 dem Note 4. mitgetheilten Artikel hinter monasteria die Worte in quibus adhuc religiosi morantur hinzugefügt wurden (Gercken a. a. O. S. 709.). Erſt 1571 iſt jedoch in Berlin der letzte Mönch im dortigen grauen Kloſter geſtorben. Von den Nonnenklöſtern iſt das Ciſterzienſerkloſter Neuendorf in der Altmark zuletzt (im J. 1578) reformirt, und gleich den Klöſtern Arendſee, H. Grab, Lindow, Zehdenick, Stepenitz und Diesdorf in ein weltliches Fräuleinſtift verwandelt worden (vgl. Müller a. a. O. S. 254 flg. 271.

33) Pauli allg. preuß. Staatshiſtorie Th. 5. S. 487. Th. 6. S. 50.

tung des Raths [34]); eben ſo entſchiedenen Anklang fand die neue Lehre in den übrigen Städten und bei der Ritterſchaft des Erzſtifts. Auch in das Halberſtädter Gebiet verbreitete ſich die lutheriſche Lehre, ſeitdem dieſe in den übrigen angrenzenden Territorien, in Wernigerode und Stollberg [35]), in Mansfeld [36]), Hohnſtein [37]) theils förmlich recipirt, theils zu entſchiedenem Uebergewicht gelangt war, beſonders aber nachdem im Stift Quedlinburg, deſſen Reformation gegen die Bemühungen des Grafen Botho von Stollberg, des Vaters der damaligen Aebtiſſinn, Herzog Georg von Sachſen bisher als Erbſchutzherr verhindert hatte, gleich nach deſſen Tode im J. 1539 die Aebtiſſinn Anna zur neuen Lehre übertrat, und unter Aufhebung aller

34) Rathmann Geſch. d. Stadt Magdeburg Th. 3. S. 346. flg. 371 flg. — Nur im Dom blieb noch mehrere Jahre lang der katholiſche Gottesdienſt, deſſen Abſtellung die Magdeburger Abgeordneten im J. 1531 auf dem Schmalkaldener Bundestage ausdrücklich verweigern zu müſſen glaubten.

35) Hier ſtellte Graf Botho VIII. † 1538, obwohl er die Klöſter Ilſeld u. Ilſenburg anfangs noch beſtehen ließ, ſchon im J. 1524 den katholiſchen Gottesdienſt gänzlich ab, und ſetzte dem durch Tilemann Plattner neu geordneten Kirchenweſen ſchon im J. 1530 ein Conſiſtorium vor; unter ſeinen Söhnen Wolfgang u. Ludwig ward die Reformation des Landes, namentlich durch eine Generalviſitation im J. 1552, vollendet. Vgl. J. A. Zeitfuchs Stolbergiſche Kirchen- u. Stadthiſtorie. Frkf. 1717. S. 50. u. 210—18. u. Allg. Kirch. Zeit. Jahrg. 1835. No. 67.

36) Schon im J. 1525 trat Graf Albrecht VII. mit ſeinem Bruder Gebhard VII., die Stifter der ſ. g. Mittel- und Hinterortiſchen Linien, zur evangeliſchen Lehre über, und führten durch Michael Cölius in ihren Gebieten die Reformation ein, während die Vettern von der Vorderortiſchen Linie bei der katholiſchen Lehre beharrten. Allmählich verbreitete ſich das Evangelium auch über deren Beſitzungen, gewann aber, zumal Graf Albrecht die Theilnahme an dem Schmalkaldiſchen Kriege mit der Reichsacht büßte, erſt nach dem Paſſauer Frieden allgemeine Anerkennung und feſten Beſtand. Vgl. C. Chr. Francke Hiſt. d. Grafſch. Mansfeld. Lpz. 1723. S. 126. 140. 242. und Cyr. Spangenberg Mansfeld. Chronika. Kap. 366. 377.

37) Obwohl Graf Ernſt von Hohnſtein der kathol. Kirche treu blieb, gewann doch die evangeliſche Lehre ſolche Fortſchritte, daß ſchon 1543 der Abt zu Walkenried einige Aenderungen in den Ceremonien vorzunehmen wagte, denen nicht ohne Mitwirkung des Grafen im J. 1546 die Reformation des Kloſters folgte. Nach Ernſt's Tode im J. 1552 führten ſeine Söhne im J. 1556 im ganzen Lande, auch in Klettenberg und Lohra, die evangel. Lehre ein. S. Allg. K. Zeit. a. a. O.

Klöſter und Errichtung eines eignen Conſiſtorii überall evangeliſche Geiſtliche eingeſetzt hatte [38]). So ſah Erzbiſchof Albrecht ſchon im J. 1541 auf dem Landtage zu Calbe ſich genöthigt, ſeinen Ständen, obwohl nicht durch förmliches Zugeſtändniß im Landtagsabſchiede, die freie Religionsübung zu gewähren, und wenig half ihm, daß er für ſeine Reſidenz Halle zu gleicher Bewilligung ſich nicht verſtehen wollte, außerdem auch verlangte, es ſollten alle Klöſter und Stifter im Lande in ihrem Stande verbleiben [39]). Denn noch in demſelben Jahre führten die Hallenſer in allen Pfarrkirchen den lutheriſchen Gottesdienſt ein, während zugleich dort wie an vielen andern Orten die Klöſter, erſt von den Mönchen verlaſſen, dann theils reformirt theils eingezogen wurden. Unter dem Nachfolger Albrecht's († 1545) dem Brandenburgiſch-Anſpachiſchen Prinzen Johann Albrecht, ſchon ſeit längerer Zeit Coadjutor und Statthalter des Kurfürſten, wurde auch der Stadt Halle in dem von dem Kurfürſten von Sachſen vermittelten Wittenberger Vergleich vom 20. April 1546 gegen das Verſprechen, die noch katholiſchen Klöſter und Kirchen nicht ohne Zuſtimmung des Erzbiſchofes reformiren zu wollen, förmliche Beſtätigung ihrer neuen kirchlichen Einrichtungen zu Theil [40]), und dem Kapitel zum Trotz wagte Magdeburg, ſogar im Dom eigenmächtig den lu-

38) Kettner Kirchen- u. Reform.-Geſch. des Stifts Quedlinburg Kap. 19. u. 20. S. 123. flg. — Schon 1521 fingen einzelne lutheriſche Geiſtliche an, in den Quedlinburger Stadtkirchen zu predigen.

39) Rathmann a. a. O. S. 492. v. Dreihaupt Beſchreibung des Saalkreiſes Th. 1. S. 207 flg. 971 flg., wo auch S. 993 flg. die von Juſtus Jonas entworfene Halliſche Kirchenordnung v. J. 1540 abgedruckt iſt.

40) „So ſollen und wollen auch Sr. L. die von Halle an der Religion, inmaaßen die itzunder in iren pfarrkirchen, inn- unnd außerhalb der Stadt Halle gehalten, bis zu einhelliger ... vergleichung unverhindert unbeſchwerdt unnd unbetrubt laſſen, auch derwegen keine ungnade gegen ſie faſſen, darzu auch ſchaffung und verfügung thun, das die munche uff der Cantzel ſich Leſterung undt was zu Unruh Urſach ſein möcht, enthalten ſollen, der Stadt Halle predicanten gegen S. L. und derſelben verwandten auch geburlich und chriſtlich ertzeigen, unnd ſich andrer Kirchen und Cloſter weiter, dann was ſie des bei den Erzbiſchoffen ferner erlangen mochten, nicht anmaaßen“ (Dreihaupt a. a. O. S. 227 flg.).

theriſchen Cultus einzurichten und die Stiftskirche mit allen ihren Gütern in Beſitz zu nehmen [41]).

§. 9.

Vollendung der Reformation in den Marken und in Pommern. Einziehung der Märkiſchen Bisthümer. Einführung der evangeliſchen Lehre im Magdeburger und Halberſtädter Stift.

Durch den Krieg zwiſchen dem Kaiſer und den Schmalkaldiſchen Bundesgenoſſen, und deſſen unglücklichen Ausgang in der Schlacht von Mühlberg ſah bald darauf, wie überall in Deutſchland, ſo auch in den Marken und den Nachbarländern die evangeliſche Religionsfreiheit ſich bedroht. In der Mark, wo durch die im J. 1544 erfolgte Reform des Brandenburger Domkapitels [1]) und die Ernennung des Herzogs Joachim von Münſterberg [2]) zum Nachfolger des Matthias v. Jagow († 1545) die Kirchenverbeſſerung völlig geſichert ſchien, ließ Kurfürſt Joachim II. das Regensburger Interim förmlich publiciren [3]); jeder weitern Durchführung der Reformation, und Reviſion der Kirchenordnung, wie lebhaft auch die Geiſtlichkeit ſie wünſchte, war er abgeneigter denn je [4]). Um wenigſtens den weltlichen Beſitz

41) Rathmann a. a. O. S. 524. u. 530.

1) Erſt im J. 1544 wurde vom Kapitel die Kirchenordnung nach langen Verhandlungen und auf wiederholte Befehle des Kurfürſten angenommen, und zum letzten Male in der Stiftskirche die Meſſe gehalten (Gercken a. a. O. S. 278.). Seit der Einführung des evangeliſchen Cultus blieb die Zahl der Dompfründen auf die vier Prälaturen des Probſtes, Dechanten, Seniors u. Subſeniors, und auf drei Canonicate beſchränkt (Lentzen's dipl. Stiftshiſt. v. Brandenburg S. 68. u. 71.).

2) Wohlbrück Th. 2. S. 314.

3) Um ſo unwahrſcheinlicher iſt die nicht weiter belegte Notiz bei Müller a. a. O. S. 288., daß Carl V. die Kirchenordnung v. J. 1540 förmlich beſtätigt habe.

4) Aus der damaligen Zeitlage iſt wohl eben ſo ſehr als aus der Perſönlichkeit des Kurfürſten die merkwürdige Antwort zu erklären, mit welcher er im J. 1549 das Verlangen der Geiſtlichkeit nach Einführung des Sächſiſchen Ritus zurückwies: „ſo wenig ich an die Römiſche Kirche will gebunden ſeyn, ſo wenig will ich auch an die Wittenberger Kirche gebunden ſeyn; denn ich nicht ſpreche, credo S. Romanam oder Wittenbergensem, ſondern catholicam ecclesiam, und meine Kir-

Digitized by Google

des Magdeburger und Halberſtädter Biſthums ſeinem Hauſe zu erhalten, ſuchte der Kurfürſt ſogar für ſeinen ſchon bei Lebzeiten des Erzbiſchofs Johann Albrecht zum Coadjutor erwählten Sohn 1547
Friedrich, den er nach Buſſo's v. Alvensleben Tode im J. 1548 auch zum Biſchofe von Havelberg ernannt hatte, bei dem päbſtlichen Stuhle um die Confirmation nach, die nach langen Verhandlungen trotz den Bedenken über die Rechtgläubigkeit des neuen Biſchofs ertheilt wurde [5]). In Lebus war der Kurfürſt, wie es ſcheint, nicht einmal abgeneigt, dem dortigen Biſchofe, welcher alle Reformationsverſuche auf das entſchiedenſte zurückgewieſen hatte, die geſammte Diöceſangewalt zu beſtätigen [6]). In Pommern dagegen hatten zwar die Herzöge im J. 1544 das Domkapitel, welches vornehmlich um äußerer Rückſichten willen ſich nicht öffentlich für die Reformation zu erklären wagte, zu erneuter Anerkennung des althergebrachten Patronats und dem Verſprechen bewogen, daß auch künftighin kein Biſchof ohne der Herzöge Ernennung und Einwilligung gewählt werden würde. Durch die Berufung des Stettiniſchen Kanzlers Bartholomäus Swave auf den erledigten Biſchofsſtuhl war zugleich ein bedeutender Schritt zur Reformation des Stifts geſchehen. Allein die Unter-

---

che allhie zu Berlin u. Cölln iſt eben eine ſolche rechte chriſtliche Kirche, wie der Wittenberger Kirche ... Wollt Jr mich aber zum Ordinario nicht leiden, ſo will ich euch dem Pabſt oder dem Biſchoff zu Lebuß bevelen"; eine Aeußerung, die um ſo beachtenswerther iſt, als in der Kirchenordnung ſelbſt keine Hinweiſung auf ſolche angebliche Episcopal-Rechte des Landesherrn ſich findet. S. Schmidt a. a. O. S. 187. u. 212.

5) Pauli a. a. O. Th. 5. S. 527. Lentzen's dipl. Stiftshiſt. von Havelberg S. 61. — Trotz dem wurde übrigens zu dieſer Zeit im ganzen Stiftsgebiete, wo es noch nicht geſchehen, die evangeliſche Abendmahlsfeier eingeführt. Vgl. Riedel Cod. dipl. S. 11.

6) Wohlbrück a. a. O. Th. 2. S. 309. theilt unter den Verhandlungen, welche über die von Reichswegen erhobenen Anſprüche auf Reichsſtandſchaft der Brandenb. Biſthümer mit dem Biſchofe Georg gepflogen wurden, auch einen „Entwurf" zu einem Confirmationsprivilegium für Lebus mit, worin Kurfürſtlicher Seits erklärt wird: „Wir und unſre erben wollen unnd ſollen auch nicht geſtadten oder nachgeben, die ſachen, ſo für Ju als dem Ordinario vermuge beſchriebener Rechte gehorich, hieher vor unſſere Viſitatoren oder Conſiſtorium avocirt oder geörtertt werden, ſondern für Jm alſſe dem Ordinario des Stiffts gewiſſen und remittirt werden ſollen".

ſtützung des Kurfürſten von Sachſen büßten die Herzöge nicht bloß mit ſchwerer Geldſtrafe, ſie mußten auch die Annahme des Interims geloben und dem Kammergerichte ſich unterwerfen, bei welchem unter erneutem Vorgeben der Reichsunmittelbarkeit des Camminer Stifts die Wahl des Swave, der weder päbſtliche Confirmation noch die Conſecration erhalten hatte, ſondern von den drei Superintendenten ordinirt worden war, und bald darauf nach dem Vorgange des Schweriner Biſchofs ſich verehelicht hatte, angefochten wurde. Der Einführung des Interims entging das Land, deſſen Geiſtlichkeit und Stände ſich entſchieden dagegen erklärten; der Biſchof aber ſah ſich zur Reſignation bewogen, und nur mit Mühe gelang es den Herzögen, die Wahl auf den der Reformation nicht ganz abgeneigten Domprobſt Mart. Weiher zu lenken [7]).

Ungünſtig genug waren ſo auch in Pommern und den Marken die Ausſichten für die raſch und glücklich ins Leben gerufene Kirchenverbeſſerung; der heldenmüthige Kampf Magdeburg's gegen Kurfürſt Moritz von Sachſen ſicherte aber nicht bloß dieſer Stadt die Uebung der lutheriſchen Lehre, ſondern hob auch dort den geſunkenen Muth der proteſtantiſchen Parthei. Durch des Kaiſers Niederlage und den Paſſauer Frieden gegen gewaltſame Maaßregeln geſchützt, nahm das Hohenzollerſche und Pommerſche Fürſtenhaus, noch ehe ſie im Augsburger Religionsfrieden förmliche Anerkennung erlangt hatten, das unterbrochene Reformationswerk alsbald wieder auf, um in wenigen Jahren es zu vollenden.

Das Bisthum Havelberg, deſſen Kapitel, obſchon gleich nach Buſſo's Tode ſelbſt in der biſchöflichen Reſidenz Wittſtock evangeliſcher Gottesdienſt eingeführt wurde, ſtreng katholiſch geblieben war, übergab der Kurfürſt nach des Biſchofs Friedrich im J. 1553 erfolgtem frühzeitigem Tode zuerſt der Verwaltung
1555 eines Stiftshauptmanns, ließ aber ſchon im Jahre darauf ſeinen ſiebenjährigen Enkel, den Erbprinzen Joachim Friedrich,

7) Cramer Pomm. Kirchen-Chron. B. 3. Kap. 38. Rangonis Pomer. diplom. p. 123. Gebhardi Geſch. d. Pomm. Reichs §. 41. u. 42. S. 169 flg. v. Medem a. a. O. S. 51 flg.

zum Adminiſtrator des Biſthums vom Kapitel erwählen [8]). In
Lebus hatte das Kapitel bei Georgs v. Blumenthal Tode die Po-
ſtulation eines der kurfürſtlichen Söhne, weil weder die Beſtäti-
gung der bisherigen Theilnahme an der Beſetzung des Raths zu
Fürſtenwalde, noch die Abſtellung des dortigen evangeliſchen Got-
tesdienſtes bewilligt wurde, entſchieden abgelehnt, und im J. 1551
die Wahl des Halberſtädter Domherrn Johann Horneburg
durchgeſetzt [9]). Vergeblich bemühte ſich dieſer indeß, obwohl
eifrig katholiſch geſinnt, um Herſtellung des katholiſchen Cul-
tus [10]), und nach ſeinem Tode gelang es, ohne daß die vom Ka- 1555
pitel dem Kurfürſten vorgelegten Artikel genehmigt worden wä-
ren, auch hier die Wahl des Erbprinzen durchzuſetzen, ja ſogar
vom päbſtlichen Stuhle deſſen Beſtätigung zu erlangen [11]). Für
den Erbprinzen aber führte ſein Vater, der Kurprinz Johann
Georg, welcher ſelbſt bald darauf nach des Herzogs Joachim von 1560
Münſterberg Reſignation in Brandenburg zum Adminiſtrator
beſtellt wurde, die Verwaltung [12]), wie es ſcheint, ohne irgend
eine Mitwirkung der Kapitel, von denen das Lebuſer ſogar zur Ab- 1563
tretung aller Stiftsgüter gegen eine Geldpenſion genöthigt wur-

---

8) Lentzen's diplom. Stiftshiſtorie v. Havelberg S. 63 flg.

9) Vgl. Wohlbrück Th. 2. S. 314 flg. — Die ohne Beachtung der vom Kurfürſten präſentirten Candidaten, der Prinzen Friedrich u. Sigismund und des Herzogs Joachim v. Münſterberg, getroffene Wahl des Domherrn Redorfer wurde annullirt; was gleichwohl den Kurfürſten zur Anerkennung des gleichfalls, wie es ſcheint, wider ſeinen Willen gewählten Dr. Horneburg, welcher in kurfürſtlichen Dienſten ſtand, bewogen habe, iſt nicht bekannt.

10) Daß der Biſchof die Kirchenordnung von 1540 angenommen habe, wie Müller a. a. O. S. 163. u. 303. bemerkt, iſt ſehr zu bezweifeln; höchſtens mag er deren Befolgung Seitens der einzelnen Gemeinden nachgeſehen haben, welche in dem Stiftsgebiete ſich gebildet hatten.

11) Die vorangegangenen Verhandlungen ſ. bei Wohlbrück S. 347 flg., wo auch die erwähnten Artikel ſich finden, welche hauptſächlich die Erhaltung des katholiſchen Cultus im Dom, die Sicherung des Wahlrechts und der Zwiſchenregierung des Kapitels, und den Ausſchluß der Evangeliſchen aus dem Rathe zu Fürſtenwalde bezweckten, aber nach dem mitgetheilten Entwurfe der kurf. Urkunde nur in ſehr unbeſtimmten Ausdrücken beſtätigt wurden.

12) Wohlbrück S. 357., Gercken a. a. O. S. 286.

de [13]), und ſo verſchmolz allmählich die Stiftsverwaltung immer
1571 mehr mit der Landesverwaltung, vollends ſeit dem Tode Joachim's, indem Kurfürſt **Johann Georg** im Stifte Brandenburg gar keinen beſondern Adminiſtrator beſtellte, und der inzwiſchen erlangten Volljährigkeit ungeachtet dem Kurprinzen weder in Lebus noch Havelberg die Adminiſtration übertrug, ſondern nur den Titel von ſeinen Biſthümern zugeſtand [14]). Bei ſeinem Regierungsantritt legte **Joachim Friedrich** auch dieſen Titel ab; ohne daß wie in Sachſen eine Capitulation die Verfaſſung derſelben garantirt hätte, wurden die Stiftsgebiete [15]) für immer den Kurlanden einverleibt, und von den ehemaligen Brandenburgiſchen Biſthümern blieb nichts übrig, als die beiden Kapitel zu Brandenburg und Havelberg [16]).

Um ſo leichter gelang unter Leitung des für das geſammte Land im J. 1552 neu beſtellten Conſiſtorii die völlige Durchführung der Reformation. Nicht einmal in dem Johanniter-Herrenmeiſterthum zu **Sonnenburg** mit ſeinen reichen Comthureien fand ſie große Schwierigkeiten, da dieſe Ballei ſeit dem vierzehnten Jahrhundert faſt gänzlicher Unabhängigkeit von der Gewalt der Ordensobern genoß [17]), und der Kurfürſt nicht bloß

---

13) **Wohlbrück** S. 364. — Schon ſechs Jahre früher hatte ſich das Kapitel dazu verſtehen müſſen, den evangeliſchen Gottesdienſt, welcher 1544 zuerſt in einer Kapelle eingeführt worden war, auch in der Domkirche freizugeben, und ſich nur den Chor vorbehalten.

14) **Gercken** S. 289. **Wohlbrück** S. 367.

15) **Müller** a. a. O. S. 296. bemerkt, daß ſchon im J. 1543 der Kurfürſt mit ſeinem Bruder verabredet habe, durch Beſetzung der Biſthümer mit Prinzen des Hauſes die Stiftsgebiete an den Landesherrn zu bringen.

16) Noch im Landesrezeß vom J. 1572 verſprach der Kurfürſt der Ritterſchaft, welcher „an den Stiften, Clöſtern und Compturеyen etwas gelegen, in Erwegung daß ſie ire Kinder darinne unterbringen", daß „in ſolchen geiſtlichen Gütern" keine unbillige Veränderung vorgenommen werden ſolle.

17) Durch den Heimbacher Vergleich vom J. 1382, im J. 1467 vom P. **Paul II.** beſtätigt, war mit Genehmigung des Großmeiſters dem Hochmeiſter, außer einer beſtimmten Revenue von den Comthureien, den ſ. g. Reſponsgeldern, nur das Recht der Wahlconfirmation und der Viſitation geblieben; letztere kam bald außer Gebrauch, erſtere mußte nach ausdrücklichem Inhalte des Vergleichs jederzeit ertheilt

durch ſein Nominationsrecht die Herrenmeiſterwürde, mit welcher
die Aufnahme neuer Mitglieder wie die Verleihung der Comthu-
reien vorzugsweiſe verbunden war, leicht an Evangeliſchgeſinnte
bringen konnte [18]), ſondern auch durch Belaſſung aller Güter und
unveränderten Fortbeſtand der Ordensverfaſſung jeden Wider-
ſpruch beſeitigte [19]). Schon am 5ten October 1563 wurde die
Vollendung der Kirchenverbeſſerung durch ein allgemeines Dank-
feſt von Kurfürſt Joachim II. feierlich begangen. Sein Sohn
aber Johann Georg, welchem durch den faſt gleichzeitigen Tod
ſeines Vaters und Oheims im J. 1571 das ganze Brandenburgi-
ſche Beſitzthum zufiel, ordnete von neuem durch eine Reviſion der
Kirchenordnung, welche nicht bloß von allen Ueberbleibſeln des 1572
Katholicismus gereinigt, ſondern zugleich in der Neumark [20]) ein-
geführt wurde, durch beſſere Einrichtung der Conſiſtorien, durch
eine wiederholte Generalviſitation und eine neue Viſitations- und 1573
Conſiſtorialordnung, Cultus wie Verfaſſung der Landeskirche [21]),

---

werden. Vgl. Beckmann Beſchr. des Johann.-Ordens S. 181 flg. u. Dithmar geneal.-hiſt. Nachricht von den Herren-Meiſtern des Joh.-Ordens. Fkf. 1737. S. 37.

18) Schon unter dem Herrenmeiſter Veit v. Thümen † 1544, welcher gleich anfangs für Berufung evangeliſcher Geiſtlichen ſorgte (Müller a. a. O. S. 159.), hatten einzelne Comthure ſich verheirathet, ohne ihre Commenden zu verlieren (Dithmar a. a. O. S. 70.). Der erſte Herrenmeiſter, welcher öffentlich zur evangeliſchen Lehre ſich bekannte und in die Ehe trat, war Graf Martin v. Hohnſtein 1568—1609 (Dithmar S. 85. u. 86.), nach deſſen Tode mit Ausnahme weniger Fälle nur Prinzen des regierenden Hauſes die Herrenmeiſter-Würde bekleidet haben. Beckmann S. 227.

19) Selbſt die Beſtätigung durch den Hochmeiſter, welche zu Anfang des ſiebzehnten Jahrh. eine Zeit lang unterblieben war, iſt ſeitdem bis auf die neueſte Zeit eingeholt worden. Beckmann S. 231. vgl. mit S. 218.

20) Hier hatte im J. 1538 Markgraf Johann erſt die Anſpach'ſche Kirchenordnung eingeführt (Müller S. 159.), zwei Jahre ſpäter auf Grund dieſer und der Sächſiſchen eine eigne Kirchenordnung ausarbeiten laſſen (Oberheim a. a. O. S. 141.). — In dieſer Zeit verlor auch die Neumark, eben ſo die Altmark, ihren bisherigen beſonderen Generalſuperintendenten (ebend. S. 314. vgl. mit S. 160. u. 242.

21) Vgl. Schmidt Einl. in d. Brand. Kirchen- u. Reform.-Hiſt. S. 230 flg. — Eine Mitwirkung der Kapitel hat bei dieſer Geſetzgebung, welche übrigens die fortdauernde Gültigkeit des geiſtlichen

1572 und verſicherte zugleich im Landtagsreceſſe die Stände der Mark für alle Zeiten ungeſtörter Uebung der Augsburger Confeſſion[22]).

In Pommern erklärten ſich bereits im Jahr nach dem 1556 Augsburger Religionsfrieden die Herzöge feierlich auf dem Landtage zu Stettin von neuem für die lutheriſche Lehre[23]). Um jeden Verſuch des Camminer Stifts zur Herſtellung der biſchöflichen Gewalt zu vereiteln, zugleich die wiederholt von Reichswegen beſtrittene Landſäſſigkeit des Stifts zu behaupten, ließen ſie nicht bloß nach des Biſchofs Weiher Tode einen Prinzen des Herzoglichen Hauſes zum Biſchofe erwählen[24]), ſondern erlangten auch bald darauf im J. 1560 vom Kapitel, gegen Zuſicherung aller Privilegien und Beſitzungen, die förmliche Annahme der Augsburgiſchen Confeſſion, und das Verſprechen, nur zu Gunſten von Mitgliedern der landesherrlichen Familie das Wahlrecht zu üben und die Landeshoheit der Herzöge anzuerkennen[25]). Ueberall im Lande, ſelbſt in den Herrſchaften Lauenburg und Bütow[26]), über welche der Lehnsvertrag[27]) dem Biſchofe von Wladislav die Diöceſanrechte ausdrücklich garantirt hatte, war ſeitdem die evangeliſche Lehre die herrſchende; von den eingezogenen Klöſtern wurden nur wenige auf das Dringen der Ritterſchaft als adlige Fräuleinſtifter wieder hergeſtellt[28]). Die Reviſion der Kir-

Rechts noch ausdrücklich anerkannte, nicht ſtattgefunden; dagegen wird in der Vorrede der neuen Kirchenordnung bemerkt, daß ſie mit Rath und Bewilligung der Superintendenten und anderer gottesfürchtiger Leute gemacht ſei.

22) Mylius Corp. Const. March. Th. 6. Abth. 1. S. 104.

23) Dähnert Sammlung Pommerſcher und Rügiſcher Landes-Urkunden Th. 1. S. 468.

24) Gebhardi Geſch. d. Pommerſch. Reichs §. 42. S. 170—73.

25) Vollſtändig iſt dieſer Vertrag in Gadebuſch Pommerſcher Sammlung Th. 1. S. 271 flg., im Auszuge bei Cramer a. a. O. Kap. 54. zu finden.

26) Brüggemann Beſchreibung des Pr. Herz. Vor- u. Hinterpommern Th. 2. S. 1033 flg.

27) Salva tamen, heißt es hier, iurisdictione interim et perpetuo, decimis seu proventibus, episcopalibus, cum villis, bonis, piscaturis ac libertatibus ad Rev. Ioannem Episcopum et ecclesiam Wladislaviensem ex antiquo pertinentibus.

28) Gebhardi a. a. O. §. 45. S. 179.

Kirchenordnung, ſchon im J. 1559 begonnen, und in demſelben
Jahre von den Ständen beſtätigt, wo in den Marken das Dank-
feſt der vollbrachten Reformation gefeiert wurde, übertrug die
kirchliche Verwaltung den zu Stettin, Greifswalde und Colberg
unter der Leitung von drei Generalſuperintendenten beſtellten Con-
ſiſtorien [29]), und vollendete nicht bloß das Reformationswerk,
ſondern befeſtigte auch das landesherrliche Kirchenregiment, dem
nur Stralſund erſt nach langen Streitigkeiten gegen Zu- 1613
ſicherung eines eignen Conſiſtorii und Superintendenten ſich un-
terwarf [30]).

Faſt eben ſo vollſtändig gelang trotz dem geiſtlichen Vorbehalte des Religionsfriedens in den Magdeburger und Halberſtädter Stiftslanden die Einführung des evangeliſchen Glaubensbekenntniſſes. Erzbiſchof Sigismund, der Sohn des Kurfürſten Joachim II., welcher nach ſeines Halbbruders, des Erzbiſchofs Friedrichs frühzeitigem Tode von beiden Kapiteln gewählt und vom Pabſte admittirt worden war [31]), beſtätigte ſchon im J. 1558 in dem durch Herzog Heinrich von Braunſchweig und den Fürſten Wolfgang von Anhalt vermittelten Vergleiche der Stadt Magdeburg, gegen Reſtitution des Doms und aller übrigen Klöſter und Stiftskirchen wie der eingezogenen Güter, und gegen das Verſprechen „den Erzbiſchoff, Domkapitel und Cleriſei bei ihrer alten katholiſchen Religion ungehindert bleiben zu laſſen“, die freie Uebung der Augsburger Confeſſion, und ſetzte feſt, daß „jeder Theil den andern hinführo zu ewigen Zeiten in ſeinem Stand, Weſen, Religion, Gottesdienſt, Kirchengebräuchen und Ceremonien friedlich, ruhig, unangefochten und inturbirt laſſen ſolle“ [32]).

---

29) Pommerſche Kirchen-Ordn. v. 1563. Th. 3. Kap. 2. „von Conſiſtoriis“. — Vgl. Cramer a. a. O. Kap. 57. Biederſtedt a. a. O. S. 126.

30) Gebhardi a. a. O. §. 43. S. 176. Biederſtedt S. 127. — Ueber das Stralſunder Stadtconſiſt. vgl. Aug. Balthaſar hiſt. Nachr. von den Landesgerichten im Herz. Pommern. Greifsw. 1757. §. 17. S. 109.

31) Pauli a. a. O. Th. 5. S. 528 flg.

32) Rathmann Geſch. d. Stadt Magdeb. Th. 4. S. 16 flg. — In Folge deſſen kehrte das Domkapitel in die Stadt zurück, und hielt nach 30 Jahren am 10ten März wieder die erſte Sitzung.

Dem lauten Verlangen der Stände nach allgemeiner Einführung der Reformation nachgebend, ordnete er ſogar, obſchon in der Kapitulation das Halberſtädter Kapitel ſich neben allen hergebrachten Rechten die Aufrechthaltung der bisherigen Kirchenverfaſſung ausbedungen hatte [33]), im J. 1563 auf dem Landtage zu Halle eine allgemeine Kirchenviſitation an [34]).

1566 Nach ſeinem Tode wählte zwar das Halberſtädter Domkapitel, welches, zum größten Theile noch katholiſch, die Erfolgloſigkeit der Wahlkapitulationen erfahren hatte, nach mehr als 80jähriger Union mit Magdeburg, ſtatt des brandenburgiſchen Erbprinzen Joachim Friedrich, des eifrig-katholiſchen Herzogs Heinrich von Wolfenbüttel zweijährigen Enkel Heinrich Julius zum Stiftsadminiſtrator, während deſſen Minderjährigkeit das Kapitel altem Herkommen gemäß ſelbſt die Regierung führte [35]). Indeß gewann doch allmählich im Kapitel die evangeliſche Parthei das Uebergewicht; kaum hatte auch der Adminiſtrator, von ſeinem Vater Julius, dem Reformator der Braunſchweigiſchen Lande, in der evangeliſchen Religion erzogen, im J. 1576 mit kaiſerlicher Bewilligung die Stiftsregierung übernommen, als er erſt in der Stille, dann immer entſchiedener für die Reformation ſich erklärte. Zwei Jahre früher hatte ſchon die Abtei Quedlinburg, durch die allmählich bis zur Mithoheit erweiterte Erbvogtei Sachſens gegen gewaltſame Herſtellung des Katholicismus geſchützt, von neuem feierlich für die Augsburgiſche Confeſſion ſich erklärt, und in dem Grundrezeſſe vom 17. Auguſt 1574 verſprochen, daß fortan weder päbſtliche Beſtätigung, welche noch die Aebtiſſinn Eliſabeth Gräfinn von Reinſtein erhalten, nachgeſucht, noch eine andere Religion „im Stifte und von den Unterthanen geführt und gebraucht“ werden ſolle [36]). Dem Kloſter Wal-

---

33) Lünig Reichsarchiv P. spec. Cont. II. Fortſ. 3. S. 365 flg.

34) Rathmann a. a. O. S. 53. Die Viſitationsartikel ſ. bei Dreyhaupt Th. 1. S. 290.

35) Pauli Th. 5. S. 536. Th. 6. S. 58.

36) Den Grundrezeß von 1574 und den ihn beſtätigenden Concordienrezeß von 1685 ſ. bei Lünig P. spec. S. 502. u. Cont. II. S. 894. — Das bisherige Stiftsconſiſtorium und die Beſtellung der Kirchen-

kmried, deſſen Oberſchutzherr der Biſchof von Halberſtadt durch die von Sachſen abgetretene Lehnsherrlichkeit über die Grafſchaft Hohnſtein geworden war, beſtätigte Heinrich Julius im J. 1581[37]), drei Jahre ſpäter auch der Stadt Halberſtadt ruhige 1584
Uebung der evangeliſchen Religion, und unter Vorbehalt nur der obern Aufſicht, die ihm als evangeliſchen Fürſten gebühre[38]), die hergebrachte Kirchenverfaſſung. Wenige Jahre darauf aber trat 1589
er, kaiſerlicher Inhibitorialen und des Widerſpruchs einzelner Kapitularen ungeachtet, zugleich mit dem Kapitel ſelbſt förmlich zur Reformation über, welche nun, jedoch mit der ausdrücklichen Beſtimmung, daß „da etzliche privatae personae ſein möchten, ſo noch der Päpſtlichen Religion zugethan und es nicht beſſer verſtehen möchten, ſie nicht gedrungen werden, wider ihr Gewiſſen etwas zu thun, ſondern ſollen dieſelben bei iren beneficiis bleiben und glauben, wie ſie es vor Gott und ihrem Gewiſſen zu verantworten gedenken“, überall im Lande eingeführt wurde[39]). Nur

ämter ſicherte der Grnndrezeß der Aebtiſſinn zu, welche dagegen nicht bloß „allenthalben ſich Sr. Churf. Gnaden Kirchen-Ordnung gemäß zu verhalten“ verſprach, ſondern auch zuſagte, daß wo etwas der Augsb. Confeſſion zuwider geſchehe, „alsdann Sr. Churf. Gnaden und die Abtiſſinn ſammt mit einander ſolches abſchaffen, ſämmtlich Viſitation anzuſtellen, General-Verordnungen ſämmtlichen zu machen und andres dergleichen ſämmtlichen zu beſtellen haben ſolle“, im Conc.-Rezeß ſogar eine Reviſiou der Kirchenordnung behufs völliger Gleichheit mit der Kurſächſiſchen vornehmen mußte.

37) Lünig P. spec. Th. 2. S. 116.

38) Ebend. Spic. eccl. Th. 3. Anh. S. 62 flg.: „Belangend, daß mehrgedachter Rath proponiret, daß ſie von Zeit des Religion-Friedens in geruhiger possession oder quasi des Exercitii religionis vermöge der Augsb. Confeſſion, auch Beſtellung und Verſehung des Ministerii, Kirchen und Schulen geweſen und noch ſeyndt, J. F. Gn. ſie in Gnaden nachmals dabei verpleiben zu laſſen gemeynt, doch daß J. F. Gn. die Superintendentz, Inspectio und visitatio ecclesiarum, dero ſie dann von Rechtswegen allein gebühret, verbleiben, ſich auch der Rath durch ihre Prediger der Examination und Ordination on Sr. F. Gn. vorgehende Resolution und Befehlige gäntzlich entäußern und enthalten ſolle; welches auch vom Rathe alſo beliebet und angenommen, doch daß ihnen ſolches bei künftiger Obrigkeit, die der Augsb. Confeſſion nicht zugethan, ohne Nachtheil ſein möge“.

39) Rathmann a. a. O. Th. 4. S. 109. — In Folge der gleichzeitigen Reformation des Stifts wurde die ſtatutenmäßige Beſcheinigung des ordo subdiaconi von Seiten der neuen Domherren abgeſtellt, de-

eine große Zahl von Klöſtern blieben theils in der Stadt, theils im übrigen Territorio bei der katholiſchen Religion [40]).

Früher ſchon war auch im Magdeburgiſchen der ka-
tholiſche Cultus faſt überall abgeſtellt worden. In dem Huldi-
1567 gungsreverſe [41]) hatte der Adminiſtrator Joachim Friedrich
ausdrücklich verſprechen müſſen, die Stände „bei der rechten
wahren Augsburgiſchen Confeſſion laſſen zu wollen, auch zum al-
lerförderlichſten daran zu ſein, daß die zugeſagte Reformation der
Stiftkirchen und Clöſter chriſtlich und rechtſchaffen vollzogen wer-
de", und noch in demſelben Jahre führte er mit Zuſtimmung des
Kapitels den evangeliſchen Gottesdienſt in der Magdeburger Dom-
1589 kirche, gegen Ende ſeiner Regierung auch im Dom zu Halle ein,
obſchon dadurch der äußere Schein gänzlich verſchwand, als ob
dem reservatum ecclesiasticum des Religionsfriedens Genüge
geſchehe [42]). Bald darauf ward im J. 1570 auf dem Landtage
die Reformation der noch papiſtiſchen Klöſter beſchloſſen [43]). Dem
Beiſpiele des Abts von Kloſter Bergen, welcher, der erſte unter
allen Prälaten, ſchon im J. 1565 zur Reformation übergetreten
war, folgten auch die meiſten übrigen Klöſter; wo aber deren Mit-
glieder der alten Lehre treu blieben, wurde wenigſtens durch Ein-
ſetzung evangeliſcher Obern die Reformation vorbereitet, und unter
Bedingung des Austritts die Ehe freigegeben [44]); denn die Zuſage

---

ren Verpflichtung zum eheloſen Stande dagegen beibehalten. Lünig a. a. O. S. 67. 68.

40) Vergeblich verſuchte Heinrich Julius deren Reformation durch den Befehl, von evangeliſchen Geiſtlichen den Gottesdienſt in den Kloſterkirchen halten zu laſſen; nur die den Klöſtern gehörigen Dörfer wurden faſt alle evangeliſch und wußten ſelbſt die Unterhaltung ihrer Geiſtlichen aus den Kloſterfonds zu behaupten. Vgl. Kunze Geſch. des Auguſt. Kl. Hammersleben. Quedl. 1835. S. 58. u. 59.

41) Dreyhaupt a. a. O. S. 301.

42) Rathmann a. a. O. S. 67. 108. Ueber 40 Jahre war im Halliſchen Dom kein Gottesdienſt gehalten worden.

43) Vgl. Werner's Chronika des Ertz- und Primatſtiffts Magdeb. Magd. 1584.

44) So wurde z. B. in dem Vergleiche des Adminiſtrators mit dem Kapitel v. J. 1580 (bei Dreyhaupt a. a. O. S. 320.) ausdrücklich ſtipulirt, daß dem Kloſter Ammensleben ein Abt vorgeſetzt werde, „der unſerer wahren chriſtlichen Religion und darauf beſchehenen Re-

des Adminiſtrators in ſeiner Wahlcapitulation [45]), daß er „alle Klöſter in esse erhalten“ wolle, ward nur als ein Verbot der Einziehung, nicht als ein Hinderniß für die Verbeſſerung der Lehre und Umgeſtaltung des Gottesdienſtes erachtet. Die Pfarrkirchen waren ſchon längſt von den Stadträthen und adligen Patronen faſt ohne Ausnahme mit evangeliſchen Lehrern beſetzt und nur in der äußern Verfaſſung erhielten ſich hier noch, ähnlich wie im Halberſtädtiſchen, die Einrichtungen der früheren Zeit. Nicht bloß wußten die Domkapitel ihre bisherige Theilnahme an der Kirchenregierung zu bewahren, ſondern durch die Wahl minderjähriger Adminiſtratoren, bis zu deren Volljährigkeit den Domherren die Verwaltung anheimfiel, ihre Rechte ſogar zu erweitern; die kirchliche Gerichtsbarkeit und die Beſetzung der geiſtlichen Aemter verblieb nach wie vor den fürſtlichen Officialaten und den aus der Mitte der Kapitel beſetzten Archidiaconaten [46]).

§. 10.

Anfall der Preußiſchen Lande und der Jülich-Cleveſchen Erbſchaft. Erwerb des Herzogthums Pommern. Säculariſation der Stiftsgebiete von Minden, Magdeburg und Halberſtadt.

Unter den günſtigſten Ausſichten für die politiſche Macht des Brandenburgiſchen Kurhauſes begann das ſiebzehnte Jahrhundert; von den überraſchend ſchnellen Fortſchritten, welche im Nordweſten Deutſchlands die Gegenreformationen der katholiſchen Partei binnen weniger Jahre gemacht hatten, ſchien öſtlich der Weſer für die evangeliſche Kirche kaum Gefahr zu fürchten. In den Marken wie in den Pommerſchen Landen war das katholiſche Glaubensbekenntniß ganz verſchwunden; die völlige Umgeſtaltung der kirchlichen Verfaſſung, die Säculariſation der Brandenburgiſchen

formation wohl zugethan ſei“. — Ueber den Uebertritt des Abts von Bergen ſ. Rathmann a. a. O. S. 60.

45) Dreyhaupt a. a. O. S. 296 flg. Lünig Cont. II. S. 372 flg.

46) Dreyhaupt a. a. O. S. 594. Vgl. auch Wahlkapit. des Halberſt. Adminiſtrators Chriſtian von Braunſchweig bei Lünig Spic. eccl. Cont. I. S. 812.

Bisthümer und die Reformation des Camminer Stifts, das feſtbegründete Anſehn der landesfürſtlichen Gewalt konnte hier jeden Verſuch zur Herſtellung der katholiſchen Lehre und Hierarchie nur als vergebliches Unternehmen erſcheinen laſſen. Für Halberſtadt war zwar zu bleibender Verbindung des Stiftsgebiets mit den Kurlanden die Hoffnung verſchwunden, der Fortgang der Reformation jedoch trotz der nicht geringen Zahl katholiſcher Klöſter und Stifter geſichert, ſo lange in dem Domkapitel die Majorität der evangeliſchen Parthei im Stande war, wie bisher die Wahl Braunſchweigiſcher Prinzen zu Adminiſtratoren des Stifts durchzuſetzen. Das Magdeburger Erzſtift aber durfte das Kurhaus ſich und dem evangeliſchen Bekenntniſſe für immer gewonnen erachten. Bis zum Tode ſeines Vaters hatte der Brandenburgiſche Kurprinz Joachim Friedrich die Adminiſtration fortgeführt, ohne
1570 daß ſeine Vermählung auch nur den Wunſch einer Reſignation bei dem Kapitel oder den Ständen erweckt hätte [1]); leicht gelang es
1598 ihm, als er die Regierung der Kurlande antrat, die Wahl ſeines Sohnes Chriſtian Wilhelm zum Stiftsadminiſtrator im Kapitel durchzuſetzen, und ſo feſte Wurzel hatte hier die evangeliſche Lehre geſchlagen, ſo wenig Beſorgniß hegte das Kapitel vor den Unternehmungen der katholiſchen Parthei im Reiche, daß es in der Wahlkapitulation ſich von neuem förmlich zur Augsburgiſchen Confeſſion bekannte [2]). Zu dem im Grimnitzer Vertrage zugeſicherten Erbanfalle der Pommerſchen Lande rückte die Ausſicht für das Hohenzollerſche Haus näher; mit Gewißheit war die Erledigung des Herzogthums Preußen vorauszuſehen, für welches ſchon Kurfürſt Joachim II. die Eventualbelehnung erlangt hatte, mit nicht geringerer Wahrſcheinlichkeit das Ausſterben des Jülich-Cleveſchen Herzogshauſes zu erwarten, unter deſſen zahlreichen

1) Vgl. Erinnerungen an die Kurf. v. Brand. u. Kön. v. Pr. hinſichtl. ihres Verhaltens in Angel. der Relig. u. Kirche. Hamb. 1838. S. 98 flg.

2) Ohne irgend eine Einſchränkung oder ſonſtigen Vorbehalt mußte der neue Adminiſtrator geloben, daß er „Thum-Kapittel, Cleriſey und ganzes Ertzſtifft bei der erkandten und bekannten Augsb. Conf., beides in Lehre und Ceremonien, wie es bishero ſieder der Reformation geweſen, ſchützen und handhaben wolle“. S. Lünig a. a. O. Anh. S. 44.

cognatiſchen Verwandten dem Brandenburgiſchen Kurprinzen Johann Sigismund die nächſten Erbanſprüche gebührten.

Die Hoffnungen, mit welchen das Kurhaus das neue Jahrhundert begrüßte, täuſchten nicht; aber einen ſchweren verhängnißvollen Kampf galt es, um in den alten Stammlanden die Glaubensfreiheit zu retten, im Weſten und Oſten die wohlbegründeten Rechte, welche Brandenburg zur erſten proteſtantiſchen Macht Deutſchlands erheben ſollten, gegen Freund und Feind, wenn nicht unverkürzt zu erhalten, doch glücklich zu behaupten. Der Polniſche Lehnsherr mochte weder auf die Preußiſchen Lande, noch auf die Hoffnung verzichten, auch hier dem Römiſchen Kirchenthum wieder die Oberhand zu verſchaffen. Der katholiſchen Ligue, zu kräftiger Vertretung ihrer Parthei ſtets bereit, auch wo kaum ein Schein Rechtens ihr zur Seite ſtand, war der Uebertritt des Haupt-Prätendenten auf die Jülicher Erbſchaft zur alten Lehre ein Anlaß mehr, alles aufzubieten, damit nicht der Uebergang dieſer faſt ſchon vom katholiſchen Glauben abgefallenen Lande an ein evangeliſches Herrſcherhaus die in den geiſtlichen Gebieten zwiſchen Weſer und Rhein kaum wiedergewonnene Herrſchaft von neuem gefährde [3]). Ermuthigt durch die glücklichen Erfolge im Hildesheimer Stifte, im Vertrauen auf die nicht geringe Zahl von Klöſtern und Stiftern im Magdeburgiſchen und Halberſtädtiſchen, in welchen ihr Bekenntniß ſich nicht bloß erhalten, ſondern ſelbſt das Uebergewicht behauptet hatte, wagte die katholiſche Parthei ihre gegenreformatoriſchen Unternehmungen ſogar bis an die Grenzen der Kurlande zu erweitern, und zu drohendſter Gefahr ſteigerten ſich bald zwiſchen Weſer und Oder die Beſorgniſſe der Evangeliſchen durch den ſo unerwarteten als unglücklichen Ausgang der Böhmiſchen Unruhen.

Schon vor deren Ausbruche hatten in Halberſtadt die Katholiſchen ein ſolches Uebergewicht im Domkapitel zu gewinnen gewußt, daß die evangeliſchen Domherren, ſeit dem J. 1613 in eine beſondere Conföderation zuſammengetreten, nur mit Mühe

3) S. unten Kap. 2. u. 3. u. B. III. Kap. 3.

die Poſtulation Herzogs Chriſtian von Braunſchweig durch-
1616 zuſetzen vermochten. In ruhigen Zeiten hätte vielleicht der Beſchluß, mit aller Strenge bei Beſetzung erledigter Dompfründen auf Ableiſtung des Religionseides zu halten, und die von den Herzögen Philipp Sigismund und Friedrich Ulrich von Braunſchweig und Lüneburg dem Stift ertheilte Aſſecuration [4]), „kräfftiglichen dem einmal reformirten Stifft und deſſelben Perſonen bei ſolcher chriſtlichen Reformation und dazu gehörigen und eingeführten Mitteln gegen allerhand widrige, heimliche und öffentliche Beginnen ... zu defendiren, ſchützen und vertreten", die evangeliſche Religionsfreiheit zu ſichern vermocht. Der unglückliche Ausgang aber des Kriegszuges, welchen der Adminiſtrator Chriſtian in Gemeinſchaft mit dem Markgrafen Georg Friedrich von Baden zur Unterſtützung des Kurfürſten Friedrich unternahm, vereitelte bald alle jene Bemühungen. Das ganze Land wurde von den Heeren der katholiſchen Ligue beſetzt, und von den Klöſtern aus, denen noch Herzog Chriſtian die Uebung der katholiſchen Religion und den Beſitz ihrer Güter in ſeiner Wahlkapitulation beſtätigt hatte [5]), überall, namentlich in den Pfarrkirchen, die Gegenreformation begonnen. Mit der Reſignation Chriſtian's [6]), zu welcher er ſich, damit nicht das Stift „in äußerſtes Verderben gerathen und etwan gar der reinen evangeliſchen Lehre beraubt werden möchte", im J. 1623 entſchloß, vollends ſeit der Niederlage des Däniſchen Königs verſchwand faſt alle Hoffnung, dem Lande das evangeliſche Bekenntniß zu retten; denn nach vierjähriger Va-
1627 canz des Biſthums ſah ſich nun das Kapitel zur Poſtulation des Sohnes Kaiſers Ferdinand, des Erzherzogs Leopold Wilhelm genöthigt. Zwar ſtellte der Kaiſer am 13. Juni 1628 eine Aſſecuration aus, daß er, „ſoviel den Religions-Punkt und was demſelben anhängig anlanget, ... niemanden wider den Religion-

4) Lünig a. a. O. S. 812. u. 813 flg.

5) Art. 51. „Wir ſollen und wollen auch die Clöſter in und vor der Stadt und auf dem Lande bei ihrem Exercitio religionis, wie unſre Vorfahren gethan, ingleichen bei iren Güthern laſſen u. ſ. w."

6) Lünig P. spec. Th. 4. S. 108.

und Prophan-Frieden beſchweren laſſen wolle"; allein definitive Entſcheidung hatte ſich der Kaiſer ausdrücklich vorbehalten, und ſo wurde gleich nach Publication des bekannten Reſtitutionsedicts 1629
nicht bloß in allen Klöſtern die katholiſche Lehre hergeſtellt, ſondern auch die Abſetzung ſämmtlicher evangeliſchen Domherren verfügt [7]). Gleiches Schickſal drohte dem Magdeburger Stifte, wo das Kapitel aus Furcht vor dem Kaiſer im J. 1628 den Markgrafen Chriſtian Wilhelm ſeiner geiſtlichen Würde verluſtig erklärte, und nachdem die kaiſerliche Beſtätigung für den zum Adminiſtrator poſtulirten bisherigen Coadjutor Herzog Auguſt von Sachſen vergeblich nachgeſucht worden, gleichzeitig mit dem Reſtitutionsedicte Erzherzog Leopold Wilhelm vom Pabſte zum Erzbiſchofe ernannt wurde [8]). Daß es ſelbſt in den Marken und in Pommern, ſobald nur zu glücklichem Erfolge die Ausſicht vorhanden, an ähnlichen Verſuchen nicht fehlen werde, zeigte das Verlangen des Kaiſers, daß in Cammin, obwohl es von jeher landſäſſig geweſen, wieder allein katholiſche Domherren beſtellt werden ſollten [9]).

Der gewaltſamen Vollendung der Gegenreformation ſetzten die ſiegreichen Waffen der Schweden ein Ziel. Eine Garantie aber für die Zukunft gewährte nicht einmal der Prager Friede vom 20. Mai 1635, welchem nicht bloß Herzog Auguſt von Sachſen, da er, ſeit dem J. 1630 wieder im Beſitz des Erzſtifts, als deſſen Adminiſtrator beſtätigt wurde, ſondern auch Kurfürſt Georg Wilhelm beizutreten ſich beeilte, trotz dem, daß die Clauſel, es ſollten, wie die reichsunmittelbaren Stifter, ſo auch die reichsmittelbaren, wenn nach dem Religionsfrieden eingezogen, nur auf vierzig Jahre noch den Evangeliſchen verbleiben, ſogar den Beſitz

7) Lünig Spic. eccl. Anh. S. 74. u. 75.

8) Pauli a. a. O. Th. 5. S. 560. flg. — In vielen Kirchen wurde der katholiſche Gottesdienſt wieder hergeſtellt, ſo am 3. Juni 1630 in Halle (Rathmann S. 188. u. 218.). Einzelne Klöſter, wie z. B. Ammensleben und Althaldensleben, hatten ſchon früher der Anſtellung evangeliſcher Aebte ſich mit Erfolg widerſetzt (Pauli S. 553. Dreyhaupt S. 833.).

9) Gebhardi's Geſch. d. Pomm. Reichs §. 55. S. 213.

der ehemals Märkiſchen Biſthümer gefährdete; ſelbſt für Hal-
berſtadt, wo Erzherzog Leopold Wilhelm der Prager Abrede gemäß
1638 in ſeiner Capitulation [10]) den Evangeliſchen die freie Uebung der
Augsburgiſchen Confeſſion, die zeitherige Kirchenverfaſſung und den
Beſitz aller Aemter und Kirchengüter, je nach dem Status vom
12. November 1627 von neuem zuſicherte, war die Annahme des
Friedens kaum von Gewinn. Erſt der Weſtfäliſche Friede ent-
ſchied das Schickſal beider Biſthümer, zum Vortheil des Hohen-
zollernſchen Hauſes nicht minder als der evangeliſchen Lehre. Die
Verwandlung der Stiftsgebiete in weltliche Territorien, wie ſie
längſt genährte Hoffnungen des Kurhauſes verwirklichte, entzog
der katholiſchen Parthei jede Ausſicht, an der Elbe ihrem Bekennt-
niſſe wieder eine feſte Stätte zu gewinnen; die Vereinigung Pom-
merns mit den Marken ſicherte zugleich bis zur Weichſel hin der
evangeliſchen Lehre für immer das Uebergewicht.

Mit Bogeslaw XIV., welcher ſeit dem J. 1625 ganz Pommern unter ſeiner Herrſchaft vereinigt hatte, war im J. 1637 während des Krieges das Geſchlecht der einheimiſchen Herzöge erloſchen, und dem Brandenburgiſchen Hauſe dadurch die ſeit Jahrhunderten wiederholt zugeſicherte Erbfolge eröffnet worden. Auf Grund eines im J. 1630 geſchloſſenen Vertrages, wonach bei Bogeslaws unbeerbtem Tode das Herzogthum ſo lange in Schwediſcher Verwahrung bleiben ſollte, bis der Kurfürſt von Brandenburg dem Bündniſſe gegen den Kaiſer beigetreten, oder ein etwaniger Erbfolgeſtreit durch richterlichen Ausſpruch entſchieden wäre, hatte aber Schweden die Beſitznahme Brandenburgs verhindert und Pommern als erobertes Land behandelt, und ſuchte nun bei den Osnabrücker Friedensverhandlungen die Abtretung des ganzen Herzogthums zu erlangen [11]). Mit Feſtigkeit behauptete jedoch Kurfürſt Friedrich Wilhelm die unbeſtreitbaren Rechte ſeines Hauſes, wie gegen Schweden, ſo gegen den Kaiſer, welcher durch Zugeſtändniß der Schwediſchen Forderung den Frieden am wohlfeilſten erkaufen zu können meinte; am 28. Januar 1647

10) Lünig a. a. O. P. spec. S. 516.
11) S. Gebhardi a. a. O. §. 69 flg. S. 220 flg.

kam unter franzöſiſcher Vermittelung ein Vertrag [12]) zu Stande,
welcher durch den Weſtfäliſchen Frieden reichsgeſetzlich beſtätigt,
ſpäter nur in einzelnen Punkten durch den Stettiner Grenzrezeß
vom 4. Mai 1653 [13]) abgeändert wurde. Brandenburg verzich-
tete zu Gunſten Schwedens auf Vorpommern weſtlich der Oder,
auf die Inſeln Uſedom und Wollin, und auf einen nicht unbedeu-
tenden Theil des rechten Oderufers, von welchen Beſitzungen in-
deß die öſtlich der Oder belegenen mit Ausnahme von Damm und
Gollnow ſchon im Frieden von S. Germain, im Stockholmer Frie- 1679
den ſodann das Land ſüdlich der Peene nebſt den Inſeln mit 1720
dem Stammlande wieder vereinigt wurden, bis endlich in neueſter
Zeit in Folge des Kieler Vertrages ganz Pommern unter Preußi- 1813
ſche Herrſchaft gelangte. Zum Erſatze für jenen bedeutenden Ver-
luſt wurde dem Herzogthum **Hinterpommern**, womit zehn
Jahre darauf der Wehlauer Vertrag auch die Polniſchen Lehns- 1657
herrſchaften Lauenburg und Bütow wieder vereinigte [14]), als
weltliches Fürſtenthum für ewige Zeiten das Stift **Cammin**
überwieſen, deſſen Kapitel zwar gleich nach Bogeslaw's Tode den
Herzog **Ernſt Bogeslaw** von Croy zum Biſchof gewählt hat-
te [15]), aber dieſen eben ſo wenig als ſeine eigne Selbſtſtändigkeit
behaupten konnte, vielmehr durch den Weſtfäliſchen Frieden ſogar
zu allmählicher Einziehung beſtimmt wurde [16]). Noch reichlichere
Entſchädigung erlangte Kurfürſt Friedrich Wilhelm weſtlich der
Elbe. Außer dem Stifte **Minden** [17]) überwies der Weſtfäli-
ſche Friede dem Brandenburgiſchen Hauſe als weltliches Fürſten-

---

12) v. **Meiern** Acta Pacis Westphal. T. 3. p. 782. Instr. Pac. Osn. Art. 10. §. 2. u. Art. 11. §. 12.

13) **Pufendorf** de reb. gest. Fried. Wilh. El. Br. p. 187. **Lünig** R.-Arch. P. spec. Th. 3. S. 142 flg.

14) **Brüggemann** a. a. O. S. 1024 flg. Nach Bogeslaw's Tode hatte Polen ſie als erledigt eingezogen.

15) **Rangonis** Pomer. diplom. p. 126.

16) Instr. Pac. Osn. Art. 10. §. 4., Art. 11. §. 5. et 12. — Der Herzog von Croy, niemals von Brandenburg anerkannt, verſtand ſich gegen eine Geldentſchädigung zur Reſignation.

17) Ibid. Art. 11. §. 4. — Die Geſchichte dieſes Stifts ſ. unten Kap. 3. §. 10.

thum das Bisthum Halberſtadt, zugleich mit einem Theile der Grafſchaft Hohnſtein, den Herrſchaften Lohra und Klettenberg, den Städten Sachſe, Ellrich und Bleicherode, und der Grafſchaft Regenſtein [18]), von denen die letztere Erzherzog Leopold Wilhelm im J. 1642 als Halberſtädtiſches Lehn eingezogen und dem Grafen von Tettenbach verliehen hatte, jene dagegen, gleichfalls von alter
1593 Zeit Halberſtädtiſches Lehn, bei dem Ausſterben des Hohnſteinſchen Grafenhauſes von dem Adminiſtrator Heinrich Julius von Braunſchweig-Wolfenbüttel zu Gunſten ſeines Hauſes den Grafen von Schwarzburg entzogen, und eines desfalſigen Vergleichs vom J. 1632 ungeachtet nicht einmal beim Abgange des Wolfenbüttler Hauſes reſtituirt, ſondern vom Erzherzog als heimgefallenes Lehn mit den Stiftslanden vereinigt worden waren [19]). Das Erzſtift Magdeburg [20]) endlich verblieb im Weſtfäliſchen Frieden nur auf Lebenszeit dem Adminiſtrator Herzog Auguſt von Sachſen; für deſſen Todesfall aber oder ſonſtigen Abgang wurde das Erzſtift als erbliches Herzogthum zur weiteren Entſchädigung für Vorpommern dem Kurfürſten zugeſichert [21]), welcher auch ſofort die Eventualhuldigung einnahm, und im J. 1680 durch die wirkliche Beſitznahme des Landes dies ehemals geiſtliche Territorium mit den Marken vereinigte.

§. 11.

Kirchlicher Zuſtand der Mark Brandenburg, Pommerns, Magdeburgs und Halberſtadts ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden.

Der Religionszuſtand der neuerworbenen Länder iſt in Folge dieſer politiſchen Umgeſtaltungen eben ſo wenig als in den Marken verändert worden. In allen dieſen Provinzen blieb viel-

18) Instr. Pac. Osn. Art. 11. §. 1—3.

19) Vgl. oben §. 8. Note 37. u. A. B. Michaelis Sammlung einiger die Stadt Ellrich betr. Nachrichten. Halle 1752. S. 6. 10. u. 16.

20) Mit Ausnahme jedoch der bereits im Prager Frieden an Kurſachſen abgetretenen Aemter Querfurt, Jüterbock, Dahme und Burg, von denen das letztere aber ſchon im J. 1587 an Magdeburg zurückkam.

21) Instr. Pac. Osnabr. Art. 11. §. 6 — 9.

mehr bis auf unſere Tage herab die evangeliſche Kirche die herrſchende[1]); nur an wenigen Orten ſtand den Katholiken in Folge der Friedensſchlüſſe öffentliche Religionsübung, ſonſt nur Hausandacht zu. Erſt im achtzehnten Jahrhundert geſtattete die Toleranz des Preußiſchen Königshauſes hie und da die Bildung neuer katholiſcher Gemeinden.

In den Brandenburgiſchen Landen hatte ſich, wie es ſcheint, während der Kriegszeiten die Zahl der Katholiken in der Stille gemehrt; auch mochte die Beſorgniß entſtanden ſein, daß Kurfürſt Friedrich Wilhelm ihnen ähnlich wie in Preußen mehr als Duldung zu gewähren geneigt wäre. Wenigſtens ließen ſich die Märkiſchen Stände gleich nach erlangtem Frieden auf dem Landtage v. J. 1653 neben Beſtätigung der lutheriſchen Lehre und völliger Gleichſtellung beider evangeliſchen Confeſſionen[2]) das förmliche Verſprechen ertheilen, daß den Katholiſchen weder öffentliches noch Privat-Religionsexercitium werde geſtattet werden[3]), ein Verbot, das im Laufe des ſiebzehnten Jahrhunderts öfters erneuert zu ſein ſcheint[4]). Gleichwohl nahm in den größeren Städ-

---

1) Die Geſchichte der proteſtantiſchen Kirchenverfaſſung, für welche die alten Kirchenordnungen zwar die Grundlage blieben, durch einzelne Verordnungen aber um ſo bedeutendere Aenderungen eintraten, als ſeit dem großen Kurfürſten die Anſicht von der Episcopalgewalt des Landesherrn immer entſchiedneren Einfluß auf Geſetzgebung und Verwaltung gewann, kann, wie intereſſant an ſich, hier nicht weiter verfolgt werden.

2) Einzelne Maaßregeln, wie Anſetzung reformirter Conſiſtorialräthe im J. 1637, theilweiſe Einſchränkung der Conſiſtorial-Jurisdiction im J. 1646 ſcheinen, da Johann Sigismund bei ſeinem Uebertritt zur reformirten Lehre die ausdrückliche Zuſicherung ertheilt hatte, daß „weder in der Luther. Religion noch in Patronatſachen noch im Conſiſtorio die geringſte Aenderung vorgenommen werden ſollte“, auch in dieſer Beziehung, wenn ſchon ohne Grund, Beſorgniſſe erregt zu haben. Vgl. Erinnerungen u. ſ. w. S. 126. 138. 145.

3) Landtagsrezeß vom 26. Juli 1653. Art. 2.: „Fürs andere wollen Wir den Pontificiis, Arrianis, Photinianis u. ſ. w. . . . weder publicum, noch privatum religionis exercitium geſtatten, und da Wir in Erfahrung kommen würden, daß wider Unſer Wiſſen und Willen in Unſern Landen dergleichen Conventicula angeſtellet, ſo ſoll es an gebürender Animadverſion und Beſtraffung nicht ermangeln“. (Mylius Th. 6. Abth. 1. S 426 flg.).

4) In einem Reſcripte vom 24. Octob. 1685 (Mylius Th. 1. S. 409.) wird das Kammergericht angewieſen, „nach Schärfe derer desfalls

ten die Zahl der Katholiken zu, vorzüglich durch die vielen unter Friedrich Wilhelm's I. Regierung in der Fremde angeworbenen Soldaten, welche ſich ſpäter im Lande anſiedelten. In Berlin beſtand ſchon zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts unter der Leitung eines Ordensgeiſtlichen eine ziemlich zahlreiche katholiſche
1723 Gemeinde [5]); bei Gründung der Gewehrfabriken in Potsdam
u. 24 und Spandau wurden auf königliche Koſten katholiſche Bethäuſer erbaut und fundirt [6]); auch in Stendal und Frankfurt a. O. bildeten ſich allmählich wieder katholiſche Gemeinden. Alle dieſe Kirchen waren aber bloß Miſſions-Gemeinden und genoſſen nur eines Privat-Religionsexercitii; die Vollziehung von Pfarrhandlungen blieb den katholiſchen Geiſtlichen unterſagt, ſelbſt der Uebertritt zur katholiſchen Kirche verboten [7]); noch weniger wurde den auswärtigen katholiſchen Kirchenobern irgend eine Juriſdictionsgewalt zugeſtanden [8]). Erſt als König Friedrich II. im J. 1746 in Berlin den Katholiken öffentlichen Gottesdienſt und den Bau der St. Hedwigskirche geſtattete [9]), und gegen Ende ſei-

hiebevor publicirten Conſtitutionen“ gegen die Papiſten zu verfahren; ſchon 1678 hatte das Conſiſtorium Auftrag erhalten, dem Gerücht nachzuforſchen, daß in der Reſidenz katholiſche Prieſter heimlich Meſſe leſen ſollten.

5) Nach Nicolai's Beſchreibung von Berlin und Potsdam. Berl. 1786. Th. 1. S. 196. hatte dieſe Gemeinde ſeit dem J. 1720 in einem Privathauſe am Dönhofsplatz ihren eigenen Gottesdienſt.

6) Nicolai a. a. O. Th. 3. S. 1169. und Dilſchmann's Geſch. u. Beſchr. der Stadt Spandau, in den hiſtor. polit. geogr. Beiträgen die Kön. Preuß. Staaten betr. Th. 3. S. 352.

7) Den katholiſchen Predigern zu Berlin verbietet noch ein Reſcr. vom 16. April 1751. (Nov. Corp. Const. March. Th. 1. S. 67.) alle und jede actus parochiales, außer auf vorher nachgeſuchte Erlaubniß bei vornehmen Perſonen. S. auch unten B. II. Kap. 1. §. 1.

8) So wird u. a. in einem Reſcr. vom 20. Auguſt 1728 (Mylius Th. 1. S. 555.) der katholiſche Geiſtliche zu Berlin, der Dominikaner Pater Torck bedeutet, daß der Provincial, welcher dort eine Viſitation vornehmen wolle, „keinerlei geiſtliche Jurisdiction, Viſitation oder Mutation ſich anmaßen dürfe“.

9) Das Patent vom 22. Novbr. 1746 (Mylius Cont. 4. S. 311.) ertheilte die ausdrückliche Zuſicherung, daß dieſe neue, übrigens erſt 1773 vollendete Kirche nie zu anderem Gebrauche als „zum öffentlichen Gottesdienſte der Röm.-Cathol. Religion“ verwendet werden ſollte. Bei Erneuerung des Schutzbriefes unterm 10. Juni 1766 wurde auch

ner Regierung dieſe Kirche unter Aufhebung des bisherigen Pfarr- 1779
zwanges zur Parochialkirche erhoben hatte [10]), ſind allmählich auch in den andern Orten den Katholiken Parochialrechte zu Theil geworden [11]); eine Vermehrung der katholiſchen Gemeinden hat aber nicht ſtattgefunden, obwohl an mehreren Orten von Zeit zu Zeit durch die Berliner Geiſtlichen katholiſcher Gottesdienſt gehalten, und zu dieſem Behufe ſelbſt der Gebrauch der evangeliſchen Kirchen geſtattet wurde [12]). Seit dieſer Zeit übte auch, wie es ſcheint, der Probſt zu Berlin unter der oberen, officiell jedoch nicht anerkannten Leitung des apoſtoliſchen Vicars der nordiſchen Miſſion eine kirchliche Aufſicht über die katholiſchen Pfarreien der Mark [13]); nur Stendal, von alter Zeit zur Diöceſe Halberſtadt

---

Taufe, Trauung und Begräbniß frei gegeben. S. Preuß Friedrich der Gr. Th. 3. S. 214.

10) Das Circulare v. 18. Juli 1779: „Es iſt von Unſrer höchſten Perſon beſchloſſen worden, daß die kathol. Gemeinde der St. Hedwigskirche von nun an und zu allen künftigen Zeiten von allem Parochialzwange der Geiſtlichkeit anderer Glaubensgenoſſen befreit bleiben, und ohne Rückſicht ihrer zu proteſt. Kirchenſprengeln gehörigen Wohnungen eine eigne Parochie ausmachen ſolle“, iſt ohne Zweifel durch die damals in Weſtpreußen und Schleſien zu Gunſten der Evang. erfolgte Aufhebung des Pfarrzwanges veranlaßt worden.

11) Gleiche Gerechtſame wie in Berlin erhielt im J. 1784 die katholiſche Gemeinde zu Potsdam (Preuß a. a. O. S. 215.), eben ſo ward im J. 1776 in Frankfurt den Katholiken die Errichtung eines Oratorii geſtattet, und zu derſelben Zeit in Stendal der Gebrauch der Kirche des St. Annenkloſters, jedoch ohne Glockengeläute, und „unter ausdrücklicher Ausſchließung alles itzt und künftig anmaßlichen Eigenthums an der Kirche“ bewilligt. Vgl. Berliner Monatsſchrift Jahrg. 1788. S. 180 u. 549. — Die Notiz in Caſp. Abel's Stifts-, Stadt- und Land-Chronik des Fürſtenth. Halberſtadt Kap. 3. §. 5. S. 75., welcher die dortigen Klöſter St. Anna und St. Catharina als noch katholiſch aufführt, iſt übrigens falſch; beide waren nur der Einziehung, nicht der Reformation entgangen. Vgl. S. L(enz) Anweiſung zu einer Chronik von Stendal ad A. 1540 S. 46. und Büſching's Erdbeſchreibung Th. 8. S. 286.

12) So im J. 1781 in Ruppin, ſpäter in Bernau, Treuenbrietzen, Neuſtadt, Brandenburg u. ſ. w. S. Berliner Monatsſchrift a. a. O. S. 546 flg.

13) Schon ein Reſcr. v. 8. Novbr. 1757 (Nov. Corp. Const. March. Th. 2. S. 271.) befiehlt dem katholiſchen Pater Jennes zu Berlin, auch in den katholiſchen Gemeinden von Potsdam, Spandau und Stettin ein Dankgebet für den Sieg von Roßbach anſtellen zu laſſen.

gehörig, ſtand bis auf die neueſte Zeit unter dem Abte des Kloſters Huysburg [14]).

Den Ständen und Unterthanen Pommerns hatte, den älteren Landtagsabſchieden [15]) gemäß, der Weſtfäliſche Friede ausdrücklich die freie Uebung der unveränderten Augsburgiſchen Confeſſion zugeſichert [16]). So blieb auch hier, zumal im Stettiner Grenzrezeſſe von Schweden und Brandenburg auch der Fortbeſtand des Camminer Domkapitels und des ſ. g. Unterkapitels in Colberg verabredet worden war [17]), die Theilung des Landes ohne allen Einfluß auf den kirchlichen Zuſtand [18]). Nur in den ehemals Polniſchen Landestheilen genoſſen die Katholiken öffentliche Religionsübung. In Lauenburg und Bütow hatte gleich nach dem Rückfalle an Polen der Biſchof von Cujavien die Pfarreien wieder mit katholiſchen Prieſtern beſetzt, und obwohl der bei weitem größere Theil der Unterthanen der evangeliſchen Lehre treu blieb, im Bütowſchen ſogar nur Ein Dorf katholiſche Einwohner hatte, ſicher=

---

14) Statiſt. Ueberſicht des Reg. Bezirks Magdeburg v. J. 1820. S. 300.

15) „Wir wollen", heißt es im Landt. Abſch. Bogislaw's XIV. v. J. 1603, „die reine, wahre und alleinige, dann ferner ſeligmachende Religion, inmaßen dieſelbe in prophetiſchen und andern Schriften nach Augsb. Confeſſion begriffen, auch in dieſen und andern lutheriſchen Schriften und Schulen gelehrt und getrieben, mit chriſtlichem Eifer halten, und darwider keine corrupte ſektiriſche Irrthümer oder falſche verführeriſche Meinung einſchleichen und einreißen laſſen" (Dähnert a. a. O. B. 2. S. 554.). — Ein eigentliches Verbot der kathol. Religion iſt m. W. nie erfolgt.

16) Instr. Pac. Osnabr. Art. 11. §. 12.

17) Stettiner Grenzrezeß Art. 25. (u. a auch in Rangonis Pom. dipl. S. 131.). Mit Ausnahme des Wahlrechts blieben dem Kapitel alle Ehren= und ſonſtigen Rechte; nur wurden die Stiftsgebiete auf dem Landtage von 1654 (ebend. S. 137.) dem Lande völlig incorporirt, und zugleich durch den Grenzrezeß beſtimmt, ut iurisdictio ecclesiastica una cum coeteris iuribus episcopalibus, sicuti ex transactione Passaviensi et pace religiosa excluso capitulo ad solos principes devoluta est, ita inposterum quoque ad S. R. Mai. et Ser. Elect. solos ex aequo pertineat, . . . per utriusque partis consistoria, etiam in capituli bonis exercenda et administranda.

18) Im Schwediſchen Antheil wurde die ältere Kirchenordnung zwar von neuem approbirt und gedruckt, im übrigen aber unverändert beibehalten; vgl. Moser C. I. E. E. Vorr. §. 37. Eben ſo beſtätigte u. a. der Landtagsabſchied von 1654 ausdrücklich den Fortbeſtand der adligen Jungfraunklöſter. Vgl. Rangonis Pom. dipl. S. 187.

ſicherte doch der Wehlauer Friede den Katholiken alle Kirchen, ſelbſt die bis dahin noch evangeliſch gebliebene Lauenburger Kirche St. Jacob, auch ihren Geiſtlichen, von denen der Probſt zu Lauenburg aus der ganzen Herrſchaft das Meßkorn und die ſ. g. Calende bezog, alle Parochialrechte, und dem Biſchofe die volle Diöceſangewalt zu [19]). Eben ſo blieben in der Staroſtei **Draheim**, welche dem Kurfürſten Friedrich Wilhelm im Wehlauer Vertrag pfandweiſe übergeben wurde und bis zum J. 1625 ganz evangeliſch geweſen war, dem katholiſchen Probſte von Tempelburg ausſchließlich die Pfarrgerechtſame; ein evangeliſcher Gottesdienſt wurde zwar durch die evangeliſchen Schullehrer gehalten, doch durften die Sacramente von den lutheriſchen Geiſtlichen der Nachbarſchaft nur privatim geſpendet werden, bis im J. 1768, nachdem ſchon früher der Probſt auf ſeine Parochialrechte außer über die kleine, nicht viel über 100 Seelen betragende Zahl der Katholiken hatte verzichten müſſen, der Parochialzwang gänzlich aufgehoben wurde [20]). Sonſt dagegen war nirgends im Lande den Katholiken eigentliche Religionsübung geſtattet, in Schwediſch-Pommern nicht einmal die ſ. g. devotio domestica qualificata unter Mitwirkung auswärtiger Geiſtlichen erlaubt [21]). Erſt zu Anfang des

---

19) Die Clauſel des Wehlauer Vertrages (u. a. bei **Lünig** P. spec. Cont. II. S. 112.) lautet dahin: Religionis catholicae exercitium in praefecturis L. et B., prout ad hunc usque diem fuit, liberum erit. Iurisdictio Episcopi Wladislaviensis in templa catholica sacerdotesque integra maneat; proventus, scil. decimae, census et si qui sunt alii, parochis et ecclesiis suis extradentur et renuentes ad extradendum a praefectis cogentur. Causae tam nobilium quam plebeiorum matrimoniales ad forum ecclesiasticum pertinebunt. Iura patronatus Regia reservantur Eius Serenitati Electorali et nobilibus, si quae habent . . ., ita tamen quod . . . ad ecclesias parochiales catholicas praesentabit Eius Seren. Elect. sacerdotes catholicos ad commendationem Episcoporum Wladislaviensium, ab iisdem Episcopis instituendos ita, ne ecclesia duorum mensium spatio vacare possit.

20) **Brüggemann** a. a. O. Th. 3. S. 694 flg. — Die Fortdauer der katholiſchen Probſtei war im Wehlauer Frieden beſonders feſtgeſetzt und ſogar dem Könige von Polen das Präſentationsrecht, dem Kurfürſten nur das Recht nachträglicher Confirmation vorbehalten.

21) Dies erklärt ausdrücklich eine Schw. Pom. Regier. Reſol. vom 25. Novbr. 1743 auf ein Geſuch des Grafen von Küſſow, ſich in weltlicher Kleidung einen katholiſchen Hausgeiſtlichen halten zu dürfen. S. **Dähnert** a. a. O. Suppl. Bd. 2. S. 38.

vorigen Jahrhunderts bildete ſich zu Stettin, vorzüglich aus dem dortigen Militär, eine katholiſche Miſſionsgemeinde, welche von zwei Dominikanern verwaltet ſeit dem J. 1737 auf dem Schloſſe ihren Gottesdienſt hatte, ſpäter eine eigne Kirche und Parochialrechte erwarb, und deren Prediger, ähnlich wie in der Mark, ſpäter auch in anderen Städten katholiſchen Gottesdienſt hielten [22]. Eben ſo entſtand ſeit dem J. 1775 mit Genehmigung der Landesregierung und des Rathes in Stralſund eine katholiſche Gemeinde, welche zehn Jahre ſpäter ihr eignes Bethaus und beſondern Begräbnißplatz erhielt. Doch blieb ſie dem Pfarrzwange der evangeliſchen Geiſtlichkeit unterworfen, und obwohl der geiſtlichen Aufſicht des apoſtoliſchen Vicars der Nordiſchen Miſſion untergeben, mußten die Katholiken wie in allen bürgerlichen Angelegenheiten, ſo auch in Eheſachen und Rechtsſtreitigkeiten der Geiſtlichkeit die Jurisdiction des Magiſtrats, in allen geiſtlichen Angelegenheiten die der Landesregierung anerkennen, von welcher auch die Beſtätigung der Geiſtlichen ausging [23].

In nicht unbedeutendem Umfange beſtand die katholiſche Religionsübung im Fürſtenthum Halberſtadt fort. Ausdrücklich hatte hier der Weſtfäliſche Friede den Vergleich Erzherzogs Leopold Wilhelm mit dem Domkapitel als Norm für den kirchlichen Zuſtand, insbeſondere hinſichtlich der Religionsübung und des Beſitzes der Kirchengüter anerkannt, und nur das Wahlrecht wie jede Theilnahme am Stiftsregimente dem Kapitel abgeſprochen, zugleich dem Kurfürſten von den im Beſitze der Evangeliſchen befindlichen Canonicaten die Einziehung des vierten Theils zugeſtanden [24].

---

22) Brüggemann a. a. O. Th. 1. S. 112 flg. u. Berliner Monatsſchrift a. a. O. S. 547.

23) Ueber die Entſtehung dieſer Gemeinde vgl. Biederſtedt a. a. O. S. 191 flg. u. Gadebuſch Schwed. Pomm. Staatskunde. Greifsw. 1788. Th. 2. S. 230 flg. Die bezüglichen Regierungsdecrete und Verträge mit dem Stralſunder Rathe ſ. bei Dähnert a. a. O. S. 50. u. 885 flg. — Nicht bloß in dem Collationspatent des Hildesheimer Biſchofs vom J. 1781 (ſ. Gadebuſch a. a. O. S. 235.), ſondern auch in dem Confirmationsdecrete der Regierung wird übrigens der dortige katholiſche Geiſtliche pastor genannt.

24) Instr. Pac. Osn. Art. 11. §. 1. Religionem et bona ecclesiastica in eo statu relinquat (Elector), quemadmodum per D. Archiducem

Vergeblich bemühte ſich auch das Kapitel, wahrſcheinlich geſtützt darauf, daß es nur von der Regierung des Bisthums ausgeſchloſſen ſei, um die Behauptung der bisherigen Theilnahme an der Landesregierung [25]) und ſeines althergebrachten Rechts, auf den Landtagen eine beſondere Curie zu bilden [26]). Der Kurfürſt behielt ſich alles vor, „was die vorigen Biſchöffe entweder **iure episcopali** oder **principum** an ſolchen **iuribus** oder **exercitio** derſelben gehabt haben, inſonderheit die **iurisdictionem episcopalem**, das **ius primariarum precum**, die **iura nominandi ... conferendi in mensibus ordinariis ...**, die **iura confirmandi** nebſt den **iuribus patronatus ... cum omnibus inde dependentibus**“ [27]), und geſtand den Katholiſchen nur zu, daß er „bei denſelben die ihm zuſtehende **iura consistorialia**, und was zumahl ihre Religion und Glaubensbekenntnüſſe, wie auch die **Ordinationes** und **Introductiones**, **Examinationes** und **Visitationes** anreichet, jederzeit durch catholiſche **Subiecta** exerciren“, und ſie deshalb nicht vor das Conſiſtorium, welchem, unter Beſtätigung der von Ständen, Städten und Privaten hergebrachten Rechte, die geſammten evangeliſchen Kirchenangelegenheiten überwieſen wurden, ziehen laſſen wolle [28]). Selbſt bei der Anerkennung des Leopoldiniſchen Vergleichs blieb es nicht, vielmehr beſtätigte der Homagialrezeß nur, der allgemeinen Norm des Weſt-

---

Leopoldum Guilielmum inita cum capitulo cathedrali pactione ordinata fuerant, ita tamen, ut nihilominus episcopatus D. Electori ... haereditarius maneat, atque capitulum nullum ius in eligendo et postulando, vel etiam regimine episcopatus et iis quae eo pertinent reliquum sit: sed D. Elector etc. ... ea potestate in hoc episcopatu utatur, qua reliqui principes Imperii in suis territoriis utuntur, liceatque quartam partem canonicatuum excepta praepositura .., decedentibus ... possessoribus A. C. addictis, extinguere eorumque reditus mensae episcopali incorporare etc.

25) Zur biſchöflichen Zeit wurden alle Mitglieder der Canzlei oder Regierung von dem Biſchofe und dem Kapitel als Mitregenten beſtellt. Lucanus Beiträge zur Geſch. d. Fürſtenth. Halberſtadt, H. 2. S. 3 flg.

26) Halberſt. Homagialrezeß vom 22. April 1650 Art. 9. (Lünig R. Arch. P. spec. Th. 3. S. 127 flg.).

27) Ebendaſ. Art. 8. zu E.

28) Ebendaſ. Art. 5.

fäliſchen Friedens gemäß, den Religionszuſtand des J. 1624 [29]). In Folge deſſen behielten übrigens die Katholiſchen vier Dompräbenden und zwei Canonicate im Collegiatſtifte St. Petri und Pauli [30]); eben ſo blieben ihnen zahlreiche Klöſter [31]), in denen öffentlicher Gottesdienſt gehalten wurde und welchen theilweiſe auch Parochialrechte zuſtanden; ſo in und vor **Halberſtadt** ſelbſt das Dominikaner-Mannskloſter St. Catharinä (geſtiftet 1224), das Franziskanerkloſter St. Andreä (geſt. 1289), das Kloſter St. Johannes mit regulirten Chorherren Auguſtiner-Ordens, das Prämonſtratenſer Nonnenkloſter St. Thomä (geſt. 1186), das Dominikaner-Nonnenkloſter St. Nicolai (geſt. 1289) und das Bernhardiner-Nonnenkloſter St. Burchardi, außerdem das Kloſter **Huysburg** mit regulirten Chorherren Benedictiner-Ordens (geſt. 1084), deſſen Abt unter dem Vicare der Nordiſchen Miſ-

---

29) Ebendaſ. Art. 1. „Vors erſte . . . wollen Wir, daß ein Thumb-Capitel die Collegiat-Kirchen, Clöſter und Stifftungen, Cleriſey, Prälaten, Capitularen, Conventualen, utriusque sexus Electen und Vicarien, die Ritterſchaft, Städte, Flecken, Dörffer und ſämbtliche Stände und Unterthanen bey ihren wolhergebrachten und rechtlich erſeſſenen privilegiis, statutis iuratis, Jurisdictionen, Rechten, Gewohnheiten und Gerechtigkeiten . . . und inſonderheit bey dem Exercitio der Cathol. Religion und Evang. Augsb. Confeſſion, wie dieſelben in **Anno** 1624 in dieſem Fürſtenthum in Uebung geweſen, nebſt allen darzu gehörigen Mitteln Intraden und Aufkünfften der Thum- u. andern Kirchen gelaſſen . . . werden ſolle". Auch im Art. 2. wird hinſichtlich der Beſetzung der Domcanonicate insbeſondere auf das J. 1624 verwieſen. — Wie es ſcheint, gründete ſich die Rücknahme jener Clauſel darauf, daß in der zwiſchen Brandenburg und dem Kaiſer über die Pommerſche Entſchädigung am 19. Febr. 1747 geſchloſſenen Convention, in welcher nothgedrungen ſich der Kurfürſt zu jenem Zugeſtändniſſe verſtand (v. **Meiern** l. c. T. IV. p. 328.), zugleich der Vorbehalt gemacht wurde: „sed in his episcopatibus maneat Aug. Conf. exercitium, **quale nunc ibi viget**, nec minus locum habeant ea, **quae in puncto gravaminum inter utriusque religionis Status et Ordines Imperii transigentur et convenientur** etc.

30) **Abel's** Stiftschronik von Halberſtadt S. 63 flg.

31) Vgl. **Büſching's** Erdbeſchreibung Th. 9. S. 360. 362. 363. 371. 374. 377. **Lucanus** Beiträge zur Geſch. des Fürſtenth. Halberſtadt H. 1. S. 48 flg. S. auch **Carl van Eß** kurze Geſch. der ehem. Bened.-Abtei Huysburg. Halberſt. 1810, **Kunze** Geſch. des Auguſt.-Kl. Hammersleben. Quedlinb. 1835 und deſſen Geſch. des Kl. Adersleben.

ſion die Aufſicht über alle Landesklöſter führte, das Kloſter Hammersleben bei Oſchersleben vom Orden der Auguſtiner-Chorherren (geſt. 1112), das Benedictiner-Nonnenkloſter Hadmers- oder Haimersleben (angeblich 961 gegründet), die beiden Ciſtercienſer-Nonnenklöſter Adersleben bei Wegeleben (geſt. 1282) und Hedersleben bei Gattersleben (geſt. 1253), ſo wie das Auguſtiner-Nonnenkloſter Marienbeck zu Badersleben (geſt. 1479). Zu Ende des ſiebzehnten Jahrhunderts iſt ſogar das ehemalige Barfüßer Kloſter zu Aſchersleben, welches die Mönche erſt 1631 verlaſſen hatten, den Katholiken als Simultan-Kirche wieder eingeräumt worden[32]). Die frühere Kirchenverfaſſung aber verſchwand gänzlich, bis auf die Landſtandſchaft des Domkapitels, des Kloſters Huysburg und einiger anderer Stifter[33]).

Länger erhielten ſich Ueberreſte der älteren Kircheneinrichtungen im Herzogthume Magdeburg, das noch über 30 Jahre als evangeliſches Erzſtift fortbeſtand. Dem Domkapitel blieb hier als Landſtand und geiſtlichem Rathe des Adminiſtrators eine Theilnahme am Regimente, namentlich an den kirchlichen Viſitationen; die Officialate, noch beſtätigt in der neuen Kirchenordnung, welche Herzog Auguſt bald nach geſchloſſenem Frieden im J. 1653 erließ, übten in alter Weiſe nach wie vor die kirchliche Gerichtbarkeit[34]). Schon bei der Eventualhuldigung hatte jedoch Kurfürſt Friedrich Wilhelm, weil ihm Magdeburg mit gleichen Rechten wie Halberſtadt im Osnabrücker Frieden überwieſen ſei[35]), den aus den alten Capitulationen und Landesrezeſſen entnommenen Revers,

32) Abel a. a. O. S. 63 flg. — Von Hammersleben aus wurde dieſe Miſſionskirche beſetzt und verwaltet. Kunze a. a. O. S. 79.

33) Büſching a. a. O. S. 354.

34) Nach der Magdeb. Kirchenordn. vom J. 1652. K. 28. §. 3. ſollten die Generalviſitationen „dem Herbringen nach“ von einem Mitgliede des Domkapitels, einem Regierungsrath, einem Prälaten, einem aus der Ritterſchaft und dem Domprediger bewirkt werden. Ueber die Gerichtsbarkeit der „Officialeien zu Magdeburg und Halle“ vgl. Kirchenordnung Kap. 10. §. 29., Magdeb. Viſit. Decret in I. I. Moser. C. I. Evang. eccl. Th. 1. S. 715. u. Magdeb. Eheordn. v. 1662 im Eing. (ebend. S. 790.).

35) Instr. Pac. Osnabr. Art. 11. §. 6.

welcher auch die bisherige Mitregierung des Kapitels geſichert hätte [36]), zu beſtätigen ſich geweigert, und nur die allgemeine Zuſicherung [37]) ertheilt, „Prälaten, Ritterſchaft und Städte nach Inhalte des **Instrumenti Pacis** ... bey der rechten wahren Augsb. Confeſſion, wie dieſelbe **Anno** 1530 ... übergeben und biß daher ſonderlich in **Anno** 1624 den 1. Januarii in dem Ertzſtifft in Uebung geweſen", laſſen und ſchützen, auch „bey ihren zuſtehenden Rechten, Gerechtigkeiten und wohlhergebrachten Privilegien, dero Handveſten, Briefen, Verträgen ... ſo weit dieſelbe dem **Instrumento Pacis** nicht contrariiren, ungekränket verbleiben laſſen zu wollen". So wurde denn auch, als im J. 1680 der Kurfürſt von dem erledigten Lande Beſitz nahm, durch die revidirte Kirchenordnung von 1685, unter Beſeitigung jeder Theilnahme des Domkapitels, das Kirchenweſen ganz ſo, wie in den übrigen evangeliſchen Territorien geordnet und deſſen Leitung ausſchließlich dem Conſiſtorio überwieſen [38]). Den Katholiken blieb dem Beſitzſtande vom J. 1624 gemäß nur der Beſitz des Benedictiner-Mannskloſters zu Groß-Ammensleben (geſtiftet 1120) und der vier Ciſtercienſer-Nonnenklöſter zu Althaldensleben (geſt. 965), St. Agnes zu Magdeburg-Neuſtadt (geſt. 1230), Mariäſtuhl bei Egeln (geſt. 1262) und zu Maien-

---

36) Mitgetheilt bei Dreyhaupt a. a. O. Th. 1. S. 460 flg. — Darin wird u. a. im Art. 2. erwähnt, daß alle, auch die von der Landesherrſchaft präſentirten Geiſtlichen in praesentia Archidiaconorum examinirt und von dieſen introducirt werden müßten, „weil im Ertzſtifft kein Conſiſtorium hergebracht", im Art. 16., daß ohne Zuſtimmung des Kapitels keine Veräußerungen oder Verpfändungen von Aemtern und Kloſtergütern geſchehen dürfte, im Art. 20., daß die Landtage nur mit Vorwiſſen des Kapitels ausgeſchrieben würden, im Art. 31., daß der Landesregierung zwei vom Kapitel als Hofräthe beigeordnet werden ſollten.

37) Huldigungsrevers vom 4. April 1650 bei Dreyhaupt a. a. O. S. 475.

38) Hauſen's Geſch. d. Herzogth. Magdeburg S. 180. — In der Kirchenordnung von 1685. Kap. 28. §. 4. (Mylius C. C. Magd. T. I. p. 80.) wird zwar noch das Recht des Kapitels zur Beiwohnung bei den Generalviſitationen beſtätigt, indeß offenbar nur in Folge der landſtandſchaftlichen Vorrechte des Kapitels, und das eigentliche Viſitationsrecht gebührte dem Conſiſtorio.

dorf bei Seehauſen (geſt. 1265) [39]. Kein einziges aber derſelben hatte öffentliche Religionsübung oder gar Parochialrechte, die Nonnenklöſter mußten auch nicht bloß ein landesherrliches Confirmationsrecht bei der Wahl ihrer Aebtiſſinnen anerkennen, ſondern waren ſogar unter die Aufſicht evangeliſcher Pröbſte geſtellt [40]. Erſt unter der Regierung Königs Friedrich Wilhelm I. wurde an mehreren Orten [ſo in Burg, zu Magdeburg, hier anfangs auf der Citadelle, ſpäter in der Marienkirche [41], und in Halle, wo im J. 1723 die Errichtung einer von zwei Halberſtädter Franziskanern beſorgten Kapelle geſtattet wurde [42]] ein katholiſcher Gottesdienſt eingerichtet, in neuerer Zeit auch in den Klöſtern öffentlicher Gottesdienſt geſtattet, und dadurch zu den jetzigen katholiſchen Pfarrgemeinden des Herzogthums Magdeburg der Grund gelegt.

---

39) Ueber dieſe Klöſter vgl. Büſching a. a. O. Th. 9. S. 27—29. u. 31. und Beſchreibung des Reg.-Bez. Magd. S. 135. 139. 140. 152. 164.

40) In dem Magdeb. Viſitationsdecrete v. 1656 (Moſer a. a. O. S. 731. 732.) heißt es: „Auf den Röm.-Cath. Klöſtern mögen zwar ihre divina angeſtellet, aber keine Meſſe öffentlich darin gehalten werden, zumaln es Anno 1624 nicht bräuchlich geweſen noch verſtattet worden“, und nachher: „Es ſollen aber ſolche Pröbſte (in den Jungferklöſtern), ob ſie gleich in einem Röm. Cathol. Kloſter wären, Unſerer Religion zugethan ſeyn, weiln Anno 1624 es alſo hergebracht und kein der Cathol. Religion zugethaner Probſt und Haußhalter ſich daſelbſt befunden hat“. Ueber das landesherrliche Confirmationsrecht ſ. Reſcr. v. 25. Febr. 1688 in Mylius C. C. Magdeb. T. 1. p. 95. — Ausdrücklich wird auch den katholiſchen Mitgliedern der Klöſter der freie Austritt behufs der Verheirathung vorbehalten.

41) Büſching a. a. O. Th. 9. S. 18.

42) Dreyhaupt a. a. O. S. 1103 flg. Noch im J. 1716 war hier eine von einem Jeſuiten, dem Hofmeiſter eines Studenten, eingerichtete Privatcapelle auf höheren Befehl geſchloſſen worden.

Zweites Kapitel.

Oſtpreußen.

§. 1.

Gründung und Diöceſanumgrenzung der Polniſchen Biſthümer.

Unter den zahlreichen Slaviſchen Völkerſchaften, welche im ſechſten Jahrhundert von Oſten her bis zur Elbe und Saale vorgedrungen waren, hatte ſeit dem neunten Jahrhundert der Stamm der Polen an den Ufern der mittleren Weichſel das entſchiedenſte Uebergewicht gewonnen. Siegreich behauptete das Volk der Preußen, auf dem rechten Ufer jenes Stromes von der Drewenz abwärts bis zum Meere, ſeine Unabhängigkeit gegen das Piaſtiſche Fürſtengeſchlecht; gleich erfolglos blieben Jahrhunderte lang die Verſuche über das Litthauiſche Land eine Oberherrſchaft zu erſtreiten. Glücklicher waren die Bemühungen der Polniſchen Fürſten, die übrigen benachbarten Völker ihrer Hoheit zu unterwerfen. Im Nordoſten ward das Reich der Pommern den Polen zinspflichtig, gegen Süden deren Herrſchaft über das Land der Chrobaten erweitert, im Weſten ganz Schleſien mit dem Polniſchen Reiche vereinigt. An der Kriegsluſt und Kriegsmacht der Polen fanden zugleich die Slaviſchen Stämme zwiſchen Elbe und Oder ſtets bereite Hülfe, wenn auch nicht dauernden Schutz gegen die Eroberungsverſuche der Deutſchen Kaiſer, deren Zinshoheit ſich die Polniſchen Fürſten ſelbſt eben ſo leicht unterwarfen, als wieder entzogen. In Mitten dieſes erſt um die Herrſchaft, bald um Unabhängigkeit und Nationalität geführten Kampfes, drang allmählich das Chriſtenthum in das weite Gebiet zwiſchen Oder und Weichſel [1]).

1) Die Hauptſchrift über Einführung des Chriſtenthums in Polen und die Geſchichte der einzelnen Polniſchen Biſthümer iſt v. Frieſe's Kirchengeſch. des Königr. Polen 2. Th. Bresl. 1786. Der Güte des Hrn. Dr. Röpell hierſelbſt, welcher mit einer umfaſſenden Geſchichte Polens beſchäftigt iſt, verdanke ich die Mittheilung ſeiner hauptſächlich auf die Polniſchen Schriftſteller und einheimiſche Urkunden geſtützten

Durch die Bemühungen der beiden Griechiſchen Mönche **Cyrillus** und **Methodius** war ſeit dem J. 863 in Mähren die chriſtliche Lehre eingeführt worden. Dem Primate des Römiſchen Stuhls unterworfen, blieben gleichwohl die Mähriſchen Gemeinden eben ſo durch Beibehaltung Griechiſcher Riten und Gebrauch der Slaviſchen Sprache beim Gottesdienſte von der übrigen Abendländiſchen Kirche geſchieden, als durch ihre Unabhängigkeit von den Prälaten Deutſchlands, unter denen erſt der Erzbiſchof von Salzburg, ſeit dem Ende des zehnten Jahrhunderts der Biſchof von Paſſau ſich vergeblich bemühte, in dieſen Gegenden Metropolitanrechte zu gewinnen [2]. Nach und nach verbreitete ſich von Mähren aus das Chriſtenthum weſtlich über Böhmen, nordöſtlich nach Schleſien und Polen, und mögen hie und da ſchon damals zu einzelnen chriſtlichen Gemeinden die erſten ſchwachen Keime gelegt worden ſein. Ueber ein Jahrhundert aber währte es, ehe dem Glaubenseifer neubekehrter einheimiſcher Fürſten, unterſtützt von den Deutſchen Kaiſern Sächſiſchen Stammes, die feſte Begründung der chriſtlichen Lehre durch eigne Landesbiſthümer gelang.

Für **Böhmen** wurde auf Betrieb Herzogs **Boleslaw**
von Kaiſer **Otto I.**, gleichzeitig mit der Stiftung Magdeburgs, 968
Prag zum Biſchofsſitze erhoben, und der Mainzer Provinz zugewieſen, auch von Pabſt **Johann XIII.**, welcher die Einführung der Römiſchen Liturgie und die Abſchaffung der Slaviſchen Sprache zwar zur Bedingung machte, aber nicht vollſtändig durchzuſetzen vermochte [3]), dieſe Stiftung beſtätigt. Faſt ein Jahr-

---

Unterſuchungen über jenen Gegenſtand, welche, ſo weit nicht anderweit Belege beigebracht ſind, der im Text gegebenen Darſtellung zu Grunde liegen, und auf welche unter öffentlicher Bezeigung verbindlichſten Dankes im voraus zu verweiſen mir geſtattet ſei.

2) Vgl. **Gieſeler's** Lehrb. der K. Geſch. Bd. II. Abth. 1. S. 276—83.

3) Ueber dieſe Fortdauer des Slavoniſchen Ritus vgl. v. **Frieſe** Th. 1. S. 107. 111. 249. und **Gieſeler** a. a. O. S. 284., wo auch der Brief Johanns XIII. an Herzog Boleslaw mitgetheilt iſt, welcher die Annahme der Römiſchen Gebräuche zur Bedingung macht. Am längſten erhielt ſich in den Slaviſchen Biſthümern der Griechiſche Ritus in Betreff der Faſtenzeit, für welche erſt Innocenz IV. im J. 1248 die Abendländiſche Berechnung einführte. Vgl. v. **Frieſe** a. a. O. S. 63. und **Nic. Henelii ab Hennenfeld** Silesiographia renovata. Bresl. 1704. T. II. cap. 8. §. 32.

um hundert erſtreckte ſich die Diöceſe des neuen Bisthums, nachdem
982 wenige Jahre darauf das Mähriſche Bisthum damit vereinigt
worden, über Böhmen, Mähren, einen großen Theil von Ober-
ſchleſien und die ſüdweſtlichen Diſtricte Polens bis in die Gegend
1065 von Cracau [4]. Erſt die Wiederherſtellung des Bisthums *Oll-
mütz* und die feſte Einrichtung des Schleſiſchen Kirchenweſens be-
ſchränkte die Diöceſangewalt Prags auf Böhmen und die dazu ge-
hörige Grafſchaft Glatz [5]; jedoch blieb das Bisthum mit der Deut-
ſchen Kirche noch Jahrhunderte lang in unmittelbarer Verbindung,
bis im J. 1343 Pabſt Clemens VI., unter Aufhebung der Mainzer
Metropolitangewalt, der Prager Kirche erzbiſchöfliche Rechte über
das zu Leutomiſchl neu errichtete, ſpäter nach Königinngrätz ver-
legte Bisthum und über das Ollmützer Stift verlieh [6].

966 Zwei Jahre ſchon vor der Stiftung Prags ſoll in *Polen*
nach der übereinſtimmenden Angabe der meiſten einheimiſchen Chro-
niſten Herzog Miecislaw oder Mjesco, nachdem er mit dem grö-
ßeren Theile des Adels die Taufe empfangen, die Metropolitan-
kirchen Gneſen und Cracau mit ſieben Suffraganbisthümern er-
richtet haben. Hiſtoriſch erweislich iſt aber für dieſe Zeit nur die
Gründung der *Poſener* Kirche, welche im J. 968 durch Kaiſer
Otto I. zum Bisthume erhoben und bald darauf dem neuen Erz-
ſtifte Magdeburg als Suffragankirche unterworfen wurde; ohne
Zweifel iſt auch während des ganzen zehnten Jahrhunderts Poſen
der einzige Biſchofsſitz für das geſammte Polniſche Reich geblie-

4) In einer Erneuerung der Prager Stiftungsurkunde v. J. 1088 werden die Flüſſe Styr und Bug als Oſtgrenze des Prager Sprengels genannt.

5) Nur in einem kleinen Theile der Oberlauſitz hat Prag außerhalb der Böhmiſchen Grenzen noch bis in ſpätere Zeit Diöceſanrechte behalten. S. unten B. III. Kap. 2. §. 1.

6) Vgl. v. *Frieſe* a. a. O. S. 100. 240 flg. 310 flg. und *Goldast* de regni Bohemiae iurib. et privil. Lib. V. c. 4. et 5. p. 736 — 52. und App. Docum. No. XXX., wo die Erectionsbullen Clemens VI. für das neue Erzbisthum mitgetheilt ſind. Die Metropolitanrechte über Ollmütz ſcheint Prag erſt in Folge der Huſſitiſchen Unruhen verloren zu haben, wurde dafür aber ſpäter durch das neue Suffraganbisthum zu Leutmeritz entſchädigt.

den [7]). Erſt unter **Boleslaw I.**, dem Sohne und Nachfolger Mjesco's, wurde im J. 1000 zu Ehren des H. Adalbert von Prag ein neues Bisthum in **Gneſen** von **Kaiſer Otto II.** bei ſeiner perſönlichen Anweſenheit in Polen gegründet [8]), und durch deſſen Erhebung zur Metropole des Reichs, wie durch die gleichzeitige Errichtung der Bisthümer **Cracau** und **Breslau** das Kirchenweſen Polens mehr geordnet [9]). Doch mag die Zahl der chriſtlichen Gemeinden lange Zeit gering genug geblieben ſein, namentlich in den Weichſelgegenden, wo, wie es ſcheint, erſt nach der Mitte des elften Jahrhundert durch die Stiftung des Cujaviſchen und Maſoviſchen Bisthums [10]) [letzteres zu **Plock**, jenes erſt zu **Cruswicz**, ſpäter zu **Leslau** oder Wladislaw [11])], die

---

7) v. **Frieſe** a. a. O. S. 56. 98. 116 flg. — Bei Polniſchen Chroniſten heißt der Poſener Biſchof deshalb auch geradezu Episcopus Poloniae.

8) v. **Frieſe** a. a. O. S. 188 flg.

9) Ueber die Errichtung von Cracau vgl. **Frieſe** a. a. O. S. 226 flg.; über das Breslauer Bisthum ſ. unten Buch II. Kap. 2. §. 1.

10) In dem Privilegium Innocenz II. für Erzbiſchof Norbert von Magdeburg vom J. 1133 (ſ. Note 11.) werden beide Bisthümer genannt; auch ſchreibt die Beſtätigung des Leslauſchen Bisthums durch Eugen III. v. J. 1148 (v. **Frieſe** a. a. O. S. 136) deſſen Umgrenzung dem Cardinal Aegidius zu, und von dem Erzbiſchof Jacob von Gneſen findet ſich die Nachricht (**Frieſe** a. a. O. S. 159.), daß er im J. 1129 einen Biſchof v. Plock conſecrirt habe. Aeltere urkundliche oder doch ſichere Zeugniſſe für die Exiſtenz beider Bisthümer ſind mir nicht bekannt; doch ſpricht nicht bloß die Angabe eines Polniſchen Chroniſten, welcher Mieciſlaw II., den Sohn Boleslaw's I., als Stifter von Leslau nennt (Mitth. des Hrn. Dr. Röpell), ſondern auch die Notiz bei Lambertus Schafnaburgensis, daß bei Boleslaw II. oder Kühnen Königskrönnng im J. 1075 fünf Biſchöfe aſſiſtirt hätten, wenn anders nicht Deutſche Prälaten darunter waren, für die im Texte aufgeſtellte Annahme, indem zu dieſer Zeit weder Lebus noch Cammin exiſtirt haben.

11) Auf Grund der Eugen'ſchen Urkunde, die aber gar nichts davon enthält, wird dieſe Verlegung gewöhnlich in das J. 1148 geſetzt, dagegen von **Nic. Zalaszowski** ius regni Poloniae. Poſen 1700. p. 598. dem Herzoge Wladislaw I. † 1102 zugeſchrieben. Wahrſcheinlicher iſt mir, daß bei der Diöceſanumgrenzung im J. 1123 der ganz an der weſtlichen Grenze belegene Bisthumsſitz, um ihn dem Dobriner Lande zu nähern, an die Weichſel verlegt wurde, und durch dieſe erſt kürzlich geſchehene Verlegung mag es veranlaßt ſein, daß in dem Privilegium Innocenz II. für Magdeburg (quorum videl. episcopatuum (suffraganeorum) nomina sunt, inter Albiam et Oderam Stetin

chriſtliche Kirche Feſtigkeit gewann. Auch fehlte es nicht bloß über ein Jahrhundert lang an beſtimmter Umgrenzung dieſer neuen Bisthümer, ſondern ſelbſt die kirchliche Oberaufſicht des Erzbiſchofs von Gneſen blieb, zum großen Nachtheil für die Kirchenzucht in dieſen neugewonnenen Gebieten, lange Zeit beſtritten [12]). Denn im Norden machten die Erzbiſchöfe von Magdeburg, ohne deren Zuſtimmung Gneſen zum Erzſtifte war erhoben worden, immer noch Anſprüche auf die Metropolitangewalt, fanden auch bei den Poſener Biſchöfen um ſo eifrigere Unterſtützung, als dieſe bisher als Vicare des Magdeburger Biſchofes das höchſte kirchliche Anſehn im Lande genoſſen hatten, und ihrer Kirche obenein durch die Errichtung des neuen Biſthums ein nicht unbedeutender Theil ihres Sprengels entzogen war [13]). Im Süden dagegen ſoll Biſchof Aaron von Cracau, derſelbe, welcher angeblich in Polen den ſ. g. Peterspfennig für den Römiſchen Stuhl eingeführt hat [14]), im J. 1046 von Pabſt Benedict IX. ein Privilegium zu erlangen gewußt haben, welches ſeiner Kirche neben der Metropolitanwürde noch den Primat über die Kirche Polens verlieh, und trotz dem, daß durch Benedicts Entſetzung dieſe Zuſicherung höherer Kirchengewalt alle Bedeutung verlor, den Nachfolgern Aaron's wenigſtens Anlaß gegeben zu haben ſcheint, längere Zeit die Gneſener Metropolitanrechte zu beſtreiten [15]). Durch ſeinen Legaten, den Cardinalbiſchof Aegidius von Tuſculum, erkannte indeſſen Pabſt Calixt II., als er die geſammte Kirchenverfaſſung Polens ordnen

---

et Lubus, ultra Oderam vero Pomerana, Poznan., Gnezen., Craco., Vuartizlau., Cruciwicz, Masonia et Lodislaensis) beide Orte als beſondere Biſchofsſitze genannt werden.

12) Im J. 1075 ſchrieb Gregor VII. dem Herzoge Boleslaw II.: „Episcopi terrae vestrae non habentes certum metropolitanae sedis locum, nec sub aliquo positi magisterio, huc et illuc pro sua quisque ordinatione vagantes, ultra regulas et decreta S. patrum liberi sunt et absoluti; deinde vero . . . adeo pauci sunt et amplae singulorum parochiae, ut in subiectis plebibus curam episcopalis officii nullatenus exequi aut rite administrare valeant (v. Frieſe a. a. O. S. 130.).

13) v. Frieſe a. a. O. S. 118. 161. — Ditmar und der Chronogr. Saxo bezweifeln daher auch, ob dieſe Erhebung zur erzbiſchöflichen Würde als legitime geſchehen zu betrachten ſei.

14) Voigt Geſchichte Preußens Th. 4. S. 344. Note 2.

15) v. Frieſe a. a. O. S. 269 flg.

ließ, im J. 1122 von neuem die ausſchließlichen Metropolitanrechte der Gneſener Kirche an [16]). Ohne alle Folge blieb auch, daß der H. Norbert im J. 1133 von ſeinem Gönner Innocenz II. eine Beſtätigung der alten Magdeburger Metropolitanrechte über alle Pommerſchen und Polniſchen Kirchen auszuwirken wußte [17]); denn nicht einmal von den Poſener Prälaten ward das Privilegium beachtet [18]). Seit dem zwölften Jahrhundert galten die Gneſener Prälaten als das Haupt der Polniſchen Kirche. Die Gründung neuer Bisthümer für die öſtlich der Weichſel belegenen Polniſchen Gebiete zu Luck, Chelm und Kaminiez [19]), ſo wie die Bekehrung Samogitiens und Litthauens, welche zu Miedniz und Wilna ihre eignen Landesbiſchöfe erhielten [20]), ſteigerte noch das Anſehn der Gneſener Metropole, und nur geringen Eintrag that ihm die Erhebung Lembergs zur Metropole Galliziens und des dort neu geſtifteten Bisthums Przemysl [21]). Vollends aber die

---

16) v. Frieſe a. a. O. S. 136 flg. 152 flg.

17) Das Original dieſer (u. a. bei Lünig Spic. eccl. Th. 1. Anh. S. 83. und in Sagittarii histor. archiep. Magd. gedruckten) Urkunde, an deren Echtheit man ſonſt bei den mancherlei Irrthümern in Aufzählung der Bisthümer (von einem Bisthum Stettin iſt nichts bekannt, Schwerin, an welches man denken könnte, erſt im J. 1170 errichtet, und eben ſo das Bisthum für Pommern zu Wollin erſt im J. 1140 gegründet) faſt zweifeln möchte, befindet ſich noch im Provinzialarchive zu Magdeburg.

18) Schon im J. 1106 hat Biſchof Laurentius von Poſen die Conſecration von dem Gneſener Erzbiſchof erhalten und dadurch deſſen Metropolitangewalt anerkannt.

19) Luck, zu deſſen Sprengel das öſtliche Maſovien und Podlachien gehörte, ward ſchon im J. 1264 geſtiftet, das Podoliſche Bisthum Kaminiez erſt im J. 1375; dem 14. Jahrh. gehört auch das für Roth-Rußland beſtimmte Chelmer Bisthum an. Vgl. überhaupt Hartknoch de republ. Polon. Lib. II. c. 3. p. 470 sq.

20) Erſt die Vereinigung Litthauens mit Polen führte zur Bekehrung dieſer Länder; das Samogitiſche Bisthum zu Miedniz oder Wornie, mit welchem ſeit dem Frieden von Oliva v. J. 1660 das Liefländiſche Bisthum vereinigt war, iſt um d. J. 1420 von Wladislaw Jagello, das Litthauiſche zu Wilna erſt im J. 1487 errichtet worden.

21) Das Bisthum Lemberg, eine Stiftung Caſimir's des Gr., vereinigte König Ludwig im J. 1375 mit dem Erzbisthume Haliscz. Ungeachtet der dadurch erworbenen Metropolitanrechte ward aber Lemberg immer noch zu den Suffragankirchen von Gneſen gezählt (Cromeri Polonia p. 178. u. Syn. prov. Gnesn. Petric. A. 1511. bei Schannat Conc. Germ. T. VI. p. 75.), und von den Urtheilen des dorti-

von den Päbſten der Gneſener Kirche verliehenen Rechte eines Primaten des Reichs [22]) und gebornen Legaten des Römiſchen Stuhls [23]) ſicherten ihren Prälaten bis auf die neuere Zeit herab unbeſtritten die oberſte Stelle in der kirchlichen Hierarchie Polens [24]).

Für die urſprünglichen Diöceſangrenzen dieſer Polniſchen Bisthümer fehlt es, da die Aegidiſche Diöceſanumſchreibung nicht erhalten iſt [25]), an jedem ſicheren Anhalte, an völliger Gewißheit ſelbſt für die kirchliche Eintheilung Polens in neuerer Zeit [26]). Doch wird ſich die Stätigkeit der kirchlichen Umgrenzung, wenn ſchon die häufigen Kriege mit den Nachbarvölkern und der dadurch herbeigeführte vielfache Wechſel der Landesgrenzen nicht ohne allen Einfluß blieben, auch hier im Ganzen bewährt haben, wie ſchon daraus abzunehmen iſt, daß die Sprengel mit dem Umfange der Palatinate und einzelnen Gebiete nirgends genau zuſammentreffen;

---

gen Biſchofs blieb eine Berufung an den Erzbiſchof von Gneſen zuläſſig (Hartknoch l. l. c. 7. p. 802.).

22) Die Primatialwürde hat Gneſen zur Zeit des Coſtnitzer Concils erhalten. Hartknoch l. l. pag. 462. u. Zalaszowski l. l. p. 545.

23) Schon Innocenz III. ſoll den Erzbiſchof Henricus Kietlicius, aber nur für ſeine Perſon, zu ſeinem Legaten ernannt haben (Nic. de Chwalkowo Chwalkowski regni Polon. ius publ. Ed. II. Regiom. 1684. Lib. I. c. 6. p. 131. u. Zalaszowski l. l.); als bleibendes Vorrecht erhielt Gneſen das ius legationis erſt durch Leo X. im J. 1515. S. Statuta Syn. prov. Gnesn. Ioannis de Lasco. Lanciciae 1523. Lib. I. tit. de off. ordin.

24) Ueber die Metropolitanrechte Gneſens in Pommern, Lebus u. Breslau ſ. Buch I. Kap. 1. §. 3. u. 7. und Buch II. Kap. 2. §. 2.

25) Sie wird nur in dem Confirmationsprivilegium Eugen's III. für Wladislav v. J. 1148 erwähnt, welches übrigens nicht einmal den Umfang dieſes Bisthums genauer angiebt.

26) Ueber den Umfang von Culm giebt erſt das Archipresbyterialregiſter in der Syn. Culm. vom J. 1641 ſichern Aufſchluß; auch für die übrigen Diöceſen finden ſich erſt aus dem ſiebzehnten Jahrhundert ſolche Verzeichniſſe. Für die neuere Zeit hat die vollſtändigſten Angaben neben Hartknoch a. a. O. Holſche's Geogr. u. Statiſt. v. Weſt-, Süd- u. Neu-Oſtpreuß. Th. 2. S. 247 flg. u. Th. 3. S. 79 flg.; doch verlieren ſie nicht bloß dadurch an Verläßlichkeit, daß die bei der letzten Theilung Polens von der Regierung beliebten Aenderungen des bisherigen Diöceſanverbandes (ſ. unten B. II. Kap. 3. zu E.) nicht beſonders bemerklich gemacht ſind, ſondern es tritt auch der Uebelſtand ein, daß die Diöceſangrenzen zwar meiſt nach Decanaten, hie und da wie z. B. bei Gneſen nur nach der Kreiseintheilung angegeben werden.

daher darf wohl die ſpätere Diöceſaneintheilung als aus früher Zeit herſtammend erachtet werden [27]).

Den Sprengel des Bisthums Poſen bildeten, ſeit das Lebuſer Land mit Brandenburg vereinigt war, die nordweſtlichen Landſchaften. Im Norden war er urſprünglich von der Netze begrenzt, von unterhalb Landsberg bis oberhalb Uscz; erſt in Folge der glücklichen Kriege mit den Pommern iſt das Land zwiſchen Küddow und Drage zu Poſen gekommen, und auch unter Brandenburgiſcher Hoheit damit vereinigt geblieben [28]). Nordweſtlich bildete die Lebuſer, ſüdweſtlich die Breslauer Diöceſe die Grenze des Poſener Sprengels, welcher von dem Dorfe Rampitz, wo die Lebuſer Grenze an die Oder ſtieß, bis aufwärts in die Gegend von Glogau theils bis an das rechte Ufer, theils wenigſtens in die Nähe dieſes Stromes reichte [29]). Von dem Einfluſſe der Bartſch in die Oder lief die Südgrenze des Stifts zwiſchen Frauſtadt, Kröben und Kozmin, die noch zu Poſen gehörten, und den Gneſener Decanatsſitzen Rawicz und Krotoszyn [30]) hindurch der Prosna zu, ohne aber dieſen Fluß zu erreichen, auf deſſen linker Seite das Decanat Pleszewo bis in die neueſte Zeit zur Gneſener Diöceſe gehörte. Längs dieſes Decanats zog dann die Poſener Oſtgrenze bis an die Warthe, überſchritt dieſen Fluß oberhalb Peiſern, und ging von hier zwiſchen Koſtrzyn und Gneſen, Rogäſen und Won-

27) Die v. Spruner'ſche Karte deutet zwar die Grenzen der Polniſchen Bisthümer an, iſt aber großentheils unrichtig.

28) S. oben Kap. 1. §. 4. Auch weſtlich der Drage ſcheint das Poſener Stift im Soldiner und Friedeberger Gebiete Diöceſanrechte angeſprochen zu haben, welche ſpäter unbeſtritten dem Bisthum Cammin angehörten.

29) Daß Schwiebus zu Poſen gehörte, erhellt aus einer in Zimmermann's Beitr. zur Beſchreib. v. Schleſien Th. 10. S. 501. mitgetheilten Urkunde des funfzehnten Jahrh.; aber auch für andere Ortſchaften des Züllichauer Kreiſes iſt ein urkundlicher Beweis zu führen. Von Trebſchen ab mag die Grenze die Oder verlaſſen haben und der Schleſiſchen Landesgrenze gefolgt ſein.

30) Krotoszyn gehört noch jetzt, obwohl vom Poſener Sprengel umſchloſſen, zur Diöceſe Gneſen; den Rawiczer Kreis nennt Holſche unter den dazu gehörigen Gebieten. Bis in die Gegend von Neiſſen ſcheint auch hier die Grenze des Schleſiſchen Landes und Bisthums zuſammengefallen zu ſein.

growicz der Netze zu [31]). Bei weitem größeren Umfanges war die Erzdiöceſe von Gneſen, welche auf dem linken Ufer der Netze, im Oſten von den Cujavlſchen und Maſoviſchen Bisthümern begrenzt, gegen Süden bis an und über die Pilica reichend [32]), ſich über das ganze Flußgebiet der mittleren und oberen Warthe bis gegen Czenſtochau [33]) hin erſtreckte, gegen Weſten aber auf dem linken Ufer der Prosna über Pleszewo, Oſtrowo und Krotoszyn bis nach Rawicz reichte, und ſo [mit Ausnahme nur der zu Breslau gehörigen Gebiete von Kempen und Schildberg ſo wie einiger Wielunſchen Diſtricte [34])] die Palatinate von Rawa, Lancicz, Sieradz, Kaliſch und Gneſen nebſt dem ſüdlichſten Theil der Poſener Woiwodſchaft umfaßte [35]). Gleich dem Poſener Biſchofe hat aber auch der Erzbiſchof von Gneſen ſeine kirchliche Gewalt auf das nördliche Ufer der Netze und ſelbſt über die Grenzen des Polniſchen Reichs ausgedehnt, indem die Pommerelliſchen Decanate Nakel, Lobſens, Wandsburg, Tuchel und Schlochau, welche nebſt den ſüdlich der Netze belegenen Decanaten Exin und Znin das Archidiaconat Ca-

min

31) Im Ganzen bildete das Palatinat Poſen auch die Diöceſe; doch reichte ſie theilweiſe in die Kaliſcher und Gneſener Palatinate, zu welcher namentlich die Poſener Decanate Borek, Kozmin, Peiſern, Koſtrzyn gehörten, während umgekehrt das im Poſener Palatinat belegene Wongrowiecz der Sitz eines Gneſener Decanats war. — Höchſt auffallend iſt die Angabe von Zalaszowski l. l. tit. 24. und Hartknoch l. l. p. 474., daß auch Warſchau, weit entfernt und mitten in Maſovien belegen, der Diöceſangewalt von Poſen unterworfen geweſen ſei. Ob dies richtig iſt, und wenn dies, was dazu Veranlaſſung gegeben habe, muß ich dahin geſtellt laſſen, und bemerke nur, daß auch bei Holſche a. a. O. Th. 2. S. 248. der Archidiaconus von Warſchau unter den Prälaturen des Poſener Domkapitels genannt wird, daß aber nach den Mittheilungen des Hrn. Dr. Röpell Warſchau in Urkunden immer als zur Plocker Diöceſe gehörig bezeichnet wird.

32) Die äußerſte Oſt- und die Südgrenze, welche im Ganzen mit der von Maſovien und Sandomir zuſammengefallen zu ſein ſcheint, erhellt aus einem Gneſener Decanatsverzeichniſſe.

33) Holſche a. a. O. rechnet Czenſtochau zur Gneſener Diöceſe; wie es aber nebſt dem Lelower Kreiſe zum Palatinate Cracau gehörte, ſo auch zur Diöceſe dieſes Namens, und ſchied erſt bei Abtretung Cracau's an Oeſterreich aus ſeinem Diöceſanverbande.

34) Erſt die Bulle de sal. anim. hat Kempen und Schildberg zu Gneſen-Poſen geſchlagen.

35) Holſche a. a. O. Th. 3. S. 79.

min bildeten, zum Gneſener Sprengel gehörten [36]). Südlich der Pilica bis in die Karpaten, und über die Weichſel hinaus bis an die Grenzen von Gallizien und Podolien erſtreckte ſich die Diöceſe von Cracau, deſſen Biſchofe zugleich bis auf die neuere Zeit hin ein großer Theil von Oberſchleſien unterworfen war [37]). Zwiſchen der Gneſener Diöceſe [38]) und der Weichſel, und jenſeits dieſes Stromes zwiſchen der Drewenz und Skrwa, die Woiwodſchaften Brzescie und Jnowraclaw nebſt dem Lande Dobrzyn [39]) umfaſſend, lag der Sprengel des Cujaviſchen oder Leslauſchen Bisthums. Zu dieſem gehörte aber außerdem noch, theils von alter Zeit her das Gebiet von Wolborcz, der gewöhnlichen Reſidenz des Biſchofs, an der obern Weichſel iſolirt von der übrigen Diöceſe mitten im Palatinate Sieradz belegen [40]), theils ſeit dem Ende des zwölften Jahrhunderts ganz Pomerellen, von Polniſch-Crone abwärts zwiſchen dem Weichſelſtrome und den Flüſſen Brahe und Leba bis zum Meere, daher der Biſchof auch den Titel eines **Episcopus Pomeraniae** führte [41]). Auf das rechte Weich-

---

36) Aus welcher Zeit dieſe Erweiterung der Diöceſe Gneſen datirt, ob ſie erſt nach Ausſterben des Pomerelliſchen Herzogshauſes durch Eroberung herbeigeführt, oder Folge davon iſt, daß das Chriſtenthum von Gneſen aus hieher gebracht worden, muß ich dahin geſtellt ſein laſſen. Urkundliche Beweiſe finden ſich nach der Mitth. des Hrn. Dr. Röpell zuerſt im J. 1234. — Die Darſtellung bei Jacobſon a. a. O. S. 101. u. 103. iſt ganz unzuverläſſig, da ſie auf einer Verwechſelung des Preußiſchen Archidiaconats Camin mit dem Pommerſchen Bisthum Cammin beruht.

37) S. Hartknoch l. l. p. 472. und unten Buch II. Kap. 2. §. 1.

38) Bromberg, Jnowraclaw, Kruswicc, Radziejewo und Kowal waren auf dem linken Weichſelufer die äußerſten Decanate, und laſſen die West- und Südgrenze erkennen.

39) Exercet hic Episcopus (scil. Plocensis) iurisdictionem suam ecclesiasticam etiam in terra Dobrinensi, ſagt zwar Hartknoch l. l. p. 475.; indeß da er kurz vorher p. 473. ohne irgend eine Einſchränkung ganz Cujavien zur Diöceſe von Wrazlaweck rechnet, und nach Holſche a. a. O. Th. 1. S. 249 flg. auch noch in neueſter Zeit Dobrin dazu gehörte, ſo kann damit nur gemeint ſein, daß an einzelnen Orten jenes Gebiets die geiſtliche Gerichtbarkeit zwiſchen Plock und Wrazlaweck ſtreitig war.

40) Nach Holſche a. a. O. Th. 2. S. 249. war Wolborcz ein beſonderes Leslauſches Decanat.

41) Hartknoch Preuß. Kirch.-Hiſt. B. I. Kap. 3. S. 175. ſetzt die

ſeluſer beſchränkt war das Bisthum Plock, welches die Woiwodſchaft gleichen Namens und faſt ganz Maſovien umfaßte [42]). An die Diöceſe Plock grenzte in Oſten der Sprengel von Luck, welcher zwiſchen Raygrod und Raczki an die ſpätere Oſtpreußiſche Landesgrenze ſich anlehnend in ſüdlicher Richtung tief ins Polniſche hinein ſich erſtreckte, während die Wilnaer Diöceſe, weit nach Oſten ſich ausdehnend, die Palatinate Trock und Wilna nebſt den Gebieten von Weiß- und Schwarz-Rußland und Poleſien umfaßte, nördlich von dem Sprengel des Samogitiſchen Bisthums begrenzt [43]), das den weiten Kreis ſchloß, in welchem die Bisthümer von Cujavien, Plock, Luck, Wilna und Miedniki die Preußiſchen Lande umgaben.

§. 2.

Eroberung und Bekehrung Preußens durch den Deutſchen Orden.

Bis zum dreizehnten Jahrhundert waren unter den Preußen alle Unternehmungen zur Einführung des Chriſtenthums erfolglos

---

Verbindung Pomerellens mit dem Cujaviſchen Bisthum unter Biſchof Werner († 1178), und in der That fällt in dieſe Zeit die feſtere Begründung des Chriſtenthums in Pomerellen, namentlich die Stiftung des berühmten Kloſters Oliva (ſ. Jacobſon's Beitrag zur Geſch. der Pr. Klöſter in Ledebur's neuem Archiv Th. 2. No. 10. S. 193.). Da jedoch ſchon in der Urk. Eugen's v. J. 1148 wie Wolborez auch das castrum Gdansk in Pomerania unter den Beſitzungen der Leslauſchen Kirche aufgeführt wird, ſo mögen die erſten Anfänge jener Diöceſanverbindung aus früherer Zeit datiren, und ſchwerlich hat die Stiftung Oliva's dazu Anlaß gegeben, da Herzog Subislaw dies neue Ciſterzienſer Kloſter nicht aus einem Polniſchen Kloſter, ſondern von Colbatz in der Diöc. Cammin beſetzt hat, und ſelbſt noch die Stiftung Pelplins um das J. 1190 durch Deutſche Ciſterzienſer, nemlich von Doberan aus, erfolgt iſt. S. v. Ledebur's Stammtafel der Ciſterz. Mönchskl. im Pr. Staate im Archiv Th. 1. S. 340 flg. No. 12. u. 57. Die erſte urkundliche Erwähnung der Leslauſchen Diöceſanrechte in Pommern iſt m. W. das Oliva'ſche Privil. Herzogs Subislaw d. J. vom J. 1215 bei Jacobſon a. a. O. S. 197.

42) Der großen Ausdehnung ungeachtet, ſcheint dies Bisthum nur aus zwei Archidiaconaten beſtanden zu haben, von denen das eine mit dem Domkapitel, das andere mit dem Collegiatſtifte zu Pultusk vereinigt war.

43) Vgl. Hartknoch l. l. p. 474—476.

geblieben. Mit dem Märtyrertode hatte Biſchof Adalbert von Prag, 997
bald nach ihm der Mönch Bruno ihren Bekehrungseifer gebüßt; 1008
noch vergeblicher war der Verſuch der Polniſchen Fürſten, durch
Macht der Waffen die Preußen dem Chriſtenthum zu gewinnen [1]).
Erſt als unter ihren öſtlichen Nachbarn, den Lieven, mit dem Ende
des zwölften Jahrhunderts durch den Mönch Meinhard, den er-
ſten Biſchof von Liefland, die chriſtliche Lehre ſich verbreitete, und
durch die Stiftung des Ordens der Schwerdtritter feſte Herrſchaft 1199
gewann [2]), als faſt gleichzeitig im Weſten der Weichſel die Po-
merelliſchen Fürſten das Chriſtenthum annahmen, und in dem Klo-
ſter Oliva eine neue Miſſionsanſtalt entſtanden war, ſchien ſich
zur Bekehrung Preußens glücklichere Ausſicht zu eröffnen. Wirk-
lich hatten auch die friedlichen Bemühungen des Oliviſchen Or-
densbruders Chriſtian, welcher ſeit dem J. 1210 im Culmer-
lande die Lehre Chriſti zu predigen begann, ſolchen Erfolg, daß
ſchon fünf Jahre darauf Pabſt Innocenz III. ſich veranlaßt 1215
fand, ihn zum Biſchof von Preußen zu ernennen [3]). Durch ſeine
Kriegszüge hinderte aber Herzog Conrad von Maſovien nicht
nur den Fortgang dieſer Bekehrung, ſondern reizte auch das Volk
der Preußen zum erbittertſten Kampfe, daß vom Auslande allein
Hülfe zu gewinnen ſchien.

Auf Biſchof Chriſtian's Betrieb wurde im J. 1226 der Deut-
ſche Orden zur Beſiegung und Bekehrung Preußens herbeigerufen.
Nach vierjährigen Verhandlungen überließ Herzog Conrad durch
feierliche Schenkung das ganze Culmer Land zwiſchen Weichſel, 1230
Drewenz und Oſſa nebſt allen weiteren Eroberungen dem Orden
zu vollem Eigenthume [4]), während gleichzeitig Biſchof Chriſtian

---

1) Voigt's Geſch. Preußens Th. 1. S. 244. 281. 294. 322.

2) Ebendaſ. S. 385. 451.

3) Voigt a. a. O. S. 430 flg. Hartknoch diss. de orig. relig. christ. in Prussia §. 9. (hinter P. de Düsburg chron. Prussiae Jena 1679.), Acta Borussica Tom. I. p. 254 sq.

4) Voigt a. a. O. Th. 2. S. 195. Die Urkunde, worin ausdrücklich alle ſpäteren Erwerbungen cum omni ac integro iure et libertate superius premisse donationis, nulla prorsus diminutione, coarctatione vel impedimento ... praestando vel procurando .., cum vera pro-

und Biſchof Günther von Plock auf alle ihre dortigen Beſitzungen, Einkünfte und Patronatrechte verzichteten, nur die biſchöfliche Gerichtbarkeit nebſt den Pontificalien ſich vorbehaltend [5]). Im vor-
1226 aus aber hatte bereits Kaiſer **Friedrich II.** unter Beſtätigung dieſer Schenkung ganz Preußen zu vollem Eigenthume und zu unbeſchränkter Landeshoheit dem Orden verliehen [6]), und leicht gelang es, von dem päbſtlichen Stuhl für alle gegenwärtigen und künftigen Eroberungen ein Schutzprivilegium [7]) zu erwirken, welches zwar mit einem Lehnsauftrage des ganzen Beſitzthums und dem Verſprechen eines jährlichen Zinſes erkauft werden mußte, gleichwohl, zumal dieſer Zins ſpäter weder regelmäßig entrichtet, noch ſelbſt anerkannt wurde, dem Orden zu völliger Exemtion von der biſchöflichen Gewalt die Ausſicht eröffnete. So geſichert begann der Orden den Kampf. Der Eroberung des Culmer Gebiets folgte, trotz dem heftigſten Widerſtande der Preußen und der Unterſtützung des Pommerſchen Herzogs Swantopolc, allmählich die

---

prietate et perfecto dominio quiete possidendum überlaſſen werden, ſteht u. a. in Dreger Cod. Pomer. No. 80., Acta Boruss. Th. I. S. 66., v. Baczko Geſch. Preußens Th. 1. S. 237.

5) S. Acta Boruss. Th. I. S. 410. u. Th. III. S. 263.

6) Voigt a. a. O. Th. 2. S. 166 flg. Die Urkunde ſ. in Dreger Cod. dipl. Pomer. No. 65., Cod. dipl. Pol. T. IV. No. 4. und Lünig Reichsarchiv Spic. eccl. Cont. I. p. 5.

7) Voigt a. a. O. S. 262. u. 452. — Das Privilegium Innocenz IV. v. J. 1244 (Acta Boruss. Th. 1. S. 423. Dreger l. l. No. 160.), wodurch ein älteres Gregor's IX. v. J. 1234 beſtätigt wurde, lautet: Nos . . . quod a Vobis . . . de ipsa terra dignoscitur acquisitum, in ius et proprietatem B. Petri suscipimus, et eam sub speciali Sedis Apost. protectione et defensione perpetuo tempore permanere sancimus . . . Te, Conrade magister eius domus, annulo nostro de terra investimus, ita quod ipsa . . . nullius umquam subiiciatur dominio potestatis; quae vero in futurum . . . de terra paganorum in eadem provincia vos contigerit adipisci, firma et illibata vobis vestrisque successoribus sub iure et proprietate Sedis Apost. eo modo statuimus permanenda. Ceterum in eadem terra dispositioni Apost. Sedis reservamus, ut per ipsam . . . ordinetur de constituendis in ea ecclesiis et instituendis ibidem clericis, episcopis et praelatis aliis, nec non de providendo, quod iidem habeant de praefata terra congruam portionem, et quod . . . in recognitionem dominii et perceptae a Sede Apost. libertatis ecclesiae Romanae annuus census persolvatur etc.

Beſiegung eines großen Theils des Landes. Schon im J. 1249 mußten die Landſchaften Pomeſanien, Pogeſanien, Ermland und Natangen der Hoheit des Ordens, welcher während des Kampfs durch Vereinigung mit den Schwerdtbrüdern und den Erwerb Lieflands bedeutend an Macht gewonnen hatte, ſich unterwerfen und die Annahme des Chriſtenthums geloben [8]). Nur nördlich vom Pregel und öſtlich der Alle behaupteten die Preußen anfangs noch ihre Unabhängigkeit, bis in mehr als dreißigjährigem Kampfe auch hier die Ordensherrſchaft befeſtigt, und mit der Unterwerfung Sudrauens im J. 1283 ganz Preußenland bis an die Grenzen Litthauens und Samogitiens der Lehre Chriſti gewonnen war [9]). Gleichzeitig hatte der Orden durch Erwerb der Pomerelliſchen Ge- 1276
biete von Mewe und Schwetz auf dem weſtlichen Weichſelufer den u. 82
Grund zu ſeiner Herrſchaft gelegt, und unter kluger Benutzung der Erbſtreitigkeiten, welche bei dem Ausſterben des Pomerelliſchen Herzogshauſes im J. 1295 entſtanden, gelang es zu Anfang des vierzehnten Jahrhunderts, theils durch Kauf, theils durch Eroberung mit dem Ordensgebiete faſt ganz Pomerellen zu vereinigen [10]). Vergebens verſuchten die Polniſchen Fürſten dies Land dem Orden zu entreißen und zugleich wo möglich das Culmer und Michelauer Land wieder zu gewinnen; um nur den drohenden Verluſt Cujaviens abzuwenden, ſah ſich im J. 1343 König Caſimir genöthigt, im Frieden zu Kaliſch auf alle Anſprüche an Pomerellen zu verzichten [11]). Seitdem erſtreckte ſich die Ordensherrſchaft über den ganzen Umfang des ſpäteren Oſt- und Weſtpreußens, wie über einen großen Theil von Hinterpommern; der Ankauf der 1402

8) Voigt a. a. O. Th. 2. S. 620 flg. Der Vertrag, durch den päbſtlichen Legaten Jacob, Archidiaconus von Lüttich, vermittelt, findet ſich bei Dreger l. l. p. 287., Cod. dipl. Pol. T. IV. p. 17., Dusburg chron. Pruss. ed. Hartknoch p. 465. u. Baczko a. a. O. Th. 1. S. 269.

9) Ueber die Geſchichte dieſer Kämpfe vgl. Voigt a. a. O. Th. 3., insbeſ. S. 86 flg. 227 flg. 341 flg. 400 flg.

10) Vgl. Voigt a. a. O. Th. 3. S. 356 flg. Th. 4. S. 226 flg. 263 flg.

11) Voigt a. a. O. S. 502. 527. 546. 582. u. Th. 5. S. 9—15.

Neumark von Kaiſer Sigismund [12]) erweiterte ſie ſogar zu Anfang des funfzehnten Jahrhunderts bis an die Oder.

§. 3.

Kirchliche Organiſation der Preußiſchen Lande.

Schon während des Kampfes war, neben Befeſtigung ſeiner weltlichen Macht, der Orden auf die Begründung des Chriſtenthums in den Preußiſchen Landen eifrig bedacht. Weniger geſchah es durch Stiftung von Klöſtern, welche, in allen übrigen neu bekehrten Ländern die Stütz- und Mittelpunkte der Miſſionen, in dem Ordensgebiete kaum geduldet wurden, und bis in die ſpätere Zeit an Zahl und Reichthum gleich unbedeutend blieben [1]), mochte nun der Orden den weltlichen Einfluß einer begüterten Prälatur fürchten, oder die Bildung einer von den Ordensobern unabhängigen geiſtlichen Macht. Deſto mehr geſchah für die Einrichtung von Pfarrkirchen, zu deren Erbauung die unterworfenen Preußen im Frieden ſich verpflichten mußten, während der Orden, um das Patronat ſich zu ſichern, für eine feſte, im ganzen Lande ziemlich gleichmäßige Dotation ſorgte [2]); vor allem aber richtete er

12) S. oben Kap. 1. §. 6.

1) Nur die Bettelorden wurden ihres Eifers für Verbreitung und Befeſtigung des Chriſtenthums wegen von dem Orden unterſtützt; in mehreren Städten gab es Dominikaner- und Franziskaner-Minoriten-Klöſter. Selbſt der Nonnenklöſter war noch im funfzehnten Jahrh. nur eine kleine Zahl (Voigt a. a. O. Th. 6. S. 764.). Uebrigens war die Gründung neuer Klöſter ohne Genehmigung des Ordens verboten, an welche auch aller Grunderwerb von Todeswegen wie unter Lebenden, ſelbſt wenn nur von Seiten eines einzelnen Geiſtlichen, gebunden war. Nur in Pomerellen gab es einige Klöſter, welche ſchon durch Schenkungen der Pommerſchen Herzöge bedeutenden Grundbeſitz erworben hatten und unter dem Orden behaupteten, ſo die beiden Ciſterzienſerabteien zu Oliva und Pelplin, das Carthäuſerkloſter Marien-Paradies in Danzig (Voigt Th. 6. S. 756 flg. u. Th. 2. S. 623. Th. 3. S. 499., Jacobſon in v. Ledebur's Neues Archiv Th. 1. S. 47.).

2) So heißt es in dem Friedensſchluſſe v. J. 1249: Fratres . . . singulas ecclesias sic . . ., dotaverunt ad praesens, quod vid. ad sustentationem presbyteri uniuscuiusque ecclesiae octo mansos terrae, quatuor vid. in campis et quatuor in silvis, et decimam viginti uncorum, duos boves, unum equum et unam vaccam. S. v. Baczko a. a. O. Th. 1. S. 280 flg. 269 flg. Eben ſo werden in der Culmer Handveſte

ſein Augenmerk auf die Gründung und Organiſation der Landesbisthümer.

Zu deren Errichtung hatte bereits **Honorius III.** den
Biſchof Chriſtian ermächtigt[3]); jedoch gewann nicht einmal das
neue Bisthum Culm, zu deſſen Gunſten der Biſchof von Plock
ſchon früher auf ſeine bisherigen Diöceſanrechte im Gebiete zwi- 1222
ſchen der Oſſa, Drewenz und Weichſel verzichtet hatte, vollſtän-
dige Einrichtung, viel weniger feſten Beſtand[4]). Bald erwuchs
auch Streit über die Vertheilung des Landes, von welchem Bi-
ſchof Chriſtian, ohne Zweifel nach dem Vorgange Biſchofs Albert
von Riga, nur ein Drittel dem Orden zu ausſchließlichem Rechte
überlaſſen wollte, letzterer dagegen zwei Drittel für ſich in An-
ſpruch nahm[5]). Dieſen Streit ſchlichtete zwar im J. 1234 der
päbſtliche Legat Wilhelm von Modena ſeinen Inſtructionen ge-
mäß zu Gunſten des Ordens[6]); indeſſen fand, ſelbſt nachdem im
Culmer Gebiete, in Pomeſanien und Pogeſanien die weltliche Herr-
ſchaft des Ordens befeſtigt war, die Diöceſaneintheilung des Lan-
des immer noch große Schwierigkeiten, weniger in dem zweifel-
haften Gehorſam der Preußen, als am Widerſpruche Chriſtians,
welcher kraft ſeines Titels eines Biſchofs von Preußen über das
ganze Land die alleinige Diöceſangewalt gewonnen zu haben ver-
meinte[7]). Erſt nach deſſen Tode gelang es dem päbſtlichen Legaten
dieſe Angelegenheit zu ordnen. Die von ihm im J. 1243 verfügte
Eintheilung Preußens in vier Bisthümer ward noch in demſelben

---

vom J. 1251. Art. 12. der dortigen wie der Thorner Pfarre 4 Hufen Landes zugewieſen, und verſprochen, daß auf den ſtädtiſchen Dörfern von 80 oder mehr Hufen der Orden die Kirchen unter Vorbehalt des Patronats gleicherweiſe dotiren wolle. S. den latein. Text in Iura municipalia terrarum Prussiae. Danzig 1578. Doc. No. 1.; den deutſchen in Leman das alte Kulmiſche Recht. Berl. 1838. S. 3 flg. — Vgl. auch Voigt a. a. O. Th. 6. S. 742.

3) Die Bulle vom 5. Mai 1218 ſ. in Acta Boruss. Th. I. S. 264.

4) Voigt Th. 1. S. 451 flg. Die Verzichtsurkunde des Biſchofs von Plock ſ. in Cod. dipl. Pol. T. IV. p. 2., Acta Boruss. Th. 1. S. 62. und Leibnitz Cod. iur. gent. p. 6.

5) Voigt a. a. O. Th. 2. S. 228. vgl. mit Th. 1. S. 415.

6) Ebend. Th. 2. S. 259.

7) Ebend. Th. 2. S. 462 flg.

Jahre von Pabſt **Innocenz IV.** genehmigt, und im folgenden auf einer Synode zu Thorn, welcher auch der Erzbiſchof von Gneſen mit den Biſchöfen von Breslau, Plock und Leslau beiwohnte, feierlich angenommen [8]). Zugleich ſetzte hier Wilhelm feſt, daß ſeiner früheren Entſcheidung entſprechend der Orden in Ermangelung gütlicher Einigung oder ſchiedsrichterlichen Ausſpruchs die Theilung des Landes vornehmen, und dem Biſchofe jeder Diöceſe die freie Auswahl ſeines Drittels oder die Entſcheidung durch Loos zuſtehen ſolle [9]), eine Beſtimmung, die abhängig von der völligen Unterwerfung des Landes, eben ſo wie die Organiſation der Diöceſen freilich nur allmählich und zum Theil erſt viel ſpäter ins Leben trat.

Dem bisherigen Diöceſangebiete des Biſthums **Culm** zwiſchen der Weichſel, Oſſa und Drewenz ward öſtlich von dieſem Flüßchen das Löbauer Land, ſpäter noch das ſ. g. Saſſen-Land, die Gegend um Gilgenburg und Soldau hinzugefügt. Sofort erfolgte auch die Theilung mit dem Orden; der Biſchof, ob noch Chriſtian iſt zweifelhaft, wählte für ſich den mittleren Theil der Diöceſe, und ſchon im J. 1253 erhielt das Biſthum in Culmſee Kathedrale und Domſtift, das von Chriſtian's Nachfolger **Heidenreich**, früher dem Predigerorden angehörig, auf die Regel des H. Auguſtinus gegründet wurde, und reich ausgeſtattet mit Kornrenten und Gütern nicht weniger als 40 Canonicate, ohne Zweifel zur Bildung der nöthigen Pfarrgeiſtlichkeit, enthalten ſollte [10]). Als zweites Preußiſches Biſthum wurde das von **Pome**-

---

8) Die Urkunden Wilhelm's und Innocenz IV., genau nach dem im Königsb. Archiv befindlichen Original, ſ. bei **Gebſer** Geſch. der Domkirche zu Königsb. und des Biſth. Samland. S. 19. Vgl. auch **Dreger** Cod. Pomer. p. 242. **Düsburg** chron. p. 477. u. Acta Boruss. Th. II. S. 611.

9) Praeterea, heißt es in der erwähnten Urkunde, quia fratres totum pondus expensarum et preliorum sustinent, et quia multis oportet eos infeudare terris, sic divisimus terras Prusciae, ut sive unus fuerit episcopus sive plures, fratres duas partes integre cum omni proventu habeant, et Episcopus s. Episcopi terciam integre cum omni iurisdictione et iure, salvis tamen Episcopo in duabus partibus fratrum illis omnibus, que non possunt nisi per Episcopum exerceri.

10) Vgl. **Voigt** Th. 2. S. 466. 470. 475 flg. Die Stiftungsurkunde

ſanien errichtet, deſſen Diöceſe ſich außer der gleichnamigen
Landſchaft über die ſüdlichen Gebiete von Pogeſanien und den
größten Theil des Hokenlandes erſtreckte, ſomit das Land zwiſchen
der Weichſel, dem Drauſenſee, der Weſeke und Paſſarge um-
faßte. Die Theilung des Landes, bei welcher dem Biſchofe die
Gegend von Marienwerder und Rieſenburg zufiel, kam erſt zwölf
Jahre ſpäter definitiv zu Stande, und der neue Biſchof Ernſt, 1255
gleichfalls Predigermönch, beſtimmte Marienwerder zum Sitz des
Biſchofsſtuhls und des Domkapitels[11]), welches letztere jedoch erſt
im J. 1284, ganz nach dem Vorbilde des inzwiſchen dem Deut-
ſchen Orden incorporirten Culmer Stiftes, errichtet wurde[12]).
Das Ermländiſche Bisthum, welches dem Ordensbruder
Heinrich von Strateich zu Theil wurde, aber erſt unter deſſen
Nachfolger Anſelm ſeine völlige Organiſation erhielt, reichte
nach der ſpäteren Grenzregulirung bis an das Haf, den Pregel,
die Angerappe und Litthauen, ſo die Landſchaften Ermland, Na-
tangen, Barten, Galindien und Sudauen nebſt einzelnen Theilen
von Pogeſanien, Hokenland und Nadrauen umſchließend. Als
weltliches Beſitzthum wählte Biſchof Anſelm im J. 1255 für ſeine
Kirche den mittleren Theil, das heutige Ermland, und errichtete
bald darauf das Domkapitel zu Braunsberg, wo aber ſpäter nur 1264
die biſchöfliche Reſidenz blieb, während das Domſtift nach Frauen-
burg verlegt wurde[13]). Die übrigen, zur Zeit noch uneroberten

---

des Kapitels ſ. in Acta Boruss. Th. II. S. 721. und v. Baczko Th. 1. S. 388.

11) Vgl. Voigt Th. 2. S. 467 flg. 482. 489 flg. Th. 3. S. 546. Schon im J. 1250 hatte zwar Biſchof Ernſt jenen Landestheil ausgewählt, nahm aber bald nachher das Gebiet von Chriſtburg an, und erhielt auf ſeinen Wunſch erſt im J. 1255 jene Gegenden reſtituirt.

12) Decrevimus, heißt es in der von Voigt auszugsweiſe mitgetheil-ten Fundationsurkunde, canonicorum collegium ecclesie nostre, scil. Insule S. Marie praeficere et incorporare per omnia secundum formam et libertatem canonicorum ecclesie Culmacensis etc.

13) Voigt Th. 2. S. 468. 471. u. 488. Th. 3. S. 545. u. 601. — Anselmus etc. . . . In praenominata ecclesia Varmiensi . . . ecclesiam ad titulum S. Andreae Apost. in civitate, quae Braunesberga appellatur, erigimus cathedralem . . . pro 16 praebendis. . . . Praepositum, Decanum, Cantorem, Scholasticum et Custodem ac Canonicos nobis et nostris successoribus una cum capitulo retinemus;

Preußiſchen Landſchaften ſollten das vierte Samländiſche Bisthum bilden. Schon im J. 1255 erhielt es in dem Ordensbruder Heinrich von Strittberg ſeinen eignen Biſchof, und drei Jahre darauf den weſtlichen Theil der Landſchaft Samland zugewieſen. Die Errichtung des Domkapitels, anfangs in Schönewik bei Fiſch-
1285 hauſen, ſpäter in Königsberg, erfolgte jedoch erſt unter Heinrichs Nachfolger Chriſtian [14]); noch mehr Schwierigkeiten fand von Seiten des Ordens die Landestheilung. Denn erſt im J. 1322 kam durch Vergleich das Bisthum in den ruhigen Beſitz der ihm gleich anfangs zugetheilten Samländiſchen Gebiete; die Theilung Nadrauens aber, wobei der Biſchof das Land weſtlich der Inſter
1352 und nördlich vom Pregel erhielt, kam erſt viele Jahre ſpäter, die von Schalauen, im Oſten der Inſter und Angerappe und nördlich von der Memel, wie es ſcheint, niemals zu Stande [15]).

Gleich wie für Feſtſtellung der Diöceſangrenzen ſorgte Pabſt Innocenz IV. für die höhere Leitung und Beaufſichtigung des

---

creandi autem et instituendi Archidiaconum in ipsa ecclesia nobis et nostris successoribus facultatem specialiter reservando, Episcopum eligendi seu postulandi Canonici liberam facultatem habeant secundum canonicas sanctiones (Preuß. Sammlung Th. 3. S. 31., Baczko Th. 1. S. 398.).

14) Voigt Th. 2. S. 468. Th. 3. S. 548., Gebſer a. a. O. S. 21. 36. 46. Die Stiftungsurkunde, wichtig wegen der hier ſchon anerkannten Annahme der Ordensregel, lautet: Frater Cristanus D. G. Episc. Samb. S. . . . Viros religiosos fratres hospitalis S. Marie theutonicorum Ierosolimitani . . ., postulatos ab eorum prelato et superiore, eligimus canonicos nostre ecclesie Sambiensis etc. . . . Praeterea si numerum canonicorum augere decreverimus, hoc tam de nostro quam de capituli consilio peragatur, ita quod personam eligendam de gremio dicti ordinis de consensu et licentia Magistri Pruscie communiter assumamus. Im J. 1294 wurde das Kapitel neu eingerichtet, wie es in der Urkunde (Gebſer S. 48.) heißt, accedente ad hoc voluntate et consensu D. Iohannis Rigensis archiepiscopi nostri metropolitani und ad preces et instanciam Magistri et fratrum pruscie. Das Kapitel erhielt einſchließlich des Probſtes und Decans ſechs Domherren, non aliunde, sed solum ex fratribus clericis ordinis nostri assumendi, denen, unter gleicher Bedingung, ſowohl die Beſetzung des Kapitels iuxta morem et consuetudinem, quam in talibus servat Culmensis ecclesia nostri ordinis, als die Biſchofswahl zuſtehen ſollte.

15) Voigt Th. 3. S. 139. Th. 4. S. 350 flg. Th. 5. S. 102 flg. und Gebſer a. a. O. S. 26. 76. u. 132.

Kirchenregiments. Um das Jahr 1245 beſtellte er Albert, bisher Erzbiſchof von Armanagh in Irland, zum Erzbiſchof für Preußen, Lief- und Eſthland, ohne ihm jedoch ein beſtimmtes Bisthum in dieſen Landen zu verleihen, ſtatt deſſen er zur Sicherung ſeines Unterhalts das bairiſche Bisthum Chiemſee, bald darauf Lübeck als Commende erhielt; zugleich ernannte er ihn an Wilhelm's von Modena Stelle zu ſeinem Legaten, um unter päbſtlicher Autorität das Preußiſche Kirchenweſen vollends zu ordnen [16]). Gerade dieſe Würde aber veranlaßte Albert zu manchen Eingriffen in die Privilegien des Ordens, und führte dadurch zu Streitigkeiten, welche anfangs ſelbſt die Anerkennung der erzbiſchöflichen Würde verhinderten, und völlig erſt im J. 1251 dahin durch Vergleich beigelegt wurden, daß Albert auf die Würde eines Legaten verzichten, ihm dagegen das Bisthum Riga bei eintretender Vacanz verliehen und zur Metropole erhoben werden ſolle [17]). Demgemäß ward zwei Jahre ſpäter Albert auf den biſchöflichen Stuhl von Riga erhoben, und dieſem Bisthum im J. 1255 durch Pabſt Alexander IV. von neuem die Metropolitangewalt über die lief- und eſthländiſchen Bisthümer und über Preußen beſtätigt [18]).

Unbeſtritten iſt auch ſeitdem, ſo lange die Ordensherrſchaft beſtand, die Metropolitanwürde Riga's geblieben. Zwar fehlte es nicht an Verſuchen, das Culmer Land noch als einen Theil des Königreichs Polen zu behandeln, und in der That ſah ſich im J. 1330 der Orden genöthigt, für daſſelbe gleich wie für Pommern die Zahlung des Peterspfennigs zu bewilligen [19]); eigentliche Me-

16) Die ſehr beſtrittene Frage über die vormalige erzbiſchöfliche Würde in Preußen iſt zuerſt aus Urkunden ins Klare geſetzt von Voigt Th. 2. Beil. IV. S. 666. vgl. mit Th. 3. S. 598. S. auch Jacobſon die Metrop.-Verbindung. Riga's mit d. Bisth. Pr. in Illgen's Zeitſchr. f. d. hiſtor. Theol. Bd. 6. Th. 2.

17) Schon zwei Jahre früher hatte Albert urkundlich (ſ. v. Baczko's Geſch. Pr. Th. 1. S. 259.) dem Orden verſprochen, daß er ohne deſſen Bewilligung nicht im Lande Preußen ſeinen Sitz nehmen wolle.

18) Voigt Th. 3. S. 4. 11—18. u. 61. und Iacobson Spec. de font. iur. eccl. Bor. Königsb. 1836. p. 53.

19) Voigt Th. 4. S. 344. 378. 451.

tropolitanrechte haben aber die Gneſener Prälaten, obwohl ihnen vor der Ernennung Biſchof Chriſtian's als päbſtlichen Legaten die geiſtliche Obhut über Preußen zugeſtanden hatte [20]), bis zur Vereinigung dieſes Biſthums mit Polen [21]) über Culm weder geübt noch angeſprochen, ſondern auf Pomerellen und die andern zu Polniſchen Diöceſen gehörigen Ordensgebiete ſich beſchränkt. Eben ſo unzweifelhaft ſteht der Metropolitannexus des Pomeſaniſchen und Samländiſchen Biſthums mit Riga feſt, deſſen Erzbiſchof Johann die Stiftung und Organiſation der dortigen Kapitel beſtätigt hat, und deſſen Prälaten auch in ſpäterer Zeit mehrfach eine obere Kirchengewalt über jene Biſthümer übten [22]); nur war freilich, wie überhaupt im ſpäteren Mittelalter, vollends aber ſeit die Preußiſchen Biſthümer durch Annahme der Ordensregel in entſchiedene Abhängigkeit von den gegen Eingriffe fremder Prälaten ſtets eiferſüchtigen Hochmeiſtern gerathen waren, der Einfluß des Metropoliten auf das Kirchenregiment Preußens gering genug, und äußerte ſich faſt ausſchließlich in der, obenein ſeltenen, Berufung von Provincialſynoden [23]). Völlige Exemtion zu gewinnen, gelang allein dem Ermländiſchen Biſchof, und auch dieſem nur allmählich. Schon zu Ende des vierzehnten Jahrhunderts ſoll Biſchof Johann II. ein päbſtliches Exemtions-

---

20) Innocentii III. epistolae ed. Baluzii T. II. p. 128. p. 173., Acta Boruss. Th. I. S. 249. — Vgl. auch Voigt Th. 1. S. 437. u. Th. 3. S. 571.

21) Selbſt nach dem Thorner Frieden verſuchten die Culmer Biſchöfe, und nicht ohne allen Erfolg, im Rigaer Metropolitanverbande ſich zu erhalten (Jacobson spec. cit. p. 63.).

22) Vgl. Voigt Th. 3. S. 548. Th. 4. S. 345., Gebſer a. a. O. S. 153. Höchſt auffallend iſt, daß Gregor X. in der von Gebſer S. 42. mitgetheilten Bulle v. J. 1275, die den B. Friedrich von Merſeburg zur Beſetzung des Samländer Biſthums ermächtigt, dieſe Kirche als ecclesia ad Romanam ecclesiam nullo medio pertinens, und als eine von denen bezeichnet, quarum immediate ad nos dinoscitur ordinatio pertinere. Iſt dieſe Urkunde unecht, oder hat der Pabſt nur um ſeine Nomination zu beſchönigen die Immedietät behauptet?

23) Vgl. hierüber, ſo wie über den Verſuch der Biſchöfe, auch dem Beſuche der Rigaer Synoden ſich zu entziehen, Jacobson l. l. p. 54 sq. und deſſen Geſch. d. Quellen des Kirchenrechts d. Pr. Staats Th. I. Bd. 1 S. 44 flg.

privilegium erhalten haben [24]), doch exiſtirt es nirgends; bloß die
Unabhängigkeit Ermlands von dem Orden, in Verbindung mit
dem geringen Anſehn des Metropoliten, ſcheint dahin geführt zu
haben, daß die Ermländiſchen Biſchöfe den päbſtlichen Stuhl als
alleinigen Obern betrachteten. Bei der Abtretung Ermlands an
Polen muß übrigens dieſe Exemtion factiſch längere Zeit ſchon 1464
beſtanden haben, da der Thorner Friede nicht einmal den Verſuch
machte, Ermland gleich Culm der Gneſener Provinz zuzuwei=
ſen [25]); bald darauf gewann aber auch das Bisthum von den
Päbſten urkundliche Anerkennung ſeiner Exemtion [26]), und die
ſpätere Reformation und Säculariſation des Rigaer Stifts ſicherte
für alle Folgezeit den ruhigen Beſitz dieſes Privilegii [27]).

Mit ihrer geiſtlichen Autorität vereinigten alle Preußiſchen Biſchöfe weltliche Hoheit. Innerhalb des Ordensgebietes gebührten ihnen nur die kirchlichen Diöceſanrechte, und ſelbſt dieſe waren in Folge der Exemtions= und anderweitigen Privilegien des Ordens, und bei deſſen ausgedehnten Patronatrechten faſt auf die eigent=lichen Pontificalien beſchränkt [28]); volle Landeshoheit dagegen hat=

---

24) Außer v. Baczko über die Verf. d. Bisth. Ermland (ſ. Note 30.) vgl. Hanow zu Ius Culm. ex ult. revis. Danzig 1767. B. I. Tit. 2. K. 4. Note 18. und Hartknoch Preuß. K. Hiſt. S. 152.

25) S. unten Buch II. Kap. 3. §. 2.

26) Jacobson l. l. p. 62. ſetzt dieſe urkundliche Beſtätigung erſt in das J. 1488. In der vom Ermländiſchen Kapitel zur Vertheidigung ſeines Wahlrechts unter dem Titel: Iura reverendissimi capituli Varmiensis circa electionem episcopi im J. 1724 ohne Angabe des Druck=orts herausgegebenen Schrift wird indeß im Anhange sub No. 4. B. eine Confirmationsbulle P. Paul's IV. vom J. 1469 mitgetheilt, worin die Ermländiſche Kirche nobis et apostolicae sedi iure fundationis (?) immediate subiecta heißt. Dem ſteht auch nicht entgegen, daß Biſchof Nicolaus v. Tungen noch im J. 1471 dem Biſchofe von Riga den Eid canoniſchen Gehorſams geleiſtet hat (v. Baczko Geſch. Pr. Th. 4. S. 29.), da dies ohne Zweifel nur durch den Streit Ni=colaus mit dem Könige von Polen veranlaßt iſt, welcher deſſen Wahl nicht anerkennen wollte.

27) Zur Zeit Biſchof Cromers v. Ermland († 1589) war die Exemtion entſchieden anerkannt; denn er ſelbſt ſagt in ſeiner Polonia: Varmiensis initio quidem Rigensis Archiepiscopi metropoliticam auctoritatem agnovit, nunc vero multis annis in nulla provincia censetur, et soli subest in rebus ecclesiasticis Romano Pontifici.

28) Salvis illis omnibus, quae non possunt nisi per episcopum exerceri, heißt es in der Urkunde Wilhelm's von Modena v. J. 1243,

ten die Biſchöfe in den ihren Kirchen überwieſenen Landestheilen [29]). Nur den Kapiteln ſtand hier in Folge ihrer canoniſchen Stellung eine Theilnahme am Regimente, ſogar an der laufenden Verwaltung zu [30]); außer in Culm, wo das Kapitel bei der Stiftung eine feſte Dotation in Grund und Boden erhalten hatte, kam es bald (in Pomeſanien im J. 1286, zwei Jahre ſpäter in Ermland, für Samland im J. 1302) ſogar zu förmlicher Theilung des biſchöflichen Gebiets, von welchem wieder ein Drittel dem Domkapitel zu vollem Eigenthume mit unbeſchränkter Jurisdictionsgewalt überwieſen wurde [31]). Der Orden hatte eigentlich

---

und ähnlich in dem Inſtrumente über die Theilung Pomeſaniens: Episcopus nihil sibi iuris in aliis duabus partibus, que ad nos pertinent, vindicabit, hiis tamen, que ad iurisdictionem ecclesiasticam pertinent, sibi salvis.

29) Uebereinſtimmend mit der erwähnten Urkunde von 1243, welche cum omni iurisdictione et iure das biſchöfliche Drittel überweiſet, ſagt Mart. Cromerus in ſeiner Polonia s. de situ, populis, moribus. magistratibus et republica regni Polonici. Cöln 1578. p. 197. von dem Ermländer und Culmer Biſchof: habent utramque iurisdictionem et amplissimam potestatem in suos.

30) Vgl. über dieſe Theilnahme der Kapitel an der Landesverwaltung Voigt a. a. O. Th. 3. S. 553 flg. und v. Baczko über die Verfaſſung Ermlands in: Beiträgen zur Kunde Preußens Bd. 3. S. 371. Nach der unter Pius V. vom Cardinal Commendoni beſtätigten Ermländiſchen Wahlkapitulation (Iura capit. Varm. cit. Anh. No. 21.) mußte der Biſchof ausdrücklich verſprechen: consilium et assensum capituli esse adhibendum ad quaecunque graviora negotia temporalis iurisdictionis circa regimen totius episcopatus.

31) Biſchof Siegfried von Samland † 1318 ſicherte dem Kapitel ſogar die geiſtliche Gerichtbarkeit (tercie terciam cum omni proventu et pleno iure, nec non iurisdictione tam in spiritualibus quam temporalibus) urkundlich zu. Dagegen erkannte Biſchof Heinrich von Ermland im J. 1288 nur in weltlichen Dingen die Hoheit des Kapitels in deſſen Drittel mit den Worten an: ut canonici omnia bona et possessiones suae partis possideant et teneant cum iisdem iuribus, libertatibus, usibus et dominio, quibus Episcopus tenet et possidet partem suam, und eben ſo wird in einem Urtheilsſpruche, welchen der päbſtliche Legat Vincentius Laureus in einem Streit des Biſchofs Cromer mit dem Kapitel fällte (Iura capit. cit. Anh. No. 26.), dem letzteren zwar die volle Landeshoheit in der bisherigen Weiſe, nach welcher der administrator supremus iudex a capitulo deputatus regelmäßig die höchſte Inſtanz bildete, und nur noch eine Supplication an das Kapitel oder deſſen Viſitatoren geſtattet ſein ſollte, zugeſichert, dabei aber hinzugefügt: „canonicorum subditos quantumvis exemtos rite coram episcopo conveniri posse declaramus, exc. his causis dumtaxat, nempe ratione delicti, vel contractus, vel rei de

in den Beſitzungen der Kirche weder Gerichtbarkeit, noch Steuergewalt, noch ſonſt irgend landesherrliche Rechte, nicht einmal eine obere Schutzhoheit anzuſprechen; bloß Kriegshülfe wurde ihm im Falle der Noth von den biſchöflichen Vaſallen und Unterthanen, aber mehr freiwillig geleiſtet, als daß er ſie zu fordern das Recht gehabt hätte [32]). Doch gelang es auf anderem Wege die Bisthümer in immer entſchiedenere Abhängigkeit zu bringen. Schon unter dem Nachfolger des Biſchofs Heidenreich von Culm nahm das dortige Domſtift die Regel des Deutſchen Ordens ſtatt der des H. Auguſtinus an [33]); die Kapitel aber von Pomeſanien und Samland wurden gleich bei ihrer erſten Organiſation mit Ordensbrüdern beſetzt, und dadurch dem Orden incorporirt [34]). In Folge deſſen war nicht bloß die Verleihung der Canonicate von der Zuſtimmung des Hochmeiſters abhängig, ſondern die Beſetzung der Bisthümer durch Mitglieder des Ordens geſichert, und wenn gleich, wie es ſcheint, das den Kapiteln zuſtändige Wahlrecht niemals zur bloßen Form geworden, noch das in der Ordensverfaſſung begründete Conſensrecht des Hochmeiſters in eine wirkliche Präſentation und Nomination der Biſchöfe, wie ſchon damals in Polen, verwandelt iſt [35]), ſo übte doch der Orden durch ſeine zu

---

qua contra ipsos agitur; ab ipso etiam Episcopo visitari, corrigi et emendari posse statuimus". Vgl. überhaupt v. Baczko a. a. O. S. 371., Gebſer S 62 flg., Faber über die Theilung Pomeſaniens in den angef. Beiträgen Th. 3. S. 331.

32) Voigt a. a. O. Th. 2. S. 474., Th. 3. S. 493. u. 553.

33) Ebend. Th. 3. S. 545.

34) Ueber Samland, welches auch Conrad von Feuchtwangen im J. 1296 eine ecclesia ordini incorporata nennt, vgl. die Note 14. angef. Urk. In Pomeſanien wurde gleicherweiſe nicht bloß die Ernennung der erſten Domherren einzelnen Ordensbrüdern überlaſſen, ſondern auch für die Zukunft vom Kapitel verſprochen, quod personam eligendam de gremio dicti hospitalis Theutonicorum de consensu et licencia magistri Prusciae communiter assumamus. Daß in Culm dieſelbe Einrichtung beſtanden, erhellt auch aus der Urkunde Biſchofs Chriſtian von Samland v. J. 1294.

35) Dies erkennt Hartknoch an, welcher in ſeiner Diss. 19. de republ. veter. Prussiae §. 17. ſagt: „dicimus nec in aliis dioecesibus (praeter Varmiensem) absolutam fuisse magistrorum in eligendis episcopis potestatem, cum et hic canonici ad electionem concurrerint". Vgl. auch v. Baczko Geſch. Th. 2. S. 170 flg.

geiſtlichem Gehorſam verpflichteten Mitglieder auf die Beſetzung und Regierung der Bisthümer [36]) um ſo größeren Einfluß, als das dem Hochmeiſter zuſtändige Viſitationsrecht bald auf die geſammte kirchliche Verwaltung ausgedehnt wurde.

In Ermland allein mislangen alle Verſuche der Art. Nach Biſchofs Heinrich Tode wurde zwar auch hier die Wahl eines Ordensbruders Anſelm durchgeſetzt, die Annahme hingegen der Ordensregel verweigerte das Kapitel entſchieden [37]), und ſicherte dadurch eben ſo ſich ſelbſt das bei der Stiftung ausdrücklich vorbehaltene freie Wahlrecht, als dem Bisthume völlige Unabhängigkeit vom Hochmeiſter. Dieſe zu ſchützen, und bei den immer erneuten Streitigkeiten mit dem Orden kräftigere Unterſtützung zu gewinnen, ſcheinen auch ſeit der zweiten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts die Ermländiſchen Biſchöfe ſich näher dem Deutſchen Reiche angeſchloſſen zu haben. Doch bleibt es immer noch zweifelhaft, ob die Reichsfürſtenwürde, welche dem Biſchofe Johann im J. 1357 von Kaiſer Carl IV. verliehen, und unter Biſchof Heinrich bald darauf für alle Nachfolger im Bisthume beſtätigt ſein ſoll, wirklich dem Stifte ertheilt worden iſt [38]); jedenfalls hat

36) Die von v. Baczko a. a. O. Th. 1. S. 379. mitgetheilte Landordnung Conrad's v. Jungingen, worin es heißt: „Es ſolle fortmehr im Lande zu Preuſſen Niemandt zum Biſchowe erwelet undt gemacht werden, er ſey dann ein Brueder oder Perſon des deutſchen Ordens“ iſt zwar unecht (Voigt Th. 6. S. 18.), kann aber gleichwohl als Zeugniß für die Verhältniſſe der Preußiſchen Bisthümer dienen. Auch Aeneas Sylvius hat im Gegenſatz zu dieſen von der Ermländiſchen Kirche geſagt: „una est illis in partibus iure suo utens nec subiecta fratribus“. Vgl. Hartknoch ad Düsburgii chron. c. 33. u. 135. p. 123. u. 231. und deſſen Preuß. Kirchenhiſt. S. 172., v. Baczko Geſch. Th. 1. S. 306. u. 366.

37) Hartknoch Pr. K. Hiſt. S. 153., Voigt Geſch. Pr. Th. 3. S. 546 flg. Th. 5. S. 235.

38) Dieſe Reichsfürſtenwürde wird auf zwei Urkunden geſtützt, worin Carl dem Biſchofe Johann ſeinen Schutz zuſichert und ihn Princeps nennt, ſo wie auf die Aeußerung Simon Grunan's Tr. IX. c. 3. §. 16., daß zu Johann's II. Zeit Kaiſer Carl das Bisthum dem Reiche incorporirt habe; außerdem erzählt Treterus de episcopatu et episc. Varm. p. 31. vom Biſchof Heinrich: Hic a Carolo IV. pro se et quolibet episcopo Varmiensi accepit titulum Principis Romani Imperii. Für die letztere Notiz fehlt es an urkundlichen Belegen ganz. Jene Urkunden Carl's IV. ſind gedruckt in Düsburg chron. p. 476.,

hat ſie, ſeit der Thorner Frieden das Bisthum mit Polen vereinigt hatte, keine weiteren Folgen gehabt, als daß für das Ermländer Bisthum die Gültigkeit der Deutſchen Concordate unbeſtritten war [39]), und mit der Landeshoheit auch der Titel eines Fürſtbiſchofs den dortigen Prälaten bis auf die neuere Zeit geblieben iſt [40]).

§. 4.

Verfall der Deutſchen Ordensherrſchaft.

Nach und nach war ſolchergeſtalt die kirchliche Verfaſſung Preußens geordnet, zugleich aber auch mit dem weltlichen Regimente des Landes in Einklang geſetzt worden. Weſentlich ruhte dieſes auf der Ordensverfaſſung. Der Hochmeiſter war als Oberer des Ordens zugleich Landesfürſt; dem Generalconvente der fünf

---

p. 476., Preuß. Samml. Th. 3. S. 29., Iura cap. Varm. cit. Anh. No. 3., am letztern Orte mit der Marginalbemerkung: ex archetypo asservato in archivo capituli; doch iſt das Original nicht mehr vorhanden, und wird m. W. jene Urkunde zuerſt in dem Berichte des Biſch. Andr. Zaluski zu Anfang des 18ten Jahrh. namentlich angeführt (Iura cit. Anh. No. 19.), während z. B. in einem Berichte des Biſch. Simon Rudnicki v. 1610 (ebend. No. 15.) nur die allgemeine Bemerkung „etsi (episcopus) vigore diplomatis Caes. Mai. princeps imperii habeatur“ vorkommt. Auffallender noch iſt, daß nach Voigt Th. 5. S. 568. weder Johann noch Heinrich in Urkunden den Titel Princeps führen.

39) Nach dem erwähnten Berichte des Biſch. Zaluski hat Biſchof Franz im J. 1447 förmlich die Fürſtenconcordate angenommen, und werden sub No. 4. C. u. D. Urkunden Innocenz VIII. v. J. 1488 mitgetheilt, worin derſelbe anerkennt, daß die Ermländiſche Kirche sit et esse censeatur sub concordatis Germaniae; nur iſt freilich, wie §. 26. der Schrift bemerkt wird, in einigen decisiones Rotae Romanae dieſer Anwendbarkeit widerſprochen worden. — Wie wenig außerdem die Reichsfürſtenwürde der Ermländiſchen Biſchöfe zu wirklicher Abhängigkeit vom Reiche geführt hat, zeigt die Geſchichte deutlich genug; in einem Berichte des Biſch. Nicol. Szyskowski vom J. 1640 (a. a. O. No. 17.) wird aber auch geradezu geſagt: „Neque Crucigeris neque Rom. Imperatoribus paruit umquam, etiamsi hi quodam tempore in Episcopos, nescitur quam, iurisdictionem usurparint, et episcopum Varmiensem Principibus Imp. Rom. adscripserint“.

40) Seit wann die Biſchöfe regelmäßig dieſen Titel geführt haben, iſt mir nicht bekannt; in der Landesordnung von 1526 (im Ius Culm. correctum Braunsb. 1711. p. 109 flg.) nennt ſich Biſchof Moritz nur „von Gottes Gnaden Biſchoff“.

oberſten Ordensgebietiger und der Comthure ſtand neben dem Wahlrechte und der legislativen Gewalt in allen Ordensſachen auch die Landesgeſetzgebung zu; für die Ordens= wie für die Landesverwaltung bildeten jene zugleich den Rath des Hochmeiſters, gleichſam das Landesminiſterium, während den einzelnen Bezirken die Comthure und die vom Orden geſetzten Vögte vorſtanden; gänzlich ausgeſchloſſen von aller Theilnahme an den Landesangelegenheiten blieben hingegen Adel und Städte [1]). Gerade aber in dieſer Eigenthümlichkeit der Verfaſſung lag, nicht minder als in den innern Streitigkeiten des Ordens und den feindlichen Geſinnungen der Polniſchen Könige, der Grund zu dem plötzlichen Verfall des Ordens, welcher mit dem Anfange des funfzehnten Jahrhunderts eintrat.

Des Verzichts im Kaliſcher Frieden ungeachtet, erhoben die Könige von Polen, die innere Noth des Ordens benutzend, erneute Anſprüche an Pomerellen und ſelbſt auf die eigentlich Preußiſchen Lande; im kurzen, aber blutigen Kampfe entſchied ſich das Glück der Waffen gegen den Orden. Der Friede zu Thorn v. J. 1411 ſicherte zwar noch das alte Beſitzthum, allein die Macht des Ordens hatte die Schlacht von Tannenberg gebrochen, und ein drohendes Zeichen für die Zukunft war der, wenn ſchon nur vorübergehende, Abfall der Preußiſchen Biſchöfe, welche mit einem großen Theile des Adels und der Städte während des Krieges ſich dem Könige von Polen unterworfen hatten. In inneren Reformen der Landesverfaſſung Abhülfe ſuchend, hoffte der Orden durch
1412 die Stiftung des ſ. g. Landesraths [2]), welcher aus gewählten Repräſentanten des Adels und der bedeutenderen Städte beſtehend in allen Sachen „die den Statum des Landes anrühren“ das Recht des Beiraths haben ſollte, die abgeneigte Geſinnung des Landes zu beſchwichtigen. Die drückenden Schatzungen, zu welchen bei ſtets ſich erneuerndem, meiſt unglücklichem Kriege mit Polen Finanznoth zwang, machten indeß die Stellung des Ordens zu ſeinen

1) Vgl. über die Ordens= und Landesverfaſſung die treffliche Darſtellung bei Voigt Th. 6. S. 412 flg. vgl. mit Th. 8. S. 420 flg.
2) Voigt Th. 6. S. 567. u. Th. 7. S. 186 flg.

Unterthanen immer ſchwieriger, und trieben zu ſtets größeren Conceſſionen. Im J. 1430 wurde dem Landesrathe außer dem Rechte der Steuerbewilligung eine Aufſicht über die Rechtspflege wie die eigne Entſcheidung über ſtreitige Privilegien zugeſtanden, zwei Jahre darauf ein Ausſchuß deſſelben, aus vier Adligen gebildet, 1432
in den geheimen Rath der Großgebietiger aufgenommen und regelmäßige Haltung allgemeiner Landtage zugeſichert [3]). Wie immer und überall ſtiegen aber mit dieſen Bewilligungen die Forderungen und Beſchwerden, denen, je weniger ſie gerecht waren, die Stände durch Stiftung eines Bundes [4]) größeren Nachdruck zu geben 1442
hofften. In vieljährigen Verhandlungen verſuchte der Orden die gütliche Beilegung dieſer Zwiſtigkeiten, allein vergebens, da die ſichere Ausſicht auf Polniſche Unterſtützung die Stände jeder Nachgiebigkeit abgeneigt machte. Mit offener Empörung und freiwilliger Unterwerfung unter die Herrſchaft Königs Caſimir, welcher Preußen feierlich mit Polen vereinigte [5]), endete im J. 1454 der Streit mit den Ständen; den hartnäckigen ruhmvollen Kampf des Ordens beſchloß im J. 1466 der ſchimpfliche Friede zu Thorn [6]).

Außer der während des Krieges dem Brandenburgiſchen Kurhauſe käuflich überlaſſenen Neumark [7]), außer Sudauen und Samogitien, welche ſchon im J. 1436 durch den Frieden zu Brzesc an Polen abgetreten waren [8]), verlor der Orden ganz Pomerellen mit dem größeren Theile der Nehrung, das Culmerland nebſt Michelau und die nördliche Hälfte von Pomeſanien, Marienburg

3) Baczko Th. 3. S. 117. 121. 170. 284. S. jedoch Voigt Th. 7. S. 559.

4) Vgl. hierüber Baczko Th. 3. S. 202 flg. u. Voigt S. 743 flg. Die Bundesurkunde ſ. bei Du Mont corpus univ. dipl. T. 3. P. 1. p. 86., Cod. dipl. Pol. IV. p. 135 sq.

5) S. unten B. II. Kap. 3. §. 2.

6) Die Friedensurkunde vom 16. Oct. 1466 ſ. bei Du Mont l. l. p. 348., Lünig R. A. Spic. eccl. Th. 1. S. 28., Cod. dipl. Pol. T. IV. p. 163., Privil. der Stände des Herz. Preußen fol. 20. — Ueber deren Inhalt vgl. v. Baczko a. a. O. Th. 4. S. 8 flg. u. v. Lancizolle Geſch. der Bildung des Pr. Staats Th. 1. S. 374 flg.

7) S. oben Kap. 1. §. 6.

8) Voigt Th. 6. S. 277. 335. 344. 368.

nemlich mit den beiden Werdern und dem Drauſenſee, Elbing, Stum, Tolkmit und Chriſtburg [9]). Alle dieſe Gebiete wurden ohne irgend einen anderen Vorbehalt als der Zuſicherung der bisherigen Privilegien und Rechte zu vollem Eigenthume dem Könige von Polen überlaſſen, dieſem zugleich über das Biſthum Culm, welches die Ordensregel ablegen und fortan zur Provinz des Erzbiſchofs von Gneſen gehören ſollte, eben ſo über das Ermländiſche Biſthum die Schutzherrlichkeit abgetreten [10]). Das übrige Preußen mit den Biſthümern Samland und Pomeſanien, welches letztere, während des Krieges dem Culmer Biſchofe verliehen, nach deſſen Tode unter die Gewalt und zur Regel des Ordens zurückkehren ſollte [11]), blieb unter geiſtlicher Herrſchaft, die weltliche und kirchliche Verfaſſung, außer daß fortan die Hälfte der Ordensmitglieder Polniſcher Herkunft ſein ſollten, im Innern unverändert. Förmlich aber wurde die bisherige, freilich ſehr lockere, Verbindung mit dem Deutſchen Reiche aufgehoben, und das Ordensgebiet, obſchon noch nicht einem wirklichen Lehnsnexus unterworfen [12]), für ein der Polniſchen Krone einverleibtes Land erklärt, über welches, außer dem Pabſte, Niemand als der König von Polen irgendwie eine Oberhoheit üben dürfe [13]). Der Hoch-

---

9) Terra Culmensis cum suis castris etc. . . . et cum tota terra Michaloviensi, nihil excipiendo, item tota terra Pomeraniae iuxta antiquos terminos suos cum universis castris etc., . . . et cum Naria, fluviis etc., . . . et dominio universali, directo et utili, mero et mixto, ad Nos et Regnum nostrum Poloniae pertinebunt.

10) S. unten Buch II. Kap. 3. §. 2.

11) Obwohl dann das Stift wieder sub Magistri et Ordinis tam religione quam ditione ſtehen ſollte, wurde ihm doch der Schutz des Königs von Polen für die Zukunft zugeſichert.

12) Dies wird gewöhnlich, ſo auch noch von Lancizolle a. a. O. S. 376. behauptet, und der dem Hochmeiſter auferlegte Eid eben ſo häufig ein Lehns- als Huldigungseid genannt. Das Friedensinſtrument nennt aber nirgends den Hochmeiſter einen Vaſallen, ſondern nur Princeps et Consiliarius perpetuus Regni Poloniae, fordert die Kriegsdienſte nur more aliorum Praelatorum Principum et Baronum regni, und ſagt ausdrücklich, daß der Orden die ihm verbliebenen Gebiete quiete et pacifice possidebit et illorum plenum habebit usum et dominium. Auch die Eidesformel weiſet, abgeſehen von dem zweideutigen Ausdrucke fidelis, fideliter u. ſ. w., durchaus nicht auf ein eigentliches Lehnsverhältniß hin.

13) Ludovicum Magistrum suosque successores, Commendatores, Prae-

meiſter, zum Fürſten des Polniſchen Reichs und Rathe des Königs erhoben, ſollte nach wie vor alle landesherrlichen Rechte genießen, allein jedesmal binnen ſechs Monaten nach der Wahl getreue Beobachtung des Friedens perſönlich dem Könige ſchwören [14]), auch ohne deſſen Zuſtimmung nicht entſetzt werden können, und gleich den übrigen Polniſchen Fürſten und Prälaten dem Könige mit der ganzen Ordensmacht zu Kriegsdienſten verpflichtet ſein.

Auf den höchſten Glanz weltlicher Macht war ſo binnen eines halben Jahrhunderts die ſchmachvollſte Abhängigkeit von dem früher faſt verachteten Polenreiche gefolgt, dadurch kaum gemildert, daß zu jener Zeit noch der König ſich wenig in die inneren Angelegenheiten des Landes miſchte. Dieſer Abhängigkeit ſich zu entziehen, und das verlorne Beſitzthum wieder zu gewinnen, war ſeitdem des Ordens lebhafteſter Wunſch. Allein eigner Hülfsmittel faſt gänz entblößt, ohne Unterſtützung aus Deutſchland, vom Kaiſer und Reich verlaſſen, vermochte derſelbe nicht ſich von der Eidespflicht gegen Polen zu befreien. Die Hoffnung durch Ertheilung der hochmeiſterlichen Würde an deutſche Fürſtenſöhne angeſehener Häuſer eine kräftigere Unterſtützung aus Deutſchland zu gewinnen, ging nicht in Erfüllung. Des Hochmeiſters Friedrich, Herzogs von Sachſen, Weigerung, den Huldigungseid zu leiſten, führte zu keinerlei Abänderung des Thorner Friedens, die Verhandlung, welche ſein Nachfolger Albrecht, Sohn des

latos etc. . . . terrasque omnes Prussiae Nobis et regno nostro Poloniae perpetuo connectimus, iungimus, unimus et invisceramus, ea conditione et respectu, ut Ludovicus Magister, sui successores, Commendatores etc. . . . et omnes terrae eorum atque homines in illis degentes sint amplius et de cetero Nobiscum, successoribus nostris Regibus, et cum Regno nostro Poloniae unum et individuum corpus, una gens, unus populus in amicitia, foedere et unione, nullum alium praeter S. Pontificem, quam Nos Casimirum Regem . . . pro suo capite et superiore recognituri.

14) Tenebitur quoque Ludovicus Magister et quilibet successor suus . . . post sex menses a die assumptionis in Magisterium se Nobis et successoribus nostris personaliter repraesentare, et illic pro se, commendatoribus et terris Prussiae Nobis et successoribus nostris et regno Poloniae praestare debitae fidelitatis de observanda pace ac numquam petenda absolutione seu relaxatione . . . iuramentum.

Brandenburgiſchen Markgrafen Friedrich von der Fränkiſchen Li-
1511 nie, gleich nach ſeiner Erwählung anknüpfte, zu keinem andern Reſultate, als daß dem Orden das frühere Recht, nur Deutſche als Mitglieder aufzunehmen, wieder eingeräumt wurde; dem Unternehmen, mit den Waffen die volle Unabhängigkeit wieder zu gewinnen, war vollends die Macht des Ordens nicht mehr gewachſen. Nach zweijährigem Kriege ſah im J. 1521 Markgraf Albrecht zu Waffenſtillſtand ſich genöthigt und neuen Verhandlungen, welche unter Vermittelung des Markgrafen Georg von Brandenburg und des Herzogs Friedrich von Liegnitz, und unter Zuziehung ſtändiſcher Abgeordneten im J. 1525 zu Cracau eröffnet wurden. Ihr unerwartetes, für die innere Ruhe des Landes aber und die Macht des Hohenzollerſchen Hauſes gleich glückliches Reſultat war die Säculariſation des Ordens und die Umwandelung Preußens in ein weltliches Herzogthum [15]).

§. 5.

Anfänge der Reformation und Umwandelung des Ordenslandes in ein weltliches Herzogthum.

Schon im erſten Jahre nach Luthers Auftreten war die Kunde davon nach Preußen gekommen, und mit überraſchender Schnelligkeit verbreitete ſich hier ſeine Lehre, namentlich im Ordensgebiete, wo die immer entſchiedener weltliche Tendenz des Ordens und deſſen kirchliche Selbſtſtändigkeit im Laufe des funfzehnten Jahrhunderts den Anhängern Huſſens eine ungeſtörte Niederlaſſung gewährt hatte. Den Hochmeiſter und die Ordensbrüder zogen anfangs die Kriegsrüſtung gegen Polen von dieſem anſcheinend rein dogmatiſchen Streite ab, ſpäter die Verhandlungen, welche nach geſchloſſenem Waffenſtillſtande Markgraf Albrecht, in der Hoffnung kräftigen Beiſtandes zur Wiederaufnahme der Feindſeligkeiten, perſönlich in Deutſchland betrieb; wohl mag auch der Hochmeiſter von Anfang an mit vielen Fürſten und Prälaten jener Zeit die Anſicht getheilt haben, daß eine Reformation der

15) S. hierüber v. Lancizolle a. a. O. S. 378—403.

Kirche in vielen Beziehungen wünſchenswerth ſei. Lebhafter Widerſtand war von den Klöſtern, ſchon ihrer geringen Zahl wegen, nicht zu erwarten, von den beiden Landesbiſchöfen aber der Pomeſaniſche Hiob v. Dobeneck, obwohl der katholiſchen Lehre treu, mit dem Hochmeiſter abweſend, Georg v. Polentz dagegen, welcher die Ritterwürde mit der biſchöflichen vertauſcht und 1519
das Bisthum Samland erhalten hatte, der Reformation von Anfang an zugethan [1]). Ueberall geduldet, ſchlug in wenigen Jahren die Lehre Luthers im ganzen Lande feſte Wurzel [2]), bis Biſchof Georg offen für die Reformation ſich erklärte, und ſie um ſo leichter durchführte, als er während des Markgrafen Abweſenheit mit der Regentſchaft des Landes betraut war, und nicht, wie Matthias v. Jagow in Brandenburg, mit religiöſen und politiſchen Bedenken des Landesfürſten zu kämpfen hatte [3]).

Schon im J. 1523 kam auf Albrecht's und des Biſchofs Betrieb Johann Brismann, von Luther geſendet, nach Königsberg, und hielt am 27. September im Dom die erſte evangeliſche Predigt [4]), die ſolchen Anklang fand, daß der Biſchof mit dem Anfange des folgenden Jahres kein Bedenken trug, alle Altäre im Dom aufzuheben, und nicht bloß ſeiner Geiſtlichkeit das Studium der lutheriſchen Schriften, wie den Gebrauch der deutſchen Sprache bei der Taufe zu empfehlen, ſondern auch jede Verfolgung und Verunglimpfung der Evangeliſchen bei Strafe zu unterſagen [5]). Gleichzeitig trat Biſchof Erhard v. Queiß, welchem nach Hiob's Tode der Markgraf das erledigte Bisthum Pomeſanien ver- 1523
liehen hatte, öffentlich zur evangeliſchen Lehre über [6]). Unter dem Schutze des Hochmeiſters, welcher bei den noch ſchwebenden Un-

---

1) Gebſer a. a. O. S. 263., Baczko Th. 4. S. 109 flg., Hartknoch Preuß. K. Hiſt. Buch II. Kap. 1. S. 264. flg.

2) Nach Arnoldt Pr. Kirchengeſch. B. 4. §. 4. S. 252. war die Zahl der Lutheriſchen in Königsberg ſchon im J. 1523 auf 3000 geſtiegen.

3) Gebſer S. 244 flg. 260. 283 flg., Nicolovius die biſchöfl. Würde in Preußens evang. Kirche S. 8. 11 flg.

4) Gebſer S. 267. 275.

5) Die betr. Urkunden ſ. bei Nicolovius S. 13—17.

6) Gebſer S. 281., Nicolovius S. 9.

terhandlungen mit Polen nicht geradezu dem Römiſchen Stuhle den Gehorſam aufkündigen durfte, aber in der Stille alle Schritte der Biſchöfe genehmigte [7]), gewannen daher binnen kurzer Friſt die Bekenner Luthers ſo entſchieden das Uebergewicht im Lande, daß ſchon damals König Sigismund Preußen der katholiſchen Kirche als unwiederbringlich verloren erachten mochte [8]).

Um ſo näher lag der Gedanke, unter Entſagung auf die Ordensregel das Land in ein weltliches Fürſtenthum zu verwandeln. War doch aus Deutſchland und Liefland, wo der Deutſch- und Heermeiſter ſich ſchon längſt von dem Hochmeiſter unabhängig gemacht hatten, Hülfe ſo wenig beim Wiederausbruche des Krieges mit Polen zu erwarten, als thätlicher Widerſpruch gegen ſolche Säculariſation zu befürchten; obenein hatte ja auch in Deutſchland die Reformation gleich Anfangs überall, wenn ſchon nicht in ſo ausgedehntem Umfange oder gerade durch die Ordensobern, zu Aufhebung der Klöſter und Einziehung ihrer Güter geführt. Ob der Hochmeiſter ſelbſt, angeregt durch Luthers Schriften und eine
1524 mit dieſem zu Wittenberg gepflogene Unterredung, zuerſt dieſe Säculariſation in Ausſicht geſtellt hat, oder noch während der Friedensverhandlungen ernſtlich an eine Niederlegung ſeiner geiſtlichen Würde gedacht hat, ſteht dahin. Jedenfalls fand der Vorſchlag zur Umwandelung Preußens in ein weltliches Lehnsfürſtenthum, als er bei den Verhandlungen zu Cracau officiell von Seiten Polens gemacht wurde, bei dem Hochmeiſter und den Abgeordneten des Ordens ſehr geringe Bedenklichkeit, und ſelbſt die ſtändiſchen De-

7) Für die richtige Auffaſſung der Stellung Albrecht's iſt beſonders wichtig, daß, als Clemens VII. den Biſchof Georg durch ſeinen Legaten in Ungarn zur Rechenſchaft ziehen wollte, der Markgraf in einem oſtenſiblen Schreiben den Biſchof zur Folgeleiſtung anwies, privatim aber ſeines Schutzes verſicherte, und nur Vorſicht und ſcheinbare Unterwerfung empfahl. S. Nicolovius S. 21 flg. u. Jacobſon a. a. O. Th. II. S. 18.

8) Damit ſuchte bekanntlich König Sigismund in Rom die Abſchließung des Cracauer Friedens zu rechtfertigen, indem er ſeinem Geſandten ſchrieb: De religione vero nihil inter nos actum, tum quia interesse nostra nihil videbatur, tum quod ordinis institutores non fuerimus, tum vero, quod fere in tota ditione prorsus de tota religione catholica sit actum et deploratum (Hartknoch a. a. O. S. 275.).

putirten fürchteten mehr die Verantwortlichkeit wegen Ueberſchreitung ihrer Inſtruction, als den offenkundigen Abfall von der Römiſchen Kirche. Den Widerſpruch aber des Polniſchen Senats beſchwichtigte die Vorſtellung, daß auf anderem Wege dauernder Friede nicht zu erwarten, auch nur ſo die Wiedervereinigung Preußens mit Polen zu erlangen ſei, und ſo kam am 8. April 1525 zu Cracau der Friede zu Stande [9]).

Unter Aufhebung aller entgegenſtehenden kaiſerlichen und päbſtlichen Privilegien, im übrigen aber unter Beſtätigung der Landesverfaſſung und ſtändiſchen Gerechtſame wurde das geſammte Gebiet, welches der Thorner Friede dem Orden gelaſſen hatte, zugleich mit den Beſitzungen der Biſchöfe von Samland und Pomeſanien [10]), für ein rechtes erbliches Lehn der Krone Polen erklärt, und dem Markgrafen Albrecht, als einem Herzoge in Preußen, für ſich, ſeine Descendenz, ſeine Brüder und deren rechte Lehnserben verliehen [11]). Demgemäß ſollte nicht bloß durch Deputirte des Landes der Friede, und insbeſondere das Rückfallsrecht der Krone beſchworen werden, ſondern auch der Herzog jederzeit dem Könige als ſeinem natürlichen Erbherrn huldigen und eidlich geloben, daß er ſich ihm, wie es einem Lehnsfürſten gebührt, wolle gehorſam erweiſen [12]). Die fürſtliche Gewalt blieb dem Herzoge,

---

9) Ueber dieſe Friedensverhandlungen ſ. Lancizolle a. a. O. Th. 1. S. 404 flg. Der Text des Cracauer Friedens ſteht u. a. in Cod. dipl. Pol. T. IV. p. 225. seq., Privilegia der Stände des Herz. Preußen S. 33 flg., Baczko Th. 4. S. 441 flg.

10) Im Friedensinſtrumente werden unter den fortan dem Herzoge unterworfenen Städten alle die Orte genannt, welche bisher zu den biſchöflichen und Kapitelbeſitzungen gehört hatten, ſo Marienwerder, Rieſenburg u. ſ. w. Die Einziehung der biſchöflichen Territorien muß hiernach ſchon in Cracau verabredet worden ſein.

11) Debet Regia Maiestas Marchioni Alberto infrascriptas terras, civitates, castra et vicos ... tamquam Duci in Prussia in legitimum et hereditarium feudum conferre, et eiusmodi infeudationis litteras ab uno fratre ad alium et eorum heredes tamquam super indiviso feudo conficere.

12) Debet D. Albertus Marchio Regiae Maiestati et Regno Poloniae iuramentum uti naturali et hereditario Domino suo praestare, et se in posterum erga Eius Regiam Maiestatem in omnibus, sicut Principem Vasallum erga dominum suum hereditarium decet, obedientem exhibere.

doch unterwarf er ſich für alle gegen ihn erhobenen Klagen, theils in erſter Inſtanz, theils bei etwaniger Berufung einem Austrage von ſechs königlichen und ſechs eignen Räthen. Zugleich verpflichtete ſich derſelbe gegen den König zu Kriegsdienſten, und verſprach von Land und Leuten nichts ohne vorgängiges Anerbieten oder ohne Vorbehalt der königlichen Lehns- und Dienſtrechte zu veräußern; gleich den Polniſchen Fürſten ſollte er aber auch auf allen Reichstagen, Conventen und Rathsverſammlungen Sitz und Stimme nächſt dem Könige genießen. Ueber die kirchlichen Verhältniſſe dagegen wurde nichts weiter verabredet, als daß der Herzog der Geiſtlichkeit, wie es recht, billig und chriſtlich ſei, das Recht nicht verweigern, und mit den Biſchöfen die kirchliche Ordnung aufrecht erhalten zu wollen verſprach [13].

§. 6.

Einziehung der Preußiſchen Biſthümer und völlige Durchführung der Reformation.

In Preußen ſcheint der Entſchluß des Markgrafen, wäh-
rend von Deutſchland aus der Orden gegen dieſe Entziehung des
wichtigſten Beſitzthums ſofort Proteſt einlegte, und auf dem
1530 Reichstage zu Augsburg ein Reſtitutionsedict auswirkte [1], faſt
ungetheilten Beifall gefunden zu haben. Auf dem Landtage, wel-
1525 chen Albrecht gleich nach vollzogener Belehnung zu Königsberg
hielt, genehmigten die Stände den Frieden und leiſteten dem neuen
Herzoge unweigerlich Huldigung; nach kurzem Bedenken legten die
Ordensglieder, mit wenigen Ausnahmen, das Ordenskleid ab, und
dem Beiſpiele der Samländiſchen Domherren, welche ſofort den
1526 Dom verließen, folgten ſchon im nächſten Jahre, wenn auch nicht

13) Quod ad ecclesiasticorum bona et iurisdictionem attinet, ad requisitionem ecclesiasticorum unicuique iustitiam, ut christianum, aequum et iustum est, administrabo . . . Una cum episcopis iuvabo, ut ecclesiastici extra ordinationem universalis S. ecclesiae se gerentes debita castigatione emendentur. S. Jacobſon a. a. O. S. 18. Note 25.

1) Ueber dieſe Verſuche, Preußen dem Orden und Deutſchen Reiche wieder zu gewinnen ſ. Lancizolle S. 437 flg.

ohne allen Zwang, die drei noch katholiſchen Mitglieder des Marienwerder Domſtifts [2]). Gleich bei Eröffnung des Landtages übergab auch Biſchof Georg — ein wichtiges Ereigniß für die Landesverfaſſung und den Fortgang der Reformation, zugleich ein Beweis, wie ſehr ſich die Preußiſchen Biſchöfe ſeit der Annahme der Ordensregel nur noch als deſſen Mitglieder, nicht mehr als ſelbſtſtändige Prälaten und Landesherren betrachteten — dem Herzoge „freywilliglich unndt on allen gezwangk“ ſämmtliche Beſitzungen des Biſthums Samland, weil „Jne das Heylig Evangelium unnd das wort gottes dohin gewiſen, das Jme als Ainen prelaten unnd Biſchoff, der das gottlich wort zu predigen unnd zu verkundigen ſchuldig, nicht geburen will, Landt unnd leut zw regieren, ſonder dem waren unnd lauttern wort gottes anhengig zu ſeyn, unnd demſelbig allein abzuwarten“ [3]). Daſſelbe geſchah, obſchon erſt zwei Jahre ſpäter, von dem Pomeſaniſchen Biſchofe 1527
Erhard von Queis [4]), ohne daß, wie es ſcheint, hier oder dort auch nur irgend eine Verhandlung mit den Kapiteln ſtatt fand, welche als aufgehoben galten und nicht einmal, wie die Biſchöfe durch beſondere Verſchreibungen, Erſatz für die verlornen Revenüen und Güter erhielten.

Unter Mitwirkung der Biſchöfe ſuchte nun Herzog Albrecht alsbald das Kirchenweſen zu ordnen, und vollſtändig die Reformation im Lande durchzuführen, was um ſo weniger äußere Schwierigkeiten fand, als König Sigismund weder einen Vorbehalt zu Gunſten der katholiſchen Religionsübung, noch ſonſt der Reformation hinderliche Clauſeln dem Cracauer Frieden eingefügt hatte. Noch auf dem Landtage v. J. 1525 wurde von den Biſchöfen unter Beirath der Königsberger Prediger eine Kirchenord-

2) Gebſer S. 290 flg., Baczko Th. 4. S. 116. 121. 175. 205.

3) Gebſer S. 292., Nicolovius S. 23 flg.

4) Die Abtretungsurkunde Biſchofs Erhard vom 23. Oct. 1527 iſt erſt neuerdings durch Jacobſon a. a. O. Anh. No. 1. aus dem Archive bekannt geworden, während man bisher aus deſſen Erbhuldigungsleiſtung und aus einem Mandate v. J. 1542 (Nicolovius a. a. O. S. 141.) nur vermuthen konnte, daß auch die Pomeſaniſchen Beſitzungen dem Herzoge überlaſſen worden ſeien.

nung [5]) entworfen, und nachdem Herzog und Stände ſie beſtätigt
1526 hatten, gleichzeitig mit einer Landesordnung, welche insbeſondere über Beſetzung und Suſtentation der Pfarrer wie über das Schulweſen nähere Vorſchriften enthielt [6]), im ganzen Lande publicirt. Auf Grund einer vom Herzoge mit den Biſchöfen und dem ſtändiſchen Ausſchuſſe erlaſſenen Verordnung ward zugleich eine allgemeine Kirchenviſitation angeordnet, welche, zuerſt wie es ſcheint auf die fürſtlichen Aemter beſchränkt, im J. 1528 von den Biſchöfen ſelbſt im ganzen Lande vorgenommen wurde [7]), um theils für gehörige Beſetzung und Dotation der Pfarrſtellen, für Begrenzung der Pfarreien, und Verwaltung des Kirchenguts zu for-

5) Der Eingang dieſer „Articel der Ceremonien und anderer Kirchenordnung“ lautet: „V. G. G. wir Georg ezu Samland und Erhardt ezu Pomeſanien Biſchoffe entbieten ꝛc. Lieben brüder. Dieweyl uns Ampts halben gebürt mit ſorgen ezu wachen und auffzuſehen auf das geyſtliche regiment und gutte ordnung der Kirchen, Welches aber darynne ſtehet, das Gots wort rechtſchaffen und ezur beſſerung geprediget, unnd darauß andere äußerliche Kirchenordnung formlich gefurt unn achalten werde, ſo verhoffen wir, yhr ſollet alle neben uns den fleyß haben, damit für allen Dingen das thewr wort Gottes … ſeynen Gang babe und frucht bringen. Aber dieſelbigen äußerlichen Kirchen Ordnung … nach dem Worte Gottes ynn beſſerung zu ſtellen, baben wir von eweren wegen unnd auch allen ezu gut auff uns nemen müſſen, und hierynne mit rathe unſerer mitbrüder, der prediger ezu Königsbergk … nachvolgende Ordnung begriffen, dieſelben dem Durchl. Hochgeb. Fürſten Albrechten … ſampt dem verordneten außſchuß des gantzen fürſtenthumbs auf dem landtag .. furgetragen, wie dann auch alßdann ſolche unnſere Ordnung eynheliglich für gut angeſehen, bewilligt unnd angenommen iſt. Nicht das hiemit … eyniche nott oder gezwang gemacht, und alſo den Gewiſſen, wie vormals durch menſchenſatzung geſchehen, ſtrike gelegt werden ſollen, Sonder alleyn das wir hierynne als durch eyne bürgerliche wilkörliche Ordnung formlich und ordentlichen, auch ſo vil es möglichen eynerley weyſe handeln und gebahren mögen“. — Einzelne Riten der katholiſchen Kirche ſind noch darin beibehalten, doch iſt ſie in dieſer Beziehung nicht entfernt der Brandenb. Kirchen-Ordn. vergleichbar. Bemerkenswerth iſt namentlich, daß das Excommunicationsrecht nur mit der Gemeinde den Geiſtlichen zugeſtanden wird, und bei Beſtätigung der biſchöflichen Officialate für die Eheſachen die Zuziehung der weltlichen Obrigkeit zu den bei den Viſitationsreiſen zu haltenden geiſtlichen Gerichtstagen beliebt worden iſt.

6) S. Jacobſon a. a. O. S. 27., der auch im Anh. No. 3. die wichtigſten Artikel kirchenrechtlichen Inhalts mittheilt.

7) Nicolovius a. a. O. S. 8. u. 102 flg. u. Jacobſon a. a. O. Anh. No. 4.

gen, theils die in Verfall gerathene Aufſicht über das Pfarr- und Kirchenweſen herzuſtellen, welche die Erzprieſter auf vierteljährigen Decanatsſynoden, die Biſchöfe durch jährliche Diöceſanſynoden, und, wo es Noth thäte, durch Specialviſitationen handhaben ſollten [8]).

Ueberall im Lande führte dieſe allgemeine Viſitation die evangeliſche Lehre ein; ſelbſt in den zur Ermländer Diöceſe gehörigen Ortſchaften wurden, da der Cracauer Friede dem dortigen Biſchofe nur den Beſitz ſeiner Güter und Einkünfte, nicht auch die Diöceſanrechte zugeſichert, vielmehr die Beſtätigung der vom Herzoge als Patron geſetzten Pfarrer gewiſſermaßen zur Pflicht gemacht hatte [9]), ohne weiteres lutheriſche Geiſtliche angeſtellt, und die dortigen Kirchen, in deren Sprengeln nur einzelne Adlige bei dem katholiſchen Glauben beharrten, förmlich zwiſchen dem Samländiſchen und Pomeſaniſchen Bisthum vertheilt [10]). Feſte Ordnung kam indeſſen nur allmählich in das Kirchenweſen Preußens, wie die mehrfachen Generalviſitationen [11]), welche der Herzog theils ſelbſt mit den Biſchöfen hielt, theils durch dieſe veranlaßte, und die wiederholten Reviſionen der Kirchenordnung [12]) beweiſen.

---

8) Die Anſetzung von Decanen oder Erzprieſtern wurde neben der Regulirung der Pfarreintheilung ausdrücklich den Viſitatoren eingeſchärft. Jacobſon a. a. O. S. 29. u. 30.

9) Ceterum bona, reditus et census sub Duce Prussiae siti, episcopum Varmiensem vel eosdem ecclesiasticos attinentes, debent vicissim ex omni parte restitui. Si vero Dux vel Nobiles sui curatos vel alios in ecclesiastica beneficia collocare vellent, qui hominibus christiane providerent, eos Episcopus iuxta antiquam consuetudinem instituere ac investire debet. Vom Prüfungsrecht iſt hier gar nicht die Rede; die Bezugnahme auf die antiqua consuetudo ſicherte dem Herzoge ein wirkliches Collationsrecht, und ließ dem Biſchofe nur die ſ. g. institutio authorisabilis und die investitura. Selbſt die Beſtrafung der Geiſtlichen ward dem Herzoge und den Biſchöfen zugewieſen, auch nur für den Fall, si secus quam christiani ac contra ordinationem et constitutionem universalis S. ecclesiae se gererent, zugeſichert. Bemerkenswerth erſcheint, daß gefliſſentlich der Ausdruck clericus vermieden wird und immer nur von ecclesiasticis die Rede iſt.

10) S. Arnoldt's Preuß. Kirchengeſch. B. 4. §. 18. S. 267. u. Nicolovius a. a. O. S. 142.

11) Nicolovius S. 44. 50. 184.

12) Der lateiniſchen Kirchenordnung v. J. 1530, unter dem Titel Articuli ceremoniarum, folgte ſchon im J. 1544 eine neue in lateiniſcher,

Insbeſondere führte die Beibehaltung der beiden Landesbisthümer zu mancherlei Differenzen, da der Herzog ein völlig ſelbſtſtändiges Kirchenregiment der Biſchöfe nicht mochte, vielmehr allmählich größeren Einfluß auf das Kirchenweſen zu gewinnen ſuchte [13]), die Stände aber eine immer weitere Ausdehnung der neu gewonnenen fürſtlichen Gewalt befürchteten.

In der Regimentsnotul vom J. 1542 [14]) gab der Herzog
dem Lande das Verſprechen, daß allezeit zwei Biſchöfe zu Samland und Pomeſanien ſein und bleiben ſollten, denen neben dem
Viſitationsrecht auch die geiſtliche Jurisdiction zugeſichert wurde.
1550 Als aber Biſchof Georg v. Polentz ſtarb, welcher in den letzten Lebensjahren, neben dem dem geiſtlichen Gerichte oder Conſiſtorio
vorſitzenden Officiale, unter dem Namen eines Präſidenten des Samländiſchen Biſthums auch für die übrigen biſchöflichen Functionen
durch einen Pfarrgeiſtlichen der Diöceſe ſich hatte vertreten laſ-
1554 ſen [15]), und als wenige Jahre ſpäter auch das Pomeſaniſche Bis-

---

polniſcher und deutſcher Sprache. Von noch kürzerer Dauer war die Gültigkeit der ſ. g. Oſiandriſchen Kirchenordnung, welche im J. 1558 erſchien, aber wegen nicht erfolgter Berathung mit den Ständen eben ſo wie ihres Inhalts wegen ſo lebhaften Widerſpruch fand, daß ſchon im J. 1568 eine neue Reviſion der Kirchenordnung v. J. 1544 beliebt wurde. Vgl. überhaupt Gebſer a. a. O. S. 95 flg., Nicolovius S. 42. 52. 65. u. 74. u. Jacobſon a. a. O. S. 31. 39. 44 — 46.

13) Während in der Vorrede zur Kirchenordnung v. J. 1530 der Herzog von ſeiner Theilnahme an deren Erlaſſung und Einführung noch die Worte gebraucht: coacti sumus alienum officium h. e. episcopale in nos sumere (Nicolovius S. 42.), wird im J. 1550 das Dringen der Stände auf Wiederbeſetzung der Bisthümer ſchon als Eingriff in die „regalia Fürſtl. Durchlaucht“ behandelt (ebend. S. 152.), und in der Beſtallung des Pomeſaniſchen Präſidenten Rösler v. J. 1565 (ebend. S. 159.) die Beſetzung aller Kirchenämter als ein dem Landesherrn nothwendig gebührendes Recht dargeſtellt. Auch die Erlaſſung der Kirchenordnungen ward immer mehr als Landesangelegenheit behandelt, und ſelbſt in Sachen der Lehre fehlt es nicht an Beiſpielen fürſtlicher Mandate. Doch wird noch nach Aufhebung der Bisthümer der Landesherr nur nutricius ecclesiae genannt (ebend. S. 315.), und daß dieſem biſchöfliche Rechte vindicirt worden wären, davon findet ſich im 16ten Jahrhundert keine Spur.

14) Nicolovius S. 138 flg., Baczko Th. 4. S. 465., Jacobſon S. 36. Privil. der Stände fol. 51 flg.

15) Nicolovius S. 48. u. 52., Gebſer S. 312. u. 320.

Digitized by Google

thum erledigt wurde, welches nach Erhard's v. Queiß Tode **Speratus** erhalten hatte, verweigerte der Herzog trotz der ſtändiſchen Anträge die Wiederbeſetzung der biſchöflichen Stühle, beſtellte vielmehr nach freier Wahl Geiſtliche zu Präſidenten der Bisthümer[16]), offenbar in der Abſicht, die kirchliche Einrichtung mehr der kurſächſiſchen Conſiſtorialverfaſſung anzunähern und das oberſte Kirchenregiment dadurch in ſeine Hände zu bringen. Bei dieſer Weigerung beharrte auch der Herzog, als die Stände im J. 1562 von neuem die Forderung anbrachten, daß ordentliche Biſchöfe eingeſetzt würden; erſt die Dazwiſchenkunft des Polniſchen Königs, welche, ein bedenkliches Zeichen für die Zukunft, von den Ständen ſelbſt veranlaßt, wenigſtens ohne Widerſpruch geduldet wurde, führte zu definitiver Feſtſtellung der Kirchenverfaſſung[17]).

Ein von den Polniſchen Commiſſarien vermittelter und förmlich beſtätigter Vergleich vom 4. October 1566, auf Grund deſſen im J. 1568 als Anhang zur Kirchenordnung ein Mandat „Von Erwehlung der beyden Biſchoff, auch von ihrem Ampt, Verordnung der Viſitation u. ſ. w.“ erging[18]), ſicherte von neuem die Fortdauer beider Bisthümer zu, deren Beſetzung aber dem Herzoge nur mit Rath ſeiner Hof- und Landräthe, wie der von der Landſchaft aus Adel und Städten zu erwählenden Deputirten und einiger Geiſtlichen zugeſtanden wurde. „Ungehindert und volkomblich“ ſollten die Biſchöfe „Jr Geiſtlich Regiment und Jurisdiction füren und behalten“, namentlich zur Viſitation und Haltung der Synoden berechtigt ſein, über das Schulweſen die Aufſicht führen, das Recht der Prüfung und Confirmation aller Pfarrer haben, ihnen auch die Conſiſtorien untergeordnet ſein, und dem Landesherrn außer dem Patronate nur das Recht zuſtehen, daß in Ehe- und anderen Conſiſtorialſachen an den Herzog und das Hofgericht Berufung eingelegt werden dürfe. Wirklich er-

16) **Nicolovius** S. 54 flg. u. 62 flg.

17) Ebendaſ. S. 68 flg. vgl. mit S. 157.

18) Nebſt den für die beiden Biſchöfe ausgefertigten Beſtallungen, welche über deren amtliche Stellung näheren Aufſchluß geben, iſt es gedruckt ebendaſ. S. 164 flg. und in **Grube** Corp. Constit. Pruten. T. I. No. 1.

folgte die Wiederbeſetzung beider Biſthümer in der Perſon des
Dr. Georg Venediger und Dr. Joach. Mörlin, unter
1568 deren Mitwirkung durch nochmalige Reviſion der Kirchenordnung
und nähere Vorſchriften über Beſetzung und Viſitation der Pfar-
reien die kirchliche Verwaltung geordnet wurde. Allein die hierar-
chiſchen Anmaßungen der Biſchöfe, veranlaßt und genährt durch
mancherlei dogmatiſche Streitigkeiten, führten bald wieder auf
den Plan gänzlicher Aufhebung der biſchöflichen Würde zurück [19]).
Schon im J. 1578 blieb aller Klagen der Stände ungeachtet das
durch Abſetzung des Biſchofs Heshuſius erledigte Biſthum
Samland unbeſetzt, indem Markgraf Georg Friedrich von
Ansbach, welcher die in ſeinem eignen Lande eingeführte ſächſiſche
Conſiſtorialverfaſſung anerkannt wünſchte, die Verwaltung dem
Pomeſaniſchen Biſchof Joh. Wigand übertrug; und als im
J. 1587 auch dieſer verſtarb, ſetzte es die Landesherrſchaft, ob-
1584 wohl der Landtag noch kurz vorher die von dem Markgrafen pro-
ponirte Conſiſtorialordnung [20]) verworfen hatte, gleichwohl nach
längeren Verhandlungen durch, daß faſt die ganze kirchliche Ver-
waltung den zu Königsberg für Samland, und zu Saalfeld für
Pomeſanien errichteten Conſiſtorien überwieſen [21]) wurde. Bei
dieſer Aufhebung der Biſthümer iſt es auch geblieben, trotz allen
Beſchwerden und Anträgen der Stände, welche namentlich den Ue-
bergang des Landes an das Kurbrandenburgiſche Haus zu benutzen
ſuch-

---

19) Vgl. Nicolovius S. 80 flg. — Daß dieſer Plan nie ganz aufgegeben war, ſcheint ſelbſt aus den Biſchofsbeſtallungen (ebend. S. 192.) zu erhellen, nach welchen den Biſchöfen nur „neben dem zugeordneten Consistorio“, deſſen Beſetzung ſich die Regierung vorbehielt, die Entſcheidung in Kirchenſachen zuſtehen ſollte, und die Beſtellung eines Officials nur auf eigne Koſten freigelaſſen wurde. Beides mußte dahin führen, daß die Kirchenverwaltung allmählich ganz dem landesfürſtlichen Conſiſtorio zufiel.

20) Neuerdings hat Jacobſon a. a. O. Anh. No. 17. S. 54 — 88. dieſe Conſiſtorialordnung mitgetheilt, welche zwar nicht Norm der ſpäter beliebten Einrichtung blieb, aber doch deren Grundlage bildet.

21) Arnoldt's Kirchengeſch. Pr. S. 343 flg. u. Nicolovius S. 84 — 91. Beſonders intereſſant iſt das von Nicolovius S. 320 flg. mitgetheilte Schreiben an die Regierung zu Königsberg v. J. 1588, worin der, ſpäter freilich nicht vollſtändig ausgeführte, Plan zur Organiſation des Kirchenweſens dargelegt iſt.

ſuchten, um, wenn auch unter anderem Namen, ihren früheren Antheil an der Beſetzung der oberſten geiſtlichen Aemter wieder zu gewinnen [22]). Auf anderem Wege als in den Brandenburgiſchen Landen, aber mit gleichem Erfolge kam auch in Preußen das evangeliſche Kirchenregiment ganz in die Hände der Landesherrſchaft.

§. 7.

Belehnung Kur-Brandenburgs mit Preußen. Herſtellung des katholiſchen Bekenntniſſes.

Inzwiſchen war, bald nach Wiederherſtellung der Biſthümer, im J. 1568 Herzog Albrecht geſtorben. Der Regierungsantritt ſeines Sohnes Albrecht Friedrich löſte Preußens Verbindung mit dem Deutſchen Reiche völlig auf, gab aber auch dem Lande eine förmliche Anerkennung der evangeliſchen Religionsübung von Seiten der Polniſchen Krone, indem König Sigismund Auguſt auf dem berühmten Reichstage zu Lublin im J. 1569 [1]) bei Belehnung des Herzogs die Zuſicherung ertheilte, daß die Lehre der Augsburgiſchen Confeſſion unverſehrt erhalten werden ſolle [2]). Zugleich eröffnete ſich mit dem Tode Herzogs Albrecht für das Kurhaus Brandenburg die erſte Ausſicht zum Beſitze des Landes,

22) S. Jacobſon a. a. O. S. 61 flg. 67 flg. — Im J. 1617 ſagte Kurfürſt Sigismund die Anſtellung von zwei Inſpectoren zu, welche, wie früher die Biſchöfe, in Gemeinſchaft mit den Ständen erwählt werden ſollten; wirklich kam es auch nach dem Regierungsantritte ſeines Sohnes im J. 1621 zur Ausſchreibung eines Wahltermins, doch unterblieb die Wahl, hauptſächlich, weil es an den für jenes Amt erforderlichen Fonds fehlte.

1) Sigismnndus Rex Poloniae etc. Cum intellexissemus, universos ordines ducatus Prussiae in eam doctrinam religionis, quae . . . iuxta formulam Augustanae Confessionis et Apologiam eiusdem recepta et publicata est, consensisse, ob eam rem . . . Ill. Dom. in Prussia Ducem omnesque subditos et universam ditionem in hac ipsa doctrina religionis clementer conservare statuimus etc. (Cod. dipl. Pol. T. IV. p. 345.).

2) Bedenklich blieb indeß die Erklärung: Ut Augustanae Confessionis doctrina incorrupte servata, omnia alia peregrina dogmata et haeresium genera, qnae post Augustanam Confessionem exorta sunt, quaeque ab ea sunt aliena, non modo ferantur, sed penitus prohibeantur et aboleantur, die, vorzüglich gegen den Calvinismus gerichtet, zur Wiederherſtellung der katholiſchen Lehre durch die Formel, quae post Aug. Conf. exorta sunt, die Ausſicht ließ.

welche, entſcheidend für deſſen kirchliche wie politiſche Verhältniſſe, bald genug in Erfüllung gehen ſollte.

Seit ſeinem Regierungsantritte hatte Kurfürſt **Joachim II.** von Brandenburg mit dem Könige von Polen verhandelt, um gleich den Brüdern Herzogs Albrecht die Aufnahme in die geſammte Hand zu erlangen, jedoch nur das Verſprechen der Mitbelehnſchaft, nicht die Belehnung ſelbſt zu erhalten vermocht [3]). Günſtigeren Erfolg hatte ſeine Bewerbung nach dem Tode Herzogs Albrecht, indem er auf dem Reichstage zu Lublin für ſich, ſeinen Kurprinzen und deſſen Leibeslehnserben die Mitbelehnung erhielt.
1571 Ohne Schwierigkeit wurde ſie dem Kurfürſten **Johann Georg** erneuert, der auch bei Kaiſer **Maximilian II.** es durchzuſetzen wußte, daß andererſeits Herzog Albrecht Friedrich von Preußen für die Kurbrandenburgiſchen Lande in die Mitbelehnung aufgenommen, und dadurch ſtillſchweigend die Achtserklärung revocirt wurde, welche, obwohl nie vollſtreckt, ſchon im J. 1532 auf Betrieb des Ordens gegen Herzog Albrecht verhängt worden war [4]). Als indeſſen der Blödſinn Herzogs **Friedrich Albrecht** die Beſtellung einer Curatel und Regentſchaft nöthig machte, und zu männlicher Nachfolge des Herzogs durch den Tod ſeiner Söhne eben ſo die Ausſicht verſchwand, als das Ausſterben der fränkiſchen Linie bei der Kinderloſigkeit des Markgrafen Georg Friedrich, ſeit dem J. 1577 Adminiſtrators des Landes, zu erwarten ſtand, erregte die durch jene Mitbelehnung vereitelte Hoffnung einer Apertur Preußens großes Bedauern in Polen. Trotz dem, daß König **Sigismund III.** im J. 1589 die Lehnserneuerung für die kurfürſtliche Linie ertheilt, und ſogar noch bei Lebzeiten Kurfürſt's Johann Georg für deſſen Sohn **Joachim Friedrich** die Belehnung vollzogen hatte, fand dieſer, als er nach erlangter
1598 Kur Anerkennung ſeiner Anſprüche auf Erbfolge und vormundſchaftliche Regierung wünſchte, bei dem Polniſchen Reichstage

3) Vgl. über dieſe und die ſpäteren Verhandlungen v. Lancizolle a. a. O. S. 471 flg.

4) v. Lancizolle a. a. O. S. 451 flg. u. 466., v. Baczko a. a. O. Th. 4. S. 331 flg.

Schwierigkeiten aller Art. Daß der König ohne deſſen ausdrückliche Genehmigung die Aufnahme des Kurhauſes in die geſammte Hand bewirkt hatte, gab der Weigerung einen Schein Rechtens; am lebhafteſten aber widerſtrebten der Belehnung Brandenburgs die Preußiſchen Stände ſelbſt, vor allem der Adel, welche für ihre Privilegien, mehr wohl noch erfolgreichen Widerſtand gegen ihre Anmaßungen von der Macht des Kurhauſes fürchteten, und der Nachfolge deſſelben ſo abgeneigt waren, daß ſie lieber die früher ſo verhaßte völlige Vereinigung mit dem Polniſchen Reiche wünſchten [5]).

Nur erſt nach langen Verhandlungen und gegen Uebernahme läſtiger Bedingungen war es nach dem Tode des Markgrafen 1603 Georg Friedrich dem Kurfürſten Joachim Friedrich möglich, im J. 1605 ſeine Anerkennung als Curator des regierenden Herzogs und als Adminiſtrator Preußens durchzuſetzen. Zu noch größeren Zugeſtändniſſen mußte ſich in kirchlicher wie politiſcher Hinſicht ſein Sohn und Nachfolger Johann Sigismund verſtehen, um nur, nachdem er ſchon eine Zeit lang für ſeinen Vater die Curatel und Landesregierung verwaltet hatte, bei ſeinem An- 1611 tritte der Kur auch für Preußen die Belehnung zu erhalten und ſeinem Hauſe den Anfall dieſes wichtigen Beſitzthums zu ſichern [6]). Denn nicht bloß, daß der Kurfürſt durch die Zuſicherung einer jährlichen Abgabe von 30000 Poln. Gulden, welche bei jeder Steuerbewilligung des Reichstags auf das Doppelte erhöht werden ſollte, neben den bisherigen Kriegsdienſten eine Zinspflicht des Landes anerkennen mußte, wurde auch ſtatt der im Cracauer Frieden feſtgeſetzten Austrägalinſtanz für alle Klagſachen von 500 P. G. an Werth die Appellation an den König freigegeben, welcher dadurch eine mit der bloßen Lehnsherrlichkeit unvereinbare Schutzhoheit und Gerichtsbarkeit erhielt, und da überhaupt bei allen jener Summe gleichzuſtellenden Rechtsverletzungen Berufung geſtattet ſein ſollte, gleichſam zum oberſten Schiedsrichter aller Landesangelegenheiten gemacht wurde. Zugleich benutzte Kö-

5) v. Baczko Th. 4. S. 368 flg.
6) Ebend. S. 485. u. 497. Cod. dipl. Pol. T. IV. p. 489 sq.

Digitized by Google

nig **Sigismund Auguſt** aber auch jene Differenzen, um für ſeine Glaubensgenoſſen im Herzogthum größere Freiheiten zu gewinnen, und dadurch die ſtets erneuten Vorwürfe zu beſchwichtigen, welche der Römiſche Stuhl gegen die Krone ob der von König Sigismund bei der Säculariſation des Ordens und Reformation des Landes geübten Nachgiebigkeit erhob.

Ohne daß jemals gegen die Katholiken, wie ſelbſt Schriftſteller ihres Glaubens anerkennen müſſen, Verfolgungen, oder auch nur Strafverbote wider das Bekenntniß der katholiſchen Religion ergingen, war das Herzogthum ein rein evangeliſches Land geworden; nur hie und da hatten ſich an der Grenze einzelne Kapellen und in dieſen ein katholiſcher Hausgottesdienſt erhalten [7]), von Diöceſanrechten der Polniſchen Biſthümer war vollends nichts mehr übrig. Durch den Vergleich mit dem Kurfürſten wurde aber das Bekenntniß der katholiſchen Religion ausdrücklich wieder freigegeben, ihren Bekennern volle politiſche und bürgerliche Rechtsfähigkeit zugeſichert, und ſowohl dem Adel als den Städten kraft ihres Patronatsrechts die Errichtung von Oratorien und Herſtellung des katholiſchen Gottesdienſtes geſtattet [8]). Zugleich erlaubte der Kurfürſt die Wiederherſtellung der H. Linde, eines früher berühmten Wallfahrtsorts an der Ermländiſchen Grenze, und verſprach in einer der Vorſtädte **Königsbergs** auf ſeine Koſten eine katholiſche Kirche zu erbauen und zu dotiren, über welche zwar dem Landesherrn das Patronatsrecht zuſtehen ſollte, dem Ermländiſchen Biſchofe aber Confirmations- und Viſitationsrechte, ja ſogar die geiſtliche Jurisdiction eingeräumt wurden [9]).

---

7) Hartknoch Pr. Kirchen-Hiſt. Kap. 6. S. 490.

8) Religio Catholica Romana, lautet die von Sigismund ausgeſtellte Urkunde, in Ducatu eam profiteri volentibus libera erit, neque ullus unquam ... eam ob rem interpellabitur. Sacella itidem et oratoria ubivis ... integra tuta et concessa illis erunt, in iisdem liberum pietatis ex doctrina institutisque Cathol. Rom. exercitium habebunt ... Ad munera etiam et honores, qui ex catholicis idonei fuerint, liber aditus erit. Quicunque etiam in Ducatu Cath. Rom. religionis Barones, Nobiles et Civitates iura patronatus ... consecuti sint, integrum licitumque illis erit, religionis Cath. Rom. exercitium in iisdem introducere, instituere habereque.

9) Cum praeter haec (ſ. v. N.) in conditionibus A. 1605 ... postu-

Dieſe Zuſicherungen, von denen bedenkliche Folgen wenigſtens zu fürchten waren, zumal den Evangeliſchen weder der ungeſtörte Beſitz ihrer Kirchen geſichert, noch irgendwie das Bekenntniß der Pfarreingeſeſſenen als maaßgebend für das den Grundherren zuſtandene Recht bezeichnet war, erregten bei den eifrig lutheriſchen Ständen allerdings einiges Bedenken, mehr als die politiſche Abhängigkeit des Fürſten vom Polniſchen Könige, welche ihnen eher angenehm war, als drückend ſchien. In ihrem Haſſe gegen den Calvinismus, welchem Kurfürſt Sigismund damals ſchon geneigt galt, und deſſen Einführung in Preußen man von ihm beſorgte, genehmigten indeſſen die Stände die freie Uebung der katholiſchen Religion, um nur von den Commiſſarien des Königs ein ausdrückliches Verbot des reformirten Bekenntniſſes, und den Ausſchluß, wie der Ausländer, ſo der Calviniſten von dem Landtage und allen Aemtern zu erwirken, ein Verbot, welches bald nach dem Religionswechſel Sigismund's, trotz aller Bemühungen des Kurfürſten, von den Polniſchen Commiſſarien ſogar dahin erneut ward, daß gegen die Calviniſten wie gegen Friedensbrecher gerichtlich verfahren werden ſollte [10]. So gewann die ka-

---

latum fuisset, ut ad minimum Regiomonti unum atque alterum templum ad religionis Cath. usus cum reditibus iustis assignaretur . . . promittimus, spondemusque, in usus hosce religionis Cath. Rom. unum templum . . . latericium s. ex lapide loco decente et honesto in suburbio aliquo . . ., coemeterium item circumcirca et campanile . . . nostro sumptu extructuros; similiter etiam iuxta templum domum et habitationes necessarias et commodas pro parochis et ministris . . ., tum in dotem etiam ecclesiae et alimenta parochi M. florenos annuos certi reditus certis in fundis, villis, agris aut censibus assignaturos. Ius praesentandi parochum, idoneum tamen et in primis quidem sacerdotem Cath. religionis Rom. . . . ad Nos pertinere debebit; si tamen intra semestre tempus . . . eum praesentare negligeremus, Rev. Episcopo Warmiensi . . . de parocho ecclesiae providere ipsumque instituere liberum erit. Ad eundem successoresque eius inspectio in doctrinam, mores et vitam parochi pertinere debebit, qui quidem eodem iure, quo alii in Regno Pol. sacerdotes, privilegiatus, et exemtus omnino ab omni iurisdictione seculari esse debebit, exceptis casibus in iure canonico expressis.

10) Si quis posthac aliam religionem quam catholicam Romanam vel Augustanam . . . docere, concionari et exercere ausus fuerit praesumseritque, is uti turbator pacis publicae a quovis conveniendus et accusandus est . . . Qui vero ad officia publica in posterum voca-

tholiſche Kirche wieder feſten Fuß im herzoglichen Preußen. Schwerlich wäre auch das Land bei dem rückſichtsloſen Eifer, mit welchem die Könige von Polen in ihrem eignen Reiche die gegenreformatoriſchen Beſtrebungen des katholiſchen Clerus unterſtützten, bedenklichen Religionsirrungen entgangen, wenn nicht bald darauf die politiſchen Ereigniſſe die Unabhängigkeit des Landes hergeſtellt, und der evangeliſchen Parthei für immer das Uebergewicht gewährt hätten.

§. 8.

Preußens Anfall an Brandenburg und Erhebung zum Königreiche.

Schon im J. 1618 eröffnete Herzogs Albrecht Friedrich Tod dem Brandenburgiſchen Kurhauſe die erwartete Erbfolge. Ohne Widerſpruch der Stände oder von Seiten Polens führte auch Kurfürſt Johann Sigismund die Regierung als nunmehriger Landesfürſt fort. Als aber ein Jahr darauf ſein Tod erfolgte, machte trotz jenem Vergleiche König Sigismund deſſen Sohne und Nachfolger Georg Wilhelm neue Schwierigkeiten, und ſtatt die Belehnung zu ertheilen, wagte er ſogar, gleich als wenn das Land der Krone angefallen wäre, Commiſſarien nach Preußen zu ſenden, welche einen Landtag ausſchreiben und nach ihrem Gutdünken alles im Lande ordnen ſollten [1]). Von dieſer Anmaßung ſtand zwar gegen ſchwere Geldſummen der König ab, und belieh im J. 1621 den Kurfürſten mit dem Herzogthume. Allein die Streitigkeiten mit den Ständen, welche gleich anfangs ausgebrochen, durch willkürliche Einmiſchung des Königs noch genährt und erweitert wurden, die Religionswirren in Deutſchland, bald darauf der Ausbruch des Schwediſch-Polniſchen Krieges, deſſen Haupt-

buntur, ii vel sint catholici, vel certe tales, qui Calvinismo et aliis sectis contradicant et corpori doctrinae Prutenicae subscribant (v. Baczko Th. 4. S. 491.). Vgl. auch Jacobſon a. a. O. S. 64 flg., wonach ſchon 1567 vom Herzog Albrecht beſtimmt war, daß die Calviniſten „in den Rathſtuben“ nicht geduldet werden ſollten.

1) v. Baczko Th. 5. S. 88 flg.

ſchauplatz Preußen wurde, hinderten den ruhigen Beſitz des neu-angefallenen Landes, vollends eine feſtgeordnete Verwaltung und kräftige Vertheidigung der landesfürſtlichen Rechte. Selbſt der Waffenſtillſtand zwiſchen Polen und Schweden brachte, da ein 1629
großer Theil Preußens im Schwediſchen Beſitz blieb, dem Lande kaum einen anderen Gewinn, als daß die hie und da während des Kriegs von den Polen verſuchte kirchliche Reaction wieder rückgängig wurde, und daß der Kurfürſt, deſſen Anhänglichkeit und Hülfe ſich die Krone Polen für den etwanigen Wiederausbruch der Feindſeligkeiten zu ſichern wünſchte, die Zuſicherung erhielt [2]), es 1633
ſolle künftighin ſchon vor ertheilter Belehnung, ſo nur die Anmeldung dazu geſchehen wäre, jeder Nachfolger die Regierung antreten dürfen, jeder vertragswidrige Misbrauch der königlichen Commiſſionen und der Appellationen nach Polen unterbleiben, auch den früheren Commiſſionsdecreten keine verbindende Kraft beiwohnen. Allein auf Geneigtheit zur Ausführung dieſer Zuſagen, wie ſehr auch davon die Handhabung der fürſtlichen Gewalt abhing, war kaum zu rechnen; der Kraft und Weisheit des großen Kurfürſten blieb es vorbehalten, nachdem in Deutſchland der Friede hergeſtellt war, die Preußiſchen Erwerbungen durch geſchickte Benutzung des zwiſchen Polen und Schweden bald wieder ausbrechenden, mit wechſelndem Glücke geführten Krieges ſeinem Hauſe wahrhaft gewinnbringend zu machen.

Geringen Länderzuwachs brachte dem Kurfürſten der noch während des Krieges am 19. Septbr. 1657 zu Wehlau mit der Krone Polen geſchloſſene Tractat, welchen wenige Jahre darauf im Frieden zu Oliva vom 10. Mai, und in einem Separatartikel vom 26. Juni 1660 beide kriegführende Mächte von neuem anerkannten [3]). Denn mit den übrigen occupirten Polniſchen Beſitzungen mußte auch das Ermland, welches Schweden früher dem Kurfürſten zugeſichert hatte, reſtituirt werden, und nur vorübergehend war der Beſitz von Elbing, der Gewinn an äußerer Macht

2) v. Baczko Th. 5. S. 88. 99. 272.
3) v. Baczko Th. 5. S. 291 flg. 303—305., Cod. dipl. Pol. T. IV. p. 486. 499.

ſomit beſchränkt auf die pfandweiſe überlaſſene, aber nicht wieder eingelöſte Draheimer Staroſtei, und auf die beiden freien Lehnsherrſchaften Lauenburg und Bütow [4]. Aber ſelbſt einen Verluſt an Land und Leuten würde die Aufhebung des Lehnsnexus aufgewogen haben, durch welche, unter bloßem Vorbehalte des Rückfalls bei gänzlichem Ausſterben der männlichen Linie, die Krone Polen das Herzogthum Preußen dem Kurfürſten und deſſen ehelicher männlicher Descendenz zu vollem Eigenthum und mit unbeſchränkter Souveränität überließ, und dadurch dem Hauſe der Hohenzollern die Bahn eröffnete, auf welcher ſie, geſchmückt mit ſelbſtgeſchaffener Königswürde, innerhalb eines Jahrhunderts in die Reihe der Europäiſchen Mächte eintraten.

Die politiſche Verfaſſung des Herzogthums ward durch den Wegfall der Polniſchen Schutz- und Lehnshoheit zunächſt nicht geändert. Im Friedenstractate waren vielmehr die ſtändiſchen Privilegien ausdrücklich beſtätigt worden; nach langen Unterhandlungen mit dem Landtage ertheilte Kurfürſt Friedrich Wilhelm unterm 12. März 1663 in der Landesaſſecuration [5], welche ſeitdem als Fundamentalgeſetz des Landes bei allen ſpäteren Huldigungen erneuert worden iſt, die Zuſicherung: „E. E. Landſchaft von allen Ständen, und einen jeglichen inſonderheit bei allen und jeden dieſes Landes erlangten und einverleibten Privilegien, Pacten, Receſſen, Decreten und Reſponſen, Gerechtigkeiten und Freyheiten in Religion und prophan Sachen ... geruhig und unangefochten bleiben zu laſſen“, und gab zugleich die Erklärung, daß er „das erhaltene supremum et directum dominium wider des Landes Beſte und deſſen wohlhergebrachte Freyheiten zu extendiren“ nicht geſonnen ſei, obſchon ihm „nunmehro nebſt den herzoglichen und des Ordens, auch die Königlichen und der Republic Iura, wie ſich derſelben der König und die Republic nach Innhalt der Pacta gebrauchet“ gebührten. Erſt durch den Verfall der ſtändiſchen Verfaſſung, von dem Landtage ſelbſt verſchuldet, durch die Nothwendigkeit einer geordneten Verwaltung und

4) S. oben Kap. 1. §. 10. u. 11.
5) v. Baczko Th. 5. S. 486 flg.

Digitized by Google

Umgeſtaltung der Landesbehörden, an deren Spitze fortan die aus den vier Oberräthen, dem Landhofmeiſter, Oberburggrafen, Kanzler und Obermarſchall beſtehende Oberregierung, das ſpätere Preußiſche Etatsminiſterium, ſtand, vor allem durch die Unmöglichkeit, dem Herzogthume, wie es iſolirt von den übrigen Beſitzungen lag, auch noch eine völlig ſelbſtſtändige Adminiſtration und durchaus verſchiedene Organiſation zu laſſen, wurde nach und nach theilweiſe Umgeſtaltung der Landesverfaſſung herbeigeführt.

Eben ſo erlitt erſt im Laufe der ſpäteren Zeit der Zuſtand der evangeliſchen Landeskirche einzelne Aenderungen. Der Landes-Aſſecuration gemäß, welche die Stände „inſonderheit bei der einhellig angenommenen Lutheriſchen Religion nach Innhalt der Augsburgiſchen Confeſſion, derſelben Apologie und wiederholten Preußiſchen Corpore doctrinae und Kirchen-Ordnung, derſelben Kirchen und Schulen ... bleiben zu laſſen ..., auch durch die reformirte Religion, derſelben Exereitien und Zugethane ..., und dann, daß Wir gleichfalls die Römiſch-Catholiſchen bey ihrem Rechte laſſen .., in der lutheriſchen Religion nicht zu gefährden“ verſprach, galt eigentlich ſtets die lutheriſche Kirche, wie ſie entſchieden das numeriſche Uebergewicht hatte, verfaſſungsmäßig als herrſchende. In einer beſondern Aſſecuration vom 9. Juli 1663 [6]) hatten ſogar die Stände die declaratoriſche Zuſicherung erhalten, daß den Reformirten nicht mehr als drei Kirchen, „ohne einigen Abgang derer lutheriſchen Kirchen, dero Einkümpften und Pertinentien“, eingeräumt werden ſollten, auch nur im Nothfalle ein Religionsexercitium in den Privathäuſern geſtattet ſei, daß ihnen nur eine gewiſſe Anzahl von Stellen in den oberen Gerichten und den Aemtern zukommen, die Oberregierung dagegen, die Hauptämter, der Landrath, das Conſiſtorium und die Univerſität nur mit Lutheriſchen beſetzt werden ſollten. Später aber trat nicht bloß eine Vermehrung der reformirten Kirchen ein, ſondern die Toleranz der Regierung gewährte ſogar, ohne daß erhebliche Be-

6) v. Baczko Th. 5. S. 514.

Digitized by Google

ſchwerde darüber geführt wäre, den eignen Glaubensgenoſſen gleiche politiſche Rechte mit den Lutheranern. Des abweichenden Glaubensbekenntniſſes ungeachtet, nahm auch bereits Kurfürſt Friedrich Wilhelm, mehr noch ſein Nachfolger, über die lutheriſche Kirche ein wahres „ius supremum episcopale und höchſtes ſouveränes Recht circa ecclesiastica" in Anſpruch, und behandelte die Kirchenverwaltung, für welche das Conſiſtorium ein ausſchließliches Recht und eine gewiſſe Unabhängigkeit zu behaupten verſuchte, durch Ueberweiſung einzelner Sachen an die Oberregierung und durch Unterordnung der Conſiſtorien unter deren Aufſicht mehr und mehr als Landesangelegenheit [7]). Unter König Friedrich I. aber wurden ſchon dem Samländiſchen Conſiſtorio reformirte Beiſitzer zugeordnet, und dadurch, zumal ſeit im J. 1751 das Pomeſaniſche Conſiſtorium zu Saalfeld mit dem Königsberger vereinigt wurde, der frühere Gegenſatz beider Confeſſionen, ſelbſt in Beziehung auf kirchliche Verfaſſung, zuletzt gänzlich beſeitigt [8]).

Dagegen blieb der Zuſtand der katholiſchen Kirche unverändert. Die im Wehlauer Frieden von neuem den Katholiken garantirte Fähigkeit zu Aemtern und Würden iſt ihnen zwar nie beſtritten oder geſchmälert, die Privatübung ihrer Religion überall im Lande geſtattet worden. Allein ſeit jenem Vergleiche vom J. 1611 hatten die Polniſchen Könige und Prälaten immer entſchiedener die Tendenz kundgegeben, ihrer Kirche im Herzogthum wo möglich wieder Einfluß und Macht zu verſchaffen. Gleich damals hatten die Polniſchen Commiſſarien gewagt, in einem Edicte die Uebung der Augsburgiſchen Confeſſion als bloße Duldung zu be-

---

7) Vgl. hierüber beſonders Jacobſon a. a. O. S. 74 flg. So ward das Viſitationsweſen der Aufſicht der Ober-Regierung unterworfen, dieſer das Diſpenſationsrecht vorbehalten, die freie Beſetzung der Pfarreien durch das Conſiſtorium aufgehoben, die legislative Gewalt natürlich als landesherrliches Reſervatrecht behandelt.

8) Vgl. Nicolovius a. a. O. S. 92 flg. u. Jacobſon a. a. O. S. 93 flg. — In Folge deſſen ward auch nicht bloß der Pfarrzwang für die Reformirten aufgehoben, ſondern ſelbſt deren Befreiung von der Zehntpflicht, und wenigſtens theilweiſe ausgeführt. Vgl. Jacobſon a. a. O. Anh. No. 22. 88. 42.

zeichnen und der katholiſchen Kirche den Vorrang zu vindiciren [9]); von König Wladislaw IV. war ſogar den Preußiſchen Ständen, obſchon ohne Erfolg, der förmliche Antrag gemacht worden, daß in jedem Amtsbezirke eine katholiſche Kirche errichtet würde [10]). Nicht zufrieden, daß hie und da auf dem flachen Lande der katholiſche Gottesdienſt von den Gutsherrſchaften wiederhergeſtellt wurde [11]), daß man bei der H. Linde die Errichtung eines Jeſuiter-Collegii duldete, ſprachen die Katholiſchen für die dortige Kirche ſelbſt Pfarrrechte an [12]). Der Biſchof von Ermland, welcher ſeit dem J. 1613 geradezu den Titel eines Biſchofs von Samland angenommen, und ſeiner Unterſchrift des Oliviſchen Friedensinſtruments beizufügen gewagt hatte, ſteigerte ſeine angeblichen Anſprüche auf jenes längſt erloſchene Bisthum, aller Proteſtationen ungeachtet, ſo weit, daß er eigenmächtig den Pfarrer in Königsberg zu ſeinem Probſte und zum Dechanten in Samland ernannte, und ſogar über Weltliche biſchöfliche Rechte geltend zu machen verſuchte [13]). Solche Vorgänge und die widerrechtlichen gewaltſamen Verfolgungen der Evangeliſchen in Polniſch-Preußen mußten die Regierung weiteren Conceſſionen abgeneigt machen, und zwangen gewiſſermaßen die Landesherrſchaft, nicht bloß den katholiſchen Clerus auf den Buchſtaben der tractatenmäßigen Rechte zu beſchränken, ſondern auch den Uebertritt zur katholiſchen Kirche zu beaufſichtigen und zu erſchweren, auch, außer wo die Gutsherrſchaften Kapellen hergebracht oder neueingerichtet hatten, nur in der Stille den katholiſchen Gottesdienſt zu geſtatten [14]).

9) ... Quamvis permissum fuerat religionis Augustanae exercitium, non tamen religionem catholicam eo summotam, sed salva potioreque catholica, penes illam quoque usus Augustanae permissus, sed permissus potius, quam approbatus et confirmatus est (ſ. v. Baczko a. a. O. S. 496.).

10) Arnoldt's Preuß. Kirchengeſch. B. 7. Kap. 2. §. 7. S. 490.

11) Ebend. S. 809.

12) Ebend. Buch 8. Kap. 11. §. 1 flg. S. 806 flg. und Hartknoch a. a. O. S. 1052.

13) Ebend. Kap. 13. §. 28 flg. S. 861 flg. und v. Baczko über die Verfaſſung des Bisth. Ermland im Beitr. z. Kunde Preuß. Th. 3. S. 367.

14) Im J. 1735 erging ein Strafverbot gegen Proſelytenmacherei, und

Auch die Erwerbung Weſtpreußens änderte in dem Zuſtande des katholiſchen Bekenntniſſes nichts. Zwar ward, wie in Betreff der Rechtspflege, ſo in Cameral- und Polizeiſachen das Ermland zu Oſtpreußen geſchlagen, und in ſofern gewannen hier die Katholiſchen die vollen Rechte einer öffentlich anerkannten Kirche. In den alten Landen aber haben ſie, außer der Königsberger Pfarre, nur an wenigen Orten, wie Memel, Tilſit, H. Linde u. ſ. w. Kirchen beſeſſen [15]), und dem Ermländiſchen Biſchofe, deſſen Rechte wie es ſcheint ſelbſt für die Königsberger Pfarrkirche auf eine bloße Confirmation der von der Regierung beſtellten Geiſtlichen beſchränkt blieben [16]), iſt ſo wenig als einem andern der mit Weſtpreußen gewonnenen Landesbiſchöfe eine Erweiterung ihrer Diöceſangewalt über die einzelnen Bekenner und Gemeinden katholiſcher Confeſſion nachgegeben worden [17]). Erſt in neuerer Zeit

---

im J. 1738 wurde vorgängige Anmeldung jedes Uebertritts eines Evangeliſchen bei der Ortsobrigkeit vorgeſchrieben. Eine Verordnung vom 11. Juli 1730 beſtimmte, daß in Landſtädten die Katholiken nicht öffentlich, ſondern nur in der Stille bei verſchloſſenen Thüren die Abendmahlsfeier ſollten begehen dürfen. (Ebend. S. 815.) Vor allem aber verdient Beachtung das von Jacobſon a. a. O. Th. 1. Anh. No. 96. A. mitgetheilte Reſcript vom 18. October 1726, worin das Vorgeben der Jeſuiten, daß die kathol. Kirchen zu Königsberg, Tilſit und bei der H. Linde „zum Biſchofthum Ermland gehörten“ als „ſtrafbare Verworfenheit“ bezeichnet, und erklärt wird, es dürfe „dem Biſchof vom Ermland oder ſeinen Officianten und Bedienten ſo wenig in Eheſachen als in einer andern Affaire ein ius dioecesanum und geiſtliche Jurisdiction zu exerciren geſtattet werden, außer was die Pacta ratione der Aufſicht über die Lehre und das Leben derer bey der röm.-kath. Kirche zu Königsberg beylegen“.

15) Büſching Erdbeſchreibung Th. 2. S. 16. 55. 63. 64. und Jacobſon a. a. O. Th. 2. S. 20.

16) Vgl. v. Baczko Th. 6. S. 156 flg. — In Königsberg iſt die freie Religionsübung, durch mehrere Verordnungen im 17ten Jahrhundert ausdrücklich beſtätigt (Grube Corp. Const. Pruten. T. I. p. 148.), den Katholiken nie geſchmälert worden.

17) Ein Reſcr. vom 29. Auguſt 1803 (bei Jacobſon a. a. O. Th. 1. Anh. No. 99.) erklärt die vom Culmer Biſchofe behaupteten Diöceſanrechte in Oſtpreußen für „keineswegs fundirt, ſondern nur uſurpirt“; eben ſo ward durch eine Reſolution vom 12. April 1806 (ebend. No. 100.) ein Antrag der Ermländiſchen Generaladminiſtration, daß für die ganze Provinz Oſtpreußen die katholiſchen Eheſcheidungsſachen dem biſchöflichen Conſiſtorio zugewieſen werden ſollten, als der hergebrachten Verfaſſung der Provinz zuwiderlaufend zurückgewieſen.

ſcheint die freiere Duldung dieſes Bekenntniſſes ſich immer mehr zu vollſtändiger und öffentlicher Religionsübung geſteigert, und wenn auch nicht zu Vermehrung der katholiſchen Kirchen, doch zu Bildung neuer Pfarrſyſteme geführt zu haben. So ſtehen jetzt, gleich der katholiſchen Kirche zu Memel, der Kapelle Drangowski bei Tilſit Pfarrgerechtſame zu [18]), und ſchon im J. 1816 ward die Kirche zur H. Linde zur Pfarre von achtzehn benachbarten Ortſchaften erhoben [19]); eben ſo ſind im Kreiſe Neidenburg Bialluten und Gr. Lensk nebſt Gr. Przelenk katholiſche Pfarrdörfer [20]). Die letzteren gehören zum Culmer Diöceſanſprengel, die übrigen Pfarrkirchen ſtehen, gleich der Königsberger, unter der Inſpection des Biſchofs von Ermland, ohne daß ſie jedoch bei der neuen Diöceſanumſchreibung in der Art, wie die katholiſchen Gemeinden der Mark und Pommerns dem Breslauer, die Magdeburg-Halberſtädter dem Paderborner Biſthume, ausdrücklich der Verwaltung des Biſchofs als päbſtlichen Vicars überwieſen worden wären, oder gar eine förmliche Einverleibung in den Ermländiſchen Diöceſannexus ſtattgefunden hätte [21]).

18) Vgl. Topogr. Ueberſ. des Königsb. Regier.-Bezirks. Königsb. 1820. S. 48. und Hof- u. Staats-Handb. v. J. 1839. S. 228.

19) Topogr. Ueberſicht S. 130., wo auch bemerkt wird, daß ſo lange die H. Linde noch Miſſionsanſtalt der Jeſuiten geweſen, dieſe zweimal des Jahrs Rundreiſen in den benachbarten Kreiſen gemacht hätten, um dort Gottesdienſt zu halten.

20) Ebendaſ. S. 211. u. 216.

21) Gr. Lensk hat nach der angef. topogr. Ueberſ. ſtets unter Culm geſtanden, Bialluten, früher gleich dem Weſtpr. Gurzno zur Plocker Diöceſe gehörig, iſt durch die Bulle De salute animarum an Culm überwieſen worden. Der anderen Orte, ſelbſt Königsbergs, geſchieht gar keine Erwähnung in der Bulle, ſondern abgeſehen von der Ueberweiſung mehrerer Culmer Decanate heißt es hier nur: Varmiensis ecclesiae dioecesis ex proprio actuali dioecesano territorio constabit.

Drittes Kapitel.

Weſtfäliſche Provinzen.

§. 1.

Stiftung der Rheiniſchen und Weſtfäliſchen Bisthümer.

In völligem Dunkel liegt der Urſprung der Rheiniſchen Erzſtifter. Eine alte Tradition, ſelbſt in ſpätere Bullen der Päbſte übergegangen, nennt den H. Eucharius, einen Jünger des Apoſtels Petrus, als Stifter und erſten Biſchof von Trier [1]); in Crescens, dem angeblich erſten Biſchofe von Mainz, hat man den gleichnamigen Schüler des Apoſtels Paulus [2]) wiederfinden wollen [3]); die Eiferſucht der Landes-Schriftſteller [4]) hat auch die Gründung des Bisthums Cöln bis in das erſte Jahrhundert zurückzuſetzen verſucht. Indeß ein ſicheres Zeugniß von der Cölner und Trierer Kirche findet ſich erſt in den Acten der Synode zu
314 Arles [5]), der Mainzer Kirche geſchieht ſogar erſt zur Zeit des Sar-

---

1) Vgl. de Hontheim historia Trevirensis diplomatica et pragmatica praef. p. IX seq., der dieſe Angabe zugleich gründlicher widerlegt hat als ſie verdient.

2) Galatien mit Gallien verwechſelnd, nennen einige Kirchenväter den Crescens, deſſen II Timoth. c. 4. v. 9. Erwähnung geſchieht, als erſten Verkündiger des Evangelii in Gallien.

3) Vgl. u. a. Nic. Serarii Moguntiacarum rerum libri V. Mainz 1604. Lib. II. c. 2. Nach Io. Seb. Severus (Pfarrers zu Walthürn) Diagr. circa seriem antistitum Moguntinorum art. 2. in Schunck's Beitr. zur Mainzer Geſch. Mainz 1788. Bd. 2. S. 174 flg. iſt übrigens die Exiſtenz des Biſchofs Crescens mehr als zweifelhaft.

4) Gelenius de admiranda sacra et civili magnitudine Coloniae. 1645. pag. 36.

5) Dieſe hat Maternus episcopus de Agrippina civitate und Agröcius episcopus de civitate Trevirorum unterſchrieben. Vgl. Hontheim l. l. p. XXXIII. und Diss. de antiquo statu Trevirorum §. 5. Tom. I. p. 1. seq., ſo wie P. Hedderich die Cölniſche Kirche u. ſ. w. §. 1. in (Eichhof's) Materialien zur geiſtl. u. weltl. Statiſtik des niederrh. u. weſtphäl. Kreiſes. Erlangen 1781 flg. Th. 1. S. 399 flg.

dicenſiſchen Concils Erwähnung, welches nach alten Zeugniſſen 347
Martinus Biſchof von Mainz beſucht hat [6]; wie weit aber dieſe Biſthümer in die Zeit vor Conſtantin dem Gr. zurückreichen, iſt feſtzuſtellen unmöglich.

Nicht minder ungewiß ſind die Schickſale aller jener Kirchen bis zum achten Jahrhundert. In Trier, der Hauptſtadt der Belgiſchen Provinz, und von dem Schauplatze der Kämpfe mit den Germanen weiter entfernt, ſcheint mit der Römiſchen Herrſchaft der Biſchofsſitz ſich erhalten zu haben, und dieſer Umſtand hat vielleicht mehr noch, als der angeblich apoſtoliſche Urſprung des Biſthums zur Begründung der Metropolitanrechte geführt, welche Trier wenigſtens ſeit der Mitte des ſiebenten Jahrhunderts unzweifelhaft und unbeſtritten über die drei Biſthümer Metz, Toul und Verdün beſaß [7]. In Cöln und Mainz dagegen, von den Deutſchen Kriegsheeren zu wiederholten Malen zerſtört und ſeit der Mitte des fünften Jahrhunderts im bleibenden Beſitz der Franken und Alemannen, mag nur in ſchwachen Ueberreſten die chriſtliche Lehre fortgelebt haben, bis der Uebertritt Chlodwigs zum Chriſtenthume, und die Unterwerfung des unteren Alemanniens zur Herſtellung jener beiden Biſthümer führte und ihnen eine dauernde Exiſtenz ſicherte [8]. Gleichzeitig dürfte die Gründung des Tongern'ſchen, ſpäter Lütticher Biſthums im Lande der Saliſchen Franken erfolgt ſein, doch hat auch dies nur allmählich und erſt gegen Ende des ſiebenten Jahrhunderts feſten Beſtand gewonnen [9]. Eine Diöceſanumgrenzung aller dieſer Biſthümer iſt

---

6) Severus l. l. art. 2. §. 18. n. 23.

7) In einem Privil. des Biſchofs Numerianus für das Kloſter Moyen-Moutier zu S. Diez in Südlothringen v. J. 664 werden dieſe Biſchöfe als comprovinciales genannt. Nicht entſcheidend iſt die Stelle in Athanasius hist. Arrian. ad monachos c. 33., welche ſchon für das 4te Jahrh. die Metropolitangewalt Triers erweiſen ſoll, da die Worte Paulinus Episcopus Trevirorum, quae Galliarum metropolis est, wohl nur Trier als Hauptſtadt in Gallien bezeichnen, nicht auf die kirchliche Stellung des dortigen Biſchofs zu beziehen ſind.

8) Biſchof Sidonius ſoll um das J. 534 Mainz wieder aufgebaut haben; von da an läßt ſich die Reihenfolge der Biſchöfe mit einiger Sicherheit nachweiſen. Vgl. Severus l. l. §. 23. p. 214.

9) S. Leo's Zwölf Bücher Niederländ. Geſch. Th. 1. S. 368.

ſchwerlich ſchon damals erfolgt, noch iſt es erweislich, daß den Erzbiſchöfen von Trier als päbſtlichen Vicaren in Gallien und Germanien, und in Folge des ihnen angeblich ſchon von Pabſt Sylveſter verliehenen Primats [10]), eine Obergewalt über die andern Biſthümer zugeſtanden habe [11]); aller Wahrſcheinlichkeit nach hat vielmehr erſt die Reorganiſation der Fränkiſchen Kirche durch den H. Bonifacius [12]), und die Bekehrung der Sächſiſchen und Frieſiſchen Stämme zu einer feſten Geſtaltung der Diöceſanverhältniſſe am untern Rheine geführt.

Die Frieſen, einſt die Bundesgenoſſen der Franken, ſeit deren Uebertritt zum Chriſtenthume ihre erbitterten Gegner, wurden ſchon unter Carl Martell zum großen Theile dem Fränkiſchen Reiche tributpflichtig. Das neu geſtiftete Biſthum zu Utrecht, welchem der H. Willibrod als erſter Biſchof vorgeſetzt wurde, ſollte der chriſtlichen Lehre zum Stützpunkte dienen; doch fand ſie faſt noch heftigeren Widerſtand als die fremde Herrſchaft, vor allem in den öſtlicheren, an das Sachſenland angrenzenden Gebieten [13]). Ganz erfolglos blieben, wie in früheren Jahrhunderten ſo auch in den erſten Regierungsjahren Carl's des Gr., die Bekehrungsverſuche unter den Sachſen; dagegen gelang es ſchon vor der Mitte des achten Jahrhunderts dem Glaubenseifer des H. Bo-

10) Das ohne Zweifel unechte Privil. Sylveſter's (314—36) ſ. bei Hontheim Tom. I. p. 17., der auch die Privil. Johann's XIII. v. J. 967 und Benedict's VII. v. J. 975 mittheilt, durch welche den Trierer Prälaten, weniger wohl um des Primats als Vicariats willen, das ius primae sedis et vocis verliehen wird.

11) In Betreff Cölns iſt dies von G. L. Böhmer de orig. iur. archiep. Colon. c. 1. §. 10. (in deſſen Electis iuris T. II. No. 8.) nachgewieſen. Vgl. indeſſen Hontheim Diss. ad Sec. XI. §. 7. u. 8., Tom. I. p. 343 seq.

12) Vgl. Carlomanni Capitul. I. A. 742. und Capitul. A. 744 in Walter's Corp. iur. Germ. T. II. p. 18. u. 24. Auf Auſtraſien, welchem nach Carl Martell's Tode ſein Sohn Carlmann als Dux Francorum vorſtand, bezieht ſich die Klage des H. Bonifacius in den Briefen an P. Zacharias (ſ. Gieſeler Lehrb. d. Kirchengeſch. Th. 2. S. 28. Note f), daß ſeit 60—70 Jahren kirchliche Verfaſſung und Zucht verfallen und verwildert ſei.

13) Leo a. a. O. S. 898 flg. vgl. mit S. 632 flg., Eichhorn D. St. u. R. G. 4te Ausg. Th. 1. §. 127. S. 532.

H. Bonifacius, in den Heſſiſchen und Thüringiſchen Gauen die erſten Keime des Chriſtenthums zu pflanzen, deren Pflege Bonifacius, welchen im J. 732 Gregor III. zum Metropoliten von Deutſchland und apoſtoliſchen Vicare ernannt hatte, ſpäter einzelnen Klöſtern und den neugegründeten Bisthümern zu Büraburg 741
bei Fritzlar und zu Erfurt anvertraute [14]). Nur kurze Dauer war dieſen Bisthümern beſchieden; denn als im J. 745 Bonifacius, nachdem er erſt im Jahre vorher für das erledigte Bisthum Cöln ſich entſchieden hatte, Mainz zu ſeinem erzbiſchöflichen Sitze erwählte, vereinigte er mit deſſen Sprengel beide Bisthümer. Dem Evangelium blieben indeſſen jene Gegenden treu, und bildeten nebſt Würzburg einen Ausgangspunkt für die Miſſionen unter den Sachſen. Um ſo eher konnte, trotz der hartnäckigſten Vertheidigung ihrer Freiheit, die endliche Bekehrung dieſes Volkes der Ausdauer Carl's des Gr. gelingen [15]).

Für die Gründung der Sächſiſchen Bisthümer beſtimmte Jahre nachzuweiſen, iſt, da Stiftungsurkunden größtentheils fehlen und bei der zweifelhaften Echtheit der vorhandenen [16]), ein eben ſo vergebliches Unternehmen, als wenig Gewicht darauf gelegt werden kann. In den Grundzügen mag Carl der Gr. ſchon im J. 777 nach dem erſten Siege über die Sachſen auf dem Reichstage zu Paderborn die kirchliche Eintheilung Sachſens beſchloſſen haben. Das wechſelnde Kriegsglück ſetzte aber die Geiſtlichen ſtets erneuter Verfolgung aus, und ließ den einzelnen hie und da errichteten Gemeinden nur als Miſſionen ein kümmerliches Daſein; ſichere Beweiſe für die Exiſtenz der Bisthümer finden ſich auch erſt

14) Gieſeler a. a. O. S. 19., Böttiger Geſch. d. Kurſtaats u. Königr. Sachſen Th. 1. S. 15., Würdtwein dioec. Mogunt. in archidiac. distincta. Comment. 11. §. 2. u. 4. — Die Behauptung in Weiße's Geſch. d. kurſächſ. Staaten Th. 1. S. 169., daß das Bisthum Erfurt nur beabſichtigt geweſen ſei, erſcheint nicht hinreichend begründet.

15) Nur in den ſüdlichſten, ſpäter zum Mainzer Sprengel gehörigen, Sitzen der Sachſen muß ſchon vor Carl dem Gr. das Chriſtenthum Eingang gefunden haben. S. Eichhorn a. a. O. §. 134. S. 546.

16) Vgl. Gieſeler a. a. O. S. 113., Phillips Deutſche Geſch. Th. 2. S. 177—185.

aus den Jahren kurz vor und nach der völligen Beſiegung Sachſens. Als das zuerſt, angeblich im J. 783, geſtiftete Bisthum wird Osnabrück genannt, deſſen erſter Biſchof Wiho aber nicht vor Beendigung des Krieges erwähnt [17]); der Stiftungsbrief für Bremen vom J. 789, welcher Willehad als Biſchof benennt, iſt ſchwerlich echt [18]), und eben ſo ungewiß die Echtheit der Stiftungsurkunde für Verden vom J. 786 [19]); das Bisthum Paderborn, angeblich ſchon im J. 785 gegründet, hat erſt zehn Jahre ſpäter in Hathumar, einem Würzburgiſchen Domherrn Sächſiſcher Abkunft, ſeinen Obern erhalten [20]); in Mimigarnevorde wurde zwar ſchon vor Ende des achten Jahrhunderts ein Münſter für Weltgeiſtliche geſtiftet, die wirkliche Errichtung des Bisthums Münſter durch Ludger's Conſecration ſcheint jedoch nicht vor dem J. 802 erfolgt zu ſein [21]); früher iſt auch das Bisthum Minden allem Anſcheine nach nicht zu Stande gekommen [22]), und mehr als wahrſcheinlich iſt es, daß wie das Halberſtädter Bisthum [23]), auch das zu Hildes-

---

17) Caroli M. praeceptum de scholis instit. in eccl. Osnabr. (Walter l. l. T. II. p. 200.). — Vgl. Möſer's Osnabr. Geſch. B. 1. S. 275.

18) Caroli M. praec. de instit. episcopatuum per Saxon. (Walter l. l. p. 101.). — Schon daß hier nur des Bisthums Bremen Erwähnung geſchieht, welches, das nördlichſte von allen, ſicher am ſpäteſten völlig organiſirt worden iſt, macht die Echtheit zweifelhaft; auffallend iſt auch, daß das praec. pro Trutmanno Comite v. demſ. Jahre (ebend. p. 103.) der Biſchöfe gar nicht erwähnt, ſondern nur die Fürſorge für die Prieſter dem Grafen überträgt.

19) Nic. Schaten histor. Westphal. Neuhaus 1690. p. 505.

20) Eiusd. annales Paderborn. Neuhaus 1693. T. I. p. 9. 19. 29., G. J. Beſſen Geſch. d. Bisth. Paderborn. Th. 1. S. 51 flg. 68. 78.

21) Erhard Geſch. Münſters. 1835. S. 30. iſt die Stiftung jenes Münſters im J. 792 auch als Errichtung des Bisthums zu betrachten geneigt. S. aber Phillips a. a. O. S. 182. — Ob übrigens die Stadt Mimigarnevorde ihren ſpäteren Namen Münſter, welcher ſeit dem 12ten Jahrh. auch die officielle Bezeichnung des Bisthums wurde, von jener erſten geiſtlichen Stiftung, oder von dem auf dem linken Aaufer im J. 1040 geſtifteten Kloſter Ueberwaſſer habe, iſt zweifelhaft, das letztere nach dem, was Erhard a. a. O. S. 54. dafür beibringt, wahrſcheinlicher.

22) Phillips a. a. O. S. 181., Pauli allg. Preuß. Staats-Geſch. Th. 6. S. 88.

23) S. oben Kap. 1. §. 1. Note 10.

heim, angeblich ſchon im J. 796 zu Eltze errichtet, erſt unter Carl's des Gr. Sohne ſeine völlige Einrichtung erhalten hat [24]). Mit voller Sicherheit läßt ſich nicht einmal von Sächſiſchen Klöſtern, die doch überall in den neugewonnenen Ländern die Ausgangspunkte der chriſtlichen Lehre und Bildung waren, die Exiſtenz bis in die Zeit Carl's des Gr. zurückführen [25]), und ſo darf wohl erſt das letzte Jahrzehnt ſeiner Regierung als die Zeit betrachtet werden, in welche die feſte Begründung des Chriſtenthums im nördlichen Deutſchland zwiſchen Rhein und Elbe fällt.

Die Unterordnung der neuen Bisthümer unter die Metropolitangewalt von Cöln und Mainz knüpfte das Sachſenland noch enger an das Fränkiſche Reich, und vollendete die kirchliche Organiſation dieſer Gegenden. Die Cölner Kirche, welche im J. 751 durch Pabſt Zacharias gleich allen übrigen Bisthümern Auſtraſiens der kirchlichen Provinz von Mainz war überwieſen worden, aber ſchon vor Ende des achten Jahrhunderts, wie es ſcheint zwiſchen 794—799, die Metropolitanwürde wieder gewonnen hatte, erhielt zu den Suffraganbisthümern Lüttich und Utrecht noch die Oberaufſicht über die Weſtfäliſchen Stifter Münſter und Osnabrück, ſo wie über das Engernſche Bisthum Minden [26]). Ueber die anderen Sächſiſchen Bisthümer, von denen Paderborn gleichfalls zu Engern gehörte, Verden, Hildesheim und das bald darauf mit dem nordalbingiſchen Bisthume Hamburg vereinigte, ſpäter zu einem beſondern Erzſtifte erhobene Bremen das Land der Oſtfalen umfaßten, Halberſtadt aber für das nordthüringiſche Sachſen beſtimmt war, behauptete der Erzbiſchof von

---

24) Phillips a. a. O. S. 184.

25) Die Gründung des berühmten Kloſters Corvey fällt in das J. 816, die von Gandersheim und Hervorden erſt in die zweite Hälfte des 9ten Jahrh. (ſ. Phillips a. a. O. S. 186 flg.). Die Abtei Werden, auf der Grenze des fränkiſch-cölniſchen Sprengels, iſt angeblich ſchon im J. 778 durch den H. Ludger, nachherigen Biſchof von Münſter, dagegen die benachbarte, auf Sächſiſchem Boden belegene Abtei Eſſen erſt ein Jahrhundert ſpäter im J. 878 vom Biſchof Alfred von Hildesheim geſtiftet worden. Teschenmacher annales Cliviae pag. 246—48. und App. Doc. No. 58.

26) Böhmer l. l. §. 4. 6. 7., A. J. Binterim und J. H. Mooren die alte und neue Erzdiöc. Cöln. Mainz 1828. Th. 3. S. 6.

Mainz, gleichwie über die Alemanniſchen und Oſtfränkiſchen Bisthümer zu Worms, Speier, Straßburg, Conſtanz, Chur, Augsburg, Würzburg und Eichſtedt, die ihm als Metropoliten von Deutſchland gebührenden Rechte, und ſicherte dadurch ſeiner Kirche für alle Zeiten den Vorrang vor den beiden andern Rheiniſchen Erzſtiftern und die erſte Stufe in der Hierarchie des Deutſchen Reichs [27]).

§. 2.

Diöceſan⸗Eintheilung des nördlichen Deutſchlands.

Ueber den Diöceſanumfang der Fränkiſch⸗Rheiniſchen wie der Sächſiſchen Bisthümer fehlt es an genügenden und zuverläſſigen Nachrichten für die älteſte Zeit; nur für die ſpätere iſt es in unſeren Tagen mühſamer Forſchung [1]) gelungen, die Grenzen der kirchlichen Sprengel nachzuweiſen. In ſo überraſchender Weiſe fallen aber dieſe mit den Sitzen der einzelnen Völkerſtämme und den Gaugrenzen zuſammen, daß kaum ein Zweifel möglich iſt über die Uebereinſtimmung der mittelalterlichen Diöceſaneintheilung mit dem urſprünglichen Umfange jener Bisthümer, der bei der Stetigkeit aller kirchlichen Einrichtungen und deren ſtrenger Sonderung von den politiſchen Verhältniſſen ſelbſt durch den vielfachen

---

27) Ein alter versus memorialis, welchen **Serarius** l. c. P. I. c. 25. p. 87. mittheilt, ſagt ſchon:

Treviris aetate; sed rerum proprietate
Gaudet Agrippina; sed honore Maguntia prima.

1) Es bedarf kaum der Bemerkung, daß hier insbeſondere die gediegenen Arbeiten v. **Ledebur's** (Das alte Land und Volk der Bructerer. Berlin 1827. und Blicke auf die Literatur des letzten Jahrzehents zur Kenntniß Germaniens zw. Rhein u. Weſer; ebend. 1837.), v. **Werſebe's** (Beſchreib. der Gaue zw. Elbe, Saale u. Unſtrut, Weſer u. Werre. Hannov. 1829.) und **Lüntzel's** (die ältere Diöceſe Hildesheim. Ebend. 1837.) gemeint ſind, deren Ergebniß der v. **Spruner**ſchen Karte zu Grunde liegt. Dieſen Unterſuchungen, ſo wie denen von **Kremer** (Geſch. d. rhein. Franziens. Manh. 1778.) und **Wenck** (Heſſiſche Landes⸗Geſchichte Frkf. 1788.) ſchließt ſich die Darſtellung im Texte an, nur ſchien es zweckmäßiger, nach den natürlichen Grenzen und mit Rückſicht auf die ſpäteren Territorialverhältniſſe, als nach den alten Gauen den Umfang der Diöceſen anzugeben. Speciellere Nachweiſungen ſind nur beliebt worden, wo der Verf. mit dem Reſultate jener Vorgänger ſich nicht ganz einverſtanden erklären konnte.

Wechſel der Territorialgrenzen, insbeſondere durch die allmähliche Erwerbung und Erweiterung der Stiftsgebiete, nur geringe Aenderungen erfuhr, bis die Reformation auch dem äußeren Beſtande des katholiſchen Norddeutſchlands eine ganz andere, in unſern Tagen von neuem modificirte Geſtalt gab.

Die Erzdiöceſe von Trier [2]) (deſſen Suffraganbisthümer, ſeit faſt drei Jahrhunderten in politiſcher, jetzt auch in kirchlicher Hinſicht von Deutſchland abgeriſſen, nicht weiter in Betracht kommen) erſtreckte ſich am linken Rheinufer, wo Andernach und Oberweſel die äußerſten Punkte bildeten, die Moſel und Saar aufwärts bis in die Gegend von Thionville und Saarlouis, nördlich bis an die Eiffel, gegen Südoſt bis an den Idarwald und den Hunsrück heranreichend; im Weſten aber dehnte ſich der Sprengel bis an die Maas aus, welche zwiſchen Sedan und Villefranche die Grenze bildete, und umfaßte neben der größeren Hälfte des Herzogthums Luxemburg die nördlichſten Gegenden des ſpäter Franzöſiſchen Lothringens [3]). Auf dem rechten Rheinufer dagegen gehörte zu Trier das untere Lahngebiet bis oberhalb Gieſſen, im Süden bis über den Taunus hinaus, nördlich bis zur Wied und der Waſſerſcheide der Sieg und Dille [4]); ſicher aber erſt, ſeitdem

---

2) Die von Hontheim dem 8ten Theile ſeiner hist. Trevir. vorangeſchickte Chorographia Trevir. ecclesiastica et civilis giebt einen zuverläſſigeren Anhalt für die Diöceſaugrenzen, als ſeine Beſchreibung der alten Gaue im Trierer Lande (Diss. ad Sec. VII. im T. I. p. 53 seq.), da mehrere derſelben, wie der Nahgau und obere Saargau bloß zu einem kleinen Theile in das Diöceſangebiet fielen. Gegen Mainz hin läßt aber auch die Chorographia die Grenze ungewiß, da Hontheim nur die damals noch katholiſchen Ortſchaften der Pfalz u. ſ. w. nennt.

3) Auf der v. Spruner'ſchen Karte iſt die Diöceſangrenze gegen Metz hin wohl nicht weit genug nach Süden ausgedehnt. Ob Bouzonville dazu gehörte, iſt mir zweifelhaft, da Hontheim zwar in der Diss. cit. §. 7. die dortige Benedictiner Abtei als archidioec. Trevirensis bezeichnet, aber in der Chorogr. den Ort nicht nennt; von Sirk an der Moſel und Büdingen in Lothringen iſt es dagegen gewiß, nicht minder von Wadgaſſen (ſ. Scotti Nachweis der im Churf. Trier geweſenen geiſtl. u. weltl. Körperſchaften u. ſ. w. sub No. V. im Anh. zur Samml. d. Trierer Verordn. Th. 3. S. 1700 flg.); eben ſo vom Gebiete der Blies, da Hontheim den Gau dieſes Namens zur Diöceſe rechnet, und St. Wendel wie Blies-Caſtel als Trieriſche Kirchen nennt.

4) Auch das Saynſche Amt Freusburg zieht v. Spruner, ohne Zwei-

unter den Oſtfränkiſchen Völkerſtämmen, welche nach der Bekehrung Chlodwigs dem Sachſenbunde ſich angeſchloſſen hatten, mehr und mehr das Chriſtenthum ſich verbreitete, wie überhaupt die Diöceſangewalt des Trierer Biſchofs, ſo weit ſie über die Grenzen des Römiſchen Belgiens hinaus ſich erſtreckte, wohl nur nach und nach erworben iſt [5]).

Den Hauptbeſtandtheil der Erzdiöceſe Cöln [6]) bildeten die Sitze der Ripuariſchen Franken, nördlich von Trier auf beiden Rheinufern bis herunter nach Emmerich. Rhein und Waal bildeten hier bis zum Einfluſſe der Maas die Nordgrenze gegen Utrecht; weſtlich dagegen erſtreckte ſich, ehe die Errichtung der neuen Niederländiſchen Biſthümer die Diöceſaneintheilung dieſer Gegenden änderte [7]), das Cölner Stift an die untere Maas, von deren Ausfluſſe bis in die Gegend von Venloo, wo die Grenze den

---

fel nach Kremer u. Wenck, zur Trierer Diöceſe und erſtreckt dieſe theilweiſe bis auf das linke Ufer der Sieg. Indeß die Vermuthung Kremer's (a. a. O. S. 141. Note n), daß Freusburg erſt in neuerer Zeit dem Trierer Decanate von Engers einverleibt ſei, wird durch die Reformationsgeſchichte der Grafſchaft Sayn zu faſt unzweifelhafter Gewißheit (ſ. unten Buch III. Kap. 3. §. 5.); gewiß iſt auch, daß Hachenburg und Altenkirchen auf dem nördlichen Ufer der Wied, eben ſo die Herrſchaft Wildenberg zur Cölner Diöceſe gehörten, und da Kremer Neukirchen und Burbach als die nördlichſten Ortſchaften des Trieriſchen Decanats Heiger nennt, ſo muß wohl das ganze Flußgebiet der Sieg bis an die Heſſiſche Grenze hin zur Cölner Diöceſe gezogen werden.

5) Daß das Gebiet der unteren Moſel, obwohl zur Römiſchen Provinz Germanien, ſpäter zu Ripuarien gehörig, gleichwohl nicht der Diöceſangewalt von Cöln unterworfen war, ſcheint darauf hinzudeuten, daß die Franken, welche Conſtantius gegen Ende des 3ten Jahrh. in das Land der Trevirer verpflanzt hatte (Eichhorn a. a. O. Th. 1. S. 111. u. 133.), ſchon vor Chlodwigs Uebertritt von Trier aus für die chriſtliche Lehre waren gewonnen worden. Für die dieſſeitsrheiniſche Diöceſe war ohne Zweifel Coblenz der Ausgangspunkt ähnlicher Miſſionsverſuche, die zur Ausdehnung der Diöceſe führten. Nach Abicht's Kreis Wetzlar Th. 3. §. 11., welcher aber ſeine Angabe nicht weiter belegt, wäre dieſer öſtlichſte Theil der Diöceſe noch bis zum 12ten Jahrh. Mainziſch geweſen.

6) Vgl. Binterim a. a. O. Th. I. S. 130 flg. u. Hiſtor.-geogr. Beſchr. d. Erzſt. Cöln Frkf. 1783. S. 18 flg. u. Beil. A. S. 123 flg.

7) Cöln verlor dadurch das Nimweger Decanat, weſtlich von Cleve zwiſchen Waal und Maas, ſo wie das ganze Gelderland dieſſeits der Maas, welches nebſt den früher zum Lütticher Sprengel gehörigen

Lauf des Fluſſes verließ, und bei Aachen und Limburg vorbei (beide zu Lüttich gehörig), zwiſchen Malmedi, Stablo und St. Vith hindurch bei Prüm an die Trierer Diöceſe anſtieß. Auf dem öſtlichen Rheinufer umfaßte der urſprüngliche fränkiſche Theil des Cölner Stifts die Gebiete des Herzogthums Berg, ſowie der Abtei Werden und der Grafſchaften Neuſtadt und Sayn, nebſt dem größeren Theile des oſtrheiniſchen Cleve [8]). Nach Beſiegung der Sachſen wurde aber die Lippe aufwärts bis Lippſtadt die Nordgrenze gegen Münſter, und das ganze Flußgebiet der Ruhr, d. h. das ſpätere Herzogthum Weſtfalen nebſt der Grafſchaft Mark [9]) zur Cölner Diöceſe geſchlagen.

Weſtlich von Cöln lag im Flußgebiete der Maas, aufwärts bis zum Einfluſſe der Semois, die urſprüngliche Diöceſe von Lüttich, im Weſten bis in die Nähe von Mons und Mecheln ſich erſtreckend, im Norden durch die Waal von dem Utrechter Sprengel getrennt, welcher für die frieſiſchen Völkerſtämme beſtimmt, die ſpäteren vereinigten Niederlande umfaßte, mit Ausnahme nur des öſtlichen Theils von Zütphen, Drenthe und Gröninger-Land, welche bis zur Errichtung der, in Folge der Reformation freilich nie zu Stande gekommenen, Bisthümer Deventer und Gröningen einen Theil des Münſterſchen Sprengels bildeten [10]).

Im Weſten an den Utrechter Sprengel angrenzend, im Süden durch die Lippe von der Cölner Diöceſe geſchieden, umfaßte das Bisthum Münſter alle Frieſiſche und Sächſiſche Gaue bis zur Ems, dieſſeits welches Fluſſes, ehe in Folge des Weſtfäliſchen

---

Jülichſchen Beſitzungen im Flußgebiete der Schwalm dem neu errichteten Bisthum Roermonde überwieſen wurde.

8) Bloß der nördlich der Lippe und öſtlich der Iſſel belegene Diſtrict mit Iſſelhorſt, Ringenberg und Marienthal gehörte zu Sachſen und daher zum Münſterſchen Bisthume.

9) Die erſten, erfolgloſen Bekehrungsverſuche unter den Sachſen durch Suibert und die Brüder Ewald fallen in die Gegenden zwiſchen Lippe und Ruhr. S. v. Ledebur a. a. O. S. 277 flg.

10) Die ſpätere kirchliche Organiſation der Niederlande ſeit dem J. 1559 darf hier unberührt bleiben, da ſie, abgeſehen von der Stiftung Roermondes (Note 7), auf die Diöceſaneintheilung der jetzt zu Preußen gehörigen Landestheile nicht zurückgewirkt hat.

Friedens Osnabrück die geiſtliche Autorität im ſ. g. Emsland oder Münſterſchen Unterſtift verlor, nur der ſchmale Strich Landes bis zur Grenze von Teklenburg, Osnabrück und Ravensberg, und der ſüdweſtliche Theil von Oſtfriesland der Münſterſchen Diöceſangewalt unterworfen war [11]). Von Münſter im Norden und Weſten begrenzt, im Oſten durch die Hunte von der Bremiſchen und Mindenſchen Diöceſe geſchieden, ſüdöſtlich an Paderborn angrenzend, umſchloß dagegen die Diöceſe **Osnabrück** die übrigen weſtfäliſchen Gaue, nach der ſpäteren Territorialeintheilung außer dem eignen Gebiete das Münſterſche Unterſtift, die Grafſchaften Lingen und Teklenburg und die größere Hälfte des Ravensbergiſchen bis in die Gegend von Bielefeld und Hervorden, außerdem

---

11) Auf der v. Spruner'ſchen Karte reicht die Münſterſche Diöceſe nur bis zum Einfluſſe der Haaſe bei Meppen, und umfaßt auf dem rechten Emsufer die ganze Grafſchaft Lingen, während die Osnabrücker Diöceſe zwiſchen Meppen und Leer auf das linke Emsufer herüberreicht und das Weſterwoldinger Land in ſich ſchließt, der ſüdweſtliche Theil von Oſtfriesland dagegen zur Utrechter Diöceſe gezogen iſt. Aus den Nachweiſungen **Ledebur's** (a. a. O. S. 21.) erhellt aber, daß wie Teklenburg, auch Lingen nicht zu Münſter, ſondern zu Osnabrück gehörte. Eben ſo unzweifelhaft iſt andrerſeits, daß das erſtere Bisthum in frieſiſchen Gauen Diöceſanrechte hatte (vergl. **Erhard** a. a. O. S. 123 flg.), und zwar nicht bloß im Fivel- und Hunſegau d. h. in dem Gröninger Küſtenlande zwiſchen Hunſe und Dollart, ſo wie weſtlich der Hunſe im Federgau (dieſe bezeichnet auch v. **Spruner** als Münſterſches Stiftsgebiet), ſondern eben ſo im Emsgau d. h. in der Gegend von Emden, namentlich in der Stadt Leer und über einen Theil des Landes der Brokmänner (v. **Ledebur** a. a. O. Note 376 flg.), während Oſtringen und Rüſtringen d. h. die nordöſtliche Hälfte von Oſtfriesland zur Bremer Diöceſe gehörten. Nach **Hobbeling's** Beſchreib. des ganzen Stifts Münſter Dortm. 1742 App. S. 111. hat auch, mit Ausnahme nur der Stadt, das ganze Gröninger Land, zu welchem auch das Weſterwoldinger Land zwiſchen der Ems und dem Bourtanger Meere gerechnet wird, bis zum 16ten Jahrh. ein beſonderes Münſterſches Archidiaconat gebildet. Je auffallender es nun wäre, wenn dieſe frieſiſchen Diöceſangebiete von den zwiſchen Nordhorn und Lingen abſchließenden Sächſiſchen ganz getrennt geweſen wären, um ſo eher darf man wohl annehmen, daß Osnabrück, wenn überhaupt auf das linke Emsufer, nicht weiter als über die dicht am Fluſſe belegenen Ortſchaften gereicht, dagegen das Land nördlich von der Grafſchaft Bentheim bis zur Drenthe zum Münſterſchen Sprengel gehört hat. Daß in einer Urkunde (**Ledebur** a. a. O. Note 389.) Weſterwolde als in dioec. Osnabr. genannt wird, kann m. E. unter ſolchen Umſtänden, wie hier, nichts entſcheiden.

noch das ganz iſolirt liegende, früher wahrſcheinlich Münſterſche Archidiaconat Wiedenbrück [12]) umfaſſend.

Die Küſtenländer auf beiden Seiten der Weſer, weſtlich bis gegen Aurich, öſtlich bis an die Elbe, bildeten das geiſtliche Gebiet des Bisthums Bremen, welches ſomit das Harlingerland, Jever, den größten Theil von Oſtfriesland und das ſpätere Herzogthum Bremen umſchloß, zugleich aber auf dem linken Weſerufer ſich über die nördliche Hälfte der Grafſchaft Hoya erſtreckte, während die Diöceſe Verden, nur in geringer Ausdehnung an die Weſer ſich anlehnend, das ganze weſtliche Flußgebiet der Elbe bis in die Altmark hinein einnahm, wo Calvörde, Gardelegen, Bismark und Sandau die Grenzpunkte bildeten [13]).

Weiter aufwärts die Weſer lag auf beiden Seiten dieſes Fluſſes der Sprengel von Minden, welcher auf dem linken Ufer, durch die Hunte von Osnabrück, durch die Werre von Paderborn geſchieden, außer dem ſpäteren Stiftsgebiete die Grafſchaft Diepholz und die ſüdliche Hälfte der Grafſchaft Hoya in ſich ſchloß, im Oſten der Weſer dagegen über Soltau hinaus und bis in die Gegend von Celle und Hannover reichte. Außer dem Schauenburgiſchen dehnte ſich die Mindener Diöceſe ſo über die größere Hälfte des ſpäteren Fürſtenthums Calenberg unterhalb des Sölling [14]) und die an der unteren Aller belegenen Lüneburgiſchen Lande aus, deren mittlerer Theil mit dem auf dem linken Ockerufer belegenen Braunſchweig-Wolfenbüttelſchen Gebiete den Sprengel des Bisthums Hildesheim bildete, während das übrige öſtliche Sachſenland bis zur Elbe und Saale der Halberſtädter Diöceſe [15]) überwieſen war.

---

12) Dieſe von v. Ledebur S. 13. u. 14. aufgeſtellte Vermuthung wird noch dadurch unterſtützt, daß die Grafſchaft Rheda, welche zu dieſem Archidiaconate gehörte, Münſterſches Lehn war, das Osnabrücker Amt Reckenberg dagegen zu dem im Münſterſchen Sprengel und Gebiet belegenen ehemaligen Burggrafthum Stromberg gehört hat. Vgl. Büſching a. a. O. Th. 9. S. 608. u. Th. 6. S. 221.

13) S. oben Kap. 1. §. 8. S. 69. u. 70. Note 29.

14) Auch der ſchmale Strich des Calenbergiſchen, welcher zwiſchen Corvey und Rinteln auf dem linken Weſerufer liegt, gehörte zu Minden.

15) S. oben Kap. 1. §. 1. S. 20.

Faſt ganz dem linken Weſerufer [16]) gehörte die Diöceſe von Paderborn an. Im Weſten, wo bei Hallenberg die Grenzen zuſammenſtießen, theils von Cöln, theils von Osnabrück begrenzt, im Norden und Oſten von dem Bisthume Minden umſchloſſen, gegen Südoſt an den Mainzer Sprengel angrenzend, umfaßte das Bisthum nördlich des ſpäteren Stifsgebiets den ſüdöſtlichen Theil von Ravensberg und die Lippiſchen Beſitzungen, im Süden der Stiftslande dagegen den zwiſchen der Eder, Erpe und Diemel belegenen Theil des Waldeckiſchen Gebietes.

Ausgedehnter aber als irgend eine dieſer Diöceſen war der Sprengel von Mainz, welcher, die Südgrenze von Trier, Cöln, Paderborn, Minden, Hildesheim und Halberſtadt entlang, von jenſeits des Rheins in nordöſtlicher Richtung bis zur Saale reichend, faſt das ganze mittlere Deutſchland einnahm. Auf dem linken Rheinufer war die Erzdiöceſe, gegen Norden und Weſten von Trier, im Südoſten von Worms umſchloſſen, auf das Flußgebiet der Nahe und Glan beſchränkt. Dieſſeits aber des Rheins begann die Nordgrenze oberhalb Bacharach, umlief das oſtrheiniſche Erzſtift Trier, und folgte, das Siegenſche in ſich ſchließend, erſt der Eder bis in die Gegend von Fritzlar, dann dem Laufe der Erpe und Diemel, bis ſie bei Carlshaven die Weſer überſchritt, und in nördlicher Richtung bis in die Gegend von Einbeck zog, die ſüdliche Hälfte des ſpäteren Calenbergiſchen Fürſtenthums von dem übrigen Sachſenlande trennend. Die nördliche Grenze des Fürſtenthums Grubenhagen entlang ging dann von Goslar aus die Diöceſangrenze queer über den Harz und die Unſtrut abwärts bis zur Saale, welche von Naumburg bis Saalburg das Mainzer Bisthum von den Sitzen der Slaven und den Bisthümern des heutigen Sachſens ſchied. Von der oberen Saale aber wandte ſich die

16) Nur von Carlshaven bis unterhalb Holzminden reichte die Diöceſe über den Fluß und bis an den Sölling.

17) Die Weſt- und Nordgrenze der Mainzer Erzdiöceſe, welche für unſern Zweck allein in Betracht kommt, ergiebt ſich aus dem Umfange der vorbeſchriebenen Diöceſen; über die Oſtgrenze vgl. was oben Kap. 1. §. 1. über die Umgrenzung der Bisthümer Merſeburg und Zeitz bemerkt iſt.

Grenze wieder zum Rheine zurück; erſt über den Kamm des Frankenwaldes und Thüringerwaldes bis über Schmalkalden hinaus, dann bis Vach im Thale der Werra fortlaufend, zog ſie bei Hersfeld vorbei, um das Flußgebiet der oberen Fulde herum, über das Vogelsgebirge an die Quellen der Kinzig, und von hier über die Höhen des Speſſart weg nach dem Main, den ſie oberhalb Aſchaffenburg überſchritt, und queer durch den Odenwald über Heppenheim dem Rheine zu, welcher von Kloſter Lorch, Worms gegenüber, bis Oppenheim, wo der weſtrheiniſche Theil der Diöceſe an den Fluß ſtieß, die Grenze bildete.

§. 3.

Aeltere Geſchichte der Grafſchaften Cleve und Mark.

Allen dieſen Bisthümern, den Sächſiſchen wie den Rheiniſchen, gelang es ſchon in der Carolingiſchen Zeit durch Immunitätsprivilegien und andere kaiſerliche Begnadigungen das geiſtliche Anſehn ihrer Prälaten zu weltlicher Macht zu ſteigern. Die Auflöſung aber der alten Gauverfaſſung, mehr noch der Verfall und die endliche Aufhebung der Herzogthümer, die Umwandelung Deutſchlands in ein Wahlreich, die Unabhängigkeit der kirchlichen Gewalt und die Lehnshoheit über zahlreiche Grafen- und Herren-Geſchlechter gab den Biſchöfen den unbeſtrittenen Beſitz landesherrlicher Rechte, ſelbſt den Vorrang vor den weltlichen Mitfürſten, und die anfangs zerſtreuten Beſitzungen bildeten ſich allmählich zu geſchloſſenen Territorien. Dunkler noch als die Bildungsgeſchichte dieſer Staaten [1] ſind die erſten Anfänge der zahlreichen Herrſchaften, Grafſchaften und Fürſtenthümer, welche, in bunter Miſchung mit dem Beſitzthum der Kirche, aus der Umgeſtaltung der alten fränkiſchen Verfaſſung hervorgingen, und obſchon im Laufe der Jahrhunderte durch Erbgang und Lehnsheimfall, durch Eroberungen und friedliche Erwerbung in unglaublicher Weiſe vermindert, und theils den biſchöflichen Territorien, theils den größeren Fürſtenthümern einverleibt, zu Ende des achtzehnten Jahr-

1) S. unten Buch III. Kap. 3. §. 1. u. 2.

hunderts doch noch innerhalb des Deutſchen Diöceſangebiets jener Bisthümer, ohne die Mitglieder der Grafenbänke, an dreiſſig ſelbſtſtändige weltliche Territorien bildeten. Unter ihnen ragen im mittleren Deutſchland durch Reichthum und Umfang die Landgrafſchaften von Thüringen und Heſſen, zwiſchen Elbe und Weſer die Beſitzungen des Welfiſchen Hauſes, am Rhein und in Weſtfalen die Fürſtenthümer hervor, welche den Grund zu der Preußiſchen Macht in dieſen Gegenden zu legen beſtimmt waren, die Beſitzungen der Grafen von Cleve, Mark, Berg, Jülich, Geldern, Ravensberg und Tecklenburg.

Das Haus der Cleveſchen Grafen iſt, wenn auch die Abſtammung von den alten Grafen von Teiſterbant, vollends die bis in den Anfang des achten Jahrhunderts zurückgeführte Genealogie aller urkundlichen Gewißheit entbehrt, ohne Zweifel eins der älteſten Geſchlechter am untern Rhein [2]). Von ihnen ſtammen angeblich die Märkiſchen und Bergiſchen Dynaſtieen ab, als deren gemeinſchaftlicher Stammvater zu Anfang des neunten Jahrhunderts der dritte Sohn des Grafen Balduin I. Graf Robert genannt wird, deſſen zweiter Sohn Eberhard, nach dem kinderloſen Abſterben ſeines älteren Bruders Ludwig, die Linie der Grafen von Cleve fortpflanzte und ſo als deren Gründer betrachtet werden kann [3]). In welcher Zeit ſeine Nachkommen die Grafſchaft zu erblichem Eigenthum erworben haben, iſt ſo wenig mit Beſtimmtheit zu ermitteln [4]), als der urſprüngliche Umfang des Landes, gewiß nur, daß ein nicht unbedeutender Theil des ſpäteren Gebietes, namentlich an der Grenze gegen Zütphen und Geldern, eben ſo die Schutzhoheit über das im J. 978 von dem Zütphener Grafen Wichmann geſtiftete reichsunmittelbare Stift El-

2) Wern. Teschenmacheri annal. Cliviae, Iuliae, Montium etc. Ed. I. Chr. Dithmari. Frkf. 1721. pag. 123 seq. u. 189 seq.

3) Ibid. pag. 202., Knapp Regenten- u. Volks-Geſch. d. Länder Cleve, Mark, Jülich, Berg. Elberf. 1831. Th. 1. S. 253. u. 256.

4) In einer Duisburger Urkunde vom J. 1129 (Teschenmacher l. l. App. No. III.) wird unter den Zeugen Arnoldus de Cleve genannt; die Stiftung des Kloſters Averdorp iſt von Theodoricus comes in Cleve (ibid. No. XL.) beſtätigt; ältere urkundliche Beweiſe ſind mir nicht bekannt.

ten erſt nach dem Erlöſchen der älteren Linie erworben iſt [5]). Zu wie hohem Anſehn indeſſen ſchon zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts die Cleveſchen Grafen geſtiegen waren, zeigt die Erwerbung der Hoheitsrechte über die beiden bisher reichsunmittelbaren Städte Weſel und Duisburg, welche Kaiſer Rudolph von Habsburg im J. 1290 dem Grafen Dietrich verlieh, und daß die Beſitzungen vieler benachbarten Dynaſten, ſo namentlich im J. 1280 die Herrſchaft Gehmen, im J. 1287 und 1294 die Herrſchaft, ſpätere Grafſchaft Mörs [6]) den Grafen zu Lehn aufgetragen wurden. Um ſo eifriger war die Bewerbung um die erledigte Grafſchaft, als im J. 1368 mit Dietrich's X. drittem Sohne Johann II., welcher ſeinem ohne männliche Erben verſtorbenen 1348 älteren Bruder Dietrich XI. ſuccedirt war, das Cleveſche Haus im Mannsſtamme ausſtarb [7]).

Vor allen Mitbewerbern trug die Familie der Grafen von Mark den Sieg davon. Unter Theodorich's, eines jüngeren Sohnes jenes Robert von Cleve, Nachkommen, die nach ihrem Sitze Grafen von Altena ſich nannten, hatte ſich in der Mitte des zwölften Jahrhunderts mit dem Tode des Grafen Adolph II. eine doppelte Linie gebildet, indem dem älteren Sohne Engelbert die am Rheine belegenen Beſitzungen, die ſpätere Grafſchaft Berg, zufielen, der jüngere Eberhard dagegen mit dem Stammſitze, von welchem noch ſein Sohn Arnold ſich benannte, die weſtfäliſchen Güter, ſpäter als Grafſchaft Mark bezeichnet, bei der Theilung erhielt [8]). In faſt ununterbrochener

---

5) So Rees, urſprünglich Cölniſches Beſitzthum, im J. 1392, Emmerich und Sewenar im J. 1397 u. 1402, Gennep u. Xanten gegen die Mitte, Goch in dem letzten Drittel des 15ten Jahrh. (Teschenmacher l. l. p. 171. 172. 179. 180.).

6) Ibid. p. 142. 228. 361. u. 64. u. Knapp a. a. O. S. 208.

7) Ibid. p. 232 seq. — Hier wird im Texte Dietrich der Fr. als der 8te, in den Noten als der 10te, in dem stemma genealog. ad pag. 128. als der 11te dieſes Namens bezeichnet, eine Verſchiedenheit, die daher rührt, daß für mehrere Zeiträume es ungewiß iſt, ob nur ein oder zwei Grafen dieſes Namens regiert haben. Ich bin der letzteren auch von Knapp a. a. O. S. 301 flg. angenommenen Zählung gefolgt.

8) Ibid. p. 260., Gert's v. d. Schüren Chronik von Cleve und Mark, herausg. von Troß S. 3 — 11.

Fehde mit den Nachbarn, insbeſondere mit dem Erzſtifte Cöln, welches ſeit Erwerbung der herzoglichen Würde über Weſtfalen ſein dortiges Beſitzthum zu erweitern und die kleineren Territorien ſeiner Hoheit zu unterwerfen beſtrebt war, behaupteten wenigſtens die Nachfolger Eberhard's ihr Beſitzthum. Erhebliche neue Erwerbungen aber waren nur die Lehnshoheit über die Grafſchaft Limburg an der Lenne, welche Graf Adolph IV. (als Graf von der Mark, welchen Titel er annahm [9]), der erſte dieſes Namens) im J. 1247 erſtritt [10]), die Advocatie über die Abtei Eſſen, welche zu der von alter Zeit über die Abtei Werden geübten Erbvogtei unter Zuſtimmung des Erzbiſchofs von Cöln dem Märkiſchen Hauſe in demſelben Jahre zu Theil wurde [11]), und der Erwerb des Königshofes in der freien Reichsſtadt Dortmund, welcher zwar nicht zu Unterwerfung der Stadt führte, wohl aber der erſte Anlaß geweſen zu ſein ſcheint, daß die Stadt ſeit dem vierzehnten Jahrhundert die Schutzhoheit der Märkiſchen Grafen anerkannte [12]). Entſcheidender für die aufblühende Macht dieſer Dynaſtie wurde die Ehe, welche Graf Adolph V. (II.), der Ur-

---

9) Knapp a. a. O. S. 337.

10) Teschenmacher p. 264. — Um die Mitte des 15ten Jahrh. an die Grafen von Newenar gefallen, iſt die Grafſchaft im J. 1573 durch Heirath an Graf Arnold von Tecklenburg-Bentheim gekommen und bis auf die neueſte Zeit bei der Bentheim-Rhedaer Linie geblieben. S. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 96. und v. Lancizolle Ueberſicht S. 44. u. 150.

11) Ibid. p. 246 seq., wo auch ein Verzeichniß der Eſſener Aebtiſſinnen und der Werdenſchen Prälaten ſich findet.

12) Dortmund, angeblich von Carl dem Gr. erbaut, bildete mit ſeinem Gebiete in früherer Zeit eine eigne Grafſchaft. Schon im J. 1343 kaufte die Stadt die eine Hälfte der Grafſchaft an, und bedang ſich das Vorkaufsrecht für die andere Hälfte, bei deren Erledigung im J. 1504 der Rath die ganze Grafſchaft an ſich zog und von Kaiſer Maximilian die Belehnung erhielt. Landeshoheits- oder auch nur wirkliche Vogteirechte über die Stadt zu gewinnen, iſt dem Märkiſchen Hauſe nicht gelungen, ſelbſt nicht, nachdem im J. 1518 Herzog Johann III. ſtatt bloßer Erneuerung der älteren Schutzverträge (ſ. Teschenmacher App. No. 53 seq.) eine förmliche Anerkennung „vür einen Vogdt und Beſchirmer“, und die Zuſicherung eines jährlichen Schutzgeldes „für Uns, unſere Erwen und Nakommen“ erlangt hatte (ibid. No. 57.). — Vgl. überhaupt noch, und insbeſondere über die Verpfändung des Reichshofes durch König Albert um d. J. 1300 Teschenmacher p. 245. u. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 506.

urenkel jenes Adolph **IV.**, mit **Margaretha** von Cleve, der
Erbtochter **Dietrich's XI.**, im J. 1332 ſchloß [13]). Zwar ge-
lang es ihren drei Söhnen nicht, als bald nach des Vaters Tode 1347
der mütterliche Großvater ohne männliche Erben verſtarb, deſſen
Bruder Johann von der Erbfolge in Cleve auszuſchließen; nach
deſſen kinderloſem Tode aber verlieh Kaiſer **Carl IV.**, da der äl- 1368
tere jener Brüder **Engelbert III.** ſeines Vaters Nachfolger in
der Grafſchaft Mark geworden war, Cleve dem Grafen **Adolph
VI.**, welcher anfangs dem geiſtlichen Stande gewidmet, und meh-
rere Jahre Biſchof von Münſter, bald nach ſeiner Erhebung auf 1357
den erzbiſchöflichen Stuhl von Cöln in den weltlichen Stand zu-
rückgetreten war. In den Händen derſelben Familie waren ſo
beide Grafſchaften vereint, jedoch anfangs als ſelbſtſtändige Terri-
torien mit getrennter Verwaltung, indem, als **Engelbert III.**
kinderlos ſtarb, Graf Adolph, auf die Vereinigung beider Graf- 1392
ſchaften verzichtend, das Märkiſche ſeinem Vatersbruder Dietrich,
Herrn von Dinslaken, überlaſſen mußte [14]). Dem Grafen
Adolph VII., der im J. 1394 ſeinem Vater Adolph **VI.** in
Cleve ſuccedirt war, und nach ſeines Großoheims Dietrich Tode
im J. 1406 beide Grafſchaften vereinigte, machte auch von neuem
ſein jüngerer Bruder Gerhard den Beſitz der Grafſchaft Mark
ſtreitig [15]), und fand bei dem Cölner Erzbiſchofe Dietrich von Mörs
eifrige Unterſtützung. Denn die Erhebung der Grafſchaft Cleve
zum Herzogthume, welche Kaiſer **Sigismund** auf dem Concile
zu Coſtnitz im J. 1417 dem Grafen Adolph gewährte [16]), und
deſſen gleichzeitige Bemühungen, durch Einigung mit den Cleve-
ſchen Landſtänden nicht bloß ſeinen Töchtern die Erbfolge, ſondern
auch die Untheilbarkeit aller Beſitzungen zu ſichern [17]), drohten

13) **Teschenmacher** p. 274 seq.

14) Ibid. p. 279.

15) Ibid. p. 287 seq.

16) v. d. **Schüren** a. a. O. S. 172. Die Errichtungsurkunde vom 18. April 1417 ſ. bei **Teschenmacher** App. Doc. No. 77.

17) Die hierauf bezüglichen Urkunden ſ. ebend. No. 81 — 83. und bei **Pauli** a. a. O. Th. 6. S. 485. Von der Einigung mit den Cleveſchen Städten, wodurch dieſe die Erbfolge der älteſten Tochter, in Er-

der Märkiſchen Dynaſtie ein Uebergewicht in den Weſtfäliſchen Landen zu verſchaffen, welches dem Ehrgeize und der Länderſucht des Erzbiſchofs hindernd entgegentreten konnte [18]). Siegreich behauptete aber im Felde und vor Gericht Herzog Adolph die Märkiſchen Beſitzungen [19]), welche er, wie das neue Herzogthum durch Erwerb der Herrlichkeit Ravenſtein [20]), ſo durch Soeſt und Lippſtadt noch erweiterte [21]). Beide Territorien, nun für immer vereinigt, hinterließ er im J. 1448 ſeinem Sohne Johann I., deſſen Nachfolger Johann II. durch die Vermählung ſeines Erbprin-

mangelung männlicher Erben, anerkannten, ſchloſſen ſich nur Duisburg und Xanten aus; in einem beſondern Reverſe verpflichtete ſich zugleich eine große Zahl der adligen Vaſallen, als Landesherrn oder Landesfrau anzuerkennen, für welchen ſich die Städte einſtimmig oder dem größern Theile nach erklären würden. Die Geburt Johann's I. im folgenden Jahre beſeitigte alle Beſorgniſſe des Herzogs.

18) Ueber deſſen Verſuch, Paderborn mit Cöln zu uniren, vgl. unten Buch III. Kap. 3. §. 2.

19) S. Teschenmacher pag. 292. Bemerkenswerth iſt, daß von dem ungünſtigen Schiedsſpruche des Kurfürſten Ludwig von der Pfalz Herzog Adolph im J. 1425 auf päbſtliche Entſcheidung ſich berief, welche für ihn ausfiel. Es ſcheint hierin der erſte Anlaß zu den näheren Beziehungen mit dem Römiſchen Stuhle zu liegen, welche bei den Streitigkeiten über die Basler Decrete den Herzog bewogen, ſich gegen das Concil zu erklären, und die eigenthümliche Verfaſſung der katholiſchen Kirche in den Cleve-Jülichſchen Landen herbeiführten.

20) Dieſe an der Maas belegene Herrſchaft war als Burgundiſches Lehn an Herzog Adolph verliehen, nach mancherlei Streitigkeiten auch im J. 1440 dem Erbprinzen Johann beſtätigt worden; bei deſſen Regierungsantritte fiel ſie als Paragium dem jüngeren Bruder zu, jedoch im J. 1528 an Herzog Johann II. zurück. Vgl. Borheck Geſch. d. Länder Cleve, Mark ꝛc. Duisb. 1800. Th. 1. S. 209 flg. u. 291 flg.

21) Soeſt, welches Gelenius l. c. pag. 65. eine Schenkung des Fränkiſchen Königs Dagobert an Biſchof Cunibert nennt, war mit dem Herzogthum Weſtfalen im J. 1180 an das Stift gekommen (Emminghaus memorab. Susat. Jena 1749. pag. 7.). Langgenährte Streitigkeiten mit den Erzbiſchöfen, wohl veranlaßt durch deren Verſuche gegen die Stadtfreiheiten, endeten im J. 1444 mit feierlicher Unterwerfung unter Märkiſche Hoheit, nachdem ſchon im J. 1399 die Stadt ſich in den Schutz Herzogs Adolph begeben hatte (Teschenmacher p. 239. u. 293.). — Lippſtadt hatte Graf Simon von d. Lippe im J. 1376 den Grafen von der Mark verpfändet; gegen Erlaß der halben Pfandſumme erhielt im J. 1445 Herzog Adolph die Hälfte der Stadt und des Gebiets zu vollem Eigenthum, und bis auf die neueſte Zeit blieb dieſer gemeinſchaftliche Beſitz (Teschenmacher pag. 237. u. 278., Büſching Th. 6. S. 391.).

prinzen gleichen Namens mit Maria, der Tochter des Herzogs Wilhelm von Jülich, ſeinem Hauſe die Ausſicht auf die reiche Erbſchaft der Jülich-Bergiſchen Dynaſtie eröffnete [22]). 1510

§. 4.

Aeltere Geſchichte der Grafſchaften Berg, Ravensberg, Jülich, Geldern und Teklenburg.

Die vom Grafen Engelbert, dem älteren Bruder des Stammvaters der Märkiſchen Dynaſtie, geſtiftete Bergiſche Linie war ſchon im J. 1225 mit deſſen jüngerem Sohne Engelbert II., der, obwohl Erzbiſchof von Cöln, ſeinem Bruder Adolph IV. ſuccedirt war, im Mannsſtamme erloſchen, und das Land an Herzog Heinrich IV. von Limburg, den Gemahl der einzigen Tochter Adolph's Kunigunde, gefallen [1]), deren älterer Sohn Adolph V. die Grafſchaft Berg, damals ſchon ein bedeutendes Territorium [2]), jenem Herzogthum vorzog und der Stifter einer neuen Linie wurde. Aber auch dieſe erloſch bereits in der zweiten Generation mit Graf Adolph VII., welcher ſeinen Oheimen Adolph VI. († 1295) und Wilhelm I. († 1308) ſuccedirt war und nach 40jähriger Regierung im J. 1348 ohne männliche Erben verſtarb [3]). Zwei Jahre früher war auch durch den kinderloſen Tod des Grafen Bernhard die Grafſchaft Ravensberg erledigt worden, welche gegen Ende des elften Jahrhunderts Herrmann de Calvelle durch ſeine Gemahlinn, eine Tochter des Grafen Otto von Nordheim, erworben hatte [4]).

---

22) Schon im ſechſten Lebensjahre ward Johann mit Maria verlobt, und zugleich zwiſchen den Vätern ein pactum unionis für die beiderſeitigen Beſitzungen geſchloſſen (Teſchenmacher App. No. 98. u. 99.); die Vermählung fand erſt 1510 ſtatt, nachdem Maximilian die Succeſſion in den Jülichſchen Landen für Maria zugeſichert hatte (ibid. No. 100. u. 101.).

1) Ibid. p. 427—440.

2) Neuerer Erwerbung ſind nach Teſchenmacher pag. 413. nur die Aemter Miſeloe, bis 1288 Cölniſch, ſo wie Blankenberg und Leuensberg, im J. 1472 von Herzog Wilhelm von Jülich u. Berg durch Heirath gewonnen.

3) Ibid. pag. 443 seq.

4) Ibid. p. 464 seq., E. A. F. C(ulemann) Ravensb. Merkwürdigkeiten. Minden 1747. Th. 1. S. 10 flg.

Beide Grafſchaften fielen dem Jülich'ſchen Erbprinzen Gerhard zu, deſſen Gemahlinn Margaretha die einzige Tochter des Grafen Otto III. von Ravensberg († 1330), Bruders und Vorgängers Bernhard's, und der Gräfinn Margaretha von Berg, der Erbtochter Adolph's VII. war [5]). Mit ihm begann eine neue Bergiſche Dynaſtie, und wenn gleich ſein Sohn Wilhelm, der ihm im J. 1360 in Berg und Ravensberg ſuccedirte,
1361 bei ſeines Großvaters Wilhelm von Jülich Tode dies angeſtammte Beſitzthum dem jüngeren Bruder ſeines Vaters überlaſſen mußte [6]), ſo bot doch die herzogliche Würde einigen Erſatz, zu welcher ihn Kaiſer Wenzel, wahrſcheinlich im J. 1380, erhob [7]); und ſchon unter Wilhelm's Sohne Herzog Adolph (1408—1437) ging die Hoffnung in Erfüllung, mit Berg und Ravensberg die Jülichſchen Beſitzungen zu vereinigen.

An der weſtlichen Grenze der Cölner Diöceſe hatte das Haus der Grafen von Jülich, als deren Stammvater Graf Wilhelm zur Zeit Kaiſers Heinrich I. genannt wird [8]), eine nicht unbedeutende Macht gewonnen, und durch Erwerbungen aller Art [9]) ſo erweitert, daß Kaiſer Carl IV. auf das Anſuchen des Grafen Wilhelm VII. im J. 1356 die Grafſchaft zu einem Herzogthum erhob [10]). Durch die Verheirathung ſeines Sohnes Wilhelm VIII., des jüngeren Bruders jenes Gerhard, mit Maria, der Tochter des Herzogs Reinold II. von Geldern, eröffnete der neue Herzog ſeinem Geſchlechte zugleich die Ausſicht auf dieſe alte Reichsvogtei, welche, von Graf Otto von Naſſau

---

5) Culemann a. a. O. S. 18.

6) Teschenmacher pag. 398.

7) Ibid. p. 445. und Schaten annal. Paderb. T. II. p. 409.

8) Ibid. p. 386.

9) So Linnich durch Tauſch von der Abtei Prüm, Bergheim und andere Beſitzungen im J. 1330 durch Belehnung des Pfalzgrafen Otto, Herzogs von Baiern, Sittard im J. 1346 durch Ausſterben der Dynaſten von Valkenburg, Sinzig und Rheinmagen, bisher reichsunmittelbar, durch eine Verpfändung Carl's des IV. im J. 1348, unter gleichzeitiger Beſtätigung des aus der Zeit Friedrich's II. herrührenden Pfandbeſitzes von Düren (Teschenmacher p. 365. 369.).

10) Ibid. pag. 395. Note 3.

durch Heirath erworben und durch die Utrechter Lehnsgrafſchaft 1061
Zütphen vermehrt, unter deſſen Nachfolgern durch die gleichfalls
von Utrecht lehnsrührige ſ. g. Weluwe, das ſpäter Arnheimiſche
Quartier, einen bedeutenden Zuwachs erhalten hatte und von Kai-
ſer Ludwig dem Baier zum Herzogthum war erhoben worden [11]). 1339
Wirklich wurden auch beide Herzogthümer noch bei Lebzeiten Wil-
helm's VIII., welcher mit Ausſchluß Gerhard's in Jülich ſuccedirt 1361
war, vereinigt, indem er beim Ausſterben des Geldern-Naſſaui-
ſchen Hauſes als Vormund ſeiner beiden Söhne mit des Kaiſers 1372
und der Landſtände Zuſtimmung Geldern in Beſitz nahm [12]). Al-
lein der ältere Sohn Wilhelm IX., welcher ſchon im J. 1377
die Regierung der Geldernſchen Erblande übernahm, und nach ſei-
nes Vaters Tode beide Herzogthümer regierte, überlebte den Va- 1392
ter nur zehn Jahre, und als ſein Bruder und Nachfolger Rei-
nold IV. im J. 1423 gleichfalls kinderlos ſtarb, ging dem Jü-
lich'ſchen Hauſe die kaum gewonnene Erbſchaft wieder verloren.
Herzog Adolph von Berg, welcher als nächſter Agnat auch auf
die Nachfolge in Geldern, gleichwie in Jülich, Anſprüche erhob,
erlangte zwar von Kaiſer Sigismund die förmliche Anerken- 1425
nung als Herzog von Geldern und Zütphen [13]). Die Geldernſchen
Stände beriefen jedoch faſt einmüthig den Grafen Arnold von
Egmont zur Nachfolge, einen Enkel von Reinold's IV. Schweſter
Johanna, der gegen Burgund und Jülich im Beſitze des Landes
ſich behauptend, zuletzt von Kaiſer Friedrich III. im J. 1442
förmlich anerkannt wurde. Vollends aber verſchwand für das
Jülicher Herzogshaus jede Hoffnung zur Wiedergewinnung Gel-
derns, als Herzog Arnold von Geldern, in Folge von Streitigkei-
ten mit ſeinem Sohne Adolph, ſein geſammtes Beſitzthum an
Carl den Kühnen von Burgund verkaufte, und ſo Geldern 1472
erſt an das Burgundiſche Haus kam, bald darauf durch Carl's

11) Leo's Niederländ. Geſch. Th. 1. S. 781—92. u. 826., v. Kampen Geſch. d. Niederl. Th. 1. S. 97.

12) Teschenmacher p. 399 seq., Leo a. a. O. S. 852 flg.

13) Teschenmacher pag. 449. u. App. No. 152.

1477 Erbtochter Maria der Habsburger Dynaſtie zufiel[14]). Immer gewährte indeß der Erwerb des Herzogthums Jülich, welches ſchon unter Herzog Reinold die Vogtei über die Reichsſtadt Aachen[15]) erworben hatte, und wie von Alters her über die Abtei Cornelis-Münſter, ſo im Gebiet der Reichsabtei Burtſcheid obere Schutzhoheit übte[16]), den Bergiſchen Herzögen einen bedeutenden Länderzuwachs, den Herzogs Adolph Nachfolger, ſein Brudersſohn Gerhard und deſſen Sohn Wilhelm II. durch die Herrſchaft Heinsberg und den Pfandbeſitz von Waſſenberg noch gegen die Maas hin zu erweitern wußten[17]). Schon mit Herzog Wilhelm II. erloſch aber im J. 1511 der Mannsſtamm der Jülich-Bergiſchen Linie, und ſämmtliche Beſitzungen

---

14) Leo a. a. O. S. 362 flg. u. Th. 2. S. 170., v. Kampen a. a. O. S. 213 flg. u. 237 flg.

15) Vgl. Ioann. Noppii Aachener Chronik. Cöln 1632. Buch 3. S. 67., wo der Verbundbrief H. Reinold's über Vogtei u. Meierei in Aachen v. J. 1418 mitgetheilt iſt. Der frühere Pfandbeſitz der Vogtei, deſſen im 13ten Jahrh. mehrfach Erwähnung geſchieht (vgl. Noppius a. a. O. B. 2. S. 164. u. 167., Teschenmacher pag. 394.), ſcheint nur vorübergehend geweſen zu ſein, und ein bloßes Schutzverhältniß begründet zu haben (Borheck Geſch. der Länder Cleve u. ſ. w. Duisb. 1800. Th. 1. S. 349.), wenigſtens iſt die Vogtei im 14ten Jahrhundert auch an andere Fürſten verpfändet geweſen (Quix hiſt. topogr. Beſchr. d. St. Aachen 1829. S. 155.). — Urſprünglich hatte der Vogt die Criminal-, der Meier die Civil- und Polizei-Gerichtbarkeit, bis im J. 1543 unter dem Titel Vogt-Meier beide Aemter vereinigt wurden.

16) In Folge von Streitigkeiten mit ihren früheren Vogteiherren, den Herzögen von Limburg und ſeit 1279 den Herzögen von Brabant, hatte Burtſcheid im J. 1351 mit kaiſerlicher Genehmigung ihre Vogtei-Gerichte der Stadt Aachen überlaſſen, und Jülicher Seits rechnete man in Folge deſſen das abteiliche Gebiet zum ſ. g. Reiche von Aachen. Vgl. Quix Geſch. der ehemal. R. Abtei Burtſcheid. 1834. S. 85. u. 151 flg. u. Urk. No. 137., ſo wie deſſen hiſt.-topogr. Beſchr. d. St. Burtſcheid. 1832. S. 152 flg. — Ueber die Benedictiner-Abtei Cornelis-Münſter, in der carolingiſchen Zeit geſtiftet, ſtand unbeſtritten dem Jülicher Hauſe Schutzhoheit zu (Büſching a. a. O. Th. 6. S. 255.).

17) Heinsberg, ſeit dem J. 1366 an Geldern verpfändet, wurde im J. 1472 dem Herzoge Wilhelm von ſeiner Gemahlinn zugebracht und von ihm im J. 1484 eingelöſet, Waſſenberg, mit dem Herzogthum Limburg an Brabant gefallen und durch Maria von Burgund an Kaiſer Maximilian gekommen, ward von dieſem im J. 1498 dem Herzoge Wilhelm verpfändet, aber erſt im Venloer Frieden v. J. 1544 bleibend mit Jülich vereinigt (Teschenmacher p. 368. u. 69.).

fielen durch ſeine Tochter **Maria** an deren Gemahl, den Cleveſchen Erbprinzen **Johann III.**, welcher zehn Jahre ſpäter ſeinem Vater **Johann II.** auch in Cleve und Mark ſuccedirte [18]).

Glücklicher als das alte, angeblich unter Ludwig dem Frommen von Graf **Koppo** gegründete Haus der Grafen von **Teklenburg**, welche noch im vierzehnten Jahrhundert faſt das ganze Gebiet zwiſchen Ems und Hunte bis zu den Grenzen Oſtfrieslands hinab inne hatten, unter Graf Otto IV. aber, wie ſchon früher die Erbvogtei über das Münſterſche und Osnabrücker Bisthum, den größten Theil ihrer Beſitzungen an dieſe Stifter verloren [19]), und ihre ſelbſt mit Inbegriff der Herrſchaft **Rheda** immer nur geringe Macht obenein im J. 1515 durch eine Landestheilung ſchwächten [20]), beſaß ſo beim Beginn der Reformation das Geſchlecht der **Märkiſchen** Grafen, von allen jenen Dynaſtieen allein im Mannsſtamme erhalten, in den drei Herzogthümern **Jülich**, **Cleve** und **Berg** und den beiden Grafſchaften **Mark** und **Ravensberg** ein Territorium, welchem an Umfang und Macht keins der geiſtlichen oder weltlichen Fürſtenthümer des nordweſtlichen Deutſchlands gleich ſtand.

§. 5.

Eigenthümliche Stellung der katholiſchen Kirche, und erſte Anfänge der Reformation in den Jülich-Cleveſchen Landen.

Wie nach Oſten hin verbreitete ſich die Lehre Luthers auch in die Weſtfäliſchen und Rheiniſchen Lande binnen kurzer Zeit. In

---

18) **Teschenmacher** p. 330., **Vorheck** a. a. O. Th. 1. S. 313 flg. u. S. 475 flg.

19) G. A. **Rumpius** des H. R. R. uralte Grafſchaft Teklenburg. Bremen 1672. S. 28., **Büſching** a. a. O. Th. 6. S. 24 flg. u. 216. An Münſter fiel damals außer dem Amte Bevergern das Ems- u. Hümmelinger-Land, die Grafſchaft Cloppenburg und Herrſchaft Vechta, dagegen an Osnabrück das ſpätere Amt Vörden.

20) **Otto** VI. überließ ſeinem Bruder **Nicolaus** die Herrſchaft, ſpäter niedere Grafſchaft Lingen, nebſt den Teklenburgiſchen Vogteien Ibbenbüren, Recke, Mettingen und Brochterbeck, welche ſpäter die obere Grafſchaft Lingen bildeten. Für ſeinen Theil behielt er das übrige

den Weſergegenden gab die Hoffnung auf Philipps von Heſſen Unterſtützung gleich anfangs den Bekennern der evangeliſchen Lehre zu entſchiednerem Auftreten Muth; trotz dem Widerſtande der katholiſchen Parthei gingen die dortigen Bisthümer gar bald und für immer der Römiſchen Kirche verloren, ſo daß nur in zerſtreuten Gemeinden ein ſchwacher Ueberreſt ihres Cultus ſich erhielt. Nicht minder glücklichen Erfolg hätte ſicher am Rheine die Kirchenreformation gehabt, wenn offen und entſchieden das Jülich-Cleveſche Herzogshaus ſich an die Spitze der Bewegungen hätte ſtellen mögen, welche auch hier, namentlich in den Städten, zu Gunſten der neuen Lehre ſich kund gaben. Zwar ſtand den drei geiſtlichen Kurfürſten und den Biſchöfen von Lüttich und Münſter zur Behauptung ihrer geiſtlichen Rechte eine weltliche Macht zu Gebote, wie ſonſt faſt nirgends in Deutſchland, und in den benachbarten Territorien wie in dem eignen Lande durften die Prälaten der Unterſtützung des Adels ſich ſchon um des perſönlichen Intereſſe willen verſichert halten, welches dieſer, gleichſam im Familienbeſitz der einträglichen und einflußreichen Stiftsſtellen, an der Erhaltung des katholiſchen Kirchenthums hatte. Aber wie im Schooße der Domkapitel ſich allmählich eine evangeliſche Parthei bildete, fand ſelbſt unter den Kirchenfürſten dieſer Gegenden die Lehre Luthers theils ſtille Beförderung, theils entſchiedene Vertreter, deren kühne Reformationspläne mehr an der unbeſonnenen und übereilten Ausführung ſcheiterten, als daß ſie unter Clerus und Laien alles Anklangs entbehrt hätten, und offene Erklärung für die Reformation hätte dem Herzoge Johann III. in den Schmalkaldiſchen Bundesgenoſſen einen Beiſtand zugeführt, dem ſelbſt die vereinte Macht aller jener Bisthümer hätte weichen müſſen. Vor allem aber lag für den glücklichen Ausgang einer kirchlichen Reformation eine Gewähr in der unabhängigen Stellung, welche ſchon mit dem Anfange des funfzehnten Jahrhunderts das Cleve-Mär-

---

Land nebſt Rheda, welches Graf Otto IV. im J. 1378 als Mitgift ſeiner Gemahlinn, einer Lippeſchen Gräfinn, erworben hatte. Vgl. Rumpius a. a. O. S. 95. und Holſche hiſt.-topogr. Beſchr. d. Grafſch. Teklenburg. Berlin 1788. S. 52. u. 59.

kiſche Fürſtenhaus der katholiſchen Hierarchie gegenüber zu gewinnen gewußt, die Nachfolger glücklich behauptet hatten.

Weniger vielleicht um Mißbräuche der päbſtlichen Gewalt zu verhindern, als um den ehrgeizigen Beſtrebungen der Cölniſchen Erzbiſchöfe zu begegnen, denen bald ihre herzogliche Würde in Weſtfalen, bald die geiſtliche Autorität erwünſchten Anlaß zur Einmiſchung in die Landesangelegenheiten gab, hatte kurz nach ſeinem Regierungsantritte Graf Adolph von Cleve und Mark 1402
die geiſtliche Gerichtbarkeit in die ihr gebührenden Schranken durch ein Verbot zurückzuweiſen verſucht, welches an alle Geiſtliche ſeines Landes dahin erging, in weltlichen Dingen, überhaupt in anderen als Teſtaments-, Ehe- und Sendſachen, oder Streitigkeiten über kirchliche Einkünfte von keinem geiſtlichen Richter Befehle anzunehmen, bekannt zu machen, oder gar auszuführen [1]). Entſcheidender aber war der Schritt, zu welchem ihn gegen Ende ſeines Lebens die während ſeiner Regierung ſtets erneuten Streitigkeiten mit dem Cölner Erzbiſchofe Theodorich II., Grafen von Mörs, veranlaßten, um, wie in politiſcher Beziehung durch den Erwerb der Herzogswürde, ſo auch wo möglich in geiſtlicher Hinſicht ſein Land von dieſem gefährlichen Nachbar unabhängig zu machen, und ſeinen Nachfolgern auf die kirchlichen Angelegenheiten dauernden Einfluß zu ſichern. Den Streit benutzend, welchen

1) Die hierauf bezügliche Urkunde vom 5. Sept. 1402, in Scotti's Samml. d. Geſ. u. Verordn., welche in d. Herz. Cleve u. d. Grafſch. Mark vom J. 1418 ergangen ſind. Düſſeld. 1826 flg. mitgetheilt, lautet im weſentlichen: I. N. D. Anno 1402 . . . H. van der Seycke, Ioh. Stecke et Hennig de Lüdenscheid officiarii Adolphi Com. Cliviae et de Marcha concorditer dixerunt: Quia D. Comes paratus est ubique in suo territorio et dominio facere iustitiam, . . igitur dicti officiarii ex iussu, praecepto et mandato dicti D. Comitis inhibuerunt . . . pastoribus ecclesiarum et beneficiariis, . . . ut nulla mandata seu praecepta quorumcunque iudicum apostolicorum vel ordinariorum ad se reciperent, acceptarent, sigillarent, publicarent aut exequerentur in causis secularibus vel prophanis, exc. dumtaxat in quatuor causis spiritualibus et ecclesiasticis, vid. de testamentis et legatis, de matrimoniis, synodalibus et reditibus spiritualibus et ecclesiasticis, protestantes quod D. Comes iurisdictionem ecclesiasticam et spiritualem D. Archiepiscopi Colon. seu quorumcunque aliorum in suo territorio impedire neque intenderet neque vellet etc. etc.

die Annahme der Basler Decrete in Deutſchland hervorgerufen hatte, und außer dem Kurfürſten Jacob von Trier vor allen Erzbiſchof Theodorich und deſſen Bruder Biſchof Heinrich von Münſter zu nähren ſuchten, wußte Herzog Adolph im J. 1445 vom Pabſt Eugen IV. ein Privilegium [2]) zu erlangen, welches alle dermaligen und künftigen Beſitzungen des Herzogs von der geiſtlichen Gewalt und Gerichtbarkeit des Cölner wie des Münſterſchen Stifts eximirte. Ein eigner Weihbiſchof ſollte, wenn ſchon im Uebrigen der Cölner Kirche ihre Rechte vorbehalten blieben, dem Lande durch den Biſchof von Utrecht beſtellt werden, und dem Landesherrn das Recht zuſtehen, nach Gutdünken nicht bloß jenes Amt zu beſetzen, ſondern auch zu allen bisher von den Biſchöfen vergebenen Kirchenämtern zu nominiren.

Voller Ernſt mag es mit dieſer ſo ungewöhnlichen Begnadigung des Cleveſchen Herzogs dem Pabſte nicht geweſen ſein; darauf deutet ſchon der unbeſtimmte Vorbehalt zu Gunſten der Metropolitanrechte Cölns, mehr noch die Clauſel, daß nur bis auf anderweitige Verfügung das Land von der geiſtlichen Gewalt beider Biſchöfe eximirt ſein ſolle [3]). In der That erfolgte auch ſchon wenige Jahre darauf in Folge der Fürſtenconcordate die völlige Reſtitution Theodorich's [4]), und nach dem erſten Landesbiſchofe, der zu Calcar ſeinen Sitz nahm, ſcheint keiner wieder ernannt zu ſein. Allein da eine förmliche Rücknahme jener für Cleve ergangenen Bulle, vielleicht aus Beſorgniß entſchiedenen Widerſpruchs, nicht erfolgte, ſo übten die Herzöge nach wie vor für alle Kirchenämter im Lande ein freies Nominationsrecht [5]), dehnten dies ſelbſt

2) Abgedr. u. a. in Lünig's Reichsarchiv Spicil. eccl. Cont. III. p. 542. und bei Teschenmacher l. l. App. No. 79.

3) Donec aliud super hoc duxerimus disponendum, ſollten alle Klöſter, Stifter, Kirchen, Ortſchaften und Gebiete des Landes ab omni iurisdictione, potestate et superioritate spirituali beider Biſthümer eximirt ſein; gleichwohl heißt es am Schluſſe: Per praesentes tamen non intendimus in aliquo iuribus ecclesiae Coloniensis ... in aliis, quam ut praemittitur, derogare.

4) E. Münch's vollſt. Samml. aller älteren und neueren Concordate Th. 1. S. 77.

5) Fr. Xav. Knapp Diss. de iure patron. et singular. eiusd. iurib. in ducat. Iuliae et Montium. Düſſeld. 1779. §. 6 flg. hält es zwar für

auf die ſpäter erworbenen Jülich-Bergiſchen Länder aus [6]). Herzog **Johann III.** trug ſogar kein Bedenken, ungeachtet des ausdrücklichen Vorbehalts der dem Proviſionsrechte des Pabſtes unterworfenen Pfründen, in den päbſtlichen Monaten ſich ein Collationsrecht beizulegen [7]), das, obwohl niemals von der Römiſchen Curie anerkannt, doch ſo unbeſtritten der Regierung zuſtand, daß es ſeitdem von dem Jülich-Cleveſchen Herzoge hieß: Dux Cliviae est Papa in terris suis [8]). Mit Feſtigkeit hielt zugleich die Landesherrſchaft auf jene Beſchränkung der geiſtlichen Gerichtbarkeit [9]), und auch die Eigenthümlichkeit der ſpäteren Cleveſchen

---

irrig, bezeugt aber ausdrücklich, daß das landesh. Collationsrecht der ſpäteren Zeit nur auf die Bulle Eugen's IV. gegründet werde. In den von **Binterim** (die alte und neue Erzdiöc. Cöln Th. 2. S. 247 flg.) mitgetheilten Synodal-Statuten des Archidiaconats Xanten vom J. 1393 findet ſich von landesherrlicher Nomination noch keine Spur.

6) Vgl. außer **Knapp** a. a. O. die designatio pastoratuum etc. in ducatu Iuliae et Montium bei **Binterim** a. a. O. Th. 2. S. 36. (nach einem Manuſcr. des Düſſeldorfer Archivs aus dem 16ten Jahrh.) und den ebend. S. 175 flg. mitgetheilten Catalogus omnium eccl. collegiatarum, abbatiarum etc. in Duc. Iul. et Mont., worin bei den meiſten Pfründen beider Herzogthümer der Landesherr bald ſchlechthin, bald wenigſtens für die päbſtlichen Monate als Collator genannt wird.

7) Nach **Knapp** a. a. O., der dabei bemerkt, daß der Pabſt die von Herzog Wilhelm im J. 1550 nachgeſuchte förmliche Beſtätigung dieſes Collationsrechts verweigert, aber zu ſtillſchweigender Duldung ſich verſtanden habe, iſt dies auf Anſuchen der Landſtände zuerſt im J. 1525 geſchehen, was durch das mitgetheilte Reſcript an das Stift S. **Séverin** zu Cöln v. J. 1527: „Uyre Schryft ytzt an unns gedain, unſe Kirſpels Kirche zu Niderzuendorf (Nieder Zindorf im Berg. Amte Mühlheim) berourend, hain wir geſehen, ind willen üch daruff nit verhalden, wie wir ungetzwyvelt ſyn, üch ouch bewußt, wir durch redlich ind billich Oirſach unns der geiſtlichen Lehen in unſen Fürſtendommen ind Landen, ſunſt lange unſen Vurfaren ind unns van dem Pais ind Cortiſanen zu Rhome entzogen, weder undernöhmen; ind ſodan der Paſtor gerürter unſer Kerſpels Kirchen, den Wir in Paißlicher Gebruich ind Beſitze befonden, doitlich afgegangen, dardurch unns in des Pais Maindt die vurſchr. unſe Kirche zu vergeven erledicht, hain wir ... damit gnediglich verſehen und begiffticht ꝛc.“ genügend beſtätigt wird.

8) Irriger Weiſe wird in J. P. **Berg's** Reform. Geſch. der Länder Jülich u. ſ. w. herausg. von **Troß**. Hamm 1826. S. 4. dies Sprichwort auf die Aufhebung der geiſtlichen Gerichtbarkeit des Erzſtifts Cöln durch die Bulle Eugen's bezogen, und den Herzögen von Cleve geradezu das ius episcopale beigelegt.

9) Mehrere derartige Verordnungen aus den J. 1486, 1491, 1508, 1524 ſ. bei **Scotti** a. a. O. S. 12. 15. 37. 51.

Kirchenverfaſſung, daß die Ausübung der geiſtlichen Gerichtbarkeit in den Händen der Landdechanten lag [ähnlich war nach altem, ſchon im J. 1254 von P. Alexander IV. anerkanntem Herkommen in Aachen die geiſtliche Gerichtsverfaſſung geordnet [10])], rührt allem Anſcheine nach ſchon aus der Zeit vor der Reformation her [11]). Selbſt von einer Ausübung des landesherrlichen Placets finden ſich in den Verordnungen des funfzehnten Jahrhunderts ſichere Spuren [12]), und ſo befand ſich für die wichtigſten kirchlichen Verhältniſſe die Landesherrſchaft im hergebrachten

---

10) Ein eignes Sendgericht, unter dem Vorſitze des Pfarrers ad S. Foilanum, als des Erzprieſters der Stadt, aus den übrigen Pfarrern, und aus ſieben weltlichen Mitgliedern (dieſe aber in causis mere ecclesiasticis nur mit berathender Stimme) beſtehend, übte hier die geiſtliche Gerichtbarkeit in Straf- und andern Sachen, und dem Archidiacon ſtand außer der Inveſtitur des Erzprieſters nur das Präſidium bei Entſcheidungen in Eheſachen zu. Vgl. Noppius a. a. O. B. I. Kap. 33. S. 122 flg. u. B. III. S. 13., wo eine Bulle Innocenz VIII. vom J. 1484 mitgetheilt iſt, welche dieſe Organiſation des Sendgerichts näher angiebt und zugleich beſtätigt.

11) Eine förmliche Anerkennung der geiſtlichen Gerichtbarkeit der Landdechanten erfolgte von Seiten des Cölner Erzſtifts zwar erſt im Proviſionalvergleiche vom 28ten Juli 1621 (ſ. unten §. 7.). Dieſe Abweichung vom gemeinen Kirchenrechte wird aber als ab immemoriabili tempore begründet, und eben ſo in dem Edict vom 20. März 1551 als „altes Herkommen" bezeichnet (ſ. unten §. 6.); auch wird nirgends m. W. eine Verordnung angeführt, durch welche etwa erſt in Folge der Reformation dieſe Einrichtung getroffen wäre. Veranlaßt mag ſie dadurch ſein, daß namentlich in den Jülich-Cleveſchen Landen einzelnen mit Stiftsprälaturen verbundenen Cölner Decanaten, theils in Folge beſonderer Privilegien, theils ſeit unvordenklicher Zeit, Archidiaconalrechte zuſtanden. Denn ſo hatte der Dechant des Stifts S. Mariae ad Gradus zu Cöln ſeit 1298 Archidiaconalrechte im Decanate Dortmund, der Probſt von S. Cunibert zu Cöln im Deuzer Decanat, der Dechant des Stifts S. Victor zu Xanten über alle Pfarrkirchen des Xantener Decanats, der Landdechant von Zülpich im Oeſtlinger Diſtrict (ſ. Binterim a. a. O. Th. 1. S. 158 flg. 297 flg. 810 flg.). Darnach wäre nur durch Herkommen oder Landesgeſetz zur Regel erhoben worden, was bis dahin beſonderes Privilegium war.

12) So verbietet z. B. eine Verordn. vom J. 1464, im J. 1508 auf die Weltgeiſtlichkeit ausgedehnt, den Klöſtern, ohne beſondere Erlaubniß des Herzogs Grundſtücke oder erbliche Jahresrenten von mehr als 2 Rhein. Gulden zu erwerben, und erklärt die Klöſter für erbunfähig (Scotti Cleve-Märk. Geſetze Th. 1. S. 7. 51.). Durch eine Verordnung vom 4. März 1479 wird eine von dem Erzbiſchofe auf die geiſtlichen Einkünfte ausgeſchriebene Steuer vom Landesherrn genehmigt (ebend. S. 12.).

Beſitze derjenigen Gerechtſame, welche die neuere Geſetzgebung und Doctrin als Ausflüſſe des landesherrlichen ius circa sacra betrachtet.

Nur geringen Erfolg würde unter ſolchen Umſtänden wahrſcheinlich der Widerſtand der Landesbiſchöfe und ihrer Anhänger gehabt haben, wenn Herzog Johann III. oder deſſen Sohn und Nachfolger, Herzog Wilhelm, ſich mit Entſchloſſenheit für die Reformation erklärt hätte, ſtatt nur in der Stille die evangeliſche Lehre zu dulden, und mit Abſtellung einzelner Misbräuche in Cultus und Verfaſſung ſich zu begnügen, vorzugsweiſe aber auf Erweiterung und feſtere Begründung der landesherrlichen Kirchenhoheit bedacht zu ſein. Die immer weitere Verbreitung des evangeliſchen Bekenntniſſes konnte dies Verhalten zwar nicht hindern, durch Einwanderung aus den Niederlanden und England bildeten ſich vielmehr neben den lutheriſchen zahlreiche reformirte Gemeinden in den Städten wie auf dem platten Lande; unter den Augen der Landesherrſchaft wurde ſogar auf eigenmächtig zuſammengetretenen Synoden zu der ſpäteren Presbyterialverfaſſung der Grund gelegt. Aber es fehlte der evangeliſchen Religionsübung jede rechtliche Garantie, und während die anfangs von Vielen gehegte Hoffnung einer innerhalb der katholiſchen Kirche zu bewirkenden Reformation unerfüllt blieb, bildete die große Zahl von Stiftern und Klöſtern, in deren Beſitz die Katholiken ſich behaupteten, für die gegenreformatoriſchen Beſtrebungen einen ſichern Rückhalt, die erſt nach dem Weſtfäliſchen Frieden mit urkundlicher Zuſicherung völliger Parität beider Confeſſionen endeten.

Die erſten Verſuche öffentlicher Einführung der lutheriſchen Lehre zu unterdrücken, gelang Herzog Johann leicht bei der Unterſtützung, welche er anfangs an den Räthen der größeren Städte fand [13]). Die Gefahr aber, welche dem alten Cultus

---

13) In Weſel ward, nachdem Cloprys ſchon im J. 1518 in der Nähe als Prediger der neuen Lehre aufgetreten war, in den J. 1522 u. 1523 namentlich durch Clarenbach das Evangelium gepredigt, aber von dem Magiſtrate unterdrückt (v. Oven Entſtehung und Fortbildung des evangel. Cultus in Jülich, Berg u. ſ. w. Eſſen 1828. S. 8.). In Aachen trat im J. 1524 ein fremder Prediger Albert Münſter auf,

drohte, je mehr die Zahl der heimlichen Bekenner Luthers wuchs, verkannte er darum nicht. Bei Strafe „an Lywe ind Gude“ wurde die neue Lehre im J. 1525 verboten [14]), gleichzeitig aber auch in der Hoffnung, daß mit Beſeitigung wirklicher Mißbräuche und begründeter Beſchwerden der nächſte Anreiz zum Abfall von der katholiſchen Kirche verſchwinden werde, bis zur Beilegung der Religionsſtreitigkeiten durch Concil oder Reichstag eine interimiſtiſche Kirchenordnung erlaſſen. Niemand ſollte fortan „zu Begängniſſen, Seelmeſſen, Jahrzeiten und Opfern“ gezwungen werden, die Spendung der Sacramente wie das Begräbniß unentgeltlich geſchehen, auf den Sendgerichten, die „jetzundt zu vielerley Schätzunge und Schinderey des Volks mißbraucht“ würden, keine Geldſtrafe mehr erkannt, und, „dieweilen auch durch geiſtliche Jurisdiction, den Bann und Interdict unſere Unterthanen dück und vielfältiger Weiſe umgetrieben und beſchwert worden“, auf Abſtellung dieſer Mißbräuche fleißig Aufſehen gehalten werden. Die Verwaltung der den Stiftern und Klöſtern incorporirten Kirchen durch Mönche ward verboten, allen Pfarrern, die durch Alter, Krankheit oder andere redliche Urſachen ihrem Amte ſelbſt vorzuſtehen verhindert wären, einen „gelehrten“ Vicar anzunehmen befohlen, und neben andern gegen das Mönchsweſen gerichteten Beſtimmungen die Unfähigkeit des geſammten Clerus zum Grunderwerbe von neuem beſtätigt [15]).

Nur theilweiſe gingen jedoch die Erwartungen in Erfüllung, welche Herzog Johann gehegt haben mochte. Im Jülicher Lande und Herzogthum Cleve beharrten Städte wie flaches Land zwar längere Zeit noch bei der alten Lehre. Im Bergiſchen dagegen konnte es nicht ohne Folgen bleiben, als der Herzog bei
1527 der Vermählung ſeiner Tochter Sybilla mit dem Sächſiſchen

büßte aber ſein Unternehmen mit dem Leben (Noppius Aachener Chronik B. II. S. 165.).

14) Scotti Jülich-Berg. Geſ. Samml. Th. 1. S. 18., v. Oven die Presbyt.- und Synod.-Verf. in Cleve, Jülich u. ſ. w. Eſſen 1829. S. 19.

15) Verordn. vom 8. Juli 1525 (ebend. S. 19—25.) Tit. von den Paſtoren, Tit. von dem Sendt u. Tit. von den Mönchen.

Kurprinzen Johann Friedrich deſſen Hofprediger Miconius in Düſſeldorf zu predigen, und an mehreren Orten des Landes zu diſputiren geſtattete [16]; im Vertrauen darauf, daß der Herzog zu gewaltſamen Maßregeln gegen die Glaubensgenoſſen ſeines Schwiegerſohnes nicht ſchreiten werde, bildeten ſich am Sitze des Hofes wie in den übrigen Städten allmählich in der Stille kleine evangeliſche Gemeinden. Raſchere Fortſchritte machte die Reformation in den Weſtfäliſchen Gegenden, wo in Teklenburg Graf Otto VI., unterſtützt durch Philipp von Heſſen, ſchon im J. 1525 deren Einführung ins Werk ſtellte [17]), und die Unabhängigkeit der größeren Städte den Widerſtand des Herzogs gegen öffentliche Uebung der lutheriſchen Lehre vereitelte. In Lippſtadt fand, trotzdem daß auch die Grafen von der Lippe, denen die Stadt zur Hälfte gehörte, den alten Cultus aufrecht zu erhalten wünſchten [18]), ſeit dem J. 1524 die Reformation immer größeren, bald allgemeinen Beifall [19]); zwei Jahre ſpäter erfolgte in 1526
Soeſt die Anſtellung evangeliſcher Geiſtlichen, und ſo feſten Fuß gewann hier binnen kurzem die Reformation, daß im J. 1532 der Rath die Erlaſſung einer eignen Kirchenordnung wagen zu dürfen glaubte [20]); in Dortmund mußten die patriziſchen Rathsgeſchlechter den Widerſtand gegen die von der Bürgerſchaft ſchon im J. 1527 verlangte Anſtellung evangeliſcher Prädicanten und Gewährung freier Religionsübung bald aufgeben, und im J. 1530 gegen das Verſprechen, daß fremde Prädicanten nicht zugelaſſen werden ſollten, der Bürgerſchaft die Zuſicherung ertheilen, daß in allen Pfarrkirchen wie in den beiden Klöſtern der Stadt „nichts anderes, denn das Evangelium aus dem A. und N. Teſt.,

---

16) Berg's Reform.-Geſch. d. Länder Jülich u. ſ. w. S. 37 flg., v. Steinen kurtze u. generale Beſchr. der Reform.-Hiſt. des Herz. Cleve. Lippſt. 1727. S. 17.

17) Holſche a. a. O. S. 60. u. Rumpius a. a. O. S. 74. vgl. mit Rommel Geſch. v. Heſſen Th. 3. Abth. 1. Note 44. S. 259.

18) Erſt im J. 1536 ward nach des Grafen Simon Tode im Lippeſchen während der vormundſchaftlichen Verwaltung Philipps von Heſſen die Reformation eingeführt. Schaten Annal. Paderb. T. III. p. 184. 222.

19) Berg a. a. O. S. 18 flg.

20) Ebend. S. 30 flg.

ſo wie der Prädicant ſolches aus der H. Schrift beweiſen könnte“,
gelehrt werden ſolle, auch allmähliche Aenderungen im Cultus ge-
ſchehen laſſen [21]). Dieſe Vorgänge fanden in den übrigen Mär-
kiſchen Städten, wie im Ravensbergiſchen, wo Her-
1530 vorden zuerſt die Reformation einführte, bald Nachfolge [22]).
Mehr aber noch wirkte das Beiſpiel der biſchöflichen Städte, die
zu dieſer Zeit von ihren geiſtlichen Herren die Freigebung des evan-
geliſchen Bekenntniſſes erzwangen [23]), insbeſondere das Beiſpiel
Mindens [24]), wo die Bürgerſchaft, durch den Pfarrer der Ma-
rienkirche Albert Niſius für die evangeliſche Lehre gewonnen,
bei dem Tode Biſchofs Franz I. von Wolfenbüttel im J. 1529
durch einen erwählten Ausſchuß von 36 Männern in allen Kirchen
den evangeliſchen Gottesdienſt einrichtete, im Jahre darauf unter
1530 Ausweiſung der geſammten katholiſchen Cleriſei eine eigne Kirchen-
ordnung [25]) einführte, und trotz der auf Klage beim Reichskam-
mergericht erfolgten Achtsdrohung von Biſchof Franz II., Gra-
1535 fen von Waldeck, einen Vergleich erzwang, in welchem dieſer mit
der Herſtellung des katholiſchen Gottesdienſtes im Dome und der
Zuſicherung ſich begnügte, daß dem Kapitel der ruhige Beſitz aller
ſeiner Güter verbleiben ſolle [26]).

---

21) Casp. Vogt kurze Ref.-Geſch. d. Reichsſt. Dortm. 1826. S. 14 flg.

22) Berg a. a. O. S. 35 flg. u. S. 63., Schlichthaber's Evang. Luth. Mindiſche Kirchengeſch. Minden 1751 flg. Th. 1. S. 45.

23) S. unten Buch III. Kap. 3. §. 4.

24) Vgl. I. L. Bunemann initia reformationis evangelicae Mindensis. Minden 1729. S. 1—4. u. 11 flg., Schlichthaber a. a. O. Th. 2. S. 82 flg.

25) Im Vorworte dieſer von Nicol. Cragius verfaßten, zu Lübeck 1530 gedruckten Ordnung heißt es u. a. „welckes ſick nu eyn Erſam Radt tho Minden mit ſampt den Medebörgern unn Ynwoner euer Stadt hebben loten bewegen, und eyne chriſtliche Ordenunge yn alle Kerecken ſick entorichtende uth Godes Worde dorch myn hebben begert u. ſ. w.“, und am Schluſſe wird hinzugefügt: „Düſſe Ordeninge yſſ angenamen und endrechtig beſchlaten durch enen Erbarn Rath unde de gantze Gemeinde ... und am Sontage Septuag. von dem Predigtſtoele tho S. Marien geleſen anno 1530.

26) Abgedruckt in E. A. C(ulemann) Samml. der vornehmſten Landesverträge des Fürſtenth. Minden 1748. No. 9. S. 27 flg. Ausdrücklich wird darin nicht bloß den Mitgliedern des Kapitels, ſondern jedem „welcher, es ſey Burger oder Einwohner, Mans- oder Frauens-Per-

Zwar verſuchte Herzog Johann durch eine Kirchenordnung [27], welche er von Erasmus aufſetzen und unterm 11ten Januar 1532 publiciren ließ, insbeſondere dadurch den Religions-Neuerungen zu wehren, daß in Pfarrkirchen Niemand als der Paſtor und wer ordentlich dazu berufen, in Klöſtern aber und Conventen Keiner ohne Bewilligung des Vorſtehers ſollte predigen dürfen. Allein ſelbſt nach der Umarbeitung, welche dieſe Kirchenordnung ſchon im folgenden Jahre erfuhr, konnte der Herzog ihre Einführung nicht durchſetzen. Ein älteres Edict vom J. 1530 [28], welches den Stadträthen und Amtleuten anbefohlen hatte, darauf zu ſehen, „daß die Prediger keine unchriſtliche Lehre oder ungebührliche Neuerungen, wodurch Widerwärtigkeiten, Aergerniß und Uneinigkeiten entſtehen möchten, einführten oder predigten, ſondern das Wort Gottes und Evangelium zu der Seelen Heil und Beſſerung klar und bündig, ohne einigen Aufruhr oder Schelten und Eigennutz, verkündigten und die Unterthanen mit Verkaufung der Sacramente und anderen ungebührlichen Auflagen nicht bedrängten", deuteten die Evangeliſchen ſogar zu ihren Gunſten. Vollends aber, als der Herzog es ruhig duldete, daß in der Stadt Soeſt ſtatt der Landes-Kirchenordnung die Kurſächſiſche eingeführt wurde, und der Stadt Lippſtadt durch einen förmlichen Rezeß vom 24. Auguſt 1535 zwar nicht ihr Verlangen, daß ihnen bei der Augsburgiſchen Confeſſion zu bleiben verſtattet würde, aber doch die Feier des Abendmahls unter beiderlei Geſtalt bewilligte, und für Anſtellung „guter, frommer, gelehrter und geſchickter Prädicanten" zu ſorgen verſprach [29], trugen auch die kleineren Städte und Viele unter dem Adel kein Bedenken mehr, ſich offen für die evangeliſche Lehre zu erklären. Nicht einmal die Gräuel-

---

ſonen, geneigt in die Dhum Kirchen zu gehen, ire Kirchen Gebreuch, Ceremonien und Gotsdienſt anzuhören und myt zu gebrauchen", die freie Religionsübung zugeſichert.

27) S. dieſe und die neue Kirchenordnung vom 8. April 1583 in Scotti's Cleve Märk. Geſ. Th. 1. S. 56. u. 62. und bei v. Steinen a. a. O. Th. 2. S. 95 flg.

28) Berg a. a. O. S. 37., v. Steinen a. a. O. S. 18.

29) Berg a. a. O. S. 24. u. 49.

thaten der Wiedertäufer, und die Unterdrückung des Münſterſchen Aufruhrs wirkten auf den Fortgang der Reformation nachtheilig zurück, da zu derſelben Zeit Graf Herrmann von Wied, Erzbiſchof von Cöln und Adminiſtrator von Paderborn, immer offner mit ſeinen Reformationsplänen hervortrat, und der Biſchof von Münſter, Osnabrück und Minden, Graf Franz von Waldeck, durch förmlichen Beitritt zum Schmalkaldiſchen Bunde ſich unumwunden für die neue Lehre ausſprach [30]).

§. 6.

Weiterer Fortgang der Reformation in den Jülich-Cleveſchen Landen.

So hatte, als im J. 1539 Herzog Wilhelm ſeinem Vater in der Regierung folgte, in einem großen Theile des Landes die evangeliſche Parthei bereits ein ſolches Uebergewicht gewonnen, daß es, um überall die Reformation durchzuführen, wohl nur des Uebertritts des Landesherrn bedurft hätte. Auch mochte dieſen die katholiſche Parthei bei der Characterſchwäche des Herzogs um ſo mehr befürchten, als die Streitigkeiten, in welche deſſen Schwager, König Heinrich VIII. von England mit dem Römiſchen Stuhle gerathen war, ſchon damals mit völligem Abfalle zu enden drohten, und die in demſelben Jahre bewirkte Reformation des Albertiniſchen Sachſens gezeigt hatte, wie ſehr Kurfürſt Johann Friedrich von Sachſen, gleichfalls dem Herzoge verſchwägert, zur Unterſtützung ſeiner Glaubensgenoſſen, und zur Förderung der Reformation ſeinen perſönlichen Einfluß geltend zu machen geneigt war.

Der Streit, in welchen Herzog Wilhelm bald nach ſeinem Regierungsantritte mit dem Kaiſer über die Geldern'ſche Erbſchaft verwickelt wurde, war daher eine erwünſchte Gelegenheit, der katholiſchen Kirche den Beſitz der Jülich-Cleveſchen Territorien wo möglich zu ſichern. Weder den von Herzog Ar-
1472 nold mit Carl von Burgund geſchloſſenen Verkauf, noch den Ver-

30) S. unten B. III. Kap. 3. §. 4.

Vergleich hatten die Geldernſchen Stände anerkennen mögen, durch welchen Arnold's Enkel, Herzog **Carl**, nach vergeblichem Kampfe ſich der Lehnshoheit Brabants unterworfen, und für den 1528
Fall unbeerbten Todes den Heimfall des Landes an das Habsburgiſche Haus zugeſichert hatte; kurz vor ſeinem Tode bewogen 1538
ſie den Herzog Carl zu einem Verſuche, Geldern dem Jülich-Cleveſchen Hauſe, trotz dem, daß dieſes gegen Geldentſchädigung jenem Verkaufe Arnold's beigetreten war, wieder zuzuwenden, und gern ergriff Herzog **Wilhelm** die ihm gebotene Gelegenheit zu Erweiterung ſeiner Beſitzungen [1]). Allein der Macht des Kaiſers war er nicht gewachſen; im Frieden zu Venloo vom 7. Sept. 1543 mußte er nicht bloß allen Anſprüchen auf Geldern von neuem gänzlich entſagen, ſondern auch das Verſprechen ertheilen, daß er ſeine Lande und Unterthanen bei der Römiſch-katholiſchen Religion erhalten, in Anſehung derſelben in ſeinen Landen irgend eine Aenderung weder ſelbſt vornehmen noch dulden, vielmehr, wo ſchon etwas geändert ſei, alles wieder auf den vorigen Fuß ſtellen wolle [2]).

Dieſer Zuſage, die er wenige Jahre darauf durch die Vermählung mit **Maria**, der Tochter König **Ferdinand's**, gleichſam neu bekräftigte, blieb Herzog **Wilhelm** für ſich Zeit ſeines Lebens treu. Die Reformation in ſeinem Lande rückgängig zu machen, hat er wohl kaum jemals ernſtlich gewollt. Denn gerade in dieſer Zeit führten viele Städte, wie Weſel, Düſſeldorf, Dortmund, Bielefeld den evangeliſchen Gottesdienſt ein, ohne daß von Seiten des Herzogs irgend Widerſpruch wäre erhoben worden [3]); ruhig ließ er die Reformation des Stifts **Hervor**-

1) Vgl. hierüber **Leo's** Niederl. Geſch. Th. 2. S. 195 flg. 246. 305. 333. und v. **Kampen** Geſch. d. Niederl. Th. 1. S. 263 flg.

2) Der auf die kirchlichen Verhältniſſe bezügliche Paſſus, als der wichtigſte allen anderen Clauſeln vorangeſtellt, lautet: Imprimis Illustr. Dux omnes suas hereditarias terras, ditiones et subditos ... in orthodoxa fide et religione nostra et universalis ecclesiae conservabit et retinebit, ac nullam penitus innovationem aut immutationem faciet aut fieri permittet, et si quid iam per aliquos ex subditis seu alios in diversum immutatum et innovatum esset, ipse cum omni diligentia curabit, ut id tollatur (ſ. **Teschenmacher** l. ſ. App. No. 115.).

3) **Berg** a. a. O. S. 59. 63. 101 flg., v. **Steinen** a. a. O. S. 25 flg.

den geſchehen, zufrieden mit der Erbvogtei, welche, unter gleichzeitiger Ueberlaſſung der Landeshoheit über die Stadt, die Aebtiſſinn Anna, Gräfinn von Limburg, im J. 1547 dem Herzog übertrug [4]), wie es ſcheint, gerade in der Abſicht, um die längſt gewünſchte Reform des Stifts ohne Gefahr vornehmen zu können. Schwerlich hätte aber auch der Herzog den früheren kirchlichen Zuſtand herzuſtellen vermocht, da ſelbſt der unglückliche Ausgang des Schmalkaldiſchen Krieges, und die damit entſchiedene Vereitelung der Reformationspläne Erzbiſchofs Herrmann von Cöln der evangeliſchen Kirche dieſer Gegenden wenigſtens nicht ſo bleibenden Nachtheil brachte, als man befürchten zu müſſen ſchien.

In den Bisthümern gewann allerdings, da die perſönlich der evangeliſchen Lehre geneigten Prälaten, wie Biſchof Franz von Münſter und Minden, auf Herſtellung des alten Cultus bedacht ſein mußten, um nicht gleich Herrmann von Cöln Amt und Land zu verlieren, die katholiſche Parthei entſchieden wieder die Oberhand [5]). Auch mußte Graf Conrad von Teklenburg den Eifer, mit welchem er die von ſeinem Vater Otto VI. begonnene Reformation befördert hatte, mehr vielleicht noch ſeine verwandtſchaftlichen Beziehungen zum Landgrafen Philipp dem Großmüthigen, mit dem Verluſte Lingens büßen, welches Conrad, die von ſeines Vaters Bruder, dem Grafen Nicolaus, gegen
1541 das Burgundiſche Haus übernommene Lehnspflicht nicht anerkennend, ohne Lehnserneuerung in Beſitz genommen hatte, und jetzt zur Strafe ſeiner Felonie dem Grafen Maximilian von Büren abzutreten genöthigt wurde. Dem Wechſel der Landesherrſchaft folgte hier auch bald eine Herſtellung des katholiſchen Cul-

In Abſtellung einzelner abergläubiger Gebräuche und in Aenderung des äußern Kirchenweſens fuhr ſogar der Herzog fort, wie er z. B. im J. 1546 das Ackerumlaufen oder ſ. g. Saatreiten verbot, und das Armenweſen neu einrichtete, im J. 1554 die Prozeſſionen durch die Feldflur unterſagte (Scotti Jül Berg. Geſ. Th. 1. S. 34. u. Clev. Märk. Geſ. Th. 1. S. 120. u. 127.).

4) Vgl. Teschenmacher l. l. App. No. CLVIII. mit Büſching a. a. O. Th. 6. S. 261.

5) S. unten Buch III. Kap. 3. §. 4.

tus, als Kaiſer Carl die nach des Grafen Maximilian Tode durch
deſſen einzige Tochter an Wilhelm von Oranien gefallene Graf- 1555
ſchaft eintauſchte, und das Land, auf welches das Oraniſche Haus
in Folge einer Schenkung König Philipps II. ſpäter von neuem
Anſprüche erhob, faſt achtzig Jahre im unmittelbaren Beſitze Spa-
niens blieb [6]). Eben ſo hatte in den Jülich-Cleveſchen Ländern
die Annahme des Augsburger Interims, welches Herzog Wilhelm
ſofort bekannt machen ließ, für die meiſten Städte die Vertrei-
bung der evangeliſchen Geiſtlichen und die Herſtellung des katho-
liſchen Cultus zur Folge, ſo daß nur insgeheim hie und da evan-
geliſcher Gottesdienſt ſich erhielt [7]).

Allein der Eifer, mit welchem der katholiſche Clerus den faſt wider Erwarten errungenen Sieg verfolgte, ſteigerte ſich nur zu bald zu Anmaßungen aller Art, und führte zu den willkürlichſten Eingriffen in die Gerichtbarkeit und anderweitig althergebrachte Gerechtſame der Landesherrſchaft. Dieſe zu dulden, war Herzog Wilhelm weit entfernt, vielmehr ſofort den Beſchwerden der Stände Abhülfe zu verſchaffen bereit. Ohne weiter in Verhandlungen mit den Landesbiſchöfen ſich einzulaſſen, von welchen unter damaligen Umſtänden ein günſtiger Erfolg doch nicht zu erwarten geweſen wäre, erließ er unterm 20. März 1551 das berühmte Edict [8]), welches bis auf die neueſte Zeit herab, unter Brandenburgiſcher wie Pfälziſcher Hoheit, die Grundlage für die katholiſche Kirchenverfaſſung der Jülich-Cleveſchen Länder geblieben iſt.

Die geiſtliche Autorität der katholiſchen Prälaten aufzuheben, wie vielfach behauptet worden [9]), oder gar das Bekenntniß

6) Rumpius a. a. O. S. 100 flg., Holſche a. a. O. S. 69 flg.

7) Berg a. a. O. S. 109 flg.

8) Abgedruckt u. a. in: Vollſt. Sammlung derer d. Verf. des Erzſtifts Cöln betreff. Stücke u. ſ. w. Cöln 1772. Th. 1. No. 4. S. 23 flg. u. Scotti Clev. Märk. Geſetze Th. 1. S. 116 flg.

9) So hat u. a. Dithmarus ad Teschenmacher pag. 470. und nach ihm Borheck a. a. O. Th. 2. S. 511. dies Edict aufgefaßt, veranlaßt durch ein an den Gografen von Bielefeld im J. 1568 ergangenes, aber nur auf Competenz-Ueberſchreitung bezügliches Reſcript, daß „diejenigen, ſo ſolcher geiſtlichen Jurisdiction halben etwas anzubrin-

der evangeliſchen Lehre zu befördern, war allerdings ſo wenig der Zweck dieſes Geſetzes, daß der Herzog den Schultheißen und Amtleuten zur Pflicht machte, den Sendgerichten beizuwohnen und den geiſtlichen Obern behülflich zu ſein, damit die Unterthanen „zu gebürlichem Gehorſam, Straiff und Beſſerung“ gebracht würden, ausdrücklich auch feſtſetzte, es ſolle durch die weltliche Beſtrafung der Uebelthäter „die gebürliche Straff, Buß und Penitentz dem Send nit verhindert“, und eben ſowohl das Sendgericht „uff den Oertern, da der underlaſſen, wiederumb angeſtelt“, als auch „hinforder uff dem Sendt (da daß biß anher nit beſchehen noch gewonlich) auch fürbracht und gewrôegt werden Ketzerey, verdampte Secten, heimliche argwehnige Beykumpſten und Scholen oder Lehren, da die befonden würden“ 10). Nach Maaßgabe des alten Herkommens, welches in einzelnen Punkten ſogar noch engere Schranken befolgte, wurde aber doch nur Umfang der geiſtlichen Gerichtbarkeit und die Art ihrer Handhabung näher beſtimmt 11), und einerſeits das Nominationsrecht des Lan-

---

gen oder zu tentiren ſich unternehmen würden, in linnene Säcke geſteckt und als proditores patriae erſäufft“ werden ſollten. Noch im J. 1661 iſt das Strafverbot, aber auch nur bei Anmaßung geiſtlicher Gerichtbarkeit von Seiten auswärtiger Kirchenobern, erneut worden. v. Oven a. a. O. S. 52 flg.

10) Vgl. Art. 20—26. des Edicts.

11) Das ſagt wortdeutlich der Eingang, dahin lautend: „Als mein gnädiger Herr ... uff Anſuchen und Bitt gemeiner Ritterſchaft und Stede ... bevolen, die Geiſtliche Jurisdiction nit wyders zu geſtaden, dan van Alders herkommen und bey zyden Sr. F. Gn. Fürfader zugelaſſen ... Wie waill dan S. F. Gn. befonden, daß Sr. F. G. Voreltern obgemelte Geiſtlich-Jurisdiction in etlichen Fällen nit ſo weith geſtadet, ſo mach doch S. F. Gn. erlyden, daß es damit durch diejenigen, ſo die van alders in Sr. F. Gn. Fürſtendomben, Landen und Gebiede gebruycht, nachfolgender geſtalt, biß man ſich anders oder wyders verglychen würde, gehalten und Sr. F. Gn. Underthanen darüber neit beſchweert werden, auch denſelbigen an Jhrer Freyheit, Privilegien und altherkommen unnachtheilig“. Auch erhellt es aus der ganzen Faſſung des Edicts, welches unter ſechs Rubriken: Eheſachen, Teſtamenten, Beneficial- oder geiſtliche Lehen, geiſtliche mortificirte Güder, perſönliche Forderungen und Sendt, in 30 Artikeln näher angiebt, wie weit die geiſtlichen Obern, und in wiefern die weltlichen Gerichte competent ſeien. Neu im Verhältniſſe zu den älteren Edicten über die geiſtl. Gerichtbarkeit ſind nur die Art. 10—12. 16—19. u. 28—30.

desherrn beſtätigt [12]), andrerſeits der bisherige Gebrauch zu urkundlichem Rechte erhoben, daß alle geiſtlichen Sachen in erſter Inſtanz innerhalb Landes vor den Landdechanten und Archidiaconen verhandelt werden ſollten, und ſelbſt in höherer Inſtanz nicht wider Willen der Partheien evocirt werden dürften [13]). Wie daher die Wahrung der landesherrlichen Gerechtſame [14]), deren Verletzung und jeder Uebergriff in die weltliche Gerichtbarkeit für Landesverrätherei erklärt und mit Strafe an Leib und Leben bedroht wurde [15]), den katholiſchen Clerus bei ſeinen Beſtrebungen

---

12) Art. 10. „Inveſtituren und Zulaſſung der Perſonen zu den geiſtlichen Lehenen, und daß daran den Archidiaken und andern ihre Gerechtigkeit, wie ſie gebürt, gereicht werde, doch daß meines Gn. H. Herz. preſentirter, ſo ferne die dügentlich und bequeem befonden, nit zu rügge geſtalt.“ — Dem entſprechend weiſet eine Verordn. vom 31. Oct. 1559 die Amtleute an, auf gehörige Beſetzung der der landesh. „Gifft“ nicht unterworfenen Pfarren zu achten, und eine ſpätere vom 6. Febr. 1575, darauf zu ſehen, daß Pfarrämter nur mit ſolchen Perſonen beſetzt werden, die von den herzoglichen Prüfungs-Commiſſarien tüchtig befunden ſind (Scotti Cleve-Märk. Geſ. Th. 1. S. 141. u. 161.).

13) Art. 28. „Daß die Underthanen in erſter Inſtantien in Ehe und andern obgemelten Sachen nit buyſſen Landts gezogen, ſonder durch die Archidiaken oder ihre Bevelhaber und die Landt-Dechen nach altem Herkommen binnen Landts verhort und entſcheiden werden, unbenomen der gebürlichen Appellation“. Art. 29. „Wann aber jnnige Perſonen in der zweyter Inſtantien oder ſunſt ·ußlendig geladen und gefordert würden, daß dan dieſelbige nit in eigener Perſonen gegen Ihren Willen, ſondern durch ihren Volmechtigen erſcheinen, oder aber durch Commiſſion jnwendigh Landts verhört werden“.

14) Im Art. 19. wird auf Veranlaſſung der in Perſonalſachen der Geiſtlichen eintretenden geiſtl. Gerichtbarkeit noch ausdrücklich die Reſervation gemacht; „doch daß die Geiſtliche Perſonen meines Gn. H. und der Lande Ordnungen, Freyheit, Privilegien und Altherkommen nit zuwider handeln“.

15) Das hierauf bezügliche Edict vom 7. Febr. 1551 (bei v. Steinen a. a. O. Th. 2. S. 154.) lautet: „Nachdem Ritter und Stedte ... gebetten, daß ... gerührte geiſtliche Jurisdiction nicht anders oder weiter verſtattet werde, denn Unſer Anherr und Herr Vater H. Johann, auch andere unſere Für-Eltern die zugelaſſen haben, mit dem Anhang, wo jemand, er ſey wer oder weſſen Stands er wolle, einige Ladung, Citation, Inhibition, geiſtliche Mandaten oder Bannbriefen weiters, als vorgemelt, in unſeren Fürſtenthumen, Landen und Gebieten bringen, verkündigen oder exequiren würde, daß der oder dieſelbige unverzüglich angenommen, zu recht geſtellt und nach altem Herkommen und Freiheit Unſer Fürſtenth. und Landen als Verbrecher derſelbigen Landen alter Freiheit und Ordnungen verwieſen, und an Leib und Leben ge-

zur Wiederherſtellung und feſteren Begründung der alten Kirchenverfaſſung in die gebührenden Schranken zurückwies, ſo mußte dadurch die Hoffnung der Evangeliſchen neu belebt werden. Kaum daß der Paſſauer Vertrag gegen gewaltſame Verfolgungen Sicherheit gewährt hatte und im Augsburger Religionsfrieden die evangeliſche Parthei von Reichs wegen anerkannt war, wurde ſofort auch faſt überall im Lande der lutheriſche Cultus hergeſtellt. Durch zahlreiche Einwanderungen aus Frankreich und den Niederlanden, vornemlich aber aus England, mehrte ſich die Zahl der Evangeliſchen, und an vielen Orten entſtanden neben den lutheriſchen Kirchen reformirte Gemeinden [16]. Selbſt in Städten, welche bisher den Bekennern der neuen Lehre kaum den Aufenthalt, geſchweige das Bürgerrecht geſtattet hatten, wuchs trotz aller Verbote die Zahl der Evangeliſchen dergeſtalt, daß ihnen zuletzt der Rath freie Religionsübung und Rathsfähigkeit gewähren mußte; ſo in Dortmund, wo durch die patriziſchen Geſchlechter die Reformation wieder rückgängig geworden war, ſchon ſeit d. J. 1562 jedoch evangeliſcher Gottesdienſt wieder freigegeben, und im J. 1578 der katholiſche Cultus in den Pfarrkirchen gänzlich abgeſtellt wurde [17], namentlich aber in Aachen, wo allen kaiſerlichen Edicten und Rathsbeſchlüſſen zum Trotz [18] faſt die ganze Bürger-

---

ſtrafft werden, ſo iſt unſer Meinung und Befehl, daß niemand bei Vermeidung höchſter Straff Leibs und Guts einiger geiſtlicher Ladung oder Bannbrief anders oder weiter, dann . . . von alters gewönlich, in unſere Fürſt. und Landen bringe, verkündige oder exequire, oder auch dazu einges weghs Hülff oder Fürſchub thue, es ſey denn mit unſerem ſonderlichen Fürwiſſen und Zulaſſen“.

16) Berg a. a. O. S. 120 flg. 149 flg. 163.

17) S. Vogt a. a. O. S. 22—31. Nur in den beiden Klöſtern erhielt ſich eine kleine, auf patriziſche Geſchlechter beſchränkte katholiſche Gemeinde.

18) Ein Edict vom J. 1534, welches bei Lebensſtrafe den Beſuch der heimlichen lutheriſchen Predigten verbot, erwies ſich bald als unausführbar; eben ſo wenig Erfolg hatte ein durch die zahlreichen Einwanderungen veranlaßtes Edict einer kaiſerl. Commiſſion vom 10. Juni 1550, daß jeder neue Bürger der katholiſchen Religion anzugehören beweiſen und verſprechen müſſe, und Niemand, als wer 7 Jahr Bürger geweſen, zu Rathsämtern gelangen könne. Im J. 1559 verfügte auf Anlaß eigenmächtiger Anſtellung evangeliſcher Prediger der Rath ſogar die Ausweiſung aller nichtkatholiſchen Fremden, und ließ durch einen

ſchaft evangeliſch geworden war, und nachdem ſchon im J. 1574, gegen das Verſprechen in Religionsſachen keine Neuerungen zu machen, eine Anzahl Evangeliſcher in den Rath aufgenommen war, im J. 1578 nicht bloß evangeliſche Prediger eigenmächtig berief, ſondern auch im J. 1583 den Beſchluß durchſetzte, es ſolle fortan neben der katholiſchen Religion auch die Augsburgiſche Confeſſion öffentlich in der Stadt geduldet, gelehrt und gepredigt werden [19]). Nicht minder gewann aber auch unter dem Schutze der adligen Grundherren, von denen viele im Beſitze ſ.g. Unterherrlichkeiten [20]) durch ihre Exemtion von dem landesherrlichen Placet freie Hand bei der Beſetzung der Kirchenämter hatten, das evangeliſche Bekenntniß auf dem flachen Lande mehr und mehr Eingang.

Förmlicher Anerkennung erfreuten ſich in dieſen Gegenden
die Evangeliſchen zwar nur erſt in der Grafſchaft **Mörs**, wo im
J. 1560 Graf **Herrmann** durch eine eigne Kirchenordnung die
Reformation vollſtändig einführte [21]), ſo wie in der Grafſchaft
Teklenburg, welche mit der Herrſchaft **Rheda** beim Tode des
Grafen Conrad an deſſen Schwiegerſohn Graf **Eberwin IV.** 1556
von **Bentheim** und Steinfurt fiel, und in Folge deſſen zwar
ſpäter das lutheriſche Bekenntniß mit der reformirten Confeſſion
vertauſchen mußte, aber einer Gegenreformation ſo glücklich entging, daß im ganzen Lande die Katholiken nur Eine Pfründe in dem Fräuleinſtifte zu Leeder beſaßen [22]). In den **Jülich**'ſchen Lan-

---

Beſchluß der Zünfte vom 12. März 1560 alle Evangeliſchen vom Rathe ausſchließen; allein beides erwies ſich nur für kurze Zeit wirkſam.

19) **Noppius** a. a. O. S. 175 flg. u. 201. und **Meyer's** Aachener Geſch. Th. 1. S. 447. 452. 464 flg. 487.

20) Ueber dieſe Unterherrlichkeiten, deren im Jülichſchen zuletzt noch 42, im Bergiſchen nur 2 waren, und neben welchen noch 7 andere, zwiſchen Cöln und Jülich ſtreitige, weder landſäſſige noch reichsſtändiſche oder reichsritterſchaftliche Herrſchaften exiſtirten, welche bis auf die neueſte Zeit völlige Steuerfreiheit genoſſen, vgl. Th. **Correns** über den vorzügl Unterſch. zw. d. ehemal. Landesrechten, Gewohnh. u. ſ. w. des Kurf. Cöln, der Herz. Jülich und Berg. Cöln 1826. Tit. 27. S. 137 flg.

21) **Berg** a. a. O. S. 176.

22) Graf **Arnold** führte im J. 1587 die reformirte Lehre zuerſt ein; vollendet aber wurde die neue kirchliche Organiſation des Landes erſt unter deſſen Sohne **Adolph**, der bei der Theilung mit ſeinen Brü-

den beruhte die Uebung der evangeliſchen Lehre nur auf ſtillſchweigender Duldung des Landesherrn [23]). Doch fand Herzog Wilhelm ſchon im J. 1565 ſich bewogen, bei Erneuerung der alten Kirchenordnung [24]) nach dem Beiſpiele ſeines Schwiegervaters und anderer katholiſchen Fürſten die Spendung des Abendmahls unter beiderlei Geſtalt freizugeben; die Nothwendigkeit, den kirchlichen Zuſtand des Landes zu ordnen, erſchien ihm ſogar bei der ſteten Vermehrung der evangeliſchen Gemeinden ſo gebieteriſch,
1567 daß er zwei Jahre ſpäter durch Verhandlung mit den Ständen die Religionswirren zu beenden, und einer eignen Landes-Kirchenordnung ſich zu einigen beſchloß. Allerdings blieb dieſer Verſuch zur Herſtellung der kirchlichen Einheit ohne Erfolg, und mußte es bleiben, da der den Ständen vorgelegte Entwurf [25]) ein unglückliches Mittelding zwiſchen Lehre und Cultus beider Religionspartheien war, die Evangeliſchen zugleich durch die Erklärung des Herzogs bedenklich wurden, daß er nicht Willens ſei, „ſich hiermit von der chriſtlichen apoſtoliſchen catholiſchen Kirche und Gemeinde abzuſondern, noch Jemand hohes oder niedern Standes vorzugreifen". Allein die Nachgiebigkeit des Herzogs gab den Evangeliſchen wenigſtens die Ueberzeugung, daß gewaltſame Maaßregeln von Seiten der Landesherrſchaft nicht zu fürchten ſeien, bei dieſer nicht einmal Unterſtützung finden dürften. Schon im folgenden
1568 Jahre wagten daher die reformirten Gemeinden in Jülich und Cleve eine Synode zu Weſel zu halten, auf welcher die Organiſa-

---

dern im J. 1606 Teklenburg und Rheda erhalten hatte. Im J. 1609 u. 1612 hielt er eine Generalſynode und Generalviſitation, und erließ in Folge deſſen 1619 auch eine beſondere Kirchenordnung. Vgl. Rumpius a. a. O. S. 123. u. Holſche a. a. O. S. 72 flg. u. 182.

23) Bei Verheirathung ſeiner älteſten Tochter mit Herzog Albrecht Friedrich von Brandenburg im J. 1572 ließ er ſich von dieſem in den Ehepacten das ausdrückliche Verſprechen geben, bei etwaniger Erbfolge die Lande „zu einiger Veränderung der Religion mit nichten zu trinken, oder da entgegen einige Verneuerung einzuführen, ſondern ſie vielmehr bei der uhralten, wahren, allgemeinen, catholiſchen und apoſtoliſchen Religion unverhindert bleiben zu laſſen". Teschenmacher App. No. 130.

24) Scotti Jül. Berg. Geſetze Th. 1. S. 41.

25) Mitgetheilt von v. Steinen Th. 2. S. 268 flg.

tion ihrer kirchlichen Verbindung nach den Grundſätzen der Presbyterial- und Synodalverfaſſung beſchloſſen und durch Beſtellung von Inſpectoren für eine leitende Beaufſichtigung der Kirchenverwaltung geſorgt wurde. Regelmäßig ſind auch ſeitdem im Jülich-Cleveſchen die Synoden gehalten worden; dieſem Beiſpiele folgten aber ſeit dem J. 1589 die Reformirten in Berg, allem Anſcheine nach auch die lutheriſchen Kirchen des Landes, die überall Presbyterien der einzelnen Gemeinden und Inſpectoren beſtellten [26]).

Selbſt das Verhalten der Landesbiſchöfe, welche in den eignen Landen die evangeliſche Lehre theilweiſe duldeten [27]), war dieſem ſtillen Fortgange der Reformation förderlich, am meiſten der Sieg, welcher nach langen Streitigkeiten im Biſthume Minden den Evangeliſchen zu Theil wurde [28]). Hier hatte die Stadt, obwohl bisher Mitglied des Schmalkaldiſchen Bundes, ſtandhaft die Annahme des Interims verweigert und im Vertrauen auf das ihr im J. 1535 urkundlich zugeſicherte Recht den lutheriſchen Gottesdienſt beibehalten. Die Bemühungen Biſchofs Franz zur Herſtellung der katholiſchen Lehre hatten, trotz der Unterſtützung des Domkapitels, um ſo weniger Erfolg, als ſie kaum ernſtlich gemeint waren; die Annahme der Tridentiniſchen Beſchlüſſe, zu der ſich Biſchof Herrmann Graf von Schauenburg entſchloß, erfolgte faſt nur der Form wegen, um die päbſtliche Confirmation zu erhalten. Im größten Theile des Landes hatte unter den Laien wie unter dem niederen Clerus, welcher ſelbſt Freigebung des Eheſtandes und Geſtattung des Abendmahls unter beiderlei Geſtalt forderte, die lutheriſche Lehre ſolchen Beifall gefunden, daß von deren Verfolgung offner Aufſtand zu befürchten war; obwohl nur geduldet, genoſſen die Evangeliſchen doch faſt überall freie öffentliche Religionsübung. Selbſt als die Stadt in Folge eines Streites mit dem Biſchofe, in deſſen landesherrliche Rechte ſie ſich mancherlei Eingriffe erlaubt hatte, zur unbedingten Unterwerfung genöthigt war und in dem Rezeſſe zu Lübbecke vom

26) v. Oven die Presb.- u. Synod.-Verf. in Cleve S. 24—26.
27) S. unten B. III. Kap. 8. §. 6.
28) Vgl. Pauli a. a. O. Th. 6. S. 121 fg.

15. April 1575 [29]) zur Herſtellung der Collegiatſtifter und des Moritzkloſters, und ſogar zu dem Anerkenntniſſe ſich verſtehen mußte, „daß die Sachen, ſo biß daher der geiſtlichen Jurisdiction zugehörich, billich der biſchöflichen Würde alß dem geiſtligen Richter ſeyn und verbleiben“, wagte der Biſchof nicht die freie Uebung des evangeliſchen Cultus der Bürgerſchaft zu entziehen, beſtätigte dieſe vielmehr förmlichſt von neuem durch die ausdrückliche Zuſicherung, es ſolle mit der geiſtlichen Jurisdiction „noch Sendt und Bann oder dergleichen ihngeführet, ſondern wie eß ihn andern chriſtlighen reformirten Städten der Augsburgiſchen Confeſſion gehalten wird, auch gehalten werden“, und wenig Nachtheil brachte es den Evangeliſchen, als bei Biſchofs Herrmann Tode im J. 1582 das zum großen Theile noch katholiſche Kapitel vom neuen Biſchofe Heinrich Julius von Braunſchweig das ausdrückliche Verſprechen in der Wahlkapitulation erlangte, die katholiſche Religion erhalten zu wollen [30]).

So hatte, wenn gleich ſehr allmählich, das evangeliſche Bekenntniß zwiſchen Weſer und Rhein mehr und mehr äußern Halt, in den Anfängen der ſich bildenden Kirchenverfaſſung einen feſten Mittelpunkt gewonnen, als der unbeſonnene Verſuch des Cölner Kurfürſten Gebhard von Waldburg, durch förmlichen Uebertritt zur evangeliſchen Religion das Erzſtift zu ſäculariſiren, die entſchiedenſte, und leider nicht erfolgloſe Reaction der katholiſchen Parthei in Deutſchland hervorrief, und binnen kurzem auch in dieſen Gegenden die günſtige Lage der Evangeliſchen änderte. Doch nahm zunächſt die Befeſtigung der katholiſchen Hierarchie in den Biſchofsſitzen, den Domkapiteln und geiſtlichen Stiftern, und die Zurückführung der Stiftslande zum alten Cultus zu ſehr die geſammte Thätigkeit derer in Anſpruch, welche an die Spitze dieſer Reaction traten, als daß eine Rückwirkung auf die weltlichen

29) Abgedr. in Culemann's Samml. No. 18. S. 85 flg.

30) Gleich nach ſeinem Einzuge in Minden wies ſogar am 5. März 1583 der Biſchof durch die Amtleute die Pfarrer an, daß ſie „Gottes Wort vermöge der Augsb. Conf., auch bevor aus den prophetiſchen und apoſtol. Schriften lauter und rein lehren und predigen“ ſollten. Schlichthaber a. a. O. Th. 3. S. 11.

Territorien ſofort hätte fühlbar werden können. Obſchon hie und da Verfolgungen ausgeſetzt, welche in den letzten Lebensjahren Herzogs Wilhelm eintraten, ſeit die durch ſeinen Blödſinn veranlaßte vormundſchaftliche Verwaltung der Gegenparthei freieren Spielraum eröffnete[31]), genoſſen die Evangeliſchen bei ſeinen Lebzeiten faſt überall im Lande freie und öffentliche Religionsübung; förmlich war dieſe ſogar im J. 1591, wenn auch nicht vom Fürſten, doch von Ritterſchaft und Städten auf dem Landtage zu Düſſeldorf anerkannt worden[32]).

§. 7.

Erlöſchen des Jülich-Cleveſchen Herzogshauſes. Streitigkeiten über die Erbfolge.

Der Tod Herzogs Wilhelm im J. 1592, deſſen an Geiſt und Körper gleich gebrechlicher Sohn und Nachfolger Johann Wilhelm unter faſt unbeſchränktem Einfluſſe der ſtreng-katholiſchen Parthei ſtand, eröffnete auch in den Jülich-Cleveſchen Landen nur zu günſtige Ausſicht zu glücklichem und raſchem Erfolge jener gegenreformatoriſchen Beſtrebungen, welche in den benachbarten Stiftsgebieten binnen weniger Jahre der Hierarchie die faſt verlorene Herrſchaft wiedergegeben hatten. Ueberall traten mit Johann Wilhelm's Regierung Bedrückungen der evangeliſchen Gemeinden ein, und führten bald an manchen Orten zu Abſtellung des evangeliſchen Cultus[1]). Mehr noch ließ, was das Ziel jener Parthei ſei, welchen Ausgang dieſe beginnende Verfolgung haben werde, das Schickſal der freien Reichsſtadt Aachen erkennen, die nach muthvoller Vertheidigung der kaum gewonnenen Religionsfreiheit[2]), in Folge der über ſie verhängten Reichsacht vom

---

31) v. Steinen a. a. O. S. 69.

32) v. Oven's Entſt. u. Fortb. des evang. Cult. S. 40. Note *.

1) v. Steinen a. a. O. S. 70 flg.

2) Schon im J. 1585 war an die Stadt ein kaiſerliches Mandat ergangen, die fremde Lehre abzuſchaffen und alle Eingriffe in die Gerichtbarkeit des Erzprieſters abzuſtellen, dies aber, gleich einem ähnlichen im J. 1590, eben ſo erfolglos geblieben, als die kaiſerl. Sentenz vom 27. Auguſt 1593, welche alle Neuerungen caſſirte und den Rathsſchluß

Erzbiſchofe Ernſt von Cöln unter Mitwirkung des Jülicher Herzogs im J. 1598 zu unbedingter Herſtellung des katholiſchen Bekenntniſſes gezwungen wurde [3]). Um ſo größere Spannung mußte die bei der Kinderloſigkeit des Herzogs nahe bevorſtehende Erledigung der Jülich-Cleveſchen Lande, in dieſen ſelbſt wie im übrigen Reiche erwecken, zumal ihrer Einziehung als erledigtes Reichslehn ein unbeſtreitbares Privilegium weiblicher Erbfolge entgegenſtand, die der katholiſchen Kirche angehörigen Erbprätendenten mehr auf die Gunſt des Kaiſers, als auf ihren Rechtstitel die Ausſicht glücklichen Erfolgs gründen mußten [4]), ihnen gegenüber aber die Häupter der evangeliſchen Parthei als Bewerber auftraten.

An ſich von geringem Gewichte war der Anſpruch, welchen die Albertiniſche Linie des Sächſiſchen Hauſes auf die ihrem Stifter Herzog Albrecht im J. 1483 ertheilte Anwartſchaft und Eventualbelehnung [5]), die Erneſtiniſche auf den Heirathsvertrag des Kurfürſten Johann Friedrich und ſeiner Gemahlinn Sybilla, der Tochter Herzogs Johann III. [6]), gründen zu können vermeinte. Denn jene Anwartſchaft hatte auf Veranlaſſung des zwiſchen Johann II. von Cleve und Wilhelm von Jülich ge-

---

vom J. 1560 wiederherſtellte, welchem aber die Stadt ſich nur unter Vorbehalt weiterer Rechtausführung unterwerfen wollte.

3) Rückgabe aller Kirchen an die Katholiken und deren ausſchließliche Rathsfähigkeit war die nächſte Folge, da jedes Mitglied des Raths fortan beſchwören ſollte, ſelbſt des katholiſchen Glaubens zu ſein und keinen andern zu Rathsämtern zulaſſen zu wollen; zugleich erging das Verbot an die Evangeliſchen, „daß ſie das abgeſtellte exercitium religionis weder heimlich noch öffentlich gebrauchen ſollen und wollen“. S. Noppius a. a. O. S. 203 flg. u. Meyer a. a. O. S. 495 flg.

4) Es waren dies der Markgraf Carl von Burgau, Gemahl der jüngſten Schweſter Herzogs Johann Wilhelm, der Herzog Carl von Nivers und Mantua als Nachkomme des Grafen Engelbert, jüngeren Bruders Herzogs Johann I. von Cleve und Mark, und die Grafen von Manderſcheidt als Descendenten des Grafen Engelbert II. von der Mark. Jenem ſtand unzweifelhaft die Primogenitur, den letzteren die durch die Union begründete Untheilbarkeit der Cleveſchen und Jülicher Beſitzungen, ſo wie der Vorzug der Erbtöchter vor der Regredient-Erbinn entgegen.

5) S. Teschenmacher App. No. 95., Lünig Reichsarch. P. spec. Th. 2. S. 14.

6) Teschenmacher No. 106., Lünig a. a. O. S. 84.

ſchloſſenen Unionsvertrages Kaiſer Maximilian ſchon im J. 1496 unter Beſtätigung der weiblichen Erbfolge, und nochmals im J. 1509 vor wirklicher Abſchließung der Ehe zwiſchen Johann III. und Maria von Jülich widerrufen; die Ehepacten aber des Kurfürſten Johann Friedrich hatten bloß für den Fall ſeiner Gemahlinn und ihren Erben die Erbfolge vorbehalten, daß ihr Vater Johann ohne männliche Erben verſtürbe, oder dieſe überall keine Erben hinterließen. Nur das befreundete Verhältniß, welches ſchon ſeit lange zwiſchen dem kurſächſiſchen und öſterreichiſchen Hauſe beſtand, gab jenen Anſprüchen einige Bedeutung, und mußte die Beſorgniß, daß der Kaiſer dem Kurfürſten von Sachſen den Vorzug zu geben geneigt wäre, um ſo mehr bei den Hauptprätendenten erregen, als es nicht zweifellos war, wem von dieſen, ob dem Brandenburgiſchen Kurhauſe oder der Pfalz-Neuburgiſchen Dynaſtie ein beſſeres Erbrecht zur Seite ſtehe. Das Privilegium, welches Carl V. im J. 1546 zur Beſtätigung der weiblichen Erbfolge und der Untheilbarkeit aller Beſitzungen dem Herzoge Wilhelm ertheilt, die ſpäteren Kaiſer mehrfach erneut hatten [7]), ſicherte für den Abgang männlicher Descendenz den Töchtern des Herzogs nur dergeſtalt die Erbfolge zu, daß „wo derſelben keine dazumahl im Leben wären, und aber, wenn einer oder mehr ehelich gebohrenen Leibes-Erben vorhanden wären, alßdann auf dieſelben Sr. L. Töchter nachgelaſſene eheliche männliche Leibes-Erben, ſo derſelben Zeit im Leben ſeyn“, die Lande fallen ſollten, und gerade „krafft und nach Inhalt darüber hiebevor erlanget und beſtätigten kaiſerl. Privilegiums“ war der älteſten Tochter Maria Eleonora bei ihrer Vermählung mit Herzog Albrecht Friedrich von Brandenburg durch 1572
die Ehepacten [8]) für ſich und ihre Erben das nächſte Recht der Erbfolge auf den Abgang der männlichen Linie vorbehalten worden. War daher gleich der zweiten Tochter Anna, dem Pfalz-

7) Die Urkunde Carls, ſo wie deren Erneuerung durch Ferdinand I. v. J. 1559, und von Maximilian II. im J. 1566 f. bei Teschenmacher No. 117. 119. 122.

8) Ebendaſ. No. 130.

grafen Philipp Ludwig von Neuburg vermählt, nur, „wofern die ältere Tochter auch ohne eheliche Leibes-Erben mit Tode abgehen ſollte“, und „nach der Frau Mariä Eleonorä die ältere oder ihre eheliche Leibes-Erben“, die Succeſſion in
1574 den Eheverträgen [9]) zugeſichert, ſo konnte ſie doch, da Maria Eleonora bloß eine Tochter Anna, die Gemahlinn des Kurfürſten Johann Sigismund, hinterließ und noch vor ihrem Bruder Herzog Johann Wilhelm im J. 1608 ſtarb, trotz der beſtehenden Primogenitur als älteſte lebende Schweſter wohl mit einigem Scheine Rechtens den Vorzug vor dem Brandenburgiſchen Kurhauſe für ſich und ihren Sohn Wolfgang Wilhelm fordern. Selbſt in ruhigen Zeiten wäre der Erfolg rechtlicher Ausführung eben ſo zweifelhaft, als die unabſehliche Dauer eines Rechtsſtreits gewiß geweſen; die von Seiten des Kaiſers und der katholiſchen Ligue beiden Theilen gleichmäßig drohende Gefahr gänzlichen Verluſtes der Erbſchaft rieth um ſo dringender zu gütlicher Einigung oder doch gemeinſamer Vorkehrung.

Als daher, früher noch, als man erwarten durfte, am 25. März 1609 Herzog Johann Wilhelm ſtarb, ergriffen alsbald Kur-Brandenburg und Pfalz-Neuburg gleichzeitig von den bedeutendſten Orten des Landes Beſitz, und indem ſie, der evangeliſchen Unterthanen ohnedies gewiß, die Stände durch die Verſicherung [10]) zu gewinnen wußten, „die catholiſche Römiſche, wie auch andere chriſtliche Religion, wie ſowohl im Römiſchen Reich als dieſen Fürſtenthumb und Grafſchaften ahn einem jeden Ohrt in öffentlichem Gebrauch und Uebunge, zu continuiren, zu manuteniren und zu laſſen [11]), und darüber niemandt in ſeynem Gewiſſen

9) Teschenmacher No. 131.

10) Lünig P. spec. Th. 3. S. 73.

11) v. Steinen a. a. O. S. 80. bemerkt, es habe im Original das Wort „zuzulaſſen“ geſtanden, und erſt ſpäter ſei Neuburgiſcher Seits, um den Evangeliſchen nur da, wo ſie ſchon vor 1609 in deren Beſitz geweſen, Religionsübung zu gewähren, das Wort „zu laſſen“ ſubſtituirt worden. Nach Zweck und Faſſung der Reverſalien iſt dies an ſich unwahrſcheinlich, es würde aber auch bei der ausdrücklichen Bezugnahme auf jedes Orts Uebung aus dem Worte „zulaſſen“ keine völlige Freigebung der Religionsübung herzuleiten möglich ſein.

noch Exercitio zu pertubiren, zu moleſtiren, noch zu betrüben, auch daß die Stifter, Kloſteren und alle andere Collegia durch Landsäſſige in esse gelaſſen werden mögen", einigten ſich beide Theile im Dortmunder Rezeſſe vom 10. Juni 1609 [12]), vorbehältlich gütlichen oder rechtlichen Austrags, einer gemeinſchaftlichen Regierung „nach der beſtehenden religiöſen und politiſchen Verfaſſung". Unterſtützt von der evangeliſchen Union, der Hülfe der Niederlande und Frankreichs verſichert, behaupteten ſie ſich auch im Beſitze gegen den Kaiſer, welcher gleich anfangs die Sequeſtration des Landes bis zu rechtlicher Erledigung der verſchiedenen Erbanſprüche verfügt hatte, und im Jahre darauf, wenn ſchon vorbehältlich definitiver Entſcheidung, den Kurfürſten von Sachſen mit den erledigten Fürſtenthümern belieh [13]). An die Stelle der anfänglichen, ſo dringend nothwendigen Eintracht traten aber bald Differenzen aller Art, die durch des Pfälziſchen Erbprinzen Religionswechſel und ſeine Vermählung mit der Schweſter Herzogs Maximilian von Baiern [14]) um ſo ſchneller zu offner Feindſeligkeit führten, als nun das Haupt der katholiſchen Ligue, im perſönlichen wie kirchlichen Intereſſe, dem Pfalzgrafen den alleinigen Beſitz der reichen Erbſchaft zu verſchaffen ſuchte, die Union dagegen und die vereinigten Niederlande in der Vertretung der Brandenburgiſchen Anſprüche zugleich eine Vertheidigung ihrer ohnedies hart bedrängten Kirche fanden. Zwar kam es bald wieder zum Frieden, indem der Pfalzgraf mit dem Kurfürſten von Brandenburg am 12. Novbr. 1614 zu Xanten einer proviſionellen Theilung ſich verglich [15]), welche dem letzteren die Adminiſtration von Cleve, Mark und Ravensberg zuſicherte, jenem Jülich nebſt Berg überlies. Allein wie precär dieſer Friedensſtand ſei, und wie wenig geeignet, die Evangeliſchen vor einer Gegenreformation zu ſchützen, durfte man ſich nicht verhehlen, und nur zu ſehr entſprach der Erfolg den

12) Lünig a. a. O. S. 69., Scotti Jül.-Berg. Geſ. Th. 1. S. 67.
13) Lünig P. spec. Th. 1. S. 131.
14) Vgl. hierüber vorzüglich Wolf Geſch. Maximilian's I. Th. 3. S. 487 flg.
15) Lünig P. spec. Th. 3. S. 82.

Befürchtungen, als wenige Jahre darauf der ausbrechende Krieg einen großen Theil Weſtfalens und der Rheinlande in die Gewalt der katholiſchen Parthei brachte.

§. 8.

Gegenreformationsverſuche in den Jülich-Cleveſchen Landen.

Gleich nach der Brandenburg-Neuburger Beſitznahme des Landes hatten mit Zuſtimmung der neuen Landesherrſchaft die reformirten Gemeinden von Jülich, Cleve und Berg im Septbr. 1610 eine Generalſynode zu Duisburg gehalten, welcher ſich anzuſchließen auch die Märkiſchen Gemeinden aufgefordert wurden; von neuem ward hier das ganze Kirchenweſen geordnet, insbeſondere die „bishero unter dem Kreuze geübte" Presbyterial-, Claſſical- und Synodalverfaſſung beſtätigt [1]). In ähnlicher Weiſe hatten auf unmittelbare Veranlaſſung Wolfgang Wilhelm's die lutheriſchen Gemeinden von Cleve und Mark, jene zu Dinslaken, dieſe zu Unna im J. 1612 Synoden gehalten, und auf Grund der Zweibrücker Kirchenordnung, welche der Pfalzgraf nicht ſowohl publicirte, als zur Annahme empfahl, die kirchliche Verwaltung geregelt [2]). So günſtig hatte auch dieſe Wendung der Dinge auf alle jene Gegenden zurückgewirkt, daß ſelbſt in Aachen es den Evangeliſchen glückte, noch in demſelben Jahre eine Aufhebung der gegen ſie ergangenen Edicte und völlige Gleichſtellung mit den Katholiken zu erlangen [3]). Kaum aber eröffnete der Religionswechſel

---

1) Vgl. v. Oven Presb.- u. Synod.-Verf. S. 31 flg.

2) Ebend. S. 29., und deſſen Entſt. u. Fortb. des evang. Cult. S. 40. Vgl. auch v. Steinen a. a. O. Th. 1. S. 80.

3) Der erſte Verſuch im J. 1609 mislang, obwohl man nur außerhalb der eigentlichen Stadt freie Religionsübung verlangte; die Gaffeln mußten ſogar den kaiſerlichen Commiſſarien förmlich verſprechen, „in Religions und Prophan-Sachen keine Veränderung vornehmen und dem Rathe in allen bürgerlichen, auch ſonſten in Religion- und Prophan-Sachen nit vorgreifen zu wollen". Erſt nach Kaiſers Rudolph Tode im J. 1612 ward mit der Religionsübung auch die Wahlfähigkeit anerkannt, und faſt der ganze Rath mit Evangeliſchen beſetzt. Noppius a. a. O. S. 217 flg. und Meyer a. a. O. S. 546.

wechſel des Pfälziſchen Erbprinzen und ſein Anſchluß an die katholiſche Ligue für Herſtellung und Befeſtigung des katholiſchen Cultus die Ausſicht glücklichen Erfolgs, als in Aachen mit Verweiſung aller akatholiſchen Prädicanten, und aller derer, welche ohne das Bürgerrecht zu gewinnen, erſt ſeit dem J. 1598 ſich in der Stadt niedergelaſſen hatten, die evangeliſchen Kirchen und Schulen geſchloſſen wurden, und unter Publication des Tridentiner Concils ſtrengere Edicte denn zuvor gegen die Evangeliſchen ergingen [4]), ohne daß es ſpäter je wieder gelungen wäre, auch nur die 1616
Zulaſſung zum Bürgerrechte und ein Privat-Religionsexercitium zu erlangen [5]). Gleichzeitig ward in einem großen Theile der Jülichſchen Lande, welchen die Spanier als Verbündete des Pfalzgrafen beſetzt hatten, mit offner Gewalt die Vertreibung der evangeliſchen Geiſtlichkeit ins Werk geſetzt, in dem übrigen Gebiete, da man durch die Verträge mit Brandenburg gebunden war, mehr wohl noch den Abfall der neuen Unterthanen fürchten mochte, zwar nur in der Stille, aber darum nicht mit geringerem Erfolge die Gegenreformation begonnen. Die ausgedehnten Patronats- und Nominationsrechte des Landesherrn gaben zur Anſtellung ſtreng-katholiſcher Geiſtlichen eben ſo paſſenden Anlaß, als deſſen bei allen Pfarrſtellen althergebrachtes Placet die bequemſte Gelegenheit, die evangeliſchen Gemeinden ohne Seelſorge zu laſſen, und dem Bekehrungseifer des katholiſchen Clerus, insbeſondere der Jeſuiten, welche Wolfgang Wilhelm ſofort ins Land gezogen

4) Alles dies geſchah auf Grund eines kaiſerl. Edicts v. 10. Sept. 1614, wodurch namentlich eine Verordn. des Aachener Sendgerichts v. 28. Oct. 1598, die ſchwere Geldſtrafen auf Hintanſetzung der katholiſchen Gebräuche androhte, wiederhergeſtellt wurde.

5) Bei den Osnabrücker Friedensverhandlungen, um hier gleich die ſpäteren Verhältniſſe zu erwähnen, wurden mehrfache Verſuche gemacht, für die Evangeliſchen außerhalb der Stadt freie Religionsübung, oder wenigſtens einen Privatgottesdienſt auszuwirken. Indeß auf Grund des Beſitzſtandes von 1624 wurde von Seiten des Reichstages ſowohl dies, als die Gewährung des Bürgerrechts abgeſchlagen, und erſt in neuerer Zeit hat man den allmählich wieder zahlreicher gewordenen Proteſtanten den Beſuch des Gottesdienſtes in den benachbarten holländiſchen Dorfſchaften geſtattet. Noppius S. 246 flg., Meyer S. 631—647., Büſching Erdbeſchr. Th. 6. S. 505.

hatte, preiszugeben [6]. Vor allem aber war der Pfalzgraf auf Herſtellung der geiſtlichen Gerichtbarkeit und auf feſtere Begründung des katholiſchen Kirchenregiments bedacht, und ſchloß zu dem Behufe ſchon am 28. Juli 1621 [7] den bekannten Proviſionalvergleich mit Kur-Cöln ab, welcher ſeitdem gleichſam das Grundgeſetz der katholiſchen Kirche in den Jülich-Bergiſchen Landen gebildet hat.

Zu Schmälerung ſeiner landeshoheitlichen Gewalt ſich durch ſeinen Eifer für den katholiſchen Glauben beſtimmen zu laſſen, war allerdings der Pfalzgraf bei dieſen Verhandlungen weit entfernt; auf Grund des ältern Edicts vom 20. März 1551 behielt er ſich vielmehr alle von alter Zeit dem Landesherrn in kirchlichen Dingen gebührenden Rechte ausdrücklich vor, und ſogar wurden dieſe zum Theil noch erweitert. Denn ſo ſollte fortan zwar die Confirmation und Cognition in Teſtamentsſachen der Geiſtlichen den kirchlichen Behörden, die Execution aber nur den weltlichen Gerichten zuſtehen [8], von dem Pfalzgrafen nicht bloß das hergebrachte Präſentationsrecht geübt werden, ſondern ihm auch die Befugniß zukommen, „die von anderen präſentirte Paſtores durch Unſere deputirte Geiſtliche non ad dandum titulum, ſondern allein, damit Wir Wiſſenſchaft haben, was für Seelſorger unſern Unterthanen vorgeſtellt und wie ſie qualificirt, examiniren zu laſſen, denen Wir nach Befinden unſer Placet geben ..., und beneben Unſern Beampten befehlen wollen, keinen zu admittiren, er habe ſowol unſer Placitum als gebührende Inveſtitur vorgewieſen“ [9]; in allen Sachen, welche nicht zur Competenz der Landdechanten

---

6) Eine Verordn. vom 21. März 1626 (bei Scotti Jül.-Berg. Geſ. S. 85.) ſchärfte ausdrücklich ein, daß die mit landesherrlichem Placet nicht verſehenen Pfarrer ihr Amt weder antreten noch ausüben dürften, und hat, obwohl allgemeiner Faſſung, da rückſichtlich des katholiſchen Clerus das Placet concordatenmäßig im J. 1621 anerkannt war, ſicher die obige Beziehung gehabt.

7) Abgedr. u. a. bei Scotti a. a. O. S. 73 flg., bei Binterim die Erzdiöc. Cöln Th. 2. S. 394 flg. und in der Vollſt. Sammlung der Cöln. Geſetze No. 4. S. 23 flg.

8) Art. 7. des Proviſ.-Vergl.

9) Ebend. Art. 10.

gehörten, ſollten nur vom Landesherrn nominirte Landesgeiſtliche vom Erzbiſchofe delegirt werden können [10], und bei Viſitationen ward dem Pfalzgrafen freigeſtellt „einige Landesgeiſtliche, auch **quoad laicos et inquisitionem de bonis temporalibus et eorundem administratione** etliche Weltliche zu adjungiren“ [11].

Indeſſen wurden auf der andern Seite dem Cölner Erzſtifte mancherlei Zugeſtändniſſe gemacht, die dazu dienen mußten, die Autorität des katholiſchen Clerus wieder zu heben und den Diöceſanverband des Landes mit Cöln enger zu knüpfen. So z. B. gehörten fortan alle leichteren Delicte der Geiſtlichen ausſchließlich vor die Landdechanten, und bei eigentlichen Verbrechen derſelben ſollten die weltlichen Richter höchſtens, wenn die ſchuldigen Cleriker **in flagranti** betroffen, oder der Flucht verdächtig wären, oder „ſonſt **atrociter** delinquirt“ hätten, zur Ergreifung und Ueberweiſung an den Erzbiſchof berechtigt ſein [12]; auch ward feſtgeſetzt, daß alle Landdechanten zu der hergebrachten geiſtlichen Gerichtbarkeit erſt noch durch ſpecielle erzbiſchöfliche, wenn ſchon für die Zeit ihres Decanats unwiderrufliche, Verleihung ermächtigt werden müßten [13], und dem Erzbiſchofe das Viſitationsrecht ausdrücklich vorbehalten [14]. Andere Conceſſionen wieder waren offenbar darauf berechnet, unter ſcheinbarem Vorwande Rechtens der katholiſchen Cleriſei eine Einmiſchung in die evangeliſchen Kirchenange-

---

10) Art. 29. zu E.

11) Art. 30. med.

12) Art. 30. in f.

13) Art. 29. Nur „ad salvandas conscientias et evitandum periculum nullitatum“ verſtand ſich der Erzbiſchof hierzu, auch nur „provisionaliter bis zu endlicher Vergleichung“, und „salva appellatione an Uns und die Unſrigen ex causa legitima secundum terminos iuris“. Uebrigens wurden dieſe Decanalgerichte durch Beiordnung von camerarii und assessores förmlich organiſirt, und zugleich angewieſen, in wichtigen Fällen unpartheiiſche bewährte Rechtsgelehrte zu conſultiren.

14) Auch in Betreff der Viſitationen hatte, wie es ſcheint, der Pfalzgraf eine delegatio perpetua auf die Landdechanten gewünſcht, der Erzbiſchof erklärte aber im Art. 30., daß er „Gewiſſens halber“ ſich derſelben nicht begeben, noch ſie „Andern ſo Uns ſonſten nicht bedient“ übertragen könne; außer der Zuziehung landesherrlicher Commiſſarien ward nur Vereinbarung mit der Landesregierung über die Viſitations-Interrogatorien zugeſtanden.

legenheiten zu eröffnen, ſo z. B. daß in zweiter Inſtanz, „wenn die **gravitas causae et qualitas negotii praesentiam litigantium personalem** erfordern“, die Evocation der geiſtlichen Rechtsſachen wieder geſtattet wurde [15]), daß die Diſpenſation in Eheſachen, ſo ſie nur nicht „**contra privilegia patriae ad bona** extendiret“ werde, den geiſtlichen Behörden unbedingt zuſtehen ſollte, daß die Vollſtreckung der „gebührenden geiſtlichen Straſe“ ganz freigegeben werde [16]), namentlich aber, daß Patronatsſtreitigkeiten unter Weltlichen nicht mehr unbedingt, wie nach dem älteren Edicte, ſondern nur „**in possessorio** und **ratione incidentiae**“ vor die weltlichen Gerichte ſollten gezogen werden dürfen [17]). Schon dies allein mußte für die Zukunft die Beſorgniſſe der Evangeliſchen rege machen, daß nicht einmal bei Publication des Vergleichs von Seiten des Pfalzgrafen irgend eine Anerkennung der evangeliſchen Religionsübung, oder auch nur das Verſprechen fernerer Duldung erfolgte, gleich als ob Verfaſſung und Gottesdienſt der evangeliſchen Gemeinden, durch freiwillige Reverſalien feierlichſt verbürgt, auf bloßer Uſurpation beruhte und jedes Rechtstitels entbehrte. Vollends aber die dem Vergleiche eingerückte Clauſel [18]), der „Ketzerei und verdammten Secten“ wegen ſolle „jetziger Zeit Gelegenheit nach uff dem Send diesfalls Beſcheidenheit gebraucht, unnd ohne vorhergehende Relation und Befelch keine Enderung vorgenommen werden“, offenbarte deutlich die Wünſche der katholiſchen Parthei und das Ziel ihrer Beſtrebungen; noch deutlicher zeigte, weſſen man ſich zu verſehen habe, das Schickſal der Evangeliſchen in den benachbarten katholiſchen Staaten.

In Paderborn und Münſter, wie in Cöln und Trier war ſchon vor Ausbruch des Kriegs die evangeliſche Lehre faſt ſpurlos

15) Art. 30. zu Anf.
16) Art. 1 — 4.
17) Art. 11. u. 12. Dagegen beſtätigte der Erzbiſchof die Landesobſervanz, daß den weltlichen Patronen zur Präſentation nur eine viermonatliche Friſt zukomme, in den beiden letzten Monaten des canoniſchen **tempus legitimum** aber dem Landesherrn die Präſentation zuſtehe.
18) Art. 26. u. 27.

unterdrückt worden [19]), und nur im Biſthume Minden anfangs noch den Evangeliſchen freie Religionsübung geblieben; denn hier hatten ſie in den letzten Decennien des ſechzehnten Jahrhunderts ein ſolches Uebergewicht gewonnen, daß ſelbſt der eifrig-katholiſche Graf Anton von Schauenburg, welchen Erzbiſchof Ernſt von Cöln nach der Abdankung des Herzogs Heinrich Julius von Braunſchweig iure devolutionis auf den Biſchofsſtuhl erhoben hatte, auf Wiederherſtellung des katholiſchen Cultus verzichten mußte, nicht einmal die Wahl des proteſtantiſchen Herzogs Chriſtian von Braunſchweig zum Coadjutor und Nachfolger zu verhindern vermochte [20]). Allein kaum daß der Sieg über König Chriſtian von Dänemark auch in Niederſachſen das Uebergewicht der Ligue befeſtigt hatte, gewann in Minden die dem Proteſtantismus feindliche Parthei, unterſtützt von dem großentheils katholiſch gebliebenen Kapitel, die Oberhand, ſo daß unter dem Schutze der kaiſerlichen Heere, trotz der mit ſchwerem Gelde von der Stadt erkauften Neutralität, bald Bedrückungen aller Art gegen die Evangeliſchen ergingen [21]). Das Reſtitutionsedict vom J. 1629 gab nicht bloß den Beſitz der ſtädtiſchen Pfarrkirchen den Katholiken zurück, ſondern auch dem Lande einen ſtreng-katholiſchen Fürſten in der Perſon des Herzogs Franz Wilhelm von
Baiern, dem der Pabſt trotz der Proteſtation der Kapitel die 1630
Biſthümer Minden, Osnabrück und Verden verlieh. Ueberall im Lande erfolgte nun die Vertreibung der evangeliſchen Geiſtlichen; eine neue Kirchenordnung verlangte von den weltlichen wie kirchlichen Beamten die Ablegung des Tridentiniſchen Glaubensbekenntniſſes, und trotz dem, daß faſt das ganze Land, wie der Biſchof ſelbſt anerkennen mußte, evangeliſch blieb [22]), würden ge-

19) S. unten Buch III. Kap. 3. §. 7.

20) Pauli a. a. O. Th. 6. S. 141 flg.

21) Vgl. Bunemann a. a. O. S. 8. u. Schlichthaber a. a. O. Th. 2. S. 14. u. 25 flg.

22) In den Statutis synodal. vom J. 1632 (Lünig R. Arch. Spicil. eccl. Tom. II. Anh. S. 124 flg.) heißt es mit dürren Worten: clero ecclesiarum civitatis Mindensis excepto, ab unitate fidei subditos omnes defecisse.

waltſame Maaßregeln ſicher nicht ausgeblieben ſein, wenn nicht bald darauf der Biſchof aus Stadt und Stift durch das Waffenglück der Schweden vertrieben worden wäre.

Dies mag auch, mehr noch als die Erneuerung der Verträge mit Brandenburg [23]), den Pfalzgrafen **Wolfgang Wilhelm** von zu rückſichtsloſen Reformen abgehalten haben, nachdem er, in ſchroffem Gegenſatze gegen die Toleranz des Kurfürſten [24]), in ſeinem Eifer für Reſtitution des katholiſchen Cultus ſchon ſo weit gegangen war, daß er im J. 1628 die calviniſtiſchen Prediger und Schullehrer aus allen Orten ausweiſen ließ, wo ſie erſt nach dem Tode Herzogs Johann Wilhelm eingeführt worden waren, und im J. 1629 allen Beamten bei Strafe der Entſetzung das katholiſche Bekenntniß anzunehmen befahl [25]). An Bedrückungen aller Art, gegen welche erſt die ſpäteren Religionsrezeſſe Schutz gewährten, fehlte es übrigens nicht, und ſo wirkſam waren die ſtillen Beſtrebungen des katholiſchen Clerus und der Jeſuiten geweſen, daß ſelbſt der Beſitzſtand des J. 1624 faſt nur in den Städten der Jülich-Bergiſchen Lande dem evangeliſchen Bekenntniſſe eine öffentliche Uebung ſicherte [26]) und ſogar in dem Theile des Landes, deſſen Beſitz Brandenburg nebſt ſeinen Bundesgenoſſen, den vereinigten Niederlanden, zu behaupten vermochte, der Katholicismus wieder Raum gewann [27]). Um ſo dankbarer muß die Nachwelt

---

23) Dieſe Verträge vom 11. Mai 1624 u. 9. März 1629 ſ. in **Lünig's** Reichsarchiv P. spec. Th. 3. p. 89. u. 106 flg.

24) Unterm 19. Mai 1624 erließ Kurfürſt Johann Sigismund nach Ravensberg ein Edict des Inhalts: „Wir ſind nicht gemeint, daß Wir einem oder dem andern in ſein chriſtliches Gewiſſen, über welches Gott allein ſich die Herrſchaft vorbehalten, greifen und beleidigen, ſondern dieſelben bei ihrer Religion-Freiheit laſſen und ſchützen und handhaben". S. **Wedigen** hiſt.-geogr. Beſchr. d. Grafſch. Ravensberg. Leipz. 1790. Th. 1. S. 157.

25) Vgl. **Scotti** a. a. O. S. 85. 86., v. **Oven** Entſt. u. Fortb. des evang. Cultus S. 88. u. 93.

26) S. unten §. 11.

27) So z. B. erlitten in Dortmund die Evangeliſchen mancherlei Beſchränkungen während des Kriegs, hauptſächlich in Folge davon, daß Erzbiſchof Ferdinand von Cöln im J. 1616 dem dortigen Minoriten-Kloſter, deſſen Fortbeſtand der Rath gleich dem des Dominikaner-Ordens geſtattet hatte, förmliche Parochialrechte verlieh. **Vogt** a. a. O. S. 36. u. 40.

die Standhaftigkeit verehren, mit welcher Kurfürſt **Friedrich Wilhelm** von Brandenburg die wohlbegründeten Rechte ſeines Hauſes und ſeiner Glaubensgenoſſen bei den Weſtfäliſchen Friedensverhandlungen vertheidigte.

§. 9.

Verwandlung Mindens in ein weltliches Fürſtenthum und Abtretung an Kurbrandenburg. Erledigung der Cleve-Jüllchſchen Erbſtreitigkeiten.

Das Bisthum **Minden** dem Brandenburgiſchen Hauſe zur Entſchädigung für die Verluſte in Pommern zu überlaſſen, mag bei der katholiſchen Parthei nicht erheblichen Widerſtand gefunden haben. Wie wichtig auch der Erwerb dadurch wurde, daß Preußen an der Weſer einen feſten Punkt gewann, der Zuwachs an Land und Leuten war bei dem geringen Umfange des Stiftsterritorii nur unbedeutend. Lange Zeit mit den Erzbiſchöfen von Cöln in Streit, welche, als Herzöge von Weſtfalen, dem Bisthume die volle fürſtliche Gewalt nicht zugeſtehen mochten [1]), hatten die Mindener Prälaten, bedrängt von den Nachbarn und ſtets wiederkehrender Finanznoth, im Laufe des Mittelalters beträchtliche Gebiete, wie namentlich die ſüdliche Hälfte der Grafſchaft Hoya, Stadt und Gebiet von Wunſtorp [2]) eingebüßt, und vergeblich

1) Obwohl Erzbiſchof Philipp von Cöln nur innerhalb des zu ſeiner und der Paderborner Diöceſe gehörigen Theils von Weſtfalen und Engern das Herzogthum erhalten hatte, wußten ſeine Nachfolger doch die herzogliche Gewalt, namentlich ihre oberſte Stuhlherrſchaft über die Vehmgerichte, bis an die Weſer auszudehnen. Ludwig der Baier gab zwar im J. 1332 dem Biſchofe von Minden „ein frey Hertzogdom in dem Stifft to Minden, und fry Gerichte darinne zu ſittende"; doch wußte das Cölner Stift eine Revocation dieſes Privilegii, als gegen die herzoglichen Rechte der Erzbiſchöfe ſtreitend, im J. 1355 von Kaiſer Carl IV. zu erlangen, und erſt allmählich ſcheint die fürſtliche Würde des Mindener Bisthums unbeſchränkte Geltung gewonnen zu haben. Vgl. **Eichhorn** D. St. u. R. G. Th. 2. §. 240. u. Th. 3. §. 420.

2) S. **Pauli** allg. preuß. Staatsgeſch. Th. 6. S. 92—103. 166. Bis an die Au glaubte das Stift auf dem linken Weſerufer landesherrliche Rechte anſprechen zu dürfen, vermochte ſie aber weder gegen die Grafen von Hoya, noch gegen deren Nachfolger, die Herzöge von Braunſchweig, geltend zu machen, mit welchen noch Kurf. Friedrich Wilhelm, aber auch vergeblich, den Prozeß fortſetzte. Seit dem Ende des

hatte ſich das Stift während des dreißigjährigen Krieges beim
1640 Ausſterben des Schauenburgiſchen Grafenhauſes bemüht, ſeine
für den größten Theil der Grafſchaft unzweifelhafte Lehnshoheit
gegen die Anſprüche des Lippeſchen und Heſſen-Caſſelſchen Hauſes
zur Einziehung der Lehngüter zu benutzen [3]). Ueberdies aber war
in kirchlicher Beziehung der Beſitzſtand des Entſcheidungsjahres
den Evangeliſchen ſo günſtig, daß, zumal auch in den übrigen
Theilen der Diöceſe die Reformation vollſtändig eingeführt war,
das Bisthum doch kaum mehr als dem Namen nach hätte fortdauern können. So wurde, unter ähnlichen Bedingungen wie Halberſtadt, das Stift als weltliches Fürſtenthum dem Kurhauſe überlaſſen und ſofort in Beſitz genommen [4]).

Der Homagialrezeß vom 22. Februar 1650 [5]) ſicherte dem Lande das freie und öffentliche Exercitium der ungeänderten Augsburger Confeſſion; eine eigne Kirchenordnung aber iſt, wie es ſcheint, niemals erlaſſen, und erſt ſpäter unter der Regierung Königs Friedrich Wilhelm I. in der für Minden und Ravensberg errichteten Regierung ein Conſiſtorium beſtellt worden [6]). Gleichzeitig wurde den Katholiken der Beſitzſtand vom Jahre 1624 in Betreff der Religionsübung, wie rückſichtlich der Prälaturen, Ca-

---

14ten Jahrhunderts, wo im J. 1382 Biſchof Wedekind, aus dem Geſchlechte der Herren von Hausberge, durch Schenkung dieſe Herrſchaft, und damit zugleich Freiheit von der Vogtei erlangte (ebend. S. 103.), ſcheint ſich das Stifsgebiet im ſpäteren Umfange abgeſchloſſen zu haben. Der älteſte Beſitz iſt nächſt Minden ſelbſt die Stadt Lübbecke, welche ſchon im J. 974 an das Stift kam; in dieſelbe Zeit fällt die erſte Verleihung der Regalien (ebend. S. 89.).

3) Vgl. Pauli S. 158 flg. u. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 356. — Die Anwartſchaft, welche Biſchof Heinrich Julius im J. 1584 ſeinem Vater Julius, Herzoge von Braunſchweig-Lüneburg, auf die Mindenſchen Lehen der Grafen von Schauenburg ertheilte, ſcheint gar keine Folge gehabt zu haben; glücklicher war das Braunſchweigiſche Haus in der Behauptung des reichen Stifts Loccum, welches im J. 1585 dem Herzog Julius Erbhuldigung geleiſtet hatte, aber von dem Stifte, und ſpäter von Brandenburg als Mindenſches Eigenthum beanſprucht wurde (ebend. S. 140. u. 166.).

4) Instr. Pac. Osnabr. Art. 11. §. 4. u. 11.

5) Abgedr. in Culemann's Samml. der Landes-Vertr. No. 31. S. 227 flg.

6) Vgl. v. Kamptz die Prov. u. ſtatut. Rechte d. Pr. Mon. Th. 2. §. 498. u. 507. u. Wedigen Beſchr. d. Grafſch. Ravensberg S. 137.

nonicate, Beneficien und Einkünfte aller Art garantirt [7]). Doch gewährte dieſer Beſitzſtand den Katholiken außerhalb der Stadt nur den Genuß Eines Canonicats in dem Collegiatſtifte zu Lübbecke, und die Religionsübung in der Margarethen-Kapelle beim Wedigenſtein, einer domkapitulariſchen Beſitzung [8]); ſonſt war das katholiſche Bekenntniß fortan auf die Stadt Minden beſchränkt. Hier gehörte den Katholiken bis auf die neueſte Zeit, außer einigen Canonicaten an dem mit der lutheriſchen Hauptkirche S. Martin verbundenen Collegiatſtifte, das Benedictinerkloſter St. Simon und Mauritius, ſeit dem J. 1696 mit der Abtei Huysburg im Halberſtädtiſchen unirt, das Collegiatſtift S. Johannes, und vor allem der Dom mit dem Kapitel [9]), in welchem zwar einige Stiftsſtellen den Lutheranern verblieben, jedoch nur katholiſcher Gottesdienſt ſtatt fand. Dem Kapitel ward zugleich durch den Homagialrezeß, „ſo viel den geiſtlichen catholiſchen Stand und deſſen Disciplin belanget, die **Inspectio, Visitatio, Examinatio, Ordinatio et Introductio**, wie auch die **iurisdictio civilis** über die geiſtliche Perſohnen, ihre Bediente und Geſinde, welche auf ihrer Freiheit wohnen und keine Bürger ſeyn noch bürgerliche Nahrung treiben, **in prima instantia**, ſo weit bemeldtes Thum-Capittel ſolche iura hergebracht“, unter Zuſicherung der weltlichen Beihülfe und ausdrücklicher Beſtätigung der bisherigen Statuten und Gebräuche, wie der geiſtlichen Rechte für „alle unter ihnen, den Catholiſchen, fürfallende geiſtliche Controverſien“

---

7) „Erſtlich ſetzen, ordnen und wollen Wir“, heißt es im Homag.-Rezeß, „daß ein Ehrwürdig Thum Capittel, und daß itzige und künftige Capitularen, Vicarien, Commendatarien, wie auch Äbteyen, Commenthureyen, Collegiatkirchen in und außerhalb der Stadt Minden, beiderlei Geſchlechts Kloſter und Stiftungen, Cleriſey, Prälaten und Ritterſchaft . . . bei dem freien und öffentlichen Exercitio und Ceremonien ſowohl der Catholiſchen Religion als der Evangeliſchen ungeänderten Augsb. Confeſſion, wie ſelbige in Anno 1624 in dieſem Fürſtenthum geweſen und bisher continuirt worden, nebſt allen dazu gehörigen Mitteln und Intraden inskünftig und allezeit ſollen beſchützet und dawieder nicht beſchweret werden“.

8) Büſching a. a. O. S. 231. u. 233.

9) Ebend. S. 229. u. Schlichthaber a. a. O. Th. 2. S. 59 flg., v. Eß Geſch. d. ehem. Bened.-Abtei Huysburg. Halberſt. 1810. S. 37.

übertragen. Bis auf die neuere Zeit, wo nach Aufhebung des Domſtifts Minden der nordiſchen Miſſion überwieſen wurde, blieb daher dem Kapitel in Betreff der katholiſchen Unterthanen — denn über evangeliſche Stifter und Perſonen ſollten die Domherren ſo wenig eine iurisdictio ecclesiastica üben [10]), als in Betreff der ihrem Patronate unterworfenen evangeliſchen Pfarren ohne vorgängige Prüfung des Candidaten durch die landesherrlichen Behörden und ohne Zuſtimmung der Gemeinden das Collationsrecht üben [11]) — die Handhabung aller biſchöflichen Gerechtſame, nur mit dem Vorbehalte, daß das ius primariarum precum, das Recht des Turnus und ſonſtige Rechte des Biſchofs bei Beſetzung der Stifter dem Landesherrn gebührten, unmittelbar an dieſen jederzeit auch von den Entſcheidungen des Kapitels, ſelbſt in geiſtlichen Rechtsſachen, eine Appellation geſtattet war [12]).

Größere Bedenken, als die Entſcheidung über dies geiſtliche Territorium, fand in Osnabrück die Erledigung des Jülich-Cleveſchen Streits. Weniger die Zweifelhaftigkeit der mehrſeitig erhobenen Erbanſprüche, die an ſich von geringem Werthe durch den mehr als dreißigjährigen Beſitzſtand der Haupt-Prätendenten faſt alle Bedeutung verloren hatten, und nur noch zum Vorwande für anderweitige Pläne dienen mochten, als das entgegengeſetzte Intereſſe beider Religionspartheien erſchwerte die Uebereinkunft. Denn mußte jede Confeſſion wünſchen, daß dem ihr angehörigen Fürſtenhauſe dieſe in kirchlicher wie politiſcher Hinſicht gleich wichtigen Beſitzungen ungetheilt zufielen, mußte ſie in dem Siege des anderen Prätendenten eine Gefährdung der heiligſten

10) Homag.-Rezeß Art. 1. zu E.

11) Ebendaſ. Art. 2. zu E.

12) Nach Beſtätigung der Jurisdictions-, Ordinationsrechte u. ſ. w. heißt es ganz allgemein im Art. 1. des Rezeſſes: „ſollte aber einer oder andrer Theil durch die in prima instantia ausgeſprochene Sententz ſich graviret befinden, ſteht ihnen in alle Wege frey, davon zu appelliren, welche Appellation dann an Uns als den Landes-Fürſten immediate dirigirt werden muß“. Ohne Zweifel war es hauptſächlich auf Ausſchluß der Cölner Metropolitan-Gerichtbarkeit abgeſehen, für welche übrigens auch ein Beſitzſtand, wie ihn das Instr. Pac. Osn. Art. V. §. 48. in fin. fordert, gänzlich fehlte.

Güter finden, ſo konnten andrerſeits die Evangeliſchen nicht einmal den Beſitzſtand des J. 1624 für die Jülich-Cleveſchen Lande füglich als Norm gelten laſſen; je mehr hier der Pfalzgraf ohne alles Recht und ausdrücklichen Reverſen entgegen die Gegenreformation ins Werk geſetzt hatte, um ſo eher durfte die evangeliſche Parthei, gleich wie in der Kur-Pfalz, die Herſtellung des vor Beginn des Krieges vorhandenen Zuſtandes als unerläßlich fordern. Inmitten der ſich durchkreuzenden Verhandlungen des Friedenscongreſſes erſchien es daher beiden Theilen am gerathenſten, durch gütliche Einigung unter ſich die aus den früheren Verträgen entſtandenen Differenzen zu beſeitigen, und bei dem bevorſtehenden Ablauf des im J. 1629 auf 25 Jahre erneuten Proviſionalvergleichs ſich wenigſtens ihren Beſitzſtand für die Zukunft zu ſichern. Das Pfalzgräfliche Haus war ſogar zu größeren Conceſſionen als früher geneigt, und ſo ward ſchon am 8. April 1647 zu Düſſeldorf zwiſchen Kur-Brandenburg und Pfalz-Neuburg ein neuer, obſchon nur proviſioneller Vergleich geſchloſſen [13]).

Der politiſche Beſitzſtand ward dadurch nur wenig geändert. Denn den Stipulationen vom J. 1629 und 1630 gemäß ſollte Ravensberg auch ferner unter gemeinſchaftlicher Regierung ſtehen, Jülich und Berg dem Pfalzgrafen, Cleve und Mark dem Kurfürſten verbleiben; nur die Herrſchaft Ravenſtein, ſeit jener Zeit im Beſitze des erſtern, wurde gegen die Zuſicherung, daß dort für die Dauer des Proviſionalvergleichs das katholiſche Religionsexercitium frei und ungehindert an allen Orten fortbeſtehen und keine andere Confeſſion daſelbſt eingeführt werden ſollte, an Brandenburg überlaſſen. Deſto günſtiger für die evangeliſchen Unterthanen waren die Stipulationen in Betreff der kirchlichen Verhältniſſe. Zwar erklärte der Pfalzgraf bei dem mit Cöln abgeſchloſſenen Vergleiche über die geiſtliche Gerichtbarkeit, gegen welchen der Kurfürſt unter Vorbehalt aller ſeiner Rechte proteſtirte, beharren zu wollen, und behielt ſich nach Ablauf von zehn Jahren, falls nicht inzwiſchen der Succeſſionsſtreit definitiv erledigt

13) S. bei Lünig R. Archiv Pars spec. Th. 3. S. 120 flg.

ſei, ein neues Abkommen über den Religionszuſtand vor. Indeſſen ſollte doch, „das **exercitium religionis tam publicum quam privatum** betreffend . . , es damit verbleiben und gelaſſen werden in ſolchem Stand, als es damit im Jahr zwölff **qualibet anni parte** ſich befunden hat“, ſomit der Zuſtand vor dem Uebertritte des Pfalzgrafen entſcheiden, ja ſogar der Beſitz der „Kirchen und Gotteshäuſer mit ihren zubehörigen **Proventibus** und Einkommen derjenigen Parthey, denen dieſelbe im Jahre Neun [14]) zur Zeit der aufgerichteten Reverſalen competirt haben“, reſtituirt werden. Allein gerade an dieſer Abrede ſcheiterte die Hoffnung gütlicher Ausgleichung der Religions-Differenzen, als endlich der Osnabrücker Friede zu Stande gekommen war.

Die definitive Erledigung des Erbfolgeſtreits hatte das Friedensinſtrument beſonderen rechtlichen oder gütlichen Verhandlungen vorzubehalten für dienlich erachtet [15]), über die kirchlichen Verhältniſſe der ſtreitigen Lande dagegen weder ſolchen Vorbehalt ausgeſprochen, noch anderweitige ſpecielle Beſtimmungen getroffen. Nicht ohne Grund behauptete daher Pfalz-Neuburg, daß auch hier, der allgemeinen Regel gemäß, und weil alle dem Entſcheidungsjahre widerſprechende Verträge und Verordnungen null und nichtig ſein ſollten [16]), der Zuſtand des Jahres 1624 ohne alle Rückſicht auf jenen Proviſionalvergleich ſowohl über Religionsübung beider Confeſſionen, als über Beſitz der Kirchen und Kirchengüter entſcheiden müſſe. Je günſtiger aber der Beſitzſtand jenes

14) Für die Evangeliſchen war dieſes Jahr weniger günſtig, als der Zuſtand des J. 1612, da beim Ableben Herzogs Johann Wilhelm die Katholiken an vielen Orten, wo die Gemeinden faſt ganz evangeliſch geworden, noch im Beſitz der Pfarrkirchen und Pfarrgüter waren, an anderen ein öffentliches Exercitium der evangeliſchen Religion erſt unter der neuen Regierung eingerichtet worden iſt. Allein immer war im Vergleich zum Beſitzſtande des J. 1624 die obige Stipulation ein erheblicher Gewinn.

15) Instr. Pac. Osn. Art. IV. §. 57. Quia vero etiam causa Iuliacensis successionis inter interessatos, nisi praeveniatur, magnas aliquando turbas in Imperio excitare posset, ideo conventum est, ut ea quoque pace confecta ordinario processu coram Caesarea Maiestate, vel amicabili compositione, vel alio legitimo modo sine mora dirimatur.

16) Ibid. Art. V. §. 33.

Jahres für die Katholiken war, da zu dieſer Zeit die Gegenreformation in den Pfälziſchen Gebieten ſchon große Ausdehnung gewonnen hatte, und auch in einzelnen Brandenburgiſchen Ortſchaften der evangeliſche Cultus mit Gewalt abgeſtellt war, um ſo entſchiedneren Widerſpruch ſetzte Kurfürſt Friedrich Wilhelm entgegen [17]), eher bereit, das wohlbegründete Erbrecht ſeines Hauſes auf das ungewiſſe Spiel der Waffen zu ſtellen, als die Religionsfreiheit ſeiner Glaubensgenoſſen hintanzuſetzen. Den Ausbruch der Feindſeligkeiten hinderte die Interceſſion des Kaiſers [18]), welcher unter unbedingtem Gebote, im Kirchenweſen alles in dem zeitigen Stande zu belaſſen [19]), einer aus geiſtlichen und weltlichen Fürſten beider Confeſſionen [20]) beſtehenden Commiſſion die Entſcheidung der Streitfrage überwies, ob rückſichtlich der Kirchen, geiſtlichen Güter und Religionsübung auch für die Jülich-Cleveſchen Lande die im Friedensinſtrumente ausgeſprochene Regel gelte, oder der kirchliche Zuſtand den Reverſalien vom J. 1609 und dem Vergleiche des J. 1647 gemäß feſtgeſtellt werden müſſe. So kam es mit dem Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm und deſſen Sohne Philipp Wilhelm zu neuen Verhandlungen, und endlich zur definitiven Vergleichung der politiſchen wie religiöſen Streitigkeiten.

Ein Erbvergleich, am 9. Septbr. 1666 zu Cleve geſchloſſen [21]), überwies, unter beiderſeitigem Vorbehalte des vollſtän-

---

17) S. Manifeſt Friedrich Wilhelm's v. J. 1649 bei Lünig a. a. O. Th. 9. S. 74.

18) Vergleichsartikel d. d. Cleve 11. Oct. 1651. ebend. P. spec. Th. 8. S. 138.

19) Dies ſcheint zu der Jülicher Verordn. vom 6. Juli 1652 Anlaß oder Vorwand gegeben zu haben, welche die Einwanderung lutheriſcher und reformirter Confeſſionsverwandten verbot (Scotti Jül.-Berg. Geſ. Th. 1. S. 121.).

20) Von Seiten des Kaiſers waren der Biſchof von Münſter und der Herzog von Braunſchweig, Kurbrandenburgiſcher Seits der Fürſt von Anhalt und der Graf von Naſſau, von Pfalz-Neuburg endlich die Biſchöfe zu Osnabrück und Paderborn zu Commiſſarien erwählt. Eine Entſcheidung dieſer Commiſſion iſt übrigens nicht erfolgt, da ſie, als 16 Jahr darauf, die ſtreitenden Theile ſich verglichen, eines Ausſpruchs noch nicht einig war. S. Neben-Rezeß v. J. 1666. Art. II.

21) Lünig a. a. O. S. 210 flg., Scotti Cleve-Märk. Geſ. Th. 1. S. 436 flg.

digen Titels und Wappens, dem **Brandenburgiſchen** Kurhauſe definitiv das Herzogthum **Cleve** mit den beiden Grafſchaften **Mark** und **Ravensberg**, dagegen an **Pfalz-Neuburg** die Herzogthümer **Jülich** und **Berg**, zu denen durch
1671 ſpäteren Vergleich noch die anfangs zu compromiſſariſcher Entſcheidung verſtellte Herrſchaft **Ravenſtein** hinzukam. Ein Nebenrezeß „über den punctum religionis und andere geiſtliche Sachen“ [22]), welcher, obſchon „aus Liebe zum Frieden von den Regulis Instrumenti Pacis in einem und andern in etwas abgewichen, unter ſolchen allgemeinen Friedens-Schluſſes Sicherheit und Guarantie mitbegriffen, und durch dieſelbe gehandhabt“ werden ſollte, ordnete gleichzeitig den Religionszuſtand der beiderſeitigen Gebiete. Doch erwuchſen aus deſſen Ausführung neue Differenzen, und erſt der Religionsrezeß vom 26. April 1672, zu Cöln an der Spree geſchloſſen, welchem einzelne minder wichtige Nebenrezeſſe folgten, ſtellte unter völliger Parität aller drei im Reiche recipirten Confeſſionen die kirchliche Verfaſſung der Jülich-Cleveſchen Lande definitiv feſt.

§. 10.

Rezeßmäßige Feſtſtellung des Religionszuſtandes der Cleve-Jülichſchen Lande.

Von allen Verhandlungen war die Regulirung der öffentlichen Religionsübung in ſofern die wichtigſte, als hiervon der Genuß der übrigen für beide Religionspartheien durch die Uebereinkunft zugeſicherten Gerechtſame größtentheils abhängig war; gerade ſie ſcheint auch, bei dem während des Krieges mannichfach eingetretenen Wechſel der factiſchen Zuſtände, die größten Schwierigkeiten gefunden zu haben.

---

22) Dieſer wie die übrigen Religionsrezeſſe ſind u. a. abgedruckt bei **Lünig** a. a. O. S. 221 flg. u. 232 flg., **Scotti** a. a. O. S. 484 flg. u. S. 497 flg., ſo wie in der Sammlung der Kirch.-Ordn. d. chriſtl. reform. Gem. in den Ländern Jülich, Cleve, Berg u. Mark. Duisb. 1754. — Der Inhalt des Rezeſſes v. J. 1666 wurde auszugsweiſe in beiden Territorien durch beſondere Verordn. vom 26. April 1668 bekannt gemacht (ſ. **Scotti** a. a. O. S. 484 flg. u. Jül.-Berg. Geſ. Th. 1. S. 145 flg.).

Für **Jülich** und **Berg** hatte der erſte Rezeß die allgemeine Regel des Osnabrücker Friedens als Norm feſtgehalten, indem öffentlicher Gottesdienſt den evangeliſchen Unterthanen beider Confeſſionen lediglich da geſtattet ſein ſollte, wo dieſelben im J. 1624 in deſſen Uebung ſich befunden hätten [1]). Nur um der Verwendung des Kurfürſten willen erbot ſich der Pfalzgraf, im Herzogthume Jülich, wo die Gegenreformation am weiteſten gediehen war, in beſtimmten Städten, namentlich in der Hauptſtadt ſelbſt, gegen jenen Beſitzſtand eine öffentliche Religionsübung zu geſtatten, jedoch nicht bloß unter der Bedingung, daß dagegen für eine doppelt ſo große Anzahl von Städten die Evangeliſchen allen Prätenſionen auf öffentlichen Gottesdienſt entſagten, ſondern auch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß weder er noch ſeine Nachfolger ins künftige gehalten ſein ſollten, den Evangeliſchen außer dem, was ihnen hiernach und kraft des Religionsfriedens gebühre, irgend wie Religionsübung zu gewähren [2]). An welchen Orten aber der noch vorhandene evangeliſche Gottesdienſt zugleich auf den Beſitzſtand vom J. 1624 ſich gründe, darüber entſtanden ſo weit ausſehende Differenzen, daß man im Rezeſſe vom J. 1672 ſich einer „Pauſch-Handlung“, wie es hieß, zu einigen vorzog, und die einzelnen Orte beſtimmte, an welchen bald ein völlig ſelbſtſtändiges Religionsexercitium, bald wenigſtens ein Simultanbeſitz der Kirchen jeder der beiden evangeliſchen Confeſſionen in Zukunft gebühren ſollte [3]). In zwölf Städten und Flecken [4]), in vierzehn

---

1) Rezeß vom J. 1666. Art. 3. im Eing. Die im Rezeß hinzugefügte Clauſel, daß auch wenigſtens „annoch 4 oder 5 familiae oder Haußgeſinde der Evangeliſchen vorhanden“ ſein müßten, wurde bei der Ratification des Rezeſſes am 17. Sept. 1666 wieder aufgehoben. — In der Jülicher Verordn. vom J. 1668 wird bei Scotti a. a. O. auffallender Weiſe immer das J. 1629 als Normaljahr angegeben; iſt dies ein Druckfehler, oder hat man Pfälziſcher Seits eigenmächtig dies den Katholiken günſtigere Jahr ſubſtituirt?

2) Ebend. Art. 3. §. 1—3., wo Bracht, Brüggen, Heinsberg, Kaltenkirchen, Süchtelen und Waldniel als die Orte genannt werden, in denen auf Grund des status quo ein evangeliſcher Gottesdienſt geſtattet ſein ſolle.

3) Rez. v. 1672. Art. 6. u. 7.

4) In Düren nemlich, Heinsberg, Oberwinter, Linnich, Waſſenberg,

Dörfern, ſowie für zwei adlige Häuſer [hier ſo, daß auch ſpäter unter einem katholiſchen Gutsherrn die Dorfgemeinden die Fortdauer des Gottesdienſtes ſollten fordern können, und zur Erbauung eigner Kirchen berechtigt wären [5])] wurde im Herzogthum Jülich die noch vorhandene öffentliche Religionsübung der Reformirten beſtätigt, an vier Orten dagegen cum omnibus annexis theils reſtituirt, theils neu bewilligt [6]); den Lutheranern ſollte ſie auf Grund des Beſitzſtandes oder in Folge beſonderer Conceſſionen nur an ſieben Orten zuſtehen [7]). Im Herzogthume Berg aber genoſſen fortan die Reformirten in dreißig Ortſchaften [8]) (darunter nur eine neue Bewilligung), und auf ſechs adligen Höfen [9]) öffentlichen Gottesdienſtes, während den Lutheranern nicht bloß an neunundzwanzig Orten [10]) der Beſitz der Kirchen wie bisher verblieb, ſondern auch an drei Orten [11]) die Wiederherſtellung des öffentlichen Religionsexercitii nachgelaſſen wurde.

Für

Stollberg, Randerath, Brüggen, Etzweiler, Sittard, Waldniel und Süchtelen.

5) Es waren dies die adligen Häuſer zu Flammersheim und Groß-Bullesheim, wogegen den übrigen reformirten adligen Häuſern, deren im §. 3. mehrere namhaft gemacht werden, zwar die Haltung eines Gottesdienſtes, dem auch die benachbarten Familien ſollten beiwohnen dürfen, jedoch nur „ohne parochialibus“ geſtattet wird.

6) Vor der Stadt Jülich, zu Remagen und Urmund, und in der Vorſtadt zu München-Gladbach.

7) Erſteres zu Düren, Stollberg, Gemundt und Kindsweiler, letzteres vor der Stadt Jülich, zu Zweyfall und Menzeradt.

8) Von den Art. 7. §. 1. genannten Orten ſind folgende Städte und Flecken herauszuheben: Mühlheim am Rhein, Rade vorm Walde, Solingen, Hückeswagen (wo nach §. 3. gegen eine beſtimmte Summe das Simultaneum in der Pfarrkirche aufhören, auch die entzogenen Renten an die Evangeliſchen zurückfallen ſollten) Düſſeldorf, Medman, Elberfeld, Crauenburg, Langenberg, Ratingen, Grevrad, Düſſel (wo gleichfalls die Paſtorateinkünfte, doch mit einer Rente für die Kathol. reſtituirt wurden) und Mühlheim an der Ruhr. — Die reſtituirte Kirche war die im Dorfe Gruten.

9) Auch in Betreff dieſer adligen Häuſer, Linnex, zum Spich, in der Delling, zu Olepe, zu Eckradt, Dorp und Retteſtadt, wurde die Fortdauer des Gottesdienſtes und der Parochialrechte für den Fall garantirt, daß ſie an katholiſche Beſitzer kämen.

10) Außer in den ſechs erſten der Note 8. genannten Städte noch in Lennep und in der Freiheit Burg; die übrigen Orte ſind Dörfer, von denen Deuklingen, Berchem und Saatſcheidt nur ein simultaneum hatten.

11) In Rupichradt, Ratingen und Neuſtadt. Uebrigens haben nach den

Noti-

Für die **Brandenburgiſchen** Beſitzungen dagegen ſetzte es der Kurfürſt durch, daß über die öffentliche Religionsübung beider Confeſſionen nächſt dem dermaligen Status quo der kirchliche Zuſtand zur Zeit der angefallenen Erbfolge entſcheide. Nach dem Rezeſſe vom J. 1666[12]) ſollten alle der einen oder andern Confeſſion im J. 1609 angehörig geweſene Kirchen, Gemeinden und Schulen, welche ſpäter bis zum J. 1624 ihres Religionsexercitii entſetzt, nachher aber reſtituirt und noch im Beſitze der wiederhergeſtellten Religionsübung wären, unbedingt bei letzterer geſchützt werden. Nur für den Fall, daß einzelne Kirchen und Schulen ſowohl im J. 1609 als im J. 1624 in katholiſchen Händen ſich befunden hätten, wollte der Kurfürſt, ohne Rückſicht auf den gegenwärtigen oder den zwiſchen jenen Jahren etwa vorhanden geweſenen alleinigen Beſitzſtand der Evangeliſchen, unweigerlich den Katholiken ein Simultaneum[13]), und gleiche Berechtigung an Renten und ſonſtigem Kirchen-Einkommen gewähren[14]). Bei dieſer Regulirung des Cultus behielt es auch in dem ſpäteren Rezeſſe im Ganzen ſein Bewenden, indem für alle drei Brandenburgiſche Territorien den Katholiken bloß zugeſichert wurde, „was ſie an Exercitien, Kirchen, Kapellen, Schulen und Renten, ſie haben Namen wie ſie wollen, gegenwärtig beſitzen“[15]). Jedoch verſtand ſich in der Grafſchaft **Mark** der Kurfürſt, um das für mehrere Orte prätendirte Simultaneum zu beſeitigen, zu der Be-

---

Notizen in Büſching's Erdbeſchr. Th. 6. die Lutheriſchen wie Reformirten ſpäterhin noch an andern Orten öffentliches Religionsexercitium erhalten, ſo z. B. die erſteren in Mühlheim an d. Ruhr, Langenberg, Elberfeld, die letzteren in Gemarke, Ronsdorf u. ſ. w., wogegen in Hückeswagen ſeit dem J. 1747 der lutheriſche Gottesdienſt nicht weiter geſtattet wurde. Seltner ſcheinen ſolche ſpätere Conceſſionen im Jülich'ſchen geweſen zu ſein, wenigſtens nennt Büſching außer den Rezeßkirchen nur noch zwei, zu Waldfeucht und in der Herrſchaft Kindsweiler.

12) Rezeß von 1666 Art. III. §. 4.

13) Wo zwei Kirchen oder Kapellen an einem Orte wären, ſollte jede Religionsparthei nach §. 5. ibid. eine derſelben erhalten.

14) Auch hier hatte man anfangs die Clauſel gemacht, daß noch vier oder fünf katholiſche Familien vorhanden ſein müßten, aber ſpäter gleichfalls beſeitigt.

15) Rezeß von 1672. Art. I. §. 1., II. §. 1. u. IV. §. 1.

willigung, daß an ſieben Orten und auf drei adligen Häuſern katholiſcher Gottesdienſt theils neu eingerichtet werde, theils fortdaure [16]), und bewilligte eben ſo in Cleve die Wiederherſtellung einiger katholiſchen Kirchen, namentlich in den bis dahin von den Niederländern noch beſetzten Städten [17]). Abgeſehen von der Grafſchaft Ravensberg, wo den Katholiken bis auf die neuere Zeit hin nur das Collegiatſtift und das Recollecten-Kloſter zu Bielefeld, einzelne Stellen des Fräuleinſtifts zu Schilſchede, ſo wie die Kapellen zu Hervorden, Urendrup, Blotho, und auf zwei adligen Gütern gehörten [18]), war übrigens den Katholiken der Status quo ſo günſtig, daß im Herzogthum Cleve außer zahlreichen Pfarrkirchen nicht weniger als 6 Collegiatſtifter, 3 Comthureien, 2 Abteien, 17 Manns- und 30 Nonnenklöſter, in der Grafſchaft Mark aber 37 Kirchen, darunter 13 Stifter und Klöſter denſelben verblieben [19]), während andrerſeits dadurch auch zu Gunſten der Evangeliſchen ſelbſt im Gebiete der katholiſch gebliebenen Reichsabteien Eſſen und Werden [20]) die öffentliche Religionsübung für die Zukunft geſichert war.

Leichter als über das Religionsexercitium ſcheint man ſich über die Beſtimmungen geeinigt zu haben, durch welche der beiderſeitige Beſitz an Kirchen, Kapellen, Stiftern, Klöſtern, Präbenden, Beneficien, Kirchengütern, Renten u. ſ. w. regulirt wurde.

---

16) In Schwerdt ſollten die Katholiken ihren Gottesdienſt in der dort befindlichen Kapelle, in Blankenſtein auf dem Rathhauſe fortſetzen dürfen; der Bau neuer Kirchen, wozu der Kurfürſt eine Beiſteuer verſprach, wurde ihnen zu Hagen, Schwelm, Eickel, Mengede und Oſtunne geſtattet, den Unterthanen der adligen Häuſer zu Hernmeren, Overdick und Herringen zugleich für den Fall eines Religionswechſels der Gutsherrſchaft der fernere Genuß öffentlicher Religionsübung zugeſichert. Ebend. Art. II. §. 2—5.

17) Rezeß von 1672 Art. I. §. 1. No. 13. u. 14. und Relig.-Vergleich vom 20. Juli 1673 (bei Lünig a. a. O. S. 253 flg.), wodurch die kirchlichen Verhältniſſe von Weſel, Rees, Emmerich, Orſoy und Büderich regulirt wurden.

18) Rezeß von 1672 Art. IV. §. 2 flg. u. Büſching Erdbeſchr. Th. 6. S. 99. §. 4., welcher auch noch eine katholiſche Kapelle zu Stockkämpen im Kirchſpiel Hörſte nennt.

19) Büſching a. a. O. S. 85. u. 64.

20) Ebendaſ. S. 255. u. 259.

Dem Osnabrücker Frieden gemäß ſollte im allgemeinen, namentlich in den Pfälziſchen Landen [21]), der Beſitzſtand am 1. Januar 1624 hierüber entſcheiden. In dem Brandenburgiſchen [22]) wurden aber alle vor dem J. 1651 zum Beſten des evangeliſchen Gottesdienſtes und Schulweſens eingezogene Vicareien, Beneficien und geiſtliche Güter den Evangeliſchen vorbehalten, und nur die zu weltlichen oder anderen Zwecken verwendeten oder gar von den Patronen und Collatoren willkürlich eingezogenen der Reſtitution auf Grund des Normaljahres unterworfen; nur wo den katholiſchen Geiſtlichen der nöthige Unterhalt fehlen würde, wollte der Kurfürſt einzelne Pfründen bei etwaniger Vacanz zurückgeben, und warf in dem ſpätern Rezeſſe, unter erneuter Beſtätigung des status quo, für Cleve zu dieſem Behufe eine beſtimmte Summe aus [23]). Unbedingt ſollte dagegen auch im Brandenburgiſchen das Normaljahr für die geiſtlichen Stifter und Klöſter gelten, und über deren Beſitzthum, ſelbſt wenn einzelnes evangeliſchen Kirchen und Schulen inzwiſchen zugewendet worden wäre [24]), wie über die Beſetzung der Stellen durch Mitglieder der einen oder andern Confeſſion entſcheiden [25]); um allen Streitigkeiten vorzubeugen, ward aber ſpäter durch ſpecielle Stipulationen feſtgeſtellt [26]), in welchen adligen Jungfrauſtiftern der Brandenburgiſchen Lande je der dritte oder vierte Theil der Stellen mit katholiſchen Fräulein beſetzt werden, in ähnlichem Verhältniſſe auch die Wahlen der Aebtiſſinnen u. ſ. w. je nach der Confeſſion wechſeln ſollten [27]). Für alle und

---

21) Rezeß von 1666. Art. VIII. §. 1.

22) Ebendaſ. §. 2—5.

23) Rezeß von 1672. Art. I. §. 1. u. 2. u. Art. II. §. 13.

24) Rezeß von 1666. Art. VIII. §. 5.

25) Nur für die Klöſter zu Camen, Lütgen-Dortmundt und Marienheide ward der Status quo ſpäter als Norm bezeichnet.

26) Rezeß von 1666. Art. VIII. §. 6—11. u. Rezeß von 1672. Art. I. §. 3. u. 4. Art. II. §. 9—11. Art. IV. §. 4—6.

27) Ein Drittel der Stellen wurde den Katholiken in dem Ravensbergiſchen Stifte zu Schilſchede, in den beiden Märkiſchen zu Clarenberg und St. Walpurgis zu Soeſt, und in dem Cleveſchen Stifte Bedburg bewilligt, dagegen ein Viertel in den Stiftern zu Frunsberg, Gevelsberg, Herdicke und Oberndorf, letzteres im Cleveſchen, die andern in der Grafſchaft Mark belegen. — Ein gegenſeitiger Aus-

jede geiſtliche Pfründen, Beneficien, Güter und Renten wurde endlich das reichsgeſetzliche reservatum ecclesiasticum beſtätigt, und feſtgeſetzt, daß weder durch einen Religionswechſel des Beneficiaten, noch durch Verfügung der Landesobrigkeit, welche nur über das Vermögen ihrer eignen Religionsparthei, ſoweit das katholiſche geiſtliche Recht oder die evangeliſchen Kirchenordnungen es geſtatteten, verfügen könne, noch auch durch Ausübung des Collations- und Patronat-Rechts der auf dem Normalzuſtande beruhende Beſitz der einen oder andern Religionsparthei geändert, oder zu anderen Zwecken über das Kirchengut disponirt werden dürfe [28]).

§. 11.

Regulirung der katholiſchen und evangeliſchen Kirchenverfaſſung.

Wichtiger als jene nur den äußern Beſtand beider Kirchen betreffenden Stipulationen waren die rezeßmäßigen Beſtimmungen über die kirchlichen Rechte der verſchiedenen Glaubensgenoſſen, und die geiſtliche Verfaſſung des Landes. Durch ähnlichen Vorbehalt, wie im Osnabrücker Frieden, gegen Anfechtung der katholiſchen Kirchenobern geſichert [1]), haben ſie bis auf die neueſte Zeit herab für den kirchlichen Rechtszuſtand jener Provinzen die Hauptquelle gebildet, als erſter umfaſſender Verſuch vergleichsweiſer Beſeitigung aller Religionsſtreitigkeiten aber auch ein allgemeines Intereſſe für alle Staaten gemiſchter Bevölkerung.

In Uebereinſtimmung mit dem Weſtfäliſchen Frieden, aber vollſtändiger als in dieſem, wurde zunächſt die völlige Rechts-

tauſch dieſer und anderer gemiſchten Stifter, um dadurch für jedes Einheit der Confeſſion zu erlangen, war anfangs nach Rezeß von 1666 §. 12. beabſichtigt, iſt aber nicht erfolgt.

28) Rezeß von 1666. Art. VIII. §. 15 — 17.

1) Rezeß von 1672. Art. XI. §. 2.: „Endlich ſoll alles dasjenige, was obiger Geſtalt bei dieſer Pauſchhandlung verabſchiedet und verglichen iſt, alſofort in allen Landen ohne einige fernere Verordnung zur Execution geſetzt, und darwieder keine Exception, auch keine andere geiſtliche und weltliche Satzungen, ſie haben Nahmen wie ſie wollen, und kommen auch her, von wem ſie wollen, ſie

gleichheit aller drei Confeſſionen anerkannt. Um ſeiner Religion willen ſollte Niemand, gleichviel ob darin geboren und erſt übergetreten, ob Landeskind oder eingewandert, verfolgt und verachtet, auch weder vom Bürgerrechte, von bürgerlicher Nahrung und Innungen jeder Art, noch von „Contracten, Kauff und Verkauff beweg- und unbeweglicher Güter, vom Vernäherungs-Rechte“, eben ſo wenig von Erbſchaften oder Legaten, falls dieſe nicht ſpeciell der einen oder anderen Kirche ausgeſetzt wären, auch nicht von öffentlichen Wohlthätigkeitsanſtalten oder „andern gemeinen Gerechtigkeiten und Handlungen“, am wenigſten von ehrlichen Begräbniſſen und öffentlichen gemeinen Kirchhöfen ausgeſchloſſen ſein [2]. Vielmehr ſollten „in dieſen und *allen andern* dergleichen Fällen“ ſämmtliche Unterthanen und Eingeſeſſenen unter einander „einerlei Recht, Schutz und Gleichheit genießen“, namentlich Niemand um ſeiner Religion willen „in Schatzungen, Contributionen, Einquartierungen, Dienſten, bürgerlichen Laſten und ſonſten übernommen“ werden [3]. Alle Landesgeſetze und Statuten, welche die eine oder andere Religionspartheì „von Bürgerrecht oder bürgerlichen Ehren-Aemptern“ ausſchlöſſen, wurden caſſirt [4], und die urſprüngliche Clauſel, wonach nur „in ſo weit ſie deſſen Anno 1624 hergebracht und fähig geweſen“ den verſchiedenen Glaubensgenoſſen die Qualification zur „Magiſtrats-Wahl oder anderer Promotion zu Ehren-Aemptern“ unverkürzt bleiben ſollte [5], durch den ſpätern Rezeß dahin modificirt, daß ein ſolcher Beſitzſtand nicht etwa bloß die Fähigkeit zu Commu-

ſeyen allbereit vor dieſem gemacht oder werden künfftig gemacht, eingewendet werden“.

2) Rezeß von 1666. Art. VI. §. 1. und Rezeß von 1672. Art. X. §. 10. u. 11., 13. u. 14. In Betreff des Begräbniſſes wurde noch ausdrücklich ſtipulirt, daß Leichen-Predigt, Gebet und andere Ceremonien nur dann auf dem katholiſchen Kirchhofe nicht geſtattet ſein ſollten, wenn dies bisher nicht üblich geweſen.

3) Ebend. §. 17.

4) Rezeß von 1666. Art. VII. im Eing. u. Rezeß von 1672. Art. X §. 18., wo deshalb im §. 10. auch ausdrücklich noch des Bürgerrechts Erwähnung geſchah.

5) Rezeß von 1666. Art. VI. §. 1.

nalämtern, ſondern die Nothwendigkeit begründen ſollte, wenigſtens einige der Magiſtratsſtellen mit Mitgliedern der betreffenden Confeſſion zu beſetzen [6]); nur in Betreff der Landes- und Hofämter fehlte es an einer beſtimmten Anerkennung der gleichen Fähigkeit aller Religionspartheien [7]). Ausdrücklich wurde auch noch die Freizügigkeit, innerhalb Landes wie ins Ausland, anerkannt und beſtimmt, daß Ausländern bloß um ihrer Religion willen die Niederlaſſung nirgends verweigert werden dürfe, Katholiken wie Evangeliſchen die Befreiung von allem Auswanderungszwange zugeſagt [8]), endlich völlige Freiheit des Religionswechſels anerkannt, gleichviel ob an dem Wohnorte das erwählte Glaubensbekenntniß in öffentlicher Uebung beſtehe oder nur ein Recht der Duldung gewähre [9]).

Die Ritterbürtigen beider Confeſſionen ſollten uneingeſchränkt ein ius privatorum sacrorum für ſich und ihren geſammten Hausſtand genießen, und ſich eigne Prieſter oder Predi-

---

6) Rezeß von 1672 a. a. O. §. 12. „An denen Orthen, an welchen im J. 1624 die Röm.-Cathol. oder Augsb. Conf. Verw., Ref. und Luth., in dem Stadt-Magiſtrat oder andern Ehrenſtellen fähig geweſen, da ſollen dieſelbe ſowohl in den Städten als Dörffern bei vacirenden Stellen wiederum nicht nur zur Wahl gezogen, ſondern auch würklich erwehlet und angeſetzet werden, dergeſtalt, daß allezeit einige der Evang. oder Röm.-Cathol. Religion Zugethane im Rath und Ehrenſtellen, wo ſie Anno 1624 darin geweſen, angeſetzet und gelaſſen werden ſollen“.

7) Im Rezeſſe v. 1666 heißt es zwar ganz allgemein, daß Niemand um ſeiner Religion willen von „andrer Promotion zu Ehren-Aemtern“ auszuſchließen ſei, und daß alle Geſetze „zu Exeluſion von Ehren-Aemtern“ caſſirt ſein ſollten. Allein im Rezeß von 1672 iſt die erſtere Stelle entſchieden auf Communal-Aemter beſchränkt (ſ. vor. Note), und im §. 18. bei der andern Beſtimmung der Zuſatz „bürgerlichen“ gemacht, auch im §. 19. u. 20. nur von „bürgerlicher Freiheit und Gleichheit“ die Rede. Indeſſen erklärte wenigſtens im Art. X. §. 28. der Rezeß von 1672, daß „in den übrigen Punkten, welche in dieſem Rezeß nicht exprimirt ſeynd, und der einen oder andern Religion Zugethanen zum Beſten gedeihen können“, der Kurfürſt ſeine katholiſchen Unterthanen, der Pfalzgraf die Evangeliſchen ſeines Landes eben ſo, wie die eignen Glaubensgenoſſen behandeln wolle.

8) Rezeß von 1666 Art. VII. im E. u. §. 1., Rezeß v. 1672 a. a. O. §. 9. 10. 18. u. 20., wonach noch weit weniger die Auswanderung aus einer Stadt oder Dorfſchaft wider Willen ſollte angeſonnen werden können.

9) Rezeß v. J. 1672 Art. X. §. 19.

ger und Lehrer zu halten, wie alles, „was dem Gottesdienſt anklebt", in ihren Häuſern verrichten zu laſſen, unbedingt berechtigt ſein [10]). Allen übrigen Unterthanen aber wurde für die Orte, wo ein öffentliches Religionsexercitium ihrer Confeſſion fehle, ungeſtörte Hausandacht für ſich, ihre Familien und ihr Hausgeſinde zugeſichert [11]), und obſchon, wo auch mehrere Familien der einen oder andern Religionsparthei vorhanden wären, dieſe ohne ausdrückliche Einwilligung des Landesherrn weder eine öffentliche, noch eine gemeinſchaftliche Religionsübung ſollten einrichten dürfen [12]), der Beſuch benachbarter Kirchen Behufs der Theilnahme am allgemeinen Gottesdienſte, wie um für ſich und die Ihrigen dort die Sacramente zu empfangen, ohne irgend eine Einſchränkung geſtattet, nicht minder das Recht zuerkannt, ihre Kinder in fremde Schulen zu ſchicken oder durch Hauslehrer unterrichten zu laſſen [13]). Ausdrücklich wurde ſogar für Krankheits- und andere Behinderungsfälle geſtattet, durch fremde Geiſtliche im Hauſe die Sacramente privatim verwalten zu laſſen, und für dieſen Fall, wie bei Tauf- und anderen Religionshandlungen in auswärtigen Kirchen Freiheit von Stolgebühren ausgeſprochen [14]).

Wo öffentliche Religionsübung der einen oder andern Confeſſion zukäme, ſollte ihr, den Gottesdienſt nach den Satzungen und Ordnungen ihrer Kirche einzurichten, eben ſo frei ſtehen, als die beliebige Anſetzung eines oder mehrerer Geiſtlichen und anderer Kirchenbedienten, die Vereinigung mehrerer Orte zu derſelben

---

10) Rezeß v. 1666 Art. V. im Eing.

11) Ebend. Art. V. §. 1. u. Art. VII. im Eing. vgl. mit Rezeß v. 1672 Art. X. §. 19. u. 20.

12) Ebend. Art. VII. §. 2.

13) Ebend. Art. VII. im Eing.

14) Ebend. Art. V. §. 1. Rezeß v. 1672 Art. X. §. 7. u. 8. Vollſtändig ſcheint übrigens dieſe Aufhebung des Parochialzwanges, welche im Jülich'ſchen noch durch eine beſondere Verordnung v. J. 1670 beſtätigt wurde (Scotti's Jül.-Berg. Geſ. Th. 1. S. 155.) nicht zur Ausführung gekommen zu ſein; wenigſtens bemerkt v. Steinen a. a. O. Th. 2. S. 853. 819. u. 854. unter Bezugnahme auf Vergleiche vom J. 1744 u. 1737., daß in der Grafſchaft Mark zu Gimborn die Evangeliſchen, in Hemmerde die Katholiſchen dem Parochialzwange rückſichtlich der Stolgebühren unterlägen.

Pfarrei wie deren Trennung, die Errichtung von Elementar- und anderen Schulen, die ungehinderte Erbauung neuer Kirchen, Kapellen, Pfarr- und Schulhäuſer, wofern nur alles dies auf jeder Religionspartheí eigne Koſten und ohne Beſchwerung der andern Confeſſion geſchehe [15]); nur öffentliche Prozeſſionen der Katholiken ſollten in den Brandenburgiſchen Landestheilen bloß da, wo ſie hergebracht wären, ſtattfinden dürfen [16]). Eine Feier der in der einen oder andern Kirche üblichen Feſttage ſollte den andersgläubigen Unterthanen nie weiter zugemuthet werden, als daß, wenn die Landesherrſchaft „zu Abwendung Kriegs und Peſtilenz oder andrer gemeiner Gefahr und Schwürigkeiten einige Buß- oder Bettage, oder auch vor eine ſonderbahre gemeine Gnade und Wohlthat Gottes Danck- und Feſttage anordnen“ möchte, jeder Religionstheil dieſelben „nach ſeiner Religion Weiſe“ zu feiern ſchuldig ſei [17]). Namentlich wurde für die Jülich-Bergiſchen Lande den Evangeliſchen die Verſicherung ertheilt, daß ihnen bei Prozeſſionen oder Austragung des Hochwürdigſten nicht mehr zugemuthet werden ſolle, als bei Seite zu treten, oder „dem Prieſter und denen, welche mit ihm ſeind, eine dergleichen Ehrerbietung zu erweiſen, als wie ſie zu thun pflegten, wenn Prieſter und andre ehrliche Leute ihnen zu andern Zeiten begegnen“ [18]), daß ſie aber weder bei Prozeſſionen zu irgend einer Mitfeier oder Dienſtleiſtung, wie Grasſtreuen, Mayenſetzen, Glockenläuten, Aufwarten mit dem Gewehr, noch an den katholiſchen Faſttagen irgend zu Haltung der Abſtinenzgebote verbunden ſein ſollten [19]). Nicht

15) Rezeß von 1666 Art. IV. §. 1. u. 2., Rezeß von 1672 Art. V. §. 1. u. 6., Art. VIII. §. 1.

16) Rezeß von 1672 Art. V. §. 6.

17) Ebend. Art. X. §. 6. vgl. mit Rezeß von 1666 Art. IV. §. 16. u. 17.

18) Ebend. Art. X. §. 8. In dem Rez. von 1666 Art. IV. §. 14. war geradezu erklärt, daß die Evangeliſchen, wenn ſie nicht auf die Seite träten, um Aergerniß zu vermeiden, „denen ihnen mit entdecktem Haupt zu gemüht kommenden Prieſtern und Catholiſchen gleichfals mit entdecktem Haubt Ehr erweiſen“ ſollten.

19) Ebend. Art. VIII. §. 5. u. 10. vgl. mit Rezeß von 1666 Art. IV. §. 13. u. 15. Dagegen ſollten auch die Evangeliſchen in der Faſtenzeit ihr katholiſches Hausgeſinde nicht wider Willen Fleiſch zu eſſen anhalten.

minder wurde jede Verpflichtung, den Send zu beſuchen oder kirchliche Aemter irgend einer Art zu übernehmen, für die Evangeliſchen aufgehoben [21]), und obwohl ſie, „ihrer Landesobrigkeit zu unterthänigſtem Reſpect, auch Gleichheit mit ihren Benachbarten zu halten“, an katholiſchen Feſttagen „ſich aller äußerlichen Hand- und Feld-Arbeit gleich den Catholiſchen enthalten“ ſollten, ſo wurde ihnen doch unter der Zuſicherung, daß ſie deswegen „keine Inquiſition und Beſtrafung“ erleiden ſollten, „bei verſchloſſenen Buden, Thüren, Laden und Fenſtern“ zu arbeiten geſtattet [20]), was in einigen Bergiſchen Städten, und ſpäter in allen Fabrikorten, ſogar öffentlich, wenn nur ohne Lärmen und nicht in der Nähe der Kirchen oder während des Gottesdienſtes, ſollte geſchehen dürfen [22]). Vor allem aber wurde durch die Rezeſſe die eigentliche Kirchenverfaſſung der beiderſeitigen Territorien, unter näherer Beſtimmung über einzelne beſonders wichtige Punkte, für die Zukunft geordnet.

Für die Verfaſſung der katholiſchen Kirche ſchien in den Pfälziſchen Landestheilen beſondere Beſtätigung überall nicht erforderlich; nach wie vor beruhte ſie auf dem Proviſionalvergleiche vom J. 1621, und den canoniſchen Rechtsquellen. Nur rückſichtlich der größtentheils gemiſchten Stifter wurden beſondere Stipulationen beliebt, indem deren Beſetzung, der Landestheilung ungeachtet, wie bisher in der Art gemeinſchaftlich blieb, daß, gleichviel in welchem Territorio ſie belegen, oder welcher Confeſſion die erledigten Pfründen waren, das Collationsrecht je nach den Mo-

---

20) Ebend. Art. VIII. §. 7.

21) Rezeß von 1666 Art. IV. §. 15. u. Rezeß von 1672 Art. VIII. §. 9. vgl. mit Verordn. vom 10. März 1682 (Scotti a. a. O. S. 183.).

22) Auffallend iſt, daß alle dieſe und die vorhergehenden Zuſicherungen eigentlich nur für die Orte gemacht ſind, wo dem einen oder andern Theile öffentliches Religionsexercitium gebührte. Denn wie der Rezeß von 1666 im Art. IV. von dieſem allein handelt, und erſt im Art. V. auf das privatum oder domesticum exercitium übergeht, ſo lautet auch der Eingang des Art. VIII. im Rezeſſe von 1672 dahin: „An allen vorher erzehlten Orten, an welchen die Augsb. Conf. Verwandte die exercitia publica haben“ u. ſ. w., und erſt im Art. X. werden die ihnen ohne Rückſicht auf die Art ihrer Religionsübung zuſtändigen Rechte näher beſtimmt.

naten, in welchen die Vacanz erfolge, der einen oder andern Landesherrſchaft, immer aber nur unter Anzeige an die andere und unter Einholung ihres Placets zuſtehen ſollte [23]).

Gleicherweiſe wurde in den dem Brandenburgiſchen Hauſe zugefallenen Provinzen für die evangeliſche Kirchenverfaſſung nähere Abrede für überflüſſig erachtet. Hier hatte die Presbyterial- und Synodalverfaſſung im Laufe eines Jahrhunderts zu feſte Wurzel geſchlagen, als daß man, wäre auch dem Lande nicht gleich bei der Beſitznahme die Fortdauer der kirchlichen wie der politiſchen Verfaſſung zugeſagt worden, deren weſentliche Umgeſtaltung und Einführung des eigentlichen Conſiſtorialregiments hätte befürchten können. Im Ravensbergiſchen, wo bisher die Leitung des Kirchenweſens, namentlich Ehejurisdiction und Kirchenviſitation, in den Händen der Superintendenten und Landdroſten geweſen war, ſcheint zwar die Regierung einen derartigen Plan gehabt zu haben; doch hob der Kurfürſt das im J. 1652 für die Grafſchaft errichtete Conſiſtorium, welches „nach Art und Weiſe, wie ſolches in der evangeliſchen Kirche gebräuchlich, alle dahin gehörigen Sachen in Unſerm Namen erörtern und decidiren" ſollte, ſchon im Jahre darauf durch einen Rezeß mit den Ständen wieder auf [24]). Für Cleve und Mark blieb die ſchwierige Aufgabe, die ältere Synodaleinrichtung mit der Conſiſtorialverwaltung zu verſchmelzen, der neueſten Zeit vorbehal-

23) Rezeß von 1666 Art. VIII. §. 17—19. u. Rezeß von 1672 Art. X. §. 26. u. 27. Wo das Collationsrecht ausſchließlich der Landesherrſchaft zukam, hatte Brandenburg daſſelbe in allen ungraden Monaten, wo überhaupt nur in dieſen die landesherrliche Collation hergebracht war, in den Monaten Januar, Mai und September.

24) Vgl. Weddigen's Beſchr. von Ravensberg Bd. 1. S. 157. u. C(ulemann's) Ravensberg. Merkwürd. Th. 3. S. 78. u. 147. — Der bisherigen Verfaſſung gemäß hatte auch die Stadt Bielefeld ihr ſtädtiſches Ehegericht zu behalten geſucht, aber nichts weiter erlangt, als daß nach dem Privil. vom 21. Decbr. 1647 die Eheſachen der Bürger jederzeit ex speciali commissione der landesfürſtl. Kanzlei dem regierenden Bürgermeiſter und einem der Stadtprediger überwieſen werden ſollten, und daß dem im J. 1726 unter einem landesherrlichen Director eingeſetzten Matrimonialgerichte auch ſtädtiſche Beamte beigeordnet wurden.

ten [25]); zunächſt aber beſtand die hergebrachte Kirchenverfaſſung unverändert fort, und wenn ſchon, je weniger man der Landesherrſchaft das ius circa sacra beſtritt, die Stellung der Synoden zu dem gleicher Confeſſion angehörigen Regenten ſich ändern, ſelbſt die ſeit dem Ende des ſiebzehnten Jahrhunderts immer entſchiedener hervortretende Anſicht von einer ſ. g. Episcopalgewalt der evangeliſchen Landesherrn allmählich Einfluß auf die kirchliche Geſetzgebung und Verwaltung gewinnen mußte [26]), ſo blieben doch beide weſentlich in den Händen der Provincial- und General-Synoden, und der von dieſen erwählten Inſpectoren und Moderatoren. Durch Publication förmlicher Kirchenordnungen [27]), welche von der Landesregierung ausdrücklich ſanctionirt wurden, im übrigen aber aus den früheren Synodalbeſchlüſſen zuſammengeſtellt waren, und dem Landesherrn außer der Gerichtbarkeit in kirchlichen Sachen, auf welche die evangeliſche Kirche nie einen Rechtsanſpruch behauptet hat, nur die im ius circa sacra begründete Beſtätigung der Synodalſchlüſſe, der Vocationen und Remotionen von Geiſtlichen überwieſen [28]), gewann zugleich die hergebrachte Verfaſſung der evangeliſchen Landeskirche an Feſtigkeit.

Eine förmliche Garantie gewährten dagegen die Religionsrezeſſe für die evangeliſche Kirchenverfaſſung in den Herzogthümern Jülich und Berg [29]), wo ſich, wenn auch nur un-

---

25) Vgl. Kirchen-Ordn. für die evang. Gemeinden der Prov. Weſtphalen und der Rhein-Prov. vom 15. Febr. 1835, welche übrigens, nachdem ſchon im J. 1818 Dortmund, das als reichsunmittelbare Stadt ſein eignes lutheriſches Conſiſtorium gehabt hatte (Vogt Ref.-Geſch. v. Dortmund S. 41—45.), der Märkiſchen Kirchen-Provinz zugetreten war, auch für die nicht zum alten Synodalverbande gehörigen Landestheile, und in gleicher Weiſe für lutheriſche wie reformirte Gemeinden ergangen iſt.

26) S. die Abhandl. über das biſchöfl. Recht in d. evang. Kirche Deutſchlands. Berlin 1828. §. 10. Note 14. u. §. 16., womit indeß die Kritik in v. Oven's Presbyt.- u. Synod.-Verf. S. 39 flg., 51 flg. u. 64 flg. zu vergleichen iſt.

27) Die Kirchenordnung für die reform. Gemeinden iſt ſchon unterm 20. Mai 1662 ergangen, die der lutheriſchen Kirche kam erſt unterm 6. Auguſt 1687 zu Stande.

28) S. die angef. Abh. über d. biſchöfl. Recht §. 16.

29) Rezeß von 1672 Art. VIII. §. 8.: „Nicht weniger ſollen Prediger,

vollſtändig und vielfach geſtört, trotz aller Verfolgungen und ſelbſt während der Kriegsunruhen die hergebrachte Synodal- und Presbyterialeinrichtung in Uebung erhalten hatte. Der Beſuch der Kirchenconvente jeder Art ſollte der Geiſtlichkeit unverwehrt, und dafern ſie nur innerhalb der unirten Herzogthümer und Grafſchaften gehalten würden, nicht einmal von beſonderer Bewilligung der Landesherrſchaft abhängig ſein. Bis auf die neueſte Zeit hat ſich daher auch, wenigſtens für die reformirten Gemeinden, in den gemeinſchaftlichen General-Synoden, welche alle drei Jahre zuſammentraten, eine äußere Verbindung der beiderſeitigen Landeskirchen erhalten [30]). Das Viſitationsrecht der Synodal-Vorſteher und Claſſen-Inſpectoren wurde gleichmäßig anerkannt [31]), ſogar die anfangs geſtellte Clauſel, daß ſolche Viſitation jederzeit der Regierung angezeigt werden müſſe, damit zur Wahrnehmung der landesherrlichen Gerechtſame ein Commiſſarius beigeordnet würde [32]), ſpäter wenigſtens für den Fall aufgegeben,

---

Pfarrer, Pastores, Schulbediente und Küſter bei ihren Kirchen-Ordnungen, Statuten (welche ſie gleichwohl zuvörderſt Ihrer Fürſtl. Durchl. als Landes-Fürſten, damit darinnen wider die landesfürſtliche Hoheit nichts nachtheiliges gefunden werde, zur Beſtätigung unterthänigſt einreichen laſſen ſollen, und wollen J. F. D. dieſelbe ſodann gnädigſt und unweigerlich beſtätigen), Gebräuchen, Gewohnheiten, Ceremonien, kirchlicher Disciplin, bei denen ordentlichen Conventen der bishero gewöhnlichen General-, Provincial-, Synodal-, Claſſical-, Presbyterial- und Conſiſtorial-Verſammlungen (welche ſie in den uniirten Herzogthumen und Graffſchaften ungehindert, außer denſelben aber andrer Geſtalt nit, als mit Vorwiſſen und Bewilligung des Lands-Fürſten beſuchen mögen) und derſelben Schlüſſen und andren ihren Gebräuchen gehandhabt werden". Vgl. auch Rezeß von 1666 Art. IV. §. 12.

30) v. Oven a. a. O. S. 41. u. 42.

31) Rezeß von 1672 Art. VIII. §. 4. vgl. mit Rezeß von 1666 Art. IV. §. 8—10., wo aber von der Beiordnung eines landesh. Commiſſarii nur rückſichtlich der in den Brandenburgiſchen Landen vorzunehmenden Viſitationen der einen oder andern Religionsparthei die Rede iſt.

32) Dieſe Commiſſarien, welche jederzeit der evangeliſchen Religion ſein würden, ſollten nur darauf ſehen, daß nichts geſchehe, was „der landsfürſtlichen Hoheit, Bottmäßigkeit und Jurisdiction entgegen, nachtheilig und präjudicirlich ſei", und ſollten, „wenn Sachen vorgehen, die ad interius conclave gehören, und wenn die censura ecclesiastica vorgenommen wird, ſich ſo lange abſentiren, und dieſen actibus nicht beiwohnen".

daß inländiſche Geiſtliche von der Synode mit der Viſitation beauftragt wären [33]). Ausdrückliche Beſtätigung erhielt eben ſo das Corrections- und Strafrecht der ſynodaliſchen Obern, unter der Zuſicherung, daß die weltliche Obrigkeit die Schuldigen gegen die der Kirchenordnung und kirchlichem Gebrauche gemäß erkannten Cenſuren nicht ſchützen, vielmehr zu deren Vollſtreckung behülflich, dazu auch verpflichtet ſein ſolle, und ſelbſt die anfangs, nur nicht „ohne genugſame und erhebliche Urſache“, geſtattete Berufung in ſolchen Cenſurſachen ward durch ſpäteren Nebenrezeß wieder aufgehoben [34]). Bei Anſtellung der Prediger, welchen für ihre Perſon wie für ihre Pfründen die der katholiſchen Geiſtlichkeit zuſtändigen Immunitätsrechte zugeſichert wurden [35]), ſollte der Landesherr, wo er nicht zugleich Patron wäre, kein weiteres Recht haben, als daß ihm oder deſſen Behörden die Vocations- und Collationsurkunden eingereicht würden; für Patronatsſtellen aber ward die Zuſicherung ertheilt, daß die Verleihung nur bei gehöriger Qualification, „wie es bei der einen oder andern Religion bräuchlich iſt und erfordert wird“, und auf „beweislichen Schein“, wie die Gemeinde „mit ihrer Perſon zufrieden und auf Lehr und Leben nichts zu ſagen habe“, erfolgen ſolle [36]). Endlich erhielten die Evangeliſchen das Verſprechen, daß „keine Cenſur-,

---

33) Verordn. v. 7. März 1682 bei Scotti a. a. O. Th. 1. S. 183. Dadurch erledigte ſich auch das Bedenken, ob bei etwanigem Ausbleiben des landesh. Commiſſarius die Viſitation auf Grund der geſchehenen Anzeige ſtattfinden könne, was der ältere Rezeß für die brandenb. Lande ausdrücklich geſtattet, der ſpätere unerwähnt gelaſſen hatte.

34) Rezeß von 1672 a. a. O. §. 4. vgl. mit Verordn. vom 16. April 1672 u. 16. Juli 1686 (bei Scotti Th. 1. S. 172. u. 193.), wodurch das im Rezeß von 1666 a. a. O. §. 9. ſchon ausgeſprochene unbedingte Verbot ſolcher Berufung hergeſtellt wurde.

35) Rezeß von 1666 Art. IV. §. 7. u. Rezeß von 1672 Art. V. §. 2. u. VIII. §. 2.

36) Rezeß von 1672 Art. X. §. 4. vgl. mit Rezeß von 1666. Art. IV. §. 4 — 6. Das Placet ſollte übrigens ſo wenig verweigert werden, daß gleich nach geſchehener Anzeige die Antretung des Amts geſtattet würde; auch fand eine beſondere Staatsprüfung, wie bei den katholiſchen Geiſtlichen, für evangeliſche Prediger nicht ſtatt, daher auch in den Beſtätigungsurkunden für dieſe die dort übliche Clauſel „auf deſſen befundene genugſame Qualification“ wegfiel. Vgl. Knapp diss. de iure patron. cit. §. 20. u. 23.

Disciplin-, Matrimonial- und dergleichen Sachen, welche ſonſten bey denen Evangeliſchen ad forum ecclesiasticum oder mixtum gehören", an die Landdechanten oder irgend ein anderes katholiſches geiſtliches Gericht ſollten gezogen werden [37]). Zur Erledigung der erſteren Angelegenheiten ſollten lediglich die eignen geiſtlichen Behörden competent ſein, in allen Eheſachen aber, für welche der Pfarrzwang in Betreff der Stolgebühren wie der Proclamationen und Copulationen unbedingt aufgehoben wurde [38]), vor ſich ſelbſt oder vor den Seelſorgern ein Güte-Verfahren einzuleiten das Recht haben, und erſt wenn dieſes erfolglos bliebe, ſollten die Eheſtreitigkeiten zur Inſtruction der Sache an die landesfürſtliche Regierung zu Düſſeldorf gelangen, immer jedoch das rechtliche Erkenntniß bei auswärtigen Facultäten oder Rechtsgelehrten derſelben Confeſſion eingeholt werden [39]). Beſonders wurde auch noch für die über gemiſchte Ehen [40]) etwa entſtehenden Streitigkeiten, namentlich für Scheidungsprozeſſe der Art anerkannt, daß hier immer das Forum des Beklagten entſcheiden, und wie der katholiſche Theil nach den römiſch-katholiſchen geiſtlichen Rechten, ſo der evangeliſche immer nach den bei den Evangeliſchen angenommenen Rechten beurtheilt werden ſolle [41]).

---

37) Rezeß von 1672 Art. IX. §. 1.

38) Ebend. Art. V. §. 7. Art. VIII. §. 6. u. Art. X. §. 5.

39) Ebend. Art. IX. §. 2. u. 3. Die Appellations- u. Reviſions-Inſtanz ward in dergleichen Sachen, außer im Falle etwaniger novorum, ausgeſchloſſen, dann aber weitere Ausführung Behufs nochmaliger Verſendung geſtattet.

40) Ebend. §. 4.

41) Anderweitige Beſtimmungen wurden über gemiſchte Ehen nicht getroffen, als daß rückſichtlich der Copulation die Braut immer dem Bräutigam folgen ſollte. Die ſpätere unbezweifelte Praxis, daß die Kinder je nach dem Geſchlechte zur Kirche des Vaters oder der Mutter gehörten, bildete ſich lediglich durch Obſervanz, und die Geſetzgebung (ſ. Verordn. v. 1. Oct. 1697 bei Scotti a. a. O. Th. 1. S. 232 flg. vgl. mit Brandenb. Verordn. vom 26. Januar 1699 bei Scotti Cleve-Märk. Geſ. Bd. I. S. 702.) hat nur feſtgeſetzt, daß in Ermangelung von Verträgen der überlebende Ehegatte bis zu den Unterſcheidungsjahren über die religiöſe Erziehung der Kinder zu beſtimmen habe. Erſt gegen Ende des vorigen Jahrh. (vgl. die Verordn. vom 24. April 1787 u. 28. Oct. 1803, bei Scotti Jül.-Berg. Geſ. S. 689 u. 903.) erhielt jene Praxis geſetzliche Beſtätigung.

In ähnlicher Weiſe ordneten die Religionsrezeſſe für das Herzogthum Cleve und die Grafſchaft Mark [denn im Ravensbergiſchen ſollte es, bei den geringen Ueberreſten des katholiſchen Cultus, „ratione iurisdictionis, visitationis und ſonſten, wie es bißhero von Alters gehalten und üblich geweſen“ bleiben [42])] die Verfaſſung der katholiſchen Unterthanen. Zu förmlicher Anerkennung der biſchöflichen Gewalt des Cölniſchen und Münſterſchen Stuhls verſtand ſich zwar Kurfürſt Friedrich Wilhelm eben ſo wenig, als zur Annahme des Pfälziſcher Seits mit erſterem im J. 1621 geſchloſſenen Proviſionalvergleichs. Die Beſtimmung, daß wegen geiſtlicher Delicte nur von einheimiſchen, „durchaus von keinen andern frembden Geiſtlichen, auch auf keines andern frembden Geiſtlichen Befehl“, die Kirchencenſuren verfügt werden dürften, und daß alle Appellationen von den katholiſchen Officialaten an das Hofgericht gehen ſollten, und hier nur Verſendung der Acten an eine katholiſche Juriſten-Facultät beantragt werden könne, ſchloß ſogar jede unmittelbare Theilnahme der Diöceſan-Biſchöfe an dem Kirchen-Regimente aus [43]). Für dieſe ſprach aber auch weder der Beſitzſtand vom J. 1609, noch der zur Zeit der Rezeſſe, da ſeit der Brandenburgiſchen Beſitzergreifung jede officielle Verbindung der katholiſchen Gemeinden mit den Biſchöfen weggefallen war; mit allem Rechte konnte daher der Kurfürſt ſich auf die Beſtimmung des Osnabrücker Friedens ſtützen, wonach in evangeliſchen Ländern über die katholiſchen Unterthanen die biſchöfliche Gewalt nur ſo weit und in der Art fortdauern ſollte, wie ſie in dem Entſcheidungs-Jahre wirklich geübt worden ſei [44]).

---

42) Rezeß von 1672 Art. IV. §. 13. In Folge deſſen behielt auch das Kapitel zu Bielefeld als Patron die Beſetzung der Altſtädter Pfarrkirche, wobei nur durch Vergleich mit dem Rathe im J. 1739 feſtgeſetzt wurde, daß wenn Keiner der Kapläne dazu erwählt werde (bei dieſen war der Rath auf vorgängige Befragung der ganzen Gemeinde zur Präſentation von zwei Candidaten berechtigt), das Kapitel keine andere vociren dürfe, „als Augsb. Conf. zugethane, genugſam qualificirte Perſonen, damit Pfarrkinder ein gutes Gnügen tragen ſollen“. Culemann's Ravensb. Merkw. Th. 3. S. 169. u. 170.

43) Ebend. Art. III. §. 7—9.

44) Inſtr. Pac. Osnabr. Art. V. §. 48. — Nur von dieſem Ausſchluſſe directer Einmiſchung der auswärtigen Prälaten iſt es wohl zu verſte-

Dagegen wurden den katholiſchen Geiſtlichen „ihre hergebrachten Ceremonien, Statuten und Ordnungen“ beſtätigt, auch über Beſuch der Convente und Synoden, über Immunitätsrecht des geiſtlichen Standes wie über das Viſitations- und Corrections-Recht der inländiſchen Kirchenobern ganz ähnliche Beſtimmungen, wie in Jülich und Berg für die evangeliſche Kirche getroffen [45]); alle katholiſche Geiſtliche ſollten auch jederzeit von ihren geiſtlichen Obern nur innerhalb Landes geprüft, inſtituirt und inveſtirt, keiner ohne ſolche vorgängige Qualification admittirt werden [46]). Selbſt die Civil-Gerichtbarkeit der Decane und Kapitel in Sachen ihrer Angehörigen wurde, neben der Jurisdiction der Officiale von Xanten, Emmerich und Soeſt in Perſonalſachen der Geiſtlichen, für die Zukunft förmlich garantirt [47]). Bei allen Einſchränkungen aber der eigentlich geiſtlichen Jurisdiction, welche rezeßmäßig ſtipulirt wurden, diente genau das alte Herkommen zur Norm, wie es in der Verordnung Herzogs Wilhelm vom J. 1551 feſtgeſtellt war [48]). In Eheſachen, für welche bei gemiſchten Ehen die Richter Jeden „nach ſeiner Religion Rechten zu urtheilen“ verpflichtet wurden, ſollte nach wie vor, ſelbſt über die Gültigkeit der Sponſalien, vollends über Trennung der Ehe den katholiſchen Officialen

---

hen, wenn bei Erneuerung der alten Verbote gegen fremde Jurisdiction (ſ. oben §. 6. Note 15.) Kurfürſt Friedrich Wilhelm in einem Edicte v. 11. Sept. 1661 erklärt: „daß alle und jede Unſere geiſtlichen und weltlichen Unterthanen und Angehörigen in dieſen Unſern Kleviſch- und Märkiſchen Landen Niemand anders, als Uns und Unſere Nachkommen in geiſtlichen Sachen für ihren Oberherrn und Ordinarius zu erkennen haben“. Berl. Monatsſchrift. Jahrg. 1793. S. 61.

45) Rezeß von 1672 Art. V. §. 3. u. 4.

46) Ebend. Art. V. §. 5.

47) Ebend. Art. III. §. 6. u. 9. — In Uebereinſtimmung hiermit hatte auch das Kapitel zu Bielefeld die Gerichtbarkeit erſter Inſtanz über ſeine Mitglieder und die Hinterſaſſen der Kapitularhöfe. Culemann's Ravensb. Merkwürd. Th. 3. S. 194.

48) In dieſer Beziehung ſcheint man Pfälziſcher Seits ähnliche Beſtimmungen wie im Proviſionalvergleiche gewünſcht zu haben; wenigſtens heißt es im Eingange des Art. III., daß bei den Erklärungen des Kurfürſten „Ihre F. D. zu Neuburg, ob Sie gleich von Ihrer Kurf. Durchl. in dieſer geiſtl. Jurisdictions-Sache ein anderes deſiderirt gehabt, Ihres Orts zuletzt bewenden laſſen“.

cialen allein die Entſcheidung zuſtehen [49]); dem Landesherrn wurde nur, ſtillſchweigend die Legitimation, ausdrücklich das Recht von Eheverboten zu dispenſiren vorbehalten, letzteres jedoch mit der Zuſicherung, daß die Nachſuchung der geiſtlichen Dispenſation nicht bloß freiſtehen, ſondern auch ohne dieſe kein Pfarrer zur Copulation angehalten werden ſolle [50]). Die Cognition über Teſtamente der Clerikcr und ſelbſt deren Execution wurde, wie in jener Verordnung [51]), als geiſtliche Sache anerkannt, nur daß über das Patrimonialgut fortan, gleichviel ob beweglich oder Erbgut, unbedingt jede Diſpoſition, wenn nur nicht an die todte Hand freigelaſſen wurde, die Teſtamente auch ohne beſondere Beſtätigung gültig ſein ſollten [52]). Bei den zu frommen Zwecken von Welt-

---

49) Rezeß von 1672. Art. III. §. 2.: „Erſtlich ſollen die Officiales mit Zuziehung zweyer ihnen gefälliger einheimiſcher Rechtsgelehrten, und zwar in denen Diſtricten und Sachen, in welchen ſie von Alters bis hieher ihr Officialat exerciret, die Gebühr Rechtens erkennen, als wenn eine Perſohn auf eine Röm.-Catholiſche die Ehe prätendiret, und zu erkennen, ob die Eheverſprechung denen Rechten nach gültig ſey oder nicht? und dann, ob und wie weit dieſelbe ratione graduum oder ſonſten zuläſſig oder nicht? jedoch dergeſtalt, daß dem Lands-Fürſten die Dispenſation vorbehalten bleibe? Wie auch der Officialis zu erkennen, ob die Ehe quoad mensam et thorum oder ſonſten beſtändig? Das übrige bleibet Ihrer Kurf. D. alß Lands-Fürſten, wie es bishero obſervirt worden.“ vgl. mit Verodn. vom J. 1551. Art. 1—5., wonach den geiſtlichen Gerichten in Eheſachen das Erkenntniß zuſtehen ſollte, „I. ob es beſtendige Ehe ſei oder nicht, II. Verhinung der Ehe, III. Scheidung der Ehe, IV. Legitimation oder ob die Kinder ehelich ſein, V. Aber uber Eheſtifftungen und Hylichs Fürwarden, Verzig und dergl. nit“.

50) Neben-Rezeß vom 11. Juni 1672. §. 9. bei Lünig a. a. O. S. 253.

51) Verordn. v. J. 1551. Art. 6. flg. „VI. Teſtamenten der Prieſterſchaft zu beſtedigen, auch zu erkennen, ob die beſtändig, und wie ſich gebürt uffgericht, und daß die exequirt und vollnzogen werden. VII. Doch nit wyders den die gereide Güder betreffendt, aber uber Erffgüder nit ... IX. Wo aber jnniche der Prieſterſchafft ſonder Teſtamenten oder Vermechniß abgain ... was der Abgeſtorben gehadt, daß von ſeinem Patrimonio kommen oder mit demſelbigen verſpart, daß ſolichs bey ſeinen Erben gelaſſen; was aber von den Geiſtlichen Lehenen erobert und geworben, zu Beſſerung des Abgeſtorben Geiſtlichen Lehens Notturfft oder der Kirchen angelegt, oder den Armen mitgedeilt werde“.

52) Rezeß von 1672. Art. III. §. 3.: „Wann Testamenta von Röm.-Cath. Prieſtern alß Testatoribus aufgerichtet ſeyn, alßdann erkennt der Officialis, ob ſie beſtändig und die Formalia, welche die Rechte erfordern, dabey in acht genommen? Und hat ein dergleichen Testator von

lichen ausgeſetzten Legaten hatte aber ſchon früher der geiſtliche Obere nicht mehr als ein Anmahnungsrecht gegen die ſäumigen Erben und Teſtamentsexecutoren [53]), und mit allem Fug konnte daher die Execution ſolcher Legate dem weltlichen Richter überwieſen werden [54]), zumal den Officialen ein Beſchwerderecht vorbehalten blieb. Wie früher [55]), wurden den geiſtlichen Gerichten alle Beneficial- oder geiſtliche Lehnſachen, eben ſo die Streitigkeiten über Qualification eines präſentirten Candidaten überwieſen, außer wenn zwiſchen weltlichen Perſonen über Patronats- und Präſentationsrechte Streit wäre [56]); nicht minder das Erkenntniß über geiſtliche mortificirte Güter, in Betreff deren ſogar anerkannt wurde, daß ihre Alienation nur „aus denen in den catholiſchen geiſtlichen Rechten exprimirten und mit beigebrachtem Advis einer Röm.-Cathol. bewehrten Univerſität zu Recht erwieſenen Urſachen und darauf erhaltenen Conſens“ geſchehen könne [57]), ſonſt

---

ſeinen Patrimonial-Güthern, nach Ordnung der gemeinen Rechten, eignes Gefallens zu disponiren, doch daß daraus keine manus mortua werde. Was er aber von dem beneficio erworben, ſoll er ſchuldig ſeyn, den Kirchen oder den Armen zuzuwenden und zu laſſen, und hat der Officialis dahin zu ſehen, daß demjenigen, welchem etwas vermachet, wie nicht weniger den Kirchen und Armen das ihrige ohne Säumniß abgefolget werde“.

53) Verordn. v. J. 1551. Art. 9. „Daß aber der Geiſtlicher Richter der Weltlichen Teſtamenten ſich nit wyders underneme, dan da die Weltliche ichtwas in die Gots Ehr beſetzen und verordnen, und die Truwhender ſolichs binnen Jair und Dach nit exequiren würden, und daß alß dan die Archidiaconen und Land-Dechanten ſie vermanen und dar zu halden, daß ſie binnen einer benanten zeit ſolche Verordnung exequiren“.

54) Rezeß von 1672 a. a. O. §. 8. zu E.

55) Verordn. von 1551 Art. 10. (ſ. oben §. 6. Note 12.) u. Art. 12.: „Wa aber Irrthumb iſt zuſſchen Weltlichen Patronen van Gerechtigkeit der Preſentation oder Gifft, darüber nit zu erkennen“.

56) Rez. v. 1672 §. 4. „Es ſollen an dieſe Officiales auch gehören die Beneficial- oder Geiſtliche Lehnſachen, und ob der Praesentatus oder beneficiatus qualificirt, und zu dem beneficio und Inveſtitur zu admittiren ſey oder nit? Jedoch daß diejenige, welche von dem Lands-Herrn alß Patrono beneficiirt und präſentirt worden, nicht abgewieſen werden. . . . Sollte aber zwiſchen weltlichen Perſonen ratione iuris patronatus, dotationis oder praesentationis oder in andern Fällen Streit vorfallen, alsdann ſoll die Cognition oder Deciſion dem Landsherrn verbleiben“.

57) Rezeß v. 1672 a. a. O. §. 5. u. Neben-Rezeß v. 11. Juni 1672 §. 11.

keine weitere Abweichung von jener älteren Verordnung [58]) beliebt wurde, als daß erſt hundert-, nicht ſchon vierzigjähriger Beſitzſtand der Kirche der förmlichen Mortification gleichſtehen ſollte. Auch der Vorbehalt [59]), daß der geiſtlichen Cenſuren ungeachtet es dem Kurfürſten und ſeiner Regierung „nach als vor frey bleibe, dergleichen geiſtliche Verbrecher wie auch andere Röm.-Cathol. Unterthanen in quibuscunque delictis nach Anweiſung der Rechte gebührend anzuſehen und zu beſtraffen" (wobei übrigens ausdrücklich zugeſichert wurde [60]), daß „die Abſtraffung der Prieſter und Geiſtlichen in den Brüchten-Gedingen privatim geſchehen, und die Beſchimpfung des geiſtlichen Standes darunter ſo viel möglich verhütet" werden ſolle), war nichts als Erneuerung jenes früheren Landes-Geſetzes [61]), und ſo dient, wie unerwünſcht auch der katholiſchen Parthei dieſe Beſchränkung der geiſtlichen Jurisdiction ſein mochte, gerade ſie zum Beweiſe, mit welcher Gewiſſenhaftigkeit Kurfürſt Friedrich Wilhelm bei den Rezeß-Verhandlungen, neben den Gerechtſamen der landesherrlichen Gewalt, die althergebrachte Landesverfaſſung geachtet hat.

§. 12.

Kirchlicher Zuſtand der Cleve-Jülicher Lande ſeit den Religions-Rezeſſen.

Im Genuß der rezeßmäßigen Rechte, durch welche anderthalb Jahrhunderte nach den erſten kirchlichen Bewegungen am untern Rhein der evangeliſchen Kirche jener Gegenden dauernde

58) Verordn. von 1551 Art. 13—15., wo insbeſondere auch ſchon jeder Streit darüber, ob ein Gut mortificirt ſei oder nicht, und alle Prozeſſe über Beſitz und Pacht geiſtlicher Güter den weltlichen Gerichten zugewieſen ſind.

59) Rezeß v. J. 1672 a. a. O. §. 7.

60) Neben-Rezeß vom 11. Juni 1672. §. 10.

61) Verordn. v. J. 1551 Art. 23.: „Wa auch gleich die Amptluyde oder Bevelhaber für dem Sendt die Ubelthat geſtraifft hetten, daß dardurch die gebürliche Straff, Buß und Penitenß dem Send nit verhindert, auch hinwiederumb umb der fürgander Sendſtraffen will gegen die Uberfarer mit weltlicher Straiff nach Gelegenheit der Ubertredung fürzufaren nit benomen werde".

Exiſtenz und öffentliche Anerkennung geſichert, und nach ſechszigjährigem Streite über die Erbſchaft des Jülich-Cleveſchen Herzogshauſes zugleich der kirchliche Zuſtand des Landes geordnet war, ſind beide Kirchen ſeitdem im Ganzen ungeſtört geblieben.

In den Beſitzungen des Pfälziſchen Hauſes beſaß bis auf die neuere Zeit die katholiſche Kirche das entſchiedenſte Uebergewicht, um ſo mehr, als ſie nicht bloß in den angrenzenden geiſtlichen Territorien von Trier, Cöln und Lüttich, wie in den beiden Abteien Burtſcheid und Cornelis-Münſter die Herrſchaft behauptete, ſondern auch von den vielen, theils innerhalb, theils an den Grenzen Jülichs belegenen freien Reichsherrſchaften nur in Wickerad und Schwanenberg [der im J. 1752 in den Reichsgrafenſtand erhobenen Familie von Quadt angehörig [1])] und in Mylendonk und Hörſtgen [nach mehrfachem Wechſel der Herren zuletzt ein Beſitzthum der Grafen v. Oſtein [2])] die Evangeliſchen freier Religionsübung genoſſen, in den nach vielfachem Wechſel der Herren im J. 1711 vom Kurfürſten Johann Wilhelm zu Pfalz den Grafen von Schäsberg verliehenen, im J. 1712 zur Grafſchaft erhobenen Herrſchaften Kerpen und Lommerſum [3]) dagegen, und in dem ſeit d. J. 1654 Gräflich Sinzendorf'ſchen Burggrafenthume Rheineck [4]) das katholiſche Bekenntniß ſich erhalten hatte [5]). Auf dieſen äußeren Vorzug

---

1) Vgl. Büſching's Erdbeſchr. Th. 6. S. 489.

2) Ebend. Th. 6. S. 490. u. Th. 9. S. 606. Ob noch unter den Herren von Mylendonk, oder unter den Grafen von Bronkhorſt, an welche beim Ausſterben jener dieſe Beſitzungen durch weibliche Erbfolge kamen, die Reformation Eingang gefunden, iſt mir nicht bekannt. Unter dem Beſitze der v. Croy'ſchen Familie, von welcher im J. 1701 die Herrſchaften durch Kauf an eine Frau von Berlepſch, und durch deren Tochter an die Oſtein'ſche Familie kamen, erhielt ſich, des katholiſchen Bekenntniſſes der Herrſchaft ungeachtet, die öffentliche Religionsübung der Evangeliſchen, mit deren Conſiſtorium in Hörſtgen auch das Cölniſche Amt Rheinbergen bis auf die neueſte Zeit verbunden blieb.

3) Ebend. Th. 6. S. 492.

4) Ebend. Th. 6. S. 687.

5) Die Gräflich-Neſſelrode'ſche Herrſchaft Mechernich, und die Herrſchaft Schönau, der Familie der Herren von Blauche gehörig, kommen, obwohl gleichfalls im Jülich'ſchen belegen, um deshalb weniger

und auf den unduldſamen Religionseifer des regierenden Hauſes, welcher ungeirrt durch urkundliches Recht der Unterthanen ſeit dem Ende des ſiebzehnten Jahrhunderts über die Kurpfalz ſo ſchwere Leiden brachte [6]), mag denn wohl die katholiſche Parthei die Hoffnung gegründet haben, daß auch im Jülich-Bergiſchen ihre Gegenreformations-Pläne gleiche Nachſicht nicht bloß, ſondern offne Unterſtützung bei der Regierung finden dürften, und daß trotz der anerkannten Rechtsgleichheit beider Religions-Partheien die katholiſche Confeſſion wieder zur ausſchließlich herrſchenden Landeskirche könnte erhoben werden. An Begünſtigung der Katholiken, an Bedrückung und Zurückſetzung der Evangeliſchen, ſo weit dies ohne Gefahr oder gar unter dem Scheine Rechtens möglich war, hat es auch nicht gefehlt; das landesherrliche Aufſichtsrecht, welches in Kirchenſachen die evangeliſche Kirche Deutſchlands ſelbſt den katholiſchen Fürſten nie beſtritten hat, mehr noch das ſ. g. Territorialſyſtem, welches das evangeliſche Kirchenregiment als ein ſelbſt dem andersgläubigen Regenten weſentlich zuſtändiges Attribut der Landeshoheit betrachtet, wurde zugleich vielfach benutzt, um die amtliche Wirkſamkeit der Synoden zu beſchränken und den Landesbehörden einen immer entſchiedneren Einfluß auf die kirchliche Verwaltung zu ſichern [7]). Indeß erhielt ſich

in Betracht, weil zu letzterer gar keine Unterthanen gehörten, erſtere nur aus Einem Dorfe beſtand. Vgl. Büſching a. a. O. Th. 9. S. 617.

6) S. unten Buch III. Kap. 8. §. 8.

7) In dieſer Beziehung ſind von beſonderem Intereſſe die Notizen in (Bewer's) Sammlung einiger bei den Jülich und Bergiſchen Dikaſterien entſchiedenen Rechtsfälle, Düſſeld. 1796 flg. 7 Theile, und in Fr. Knapp Diss. de iure patron. inducat. Iul. et Mont. Düſſeld. 1779. So wurde z. B. durch Entſcheidung des Geh. Raths, der ſeit dem J. 1716 die oberſte Leitung aller kirchlichen Angelegenheiten hatte (ſ. Scotti Jül.-Berg. Geſ. S. 298.) im J. 1723 feſtgeſetzt, daß die Conſiſtorien und Synoden nur zu zeitlicher Suſpenſion der Geiſtlichen berechtigt ſeien, weil die Entſetzung nach canoniſchem Recht nicht als Cenſur zu betrachten, und im proteſt. Kirchenrecht die excommunicatio maior den landesherrlichen Conſiſtorien vorbehalten ſei; eine ſpätere Entſcheidung vom J. 1783 erklärte alle Cenſuren für unerlaubt, „welche eine Gattung von öffentlicher Beſchimpfung nachführen" (ſ. Bewer Th. 1. No. 11., Knapp §. 43.). Während die Diſpenſation vom Aufgebot bei Katholiken unmittelbar und ausſchließlich den Kir-

wenigſtens die alte Synodalverfaſſung, trotz dem, daß das pfalzgräfliche Haus die förmliche Beſtätigung der bald nach dem Weſtfäliſchen Frieden für die Jülich-Bergiſchen Lande verfaßten Kirchenordnungen verweigerte [8]; gegen gewaltſame Verfolgungen aber und offenkundige Verletzung der rezeßmäßigen Verfaſſung ſchützte das urkundliche Interceſſions- und Retorſionsrecht des Kurbrandenburgiſchen Hauſes [9], jederzeit wirkſamer, als die zahlreichen, meiſt vergeblichen Beſchwerden des **Corpus Evangelicorum**, in welchen damals ſo vielen evangeliſchen Unterthanen katholiſcher Landesherren das einzige Schutzmittel gegen Bedrückungen gegeben war. Auch iſt zu keiner Zeit das Pfalz-Neuburgiſche Haus geneigt geweſen, ſeinem Religionseifer die verfaſſungsmäßigen Rechte der Landesherrſchaft in Kirchenſachen zum Opfer zu bringen. Vielmehr fand jeder Verſuch des Clerus, die kirchliche Verwaltung, ſelbſt wenn in anſcheinend ganz unpräjudicirlichen

---

chenobern durch Verordn. vom J. 1706 überwieſen war (Scotti a. a. O. S. 267.), wurde dieſe bei Evangeliſchen der Landes-Regierung vorbehalten (Bewer Th. 3. No. 84.). Das rezeßmäßige Sühnrecht in Eheſtreitigkeiten wurde ſo beſchränkt, daß in neuerer Zeit nicht einmal eine Zeugen-Vernehmung geſtattet war, und zum Forum für evangeliſche Eheprozeſſe ſtatt des Hofgerichts der bloß für die Adminiſtration beſtimmte Geheime Rath beſtellt, welchem eben ſo alle Officialſachen der Geiſtlichen ohne Unterſchied überwieſen waren (Bewer Th. 6. No. 113. u. 122., Knapp §. 43.). Die freie Verwaltung des evangeliſchen Kirchenvermögens wurde durch Verordn. v. J. 1773 aufgehoben, und deren Controlle gleichfalls dem Geheimen Rathe überwieſen (Knapp §. 36.). Beſonders üblen Eindruck aber mußte die Verordn. vom 20. Novbr. 1769 (Scotti a. a. O. S. 578.) machen, welche für alle Streitigkeiten zwiſchen Katholiken und Proteſtanten den Rechtsweg abſchnitt, und deren Erledigung per modum ordinationis dem Geheimen Rathe überwies.

8) Die der reformirten Kirche kam ſchon im J. 1654 zu Stande, und iſt wenigſtens indirect bei den im J. 1697 mit Kur-Brandenburg gepflogenen Verhandlungen anerkannt worden. Den ſ. g. 17 leges ministeriales der lutheriſchen Gemeinden v. J. 1655, ſo wie dem im J. 1677 verfaßten „Summariſchen Begriff“ iſt, weil das Cenſurrecht darin zu weit ausgedehnt ſei, die landesherrliche Sanction unbedingt verweigert worden, ohne daß dies aber ihrer Autorität Abbruch gethan hätte. Vgl. v. Oven's Presb. Verf. S. 36.

9) Erbvergleich vom 9. Sept. 1666. Art. XX. und Rezeß v. 1672. Art. XI. §. 1. Noch in der angef. Verordn. vom 20. Novbr. 1769 wird das Recht anerkannt, gegen Verfügungen des Geh. Raths Beſchwerde zu führen, damit die Sache nach receßmäßigem Herkommen durch die paciscirenden Höfe erledigt werde.

Dingen, der Controlle durch die Landesbehörden zu entziehen [10]), jeder Eingriff in die hergebrachte Landesverfaſſung, namentlich jede Umgehung der den Landdechanten in erſter Inſtanz ausſchließlich vorbehaltenen geiſtlichen Jurisdiction [11]), eben ſo entſchiedenen als wirkſamen Widerſpruch, und wie ſich durch zahlreiche weltliche Verordnungen in Kirchenſachen das ius circa sacra ausbildete [12]), ſo blieb bis auf die neueſte Zeit der Proviſionalvergleich vom J. 1621, auf welchen, wie überhaupt auf die Landesverfaſſung, jeder Erzprieſter vor Ertheilung der landesherrlichen Confirmation durch einen Revers verpflichtet wurde [13]), das kirchliche Grundgeſetz der Jülich-Bergiſchen Lande.

---

10) So verbot eine Verordn. vom 29. Januar 1664 (Scotti a. a. O. S. 158.) die Einſendung des von dem Cölner Erzbiſchofe erforderten Verzeichniſſes aller Beneficien, und ſchrieb vor, daß bei ähnlichen Zumuthungen immer erſt Genehmigung eingeholt werden müſſe. Durch Verordn. v. 21. Febr. 1689 u. 5. Mai 1694, ſpäter mehrfach erneut, wurde die Einholung des landesherrlichen Placets bei Beſetzung aller Kirchenämter eingeſchärft (Scotti S. 199. 224.); neben der landesherrlichen Reviſion der Kirchenrechnungen, unterm 20. Septbr. 1703 verordnet, ſchrieb eine Verordn. vom 17. Novbr. 1710 die landesherrliche Genehmigung aller Veräußerung von Kirchengütern vor (ebend. S. 260. 283.); zu allen Kirchencollecten war nach Verordn. v. 9. Juni 1733 u. 19. April 1751 (ebend. S. 343. u. 440.) beſondere Erlaubniß der Regierung erforderlich u. ſ. w.

11) Vgl. u. a. die Verordn. vom 26. April 1704 bei Scotti a. a. O. S. 262.

12) Als zum Reſſort des Geheimen Raths gehörige Angelegenheiten bezeichnet die angeführte Verordn. vom 20. Nov. 1769 alle katholiſchen geiſtlichen und Beneficialſachen, „wobei Frage iſt von landesherrlicher Zuſtändigkeit, Befugniß, Collaturen, Verwaltung milder Stiftungen und andern in äußere Verfaſſung Einfluß habenden Begebenheiten mit den Ordinariaten und geiſtlichen Angehörigen“. Vgl. auch Verordn. vom 18. Mai 1781. (Scotti a. a. O. S. 661.).

13) Dieſer von Bewer a. a. O. Th. 2. S. 94. und bei Knapp § 38., zugleich mit dem Confirmationsformulare, mitgetheilte Revers lautet im weſentlichen dahin: „Ihrer Churf. Durchl. und Derſelben Geh. Raths Verordnungen und Befehle in ſchuldigſt unterthänigſtem Reſpect annehmen und in allen Puncten exequiren, bei dem zwiſchen Chur-Cölln und dem Hrn. Herzog von Gülich errichteten Prov.-Vergleich v. J. 1621, wie auch nach den übrigen Landes-Privilegien und altem Herkommen in ecclesiasticis et beneficialibus ſich betragen . . ., dahingegen wider obgemeldeten Vergleich, Landes-Privilegien, Herkommen und Gewohnheit präjudicirliche Kölniſche Mandate, Citationen oder Sentenzen, ohne . . . darüber eingeholten landesfürſtlichen Conſens, nicht publiciren und exequiren“ zu wollen.

In den Brandenburgiſchen Landestheilen erblühte unter dem Schutze des Landesherrn die evangeliſche Kirche immer mehr. Durch Verleihung öffentlicher Religionsübung, wozu das an ſich unzweifelhafte Recht der Landesherrſchaft ausdrücklich durch die Religionsrezeſſe vorbehalten war [14]), dafern es nur ohne Nachtheil und Beſchwerde der andern Religionsparthei geſchehe, entſtanden an vielen Orten neben den katholiſchen Pfarrkirchen neue evangeliſche Gemeinden. Nicht bloß in den evangeliſcher Landesherrſchaft unterworfenen benachbarten Gebieten, wie in Dortmund [15]), der dem Wittgenſtein'ſchen Hauſe gehörigen Herrſchaft Homburg [16]) und in der Grafſchaft Hohen-Limburg, welche im J. 1573 an Graf Arnold von Teklenburg gefallen war [17]), erhielt ſich die Uebung der Augsburgiſchen Confeſſion; nicht bloß in den Preußiſcher Schutzhoheit untergebenen Stiftern Eſſen und Werden [18]), und in der Herrſchaft Neuſtadt und Gimborn, welche Kurfürſt Georg Wilhelm im J. 1630 zu Gunſten des Grafen Adam von Schwarzenberg aus einer Märkiſchen Unterherrlichkeit in eine freie, nur von Mark lehnsrührige Reichsherrſchaft hatte umwandeln laſſen [19]), galt völlige Parität beider Confeſſionen; auch den evangeliſchen Unterthanen katholiſcher Dynaſten, wie der Grafen von Neſſelrode, welchen die Herrſchaften Landskron, Reichenſtein und Rhade gehörten [20]), und der Grafen von Hatzfeld, Beſitzer der reichsunmittel-

---

14) Rezeß von 1666 Art. IV. §. 1., Rezeß v. 1672 Art. IX. §. 23. vgl. mit dem unten Note 26. erwähnten Pagial-Rezeß v. J. 1803. §. 4. No. 4.

15) Hier haben bis auf die neueſte Zeit neben den lutheriſchen Pfarrkirchen die Klöſter fortbeſtanden (Büſching a. a. O. Th. 6. S. 506.).

16) S. unten B. III. Kap. 3. §. 5.

17) Büſching a. a. O. S. 95 flg.

18) In Werden blieb das Kloſter den Katholiken, die Pfarrkirchen waren evangeliſch; in Eſſen erhielten ſich, trotz der Reformation des Stifts ſelbſt, katholiſche Klöſter und Kirchen (Ebend. S. 254. u. 258 flg.).

19) Vgl. Büſching a. a. O. S. 484. Erſt im J. 1781 kam die Herrſchaft an die Familie der Grafen von Walmoden, und damit wieder unter evangeliſche Landeshoheit.

20) Ueber dieſe im Ganzen unbedeutenden Herrſchaften vgl. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 491 u. Th. 9. S. 620.

baren Herrſchaft Wildenberg [21]), kam Preußens Schutz in der Nachbarſchaft zu Statten. Auf Grund der früher ſchon beſtätigten Kirchenordnungen gewann zugleich durch Synodalſchlüſſe und landesherrliche Verordnungen die evangeliſche Kirchenverfaſſung in Cleve und Mark an Feſtigkeit und innerer Vollſtändigkeit [22]). Die Gerechtigkeit und Duldſamkeit des Hohenzollernſchen Fürſtenhauſes achtete aber eben ſo ſehr die vertragsmäßige freie Religionsübung der Katholiken und die denſelben zugeſicherte Rechtsgleichheit, wie ihre eigenthümliche Verfaſſung. Wie es ſcheint, hat zwar die Regierung in neuerer Zeit den Wunſch gehegt, für Cleve und Mark den Diöceſanverband mit dem Erzſtifte Cöln, welcher ohnedies faſt nur dem Namen nach beſtand, gänzlich aufgehoben zu ſehen, und hat zu dieſem Behufe im J. 1782 in Rom Verhandlungen angeknüpft [23]), von dieſer Neuerung aber, als dort Schwierigkeiten erhoben wurden, um ſo mehr abſtrahirt, als durch die herkömmlichen Rechte der Landdechanten dem Intereſſe des Staats, dem der Kirche durch die den Landdechanten geſtattete Erlaubniß, ſich in Cöln Raths zu erholen und die nöthigen Facultäten ertheilen zu laſſen, hinreichend Genüge geſchah. So viel bekannt geworden, hat auch die neuere Geſetzgebung und Gerichtsorganiſation Preußens weder zu Aufhebung noch Beſchränkung der rezeßmäßigen Jurisdiction der katholiſchen Obern geführt [24]), dieſe vielmehr auf Grund des Provinzialrechts fortgedauert. Selbſt

---

21) Wildenberg führt Büſching Th. 9. S. 694. als reichsritterſchaftliches Gebiet auf; nach dem Varrentrapp'ſchen Handbuche S. 451. war es eine Reichsherrſchaft.

22) Vgl. die Abhandl. über d. biſch. Recht in d. ev. K. §. 16. Note 2.

23) Vgl. Berliner Monatsſchrift Jahrg. 1786. S. 119. u. 518. Eine nähere Aufklärung über die damaligen Verhandlungen, welche auch in Preuß Leben Friedrichs des Gr. Th. 4. vermißt wird, wäre ſehr wünſchenswerth.

24) Eine derartige Verordnung iſt mir nicht vorgekommen, und nach der Art, wie man in Schleſien, nur auf Grund des Beſitzſtandes der katholiſchen Hierarchie, die geiſtliche Gerichtbarkeit noch nach Emanation des Landrechts behandelt hat (ſ. B. II. Kap. 3. §. 12.), von vorn herein eine ſolche Beſchränkung zu bezweifeln, wie ſie z. B. die Bairiſche Regierung, dem Proviſionalvergleiche entgegen, auf Eheſachen, „ſo weit von Gültigkeit und Weſen der Ehe ſelbſt die Rede iſt“, und auf ſonſtige causae mere ecclesiasticae im J. 1804 für Jülich und Berg hat eintreten laſſen (Scotti a. a. O. S. 927.).

die Anſicht, welche in einzelnen Verordnungen hervortritt [25]), daß auch über die katholiſche Landeskirche dem Regenten biſchöfliche Rechte gebührten, hat weder ein anderes Ziel, noch andere Wirkung gehabt, als die althergebrachten Gerechtſame der Staatsgewalt zu behaupten, und das katholiſche Kirchenweſen der Aufſicht zu unterwerfen, auf welche der Regent überall ein ſo wohlbegründetes, als unveräußerliches Recht hat, und von welcher der katholiſche Clerus um ſo weniger Befreiung anſprechen durfte, als in dem benachbarten Lande das katholiſche Fürſtenhaus nicht bloß über die eigne, ſondern auch über die evangeliſche Kirche in gleichem Maaße die Rechte der Kirchenhoheit übte [26]). Weit entfernt, der Glaubens- und Gewiſſensfreiheit ihrer katholiſchen Unterthanen irgend wie Eintrag zu thun, haben Preußens Herrſcher durch gewiſſenhaften Schutz der urkundlich beiden Religionspartheien geſicherten paritätiſchen Rechte nur dies zu bekunden geſtrebt, daß mit dem confeſſionellen Gegenſatze der neben einander beſtehenden Kirchen gegenſeitige Anerkennung, gleiche Berechtigung und ein friedliches Zuſammenleben ihrer Mitglieder wohl vereinbar ſei.

---

25) So wird in Scotti's Cleve-Märk. Geſ. S. 780. eine Verordn. vom 8. Juni 1712, die Wahl der kathol. Aebte und Prälaten betr. mitgetheilt, worin von dem Landesherrn als „supremus Episcopus", und „weil Wir zu denen in Unſeren Landen vorhandenen Capitulis, wo nicht mehrere, doch gewiß eadem iura haben, welche die Röm.-Cathol. Biſchöfe bei den ihrigen exerciren", die völlig freie Wahl für unzuläſſig erklärt iſt, darauf aber nichts weiter gegründet, als daß die Wahl unter Aufſicht eines landesherrl. Commiſſarius geſchehen und zur Confirmation angezeigt werden ſolle. In ähnlicher Weiſe iſt es gewiß auch nur gemeint geweſen, wenn nach der angef. Abh. über d. biſch. Recht §. 10. Note 33. die Preuß. Commiſſarien im J. 1713 in Anſehung der reichsunmittelbaren Abtei Werden den König „für den superiorem et territorialem episcopum" erklärten. S. auch oben §. 11. Note 14.

26) Der von Scotti a. a. O. S. 917 flg. mitgetheilte Paragial-Rezeß vom 30. Nov. 1803, welchen nach Anfall der Pfalz-Bairiſchen Kur an die ältere Zweibrücken-Birkenfelder Linie Kurfürſt Maximilian Joſeph mit Herzog Wilhelm von der jüngeren Linie (vgl. Varrentrapp's Handb. S. 68. u. 95.) ſchloß, als er dieſem das Herz. Berg unter Bairiſcher Oberhoheit überließ, führt im §. 4. unter den Reſervatrechten der Kurlinie sub No. 7. geradezu „die geiſtliche Jurisdiction und ſonſtigen biſchöflichen Rechte über die beiden Kirchen Augsb. Confeſſion" auf.

§. 13.

Erwerb von Geldern, Mörs, Lingen und Teklenburg.

Gleich dem kirchlichen Zuſtande der Rheinlande und Weſtfalens haben die politiſch-territorialen Verhältniſſe dieſer Gegenden im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts nur geringe Veränderungen erlitten. Dem Plane Königs **Friedrich Wilhelm I.**, bei dem bevorſtehenden Ausſterben des Pfalz-Neuburgiſchen Hauſes die Sulzbachiſche Linie, welcher Kurfürſt **Carl Philipp** von der Pfalz ſein geſammtes Beſitzthum zu ſichern geſucht hatte, von der Erbfolge in die Jülich-Bergiſchen Länder auszuſchließen und dieſe wieder mit der Preußiſchen Monarchie zu vereinigen, ſtanden zu vielfache Intereſſen entgegen, als daß er hätte gelingen können. Wie Frankreich eine ſolche Steigerung der Preußiſchen Macht an der Weſtgrenze Deutſchlands neidiſch betrachten mußte, ſo erregte im Reiche die ſelbſtſtändige Stellung Beſorgniß, welche das Hohenzollernſche Haus durch die Souveränität in Preußen und die neue Königswürde gewonnen hatte; am wenigſten mochte man dem Fürſtengeſchlechte, welches immer entſchiedener an die Spitze der evangeliſchen Parthei trat, den Erwerb eines Landes gönnen, in welchem das katholiſche Bekenntniß bisher noch, wenn ſchon nicht ausſchließliche Geltung, doch entſchiedenes Uebergewicht gehabt hatte. Die Verlobung des Pfalzgrafen **Carl Philipp Theodor** von Sulzbach mit der Enkelinn des Kurfürſten von der Pfalz gab zugleich, bei der für Jülich und Berg unzweifelhaften weiblichen Erbfolge, einen nicht unbegründeten Rechtseinwand gegen die Brandenburgiſchen Anſprüche, welche lediglich darauf geſtützt wurden, daß in dem Erbvergleiche vom J. 1666 das Erbrecht der Sulzbachiſchen Linie, gegründet von dem Vatersbruder des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, nicht anerkannt, vielmehr der erbliche Beſitz der beiden Herzogthümer nur der Descendenz des letzteren zugeſagt war. Nach mehrjährigem Schriftenwechſel erkannte daher **Friedrich** der Große, noch ehe die Neuburgiſche 1742
Linie wirklich erloſch, die Erbfolge des Pfalzgrafen von Sulzbach, dem das Land ſchon 10 Jahre früher die Erbhuldigung geleiſtet

hatte, durch einen Vergleich an [1]). Gleich den übrigen Kurpfäl-
ziſchen Beſitzungen wurden beim Ausſterben der Wilhelminiſchen
1777 Linie des Wittelsbacher Hauſes beide Herzogthümer mit Baiern ver-
1799 einigt, gingen dann beide nach Erlöſchen der Sulzbacher Linie auf
Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld über, und erſt die neueſte Territo-
rialgeſtaltung Deutſchlands hat faſt die geſammte Jülich-Cleveſche
Erbſchaft unter der Preußiſchen Herrſchaft wieder vereinigt.

Mit glücklicherem Erfolge behauptete dagegen König Frie-
drich Wilhelm die Anſprüche, welche ſchon ſein Vater beim
1700 Ausſterben des Habsburgiſchen Stammes in Spanien und des
1702 Oraniſchen Hauſes auf Geldern, Mörs und Lingen geltend ge-
macht hatte.

Von dem Herzogthume Geldern, auf welches Herzog
Wilhelm von Cleve im Venloer Vertrage zu Gunſten Carl's V.
und ſeiner Erben verzichtet hatte, war der größte Theil durch die
Niederländiſche Revolution, wie der Spaniſchen Herrſchaft, ſo der
Römiſchen Kirche verloren gegangen; nur im ſ. g. Oberquartiere
war, nachdem dieſes ſich von der Utrechter Union getrennt hatte,
die Spaniſche Hoheit wieder anerkannt worden, die Herſtellung
des katholiſchen Bekenntniſſes gelungen. Auf Anklang im Lande
ſelbſt durfte das Preußiſche Haus kaum hoffen, als es die alten
Cleveſchen Erbanſprüche [2]), weil damals nicht zugleich zu Gunſten
der Spaniſchen Krone Verzicht geleiſtet worden ſei, von neuem
geltend machte, und das Land beſetzen ließ; die eifrige und wirk-
ſame Theilnahme Preußens an dem Spaniſchen Erbfolgekriege zu
Gunſten der Oeſterreichiſchen Linie gab indeſſen jenen Anſprüchen
Gewicht und Unterſtützung. Mit Ausnahme mehrerer kleineren
Diſtricte, welche theils an die vereinigten Staaten fielen, theils
bei den Oeſterreichiſchen Niederlanden verblieben, überwies der
Utrechter Friede das Oberquartier Geldern als ſouveränes Für-
ſtenthum dem Preußiſchen Hauſe [3]). In einem beſondern Ver-

---

1) Pütter's vollſt. Handb. der Teutſch. Reichshiſt. 2te Ausg. S. 1049. 1096. u. 1157.

2) S. oben §. 4. S. 179. u. §. 6. S. 193.

3) Förſter's Geſchichte Kön. Friedr. Wilhelm's I. Th. 2. S. 6 flg.

trage vom 12. März 1713 [4]) hatte aber ſchon im Voraus Kaiſer Carl VI. die unveränderte Fortdauer der politiſchen wie kirchlichen Verfaſſung dem Lande ausbedungen. Ward daher auch freie Religionsübung den Evangeliſchen überall geſtattet, welche bald in der Stadt Geldern wie in Vierſſen [5]) zu Gründung evangeliſcher Kirchgemeinden führte, ſo blieb doch den Katholiken der Beſitz aller Klöſter, Kirchen, Hospitäler, Schulen und Stiftungen. Dieſe ſollten jenem Vertrage zufolge „ohne einige Beſchränkung für die Römiſch-katholiſche Religion allenthalben, in den Städten ſowohl als auf dem Lande, durchgehends in dem Zuſtande verbleiben, wie ſolche zur Zeit Caroli II. geweſen, und darinnen, wie auch allen dabei üblichen öffentlichen und andern Ceremonien, als Prozeſſionen, Wallfahrten, Leichenbegängniſſen und dergl. weder directe noch per indirectum die geringſte Aenderung oder Neuerung, unter was Schein und Vorwand es auch immer ſein möge, gemacht“ werden [6]). Nach wie vor wurden auch „alle und jede Ehrenämter ſowohl bei der Landes-Regierung, als in Ständen, Obrigkeiten, Magiſträten und Gerichten mit eingeſeſſenen Römiſch-katholiſchen Perſonen beſetzt“, und dem Biſchofe von Roermonde verblieb neben der Collatur aller geiſtlichen Aemter und Pfründen „die geiſtliche Jurisdiction und das ius dioecesanum, wie er ſolche zur Zeit Caroli II. exerciret“ [7]). Im eigentlichen Sinne des Worts war daher die katholiſche Kirche die herrſchende, ohne daß übrigens Preußen einen eignen Landesbiſchof gewonnen hätte, da Oeſterreich den Beſitz von Roermonde ſich vorbehalten hatte. Wie aber die Regierung, jener Stipulationen ungeachtet, ein Aufſichtsrecht in geiſtlichen Sachen übte [8]),

---

4) Abgedruckt u. a. bei Du Mont T. VIII. P. 1. pag. 337 seq. und in den Hiſt. polit. geogr. ſtatiſt. Beitr., die Kön. Pr. Staaten betr. Berlin 1782. Th. 2. Bd. 1. S. 216 flg.

5) Büſching's Erdbeſchr. Th. 6. S. 313 flg. u. Hiſt. pol. Beitr. Th. 3. Bd. 1. S. 311. u. 320.

6) Art. 4. u. 6. des angef. Vertrags.

7) Ebend. Art. 5. u. 8.

8) In einem Edicte vom 24. April 1544 wird es bereits als altes Herkommen bezeichnet, daß keine Proviſion, Bulle, Citation oder Cenſur des apoſtoliſchen Stuhls oder irgend eines andern Biſchofs, gleichviel

ſo dauerte auch mit der hergebrachten Verfaſſung die durch Landesgeſetzgebung und Herkommen in geiſtlichen Angelegenheiten begründete Jurisdiction des ſ. g. ſouveränen Hofes [9]) unverändert fort.

Gleichzeitig mit Geldern hatte König Friedrich I. auch
Mörs und Lingen in Beſitz genommen. Beide Länder waren
ein Beſitzthum des Naſſau-Oraniſchen Hauſes geworden;
jenes durch Vermächtniß der Gräfinn Walpurgis, der Gemah-
linn des Grafen Adolph von Newenar und Schweſter des letzten
1579 Grafen von Mörs Herrmann, welche bei deſſen Tode die Erbfolge
unter Anerkennung der Cleveſchen Lehnsherrlichkeit behauptet hatte,
aber die Grafſchaft ausdrücklicher Zuſage entgegen bei ihrem un-
1600 beerbten Tode dem Prinzen Moritz von Naſſau hinterließ, der,
begünſtigt durch die Jülichſchen Erbfolgeſtreitigkeiten, das Land
ſeiner Familie zuwandte; Lingen auf Grund einer angeblichen
1578 Schenkung Königs Philipp von Spanien, deren Anerkennung
1632 das Naſſauiſche Haus während des 30jährigen Krieges glücklich

---

welches Inhalts, exequirt werden dürfe, ehe ſie das landesherrliche Placet erhalten. Schrassert Codex Gelro-Zutphanicus. Harderwyk 1740. App. p. 100.

9) Schon im J. 1441 hatte Herzog Arnold durch einen Vergleich mit den Ständen, des Inhalts: ne uspiam a subditis nostris ... lites ullae, quae vel damna vel debita iniuriasque aut similes casus concernunt, ad forum, quod Belgice ſtille Gerichte i. e. tacitum sive ecclesiasticum dicimus, deferatur ..; excepto si quid fuerit, quod ad illud proprie tribunal spectat, cuiusmodi sunt praebendae ac beneficia ecclesiastica, causae matrimoniales, legataque ac testamenta ecclesiastica, quae iam olim ex veteri ditionum nostrarum consuetudine referri eo sunt solita, die geiſtliche Gerichtbarkeit in ähnlicher Weiſe wie in Cleve beſchränkt (ſ. Pontani histor. Gelricae Lib. IX. p. 478. u. Schrassert l. l. pag. 198.) Die Canzleiordnung Carl's V. v. J. 1547 §. 19. (Schrassert l. l. App. p. 75.) überwies alle Teſtamentsſachen, außer daß bei legatis ad pias causas die Prävention entſcheiden ſollte, desgleichen die Streitigkeiten über Ehepacten, dafern nicht die Gültigkeit der Ehe in Frage ſtehe, den weltlichen Gerichten. Nach einem in Hymmen's Beiträgen zur jur. Litt. in d. Pr. Staaten Bd. 6. S. 403 flg. mitgetheilten Präjudiz war es eben ſo uraltes Herkommen, daß in Beſitzſtreitigkeiten über geiſtliche, z. B. Beneficial-Sachen die weltlichen Gerichte unbedingt entſcheiden durften. An die Stelle des ſ. g. ſouveränen Hofes (curia suprema) trat übrigens nach der Preuß. Beſitznahme, erſt die ſ. g. Geldriſche Commiſſion, ſeit 1749 das Landes-Adminiſtrationscollegium.

erlangt hatte. Auf die geſammte Oraniſche Erbſchaft glaubte
aber König Friedrich I. aus einem Teſtamente des Prinzen Hein-
rich Friedrich von Oranien Erbanſprüche erheben, Mörs außer-
dem noch als erledigtes Cleveſches Lehn und auf Grund eines Ver-
gleichs fordern zu können, in welchem Moritz von Naſſau die Re- 1686
ſtitution dieſer Grafſchaft verſprochen habe. Den Erwerb von
Mörs ſicherte auch ſchon im J. 1707 eine Belehnung Kaiſer Jo-
ſeph's I., welcher gleichzeitig die Grafſchaft zum Reichsfürſten-
thume erhob [10]. Dagegen drohte die Beſitznahme von Lingen
zu neuem Rechtsſtreite zu führen, da die Grafen von Bent-
heim-Teklenburg über ihre Anſprüche auf Lingen bereits
ein rechtskräftiges Erkenntniß bei den Reichsgerichten erſtritten
hatten. Indeſſen kurz vorher war im J. 1696 der Prozeß, wel-
chen die Grafen von Bentheim ihrerſeits ſeit dem J. 1577 über
die Grafſchaft Teklenburg mit den Grafen von Solms ge-
führt hatten, zu Gunſten der letzteren entſchieden worden, und neue
Differenzen benutzend, welche das Solmſiſche Haus nochmals 1699
durchzufechten ſich ſcheute, erkaufte König Friedrich I. im J.
1707 für 300,000 Rthlr. alle Anſprüche deſſelben, um durch den
Erwerb von Teklenburg zugleich ruhigen Beſitz der Grafſchaft Lin-
gen zu gewinnen. Unter Vorbehalt des Titels, und gegen Ueber-
laſſung der Herrſchaft Rheda verſtanden ſich auch bald die Gra-
fen von Bentheim zur förmlichen Abtretung der Grafſchaft Tek-
lenburg, welche ſo nach faſt 200jähriger Trennung mit der
Grafſchaft Lingen wieder vereinigt wurde [11].

Gering nur war der Ländergewinn Preußens, für die Inter-
eſſen der evangeliſchen Kirche der Wechſel der Landesherrſchaft eben
ſo wenig entſcheidend. Denn wie in Teklenburg unter den
Stürmen des 30jährigen Krieges das reformirte Bekenntniß ſich
behauptet hatte, war es unter Oraniſcher Herrſchaft auch in

10) S. Pauli Preuß. Geſch. Th. 7. S. 257 flg.

11) Ueber die Geſchichte von Teklenburg und Lingen bis zur Preuß. Erwerbung vgl. Holſche a. a. O. S. 59. u. Rumpius a. a. O. S. 100 flg.

Mörs herrſchend geblieben [12]); in Lingen [13]) dagegen, wo die Spaniſche Regierung mit Gewalt den katholiſchen Cultus eingeführt hatte, war ſchon längſt in allen Pfarrkirchen evangeliſche Religionsübung wieder hergeſtellt, und ſelbſt gegen den Beſitzſtand des Entſcheidungsjahres geblieben. Wohl aber durfte die katholiſche Kirche, der die Mehrzahl der Bewohner Lingens noch angehörte, in der Wiedergeſtattung ihres öffentlichen Cultus [14]), zu welcher weder Landesreverſalien noch Staatsverträge verpflichteten, eine ſichere Bürgſchaft für ungeſchmälerte Fortdauer ihrer Religionsübung finden, und dieſen Act der Gerechtigkeit als erfreulichen Beweis religiöſer Duldſamkeit und politiſcher Weisheit des Fürſten begrüßen, welcher, der Gründer von Preußens Macht, den von Mit- und Nachwelt unbeſtrittenen Ehrennamen „des Großen“ auf dem Felde der Waffen erkämpfte, in den Künſten des Friedens bewährte.

---

12) Nur in der Stadt Crefeld hatte ſich öffentliche Religionsübung der Katholiken erhalten, die im J. 1773 auch zu Mörs eine Kirche erhielten. Büſching a. a. O. S. 308. u. 310.

13) Vgl. Weddigen Weſtfäl. Magazin Th. 4. S. 52 flg. u. Neues Archiv für Prediger Bd. 6. S. 45.

14) Alle Kirchen blieben zwar den Evangeliſchen, und ſelbſt der Stolgebühren-Zwang dauerte bis zur neueren Zeit fort; ſchon im J. 1717 hatte aber Friedrich Wilhelm I. katholiſchen Gottesdienſt in Bethäuſern erlaubt, und durch Geſtattung des Gebrauchs von Glocken und Kirchthürmen erkannte Friedrich der Gr. förmlich das öffentliche Religionsexercitium wieder an. Der kirchlichen Verwaltung ſtand als Erzprieſter einer der katholiſchen Geiſtlichen vor; die obere Inſpection, während der Spaniſchen Zeit von der Nuntiatur zu Brüſſel geübt, hat ſpäter, ohne jedoch einen officiellen Karakter gewonnen zu haben, anſcheinend vielfach gewechſelt; wenigſtens wird ſie für das Ende des vorigen Jahrh. in den vorher angef. Schriften dem Biſchofe von Paderborn beigelegt, in Rheinwald's Repert. für die theol. Litter. Bd. 27. S. 186. flg. für die Zeit 1795 — 1801 Lingen der Holländiſchen Miſſion beigezählt, in der Bulle De salute anim. dagegen bei Ueberweiſung der fünf Lingenſchen Pfarren an Münſter bemerkt, daß ſie bisher der Osnabrücker Stiftsadminiſtration übergeben geweſen wären.

Zwei-

Zweites Buch.

Das
Zeitalter König Friedrich's des Großen.

Digitized by Google

Erſtes Kapitel.

Ueberblick über den kirchlichen Zuſtand Preußens unter Friedrich dem Großen.

§. 1.

Verſchiedenheit des katholiſchen Kirchenweſens in den einzelnen Provinzen.

Als am 31. Mai 1740 König Friedrich II. den Thron ſeiner Väter beſtieg, um das von dieſen begonnene Werk zu vollenden, und die im Innern neu geordnete Monarchie aus den engeren Kreiſen reichsſtändiſchen Anſehns auf den Höhepunkt ſouveräner Macht zu erheben, welche eben ſo geachtet als gefürchtet fortan in die politiſchen Geſchicke Europa's entſcheidend eingriff, war in Preußen das katholiſche Kirchenthum noch eben ſo unbedeutend der Zahl ſeiner Bekenner nach [1]), als von untergeordnetem Einfluſſe auf Politik, Verfaſſung und Verwaltung des Landes.

---

1) Beſtimmte Angaben über die damalige Zahl der Katholiken und Evangeliſchen je in den einzelnen Provinzen habe ich nirgends gefunden; das gegenwärtige Verhältniß beider Confeſſionen läßt indeſſen, da für beide die Steigerung in ziemlich gleichem Maaße ſtattgefunden haben dürfte, einen im Ganzen ſichern Rückſchluß zu. Nur tritt hierbei der Uebelſtand ein, daß den neueren ſtatiſtiſchen Tabellen meiſt die Eintheilung nach Regierungsbezirken zu Grunde gelegt iſt, welche mit der früheren Provincialverſchiedenheit nur in geringem Maaße zuſammenfällt, und daß auch die Kreiseintheilung, nach welcher für viele Regierungsdepartements die Zahl beider Confeſſionen ſich angegeben findet, in neuerer Zeit manche Veränderungen erfahren hat, und dadurch die Zurückführung auf den früheren Provineialbeſtand erſchwert wird. Mit möglichſter Berückſichtigung dieſer Abweichungen habe ich auf Gruud der in den J. 1818—20 von den Regierungsbehörden unter verſchiedenen Namen publicirten, leider nicht nach demſelben Plane bearbeiteten, topogr.-ſtatiſtiſchen Ueberſichten Vergleichungen angeſtellt, deren Reſultat ich zwar nicht zu vertreten wage, aber als approximativ

In allen Provinzen genoſſen zwar die Katholiken nicht etwa bloß ungeſtörter Duldung und Hausandacht, wie ſie der Weſtfäliſche Friede in den zum Deutſchen Reiche gehörigen Territorien den drei Hauptbekenntniſſen für immer garantirt hatte, ſondern auch da, wo, wie z. B. in den Marken, in Pommern und Teklenburg, weder der Beſitzſtand des Osnabrücker Entſcheidungsjahres die Fortdauer katholiſcher Gemeinden, Stifter und Klöſter bedingte, noch Staatsverträge und Landesrezeſſe banden, gewährte mit einer Toleranz, die, je ſeltner zu jener Zeit, um ſo rühmlichere Anerkennung verdient, die Landesherrſchaft den andersgläubigen Unterthanen gemeinſame öffentliche Religionsübung. Den Uebertritt zur katholiſchen Lehre unterſagte kein Strafverbot, wenn ſchon durch unerlaubte proſelytiſche Beſtrebungen des katholiſchen Clerus zu Zeiten Vorſichtsmaßregeln [2]), oder auch wohl Repreſſa-

---

hier in der Kürze angeben will. Für das Gebiet der früheren Altmark ſtellt ſich hiernach das Verhältniß der Katholiken zu den Evangeliſchen wie 1 zu 404, für die Mittelmark, excl. Berlin, wie 1 zu 246, für die Neumark, abgeſehen vom Schwiebus-Züllichauer Kreiſe, wo die Katholiken $\frac{3}{10}$ der Evangeliſchen ausmachen, wie 1 zu 265, für Pommern, ſo weit es jetzt zum Reg.-Bezirk Cöslin gehört (denn im Ortſch.-Verz. d. Reg.-Bez. Stettin iſt nicht einmal die Geſammtzahl der Kathol. angegeben), wie 1 zu 323, für Lauenburg und Bütow wie 1 zu 10, für den zum Reg.-Bezirk Gumbinnen gehörigen Theil von Oſtpreußen wie 1 zu 65, für Magdeburg, ohne den Saalkreis, wie 1 zu 64, für Halberſtadt, incl. Quedlinburg, wie 1 zu 37, für die Grafſchaft Mark nach den Kreiſen, zu welchen keine ehemals Cölniſche Gebiete gekommen ſind, wie 1 zu 5, für Teklenburg und Lingen, wo der Verluſt der überwiegend katholiſchen niedern Grafſch. Lingen durch die dem Kreiſe zugelegten ehemals Münſterſchen Gebiete ausgeglichen ſein dürfte, wie 17 zu 18, für Cleve dagegen und Mörs wie 5 zu 3, ſo jedoch, daß in den dieſſeits des Rheins belegenen Diſtricten beide Confeſſionen faſt gleicher Zahl ſind, während auf dem linken Ufer im Cleveſchen die Zahl der Katholiken faſt 10mal ſo groß iſt als die der Evangeliſchen, für Geldern, ſo weit es noch zu Preußen gehört, wie 70 zu 1. Die Ueberſicht des Reg.-Bezirks Minden, woraus ſich für dies Fürſtenthum und für Ravensberg das Verhältniß beider Confeſſionen entnehmen ließe, iſt mir nicht zugänglich geweſen; die von Königsberg aber gewährt für das übrige Oſtpreußen kein irgend haltbares Reſultat, da dieſem Departement das faſt ganz katholiſche Ermland mit c. 100,000 Einw. zugeſchlagen, der Marienwerder Kreis dagegen von Oſtpreußen getrennt iſt, und hiernach das für den ganzen Reg.-Bezirk ſich ergebende Verhältniß von 1 zu 4 für die damals zu Oſtpreußen gehörigen Diſtricte nicht als Maaßſtab dienen kann.

2) Hieraus iſt namentlich auch das an alle Regierungen und Conſiſto-

lien durch die in andern Ländern gegen die Evangeliſchen ergangenen Edicte veranlaßt wurden [3]; in einzelnen Provinzen, wie in Cleve, Mark und in Preußen, war ſogar die Freiheit des Religionswechſels durch Staats- und Landesverträge förmlich anerkannt. Erwerb des Grundbeſitzes, Gewinnung des Bürgerrechts, Eintritt in die Zünfte und Innungen, damals noch in vielen katholiſchen Ländern für die Evangeliſchen bald erſchwert, bald verboten, überhaupt volle bürgerliche Rechtsfähigkeit war in ganz Preußen den Katholiken zugeſtanden, in mehreren Provinzen auch ausdrücklich durch die Landesverträge die Fähigkeit zu öffentlichen Aemtern und politiſche Rechtsgleichheit mit den Evangeliſchen zugeſichert, deren unbedingt allgemeine Gewährung, namentlich für die oberſte Landesverwaltung und in den rein evangeliſchen Landestheilen, freilich längere Zeit noch an politiſchen Rückſichten und an der Macht des Herkommens Schwierigkeiten fand, welche nur die Zeit und die völlige Verſchmelzung der einzelnen Provinzen zu beſeitigen vermochte [4].

---

rien ergangene Circulare vom 14. Decbr. 1732 (Mylius Corp. Const. March. Th. VI. Abth. 2. S. 442.) zu erklären, worin der katholiſchen Geiſtlichkeit Proſelyten anzunehmen, „welches dem Verlaut nach bei verſchiedenen Perſonen bishero insgeheim geſchehen ſeyn ſoll“, verboten wird, „da dieſes die Bedingung iſt, unter welcher ſie ſowohl bei Unſern Vorfahren als von Uns in Schutz genommen und tolerirt worden“. Uebrigens enthält das Circulare weder gegen die Proſelyten ſelbſt, noch gegen die katholiſche Geiſtlichkeit Strafandrohungen, ſondern ſchärft nur, freilich „bei Caſſation ſeines Amts“, den obigen Behörden ein, von ſolchem Religionswechſel Anzeige zu machen, „damit durch gute Aufſicht auf die Röm. Kath. Geiſtlichkeit und heimliche Unternehmung Proſelyten zu machen das nöthige vorgebeuget werde“.

3) So wurde namentlich in Folge der Pfälziſchen Religionsbedrückungen eine Sequeſtration der Magdeburg-Halberſtädter Klöſter im J. 1705 verfügt. Vgl. B. G. Struven's ausführl. Bericht v. d. Pfälz. Kirchenhiſt. S. 1108. und Förſter's Friedrich Wilhelm I. Th. 2. S. 327.

4) Ausdrücklich iſt m. W. nur für die Beamten des General-Directorii in der Inſtruction vom 20. Decbr. 1722 Art. I. §. 7. das Bekenntniß „evangeliſch-reformirter oder lutheriſcher Religion“ zur Bedingung gemacht (vgl. Förſter's Friedrich Wilhelm I. Bd. 2. S. 175.). Von den verſchiedenen Inſtructionen für den Geheimen Staats-Rath, und von denen für die Provincial-Behörden enthält keine ein ähnliches Verbot. Doch iſt allerdings ſeit des Grafen Adam von Schwarzen-

Ueberblicken wir indeſſen den kirchlichen Zuſtand, wie er für die einzelnen Landestheile, welche damals die Monarchie bildeten, in dem Vorſtehenden dargelegt iſt, ſo war das kleine Geldern die einzige Provinz, in welcher die katholiſche Kirche als herrſchende beſtand, und faſt ausſchließliche Geltung ihres Bekenntniſſes behauptet hatte. Unter den übrigen Weſtfäliſchen Provinzen hatten nur im Herzogthume Cleve und in der Grafſchaft Lingen, namentlich auf dem flachen Lande, die Katholiken das Uebergewicht, während in der Grafſchaft Mark, vor allem in Ravensberg, Minden, Teklenburg und Mörs, die Einwohner zum bei weitem größten Theile der evangeliſchen Confeſſion angehörten, und beide Religionspartheien mehr mit derſelben bürgerlichen, politiſchen und kirchlichen Berechtigung neben einander beſtanden, als daß ihr Bekenntniß gleichen äußeren Umfang gewonnen hätte. Vollends aber in den Ländern, welche den Kern der Monarchie bildeten, in den Kurlanden und in Pommern war die Bevölkerung, gleichwie in Preußen faſt allein der evangeliſchen Lehre zugethan. Mit Ausnahme von Lauenburg und Bütow lebten hier nur einzelne katholiſche Familien zerſtreut im Lande, und wo nicht der Fortbeſtand katholiſcher Klöſter, wie im Magdeburgiſchen und Halberſtädtiſchen, einen Sammelpunkt gewährte, hatte ſich nur hie und da in größeren Orten, theils geduldet, theils förmlich anerkannt von der Regierung, in ſ. g. Miſſionsgemeinden eine öffentliche Uebung der katholiſchen Religion weniger erhalten, als neu gebildet.

Eben ſo beſchränkt, und je in den verſchiedenen Landestheilen mit weſentlichen Abweichungen, war die öffentliche Geltung des katholiſchen Kirchenregiments. Für die katholiſchen Gemeinden

berg Tode erſt im J. 1744 wieder in der Perſon des Grafen Schaffgotſch ein katholiſcher Staats-Miniſter ernannt, und dieſer ſeiner Confeſſion wegen nicht in den Staatsrath eingeführt worden (vgl. Cosmar u. Klaproth der Kön. Pr. u. Churf. Brand. wirkl. Geh. Staats-Rath. Berl. 1805. S. 138. u. Preuß Leben Friedr. des Gr. Th. 3. S. 188.). Auch ſcheint nach den von Preuß a. a. O. gegebenen Notizen nicht bloß in der Kurmark, ſondern auch in Oſtpreußen eine Ausſchließung der Katholiken von den Landescollegien factiſch damals beſtanden zu haben.

der Marken und Pommerns fehlte jeder officielle Verband mit dem Episcopate; die Regierung duldete es nur in der Stille, oder ignorirte es vielmehr gleichſam, daß von dem apoſtoliſchen Vicariate der nordiſchen Miſſion [5]) eine Aufſicht geübt wurde und alle diejenigen kirchlichen Acte ausgingen, welche, nach der katholiſchen Lehre und Disciplin ein Attribut der Episcopalgewalt, unerläßlich waren, um die einmal zugeſtandene öffentliche Religionsübung und den Fortbeſtand der Gemeinden zu ſichern; weltliche Gewalt aber innerhalb Landes zu üben und eigentliche Kirchenregierungs-Rechte geltend zu machen, war dieſen Kirchenobern nicht geſtattet. Aehnlich war die Lage der katholiſchen Klöſter in Magdeburg und Halberſtadt, wo nur durch die, übrigens gleichfalls mehr geduldete als von Staatswegen anerkannte, Delegation der kirchlichen Aufſicht auf den Abt von Huysburg eine Art äußerer Verbindung unter den Gemeinden und mit der geſammten katholiſchen Kirche begründet war. Förmliche Beſtätigung durch Staatsverträge hatte allerdings für die Hauptſtadt Oſtpreußens die kirchliche Gewalt des Ermländiſchen Biſchofs, für Lauenburg und Bütow die des Biſchofs von Wladislav erhalten; aber wie dort bei beſchränktem Proviſionsrechte dem Biſchofe nur die Aufſicht über Lehre, Wandel und Amtsführung der Geiſtlichkeit zugeſtanden wurde, ſo war in jenen Herrſchaften,

5) Vgl. Le Bret Orat. de missione septentrionali et vicariatu Hannoverano. Tübing. 1792 (deutſch in Berl. Monatsſchr. Jahrg. 1793 S. 30—60.). — Die nächſte Veranlaſſung zu Gründung dieſes Vicariats gab außer den propagandiſtiſchen Bemühungen des Paderborner Biſchofs Ferdinand von Fürſtenberg (1661 — 83), welcher in Norddeutſchland und Dänemark 15 Jeſuiten-Miſſionen ſtiftete (ſ. Beſſen Geſch. d. Bisth. Paderb. Th. 2. S. 239.), der Uebertritt des Herz. Joh. Friedr. von Braunſchweig-Lüneburg, deſſen Hofprediger Valerio Maccioni 1667 für die Hannoverſchen Lande, und in den J. 1669 u. 70 auch für Magdeburg, Halberſtadt, Bremen, Meklenburg, Altona und Glückſtadt zum apoſtoliſchen Vicar beſtellt wurde. Seitdem iſt dies Vicariat, welches 1676 auf Dänemark, 1683 auf Schweden ausgedehnt wurde, meiſt von Weihbiſchöfen Norddeutſcher Bisthümer verwaltet worden; im J. 1715 aber theilte es Clemens XI. in das Hannoverſche, dem auch die Preuß. Länder zugewieſen wurden, und das des Nordens, bis durch das Breve vom 11. Februar 1780 beide wieder in der Perſon des Biſchofs von Hildesheim vereinigt wurden, deſſen Nachfolger Franz Egon von Fürſtenberg es vom J. 1789 an bis auf die neuere Diöceſaneintheilung verwaltet hat.

außer den Inſpectionsrechten, nur über die Geiſtlichkeit und in Matrimonialſachen die biſchöfliche Jurisdictionsgewalt anerkannt. Im Fürſtenthum Minden aber war nicht einmal eine Ehegerichtbarkeit, ſondern nur die hergebrachte Civil-Jurisdiction über die Geiſtlichkeit und deren Hausgenoſſen, neben Disciplinargewalt und Proviſionsberechtigung, dem Domkapitel eingeräumt worden, als man dieſem, übrigens ohne irgend eine Mitwirkung oder Zuſtimmung der katholiſchen Obern, die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten anvertraute. Vollſtändiger war die katholiſche Kirchenverfaſſung im Herzogthum Cleve und der Grafſchaft Mark erhalten. Allein weit entfernt, daß die Biſchöfe, zu deren Diöceſen dieſe Länder gehörten, ihre Autorität in dem Umfange zu üben berechtigt geweſen wären, welchen das canoniſche Recht der Episcopalgewalt vorzeichnet, war in den Religionsrezeſſen der Diöceſanverband dieſer Provinzen mit den benachbarten Bisthümern nicht einmal ausdrücklich anerkannt, oder auch nur beiläufig erwähnt, vielmehr das geſammte äußere Kirchenregiment den einheimiſchen Landdechanten überwieſen, und damit wenigſtens jede directe und officielle Theilnahme des Episcopats an den katholiſchen Kirchenangelegenheiten ausgeſchloſſen, deren canoniſche Erledigung nur dadurch möglich war, daß die Diöceſanobern, mehr privatim als öffentlich, den Landdechanten die erforderlichen Facultäten ertheilten. Unbedingter Anerkennung Seitens der Regierung genoß die katholiſche Kirchenverfaſſung nur im Geldernſchen, wo dem, nicht einmal zum deutſchen Reichsverbande gehörigen, Biſchofe von Roermonde der ungeſtörte Beſitz aller hergebrachten Jurisdictionsrechte beim Erwerbe des Landes urkundlich war beſtätigt worden.

In keiner Weiſe beruhte jedoch dieſe eigenthümliche Geſtaltung des katholiſchen Kirchenweſens auf willkürlicher Neuerung, oder auf einſeitiger Beſchränkung wohlerworbener Rechte der Hierarchie Seitens der Regierung. Weder die Beſorgniß vor reactionären Beſtrebungen der katholiſchen Parthei oder Uebergriffen der Prälaten in das weltliche Regiment, wie ſehr dieſelbe auch durch die Erfahrungen der früheren Zeiten wäre gerechtfertigt worden, noch eiferſüchtige Furcht vor der weltlichen Macht der geiſtlichen Reichsſtände, welche manchen kleineren Fürſten da-

mals eine Oppoſition gegen die kirchliche Autorität der Biſchöfe als nothwendig erſcheinen ließ, hat in dieſer Beziehung erheblichen Einfluß auf die innere Staatsverwaltung Preußens geäußert. Ueberall vielmehr hatte jener Zuſtand in der Geſchichte der einzelnen Landestheile ſeinen Urſprung, damit aber auch eine um ſo feſtere Baſis. Wie ſich für die verſchiedenen Territorien, aus denen die Preußiſche Monarchie erwachſen war, im Laufe des ſechzehnten und ſiebzehnten Jahrhunderts, zwar nicht ohne Einwirkung der weltlichen Macht, aber eigentlich doch nur durch den Kampf beider Confeſſionen, das gegenſeitige Verhältniß der katholiſchen Kirche zur evangeliſchen feſtgeſtellt, die eine Raum gewonnen, die andere im Beſitz ſich behauptet oder Herſtellung erſtritten hatte, wie ſich unter unmittelbarem Einfluſſe dieſes Confeſſionsſtreites die innere Organiſation beider Religionspartheien allmählich entwickelt hatte, in ſolcher Form und Geſtalt beſtand auch nach der Vereinigung unter Einem Scepter in den einzelnen Provinzen die katholiſche Kirche fort. Gern gewährte die Toleranz des Preußiſchen Herrſcherhauſes neben ungeſtörter Glaubens- und Gewiſſensfreiheit völlige Rechtsgleichheit, gern die Ausdehnung der bloßen Hausandacht oder Privat-Religionsübung zu öffentlichem Cultus, und die Gründung neuer Pfarrgemeinden; der Gerechtigkeit ihres Landesherrn dankten die Katholiſchen zugleich gewiſſenhaften Schutz aller hergebrachten Einrichtungen und wohlerworbenen Rechte [6]).

---

6) Beachtenswerth iſt in dieſer Hinſicht vor allem das Zeugniß, welches der in Folge jener Repreſſalien von den Magdeburg-Halberſtädter Klöſtern an das Corpus Catholicum deputirte Franziskaner-Guardian Bruninghoff im J. 1705 für die Preußiſche Regierung ablegte, indem er in ſeiner Vorſtellung ſich u. a. dahin äußert: „Derowegen, wann die in den Kön. Pr. Landen wohnhafft und angeſeſſene ſämbtliche Catholiſche ihr Gewiſſen nicht einer offenbaren Unwahrheit überführen ſoll, ſo können dieſelben nicht anders ſagen, denn daß ſowohl unter jetzig regierender Kön. Maj. v. Pr., als auch Dero Hrn. Vatters beyderſeits glorwürdigſten Regierungen, ja ſeither dem geſchloſſenen Weſtphäl. Frieden, ihnen ſambt und ſonders, ohne mindeſte Bekränkung, Eintrag oder Hindernuß, alle Religions-Freyheit, Schutz und Schirm angediehen, das freye Religions Exercitium ad amussim Instr. Pacis verſtattet, auch bey allen Vorkommenheiten Recht und Billigkeiten dergeſtalt mitgetheilet worden, daß auch unter Bottmäßigkeit und Herrſchafft Cathol. Religion Sie ein mehreres nicht praetendiren,

Zur Erweiterung dagegen dieſer Gerechtſame, zu gleichförmiger und allgemeiner Einführung des biſchöflichen Regiments, zu unbeſchränkter öffentlicher Anerkennung des katholiſchen Kirchenthums kam es nicht. Ein Recht, ſolche Umgeſtaltung der Landesverfaſſung zu fordern, hatten aber auch die Katholiken ſelbſt da nicht, wo lediglich der Entſchluß der Regierung entſchieden hätte, und die Provincialſtände auf Grund der beſtätigten Landesverträge Widerſpruch zu erheben nicht berechtigt geweſen wären. Ungerecht und thöricht wäre es daher, wenn man in gehäſſiger Einſeitigkeit dies ſtrenge Feſthalten an der hergebrachten kirchlichen Verfaſſung der Regierung wollte zum Vorwurf machen. Leugnen läßt es ſich übrigens nicht, daß je lebhafter ſchon zu jener Zeit die katholiſche Kirche den Wunſch ausgedehnterer Geltung ihrer eigenthümlichen Organiſation gehegt haben mag, mit je kräftigerer Entſchiedenheit die Regierung gegen die Hierarchie die wohlbegründeten Rechte der Kirchenhoheit vertrat, gerade in jenem Verhalten eine Gewähr gewonnen war gegen Colliſionen der weltlichen Macht mit der geiſtlichen Autorität. Unverkennbar mußten aber durch dies Anſchließen an die hiſtoriſch überlieferten Lebenselemente die katholiſchen Kirchenangelegenheiten einen überwiegend provinciellen Charakter behaupten.

Dem Geheimen Staatsrathe war als oberſter Verwaltungsbehörde zwar gleich anfangs bei ſeiner Errichtung im J. 1664, die hauptſächlich durch die Preußiſche und Jülichſche Succeſſionsangelegenheit veranlaßt wurde, die Wahrnehmung und Erhaltung der Religionsfrieden anvertraut worden. Bei deſſen neuer Organiſation durch die, früher ſchon verſuchte, aber erſt von König Friedrich Wilhelm I. im J. 1713 vollſtändig ausgeführte, Departementseintheilung wurde ſogar für die kirchlichen Angelegenheiten ein beſonderes ſ. g. geiſtliches Departement angeordnet [7]). Allein ſelbſt in evangeliſchen Kirchenſachen hatte daſſelbe anfangs weniger

---

noch doucers Tractament wünſchen können". S. Struven a. a. O. S. 1110.

7) Cosmar a. a. O. S. 90. 229 flg. u. 239. Vgl. auch die daſelbſt S. 305 flg. mitgetheilte Inſtr. vom 13. December 1604. Art. 4.

eine unmittelbare Entſcheidung, als die oberſte Leitung und die Wahrnehmung der landesherrlichen Hoheitsrechte; einzelne Angelegenheiten, wie namentlich die der Domkapitel, Klöſter und Stifter, waren obenein ihrer allgemein-politiſchen Beziehung halber dem für die auswärtigen Angelegenheiten beſtimmten Cabinetsminiſterium vorbehalten. Auf die innere Verwaltung der katholiſchen Kirche hat daher ſicher dieſe Landes-Centralbehörde noch geringeren Einfluß geübt, und in der That iſt in der Zeit vor Friedrich dem Gr. kaum eine und die andere allgemeine Verordnung über katholiſche Kirchenangelegenheiten ergangen. Für dieſe bildete vielmehr, nächſt dem canoniſchen Rechte [8]) und den ſonſtigen kirchlichen Rechtsquellen, das Particularrecht der einzelnen Provinzen die Norm der Beurtheilung; doch beruhte dies mehr auf dem Herkommen, und eine kirchliche Geſetzgebung hat ſelbſt in den Weſtfäliſchen Provinzen nicht anders ſich kundgegeben, als in einzelnen Verordnungen zur Aufrechthaltung des Herkommens und näheren Feſtſtellung der in Landes- und Staatsverträgen enthaltenen Stipulationen [9]). Den Provincialbehörden, in der Regel den unter dem Namen der Regierungen beſtehenden Obergerichten, war (ohne daß man übrigens, wie es ſcheint, allgemeine Verwaltungsnormen aufzuſtellen, oder auch nur die der Regierung gleichzeitig überwieſenen evangeliſchen Conſiſtorialgeſchäfte von den katholiſchen Kirchenſachen in beſtimmterer Weiſe zu trennen für nöthig erachtet hätte) die eigentliche Handhabung des landesherrlichen ius circa sacra und die Ausübung aller ſonſtigen Gerechtſame anvertraut, welche der Regierung theils allein, theils in Concurrenz mit den kirchlichen Vorgeſetzten in katholiſchen Angelegenheiten zuſtanden. Für die Monarchie als Ganzes bildete ſo das katholiſche Kirchenweſen ein in aller Weiſe untergeordnetes Moment. Wie ſeiner Geſchichte und politiſchen Stellung, wie

8) In den Jülich-Cleveſchen Religions-Rezeſſen iſt deſſen fortdauernde Gültigkeit für die Katholiken ausdrücklich anerkannt. S. oben B. I. Kap. 3. §. 11.

9) Solcher Art ſind faſt alle Verordnungen kirchenrechtlichen Inhalts, welche Scotti in ſeiner Sammlung der Cleve-Märkiſchen Geſetze mitgetheilt hat.

Digitized by Google

dem Bekenntniſſe des regierenden Hauſes und ſeiner Bevölkerung nach, war Preußen auch in ſeiner ganzen innern Organiſation bis zum Regierungsantritte Friedrich's II. ein rein evangeliſches Territorium.

§. 2.

Veränderte Stellung des katholiſchen Kirchenweſens zur Monarchie ſeit König Friedrich II.

Weſentlich änderte ſich dies theils durch den Erwerb Schleſiens und die Theilung Polens, — die beiden einzigen Provinzen, welche hier in näheren Betracht zu kommen verdienen, da Oſtfriesland [1]), welches Friedrich II. im J. 1744 erwarb, jetzt nicht mehr zur Preußiſchen Monarchie gehört, und von den Beſitzungen der Anſpach-Baireuther Linie [2]), welche im

---

1) Unter Bezugnahme auf Büſching's Erdbeſchr. Th. 6. S. 287. u. J. K. F. Schlegel's Kirchen- u. Reform.-Geſch. von Norddeutſchland. Hannov. 1828. S. 22. 110. 222. 428. u. 552. ſei hier kürzlich nur bemerkt, daß ſchon im J. 1520, geſchützt vom Grafen Edzard, evangeliſche Geiſtliche in Oſtfriesland auftraten, und binnen kurzem das ganze Land der evangeliſchen Lehre zufiel. Schon unter deſſen Sohn und Nachfolger Enno, welcher der lutheriſchen Confeſſion anhing, während das Land zu einem großen Theile zur reformirten Lehre ſich bekannte, begannen aber Streitigkeiten unter den Evangeliſchen, die zwar vergeblich von der katholiſchen Parthei zur Herſtellung ihres Cultus benutzt wurden, aber je mehr durch Einwanderung die Zahl der Reformirten ſtieg, und je enger dieſe ſich an die niederländiſchen Gemeinden anſchloſſen, eine definitive Organiſation der kirchlichen Verfaſſung hinderten. Erſt gegen Ende des 16ten Jahrhunderts wurde concordatmäßig beiden evangeliſchen Confeſſionen unter einem gemeinſchaftlichen Conſiſtorium (der Plan einer gemeinſchaftlichen Kirchenordnung kam nicht zu Stande) freie Religionsübung zugeſtanden, mit völligem Ausſchluß aber des katholiſchen Cultus, der erſt in neuerer Zeit an einigen Orten wieder geſtattet worden iſt.

2) Unter Verweiſung auf Lang's neuere Geſch. des Fürſtenth. Baireuth. Gött. 1798 flg. Th. 2. S. 4 flg. u. 203 flg. u. Th. 3. S. 358 flg. genüge die Bemerkung, daß in Anſpach wie Baireuth, jenes zur Würzburger, dieſes zur Bamberger Diöceſe gehörig, ſchon unter Markgraf Caſimir (1507 — 1527.), trotz dem, daß dieſer nur zu tergiverſirenden Maaßregeln geneigt war, die evangeliſche Lehre unter Adel und Städten einen mächtigen Anhang gewonnen hatte, welcher gleich nach des Markgrafen Tode auf dem Landtage v. J. 1528 den Beſchluß allgemeiner Einführung der Reformation durchſetzte. Obwohl auch Markgraf Georg von Jägerndorf, welcher die vormundſchaftliche Verwaltung des Landes übernommen hatte, ſich aus Rückſichten auf

J. 1792 an Preußen fielen, nur die kleine Grafſchaft Sayn-Altenkirchen im J. 1815 unter Preußiſche Hoheit zurückgekehrt iſt — theils durch die Umgeſtaltung, welche die geſammte innere Verfaſſung und Verwaltung der preußiſchen Monarchie unter Friedrich's Regierung, oder doch durch die von ihm begonnene neue Geſetzgebung erfuhr.

Das evangeliſche Bekenntniß war dieſen neuen Provinzen allerdings kein fremdes Lebenselement, welches erſt durch deren Unterwerfung unter Preußiſche Herrſchaft Raum und Geltung gewonnen hätte. In Schleſien wie in Polen hatte ſich vielmehr unter dem Drucke der heftigſten und willkürlichſten Verfolgungen die proteſtantiſche Lehre in der Stille erhalten, in mehreren Städten auch ein öffentlich anerkannter Gottesdienſt, in einzelnen Schleſiſchen Fürſtenthümern ſogar die evangeliſche Kirchenverfaſſung behauptet. Die Preußiſche Regierung begründete hier nicht erſt die evangeliſche Kirche, ſondern gab ihr nur eine geſichertere rechtliche Exiſtenz, indem ſie zugleich die Evangeliſchen in die mit Gewalt ihnen entzogenen Rechte wieder her- und der katholiſchen Kirche gleichſtellte. Wie aber dieſe bisher die herrſchende geweſen war, ſo blieb ihr auch unter Preußiſchem Scepter das numeriſche Uebergewicht; und nicht bloß daß Preußen nun auch im Oſten Provinzen gewann mit vorherrſchend katholiſcher Bevölkerung, ward außerdem die der katholiſchen Kirche eigenthümliche Verfaſſung mehr und mehr zu einem integrirenden Beſtandtheile der Organiſation des Staats.

---

den Kaiſer nicht ſo energiſch als in Schleſien des Reformationswerkes annahm, fand daſſelbe geringe Schwierigkeiten, und wurde durch die im J. 1532 publicirte Kirchenordnung ſo befeſtigt, daß ſelbſt Markgraf Albrecht, welchem bei der Theilung mit ſeinem Oheime und Vormunde im J. 1541 das Oberland d. h. Culmbach und Baireuth zugefallen war, gegen den entſchiednen Widerſpruch der Geiſtlichkeit die Einführung des Interims nicht durchzuſetzen vermochte. Nach Vereinigung beider Fürſtenthümer im J. 1557 vollendete Georg Friedrich, Sohn Georg's, durch eine neue Generalviſitation, Beſtellung eines Conſiſtorii und Erlaß einer Ehegerichts- und einer Conſiſtorialordnung (1567 u. 1594) die kirchliche Organiſation des Landes, in welchem ſelbſt in Folge der Wirren des 30jährigen Krieges nur an wenigen Orten die katholiſche Kirche wieder Religionsübung gewann.

Zwar konnte unter der Hoheit eines evangeliſchen Fürſten die Stellung der Prälatur zur Staatsgewalt nicht unverändert bleiben, um ſo weniger, als der Wechſel des weltlichen Herrn zugleich der politiſchen Einrichtung dieſer Länder, namentlich Polens, eine neue Geſtalt gab. Zu unbedingter Anerkennung der katholiſchen Kirchenverfaſſung kam es eben ſo wenig; manche Gerechtſame vielmehr, welche das canoniſche Recht als unerläßliches Attribut der Episcopalgewalt bezeichnet, wurden den Kirchenobern entzogen und der weltlichen Obrigkeit vindicirt, andere beſchränkt, die ganze geiſtliche Verwaltung um ſo ſtrengerer Aufſicht unterworfen, als gerade der Clerus mit der neuen politiſchen Ordnung am wenigſten einverſtanden war, und lange Zeit noch eine der früheren Landesherrſchaft geneigte Geſinnung hegte. Selbſt die Verbindung mit dem Oberhaupte der Kirche ward im Ganzen dem Clerus mehr ſtillſchweigend nachgeſehen, ſo weit Lehre, Cultus und äußeres Kirchenregiment eine Concurrenz des Pabſtes unerläßlich erforderte, als daß deſſen kirchliche Autorität officiell anerkannt, eine bleibende diplomatiſche Communication mit Rom eröffnet, oder gar der Wunſch gehegt und der Verſuch gemacht worden wäre, durch umfaſſende Verhandlungen mit der Curie die Differenzpunkte zu ſchlichten und concordatenmäßig die kirchliche Verfaſſung zu ordnen. Immer rief aber doch die förmliche Anerkennung der geiſtlichen Autorität der Biſchöfe Beziehungen zu der Römiſchen Hierarchie hervor, welche die Regierung bisher zu ignoriren ſo berechtigt als geneigt geweſen war, und ſchon daß Preußen fortan eigene Landesbiſchöfe hatte, mußte dem katholiſchen Kirchenweſen eine andere Stellung, und zugleich eine Wichtigkeit geben, welche ſelbſt auf die äußere Politik Einfluß übte, vollends für die innere Landesverwaltung nicht ohne Rückwirkung bleiben konnte. Nicht bloß die äußere Autorität des Episcopats gewann dadurch Geltung im Staate, ſondern ein neues und in aller Weiſe bedeutendes Element trat hiermit im Innern der Preußiſchen Staatsverwaltung hervor.

Entſchieden giebt ſich dies kund in der Art, wie fortan das katholiſche Kirchenweſen aufgefaßt und behandelt wurde. Allerdings war es eigentlich immer noch mehr Provincial- als Landes-

angelegenheit. Denn nicht die ganze Monarchie war durch jene neuen Erwerbungen zu einem gemiſchten Territorium im Sinne des Weſtfäliſchen Friedens geworden, wo beide Confeſſionen mit öffentlich anerkannter Verfaſſung und unbeſchränkter öffentlicher Religionsübung wie völlig gleicher kirchlicher Berechtigung neben einander beſtehen. Unverändert blieb vielmehr in den übrigen Provinzen, ſowohl für Cultus als für Kirchenregiment, die Lage der Katholiken, und es erhielt ſich hier jene große Verſchiedenheit kirchlicher Einrichtungen, wie ſie je für die einzelnen Landestheile aus früherer Zeit überkommen war; ſie ward dadurch ſogar noch geſteigert, daß nun in einem bedeutenden Theile der Monarchie die katholiſche Kirche nicht bloß in rechtlicher Parität, ſondern auch mit anerkannter Episcopalverfaſſung neben der evangeliſchen Confeſſion beſtand. So viel bei veränderter politiſcher Stellung und Verfaſſung dieſer neuen Provinzen thunlich, und mit den wohlbegründeten Rechten der evangeliſchen Kirche wie der Landesherrſchaft vereinbar war, hat zugleich die Preußiſche Regierung auch hier die bisherigen kirchlichen Einrichtungen, wie ſie geſchichtlich ſich entwickelt hatten und auf Landesherkommen und Landesgeſetzen beruhten, zu bewahren geſucht. Die größere Wichtigkeit indeſſen der katholiſchen Kirchenangelegenheiten mußte allmählich, trotz dem, daß Schleſien anfangs ſogar noch eine geſonderte Verwaltung behielt, auf dieſem Gebiete des inneren Staatslebens das Princip des Provincialismus zurückdrängen, und in dem Cultus wie der Verwaltung der katholiſchen Kirche eine allgemeine Landesangelegenheit erſcheinen laſſen, welche eine fortdauernde, wenn ſchon mehr indirecte Theilnahme der Staatsgewalt erheiſche, und eine größere Thätigkeit der Geſetzgebung in ähnlicher Art erfordere, wie ſie namentlich für Schleſien in eben ſo umfaſſender als einflußreicher Weiſe von der früheren Landesherrſchaft war geübt worden, und ſeit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auch in anderen katholiſchen und evangeliſchen Ländern ſo bedeutend hervortritt. Noch entſchiedener wirkte darauf zurück, daß für die übrigen Gebiete der innern Staatsverwaltung ſeit der Regierung Friedrich's mehr und mehr das Princip möglichſter Centraliſation verfolgt wurde, um die durch Geſchichte und Verfaſſung geſchiedenen, ſelbſt

äußerlich alles Zuſammenhangs entbehrenden Gebiete, aus denen ſeit der Mitte des ſiebzehnten Jahrhunderts die Preußiſche Monarchie entſtanden war, durch innere Einheit und äußere Gleichförmigkeit der Verwaltung feſter mit einander zu verknüpfen, und zu Einem Ganzen zu verſchmelzen.

Immer beſtimmter tritt daher der bloß provincielle Charakter des katholiſchen Kirchenweſens zurück, die leitende Einwirkung der Centralbehörden, wie die Feſtſtellung gleichförmiger Verwaltungsprinzipien für die Provincialbehörden hervor, ohne daß jedoch die äußere Organiſation der katholiſchen Kirche des Landes eine erhebliche Umgeſtaltung erfahren hätte, und etwa, in ähnlicher Weiſe wie für die oberſte Verwaltung der reformirten Kirchenangelegenheiten, die Bildung eines beſondern geiſtlichen Departements für die katholiſchen Kirchenſachen, oder eine äußere Sonderung derſelben von der weltlichen Provincialverwaltung beliebt worden wäre. Aeußerlich ſchließt ſich ſelbſt die kirchliche Geſetzgebung immer noch an die provincielle Rechtsverſchiedenheit an, indem für Schleſien, Weſtpreußen und die übrigen Polniſchen Provinzen beſondere Geſetze zur Organiſation der kirchlichen Angelegenheiten ergingen. Aber wie ſehr dieſe Geſetzgebung auch die geſchichtlich gegebenen Verhältniſſe als Ausgangs- und Stützpunkt feſtzuhalten, und die neuen Einrichtungen an die hergebrachte Verfaſſung anzuknüpfen geſucht hat, unverkennbar zeigt ſich doch die Tendenz, in möglichſter Gleichförmigkeit und von denſelben leitenden Grundprincipien aus dieſe neue Geſtaltung der katholiſchen Kirchenangelegenheiten ins Leben zu rufen. Nichts weniger als unvorbereitet war es daher, wenn bei der umfaſſenden Rechtsreform, mit welcher Friedrich der Große ſeine thatenreiche Regierung beſchloß, der eben ſo ſchwierige als bedeutungsvolle Verſuch gewagt wurde, auch die Verfaſſung der katholiſchen Kirche durch eine für die geſammte Monarchie gültige Geſetzgebung zu ordnen, welche die gemeinſame Baſis für die kirchlichen Einrichtungen der einzelnen Landestheile bilden, und nicht bloß das Syſtem der katholiſchen Hierarchie mit der Staatsverfaſſung in Einklang ſetzen, ſondern auch die einzelnen Provincialkirchen gewiſſermaßen zu Einer Landeskirche verbinden ſollte.

In

In dieſer landrechtlichen Kirchengeſetzgebung liegt, bei unbeſchränkter Freigebung des katholiſchen Bekenntniſſes und völliger Gleichſtellung beider Confeſſionen, gleichſam die officielle Erklärung der Preußiſchen Regierung, daß Verfaſſung und Verwaltung der katholiſchen Kirche fortan auch als allgemeine Landes- und Staatsangelegenheit gelten ſolle. Sie bildet, wie in der Gegenwart eine Hauptquelle für die rechtliche Beurtheilung des katholiſchen Kirchenweſens, ſo den entſcheidendſten Wendepunkt für das Verhältniß der Preußiſchen Monarchie zur katholiſchen Hierarchie. Nächſt der Darlegung der kirchlichen Schickſale Schleſiens und Polens, in deren Erwerb der erſte Anſtoß, in deren neuer Organiſation der Uebergang zu jener weſentlichen Umgeſtaltung liegt, welche die Stellung der katholiſchen Kirche im Preußiſchen Staate und zur Staatsgewalt erfahren hat, iſt uns daher vor allem die freilich weit ſchwierigere Aufgabe geſtellt, in gedrängter Charakteriſtik die Eigenthümlichkeit jener Geſetzgebung hervorzuheben.

Zweites Kapitel.
Schleſien.

§. 1.
Schleſien unter Polniſcher Hoheit und in der Zeit ſeiner Selbſtſtändigkeit. Gründung des Biſthums Breslau.

Im neunten Jahrhundert bald unter Mähriſcher, bald unter Böhmiſcher Herrſchaft, ſeit der Mitte des zehnten Schauplatz der Eroberungszüge, durch welche Herzog Mieciſlaw I. die Polniſche Herrſchaft bis in die Elbgegenden zu erweitern ſuchte, wurde Schleſien durch den Frieden zu Cracau, welchen Mieciſlaw's Sohn, Herzog Boleslaw I., im J. 999 erſtritt, von Böhmen getrennt und mit Polen vereinigt. Der Verſuch des Böh-
1034 miſchen Herzogs Brzetiſlaw, das Land ſeiner Botmäßigkeit wieder zu unterwerfen, mislang; von neuem ſah ſich im J. 1054 das Böhmiſche Fürſtenhaus zu Verzicht auf alle Anſprüche gezwungen, und für Jahrhunderte blieb Schleſien im Beſitze des Piaſtiſchen Fürſtengeſchlechts, anfangs als Theil des großen Polenreichs, dann mit getrennter Verwaltung, nach der Mitte des zwölften Jahrhunderts, wo Herzog Boleslaw IV. den Frieden mit den Söhnen ſeines von ihm entthronten älteren Bruders Wladis-
1159 law II. durch die Abtretung Schleſiens erkaufte, als ſelbſtſtändiges Reich [1]).

Auch in kirchlicher Beziehung war Schleſien ſeitdem für lange Zeit von Deutſchland geſchieden. Von Böhmen und Mähren aus hatte ſich, vielleicht ſchon im neunten Jahrhundert, das Chriſtenthum in die Odergegenden ausgebreitet [2]), und die Diöceſan-

1) Vgl. Gebhardi's Geſchichte von Schleſien, in der Hall. Allg. Welthiſtorie Th. 52. Bd. 3. S. 203. 208.

2) v. Frieſe Kirchengeſch. d. Königr. Polen Th. 1. Abth. 1. S. 8. u. 26.

rechte, welche die Biſchöfe von Prag hierauf gründen zu können vermeinten, waren die Böhmiſchen Fürſten zu vertheidigen eben ſo geneigt, als bei den Deutſchen Königen die Anſprüche Unterſtützung fanden, welche das Bisthum Meißen aus der Stiftungsurkunde herleitete, in der die Oder als öſtliche Diöceſangrenze bezeichnet war [3]). Von den Polniſchen Fürſten ward aber ein eigenes Landesbisthum für Schleſien errichtet. Angeblich iſt dies ſchon von Herzog Miecislaw geſchehen, welcher gleich nach ſeinem Uebertritt zur chriſtlichen Religion im J. 966 zu Smogrow in der Gegend von Ramslau auch für Schleſien ein Bisthum gegründet haben ſoll, das im J. 1041 nach Pitſchen im Creutzburger Kreiſe, und elf Jahre ſpäter nach Breslau verlegt worden ſei. Indeß, wie die Erzählung von den durch Miecislaw gegründeten Bisthümern überhaupt nur Fabel iſt [4]), ſo ſteht jener Angabe auch entgegen, daß im J. 966 Schleſien noch nicht zu Polen gehörte; andrerſeits wieder fehlt es nicht an einem zuverläſſigen Zeugniſſe [5]), daß ſchon im zweiten Decennium des elften Jahrhunderts Breslau Sitz des Biſchofes war. Aller Wahrſcheinlichkeit nach hat daher erſt
die Trennung Schleſiens von Böhmen zu feſter Einrichtung des 999
dortigen Kirchenweſens und zur Stiftung des Schleſiſchen Bisthums geführt, dies aber gleich anfangs in Breslau ſeinen Sitz erhalten. Nur in den weſtlichen und ſüdlichen Grenzgebieten behaupteten fremde Biſchöfe eine kirchliche Autorität. Die untere Gegend des Bobers gehörte bis gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts, theilweiſe bis in die Zeit der Reformation, zum Meißner Sprengel [6]), die Grafſchaft Glatz bis auf den heutigen Tag

3) S. oben B. I. Kap. 1. §. 1. — Hieraus dürfte auch zu erklären ſein, daß nach Henelii annal. Silesiae ad A. 1052 (in Sommersberg script. Siles. T. I. p. 198. seq.) König Heinrich IV. die ohne ſein Wiſſen geſchehene Gründung des Bisthums zu Breslau für ungültig erklärt hat.

4) S. oben B. I. Kap. 2. §. 1.

5) Von Ditmar von Merſeburg wird nemlich zum J. 1017 ein Ioannes Wrotislaensis als Gneſener Suffraganbiſchof genannt. — Vgl. überhaupt v. Frieſe a. a. O. Abh. 5. S. 328 flg.

6) Sagan und ein groſer Theil von Glogau iſt erſt im 14ten Jahrhundert, die Gegend von Soran und Priebus, auf dem linken Boberufer belegen, erſt in Folge der Reformation zur Breslauer Diöceſe geſchla-

zur Erzdiöceſe von Prag 7); in Troppau und Jägerndorf erhielt und behauptete das im J. 1063 zu Ollmütz wiederhergeſtellte Mähriſche Bisthum Diöceſanrechte 8), während über die ſpätern Herzogthümer Teſchen und Pleß nebſt dem Beuthener Kreiſe bis auf die neueſte Zeit das Bisthum von Cracau ſich erſtreckte 9). Das übrige Schleſien umfaßte der Breslauer Sprengel, deſſen ältere Grenzen mit dem gegenwärtigen Diöceſanumfange im Ganzen zuſammenfallen, nur daß die Gegend von Schildberg und Kempen und andere Diſtricte Polniſcher Hoheit bis auf die neueſte Zeit zum Breslauer Stift, der Schwiebuſer Kreis dagegen früher zur Diöceſe Poſen gehörten 10). Obwohl aber ſeinem Umfange wie ſeiner Entſtehung nach recht eigentlich Landesbisthum, hat Breslau noch Jahrhunderte lang für ein Polniſches Bisthum gegolten. Bis ins vierzehnte Jahrhundert haben außer wenigen Schleſiſchen Eingebornen nur Polniſche Edelleute den Biſchofsſtuhl inne ge-

---

gen. Vgl. Worbs Geſch. des Herz. Sagan. Züllichau 1795. S. 55. u. 67.

7) Vgl. Zimmermann's Beitr. zur Beſchreibung von Schleſien. Brieg 1783 flg. Th. 9. S. 40. Erſt im J. 1322 iſt nach Henelii ab Hennenfeld Silesiographia renovata Bresl. 1704. T. I. c. 2. §. 41. p. 211. Glatz bleibend mit Böhmen vereinigt worden; die Prager Diöceſanrechte ſcheinen daher nicht ſowohl in den Territorialverhältniſſen der Grafſchaft, als darin ihren Grund zu haben, daß die Biſchöfe von Prag überhaupt Oberſchleſien früher als zu ihrem Sprengel gehörig betrachteten. — In der Bulle De sal. anim. werden auch noch den Biſchöfen von Königingrätz und Leutmeritz ihre bisherigen Diöceſanrechte innerhalb der Preuß. Monarchie vorbehalten. Zur erſteren Diöceſe gehört nur die Kapelle zu Brzovie und das Dorf Schlaney in der Grafſchaft Glatz (ſ. Schleſ. Arch. für pract. Rechtsw. Th. 3. S. 42.); welche Theile von Schleſien zur Diöceſe Leutmeritz gehören, iſt mir nicht bekannt.

8) Troppau, früher zu Mähren gehörig, iſt erſt zu Ende des 13ten Jahrhunderts als Mähriſches Lehn in Böhmiſchen Beſitz gekommen, und durch Vereinigung mit Ratibor in die Reihe der Schleſiſchen Fürſtenthümer getreten. (Gebhardi a. a. O. S. 397.). Vgl. übrigens Vater Privatentwurf eines ſyſt. Repert. der Pr. Schleſ. Verfaſſung. Bresl. 1798. Th. I. Abth. 2. §. 8.

9) Zimmermann a. a. O. Th. 2. S. 207.

10) S. oben B. I. K. 2. §. 1. Note 29. — Nach Henelii Silesiographia c. 10. §. 26. p. 921. haben Polniſche Orte des Kaliſcher und Wieluner Landes zu Breslau, Schleſiſche Orte an der Grenze des Poſener Palatinats zum dortigen Bisthume gehört; welche aber, giebt er nicht näher an.

habt [11]), der Metropolitannexus mit dem Erzſtifte Gneſen, welchem gleich bei deſſen Stiftung Breslau als Suffraganbisthum überwieſen war, hat ſich, obwohl factiſch die Biſchöfe ſchon längſt einer Exemtion genoſſen, in einzelnen Beziehungen bis zu Anfang des ſiebzehnten Jahrhunderts erhalten [12]). Selbſt nach der Vereinigung Schleſiens mit Böhmen hat keiner der Deutſchen Erzbiſchöfe Metropolitangewalt über die Schleſiſche Kirche zu erlangen vermocht; nicht minder blieb es bis auf die neueſte Zeit ſtreitig, ob das Breslauer Stift an den beſondern Gerechtſamen der Deutſchen Bisthümer Theil habe [13]), und während in dem Pommerſchen Slavenlande die Prälaten ſich beſtrebten, durch engeres Anſchließen an das Deutſche Reich ihre kirchliche Unabhängigkeit gegen die Landesherren zu befeſtigen, haben die Breslauer Biſchöfe, wie es ſcheint, niemals den ernſtlichen Verſuch gemacht, durch

---

11) Bei der Wahl des Biſch. Precislaw de Pogarella im J. 1341 verweigerte, auf Anſtiften Königs Caſimir von Polen, der Erzbiſchof v. Gneſen hauptſächlich um deshalb, weil er nicht Polniſcher Abkunft ſei, die Confirmation, welche erſt auf erfolgte Appellation vom Pabſt ertheilt wurde (Henelii Silesiogr. §. 37. p. 93. u. Gebhardi a. a. O. S. 280.). — Wie in Polen, hat in Schleſien manche Einrichtung der griechiſchen Kirche ſich bis ins 13te Jahrh. erhalten (Henelius l. l. §. 31.), und ausdrücklich wird bemerkt, daß Biſch. Zyroslaus zu Ende des 11ten Jahrh. die Liturgie der Cracauer Kirche eingeführt habe, an welcher die meiſten Breslauer Domherren zugleich präbendirt geweſen ſeien (ebend. §. 20.). Auch glaubten, als in Polen König Wladislaw im J. 1320 den Peterspfennig wieder einführte, die Päbſte ihn in Schleſien gleichfalls fordern zu können, und ſetzten es in Breslau und Schweidnitz wirklich durch. Gebhardi a. a. O. S. 248. u. Pachaly Samml. verſch. Schr. über Schleſ. Geſch. u. Verf. Bresl. 1790. Th. 1. S. 127.

12) S. unten §. 7.

13) In einer Urkunde K. Maximilian's v. J. 1515 wird Breslau zwar non minima inter ipsas S. Imperii cathedrales ecclesias genannt (Sommersberg Cod. dipl. Sil. im App. Script. Siles. T. I. p. 799.), auch verweiſet I. A. de Friedenberg tr. de gener. et partic. quibusd. Siles. iurib. Bresl. 1743. T. I. §. 59. über den Unterſchied der päbſtlichen und biſchöflichen Monate lediglich auf das Wiener Concordat, und bemerkt p. 272 flg., daß das Domkapitel alle päbſtliche Proviſionen als vitios verworfen habe, si concordata Germaniae inserta non fuerint. Indeß wie die Oeſterreichiſche Regierung nie den Reichsverband Schleſiens anerkannte, ſo iſt auch nach Vaters Repert. der Pr. Schleſ. Verf. Bd. 2. S. 588 flg. §. 2. die Gültigkeit der Deutſchen Concordate gleich der der Reichsgeſetze für Schleſien jederzeit ſchlechthin in Abrede genommen worden.

Erlangung der reichsfürſtlichen Würde [14]) ihr Bisthum in nähere Beziehungen zu der Prälatur des Deutſchen Reichs zu bringen.

In dieſer kirchlichen Verbindung lag für die Polniſchen Könige, welche gern die lehnsherrlichen Oberhoheitsrechte wiederge-
1173 wonnen hätten, denen Mieciſlaw III., der Bruder und Nachfolger Boleslaw's IV., nochmals hatte entſagen müſſen [15]), ein erwünſchter Anlaß zu immer erneuter Einmiſchung in die Angelegenheiten des Landes. Auf der andern Seite benutzten ebenſo die Herzöge von Böhmen jede Gelegenheit, um ihre alten Anſprüche auf das Schleſiſche Land wieder geltend zu machen. Um ſo mehr hätte Schleſien, wenn nicht der Einheit, doch der Einigkeit ſeiner Fürſten bedurft, um die kaum gewonnene Selbſtſtändigkeit zu behaupten. Statt deſſen verwickelten ſich die Schleſiſchen Piaſten durch Anſprüche auf die Polniſche Erbfolge, welche ſie trotz der geringen Ausſicht auf glücklichen Erfolg faſt bei jedem Thronwechſel erhoben, in immer neue Kriege, die, verheerend für das Land, ſicher Schleſien wieder unter Polniſche Botmäßigkeit gebracht hätten, wenn nicht durch innere Zwietracht die Kraft Polens gebrochen geweſen wäre. Mehr aber noch als durch dieſe Kriege und durch gegenſeitige Befehdung ſchwächten die Schleſiſchen Fürſten ihre Macht in wiederholten Landestheilungen, und bahnten ſelbſt dadurch den Böhmiſchen Königen zur Oberhoheit den Weg.

1159 Gleich nach der Abtretung Schleſiens hatten die drei Söhne Herzogs Wladislaw II. das Land ſo unter ſich getheilt, daß Mieciſlaw, als Herzog von Ratibor, das obere Schleſien, Conrad die niedern Gegenden als Herzogthum Glogau, der älteſte Bruder Boleslaw aber, unter dem Namen eines Herzogs von Schleſien, mit dem Titel der Oberhoheit das mittlere Gebiet

14) In der Reichsmatrikel vom J. 1471 iſt zwar auch das Bisthum „Preßla“ aufgeführt; doch beweiſet dies eben ſo wenig, als die Aufnahme der Brandenburgiſchen Stifter in die Matrikel v. J. 1467, zumal dort auch die Salzburgiſchen Suffragan-Bisthümer genannt werden, welche theilweiſe zwar den Titel, aber unbeſtrittenermaßen nie die Würde eines Reichsfürſten erlangt haben.

15) Gebhardi a. a. O. S. 210.

erhielt [16]). Schon im J. 1178 vereinigte er mit dieſem bei Conrad's Tode Niederſchleſien wieder; ſein Sohn erſter Ehe Jaroslaw, der dem geiſtlichen Stande gewidmet war, um dem jüngern Bruder, Heinrich dem Bärtigen, die alleinige Nachfolge zu verſchaffen, erzwang aber bald darauf die Abtretung von Neiſſe, und entzog durch die Schenkung, welche er nach ſeiner Erhebung 1199
auf den Breslauer Biſchofsſtuhl dem Stifte mit dieſem Lande machte, nicht bloß ein bedeutendes Gebiet für immer ſeinem Hauſe, ſondern legte auch damit den Grund zu der landesfürſtlichen Gewalt der Schleſiſchen Biſchöfe [17]). Auch das übrige Nieder- und Mittelſchleſien, welches noch Heinrich's des Bärtigen († 1238) Sohn Heinrich II. oder der Fromme ungetrennt beſaß, ward nach deſſen Tode im J. 1241 von neuem getheilt. Durch Erbvergleich ſeiner beiden älteren Söhne Boleslaw II. und Heinrich III. entſtanden im J. 1247 die Herzogthümer Liegnitz und Breslau, und ſchon im J. 1254 erzwang der jüngere Bruder Conrad die Abtretung bedeutender Landestheile, aus welchen er ein neues Herzogthum Glogau ſtiftete [18]).

Keins dieſer Herzogthümer entging weiterer Zerſtückelung. Von dem Herzogthum Liegnitz ward im J. 1278 bei Boleslaw's II. Tode Schweidnitz als beſonderes Herzogthum für ſeinen jüngeren Sohn Bolko abgetheilt, deſſen Söhne nach mehrjähriger gemeinſchaftlicher Regierung im J. 1324 eine neue Theilung vornahmen, durch welche neben Schweidnitz die Herzogthümer Jauer (ſeit 1346 wieder damit vereinigt) und Münſterberg entſtanden [19]). Mit Liegnitz, welches dem älteren Sohne Boleslaw's II. Heinrich zugefallen war, vereinigte dieſer im J. 1290 nach dem Ausſterben der Breslauer Hauptlinie deren bedeutendes Beſitzthum; allein ſechs Jahre darauf wurde 1296
durch Theilung ſeiner Söhne nicht bloß Liegnitz, welches dem jüngſten Sohne Wladislaw zufiel, wieder von Breslau getrennt,

16) Gebhardi a. a. O. S. 208.
17) Henelii Silesiogr. §. 28. und Gebhardi a. a. O. S. 211.
18) Gebhardi a. a. O. S. 220.
19) Ebendaſ. S. 236 flg. u. 287.

welches Heinrich VI. erhielt, ſondern auch für den älteſten Sohn Boleslaw das neue Herzogthum Brieg aus jener angefallenen Erbſchaft gegründet [20]). Länger blieb das Herzogthum Glogau ungetheilt, welches Conrad ſeinem Sohne Heinrich I. hinterlaſſen hatte; nach deſſen Tode kam es indeß im J. 1312 auch hier zur Theilung, bei welcher zu Gunſten der beiden jüngſten Söhne Bolko und Conrad ein neues Herzogthum Oels geſtiftet wurde, während das übrige Beſitzthum, anfangs von den drei älteren Brüdern Heinrich, Johann und Przempsl gemeinſchaftlich regiert, bald darauf durch neue Theilung in die Herzogthümer Sagan, Steinau und Glogau zerfiel [21]), ſo daß zu Anfang des vierzehnten Jahrhunderts nicht weniger als zehn Fürſtenthümer in Nieder- und Mittelſchleſien beſtanden. Faſt gleiches Schickſal traf aber auch Oberſchleſien. Dies hatte Caſimir I., der Sohn jenes Mieciſlaw I., bis zu ſeinem Tode im J. 1234 ungetheilt mit dem Titel eines Herzogs von Oppeln beſeſſen, und ſein Sohn Wladislaw I. nach kurzer Trennung das Fürſtenthum Teſchen wieder damit vereinigt; bei deſſen Tode im J. 1288 aber theilten ſeine vier Söhne Mieciſlaw III., Caſimir II., Boleslaw I. und Premiſlaw, und ſtifteten die Herzogthümer Teſchen, Beuthen, Oppeln und Ratibor, in welchen bald auf kürzere und längere Zeit noch neue Nebenlinien entſtanden [22]).

Eine ſo zerſplitterte Macht konnte der Ländersucht des Luxemburger Königshauſes nicht gewachſen ſein. Gemeinſames Handeln und williges Unterordnen unter die oberhoheitliche Gewalt des Breslauer Herzogthums, welche dieſem als der älteſten und Hauptlinie dem ſtrengen Rechte nach allerdings zukam [23]), aber noch

---

20) Gebhardi a. a. O. S. 239. vgl. mit S. 230.

21) Ebendaſ. S. 256—263.

22) Ebendaſ. S. 267 flg.

23) Der Beweis dafür liegt theils in dem Titel der Breslauer Herzöge, welche ſich regelmäßig nur Duces Zlesiae od. Silesiae ohne weiteren Zuſatz nennen, theils in den Privilegien, welche Herzog Heinrich IV. der Breslauer Kirche nicht etwa bloß für ſein Territorium, ſondern für alle innerhalb der Diöceſe belegenen Güter der Breslauer Kirche ertheilte, und die übrigen Fürſten kaum zu beſtreiten wagten. Daher

ſeltener anerkannt, als in Anſpruch genommen wurde, hätte vielleicht noch Schleſiens Unabhängigkeit zu erhalten vermocht; innerlich geſpalten unterlagen die Piaſtiſchen Fürſten nur zu bald der Böhmiſchen Botmäßigkeit.

§. 2.

Unterwerfung Schleſiens unter Böhmiſche Lehnshoheit. Erhebung Breslaus zu fürſtlicher Würde.

Bereits König Ottocar von Böhmen hatte ſein Auge auf das Herzogthum Breslau geworfen, um mit dieſem den Titel eines oberſten Herzogs von Schleſien zu erwerben. In der Hoffnung, durch Verhandlung eher als durch Waffengewalt zum Ziele zu gelangen, hatte er ſich in einem Erbvertrage mit dem kinderloſen 1271
Herzog Heinrich IV. von Breslau, falls er der überlebende Theil wäre, die Nachfolge in des Herzogs Beſitzthum ausbedungen, dagegen dieſem, wenn er früher verſtürbe, Glatz zugeſichert. Der frühzeitige Tod Ottocars vereitelte dieſen Plan, und entzog ſogar Glatz dem Böhmiſchen Reiche; ſein Sohn Wenceslaus IV. wußte indeß den Herzog zu Erneuerung jenes Vertrags zu bewegen, deſſen Erfüllung gegen die zu erwartenden Erbanſprüche der übrigen Schleſiſchen Fürſten dadurch geſichert werden ſollte, daß Heinrich dem Kaiſer Rudolph ſein Herzogthum als Reichslehn auftrug. Wirklich erlangte auch Wenceslaus, als Heinrich IV. im J. 1290 kinderlos ſtarb, vom Kaiſer die Belehnung, das Land aber vermochte er nicht gegen Herzog Heinrich von Liegnitz zu behaupten. Nur in Oberſchleſien, wo Herzog Caſimir II. von Beuthen und Koſel mit Zuſtimmung der Stände ſich wenige Jahre vorher der Böhmiſchen Lehnshoheit unterworfen hatte, gelang es dem Könige feſten Fuß zu faſſen [1]). 1282

Deſto glücklicher war das Luxemburger Haus. Die Streitigkeiten der Schleſiſchen Fürſten benutzend, knüpfte König Jo-

---

war auch das Abſehen der Böhmiſchen Könige vor allem auf den Erwerb des Herzogthums Breslau gerichtet.

1) Gebhardi a. a. O. S. 224 flg., Stenzel Geſch. des Preuß. Staats Th. 1. S. 111.

hann von Böhmen, um ſie zu Lehnsauftrage zu bewegen, nach allen Seiten hin Verhandlungen an, denen er durch verheerende Kriegszüge, zu welchen Anlaß leicht gefunden war, namentlich gegen die Breslauer Hauptlinie Nachdruck zu geben ſuchte. Entſchieden weigerte ſich anfangs Herzog Heinrich VI., der Zumuthung Johann's nachzukommen; allein die von Kaiſer Ludwig dem Baier gehoffte Hülfe ward ihm eben ſo wenig, als Unterſtützung von den Stammesvettern, ſo daß, ſchwer bedrängt von ſeinem Bruder Herzog Boleslaw von Brieg, ihm nichts übrig blieb, als der Waffenmacht ſeines Gegners zu weichen. Ohne männliche Erben, und ohne Hoffnung ſeinen Töchtern die Succeſſion ſichern zu können, überließ er ſogar gegen Zuſicherung lebenslänglichen Beſitzes am 4. April 1327 ſein ganzes Beſitzthum der Krone Böhmen zu völligem Eigenthum[2]. Kurz vorher aber hatten ſchon die Herzöge Caſimir III. von Teſchen, Wladislaw III. von Beuthen, Johann von Auſchwitz ſich und ihr Land der Böhmiſchen Lehnshoheit unterworfen; am Tage nach jenem Vertrage mit Heinrich VI. geſchah gleiches von Bo-
1329 leslaw III. von Oppeln, und zwei Jahr ſpäter entſchloſſen ſich auch die Herzöge Boleslaw III. von Liegnitz und Brieg, Johann von Glogau und Steinau, Heinrich II. von Sagan, und Conrad von Oels zur Anerkennung der Böhmiſchen Lehnsherrlichkeit und zum Verzicht auf ihre Unabhängigkeit[3].

In kurzer Friſt ſah ſich König Johann dem ohne ſtrenge Wahl der Mittel raſtlos verfolgten Ziele nahe. Anſcheinend war freilich mit der Lehnsherrlichkeit für eine wahre Oberhoheit über Schleſien, wie ſie in früheren Jahrhunderten die Böhmiſchen Herzöge geübt hatten, wenig gewonnen. Denn den Schleſiſchen Fürſten blieb der ungeſchmälerte Beſitz ihrer Jurisdictions-, Münz-, Zoll-, Zinsrechte und ſonſtigen Regalien, überhaupt

---

2) Gebhardi a. a. O. S. 235.

3) Ebend. S. 242. 257. 260. 263. 269. flg. 275. — Die Urkunden über dieſe Lehnsaufträge finden ſich größtentheils in Sommersberg script. Siles. Tom. I. App. und in Lünig's Reichsarchiv P. spec. Cont. I.

ihre bisherige landeshoheitliche Gewalt[4]); nicht einmal eventuelle Huldigung ward in den einzelnen Herzogthümern dem Könige von den Ständen und Unterthanen geleiſtet, ſondern dieſe gebührte nach wie vor allein den Herzögen als Landesherren[5]), und ſogar die Lehnserneuerung, obgleich nach der Strenge des Rechts wie nach dem Inhalte mancher jener Verträge Pflicht jedes Nachfolgers, wurde meiſt nur beim Regierungsantritt des neuen Königs nachgeſucht[6]). Abgabenfreiheit hatten die Lehnsverträge den Fürſten ſelbſt wie ihren Unterthanen ausdrücklich zugeſichert, über die Leiſtung der Lehndienſte keine nähere Beſtimmung getroffen, ſo daß die Dienſtpflicht von dem guten Willen der Fürſten, oder doch von der Macht des Königs abhängig war[7]). Die oberrichterliche Gewalt der Krone in den einzelnen

---

4) In dem für das Herz. Liegnitz ausgefertigten Privilegium vom J. 1329 (bei Lünig a. a. O. S. 287. und Sommersberg l. l. Tom. III. p. 899.) verſpricht König Johann, die Herzöge „zu laſſen „bey allen ihren Rechten und bey aller Freyheit, in welcher Weiß „die an ſie kommen und bracht iſt von ihren Vorfahren, und nicht „zu hindern, es ſey an Mannſchaft, Gulten, Zinſen, Zöllen, Ge„richten, den oberſten und den niedrigſten in Burgken, Städten, „Dörffern und uff dem Lande, allerhand Bergwergk ... München, „Pfaffen, Clöſtern, Münchhofen, Kirchhofen, Juden u. ſ. w., als „daß (ſie) mögen fridlich ohne alle Fragen und Irlaub brechen und „bawen newe und alte Veſte, wo ſie deß gelüſt ihren Landen czu „Frommen und czu Nutze.“ In der Unterwerfungsurkunde Heinrichs von Sagan (Lünig a. a. O. S. 285.), und ähnlich in andern, heißt es, daß der Herzog zu Lehn aufgetragen und zurückempfangen habe omnia et singula bona cum iisdem libertatibus et iuribus, quibus a praedecessoribus nostris ad nos pervenisse noscuntur.

5) Nur Adel und Städte der Erbfürſtenthümer erſchienen auf den Fürſtentagen, um, wie die Fürſten die Lehnspflicht, ſo ihrerſeits den Huldigungseid dem Könige zu leiſten. S. Pachaly a. a. O. Th. 2. S. 99.

6) In der Urkunde Carl's IV. über die Incorporation Schleſiens (ſ. §. 2. zu E.) wie in mehreren Lehnsurkunden, namentlich der Oberſchleſ. Fürſten (ſ. Lünig a. a. O. S. 281 flg.), wird ausdrücklich für jeden Lehnsfall die Leiſtung der Lehnspflicht vorbehalten. Für andere Herzogthümer z. B. Glogau, Münſterberg (Lünig S. 284. und 290.) war nichts darüber beſtimmt, und hier ſcheint man dem Beiſpiele der Breslauer Biſchöfe gefolgt zu ſein, denen die Lehnserneuerung nur bei Thronfällen oblag.

7) Außerhalb der Grenzen des Fürſtenthums und Landes zu dienen,

Fürſtenthümern ward zwar nicht ausgeſchloſſen, aber überall beſchränkt, und konnte, wo vorbehalten, meiſt nur mit Waffengewalt geltend gemacht werden [8]). Selbſt der dereinſtige Lehnsanfall blieb ungewiß, ſo lange die Schleſiſchen Fürſten zu Erbverbrüderungen ſich berechtigt glaubten, und Veräußerungen, auch wo ihnen das Recht dazu nicht ausdrücklich vorbehalten war [9]), im Großen wie im Kleinen, und ſelten ohne Erfolg verſuchten. Indeß an äußerer Macht war keiner der Schleſiſchen Herzöge der Krone gewachſen, ein gemeinſames Unternehmen von ihnen ſo wenig zu fürchten, als eine andauernd kräftige Unterſtützung von Seiten Polens; um ſo eher aber eröffnete die Lehnsherrlichkeit, für die Zukunft wenigſtens, zu wahrer Oberhoheit die Ausſicht, als König Johann mit dem Herzogthum Breslau in doppeltem Sinne den Titel einer oberherzoglichen Gewalt gewonnen hatte. Mit raſchem Entſchluſſe ſuchte er daher, als am 24. November 1335 Herzog Heinrich VI. ſtarb, ſich vor allem den Beſitz dieſes Fürſtenthums zu ſichern [10]). Bald genug zeigten ſich auch die glücklichen Folgen; denn ſchon im folgenden
1336 Jahre übernahm Herzog Boleslaw I. von Münſterberg die
1340 bisher verweigerte Lehnspflicht, und einige Jahre ſpäter erkannte ſowohl Herzog Nicolaus von Troppau, welchem durch ſeine Gemahlinn das bis dahin in voller Unabhängigkeit vom Herzog

---

wird in dem Privil. für Schweidnitz vom J. 1353 ausdrücklich dem Belieben des Herzogs anheim geſtellt; beſtimmte Stipulationen über die zu ſtellende Lehnsmannſchaft finden ſich m. W. nirgends.

8) In dem Privil. für Liegnitz wird z. B. nur für die Streitigkeiten mit Standesgenoſſen und bei etwaniger Rechtsverweigerung eine Gerichtbarkeit des Königs anerkannt, und in dem Lehnbriefe für Sagan ausdrücklich ausbedungen, daß, si cum clericis, civibus, iudaeis et rusticis aliquid causae, quaestionis vel iudicii instauraverimus, Rex, heredes et successores sui intromittere se non debeant quovis modo.

9) Dies war z. B. in Steinau, Sagan, Liegnitz der Fall (Lünig a. a. O. S. 284. flg. und Sommersberg l. l. p. 899.), wo den Herzögen nur eine Anzeige an den König behufs etwanigen Verkaufs zur Pflicht gemacht war.

10) Gebhardi a. a. O. S. 236. Der Widerſpruch der Herzöge von Liegnitz und Brieg wurde nicht beachtet, und im J. 1383 förmlich von ihnen zu Gunſten Böhmens Verzicht geleiſtet. Ebend. S. 297.

Leſtko behauptete Herzogthum Ratibor zugefallen war, als das Breslauer Stift die Böhmiſche Lehnshoheit an[11]).

Mit dem Gebiete von Neiſſe, der Schenkung Herzogs 1199
Jaroslaw, hatten die Biſchöfe von Breslau nicht bloß Ott-
machau vereinigt, ſondern durch Kauf von den Herzögen von 1222
Münſterberg auch Patſchkau an ſich gebracht, und durch Erwerb einzelner Diſtricte und Güter, namentlich des Ujeſter Halts, ein bedeutendes Beſitzthum gewonnen[12]). Die Schutzherrlichkeit der Herzöge von Breslau erkannte, wie es ſcheint, das Stift willig an[13]), war dagegen ſeit der Zeit Heinrich's des Bärtigen in faſt ununterbrochenem Streite mit den Herzögen[14]), theils über das Zehntrecht, welches die Biſchöfe in Anſpruch nahmen, die Fürſten und Adligen weder für ihre eignen Beſitzungen noch für die von ihnen gegründeten Stifter und Gemeinden anerkennen wollten, theils über die canoniſchen Immunitäten des Kirchenguts, denen die von den Herzögen hergebrachten Zins- und Dienſtrechte ebenſo widerſprachen, als deren ſtets erneute Steuerforderungen, theils darüber, ob die landesherrlichen Rechte, welche Jaroslaw als geborner Schleſiſcher Fürſt in Neiſſe geübt hatte, mit der Schenkung auf das Stift übergegangen ſeien, oder den Herzögen von Breslau gebührten, zu deren Fürſtenthum bisher Neiſſe gehörte. In wiederholten Vergleichen, durch welche unter mancherlei Einſchränkungen das Zehntrecht, wie auch für gewiſſe Fälle eine wahre Steuerpflicht der Kirche anerkannt wurde, und welche den Herzögen, indem ſie auf die bisher bezogenen Abgaben verzichteten, in der Verleihung des Blutbanns und einem Antheile an den Gerichtsgefällen eine Oberherrlichkeit

---

11) Ebend. S. 252. und 278.

12) Pachaly a. a. O. Th. 1. S. 124. Henelii Silesiogr. §. 30.

13) In der biſchöflichen Urkunde vom J. 1342 (ſ. Note 20.) wird ausdrücklich vom Herzoge von Breslau geſagt: patronus fuisse agnoscitur ab antiquo.

14) Vgl. hierüber vor allem G. A. Tzſchoppe's und G. A. Stenzel's Urkundenſamml. zur Geſch. des Urſpr. der Städte in Schleſ. und der Oberlauſitz. Hamb. 1832. S. 83. flg.

ſichern ſollten[15]), hatte man Erledigung dieſes Streits geſucht, meiſt aber nur für kurze Zeit gewonnen. Doch wußte zuletzt Biſchof **Thomas II.** die Immunität des Kirchenguts und landesfürſtliche Gewalt des Stifts zu behaupten, indem er im J. 1290 von dem ſterbenden Herzog **Heinrich IV.** ein Privilegium erlangte, worin dieſer die völlige Freiheit der Stiftsbeſitzungen von allen ſtändigen Dienſten und Abgaben anerkannte, und unter Ertheilung ausſchließlicher Gerichtsgewalt und anderer Regalien dem Biſthume für Neiſſe und Ottmachau das Fürſtenrecht zu vollem wahrem Eigenthum verlieh[16]).

Im Beſitz dieſer Vorrechte, welche Herzog **Heinrich** von

---

15) Mit dem Vergleiche zwiſchen H. Heinrich II. und Biſchof Laurentius vom 5. Jan. 1230, worin der Herzog die obigen Rechte ſich vorbehält (in d. angef. Samml. Nr. 13. S. 290.) und dem ähnlichen Privilegio des Herz. Wladislaw von Oppeln vom J. 1260 (daſ. Nr. 50. S. 341.), ſind beſonders die Urk. der Breslauer Herzöge Boleslaw und Heinrich III. vom J. 1245 und 1250 zu vergleichen (daſ. Nr. 24. und 33. S. 306. und 320.), worin dieſe den Biſchof zur Anlegung eines Markts und zur Ertheilung ſtädtiſcher Rechte ermächtigen, zum ſichern Beweiſe, daß ſie damals in Neiſſe noch als Oberherren galten.

16) Nos **Henricus** D. Zlesiae, Cracoviae etc. . . . conferimus omnibus possessionibus, civitatibus, vicis etc. puram, perfectam et integram libertatem ab omnibus servitiis teutonici iuris et polonici, ab omnibus angariis et parangariis, collectis pariter atque vecturis et aliis quibuscunque vexationibus, quocuoque nomine censeantur. Liberamus etiam expresse et nominatim terram Nissensem et Ottmuchoviensem, nec non et alia bona ecclesiastica in Wratislaviensi dioecesi constituta ab omnibus servitiis supradictis, **renunciantes** . . . **omni iurisdictioni et iuri ducali**, quod nobis competebat in possessionibus supradictis, conferentes etiam ecclesiae Wratislaviensi **dominium, iurisdictionem et facultatem maioris iudicii** super causis sanguinum et specialiter super omnibus causis maioribus, quae **ius ducale** hactenus contingebant, conferentes etiam eidem libertatem in terra Nissensi et Ottmuchoviensi tam in iudiciis quam in moneta, volentes, ut **Episcopi . . . in ibidem plenum dominium perfectumque in omnibus habeant ius ducale** etc. Act. Wratisl. A. 1290 in vig. B. Ioan. Bapt. — Die vollſtändige Urkunde ſ. u. a. bei **Sommersberg** l. l. T. I. p. 781., de **Weingarten** Cod. Ferdinandeo-Carolinus Prag 1720 p. 91., **Lünig** a. a. O. P. spec. Cont. I. Fortſ. 1. S. 271. — In Folge, und gleichſam zur Bewährung dieſer neu gewonnenen Landeshoheit erklärte Biſchof Thomas noch in demſelben Jahre Neiſſe zum Oberhofe für alle biſchöflichen Städte und Dörfer. (**Tzſchoppe** und **Stenzel** a. a. O. Urk. Nr. 83. S. 409.)

Glogau ſofort, im folgenden Jahre auch der Erzbiſchof von Gneſen mit ſeinen Suffraganen, ſo wie Pabſt Nicolaus IV. beſtätigten[17]), war das Stift ſeitdem unbeſtritten verblieben. Kaum aber hatte König Johann nach dem Anfalle von Breslau feſten Fuß in Schleſien gefaßt, als er außer dem Patronate ſeiner Vorfahren hoheitliche Rechte über das Bisthum wieder anſprach, und durch Waffengewalt den Biſchof Nanker zur Unterwerfung zu zwingen verſuchte. Der Streit endete mit dem Bannſpruche gegen Johann; dem Könige blieben aber die neuen Unterthanen treu, und bei des Biſchofs Tode wußte er die Wahl auf 1341
ſeinen Kanzler Precislaus de Pogarella zu lenken, dem zwar der Gneſener Erzbiſchof auf des Königs von Polen Betrieb die Confirmation verweigerte, Pabſt Benedict II. aber ertheilte[18]). Bis zur Unterwerfung unter Böhmiſche Lehnshoheit ſteigerte ſich allerdings des neuen Biſchofs Ergebenheit nicht; gegen Beſtätigung der von den Breslauer Herzögen verliehenen Immunitäts-Privilegien[19]) erkannte er indeſſen den König im J. 1342 von neuem förmlich als Patron des Bisthums an[20]), und als er bald darauf das Gebiet von Grottkau erſt pfandweiſe, dann käuflich vom Herzog Boleslaw von Liegnitz an ſich brachte, konnte er ſich für dies neue Beſitzthum der Lehnspflicht gegen die Krone Böhmen nicht mehr entziehen[21]). Für die

17) Tzſchoppe und Stenzel a. a. O. S. 50. flg.

18) Gebhardi a. a. O. S. 280.

19) Ein mehreres enthält die von Sommersberg l. l. T. I. App. Nr. 7. p. 782. mitgetheilte Urkunde nicht, namentlich keine Beſtätigung des ius ducale.

20) Freilich mehr indirect dadurch, daß er, unter Anerkenntniß der über die übrigen Schleſiſchen Fürſten zuſtändigen Lehnshoheit, zugleich aber unter der Erklärung, an Neiſſe plenum et liberum dominium zu beſitzen, dem Könige mit den Worten: desiderantes D. Ioannis R., heredum et successorum suorum regni Boemiae rempublicam salubriter prosperare, sibi tamquam patrono principali in ducatu Wratisl., sicut D. Henricus VI. patronus fuisse dignoscitur ab antiquo etc., das Oeffnungsrecht zuſicherte (Sommersberg l. l. p. 788.)

21) Den vom Biſchofe und Kapitel ausgeſtellten Lehnsrevers, welcher ausdrücklich erklärt, daß ſie nur ratione terrae Grotkoviensis ad iura feudalia secundum naturam veri feudi, tamquam vasallus et princeps domino suo verpflichtet ſeien, ſ. ebend. p. 793.

übrigen Beſitzungen des Stifts kam es nicht zu förmlichem Lehnsauftrage[22]; allein die Verbindung Grottkaus mit Neiſſe, welches allein Fürſtenrechte beſaß[23], die Patronatrechte über Kirche und Kapitel, welche der König zu Anſprüchen auf eine wahre Oberherrlichkeit benutzte, vor allem aber die Uebermacht Johann's, um ſo gefährlicher für das Stift, als dem Könige auf allen biſchöflichen Schlöſſern das Oeffnungsrecht zuſtand, brachten bald den Biſchof factiſch in eine ähnliche Abhängigkeit von der Krone Böhmen, als die weltlichen Fürſten durch förmliche Verträge übernommen hatten.

Von der Lehnspflicht gegen Böhmen waren nur noch die Herzöge Boleslaw von Schweidnitz und Heinrich II. von Jauer frei, beide unter einander einig wie in ihrem Widerſtande gegen die ſtets erneuten Böhmiſchen Zumuthungen, beide zu mächtig, als daß Carl IV., welcher inzwiſchen ſeinem Vater in Land und Plänen gefolgt war, von Gewalt glücklichen Erfolg hätte hoffen dürfen. Das beim Mangel männlicher Erben bevorſtehende Ausſterben dieſer Linien wußte aber Carl zu noch größerem Gewinn zu nutzen. Die Verlobung ſeines Sohnes Wenzel mit Anna, der Erbtochter Herzogs Heinrich, ſollte ſeinem Hauſe den Anfall von Jauer ſichern, und als Wenzel noch vor

22) Außer der Note 20. erwähnten Urkunde ſpricht theils dafür, daß in einer Urkunde vom J. 1358 (ebend. p. 785.) Neiſſe ein speciale patrimonium ecclesiae Wratisl. genannt, und dabei ausbedungen wird, quod terra Nissensis libera semper existet, theils die Art, wie B. Precislaus im J. 1359 (ebend. p. 783.) für den Fall unbeerbten Todes Carl's IV. deſſen Bruder Johann von Mähren anerkennt, und ihn nur für Grottkau und deſſen Zubehör verum legitimum ordinarium hereditarium et naturalem dominum, ſonſt nur principalem patronum nennt.

23) Auf welcher von beiden Beſitzungen die fürſtliche Würde beruhe, iſt bis auf die neueſte Zeit um ſo ſtreitiger geblieben, als die Urkunde vom J. 1358, welche den Biſchof ausdrücklich als princeps ligius beſtätigt, nur Grottkau nennt, ohne doch das für Neiſſe verliehene ius ducale darauf auszudehnen. Die auch wohl aufgeſtellte Anſicht, daß dem Biſchofe nur, ſo fern er fürſtlichen Geſchlechts war, die Fürſtenwürde gebührt habe, iſt jedenfalls irrig; die conſtante Titulatur der Breslauer Prälaten mit Princeps, wie die Faſſung der Urkunde vom J. 1358 ſpricht dagegen, am meiſten, daß Precislaus ſelbſt nur adliger, nicht fürſtlicher Herkunft war.

vor der Vermählung ſtarb, erwählte der König ſelbſt Anna zu 1353
ſeiner Gemahlinn, welcher ihr Oheim Boleslaw, gegen Vorbehalt lebenslänglichen Beſitzes beider Herzogthümer für ſich und ſeine Wittwe, ſeine ſämmtlichen Lande mit Zuſtimmung der Stände übertrug[24]).

Mitten im Lande war ſo ein bedeutendes unmittelbares Beſitzthum gewonnen, ähnlicher Erwerb in nahe Ausſicht geſtellt, über ganz Schleſien endlich oberherrliche Gewalt begründet. Für ewige Zeiten dieſe der Krone Böhmen zu ſichern, erließ Carl **IV.** in Kraft ſeiner kaiſerlichen Würde unterm 7. October 1355 eine goldne Bulle, welche unter Beſtätigung der eidlichen Lehnspflicht alle Schleſiſchen Herzogthümer, mit Ausnahme nur von Schweidnitz und Jauer, gleich den unmittelbaren Beſitzungen dem „Reiche und der Krone Böhmen“ für immer zuſchlug und einverleibte[25]). Die erneute Verzichtleiſtung auf jegliche Rechte an Schleſien, zu welcher König Caſimir von Polen endlich ſich ver- 1356
ſtand, löſte zugleich alle politiſche Verbindung mit dem Polniſchen Reiche. Alles Ernſtes war auch Carl darauf bedacht, die ſchon früher bei P. Innocenz **VI.** in Antrag gebrachte 1358
Aufhebung des Gneſener Metropolitan-Nexus durchzuſetzen, um das Breslauer Stift dem neuen Erzbisthume Prag zu unterwerfen, und dadurch Schleſien noch enger an Böhmen zu knüpfen[26]). Mochten indeß ſchon damals die Breslauer Biſchöfe die Hoffnung hegen, daß das von Innocenz **IV.** im J. 1245 dem Stifte ertheilte Privilegium, obſchon es nur gegen Eingriffe in die Diöceſangewalt Schutz zuſicherte, die Metropoli-

---

24) Gebhardi a. a. O. S. 247. flg., Pachaly a. a. O. Th. 2. S. 97.

25) Vgl. Sommersberg l. l. T. I. p. 776., Goldast de regni Boem. iurib. App. doc. p. 83., Lünig a. a. O. P. spec. Cont. I. p. 309. Von Schleſiſchen Fürſten werden genannt die Herzöge von Liegnitz, Brieg, Münſterberg, Oels, Glogau, Sagan, Oppeln, Falkenberg, Strelitz, Teſchen, Beuthen, Steinau und Oſchwitz, aber weder die von Schweidnitz und Jauer noch, was auffallender, die Stiftsbeſitzungen erwähnt.

26) Gebhardi a. a. O. S. 437. und 438.

tanrechte Gneſens dagegen ausdrücklich anerkannte[27]), zu Gewinnung kirchlicher Immedietät führen könnte, oder fürchtete der Clerus, daß der König die Abhängigkeit von dem Prager Erzbiſchofe in einer Weiſe benutzen möchte, welche den weltlichen Intereſſen wie der geiſtlichen Selbſtſtändigkeit der Kirche gleich nachtheilig wäre, enger als früher ſchloß ſich das Breslauer Stift an Gneſen an[28]). Wie geneigt auch Biſchof Precislaus ſonſt den Unternehmungen des Königs war, mußte Carl doch auf jenen Plan verzichten. Gegen Beſtätigung aller dem Stifte ertheilten Privilegien und gegen förmliche Anerkennung der fürſtlichen Würde der Breslauer Biſchöfe, welche ſeitdem als Fürſten von Neiſſe und Herzöge von Grotkau den erſten Rang unter

---

27) In der ſpätern Zeit hat man dieſe Bulle wohl als Exemtionsprivilegium wollen gelten laſſen; ſie enthält aber nichts, was dazu berechtigte, als daß gleich im Eingange der Breslauer Kirche mit den Worten: ecclesiam S. Ioannis B. Wratislaviensem ... sub B. Petri et nostra protectione suscipimus, der Schutz des Röm. Stuhls für alle ihre Beſitzungen, welche Niemand zu erblichem Rechte inne haben könne, zugeſichert wird. Sonſt beſtimmt ſie nur, daß die mit Zuſtimmung des Kapitels ergangenen Verfügungen verbindlich ſeien, Niemand den vom Biſchof ausgeſprochnen Bann löſen, oder ohne deſſen Zuſtimmung Prieſter ein- oder abſetzen könne, vor allem aber, daß kein Biſchof anders als auf Grund päbſtlicher Delegation geiſtliche Gewalt innerhalb des Sprengels üben dürfe. Die Faſſung dieſer letzteren Zuſicherung (sacrorum canonum auctoritatem sequentes statuimus, ut nullus episcopus vel archiepiscopus absque Wratislav. Episcopi consensu conventus celebrare, causas etiam vel ecclesiastica negotia in Wratisl. dioecesi, nisi per Rom. Pontificem vel eius legatum fuerit eidem iniunctum, tractare praesumat, nisi forsan Metropolitanus eius aliquod praemissorum fecerit in casibus sibi a iure concessis) läßt vollends keinen Zweifel, daß nicht eine Ausnahme vom gemeinen Kirchenrecht begründet, ſondern nur deſſen Verletzung vorgebeugt werden ſollte. Vgl. Sommersberg l. l. p. 779.

28) Dies zeigte ſich deutlich beim Tode B. Przeslaus im J. 1376. Das Kapitel wählte gegen des Königs Willen den Domdechanten, und ließ den auf Betrieb Carl's beſtellten Adminiſtrator ſelbſt dann nicht zu, als jenem Pabſt Gregor XI. die Confirmation verweigerte; kaum aber hatte nach deſſen Tode der Dechant vom Pabſt Clemens VII. die Beſtätigung erhalten, als das Kapitel, bloß weil die Gneſener Provinz ſich zur Obedienz des Gegenpabſtes Urban VI. hielt, ſeinen eignen Candidaten aufgab, und im J. 1382 zur Poſtulation des Herzogs Wenzel von Liegnitz ſchritt. S. Henelii Silesiogr. c. 8. §. 88. p. 100.

Schleſiens Fürſten einnahmen, erlangte Kaiſer Carl nur die urkundliche Zuſicherung, daß Biſchof und Kapitel fortan für ewige Zeiten den König von Böhmen nicht bloß als oberſten Schutz-, ſondern auch als Lehnsherrn anerkennen, und bei jedem Thronwechſel eidlich der Krone Treue, Gehorſam und Unterwürfigkeit geloben würden[29]).

29) Die Unterwerfungsurkunde vom 30. November 1358 (bei Sommersberg p. 789.), mit welcher die Urkunde Carl's, wodurch Grotkau dem Stifte incorporirt wird, ſo wie der Lehnsbrief über dies Gebiet, beide von demſelben Jahre, in der Hauptſache übereinſtimmen (ebend. S. 784. und 793.), lautet im Weſentlichen: Quia ... D. Carolus I. R. .... tamquam Boemiae Rex principatus, ducatus, terrarum et districtuum et civitatis Wratislav. ... hereditarius, ordinarius, ac naturalis dominus, et legitimus heres existit, ... et quia omnium principatuum et ducatuum. ...., Svidnicensi et Iawrensi dumtaxat excepto, partim directo, partim vero utili et immediato dominio est ... superior dominus generalis ...; profitemur, quod Dominus noster Imp. tamquam Boemiae Rex ... est patronus noster principalis et dominus ratione Wratislaviensis ecclesiae et bonorum ipsius ..., quodque ad Boemiae Reges, Regnum et Coronam tamquam principalem patronum et dominum nostrum tenemur et volumus fidelem habere respectum, ac ipsos tamquam principales patronos ac dominos iuvare fideliter et ... venerari ...; promittentes, ... quod quotiescunque Regem Boemiae ... mori continget, quod tunc Episcopus Wratislaviensis ... nomine et vice sui et capituli ad coronationem futuri Regis, tamquam ad solennitatem et gaudium patroni et domini nostri Wratisl. ecclesiae, tenebuntur et debebunt accedere, et ibidem coronato Rege statim ab ipso oppidum Krotkow in feudum suscipere et ... iuramentum homagii, fidelitatis et obedientiae ac subiectionis ... ratione oppidi et terrae iam dictorum ... innovare, ac ipse Wratisl. Episcopus ... velut alii principes ligii, capitulum vero einsdem ecclesiae tamquam vasalli Regni et Coronae Boemiae omnia et singula facient, quae iuxta privilegia et consuetudines Regni et Coronae Boemiae facere tenebuntur etc. — Noch beſtimmter iſt das Rechtsverhältniß zwiſchen dem Stifte und der Krone in dem vom Biſchof Wenzel im J. 1383 ausgeſtellten Lehnsreverſe (bei Sommersberg Tom. II. App. p. 75.) in folgender Weiſe ausgedrückt: „Wir Wentzlaw von G. G. Biſchof zu Breslau bekennen öffentlich ..., daß wir als ein Biſchof zu Breslau und ein Fürſt des Königreichs zu Behmen von unſerm und des Biſchoffthumbs wegen, und mit uns die ehrſamen Hanko, Probſt zu Lubus, und Niclas von Riſenburg, Thumherrn zu Breslau, als edle Manne des Königs zu Behmen von unſres gemeynen Capitels wegen ... das Hertzogthumb und Herrſchaft zu Grotkow ... von Herrn Wentzlawen Röm. und Behm. Könige .... unſerm rechten Erbherren zu rechten fürſtlichen Lehn empfangen haben, und vorgenannter Wentzlaw Biſchoff als ein Fürſt,

§. 8.

Verfall der Böhmiſchen Oberhoheit.

Das Werk Carl's IV. vermochten deſſen Nachfolger nicht zu vollenden, kaum die Verbindung Schleſiens mit Böhmen zu erhalten[1]). Unter ſeinen Söhnen Wenzel und Sigismund verfiel ſelbſt in Böhmen das königliche Anſehn, vollends die Lehnshoheit über Schleſien. Mit wenigen Ausnahmen der katholiſchen Lehre treu ergeben, waren ſeit den huſſitiſchen Unruhen Fürſten und Stände einer Rückkehr unter Polniſche Oberhoheit, der geſammte Clerus zugleich engerem Anſchluß an das Gneſener Erzſtift mehr denn je geneigt[2]), von welchem man Einmiſchung in die Diöceſanverwaltung weniger befürchten zu müſſen, als Vertretung gegen die Anmaßungen des Römiſchen Stuhls erwarten zu dürfen glaubte, der gerade zu dieſer Zeit mit großer Willkür für höhere wie niedere Kirchenämter ein Proviſionsrecht geltend machte, und bei den Böhmiſchen Königen um ſo mehr Vorſchub fand, als dieſe auf ſolchem Wege ihr vom Domkapitel beſtrittenes Commendationsrecht am leichteſten zu

---

Hanko und Niclas als edle Manne ... haben Jme davon als einem Könige zu B. unſerm Erbherrn gehuldet, gelobt und geſworen leibhafftige Eyde zu den Heiligen, als wir demſelbigen unſerm Herrn, ſeinen Erben und Nachkommen als Königen zu B., unſern rechten, natürlichen, ordentlichen und erblichen oberſten Lehnsherrn holde, getreu, gehorſam und gewer ſeyn ſollen und wollen, ihren Schaden zu wenden und frommen zu werben, und alles das gegen Jhnen zu thun, das wir Jnen als Jre des Königreichs und der Crone zu B. Fürſt und edle Manne ſchuldig oder pflichtig ſeyn zu thun, ohne alles geverde und arge Liſt."

1) Ueber die politiſche Geſchichte Böhmens und Schleſiens ſeit dem Tode Carl's IV. im J. 1378 vgl. Gebhardi a. a. O. S. 441. flg.

2) Biſchof Conrad, Herzog von Oels (1417—47) war zwar ein Gneſener Viſitationsrecht anzuerkennen nicht geneigt (Gebhardi a. a. O. S. 284.); die Statuta provincialia Erzbiſchofs Nicolaus vom J. 1420 aber wurden von ihm publicirt, und bilden einen Theil der Antiqua collectio synodalium Wratisl. fol. 52. seq. Sein Nachfolger Peter ſuchte und erhielt in aller Form Rechtens die Beſtätigung in Gneſen (Henelii Silesiogr. §. 41. p. 112.), und bei der Wahl des Biſchofs Rudolph im J. 1467 machte ſogar Caſimir von Polen mit Erfolg das ſeinen Vorfahren zugeſtandene Commendationsrecht wieder geltend. (ebend. §. 44. p. 119.)

wahrer Nomination der Biſchöfe erweitern, und die Wahlfreiheit des Bisthums ganz aufheben zu können hofften[3]).

Zur Herſtellung des königlichen Anſehns und innerer Ordnung im Lande wäre der kräftigere Albrecht von Oeſterreich, Eidam und Nachfolger Sigismund's, wohl geeignet geweſen. Sein frühzeitiger Tod vereitelte aber dieſe Hoffnung, und während der Minderjährigkeit ſeines Sohnes Ladislaw konnte Ruhe und geordnete Verwaltung ſo wenig zurückkehren, als unter den innern Streitigkeiten, welche Georg Podiebrad's Berufung von der Statthalterſchaft zur königlichen Würde bald nach Ladislaw's Tode, vollends ſeit Paul II. den König Georg gebannt hatte, in Böhmen und Schleſien hervorrief. Erſt als mit Georg's Tode König Matthias von Ungarn feſteren Fuß gewann, eröffnete ſich, troß dem, daß auch ihm in Wladislaw von Polen, einem Schweſterſohne Ladislaw's, ein Nebenbuhler erſtand, zur Wiederherſtellung des königlichen Anſehns einige Ausſicht. 1439 1456 1466 1471

Noch während der Kriegsunruhen gelang es Matthias, die Schleſiſchen Fürſten, wie ſchwer ihnen auch der Verluſt ihres bisher unbeſtrittenen Fehderechts fallen mußte, zur Annahme des im J. 1474 ausgeſchriebenen Landfriedens zu nöthigen[4]), deſſen Handhabung der vom Könige eingeſetzten Oberlandeshauptmannſchaft anvertraut wurde[5]). Ein viel bedeutenderer Schritt zur Befeſtigung der königlichen Oberhoheit, die kaum noch in den äußeren Formen des Lehnsnexus ſich erhalten hatte, war, daß im folgenden Jahre die Schleſiſchen Herzöge, ſtatt der perſönlichen Lehndienſte, ſich von den eignen wie ihrer Unterthanen Gütern zu einer Steuer verſtanden, welche, obwohl zur Wahrung der fürſtlichen Steuerfreiheit feierlichſt in Reverſen als frei- 1475

3) Vgl. Pachaly a. a. O. Th. 2. S. 136. und 156.
4) Lünig Reichsarch. P. spec. Cont. I. p. 331. flg.
5) Ueber dies Amt, mit welchem Berufung der Stände, Ausführung der königl. Verordnungen, Schlichtung der Streitigkeiten zwiſchen den Ständen verbunden war, vergl. Henelii Silesiogr. cap. 10. p. 900. seq., wo auch ein Verzeichniß der Landeshauptleute ſich findet.

williges Geſchenk bezeichnet, durch wiederholte Bewilligung bald zu ſtändiger Abgabe wurde[6]). Nach ſolchen Vorgängen konnte
1478 es Matthias, ſeit er im Frieden zu Ofen ſich auch ſeines Nebenbuhlers durch die Zuſicherung der Nachfolge entledigt hatte, nicht ſchwer fallen, allmählich die Leitung der Schleſiſchen Angelegenheiten faſt ganz in ſeine Hände zu bringen. Die häufigere Haltung der Fürſtentage[7]), zu welchen die Herzöge ſich nicht mehr aus eignem Entſchluſſe verſammeln durften, ſondern mit den Ständen der Erbherzogthümer von dem Landeshauptmanne berufen wurden, befeſtigte das königliche Anſehn, und ſicherte, da alle allgemeinen Landesſachen hier berathen wurden, ſelbſt auf die weltliche Verwaltung der einzelnen Fürſtenthümer dem Könige immer entſchiedenern Einfluß. Mit glücklichem Erfolge machte er auch bei der Wahl des Biſchofs Johannes Roth das alte, aber ſtets beſtrittene Commendationsrecht geltend[8]), und ſo feſt begründet erachtete er ſein Anſehn, daß er auf Grund angeblichen alten Herkommens gegen die Geiſtlichkeit ein wahres Beſteuerungsrecht anzuſprechen wagte, ohne das Verbot der Römiſchen Curie zu ſcheuen[9]).

Seiner Beharrlichkeit und Geſchicklichkeit wäre es vielleicht ſchon damals gelungen, die Lehnspflicht in wirkliche Unterthänig=

---

6) Gebhardi a. a. O. S. 489. und 496., Pachaly a. a. O. Th. 1. S. 221., Schleſien vor und ſeit d. J. 1740. Freiburg 1785. Th. 1. S. 190 flg.

7) Die erſten Fürſtentage, nur zum Behuf der Huldigung, ſind in den J. 1337 und 1348 gehalten, zu regelmäßiger Einrichtung erſt unter König Ferdinand geworden. Vgl. Pachaly a. a. O. Th. 2. S. 100. flg und Schickfuß Schleſ. Chron. Buch 3. Kap. 18—20.

8) Henelii Silesiogr. c. 8. §. 44. p. 123.

9) Schon früh ſind zwar auch in Schleſien Beiſteuern der Geiſtlichen vorgekommen (Pachaly Th. 1. S. 233., Schleſien vor 1740 Th. 2. S. 401.), ſie waren indeſſen, ſelbſt in den Fällen, für welche die Biſchöfe bei den oben §. 2. erwähnten Streitigkeiten zu einer Beiſteuer im voraus ſich erboten hatten, eben ſo wie bei den weltlichen Baronen (vergl. Tzſchoppe's Urkundenſamml. S. 29—31.), freie Bewilligungen, und in ſofern für ein Recht des Königs nicht entſcheidend, das erſt ſeit der regelmäßigen Steuerpflicht der Fürſten und der Vaſallen, da der Biſchof jenen, dieſen die begüterte Geiſtlichkeit gleich ſtand, einigen Halt gewann, auch hierauf hauptſächlich geſtützt wurde. Henelii Silesiogr. c. 12. §. 18. p. 1167. seq.

keit zu verwandeln, und die oberherrlichen Rechte der Böhmiſchen Krone zu wahrer Landeshoheit zu erweitern, wenn ihn nicht ſchon im J. 1490 der Tod ereilt hätte. Sein Nachfolger Wladislaw von Polen aber, bedrängt von Johann Corvinus, dem natürlichen Sohn des Matthias, glaubte um ſo mehr durch Nachgiebigkeit die Schleſiſchen Fürſten gewinnen zu müſſen, als bei dieſen die Neigung für Polen wieder erloſchen war, und die Beſorgniß, daß von dieſer Seite her ein ungebürlicher Einfluß auf die innern Landesangelegenheiten geübt werden möchte, durch den Eifer genährt wurde, mit welchem der König die Wahl eines edlen Polen, Nicolaus Thurzo, zum Coadjutor von Breslau betrieb, und gegen die von dem Pabſte und den Fürſten unterſtützten Bewerber durchſetzte[10]). Im J. 1498 ertheilte Wladislaw den Ständen das Privilegium, daß die Landeshauptmannſchaft nur einem Schleſiſchen Fürſten verliehen, keine Steuer ohne der Fürſten und Stände Bewilligung ausgeſchrieben werden dürfe, die Entſcheidung aller Streitigkeiten mit oder zwiſchen den Fürſten nur von dieſen ſelbſt im ſ. g. Fürſtenrecht erfolgen, die Huldigung nur in Breslau gefordert werden ſolle[11]). Wichtiger noch war, daß die Schleſiſchen Fürſten die Beſtätigung des von ihnen durch den Kanzler Colowrat verhandelten und nach dieſem benannten Vergleichs mit dem Domſtifte[12]) durch-

10) Henelius l. l. c. 8. §. 44. p. 123. — Auch darin giebt ſich das Uebergewicht der Polniſchen Parthei im Biſthum kund, daß im J. 1485 Biſchof Johann der vom Erzbiſchofe Sbignens zu Petrikau gehaltenen Synode wieder perſönlich beiwohnte (Karnkowski const. synod. metrop. eccl. Gnesn. tit. de sede vac. p. 61.), und ſich nicht mit der Publication ihrer Beſchlüſſe begnügte, wie im J. 1510 von Joh. Thurzo (Schannat. Concilia Germ. T. VI. p. 75.) geſchah.

11) S. das Privil. bei Lünig a. a. O. p. 337. und Pachaly a. a. O. Th. 2. S. 268. — Mit wenigen Ausnahmen ſind ſchon während des 16. Jahrhunderts, ſeit Unterdrückung aber der Böhmiſchen Unruhen immer die Breslauer Biſchöfe zur Landeshauptmannſchaft berufen worden, ohne Zweifel, weil auf deren Ergebenheit zu rechnen und ihre weltliche Macht nicht zu fürchten war. Hierauf gründet ſich wohl auch mehr als auf ihre geiſtliche Stellung, daß die Biſchöfe unter den Schleſiſchen Fürſten anerkannt die erſte Stelle einnahmen.

12) Pachaly a. a. O. Th. 1. S. 232. — Abgedruckt iſt der Colowrater Vergleich u. a. bei Lünig a. a. O. P. spec. p. 19. und in

ſetzten, indem dieſer nicht bloß das Wahlrecht des Kapitels beſtätigte, ſondern auch beſtimmte, „daß nun hinfort zu keinen Zeiten nimmermehr ein Biſchof vom Kapitel ſoll erwählt werden, er ſey denn nemlich aus Böhmen, Mähren, Schleſien, Ober- und Niederlauſitz oder andern zugehörigen und anhangenden Landen der Krone zu Boheim, aus den Ständen fürderlich der Fürſten, Herren, Ritterſchaft und Städte", und in ähnlicher Weiſe für alle übrigen geiſtlichen Aemter, Pfründen und Lehen, wem auch das Collationsrecht zuſtehe, das Indigenat zur Bedingung machte[13]).

Der Einfluß der Krone auf weltliches und kirchliches Regiment, den Matthias wieder geübt hatte, war durch dieſen Vergleich, welcher der päbſtlichen Annullation ungeachtet ſeitdem als Grundgeſetz des Landes galt, und durch jene Privilegien gebrochen[14]). Wladislaw half es nicht viel, daß er den Clerus durch förmliche Beſtätigung der im Colowrater Vergleich, ſelbſt von Seiten der einzelnen Fürſten, bedrohten Steuerfreiheit[15]), den

---

Suarez Samml. alter und neuer Schleſiſcher Provincial-Geſetze Th. 1. S. 4.

13) Art. 2. „Was betrifft die Lehen und beneficia, ſo ein Biſchof oder Kapitel zu conferiren habe, ſollen und wollen der Herr Biſchof nicht andern, denn bemeldten Inwohnern der Krone und Schleſien verleihen, ſo darzu geſchickt und würdig ... Die Fürſten, und welche beneficia zu verleihen unter dem Biſthum Breslau, ſollen auch nicht andern, denn Einwohnern der Krone und Schleſien ſolche ihre Lehn verleihn. Item die Kön. Maj. ſoll von wegen der Wählung der Biſchöfe und Verleihung der beneficia erſucht werden, daß S. Kön. Maj. Bewilligung gnädiglich dazu geben, und daß S. Kön. Maj. die Lehen, ſo in Schleſien zu verleihen, aus Gnaden lieber den Einwohnern der Krone, als andern verleihen."

14) Das Empfehlungs-, ſo wie das Beſtätigungsrecht des Königs, das nur oft zur Nomination war gemißbraucht worden, erkannte übrigens der Vergleich bei Beſtätigung des Wahlrechts in Art. 1. ſowohl durch den Vorbehalt: „unverhindert alles, ſo der Kön. Maj. in ſolcher Election und Wählung als dem Oberherrn gebührt," als dadurch an, daß dem „auf Päbſtliche Beſtättigung und Kön. Maj. Bewilligung" erwählten Coadjutor die Nachfolge im Biſthum zugeſichert wurde.

15) In Art. 6. hieß es: „Was anbetrifft die Hülfe neben den Landen zu leiden, wenn die Fürſten ihre Unterthanen um Hülfe anſuchen, ſo ſollen ſie auch die Herren des Kapitels dazu beſchicken und begehren, die ihren neben andern Landſchaften dabey zu halten; dann

Biſchof durch erneute Anerkennung der fürſtlichen Würde und landesherrlichen Rechte[16]) an ſich zu feſſeln, und dadurch wider die weltlichen Fürſten ein Gegengewicht zu gewinnen ſuchte; noch weniger war die kurze Regierung ſeines Sohnes Ludwig, welcher bald nach erreichter Volljährigkeit in der Schlacht bei 1526
Mohacz fiel, geeignet, um in Mitten der durch die Reformation hervorgerufenen Bewegungen die königliche Gewalt aus ihrem Verfall auch nur zu früherem Anſehn wieder zu erheben. Erſt das mächtige Habsburger Haus, und ſelbſt dies erſt ein volles Jahrhundert ſpäter, vermochte Schleſien in wahre Abhängigkeit von Böhmen zu bringen.

§. 4.

Anfall Schleſiens an Oeſterreich. Damaliger Beſtand der Erb- und Lehnsfürſtenthümer.

Wenige Monate ſchon nach König Ludwig's Tode ward der Gemahl ſeiner Schweſter Anna, Erzherzog Ferdinand von Oeſterreich, von den Böhmiſchen Ständen, obſchon ſie deſſen Erbanſprüche nicht gelten laſſen wollten, durch freie Wahl auf den Thron Böhmens erhoben; noch in demſelben Jahre erkannten ihn am 5. Dezember Schleſiens Fürſten und Stände, unter Vorbehalt des auch ihnen zuſtändigen Wahlrechts, als König an[1]).

ſollen ſich die Herren des Kapitels gegen denſelben Fürſten und Herren und Inwohnern des Schleſiens, in welchem Fürſtenthume des Kapitels Güter belegen, dermaßen erzeigen, als ſichs aus alter Gewohnheit allweg gegen denſelben Fürſten und Fürſtenthum neben dem Lande die Herren des Kapitels gehalten haben, jedoch unſchädlich ihrer Privilegien und Freiheiten."

16) Das Privil. vom J. 1511 (bei Sommersberg l. l. T. III. p. 798.) ſetzt den Grund der dem Stifte beſtätigten Steuer- und Zollfreiheit ausdrücklich darin, „dieweil dieſelbigen Ihrer und der Kirche Güter ſonderlich gefreiet, begnadet und alſo ausgeſetzt ſein, daß ſie ohn alles Mittel in unſerm Land gelegen, und Niemand anders unterworffen ſein denn Uns, auch die in aller Herrligkeit haben, wie die andern Fürſten, noch niemand davon andern vor Herren erkennen dörffen noch ſollen, denn Uns."

1) Gebhardi a. a. O. S. 510.

Ein großer Theil Schleſiens fiel ihm als unmittelbares Be-
ſitzthum zu. Mit dem Herzogthume Breslau waren von Kö-
nig Wenzel ſchon im J. 1392 auf Grund der mit Boles-
law II. von Schweidnitz geſchloſſenen Uebereinkunft die Fürſten-
thümer Schweidnitz und Jauer vereinigt worden, und auch
nach dem Ausſterben des Luxemburgiſchen Mannsſtammes der
Krone Böhmen verblieben; König Wladislaw aber hatte au-
ßerdem das Herzogthum Glogau, wenn ſchon nicht unverkürzt,
und Troppau als Erbfürſtenthum an ſich zu bringen gewußt.
Dort war zwar, als im J. 1476 mit Herzog Heinrich XI.
die herrſchende Dynaſtie ausſtarb, die Einziehung des Landes
mislungen, indem Herzog Johann von Sagan, als Oheim
des verſtorbenen Herzogs, Kurfürſt Albrecht von Brandenburg
dagegen für ſeine Tochter, die Wittwe Heinrich's, aus deſſen
Teſtamente die Erbfolge forderten, und König Matthias im
1482 Frieden zu Kamenz gegen jenen zu lebenslänglicher Ueberlaſſung
von Glogau und Frauſtadt, gegen dieſen zu definitiver Abtretung
von Croſſen, Züllichau, Sommersfeld und Bobersberg ſich ver-
ſtehen mußte. Als aber Johann, dem Frieden entgegen, Glogau
ſeinen Schwiegerſöhnen, den Münſterbergiſchen Herzögen, zuzu-
wenden ſuchte, erfolgte die Einziehung des Fürſtenthums, wel-
ches König Matthias ſeinem Sohne Johannes Corvinus ver-
1490 liehen hatte, dieſer aber beim Tode ſeines Vaters wieder abtreten
mußte, und König Wladislaw, nachdem er durch Belehnung,
erſt ſeines Bruders Johann Albrecht, dann des jüngern Bruders
Sigismund das Anſehn ſeines Hauſes in Schleſien damit feſter zu
1508 begründen verſucht hatte, zur Böhmiſchen Krone einzog[2]). Eben
ſo wenig konnte in Troppau, welches, ſeit 1367 von Ratibor
wieder getrennt, Georg Podiebrad ſeinem Sohne Victorin
1472 überlaſſen, dieſer aber dem König Matthias abgetreten hatte,
1489 Johannes Corvinus ſich gegen König Wladislaw be-
1501 haupten, ſondern überließ es dieſem tauſchweiſe, wodurch nach
kurzem Zwiſchenbeſitze des Polniſchen Herzogs Sigismund auch

2) Gebhardi a. a. O. S. 344 flg.

dies Fürſtenthum im J. 1511 als Erbherzogthum in den unmit-
telbaren Beſitz des Königs kam[3]).

Wie ſehr aber auch durch den bedeutenden Umfang dieſer
Erbfürſtenthümer der Einfluß Königs Ferdinand auf die
Schleſiſchen Angelegenheiten erhöht war, welchen Rückhalt er
an ſeiner Hausmacht und an ſeinem kaiſerlichen Bruder hatte,
mit wie großer Zuverſicht er endlich auf die Unterſtützung der
Breslauer. Biſchöfe rechnen konnte, deren weltliches Beſitzthum
inzwiſchen noch durch das erſt pfandweiſe, dann eigenthümlich 1471
erworbene Gebiet von Kant vermehrt war, immer ſtand doch
den Schleſiſchen Lehnsfürſten eine nicht geringe Macht zu Gebote,
die der König bei ſeinen Plänen und Unternehmungen um ſo
mehr fürchten, mindeſtens beachten mußte, als ein großer Theil
Schleſiens inzwiſchen in den Beſitz auswärtiger Herrſcherfamilien
gekommen war[4]), welche einer Abhängigkeit von Böhmen noch
weniger geneigt waren, als die einheimiſchen ſeit Jahrhunderten
lehnspflichtigen Geſchlechter. Im Beſitz des alten Piaſtenſtam-
mes waren noch die Herzogthümer Liegnitz und Brieg, wel-
che Herzog Friedrich II., bald nach deren Vereinigung im
J. 1521, noch durch Wohlau vermehrte[5]), das Herzogthum 1523
Teſchen, damals im Beſitz Caſimir's IV., welcher zugleich
zu amtsweiſer Verwaltung Troppau inne hatte[6]), und die
Herzogthümer Oppeln und Ratibor, welche Johann III.
nach Erledigung des letzteren im J. 1521 vereinigt hatte. Für
die beiden letztern Fürſtenthümer[7]) war aber von Johann auf
den Fall eines Ausſterbens der regierenden Linie dem Markgra-
fen Georg von Brandenburg, Anſpachiſcher Linie, die Erb- 1522

---

3) Gebhardi a. a. O. S. 397 flg.

4) Gänzlich von Schleſien getrennt war Sewerien oder Siwierz, welches, früher zu Teſchen gehörig, im J. 1443 das Biſthum Cracau erkauft hatte, und Auſchwitz, welches zugleich mit Zator König Caſimir von Polen im J. 1457 vom Herzoge Johann von Teſchen käuflich erworben hatte, und im J. 1462 von König Georg für ewige Zeiten abgetreten erhielt.

5) Gebhardi a. a. O. S. 306 flg.

6) Ebend. S. 387 flg.

7) Ebend. S. 414 flg. vgl. mit S. 399.

folge zugeſichert, dieſes Abkommen auch von König Ludwig zu
1524 derſelben Zeit genehmigt worden, wo Georg das von König Wla=
1506 dislaw neu errichtete Herzogthum Jägerndorf, früher zu
Troppau gehörig, durch Kauf von der damit beliehenen Schellen=
bergiſchen Familie an ſich brachte. Croſſen, ſeit dem Frieden
zu Kamenz ein beſonderes Fürſtenthum, hatte die Brandenburgi=
ſche Kurlinie nicht bloß behauptet, ſondern auch, da die Kurfür=
ſten die Fürſtentage nicht beſuchen mochten, von Schleſien ſo gut
wie getrennt [8]). Sagan, in früherer Zeit gleichfalls ein Theil
des Glogauer Herzogthums, war ſchon im J. 1472 durch Verkauf
Herzogs Johann an das Sächſiſche Haus gekommen, und dieſer
Verkauf von Kaiſer Matthias durch die Belehnung Herzogs
Albert, dem im J. 1500 ſein Sohn Georg der Bärtige ſucce=
dirte, anerkannt worden [9]). Im Herzogthume Münſterberg
endlich, im J. 1428 der Krone angefallen, ſpäter von König
1454 Georg Podiebrad ſeinem Sohne Heinrich verliehen, hat=
te dieſer ſich glücklich behauptet, und nachdem er das erledigte Her=
1494 zogthum Oels, mit Ausnahme nur der freien Standesherrſchaf=
ten Militſch, Trachenberg und Wartenberg, an ſich gebracht, bei=
1498 de Fürſtenthümer vereinigt ſeinem Sohne Carl hinterlaſſen [10]).
Nicht bloß aber der Wunſch möglichſter Unabhängigkeit vom Kö=
nige, dem man die Lehnspflicht wohl leiſten, wahre Oberhoheit
hingegen nicht zugeſtehen mochte, verband dieſe Fürſten gegen das
Habsburgiſche Haus, mehr noch das gemeinſame religiöſe Inter=
eſſe, indem faſt alle ſich gleich anfangs für die Reformation Lu=
thers erklärt hatten, und zu deren Einführung durch ihre Landes=
hoheit berechtigt glaubten.

Um ſo ſchwieriger war die Lage Ferdinand's und ſeiner nächſten Nachfolger. Gewaltſame Maaßregeln hätten den Fortgang der Reformation ſchwerlich zu hemmen vermocht, wohl aber, wenn nicht gar den Beſitz der unmittelbaren Fürſtenthümer, die

8) S. oben B. I. Kap. 1. §. 6.

9) Gebhardi a. a. O. S. 357 flg., Worbs Geſch. des Herz. Sagan. S. 137. u. 189.

10) Gebhardi a. a. O. S. 337 flg. u. 371 flg.

Lehnsabhängigkeit der Schleſiſchen Herzöge gefährdet. Dieſe zu erhalten und wenigſtens dem äußern Anſcheine nach die Oberhoheit zu behaupten, duldete das Habsburgiſche Haus ſo lange ſtille Ausbreitung und förmliche Einführung der lutheriſchen Lehre, bis mit der günſtigeren Lage der katholiſchen Parthei im Reiche, und durch das Ausſterben der meiſten Herzogshäuſer, welches bald Einziehung zur Krone, bald Wiederverleihung an katholiſche Fürſten unter Vorbehalt mancher bisher landesfürſtlichen Gerechtſame geſtattete, ſich günſtigere Ausſichten für den längſt gehegten Plan eröffneten, die katholiſche Kirche zu ausſchließlicher Herrſchaft herzuſtellen, und die Lehnshoheit zu unumſchränkter Gewalt zu erhöhen.

§. 5.

Einführung der Reformation in einzelnen Lehnsfürſtenthümern, Duldung derſelben in den Erbfürſtenthümern.

In der großen Maſſe des Volks waren von der Zeit Huſſens her, deſſen Lehre gänzlich auszurotten weder den Königen und Fürſten, noch der geiſtlichen Autorität gelungen war, ſo viele der Reformation verwandte Elemente verbreitet, daß es nicht befremden kann, wenn ſchon in den erſten Jahren nach Luthers öffentlichem Auftreten überall in Schleſien der Wunſch nach dem reinen
Evangelium ſich regte, hie und da [am früheſten zu Neukirch im 1518
Jauerſchen, einem Gute der v. Zedlitz'ſchen Familie [1]), vier Jahre
ſpäter auch ſchon in den Städten Liegnitz und Goldberg [2])] von 1522
den Ortsobrigkeiten ſogar öffentlich der neue Gottesdienſt eingerichtet ward. Beſonders günſtig wirkte auf den Fortgang der Reformation das Beiſpiel Breslau's, der Hauptſtadt des Landes,

1) J. A. Henſel's Proteſt. Kirchengeſch. der Gemeinen in Schleſien Lpz. 1768. S. 129., Chr. F. E. Fiſcher's Geſch. und Beſchreib. von Jauer. 1803. Th. 2. S. 26.

2) Thebeſius Liegnitziſche Jahrb. Jauer 1733. Th. 3. S. 16., Zimmermann's Beitr. zur Beſchreib. v. Schleſ. Th. 8. S. 104. u. 339. In Goldberg ließ ſich der Magiſtrat zu gedachtem Behufe von der dortigen Johanniter-Comthurei das Patronat über die Pfarrkirche abtreten.

wo die Beſorgniß vor der Bürgerſchaft das Kapitel gleich anfangs
1518 zu öffentlichem Verbote des Ablaßkrams bewogen hatte [3]), und der päbſtlichen Abmahnung ungeachtet die neue Lehre ſo raſche Fortſchritte machte, daß im J. 1523 der Rath, einen langjährigen Streit über die Beſetzung der Hauptpfarrkirche zu St. Magdalenen benutzend, den evangeliſch geſinnten Domherrn Johann Heß zum Pfarrer beſtellte. Ermuthigt durch das Verhalten des Biſchofs, welcher dem Heß die canoniſche Inſtitution nur um des noch obwaltenden Rechtsſtreits willen verweigerte, und mehr des Stiftes weltliche Gerechtſame, als ſeine kirchliche Autorität durch ein Privilegium des Königs [4]) zu wahren ſuchte, trug der Rath kein Bedenken, unter Erlaſſung einer öffentlichen Apologie in den folgenden Jahren an den meiſten übrigen Stadtkirchen den evangeliſchen Gottesdienſt einzurichten [5]), und bald folgten in den andern Erbfürſtenthümern dieſem Beiſpiele mehrere Städte, ſo im Glogauiſchen Freiſtadt und Primkenau, im Herzogthum Jauer Goldberg, Löwenberg und Bunzlau [6]).

Vor allem entſcheidend aber ward für die erſte Befeſtigung wie die weitere Verbreitung der Reformation, daß unter den Schleſiſchen Fürſten, denen die Kirchenhoheit in ihrem Gebiete neben ausgedehntem Patronatrechte zuſtand, und ſo wenig als den Deutſchen Reichsfürſten das ius reformandi abgeſprochen werden konnte, gerade diejenigen, welche am früheſten und entſchiedenſten

3) Schleſien vor und ſeit 1740 Th. 2. S. 410.

4) Das an den Magiſtrat von Breslau erlaſſene Mandat v. J. 1523 (bei Weingarten fascic. divers. iur. Nürnb. 1690. Lib. II. p. 28.) verbot nur die Anmaſſung jeder Jurisdiction über die Unterthanen des Domſtifts, „weil ſie dieſelbigen ihre Güter und Leute mit allen fürſtlichen Obrigkeiten und Gerichten beſitzen und halten, auch in ihren Landgerichten männiglich der Gerechtigkeit gnüglich verhelfen“. Ein anderes Mandat vom folg. Jahre (bei Sommersberg l. l. T. I. p. 800.) iſt lediglich auf Erhaltung der biſchöflichen Zehnten gerichtet, welche man hie und da zu verweigern anfing.

5) Zimmermann a. a. O. Th. 11. S. 190. 197. 213. 217. vgl. mit Schickfuß Schleſ. Chron. Buch 3. S. 55. u. 59., wo ſich die Apologie des Magiſtrats und das päbſtliche Schreiben finden.

6) Zimmermann a. a. O. Th. 10. S. 104. u. 445. und Th. 6. S. 168. u. 331., Henſel a. a. O. S. 153 flg.

für die neue Lehre ſich erklärten, zugleich durch ihre politiſche Stellung in den Stand geſetzt waren, auch außerhalb ihrer eignen Beſitzungen der evangeliſchen Lehre Schutz und Vertretung zu leihen. Schon im J. 1524 trat Herzog Friedrich von Liegnitz förmlich zur neuen Kirche über [7]), und obſchon er anfangs noch Anſtand nahm, überall im Lande den katholiſchen Cultus abzuſchaffen, ſo gewann doch durch ſeine Stellung als oberſter Landeshauptmann die evangeliſche Parthei eine ſolche Sicherheit, daß auch ohne directes Zuthun bald die meiſten Kirchen des Herzogthums mit lutheriſchen Geiſtlichen beſetzt waren. Raſcher noch ſchritt Markgraf Georg von Brandenburg vor, der als Mitvormund des Königs nicht geringeren Einfluß auf die Landesangelegenheiten übte, als Herzog Friedrich. Seit dem J. 1525 richtete er faſt an allen Orten ſeines Herzogthums Jägerndorf den lutheriſchen Gottesdienſt ein [8]), und ſo wirkte ſein Beiſpiel, dem noch in demſelben Jahre die Beſitzer der freien Standesherrſchaft Militſch folgten, daß auch da, wo die Landesherrſchaft der alten Religion anhing, wie in Sagan und Oels, einzelne Orte evangeliſche Geiſtliche beriefen [9]).

Die katholiſche Parthei, geſchreckt durch dieſe Vorgänge, bewog im J. 1525 König Ludwig, welcher ſchon früher der Stadt Breslau mit gewaltſamer Herſtellung des Cultus gedroht hatte, zu einem allgemeinen Ausſchreiben, das den Abfall vom katholiſchen Glauben bei Todesſtrafe unterſagte; nirgends aber kam es zur Vollziehung [10]). So fand denn König Ferdinand bei ſeiner Thronbeſteigung die evangeliſche Lehre weit verbreitet,

---

7) Thebeſius a. a. O. S. 22.

8) Gebhardi a. a. O. S. 401., Fuchs Materialien zur evang. Relig.-Geſch. von Oberſchleſien, Stück 5. S. 16.

9) In Sagan verhinderte Herzog Georg von Sachſen zwar in den Städten die Einführung des evang. Gottesdienſtes; einzelne Gutsherrſchaften aber beriefen ſchon im J. 1525 lutheriſche Prediger (Zimmermann Th. 7. S. 70., Gebhardi S. 358.). Im Herz. Oels iſt in demſelben Jahre zu Trebnitz, obwohl dem dortigen Ciſterzienſer-Stift gehörig, der evang. Gottesdienſt eingerichtet worden (Zimmermann Th. 4. S. 334. und I. Sinapius Olsnographia. Th. 1. S. 352.).

10) Gebhardi a. a. O. S. 510.

wenn auch noch nicht feſt begründet. Die von den Schleſiſchen Ständen gewünſchte förmliche Zuſicherung freier Religionsübung gewährte er nicht, ſondern ertheilte auf deren Geſuch, daß, „weil im Lande zwiſchen Geiſtlichen und Weltlichen der Religion halben allerlei Irrungen eingefallen, eine chriſtliche Ordnung dem H. Evangelio gemäß auffgerichtet würde“, nur das Verſprechen, daß er „das, ſo zu chriſtlicher Einigkeit dienlich, mit allem Fleiß vornehmen, und leiden wolle, daß ſich Geiſtliche und Weltliche mit einander zu vergleichen verſuchen“ [11]). Gewaltſame Maaßregeln [12]) ergriff er indeſſen nicht einmal in den Erbfürſtenthümern, obwohl er hier ſtrengſte Haltung des katholiſchen Gottesdienſtes und Entſetzung der verheiratheten Prieſter anbefahl [13]). Die ſtets drohende Türken-Gefahr zwang ihn zur Nachſicht, um Fürſten und Stände zu Steuern und Dienſten geneigt zu erhalten, und Herſtellung des verfallenen weltlichen Regiments ſchien vor allem
1528 nöthig. Dem neuen Landfrieden unterwarfen ſich auch die evangeliſch geſinnten Stände um ſo williger, als er die Cognition in Religionsſtreitigkeiten, ähnlich wie in Deutſchland dem Reichskammergerichte, dem Ober- oder Fürſtenrechte überwies [14]). Des Herzogs Carl von Münſterberg Beſtellung zum oberſten Landeshauptmann gewann beider Theile Beifall, da dieſer, gleich vielen Fürſten jener Zeit, ohne der alten Lehre untreu zu werden, die reformatoriſchen Bewegungen begünſtigte. Sogar an der dem Breslauer Biſthum ertheilten Confirmation aller Güter und alten Privilegien

11) Schickfuß a. a. O. B. I. S 206. u. B. III. S. 172 flg. vgl. mit D. Gomolka heutige Schleſ. Kirchenhiſt. Oels 1747. S. 211.

12) Mit Streuge wurde nur gegen die Schwenkfelder und Wiedertäufer verfahren, von denen nicht ohne Grund Störung der weltlichen Ordnung zu befürchten war. Das gegen die letzteren gerichtete Edict vom 2. Oct. 1528 (Roſenbergs Schleſ. Ref.-Geſch. S. 80. u. 416 flg.) traf übrigens in ſofern alle Evangeliſche mit, als es bei ſchwerer Strafe Haltung der kathol. Ceremonien und Anſetzung vom Biſchofe approbirter Geiſtlichen, auch Anerkennung der biſchöflichen Gerichtbarkeit gebot.

13) Schleſien vor und ſeit 1740. Th. 2. S. 419.

14) K. Ferdinand's Landfriede v. J. 1528 Art. 1. bei Lünig a. a. O. S. 355.

vilegien [15]) nahm, obwohl auch die geiſtliche Gerichtbarkeit beſtätigt und die Untheilbarkeit der ſtiftiſchen Beſitzungen ausgeſprochen wurde, Niemand Anſtoß, da völlige Losſagung vom biſchöflichen Regimente damals noch nicht beabſichtigt war, die milde Geſinnung Biſchofs Jacob von Salze, welcher den Breslauer Pfarrern die Inſtitution ertheilt hatte, und im Stiftsgebiete die zahlreichen Anhänger Luthers duldete [16]), ſelbſt Förderung der Kirchenverbeſſerung hoffen ließ.

Unter ſolchen Umſtänden, und da gleichzeitig im Reiche die evangeliſche Parthei im Nürnberger Religionsfrieden Anerkennung erſtritten hatte, beſchloß Markgraf Georg im J. 1533, in ſeinem Herzogthum Jägerndorf und in der ihm verpfändeten Standesherrſchaft Beuthen durch Erlaſſung einer Kirchenordnung und Beſtellung eines Superintendenten, dem unter Mitwirkung der Senioren und Synoden die kirchliche Verwaltung überwieſen wurde, vollſtändig die Reformation durchzuführen, welcher trotz dem Widerſpruche des Ollmützer Biſchofs im J. 1541 auch Leobſchütz ſich anſchloß [17]). Nicht einmal in Oppeln

---

15) Dies Privilegium, von Ferdinand de plenitudine et auctoritate regiae potestatis prout Dux Silesiae et legitimus Wratisl. ecclesiae fundator et patronus ertheilt, beſtätigte dem Biſthume, der Kirche und dem Kapitel alle Beſitzungen, signanter terras Nissensem, Grotkoviensem, Kanthensem, Viastensem, Ottmuchoviensem cum universo iure ducali cudendi monetas, cumque omni directo et utili superioritatis dominio supra et subtus terram ..., nec non ipsam S. Ioannis insulam cum attinentiis tamquam principalem ecclesiae dotem, proprietatem et domicilium cum omni iure superioritatis, iurisdictionis ..., omnique alia immunitate, quam prius ex iure vel consuetudine habuit; praeterea decimas, fertones episcopales, maldratas, reditus, obventiones, census et proventus, insuper iurisdictionem spiritualem et temporalem, libertates etc. etc. ...; eadem nostra regia auctoritate decernentes, eosdem, Episcopum ceu seniorem et potiorem Silesiae ducem et liginm principem, et capitulum prout regni Boemiae vasallos, cum omnibus ipsorum et ecclesiae bonis, villis et possessionibus simul et coniunctim communi libertatis adunatione unnm solidum et indissolubile principatus corpus repraesentare etc. (Sommersberg l. l. T. I. p. 262. und Weingarten Cod. Ferd.-Carol. p. 92.).

16) Gebhardi a. a. O. S. 510., Fuchs fortgeſ. Materialien S. 13.

17) Fuchs Materialien St. 5. S. 16 flg., Schickfuß a. a. O. B. 4. S. 138 flg. Ueber Beuthen vgl. Zimmermann Th. 2. S. 214. — Ir-

und Ratibor, wo König Ferdinand auf Betrieb der Stände
den Erbvertrag Herzogs Johann mit Georg von Brandenburg für
ungültig erklärte, und dieſem nur einen Pfandbeſitz zugeſtand,
konnte der König die Reformation hindern, vielmehr gab Georg
1532 nach Johanns Tode, ob er zwar den Katholiken die Pfarrkirchen
ließ, auch hier den evangeliſchen Gottesdienſt überall frei [18]).
Dem Vorgange Georg's folgte im Jahre 1534 Herzog Frie-
drich von Liegnitz, als auf einem von ihm berufenen Convente
die geſammte Geiſtlichkeit ſich für die Augsburgiſche Confeſſion er-
klärt, und Abſtellung der Meſſe beſchloſſen hatte [19]). Eine Viſi-
tation des Landes führte, mit Ausnahme weniger ſtiftiſchen und
biſchöflichen Dörfer, überall zu neuer Beſetzung der Pfarren [20]),
wobei die Geiſtlichen nach der Augsburgiſchen Confeſſion ſich zu
halten oder „ihre Beſſerung anderswo zu ſuchen“ angewieſen wur-
den; durch Anſtellung von Senioren in den größeren Städten,
und eines Superintendenten für jedes Herzogthum, denen ſowohl
Aufſicht über Lehre und Cultus, als Haltung von Pfarrconventen,
insbeſondre Prüfung, Beſtellung und Entlaſſung der Pfarrer zu-
ſtehen ſollte, ward unter gleichzeitiger Publication einer Kirchen-
ordnung [21]) die Verfaſſung neu geordnet. Eben ſo ſchnell gelang

rig ſetzt Henſel's proteſt. Kirchengeſch. S. 158. die Erlaſſung der Kirchenordnung und Einſetzung des Superintendenten in d. J. 1524.

18) Fuchs Mater. St. 3. S. 16 flg. u. St. 4. S. 13. 19. u. 24.

19) Thebeſius a. a. O. S. 34.

20) Zimmermann Th. 8. S. 79. u. 258. Wo dem Breslauer Stifte nur das Patronat zuſtand, glaubte ſich der Herzog an Einführung der Reformation nicht gehindert, die ſelbſt in Collegiatſtiftern mit Erfolg durchgeführt wurde. In Kreuzburg aber und Pitſchen, damals an Oppeln verpfändet, iſt es erſt im J. 1556 zur Reformation gekommen (Zimmermann Th. 1. St. 2. S. 17. u. 40.), in der Stadt Brieg das Domſtift noch länger geblieben, und hier ſogar noch im J. 1563 Herzogs Georg II. Sohn dem Breslauer Biſchof als Dechant präſentirt worden (Roſenberg a. a. O. S. 121.).

21) Ob die Kirchenordnung, wie ſie im J. 1542 im Druck erſchienen und bei Roſenberg a. a. O. Beil. No. X. S. 443 flg. mitgetheilt iſt, damals erſt oder ſchon im J. 1534 erlaſſen, ſpäter nur wörtlich wiederholt worden ſei, iſt zweifelhaft (Thebeſius a. a. O. S. 43. vgl. mit Roſenberg a. a. O. S. 109. u. 144.), das letztere beſonders nach deren Schluß wahrſcheinlicher, worin der Herzog baldmöglichſt Viſitatoren ernennen zu wollen erklärt, um die neuen Einrichtungen ins Werk zu ſetzen.

die Reformation der Fürſtenthümer Münſterberg und Oels, 1558
wo Herzogs Carl Söhne, in der evangeliſchen Religion erzogen,
und, ſeit die von ihrem Vater verwaltete Landeshauptmannſchaft
auf den Biſchof von Breslau übertragen war, nicht mehr durch
äußere Rückſichten gehindert, förmlich zur lutheriſchen Kirche über-
traten, und faſt im ganzen Lande den katholiſchen Cultus zu derſel-
ben Zeit abſtellten [22]), wo der Uebertritt des Kurbrandenburgi-
ſchen Hauſes und der Albertiniſchen Linie Sachſens auch in Croſ- 1559
ſen und Sagan der evangeliſchen Lehre den Sieg verſchaffte [23]).
Vergeblich bemühte ſich der König, in Teſchen, wo er die vormundſchaftliche Verwaltung nach Caſimir's IV. Tode für deſſen Enkel Wenzel Adam übernommen hatte, die Reformation zu hindern [24]); ſelbſt in Neiſſe wurde unter den Augen der Biſchöfe in Stadt- und Landkirchen die evangeliſche Lehre gepredigt und das Abendmahl unter beiderlei Geſtalt gefeiert [25]). Um ſo weniger kann es auffallen, wenn zu dieſer Zeit auch in den Erbfürſtenthümern immer mehr Gutsherrſchaften und Städte evangeliſche Geiſtliche beſtellten [26]), oder, wo noch die Pfarrkirchen den Katholiken blieben, den Unterthanen wenigſtens in der Nachbarſchaft der Beſuch des lutheriſchen Gottesdienſtes geſtattet wurde [27]).

---

22) Sinapius Olsnographia Th. 1. S. 354. u. Th. 2. S. 175., Fuchs Ref. u. Kirchengeſch. v. Oels S. 78. u. 82., Zimmermann Th. 4. S. 31. 124. u. 136. Nach Roſenberg a. a. O. S. 219 flg. u. 224. wäre die Einrichtung der Convente und Superintendenturen erſt 1558 u. 1561 erfolgt; wahrſcheinlich bezieht ſich dies auf Wiederherſtellung der nach dem Schmalkaldiſchen Kriege auch hier rückgängig gewordenen Kircheneinrichtungen.

23) S. oben Buch I. Kap. 1. §. 8. und unten Buch III. Kap. 2. §. 3. — In Sagan blieb übrigens das Auguſtinerſtift beſtehen, wodurch ſpäter die Reſtitution des katholiſchen Cultus ſehr erleichtert wurde. Vgl. Roſenberg a. a. O. S. 187 flg. u. Worbs Geſch. d. Herz. Sagan S. 285 flg.

24) Fuchs Mater. St. 1. S. 15., Gebhardi a. a. O. S. 388.

25) Fuchs Verſuch einer Reform.-Geſch. d. Fürſt. Neiſſe. Bresl. 1775. S. 56., Zimmermann a. a. O. Th. 3. S. 272.

26) Vgl. Zimmermann Th. 5. S. 199. 280. 303., Th. 9. S. 168. 207. 250., Th. 10. S. 317. 391. 495.

27) So in Gr. Glogau, wo ſchon ſeit dem J. 1530 der größere Theil der Bürgerſchaft evangeliſch war, aber bis zum J. 1564 mit dem Be-

Dem Könige, wie ſehr er auch dieſem raſchen Fortgange der Reformation Einhalt zu thun wünſchen mochte, ſchien für den Augen-
1542 blick nichts übrig, als durch Beſtätigung des status quo der katholiſchen Parthei die noch in ihrem Beſitze befindlichen Pfarreien, Kirchen und Güter zu ſichern [28]).

Erſt als die Schlacht bei Mühlberg das Schickſal der Evangeliſchen in Deutſchland entſchieden hatte, trat König Ferdinand mit ſtrengeren Maaßregeln hervor. Breslau, Schweidnitz und andere Immediatſtädte wurden wegen ihrer Säumniß bei Stellung der aufgebotenen Kriegshülfe mit ſchweren Strafen belegt, und in den Erbfürſtenthümern ſowohl, als in Sagan, welches Moritz von Sachſen als Preis für die Kurwürde hatte abtreten müſſen [29]), Reſtitution des katholiſchen Cultus erzwungen; ähnliche Zumuthungen ergingen an die übrigen Fürſten, die man zugleich
1548 durch Errichtung eines oberſten Tribunals zu Prag, wohin ſelbſt noch von dem Fürſtengericht ſollte appellirt werden können, in größere Abhängigkeit von der Krone zu bringen ſuchte [30]). Nicht einmal der Augsburgiſche Religionsfriede ſchien dem evangeliſchen Schleſien die Vortheile bringen zu ſollen, welche in Deutſchland für die proteſtantiſche Kirche daraus erwuchſen; denn ſchon damals weigerte ſich die katholiſche Parthei, dies Reichsgeſetz, da Schleſien weder ein Reichsland, ſondern nur eines ſolchen Zubehör ſei, noch die Schleſiſchen Herzöge zu den Reichsſtänden gehörten, als verbindlich anzuerkennen [31]). So bedeutend war indeß die Zahl der

———

ſuche der Kirche zu Broſtau ſich begnügen mußte. Zimmermann Th. 10. S. 202., Henſel a. a. O. S. 164 flg.

28) Schleſien vor und ſeit dem J. 1740 Th. 2. S. 422. — Zur Feſtſtellung des status quo ließ Ferdinand in Schleſien und der Lauſitz Reviſionen des Kirchenguts vornehmen. Henſel a. a. O. S. 178.

29) Hier blieb indeß den Evangeliſchen noch freier Gottesdienſt, anfangs ſogar der Beſitz der Stadtpfarrkirche, und völlige Unterdrückung der lutheriſchen Lehre war um ſo weniger möglich, als ſchon im J. 1553 Sagan dem Markgrafen Georg verpfändet wurde. Worbs Geſch. von Sagan. S. 194 flg. u. 301 flg.

30) Gebhardi a. a. O. S. 519.

31) In ſpäterer Zeit iſt viel darüber verhandelt, die Gültigkeit des Religionsfriedens von Seiten der Krone immer verneint worden, am entſchiedenſten von Kaiſer Rudolph II., welcher nach Buckiſch Schleſ.

Evangeliſchen den Anhängern der alten Kirche überlegen, für welche es ſchon damals an Geiſtlichen mangelte, daß König Ferdinand im J. 1556 auch ſeinen Schleſiſchen Unterthanen, dafern ſie nur im übrigen der katholiſchen Lehre anhängig blieben, den Gebrauch des Kelches geſtattete, auf dem Landtage zu Prag, vielleicht in der Hoffnung, die Schleſiſchen Fürſten dadurch ſeinen Plänen für die weltliche Verwaltung des Landes geneigter zu machen [32]), ſogar den Ständen die Verſicherung ertheilte, es ſolle ihnen jene Friedensverhandlung zu Nutz und Vortheil gereichen [33]). Wie unbeſtimmt dieſe Zuſage auch war, ſchien ſie doch den Fürſten zu genügen, um bei der Reformation nicht nur zu beharren, ſondern dieſe noch vollſtändiger durch Einrichtung von Conſiſtorien durchzuführen [34]), oder, wo bisher die Evangeliſchen nur Duldung genoſſen hatten, wie in Teſchen, Oppeln und Ratibor [35]),

---

Relig.-Acten Th. 1. Kap. 8. im J. 1581 den Ständen eröffnen ließ: „Daß Fürſten und Stände in Schleſien ein Stand und Glied des Röm. Reichs, nnd gleich andern Reichsſtänden in den Religions-Frieden begriffen ſein ſollten, davon wüßten Wir weniger als nichts, thäten ihnen auch desfalls nichts zugeſtehen, ſondern hielten ſie für Unſere als Königs in Böheimb getreue, gehorſame, verpflichtete Fürſten, Stänb und Unterthanen. Wohl wären Wir .... ein fürnehmſter Reichsſtand und immediate in den Religions-Frieden gehörig, der Reichsſtänden Unterthanen aber dadurch nicht gemeinet, noch einem jeden ſeines Gefallens wider der Obriakeit Willen zu glauben und in der Religion freyes Exercitium zu haben, keineswegs zuzulaſſen“.

32) An die Stelle des Vitzdums beabſichtigte Ferdinand für die Verwaltung der Regalien und Domänen, für Erhebung der Steuern, überhaupt für die innere Adminiſtration der unmittelbaren Herzogthümer die Errichtung der Kammer, welche im J. 1558 auch wirklich zu Stande kam; namentlich wollte er das alleinige Collectations-Recht für die Fürſtenthums-Steuern erlangen. Gebhardi a. a. O. S. 520.

33) Schickfuß Schleſ. Chron. B. 3. S. 76.

34) So rührt in Münſterberg von Herzog Carl II. (1565—69) die Einführung der halbjährigen Generalſynoden, auch, wie es ſcheint, die des Conſiſtorii her (Fuchs Ref.-Geſch. von Oels S. 85. u. 98.). In Liegnitz war durch die Entſetzung Herzogs Friedrich III. die evangeliſche Kirche gefährdet; doch wagte der Kaiſer von deſſen Sohne Heinrich, als er ihm die Regierung überwies, nicht mehr als das Verſprechen zu fordern, daß er keine weitere Aenderung in der Religion vornehmen wolle, was indeſſen ſpätere Reviſion der Kirchenordnung vom J. 1542 ſo wenig, als deren Gebrauch hinderte. Thebeſius a. a. O. B. 3. S. 131.

35) Dieſe Länder hatte Ferdinand im J. 1558 theils eingelöſet, theils eingetauſcht, und an Iſabella, die Wittwe des Siebenbürgiſchen

nunmehr ins Werk zu ſetzen. Nicht weniger machte die Reformation in den Erbfürſtenthümern, namentlich in der nach längerem
1556 Pfandbeſitz wieder mit Böhmen vereinigten Grafſchaft Glatz [36]), bedeutende Fortſchritte, trotzdem, daß Ferdinand im J. 1563, „um die ſeit einigen Jahren faſt überall verfolgte und geſchwächte Römiſch-katholiſche Religion zu erhalten", die Jeſuiten ins Land zog [37]).

Günſtiger noch wurde die Lage des evangeliſchen Schleſiens unter Ferdinand's Sohn, Kaiſer Maximilian II., der zwar die von Vielen gehegte Hoffnung förmlichen Uebertritts nicht erfüllte, aber überall evangeliſche Religionsübung duldete [38]), und den Ständen von Münſterberg, als dieſe das von ihren Landesherren, den Herzögen von Oels, erkaufte Land im J. 1569 dem Kaiſer als unmittelbares Fürſtenthum übergaben, den ruhigen Fortgenuß der bisherigen Kirchenverfaſſung und den Beſitz der Pfarrkirchen förmlich zuſicherte [39]). Auch ſchien es anfangs, als

---

Fürſten Johann de Zapolia verliehen. Eines desfalſigen Verſprechens ungeachtet gab dieſe bald darauf die evangeliſche Religionsübung frei, und der König, an welchen im J. 1558 die Länder zurückfielen, ließ ſie wenigſtens beſtehen. Vgl. Fuchs Mater. St. 1. S. 15., St. 2. S. 22. u. St. 3. S. 20., Gebhardi a. a. O. S. 425 flg.

36) Hier hatte der letzte Pfandherr, Herzog Ernſt von Baiern, Erzbiſchof von Salzburg, im J. 1556 zwar Herſtellung des katholiſchen Gottesdienſtes verſucht, jedoch ohne Erfolg; die meiſten Pfarrkirchen blieben den Evangeliſchen. Aelurii Glaciographia S. 295. 319. 338. u. Zimmermann Th. 9. S. 48. 156 flg. 173.

37) Schleſien vor und ſeit 1740. Th. 2. S. 431. — Noch ungünſtiger äußert ſich über die Lage der Katholiken Maximilian in dem von Stenzel Geſch. d. preuß. Staats Th. 1. S. 351. mitgetheilten Schreiben an den Breslauer Biſchof: „weil dann ſchier mehrertheil, und faſt die ganze Schleſien der augspurgiſchen Confeſſion verwandt und anhängig"; wie denn in dieſer Zeit ſogar in Jauer, dem Sitze der Landeshauptmannſchaft, die Einführung des evangel. Gottesdienſtes nachgegeben werden mußte. Henſel a. a. O. S. 163., Zimmermann Th. 9. S. 64.

38) Der evangeliſchen Geiſtlichkeit Breslaus verſprach der Kaiſer bei der Huldigung paratissimam defensionem et tutelam, dafern ſie nur von den Schwenkfelder Irrlehren ſich frei hielten. Schickfuß a. a. O. B. 3. S. 78.

39) Gebhardi a. a. O. S. 342. In dem Vergleiche mit den Ständen (bei Sommersberg l. l. T. I. p. 238.) bedang ſich übrigens Maximilian aus, daß er und ſeine Nachkommen, wie über Stände und Unterthanen, „auch über die Geiſtlichkeit die Ob- und Bothmäßigkeit,

werde ſein Sohn und Nachfolger, Kaiſer Rudolph II., gleiche
Duldung nicht verweigern. Nicht bloß, daß er in Teſchen der
Vollendung der Reformation durch die Kircheninſtruction Herzogs 1584
Adam Wenzel kein Hinderniß entgegenſtellte [40]), daß er in der
Standesherrſchaft Pleß, denen v. Promnitz gehörig, ihre Ein-
führung geſtattete [41]), vermittelte er ſogar ſelbſt in Glogau,
wo die Bürgerſchaft mit Gewalt eine Kirche in Beſitz genommen
hatte, einen Vergleich mit dem dortigen Domſtifte, der den Evan-
geliſchen urkundlich ein Simultan-Religionsexercitium zuſicher-
te [42]). Wohl gegründet durfte daher die Hoffnung erſcheinen,
daß binnen kurzem ganz Schleſien der evangeliſchen Kirche zu-
fallen würde.

§. 6.

Erſte Verſuche einer Gegenreformation. Ertheilung freier Religionsübung im Majeſtätsbriefe.

Wie in dem übrigen Deutſchland, wie im benachbarten Polen, traten aber auch in Schleſien zu dieſer Zeit immer entſchiede-

---

nicht allein in dem, ſo Ihrer Maj. als obriſtem Herzoge in Schleſien daran von Recht und Billigkeit wegen ohne daß gebühret, ſondern auch allermaßen haben ſollen, wie ſie, die Fürſten von Münſterberg, von Anfang biß daher die mit allem Recht daran gehabt, ohne Schmälerung", was ſpäter zu Einmiſchung in das Kirchenregiment den Schein Rechtens gewährte.

40) Fuchs Mater. St. 1. S. 16. — Im J. 1598 erlangte die Stadt Teſchen ſogar das Privilegium, „daß zu ewigen Zeiten keine andere Kirchen- und Schul-Diener daſelbſt gehalten werden ſollten, als die der Augsb. Conf. verwandt und zugethan wären".

41) Im J. 1592 erging für Pleß eine eigene Kirchenordnung (mitgeth. in Fuchs fortgeſ. Mater. S. 43 flg.), die insbeſondre dadurch merkwürdig iſt, daß im Art. 18. zwar die kirchlichen Angelegenheiten dem Convente der Pfarrer, unter Vorſitz des Dechanten „als eines oberſten Custos und Superintendenten", überwieſen werden, zugleich aber durch die Beſtimmung: „Würde es ſich aber zutragen, daß je aus erheblichen Bedenken oder Wichtigkeit der Sachen was in ſolchem Convente nicht entſchieden werden möchte, oder daß auch die Partheien davon provocirten, ſo ſoll ſolches an den Loci Ordinarium deſſelbten Dioeceſis, dahin das Judicium der unterſeſſnen Perſon halben gehörig, mit einem ſondern Anlaß nach Cracau oder Breslau remittirt werden", fortdauernd die Kirchengewalt der katholiſchen Biſchöfe anerkannt wird.

42) Zimmermann Th. 10. S. 208 flg.

ner die gegenreformatoriſchen Pläne der Römiſchen Curie hervor. Je größer die Gefahr für das Breslauer Bisthum war, um ſo erklärlicher iſt es, daß gerade von hier die erſte Reaction ausging, welche, den geheimen Wünſchen des Kaiſers genehm, innerhalb Landes von den zahlreichen und begüterten Stiftern und Abteien[1]), kräftiger noch von der ſtreng-katholiſchen Parthei im Reiche unterſtützt, nur zu glücklichen Erfolg hatte, und die evangeliſche Kirche Schleſiens bald in große Bedrängniß, zuletzt dem völligen Untergange nahe brachte.

1574 Bereits unter Biſchof **Martin Gerſtmann** hatte das
bis
1585 Breslauer Domkapitel über die im Neiſſeſchen gegen die Evangeliſchen geübte Nachſicht Klage geführt, den Biſchof auch zu einem Mandate bewogen, welches an der Communion in den katholiſchen Kirchen Theil zu nehmen bei Verluſt des kirchlichen Begräb-

---

1) Großentheils in den Erbfürſtenthümern belegen, meiſt auch durch Erwerb fürſtlicher Rechte der Abhängigkeit von den Landesherren entzogen, ſind dieſe geiſtlichen Stiftungen um ſo leichter der Reformation und Säculariſation entgangen, als die Schleſiſchen Herzöge durch einen derartigen Verſuch den König zu entſchiedneren Maaßregeln gegen die Evangeliſchen zu reizen fürchten mochten. — In dem Catalogus cleri almae dioec. Wratislav., unter biſchöfl. Autorität zu Breslau 1765. erſchienen, werden pag. 12 flg. außer dem Domkapitel 8 Collegiat-Stifter: zu Großglogau (geſtiftet 1112), zum H. Kreuz in Breslau (1290), zu Neiſſe (1392), zu Oppeln (1160), zu Ratibor (1287), zu Oberglogau (1379), zu Liegnitz (1348) und zu Brieg (1373), und 20 Abteien aufgezählt: nemlich 2 vom Orden der Kreuzherrn zu Breslau (geſt. 1253) und Neiſſe (geſt. 1190); 3 Auguſtiner Abteien, auf dem Sande zu Breslau (geſt. 1150), zu Sagan (1284) und Roſenberg im Oppelnſchen (geſt. 1374); 2 vom Orden der Prämonſtratenſer, ad S. Vincentium zu Breslau (geſt. 1139, und c. 1180 mit Präm. beſetzt) und zu Czarnowanz im Oppelnſchen (Frauenkl., geſt. 1236); 7 Ciſterzienſer-Abteien, zu Leubus im Wohlauſchen (geſt. 1050, u. 1150 mit Ciſt. beſetzt), zu Trebnitz im H. Oels (Frauenkl., geſt. c. 1200), zu Heinrichau im Münſterberg'ſchen (geſt. 1222), zu Camenz im Frankenſteiniſchen (geſt. 1240), zu Rauden im H. Ratibor (1253), zu Himmelwitz im Oppelnſchen (1280) und zu Grüſſau im H. Schweidnitz (geſt. 1242, Ciſt. Kl. ſeit 1292); 4 Benedietiner-Abteien, zu Wahlſtadt, Löwenthal, Liegnitz und Striegau (die drei letzteren Frauenklöſter), die Abtei vom St. Claren-Orden zu Gr.-Glogau, und die fürſtl. Abtei S. Clarae vom Franziskaner-Orden zu Breslau (geſt. 1260). Ein ähnliches, nicht völlig damit übereinſtimmendes Verzeichniß findet ſich bei Zimmermann a. a. O. Th. 12. S. 282 flg.

niſſes gebot. Doch war der Biſchof, wenn auch perſönlich der
evangeliſchen Lehre weniger geneigt, als ſein Vorgänger, durch
ſein Amt als oberſter Landeshauptmann, wie durch perſönliche Be-
ziehungen zu Kaiſer Maximilian **II.** zu ſehr an deſſen Politik ge-
bunden, als daß er jenes Mandat zur Ausführung zu bringen ſich
beeifert hätte; zur Erhaltung der katholiſchen Lehre ſchien ihm Re-
viſion und Publication der Synodal-Statuten zu genügen, de- 1577
nen er unter geringen Aenderungen die Beſchlüſſe der Petricauer
Provincialſynode beifügte [2]). Nach ſeinem Tode berief das Ka-
pitel den Dechanten **Andreas Jerin** zur biſchöflichen Wür-
de, der, im Deutſchen Collegium zu Rom erzogen und durch
päbſtliche Proviſion in das Kapitel aufgenommen, größere Ge-
währ für ſtreng-katholiſche Verwaltung zu geben ſcheinen moch-
te, aber auch, mehr vielleicht der Nothwendigkeit nachgebend,
als aus freiem Entſchluſſe, zu ernſten Maaßregeln gegen die Evan-
geliſchen nicht ſchritt, ſondern bei einer Viſitation es bewenden 1590
ließ. Mehr hätte vielleicht die Regierung des **Bonaventura
Hahn**, welchen das Kapitel zum Nachfolger des Andreas be- 1596
ſtimmte, den Abſichten und Hoffnungen der Römiſchen Parthei
entſprochen; gegen deſſen Wahl proteſtirte jedoch, weil ſein Em-
pfehlungsrecht ganz unbeachtet geblieben, der Kaiſer, ſetzte auch
deren Annullation bei Clemens **VIII.** durch, und das Kapitel,
welches erſt nach dreijährigem Streite durch Wahl des vom Kai-
ſer empfohlenen Biſchofs **Paul Albert** ſich fügte, ſah nicht
bloß die Gegenreformation verzögert, ſondern obenein noch ſein
Wahlrecht gefährdet. Dieſes wie jene zu ſichern, wählten nach
Albert's baldigem Tode die Domherren **Johann VI.** v. Sitſch 1600
zum Biſchofe, und erlangten auch, obwohl der Kaiſer einen an-
dern Candidaten empfohlen hatte und den gewünſchten Revers, es

---

2) **Fuchs** Reform.-Geſch. von Neiſſe S. 41 flg. vgl. mit **Henelii** Silesiogr. §. 49. p. 141. — Mehr noch als durch Reception obiger Beſchlüſſe erkannte Martin, obwohl ſelbſt von dem Erzbiſch. von Prag conſecrirt, den Metropolitanverband mit Gneſen dadurch an, daß er wegen Nichtbeſuchs der Synode ſich förmlich entſchuldigte (**Schannat** Conc. Germ. T. VII. p. 873 seq.).

ſolle Albert's Wahl nie der Wahlfreiheit zum Präjudiz gereichen, verweigerte, wirklich deſſen Beſtätigung[3]).

Mit ihm begann im Stiftsgebiete die Verfolgung der Evangeliſchen, indem die Sacramente ihnen verweigert, hie und da auch die Geiſtlichen ausgewieſen wurden, wenn ſchon nicht mit ſolcher Strenge, wie in Troppau und andern Oberſchleſiſchen Gegenden, wo der Biſchof von Ollmütz, nachdem ſeit längerer Zeit ſchon Sacramentsſperre und Geldſtrafen verſucht waren, im J. 1604 alle evangeliſchen Kirchen ſchließen ließ[4]). Mehr aber als durch dieſe, immer doch nur localen Verfolgungen mußte die Befürchtung der Evangeliſchen rege werden durch die damalige Lage der kirchlichen Angelegenheiten im Reiche, wo mit eben ſo viel Geſchick als Energie die Gegenreformation war betrieben worden, und in kurzer Zeit die Herſtellung der katholiſchen Kirche unglaubliche Fortſchritte gemacht hatte. Dadurch gewann
1604 die Aeußerung Kaiſer Rudolph's, daß die Uebung der Augsburgiſchen Confeſſion nur auf freiwilligem Zugeſtändniſſe beruhe[5]), ein Gewicht, welches unter andern Verhältniſſen ſchwer zu erklären wäre; bedeutungsvoller noch wurde, daß der Kaiſer in Ratibor und andern Städten der Erbfürſtenthümer, auf der Stadträthe angebliches Anſuchen, die Evangeliſchen von der bürgerlichen Nahrung ausſchloß[6]). Mehr jedoch als alles andre mußte der Streit Beſorgniß erwecken, in welchen Rudolph mit ſeinem Bruder Matthias und den Erzherzögen von Steiermark gerieth. Die Entſetzung des Kaiſers von der Regierung des Reichs und ſeiner Erbländer war deſſen offenkundiges Ziel; weſſen aber die Evangeliſchen dann ſich zu verſehen hätten, zeigte das Schickſal der Steiermärkiſchen Lande, wo ſelbſt die urkundlichen Zuſicherungen Maximilian's II. nicht vor gewaltſamſter

3) Vgl. Henelius l. l. §. 50 seq. pag. 147 seq. mit Gebhardi a. a. O. S. 289.

4) Fuchs Reformationsgeſchichte von Neiſſe §. 18. und Materialien St. 2. S. 19. flg. und 47.

5) Vgl. G. F. de Buckisch observ. histor. polit. in Instr. Pac. Osn. Wien 1696. p. 249.

6) Fuchs Mater. St. 4. S. 25.

Verfolgung und Unterdrückung geſchützt hatten, eben ſo deutlich, als das Verfahren des im J. 1608 auf den Breslauer Biſchofsſitz berufenen Erzherzogs Carl von Oeſterreich, welcher ſofort in den Stiftslanden das Leſen ketzeriſcher Bücher wie den evangeliſchen Gottesdienſt verboten hatte, und nicht zufrieden, die Erwerbung des Bürgerrechts von der katholiſchen Confeſſion abhängig zu machen, ſelbſt die im Lande ſchon anſäſſigen Evangeliſchen auszuweiſen anfing[7]).

In der Unterſtützung des Kaiſers gegen ſeine Familie, und in engſter Einigung unter einander glaubten mit Recht die evangeliſchen Stände Böhmens und Schleſiens die einzige Rettung ihrer Glaubensfreiheit zu finden. Zu Schutz und Trutz verbanden ſie ſich in dem Defenſionswerke vom 25. Juni 1609[8]) gegen jeden Angriff auf ihre Religionsübung; glücklicher als in Deutſchland die Union der evangeliſchen Reichsfürſten, erlangten ſie auch noch in demſelben Jahre die bündigſte urkundliche Zuſicherung völliger Religionsfreiheit.

Unter der ausdrücklichen Erklärung, daß ſie „gleich andern bey dem Religionsfrieden des H. Röm. Reichs erhalten“ werden ſollten, ertheilte der ſ. g. Majeſtätsbrief vom 20. Auguſt 1609[9]) nicht etwa bloß den evangeliſchen Fürſten und Ständen die Zuſicherung, daß ſie ihrer Religion wegen in keinerlei Weiſe würden bedrängt, verfolgt oder zurückgeſetzt werden, ſondern eben ſo „allen und jeden Einwohnern des gantzen Landes Schleſien, ſie ſeien unter geiſt- oder weltlichen Fürſten, Herren, Commendatoren, auch in Unſern Erbfürſtenthümern geſeſſen, auf'm Land, Städten und in Dörfern, welche der Augsb. Conf. ver-

7) Fuchs Reformationsgeſchichte von Neiſſe §. 20., Zimmermann Th. 3. S. 273.

8) Abgedr. u. a. bei Schickfuß a. a. O. Bd. 3. S. 80 flg. und Lünig R. Arch. P. spec. S. 62. flg.

9) Gleichfalls bei Schickfuß S. 84 flg., Lünig a. a. O. S 65 flg. Die Glatziſchen Stände ließen ſich nach Aelurii Glaciographia S. 308., da es zweifelhaft war, ob die Grafſchaft zu Böhmen oder Schleſien gehöre, einen beſondern Revers ertheilen, daß ihnen der für das erſtere Land ausgeſtellte Majeſtätsbrief zu Gute kommen ſolle.

wandt ſeien, und ſich zu derſelben bekennen“. Beiden Religionspartheien ward der Status quo, ſowohl für Religionsübung und Gottesdienſt, als für Pfarren, Schulen, Güter und Einkünfte beſtätigt, zugleich erklärt, es ſollten die Evangeliſchen ihre Religion „frei und ungehindert überall an allen Orten üben, bei ſolcher ihrer Religion, Prieſterſchaft und Kirchenordnung, welche jetzo bey ihnen iſt, oder dieſer Confeſſion gemäß möcht aufgerichtet werden, fried- und geruhiglich verbleiben“. Wichtiger noch war für den Fortbeſtand der evangeliſchen Lehre, daß die Erbauung von Kirchen und Schulen, „gleich wie den Fürſten und Herren-Stand und derſelben allerſeits Unterthanen, alſo auch den Erbfürſtenthümbern ſowol in Städten als auff dem Lande insgemein, und einem jeden insonderheit“ freigegeben wurde[10]), und daß theils den Fürſten, freilich nur als „ſondere Gnad“, die Haltung und Errichtung von Conſiſtorien, um mit denſelben „in Ordination und Eheſachen zu verfahren“, geſtattet, theils den Erbfürſtenthümern frei geſtellt wurde, falls ſie nicht bei ihrem bisherigen Brauche bleiben oder der fürſtlichen Conſiſtorien ſich bedienen wollten, „durch die Hauptleute und die vom Lande darzu verordnete Perſonen Augsburgiſcher Confeſſion ein Generalconſiſtorium auffrichten“ zu laſſen. In einer beſonderen Urkunde[11]) beſtätigte außerdem noch der Kaiſer von neuem den Colowrater Vergleich, damit „hinfüro und zu ewigen Zeiten kein andrer zum Biſthumb erwehlet oder beſtettiget werde, denn allein geborner Schleſier oder ein geborner Böheimb“, und gab die Zuſicherung, daß das Amt eines oberſten Landeshauptmanns, welches ſtatt des neuen Biſchofs Carl von Oeſterreich dem Herzoge Carl von Münſterberg verliehen wurde, in Zukunft immer nur von einem „weltlichen gebornen Schleſiſchen Fürſten“ ſollte verwaltet werden, eine Zuſicherung,

10) Nach Fuchs Ref.-Geſch. von Neiſſe §. 22. Note* hatte Rudolph zu Gunſten der biſchöflichen Beſitzungen eine Ausnahme von dieſer Bewilligung verlangt; der desfalſige Paſſus ſei aber im Concepte geſtrichen worden.

11) Gleichfalls mitgetheilt bei Schickfuß a. a. O. S. 99. und bei Lünig P. spec. Cont. I. Fortſ. 1. S. 407.

die den evangeliſchen Ständen um ſo ſichrer die Hoffnung auf Schutz gegen Bedrückungen, und ſelbſt zu bleibendem Einfluß auf die Landesregierung die Ausſicht eröffnete, als zur damaligen Zeit; alle mittelbaren Fürſtenthümer im Beſitze proteſtantiſcher Herren ſich befanden.

§. 7.

Erneuerung der Gegenreformationen und deren gewaltſame Durchführung in Folge der Böhmiſchen Unruhen.

Wenig half jedoch den Evangeliſchen ihr Sieg, wie ausgedehnt alle dieſe Conceſſionen waren; denn zu vollſtändiger Ausführung des Majeſtätsbriefes kam es nicht, obſchon ihn Kaiſer Matthias bei ſeiner Thronbeſteigung beſtätigte. Je größer die Gefahr war, daß nun Schleſien für die katholiſche Kirche ganz verloren gehen werde, um ſo weniger verſtanden ſich deren Anhänger, in der Hoffnung, es werde ſich zu gänzlicher Revocation jener Zugeſtändniſſe wohl Gelegenheit finden, zu Anerkennung des Majeſtätsbriefes. Als Biſchof des Landes legte Erzherzog Carl ſofort feierlichen Proteſt dagegen ein[1]); unbekümmert um das Verſprechen des Kaiſers, betrieb und beförderte er die Gegenreformation. Aller Decrete des Oberamts ungeachtet gewährte er zu Reiſſe ſeinen evangeliſchen Unterthanen nicht einmal in der Vorſtadt den Bau einer Kirche, eben ſo wenig die Errichtung einer Schule, ſondern wollte ihnen nur den Beſuch fremder Kirchen und die Herbeiholung von Geiſtlichen für Kranke geſtatten; als aber durch eigenmächtige Einrichtung eines evangeliſchen Gottesdienſtes, erſt in einem benachbarten Dorfe, dann in der Stadt ſelbſt, die Bürger ihn reizten, ließ der Biſchof ſofort die ſtrengen Edicte wieder eintreten, welche Begräbniß und Trauung, wie Meiſter- und Bürgerrecht den Evangeliſchen verweigerten, und verlangte von ihnen Auswanderung und Verkauf ihrer liegenden

1) Schickfuß a. a. O. S. 89. und Lünig a. a. O. S. 407., wo auch der Gegenproteſt der Stände ſich findet.

Digitized by Google

Güter[2]). Aehnlich verfuhr er in Oppeln und Ratibor, welche der Kaiſer ihm geſchenkt hatte; von bürgerlicher Nahrung und allen Aemtern ausgeſchloſſen, konnten die Evangeliſchen hier nicht einmal zu Privatgottesdienſt die Erlaubniß erhalten, ſelbſt nicht in der Stadt Oberglogau, wo ihnen die frühere Landesherrſchaft mit Zuſtimmung Maximilian's II. für ewige Zeiten den Beſitz der Kirche und Genuß des Bürgerrechts zugeſichert hatte[3]). Im Fürſtenthum Troppau, welches der Kaiſer dem
1612 Fürſten Carl von Lichtenſtein verliehen hatte, war der Reſidenzſtadt bei der Huldigung das ausdrückliche Verſprechen gegeben, daß ſie „bei ihren Schulen, Kirchen, Pfarren und Begräbniſſen und dem freyen **Exercitio religionis**, wie Wir ſie jetzo darin befunden“, geſchützt werden ſollte; des ihr zuſtändigen Patronats ungeachtet vermochte ſie gleichwohl nicht, die Pfarrkirche zurück zu erhalten, und hier, wie im übrigen Lande, benutzte der Biſchof von Ollmütz den noch fortdauernden Pfarrzwang, um unter Verweigerung der Sacramente und Bedrückung aller Art die Rückkehr des Volkes zur evangeliſchen Lehre zu verhindern[4]). Aehnliches geſchah in den Erbfürſtenthümern; nicht bloß, daß die Errichtung neuer Kirchen und Schulen verweigert wurde, nahm man hie und da, insbeſondre in ſtiftiſchen Orten z. B. in Striegau und Liebenthal, den Lutheriſchen ſogar ihre bisher beſeſſenen Kirchen. Am härteſten aber verfuhr man wider ſie in Teſchen, wo Herzog Adam Wenzel nach ſeinem
1613 Uebertritt zur katholiſchen Kirche, den früher von ihm ſelbſt ertheilten Privilegien entgegen, die Kirchen ſchloß, und mit den lutheriſchen Predigern alle Unterthanen, welche nicht katholiſch werden wollten, des Landes verwies[5]). Vergeblich waren die

2) Fuchs Ref.-Geſch. von Neiſſe §. 21 flg., wo ſich auch S. 133 flg. die urkundlichen Belege über die Verhandlungen zwiſchen dem Biſchof und den Ständen finden.

3) Fuchs Material. St. 4. S. 16. flg. Gebhardi a. a. O. S. 429.

4) Ebend. St. 2. S. 35 flg. u. 50 fgl. Von allen wider Recht ihnen entzogenen Kirchen blieb den Evangeliſchen nur der Beſitz einer einzigen, und als beſondern Gnadenerweis betrachtete es der neue Landesherr, daß er der Stadt die dortige Hospitalkirche überwies.

5) Ebend. St. 1. S. 17—19.

Verwendungen der evangeliſchen Fürſten und Stände, erfolglos blieb der Fürſtentag vom J. 1618, auf welchem die Proteſtanten Abſtellung aller Beſchwerden zu erlangen gehofft hatten[6]; nur in den mittelbaren Fürſtenthümern evangeliſcher Herren erhielt ſich freie Uebung der Augsburgiſchen Confeſſion.

Noch trübere Ausſichten eröffnete der Tod des Kaiſers Matthias am 20. März 1619. In der Union mit den Böhmiſchen Ständen glaubten nun die Schleſiſchen Fürſten, welche bisher von aller Theilnahme an den dortigen Unruhen ſich fern gehalten hatten, die einzige Rettung ihrer Glaubensfreiheit zu finden, die gegen offne und heimliche Verfolgung durch Beſtätigung des Majeſtätsbriefes und ausgedehntere Zuſicherungen von Seiten des neuen Königs geſichert werden ſollte[7]). Vielleicht hätte die Nichtanerkennung König Friedrich's dem evangeliſchen Schleſien wenigſtens den Beſitz deſſen zu erhalten vermocht, was bis dahin die Reaction noch nicht entzogen hatte; der Abfall aber von dem rechtmäßigen Herrn gab in dem eroberten Lande

---

6) Nicht weniger als 233 Beſchwerden ſind nach der Supplik, welche der Oberlandeshauptmann Herzog Joh. Chriſtian von Brieg nachher an den Kaiſer richtete, auf dieſem Fürſtentage angebracht worden. Vgl. Henſel's Kirchen-Geſch. von Schleſien S. 250 flg.

7) Der Inhalt dieſer Conföderation zwiſchen den Böhmiſchen und Schleſiſchen Ständen (bei Lünig a. a. O. S. 75 flg.) giebt zugleich über die Hauptbeſchwerden der Evangeliſchen näheren Aufſchluß. So ſollten nach Art. 16., 18. und 19. alle höheren Landes-Aemter, und in den Städten, wo die Mehrzahl der Bürger evangeliſch ſei, ſämmtliche Rathsſtellen, mindeſtens aber die Hälfte derſelben einſchließlich des Bürgermeiſter-Amts, nur mit Evangeliſchen beſetzt, dieſe auch nach Art. 21. nirgends von Bürger- und Meiſterrecht, Betrieb des Handels und der Gewerbe ausgeſchloſſen werden. Jedem ſollte nach Art. 10. freiſtehen, „in ſeinen Kirchen die alten Ceremonien ſeinem chriſtlichen Gewiſſen und Gottes Wort nach zu behalten oder fahren zu laſſen“, den Jeſuiten und andern neuen Orden nach Art. 4—6. nirgends Duldung und Aufnahme gewährt werden, nach Art. 15. „kein Römiſch-Catholiſcher hohes oder niedern Standes ſich unterſtehen, unter keinem Prätext den loci Ordinarium, oder einiger Jurisdiction über die Evangeliſchen in geiſtlichen, noch weniger in weltlichen Sachen zu gebrauchen“, vor allem aber nach Art. 7. u. 12—14. von allen katholiſchen Ständen und Beamten der Majeſtätsbrief beſchworen werden. — Für Schleſien wurde in Separat-Artikeln noch beſonders ſtipulirt, daß die Geiſtlichen ſich den Landesſteuern von ihren Gütern und den ſonſtigen Landeslaſten, auch der weltlichen Gerichtbarkeit in Civilſachen nicht entziehen dürften.

für die Gegenreformation einen ſcheinbaren Rechtsgrund mehr. Nach dem unglücklichen Ausgange der Schlacht am weißen Berge vermochte die Interceſſion des Kurfürſten Johann Georg von Sachſen, welchem, als Bundesgenoſſen und Commiſſarius des Kaiſers, die Schleſiſchen Fürſten und Stände ſich ergeben hatten, die evangeliſche Kirche des Landes nur noch vor gänzlicher Vernichtung zu ſchützen.

Gegen das Gelöbniß „die Catholiſchen, ſie haben Namen wie ſie wollen, vom Oberſten bis zum Niedrigſten, vom Niedrigſten bis zum Oberſten, bey dem ihrigen geruhig verbleiben zu laſſen“, hatte zwar der Kurfürſt in dem ſ. g. Sächſiſchen Accorde vom 18. Februar 1621[8]) den Fürſten und Ständen, wenn ſie ihrer Religion wegen „feindlich bekrieget“ würden, ſeine Verwendung zugeſagt, und verſprochen, „eine Erneuerung der Confirmation des Majeſtät-Brieffs, aller Privilegien, Freiheiten und Immunitäten zu Wege zu bringen“. Die Beſtätigung des Majeſtätsbriefes erfolgte aber ſo wenig, als irgend eine ſonſtige Zuſicherung freier Religionsübung. Selbſt das Verſprechen, daß Fürſten, Stände und Unterthanen „bei alle dem, was der Accord in ſich haltet und begreifet, völlig und unbrüchig gelaſſen, geſchützt und gehandhabt, auch ſich Niemand durchaus einiger Straff befahren ſolle“, ward an die Clauſel beharrlichen Gehorſams geknüpft[9]), und nur zu bald begannen die härteſten Verfolgungen, hier wegen angeblicher Begünſtigung des Mansfelder Kriegs-

8) S. bei Lünig P. spec. p. 95 flg. — In andrer, einer Capitulation mehr entſprechender Form findet ſich dieſer Accord in der Schleſ. Kirchenhiſt. Kap. 65+. S. 195., bei Worbs die Rechte der evang. Gem. in Schleſien S. 302., ſo wie bei Lünig Cont. I. Fortſ. 1. S. 429. Iſt dies vielleicht die erſte, vom Kaiſer nicht genehmigte Punctation? Einige Abweichungen in der Faſſung der einzelnen Artikel laſſen es faſt vermuthen. Denn ſo wird nicht bloß für den Fall, daß die Evangeliſchen „feindlich bekrieget“, ſondern ſchon, wenn ſie „bedrängt und angefochten“ würden, die Interceſſion zugeſagt; auch fehlt der im Sinne der katholiſchen Kirche ſo zweideutige Ausdruck „bei dem ihrigen“, und wird nur ſtipulirt, die Katholiken „wie vor dieſem bei geruhigem Poſſeß“ verbleiben zu laſſen.

9) Lünig P. spec. Cont. I. p. 430.

Kriegszuges, dort unter andern eben ſo nichtigen Vorwänden, überall aber mit offenkundiger Tendenz, die evangeliſche Kirche wo möglich ganz zu unterdrücken.

An dem Biſchofe von **Breslau**, dem Erzherzoge Carl, welcher gleich bei Beginn der Unruhen Schleſien verlaſſen und die Breslauer Kirche als Tochter der Gneſener unter den Schutz des Königs von Polen geſtellt hatte[10]), fand die Gegenreformation bei ſeiner Rückkehr aus Polen den eifrigſten Beförderer; nicht minderen Eifer zeigten die Biſchöfe von **Ollmütz**, **Cracau** und **Prag**, und des Erzherzogs Nachfolger, **Carl Ferdinand**, ein Sohn des Polniſchen Königs Sigismund III., deſſen Wahl Biſchof Carl betrieben, und trotz der Beſorgniß des Kapitels, es möchte die Krone Polen oder die Gneſener Kirche hierauf wieder Anſprüche einer Schutz- oder Kirchenhoheit gründen, nach Ausſtellung eines Reverſes durchgeſetzt hatte[11]). Unter dem Schutze militäriſcher Execution erfolgte, namentlich in den Jahren 1628 und 29, die Reſtitution des katholiſchen Cultus in dem größten Theile des Landes. Am vollſtändigſten und leichteſten gelang dieſe Gegenreformation in **Oberſchleſien**[12]), wo mit der Achtserklärung des Markgrafen **Johann Georg**
von Brandenburg, deſſen Fürſtenthum **Jägerndorf** dem Für- 1624
ſten von Lichtenſtein verliehen worden war[13]), die Evangeliſchen

---

10) v. **Frieſe** Kirchengeſch. Polens Th. 2. S. 353 flg. — Es iſt dies m. W. die letzte Spur des früheren Metropolitan-Verbandes zwiſchen Breslau und Gneſen, und mag den Biſchof zu deſſen Anerkennung wohl nur die Hoffnung auf die Hülfe Polens veranlaßt haben.

11) Die wichtigſten Beſtimmungen dieſes Reverſes, der dadurch zugleich eine feierliche Reſervation der bisher ſchon genoſſenen kirchlichen Exemtion wurde, ſind: ne praelaturas, canonicatus, praebendas ceteraque beneficia Polonis aliisque conferat, quam quibus per leges et statuta ecclesiae licet, und ne ecclesia ab Archiepiſcopo Gnesnensi sub primatialis ac metropolitanae ecclesiae superioritatem atque iurisdictionem trahatur, neve ea filii Regis in episcopatum receptio praeiudicium aliquod iuribus et consuetudinibus quoad dictam subiectionem erga Metropolitanum Gnesnensem Episcopis Wratisl. in posterum pariat. Vgl. **Henelius** l. l. §. 55. p. 161.

12) Vgl. **Fuchs** Mater. St. 1. S. 25., St. 2. S. 39., St. 3. S. 24 flg. und 50 flg., St. 4. S. 24. 30. 82. und fortg. Mater. S. 21 flg. und 52 flg.

13) Dies Land hatte des Markgrafen Georg Sohn, **Georg Frie-**

ihren letzten Stützpunkt verloren hatten; durch Schließung der Kirchen und durch die von allen Städten erforderten Reverſe, daß ſie zu keiner andern als der katholiſchen Religion ſich bekennen, keinem Evangeliſchen das Bürgerrecht ertheilen wollten, verſchwand hier in kurzer Zeit die öffentliche Uebung der Augsburgiſchen Confeſſion[14]). Gleiches Schickſal hatte die Grafſchaft Glatz, welche der Kaiſer als Zubehör Böhmens behandelte[15]), ſo wie das Beſitzthum der Breslauer Kirche, wo Biſchof Carl Ferdinand durch Einſtellung des Gottesdienſtes und Sperrung der Gewerbe, und indem er nur zwiſchen Rücktritt oder Auswanderung die Wahl ließ, binnen kurzem die evangeliſche Lehre ſelbſt in der Erinnerung ſeiner Unterthanen ausrottete[16]). In Niederſchleſien dagegen blieb zwar den mittelbaren Fürſtenthümern und den freien Standesherrſchaften Mi-

---

drich, da er kinderlos war, dem Kurprinzen Joachim Friedrich von Brandenburg durch Erbvertrag zugewendet, dieſer auch bei deſſen Tode im J. 1603 in Beſitz genommen, uud ſeinem Sohne Johann Georg überlaſſen. Die Belehnung aber konnte letzterer nicht erlangen, da Rudolph wie Matthias die ohne königliche Zuſtimmung geſchehene Veräußerung für ungültig erklärten. Von der Amneſtie ausgeſchloſſen, verlor Johann Georg ſchon im J. 1621 den bisher behaupteten Beſitz des Herzogthums, welches Kurfürſt Georg Wilhelm und deſſen Sohn Friedrich Wilhelm wiederholt, aber vergeblich zurückforderten, bis der Streit im J. 1685 durch Abtretung des Schwiebuſer Kreiſes erledigt wurde. Vgl. Gebhardi a. a. O. S. 403 flg.

14) Für Jägerndorf und Leobſchütz lag in dieſer Verfolgung der Evangeliſchen eine um ſo größere Ungerechtigkeit, als Georg Friedrich in dem dem Lande ertheilten Religionsprivilegium vom J. 1599 (mitgetheilt von Fuchs a. a. O. St. 6. S. 51 flg.) auch den Römiſchkatholiſchen freie Religionsübung zugeſichert hatte.

15) Aelurii Glaciographia S. 312., Zimmermann a. a. O. Th. 9. S. 53. 139. 143. 175. 234.

16) Biſchof Carl hatte anfangs noch auf Verwendung des Kurfürſten von Sachſen in dem Dorfe Sänkwitz den evangeliſchen Cultus geduldet, welcher auch im Grotkau'ſchen in einzelnen adligen Patronat-Pfarren ſich erhielt, bis Biſchof Carl Ferdinand den Adel zur Reſtitution der Kirchen im J. 1629 zwang, und den ſchon zwei Jahre vorher erlaſſenen Auswanderungsbefehl mit unnachſichtlicher Strenge zur Ausführung brachte. Vgl. Fuchs Reformationsgeſch. von Neiſſe §. 57. und 60 flg., und Beil. I. Nr. 100. und 101., Beil. II. Nr. 2. 4. 10.

litſch, Trachenberg und Beuthen-Carolath[17]) die Uebung der evangeliſchen Religion; ſelbſt in den Erbfürſtenthümern erhielten ſich auf dem flachen Lande anfangs noch viele lutheriſche Kirchen. Allein dort[18]) fehlte jede Garantie; die Art aber, wie faſt in allen Städten[19]) der Erbfürſtenthümer durch Schließung der evangeliſchen Schulen und Anſtellung katholiſcher Geiſtlichen die Gegenreformation durchgeführt wurde, und die erzwungene Ausſtellung der ſ.g. Religionsreverſe, in welchen Rath und Bürgerſchaft ſich verpflichten mußten, Niemand, der nicht katholiſcher Religion ſei, in den Rath, oder zu Zunft- und Bürgerrecht aufzunehmen, oder nur in der Stadt zu dulden[20]), konnte keinem Zweifel Raum laſſen, daß es in den königlichen Landestheilen auf gänzliche Ausrottung der evangeliſchen Lehre abgeſehen, und die vollſtändige Ausführung dieſes Plans nur günſtigeren Zeiten vorbehalten ſei.

In dieſer traurigen Lage war auch der Prager Friede vom J. 1635[21]) kein Gewinn für die evangeliſche Kirche Schleſiens. Denn nur den Herzögen von **Liegnitz**, **Brieg** und **Münſter-**

---

17) Erſt nach dem Weſtfäliſchen Frieden, der den Standesherrſchaften die freie Religionsübung nicht vorbehalten hatte, ſind hier die evangeliſchen Kirchen geſchloſſen worden. Zimmermann Th. 7. S. 376. 386., Th. 10. S. 159.

18) In den Stiftsdörfern, die nur als in territorio, nicht de territorio galten, fing man auch hier ſchon die Gegenreformation an, z.B. in den Beſitzungen des Kloſters Leubus. Henſel a. a. O. S. 273.

19) Nur wenige, wie z. B. Greiffenberg, Primkenau, Schmiedeberg (Zimmermann Th. 6. S. 208. 341., Th. 10. S. 426.), blieben von der militäriſchen Execution der ſ. g. Seligmacher verſchont, und behielten bis nach dem Frieden evangeliſche Kirchen.

20) Ueber alles dies giebt genauen Aufſchluß das von den Erbfürſtenthümern im J. 1646 an die evangel. Deputirten in Osnabrück gerichtete Memorial bei Londorp Act. publ. T. VI. p. 89. und Buckisch observ. ad Pac Osn. p. 344. — Den Landshuter Religionsrevers, das Muſter der übrigen, ſ. bei Henſel a. a. O. S. 301. Hie und da wurden dieſe Reverſe ohne Mitwiſſen der Bürgerſchaft nur von dem mit Katholiſchen neu beſetzten Rath ausgeſtellt, oder auch wohl unter irgend einem Vorwande Blanquette mit Siegel und Unterſchrift der erſteren erpreßt, und dann mit ähnlichem Verſprechen alleiniger Zulaſſung der katholiſchen Religion ausgefüllt.

21) Das Prager Friedensinſtrument und den Nebenrezeß, Schleſien betr., beide vom 30. Mai 1635 ſ. bei Lünig P. spec. p. 108 flg., Buckisch l. l. p. 252 seq. und Schleſ. Kirchenhiſtorie. Frankf. 1708. S. 224 flg.

berg-Oels nebſt der Stadt Breslau gewährte er für ſie und ihre Unterthanen die freie Uebung der Augsburgiſchen Confeſſion. Den übrigen Fürſtenthümern und Herrſchaften, welche unmittelbar dem Kaiſer oder andern geiſtlichen und weltlichen Herren gehörten, ein ähnliches Zugeſtändniß zu machen, oder auch nur den Sächſiſchen Accord zu erneuern, weigerte ſich Ferdinand II. auf das entſchiedenſte, „weil der Augsburgiſchen Confeſſion verwandter Stände eigner gemachten Regul nach die Religion und deren Einführung der landesfürſtlichen Hoheit anhängig ſei"; vielmehr behielt er ſich unter der Erklärung, daß er bei etwaniger „Aenderung mit der Religion" ſeinen Unterthanen das Recht der Auswanderung binnen drei Jahren zugeſtehen wolle, gegen alle, die ſich an ihm vergangen hätten, „eine freie Diſpoſition desjenigen, was ſich vermöge der Rechten gebühret", für ſich und ſeine Nachkommen ausdrücklich vor. So blieb den evangeliſchen Ständen nichts als die ſchwache Hoffnung einer für ihre Parthei günſtigeren Wendung des Krieges; aber auch dieſe letzte Hoffnung zertrümmerte der Ausgang der Osnabrücker Friedensverhandlungen.

§. 8.

Kirchlicher Zuſtand der Schleſiſchen Erbfürſtenthümer ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden.

Alle Bemühungen der Krone Schweden und der evangeliſchen Reichsſtände, vom Kaiſer Ferdinand III., wenn nicht für die geſammten Erblande, doch wenigſtens für Schleſien Beſtätigung des Majeſtätsbriefes und Freigebung der proteſtantiſchen Religionsübung zu erlangen, waren erfolglos geblieben; nicht einmal die Vortheile des Entſcheidungsjahres, wie ungünſtig auch ſchon zu jener Zeit die Lage der evangeliſchen Kirche Schleſiens geweſen war, wollte der Kaiſer dem Lande zugeſtehen. Nur den Herzögen von Brieg, Liegnitz und Münſterberg-Oels und der Stadt Breslau ſicherte der Weſtfäliſche Friede[1]) von neuem den ungeſtörten Genuß ihrer vor dem Kriege beſeſſenen Rechte und Privilegien, ſo wie freie Uebung der Augs-

1) Instr. Pac. Osnabr. Art. V. §. 38.

burgiſchen Confeſſion zu, und dies obenein noch mit dem bedenklichen Zuſatz „aus kaiſerlicher Gnade“, und ohne daß, wie im Prager Friedensinſtrumente, zugleich „für ihre Poſterität“, oder für „ihre Landſchaften, Räthe, Diener, Beampten, Unterthanen, Einwohner und Mitbürger“ gleiche Zuſage gegeben wurde. In den Erbfürſtenthümern hatte ſich der Kaiſer, noch dazu unter ausdrücklichem Vorbehalt des Reformationsrechts, zu nichts weiterem verſtehen wollen, als daß hier dem Herren- und Adelsſtande wie deren Unterthanen, bei ruhigem Verhalten und Leiſtung des ſchuldigen Gehorſams, der Beſuch des evangeliſchen Gottesdienſtes in benachbarten Orten außerhalb Landes geſtattet, auch wider ihren Willen weder Auswanderung noch Verkauf ihrer liegenden Gründe zugemuthet werden ſolle, und daß er auf deren Anſuchen den Evangeliſchen geſtatten wolle, bei Schweidnitz, Jauer und Glogau drei Kirchen auf eigne Koſten erbauen zu dürfen[2]).

Rückſichtslos wurden in den Jahren 1653 und 1654 durch die ſ. g. Remotionscommiſſionen alle Kirchen, wo ſich bisher noch in den Erbfürſtenthümern ein proteſtantiſcher Gottesdienſt erhalten hatte, den Evangeliſchen genommen und mit katholiſchen Prieſtern wieder beſetzt[3]). Vergeblich berieſen ſich in Münſterberg die Stände darauf, daß ſie als ein durchaus evangeliſches Land ſich freiwillig der unmittelbaren Landeshoheit Böhmens unterworfen, und von Kaiſer Maximilian II. und Rudolph II. ausdrückliche Beſtätigung aller Privilegien, Statuten und Gewohnheiten, alſo auch der kirchlichen Landesverfaſſung erhalten hätten; die gewaltſame Gegenreformation traf auch dieſe Gegenden, und fand bei dem neuen Landesherrn, dem Fürſten von Auersberg, welchem der Kaiſer gegen den wörtlichen 1664
Inhalt der Landesprivilegien das Herzogthum verlieh, die eifrigſte Beförderung[4]). Für Teſchen, das bei überwiegender Mehr-

2) Instr. Pac. Osnabr. Art. V. §. 39. und 40.

3) Ueber dieſe vom Kaiſer und Biſchofe ernannten Commiſſionen, welche im H. Schweidnitz-Jauer 254, im H. Glogau 152, im H. Breslau 110 Kirchen einzogen, vgl. Herber Silesiae sacrae origines. Breslau 1821. p. 116.

4) Gebhardi a. a. O. S. 343., Zimmermann Th. 4. S. 31 flg.

zahl der evangeliſchen Bevölkerung rings von katholiſchen Län-
dern umgeben war, konnten die Fürſten von Brieg, die Kurfür-
ſten von Sachſen und Brandenburg nicht einmal zur Erbauung
Einer Kirche die kaiſerliche Erlaubniß erlangen; die den Stän-
1642 den früher von Kaiſer Ferdinand III. ſelbſt ertheilte Zuſicherung,
daß er „in alle Wege die Teſchniſchen Herren Landſtände der un-
geänderten Augsb. Confeſſion denen andern Erbfürſtenthümern
gleich halten laſſen würde“, auf welche ſie damals die Hoffnung
freier Religionsübung geſetzt haben mochten, diente jetzt nur dazu,
dieſelbe dem Lande zu verweigern. Eben ſo wenig half den Be-
ſitzern von Pleß, den Grafen von Promnitz, daß ſie während
der Kriegszeiten unverbrüchlich dem kaiſerlichen Hauſe die Treue
bewahrt hatten; der Behauptung, daß ihnen alle fürſtlichen
Rechte zukämen, und daß ihre Beſitzungen nicht unmittelbar der
kaiſerlichen Kammer unterworfen ſeien, ward der Buchſtabe des
Osnabrücker Friedens, welcher nur der Herzöge von Liegnitz
u. ſ. w. Erwähnung thue, entgegengeſetzt, und zuletzt ſelbſt die
1660 Schließung der Hofkapelle erzwungen, in welcher anfangs noch
die evangeliſchen Unterthanen dem Gottesdienſte beigewohnt hat-
ten[5]). Gleiches Schickſal hatten die übrigen Standesherr-
ſchaften, nicht minder das Herzogthum Sagan, deſſen neuer
Beſitzer, der Fürſt von Lobkowitz, um ſeiner evangeliſchen Ge-
mahlinn willen bis zum J. 1668 noch in einzelnen Kirchen den lu-
theriſchen Gottesdienſt geduldet hatte[6]). In den Fürſtenthümern
Troppau und Jägerndorf endlich benutzte man, obwohl ſie
längſt von Mähren getrennt waren, die fortdauernde Gültigkeit
des Mähriſchen Rechts ſogar zum Vorwande, um den Evangeli-
ſchen die ohnedies ſo beſchränkte Duldung zu verweigern, welche das
Friedensinſtrument im übrigen Schleſien ihnen gewährt hatte[7]).

5) Fuchs Mater. St. 1. S. 26. und 50 flg. u. fortg. Mat. S. 25 flg. 54 flg.

6) Zimmermann a. a. O. Th. 7. S. 62. — Dies Herzogthum, welches im J. 1558 Biſch. Balthaſar von Promnitz pfandweiſe an ſich gebracht, und ſeitdem bis zum J. 1601 deſſen Familie beſeſſen hatte, war nach erfolgter Einlöſung während des Kriegs im J. 1628 an Wallenſtein verkauft, nach deſſen Ermordung eingezogen, und im J. 1646 wieder an das Lobkowitz'ſche Haus veräußert worden.

7) Fuchs Mat. St. 2 S. 42., St. 6. S. 34. 119 flg. Buckisch l. l. p. 285.

Trotz dieſer Schließung der Kirchen und der Vertreibung der evangeliſchen Geiſtlichen[8]) erhielt ſich lange Zeit in der großen Maſſe des Volks das Bekenntniß der Augsburgiſchen Confeſſion, deren Uebung durch den Beſuch der auswärtigen, wie der drei Friedens-Kirchen geſichert war. Aber weder blieb dies Recht den Evangeliſchen unverkümmert, noch fehlte es ſonſt an Bedrückungen aller Art, um allmählich der katholiſchen Lehre ausſchließliche Geltung wieder zu verſchaffen[9]). Der zahlreiche Beſuch der benachbarten Brandenburgiſchen und Sächſiſchen Kirchen führte bald, als unmittelbar an der Grenze, und zum Theil auf Koſten der Schleſiſchen Unterthanen, viele neue Kirchen entſtanden[10]), zu einem Verbote, welches für die willkürliche Deutung des Friedensinſtruments, daß die Worte **extra territorium** nur von den einzelnen Fürſtenthümern, nicht von den Schleſiſchen Landen überhaupt zu verſtehen ſeien, in dem eignen Vorgange der evangeliſchen Parthei[11]) eine Beſchönigung fand. Nur mit Mühe gelang es der Verwendung des Sächſiſchen Hofes, daß wenigſtens der Beſuch der zur Zeit des Friedens ſchon vorhandenen ausländ-

---

8) Nach Worbs die Rechte der evang. Gemeinden in Schleſien S. 111. ſind in den Erbfürſtenthümern, Standesherrſchaften u. ſ. w. theils während des Krieges, theils durch die Remotionscommiſſionen nicht weniger als 628, noch namhaft zu machende Stadt- und Landkirchen den Evangeliſchen genommen worden.

9) Ueber dieſe Verfolgung der Evangeliſchen vgl. vor allem die dem Corpus Evang. übergebenen Gravamina der evangel. Schleſ. Stände, und das im J. 1705 an Kaiſer Joſeph gerichtete Memoriale der evangel. Schleſier, beide u. a. in Schleſ. Kirchenhiſt. S. 303 flg. und 462 flg. mitgetheilt, deren Inhalt durch die von Buckisch l. l. p. 308 seq. und in Fuchs Mater. St. 2. S. 42 flg. und St. 5. S. 34 flg. gegebnen Daten, und größtentheils auch durch officielle Verordnungen und Urkunden, nur zu genügende Beſtätigung erhält.

10) Worbs a. a. O. S. 194. Note a. nennt 15 ſolcher Grenzkirchen, die zum Theil, namentlich gegen die Lauſitz hin, wo der Bober die Grenze bildete, in unmittelbarer Nähe der Schleſiſchen Städte erbaut wurden, und hie und da Gründung neuer Ortſchaften, z. B. von Chriſtianſtadt und Halbau veranlaßt haben.

11) Als Markgraf Johann Georg durch Anſtellung reformirter Geiſtlichen mit den Jägerndorfern in Streit gerieth, verbot er im J. 1616 ſogar innerhalb ſeines eignen Landes den Beſuch andrer Kirchen. (Fuchs a. a. O. St. 5. S. 117.)

diſchen Kirchen wieder frei gegeben wurde. Um ſo drückender aber war es für die Evangeliſchen, daß nur mit den eignen Kindern und dem Hausgeſinde, nicht in Verbindung mit andern Familien, der Hausgottesdienſt geſtattet wurde[12]; an vielen Orten nöthigte ohnedies die zu große Entfernung der proteſtantiſchen Kirchen zum Beſuche des katholiſchen Gottesdienſtes, oder doch zur Vollziehung der Taufen, Trauungen u. ſ. w. durch die katholiſchen Pfarrer, und hie und da ward Theilnahme an katholiſchen Ceremonien, namentlich an den Prozeſſionen, geradezu geboten, die Mitfeier der katholiſchen Feſttage ſogar allgemein zur Pflicht gemacht. Am meiſten wurde jedoch die Fortdauer des evangeliſchen Bekenntniſſes dadurch gefährdet, daß man, gleichzeitig mit dem Verbote, die Kinder außerhalb Landes erziehen zu laſſen, alle evangeliſchen Schulen in den Städten wie auf dem flachen Lande ſchloß, der Haltung von Hauslehrern Schwierigkeiten aller Art machte, den Beſuch der katholiſchen Schulen bei ſchweren Strafen anbefahl. Der ſogar geſetzlich ſanctionirte[13] Misbrauch, daß den lutheriſchen Waiſen nur katholiſche Vormünder, ſelbſt mit Hintanſetzung väterlicher Dispoſitionen oder der Blutsverwandten, beſtellt wurden, führte viele Familien, namentlich des Adelsſtandes, zur katholiſchen Kirche zurück, und ähnliche Wirkung mußte es haben, daß zu gemiſchten Ehen ſtets beſondre Dispenſation erforderlich war, die nicht anders ertheilt wurde, als wenn der evangeliſche Theil ſelbſt, vollends die Nachkommenſchaft, zur katholiſchen Kirche übertrat[14]. Der Ausſchluß der Evangeliſchen von allen öffentlichen Aemtern, von der ſtädtiſchen Verwaltung, vom Bürgerrecht und der bürgerlichen Nah-

12) Vgl. hierüber und über das Folgende die Verordn. Leopold's I. vom 10. Juli 1669 in: Sammlung der wichtigſten Privil., Stat., Reſer. und pragm. Sanct. des Landes Schleſien. Croſſen 1736 (auch unter dem Namen Fortſ. der Brachvogel'ſchen Sammlg.) Th. 1. S. 123.

13) Inſtruction für das Schleſ. Oberamt vom J. 1690, in der Schleſ. Kirchenhiſtorie S. 380 flg. mitgetheilt.

14) Dies bezeichnet der Biſchof von Ollmütz in einem an den Kaiſer erſtatteten Berichte (bei Fuchs a. a. O. St. 5. S. 122.) als eine in Teſchen häufig befolgte und ganz beſonders wirkſam befundene Procedur.

rung, hie und da ſelbſt vom Grundbeſitz[15]), war einem Verbote des evangeliſchen Bekenntniſſes faſt gleich; und eben ſo nachtheiligen Einfluß, als wirkliche Verfolgung, übte die Verweigerung der Sacramentalien und die Erſchwerung der Licenzſcheine, deren die Evangeliſchen des beſtehenden Pfarrzwanges wegen bedurften, um in benachbarten evangeliſchen Kirchen Taufen, Trauungen u. ſ. w. vollziehen zu laſſen[16]). In Oberſchleſien ſcheute man ſich aber auch nicht, in den Städten, weil deren im Frieden nicht beſondere Erwähnung geſchehen ſei, den Rücktritt zum katholiſchen Glauben bei Strafe der Auswanderung direct anzubefehlen, oder durch Geld- und Gefängnißſtrafen zu erzwingen[17]).

---

15) Eine Verordn. Leopold's I. vom 10. Febr. 1667 (Fortſ. der Brachvogel'ſchen Samml. Th. 1. S. 118.) verfügt ganz allgemein, daß die Landes- wie Stadt-Aemter, bei welchen die im Kriege erzwungenen Religions-Reverſe und Statuten den Schein eines Rechtsgrundes gaben, ſo viel möglich nur Katholiken conferirt würden. Bei Reviſion der Troppauer Landesordnung im J. 1673 (ſ. Weingarten fascic. divers. iur. p. 343.) befahl er gleicher Weiſe dem Art. 1. de religione folgende Faſſung zu geben: „Weilen die Ehre Gottes für allen Dingen ... zu beobachten iſt, als ſollen Ihre F. Gn. von Lichtenſtein ... ihre fürnehmſte Sorgfältigkeit dahin anwenden, damit das incrementum religionis catholicae für allen Dingen ... gepflanzt und befördert werde. Neben dem ſoll auch hinfüro und zu künftigen Zeiten keiner zu einem Lands-Ampte angenommen, oder aber ein Landgut kaufs- oder pfandsweiſe beſitzen, welcher nicht der heiligen, allein ſeligmachenden catholiſchen Religion zugethan wäre, allermaßen ſolches in dem Fürſtenthum Troppau ohne diß bishero ſchon alſo reſolvirt, gehalten und obſervirt worden“.

16) Ein an das Ober-Amt erlaſſenes Reſcript vom 30. Juli 1669 (ſ. Schleſ. Kirchenhiſt. S. 339.) diente zur Beſchönigung dieſes Verfahrens, weil darin zwar von neuem erklärt war, „daß die annexa exercitii, als Taufen, Trauen, Begraben den Unkatholiſchen ohne Hinderniß der catholiſchen Prieſter frei und unbeirret verſtattet werden ſollen“, zugleich aber das Ober-Amt angewieſen wurde, „das Abſehen dahin zu nehmen, damit die Unkatholiſchen lieber in näheren Orten und bei den catholiſchen Prieſtern ſich des Taufens und Trauens zu bedienen bono modo angeleitet werden“.

17) Als Beleg kann beſonders die in Fuchs Mater. St. 3. S. 46 flg. und 100 flg. ausführlich beſchriebene Gegen-Reformation zu Neuſtadt im Oppelnſchen dienen, wo alle Verwendungen auswärtiger Fürſten nichts weiter bewirkten, als daß der Kaiſer die geiſtlichen und weltlichen Behörden anwies, jedes Aufſehen möglichſt zu vermeiden, und „sine strepitu der Religion Beſtes zu beobachten“.

Nicht einmal die in Betreff der drei Friedenskirchen zu Osnabrück gemachte Conceſſion blieb den Evangeliſchen der Erbfürſtenthümer unverkümmert. Mit ſchwerem Gelde mußte die Erlaubniß zum Baue erkauft werden, und doch ward dieſer nur in Holz und Lehm geſtattet[18]), vielleicht in der Hoffnung, daß bei baldigem Verfall die Wiederherſtellung, weil nicht ausdrücklich zugeſichert, verweigert werden könne. Der Beſuch der Kirchen, ſchon durch deren Lage vor den Thoren erſchwert, ward es auch ſonſt noch in aller Weiſe[19]), und mit Genehmigung des Baues zwar die Declaration verbunden, daß „die **Annexa religionis**, als da ſind Taufen, Trauen und Begraben, ohne Hinderniß der katholiſchen Prieſter“ frei ſein ſollten, der Genuß aber dieſer Zuſicherung theils erſchwert durch das Verbot an die Geiſtlichen, innerhalb der Stadt zu wohnen, theils durch engherzige Buchſtabendeutung geſchmälert, indem die Errichtung von Schulen, obſchon immer unter den **annexis religionis** mit verſtanden, ſchlechthin verweigert wurde[20]). Aehnliche Schwierigkeiten fand die innere Organiſation dieſer Gemeinden[21]), welche der oberen Aufſicht der landesherrlichen Beamten, ſelbſt bei Beſetzung der Predigerſtellen, ſich wohl unterwerfen, nicht aber eine Theilnahme der katholiſchen Stadträthe an der Kirchenverwaltung dulden mochten, zuletzt jedoch wirklich eine Art von Compatronat

---

18) Vgl. das die Kirchen zu Schweidnitz und Jauer betr. Reſcript Ferdinand's vom 3. Sept. 1652 in der Schleſ. Kirchenhiſtor. S. 240., und in Betreff Glogau's Zimmermann a. a. O. Th. 5. S. 340. — S. auch Henſel a. a. O. S. 309 flg. und 339 flg.

19) In der Schleſiſchen Kern-Chronik. Nürnberg 1710. S. 477. wird erzählt, es habe der Commandant von Glogau zur Zeit des evangeliſchen Gottesdienſtes die Thore ſchließen, und nur ein Loch in denſelben öffnen laſſen, durch welches die Evangeliſchen kriechen mußten, wenn ſie zu ihrer Kirche gingen.

20) de Buckisch observat. cit. p. 325.

21) Eben ſo intereſſante, als ausführliche Nachrichten giebt Fiſcher's Geſch. und Beſchreib. von Jauer S. 186 flg. über die Einrichtung der dortigen Gemeinde, und theilt in Nr. 16. der Beil. S. 472 flg. die bis dahin ungedruckte Kirchenordnung mit, welche das zur Leitung des Kirchenbaues gleich anfangs ernannte Collegium mit Zuſtimmung von Deputirten des Bürger- und Handwerksſtandes ſchon im J. 1655 erließ.

derſelben anerkennen mußten[22]), welches dieſe zu weiteren Beſchränkungen der aus der Mitte der Gemeinden gebildeten Kirchencollegien zu benutzen verſuchten[23]). Immer aber war doch durch den Beſitz dieſer Kirchen, zu denen ſich nach Einziehung der Landpfarren die geſammte lutheriſche Bevölkerung der Fürſtenthümer hielt[24]), und denen ſich der Landesadel hie und da förmlich anſchloß[25]), die Fortdauer des evangeliſchen Cultus in den Erblanden geſichert, und dies um ſo wichtiger, als ſelbſt die den mittelbaren Fürſtenthümern im Frieden gewährte Religionsfreiheit nur zu bald durch willkürliche Eingriffe aller Art litt.

---

22) Ein Reſcript vom 10. Juli 1669 (ſ. Schleſ. Kirchenhiſt. S. 262, und Fortſ. der Brachvog. Samml. Th. 1. S. 121.) beſtimmte, „daß ſo viel das ius patronatus der evang. Kirchen ſowol zu Glogau als zu Schweidnitz und Jauer anlanget, es darbei zu verbleiben hat, daß die Bürger in den Städten die Präſentation der Prädicanten ihnen erwehlen, denſelben dem Rath benennen und vorſchlagen, dieſer wegen des Erwehlten Leben und Wandel ſich informiren ... und ſodann nach Befinden, daß es auf der uncatholiſchen Bürgerſchaft Benennen und Vorſchlag geſchehen, um Amtsconſens ... präſentiren, alſo zugleich von dem Rath und der Bürgerſchaft dieſes ſ. g. ius patronatus suo modo concurrenter gebraucht, und der Prädicant ehender nicht, als nach erhaltenem Amtsconſens“ (welcher übrigens nur in terminis permissivis, nicht in Form einer Conceſſion oder Confirmation ertheilt wurde) „inſtallirt werden ſoll“. Nach Henſel a. a. O. S. 339 flg. mußten anfangs 9, ſpäter 8 Candidaten dem Amte zur Auswahl präſentirt werden; doch ſcheint dies ſich nicht erhalten, oder wenigſtens nicht überall, z. B. in Jauer, gegolten zu haben.

23) So konnten z. B. die Wahl- oder ſonſtigen Verſammlungen der ganzen Gemeinde, obwohl für Glogau durch ein Reſcript von 1669 nur eine Anzeige vorgeſchrieben war, nicht anders, als in Gegenwart eines Raths-Deputirten gehalten werden; auch die Sitzungen der Kirchencollegien wollten die Städträthe nicht ohne ihr Wiſſen ſtatt finden laſſen. Fiſcher a. a. O. S. 192 flg. und 199 flg.

24) Nach einer beiläufigen Notiz bei Worbs die Rechte der evang. Gemeinden S. 156. hat im J. 1697 in der Kirche zu Jauer die Zahl der Communicanten mehr als 46000 betragen.

25) Dem Jauerſchen Kirchencollegio wurden im J. 1674 durch Vergleich, aber unter Vorbehalt des alleinigen Patronatrechts der Bürgerſchaft, zwei Deputirte des Adels beigeordnet. Fiſcher a. a. O. S. 195. und Beil. Nr. 10. S. 452.

§. 9.

Evangeliſche Religionsübung in den Herzogthümern Oels, Liegnitz und Brieg.

Ungeſtört erhielt ſich das evangeliſche Bekenntniß nur im Her-
zogthume Oels, das nach dem Ausſterben des Podiebrad'ſchen
1647 Stammes mit Herzog Carl Friedrich an deſſen Schwieger-
ſohn Herzog Julius Sylvius Nimrod von Würtemberg
gefallen war. Zwar konnte auch hier in einzelnen biſchöflichen
und ſtiftiſchen Orten, welche der Kaiſer wie Domänengüter behan-
deln zu können, und daher ſeinem Reformationsrecht vorbehalten
glaubte, die Herſtellung des katholiſchen Gottesdienſtes nicht ver-
hindert werden[1]. Jedoch ordnete der Herzog durch eine allge-
meine Kirchenviſitation und Abfaſſung einer neuen Kirchenordnung
wieder den kirchlichen Zuſtand ſeines Landes[2], und die Fortdauer
ſeines Geſchlechts bis in die Zeiten der Preußiſchen Oberhoheit
ſchützte die Evangeliſchen gegen die Gefahren, welche ſchon da-
mals die Weigerung Kaiſer Ferdinand's, auch für den
Fall, daß die Landesherrſchaft zur katholiſchen Religion ſich be-
kennen würde, den Unterthanen ein Recht auf freie Religions-
übung zuzugeſtehen, mehr noch deſſen zweideutige Erklärung
fürchten ließ, wie er nicht der Meinung ſei, „das Religionsexer-
citium der Augsburgiſchen Confeſſion auf der Fürſten Hoffſtädte
einzuſchließen“[3]. Auch der Stadt Breslau, wo man an-

---

1) So z. B. im Gebiet des Stifts Trebnitz im J. 1671, in der dem Stifte S. Vincenz zu Breslau gehörigen Stadt Hundsfeld. Vgl. Sinapii Olsnogr. Th. 1. S. 377., Zimmermann Th. 4. S. 260 und 334., und Fuchs Ref.- und Kirchen-Geſch. von Oels S. 90. und 134 flg.

2) Die Publication der Kirchenordnung iſt erſt durch ſeine Wittwe im J. 1664 erfolgt (vgl. Sinapius a. a. O. Th. 1. S. 371. und 378., v. Kamptz Provincial- und ſtatut. Rechte Th. 1. S. 591.); ſie iſt übrigens, wie der Titel ausdrücklich beſagt, nur eine Reviſion der ſchon im J. 1593 durch Herzog Carl II. erlaſſenen Kirchenord-nung. Vgl. Fuchs Ref.- und Kirchen-Geſch. von Oels S. 110 flg.

3) Den §. 38. des Osnabr. Friedens wollte man dahin deuten, daß die Fürſten von Liegnitz u. ſ. w. nur für ihre Perſon und ihre Re-ſidenzſtädte Religionsfreiheit fordern könnten, und alle Bemühungen des Corpus Evang. auf dem Reichstage zu Regensburg im J. 1652

fangs in den Vorſtädten unbedingte Herſtellung des katholiſchen Cultus gefordert hatte, gelang es am 2. April 1670 ein förmliches Religionsprivilegium [4]) zu erlangen, und während der Oeſterreichiſchen Herrſchaft ſich im Beſitz der Pfarrkirchen, der Schulen und andern Annexa religionis, ſo wie des eignen Conſiſtorii zu erhalten. Deſto trauriger war das Schickſal der Evangeliſchen in den Herzogthümern Liegnitz, Brieg und Wohlau, als deren Fürſtengeſchlecht, die letzte Linie des alten Piaſtenſtammes, im J. 1675 mit Herzog Georg Wilhelm erloſch.

Der Erbverbrüderung mit dem Brandenburgiſchen Kurhauſe ungeachtet, welche Herzog Friedrich II. im J. 1537 geſchloſſen, König Ferdinand I. aber ſchon auf dem Fürſtentage des J. 1546 als der Lehnspflicht des Landes entgegen annullirt hatte, nahm Kaiſer Leopold die erledigten Fürſtenthümer ſofort als heimgefallene Lehen in Beſitz. Die Stände, wie geneigt auch jetzt das Religionsintereſſe ſie für die Anſprüche ſtimmen mochte, welche Kurfürſt Friedrich Wilhelm nach mehr als hundertjährigem Schweigen ſeines Hauſes erhob, konnten um ſo weniger ſich offen gegen den Kaiſer erklären, als ſeit Herzog Friedrich II. alle Liegnitziſche Fürſten durch beſondern Revers die Ungültigkeit jener Erbverbrüderung anerkannt, und die Stände ſelbſt ſeitdem immer zugleich der Böhmiſchen Krone die Eventualhuldigung für den Fall der Lehnsapertur geleiſtet hatten [5]). Nur darauf waren ſie bedacht, ſich für die Zukunft durch urkundliche Zuſage der ungeſtörten Religionsübung zu vergewiſſern, welche trotz der im J. 1658 ertheilten Zuſicherung des Kaiſers, „auch

---

bewirkten nichts, als die oben angedeutete Declaration vom J. 1654. S. dieſe bei Lünig P. spec. Cont. I. Fortſ. 1. S. 432.

4) Fortſ. der Brachvog. Samml. Th. 2. S. 93. — Ausdrücklich iſt dies auch auf die Declaration vom J. 1654 gerichtet, durch welche den Vorſtädten der evangeliſche Cultus geſtattet worden war.

5) Ueber dieſe Erbverbrüderung, deren Rechtsbeſtändigkeit insbeſondre von der Deutung und Bedeutung des durch König Wladislaw im J. 1511 den Herzögen ertheilten Rechts zu teſtamentariſcher Verfügung über das Land abhängt, vgl. v. Lancizolle Geſch. der Bild. des preuß. Staats Th. 1. S. 641 flg. und Stenzel's Geſch. d. preuß. Staats Th. 1. S. 822 flg.

ihre Unterthanen vermöge angezogenen §. 38. bei den Privilegien und Rechten, die ſie vor dem Kriege gehabt und genoſſen, abſonderlich bei dem freien Religionsexercitio ... aus Kaiſerlicher Gnade zu handhaben und zu ſchützen", um ſo mehr gefährdet ſchien, als ſchon längſt die Worte des Osnabrücker Friedensinſtruments: ex gratia Caesarea, von einer Widerruflichkeit aller Religionsbewilligungen war gedeutet worden, und unter den vor dem Kriege genoſſenen Privilegien der Kaiſer den Majeſtätsbrief keineswegs wollte begriffen wiſſen[6]). Eine allgemeine Beſtätigung der Landesfreiheiten ertheilte zwar der Kaiſer; hingegen auf das Geſuch der Stände, „in causa religionis eine mehrere Special-Expreſſion zukommen zu laſſen, und ſie mit einer ſchriftlichen Erklährung dahin zu begnadigen, daß ſie und ihre Poſterität bei jetzigem wirklichen und vor dem Kriege gehabten exercitio Augustanae confessionis, nebſt Erhaltung bisheriger Kirchen- und Schulen-Verfaſſung mit allen dabey ſeithero geübten und hergebrachten Ceremonien, Ordnung und Kirchen-Aembtern, gelaſſen werden mögen", gab Leopold nur die unbeſtimmte Zuſage, daß er die Stände nicht gemeint ſei „wider den Prageriſchen Neben-Rezeß, das Instrumentum Pacis und die darauf erfolgte Resolutiones zu beſchwehren oder durch jemand andern beſchwehren zu laſſen"[7]). Bald genug begann auch, anfangs noch möglichſt unter dem Scheine Rechtens, bald offen und unverholen die Verfolgung der Evangeliſchen.

Dem katholiſchen Cultus nur erſt wieder neben dem evangeliſchen im Lande Eingang zu verſchaffen, ſchien die nächſte und wichtigſte Aufgabe. In den meiſten Städten wurden daher katholiſche Curatial-Kapellen errichtet[8]), hie und da Klöſter hergeſtellt, in beiden Hauptſtädten Jeſuitercollegien eingerichtet[9]);

6) Vgl. Schleſ. Kirchenhiſt. S. 534 flg.

7) Dieſe Conceſſion vom 15. Sept. 1676 ſ. bei Lünig a. a. O. S. 442 und in Schleſ. Kirchenhiſt. S. 337.

8) Vgl. Zimmermann a. a. O. Th. 7. S. 231. 301., Th. 8. S. 134. 218. 385.

9) So erhielten in Brieg gleich anfangs die Jeſuiten ein Oratorium, 1683 die Dominikaner ein Kloſter; in Liegnitz wurde im J. 1698

jenes nicht ohne Recht, da der Landesherr ſelbſt einer ihm fremden Religion, vollends ſeinen eignen Glaubensgenoſſen freien Gottesdienſt, wenn nur ohne Eintrag der andern Kirche, zu gewähren wohl befugt iſt, das letztere dagegen wider den klaren Inhalt des Osnabrücker Friedens, welcher die Einführung der ſeit der Religionsſpaltung erſt aufgekommenen geiſtlichen Orden ſelbſt für die im katholiſchen Beſitz verbliebenen Klöſter verbot. Schon im J. 1676 erging aber auch an die reformirten Prediger, welche die letzten Herzöge ſeit ihrem Religionswechſel hie und da angeſtellt hatten, der Befehl, das Land zu räumen, und auf allen fürſtlichen Schlöſſern ward, ohne Rückſicht auf die zu den Hofkirchen gehörigen Gemeinden, der katholiſche Cultus hergeſtellt [10]. Die Beſtimmung des Osnabrücker Friedens, daß in lutheriſchen Ländern der neue Landesherr reformirter Religion zu Anſtellung von Hofpredigern ſeines Glaubens befugt ſein ſollte, diente zur Rechtfertigung dieſes Verfahrens; aber daß es ohne Eintrag der Landesreligion geſchehen ſolle, daran achtete man ſich eben ſo wenig gebunden, als an die friedensmäßige Gleichſtellung der beiden evangeliſchen Religionspartheien, ſondern trug kein Bedenken, den Reformirten, obſchon jene urkundliche Zuſicherung freier Religionsübung für Liegnitz und Brieg nicht einmal auf die unveränderte Augsburgiſche Confeſſion beſchränkt war, allen Anſpruch auf Duldung zu verſagen [11]. Bald fing auch die Regierung an, auf den Domänengütern und in den Stiftsdörfern, ſelbſt wenn die ganze Gemeinde lutheriſch war, katholiſche Pfarrer anzuſetzen, und ſo,

---

in der ehemaligen Stiftskirche St. Johann ein Jeſuitercollegium, im J. 1707 ein neues Franziskanerkloſter gegründet (Zimmermann a. a. O. Th. 1. St. 5. S. 62. und Th. 8. S. 131.).

10) In Wohlau ſchon im J. 1678, zwei Jahre ſpäter in Brieg und Ohlau. (Ebend. Th. 1. St. 3. S. 24. u. St. 5. S. 57. Th. 7. S. 202.).

11) Schon bei den Verhandlungen zu Osnabrück hatte Oeſterreich den auf Schleſien bezüglichen §§. eine Clauſel zum Nachtheil der Reformirten beifügen wollen, war aber auf Schwediſche Vermittelung davon abgeſtanden. S. Pütter Geiſt des weſtphäl. Friedens. S. 384. — Zur Beſchönigung des obigen Verfahrens mochte wohl auch dienen, daß die Einführung des calviniſchen Lehrbegriffs früher von den Lutheranern ſelbſt hie und da als Verletzung des Majeſtätsbriefes war bezeichnet worden. Vgl. Fuchs Mater. St. 5. S. 27. 61.

dem Frieden entgegen, ſogar aus dem Grundeigenthume und dem Patronate ein Reformationsrecht herzuleiten. Größere Schwierigkeiten fand man in den Städten und auf den Gütern des Adels. Um freiere Hand bei Beſetzung der geiſtlichen Stellen zu gewinnen, ward aber den Magiſtråten wie Gutsherren, wo urkundlicher Beweis nicht erbracht werden konnte, das Patronatrecht beſtritten, den katholiſchen Patronen, zu deren Gunſten man durch Dismembrationen neue Pfarrbezirke bildete, die Anſtellung katholiſcher Pfarrer nicht bloß nachgeſehen, ſondern ſelbſt anbefohlen. Die Beſtätigung der zu evangeliſchen Pfarren präſentirten Candidaten ward bald ohne allen Rechtsgrund verweigert, bald über Gebühr hingehalten; unzählige Pfarr- und Schulſtellen blieben unbeſetzt, und an vielen Orten z. B. in Haynau und Goldberg wurden ſelbſt ohne weiteres die Kirchen geſchloſſen, oder wohl gar unter dem Vorwande, daß die Evangeliſchen deren nicht bedürften, den Katholiken überwieſen. Den Conſiſtorien blieb äußerlich zwar die Leitung des evangeliſchen Kirchenweſens; allein durch Anſtellung katholiſcher Präſidenten, wozu man ſich unter dem kaum glaublichen Vorwande berechtigt hielt, daß ſchon während herzoglicher Regierung reformirte Geiſtliche Sitz und Stimme im Conſiſtorio gehabt, auch wohl den Vorſitz geführt hätten, mehr noch durch Beſeitigung der bisherigen collegialiſchen Einrichtung dieſer Behörden gewann die Regierung einen eben ſo überwiegenden, als bedenklichen Einfluß auf die kirchliche Verwaltung, die durch Beſchränkung der bisherigen Jurisdictionsrechte des Conſiſtorii noch mehr gefährdet wurde. An all den Bedrückungen endlich und Benachtheiligungen, unter welchen ſchon ſeit längerer Zeit die Evangeliſchen litten, fehlte es in dieſen neu gewonnenen Erblanden eben ſo wenig, als in den übrigen unmittelbaren Fürſtenthümern [12]).

§. 10.

12) Die §. 8. Note 9. allegirten Beſchwerdeſchriften verbreiten ſich in beſondern Abſchnitten über die kirchlichen Verhältniſſe von Liegnitz und Brieg, deren traurige Lage in dem Inhalte des Alt-Ranſtädter Friedens, welcher allen Uebelſtänden möglichſt abzuhelfen ſuchte, volle Beſtätigung findet. — Vgl. auch Worbs a. a. O. S. 165 flg. und Henſel a. a. O. Abſchn. 6. S. 527., wonach faſt $\frac{2}{3}$ aller Briegiſchen Pfarren allmählich eingezogen ſind.

§. 10.

Stellung der katholiſchen Kirche zur Landesherrſchaft.

Durch die vereinten Bemühungen der Krone und der Geiſtlichkeit war ſo faſt in ganz Schleſien der katholiſchen Lehre zwar nicht ausſchließliche Geltung, doch das entſchiedenſte Uebergewicht und äußerlich unbeſtrittene Herrſchaft wieder gegeben. Selbſt in Brieg und Liegnitz galt die evangeliſche Kirche mehr nur als geduldet, in den übrigen Fürſtenthümern aber war das Kaiſerhaus dem Ziele nahe, welches Ferdinand III., als er bei den Osnabrücker Verhandlungen ſeine Beſitzungen von den Vortheilen des Religionsfriedens ausſchloß, in Ausſicht genommen, und in den andern Oeſterreichiſchen Erblanden mit eben ſo unnachgiebiger Strenge, als glücklichem Erfolge feſtgehalten hatte.

Für die geiſtliche Autorität des Biſchofs von Breslau und ſeines Clerus war allerdings dieſe Durchführung der Gegenreformation von unzweifelhaftem Gewinn; keineswegs aber für die Stellung der Hierarchie zur Staatsgewalt. Nur der Unterſtützung und Nachſicht der weltlichen Macht verdankte die Kirche den errungenen Sieg, und jene ſich zu erhalten, durfte kein Opfer zu groß, vielmehr ſtillſchweigender Verzicht ſelbſt auf althergebrachte Rechte, vollends auf clerikaliſche Anmaßung jeder Art, als durch die Intereſſen der Kirche geboten erſcheinen. Der Macht und unbeſtrittenen Oberhoheit des Kaiſerhauſes gegenüber, beide durch den Heimfall faſt aller altſchleſiſchen Fürſtenthümer und durch lehnsbrieflichen Vorbehalt bei neuen Verleihungen der Herzogthümer oder ſtandesherrlicher Rechte in gleicher Weiſe geſichert, wäre auch jeder Verſuch erfolglos geblieben, völlige Unabhängigkeit der kirchlichen Geſetzgebung und Verwaltung zu behaupten, oder wieder zu gewinnen. In den unbeſtreitbaren Verdienſten des Habsburgiſchen Hauſes um Rettung und Wiedererhebung des katholiſchen Kirchenthums war zugleich der Römiſche Stuhl ein Motiv zu finden geneigt, um etwanige Hintanſetzung der canoniſchen Kirchenfreiheiten, zwar nicht officiell zu genehmigen, doch ſtillſchweigend zu dulden, oder nicht bemerken zu wollen.

Dem Biſchofe von Breslau blieb mit dem Beſitze landesherrlicher Gerechtſame über Neiſſe und Grotkau die fürſtliche Würde und der erſte Rang unter den Schleſiſchen Fürſten, nicht minder die Ehre der oberſten Landeshauptmannſchaft und des Vorſitzes auf den Fürſtentagen. Allein wie die Wirkſamkeit der letzteren immer mehr zu bloßer Form herabſank, ſo war auch die Landeshauptmannſchaft ſchon zu dieſer Zeit ein leerer Titel geworden; denn ſeit Errichtung des Oberamts und der Kammer war die Landes-Verwaltung den kaiſerlichen Behörden anheim gefallen [1]), welche, wie in die Regierung der übrigen Herzogthümer, auch in die der Stiftslande immer mehr ſich einmiſchten, ſeit in der Mitte des ſiebzehnten Jahrhunderts längere Zeit Söhne des regierenden Kaiſers auf dem Biſchofsſtuhle ſaßen, ſpäter häufig auswärtige Prälaten zur höchſten kirchlichen Würde des Landes berufen wurden [2]), welche, zufrieden mit den äußeren Vortheilen des „goldnen Biſthums", die Sorgen der weltlichen Stiftsadminiſtration wie des Kirchenregiments gern Andern überließen. Als oberſter Lehns- und Schutzherr des Biſthums galt der Kaiſer von alter Zeit, und wußte die Rechte dieſer Oberhoheit, welche ſo unbeſtritten war, daß ſeit dem J. 1657 die Kaiſer nicht einmal mehr die förmliche eidliche Huldigung zu erfordern für nöthig erachteten [3]), auch in

1) Vor das Oberamt, in welchem der Kanzler zwar nicht den Vorſitz, welcher immer noch dem Landeshauptmanne zukam, wohl aber die Leitung der Geſchäfte führte, gehörten alle causae statum publicum concernentes und alle vom Kaiſer ſpeciell delegirten causae privatae. S. (Seidel) Observ. pract. de iuribus in Silesia. Bresl. 1717. Lib. I. c. 3. sect. 2. §. 5.

2) Nach Biſch. Carl Ferdinand's von Polen Tode im J. 1655 ward Ferdinand's II. Sohn, Leopold Wilhelm, Biſchof, dem im J. 1663 Erzherzog Carl Joſeph, Bruder des regierenden Kaiſers, folgte. Deſſen Nachfolger Sebaſtian Roſtock, bürgerlicher Herkunft, aber um ſeines Religionseifers willen im J. 1664 auf den Biſchofsſtuhl erhoben, war mit der Herſtellung des katholiſchen Cultus während ſeiner ganzen Regierung ausſchließlich beſchäftigt, ſein Nachfolger aber, der Cardinal Landgraf Friedrich von Heſſen, zugleich Prior des Malteſer-Ordens (1671—82.), eben ſo ſelten im Lande, als Pfalzgraf Franz Ludwig von Neuburg, welcher mit Breslau, Worms und andern Prälaturen vom J. 1716—29 das Kurfürſtenthum Trier, dann bis 1732 das Erzſtift Mainz vereinigte. Vgl. Henelii Silesiogr. §. 55 seq. p. 165 seq. und Herber l. l. p. 120 sq.

3) Ueber dieſe Huldigungen handelt ausführlich Pachaly a. a. O. Th. 2. S. 264 flg. S. insbeſondre S. 268.

kirchlicher Hinſicht immer weiter auszudehnen, zumal die Biſchöfe, durch ihre jetzt unbezweifelte Exemtion von der Polniſchen Hierarchie getrennt, und zu näherem Anſchluß an die Deutſche oder erbländiſche Prälatur wenig geneigt, jedes Rückhalts entbehrten.

Unter der Form bloßer Commendation beſetzte durch das immer noch wahlberechtigte Kapitel die Regierung dergeſtalt nach Belieben den Biſchofsſtuhl, daß, als wider ihren Willen bei dem Tode des Biſchofs und Cardinals **Friedrich**, Landgrafen von Heſſen, die Wahl auf den Biſchof von Ollmütz gefallen war, es 1682
nicht einmal mehr der Intervention des päbſtlichen Stuhles bedurfte, um die Wahl rückgängig zu machen, und das Kapitel zur Anerkennung des ihm empfohlenen Candidaten, des Pfalzgrafen **Franz Ludwig** von Neuburg, zu veranlaſſen. Eben ſo unbeſtritten war das landesherrliche Confirmationsrecht bei Beſetzung der Ordensprälaturen und Domherrnpfründen, und führte hier eben ſo häufig zu wahrer Nomination der Kloſterobern, als in den Collegiatſtiftern das dem Kaiſer für einen nicht geringen Theil der Pfründen zuſtändige Patronat [4]. Selbſt ein ſ. g. **ius regaliae**, welches dem Landesherrn den Nachlaß verſtorbener Prälaten und die Einkünfte der Vacanzzeit zuwies, wurde nicht ohne Erfolg von der Regierung angeſprochen [5].

In den Erblanden war es ſchon im ſiebzehnten Jahrhundert altes Herkommen, und wurde mit Bezug hierauf von **Ferdinand III.** und **Leopold I.** in den J. 1641 und 1681 durch Edicte ausdrücklich eingeſchärft, daß keine päbſtliche Bulle ohne vorgängige landesherrliche Einſicht und Genehmigung publicirt würde [6]. Nach dem im J. 1729 von der Oeſterreichiſchen Regie-

---

4) Vgl. **Henelius** l. l. p. 184 seq. u. p. 215., wo ein Reſcript vom 17. März 1677 (Brachvog. Samml. Th. 2. No. 83.) mitgetheilt wird, welches die Zuziehung eines kaiſerlichen Commiſſarius zu allen Wahlen infulirter Aebte, und Einſendung des Wahlprotocolls Behufs der Confirmation vorſchreibt. Vgl. auch **Pachaly** a. a. O. Th. 2. S. 136. u. 156., Schleſien vor und ſeit d. J. 1740. Th. 2. S. 480. und **Vater's** Privatentwurf Bd. 2. §. 35 b.

5) Schleſien vor und ſeit 1740. S. 474., **Vater** a. a. O. §. 53.

6) Vgl. **Curalt** genuina totius iurispr. sacrae principia. Wien 1781. P. II. p. 248.

rung mit dem Erzbiſchofe von Salzburg abgeſchloſſenen Vertrage, welcher vorgängige Communication aller „in den **Statum politicum** miteinlaufenden“ Patente und Decrete vorſchreibt, ſelbſt wenn nur „**indirecte** der **Status politicus** dadurch berühret wird“ [7]), und darnach zu ſchließen, daß ſelbſt für viele Gegenſtände der kirchlichen Verwaltung, z. B. Abhaltung von Viſitationen, Errichtung neuer Klöſter und Kirchencollecten, durch beſondre Edicte die Einwilligung der Regierung vorgeſchrieben wird [8]), galt ohne Zweifel auch in Schleſien für die biſchöflichen Verordnungen wie für die ſtatutariſche Geſetzgebung der kirchlichen Corporationen [9]) die Nothwendigkeit des landesherrlichen Placets. Uebte doch die Regierung in nicht unbedeutendem Umfange eine geſetzgebende Gewalt in kirchlichen Angelegenheiten [10]), ohne daß, außer wo es ſich zugleich um Verwaltung der Spiritualien handelte, wie z. B. bei der im J. 1654 ergangenen Stoltaxen-Ordnung [11]), auch nur eine Communication und Vereinbarung mit den kirchlichen Behörden eingetreten zu ſein ſcheint.

Nicht minder bedeutenden Beſchränkungen, als die legisla-

---

7) P. I. a Riegger corp. iur. eccl. Bohem. et Austr. Wien 1770. Th. 1. S. 447. u. 451—53.

8) Ueber biſchöfliche Viſitationen ſ. Edict vom 12. April 1638 in Weingarten Codex Carol. Ferd. No. 198., über die auswärtiger Kloſter-Obern die Verf. des Oberamts vom 26. Mai 1710 bei de Friedenberg Tr. de gener. et particul. quibusd. Siles. iurib. Bresl. 1745. T. I. c. 10. §. 47., über Errichtung neuer Klöſter das Oberamts-Public. vom 12. Novbr. 1735 ebendaſ. c. 17. §. 3., und über Kirchen-Collecten die Verordn. v. 12. Sept. 1732 in der Fortſ. der Brachvog. Samml. Th. 1. S. 639.

9) Für die letztere dient zur Beſtätigung, daß Friedenberg l. l. p. 285. die vis statuti der von ihm p. 272 sq. mitgetheilten instructio Capituli cathedralis super requisitis ad capiendam possessionem canonicatus v. J. 1722 um deshalb für zweifelhaft erklärt, weil es ungewiß ſei, ob dies Statut kaiſerliche Approbation erhalten habe.

10) Unter den ſchon zu Böhmiſchen Zeiten im ius circa sacra enthaltenen Befugniſſen der Regierung führt Vater a. a. O. Th. 2. §. 9. unter Bezugnahme auf Autoritäten und einzelne Verordnungen obenan das Recht auf, Verordnungen und Entſcheidungen in Religions- und geiſtlichen Sachen zu erlaſſen.

11) Bei dieſer (ſ. Brachvogel'ſche Samml. Th. 4. No. 151.) wird ausdrücklich bemerkt, daß ſie mit der geiſtlichen Obrigkeit „verglichen“ worden ſei.

tive Gewalt der Kirche, unterlag die geiſtliche Gerichtbarkeit. In weltlichen Dingen war ſchon von alter Zeit her den geiſtlichen Obern jede Ausübung einer Jurisdictionsgewalt unterſagt [12]), durch eine Verordnung Kaiſer Rudolph's eine große Reihe bisher kirchlicher Delicte, darunter ſelbſt ſ. g. delicta mere ecclesiastica, wie Blasphemie, Häreſie, Meineid, Störung des Gottesdienſtes u. ſ. w., den weltlichen Strafgerichten vorbehalten [13]). Alle Streitigkeiten über Kirchengüter und Zehnten, wie über Patronatsverhältniſſe gehörten, und nicht etwa bloß in possessorio, wie in andern katholiſchen Ländern, vor die weltlichen Gerichte [14]); in Eheſachen war die geiſtliche Jurisdiction auf die Erledigung der Ehedifferenz ſelbſt beſchränkt [15]). Auch waren wenigſtens in Real-

---

12) So, nicht aber im Sinne der heutigen Doctrin, muß wohl die Notiz bei Vater a. a. O. Bd. 1. §. 19. u. Pachaly a. a. O. Th. 1. S. 229. verſtanden werden, daß ſchon König Johann von Böhmen die biſchöfliche Gerichtbarkeit auf „geiſtliche und eigentliche Religions-Sachen“ beſchränkt habe. Wichtiger iſt das dieſerhalb für Schweidnitz und Jauer im J. 1425 von Kaiſer Sigismund ausgeſtellte Privil. (bei Lünig P. spec. Cont. I. p. 324. u. Weingarten fascic. div. iur. p. 273.), wo es heißt: . . . „ſetzen und wollen Wir, daß nun fürbaß geiſtliche und weltliche Perſohnen, die weltliche Inſiegel haben und weltliche Inſiegel genießen und gebrauchen, . . . daß ſolche Sachen, die mit denſelben Inſiegeln vermachet ſeyn, und auch andere weltliche Sachen vorbaß vor keine geiſtliche Gerichte ſollen gezogen werden, ſondern was geiſtlich Ding anlangt, daß das geiſtlich bleibe, und ſoll auch vor geiſtlichem Gerichte verführet werden. Was aber vermachet wird nach weltlicher Ordnung, das ſoll bleiben und gerichtet werden vor weltlichem Gerichte, und ob ſolche Sachen geiſtliche Perſohnen antreffen, dennoch ſoll das Recht umb dieſelben Sachen geſucht werden vor weltlichem Gerichte“.

13) Vgl. Verordn. Rudolph's II. v. 8. März 1591 in der Fortſ. d. Brachv. Samml. Th. 1. S. 14. — Eine Verordn. Joſeph's I. vom 16. Aug. 1701 (ebend. S. 315.) überwies die delicta carnis dergeſtalt den weltlichen Gerichten, daß ſelbſt Auflegung von Kirchenbußen den Pfarrern unterſagt wurde.

14) S. Reſcr. vom 16. Oct. 1649 u. 9. Dezbr. 1673 bei Friedenberg l. l. T. II. c. 29. §. 9. und Reſcr. vom 14. Juli 1704 in Fortſ. d. Brachv. Samml. Th. 2. S. 164. In Betreff der Zehnten beſtimmte ſchon der Colowrater Vergleich Art. 4., daß zuerſt weltliche Hülfe geſucht werden müſſe.

15) Wenigſtens beſtimmt eine Kaiſ. Pragmatica vom 10. März 1713 (Brachvog. Samml. Th. 2. No. 119.), daß in Eheſachen die Entſcheidung super alimentis, restitutione dotis etc. den weltlichen Gerichten überlaſſen bleiben müſſe, und eine Declaration vom 30. April 1714

ſachen [16]) die geiſtlichen Perſonen und Corporationen den weltlichen Gerichten unterworfen, und ſelbſt in ſolchen Sachen weltlicher Perſonen, welche als zur Competenz der geiſtlichen Behörden gehörig anerkannt waren, mußten nicht bloß alle Citationen und Executionen durch die dazu requirirten bürgerlichen Gerichte erfolgen, ſondern es war auch den weltlichen Beamten zur Pflicht gemacht, darauf zu wachen, daß in dem Erkenntniſſe nichts enthalten ſei, „was der Landesverfaſſung nachdenklich ſei, oder in statum publicum secularem einlaufe“ [17]).

Ausgedehnte Rechte übte die Landesherrſchaft in Betreff des Kirchenguts, welches man, weil das Bisthum hauptſächlich auf Zehnten gegründet worden, die urſprünglich im ganzen Lande den Polniſchen Herzögen gebührt hätten, größtentheils auch die Beſitzungen der Stifter und Klöſter aus Schenkungen der Fürſten

---

ließ nichts weiter nach, als daß incidenter ganz im allgemeinen auch hierüber das Conſiſtorium erkenne (Friedenberg l. l. §. 36.).

16) Nach dem angef. Privil. für Schweidnitz, und nach der Oppeln'ſchen Landesordn. v. J. 1562 Art. 85. (Weingarten fascic. p. 249.), wo es heißt: „die geiſtlichen Perſonen ſollen wegen ihrer Landgüter, auch andrer Sachen halben für dem Landrecht dieſer Fürſtenthümer ihr Recht ſchleunig erlangen“, könnte es ſcheinen, als habe auch in Perſonalklagen das forum ecclesiasticum nicht gegolten. Indeß beſtimmt der Colowrater Vergleich Art. 3. ausdrücklich, daß der Biſchof an Ausübung der iurisd. ecclesiastica über Geiſtliche nicht gehindert werden ſoll, und ſo ſind jene Verordnungen wohl nur von dem Falle zu verſtehen, wo ein Geiſtlicher als Kläger auftritt; daß aber in Realſachen die Stifter auch als Beklagte ihr Forum vor dem Oberamte hatten, erhellt aus der von Friedenberg l. l. cap. 29. §. 1. angeführten kaiſerl. Reſolut. vom 21. Mai 1708 ganz unzweifelhaft. Nach der unter Preuß. Herrſchaft fortbeſtandnen Praxis (ſ. unten §. 14.) muß übrigens zu dieſer Zeit auch in Perſonalſachen eine wenigſtens elective Concurrenz der weltlichen Gerichte ſich ſchon ausgebildet haben.

17) Kaiſerl. Edict vom 14. Sept. 1654 in Weingarten Codex cit. No. 231., und Reſcr. vom 10. März 1713 in der Brachv. Samml. Th. 2. No. 119. Vgl. auch Friedenberg l. l. §. 20., der übrigens im §. 19. eine biſchöfliche Sanctio pragmat. vom 26. Octbr. 1699 mittheilt, welche eine große Zahl von Rechtsſachen, die nach dem Obigen und ſeinen eignen Angaben den weltlichen Gerichten überwieſen waren, als zur Competenz des biſchöflichen Conſiſtorii gehörig aufführt; zum Beweiſe, daß förmliche Anerkennung aller jener Beſchränkungen der geiſtlichen Jurisdiction Seitens der Kirche allerdings gefehlt, aber auch, daß das Oeſterreichiſche Kaiſerhaus, obwohl ſelbſt der katholiſchen Kirche angehörig, eine ſolche für überflüſſig, und ſich kraft ſeiner landesherrlichen Gewalt zu jenen Feſtſetzungen wohl befugt erachtet hat.

herrührten, dem Domanialgut gleichſtellte. Schon im ſechszehnten Jahrhundert findet ſich in der Oppelnſchen Landesordnung die Beſtimmung, daß von den Hospitalgütern die Rechnung dem Landeshauptmann gelegt werden müſſe, keine Veräußerung oder Vertauſchung ſolcher Güter ohne deſſen und der Landrichter Genehmigung geſchehen könne [18]); bei Rviſion aber der Teſchenſchen Landesordnung erließ Kaiſer Leopold ein Reſcript, welches ganz allgemein die Veräußerung geiſtlicher Güter, Stiftungen und Einkünfte ohne kaiſerlichen Conſens für null und nichtig erklärte [19]), nachdem ſchon einige Jahre vorher ein Amortiſationsedict ergangen war, wodurch der Geiſtlichkeit jede weitere Erwerbung weltlicher Landgüter ohne ſpecielle Erlaubniß des Kaiſers verboten wurde [20]). Nicht bloß der ordentlichen Grundſteuer war jetzt der

---

18) Oppeln- und Ratiborſche Landesordn. vom 29. Septbr. 1561. Art. 23. in der Brachv. Samml. Th. 6. No. 298. — Der Stadt Breslau hat nach Henelii annales (bei Sommersberg T. II. p. 296.) ſchon König Carl IV. im J. 1370 das Privilegium ertheilt, ne cui ecclesiasticae vitae homini aedes vel census absque permissu consensuque Regis Boemiae expresso Wratislaviae mercari liceat.

19) Reſcr. vom 27. Juni 1673 bei Weingarten fascic. p. 343. und Suarez a. a. O. Th. 1. S. 46.: „Sintemal auch Ihro Maj. oberſter Advocat und Schutzherr der geiſtlichen Stiftungen ſeynd, ſo wird hinfübro kein geiſtlich Gut, Stifftung, Einkommen oder Intraden ohne Dero Conſens können veralienirt, verpfändet oder veräußert werden; dafern auch dawider gehandelt würde, ſoll nicht allein der Contract null, ſondern auch, da darin einiges pretium bedinget worden, ſolches dem Fisco verfallen ſein“. Eine ganz ähnliche Vorſchrift hatte für Böhmen ſchon Ferdinand II. in der erneuten Böhm. Landesordnung erlaſſen. S. Riegger corp. iur. Th. I. S. 13.

20) Pragmat. Sanction vom 5. Octbr. 1669 bei Suarez a. a. O. u. in der Brachvog. Samml. Th. 3. No. 155.: „Wir thun gnädigſt zu vermerken, welchergeſtalt die Geiſtlichkeit in Schleſien mit Erkaufung der Landgüter von den Weltlichen über ihre erſte Stiftungen ſich merklich erweitert, und ohne Vorgeben Unſers landesfürſtlichen Conſens viele dergleichen weltliche Güter in wirklichen Poſſeß genommen haben; daher wir gnädigſt gedacht ſeynd, . . . deren weitere Acquiſition und Poſſidirung ohne Unſern Conſens verbieten . . . zu laſſen . . . Als befehlen Wir, daß . . . die weltlichen Standes-Inwohner nicht befugt ſein ſollen, ein unbewegliches Gut ohne Unſern gnädigſten Conſens an die Geiſtlichkeit quocunque modo vel titulo zu verwenden und zu transferiren“. Die Declar. vom 18. Octbr. 1692, wodurch das Verbot, gegen welches 1680 der Biſchof förmlichen Proteſt einlegte, erneut und der Conſens für eſſentiell erklärt wurde, ſ. ebend. Th. 2. No. 92. — Nach Friedenberg l. l. §. 46. iſt ſogar im J. 1679 vom Fürſtentage

Grundbeſitz der Kirche unterworfen, und dieſe Abgabenpflicht der Geiſtlichkeit durch mehrfache Fürſtentagsbeſchlüſſe anerkannt [21]), ſondern auch bei außerordentlichen Veranlaſſungen ward regelmäßig der Clerus zur „Mitleidenheit“ herangezogen [22]), wenn ſchon eine feſte Regulirung dieſer Angelegenheit erſt unter Preußiſcher Herrſchaft erfolgte.

§. 11.

Lage der evangeliſchen Kirche Schleſiens in den letzten Zeiten Oeſterreichiſcher Hoheit.

Der landesherrlichen Kirchenhoheit unterworfen, genoß im übrigen der katholiſche Clerus alle Rechte einer herrſchenden Staatskirche, und war der eifrigſten Unterſtützung Seitens der weltlichen Macht ſtets gewiß, wo es galt, die Strenge des canoniſchen Rechts gegen die Evangeliſchen zur Ausführung zu bringen, welche, dem Pfarrzwange und allen kirchlichen Abgaben unterworfen, nicht einmal in Eheſachen von der biſchöflichen Jurisdiction eximirt, in den Erblanden gleichſam nur als abgefallene und ketzeriſche Mitglieder der Landeskirche betrachtet wurden. Um ſo näher lag für die evangeliſchen Reichsſtände die Aufforderung, ſich ihrer Schleſiſchen Glaubensgenoſſen anzunehmen, um ihnen wenigſtens die beſchränkte Duldung des Osnabrücker Friedens zu erhalten, und die willkürliche Verletzung der tractatenmäßigen Rechte

---

Ausdehnung dieſes Verbots auf alle durch Erbſchaft zugefallenen Güter beantragt worden, wie es aber ſcheint, ohne Erfolg.

21) Vgl. Schleſ. Kern-Chronik S. 416 flg. und Henelius l. l. pag. 1167 seq.

22) Ueber dieſe Extraordinar-Steuer iſt beſonders unter Rudolph II. viel Streit geweſen, als dieſer um der Türken-Noth willen durch Commiſſarien die Stifter „bereiten“ zu laſſen, und ihnen nur, was zu ihrem Unterhalte nöthig ſei, von den Einkünften zu belaſſen drohte, bis dieſelben durch beſtimmte Summen ſich loskauften, und ſo die behauptete Freiheit wenigſtens ſcheinbar wahrten (S. Schleſien vor und nach 1740. Th. 2. S. 478.). Auch im 17ten Jahrh. iſt nach Henelius l. l. darüber verhandelt, und obwohl endlich die Steuerfreiheit gegen Aequivalent anerkannt wurde, doch noch im J. 1705 zur Landesvertheidigung eine extraordinäre Steuer auch auf die Geiſtlichkeit ausgeſchrieben worden. S. Verordn. vom 1. Sept. 1705 in Fortſ. d. Brachv. Samml. Th. 1. S. 251.

zu verhindern, von welcher der Untergang des evangeliſchen Bekenntniſſes, geſchweige der öffentlichen freien Religionsübung zu fürchten ſtand. Das Recht zu ſolchen Interceſſionen, im Friedensinſtrumente ausdrücklich vorbehalten [1]), konnte ihnen nicht beſtritten werden. Alle Vorſtellungen und Verwendungen aber blieben um ſo erfolgloſer, als der öffentliche Zuſtand der Dinge in und außerhalb Deutſchlands, die Hinneigung der mächtigſten proteſtantiſchen Häuſer zur Oeſterreichiſchen Politik,! und die Faſſung jenes Vorbehalts [2]) Waffengewalt nicht fürchten ließ, bis endlich König Carl XII. von Schweden, von der traurigen Lage ſeiner Schleſiſchen Glaubensgenoſſen durch perſönlichen Augenſchein nur zu ſehr vergewiſſert, den Ruf ſeines bis dahin unwandelbaren Kriegsglücks und die Bedrängniß Kaiſers Joſeph benutzend, ohne Schwertſchlag in der berühmten Alt-Ranſtädter Convention vom 1. Septbr. 1707 [3]) das Kaiſerhaus zu Abſtellung der ärgſten Mißbräuche, und zu erneuter Anerkennung wie näherer Declaration der Weſtfäliſchen Friedensbeſtimmungen [4]) zwang.

Für die Fürſtenthümer Liegnitz, Brieg und Oels und für das Gebiet der Stadt Breslau ſagte der Kaiſer die Reſtitution aller ſeit dem J. 1648 auf dem flachen Lande und in den Städten theils eingezogenen, theils geſchloſſenen evangeliſchen Kirchen und Schulen mit allen ihren früheren Gerechtſamen und Ein-

---

1) Instr. Pac. Osnabr. Art. V. §. 39.

2) Pace retenta et exclusa omni violentia et hostilitate, war nur die facultas amice interveniendi et demisse intercedendi zugeſtanden.

3) Eine ausführliche Geſchichte der Friedens- und der ſpäteren Executionsverhandlungen giebt die Schleſ. Kern-Chronik Th. 1. S. 491 flg. u. Th. 2. S. 343 flg., womit rückſichtlich der letzteren die Schleſ. Kirchenhiſt. S. 701 flg. zu vergleichen iſt. — Die Convention ſelbſt, in lateiniſcher und deutſcher Sprache, nebſt dem Executionsrezeß vom 8. Februar 1709 ſteht u. a. bei Lünig P. spec. p. 203 seq. und in der Brachvogelſchen Samml. Th. 3. No. 170.

4) In dieſer Weiſe wird gleich in den Eingangsworten: Liberum religionis exercitium, quod principibus Silesiae, comitibus, baronibus, nobilibus eorumque subditis, nec non civitatibus, suburbiis et pagis Aug. Conf. addictis Pace Osnabrugensi est concessum ... salvum et imperturbatum fore, et ... sequentibus modis correctum iri, der Zweck der Tractaten bezeichnet.

künften zu [5]). Zugleich ward jeder weiteren Einziehung von Kirchen, auch für die einem katholiſchen Patronatsrechte unterworfenen Gemeinden, für die Zukunft entſagt [6]), und das vollſtändige Parochialrecht der evangeliſchen Kirche dadurch anerkannt, daß den lutheriſchen Pfarrern die in ihrem Sprengel anſäſſigen Katholiken jeglichen Standes gleichfalls zu Zehnten und Stolgebühren verpflichtet ſein ſollten [7]). Zur Einziehung dagegen der wiederhergeſtellten Klöſter und neu errichteten Curatialkapellen kam es nicht, nur daß den letzteren fernerhin bloß rückſichtlich der Spiritualien die angemaßten Pfarrgerechtſame zuſtehen ſollten. Eben ſo behielt ſich der Kaiſer, neben der alleinigen Beſetzung aller Pfarrſtellen auf den Kammerdörfern, die Confirmation [8]) der von Privat-Patronen oder ſtädtiſchen Obrigkeiten bei den Conſiſtorien präſentirten Geiſtlichen vor, und überwies dieſe ſogar im J. 1713 durch eine beſondre Verordnung, unter Gewährung einer bloß zweimonatlichen Friſt für die Präſentation, der Böhmiſchen Canzlei. Indeſſen wurde wenigſtens ſo viel eingeräumt, daß bis zu Eingang der kaiſerlichen Beſtätigung oder Ernennung das Conſiſtorium benachbarten oder anderen Geiſtlichen die proviſoriſche Verwaltung erledigter Pfarreien übertragen dürfe, und die Beſtimmung, welche das Präſentationsrecht katholiſcher Compatrone, wenn nicht binnen geſetzlicher Friſt geübt, für den einen Erledigungsfall ſuspendirte, und den Gemeinden die Vocation eines Geiſtlichen erlaubte, ſicherte gegen den bisher nur zu häufigen Mißbrauch, Jah-

5) Convention Art. 1. — Am Schluſſe der Convention ſind die zu restradirenden Kirchen, mehr als 120 an der Zahl, namentlich aufgeführt.

6) Ebend. Art. 8. Nullae ecclesiae ac scholae in civitatibus, suburbiis ac pagis . ., ubi Aug. religionis exercitium adhuc viget, sive a collatione Caesarea sive aliorum patronorum catholicorum dependeant, auferentur, sed cum pastoribus et collegis scholarum conservabuntur.

7) Ebend. Art. 4. Nobiles aliique catholicae fidei, qui in parochiis A. C. degunt aut fundos habent, parocho ecclesiae Aug. decimas aliosque reditus, qui stolae nomine veniunt, solvere tenentur.

8) Für dieſe muſten nach Henſel a. a. O. S. 651. ſehr bedeutende Gebühren gezahlt werden, die ſich, freilich nicht ohne Verſchulden der evangeliſchen Geiſtlichkeit ſelbſt, bis auf 300 und 400 Gulden für eine Pfarre, auf 1000 Gulden für eine Superintendentur ſteigerten.

relang evangeliſche Kirchen unbeſetzt zu laſſen [9]). Auf die Anſetzung katholiſcher Präſidenten in den für jene Herzogthümer von neuem garantirten Conſiſtorien [10]) wollte, aller Bemühungen des Schwediſchen Commiſſarius ungeachtet, der Kaiſer eben ſo wenig verzichten, weil in der Convention nur secundum veterem usum die Herſtellung der Conſiſtorien zugeſagt, und früher von Reformirten öfters der Vorſitz geführt worden ſei, am wenigſten aber dazu ſich verſtehen, daß den Conſiſtorien zu Liegnitz, Brieg und Wohlau mehr, als „die Eheſachen und was ſonſt die Religion betrifft“, insbeſondre die Jurisdiction über Geiſtliche und Schuldiener und über alle diejenigen Sachen, „welche z. E. in den Kurſächſiſchen wohlbeſtellten Conſiſtorien pro consistorialibus gehalten werden und von welchen tempore Principum praeiudicia vorhanden“, überlaſſen, und ihre Jurisdiction nicht bloß gegen jede fernere Einmiſchung der weltlichen Behörden geſchützt, ſondern auch für die geſammten Schleſiſchen Erblande anerkannt würde [11]). Vielmehr behielt ſich der Kaiſer ſelbſt in derartigen Sachen das Recht vor, Appellationen anzunehmen, und trotz der Anerkennung des ſtädtiſchen Conſiſtorii zu Breslau wurde dem katholiſchen Conſiſtorio das bisher geübte Recht electiver und präventiver Competenz beſtätigt [12]). Nur die Zuſicherung ward ertheilt, daß in den Conſiſto-

9) Convent. Art. 8. vgl. mit Exec.-Rezeß §. 13. — Die oben erwähnte Verordnung vom 17. Novbr. 1713, welche um ſo auffallender iſt, als den katholiſchen Patronen auch nach den Landesgeſetzen das tempus legitimum des canoniſchen Rechts von 6 Monaten zukam, ſ. in der Fortſ. der Brachv. Samml. Th. 2. S. 367.

10) Convent. Art. 7. Causae matrimoniales aliaeque ad religionem spectantes consistorio catholico vel non subiicientur, aut secundum canones in Aug. religione receptos iudicabuntur; in iis vero principatibus, ubi tempore Pacis Westphal. consistoria Aug. Conf. fuerunt, iuxta veterem usum restauranda sunt, quae eiusmodi causas examinabunt decidentque, salva ubique appellatione ad S. Principem.

11) Exec.-Rezeß §. 13., vgl. mit den, in der Schleſ. Kirchenhiſt. Th. 2. S. 212 flg. u. S. 232 flg. mitgetheilten, Wechſelſchriften der beiderſeitigen Commiſſarien vom 17. Febr. u. 4. März 1708.

12) Exec.-Rezeß §. 14. vgl. mit Friedenberg l. l. §. 19., welcher mit den Worten: Et quidem omnes causae ecclesiasticae et matrimoniales ex tota Silesia ad consistorium episcopale Wratisl. devolvi possunt, etiam Lutheranorum, si eo provocare velint, quia se-

rien immer die Mehrheit der Stimmen, nicht mehr wie bisher die Anſicht des Präſidenten entſcheiden ſolle; ein Gewinn gegen früher war es zugleich, daß überhaupt, alſo auch bei Appellationen an den Kaiſer, derartige geiſtliche Sachen nicht mehr dem katholiſchen Conſiſtorio einſeitig überwieſen, jedenfalls nur „nach denen Rechten der Augsburger Confeſſion judicirt“ werden durften.

Gleich erfolglos blieb der Verſuch, in den Erbfürſtenthümern und allen denen, welche ſchon zur Zeit des Weſtfäliſchen Friedens andern katholiſchen Herren gehört hatten, für die Evangeliſchen das damals verſagte Recht öffentlicher Religionsübung zu gewinnen. Denn entſchieden ward, wie die beantragte Beſtätigung des Majeſtätsbriefes von 1609, ſo die Forderung zurückgewieſen, daß in jeder Stadt Eine evangeliſche Kirche und Schule geſtattet, und auf dem flachen Lande wenigſtens im Verhältniß zur Seelenzahl der Evangeliſchen eine ähnliche Bewilligung gemacht werde. Jedoch genehmigte der Kaiſer zuletzt den Bau von noch ſechs ſ. g. Gnadenkirchen bei Sagan, Freiſtadt, Hirſchberg, Landshut, Militſch und Pleß, die zwar der Parochialrechte gänzlich entbehren ſollten [13], aber doch für einen großen Theil des Landes den Evangeliſchen die Beiwohnung ihres Gottesdienſtes, und bei gleichzeitiger Geſtattung von Schulen die Erziehung der Kinder in ihrer Religion wieder möglich machten. Auch ward für die alten Friedenskirchen deren Aufführung in Stein und mit Glockenthürmen, das bisher verweigerte Recht zu

cundum conventionem Altranst. et recessum executionis praeventio locum habet, für ganz Schleſien der biſchöflichen Behörde dies Recht beilegt, und dabei bemerkt, daß es nicht einmal von einer Klage der Evangeliſchen bedingt, ſondern ſchon dann begründet ſei, wenn das biſchöfliche Conſiſtorium zuerſt, obſchon ex officio, Citation erlaſſen habe.

13) Exec.-Rezeß §. 16.: ... „daß öfters erwähnten unveränderter Augsb. Confeſſions-Verwandten ... annoch eine Anzahl von andern 6 Kirchen und dazu gehörigen Schulen ..., und zwar dergeſtalt, daß ſelbige keine Actus parochiales (Pfarr- oder geiſtliche Verrichtungen) zum Präjudiz der daſelbſtigen Catholiſchen zu exerciren befugt ſeyn, weniger denen Parochis loci an ihrer Stola, Zehenden oder andern Accidentiis einigen Eintrag thun, auch quoad praesentationem ministrorum ... die praesentatos zu allergnäd. Kaiſerl. Confirmation einſenden ſollen, auf ihre ſelbſt eigene Unkoſten ... erbauen mögen“.

feierlichem Begräbniſſe, die Errichtung von Schulen, und unter Vorbehalt der bisherigen Ernennungsweiſe beliebige Vermehrung der Geiſtlichen zugeſtanden, welche ſeit der Einziehung aller Landkirchen der Maſſe von Amtsgeſchäften nicht mehr gewachſen waren [14]). Wichtiger noch war, daß für ganz Schleſien den Evangeliſchen ohne Unterſchied des Standes die Haltung eines eigentlichen Gottesdienſtes mit den Familiengliedern und Hausgenoſſen, der Beſuch der benachbarten Schleſiſchen wie auswärtigen Kirchen, nach vorgängiger Berichtigung der den katholiſchen Pfarrern überall zukommenden Stolgebühren ſelbſt zum Behufe von Taufen, Trauungen u. ſ. w., freigegeben wurde, daß die Annahme von Hauslehrern wie die Erziehung der Kinder in auswärtigen Schulen geſtattet ſein ſollte, daß den evangeliſchen Geiſtlichen der Beſuch der Kranken und Gefangenen in katholiſchen Orten, und den inländiſchen in ſolchen Fällen ſogar die Reichung des Abendmahls erlaubt, daß jeder Zwang zum Beſuche der katholiſchen Schulen oder zur Theilnahme an dem Gottesdienſte und ſonſtigen Ceremonien der katholiſchen Kirche aufgehoben, und an deren Feſttagen jede den Gottesdienſt nicht ſtörende Arbeit freigegeben wurde [15]).

Förmlicher Anerkennung und völliger Gleichſtellung mit der katholiſchen entbehrte die evangeliſche Kirche Schleſiens freilich immer noch. Für den bei weitem größten Theil des Landes, namentlich in Oberſchleſien, blieb der öffentliche Gottesdienſt auf wenige Kirchen beſchränkt. In vielen Beziehungen waren nach wie vor die Evangeliſchen der Gerichtbarkeit der katholiſchen Kirchenbehörden unterworfen, andere Angelegenheiten kirchlicher Natur theils dem Kaiſer, wie z. B. die Ehedispenſationen, theils, wie namentlich alle Streitigkeiten über die religiöſe Erziehung der Kinder, dem Oberamte vorbehalten [16]). Der fortdauernde Pfarr-

---

14) Convention Art. 2. u. Exec.-Rez. §. 1.

15) Conv. Art. 3. u. Exec.-Rez. §. 2., 3. u. 8. — Das Schwediſcher Seits geforderte Recht zur Errichtung von Dorfſchulen war abgeſchlagen worden.

16) S. Verordn. vom 30. Juni 1712 in Fortſ. d. Brachv. Samml. Th. 1. S. 358., die übrigens zugleich für die Evangeliſchen das Eheverbot bis zum dritten Grade canon. Computation incl. beſchränkte. S. auch das

zwang, dadurch geſchärft, daß von etwanigen Krankenbeſuchen erſt Anzeige dem Ortspfarrer gemacht werden mußte [17]), gab den katholiſchen Prieſtern immer noch zu Vexationen aller Art Anlaß, und ſelbſt an geſetzlicher Beſchränkung der rezeßmäßigen Rechte fehlte es nicht, wie z. B. den Evangeliſchen ſpäter nur noch ſtille Hausarbeit an katholiſchen Feſttagen geſtattet, ausländiſchen Geiſtlichen in den Gnadenkirchen zu predigen verboten wurde [18]). Alle Theilnahme am lutheriſchen Gottesdienſte und der Empfang der Sacramentalien bei evangeliſchen Geiſtlichen war den Katholiken unterſagt, während die proteſtantiſche Geiſtlichkeit es ruhig dulden mußte, wenn der katholiſche Clerus ſich ſogar unberufen in ihre Seelſorge miſchte; mit Landesverweiſung und Vermögensconfiſcation ward gleich nach Publication des Executionsrezeſſes der Uebertritt zur evangeliſchen Kirche bedroht, der namentlich in den Landestheilen, wo äußerlich das Augsburgiſche Bekenntniß unterdrückt geweſen war, befürchtet werden mochte [19]). Selbſt von den Beſchwerden, über welche in bürgerlicher Beziehung die Evangeliſchen mit Recht geklagt hatten, blieben trotz der Schwediſchen Intervention manche unerledigt. So war zwar ihre Fähigkeit zum Grundbeſitz und zu öffentlichen Aemtern jeder Art anerkannt, und nur die Forderung zurückgewieſen, daß die Verwaltung der oberſten Landesämter zwiſchen Fürſten beider Confeſſionen alterniren, in ganz evangeliſchen Landestheilen und Ortſchaften alle Beamten mit Einſchluß der Advocaten, in den gemiſchten wenigſtens zur Hälfte evangeliſcher Religion ſein müßten [20]); eben ſo war

---

Ober-Amts-Schreiben vom 20. Aug. 1716 in der Brachv. Samml. Th. 3. No. 200.

17) Verordn. v. 21. Novbr. 1710 u. 24. Juli 1719 in d. angef. Fortſ. Th. 1. S. 327. u. 537., vgl. mit Ober-Amts-Reſcr. v. 17. Juli 1719 in Fabri's Europ. Staatscanzl. Th. 34. S. 192. — Bei Begräbniſſen extra locum mortis unterwarf ein Ober-Amts-Reſcr. v. 19. Juni 1713 (Brachv. Samml. Th. 2. No. 122.) die Evangeliſchen ſogar dreifachen Funeralien.

18) Reſcr. v. 26. April 1720 u. 31. Mai 1730 in Fortſ. d. Brachvog. Samml. Th. 2. S. 372 u. 705.

19) Verordn. v. 1. Febr. 1719 (ebend. Th. 1. S. 526.) und Ober-Amts-Schreiben vom 3. Juni 1709 in der Brachvog. Samml. Th. 3. No. 175.

20) Convention Art. 9.: Nobiles, vasalli ac subditi Aug. relig. ab offi-

das bisherige Verbot, außerhalb Landes zu heirathen, und den Pupillen andere als katholiſche Vormünder zu geben, aufgehoben, die Schließung gemiſchter Ehen unter ausdrücklicher Zuſicherung freigegeben, daß die Eltern über Erziehung der Kinder beliebige Abrede ſollten treffen dürfen [21]). Allein weder wurden in den Erbfürſtenthümern die zahlreichen Religionsreverſe und Statuten annullirt, welche in den Städten die Evangeliſchen von Bürger- und Ehrenrechten, wie von Zunftbetrieb und bürgerlicher Nahrung ausſchloſſen, noch auch erfolgte, ſelbſt nur in der bekannten zweideutigen und mißdeuteten Weiſe des Osnabrücker Friedens, eine officielle Gleichſtellung beider Confeſſionen in bürgerlicher Beziehung, und ſo fehlte es auch in dieſer Beziehung fortan nicht an Hintanſetzung der Evangeliſchen und an wohlbegründeten Beſchwerden [22]).

Immer indeß darf man Kaiſer Carl VI. das Verdienſt nicht verſagen, daß er wenigſtens offne Verfolgung ſeiner lutheriſchen Unterthanen nicht duldete, heimliche nicht begünſtigte, und dem Plane Clemens XIII., durch eine allgemeine den Jeſuiten anvertraute Landesmiſſion die katholiſche Lehre zu befeſtigen, ſeine 1738 Zuſtimmung verſagte [23]). Wenn auch entfernt nicht der früheren Zeit vergleichbar, wo durch die ruhige, ſtillwirkende Macht der Lehre der Proteſtantismus faſt über das ganze Land ſich verbreitet hatte, war doch die Lage der Evangeliſchen, deren Zahl unter allen Bedrängniſſen bedeutend genug geblieben war, in den letzten Jahrzehnten der Oeſterreichiſchen Herrſchaft mindeſtens erträglich. Die Bewilligung, zu welcher Carl VI. ſich geneigt finden ließ, als der Prinz Ernſt von Byron die freie Standesherrſchaft

---

ciis publicis, quatenus ad ea idonei ſuerint, non arcebuntur, nec vetabuntur bona sua vendere et extra territorium commigrare, quemadmodum est Pace Westph. expositum, vgl. mit Exec.-Rez. §. 7., wo der Erwerb von Grund und Boden allen Ständen geſtattet, und §. 15., wo die Fähigkeit zu Civil- und Militär-, Landes- und Stadtämtern zugeſtanden wird. — Factiſch blieben übrigens die Evangeliſchen nach wie vor von öffentlichen Aemtern ausgeſchloſſen. S. Henſel a. a. O. S. 655.

21) Convent. Art. 5. u. Exec.-Rez. §. 6.

22) Vgl. Henſel a. a. O. S. 660. 663. 670 flg.

23) Schleſien vor und ſeit dem J. 1740. Th. 2. S. 461 flg.

1734 Wartenberg erwarb, und in der Schloßkirche den evangeliſchen Gottesdienſt herzuſtellen wünſchte [24]), eröffnete ſelbſt die Ausſicht einer beſſeren Zukunft; eine Hoffnung, welche wenige Jahre darauf, obſchon in andrer Weiſe, als damals irgend mochte geahnet werden, unter Preußiſcher Hoheit in erfreulichſte Erfüllung ging.

§. 12.

Vereinigung Schleſiens mit der Preußiſchen Monarchie.

Mit den Waffen machte König Friedrich II., begünſtigt
1740 durch den Tod Kaiſers Carl VI. und die bedrängnißvolle Lage ſeiner Tochter und Erbinn, die alten — ob wohlbegründeten oder vermeintlichen, war damals ſtreitig, und iſt es noch, — Anſprüche ſeines Hauſes auf die Fürſtenthümer Liegnitz, Brieg, Wohlau und Jägerndorf geltend. Dem Einmarſche der Truppen, denen der König eine günſtige Aufnahme durch die Erklärung zu ſichern geſucht hatte, daß er die Unterthanen „bey allen und jeden ihren wohlhergebrachten Recht- und Gerechtigkeiten, Freyheiten und Privilegien in publicis et privatis, in ecclesiasticis et politicis, welcher Religion, Standes oder Würden dieſelben ſeyn könnten", ſchützen wolle [1]), folgte raſch die Beſitznahme des ganzen Landes, das, in glücklichen Schlachten behauptet, ſchon nach zwei Jahren der Lohn des ſiegreichen Kampfes wurde.

In dem Preußiſchen Heere begrüßte die evangeliſche Bevölkerung Schleſiens ihre Befreier von mehr als hundertjährigem Religionsdrucke. Weder mag es ihnen verdacht werden, wenn ſie die Hoffnung hegten, daß nun ihrem Bekenntniſſe, welches in Niederſchleſien das entſchiedenſte Uebergewicht behauptet hatte, auch äußerlich die Vorrechte einer herrſchenden Kirche zu Theil werden

24) Zimmermann a. a. O. Th. 7. S. 137. — Um ſo bedeutungsvoller war die Genehmigung des Kaiſers, als dieſer noch im J. 1722 bei Verleihung des Fürſtenthums Teſchen an den Herzog von Lothringen die ausdrückliche Clauſel geſtellt hatte, „in Religions-Sachen und derſelbigen jetzigem Zuſtand nichts zu alteriren". (Sommersberg script. Siles. T. 1. p. 823.).

1) Patent wegen des Einmarſches der Preuß. Truppen in Schleſien vom 1. Dezbr. 1740.

den könnten, und eine Herſtellung des durch den Majeſtätsbrief dem Lande zugeſicherten Religionszuſtandes eintreten würde, noch darf es auffallen, wenn die neue Regierung in den Evangeliſchen einen Stützpunkt im Lande zu gewinnen ſuchte[2]). So wurde noch während des Krieges durch Beſtellung von evangeliſchen Predigern überall öffentlicher Gottesdienſt eingerichtet, zum Baue von Bethäuſern die Erlaubniß ertheilt, durch Anſtellung proteſtantiſcher Rathsmitglieder in den Orten, wo bisher nur die Katholiken die Communalverwaltung geführt hatten, den Klagen der Evangeliſchen abgeholfen; doch ward auch den Mißbräuchen und Anmaßungen, zu welchen die Proteſtanten hie und da ſich verleiten ließen, nach Kräften Maaß und Ziel geſetzt, ſo namentlich den Patronen und Ortsobrigkeiten ihr Recht auf Anſtellung der neuen Kirchen- und Schuldiener beſtätigt, den katholiſchen Pfarrern ihr Anſpruch auf Zehnten, Stolgebühren u. ſ. w. geſichert, die an einigen Orten willkürlich beliebte Aenderung der Stoltaxe verboten[3]).

Durchgreifende Reformen traten während des Krieges nur in Betreff der Steuereinrichtung und der Juſtizverfaſſung ein, beide auch in kirchlicher Hinſicht von Einfluß; jene[4]), weil bei Aufſtellung des neuen Cataſters, nach welchem die bisher vom

---

2) Dieſer Geſichtspunkt darf bei Beurtheilung der damals ergangenen Verordnungen nicht außer Acht bleiben; ſo iſt z. B. die erſt durch Preuß Lebensgeſch. Fr. d. Gr. Th. 3. S. 473 bekannt gewordene Cab.-Ordre v. 11. Oct. 1741, welche die Stellen der regierenden Bürgermeiſter, der Syndici und Kämmerer in den N. Schleſ. Städten nur mit Evangeliſchen zu beſetzen anbefahl, lediglich, wie auch eine ſpätere Cab.-Ordre v. J. 1756 (ebend. S. 187. Note 5.) anerkennt, als vorübergehende Vorſichtsmaaßregel zu betrachten.

3) Schreiben des Gen. Feld-Commiſſariats vom 26. Juni 1741, Verordn. v. 28. Juni 1741, Reſolution an die neu angeſt. evang. Pred. v. 5. Juli 1741. — Dieſe, wie die weiter zu erwähnenden Verordnungen finden ſich in chronol. Ordnung in der ſ. g. Korn'ſchen Edicten-Sammlung, die mit Ergänzungen für die beiden folgenden Regierungen ſeit 1752 in 19, 5 u. 9 Bänden bei Korn in Breslau erſchienen iſt. (S. v. Kamptz Prov. und ſtatut. Rechte Th. 1. S. 490.)

4) Vgl. hierüber die ausführliche Darſtellung in: Schleſien vor und ſeit dem J. 1740. Th. 2. S. 209 – 222. — Behufs dieſer neuen Regulirung des Steuerweſens, vielleicht auch aus Beſorgniß vor der abgeneigten Geſinnung des Stiftsclerus verfügte eine Verordn. v. 1. Sept. 1741 bis auf weiteres die Sequeſtration der Kapitels-Güter.

Lande gezahlte Contributionsſumme aufgebracht werden ſollte, auch das ſämmtliche geiſtliche Grundvermögen mitgeſchätzt, und dadurch die bisherige Steuerpflicht des Clerus förmlich ſanctionirt wurde[5]); letztere[6]), in wiefern bei der neuen Organiſation der Juſtizbehörden auch für die geiſtliche Gerichtbarkeit Aenderungen eintraten. Neben dem Fürſtenrechte, welches wie früher zweimal des Jahres unter dem Vorſitze des oberſten Landeshauptmanns, aber unter gleichzeitiger Direction der Breslauer Oberamtsregierung zuſammentreten ſollte, um alle die Fürſtenthümer und Standesherrſchaften betreffenden Realſachen zu erledigen, wurden an die Stelle der bisherigen landesherrlichen Obergerichte, und zugleich als Appellations- und Aufſichtsinſtanz für die niederen Gerichte und die Juſtizbehörden der mittelbaren Fürſtenthümer und Standesherrſchaften, zu Breslau und Glogau zwei Oberamtsregierungen organiſirt. Unter Beiordnung zweier weltlichen und zweier geiſtlichen Conſiſtorialräthe, von welchen Einer katholiſcher Confeſſion ſein ſollte, wurden dieſe Oberamtsregierungen zugleich zu Conſiſtorien beſtimmt, von denen alle Sachen, „die den geiſtlichen Staat angehen und zur Aufnahme der Religion gereichen“, die Aufſicht über Kirchen und Schulen, die Prüfung und Beſtätigung der Prediger, namentlich auch die Eheſachen reſſortiren ſollten[7]). Abgeſehen von der Parochial-Verfaſſung, deren Beibehaltung in den alten Erbfürſtenthümern den Katholiken theils den Beſitz der Pfarrkirchen und des Pfarrvermögens, theils die in Betreff der Stolgebühren hergebrachten Gerechtſame vorläufig ſicherte[8]), war ſo officiell für das evan-

5) Von Pfarr- und Schulgütern ward der Beitrag, wie bei den Domänen und Rittergütern, auf 28⅓, bei den Gütern der Ritterorden auf 40, für alle ſonſtigen geiſtlichen Güter auf 50 Procent des cataſtermäſſigen, ſehr niedrig angeſchlagenen, Einkommens feſtgeſetzt.

6) Vgl. Patent betr. die Einrichtung des weltlichen und geiſtl. Juſtizweiens in Niederſchleſien vom 15. Januar 1742.

7) Vgl. §. 18. des angef. Patents.

8) Umgekehrt wurde aber auch zu Gunſten der evangeliſchen Pfarrer in Liegnitz, Brieg u. ſ. w. der hergebrachte Pfarrzwang anerkannt und geſchützt, wie dies aus einer an den katholiſchen Curatgeiſtlichen zu Lüben gerichteten Reſolution vom 25. Januar 1742 erhellt, die ausdrücklich auf die Altranſtädter Convention als ferner noch normativ verweiſet.

geliſche Kirchenweſen jede Dependenz von den katholiſchen geiſtlichen Behörden beſeitigt, und zugleich die Parität beider Religionspartheien ausgeſprochen; mit um ſo größerem Rechte, als in der That nur ein Misbrauch des Reformationsrechts in der Art gefunden zu werden vermag, wie nach den Böhmiſchen Unruhen das Kirchenweſen Schleſiens war geordnet worden. Im übrigen aber beſtätigte das Organiſationspatent den katholiſchen Unterthanen nicht bloß „eine völlige Gewiſſensfreiheit, wie ſolche in dem **Instrumento Pacis** etabliret iſt“, mit der ausdrücklichen Anweiſung an die Oberamtsregierungen, dieſelben „bei ihren Religions-**Principiis** zu ſchützen“, und mit der Erklärung, daß es „jedem Gedrückten, ſich allenfalls und wenn er kein Recht erlangen kann, **immediate** an den König zu wenden“ frei ſtehen ſolle; es wurden auch die weltlichen Gerechtſame des Biſchofs von Breslau, mit Ausnahme nur der, auf den Fürſten von Carolath-Beuthen übertragenen, Würde eines oberſten Landeshauptmanns, und eben ſo, wenn ſchon unter Vorbehalt der Souveränitätsrechte, deſſen geiſtliche Autorität und die hergebrachte Kirchenverfaſſung des Landes anerkannt[9]. Allein für die geiſtliche Gerichtbarkeit ergingen einſchränkende Beſtimmungen, größtentheils in Einklang mit der bisherigen Landesgeſetzgebung[10], theilweiſe jedoch auch über dieſe hinaus, und ſelbſt weiter, als es da, wo die katholiſche Kirche mit öffentlicher Verfaſſung beſteht, nach ihren Principien zweckmäßig und richtig erſcheinen kann. Denn nicht etwa bloß wurde die Competenz des geiſtlichen Gerichts auf **causae vere ecclesiasticae** beſchränkt, und insbeſondre für die

9) Vgl. §. 23. des Patents, wo es im Eingange heißt: „Was das geiſtliche General-Vicariatsamt (dies führte ſelbſt bei Anweſenheit des Biſchofs, beſonders aber damals, weil der Biſchof, Cardinal Graf Sinzendorf, nach Wien gegangen war, die ganze Adminiſtration der Diöceſe) betrifft, ſo wollen Wir es in den Stücken, welche ihrer Natur nach dahin gehören und Unſrer Souveränität nicht nachtheilig fallen, beſtätigen u. ſ. w.“

10) Dies gilt namentlich von der in §. 23. enthaltenen Clauſel: „Wir wollen aber auch hoffen, daß der Vicarius generalis ſich in ſeinen Schranken halten, und weiter keine Klagen super iure patronatus, decimis et testamentis sacerdotum, auch nicht über Hospitäler ſich anmaßen werde, und wollen Wir ein beſonderes Reglement über die dahin gehörigen Sachen und Taxa stolae anfertigen laſſen“.

Rechtsſachen der Geiſtlichen aufgehoben[11]), ſondern auch die Entſcheidung über alle gemiſchten Ehen, ſo wie das alleinige Dispenſationsrecht in Eheſachen ſchlechthin den Oberamtsregierungen vorbehalten[12]), und ſogar als Appellationsinſtanz für das biſchöfliche Conſiſtorium, von welchem bisher die geiſtlichen Sachen an die Nuntiatur zu Wien (aus der Cracauer Diöceſe an die zu Warſchau) gegangen waren, das Obertribunal in Berlin anerkannt, welches nur angewieſen wurde, „die Sachen nach den **principiis catholicae religionis** zu decidiren“[13]). Doch hat wohl mehr Unkenntniß der hergebrachten Kirchenverfaſſung des Landes, die man zu ſehr nach dem Maaßſtabe der in Cleve und Mark beſtehenden, durchaus eigenthümlichen Einrichtungen beurtheilte, und beſorgnißvolle Vorſicht, welche bei fortdauerndem Kriegsſtande die dem Oeſterreichiſchen Kaiſerhauſe zugeneigte Geſinnung des Clerus um ſo gebieteriſcher zu fordern ſchien, zu jenen Feſtſetzungen Anlaß gegeben, als daß man der Regierung irgend die Abſicht beimeſſen dürfte, die weſentlichen Rechte der Kirchenobern zu ſchmälern, oder öffentliche Anerkennung im Staate der hergebrachten Kirchenverfaſſung zu verſagen. Ueberdies blieb deren definitive Regulirung der Zeit nach erkämpftem Frieden vorbehalten, und iſt dann in einer Weiſe erfolgt,

11) Ebend. §. 24.: „Wir wollen auch bis auf fernere Verordnung das biſchöfliche Amt oder das geiſtliche katholiſche Conſiſtorium beſtätigen, dergeſtalt jedoch, daß es bloß über causae vere ecclesiasticae cognosciren, und daher von allen causis civilibus, wenn ſie auch ſchon einen Geiſtlichen angehen, abſtrahiren müſſe, worüber Wir auch ein beſondres Reglement publiciren laſſen werden“.

12) Ebend. §. 26.: „Die causae matrimoniales wollen Wir, wenn beyde Theile der katholiſchen Religion zugethan ſind, dem biſchöflichen Amte überlaſſen; wenn aber ein Theil von den Braut- oder Eheleuten der evangeliſchen Religion zugethan iſt, gehört die Sache an das evangeliſche Conſiſtorium und hat inskünftige keine Prävention ſtatt“, vgl. mit §. 27., welcher, unter Aufhebung aller dem Moſaiſchen Rechte nicht widerſtreitenden Eheverbote für die Evangeliſchen, beſtimmte, daß die Katholiſchen in ſolchen Fällen, und eben ſo wegen Aufgebots, geſchloſſener Zeit und Kirchentrauung bei dem Oberamte Dispenſation nachzuſuchen hätten.

13) Ebend. §. 28. — In Herber origin. Siles. p. 138. wird die Sache ſo dargeſtellt, als ſei die Einrichtung eines beſondern katholiſchen Tribunals zugeſagt worden; das Patent enthält aber nichts, was darauf hinwieſe.

welche, wie die Abſicht, ſo die Geneigtheit der Regierung bekundet, den eigenthümlichen Intereſſen der katholiſchen Kirche jede mit dem Wohle des Staats und den Rechten der Landesherrſchaft vereinbare Berückſichtigung zu ſchenken, und nicht bloß für die letzteren den unter Oeſterreichiſcher Herrſchaft begründeten Beſitzſtand als maßgebend zu betrachten, ſondern auch, ſo viel thunlich, alle durch die hergebrachte Verfaſſung anerkannten Gerechtſame der kirchlichen Autoritäten zu erhalten.

Auf Grund der zu Breslau am 11. Juni 1742 geſchloſſenen Präliminarien überwies der Berliner Friede vom 28. Juli 1742 dem Könige von Preußen zu voller Souveränität die Grafſchaft Glatz und ganz Schleſien, mit Ausnahme nur von Teſchen und einem Theile der Fürſtenthümer Troppau und Jägerndorf. Ausdrücklich erneute im Art. 6. der König dem Lande die Zuſicherung, „die katholiſche Religion in Schleſien in statu quo, auch alle und jede Einwohner bey dem ruhigen Beſitz des Ihrigen und bey dem völligen Genuß ihrer wohlerworbenen Freiheiten und Privilegien ungekränkt zu laſſen“, allein nur „mit gänzlichem Vorbehalt der den Proteſtanten zu verſtattenden unumſchränkten Gewiſſensfreiheit und der dem Souverän des Landes competirenden Gerechtſame“, deren ſich übrigens der König nicht bedienen zu wollen verſprach, „um in Anſehung des status quo der Römiſch-katholiſchen Religion in Schleſien eine Abänderung zu treffen“.

Den eignen Glaubensgenoſſen freie Religionsübung zu gewähren, ohne die der Katholiſchen zu beeinträchtigen, unter Feſthaltung des status quo, welcher die eine Kirche als herrſchend, die andre als kaum geduldet darſtellte, eine völlige Parität beider Religionspartheien, als gleich berechtigter und gleichmäßig im ganzen Lande öffentlich anerkannter Kirchen, zu begründen, die Verfaſſung der einen in ihrer hierarchiſchen Sonderung von der weltlichen Verwaltung und in ihrer bisherigen Verbindung mit der Geſammtheit des katholiſchen Kirchenthums zu erhalten, ohne daß die kaum gewonnene, von Vielen mit Widerwillen ertragene Landeshoheit in ihren Rechten, wo nicht gar der Beſitz des Landes gefährdet würde, und daneben doch den

evangeliſchen Gemeinden den vollen Genuß der wieder erlangten Religionsfreiheit durch eine Reorganiſation ihrer äußern Verfaſſung zu ſichern, für welche neben der landesherrlichen Kirchengewalt die Einordnung der kirchlichen Verwaltung in die Formen der Landesadminiſtration die Grundlage bilden mußte, das war die Aufgabe, welche der neuen Regierung geſtellt war. Die Schwierigkeit ihrer Löſung iſt um ſo weniger zu verkennen, als keine der älteren Provinzen, da in dieſen die katholiſche Kirche mehr nur in den unteren Gliederungen des Parochial- und Archipresbyterialnexus ſich behauptet hatte, einen genügenden Maaßſtab abgeben konnte für die Behandlung des Kirchenweſens in einem Lande, welches unter eignen Biſchöfen bisher in officiell anerkanntem Zuſammenhange mit dem Oberhaupte der katholiſchen Kirche geſtanden hatte. Obenein hatten bis dahin beide Confeſſionen in Schleſien nicht überall in vollkommen gleich berechtigten Gemeinden neben einander exiſtirt; vielmehr war in einem großen Theile des Landes die evangeliſche Lehre lediglich in dem Bekenntniſſe einzelner Familien erhalten, welche zu den innerhalb der katholiſchen Pfarrſprengel neu zu bildenden Gemeinden nur zerſtreute Elemente darboten, während in andern Diſtricten von nicht geringerem Umfange, in Mitten einer überwiegend evangeliſchen Bevölkerung, die katholiſche Kirche nur durch den Beſitz der Pfarrkirchen und der Parochialgerechtſame, und mehr in einer ausſchließlichen Berechtigung des Clerus, als in wahrhafter Wirkſamkeit deſſelben und lebenskräftiger Gemeinde-Verbindung, ihre Exiſtenz zu behaupten oder wieder zu begründen vermocht hatte. Erhöht ward jene Schwierigkeit nothwendig noch dadurch, daß dem Verlangen der Katholiſchen, alles zu behaupten, der eben ſo natürliche Wunſch der andern Confeſſion entgegentrat, das wider Recht früher Verlorene vollſtändig zurück zu erhalten, daß man dieſſeits die Zuſicherung des Status quo auf freies ungehindertes Bekenntniß und Exercitium der katholiſchen Religion zu beſchränken eben ſo geneigt war, als die katholiſche Parthei auf den engen Zuſammenhang von Lehre und Cultus mit Disciplin und Verfaſſung, und auf die Verſicherung, „alle und jede Einwohner bey dem ruhigen Beſitze des Ihrigen ungekränkt zu laſ-

ſen", den Anſpruch gründen zu können meinte, es dürften ihr auch nicht die geringſten äußeren Vortheile und Gerechtſame, wie unvereinbar immer mit Parität und öffentlicher Religionsübung der andern Confeſſion, und wie unerheblich für den ungeſtörten Genuß der eignen Religionsfreiheit, dem Beſitzſtande vom J. 1740 entgegen geſchmälert oder entzogen werden. Nur zu geneigt war man endlich katholiſcher Seits, diejenigen Rechte, welche die frühere Landesherrſchaft ungeſtört geübt hatte, und jetzt die Preußiſche Regierung nicht ohne Grund zu den „dem Souverän des Landes competirenden Gerechtſamen" zählte, mehr oder weniger als Privilegien der ehemaligen Landesherrſchaft und als bedingt vom katholiſchen Bekenntniſſe anzuſehen, auf welche der evangeliſche Landesherr durchaus keinen Anſpruch habe. Zu gütlicher Ausgleichung aber aller dieſer, geradehin unvermeidlichen Differenzen war für Preußen damals nicht einmal in der höheren Autorität des Kirchen-Oberhaupts irgend eine Ausſicht gegeben, da die Regierung, wenn ſchon ihre Stellung zur katholiſchen Kirche durch den Erwerb Schleſiens eine weſentliche Aenderung erfuhr, mit Recht es ſich ſchuldig erachten mußte, jede officielle und directe Verbindung mit dem Römiſchen Stuhle zu vermeiden, ſo lange dieſer noch der von allen Europäiſchen Mächten garantirten Königswürde Anerkennung verweigerte [14]), obenein auch darüber kaum ein Zweifel möglich war, daß die Curie dem Fürſtenhauſe, welches mehr und mehr das Haupt der evangeliſchen Parthei Deutſchlands geworden war, nicht Rechte in kirchlichen Dingen zugeſtehen werde, welchen die Hierarchie ſelbſt in katholiſchen Ländern bisher ſtets Widerſpruch entgegengeſetzt, oder doch bei unvermeidlicher Nothwendigkeit nur ſtillſchweigend ſich gefügt hatte.

Bei ſolchen Schwierigkeiten, deren richtige Würdigung wohl hauptſächlich es veranlaßt hat, daß Friedrich, wie ſehr er im übrigen die Landesverwaltung zu centraliſiren bemüht war, unter einem eignen dirigirenden Landesminiſter die innere Adminiſtra-

---

14) Noch im J. 1786 führte der Römiſche Staatskalender nur einen Markgrafen von Brandenburg auf, und erſt ſeit dem J. 1788 gab dem Könige der päbſtliche Stuhl den Königstitel. Vgl. Preuß a. a. O. Th. 4. S. 13. Note 2. und Uerber l. l. p. 154.

tion Schleſiens von der der übrigen Monarchie trennte, darf es dem billigen Beurtheiler ſchwerlich auffallen, wenn Einzelnes bei der kirchlichen Organiſation Schleſiens geſchah, was die katholiſche Parthei, wenigſtens von ihrem Standpunkte aus, wohl als Eintrag der ihrer Kirche gebührenden Rechte oder als Beeinträchtigung der Autorität ihrer Obern anſehen konnte; eher, daß überall eine Verſchmelzung ſo disparater Elemente gelungen, und die Ausgleichung anſcheinend unvereinbarer Gegenſätze in einer Weiſe möglich geweſen iſt, welche das friedliche Nebeneinanderbeſtehen beider Religionspartheien eben ſo ſicherte, als die unerſchütterliche Treue der neu gewonnenen Unterthanen, und gerade hierin eine ſo glänzende Bewährung und Rechtfertigung findet.

§. 13.

Herſtellung und Organiſation der evangeliſchen Kirche Schleſiens.

Dem Vorbehalte des Friedensſchluſſes gemäß ward im ganzen Lande das evangeliſche Bekenntniß frei gegeben, der Uebertritt zur evangeliſchen Kirche unbedingt geſtattet[1]), die unbeſchränkte Fähigkeit der Proteſtanten zu öffentlichen Aemtern jeder Art und allem bürgerlichen Gewerbe anerkannt[2]), gegenſeitige Verläumdung und öffentliche Verketzerung verboten[3]), überall

1) Reglement, nach welchem künftig die Gravamina in geiſtl. Sachen entſchieden werden ſollen, vom 8. Aug. 1750 §. 1.

2) Ein Circular vom 7. Oct. 1763 ſchärfte den Gutsherren noch beſonders ein, daß wegen Religionsverſchiedenheit kein Gutsunterthan entſetzt, oder vom Erwerbe bäuerlicher Stellen ausgeſchloſſen werden dürfe.

3) Auf Veranlaſſung des Königs befahl der Biſchof Graf Sinzendorf in einem Hirtenbriefe vom 28. Aug. 1742 „allen Katholiſchen geiſtlichen Standes, daß ſie ſich in ihren Predigten aller ſchimpflichen Ausdeutungen gegen andere Religionsgenoſſen, abſonderlich aber des Wortes Ketzer, enthalten, und die Unterſcheidungslehren mit Beſcheidenheit, Vernunft, Mäßigkeit und nach dem Hauptgebote der chriſtlichen Liebe vortragen ... ſollen ...; und thun Wir Uns gegen Uebertreter (welche Wir gegen die königliche Ungnade und Ahndung zu ſchützen ohnehin nicht vermögen) auch mit den uns zuſtehenden ſchweren Beſtrafungen nach Umſtänden vorzugehen vorbehalten“ Aehnliche Verbote ergingen an die evangeliſche Geiſtlichkeit, und ward namentlich den Feldpredigern in ihrer Vocation zur

auch die Einrichtung öffentlichen Gottesdienſtes erlaubt. Eine nicht geringe Zahl von Perſonen aller Stände, welche bisher aus äußern Rückſichten, oder weil aller Erbauungsmittel und des religiöſen Unterrichts beraubt, ſich äußerlich zur katholiſchen Kirche gehalten hatten, mag in Folge deſſen zur evangeliſchen Confeſſion zurückgetreten ſein; doch blieb bis auf die neueſte Zeit herab ſelbſt in den früher ganz evangeliſchen Fürſtenthümern die Zahl der Katholiken bedeutend genug, in Oberſchleſien und in der Grafſchaft Glatz im entſchiedenſten Uebergewicht [4]). Weit entfernt, daß die Regierung die Kirchen und Schulen, welche ſeit dem Ausbruche des dreißigjährigen Krieges gewaltſam den Evangeliſchen in den unmittelbaren Fürſtenthümern waren entzogen worden, dieſen reſtituirt, oder auch nur über deren Beſitz die Beſchreitung des Rechtsweges geſtattet hätte, erfolgte ſogar die Erbauung der neuen evangeliſchen Gotteshäuſer nur hie und da auf

---

beſondern Pflicht gemacht," „den Katholiſchen keinen Eintrag zu thun". Vgl. Preuß Th. 1. S. 331. und 339.

4) Nach den von mir verglichenen topogr.-ſtatiſt. Ueberſichten der Reg.-Bezirke Breslau, Reichenbach und Oppeln (die von Liegnitz war mir nicht zugänglich) ſtellt ſich im Departement Oppeln d. h. in Oberſchleſien das durchſchnittliche Verhältniß der Evangeliſchen zu den Katholiken wie 1 zu 13, in der Grafſchaft Glatz wie 1 zu 68, dagegen für die übrigen Theile des Reichenbacher Departements wie 9 zu 4, und im Regierungsbezirk von Breslau wie 11 zu 4. Je in den einzelnen Kreiſen iſt das Verhältniß beider Confeſſionen ſehr verſchieden. Am günſtigſten für die evangeliſche Kirche iſt es im Waldenburger Kreiſe, wo auf 1 Katholiken 20 Evangeliſche kommen, während ſonſt deren Zahl die der katholiſchen Einwohner nirgends um mehr als das Zehnfache überſteigt. Das verhältnißmäßig größte Uebergewicht der letzteren iſt im Kreiſe Habelſchwerdt, wo auf je 1 Evangeliſchen 446 Katholiken kommen, wie denn überhaupt da, wo dieſe die Mehrzahl bilden, das Verhältniß beider Confeſſionen weit größere Differenzen als dort zeigt, indem es z. B. von den 15 Oberſchleſiſchen Kreiſen nur in 4 unter 1 zu 10 bleibt, in Toſt, Neiſſe, Ratibor und Gr. Strehlen bis 1 zu 43, 52, 56 u. 62 ſteigt. Unter den Niederſchleſiſchen Kreiſen bilden die Katholiken die Mehrzahl der Einwohner nur in den Kreiſen Frankenſtein und Münſterberg (1 zu 5), und völlige Gleichheit (15539 Evangeliſche auf 15402 Katholiken) findet ſich bloß im Kreiſe Landshut. — Wie ſich dies beiderſeitige Verhältniß, je im Vergleiche mit der Zeit der Erwerbung Schleſiens, verändert hat, wäre intereſſant zu wiſſen, um ſo mehr, als nach der Allg. Augsb. Zeit. Jahrg. 1838 Beil. Nr. 144. in dem Zeitraume von 1817 — 1834 die Zahl der Katholiken ſich in größerem Maaße, als die der Evangeliſchen vermehrt haben ſoll.

Koſten des Staats, größtentheils aus eignen Mitteln der Gemeinden, welche an den katholiſchen Orten ſich nach und nach bildeten[5]). Selbſt als im J. 1757, wohl nicht ohne Schuld des Clerus, deſſen Einverſtändniß mit den feindlichen Heeren die Kriegsunternehmungen gefährdete, Friedrich II. zu der Beſtimmung ſich veranlaßt ſah, daß in ganz evangeliſchen Orten keine katholiſchen Pfarrer oder Schullehrer mehr geduldet werden ſollten, blieb den Katholiken nicht bloß das geſammte Kirchen- und Pfarrvermögen, ſondern auch die Kirchen und Pfarrgebäude wurden hier nur geſchloſſen, und für den Fall aufbewahrt, daß durch ſpätere Anſiedelung eine katholiſche Gemeinde im Orte ſich wieder bilden könnte[6]). Der gegenſeitige Parochialzwang, wo er aus früherer Zeit her beſtand, dauerte anfangs, zwar nicht in Betreff der Pfarrhandlungen ſelbſt, für welche er dem Rechte nach in Schleſien wegen der den Gnadenkirchen ertheilten Gerechtſame eigentlich niemals gegolten hatte, wohl aber hinſichtlich der Stolgebühren und ſonſtigen Pfarrabgaben fort. Nur für die beiderſeitige Geiſtlichkeit ward ſchon im J. 1742 die Verpflichtung zu Stolgebühren, aber nicht durch einſeitige Verfügung der Regierung, ſondern mit ausdrücklicher Zuſtimmung des Biſchofs aufgehoben[7]), und die im

---

5) Büſching a. a. O. Th. 10. S. 754. giebt die Zahl der im J. 1740 beſtandenen evang. Kirchen auf 826, für das J. 1764 auf 460 an; ein Verzeichniß der neu errichteten Bethäuſer findet ſich bei Henſel a. a. O. S. 751. Im J. 1827 zählte man dagegen nach Preuß a. a. O. Th. 1. S. 828. in Schleſien 713 evangeliſche Kirchen.

6) Cab.-Ordre vom 31. Dezbr. 1757 vgl. mit der Declar. vom 3. März 1758, wonach, wenn auch nur Ein Katholik im Sprengel wohne, der katholiſche Pfarrgeiſtliche in ſeinem Amte belaſſen werden ſollte, und der Verordn. vom 30. Dezbr. 1763, daß, wenn an den Orten, wo 1758 die katholiſchen Geiſtlichen abgeſchafft worden, ſich ſpäter eine katholiſche Gemeinde wieder ſammle, ſie ſich der Kirche von neuem bedienen könne. — Erſt ſeit dem Anfange dieſes Jahrhunderts hat man hierin andre Grundſätze befolgt, und ſolche geſchloſſene Kirchen nebſt den dazu gehörigen Gütern u. ſ. w. den evangeliſchen Ortsgemeinden überwieſen. Vgl. Worbs die Rechte der evangeliſchen Gem. in Schleſien u ſ. w. S. 245 flg.

7) Patent vom 22. Dezbr. 1742, welches auf eine an die katholiſche Geiſtlichkeit ergangene, vom Könige „aus oberſtlandesherrlicher ſouveräner Macht und Gewalt“ beſtätigte Verfügung des Biſchofs Bezug nimmt, und reciproce daſſelbe den evangeliſchen Geiſtlichen anbefahl, als welchen allein, nicht den ſonſtigen Kirchen- und Schulbedien-

J. 1754 erweiterte Aufhebung des Pfarrzwanges zu Gunſten aller landesherrlichen Beamten war in ſo fern wenigſtens keine Neuerung, als dieſe ſchon unter Oeſterreichiſcher Regierung vom Pfarrverbande eximirt geweſen waren, und nach Belieben an fremde Pfarrer wegen aller Pfarrhandlungen, mit Ausnahme des Aufgebots, ſich hatten wenden dürfen, ohne der Geiſtlichkeit ihres Wohnorts zu den taxmäßigen Gebühren verpflichtet zu ſein[8]). Erſt im J. 1757 erfolgte eine allgemeine Aufhebung des Pfarrzwanges[9]), indeß gleichmäßig für beide Kirchen[10]); eine Maaßregel, welche, mochte auch vielleicht die Einbuße an Pfarrintraden größer ſein auf Seiten des katholiſchen Clerus, doch eine nothwendige Folge der für beide Religionspartheien anerkannten Parität und kirchlichen Selbſtſtändigkeit war, und höchſtens in ſo fern als Beeinträchtigung des zugeſicherten Status quo erſcheinen kann, als dieſe gegenſeitige Befreiung auch auf ſolche Pfarrabgaben ausgedehnt worden war, welche, wie Pröwen, Wettergarben u. ſ. w., zwar mit dem Parochialnexus verbunden, aber nicht von der Amtsthätigkeit des Pfarrers bedingt, oder gar, wie z. B. Zehnten, durch ihre dingliche Natur zu ſelbſtſtändigen Vermögensrechten der einzelnen kirchlichen Inſtitute geworden ſind[11]).

Neben dieſer völligen Emancipation der evangeliſchen Re-

---

ten, auch jenen nur für ſich, ihre Ehefrauen und die noch in ihrer Gewalt und Brod befindlichen Kinder, nicht auch für Anverwandte und Dienſtboten, dies Vorrecht ertheilt wurde.

8) Edict vom 25. Novbr. 1754 vgl. mit Reglem. vom 8. Aug. 1750 zu E., wo noch die Parochialfreiheit auf die mit Sitz und Stimme verſehenen Mitglieder der Landescollegien beſchränkt war.

9) Cab.-Ordre vom 31. Dezbr. 1757 und Oberamts-Currende vom 29. Dezbr. 1758. — Durch eine Verordnung vom 30. April 1765 ward auch die gegenſeitige Kirchenbaupflicht aufgehoben. Vgl. Worbs a. a. O. S. 244.

10) Zu Oeſterreichiſcher Zeit hatte wohl zu Gunſten der Katholiken in lutheriſchen Pfarrorten, nicht auch umgekehrt, eine derartige Exemtion beſtanden. S. Henſel a. a. O. S. 658.

11) Rückſichtlich der dem Biſchofe und dem Domkapitel gebührenden Zehntrechte u. ſ. w. wurde ausdrücklich durch das Circ. vom 5. März 1759 eine Ausnahme anerkannt. Gleiches hätte in Betreff der Pfarrzehnten und ähnlichen Pfarrabgaben geſchehen ſollen, und iſt auch neuerdings durch Cab.-Ordre vom 6. Febr. 1812 (Geſ.-S. vom J. 1813 S. 42.) geſchehen.

ligionsparthei, in deren Folge auch im J. 1764 ſämmtlichen Bethäuſern der Name von Kirchen beigelegt wurde[12]), ſorgte die Regierung zugleich durch Beſtellung von Inſpectoren[13]) für gehörige Beaufſichtigung und Leitung der Pfarrverwaltung. Außer den beiden Conſiſtorien zu Breslau und Glogau wurde im J. 1756 noch ein drittes zu Brieg errichtet, und dieſen, wie den für die Stadt Breslau und das Fürſtenthum Oels fortbeſtehenden Mediatconſiſtorien[14]), die evangeliſchen Kirchenangelegenheiten anvertraut, ſo jedoch, daß alle „den **statum religionis** betreffende“ Streitigkeiten, um möglichſt jeden Verdacht einer Partheilichkeit zu entfernen, ihrer Cognition entzogen, und einer beſondern, aus dem Großkanzler und dem dirigirenden Miniſter Schleſiens gebildeten, Commiſſion überwieſen waren, welche dieſelben mit Rückſicht „auf Recht und Billigkeit und beſonders auf das, was in den Tractaten und Friedensſchlüſſen beſtimmt“ ſei, entſcheiden ſollten[15]). Eine umfaſſende Kirchenordnung iſt übrigens für Schleſien, ſo viel bekannt, nicht ergangen; außer der bereits am 13. Dezember 1742 erlaſſenen lutheriſchen Presbyterialordnung und der Viſitationsinſtruction vom 22. Februar 1748[16]), ließ man es vielmehr bei den hergebrachten Einrichtungen bewenden, ſo daß ſelbſt die Organiſation des evangeliſchen Kirchenweſens, während ſie auch nicht entfernt an die Unbilden aller Art erinnert[17]), durch welche einſt die katholiſche Kirche in Schleſien die Herrſchaft wie-

---

12) Verordn. vom 19. Juni 1764.

13) Den Titel eines Superintendenten führten bis auf die neuere Zeit nur die erſten Geiſtlichen der Städte Liegnitz, Brieg, Wohlau und Oels; auch hat ſich bis dahin im Fürſtenthum Oels, wie im Liegnitziſchen und in Wohlau der Titel der Senioren erhalten.

14) Alle übrigen Fürſtenthümer und Standesherrſchaften, obwohl ſie eigne weltliche Gerichte hatten, wurden unmittelbar den landesherrlichen Oberconſiſtorien unterworfen, die ehemaligen Kirchenhoheits- und ſonſtigen Rechte ſomit als erloſchen behandelt.

15) Reſcr. vom 25. Juli 1750.

16) Vgl. v. Kamptz Prov.-Rechte der Pr. Mon. Th. 1. §. 350. Abgedruckt ſind die obigen Verordnungen u. a. in den Actis histor. eccles. Th. 7. S. 525 flg. und Th. 12. S. 857 flg.

17) Rühmend hat die Art, wie Friedrich die Katholiken Schleſiens behandelte, Pabſt Benedict XIV. zn wiederholten Malen anerkannt. S. Preuß a. a. O. Th. 1. S. 330 flg.

der gewonnen hatte, die Tendenz der Regierung bekundete, ſich ſo viel möglich der bisherigen Landesverfaſſung anzuſchließen.

§. 14.
Verfaſſung der katholiſchen Kirche Schleſiens unter Preußiſcher Hoheit.

Bei weitem ſchwieriger war die Organiſation der katholiſchen Verhältniſſe, zumal es hier weniger auf das Einzelne der Verwaltung, vielmehr vor allem darauf ankam, der höheren Hierarchie, insbeſondre auch dem Römiſchen Stuhle gegenüber, eine beſtimmte, dem politiſchen wie kirchlichen Charakter der Preußiſchen Monarchie entſprechende Stellung für die Regierung zu gewinnen [1]).

Wie es ſcheint, hatte König Friedrich II. anfangs die Abſicht, ähnlich wie in den übrigen Provinzen, auch die katholiſche Kirche Schleſiens wo möglich ganz zu iſoliren, äußerlich und formell von dem Römiſchen Stuhle zu trennen. Noch während des Kriegs ernannte der König den Biſchof von Breslau, Cardinal Grafen von Sinzendorf, zum Generalvicar der geſammten Monarchie, an welchen bei Diſpenſationen und in andern Religionsſachen alle katholiſche Unterthanen ſich wenden ſollten, ohne weiter an den Römiſchen Stuhl ihren Recurs zu nehmen [2]). In Rom war man aber darauf einzugehn um ſo mehr abgeneigt, als bisher nur in ſeculariſirten Biſthümern apoſtoliſche Vicare waren ernannt worden; unter der Bedingung allein wollte der Pabſt ſeine Zuſtimmung geben, daß des Vicariats ungeachtet die Katholiken von dem Römiſchen Stuhle abhängig ſeien, „und daß dieſe Dependenz nicht bloß in Worten beſtehe, oder insgeheim un-

1) Was über dieſe Verhältniſſe in Druckſchriften bekannt geworden, namentlich, was Preuß a. a. O. Th 1. Anh. I. Beil. 9. aus archivaliſchen Urkunden mittheilt, iſt zu unvollſtändig, als daß daraus eine klare Einſicht gewonnen werden könnte. Um ſo wünſchenswerther wäre es, dieſe Angelegenheit aus archivaliſchen Quellen erörtert zu ſehen; um ſo eher aber wird auch das Ungenügende unſrer Darſtellung Entſchuldigung finden.

2) Preuß a a. O. Th. 1. S. 329. vgl. mit dem in den Actis histor. eccles. Th. 7. S. 204. abgedruckten Auszuge einer im Cardinalcollegio von Benedict XIV. gehaltenen Allocution vom Auguſt 1742.

terhalten werde, ſondern eine wirkliche und öffentliche Dependenz ſey, nicht in der Abſicht, als ob man die Sporteln und Sachen nach Rom ziehen wolle, ſondern damit das Oberhaupt der Kirche von allen und jeden Katholiken erkennet werde“ [3]). Wirklich ſcheint auch — ob aus eignem Entſchluſſe der Regierung, oder auf die Intervention des Kaiſers, an welchen als den Beſchützer der Römiſchen Kirche der Pabſt, um dieſer Neuerung vorzubeugen, ſich gewendet hatte[4]), bleibe dahin geſtellt — jener Plan nicht zur Ausführung gekommen zu ſein[5]). Wenigſtens findet ſich bei gleichzeitigen Schriftſtellern über die kirchliche Verfaſſung Schleſiens kein Beweis dafür[6]), eben ſo wenig in dem Breve Benedict's XIV., mit welchem er die Confirmationsbulle des vom Könige zum Nachfolger des Grafen Sinzendorf beſtimmten Biſchofs Grafen Schaffgotſch begleitete[7]); daß ſpäter bei mehrfachen Angelegenheiten, welche nach canoniſchem Rechte nur von der Römiſchen Curie erledigt werden können, beſondre Verhand-

---

3) So heißt es wörtlich in dem ebend. S. 206 flg. abgedruckten Breve an den Biſchof von Breslau vom 4. Juli 1742, welches Preuß irrigerweiſe als Beſtätigungs-Breve bezeichnet, während es nur den Cardinal auffordert, perſönlich nach Rom zu kommen, oder einen gehörig inſtruirten Bevollmächtigten dahin zu ſenden, um dieſe Angelegenheit in nähere Berathung zu ziehen.

4) S. die Note 2. angeführte Allocution.

5) Ohne weiteren Beleg wird das Gegentheil in den Actis hist. eccl. behauptet, und nach dieſen von Preuß a. a. O., der nur auf das vorher erwähnte Breve Bezug nimmt, welches eher das Gegentheil beweiſet.

6) Daß bei Friedenberg a. a. O. nichts davon vorkommt, dürfte daher rühren, daß deſſen Werk, wie es nur Verordnungen aus der Oeſterreichiſchen Zeit erwähnt, früher ausgearbeitet, als (1743) im Druck erſchienen iſt; aber auch in dem Catalogus cleri dioec. Wratislav. vom J. 1765 wird weder bei der Perſon des Biſchofs, noch bei ſeinem Vicar v. Strachwitz eines ſolchen apoſtoliſchen Vicariats Erwähnung gethan, eben ſo wenig in Vater's Repertorium, der im Gegentheil in §. 32. und 35. die Confirmation der Biſchöfe, die Beſetzung der Domprobſtei, die Ertheilung der Indulgenzen und gewiſſer Diſpenſationen ausdrücklich als päbſtliche Reſervatrechte bezeichnet. Vgl. übrigens Note 12.

7) Abgedr. in den Actis hist eccles. Th. 13. S. 315 flg. Nur die Verleihung des Biſthums und die Diſpenſation zur Beibehaltung der Abtei auf dem Sande wird darin berührt; dagegen findet ſich weder hier, noch unter den Titeln des Biſchofs in deſſen Erlaſſen (ſ. ebend. S. 337.) von einem Vicariate auch nur eine Andeutung.

lungen mit dieſer angeknüpft wurden[8]), und daß auf deren Entſcheidung in eignen Erlaſſen der Regierung, oder doch mit Wiſſen derſelben in biſchöflichen Verordnungen ausdrücklich Bezug genommen wird[9]), widerſpricht ſogar jener Annahme geradezu. Allem Anſcheine nach hat der Biſchof zu Breslau ausgedehntere Facultäten von Rom aus erhalten, als ſonſt üblich waren, um ohne Recurs dorthin die nöthigen Indulgenzen, Dispenſationen u. ſ. w. den Unterthanen zu ſichern; den geiſtlichen Obern wurde die unter Umſtänden unerläßliche Communication mit Rom der Regel nach mehr nachgeſehen und anheimgeſtellt[10]), als Seitens der Regierung ſelbſt gepflogen[11]), auch keine directe Einmiſchung des Pabſtes in die kirchliche Verwaltung, insbeſondre in die Rechtspflege, geſtattet, den man mehr als auswärtigen Fürſten, denn

---

8) So z. B., abgeſehen von den durch Erledigung des Bisthums herbeigeführten Veranlaſſungen, bei den über die geiſtliche Gerichtbarkeit in höherer Inſtanz entſtandenen Differenzen (ſ. unten), bei Gelegenheit der in den J. 1754 und 1788 erfolgten Aufhebung und Verlegung katholiſcher Feſttage. Vergl. Preuß a. a. O. Th. 1. S. 341. und Th. 3. S. 240. mit Circ. vom 27. März 1764, Kammer-Reſcr. vom 7. Juli 1789 und Circ. vom 11. März 1790, welches letztere ſogar ausdrücklich erklärt, daß Seitens der Regierung mit dem Röm. Stuhle Communicationen gepflogen worden ſeien. Gleiches geſchah auf Veranlaſſung der nach Aufhebung des Jeſuiterordens beliebten Stiftung der Corporation der Schulen-Prieſter.

9) So z. B. iſt das Breve Benedict's XIV. vom J. 1754, die Feſttage betr., vollſtändig in die Korn'ſche Edict.-Samml Th. 5. S. 582. aufgenommen; die in den Act. hist. eccl. Th. 13. S. 355 flg. mitgetheilten biſchöfl. Verordnungen vom 13. Oct. und 8. Novbr 1748, den Eintritt in den Kloſterſtand betr., nehmen ausdrücklich auf ein Breve Benedict's XIV. vom 1. Aug. 1748 Bezug, welches, ohne Zweifel mit Rückſicht auf das Edict vom 26. Februar 1746 (ſ. unten Note 22.), für alle und jede, auch die exemten Klöſter die Einkleidung an die biſchöfliche Genehmigung band.

10) Darauf weiſet auch die Antwort hin, welche nach Preuß Th. 1. Beil. 9. der König, als er dem Kapitel nach des Grafen Schaffgotſch Flucht die Verwaltung der Diöceſe überwies, und dieſes einwendete, daß es „für extraordinäre Fälle einen Vicar wählen müſſe, welcher vom päbſtlichen Stuhle Vollmacht haben müſſe“, dahin gab: „Da die Kirche in ſchwierigen Fällen das Mangelnde ergänze, ſo könne das Kapitel einen Vicarium cum facultatibus iurisdictionis extraordinariae delegiren“.

11) Nur Privatagenten hatte Preußen zu jener Zeit in Rom. Vgl. Preuß Th. 2. S. 114. und Th. 3. S. 235.

als kirchlichen Obern zu betrachten geneigt war. Eine ſo weſentliche Umänderung aber der hergebrachten Kirchenverfaſſung, als jenes Vicariat, wie es anfangs beabſichtigt war, herbeigeführt hätte, hat ſicher nicht ſtatt gefunden [12].

Deſto entſchiedener beharrte die Preußiſche Regierung dabei, daß die Beſetzung des Biſthums, wie in den letzten Jahrhunderten unter Oeſterreichiſcher Herrſchaft, auch ferner durch landesherrliche Quaſi-Nomination erfolgen müſſe. Zwar ſtand dem Kapitel das Wahlrecht zu [13], und daß von Seiten der katholiſchen Kirche Widerſpruch gegen eine Nomination des Biſchofs durch den evangeliſchen Landesherrn erhoben wurde, war um ſo natürlicher, als ſelbſt da, wo dieſe Beſetzungsform auf urkundlicher Bewilligung beruht, dies immer als ein auszeichnendes Vorrecht der katholiſchen Fürſten gegolten hat. Allein wie jene Nomination in der That nur Folge des landesherrlichen Confirmationsrechts geweſen war, und aus dieſem ſich herausgebildet hatte, durfte die Ernennung des Landesbiſchofs, welche politiſche Rückſichten als unerläßlich erſcheinen ließen, wohl als ein mit der

Sou-

12) In dem Circ. vom 7. Auguſt 1781, wodurch die Ernennung des Weihbiſchofs von Rothkirch zum Nachfolger des verſtorbenen Generalvicars v. Strachwitz bekannt gemacht ward, heißt es zwar, daß derſelbe gleich dem letzteren vom Pabſte zum Vicario apostolico in Schleſien beſtellt worden ſei. Wie indeß aus dem Circulare ſelbſt erhellt, wonach die Beſtellung geſchehen war, „um in Abweſenheit des Biſchofs diejenigen functiones zu verſehen, welche ſonſt ein zeitiger Biſchof in Schleſien zu verrichten befugt iſt“, bezog ſich dies nicht auf die päſtlichen Reſervatrechte, ſondern nur auf die neuerdings wieder erhobene Controverſe, ob bei Quaſivacanz eines biſchöflichen Stuhls für die Adminiſtration der Diöceſe ein Generalvicar Seitens des Kapitels oder vom Biſchofe zu beſtellen ſei, oder ob dieſe Zwiſchenregierung einem apoſtoliſchen Vicar gebühre. Nach der Flucht des Grafen Schaffgotſch hatte nämlich erſt der König den Domherrn Baſtiani zum Generalvicar ernannt, dieſer aber es abgelehnt, und das Kapitel die Vicariatsgeſchäfte geführt, ſpäter die Regierung den vom Biſchofe dazu ernannten Domdechanten Moritz von Strachwitz zugelaſſen, welcher dann, wie es ſcheint zur Beſeitigung aller Differenzen, im Jahre 1769 zum Vicarius apostolicus ernannt wurde. S. Herber l. l. p. 146. und 148.

13) Dies erkennt Henelii Silesiogr. renov. p. 186. ſehr beſtimmt an, indem dem Könige nur das ius assensus und investiturae regalium beigelegt wird.

Souveränität verknüpftes und damit erworbenes Recht gelten. Bei des Grafen Sinzendorf Tode im J. 1747 ernannte daher Friedrich II. den Grafen von Schaffgotſch zum Biſchofe, ohne ſelbſt nur die übliche Form einer bloßen Commendation zu beobachten oder dem Kapitel den Schein der Wahlhandlung, wie bisher, zu gewähren, und wirklich erlangte die Regierung in Rom die Anerkennung des neuen Biſchofs[14], an deſſen weltlichem und antiöſterreichiſchen Sinne die Curie nicht geringeren Anſtoß genommen zu haben ſcheint, als an der Hintanſetzung der kirchlichen Formen[15]. In Beſitze dieſes Nominationsrechts iſt auch die Regierung bei den ſpäteren Vacanzen geblieben, nur daß ſie durch Geſtattung des Wahlacts für den von ihr deſignirten Candidaten ihre Intereſſen mit den formellen Vorſchriften des canoniſchen Rechts in Einklang zu bringen Bedacht genommen hat. Selbſt für andere Prälaturen nahm Friedrich II. ſtatt des bloßen Placets, welches von alter Zeit her der Landesherrſchaft gebührte, in der That aber zu wahrer Nomination geworden war, ein Ernennungsrecht in Anſpruch, ſo namentlich für diejenigen Aemter, mit welchen während der Quaſi-Vacanz des Biſthums deſſen Adminiſtration verknüpft war[16], eben ſo für die in den ſ. g. päbſtlichen Monaten erledigten Canonicate des Domkapitels und für die Domprobſtei, bei welchen dem Römiſchen Stuhle bloß der Form und dem Namen nach das Proviſionsrecht blieb; nicht minder behauptete die Regierung für die zahlreichen Collegiatſtifter das althergebrachte Patronat und das damit verbundene Nomi-

14) Vgl. Preuß a. a. O. Th. 2. S. 113.

15) S. das Note 7. erwähnte Schreiben, welches vielfache Ermahnungen an den Biſchof richtet, und unter Hinweiſung darauf, der Pabſt habe durch Anerkennung des Grafen Schaffgotſch dem apoſtoliſchen Stuhle zu präjudiciren gefürchtet, deſſen Ernennung als proprio motu geſchehen darzuſtellen ſucht.

16) In dem Circ. vom 7. Aug. 1781 (ſ. Note 12.) heißt es geradezu, der König habe den Domherrn v. Rothkirch zum Weihbiſchofe und Generalvicare in Schleſien „nominirt“; eben ſo hatte nach Preuß Th. 1 S. 446. deſſen Vorgänger v. Strachwitz ein „Nominationsdecret vom Könige erhalten.“ Ausdrücklich wird aber von Herber l. l. p. 148. bemerkt, und erhellt auch aus dem Circulare, daß die Ernennung assentiente Summo Pontifice geſchehen ſei.

nations- und Confirmationsrecht[17]. Nur in Betreff der Ordensprälaturen, welche für die Adminiſtration der Diöceſe von geringerer Bedeutung waren, erhielt ſich das Wahlrecht, indeß wie unter der bisherigen Concurrenz der Regierung, deren Erlaubniß eingeholt werden mußte, und deren Commiſſarien der Wahlhandlung beiwohnten, ſo auch mit der Modification, daß durch dreifaches Scrutinium drei Candidaten erwählt werden ſollten, unter welchen ſich für Ertheilung des landesherrlichen Placets der König die Auswahl vorbehielt[18].

Auf dieſe Weiſe war der Regierung durch die Beſetzung der höheren Kirchenämter, zumal das früher von den Schleſiſchen Fürſten geübte ius circa sacra längſt antiquirt war, auf die kirchliche Verwaltung derjenige Einfluß gewonnen[19], welcher, ſtets im Intereſſe der Staatsgewalt, bei der damligen politiſchen Lage als unvermeidliche Nothwendigkeit ſich darſtellen mußte. Unerfreulich mag dies der höheren wie niederen Cleriſei damals erſchienen ſein; doch wird dem unbefangenen Urtheile nicht entgehen, daß gerade dieſer Antheil an der Beſetzung des Biſchofsſtuhles und aller wichtigeren Kirchenämter es der Regierung möglich machte, die den landesherrlichen Kammern und insbeſondre dem dirigirenden Miniſter übertragene Aufſicht weiter bis in das Detail der Kirchenverwaltung auszudehnen[20], zugleich auch die bisherige Verfaſſung der katholiſchen Kirche Schleſiens in allen weſentlichen Punkten beizubehalten.

Unverkürzt blieb den Katholiken, neben freier Religionsübung und der bisherigen Parochialverfaſſung, der Beſitz aller

17) Vgl. Vater a. a. O. §. 35. a u. b und Band I. 5 flg. Jene Form der Beſetzung, ſcheinbar durch den Pabſt, der Wirklichkeit nach durch die Regierung, iſt bekanntlich neuerdings allgemeine Norm für alle Probſteien und Vacanzen in den ungraden Monate geworden.

18) Vgl. Vater a. a. O. §. 38. und Schleſ. vor und ſeit d. J. 1740 Th. 2. S. 480.

19) Um ſo mehr, als die Verwaltung der vier Schleſiſchen Archidiaconate regelmäßig mit Domherrnſtellen verbunden war, und ſo, theils mittelbar theils unmittelbar, auch dies Amt, welches in Schleſien damals noch keineswegs zu bloßem Perſonate herabgeſunken war, von der Regierung vergeben wurde.

20) Lipſius Abh. über die Schleſiſche Verfaſſung vor im 6. Bande der Korn'ſchen Edictenſammlung, Abth. II. Kap. 16.

Kirchen, Kapellen, Klöſter, Stiftungen u. ſ. w. Weder von den alten, noch von den ſeit der Gegenreformation hergeſtellten und neu errichteten Klöſtern und Stiftern ward auch nur Eines eingezogen[21]), bloß für den Eintritt in die Regular-Orden, um Ueberfüllung oder unfreiwillige Ablegung der Gelübde zu verhüten, nach dem Vorgange anderer, auch katholiſcher, Länder eine vorgängige Prüfung durch die Landesbehörde und Genehmigung der Kammer angeordnet[22]), und die von den eintretenden Novizen zu zahlende geiſtliche Mitgift auf ein Maximum feſtgeſetzt[23]).

Mit dem Eigenthume an allen Pfarr-, Stifts- und Kloſtergütern, Einkünften u. ſ. w. blieb der katholiſchen Kirche die Adminiſtration und freie Benutzung des Kirchenvermögens. Bei der von alter Zeit her üblichen und, wie bemerkt, gleich anfangs regulirten Contribution der Kloſter-, Stifts-, Pfarrgüter u. ſ. w. behielt es zwar unverbrüchlich ſein Bewenden; auch hielt der König ſich berechtigt, ſtatt der zu Oeſterreichiſcher Zeit für Laien, namentlich ausgediente Militärs, auf einzelne Stifter angewieſenen Penſionen, den neu ernannten Prälaten, Aebten, Stiftsherren u. ſ. w. eine verhältnißmäßige, im Ganzen aber geringe Abgabe von ihrem geiſtlichen Einkommen aufzuerlegen[24]), und als dem Wiener Hofe während des Krieges durch Gewalt des Pabſtes der Zehnte aller geiſtlichen Revenüen bewilligt wurde, verlangte der König von

21) Auf Veranlaſſung der von Joſeph II. in den Oeſterreichiſchen Landen verfügten Einziehung der Klöſter ertheilte Friedrich II. in einem Kab.-Schreiben vom 26. Aug. 1782 der Kloſter- und Stiftsgeiſtlichkeit durch das biſchöfl. Vicariat die ausdrückliche Zuſicherung, daß ſie, dafern ſie ſich nur wie treue und redliche Unterthanen verhielten, weder Aufhebung, noch Einziehung ihrer Güter und Einkünfte, noch irgend eine Anforderung, außer der feſtgeſetzten Contribution, zu befürchten hätten. Preuß a. a O. Th. 3. S. 233.

22) Edict vom 26. Februar 1746.

23) Edict über die von geiſtl. und weltl. Perſonen an geiſtliche Stifter, Kirchen und pia corpora geſchehenen Vermächtniſſe vom 21. Juni 1753 §. 11 flg., vgl. mit Kammer-Reſcr. vom 5. März 1795, welches allen Schleſiſchen mit Landgütern angeſeſſenen Stiftern ausnahmsweiſe die im Edicte nur beſtimmten Orden geſtattete höhere Mitgift von 1000 Rthlr. ſtatt 500 Rthlr. freigab.

24) Lipius a. a. O. Abth. III. Kap. 12., Vater a. a. O. Abth. 2. §. 30. und Schleſien vor und ſeit 1740 Th. 2. S. 475.

der geſammten Geiſtlichkeit eine gleiche Abgabe von ihren Einkünften [25]). Im übrigen aber ließ die Regierung die Kircheneinkünfte zu freier Verwendung der Geiſtlichkeit. Für die Verwaltung des Pfarrvermögens behielt das biſchöfliche Amt die Prüfung und Beſtätigung der vom Patron erwählten Kirchenväter, welchen unter Zuziehung des Pfarrers die Verwaltung zuſtand, die Genehmigung zu allen größeren unfixirten Ausgaben, die Einſicht der Rechnungen, die Entſcheidung von Streitigkeiten über Adminiſtration der Kirchengelder u.ſ.w. [26]). Außer bei den landesherrlichen Patronatspfarren, wo die Kammer die ſonſt den Patronen zuſtändigen Rechte wahrnahm, ward Seitens der weltlichen Behörde keine weitere Controlle oder Beſchränkung beliebt, als daß der Kammer Rechnungsextracte eingeſandt werden ſollten, und die Nothwendigkeit von Kirchenbauten, wo zu deren Beſtreitung das Kirchenärar nicht ausreichte, unter Zuziehung eines biſchöflichen Commiſſarii von den Landesbehörden geprüft werden mußte. In Betreff des ſonſtigen Kirchenvermögens hielt die Regierung nur an der alten Landesverfaſſung feſt, welche den Erwerb liegender Gründe wie deren Veräußerung von beſonderer landesherrlicher Erlaubniß abhängig machte [27]). Im übrigen miſchte ſie ſich in die Verwaltung nicht weiter, als daß die Güter, um ſich von ihrem Culturzuſtande zu unterrichten, alljährlich von den Landräthen revidirt werden ſollten [28]), eigenmächtiges Collectiren für kirchliche Zwecke wie unter Oeſterreichiſcher Regierung verboten

25) Kammer-Reſcr. vom 19. Dezbr. 1758.

26) Reglem. vom 28. Auguſt 1750 § 11., vgl. mit Edict über Beſtellung von Kirchenvorſtehern bei den kath. Kirchen in Schleſ. vom 14. Juli 1793 § 1—8. In jenem war auch die Ausleihung von Kirchengeldern an die Genehmigung des biſchöflichen Amts gebunden, dies ward aber ſpäter, da nur gegen ſichre Hypothek und in Pfandbriefen Ausleihung erfolgen durfte, dahin geändert, daß die Zuſtimmung des Patrons genügte.

27) Ebend. § 1. und 2., worin ausdrücklich auf die „bekanntlich in Schleſien ſubſiſtirenden Sanctionen" Bezug genommen wird.

28) Verordn. vom 12. Octbr. 1774, vgl. mit Vater a. a. O. § 47. a. Erſt durch das Circ. vom 18. Octbr. 1805 ward das Edict vom 14. Juli 1793 auf alle geiſtliche milde Stiftungen ausgedehnt.

blieb [29]), Kirchencapitalien nicht außerhalb Landes angelegt werden ſollten [30]); die allgemeine geſetzliche Beſtimmung aber, welche Vermächtniſſe und Schenkungen an Kirchen und kirchliche Inſtitute nur bis auf die Höhe von 500 Thlr. zuließ, war ſo wenig auf Beſchränkung der der katholiſchen Kirche zuſtändigen Erwerbsfähigkeit berechnet, daß für die Seelenmeſſe-Stiftungen, welche anfangs bei jenem Maximum mit in Anſchlag kommen ſollten, ſpäter ausdrücklich für Schleſien eine Ausnahme geſtattet, und beſondere Zuwendung zu jenem Zwecke bis auf die gleiche Höhe erlaubt wurde [31]).

Den canoniſchen Vorſchriften, von denen ſelbſt die Tridentiniſchen Concilienſchlüſſe anerkannt wurden [32]), und der Zuſage des Königs gemäß, „dem Clerus und dem Biſchofe als deſſen Haupt die Ausübung der biſchöflichen und allerſeits geiſtlichen Gerechtſame, ſo wie Sie ſelbige bei Dero Eintritt in Schleſien angetroffen, laſſen zu wollen“ [33]), erlitt auch das eigentliche Kirchenregiment nur im Einzelnen Aenderungen. Das im Colowrater Vergleich von den Ständen bedungene Indigenat blieb, nur daß begreiflicher Weiſe Böhmen fortan zum Auslande gerechnet wurde, nach wie vor unerläßliches Requiſit aller geiſtlichen Aemter, ward aber auch auf die Mitglieder und Obern, insbeſondre die Provincialen der geiſtlichen Orden, und auf die Hauskapellane

29) Circul.-Verordn. vom 28. März 1764. Auf das ſ. g. Terminiren der Bettel-Orden litt dies aber keine Anwendung, ſofern es nur nicht für auswärtige Klöſter geſchah. Vgl. auch Circul. vom 9. Februar 1792.

30) Declar. vom 17. Octbr. 1747 §. 3.

31) Edict. vom 21. Juni 1753 §. 5 flg. und Declar. vom 12. März 1754. Einer Beſchränkung der Erbfähigkeit der Geiſtlichen hatten übrigens ſchon im J. 1679 die Stände ſich zu einigen für dienlich erachtet. S. Herber orig. Siles. p. 122.

32) Eheedict vom 22. April 1747 §. 4.

33) Vgl. den von der Regierung genehmigten und in die Edictenſammlung aufgenommenen biſchöflichen Hirtenbrief vom 28. Auguſt 1748. Aehnlich heißt es im Eingange des Note 26. angeführten Edicts von 1793: „Wir ſind nicht gemeint, dem gegenwärtigen biſchöflichen Vicariatamt und dem Herrn Biſchofe die ihm zuſtehenden Rechte zu ſchmälern“. Vgl. auch das neue Schul-Regl. für die Univ. Breslau und die damit verbundenen Gymnaſien vom 26. Juli 1800 §. 19.

ausgedehnt[34]). In der Beſtimmung, daß der Regel nach Niemand in geiſtlichen Aemtern angeſtellt werden ſolle, der nicht auf einer inländiſchen Univerſität ſtudirt habe[35]), lag unzuläſſige Einmiſchung in die inneren Angelegenheiten der Kirche um ſo weniger, als die Organiſation der Univerſität Breslau, welche bei ihrer Stiftung im J. 1702 den Jeſuiten war überwieſen worden, eben ſo unverändert blieb, als die Einrichtung des biſchöflichen Seminars zu Breslau[36]), auch ſelbſt nach Aufhebung des Jeſuiterordens Univerſität wie Gymnaſien, gleich dem Elementarſchulweſen[37]), unter einer geiſtlichen Leitung ſtanden, und dem Biſchofe, außer Beſtätigung aller Lehrer, die Aufſicht über den theologiſchen Unterricht gelaſſen wurde[38]). Eben ſo wenig wird man eine Beeinträchtigung der katholiſchen Kirchenfreiheiten darin finden können, daß, wie es in neuerer Zeit in faſt allen katholiſchen Ländern üblich geworden, jeder Geiſtliche vor der Admiſſion zu kirchlichen Aemtern oder Pfründen den Huldigungseid leiſten mußte[39]), zu dem ja ſchon nach altem Herkommen ſelbſt Biſchof, Domkapitel und alle Stifter in Schleſien verbunden waren[40]). Auffallender

34) Edict vom 9. Juli 1757, Kammer-Verordn. vom 8. März 1773, vgl. mit Kammer-Verordn. vom 26. März 1774 und deren Declar. vom 28. Februar 1778.

35) Kammer-Reſcr. vom 16. Febr. 1770 u. Cab.-Ord. v. 15. Juli 1779 vgl. mit Edict vom 19. Juni 1751 (N. C. C. M. T. I. p. 97.), welches für alle Landeskinder und in Betreff aller Aemter das Studium auf ausländiſchen Univerſitäten verboten hatte.

36) Vgl. Zimmermann a. a. O. Th. 11. S. 231 flg. u. 298 flg.

37) Das Schul-Reglement vom J. 1765 §. 43—50. überwies die Specialaufſicht der Elementarſchulen den Pfarrern, die obere Inſpection den Erzprieſtern, an deren Stelle erſt durch das Regl. vom J. 1801 beſondere Schul-Inſpectoren eintraten; dem biſchöflichen Amte lag nach der Cab.-Ordre vom 30 März 1763 die oberſte Controlle ob. Die Regierung ſorgte aber ihrerſeits durch Schullehrer-Seminare, in welche Jeder, der ſich dem geiſtlichen Stande widmete, auf eine Zeit lang eintreten mußte, für Verbeſſerung des Elementar-Schulweſens. S. Circ. vom 12. Novbr. 1764.

38) Vgl. hierüber im allg. das kath. Schul-Regl. für Schleſien vom 11. Dezbr. 1774 und die Inſtruction für die, mit Bewilligung des Pabſtes aus dem Jeſuiter-Orden neu gebildete, Corporation der Prieſter des Schulen-Inſtituts vom 26. Auguſt 1776.

39) Circular vom 31. März 1768, worin auf ein älteres (ungedrucktes) Circul. vom 16. Febr. 1764 Bezug genommen wird.

40) Die unter Oeſterreichiſcher Herrſchaft in der letzten Zeit erlaſſene

iſt, daß nicht etwa bloß bei wirklicher Anſtellung, ähnlich wie zu Oeſterreichiſcher Zeit für die evangeliſche Geiſtlichkeit, die Genehmigung des dirigirenden Miniſters nachgeſucht werden mußte[41]), ſondern ſogar ſchon zum Eintritt in den geiſtlichen Stand[42]), in ſo fern alſo gewiſſermaßen zur Ordination, das landesherrliche Placet erforderlich war, und daß, was obenein ſich nicht einmal durchführen ließ, jede Ordination außerhalb Landes geſetzlich verboten wurde[43]). Indeß wie das letztere Verbot einerſeits durch Misſtände veranlaßt ſcheint, welche während des Krieges ſich gezeigt hatten, andrerſeits zur Aufrechthaltung des Indigenatsprivilegii und der für die Ausbildung der Geiſtlichen gegebenen Vorſchriften diente, ſo war jene Ausdehnung des landesherrlichen Placets, bei der damals beſtehenden Cantoneinrichtung, unvermeidliche Folge der dem geiſtlichen Stande nach wie vor bewilligten Militärfreiheit. In allem übrigen blieben auch dem Biſchofe ſeine Ordinations- und Proviſionsrechte unverkürzt.

Die geiſtliche Aufſicht und Strafgewalt der Kirchenobern ward ſo wenig beſchränkt, daß ſelbſt bei Amtsentſetzungen, wie überhaupt wegen Misbrauchs der geiſtlichen Gewalt, nur ein Recurs an den Landesherrn frei ſtand, förmliche Genehmigung aber des Urtheils nicht erforderlich war, anderweitige Cenſuren vollends dem alleinigen Ermeſſen der competenten Kirchenbehörden

---

Erbhuldigung des Biſchofs und der Prälaten wurde von Friedrich II. im J. 1743 gleich nach dem Frieden nochmals in Breslau gefordert, und eben ſo im J. 1786 dort geleiſtet. Vgl. Pachaly a. a. O. Th. 2. S. 292 flg. und Regl. für die Erbhuldigung vom 13. Octbr. 1786, nach welchem der Biſchof, und zwar primo loco, ſo wie die Deputirten des Domkapitels mit den Fürſten und Standesherren, die übrigen Stifts- und Ordensprälaten, desgleichen die Deputirten der Jungfrauſtifter und die Provincialen der Bettelorden mit den Deputirten der Ritterſchaft und der Städte, aber vor denſelben, die Huldigung leiſteten.

41) Vgl. Vater a. a. O. §. 36.

42) Kammer-Verordn. vom 26. März 1774 und deren Declarat. vom 28. Januar 1778.

43) Durch die Kammer-Verordn. vom 8. März 1773 war nur die Anſtellung derer unterſagt, welche während des Krieges außerhalb Landes ordinirt ſeien; die angef. Declar. vom J. 1778 dagegen erklärte ganz allgemein die Ordination innerhalb Landes für unerläßlich.

anheimfielen[44]). Selbſt die eigentliche Jurisdiction des Biſchofs, welcher anfangs ſo weſentliche Beſchränkungen drohten, ward bei der definitiven Organiſation der Landeskirche faſt ganz in dem Umfange wieder hergeſtellt, wie ſie unter Oeſterreichiſcher Herrſchaft beſtanden hatte[45]).

Bei dem alten Landesherkommen, welches Zehnt- und Patronatſtreitigkeiten und andere ſ. g. causae mixti fori der ausſchließlichen Jurisdiction der weltlichen Gerichte überwies, behielt es natürlich ſein Bewenden, und noch weniger war an eine Herſtellung der in Ehe- und geiſtlichen Sachen der Evangeliſchen früher dem biſchöflichen Conſiſtorio gewährten concurrenten Gerichtbarkeit zu denken; ſelbſt dabei blieb es, daß alle Streitigkeiten über gemiſchte Ehen jederzeit vor die Oberamts-Regierungen gehörten, nur daß ausdrücklich ausgeſprochen wurde, es ſolle deren Scheidungsurtheil für den katholiſchen Theil rückſichtlich des Ehebandes wirkungslos bleiben, und derſelbe ohne Zuſtimmung der geiſtlichen Obern zu einer zweiten Ehe nicht ſchreiten dürfen[46]), auch bei rein canoniſchen Ehehinderniſſen die kirchliche Dispenſation unerläßlich ſein[47]). Dagegen ward ſchon im J. 1748 die Anordnung, daß für die biſchöflichen Behörden, ſo weit ihnen noch in rein geiſtlichen Sachen eine Gerichtbarkeit zukomme, das Tribunal die höhere Inſtanz bilde, wieder aufgehoben, und auf Grund von Verhandlungen mit dem Römiſchen Hofe feſtgeſetzt, daß in ſolchen Fällen der Nuntius zu Warſchau auf jedesmaligen Vorſchlag des Biſchofs aus der inländiſchen Geiſtlichkeit Synodalrichter beſtellen ſolle[48]), an deren Stelle, zur Verkür-

---

44) Vgl. Vater a. a. O. §. 46.

45) Vgl. hierüber vor allem die höchſt belehrende Abhandlung von Baumeiſter über die geiſtl. Gerichtbarkeit kathol. Confeſſion in Schleſien und der Grafſch. Glatz, im Schleſiſchen Archiv für practiſche Rechtswiſſenſchaft Th. 3. H. 1. Nr. 2., und Starke's Beitr. z. Kenntn. d. Ger. Verf. in d. Pr. Staate. Berl. 1839. Th. 1. §. 137 flg.

46) Reglem. vom 8. Aug. 1750 §. 8. vgl. mit Reſcr. vom 25. Novbr. 1777.

47) Ebendaſ. §. 9.

48) Die von Baumeiſter a. a. O. S. 77. mitgetheilte Cab.-Ordre vom 6. Oct. 1748, auf welche im angef. Reglem. §. 8. verwieſen wird, lautet: „Nachdem Wir gut befunden, Uns mit dem Röm. Hofe über den Punct der geiſtlichen Jurisdiction über Unſere Röm.-kath. Un-

zung des Verfahrens, und weil mit der Theilung Polens jene Nuntiatur wegfiel, in neuerer Zeit unter Zuſtimmung des päbſtlichen Stuhles ein bleibendes Appellations- und Proſynodalgericht mit dem Titel eines Oberconſiſtorii des Bisthums Breslau errichtet wurde[49]). Wichtiger aber war, daß, nachdem bereits im J. 1750 dem Biſchofe für die von ihm angeſprochene Jurisdiction vorläufig der Beſitzſtand war garantirt worden[50]), der König im J. 1754 auf deſſen Vorſtellung, nur unter Vorbehalt der landesherrlichen Gerechtſame, förmlich das J. 1740 als annus regulativus anerkannte, dergeſtalt, daß, ſo weit nur ein unzweifelhafter Beſitzſtand für die Kirche nachgewieſen werden könnte, den biſchöflichen Behörden ganz wie unter Oeſterreichiſcher Regierung eine Jurisdictionsgewalt zuſtehen ſollte[51]). Denn in

---

terthanen in Schleſien dahin einzuverſtehen, daß zwar die gedachte Römiſch-Katholiſche angehenden Sachen nach wie vor unter dem Reſſort der biſchöflichen Jurisdiction verbleiben, die Appellationen hingegen, ſo ehedem entweder directe nach Rom oder an die Nuntiatur zu Wien gegangen, hinführo gänzlich ceſſiren ſollen. Daferne indeſſen ſich jemand durch die biſchöfliche Sentenz graviret zu ſein erachtete, ſo würde demſelben zwar freigeſtellt, davon an den päbſtlichen Nuncium am Kön. Poln. Hofe nach Warſchau oder Dresden, wo derſelbe zu der Zeit ſich aufhalten möchte, zu appelliren. Jedoch müſſe erwähnter Nuncius nicht ſelbſt in der Sache cognosciren, ſondern einem von denen in Schleſien zu beſtellenden Synodalrichtern, wozu der Biſchof die geſchickteſten Geiſtlichen ſeiner Diöceſe zu choiſiren und dem Nuncio eine Liſte davon zuzufertigen hätte, committiren und ihn authoriſiren, die in den per appellationem an ihn devolvirten Sachen verhandelten Acta zu revidiren, und darin in der zweiten Inſtanz zu ſprechen, auf welche Weiſe es denn auch ebenmäßig in der dritten Inſtanz . . . gehalten werden ſolle u. ſ. w.“.

49) Dieſe nach dem Reſcr. des auswärt. Depart. und des Großkanzlers wegen Einrichtung der kath. geiſtl. Inſtanzen vom 15. Februar 1799 ſchon damals beabſichtigte neue Organiſation verzögerte ſich durch die derzeitige Vacanz des päbſtlichen Stuhles bis zum J. 1801, wo ſie durch das Reſcr. des auswärt. Depart. vom 16. Aug. publicirt wurde.

50) Reglem. vom 8. Auguſt 1750 §. 18.

51) Die hierauf bezügliche, m. W. erſt durch **Baumeiſter** a. a. O. S. 53. bekannt gewordene Cab.-Ordre vom 20. April 1754 (wie es ſcheint, an den Biſchof ſelbſt gerichtet) lautet: „Nachdem Wir die bisher von des Fürſtbiſchofs zu Breslau Lbd. und Ihrem unterhabenden Röm.-kath. Clero bei Uns angebrachten Beſchwerden über die angebliche Schmälerung der Ihnen zukommenden Jurisdiction nochmals genau examiniren . . . . laſſen, ſo haben Wir, zur Coupirung aller deshalb anjetzo oder künftig zu beſorgenden Zweifel den Ent-

Folge deſſen war ſeitdem das biſchöfliche Conſiſtorium zu Breslau wieder befugt, in Sponſalien- und Eheſachen zugleich über die bürgerlichen Wirkungen zu entſcheiden, und ſelbſt Eheſcheidungsſtrafen zu verfügen[52]), ohne daß deſſen Erkenntniſſe, wie es bei den von den Behörden des Erzbiſchofs von Prag und Biſchofs von Ollmütz erlaſſenen Urtheilen der Fall war[53]), auch nur einer Beſtätigung von Seiten der weltlichen Gerichte bedurft hätten. Bis auf die neueſte Zeit blieb eben ſo den geiſtlichen Behörden die Aufnahme von Teſtamenten der Geiſtlichen, die Regulirung und Verwaltung des geiſtlichen Nachlaſſes, und ſelbſt die Entſcheidung aller darüber entſtehenden Prozeſſe[54]), nicht minder die Jurisdiction in allen Perſonalſachen der Weltgeiſtlichen[55]), nur daß

ſchluß gefaßt, in dergleichen Vorfällen ein vor allemal das J. 1740 zum anno regulativo feſtzuſetzen, und declariren dannenher nochmals, daß hinführo bei vorkommenden Streitigkeiten von ſolcher Art dieſelben ſchlechterdings nach dem Zuſtande, wie es zu der Zeit unter ehemaliger Oeſterr. Regierung in Schleſien gehalten worden, geurtheilet und decidiret werden ſollen, allermaßen Wir Unſer durch den Breslauer Friedensſchluß übernommenes Engagement, wie in allen andern Stücken, alſo auch in dieſem Punct heilig zu erfüllen ohnveränderlich gemeint ſind, und Unſere Intention niemals dahin gegangen, demjenigen, wozu ein Biſchof zu Breslau und deſſen nachgeſetzte Cleriſey dazumal wirklich berechtigt geweſen, das geringſte zu entziehen. Dahingegen aber auch Wir in keiner Weiſe zugeben können, noch jemals bewilligen werden, daß ein Biſchof zu Breslau oder ſonſt der Röm.-kath. Clerus in Schleſien Uns an denen Prärogativen und Gerechtſamen, welche Uns als oberſten und ſouverainen Landesherrn daſelbſt competiren, und das Haus Oeſterreich in Schleſien beſtändig behauptet hat, einigen Eingriff thun, oder ſich ein mehreres Recht anmaßen mögen, als in deſſen ohnſtreitigem Beſitz und Genuß dieſelben zu Oeſterr. Zeiten wirklich geweſen ſind u. ſ. w.“.

52) Baumeiſter a. a. O. S. 54. und 57., Starke a. a. O. §. 138.

53) Worauf dieſe Abweichung beruht, da doch im Frieden der Status quo für ganz Schleſien und eben ſo für Glatz beſtätigt iſt, giebt Baumeiſter nicht an; vielleicht iſt es dadurch veranlaßt, daß die obige C.-O. nur des Biſchofs von Breslau erwähnt.

54) Ebend. S. 55. und Starke a. a. O. §. 137. z. E. u. §. 139.

55) Ebend. S. 50. 53. u. 58 – 61. — Auffallender Weiſe kommt dies forum privilegiatum nur den weltlichen Curatgeiſtlichen, dagegen weder den Domherren, noch den Regularen, noch den Weltgeiſtlichen ohne cura animarum zu, wozu in den betreffenden Preuß. Verordnungen

für dergleichen Prozeſſe den landesherrlichen Obergerichten, dieſen aber allein, nicht auch den Fürſtenthumsgerichten, das Recht electiver Concurrenz zuſtand, und das biſchöfliche Vicariat, da es in dieſer Beziehung mehr als ein weltliches, obſchon vom Biſchofe allein beſetztes Gericht behandelt wurde, ſowohl der Aufſicht jener landesherrlichen Behörden unterlag, als in dieſen für Beſchwerden und Appellationen die höhere Inſtanz anerkennen mußte[56]. Endlich erhielt ſich auch die aus der Oeſterreichiſchen Zeit herrührende Praxis, daß, obwohl dem Biſchofe eine eigent-

---

ſo wenig, als in der früheren Praxis zu Oeſterr. Zeit ein genügender Grund vorzuliegen ſcheint.

56) Die desfalſige Praxis iſt, obſchon nicht eigentlich um des bei der Erwerbung vorhandenen Status quo willen, auf Veranlaſſung eines von der Glogauer Oberamtsregierung erſtatteten Berichts durch ein Reſcr. des Juſtiz-Depart. vom 4. Septbr. 1777 förmlich anerkannt worden, welches zugleich zum Beleg der oben angedeuteten Stellung des Vicariats dient, und bei **Baumeiſter** a. a. O. S. 52. Note 9. ſo lautet: „Es iſt aus Eurem Bericht vom 30. Juni a. c. erſehen worden, was Ihr“ (auf Grund vornemlich des Notif.-Patents vom 15. Jan. 1742 §. 24.) „in Anſehung der Competenz des dortigen Vicariatamts in den weltlichen Sachen der kathol. Geiſtlichkeit für Bedenken gefunden. Nun iſt zu allen Zeiten und ſchon unter der Oeſterreichiſchen Regierung ungezweifelt geweſen, daß die kathol. Geiſtlichkeit in allen weltlichen Dingen unter der Landesherrſchaft ſteht, und hat auch dieſe daher um ſo weniger Urſache gehabt, darüber ſchwierig zu ſeyn, daß kathol. Weltgeiſtliche in personalibus bei dem Vicariatamte belanget worden, weil dieſes niemals die alleinige Abhängigkeit von den Königl. Gerichten in dieſem Punkte bezweifelt, die Appellationen an ſelbige gegangen, und wenn Beſchwerden eingelaufen, ſolche bei dieſen verantwortet werden müſſen. In dieſem Falle iſt daher das Vicariatamt als ein weltliches Gericht zu betrachten. Auf gleichen Fuß iſt es auch im Breslauer Departement gehalten worden, und werden ſich Fälle genug finden, wo Appellationen von dem General-Vicariatamte an ſelbiges devolviret ſind, wenn ſchon auch Fälle vorgekommen, daß Weltgeiſtliche ſogleich in der erſten Inſtanz bei der Regierung ſelbſt belangt ſind. — Bei dieſer Praxi, welche Unſern Gerechtſamen ganz unnachtheilig iſt, ſoll es auch fernerhin, bis Wir es anders anordnen laſſen, verbleiben, allermaßen, da es nicht um ein Religions-, ſondern ein bloß weltliches Geſchäft zu thun iſt, der friedensmäßige Status quo anhero nicht gehöret. Auch das Reſcr. vom 29. April 1773 betrifft nicht die Rechte des General-Vicariatamts, ſondern verordnet nur, daß, wie es die Landesverfaſſung in Schleſien mit ſich bringet, die Mediat-Fürſten und Standesherren in weltlichen Dingen keine Gerichtbarkeit über die kathol. Geiſtlichkeit haben, ſondern daß dieſe allein dem Landesherrn zuſtehe“. — Vgl. auch **Vater** a. a. O. §. 46.

liche Criminalgerichtbarkeit über die Geiſtlichen durchaus nicht gebührte, auch ſeitdem nie in Anſpruch genommen iſt, doch bei etwaniger Concurrenz kirchlicher und bürgerlicher Delicte die dem Biſchofe zuſtändige Unterſuchung und Beſtrafung der Amtsvergehen den Verhandlungen vor den weltlichen Gerichten jederzeit voranging [57]).

Je mehr aber für dieſen Theil der kirchlichen Verwaltung die Regierung den eigenthümlichen Grundſätzen der katholiſchen Kirche nachgab, und in weiterem Umfange, als in irgend einer der übrigen Provinzen, um nur den garantirten Beſitzſtand zu erhalten, die Autorität der geiſtlichen Behörden anerkannte, um ſo unverbrüchlicher hielt dieſelbe daran feſt, daß die kirchliche Geſetzgebung, wie es längſt in Schleſien hergebracht war, dem landesherrlichen Placet unterliege. Dadurch indeſſen, daß man in wichtigeren Angelegenheiten kirchlicher Art meiſt vorgängige Berathung und Vereinbarung mit den geiſtlichen Obern eintreten ließ [58]), in der Regel auch dieſe zu Erlaſſung der erforderlichen Verordnungen veranlaßte [59]), oder ihnen doch die Publication der landesherrlichen Edicte an die Geiſtlichen überließ [60]), ſuchte man auch hierin den hergebrachten Formen der kirchlichen Verwaltung zu genügen, und wußte ſo die Praxis in einer den Anſichten des Clerus möglichſt entſprechenden Weiſe zu mildern, die wohl geeignet war, etwanigen Conflicten der weltlichen und geiſtlichen Autorität vorzubeugen. Förmliche geſetzliche Anerkennung des landesherrlichen Placets ſchien daher auch nur für die päbſtlichen Breven, Bullen und Reſcripte nöthig, welche unter keinen Umſtänden, ſelbſt

---

57) Baumeiſter a. a. O. S. 57. u. Starke a. a. O. §. 188. z. E.

58) So iſt namentlich das Regl. für Entſcheidung der Gravamina vom 8. Auguſt 1750 aus Conferenzen zwiſchen den landesherrlichen Commiſſarien und dem Biſchofe nebſt Abgeordneten der Geiſtlichkeit hervorgegangen, und beruht nur rückſichtlich der den Evangeliſchen frei gegebnen Benutzung katholiſcher Kirchhöfe, in welche der Biſchof nicht willigen zu können meinte, auf einſeitiger Feſtſetzung der Regierung.

59) S. oben Note 9.

60) Dies gilt von den meiſten der vorſtehend angeführten Circularverfügungen und Kammerverordnungen.

nicht, wenn ſie nur Dispenſationen und Indulgenzen betrafen, ohne Genehmigung des Königs ſollten publicirt werden dürfen [61]).

Die wohlbegründeten Rechte der Staatsgewalt wahrzunehmen nicht minder bedacht, als jeder Einmiſchung des Clerus in das weltliche Regiment zu begegnen, und allen Misbräuchen der kirchlichen Verwaltung durch geeignete Controlle vorzubeugen, hat ſo die Preußiſche Regierung nicht bloß ihre Verpflichtung nie verkannt, ſondern es auch als ihre wichtigſte Aufgabe erachtet, die hergebrachte und ſeit mehr als einem Jahrhundert bewährte Verfaſſung der katholiſchen Kirche Schleſiens möglichſt zu erhalten; noch viel weniger hat dieſe, trotz dem, daß den Evangeliſchen völlige Religionsfreiheit und unbeſchränkte, politiſche wie bürgerliche, Parität gewährt wurde, auch nur entfernt ſo durchgreifende, oder gar gewaltſame Reformen erfahren, als zu derſelben Zeit in den Oeſterreichiſchen Erblanden Kaiſer Joſeph durchzuführen unternahm.

61) Vgl. Verordn. vom 27. März 1765, welche vom General-Vicariat durch ein beſonderes Circular vom 17. Juni allen Erzprieſtern, Pfarrern, Curaten u. ſ. w. zur Befolgung communicirt worden iſt.

Drittes Kapitel.

Weſtpreußen und Polen.

§. 1.

Vereinigung Weſtpreußens mit Polen.

Das große Polenreich, durch Schleſiens Verluſt, die Unabhängigkeit der Pommerſchen Fürſtenthümer und die Eroberungen des Deutſchen Ordens nicht minder geſchwächt, als durch innere Streitigkeiten des Piaſtiſchen Fürſtenhauſes, hatte ſich zu Ende des vierzehnten Jahrhunderts, als mit der Hand Hedwig's, der jüngeren Tochter Ludwigs von Ungarn und Enkelinn Caſimirs des Großen, Herzog Jagello von Litthauen die Pol-
1386 niſche Königskrone gewann, zu neuem Anſehn erhoben, dieſes auch ſeit Einführung des Chriſtenthums in Litthauen und förmlicher Vereinigung beider Reiche mehr und mehr ſich befeſtigt, trotz dem, daß die Eiferſucht der Litthauer, welche unter der Oberhoheit Polens anfangs ihre eignen Herzöge behielten, oft genug zu offner Fehde führte [1]. Noch entſchiednere Uebermacht, Gefahr drohend für alle Nachbarreiche, gewann das neue Königsgeſchlecht der Jagelloniden, ſeit König Caſimir III. den Deutſchen Orden zu den ſchimpflichen Bedingungen des Thorner Friedens vom J. 1466 gezwungen hatte, der Pomerellen, einen großen Theil von Pomeſanien, das Culmer Land und das Gebiet des Ermländiſchen Biſthums mit Polen vereinigte, und den Orden zugleich der Polniſchen Oberhoheit unterwarf [2].

Dieſes neu gewonnene Gebiet, durch den Namen Königlich- oder Polniſch-Preußen ſeitdem von den Ordensbeſitzungen unter-

---

1) Vgl. Lengnich historia Polona pag. 25 ſq. Nach dem Tode Hedwigs ward auf dem Reichstage zu Wilna im J. 1401 die Vereinigung Litthauens mit Polen feierlich beſtätigt.

2) S. oben Buch I. Kap. 2. §. 4.

ſchieden, dem Polenreiche völlig zu incorporiren, und nach deſſen Vorbilde, mit willkürlicher Hintanſetzung aller Tractate und Privilegien, die kirchliche und politiſche Verfaſſung des Landes umzugeſtalten, welches, urſprünglich nur durch gleiche Unterwerfung unter die königliche Gewalt mit Polen verbunden, zu einer bloßen Provinz deſſelben werden ſollte [3]), gelang zwar den Königen, wenn ſchon nur allmählich, vollſtändig genug. Aber mit dem eignen Anſehn büßte die Krone die Verletzung der wohlbegründeten Rechte ihrer neuen Unterthanen. Die Streitigkeiten mit den Preußiſchen Ständen ſchwächten nicht bloß nach außen hin die Macht Polens, ſondern gaben auch dem Reichstage, ohnedies ſchon durch das ſeit der Zeit Jagello's behauptete Wahlrecht von überwiegendem Einfluſſe, noch mehr Anlaß, die innere Landesverwaltung von ſeinen Beſchlüſſen abhängig, und unmittelbare Theilnahme an der Regierung geltend zu machen. Das politiſche Partheiweſen, welches zuletzt die Gewalt des Königs faſt vernichtete, und alle rechtliche Ordnung zerſtörte, gewann dabei durch die kirchlichen Differenzen neue Nahrung. Die Städte, wo die Reformation leicht Eingang und Beſtand gewann, ſtanden nicht bloß in religiöſer Hinſicht dem Adel gegenüber, auch von den Reichs- und Landtagen ſuchte und wußte dieſer ihre Abgeordneten auszuſchließen; je mehr aber die ſchwachen Ueberreſte deutſcher Nationalität und ſelbſtſtändigen Bürgerthums, welche hier ſich erhalten hatten, unterdrückt wurden, in um ſo unbedingtere Abhängigkeit vom Adel gerieth, jedes andern Rückhalts beraubt, die königliche Gewalt. Der Sieg, welcher König Sigismund Auguſt auf dem berühmten Lubliner Reichstage zu Theil ward, und 1569

---

3) Zur Beſchönigung dieſes rechtswidrigen, freilich von dem Preußiſchen Adel ſelbſt unterſtützten, Benehmens diente beſonders die Unterwerfungsurkunde der Preußiſchen Stände vom J. 1454 (ſ. Cod. dipl. Pol. T. IV. p. 149.), worin ſie zwar alle ihre Rechte ſich vorbehalten, aber den König als unicus, iustus et legitimus dominus et heres, ſich ſelbſt als fideles et subiecti, quemadmodum ceteri regni incolae bezeichnet, und das Land nicht bloß in omnium privilegiorum, libertatum et praerogativarum regni Poloniae usum et participationem, ſondern auch in ius, sortem, proprietatem et titulum coronae Poloniae übergeben hatten.

durch förmliche Incorporation Preußens die Einheit des Reichs und deſſen Macht ſichern ſollte, kam weder dem Königthum, noch dem Lande zu Gute. Aeußerlich mit Polen verſchmolzen, und gleich Litthauen zu einer bloßen Provinz erniedrigt, blieb Preußen durch das Andenken an die wider Recht entzogenen Privilegien innerlich gleichwohl den Polniſchen Intereſſen entfremdet. Dabei führte das mit Ausſterben der Jagelloniden eintretende Syſtem willkürlich zwiſchen Fremden und Einheimiſchen wechſelnder Königswahlen nach und nach in den Wahlcapitulationen zu einer Uebermacht des Reichstages, welcher gegenüber ſelbſt nicht in ruhigen Zeiten, und wenn nur durch Rückſichten auf des Landes Wohl deſſen Berathungen und Beſchlüſſe wären geleitet worden, das königliche Anſehn ſich zu behaupten vermocht hätte. Die gewaltſame Reaction aber gegen die evangeliſche und griechiſche Kirche, deren Mitgliedern der Genuß politiſcher Rechte und freie Religionsübung verweigert, kaum bürgerliche Rechtsfähigkeit gewährt wurde, ſtörte den inneren Frieden des Landes, und rief das Unweſen der Conföderationen hervor, welche, anfangs nur zum Schutz gegen eigenmächtige Verletzung wohlerworbener Rechte dienend, bald dem Ehrgeize der Partheien ein bequemes Mittel wurden, um ihren eigennützigen und ungeſetzlichen Beſtrebungen, neben dem Scheine rechtlicher Form, Nachdruck und Gelingen zu ſichern, und welche mehr noch, als der Mißbrauch des freien Veto, zu völliger Auflöſung aller politiſchen Ordnung führen mußten. Im Innern zerriſſen, nach Außen ſchwach, von der Berufung fremder Fürſten eben ſo vergeblich die Herſtellung des königlichen Anſehns hoffend, als unfähig, durch eine Reaction aus den unteren Kreiſen des Bürgerthums und Bauernſtandes die Willkür und Uebermacht des mit der Hierarchie eng verbundenen Adels zu zügeln, zu ohnmächtig, um entſcheidend und nachwirkend in die allgemeinen politiſchen Angelegenheiten einzugreifen, und zu duldender Reſignation nicht geneigt, war Polen bald den Nachbarreichen Preis gegeben, denen die von den kirchlichen und politiſchen Wirren drohende Gefahr nicht unerwünſchten Anlaß zur Einmiſchung in die Angelegenheiten des Landes gab, und erſt die Schwächung, zuletzt die Theilung des Reichs das einzige

zige Mittel ſchien, um rechtliche Ordnung zurückzuführen und das eigne Beſitzthum ſicher zu ſtellen.

Nach mehr als dreihundertjähriger Trennung ward das weſtliche Preußen, inzwiſchen auch ſeiner Verfaſſung und theilweiſe ſelbſt ſeiner Bevölkerung nach Polniſch geworden, mit dem alten Beſitzthume des Deutſchen Ordens und dem Pommerlande wieder vereinigt, zugleich ein großer Theil Polniſcher und Litthauiſcher Provinzen dem Preußiſchen Scepter unterworfen. Für die letzteren in kirchlicher, wie politiſcher Hinſicht von neuem Recht und Ordnung feſt zu begründen, war um ſo ſchwieriger, als der bisherige Zuſtand, völlig verſchieden von den Einrichtungen in den übrigen Theilen der Monarchie, nicht einmal in dem Städteweſen ein Vermittelungsglied zwiſchen der fremden Nationalität und deutſcher Rechtsverfaſſung darbot, obenein das katholiſche Kirchenthum, neben welchem nur in ſchwachen Ueberreſten, und in einem Zuſtande entſchiedener Unterdrückung ſich das Bekenntniß der evangeliſchen Lehre behauptet hatte, mit der des Fortbeſtandes ſo unwerthen, als unfähigen Verfaſſung des Polniſchen Reichs im engſten Zuſammenhange ſtand. Leichter gelang die Reorganiſation jener Preußiſchen Gebiete, wo in den Städten und ſelbſt unter der Bevölkerung des flachen Landes deutſches Weſen und evangeliſche Lehre erhalten, der katholiſchen Hierarchie, gegenüber der Polniſchen Reichsverfaſſung, eine gewiſſe Selbſtſtändigkeit und Abgeſchloſſenheit geblieben, das Polniſche Recht noch nicht völlig in das öffentliche und bürgerliche Leben eingedrungen war. Wie aber die Geſchichte dieſer Weſtpreußiſchen Gebiete, durch den Kampf zur Behauptung der althergebrachten Verfaſſung gegen die aufgedrungenen Einrichtungen Polens und durch die nie mit vollſtändigem Erfolge gekrönten Verſuche zu gänzlicher Unterdrückung des evangeliſchen Bekenntniſſes, die jener Polniſchen Lande an Intereſſe überwiegt, ohne gleichwohl zu richtiger Auffaſſung mehr, als eine beiläufige Erwähnung der kirchlichen und politiſchen Organiſation des eigentlichen Polens zu erfordern, ſo iſt auch der Zuſtand, welcher nach dem Erwerbe Weſtpreußens durch die Preußiſche Geſetzgebung in kirchlicher Hinſicht ſich entwickelte, das Vorbild für die Einrichtungen, welche in den eigentlich polniſchen Lan-

destheilen weniger ins Leben traten, als geſetzliche Sanction erhielten. Vollends darf für die jetzige Zeit, da das eigentliche Polen nur zu einem kleinen Theile unter Preußiſche Herrſchaft zurückgekehrt iſt, die kirchliche Organiſation Weſtpreußens für die religiöſen Verhältniſſe dieſer Provinzen der öſtlichen Monarchie als Grundlage angeſehen werden, und um ſo eher den Mittelpunkt der folgenden Darſtellung bilden.

§. 2.

Politiſche und kirchliche Verfaſſung Preußens in den erſten Zeiten Polniſcher Hoheit.

In dem Incorporationsprivilegium vom J. 1454 hatte König Caſimir den vom Deutſchen Orden abgefallenen Ständen Preußens die Fortdauer der bisherigen Verfaſſung und eine ſelbſtſtändige Verwaltung des Landes zugeſichert [1]), der Thorner Friede dieſe bloße unio subiectionis beſtätigt. An der Spitze der Landesangelegenheiten blieb daher wie zur Ordenszeit das, nicht dem Könige allein, ſondern zugleich dem Lande eidlich verpflichtete **Consilium Prussicum**, beſtehend aus dem Biſchofe von Ermland, welcher ſeit dem J. 1513 den Vorſitz, und davon ſpäter den Titel eines praeses provinciae führte, dem Culmer Biſchofe, den Palatinen oder Woiwoden, ſo wie den Caſtellanen von Culm, Elbing und Danzig, den Culmer, Marienburger und Pommerſchen Unterkämmerern, und den Abgeordneten der ſ. g. drei großen

1) ... Praelatorum spiritualium et secularium, heißt es in dieſer im Cod. dipl. cit. p. 145. befindlichen Urkunde, militarium, civium etc. ... spontaneam deditionem, regimen, tutelam, gubernationem, subiectionem, obedientiam ... acceptamus, terrasque et dominia regno Poloniae redintegrámus, reunimus, invisceramus et incorporamus ... Promittentes insuper, quod praefatos praelatos etc. etc. in iuribus, libertatibus, litteris, privilegiis, immunitatibus eorum ... conservabimus ... Item ... dignitates et officia, ... castra et tenuta ... nulli extraneo aut forensi, sed proprio indigenae iuxta observantiam illarum terrarum conferemus. Item omnes causas notabiles dictas terras concernentes cum communi consiliariorum spiritualium et secularium, nobilium et civitatum maiorum consilio tractabimus, etc. etc.

Städte Thorn, Elbing und Danzig [2]). Ihm zur Seite bildeten
der Adel und die kleineren Städte die ſ. g. Unterſtände, welche,
urſprünglich nur in wichtigeren Fällen berufen, bald es durch-
ſetzten, daß alle Landesſachen gemeinſchaftlich auf den, ſeit Sigis-
mund's I. Zeit regelmäßig zweimal im Jahre gehaltenen, Landta- 1506 bis
gen verhandelt werden mußten [3]). An den Reichsangelegenheiten 1540
nahmen die Preußiſchen Stände keinen Theil; aus Beſorgniß,
dem Reichstage Anlaß zur Einmiſchung in die Verwaltung Preu-
ßens zu geben, verhandelten ſie mit dem Könige allein alle Landes-
beſchwerden und ſonſtige Landesſachen, und nur bei Königswahlen
wurden die Reichstage durch Abgeordnete aus der Mitte des Lan-
desraths beſchickt, die aber ohne wirkliche Theilnahme an den
Verhandlungen im Namen Preußens der Wahl bloß beizuſtim-
men vorzogen [4]). Unverändert blieb auch anfangs die geſammte
übrige bürgerliche und kirchliche Rechtsverfaſſung. Um ſo mehr
ſuchten die Polniſchen Könige, um ihre Autorität zu befeſtigen und
auf die Landesangelegenheiten entſchiednern Einfluß zu gewinnen,
die Beſetzung des Landesraths von ihrer Entſchließung abhängig
zu machen. In Betreff der adligen weltlichen Mitglieder, welche
eigentlich von den Ständen gewählt, vom Könige nur beſtätigt
wurden, gelang es, ein ähnliches Nominationsrecht zu gewin-
nen [5]), wie für die Polniſchen Palatinate und die ſonſtigen Pro-
vincialgewalten. Wichtiger aber noch ſchien es, die Ernennung
der beiden Landesbiſchöfe, denen der Beſitz landeshoheitlicher Rech-
te und die Leitung des Landesraths einen, das königliche Anſehn faſt

2) Ueber deſſen Entſtehung aus dem früheren Landesrath und deſſen viel-
fach wechſelnde Zuſammenſetzung vgl. Lengnich über den Preuß.
Landesrath §. 1—22. vor Bd. VI. ſeiner Geſch. d. Pr. Lande K. Poln.
Antheils. Danzig 1722 flg. Beſonders hervorgehoben zu werden
verdient, daß anfangs, aber vergeblich, auch der Biſchof von Cu-
javien Theilnahme in Anſpruch nahm, und die beiden Aebte von Pelp-
lin und Oliva nur bis zu Anfang des 16ten Jahrh. actives Stimm-
recht behaupteten.

3) S. Lengnich von d. Pr. Regiments-Verf. unter K. Poln. Regie-
rung nach d. Grundgeſetzen (ebend. Bd. I.) §. 26 flg. und deſſen: Heu-
tiger Zuſtand der Pr. Regim.-Verf. (ebend. Bd. V.) §. 26.

4) Lengnich's Regim.-Verf. nach d. Grundgeſ. §. 12 flg. u. 38 flg.

5) Ebendaſ. §. 21. und deſſen Zuſtand der Pr. Reg.-Verf. §. 13.

gefährdenden Einfluß ſicherte, in die Hände des Königs zu legen, und gerade dies war der Punkt, wo die erſten und nicht erfolgloſen Verſuche gemacht wurden, die Preußiſche Verfaſſung nach der des Königreichs umzugeſtalten.

Reich dotirt durch Grundbeſitz, Zehntrechte und andere Revenuen, hatten gleichwohl die Polniſchen Biſchöfe nicht vermocht, Landeshoheit über die Beſitzungen der Kirche zu gewinnen, nicht einmal ſo ausgedehnte regaliſche Rechte, wie die Brandenburgiſchen Prälaten, erworben. Zwar beſaß der Biſchof von Plock ſeit längerer Zeit die Herrſchaft Pultusk, das Bisthum Cracau ſeit dem J. 1443 das ehemals Schleſiſche Herzogthum Sewerien mit landesherrlichen Rechten, und dem Erzbiſchofe von Gneſen gehörte das Herzogthum Lowicz [6]; allein wie das letztere immer landſäſſig geweſen zu ſein ſcheint, und ſeinem geiſtlichen Beſitzer nicht viel mehr, als den Titel und die äußeren Zeichen fürſtlicher Würde gewährte, ſo wirkte auch dort der Erwerb unmittelbarer Gebiete auf die Stellung der Prälaten als ſolcher nicht zurück [7]. Nach wie vor blieb die Landſäſſigkeit der Biſchöfe wie der geſammten Welt- und Regular-Geiſtlichkeit unbeſtrittener Grundſatz des öffentlichen Rechts Polens.

Eigentliche Steuerpflicht hat zwar, den Immunitätsprivilegien des canoniſchen Rechts gemäß, der Polniſche Clerus nie anerkennen wollen; um ſo weniger, als ſchon ſeit dem Ende des vierzehnten Jahrhunderts der Adel von der Grundſteuer eximirt war, und ſpäter ſogar von der, zur Anerkennung der Oberhoheit des

---

6) Hartknoch de republ. Pol. Lib. II. c. 3. p. 466. 472. 475., Zalaszowski ius regni Polon. Lib. I. tit. 25., Büſching's Erdbeſchr. Th. 2. S. 193. u. 223.

7) Vgl. Hartknoch l. l. p. 462—472., wo ausdrücklich bemerkt wird, daß der Erzbiſchof von Gneſen zwar den Namen eines Regni Poloniae primas primusque princeps geführt, und neben andern Ehrenrechten auch einen förmlichen Hofſtaat gehabt, aber den Titel Celsissimus nur von Privaten, nicht von der Regierung erhalten, auch das ihm im J. 1332 verliehene Münzregal nie geübt habe. Die officiellen Curialien der Biſchöfe waren für die beiden Erzbiſchöfe Reverendissimus in Christo pater, für den Biſchof von Cracau admodum reverendus, für die übrigen, welche von Privaten illustrissimus et reverendissimus erhielten, nur reverendus ſchlechthin.

Königs auf ihre Hufen übernommenen feſten Abgabe allmählich Befreiung zu erlangen wußte [8]). Die Unterthanen der geiſtlichen Güter zahlten aber nicht bloß, gleich denen der königlichen Güter, die in ſpäteren Zeiten neu eingeführte Abgabe der ſ. g. Rauchfangsgelder [9]); als Regel galt es auch ſchon von alter Zeit, daß, ſo oft auf die Gutsunterthanen des Königs und des Adels eine Steuer ausgeſchrieben würde, dieſe eben ſo von den Hinterſaſſen der Geiſtlichkeit gezahlt werden müſſe [10]). Selbſt von den Beneficial-Gütern und Einkünften mußte der geſammte Clerus in Fällen der Noth, namentlich in Kriegszeiten, Beiſteuern bewilligen, und ſo unzweifelhaft war ſchon zu Anfang des ſechszehnten Jahrhunderts dies Herkommen, daß König Sigismund bei Ausſchreibung
einer Kriegsſteuer die geiſtlichen Würdenträger wie die niedrigſten 1520
Kirchendiener in Anſatz brachte, und bald darauf zum Behuf der
Repartition eine allgemeine Taxation aller geiſtlichen Güter von 1527
dem Clerus bewilligt wurde [11]). Aehnlich wie in andern Ländern ſind dieſe extraordinären Steuern ſpäter in eine regelmäßige Abgabe verwandelt worden, die zwar den Namen eines subsidii charitativi fortführte, aber auf ſo unbeſtrittenem Rechte der Re-

---

8) Vgl. Lengnich ius publ. Pol. Lib. IV. c. 11. §. 1., Hartknoch de republ. Polon. Lib. II. c. 2. p. 374. u. Commune incl. Pol. regni privil. fol. 40.

9) Nach Lengnich l. l. §. 10. iſt dieſe Abgabe, welche ſpäter nur als Steuerſimplum behandelt wurde, im J. 1629 zuerſt erhoben worden.

10) Ecclesiasticus ordo, ſagt Cromer in ſeiner Polonia p. 185., una cum bonis et hominibus suis inde ab initio militiae et tributorum publicorum immunitatem habet in Polonia; verum ipse oppidanos et agrestes suos tributis, quae ceteris imperantur, ultro reipublicae gratia subiecit. Nunc iam pro lege habetur, ut quoties regis et equitum subditis tributum imperatur, nec hi exsortes sint. Pensitant ipsi etiam nonnumquam sacerdotes cum Episcopis rogati, urgente necessitate, de suis sacerdotiis certam redituum suorum portionem, quam contributionem appellant. Auch fügt Zalaszowski l. l. tit. 31. §. 4. bei Erwähnung eines bei dem Römiſchen Hofe geſtellten Antrags, die Annatengelder der Krone zu überlaſſen, oder dieſer doch die Erhebung einer gleichen Summe bei allen Proviſionen zu geſtatten, hinzu, daß die Gewährung dieſes Vorrechts beſonders wünſchenswerth ſei ad sublevandos subditos, qui in beneficiis ecclesiasticis sub continuis contributionibus gemunt.

11) Vgl. Prilusii leges et stat. regni Polon. Lib. VI. c. 4. fol. 950., Hartknoch l. l. p. 384. u. Lengnich l. l. Lib. IV. c. 11. §. 8.

gierung beruhte, daß, als in neuerer Zeit der Adel ſich von ſeinen Gütern zu der bleibenden Abgabe der offiaria verſtand, auch die Geiſtlichkeit dieſelbe auf ihre Beſitzungen, noch dazu mit doppelt ſo hohem Anſatze, übernehmen mußte, und daneben jenes subsidium fortzahlte [12]. Eben ſo wenig war die Geiſtlichkeit von der Kriegspflicht befreit, vielmehr mußte ſie von allen Erbgütern und allen neu erworbenen adligen Gütern ihre Mannſchaft zum Heere ſtellen [13]; auch ſcheinen, ähnlich wie in Schleſien, die Klöſter zur Erhaltung des Kriegsvolks zu beſtimmten Abgaben und Penſionen verpflichtet geweſen zu ſein [14].

Der weltlichen Gerichtbarkeit war die Geiſtlichkeit Polens in weiterem Umfange unterworfen, als ſonſt irgend wo zu jener Zeit. Alle Streitigkeiten über die im Beſitze von Kirchen und Geiſtlichen befindlichen adligen Güter gehörten allein vor die gewöhnlichen Landgerichte [15]; auch galt in Civilſachen der Geiſtlichkeit nicht die ausſchließliche Competenz der geiſtlichen Behörden, vielmehr waren dieſe, wenn auch nicht den weltlichen Gerichten erſter Inſtanz zugewieſen, ſondern dem Tribunale vorbehalten, doch vor letzterem einer beſondern gemiſchten Commiſſion überwieſen, in welcher ſämmtliche weltliche Beiſitzer, aber bloß ſechs geiſtliche Beiſitzer des Tribunals

---

12) S. Holſche Geogr. u. Statiſt. von Weſt-, Süd- und Neu-Oſt-Preußen Th. 1. S. 157. 246. u. 318. Für Polen betrug das subsidium der Geiſtlichkeit 600,000, für Litthauen 100,000 Gulden.

13) Hartknoch l. l. c. 8. p. 812.

14) Dahin ſcheinen wenigſtens die Worte bei Cromer l. l. p. 102. zu deuten: non ita pridem abbates et praepositi monasteriorum certas pensiones, quae stationes vulgo dicuntur, regi denuo pensitare coeperunt.

15) Hartknoch l. l. p. 706. gründet dies auf eine Verordn. K. Alexander's vom J. 1505.: Spirituales pro bonis sive iniuriis honorum iuri communi subiectorum iure terrestri experiantur; doch war es ſicher altes, durch dies Geſetz neu beſtätigtes Herkommen. Wenigſtens äußert ſich And. Lipski a Lipe decas quaestionum publicarum regni. Poſen 1626. Qu. 4. de foro spirit. §. 6., obwohl mißbilligend, dahin: Apud nos in Regno ecclesiasticos ex recepta potius quadam inveterataque consuetudine, quam ex iuris praescripto aut necessitate, in omnibus iam passim actionibus realibus forum et iurisdictionem secularem sortiri, praxis continua docet. Vgl. auch Karnkowski Const. synod. metrop. ecclesiae Gnesn. Crac. 1579. Lib. II. tit. de foro compet.

Sitz und Stimme hatten [16]). Selbſt in Zehntſachen war die Competenz der weltlichen Gerichte, anfangs, wie es ſcheint, nur für Streitigkeiten über Geld- und Sackzehnten, ſpäter allgemein anerkannt [17]); und wenn für die ſonſtigen geiſtlichen Sachen, auch ſolche, die nicht rein-kirchlicher Natur waren, dem canoniſchen Rechte gemäß die Jurisdiction den biſchöflichen Conſiſtorien blieb, dieſen ſelbſt in Teſtamentsſachen, dafern es ſich entweder um Legate zu frommen Zwecken handelte, oder das Teſtament nicht vor einem weltlichen Gerichte aufgeſetzt war, die Entſcheidung gebührte [18]), ſo war doch für alle Prozeſſe über Kirchengüter und Einkünfte, und bei allen an geiſtlichen Perſonen oder Sachen begangenen Delicten die Jurisdiction dem, aus einer gleichen Zahl geiſtlicher und weltlicher Mitglieder gebildeten, ſ. g. iudicium

---

16) Ein Zeugniß, daß die Gerichte erſter Inſtanz competent geweſen, habe ich nicht gefunden; vielmehr äußert ſich Hartknoch l. l. p. 767., nachdem er bemerkt: Iudicia spiritualium sunt duplicia, alia compositi iudicii, alia mixti fori, nur dahin: pertinent huc causae mere terrestres iuri et iurisdictioni terrestri subiectae, rationeque bonorum et iniuriarum terrestrium, si inter litigantes sive ab utrimque sive ab alterutra parte sit clericus, und Lengnich (Geſch. Preuß. Th. 3. S. 291.) bemerkt ganz allgemein, es habe auch in Preußen für die Streitigkeiten zwiſchen Geiſtlichen und Weltlichen ein mit Beiſitzern beiderlei Standes beſetztes Tribunal errichtet werden ſollen. Weder wird übrigens in Cromeri Polonia p. 151., noch in den Polniſchen Synodalſtatuten, welche, wie z. B. Syn. Posnan. A. 1642 tit. de foro und Syn. Gnesn. Petric. A. 1542, die causae ad forum et iudicium ecclesiasticum pertinentes aufzählen, der Civilſachen des Clerus Erwähnung gethan, und nur dort zum Schluſſe bemerkt: Clericis pro iniuriis suis in utroque foro vel spirituali vel seculari, utrum eorum maluerint, agere licebit, ohne daß indeß erhellte, ob dieſe elective Concurrenz beider Arten von Gerichten auch Seitens der Regierung anerkannt worden ſei, oder wirklich in der Praxis gegolten habe.

17) In den Synodalſtatuten (ſ. vor. Note und Conc. Petric. A. 1621) werden zwar die causae decimarum als mere spirituales mit aufgeführt; allein Zalaszowski l. l. Lib. III. P. 2. tit. 17. p. 709. ſagt unter Bezugnahme auf eine Conſtitution vom J. 1635 (ibid. p. 699.), daß de decimis compositis, d. h. über die ſtatt des Naturalzehnten, wie in Preußen und Polen der Regel nach, zu zahlenden Geld- oder Kornabgaben, die Jurisdiction der weltlichen Gerichte begründet ſei, und ganz allgemein erkennt dieſe Lipski l. l. qu. 3. §. 4. an, obwohl er die Rechtmäßigkeit der desfalſigen Statuten beſtreitet.

18) Vgl. Zalaszowski l. l. Lib. II. tit. 18. p. 287., welcher ein darauf bezügliches Statut K. Sigismund's v. J. 1543 mittheilt. Uebrigens wird in den Synodalſtatuten ganz allgemein für Teſtam.-Sachen eine elective Concurrenz beider Gerichte in Anſpruch genommen.

compoſitum des Tribunals überwieſen, ſelbſt hierin alſo nicht die ausſchließliche Competenz der Geiſtlichkeit anerkannt [19].

Bei weitem am wichtigſten für die Landesunterthänigkeit des Clerus und der Kirche war aber das von den Königen, als Patronen aller Bisthümer und Stifter, von alter Zeit her geübte [20]), und ſelbſt vom Römiſchen Stuhle anerkannte [21]) Nominationsrecht, kraft deſſen ſie, ohne auch nur die Form einer Scheinwahl beizubehalten, oder dem Prinzipe nach ein bloßes Confirmationsrecht anzuſprechen, alle Bisthümer, Abteien und ſonſtige Prälaturen nach freiem Belieben beſetzten, und dadurch die Kirchenobern in entſchiedener Abhängigkeit von der Krone erhielten [22]).

---

19) Vgl. Karnkowski Const. cit., wo die causae decimarum, beneficiales, matrimoniales, censuum perpetuorum, fundorum in dotem ecclesiarum et sacerdotiorum assignatorum, ratione delicti in ecclesiasticas personas et res ecclesiasticas commissi, ja ſogar ratione contractus vel obligationis in iudicio ecclesiastico factae, zu den causae mere spirituales geſtellt werden, mit Hartknoch l. l. p. 767., welcher ausdrücklich in Betreff des iudicii compositi ſagt: Pertinent eo causae omnes, quae ad fundos et proventus ecclesiasticos pertinent, item ad ecclesias, conventus, monasteria et capitula, item ratione iniuriarum excessuumque personis locisque religiosis illatarum.

20) Wie alt dies Nominationsrecht iſt, erhellt aus einem Schreiben Paſchalis II. († 1118), worin darüber geklagt wird, daß in Polen die Verſetzung der Biſchöfe nutu regis geſchehe.

21) Zalaszowski l. l. T. I. p. 910. erwähnt ein Privil. Sixtus IV. v. J. 1482, worin dieſer dem König Caſimir und ſeinen Nachfolgern das ius praesentandi ad maiores post pontificales dignitates in Gnesnensi, Cracoviensi, Posnaniensi ecclesiis cathedralibus zugeſtanden habe; deſſen Nachfolger Innocenz VIII. (1484—92) aber hat nach Iura capit. Varm. §. 22. das Nominationsrecht auch für die Biſchofsſitze von Gneſen, Cracau, Poſen, Plock, Wladislav und Ermland anerkannt.

22) Unumwunden erkennt Cromer l. l. p. 142. dies Nominationsrecht, von welchem nur theilweiſe die Ciſterzienſer Abteien eximirt waren, mit den Worten an: Episcopi ex praescripto canonum a collegiis primariorum sacerdotum, quae capitula cathedralium ecclesiarum vulgo nominant, legebantur; nunc princeps, umbratili quadam electione illis relicta, aut ne relicta quidem, solus arbitratu suo edit Episcopum, et Pontifici Maximo commendat. . . . . Abbatum et praepositorum eligendorum ius collegia monachorum hactenus retinuere, sed iam vix retinent, ab Episcopis primum, deinde a Regibus etiam violatum etc. König Johann III. mußte im J. 1673 in ſeinem Wahlvertrage ausdrücklich verſprechen: quod iura patronatus regia in episcopatus, abbatias et omnia beneficia ecclesiastica manu-

Neben der geiſtlichen Gewalt und dem Reichthume der Kirche war es daher nur die mit den biſchöflichen Aemtern verbundene Senatorenwürde, welche den Polniſchen Prälaten politiſchen Einfluß ſicherte. Von jeher bedeutend, ſteigerte ſich dieſer immer mehr zu unmittelbarer und umfaſſender Theilnahme an der Landesverwaltung, ſeit alle Biſchöfe auch Mitglieder des **Consilium perpetuum** waren, welches, aus dem Senate gebildet, am königlichen Hofe reſidirte[23]), der Erzbiſchof von Gneſen dagegen als **Primas regni** und **Princeps senatus** das Recht der Zwiſchenregierung, ſo wie die Berufung der Wahlreichstage an ſich gebracht hatte[24]).

Bei ſolcher Verfaſſung der Polniſchen Kirche war in Preußen den Königen eben ſowohl die landesherrliche Gewalt der beiden Biſchöfe, welche ihnen bei der Einverleibung des Landes war beſtätigt worden, als das Wahlrecht der Kapitel ein Anſtoß, welches, in Ermland ſtets behauptet, auch in Culm wieder Bedeutung zu gewinnen drohte, ſeit mit der Losſagung vom Orden auf Grund der Thorner Friedensbedingungen[25]) das Domkapitel die Ordensregel abgelegt hatte, und mit weltgeiſtlichen Domherren beſetzt war. Das königliche Nominationsrecht durchzuſetzen, gelang auch wirklich in Culm. Von jeher hatte man dies Biſthum als Polniſches betrachtet; die im Thorner Frieden erfolgte Unterwer-

---

tenere, et contra omnes, qui sine nominatione regia ausi fuerint intrudere, oppositionem defendere velit. Vgl. auch Hartknoch l. l. p. 392 seq.

23) Lengnich's heut. Regim.-Verf. §. 12., u. deſſen ius publ. Prussiae Polonae. Danzig 1758. §. 9., vgl. mit Hartknoch l. l. p. 699. und Chwalkowski Lib. I. c. 8. p. 179.

24) Cromeri Polonia p. 106. und 113., Zalaszowski l. l. tit. 16. p. 545. Dies ius interregni hat ſich aber, abgeſehen von Wahlausſchreibung, nie auf Preußen erſtreckt. Lengnich heut. Reg.-Verf. §. 91.

25) Episcopatus, heißt es im Friedensinſtrument, et ecclesia Culmensis ad ecclesiam Gnesnensem redeat, et amodo et deinceps praefatae Gnesnensi et Polonicae ecclesiae in omnibus sit obediens et subiecta, de regulari in secularem favore et auctoritate S. Pontificis transferenda . . ., quae etiam cum omni dioecesi et omnibus castris etc. . . . sub Regum et Regni Poloniae consistet perpetua ditione, patrocinio et defensa.

fung unter die Metropolitangewalt von Gneſen, welche die Culmer Biſchöfe zuletzt, da alle Verſuche, gleich Ermland ein Exemtionsprivilegium zu gewinnen, erfolglos blieben, anerkennen mußten [26]), gab zu völliger Gleichſtellung mit dem Cujaviſchen Bisthume [27]) einen neuen Vorwand. Gleich nach dem Anfalle an Polen entzog man daher dem Kapitel die freie Wahl, und ſchon im ſechszehnten Jahrhundert war hier die Nomination der Biſchöfe ſo unbeſtritten, daß der Landesrath keinen Anſtoß daran nahm, wenn die Biſchöfe in den auf die Landesprivilegien auszuſtellenden Reverſalien ſelbſt ihre Würde als **per nominationem regiae maiestatis** gewonnen bezeichneten [28]), und daß das Kapitel nicht einmal während des Interregni ſein canoniſches Wahlrecht zu üben wagte [29]). Nur darin erhielt ſich ein Unterſchied von den Polniſchen Stiftern, daß die Domherren, welche das ihnen eigentlich mit dem Biſchofe gemeinſchaftlich zuſtehende Cooptationsrecht nur dem Namen nach behaupteten, nicht vom Könige, wie in Polen, ſondern durch die Biſchöfe ernannt wurden [30]), welche, dem Könige

---

26) Vgl. Lengnich vom Pr. Landesrath §. 24., Jacobson de font. iur. eccl. Bor. p. 62—64. Erſt die im J. 1566 erfolgte Reformation und Seculariſation des Erzbisthums Riga, deſſen Metropolitangewalt über Culm unter König Sigismund Auguſt im J. 1558 nochmals anerkannt wurde, überwies die Culmer Kirche für immer der Gneſener Provinz.

27) Ueber ſeine bedeutenden Beſitzungen in Pomerellen hat der Biſchof von Leslau nie landesherrliche Rechte genoſſen. Vgl. Cromeri Polonia p. 196. und Lengnich von dem Preuß. Landesrath §. 14.

28) Lengnich Preuß. Geſch. Bd. VI. Doc. No. 55. S. 154., wo der Ermländiſche Biſchof als per nominationem S. R. Mai. et electionem capituli, der Culmer nur als per nominationem berufen bezeichnet wird. — Auch in den Abteien von Oliva und Pelplin beanſpruchte der König ein Nominationsrecht; doch erhielt ſich hier, nur daß Königliche Confirmation nöthig war, das Wahlrecht des Convents. Lengnich ius publ. Pruss. Pol. §. 78.

29) Nach Sigismund's Auguſt Tode bat das Kapitel den Landesrath um Nomination eines Biſchofs, die jedoch König Heinrich als Eingriff in die Rechte der Krone nicht gelten ließ. (Lengnich's Preuß. Geſch. Bd. III. S. 27 flg. 97. u. 111.)

30) Vgl. Cromeri Polonia p. 199 seq. mit Hartknoch l. l. p. 396. — Nach der Abtretung Preußens an Polen beſtand anfangs das Kapitel nur aus vier Canonicaten, die ſpäter wieder bis auf neun, außer den beiden Prälaturen des Archidiacons und Dechanten, vermehrt wurden. Vgl. Büſching's Erdbeſchr. Th. 2. S. 77.

durch ihre eigne Ernennung verpflichtet, und meiſt Polen von Geburt[31]), nicht bloß hierbei gern den Weiſungen der Regierung folgten, ſondern auch die Bemühungen der Polniſchen Könige um Vernichtung der Landesverfaſſung eifrigſt unterſtützten. So blieb von der früheren Landeshoheit und Unabhängigkeit zuletzt dem Bisthume nichts, als das unbedeutende Vorrecht, daß Ritterſchaft und Städte des Stifts nicht auf den allgemeinen Landtagen erſchienen, ſondern eigne Convente hielten, und die von jenen bewilligten Steuern im biſchöflichen Territorio nicht von dem Landesſchatzmeiſter erhoben wurden; ſonſt galt durchaus Polniſches Recht und Polniſche Verfaſſung[32]).

Glücklicher in Behauptung ihrer landesfürſtlichen Gewalt waren anfangs die Biſchöfe von Ermland, welche zwar auch im Thorner Frieden die Polniſche Schutzhoheit[33]) hatten anerkennen müſſen, denen aber ihr Einfluß als Präſidenten des Landtages und ihre kirchliche Exemtion[34]) es möglich machten, die auch hier verſuchte Einführung des Polniſchen Rechts zu verhindern[35]). Mußte gleich ſpäterhin, wie im Herzogthume Preußen, eine ober-

---

31) Im Laufe des 17. Jahrhund. waren von 29 Preußiſchen Biſchöfen nur fünf Eingeborne des Landes. Lengnich heut. Reg.-Verf. §. 15.

32) Vgl. Lengnich a. a. O. §. 26. und 64., deſſen ius publ. Pr. Pol. §. 97. und v. Baczko's Geſch. Preußens Th. 4. S. 17.

33) Varmiensis ecclesia et eius Pontifex cum suo capitulo Varmiensi ex nunc et de cetero ... in nostra et successorum nostrorum ... ditione, subiectione et protectione consistent.

34) Anfangs ſcheinen die Gneſener Prälaten auch über Ermland Metropolitanrechte angeſprochen zu haben, wie z. B. noch die Petrikauer Synode vom J. 1544 dem dortigen Biſchofe, gleich dem von Culm, bei Strafe den Beſuch der Prov.-Synoden anbefahl; ſpäter iſt die Exemtion nicht mehr beſtritten, ſogar bei jedem Beſuche der Provincial-Synoden durch beſondere Reverſe garantirt worden. (Lengnich von d. Preuß. Landesrath §. 23.) Der Beſchluß einer Gneſener Synode vom J. 1621, daß Ermland ſich, quamvis non iure subiectionis, sed iure electionis an die Gneſener Provinz für immer anſchließen ſolle, blieb ohne Folge.

35) Bis zur Vereinigung mit der Preußiſchen Monarchie galt in Ermland (ſ. flg. Note) neben dem Magdeburger und Lübiſchen Rechte die ſ. g. Braunsberger Recenſion des Culmer Rechts oder das Ius Culmense correctum, herausg. von Thoma de Thomasettis. Braunsb. 1711; auch übte der Biſchof mit dem Kapitel und ſeinen Ständen unbeſtritten die Geſetzgebung. Das wichtigſte Landesgeſetz ſind die Constitutiones Mauritii oder die Landesordnung vom J. 1526. (beigedruckt dem Ius Culm. cit. p. 109 seq.)

ſte Gerichtbarkeit des Königs, nicht minder die Verpflichtung zu Kriegsdienſten und Steuern anerkannt werden[36]), ſo blieb doch im übrigen die Landesverfaſſung[37]), namentlich auch die von alter Zeit dem Kapitel in einem Drittel des Landes zuſtändige hoheitliche Gewalt und deſſen Recht zur Mitregierung[38]), längere Zeit unverändert. Allein die eigentliche Stütze der Unabhängigkeit, die alte Wahlfreiheit des Stifts, ſchon zur Ordenszeit vielfach angefochten, ging auch hier bald verloren, und obſchon ein förmliches Nominationsrecht zu erwerben nie gelang, ſo ward doch die Wahl zu leerer Form, welche der willkürlichen Vergebung des Biſthums zuletzt kaum noch ein Hinderniß entgegenſtellte.

Bald nach dem Thorner Frieden verſuchte König Caſimir bei des Biſchofs Paul von Lehndorf Tode auf die Anerkennung der Polniſchen Oberhoheit ein Ernennungsrecht zu gründen, und dem Culmer Biſchofe Vincentius Kielbaſſa, welchem der Friede ſchon den lebenslänglichen Beſitz des Biſthums Pomeſanien geſichert hatte, auch noch den Ermländer Biſchofsſitz zu verſchaffen[39]). Die ſtandhafte Weigerung des Kapitels, die von ihm getroffene Wahl des Nicolaus von Tungen aufzugeben, nöthigte zwar den König, in einem zu Petrikau am 15. Juli 1479 geſchloſſenen Vergleiche das Wahlrecht des Stifts anzuer-

---

36) Die Provocation an den König, ſo wie die Beſchwerdeführung bei dieſem wegen Rechtsverweigerung oder Verzögerung hat der Vergleich vom 15. Juli 1512 für alle weltliche Sachen ausdrücklich, nur mit dem Vorbehalte anerkannt: observato prius ordine provocationis in causis civitatensibus ad ius Culmense, Lubicense, Magdeburgense etc., quibus gaudent, in quibus eis non praeiudicabitur.

37) Vgl. Cromeri Polonia p. 197. u. 204., Zalaszowski l. l. Lib. I. tit. 26. und Hartknoch de republ. Pol. p. 475., mit v. Baczko's Verfaſſ. des Biſth. Ermland, in Beiträgen zur Kunde Preuß. Bd. 3. Nr. 21. S. 361 flg. — Auf Veranlaſſung von Eingriffen des Landtages in die biſchöflichen Gerechtſame beſtätigte K. Sigismund III. im J. 1624, freilich in ſehr unbeſtimmten und allgemeinen Ausdrücken, alle Privilegien des Stifts von neuem. (Lengnich Geſch. Preuß. Bd. V. No. 28. S. 78.)

38) S. oben Buch I. Kap. 2. §. 4.

39) v. Baczko's Geſch. Preuß. Th. 4. S. 26 flg. und Lengnich a. a. O. §. 13., vgl. mit Hartknoch de republ. vet. Prus. §. 17. und Voigt's Preuß. Geſch. Th. 5. S. 235. Note 1.

kennen, und ſich mit der Zuſicherung zu begnügen, es würden immer nur dem Könige angenehme Perſonen erwählt werden [40]. Die erneute Anerkennung der Polniſchen Könige als Schutzherren der Ermländer Kirche [41], und die Abrede, daß, um die Vereinigung Ermlands mit Polen ſicher zu ſtellen, jeder neue Biſchof fortan mit allen Domherren und ſämmtlichen Unterthanen des Stifts zur eidlichen Huldigung verpflichtet ſein ſolle, ließen indeſſen neue Anfechtungen des Wahlrechts fürchten, und ſchon nach Nicolaus Tode brach der Streit wieder aus, als der König unter dem Vorwande, daß ihm Niemand als ſein natürlicher Sohn Friedrich genehm ſei, deſſen Wahl anbefahl [42]. Zwar ſetzte das Kapitel auch diesmal noch die Beſtätigung ſeiner auf Lucas von Weſſelrodt gefallenen Wahl durch; allein da der Römiſche Stuhl die Confirmation jenes Vergleichs vom J. 1479 verweigerte, ſo ſah Weſſelrodt's Nachfolger Fabian zu neuen Verhandlungen ſich bewogen, die mit größeren, und der Wahlfreiheit höchſt präjudicirlichen Zugeſtändniſſen endeten. Der Vergleich vom 7. Dezember 1512 [43]) ließ äußerlich dem Kapitel das hergebrachte canoniſche Wahlrecht; von der bevorſtehenden Wahl ſollte aber jederzeit dem Könige Anzeige geſchehen, unter Benennung und näherer Bezeichnung aller Prälaten und ſonſtigen Mitglieder des Kapitels, damit aus dieſen der König vier ihm genehme Perſonen als Wahlcandidaten bezeichne, die getroffene

---

40) Abgedruckt iſt dieſer Vergleich im Cod. dipl. Pol. T. IV. p. 182., in Prilusii leges s. statuta ac privil. regni Pol. Lib. V. c. 3. fol. 754. und im Commune incliti Pol. regni privileg. fol. 159. — Die betreffende Clauſel lautet: . . . obligamus Nos et successores nostros cum capitulo ecclesiae nostrae, quod in futuris electionibus . . . seu postulationibus episcoporum ecclesiae Varmiensis capitulares eidem Regiae Maiestati et suis successoribus personam gratam eligere tenebuntur.

41) Dominum Regem Poloniae et successores, heißt es im Vergleiche, cum capitulo ecclesiae ... recognoscimus esse dominum et protectorem ecclesiae nostrae cum castris, civitatibus etc.

42) Vgl. Beiträge zur Kunde Pr. S. 366.

43) Abgedruckt in Iura municipalia terrarum Prussiae. Danzig 1578. Nr. 7. und in Iura Varm. capit. cit. App. Nr. 30., wo auch sub Nr. 6. die im J. 1513 ergangene Beſtätigungsurkunde P. Leo's X. mitgetheilt wird.

Wahl auch dem Könige angezeigt, und durch dieſen die päbſtliche Beſtätigung eingeholt werden [44]); und nicht einmal dies beſchränkte Wahlrecht blieb dem Kapitel ungeſchmälert. Unter dem Vorwande, daß die Ernennung der Landesräthe, und eben ſo der Mitglieder des Polniſchen Senats, welchem ſeit dem Lubliner Decrete die Preußiſchen Biſchöfe gleichzeitig angehörten, von der Regierung ausgehen müſſe, trafen die Könige die Candidaten-Auswahl ſo, daß das Kapitel, ohne das eigne und des Landes Intereſſe zu gefährden, keinem andern, als dem von der Regierung gewünſchten Candidaten die Wahlſtimmen zuwenden konnte [45]); geradezu ward auch wohl derjenige namentlich bezeichnet, auf den nach des Königs Wunſche die Wahl fallen ſolle [46]). Oft wurden

---

44) Die über die Wahl, unter ſonſtiger Beſtätigung des älteren Vergleichs, getroffenen Beſtimmungen lauten im Weſentlichen: Cum contigerit vacare ecclesiam Varmiensem, praelati et canonici eiusdem ecclesiae tempestive et ante electionem novi episcopi mittere tenebuntur de gremio sui nuntios ad Nos . ., et significare obitum sui episcopi, et diem electioni novi pastoris praefinitum. Et praeterea dicere tenebuntur nomina omnium praelatorum et canonicorum . . . praesentium et absentium, ac declarare pro eorum iudicio fideliter ac veraciter vitam, mores, dignitatem, genus et omnem conditionem status uniuscuiusque . . . . Ex quibus . . Nos quatuor pro arbitrio nostro nominabimus, non alios tamen, quam qui sint veri terrarum Prussiae indigenae; ac per specialem nuntium nostrum seu litteras clausas significabimus ipsi capitulo, quos iudicaverimus ad illius culmen dignitatis et locum in consilio nostro magis idoneos et Nobis gratos. Ipsi vero praelati et canonici unum ex illis quatuor, quem voluerint aut iudicaverint meliorem et utiliorem, eligere in episcopum tenebuntur, et . . . . intimare debebunt Nobis . . . novum electum, et cum eo supplicare, ut illum Nostris litteris Sedi Apostolicae commendemus, ut electionem de eo factam cum gratia confirmare dignetur. Qua quidem confirmatione et provisione secuta, idem electus . . . praestabit Nobis et successoribus nostris iuramentum etc.

45) Schon zu Anfang des 17. Jahrhunderts klagte nach Lengnich's Preuß. Geſch. Bd. 5. S. 7. das Kapitel über dieſen Mißbrauch.

46) Dieſe Deſignation des eigentlichen Candidaten bezeichnet Lengnich ius publ. §. 19. als allgemein üblich, und theilt im App. sub B. p. 140. ein Schreiben Königs Auguſt vom J. 1722 mit, worin das Kapitel respectibus regiis geradezu verpflichtet wird, ut vota et suffragia sua in personam Rever. Chr. Szembeck, usibus ecclesiae et reipublicae magis opportunam, conferant eundemque postulent, welcher denn auch nach dem Präſentationsſchreiben des Kapitels nullo alio tractatu praecedente divina inspiratione erwählt wurde. (Vgl. auch Iura capit. Varm. cit. App. Nr. 31.). — Bei der Ernennung

Candidaten in Vorſchlag gebracht, die nicht einmal, wie der Vergleich von J. 1512 es forderte, dem Kapitel angehörten, oder die nur bis nach erfolgter Wahl ein Canonicat ſich reſigniren ließen[47]), ohne daß die Beſchwerden des Kapitels, um ſo begründeter, als vom J. 1589 bis zum J. 1679 kein einziger Biſchof aus deſſen Mitte ernannt wurde, mehr als eine reſervatoriſche Zuſicherung zur Folge gehabt hätten[48]). Eben ſo wenig kam das damals von neuem ertheilte Verſprechen[49]) zur Ausführung, daß den alten Landesprivilegien gemäß nur eingeborne Preußen zu dieſer höchſten kirchlichen und politiſchen Stelle erhoben werden ſollten, indem häufig Polen und andere Fremde in Folge des päbſtlichen Proviſionsrechts die Domherrenſtellen erhielten[50]), und dann vorzugsweiſe von den Königen bei neuen Wahlen in Vorſchlag gebracht wurden.

---

des Biſchofs Petrus Tilicki geſchah in der Beſtätigungsbulle nicht einmal der Wahl Erwähnung; doch wirkte das Kapitel im J. 1601 ein Breve Clemens VIII. aus, dahin lautend, daß dies ſeinem Wahlrechte nicht präjudiciren ſolle (Iura cit. App. Nr. 10.), und ſeitdem iſt auch in den Confirmationsbullen immer die Wahl oder Poſtulation erwähnt worden (Ibid. Nr. 11. A. u. Nr. 28. 29. 32.).

47) Vgl. Lengnich ius publ. cit. §. 19. u. deſſen heut. Regim.-Verf. §. 14.

48) Mit dieſer mußte ſich z. B. das Kapitel begnügen, als im J. 1584 König Stephan den Andr. Bathori zum Coadjutor ernannte, eben ſo, als im J. 1621 König Sigismund ſeinem neunjährigen Sohne Johann Albert das Bisthum verlieh (Iura capit. cit. Nr. 11. B. u. C.).

49) S. oben Note 44. Nur falls der König einen ſeiner Söhne oder Brüder für die Biſchofswürde deſigniren würde, hatte der Vergleich vom J. 1512 eine Ausnahme geſtattet. Wie wenig dies aber beachtet wurde, ergiebt ſich ſchon daraus, daß, als der Landtag im J. 1699 den Biſchöfen die eidliche Verſicherung, nur Eingeborene mit Canonicaten zu providiren, auferlegte (ein Beſchluß, der übrigens nie Geſetzeskraft erhalten hat), ausdrücklich der Zuſatz gemacht wurde, es ſollten die Biſchöfe dazu verpflichtet ſein, sive indigenae sive regnicolae fuerint. (Vgl. Lengnich ius publ. cit. App. Nr. E. p. 245.).

50) Lengnich heut. Regim.-Verf. §. 75. und Preuß. Geſch. Bd. 2. S. 38. Daher verſprachen auch ſowohl König Michael, als Johann Sobieski in der Confirm. iur. gener. nur: ne ullus natione et origine extraneus, praeterquam regni et terrarum Prussiae aliarumque regionum regno iunctarum terrigena, ad ecclesiae Varm. canonicatus admittatur. (Vgl. Lengnich ius publ. cit. §. 106.).

So war, namentlich auch durch einſeitige Ernennung von Coadjutoren[51]), die Beſetzung des Biſthums Ermland zuletzt ganz in den Händen der Könige[52]), und nothwendig mußte dieſe Veränderung in der kirchlichen Verfaſſung mehr und mehr die Landeshoheit des Stifts zu einem bloßen leeren Scheine machen, ſo daß nicht einmal mehr der Titel eines Fürſten dem Biſchofe von Seiten der Polniſchen Krone gewährt wurde[53]). Je ſichrer die Könige aber auf die Ergebenheit ihrer zur höchſten Würde erhobenen Diener rechnen durften, um ſo leichter mußte es ihnen werden, die alten Landeseinrichtungen allmählich nach den Formen der Polniſchen Reichsverfaſſung umzubilden. Die völlige Incorporation der Preußiſchen Lande, wie ſehr immer gewünſcht und vorbereitet[54]), möchte indeß noch länger ſich verzögert, und größere Schwierigkeiten gefunden haben, wenn nicht gleichzeitig der, zwar langſame, aber doch Gefahr drohende, Fortgang der Reformation zu entſchiednerer Einmiſchung in die Landesverwaltung vielfachen Anlaß, und zu der Behauptung einen ſcheinbaren Vorwand gegeben hätte, daß die Erhaltung der katholiſchen Lehre nur von der Befeſtigung der königlichen Gewalt in Preußen und der völligen Verſchmelzung beider Länder zu hoffen ſei.

§. 3.

51) Schon Sigismund I. wählte dieſen Ausweg, indem er den Biſchof von Culm zum Coadjutor durch den Biſchof annehmen ließ, und dem Kapitel ſpäter nur der Form wegen den Wahlact geſtatten wollte, bis er endlich zwar einen Candidaten benannte, jedoch mit der Erklärung: non dubitamus, sicuti ex litteris vestris cognovimus, vos perstituros in sententia vestra, quam antehac de persona Episcopi Culmensis in defuncti Episcopi vestri locum sufficienda declarastis. (Iura capit. Varm. cit. Nr. 11. D. und Nr. 12.).

52) Mit dürren Worten erklärt daher auch Zalaszowski bei Erwähnung des Vergleichs vom J. 1512; sed in praxi non est.

53) Lengnich vom Preuß. Landesrath §. 23. bemerkt, es ſei von Seiten der königlichen Canzlei der Titel Celsissimus Princeps, wahrſcheinlich auch, weil man mit der Verbindung mit dem Reiche zugleich die Reichsfürſtenwürde als erloſchen betrachtete, niemals den Ermländiſchen Biſchöfen gegeben worden, welche übrigens ihrerſeits den Titel eines Reichsfürſten fortführten.

54) Schon im J. 1529 gab König Sigismund I., um die Wahl ſeines Sohnes durchzuſetzen, dem Reichstage die Verſicherung, Preußen völlig einverleiben zu wollen. Vgl. Lengnich's Reg.-Verf. nach den Grundgeſ. §. 41.

§. 3.

Verbreitung der evangeliſchen Lehre in Weſtpreußen und Polen.

Die erſten Verſuche zur Einführung der Reformation, welche durch die weitverbreiteten und lebhaften Handelsverbindungen der großen Preußiſchen Städte bald auch innerhalb des Polniſchen Reichs Eingang gefunden hatte, waren von geringem Erfolge. Wenig half zwar das Strafedict, welches König Sigismund ſchon im J. 1520 gegen die Einführung lutheriſcher Schriften ergehen ließ[1]. Bei der großen Selbſtſtändigkeit, welche Danzig ſeit der Einverleibung Pomerellens durch ausgedehnte Privilegien zu Theil geworden war, und dem Rathe namentlich das Recht gewährte, alle bürgerliche und geiſtliche Aemter ohne Zuſtimmung oder ſonſtige Mitwirkung der Regierung zu beſetzen[2], konnte der König es nicht hindern, daß, nachdem ſchon ſeit einigen Jahren einzelne Geiſtliche ungeſtört die Lehre Luthers verkündet hatten, im J. 1524 auf Antrag der Bürgerſchaft mehrere Kirchen mit evangeliſchen Predigern beſetzt, die Klöſter theils eingezogen, theils auf bloße Privat-Religionsübung beſchränkt, und 1525
einzelne katholiſche Ceremonien abgeſtellt wurden[3]. Immer zahlreichere Anhänger fand auch in den übrigen großen Städten, namentlich in Elbing, das Lutherthum, und ſelbſt in Braunsberg, der Reſidenz der Ermländiſchen Biſchöfe, zeigten ſich zu deſſen Gunſten ähnliche Bewegungen[4]. Allein geſchreckt durch die Folgen der in den Nachbarländern von ihren Amtsgenoſſen geübten Nachſicht, widerſetzten ſich die Biſchöfe mit allen ihnen zu Gebote ſtehenden Mitteln der Befeſtigung der neuen Lehre[5]; eif-

---

1) Die Schickſale der Poln. Diſſidenten. Hamb. 1768 flg. Th. 1. S. 401.

2) Vgl. Löſchin Geſch. Danzigs von der älteſten bis zur neueſten Zeit. Danzig 1828. Th. 1. S. 78 flg.

3) Hartknoch's Preuß. Kirchenhiſt. Bd. 3. S. 656. und Löſchin a. a. O. S. 169 flg.

4) Schickſale d. Poln. Diſſid. Th. 1. S. 469., und Jacobſon Geſch. der Quell. des evangeliſchen Kirchenrechts der Prov. Preußen und Poſen. S. 224. und 228.

5) Der Biſchof von Ermland, Mauritius Ferber, erließ bald nach ſeiner Wahl am 20. Januar 1524 ein ſcharfes Mandat gegen die

rigſte Unterſtützung gewährte ihnen der König, während bei dem Adel Preußens wie Polens die Reformation zu dieſer Zeit noch zu wenig Anklang gefunden hatte, als daß die Städte, deren politiſche Erniedrigung ſchon damals die Eiferſucht des Adels wünſchte, bei der neuen Lehre ſich zu behaupten vermocht hätten. Bereits im J. 1526 gelang es dem Biſchofe von Cujavien, in Danzig den katholiſchen Cultus wiederherzuſtellen[6]; und während im Herzogthume Preußen die Reformation mit raſchen Schritten ihrer Vollendung entgegenging, ſahen in Polniſch-Preußen, und mehr noch in Polen, die Anhänger Luthers, wenn ſchon trotz jener Vorgänge hie und da der Verſuch mit Berufung evangeliſcher Lehrer erneut wurde[7], ſich für längere Zeit auf ſtille Uebung ihrer Religion und heimlichen Beſuch der evangeliſchen Kirchen des Nachbarlandes beſchränkt.

Inzwiſchen aber mehrte ſich auch unter dem Adel die Zahl der Evangeliſchen, und ſelbſt im Senate gewann die Reformation Anhänger und Vertreter[8]. Durch Anſetzung lutheriſch geſinnter Schullehrer wußten die Stadträthe die Erhaltung und Verbreitung des evangeliſchen Bekenntniſſes zu fördern, welches ſeit dem auf Betrieb des Clerus erlaſſenen und mehrfach erneuten Verbote des Beſuchs ausländiſcher Univerſitäten, insbeſondre Königsbergs und Wittenbergs[9], gefährdet war. In der Stille billigten und begünſtigten ſogar einzelne Biſchöfe, wie Tidemann Giſe von Culm, Johann Drojowski von Cujavien, Johann a Curiis von Ermland, die Lehren der Reformatoren[10],

Anhänger Luthers, welchen zwei Jahre ſpäter die Landesordnung das Land zu räumen befahl. (Jacobſon a. a. O. S. 224.). Im J. 1526 ergingen auch auf Betrieb des Clerus die ſtrengen Edicte des Herzogs von Maſovien, über deren Vollſtreckung ſpäter ſo viel Streit zwiſchen den Diſſidenten Polens war.

6) Ebend. S. 440 flg. und Löſchin a. a. O. S. 185.

7) So im J. 1530 in Thorn, im J. 1538 in Culm und Graudenz, wenige Jahre darauf auch wieder in Danzig. Vgl. Jacobſon a. a. O. S. 237. u. 241.

8) Stan. Lubienecii historia reform. Polon. Freiſtadt 1685. Lib. I. cap. 5. p. 84 seq. Vergl. auch Hartknoch de republ. Polon. p 344 seq.

9) Lengnich Geſch. Pr. Th. 1. S. 206.

10) Schickſ. d. Poln. Diſſid. S. 480. 502. 525. 536., Stolterfoth

und mit dem Tode Königs Sigismund im J. 1548 eröffneten ſich bei den wohlwollenderen Geſinnungen ſeines Sohnes und Nachfolgers Sigismund Auguſt günſtigere Ausſichten. Wenig wagten daher die großen Städte Preußens, als ſie ſeit dem J. 1550, ohne indeß den katholiſchen Cultus zu beſchränken oder gar zu verbieten, wieder evangeliſche Geiſtliche zu berufen anfingen. Die allgemeine Mißbilligung, welche auf den Preußiſchen Landtagen und dem Reichstage zu Petrikau vom J. 1552 über das willkürliche und gewaltſame Verfahren des Clerus gegen die Evangeliſchen laut wurde, und die Biſchöfe zu dem Verſprechen bewog, binnen Jahresfriſt der Religion halber ihre Jurisdiction wenigſtens gegen den Adel nicht üben zu wollen[11]), gab zu entſchiednerem Auftreten Muth; ſelbſt die günſtige Wendung, welche in Deutſchland die Sache der Evangeliſchen durch den Augsburger Religionsfrieden genommen hatte, ſcheint auf die Preußiſchen Lande zurückgewirkt zu haben[12]). Schon im J. 1556 trugen auf dem Reichstage zu Warſchau die evangeliſchen Landboten und die Preußiſchen Städte auf Genehmigung der bisherigen Religionsneuerungen an, und weit entfernt, ſich entmuthigen zu laſſen durch die Weigerung des Reichstages, welcher zwar dem Adel geſtatten wollte, „nach ſeinem Gewiſſen zu leben", von den Städten dagegen verlangte, daß ſie den alten Satzungen und Ge-

---

Geſch. u. Staatsverfaſſ. von Polniſch-Preußen. Danzig 1764. S. 99., v. Frieſe Kirchengeſch. d. Königr. Polen. Th. 2. S. 59.

11) Lengnich Geſch. Preuß. Bd. 2. S. 108. 124. 134 flg. u. Schickſ. d. Poln. Diſſid. Th. 1. S. 540.

12) Wie wenig auch die Preußiſchen Stände zu ihrem Schaden ſich als Reichsangehörige betrachten mochten, ſo lag es doch nahe, wo es ihnen zum Vortheile gereichte, ſich auf die, nur factiſch aufgehobene, Verbindung mit dem Reiche zu berufen. Daß dies aber hinſichtlich der Religionsirrungen wirklich geſchehen, darauf deutet die Zuſicherung, welche Sigismund Auguſt im J. 1568 der Stadt Elbing auf ihre Beſchwerden über den Ermländiſchen Biſchof dahin ertheilte, er ſei nicht geſonnen, „den Biſchöfen die Macht zu geben, in den königlichen Städten und Gütern die Leute des Glaubens wegen zu ängſten oder zu zwingen, vielmehr ſolle der Religionsfriede, ſo im Römiſchen Reiche aufgerichtet, und von der Krone Polen beliebet worden, in ſämmtlichen königlichen Landen beobachtet werden". Vgl. Lengnich a. a. O. Bd. 2. S. 378. und Stolterfoth a. a. O. S. 135.

bräuchen gemäß ſich verhalten ſollten, ſchloſſen die Evangeliſchen in
Preußen, im Vertrauen auf den an den Pabſt gerichteten Antrag
des Königs zu Freigebung der deutſchen Meſſe, der Prieſterehe
und der Abendmahlsfeier unter beiderlei Geſtalt [13]), eine förm=
liche Einigung zu vollſtändiger Einführung der Reformation [14]).

Wie heftig auch die Prälaten dagegen eiferten, an ihrer
Spitze Stanislaus Hoſius, welcher ſeit dem J. 1549 Bi=
ſchof von Culm, zwei Jahre ſpäter mit dem Ermländer Biſthume
das Präſidium im Landesrathe gewann, und als Lohn ſeines Ei=
fers für die katholiſche Lehre bald nachher die Würde eines Rö=
miſchen Cardinals erhielt, ſo geſtattete doch König Sigismund
Auguſt ſchon im J. 1557 durch eine Urkunde vom 4. Juli, das
älteſte aller Preußiſchen Religionsprivilegien [15]), der Stadt
Danzig für ſämmtliche Kirchen die Feier des Abendmahls unter
beiderlei Geſtalt, und ſicherte ihr gegen geiſtliche wie weltliche An=
fechtung ſeinen Schutz zu. Noch in demſelben Jahre erhielt
Thorn ein ähnliches Privilegium [16]), und ſchon im folgenden
1558 wußte ſelbſt Elbing, die Abweſenheit des Cardinals Hoſius
zum Tridentiner Concile benutzend, den freien evangeliſchen Got=
tesdienſt für Eine der Kirchen durch urkundliche, ſpäter erneute
1567 Zuſicherung zu erlangen, auch des biſchöflichen Widerſpruchs unge=
achtet zu behaupten [17]). Dem Beiſpiele aber der großen Städte,

---

13) S. Jacobſon a. a. O. S. 265.

14) Lengnich a. a. O. S. 156 flg., Stolterfoth a. a. O. S. 125., Curicken's Beſchreibung der Stadt Danzig. Amſterdam 1688. Bd. IV. Kap. 5. S. 300 flg.

15) Lengnich a. a. O. Doc. No. 22. S. 43. — Ueber die ſpäteren Beſtätigungen des Privilegii ſ. Jacobſon a. a. O. S. 237.

16) Vgl. Schickſ. d. Poln. Diſſid. S. 580., Hartknoch Preuß. Kirchenhiſt. Bd. IV. S. 863. und 875 flg., Lengnich's Nachr. von der Relig.=Veränderung in Preußen (vor Band IV. ſeiner Geſch.) §. 20. — Liberam praedicationem et publicationem verbi divini per concionatores eorum, modo sint docti et in sacris exercitati, heißt es wegen des Gottesdienſtes in dem betr. Privilegium, während das Danziger auf liberam administrationem et liberum usum coenae dominicae, sub utraque specie in ecclesiis quibusvis omnibus hominibus utriusque sexus et cuiuscunque conditionis . . . celebrandae lautet.

17) Vgl. Hartknoch a. a. O. S. 980 flg. und 1001 flg., Schickſ. der

in welchen bald nur noch in den Klöſtern ein Ueberreſt des katholiſchen Cultus ſich erhielt, folgten die kleineren Städte, denen ähnliche Privilegien (ſo Culm im J. 1558, Marienburg und Graudenz im J. 1569, Mewe und Stuhm im J. 1570) die Errichtung von Schulen, die Berufung lutheriſcher Geiſtlichen, und unter ausdrücklicher Erwähnung der Augsburgiſchen Confeſſion die ungehinderte Uebung des evangeliſchen Cultus garantirten[18]. An vielen Orten des flachen Landes wurde von den adligen Gutsherren, die weniger als die Stadträthe das Einſchreiten der biſchöflichen oder königlichen Behörden zu fürchten hatten, und beſonderer Zuſicherung nicht einmal zu bedürfen glaubten, die lutheriſche Lehre eingeführt; eben ſo in den ſ. g. Werdern, wo ſeit dem J. 1560 die Zahl der evangeliſchen Gemeinden ſich dergeſtalt mehrte, daß ſchon im J. 1569 der König dem Marienburger Werder ein eignes Religionsprivilegium zu geben ſich veranlaßt ſah[19]. Nur in Ermland gelang es, insbeſondere durch die

Poln. Diſſid. Th. 1. S. 585. 600. und Th. 2. S. 108. — Erſt nach des Königs Tode iſt auch die von Hoſius den Jeſuiten übergebene Pfarrkirche reformirt worden.

18) Ebend. Th. 1. S. 628. und Th. 2. S. 117 flg. Hartknoch a. a. O. Kap. 2. S. 1055 flg. Kap. 3. S. 1083. — Das Marienburger Privilegium vom 14. April 1569, mit deſſen Juhalt und Faſſung nach Lengnich a. a. O. §. 20. die übrigen meiſt übereinſtimmen, lautet im Weſentlichen dahin: . . . Concedimus senatui et universae communitati . . . ., libera cum potestate scholae idoneos praeficiendi praeceptores, libera cum praedicatione evangelii, . . . liberam quoque facultatem sacramentum baptismatis in templo parochiali, et sacramentum altaris in aede D. Georgii extra moenia, pro more hactenus observato sine labe haereseos cuiuscunque, ritibus et ceremoniis decentibus, secundum formam et praescriptum Aug. Conf. tractandi et participandi, contra cuiuscunque spiritualis aut secularis dignitatis et conditionis impeditionem. Permittimus insuper eidem senatui libertatem, concionatores ad ministerium eiusmodi convenientes, homines doctos, pios ac in vera religionis doctrina iuxta Aug. Conf. sine omni haereseos crimine puros et sinceros libere vocandi.

19) Vgl. Abr. Hartwich's geogr.-hiſt. Landesbeſchreib. derer dreyen im Pohlniſchen Preußen liegenden Werdern. Königsb. 1723. Bd. II. Kap. 7—11. und Jacobſon a. a. O. S. 229. — Das Relig.-Privil. vom 27. April 1569 (bei Hartwich a. a. O. Kap. 1. §. 11. und Frieſe a. a. O. Th. 2. S. 137.) geſtattete den Aelteſten und Geſchwornen die Predigt des Evangelii und die Adminiſtration der Sacramente „ſammt den gewöhnlichen Ceremoniis, wie es bishero

Bemühungen der Jeſuiten, welche Cardinal Hoſius im J. 1565 ins Land rief und dem Collegium Hosianum in Braunsberg vorſetzte, alsbald wieder die evangeliſche Religionsübung gänzlich zu unterdrücken, ſo daß hier, wie in den biſchöflichen Orten des Culmer Landes, den Lutheranern bis auf die neueſte Zeit herab ſogar Duldung und Hausandacht verſagt war [20]).

Nicht minder glücklichen Fortgang hatte das Evangelium in Polen und Litthauen, wo die Städte zwar bei ihrer Abhängigkeit vom Könige oder den geiſtlichen Herren nur einen unſichern Haltpunkt für die neue Lehre darboten, von den adligen Grundherren aber durch Beſetzung der ihrem Patronate unterworfenen Pfarrſtellen eine große Zahl evangeliſcher, namentlich reformirter und Mähriſcher Brüder-Gemeinden gegründet wurden [21]). Schon im J. 1563 mußte König Sigismund August auf dem Reichstage zu Wilna die Fähigkeit der Akatholiken zu Aemtern und Würden anerkennen [22]), und ſelbſt die Biſchöfe verſtanden ſich nicht bloß dazu, dem Adel die Haltung evangeliſcher Hauscapläne zu bewilligen, ſondern konnten auch den Reichsſchluß nicht verhindern, welcher den evangeliſchen Geiſtlichen gleiche Freiheit und Sicherheit, wie den katholiſchen zuſicherte [23]). In Gemeinſchaft mit den Böhmiſchen Brüdern legten die Reformirten ſchon

---

gehalten, ohne einige Ketzerey, nach Form und Weyſe der Augspurgiſchen Confeſſion", und zwar „in ihren gewöhnlichen Kirchen, welche ſie jetzt haben und künftig haben werden", legte ihnen aber die Erhaltung der Geiſtlichen „durch beſondere Zulage und Sold der Werdern" auf.

20) Schickſ. d. Poln. Diſſid. Th. 2. S. 116., Hartknoch a. a. O. S. 1038 flg. und 1055 flg. und Jacobſon a. a. O. S. 225—27. — Noch im J. 1726 erneuerte eine Ermländer Synode das im J. 1526 ergangene Statut, daß kein Akatholik in der Diöceſe geduldet werden, oder Grundbeſitz erwerben könne, ſondern binnen Jahresfriſt auswandern müſſe. (Schannat Conc. Germ. Tom. X. p. 429 seq.)

21) Lubienecii hist. reform. Polon. p. 47. 64. und Jacobſon a. a. O. S. 265., wonach im J. 1557 ſchon 80 Gemeinden der Böhmiſchen Brüder im Poſenſchen beſtanden.

22) Ebend. Th. 1. S. 602. 660. und Th. 2. S. 60. Unter der Clauſel dummodo christianus sit ward allgemein die Zulaſſung zu Aemtern ausgeſprochen.

23) Lubienecius l. l. p. 93 seq.

zu dieſer Zeit auf der Synode zu Kozminec durch Einrichtung von 1556
Synoden und Beſtellung von Diſtrictsſenioren und General-
ſuperintendenten zu feſter kirchlicher Verbindung den erſten Grund;
bald folgten dieſem Beiſpiele die Lutheraner, welche auf der Syn-
ode zu Goſthin ihre Kirchenverfaſſung ordneten, und bald nachher 1565
auf der Generalſynode zu Sendomir ſich den Reformirten durch 1570
förmliche Union anſchloſſen [24]).

§. 4.

Völlige Einverleibung Weſtpreußens in das Polniſche Reich.

Je größer bei ſolcher Lage der Dinge die Gefahr ſchien, daß wenigſtens die Preußiſchen Lande der katholiſchen Kirche ganz verloren gehen könnten, um deſto eifriger betrieb der Polniſche Reichstag, der Mehrzahl nach dem katholiſchen Intereſſe noch eifrig ergeben, und eben ſo abhängig von dem Einfluſſe der höheren Kirchenobern, als unwillig über die von den Preußiſchen Ständen bisher behauptete Abſonderung und Unabhängigkeit, den ſeit längerer Zeit gehegten Plan völliger Einverleibung Preußens. Auf dem Reichstage vom J. 1562 [1]) ſtellte ſchon König Sigismund Auguſt, dem ihm bei ſeiner Wahl abgenöthigten Verſprechen gemäß, das förmliche Verlangen, daß die Preußiſchen Räthe im Polniſchen Senate Sitz nehmen, und die Reichstage fortan von den Abgeordneten des Preußiſchen Adels, gleich wie von den Polniſchen Landboten beſucht werden ſollten, um hier die Landesſachen dieſer, wie aller übrigen Provinzen gemeinſchaftlich zu erledigen. In weitläuftigen Deductionen und entſchiedenen Proteſtationen lehnten die Preußiſchen Räthe dies Anſinnen, als den Verträgen zuwiderlaufend, allein mit um ſo geringerem Erfolge ab, als die Ritterſchaft einer ſolchen unio iurium keinesweges entgegen war,

---

24) Schickſ. d. Poln. Diſſid. Th. 2. S. 19 flg. u. 76 flg. und Jacobſon a. a. O. S. 267.

1) Eine ausführliche Geſchichte dieſer Verhandlungen, wie des Lubliner Reichstags vom J. 1569 giebt Lengnich's Preuß. Geſch. Bd. 2. S. 211 flg. und 374 flg.

und der Eifer der großen Städte für Vertheidigung der alten Landesverfaſſung durch die aus kirchlichen Rückſichten einer völligen Incorporation zugeneigte Geſinnung der geiſtlichen Stände neutraliſirt wurde. Im Vertrauen auf dieſen innern Zwieſpalt der Landesvertreter trug daher König Sigismund Auguſt kein Bedenken mehr, durch das berühmte Decret, welches er unterm 16. März 1569 auf dem Lubliner Reichstage publiciren ließ[2]), die Selbſtſtändigkeit Preußens zu vernichten.

Die Preußiſchen Räthe erklärte der König für Reichs-Senatoren, und verpflichtete ſie, bei Verluſt ihrer Würden und Aemter, zum Beſuche der Reichstage; doch gewannen nur die Biſchöfe, Woiwoden und Caſtellane wirklich Sitz und Stimme im Senat und in dem **Consilium perpetuum.** Denn obſchon das Decret auch den großen Preußiſchen Städten ihre desfalſigen Privilegien zugeſichert hatte[3]), ſo wollte doch der Senat, weil in Polen die Städte zwar zum Beſuche der Reichstage berechtigt waren, aber des Stimmrechts entbehrten[4]), niemals den ſtädtiſchen Ab-

---

2) Abgedruckt u. a. bei Lengnich a. a. O. Doc. No. 90. S. 194., und im Cod. diplom. Pol. T. IV. p. 351. — Die Hauptſtelle des Decrets, welches zugleich eine Widerlegung der von den Preußiſchen Ständen erhobenen Gegengründe verſuchte, (vgl. Lengnich's beſcheidne Unterſ. d. Kön. Decrets auf d. Reichst. zu Lublin, vor Bd. II. ſ. Geſch.) lautet: Cum itaque ex originali privilegio incorporationis terrarum Prussiae constat, eas esse terras regni Poloniae, longo postliminio in ius, sortem, proprietatem et titulum coronae regni Poloniae restitutas (vgl. oben §. 1. Note 2.), atque eo incolae earundem terrarum Prussiae in unum et individuum corpus regni coaluerint ...., declaramus ..., consiliarios terrarum Prussiae esse consiliarios regni, inque senatu regni locum habere, et vocatos a Nobis ... consulere, votaque et suffragia in senatu regni cum consiliariis eiusdem regni ferre teneri, tam de negotiis terras Prussiae, quam etiam regni, cum sint junius individuique corporis membra, concernentibus; eodem modo et nuncios terrarum Prussiae inter nuncios regni locum habere, et una cum eisdem de rebus eiusmodi similiter in commune consulere debere etc.

3) Nach Erwähnung, daß auch aus der Nichttheilnahme der Polniſchen Städte an den Senatsverhandlungen ohne Grund ein Argument gegen die Vereinigung hergenommen ſei, giebt darin der König die freilich nicht unzweideutige Erklärung: Nos eum morem civitatibus terrarum Prussiae in consilio consessum habendi ... minime abrogatum esse volumus.

4) Nur an der Königswahl iſt zuweilen den größeren Polniſchen Städ-

geordneten den wirklichen Eintritt gewähren, und das unzweifelhafte Recht der Städte erhielt ſich nur in dem Gebrauche, daß Elbing, Thorn und Danzig regelmäßig zu den Reichstagen berufen wurden, und daß der Biſchof von Ermland bei der Königswahl zugleich in ihrem Namen das Wahlprotocoll unterſchrieb, auch die beſonderen Anträge derſelben an den Reichstag brachte[5]). Eben ſo wenig konnten jemals die drei Preußiſchen Unterkämmerer, obwohl nach wie vor Mitglieder des Landesraths, wenn ſie nicht etwa zu Landboten erwählt wurden, zu Sitz und Stimme auf den Reichstagen gelangen[6]). Zugleich beſtimmte aber auch jenes Decret, daß die Abgeordneten der Ritterſchaft, gleich den Polniſchen Landboten, den Reichstag beſuchen, und dieſen letzteren nicht bloß Stimmrecht in Landesſachen gewähren müßten, ſondern auch alle Beſchlüſſe und Bewilligungen des Reichstages, namentlich im Falle ungehorſamen Ausbleibens, anzuerkennen verbunden wären. Nicht einmal das Verlangen fand bei der Regierung Eingang, daß nur der Form halber die Preußiſchen Abgeordneten den auf ihre Landesangelegenheiten bezüglichen Reſolutionen, damit dieſe für Preußen verbindende Kraft gewönnen, noch ihre ausdrückliche Zuſtimmung ſollten geben dürfen, vielmehr wurden, aller Proteſtationen ungeachtet, die Polniſchen Conſtitutionen ſeitdem für ganz Preußen als Landesgeſetze behandelt[7]).

Neben den Reichstagen blieben nun zwar die Preußiſchen Landtage; aber nicht bloß, daß die Entſcheidung in Landesſachen auf den Senat und Reichstag allmählich überging[8]), verloren jene auch die bisher in höchſter Inſtanz geübte Jurisdictionsge-

---

ten Cracau, Wilna, Lemberg, Poſen und Warſchau Theilnahme geſtattet worden.

5) Lengnich's heut. Regim.-Verf. §. 58., Hartknoch de republ. Pol. Lib. II. c. 1. p. 294. und Chwalkowski l. l. c. 9. p. 202.

6) Um ſo auffallender iſt dies, als auch die Caſtellaneien gleich der Unterkämmerer-Würde bloßer Titel waren. Vgl. Lengnich vom Pr. Landesrath §. 25. u. 26.

7) Vgl. Lengnich a. a. O. §. 59.

8) Hauptſächlich dadurch, daß man die Landtagsbeſchlüſſe den Reichstagsinſtructionen inſerirte, und hier, damit dereu Gültigkeit von Polen aus nicht beſtritten würde, weitere Beſchlußnahme zuließ. Vgl. Lengnich a. a. O. §. 52. u. 58.

walt, indem die Städte das Königliche Aſſeſſorialgericht als oberſte Gerichtsbehörde anzuerkennen genöthigt wurden, die Ritterſchaft ſich ſchon im Jahre 1585 freiwillig dem Tribunale zu Petrikau unterwarf[9]). Nur in der Befreiung vom Kriegsdienſte außerhalb der Landesgrenzen[10]), in dem Steuerbewilligungsrechte, welches die Preußiſchen Stände mit Hartnäckigkeit und nicht ohne Erfolg eben ſo behaupteten[11]), wie ihnen gegenüber die Ritterſchaft und Städte der biſchöflichen Gebiete ein beſonderes Bewilligungsrecht geltend machten[12]), und in der fortdauernden Gültigkeit des Culmiſchen Rechts, welches König Caſimir ſchön im J. 1476 zum Provincialrechte erhoben hatte[13]), erhielt ſich ein ſchwacher Ueberreſt der früheren Selbſtſtändigkeit Preußens. Im übrigen ſanken die Landtage mehr und mehr zu der Unwichtigkeit der Polniſchen Palatinat-Convente herab[14]), nach deren Vor-

---

9) Vgl. Lengnich a. a. O. §. 85., und deſſen Regim.-Verf. nach d. Grundgeſ. §. 49., und Preuß. Geſch. Bd. 3. S. 291 flg. und 448 flg. — Vgl. auch Chwalkowski l. l. Lib. IV. c. 6. p. 483. und Hartknoch l. l. Lib. II. c. 7. p. 748 seq.

10) Vgl. Lengnich a. a. O. §. 73.

11) S. deſſen heut. Regim.-Verf. §. 63 flg., Hartknoch l. l. c. 2. p. 385. u. c. 6. p. 690. und Chwalkowski l. l. Lib. II. c. 5. p. 223., welcher dies Steuerbewilligungsrecht eine singularis immunitas nennt. — Uebrigens unterwarf ſich ſchon unter König Stephan († 1586) die Preußiſche Ritterſchaft der beſonderen Beſteuerungsweiſe des Hufengeldes, während die Städte bei der althergebrachten Acciſe blieben. Das erſte Beiſpiel einer lediglich vom Reichstage ohne Zuſtimmung des Landtags ausgegangenen Beſteuerung iſt die im J. 1717 eingeführte Militär-Steuer. Vgl. Lengnich ius publ. Pr. Pol. §. 98.

12) Wie Cromer im J. 1579 als Coadjutor von Ermland förmlichen Proteſt beim Landtage darüber erhob, daß derſelbe auch für Ermland die Contribution bewilligt habe, ſo ſicherte das Privil. vom J. 1618 ausdrücklich den Biſchöfen zu, daß von den Palatinen ihre Unterthanen nicht beſteuert werden ſollten. Vgl. Lengnich Geſch. Preuß. Th 3. S. 309. und Th. 4. S. 126., und Iura capituli Varm. supra laud. App. Nr. 24.

13) Leman's Prov.-Recht der Prov. Weſtpr. Einl. S. XXII. Neben dem Culmer Recht galt für den Adel das ſ. g. ius terrestre nobilitatis Prussiae vom J. 1599 als Landesgeſetz; eine vielfach verſuchte authentiſche Reviſion u. Redaction des Culmer Rechts iſt bekanntlich nie zu Stande gekommen.

14) Mit dieſen vergleicht ſchon das Lubliner Decret die Preußiſchen Landtage. S. Lengnich a. a. O. §. 29, 54. 56.

bilde ſie auch im Laufe des 17. Jahrhunderts immer mehr umgebildet wurden. Denn ſeit dem J. 1652 traten die Stände nur noch vor und nach den Reichstagen, und nicht anders, als auf beſondere Berufung des Königs und in Gegenwart der Geſandten deſſelben zuſammen, um ihre Abgeordneten mit Inſtruction zu verſehen, und durch dieſe die Reſolutionen des Reichstags entgegen zu nehmen, zugleich auch die nöthigen Steuerbewilligungen zu machen. Zehn Jahre darauf erzwang ſogar die Ritterſchaft, allem Recht und Herkommen zuwider, den ſchon ſeit dem Ende des 16. Jahrhunderts verlangten Ausſchluß der kleinen Städte, und zuletzt wurde ſelbſt der arge Mißbrauch der Polniſchen Verfaſſung, daß jeder Adlige, obwohl nur den erwählten Landboten ein actives Stimmrecht zuſtand, durch ſein Veto weitere Beſchlußnahme hindern konnte, auf die Landtage übertragen[15]).

So ward Preußen ganz zur Polniſchen Provinz, um ſo mehr, als nicht bloß an die Stelle beſonderer Beſtätigung der Landesprivilegien ſchon ſeit Sigismund I. die ſchriftliche Verſicherung trat, daß der Krönungseid auch für Preußen gelte, und die Huldigungsleiſtung ſeit dem Lubliner Decrete, ſtatt im Lande, auf dem Reichstage geſchah, ſondern auch das bei der Incorporation ertheilte und vielfach beſtätigte Indigenatsprivilegium[16]), welches ſelbſt den Polen[17]) alle Aemter und den Erwerb der kö-

15) Vgl. Lengnich's Regim.-Verf. nach den Grundg. §. 28 flg., und heut. Regim.-Verf. §. 27 flg. u. 56. mit Hartknoch l. l. c. 5. p. 661 seq. Nur ſelten ſind noch in alter Weiſe, d. h. unabhängig von bevorſtehenden Reichstagen und bloß zur Berathung von Landesangelegenheiten, außerordentliche Landtage ſeit dem Jahre 1652 ausgeſchrieben worden.

16) S. oben §. 2. Note 1.

17) Da nach einem Statut Königs Wladislaw Jagello vom J. 1433 in Polen nur Eingeborne je der einzelnen Provinzen zu geiſtlichen und weltlichen Würden fähig waren (vgl. Commune incl. Pol. regni privil. cit. fol. 50.), ſo war gewiß das Recht auf Seiten der Stände, wenn ſie die Polen nicht für indigenae anerkannten; doch gingen ſie zu weit, wenn ſie als „Einzöglinge“ nur wollten gelten laſſen, qui ex parentibus, in Prussia et nusquam alibi continuum domicilium et bona propria habentibus, ac iure et iudicio ipsarum terrarum fruentibus et subiectis, in ipsa Prussia ex legitimo thoro sit susceptus et alitus (vgl. Lengnich's Geſch. Preuß. Bd. 2. Doc. No. 2. S. 4. u. Bd. 3. Doc. No. 6. S. 14.), auch nicht einmal

niglichen Güter verſchloß, von den Königen häufiger verletzt, als geachtet wurde, und nicht mehr durch Ausſchluß vom Landtage[18]), vielmehr nur noch durch Proteſtationen, Reverſe und ähnliche Cautelen[19]) erhalten zu werden vermochte. Wie in politiſchen Dingen, nahm aber auch in kirchlicher Beziehung das Land an allen Schickſalen Polens fortan Theil, und je zahlreicher dort die evangeliſche Parthei war, um ſo entſchiedner richtete ſich gegen Preußen die Reaction der katholiſchen Cleriſei, welche gleichzeitig mit dem Umſturze der alten Landesverfaſſung begann, und nur in der ziemlich unabhängigen Macht der großen Städte, ſo wie in der Glaubensbeharrlichkeit einzelner ritterſchaftlichen Familien und vieler Gemeinden einen zu bedeutenden Widerſtand fand, als daß der Plan gänzlicher Unterdrückung der evangeliſchen Kirche in dem Maaße, wie in Polen und Litthauen, hätte gelingen können.

§. 5.
Erfolgreiche Gegenreformationsverſuche der katholiſchen Parthei.

Die Beſorgniß, daß bei rückſichtsloſer Gegenreformation der durch das Lubliner Decret in Preußen angeregte Unwille zu ſehr gereizt werden möchte, ließ es anfangs noch der katholiſchen Parthei rathſam erſcheinen, mehr auf dem Wege der Lehre dem evangeliſchen Bekenntniſſe entgegenzuarbeiten, und den Einfluß des Pfarramts, welches an den meiſten Orten dem katholiſchen Clerus noch geblieben war, zur Herſtellung des alten Glaubens zu benutzen.

15jährige Anſäſſigkeit im Lande dem Indigenat gleich zu achten geſonnen waren (ebend. Bd. 3. No. 35.).

18) Sitz und Stimme auf dieſem hat z. B. Biſchof Cromer niemals erlangen können, während man ſpäter meiſt mit dem Verſprechen, eine Beſtätigung des Indigenats-Privilegii beim Könige auszuwirken, ſich begnügte.

19) Dahin gehört auch der Landtagsbeſchluß vom J. 1699 (ſ. oben §. 2. Note 49.), wonach die Biſchöfe nur Eingeborne mit Canonicaten zu providiren, eidlich verſprechen ſollten, und daß man bei etwaniger Anſtellung von Polen u. ſ. w. das Indigenat unter Vorbehalten verſchiedener Art von Landeswegen ertheilte. Uebrigens haben noch König August I. u. II. in den J. 1699 u. 1713 förmlich das Indigenats-Privilegium für alle geiſtliche und weltliche Aemter beſtätigt (ebend. §. 102. 103.).

Je eifriger die Evangeliſchen für Errichtung von Schulen ſorgten, um ſo mehr beeilten ſich die katholiſchen Prälaten, durch Einführung der Jeſuiten ein wirkſames Gegengewicht zu gewinnen. Wie in Braunsberg, ward gleichzeitig der Orden in Poſen, Pultusk und Wilna von den Biſchöfen eingeführt, und verbreitete ſich von dort aus bald nach Marienburg, Graudenz und anderen Städten; beſonders aber richtete er ſein Augenmerk auf Danzig, den Hauptſitz und die Hauptſtütze der evangeliſchen Parthei, und auf Thorn, deſſen blühendes evangeliſches Gymnaſium vor allem die Beſorgniß der Katholiſchen erregte [1]). Daß jedoch dieſer ſtillen Reaction bald entſchiednere und gewaltſame Maaßregeln folgen würden, war nach den Vorgängen in anderen Ländern nur zu ſehr zu befürchten, und um ſo größeren Schrecken bewirkte der kinderloſe Tod Königs Sigismund Auguſt, des letzten Jagelloniden, 1572 als mit Gewißheit ſich vorausſehen ließ, daß die Biſchöfe, unterſtützt von der großen Zahl eifrig-katholiſcher Senatoren, alles aufbieten würden, um die neue Wahl auf einen der evangeliſchen Kirche feindlich geſinnten Fürſten zu lenken, und dadurch für ihre gegenreformatoriſchen Pläne die Unterſtützung der Krone zu gewinnen.

Auf dem Convocations-Reichstage zu Warſchau erzwangen indeſſen die Bekenner der evangeliſchen und griechiſchen Kirche, durch die ihnen gleichmäßig drohende Gefahr vereint, die Zuſtimmung der katholiſchen Parthei zu der berühmten Conföderation vom J. 1573, welche zwar nicht, wie anfangs beabſichtigt war, eine völlige Freiſtellung des kirchlichen Bekenntniſſes und eine förmliche Anerkennung der evangeliſchen Kirche ausſprach, aber doch allen Religionspartheien gegen jegliche Beeinträchtigung und Verfolgung Schutz verſprach, und ein Grundgeſetz des Reiches bilden ſollte, welches jederzeit von dem neu erwählten Könige beſchworen werden müſſe [2]). Dieſe Zuſicherung erfüllte auch König

1) Vgl. Ranke die Römiſchen Päbſte Th. 2. S. 79. und Schickſ. der Poln. Diſſid. Th. 2. S. 138 flg.

2) Spondemus ... ut, qui sumus dissidentes de religione, pacem inter nos conservare et propter diversam fidem et ritum in ecclesiis sanguinem non effundere, neque poenas imponere confiscationis, in-

Heinrich von Anjou; zu Erneuerung aber der den Preußiſchen Städten ertheilten Religionsprivilegien, welche von ſeinem Wahlgeſandten zugeſagt war, und den Evangeliſchen nach dem beantragten Zuſatz den ruhigen Beſitz aller bisher reformirten Pfarr- und ſonſtigen Kirchen innerhalb wie außerhalb der Mauern, ſo wie völlig ungeſtörte Religionsübung geſichert hätte, kam es nicht [3]), was freilich von den Preußiſchen Ständen, weil ſie ihre Religionsfreiheit nicht als allgemeine Landesangelegenheit behandeln wollten, theilweiſe ſelbſt verſchuldet, jedoch um ſo bedenklicher war, als der Krönungseid, wie er damals normirt und ſeitdem beibehalten iſt, neben jenem Schutzverſprechen eine Beſtätigung aller der katholiſchen Kirche zuſtändigen Privilegien und Freiheiten, und nur dieſer allein enthielt [4]). Erſt von dem Nachfolger Heinrichs, dem Könige Stephan Bathori, erlangte Danzig
1577 durch hartnäckigen Widerſpruch gegen deſſen Wahl eine neue und ausgedehntere Religionszuſicherung, welche die freie Uebung der Augsburgiſchen Confeſſion, und überhaupt die ungeſtörte Fortdauer des damaligen kirchlichen Zuſtandes für alle Kirchen, Klöſter und Stiftungen der Stadt und deren Gebiets gewährte [5]);
1588 ähnliche Privilegien ertheilte deſſen Nachfolger Sigismund III. den Städten Elbing und Thorn [6]). Dagegen gelang es nur einzelnen unter den kleineren Städten, wie z. B. Marienburg, eine Beſtätigung ihrer Religionsprivilegien zu erhalten; die meiſten mußten ſich mit der dieſerhalb den größeren Städten gleichzeitig gegebenen Zuſicherung genügen laſſen, daß auch ſie bei dem Reli-

---

famiae, carceris, exilii, et alicui superioritati et officio ad eiusmodi processum nullo modo auxilium dare velimus, . . . et ut Rex futurus eiusmodi articulum de pace inter dissidentes de religione servanda iuramento confirmet. (Zalaszowski l. l. Lib. I. tit. 6. §. 1. p. 49.)

3) Vgl. Lengnich's Geſch. Preuß. Bd. 3. S. 58 flg. Den von den Städten in Antrag gebrachten Artikel ſ. ebend. Doc. No. 7. S. 19.

4) S. den Krönungseid bei Hartknoch de republ. Pol. p. 828.

5) Ueber dieſe ſ. g. cautio de religione vom 16. Dezbr. 1577 vgl. Lengnich a. a. O. S. 255. u. Hartknoch's Preuß. Kirchenhiſt. B. III. Kap. 4. S. 722.

6) Lengnich's Nachr. von d. Relig.-Aenderung in Preußen §. 26.

gionsfrieden und der Augsburgiſchen Confeſſion ſollten gelaſſen werden [7]).

Wie wenig Ernſt es mit dieſen Zuſagen und der Beſchwörung der Conföderation geweſen, zeigte ſich übrigens bald genug. Auf Betrieb des Römiſchen Hofes, welcher ſeinerſeits das Episcopat von den, auch hier ſchon eingedrungenen Anhängern der evangeliſchen Lehre reinigte, ſuchte König Sigismund alle, namentlich die mit der Senatoren-Würde verknüpften, Aemter ausſchließlich mit Katholiſchen zu beſetzen [8]). Unzählige Prozeſſe auf Reſtitution der Kirchen, an welchen katholiſcher Seits die Eigenthumsrechte nie aufgegeben ſeien, wurden erſt gegen die Städte, dann auch gegen die adligen Grundherren, am Hofe des Königs erhoben, und ſtets zu Gunſten des katholiſchen Clerus entſchieden [9]). Dieſer Einziehung der Kirchen folgte bald die Rückforderung der verloren gegangenen Kirchengüter, die Schließung der Schulen, das Verbot, neue Kirchen zu erbauen oder die vorhandenen herzuſtellen, der Befehl, den katholiſchen Pfarrern, wie den Zehnten, ſo auch die ſonſtigen Pfarrabgaben zu zahlen, ſelbſt das Gebot, nirgends evangeliſche Prediger, ſelbſt nicht als Hausgeiſtliche zu dulden. In Polen, wo nicht einmal die bedeutenderen Städte ſich auf verliehene Religionsprivilegien berufen konnten, die große Maſſe des Volks aber in faſt rechtloſer Abhängigkeit von der Grundherrſchaft lebte, und gegen die unter den Landboten noch immer zahlreiche evangeliſche Parthei in der begünſtigten Autorität des eifrig-katholiſchen Senats ein Gegengewicht gewonnen war, fand dieſe Bedrückung der Evangeliſchen mehr Tadel, als Widerſtand. Aber auch den Preußiſchen Städten halfen ihre Religionsprivilegien wenig; die Ausdauer, mit welcher die Gemeinden im Werder trotz aller Strafbefehle der geiſtlichen und weltlichen Behörden die ihnen zugeſicherten Ge-

7) v. Frieſe a. a. O. S. 121. 126.

8) Ranke a. a. O. S. 366 flg. 392 flg.

9) Lengnich's Nachr. v. d. Relig.-Aend. in Pr. §. 27., und Preuß. Geſch. Bd. 4. S. 149. 153. 159. 187. 280. 319. 338., Schickſ. d. Poln. Diſſid. Th. 2. S. 323. u. 415.

rechtſame vertheidigten, blieb gleichfalls ohne Erfolg [10]); ſelbſt die großen Städte entgingen den unbegründeten Anforderungen des katholiſchen Clerus nicht.

Schon im J. 1594 mußte Thorn den Katholiken die Pfarrkirche zu St. Johann wieder einräumen, und ward bald darauf über Abtretung der Schule zu Einführung der Jeſuiten in einen weitläuftigen, koſtſpieligen Prozeß verwickelt, der erſt in der Mitte des ſiebzehnten Jahrhunderts, und zu entſchiedenem Nachtheil für die Evangeliſchen endete [11]). Glücklicher war Elbing, welches zwar nach langem Prozeſſiren gleichfalls im J. 1618 die altſtädtiſche Pfarrkirche zu reſtituiren genöthigt war, aber doch einen Verzicht des Biſchofs auf alle übrigen Kirchen erſtritt, und von neuem die Zuſicherung erhielt, daß ſie, „ſo weit ihr Gebiet ſich erſtrecket, in denen Kirchen und Spitälern, ſo ſie bisher beſeſſen, die Religion nach dem Augsburgiſchen Bekenntniſſe ohne Störung frei ausüben könne“ [12]). Selbſt das reiche und mächtige Danzig konnte in den drei noch erhaltenen Klöſtern die Herſtellung eines öffentlichen katholiſchen Gottesdienſtes nicht verhindern, und mußte zuletzt im J. 1678, um nur den langwierigen Prozeß wegen der Domkirche zu beendigen, den Bau der ſ. g. königlichen Kapelle und deren Beſetzung mit Weltgeiſtlichen zugeſtehen [13]). Zu offener Gewalt zwar, außer daß hie und da die evangeliſche Geiſtlichkeit verjagt, den Unterthanen ſelbſt die Privat-Religionsübung verweigert wurde, oder auch nur zu allgemeinem Verbote des evangeliſchen Cultus war König Sigismund, alles Drängens der ſtreng-katholiſchen Parthei ungeachtet, nicht zu bewegen, zumal ſeitdem der Verſuch zur Herſtellung des Katholicis-

mus

10) Genaue Details, welche auch für die übrigen Landestheile als Beleg der geübten Willkür dienen können, giebt Hartwich a. a. O. B. II. Kap. 1. §. 13 flg.

11) Stolterfoth a. a. O. S. 221., Hartknoch's Pr. Kirchenhiſt. B. 5. Kap. 1. S. 1013 flg.

12) Lengnich's Preuß. Geſch. Th. 4. S. 213. u. Th. 6. S. 209., Hartknoch a. a. O. B. 4. Kap. 4. S. 909 flg.

13) Löſchin Geſch. Danzigs Th. 1. S. 250. 276. 330. Th. 2. S. 62., vgl. mit Duisburg Verſuch einer Beſchr. der St. Danzig. Th. 1. S. 164 flg.

mus in Schweden ſo unglücklich abgelaufen war, und in Polen der Adel, erbittert über die politiſche Begünſtigung des Senats, im Vereine mit den Evangeliſchen einen offenen, wenn ſchon erfolgloſen, Aufſtand bereitet hatte. Aber gerade daß Niemand ſeines Glaubens wegen an Leib und Gut geſtraft werde, daß der Beſuch der evangeliſchen Kirchen in den großen Städten immer noch frei ſtehe, glaubte man zur Beſchönigung aller jener Maaßregeln gegen die evangeliſche Religionsübung nützen zu können [14]), welche man ſogar als nicht auf wirklichem Rechte, ſondern nur auf Vergünſtigung beruhend darzuſtellen wagte [15]). Sichtlich verfiel auch ohne gewaltſame Verfolgung die evangeliſche Kirche, und die ſtille Reformation der Jeſuiten, wie die ſtrenge Handhabung der „canoniſchen Satzungen“, zu welcher ſich, zumal ſie der Unterſtützung des Königs und Reichstags verſichert waren, die Biſchöfe auch gegen die Diſſidenten berechtigt hielten [16]), drohte die Uebung der Augsburgiſchen Confeſſion mit raſchen Schritten völligem Untergange entgegenzuführen.

Geringen und nur vorübergehenden Gewinn brachte den Evangeliſchen der Polniſch-Schwediſche Krieg, deſſen Schauplatz König Guſtav Adolph im J. 1626 nach Preußen und Polen verlegte, und während deſſen an den von ſeinen Heeren beſetzten Orten die Proteſtanten wieder in den Beſitz der ihnen entriſſenen Kirchen kamen, und ſelbſt in rein-katholiſchen Gegenden, wie z. B. im Ermlande, ein evangeliſcher Gottesdienſt eingerichtet wur-

14) So äußerte ſich nach Lengnich (Preuß. Geſch. Bd. 5. S. 38.) u. a. der Biſchof von Culm auf dem Reichstage vom J. 1609.

15) S. Lengnich a. a. O. Bd. 6. S. 255. und v. Frieſe Kirchengeſch. Polens Th. 3. S. 307. — Vgl. auch Lipski decas quaest. cit. qu. 4., welcher die völlige Ungültigkeit der Conföderation vom J. 1573 darzuthun verſucht.

16) S. überhaupt Ranke a. a. O. S. 392 flg. — Die Hoffnung, durch ſtrengere Handhabung der Kirchengeſetze die Reformation rückgängig zu machen, war es ohne Zweifel auch, was im J. 1577 auf einer Gneſener Synode den Beſchluß veranlaßte, den unter Polniſcher Herrſchaft ſtehenden Theil des alten Pomeſaniſchen Biſthums förmlich dem Culmer Biſchofe zu überweiſen, welcher ſeitdem trotz dem Widerſpruche des Brandenburgiſchen Hauſes auch den Titel Episcopus Pomesaniae führte. (Hartknoch a. a. O. B. 6. Kap. 2. S. 1065.)

de [17]). Denn nur einen kleinen Theil des Polniſchen Preußen behielt Schweden und Brandenburg nach dem im J. 1629 geſchloſſenen Waffenſtillſtande beſetzt, und auch hier wurde ihren Glaubensgenoſſen freie Religionsübung nur, wo ſie zuvor geweſen, garantirt, den katholiſchen Pfarrern zugleich der Fortbezug ihrer alten Einkünfte, und überhaupt der Beſitz der Kirchen und geiſtlichen Güter, wie er vor der Einnahme des Landes geweſen, zugeſtanden [18]). So wenig war auch die Zuverſicht und Uebermacht der katholiſchen Parthei gebrochen, daß ſie, als im J. 1632 König Sigismund III. ſtarb, auf dem Convocationsreichstage bei Beſtätigung des Religionsfriedens die Beifügung der Clauſel „mit Vorbehalt aller Gerechtſame der Römiſch-katholiſchen Kirche“ durchſetzte, und auf das Dringen der Preußiſchen Stände, welche zum Schutze ihrer Gerechtſame eine beſondere Conföderation geſchloſſen hatten, kaum zu dem Vorbehalt „doch ohne Verletzung der Ruhe und Sicherheit der anderen Glaubensgenoſſen“ ſich verſtand [19]). Zwar beſtätigte König Wladislaw IV. das Danziger Religions-Privilegium, erneute auch am 24. Febr. 1633 das den Werdern ertheilte, unter gleichzeitiger Zuſicherung der Immunität für die evangeliſchen Prediger und Schulmeiſter [20]). Allein der Stuhmsdorfer Vertrag, welcher im J. 1635 alle von Schweden und Brandenburg beſetzten Gebiete der Krone Polen zurückgab, gewährte den Evangeliſchen nur, wo es früher galt, ungeſtörtes Bekenntniß ihrer Lehre, den Katholiken dagegen die Herſtellung des Zuſtandes vor dem Kriege [21]). Alsbald begannen daher wieder die Bedrückungen der Evangeliſchen von Seiten des

17) S. Hartwich a. a. O. Kap. 2. §. 4., Jacobſon a. a. O. S. 226.

18) Altmärker Stillſtand vom 26. Sept. 1629. Art. 10. u. 12. Vgl. auch Lengnich a. a. O. Bd. 5. S. 230.

19) Ebend. Bd. 6. S. 5. u. 12., Jacobſon a. a. O. S. 269.

20) Hartwich a. a. O. Kap. 2. §. 3. S. 83. — Nicht aber „in ihren gewöhnlichen Kirchen“, d. h. den alten Pfarrkirchen, ſondern nur „in ihren Kirchen, ſo bereits ſchon erbaut oder ins künftige möchten erbaut werden“, wurde die Religionsübung freigegeben.

21) Lengnich a. a. O. Doc. No. 12. S. 39.

katholiſchen Clerus[22]), welcher, während jenen kaum Duldung gewährt wurde, auf dem Reichstage vom J. 1638 ſchwere Strafedicte gegen die Preußiſchen Städte auswirkte, falls ſie den Katholiken nicht völlig freie Religionsübung und ganz unbeſchränkte Rechtsfähigkeit gewähren würden[23]).

Auf den endlichen Ausgang der Friedensunterhandlungen blieb die Hoffnung der Evangeliſchen gerichtet, von welchen ſie ähnliche Feſtſtellung der kirchlichen Verhältniſſe, wie im Osnabrücker Frieden für Deutſchland, erwarteten. Alle Bemühungen der Schwediſchen Krone, für die Evangeliſchen neben der Amneſtie auch eine beſtimmte Zuſicherung freier und ungeſtörter Religionsübung zu erlangen, blieben jedoch ohne Erfolg[24]), wie ſehr auch jenes Verlangen durch die Willkür und Härte gerechtfertigt war, mit welcher man im J. 1658 die zahlreichen, ſeit alter Zeit geduldeten Gemeinden der Wiedertäufer und Unitarier von dem Religionsfrieden ausſchloß, und gegen dieſe Secten die alten Ketzergeſetze Wladislaw Jagello's in Anwendung brachte, die ihnen nur zwiſchen Annahme des katholiſchen Glaubens, und Tod oder Exil

---

22) Bei den Oliva'ſchen Friedensverhandlungen ward eine Zuſammenſtellung der Hauptbeſchwerden von dem diſſidentiſchen Adel übergeben, des Inhalts: Domus plebeiorum in civitatibus et oppidis, praecipue autem templa seu aedes per Dissidentes divino cultui sacratae, invaduntur diripiunturque. Ministri verbi divini et personae sacris hisce locis servientes spoliatae caeduntur, captivantur. Ad abiurandam fidem violentis modis variis adiguntur; si id detrectent, exilium subire coguntur. Vexatoriae insuper actiones instituuntur ratione concionum habitarum vel auditarum, sacramentorum administrationis vel usus, visitationis aegrorum, copulationum matrimonialium, templorum in fundis nobilibus aedificatorum, erectionis scholarum, typographiae etc. Quod omnium gravissimum est, multis in locis ... Dissidentes ad cultum hostiae contra conscientiam mulctis pecuniariis poenisque corporalibus severissimis coguntur. Moderno hocce bello in M. D. Lith. 7 templa ademta, simulque praedia, villae et fundi patronis erepti etc. etc. Vgl. Acta Pac. Oliv. inedita. Wratisl. 1766. T. II. p. 132.

23) Lengnich a. a. O. Th. 6. S. 144.

24) Genauen Aufſchluß hierüber geben die Acta cit., welche T. I. p. 86 seq. 248 seq. und T. II. p. 144 seq. die Verhandlungen über den Amneſtiepunkt, und T. I. App. Doc. No. 48. n. 50. die gerade in Betreff des Religionspunktes weſentlich von einander abweichenden, Schwediſcher und Polniſcher Seits vorgelegten Friedensentwürfe mittheilen.

die Wahl ließen [25]). In kirchlichen wie weltlichen Dingen garantirte der Friede zu **Oliva** vom 3. Mai 1560 nur im allgemeinen den, an den meiſten Orten eben ſo zweifelhaften, als überhaupt den Evangeliſchen ungünſtigen, Zuſtand vor Ausbruch des Krieges [26]).

§. 6.

Traurige Lage der Evangeliſchen ſeit dem Frieden zu Oliva.

So betrachtete ſich ſeit der zweiten Hälfte des ſiebzehnten Jahrhunderts im geſammten Umfange des Polniſchen Reichs die katholiſche Kirche wieder als herrſchende Kirche im weiteſten Umfange des Worts, und wie überall, wo die äußere Macht ihr zu Gebote ſteht, ſteigerte ſich auch hier die Unduldſamkeit ihrer Obern und Diener zu immer härterer Bedrückung der Evangeliſchen, die bei den „rechtgläubigen“ Königen bald Nachſicht, bald Unterſtützung fand, und ſeit dem jähen Verfall des königlichen Anſehns ſelbſt an geneigteren Geſinnungen der Fürſten kein Hinderniß gefunden haben würde.

In **Danzig** und **Elbing** blieb zwar, bei weit überwiegender Mehrzahl der lutheriſchen Bevölkerung, den Evangeliſchen der Beſitz der meiſten Kirchen nebſt deren Gütern und ſonſtigem

25) S. Lubienecii histor. ref. Pol. pag. 278 seq. 293 sq.

26) Pacis Oliv. Art. II. §. 2.: Hac generali amnestia gaudeant omnes et singuli, cuiuscunque status, conditionis et religionis fuerint, ut et omnes communitates ... Nec ullis hoc bellum praeiudicio et noxae sit in suis iuribus, privilegiis ac consuetudinibus generalibus et specialibus, tam in ecclesiasticis quam in civilibus profanisve, quibus ante hoc bellum gavisi sunt, sed iis in totum fruantur secundum leges regni etc. §. 3. Civitatibus Prussiae Regalis, quae in possessione ... Sueciae hoc bello fuerunt, manebunt itidem omnia iura, libertates et privilegia, quibus sive in ecclesiasticis sive in profanis politae sunt ante hoc bellnm (salvo libero, nti ante hoc bellum viguit, in praedictis civitatibus catholicae et evangelicae religionis exercitio) earumque etc. — Die unbeſtimmte und zweideutige Faſſung des §. 2. veranlaßte die Schwediſchen Geſandten, noch vor der Ratification in einer beſonderen Declaration vom 21/31. Mai zu erklären, daß dieſer §. 2. auch auf die Diſſidenten ſich beziehe, aber dadurch die alten und antiquirten Ketzergeſetze keineswegs anerkannt ſein ſollten. S. Acta cit. T. I. App. No. 46.

Zubehör, freie öffentliche Religionsübung und Genuß aller Parochialrechte[1]); auch Thorn behauptete ſich trotz aller Bedrängniſſe, welche es durch die dortigen Jeſuiten erfuhr, im Genuß öffentlichen Gottesdienſtes[2]). In den kleinen Städten dagegen, namentlich Pomerellens, und auf dem flachen Lande, wo durch Uebertritt vieler adliger Grundherrſchaften und durch die vom Reichstage begünſtigte Anſiedelung und Naturaliſation Polniſcher Familien die Zahl der Katholiken mit jedem Jahrzehend zunahm[3]), wurden die Evangeliſchen ſeit dem Verluſte der Pfarrkirchen auch dem Parochialzwange der katholiſchen Prieſter von neuem unterworfen; der lutheriſchen Geiſtlichkeit ward Spendung der Sacramente und Vollziehung anderer kirchlichen Handlungen entweder gar nicht, oder nur auf beſondere ſchriftliche Erlaubniß des katholiſchen Pfarrers geſtattet, dieſe nur gegen ſchwere Gebühren ertheilt, meiſt verzögert, oft geradezu verweigert. Wo etwa evangeliſcher Gottesdienſt, wie z. B. in den Werdern, noch geduldet wurde, blieb er meiſt auf Privat- oder Rathhäuſer beſchränkt; nur an wenigen Orten erhielt ſich ein öffentlicher Cultus in den kleinen Nebenkirchen oder beſonderen Bethäuſern, deren Verfall und Verluſt um ſo ſicherer bevorſtand, als ſelbſt die geringſte Ausbeſſerung, bei meiſt hölzerner Bauart unvermeidlich, als Neubau behandelt, und von beſonderer, ſtets verweigerter, Bewilligung abhängig gemacht wurde[4]). Gegen dieſe Bedrückungen und die unzähligen Plackereien von Seiten der biſchöflichen Behörden, welche in Eheſachen, und überhaupt nach wie vor die Jurisdiction in Anſpruch nehmend, um jeder angeblichen Neuerung willen Citationen und

1) S. Büſching's Erdbeſchr. Th. 2. S. 81. u 209. Im Danziger Werder, wie im Elbinger Stadtgebiet, waren bis auf die neueſte Zeit ſogar die katholiſchen Einwohner dem Stolgebühren-Zwange der evangeliſchen Geiſtlichkeit unterworfen. Vgl. Reſcr. vom 18. Febr. 1799 in Amelang's Archiv Th. 1. S. 133.

2) S. Büſching's Erdbeſchr. Th. 2. S. 212.

3) Hartknoch's Pr. Kirchenhiſt. B. 6. Kap. 2. S. 1066 flg.

4) Vgl. Schickſ. der Poln. Diſſid. Th. 2. S. 454. 506., Hartknoch a. a. O. Kap. 2. S. 1082. und Kap. 3. S. 1086., Lengnich von d. Relig.-Aend. in Pr. §. 27. und vor allem Hartwich a. a. O. Bd. 11. Kap. 3. 4. u. 5. §. 12.

Strafmandate gegen die evangeliſchen Gemeinden erließen, gewährte weder Uebereinkunft mit den Biſchöfen, noch Beſtätigung der Religionsprivilegien Abhülfe. Ueber letztere ſetzte ſich der katholiſche Clerus eigenmächtig hinweg, und ſcheute ſich ſogar nicht, zu erſchlichenen und erdichteten Decreten ſeine Zuflucht zu nehmen [5]; die Uebereinkunft aber, welche der Culmer Biſchof Johann Malachowski im J. 1677 mit den Werderſchen Gemeinden geſchloſſen, König Johann III. beſtätigt und declarirt hatte, ward nicht bloß nicht befolgt, ſondern von dem Biſchofe Potocki im J. 1700 ſo willkürlich geändert, daß ſelbſt der päbſtliche Nuntius die Beſchwerden der Gemeinden für begründet anerkennen mußte, und das biſchöfliche Decret ſuspendirte [6].

Uebler noch war die Lage der Evangeliſchen in Polen und Litthauen. Nicht bloß, daß auch hier der katholiſche Clerus, wie den Pfarrzwang, ſo die geiſtliche Gerichtbarkeit über Lutheraner und Reformirte ſich anmaßte, trugen hier die biſchöflichen Behörden ſogar kein Bedenken, in aller Strenge die alten Ketzergeſetze, und die gleich anfangs gegen die Reformation erlaſſenen Strafgebote zur Ausführung zu bringen, gleich als ob der Religionsfriede gar nicht mehr exiſtirte [7]. Unter den leerſten Vorwänden und gegen das offenkundigſte Recht wurden die evangeli-

5) S. Hartwich a. a. O. §. 7—9.

6) Der Malachowskiſche Vergleich hatte, indem er nur die den katholiſchen Pfarrern gebührenden Zehnt- und ſonſtigen Abgaben regulirte, die bisherige Religionsübung der Evangeliſchen anerkannt; die königliche Declaration vom J. 1695 u. a. beſtimmt, daß weder Kirchenreparaturen verboten, noch die Licenzzettel verweigert werden dürften, und Haltung des Gottesdienſtes in Polniſcher Sprache geſtattet ſein ſolle. Bei ſchweren Geldſtrafen verbot gleichwohl Potocki den Polniſchen Gottesdienſt, wie Vollziehung der Taufe ohne ſchriftliche Erlaubniß der Pfarrer; zu Aufgebot ſollte überhaupt die Genehmigung des biſchöflichen Amts nöthig ſein, bei gemiſchten Ehen der Trauzettel verweigert werden, bis die rein-katholiſche Erziehung aller Kinder ſchriftlich verſprochen wäre. Vgl. Hartwich a. a. O. §. 2 u. 6. u. Kap. 4. §. 5.

7) Eine rühmliche Ausnahme machte der Biſchof Nicolaus Stanislaus von Poſen, welcher die Ladung der Evangeliſchen vor die geiſtlichen Gerichte im J. 1701 verbot, weil dadurch der geſetzlich den Diſſidenten zugeſicherte Friede geſtört werde. Vgl. Jacobſon a. a. O. S. 270.

ſchen Kirchen geſchloſſen und eingezogen, die Geiſtlichen verjagt u. ſ. w., ſo daß nur in einigen bedeutenderen Städten Polens ſchwache Ueberreſte lutheriſcher und reformirter Gemeinden ſich zu erhalten vermochten, in Litthauen dagegen zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts von den mehr als zweihundert Gemeinden, welche vor dem Schwediſchen Kriege öffentliche Religionsübung genoſſen hatten, kaum noch dreißig ihre eignen, überdies dem Untergange nahen Gotteshäuſer beſaßen[8]). Die alte Synodaleinrichtung, und mit ihr die ordnungsmäßige Beſetzung, Leitung und Beaufſichtigung des Lehramts, verfiel hier eben ſo, wie in Preußen[9]).

Immer indeſſen beſtand noch, ein Gewinn gegen andere katholiſche Länder zu jener Zeit, dem Buchſtaben des Geſetzes nach der Religionsfriede, welcher, durch die General-Conföderationen vom J. 1573 und 1623 garantirt, und gegen offene Gewalt einen Rechtstitel ſichernd, den Evangeliſchen den Fortgenuß der bürgerlichen Rechte, und ſelbſt politiſche Rechtsfähigkeit gewährte, wie
ſehr auch dieſe von dem Reichstage durch den Beſchluß, keinen 1670
Evangeliſchen mehr im Senate zuzulaſſen, beſchränkt wurde[10]), vollends factiſch unbeachtet blieb, da es entſchiedenes Verwaltungsprincip war, alle von der Verleihung des Königs abhängige Aemter, Würden und Ehren nur Katholiken angedeihen zu laſſen, und in Polen nicht einmal, wie in Preußen[11]), Antheil an der Com-

---

8) Vgl. Lengnich a. a. O. u. Frieſe Kirchengeſch. Polens Th. 3. S. 323. — Ein Verzeichniß der im 18ten Jahrh. den Evangeliſchen gebliebenen Kirchen, mit kurzen Notizen über deren Geſchichte, findet ſich in den Schickſ. d. Poln. Diſſid. Th. 1. S. 604. 614. 667. u. 684.

9) Regelmäßige Synodal-Zuſammenkünfte ließ die katholiſche Geiſtlichkeit nicht mehr zu; das während des Schwediſchen Kriegszeit im J. 1654 zu Marienburg errichtete Conſiſtorium hatte keinen Beſtand, ſo daß die Prüfung und Ordination der Geiſtlichen meiſt bei den Oſtpreußiſchen Conſiſtorien geſchah (Hartwich a. a. O. Kap. 2. §. 7. Kap. 6. §. 3.). Die einzelnen Gemeinden befolgten ganz verſchiedene Kirchenordnungen, meiſt fremde, da nur Danzig eine eigne Kirchenordnung vom J. 1680, revidirt im J. 1708, beſaß. (Jacobſon a. a. O. S. 240.).

10) Frieſe a. a. O. Th. 3. S. 325.

11) Selbſt nach den Beſchlüſſen des Reichstags vom J. 1732 haben hier die Katholiken nur Gleichſtellung mit den Evangeliſchen zu erlangen vermocht, welche ein Beſchluß des Landtags vom 23. März 1733: „Cum cives Romano-Catholici in civitatibus et oppidis Prussiae habitantes in omnibus iure aequalitatis cum reliquis civibus August.

munalverwaltung den Evangeliſchen geſtattet wurde. Nicht minder war es immer noch ein Gewinn, daß jene kirchlichen Bedrückungen und die willkürlichen Mißdeutungen der im Olivaſchen Frieden zugeſicherten Religionsübung mindeſtens nicht geſetzlich ſanctionirt waren, und ſo die Ausſicht auf eine beſſere Zukunft nicht ganz verſchloſſen blieb. Allein auch dieſe Hoffnung, genährt durch die günſtigen Erfolge der Waffen Carl's XII. von Schweden, durch die Zuſicherungen des Königs Stanislaus [12]) und durch den für Schleſien ſo glücklichen Ausgang der Alt-Ranſtädter Friedensverhandlungen, ging mit dem Beginn des achtzehnten Jahrhunderts verloren.

In willkürlichſter Deutung der älteren Conföderationen aus den J. 1632, 1648, 1668 u. 1674 ward von dem ſ. g. Pacifica-
1717 tions-Reichstage, welcher nach der Rückkehr des vertriebenen Königs August unter Vermittelung Rußlands gehalten wurde, feſtgeſetzt, daß nur „in den von Alters her gehabten und vor jenen Geſetzen erbauten Kirchen ein freier Gottesdienſt“ den Diſſidenten geſtattet ſein, jede andere ſeitdem in den Städten oder auf dem flachen Lande erbaute Kirche als „wider die Geſetze aufgerichtet“ zerſtört, nirgends auch den Evangeliſchen ein kirchlicher Neubau erlaubt werden ſolle; nur Privat-Religionsübung „in ihren Häuſern und Wohnungen, jedoch ohne Predigen und Singen“ wurde ihnen an anderen Orten geſtattet, zum Zwecke gemeinſamen Gottesdienſtes aber jede „öffentliche Verſammlung wie Privat-Zuſammenkunft“ ſowohl den Unterthanen, als Geiſtlichen bei Geld und Gefängniß, im Falle der Wiederholung ſogar

Conf. gaudeant . . ., constituimus, ut cives Romano-Catholici . . . ad munia magistratus civilis admittantur, salvis pactis Olivensibus et iuribus liberae electionis civitatibus ab illarum primaeva fundatione competentibus“ förmlich anerkannte. (Lengnich ius publ. Pr. Pol. App. p. 292).

12) Bei Beſtätigung des Werderſchen Religionsprivilegii im J. 1707 erlaubte er nicht bloß den Kirchen- und Schulbau, ſo wie den geiſtlichen Beſuch in fremden Parochieen, ſondern hob auch die biſchöflichen Viſitations- und Jurisdictions-Rechte, letztere nur mit Ausnahme der Eheſachen, über die evangeliſchen Gemeinden auf, und gab bei gemiſchten Ehen die religiöſe Erziehung je nach dem Geſchlechte der Kinder und dem Glauben der Eltern zu. (Hartwich a. a. O. Kap. 5. §. 7.).

unter Strafe der Verbannung verboten [13]). Weiter noch ging der Convocations-Reichstag, welcher im J. 1733 nach Königs **Auguſt II.** von Sachſen Tode zuſammentrat, indem er, was längſt gewünſcht und beantragt, aber nie durchgeſetzt worden war, alle Diſſidenten von dem Reichstage völlig ausſchloß, und für unfähig zu allen Ehrenämtern und Würden erklärte [14]). Erfolglos waren die Proteſtationen der Diſſidenten, welche ſich ſchon im J. 1712 durch eine Generalſynode, die bisherigen Glaubensdifferenzen vergeſſend, wieder näher an einander angeſchloſſen hatten; unbeachtet blieben ſelbſt die Remonſtrationen vieler katholiſchen Landboten, welchen die Ungerechtigkeit jener Beſchlüſſe und die daraus für das Reich zu befürchtenden Gefahren nicht entgingen. In ſeinem Wahlvertrage erkannte König **Auguſt III.** die politiſche Rechtloſigkeit der Diſſidenten, und die Gültigkeit aller jener Beſchlüſſe vom J. 1717 an; mehrmals auf den Reichstagen beſtätigt, galten ſie ſeitdem, alles Widerſpruchs ungeachtet, als Grundgeſetz des Reichs [15]).

Gänzlichem Untergange ſchien die evangeliſche Kirche Polens verfallen. Der härteſten Verfolgung und willkürlichſten Rechtsverletzung dienten fortan jene Beſchlüſſe zur Beſchönigung, die angeblich nur zur Abſtellung der während des Nordiſchen Krieges eingeriſſenen Mißbräuche dienen, nach ausdrücklicher Zuſicherung des Königs den Gerechtſamen der Diſſidenten nicht präjudiciren ſollten. Nur in der politiſchen Zerriſſenheit der Republik, wodurch der Widerſtand gegen die Regierung gleichſam gerechtfertigt erſchien, in der Schwäche der königlichen Gewalt, welche Willkür nicht verhindern konnte, und einer feſten Handhabung der Geſetze nicht gewachſen war, aber auch dem Widerſpruche der Magnaten und Adligen weichen mußte, wo dieſe, aus welchen Gründen immer, den Evangeliſchen Duldung oder Anerkennung gewährten,

---

13) Hartwich a. a. O. §. 16. S. 147. und Schickſ. d. Poln. Diſſidenten Th. 2. S. 533 flg.

14) Schickſ. der Poln. Diſſid. Th. 2. S. 571.

15) Lengnich ius publ. regni Pol. Lib. II. c. 11. §. 12. u. Lib. IV. c. 14. §. 6 seq. Vgl. auch Nachr. von den in Polen vorkommenden Confoederationen. Halle 1768. S. 18.

in der engeren Verbindung endlich der Diſſidenten fand die evangeliſche Glaubensfreiheit noch einigen Schutz, ihre Rettung allein in den Interventionen der Nachbarreiche, denen die tractatenwidrige Verletzung der ihren Glaubensgenoſſen geſicherten Rechte Anlaß und Anſpruch zur Einmiſchung in die eng damit verbundenen politiſchen Wirren des Landes gab. Lange Zeit zwar blieben, wie früher ſchon Vorſtellungen und Bitten, ſelbſt Drohungen und Repreſſalien gegen die eignen katholiſchen Unterthanen ohne dauernd günſtigen Erfolg[16]. Den Tod Königs **Auguſt III.** im Jahre 1763 benutzten aber **Rußland** und **Preußen**, um die Krone
1767 dem Grafen **Stanislaus Auguſt** von Poniatowski zuzuwenden. Abhängig wie der neue König von dieſen Mächten war, gewann die Interceſſion, welche ſie für ihre Glaubensgenoſſen einlegten, dadurch noch an Nachdruck, daß England ſammt Schweden und Dänemark der Diſſidenten gleichfalls ſich annahmen, welche zugleich unter dem Schutze Ruſſiſcher Waffen eine neue Generalconföderation ſchloſſen[17]. Gleichwohl zeigte ſich auf dem am 5. Octbr. 1767 nach **Warſchau** berufenen Reichstage eine eben ſo entſchiedene, als bedenkliche Oppoſition; erſt als dieſe mit Gewalt von Rußland ihrer Führer beraubt war, unterzeichnete der Reichstag, der Nothwendigkeit mehr, als der eignen Ueberzeugung folgend, den berühmten **Warſchauer Tractat** vom 24. Febr. 1768, für Polen gleichſam ein zweites Osnabrücker Friedensinſtrument[18].

---

16) S. **Jacobſon** a. a. O. S. 271 flg.

17) Vgl. hierüber und über die Verhandl. zu Warſchau die ſehr detaillirte Darſtellung in **Walch's** neueſter Relig.-Geſch. Th. 4. No. 4., wo auch in der Beil. A. u. D. die von den Diſſidenten im J. 1766 eingereichte Beſchwerdeſchrift und deren Tractatsentwurf mitgetheilt ſind.

18) Abgedr. u. a. bei **Frieſe** a. a. O. Th. 3. S. 327 flg., u. in **Leman's** Prov.-Recht der Prov. Weſtpr. Th. 2. S. 95 flg. Vgl. auch **Wenck** Cod. iur. gent. T. III. p. 651 seq. — Die rechtsverbindliche Kraft dieſes Grundgeſetzes, bekanntlich in neueſter Zeit geiſtlicher Seits in Frage geſtellt, kann ſo wenig, als die des Weſtfäl. Friedens bezweifelt werden; eine ähnliche ſalvatoriſche Clauſel wider etwanige Anfechtung von Seiten des Clerus enthält aber der Tractat nicht.

§. 7.

Förmliche Anerkennung der evangeliſchen Kirche Polens.

Auf das feierlichſte wurde zwar die Römiſch-katholiſche Religion als herrſchende anerkannt, welcher in allen Geſetzen und öffentlichen Ausfertigungen dieſer Titel gegeben werden, der König nothwendig zugethan ſein müſſe, und von welcher, wie bisher, auch in Zukunft bei Strafe des Exils Niemand zu einer anderen Religion übertreten dürfe[1]). Unter Revocation der ſeit dem J. 1717 gegen die Diſſidenten ergangenen Conſtitutionen und aller ſonſtigen, zum Nachtheil ihrer Rechtsgleichheit und Religionsfreiheit getroffenen Anordnungen, wurde jedoch die Unanwendbarkeit der alten Ketzergeſetze und der beim Beginn der Reformation gegen die Lutheriſchen publicirten Strafedicte ausgeſprochen, und feſtgeſetzt, daß von den Diſſidenten (welcher Ausdruck fortan, wie bisher ſchon mißbräuchlicher Weiſe[2]), geſetzlich nur noch die Nichtkatholiken bezeichnen ſollte) weder die Namen Ketzer, Schismatiker, Abtrünnige gebraucht, noch ihren Geiſtlichen und Gotteshäuſern die Bezeichnung mit Biſchof, Prieſter, Paſtor, Tempel, Kirche u. ſ. w. verweigert werden dürfe, vielmehr die evangeliſche Geiſtlichkeit für ihre Perſon und die eigentlichen Kirchengüter völlig dieſelbe Abgabenfreiheit und ſonſtige Immunität, wie der katholiſche Clerus genießen ſolle[3]). Zugleich wurde unbedingte politiſche Rechtsgleichheit aller Confeſſionen, und die Fähigkeit der Diſſidenten zu allen öffentlichen Civil- wie Militärämtern, ſelbſt zur Senatorenwürde, nicht minder deren freie Zulaſſung zu bürgerlichen Gewerben und zur ſtädtiſchen Verwaltung anerkannt[4]).

---

1) Vgl. Art. I. §. 1—3.

2) Auf dem Wahlreichstage vom J. 1632 war die Formel des Krönungseides pacem inter Dissidentes in die cum Dissidentibus verwandelt worden; ſeitdem bezog man dies Wort nur auf die Nichtkatholiken, ſelbſt auf die Evangeliſchen allein.

3) Art. II. §. 1. u. 2. vgl mit §. 12.

4) Art. II. §. 16., wo die Fähigkeit (plenaria activitas) zu allen Staatsämtern, u. §. 17., wo die bürgerliche Rechtsgleichheit der Diſſidenten anerkannt wird. — Für die Preußiſchen Städte und Dörfer ward dieſe Rechts- und Amtsfähigkeit im Art. III. pr. noch beſonders wiederholt.

Bedeutender noch waren die Zugeſtändniſſe in Betreff der kirchlichen Verfaſſung und der Religionsübung. Die geiſtliche Gerichtbarkeit der Biſchöfe wurde für die Diſſidenten nicht etwa bloß, wie in Deutſchland, für ſuspendirt, ſondern geradezu für aufgehoben erklärt[5]), und keine andere Gewalt der einen Religionsparthei in kirchlichen Angelegenheiten der übrigen für zuläſſig erkannt, als das mit der Grundherrlichkeit verbundene Patronat, welches, unter Verbot jeder für die Präſentation zu zahlenden Gebühr, den diſſidentiſchen Beſitzern über ihre katholiſchen Gemeinden[6]), den Katholiken für die griechiſchen und evangeliſchen Kirchen, für dieſe jedoch nur ſo beſtätigt wurde, daß der Präſentation des Patrons eine Wahl der Gemeinde vorangehen ſollte, willkürliche Entſetzung der einmal inſtallirten Geiſtlichen durch den Grundherrn nicht erfolgen könne[7]). Zur Handhabung der Disciplin über die Geiſtlichen und zur Feſtſtellung aller inneren Kirchenangelegenheiten ſollte den Evangeliſchen die Errichtung von Conſiſtorien und die freie Haltung von Synoden wieder zuſtehen[8]), denen Dispenſation wie Jurisdiction in Eheſachen, unter Ausſchluß jeder Einmiſchung des katholiſchen Clerus oder der Grund-

5) Art. II. §. 6. Graeci non uniti et Dissidentes tam spirituales quam seculares ab omni iurisdictione ecclesiastica Romana plenarie liberi erunt, ita ut nemo eorundem, sive spiritualis sive secularis, sub quocumque etiam praetextu ad ullum quodque Romanum consistorium vel etiam spirituale M. D. Lith. tribunal adcitari debeat.

6) Seit dem J. 1749 hatte man ihnen als Ketzern die Ausübung des Patronats nicht mehr geſtatten wollen. Vgl. Jacobſon a. a. O. S. 278. Note 22.

7) Art. II. §. 14.

8) Ibid. §. 5. . . . . Dissidentes utriusque confessionis plenariam habebunt libertatem propria consistoria erigendi, congregationes suas synodales, internum solummodo religionis eorum ordinem concernentes, absque cuiusquam impedimento tenendi, easdem toties, quoties necessarium ipsis visum fuerit, convocandi, in iisdem omnes causas, ipsorum doctrinam ecclesiasticam, ordinem, disciplinam, consuetudines, vitamque et mores sacerdotum concernentes, diiudicandi et ordinandi, casus ibidem dispensationis et divortiorum inter coniuges dissidentes . . . decidendi et terminandi, ita ut neque clerus Romanus catholicus neque domini hereditarii iis sese ingerant etc. Vgl. auch über das Viſitationsrecht der Senioren §. 4. ibid.

herren, und unter völliger Freigebung gemiſchter Ehen [9]), zugewieſen wurde; insbeſondre ſollte das von der Stadt Thorn herzuſtellende Conſiſtorium über alle evangeliſchen Gemeinden im Palatinate von Culm und Marienburg, ſo wie im Gneſener Archidiaconate Camin die Kirchengewalt üben dürfen [10]).

Für den Beſitz von Kirchen, Schulen u. ſ. w. hätte billiger Weiſe der factiſche Zuſtand zur Zeit des Olivaſchen Friedens, mindeſtens der des J. 1717 entſcheiden müſſen, welches den Bedrükkungen der Evangeliſchen gleichſam legale Form gegeben hatte, und ſonſt im allgemeinen als Normaljahr für alle Differenzen zwiſchen Katholiken und Diſſidenten gelten ſollte [11]). Gegen Verzicht auf alle bisher, gleichviel ob mit oder ohne Recht, eingezogenen Kirchen [12]) wurde jedoch nur der zeitige Beſitz an Kirchen, Schulen, Kirchhöfen, Krankenhäuſern, indeß mit allen dazu noch gehörigen, oder wider Recht davon getrennten Gütern und Fundationen, für alle Zeiten garantirt, dabei aber, wie die Reparatur und Wiederherſtellung der kirchlichen Gebäude unbedingt frei gegeben [13]), ſo überall, obſchon nur auf ſchriftliche Bewilligung des Königs oder Staroſten und Grundherrn, die Errichtung und Dotation neuer Kirchen, Schulen u. ſ. w. geſtattet [14]). Im wei-

9) In Betreff dieſer ward, unter Annullation aller entgegenſtehenden decreta ex quocunque iudicio emanata, im §. 10. Theilung der Kinder je nach dem Geſchlechte zur Norm erhoben, und nur dem Adel das Recht beſonderer Abrede vor Eingehung der Ehe zugeſtanden.

10) Art. III. §. 2.

11) Art. I. §. 4. und §. 13. Nr. 6.

12) Art. II. §. 4. init.

13) Ibid. §. 3. Templa Graecorum non unitorum et Dissidentium utriusque confessionis ubicunque .... actu reperiundae, cuiuscunque etiam erectionis sint, eorundem coemeteria, scholae, nosocomia et omnis tituli aedisicia ... pro subsistibilibus in perpetuum declarantur, cum omnimoda libertate eadem reparandi, quotiescunque ipsis libuerit, nec non ... nova extruendi et erigendi, sine omni a iurisdictione spirituali Romano-catholica impetranda licentia. Vgl. auch §. 4. cit., wo die den Fortbeſitz oder Wiedererwerb der Güter ꝛc. betreffenden Beſtimmungen ſich finden.

14) Ibid. §. 4. med. vgl. mit Art. III. §. 8. u. 11. — In Verbindung mit dieſem Rechte zur Errichtung von Schulen wurden auch im Art. II. §. 9. u. Art. III. §. 7. die Evangeliſchen zur Anlegung von Buchdruckereien ermächtigt, wobei nur nicht bloß königliche Genehmigung

teſten Sinne des Worts[15]) wurde dagegen den Diſſidenten [ob aller Orten, oder ob nur da, wo ſie im Beſitze der Kirchen ſich befänden, oder zu deren Errichtung die Erlaubniß erhielten, läßt die Faſſung des Vertrages zweifelhaft[16])] freie Religionsübung zugeſtanden. Nicht bloß jeder Zwang zur Mitfeier der katholiſchen Feſttage oder ſonſtigen Theilnahme an katholiſchen Ceremonien ward verboten[17]), ſondern auch, nur mit Ausnahme des Zehnten und ſ. g. Meßkorns, jeder Parochialzwang der katholiſchen Pfarrer über die evangeliſchen Eingeſeſſenen ihrer Sprengel, und der Mißbrauch der ſ. g. Licenz-Zettel unbedingt aufgehoben[18]). Für alle mit Religion und kirchlichen Angelegenheiten zuſammenhängende Prozeſſe zwiſchen Diſſidenten und Katholiken, insbeſondre für Zehnt- und Patronatſachen, ward endlich als obere Inſtanz der Grod- und Landgerichte, in kirchlichen Grenzſtreitigkeiten ſogar mit ausſchließlicher Competenz, ein beſonderes gemiſchtes Gericht von gleichviel diſſidentiſchen und katholiſchen Beiſitzern angeord-

---

vorbehalten, ſondern auch ſeltſamer Weiſe bedungen wurde, ne ullos libros hereticos imprimant.

15) Ibid. §. 4. in fin.: . . . Praeterea Dissidentes habebunt liberum religionis exercitium in extensum, videl. actus pietatis ad cultum divinum pertinentes exercendi, sacerdotes ordinandi et vocandi, sacramenta administrandi, in quacunque lingua concionandi, hymnos decantandi, copulandi, funera publice ducendi, aegrotos ubivis locorum visitandi, ipsis sacramenta impertiendi, nec non campanis et organis utendi; liberum etiam erit senioribus ipsorum tam secularibus quam spiritualibus ecclesias suas visitare et omnia peragere, quae consuetudo et ritus utriusque religionis ferunt, irrequisitis episcopo dioecesano aut parochis Romanis catholicis, et absque omni cuiuscunque impeditione.

16) Die Beſtimmungen in Note 15. ſtehen nemlich in unmittelbarer Verbindung mit dem, was über Beibehaltung der noch vorhandenen, und Errichtung neuer Kirchen ſtipulirt iſt, und ſind groſzentheils nur unter Vorausſetzung eines vollſtändig organiſirten Parochialſyſtems ausführbar. Wie weit aber da, wo zur Zeit noch evangeliſche Kirchen fehlten, die freie Religionsübung reiche, und ob auch ohne vorgängigen Kirchenbau ein öffentlicher Cultus geſtattet ſei, iſt nirgends geſagt. Daß im Art. III. pr. ausdrücklich in allen Preußiſchen Städten und Dörfern die freie Religionsübung der Diſſidenten beſtätigt wird, ſcheint darauf hinzuweiſen, daß man für Polen nur, wo ſie im Beſitze von Kirchen wären, die Freiheit des evangeliſchen Cultus habe anerkennen wollen.

17) Vgl. Art. II. §. 11.

18) Ibid. §. 7.

net, welches völlig ſelbſtſtändig, aber ohne Eingriff in die den Kirchenobern über die Geiſtlichen zuſtehende Strafgewalt, entſcheiden ſollte, und zugleich das Erkenntniß in allen Prozeſſen über die ſeit dem J. 1717 ohne Recht eingezogenen Kirchengüter und Stiftungen überwieſen erhielt[19]).

Unter Abſtellung faſt aller bisherigen Bedrückungen und Mißbräuche war ſo die evangeliſche Kirche förmlich in Polen anerkannt. Aber bei der höheren katholiſchen Geiſtlichkeit, aus deren Mitte, außer dem Erzbiſchofe von Gneſen, nur die Biſchöfe von Liefland und Cujavien den Warſchauer Vertrag unterzeichnet hatten, wie bei dem größten Theile des Adels, der noch in demſelben Jahre eine katholiſche Gegenconföderation bildete, fand dieſe Uebereinkunft den entſchiedenſten Widerſtand, um ſo heftiger, als der Römiſche Hof förmlichen Proteſt dagegen eingelegt hatte[20]), die fremde Gewalt, welche jene kirchlichen Zugeſtändniſſe dictirt hatte, auch die politiſche Selbſtſtändigkeit des Reichs zu vernichten drohte. Gewaltſamere Verfolgungen denn je erlitten die Diſſidenten, und ſchwerlich wäre beim Fortbeſtande der Polniſchen Republik jemals jene Gleichſtellung beider Religionspartheien zur Ausführung gekommen. Erſt die Theilung der Polniſchen Republik, deren Motive und politiſche Folgen zu würdigen, oder auch nur deren geſchichtlichen Verlauf näher zu erörtern, hier nicht der Ort ſcheint, gab der evangeliſchen Kirche Polens und Weſtpreußens wahrhaftes Leben und geſichertes Daſein.

---

19) Sehr genaue Vorſchriften über Beſetzung und Competenz dieſes Gerichts, welches übrigens in Polen ſpäter durch die mit Diſſidenten und Katholiken in gleicher Zahl beſtellten Aſſeſſorial-Gerichte erſetzt wurde (ſ. v. Frieſe a. a. O. S. 406.), und auch in Preußen bei der bald darauf erfolgenden Occupation nicht zur Ausführung gekommen iſt, enthält Art. III. §. 13. Hier genüge die Bemerkung, daß überhaupt alle causae tam ex actoratu quam ex reatu cum religione et rebus ecclesiasticis connexionem habentes, oder wie es nachher heißt, omnes ex religione et ritibus ecclesiasticis emanantes controversiae, quae pacem et tranquillitatem inter dissidentes turbaverint, dieſem Gerichte überwieſen, insbeſondre aber genannt werden die causae calumniarum religionis, caedis spiritualis persooae, violentiae persoois spiritualibus illatae, violationis ecclesiarum etc., violationis alienae iurisdictionis et rituum ecclesiae, controversiarum ratione iuris patronatus inclusis etiam decimis.

20) Walch a. a. O. S. 167.

§. 8.

Erſte Theilung Polens. Politiſche und kirchliche Verfaſſung Weſtpreußens und des Netzdiſtricts.

Am 5. Auguſt 1772 ward zu Petersburg der Theilungsvertrag zwiſchen Rußland, Preußen und Oeſterreich geſchloſſen [1]), welcher ganz Pomerellen, mit Ausnahme nur der Städte Danzig und Thorn und ihres Gebiets, als ehemals Pommerſches, vermeintlich wider Recht entriſſenes Beſitzthum, außerdem zur Entſchädigung für die ſeit faſt 500 Jahren entzogenen Nutzungen die Woiwodſchaften Culm und Marienburg, das Ermländer Gebiet nebſt Elbing [2]), und einen bedeutenden Theil von Großpolen [3]) an Preußen überwies. Schon wenige Wochen darauf, am 13. September, erfolgte die Beſitznahme, die förmliche Abtretung dagegen, nach ſtürmiſchen Reichstagsverhandlungen, erſt ein volles Jahr ſpäter in dem Warſchauer Tractate vom 18. Septbr. 1773, mit welchem zugleich durch den Verzicht auf den im Welauer Frieden vorbehaltenen Rückfall des Königreichs Preußen und auf die Lehnshoheit über Lauenburg und Bütow die letzte Spur von der ehemaligen Oberherrlichkeit Polens verſchwand.

Die politiſche Verfaſſung des Landes, allerdings kaum vereinbar mit den Einrichtungen der übrigen Monarchie, ward ſofort bei der Beſitzergreifung nach dem Muſter Oſtpreußens umgeſtaltet. An die Stelle der bisherigen Rechte, Geſetze und Verord-

1) Vgl. hierüber wie über die ſpäteren Verhandlungen Preuß a. a. O. Th. 4. S. 45 flg. Die Denkſchrift Preußens unter dem Titel: Ausführung der Rechte S. K. Maj. v. Pr. auf das Herz. Pomerellen und auf verſchiedene andere Landſchaften des Königr. Polen. Berlin 1772, auch in franzöſ. Sprache erſchienen, ſo wie der Warſchauer Tractat findet ſich in Hertzberg Recueil des déductions, manifestes etc. Edit. II. Vol. 1. p. 324—62. et 392—407., letzterer auch in Martens Recueil des principaux traités etc. T. II. p. 89 seq.

2) Dieſe Gebiete, nur daß Ermland in gewiſſen Beziehungen zu Oſtpreußen gelegt, und von dieſem der Marienwerder Kreis getrennt wurde, bildeten ſeitdem die Provinz Weſtpreußen.

3) Die Netze ſollte urſprünglich die Grenze ſein; Preußen nahm aber noch mehrere Gebiete auf dem linken Ufer und zwiſchen dieſem Fluſſe und der Weichſel in Beſitz, welche im Grenzvertrage vom 22. Auguſt auch größtentheils abgetreten wurden, und mit den nördlich der Netze gelegenen Theilen von Großpolen ſeitdem den Netzdiſtrict bildeten.

ordnungen, welche ſämmtlich, nicht bloß die Polniſchen Urſprungs, für die Zukunft aufgehoben wurden, und nur bei den aus früherer Zeit herrührenden Rechtsverhältniſſen eine beſchränkte Gültigkeit behalten ſollten, traten die im Königreiche geltenden Geſetze und Juſtizeinrichtungen[4]). Unter Beſeitigung aller zeitherigen Polniſchen Gerichte und Adminiſtrativ-Behörden, wurde wie in den übrigen Provinzen die Verwaltung der Staatseinkünfte und der Landespolizei der neu errichteten Kriegs- und Domänenkammer, die aller übrigen Regierungs- und Landesangelegenheiten, nebſt den geiſtlichen Sachen aller Confeſſionen, dem für die oberſte Juſtizverwaltung zu Marienwerder beſtellten Oberhof- und Landesgerichte, ſeit dem J. 1773 Weſtpreußiſche Regierung benannt,
übertragen[5]), welches auch nach Errichtung eines beſonderen Hof- 1781
gerichts für den Netzdiſtrict die Landeshoheits- und geiſtlichen Sachen für die ganze Provinz behielt, nur daß derſelben gegen Abtretung des Ermlandes der Oſtpreußiſche Kreis von Marienwerder, erſt in Finanz- und Polizei-, ſpäter auch in Juſtiz-, Landes- und geiſtlichen Sachen zugeſchlagen wurde[6]). Die alte landſtändiſche Verfaſſung, welche ohnehin bei der legislativen Allgewalt des Reichstages nur in dem Steuerbewilligungsrechte und in der Theilnahme an den Reichsverſammlungen ein kümmerliches Daſein gefriſtet hatte, verſchwand mit der Trennung des Landes von Polen und der neuen Einrichtung des Steuerweſens von ſelbſt[7]).

4) Notific.-Patent betr. die Einrichtung des geiſtl. und weltl. Juſtiz-Weſens vom 28. Sept. 1772. Art. 2. u. 3, vgl. mit Beil. A u. Inſtr. für die Weſtpreuß. Regierung vom 21. Sept. 1773 §. 13. (Nov. Corp. Const. Marchic. Tom. V, P. 1. p. 451. u. P. 2. p. 2126 seq. und Leman a. a. O. S. 80. u. S. 152 flg.) — Auffallend iſt, daß, während viele Beſtimmungen des ſ. g. ius terrestre nobilitatis Prussiae correctum fortdauernd anwendbar bleiben ſollten, in den Städten ſowohl dem Culmiſchen, als dem Lübiſchen Rechte, welches „notoriſch“ in vielen recipirt war, für die Zukunft derogirt, und ſo nicht einmal dem bisherigen Statutar-Rechte Fortdauer gegönnt wurde.

5) Notif.-Patent Art. 1. 4. u. 5., Patent wegen Anordn. einer Kriegs- und Dom.-Kammer zu Marienwerder vom 13. Novbr. 1772. (Leman a. a. O. S. 110.), und Regier.-Inſtruct. im Eing.

6) Ueber dieſe ſpäteren Aenderungen der Reſſort-Verhältniſſe vgl. Leman's Einl. §. 11. S. 17.

7) Im Beſitznahme-Patent vom 13. Septbr. 1772 (bei Hertzberg

Auch das Gebiet des Ermländiſchen Biſchofs, deſſen landesfürſtliche Selbſtſtändigkeit ſchon unter Polniſcher Hoheit mehr und mehr ſich der abhängigen Stellung eines ſtandesherrlichen Regalienbeſitzes genähert hatte[8]), unterlag einer Reorganiſation, welche die bloße Schutzherrlichkeit der Krone in wahre Landeshoheit umwandelte[9]). Die neue Contributionseinrichtung[10]), und ſpäter die Einziehung der geiſtlichen Beſitzungen traf auch die biſchöflichen Menſal= und die Kapitelgüter, und durch Einführung der Oſtpreußiſchen Kameral= und Polizeiverfaſſung fielen mit den übrigen Landeseinrichtungen der frühern Zeit auch die beſonderen

T. I. p. 319. und in Leman's hiſt.=geogr. Einl. in d. Prov.=Rechte Weſtpr. S. 73 flg.) war zwar „allen Ständen und Einwohnern" die Verſicherung ertheilt, „ſie ſammt und ſonders bei ihren Beſitzungen und Rechten, in Geiſt= und Weltlichem zu laſſen, zu ſchützen und zu handhaben". Allein das daran geknüpfte Verſprechen, „überhaupt das ganze Land dergeſtalt zu regieren, daß die vernünftigen und wohldenkenden Einwohner glücklich und zufrieden ſeyn können, und keine Urſache haben werden, die Veränderungen zu bereuen" zeigt, daß unter den „weltlichen Rechten" nur die privatrechtlichen Befugniſſe gemeint waren. Auch der Warſchauer Tractat enthielt keinerlei Garantie oder Zuſicherung für die politiſche Verfaſſung des Landes.

8) Daß freilich das Stift ſelbſt dieſe Landeshoheit nie als aufgehoben betrachtet hat, erhellt aus Iura capit. Varm. etc. vom J. 1724, wo es §. 27. heißt: Et quamvis Episcopus unus sit ex Senatoribus Regni Poloniae, atque ob id subsit ad instar aliorum Senatorum legibus eiusdem regni, attamen una cum suo capitulo retinet integra iura principatus in tota provincia Varmiensi, eamque propriis legibus regit.

9) In hiſtoriſchen wie geographiſch=ſtatiſtiſchen Werken habe ich nach näherem Aufſchluß über dieſe Umwandelung der früheren Landeshoheit des Stifts in wahre Unterthänigkeit vergeblich geſucht, vornemlich darüber, ob und in wie weit beſondere Verhandlungen mit dem damaligen Biſchofe gepflogen, Remonſtrationen erfolgt ſind u. ſ. w. Die obige Darſtellung, deren Richtigkeit ich hiernach um ſo weniger zu vertreten wage, gründet ſich nur auf Folgerungen aus einzelnen, das Ermland betreffenden, geſetzlichen Beſtimmungen, und darauf, daß auch bei Büſching weder irgend eine Erwähnung fortdauernder landesfürſtlicher Gewalt des Ermländer Biſchofs ſich findet, noch ſonſt zwiſchen dieſem und den übrigen Theilen Weſtpreußens ein Unterſchied gemacht wird. Eine genauere Erörterung dieſer gleichſam ſtillſchweigenden Mediatiſirung wäre ſehr wünſchenswerth, iſt aber ſchwerlich anders, als an Ort und Stelle, und durch Benutzung der Archive in befriedigender Weiſe möglich.

10) Mit dieſer wurde nach Preuß a. a. O. Th. 4. S. 57 flg. und 367 flg. ſogar im Ermlande der Anfang gemacht.

Landtage weg, welche durch das ſtets behauptete Steuerbewilligungsrecht noch den äußern Anſchein einer Selbſtſtändigkeit des biſchöflichen Territorii bewahrt hatten. Wie in Weſtpreußen, wurde das Preußiſche Landrecht vom J. 1721 zum ausſchließlichen Landesgeſetze gemacht, und das Culmiſche Recht aufgehoben[11], welches in der ſ. g. Braunsberger Redaction bisher als beſonderes Provincialgeſetz gegolten hatte; die Geſetzgebungsgewalt des Biſchofs und Kapitels galt ſtillſchweigend für erloſchen[12]. An die Stelle der biſchöflichen und Kapitulargerichte trat neben den Patrimonial- und ſtädtiſchen Gerichten ein für das ganze Territorium beſtimmtes Landvogteigericht[13], welches, erſt der Weſtpreußiſchen Regierung, nachher der zu Königsberg als oberen Aufſichtsbehörde und Appellationsinſtanz unterworfen, auch bei Einziehung der übrigen Landvogteigerichte in der bisherigen Verfaſſung eines Mittelgerichts[14] beibehalten wurde[15]. In allen allgemeinen Landes-, und rückſichtlich der geiſtlichen Sachen ward das Ermland, ſeit ſeiner völligen Incorporation in Oſtpreußen, gleich dieſem dem ſ. g. Preußiſchen Staatsminiſterium zu Königsberg überwieſen[16], und ſo verblieb den Ermländiſchen

---

11) Regier.-Inſtr. vom 21. Sept. 1773 §. 13. sub e. u. f.

12) Nicht einmal über die Gültigkeit der biſchöflichen Landesordnungen und ſonſtigen Edicte rückſichtlich der aus älterer Zeit herrührenden Rechtsverhältniſſe findet ſich irgend eine Beſtimmung vor.

13) Reglem. wegen Beſtellung ꝛc. des biſchöfl. Ermländ. Landvogtei-Gerichts in Heilsberg vom 9. October 1773. (N. C. C. M. loc. cit. p. 2417.).

14) Ueber die Competenz dieſer Landvogtei-Gerichte, welche ſchon im J. 1781 eingezogen wurden, vgl. außer der Reg.-Inſtr. §. 8. u. 9. die gleichzeitig ergangenen Inſtr. für die Weſtpreuß. Landvogtei-Gerichte §. 11. 15. u. 21., und für die Patrim.-Gerichte in Weſtpr. Tit. II. §. 1.

15) Vgl. Reglem. vom 3. Dezbr. 1781 §. 26. (bei Leman a. a. O. No. VIII. S. 195.) mit der topogr. Ueberſicht des Königsb. Regier.-Bezirks vom J. 1820. S. 31.

16) Neue u. verb. Inſtr. für die Oſtpr. Regierung vom 30. Juli 1774 Sect. I. §. 5. u. 6. (N. C. C. M. T. V. P. 3. p. 341 seq.) und Regl. wegen Einrichtung des Juſtizweſens vom 3. Dezbr. 1781 §. 7., vgl. mit Regl. über Vertheilung der Geſchäfte zw. d. Land.-Coll. in Oſtpr. vom 21. Juni 1804, welches die dem Pr. Miniſt. übertragenen Geſchäfte der Kammer zuwies. — S. auch Roden's kurzgef. Nach-

Prälaten, da mit der Landtagsverfaſſung auch die Würde eines Landespräſes wegfiel, von den ausgedehnten politiſchen Gerechtſamen der früheren Zeit, außer dem Rechte zur Beſetzung des Landvogteigerichts[17]), nicht viel mehr, als der fürſtliche Titel, der in Folge ihrer erlauchten Abſtammung von den vorletzten Biſchöfen von Ermland, den Fürſten Carl und Joſeph von Hohenzollern, noch geführt, und erſt in neueſter Zeit erloſchen iſt[18]).

Nicht minder erhebliche Veränderungen, aber doch nicht eine ſo völlige Umgeſtaltung[19]), als die Landes- und Rechtsverfaſſung, erfuhren ſeit der Preußiſchen Occupation die kirchlichen Verhältniſſe der Provinz.

Den evangeliſchen Unterthanen, welche trotz den erlittenen Bedrückungen noch in bedeutender Anzahl ſich erhalten hatten[20]),

---

richt von dem Finanzweſen in Pr. vom J. 1775. Kap. V. No. 2. (im Anh. von Preuß a. a. O. Th. 4. S. 463.).

17) Das Reglem. vom 9. Octbr. 1773 §. 1. ſicherte, unter Vorbehalt königl. Genehmigung, dem Biſchofe und Kapitel dies Recht zu.

18) In dem auf Veranlaſſung der neueſten Streitigkeiten ergangenen Hirtenbriefe des Biſch. Stanislaus v. Hatten vom 19. April 1838 nennt ſich dieſer nur Biſchof, nicht Fürſtbiſchof von Ermland. Auch enthält das an die Weſtpr. Regier. wegen des Canzleiſtyls ergangene Reſer. vom 30. Mai 1774 (N. C. C. M. loc. cit. P. 8. p. 315.), welches den Biſchöfen das Prädicat Herr und Hochwürden beilegt, keine beſondere Ausnahme zu Gunſten Ermlands.

19) Wie entſchieden es auf dieſe abgeſehen war, erhellt daraus, daß das Notiſ.-Patent vom 28. Sept. 1772 Beil. A. für „die publica und die Landeshoheit ſowohl in weltlichen als geiſtlichen Sachen betreffenden Angelegenheiten" dem neu errichteten Oberhofgerichte keine andre Norm gab, als daß es „die bekannten Rechte eines jeden Oberlandesherrn eines ihm eigenthümlich zuſtehenden Landes" zu beobachten habe, welche erſt in der Reg.-Inſtr. vom J. 1773 §. 4., namentlich auch rückſichtlich der katholiſchen Kirchenangelegenheiten, theilweiſe näher beſtimmt wurden.

20) Nach Preuß a. a. O. Th. 4. S. 76. ergab die erſte abgeſonderte Zählung vom J. 1784 122201 Evangeliſche auf 203721 Katholiken; ein für die Evangeliſchen günſtigeres Verhältniß haben die auf Grund der Zählungen vom J. 1818 von mir gemachten Vergleichungen gegeben. Für Weſtpreußen im Ganzen ſtellt ſich hiernach das Verhältniß der Evangeliſchen zu den Katholiken wie 21 zu 22; im Reg.-Bezirk Marienwerder, abgerechnet die von Oſtpreußen und ſonſt hinzugekommenen Diſtricte, haben aber die Katholiken ein Uebergewicht von 4 zu 3, während im Danziger Departement deren Verhältniß zu den Evangeliſchen das von 2 zu 3 iſt. Für den Netzdi-

ward ſofort völlig freie Religionsübung zu Theil, und der Uebertritt zur proteſtantiſchen Kirche, wie umgekehrt, nach erreichten Discretionsjahren Jedem geſtattet [21]). Neue Kirchen entſtanden in nicht geringer Zahl, meiſt auf Staatskoſten [22]); nicht minder ward für Errichtung von Schulen, wozu die evangeliſchen Grundherren ausdrücklich autoriſirt wurden, und für Verbeſſerung des geſammten Schulweſens geſorgt [23]); in Uebereinſtimmung mit dem Vertrage vom J. 1768 blieb der Parochialzwang rückſichtlich der Stolgebühren aufgehoben [24]). Die Einführung der Oſtpreußiſchen Kirchenordnung und ſonſtigen Kirchengeſetze und die gleichzeitige Anſetzung geiſtlicher Inſpectoren, über welche die Regierung zu Marienwerder als Conſiſtorialbehörde die obere Aufſicht führte, vereinigte jetzt auch die bisher getrennten evangeliſchen

---

ſtrict giebt die topograph. Ueberſicht des Reg.-Bezirks Bromberg keinen irgend ſichern Anhalt; doch war hier die katholiſche Kirche in noch entſchiednerem Uebergewicht.

21) Das Notif.-Patent vom 28. Sept. 1772 Art. 6. richtet die Fürſorge der Regierung beſonders „auf die einem jeden Religionsverwandten ungeſtöhrt zu verſtattende Gewiſſensfreiheit und Religionsexercitium nach ſeinen Religionsprincipiis“. Vgl. damit Regier.-Inſtr. von 1773 §. 4. No. 10. sub a.

22) Vgl. Preuß a. a. O. Th. 4. S. 77. und Jacobſon a. a. O. S. 254. u. 55. Die Zahl der evangeliſchen Kirchen giebt noch für 1788 Büſching a. a. O. Th. 2. S. 17. nur auf 68 unter 6 Inſpectoren an, wogegen Jacobſon a. a. O. S. 251. u. 53. ſchon für das J. 1773 deren 79 unter 7 Inſpectoren aufführt. Für den Anfang dieſes Jahrhunderts wird deren Zahl in Holſche's Geogr. und Stat. von Weſt-, Süd- und Neuoſtpr. Berlin 1800 flg. Th. 3. S. 86., einſchließlich des Danziger und Elbinger Gebiets, auf 81 Stadt-, 116 Landkirchen und 59 Filiale berechnet. — In Ermland, wo man ſich anfangs durch Ueberweiſung einzelner Parochialhandlungen an die Schulrectoren zu helfen ſuchte, iſt erſt ſeit dem J. 1817 die Gründung evangeliſcher Pfarrgemeinden erfolgt. Vgl. Jacobſon a. a. O. S. 250. u. 257.

23) Regier.-Inſtr. vom J. 1773 §. 4. No. 10. sub d. vgl. mit Preuß a. a. O. S. 65.

24) Ebend. sub e. vgl. mit Reſcr. vom 4. Januar 1773 (bei Jacobſon a. a. O. Anh. No. 108.) u. Reſcr. des Geh. Ober-Trib. vom 23. Auguſt 1785 (in Leman's Prov.-Recht d. Prov. Weſtpr. Th. 2. S. 236.), welches die Beobachtung des Warſchauer Tractats beſonders einſchärft. Nach dem Reſcr. des geiſtl. Miniſt. vom 28. Auguſt 1818 (bei Jacobſon a. a. O. No. 104.) ſcheint dieſe Aufhebung des Parochialzwangs übrigens immer nur auf den Fall ſich bezogen zu haben, wo die Evangeliſchen eine eigne Kirche beſaßen, oder einer benachbarten ſich bleibend angeſchloſſen hatten.

Gemeinden zu einer Landeskirche[25]). Wie aber der katholiſchen Kirche im Friedenstractate, neben ungeſtörtem Fortbeſitz aller bei der Occupation ihr gehörigen Kirchen und geiſtlichen Güter, ſowohl in Rückſicht der Religionsübung, als der Kirchenzucht der **Status quo** zugeſichert, und zugleich bedungen worden war, daß zu deſſen Nachtheil der König ſeine Souveränitätsrechte nicht geltend machen wolle[26]), wurde der öffentliche Gottesdienſt der Katholiken nirgends geſchmälert oder gehindert, kein Kloſter geſchloſſen[27]), keine ihrer Kirchen genommen, ſelbſt auf das Simultaneum wieder verzichtet, welches die Regierung, um leichter den religiöſen Bedürfniſſen der Evangeliſchen abzuhelfen, eine Zeitlang beabſichtigte[28]). Bei der neuen, dringend nothwendigen Reorganiſation des katholiſchen Schulweſens blieb der Geiſtlichkeit Schulzucht und Unterricht, und die ganze Einrichtung, wie die Beaufſichtigung und Leitung deſſelben, eben ſo die Beſtellung der Lehrer, wurde einem der Prälaten, dem Fürſten Carl von Hohenzollern, Coadjutor von Culm, übertragen[29]). Verlor da-

---

25) Regier.-Inſtr. vom J. 1773 §. 5. vgl. mit Notif.-Pat. Beil. A.

26) Warſchauer Tractat Art. 8.: Les Catholiques Romains jouiront dans les provinces cédées de toutes leurs possessions et propriétés quant au civil, et par rapport à la réligion ils seront entièrement conservés in statu quo, c. à. d. dans le même libre exercice de leur culte et discipline, avec toutes et telles églises et biens ecclésiastiques, qu'ils possédoient au moment de leur passage sous la domination de Sa Maj. Pr. au mois de Sept. en 1772; et Sa dite Maj. et ses successeurs ne se servira point des droits de souverain au préjudice du status quo de la réligion Catholique Romaine dans les pays susmentionnés. — In dem officiellen deutſchen Texte (ſ. Leman's Einl. No. V. S. 112 flg.) wird discipline mit „Kirchenzucht" wiedergegeben; darauf weiſet auch der ganze Zuſammenhang hin.

27) Nach dem in Holſche's Geogr. u. Statiſt. von Weſt-, Süd- und Neuoſtpr. Berlin 1800 flg. Th. 3. S. 84. befindlichen Verzeichniſſe gab es in Weſtpreußen, das Ermland ungerechnet, nicht weniger, als 55 Stifter und Klöſter, in welchen noch zu Anfang dieſes Jahrhunderts über 800 Regularen lebten. Die Zahl der katholiſchen Kirchen wird hier auf 92 Stadt- und 279 Landpfarren und 200 Filialkirchen angegeben.

28) Reſcr. vom 18. März 1799 vgl. mit Vorſtellung des Biſch. von Culm vom 17. Octbr. und Cab.-Ordre vom 22. Octbr. 1799 (in Leman's Prov.-Recht Th. 2. S. 409. und 415 flg.).

29) S. Allg. Reglem. für die in Weſtpr. etablirten kathol. Gymnaſien

her auch die katholiſche Kirche mit der Preußiſchen Occupation Titel und Prärogative der herrſchenden Kirche, in keiner Weiſe ward doch deren Religionsübung beſchränkt.

Unverändert behielt man die bisherige Diöceſaneintheilung des Landes bei, und von den Biſchöfen von Gneſen, Poſen, Plock und Wrazlaweck, welche Polniſcher Hoheit unterworfen blieben, wurde die Beſtellung inländiſcher Delegaten, ſoviel erſichtlich, ſogar nur für die Handhabung der eigentlichen Jurisdictionsrechte verlangt[30]). Für die katholiſchen Angelegenheiten erkannte das Notificationspatent die Gültigkeit „der canoniſchen Rechte, in ſo fern ſie ſich in proteſtantiſcher Landesherrſchaft unterworfenen Ländern anwenden laſſen, und der Landeshoheit in geiſtlichen Sachen nicht entgegen ſind“, eben ſo ausdrücklich an, als daß „in den Parochial- und Kirchenrechten die langwierige und rechtliche Obſervanz und urſprüngliche alte Specialverfaſſungen der Kirchen als ein principium regulativum“ gültig blieben[31]); und wie überhaupt in geiſtlichen Sachen „nach den **Principiis** jeder Religion“ verfahren werden ſollte, ſo gab der König den Prälaten noch die beſondere Zuſicherung, dieſelben „ihre geiſtlichen Aemter und ihre geiſtliche Gerichtbarkeit nach den **Principiis** ihrer Religion ungehindert exerciren zu laſſen, in ſo weit dadurch Unſere Souveränitätsrechte nicht leiden“[32]). Nur die Gerechtſame,

---

vom 1. Juni 1781 in Leman's Prov.-Recht für Weſtpr. Th. 2. No. 88. S. 206 flg. — Nach dieſem vom Coadjutor von Culm entworfenen Reglement beſtanden die alten Jeſuiter-Collegien zu Schottland, Braunsberg, Graudenz, Conitz, Bromberg, Röſſel, Marienburg und Crone als Gymnaſien fort, und wurden die beiden erſten zugleich zu gymnasiis academicis erhoben, auf welchen und dem Seminare zu Culm die theologiſchen Studien der kathol. Candidaten betrieben werden ſollten.

30) Vgl. Bericht der Weſtpr. Reg. über die Verfaſſ. der kath. Geiſtl. u. der biſchöfl. Gerichte vom 14. März 1800, in Leman's Prov.-R. v. Weſtpr. Th. 2. No. 112. S. 420 flg. und in Amelang's Neuem Archiv Th. 1. S. 269. — Hiernach und nach dem, was Leman in ſeiner Einl. §. 28. S. 60 flg. bemerkt, fehlte es für die Diöc. Plock ſogar in Betreff der Gerichtbarkeit an ſolcher Delegation ganz, und auch der Poſener Official zu D. Crone hatte nur die Inſtruction der Sache, deren Entſcheidung in Poſen ſelbſt erfolgte.

31) Notif.-Patent vom 28. Sept. 1772 Beil. A. S. 91.

32) Reg.-Inſtr. v. 21. Sept. 1773 §. 4. No 14. im Eing. u. §. 5. im Eing.

welche die Könige von Polen bisher in kirchlichen Dingen geübt hatten, namentlich deren althergebrachte Nominationsrechte, nahm einerſeits die Regierung in Anſpruch; andererſeits unterwarf ſie, ähnlich wie in Schleſien [33]), die geſammte kirchliche Verwaltung theils einer genaueren Aufſicht der weltlichen Behörden, theils einzelnen Beſchränkungen. Wie aber jenes dem Warſchauer Tractate, welcher die Provinz „mit allen, ſowohl bürgerlichen und politiſchen, als geiſtlichen Rechten, und überhaupt mit allem, was zur Souveränität dieſer Länder gehöret", abgetreten hatte [34]), durchaus conform war, und daher allem Anſcheine nach unerheblichen Widerſpruch fand, ſo iſt auch nicht zu verkennen, daß die Einſchränkungen der Kirchengewalt, welche damals beliebt wurden, zu großem Theile keineswegs der bisherigen Verfaſſung fremd waren, wenn ſie auch bei der innern Auflöſung des Polniſchen Reichs in den letzten Zeiten mehr in Vergeſſenheit mochten gerathen ſein.

Die Verpflichtung der geſammten Geiſtlichkeit zur Leiſtung des Homagialeides, welcher jederzeit der landesherrlichen Beſtätigung der Proviſion vorangehen ſollte [35]), war in dieſer Ausdehnung allerdings Abweichung von der hergebrachten Verfaſſung; aber die Biſchöfe hatten von jeher als Mitglieder des Senats dem Könige den Eid des Gehorſams und der Unterthänigkeit geleiſtet [36]), und weder war es dem Biſchofe, noch dem Kapitel von Ermland bedenklich erſchienen, ſich in dem Vertrage vom J. 1479 zur Leiſtung des Treueides zu verpflichten, und zugleich die Zuſage zu ertheilen, daß bei der Anſtellung alle Geiſtlichen auf den

---

33) Ein Reſcr. vom 4. Octbr. 1773 an die Weſtpr. Regierung (mitgeth. von Jacobſon a. a. O. S. 195.) erklärte ausdrücklich, daß der König in der dortigen Provinz in Anſehung der katholiſchen Geiſtlichkeit die ſchleſiſche Verfaſſung eingeführt wiſſen wolle.

34) Bezeichnender noch iſt der Ausdruck im franzöſiſchen Texte des Art. 2.: tous les droits tant pour le civil et politique, que pour le spirituel.

35) Regier.-Inſtr. §. 4. No. 1. u. No. 11. sub c. — Bei der Beſetzung Weſtpreußens war die Erb-Landeshuldigung, außer von ſämmtlichen Biſchöfen, Aebten und Prälaten, auch von je vier Geiſtlichen und Prieſtern für jeden Landesdiſtrict gefordert und geleiſtet worden. Vgl. Patent vom 13. Sept. 1772.

36) Hartknoch de republ. Polon. Lib. II. c. 1. p. 326.

Thorner Frieden vereidigt werden ſollten [37]). Das landesherrliche Placet haben ſchon in früher Zeit die Polniſchen Könige, und nicht etwa bloß bei päbſtlichen Proviſionen, in Anſpruch genommen [38]), und ſo fehlte es keineswegs an Präcedenzen, als Friedrich II. gleich bei der Beſitznahme die, obenein unter damaligen Verhältniſſen unerläßliche Vorſchrift erließ, daß die Publication päbſtlicher Bullen oder biſchöflicher und ſonſtiger geiſtlicher Verordnungen nicht ohne landesherrliche Genehmigung geſchehen dürfe [39]). Altes Herkommen war ferner die Anzeige der bevorſtehenden Wahlen und deren Approbation, welche die Regierung forderte [40]), die Ausdehnung aber dieſer Anzeige und Genehmigung

---

37) Vgl. Petrikauer Vertrag zwiſchen Biſch. Nicolaus von Ermland und König Caſimir dem Gr. vom J. 1479 im Commune inclyti Polon. regni privil. fol. 159 b. und Prilusii leges et statuta Lib. V. c. 8. p. 754.

38) So hat nach Zalaszowski ius regni Polon. tit. 32. p. 679. ſchon im J. 1451 König Caſimir einen Beſchluß des Reichstags veranlaßt, daß kein Landesbiſchof ohne Genehmigung des Königs und der Reichsräthe die Cardinalswürde erhalten könne; ein Breve Clemens VII., welches auch den Biſchöfen Polens die freie Collation in den graden Monaten zuſicherte, wurde von König Sigismund ausgewirkt, und den Biſchöfen zum Behufe der Publication zugefertigt (Prilusii leg. cit. Lib. I. c. 4. p. 92.); daß die päbſtlichen Nuntien erſt ihre Facultäten zur Approbation vorlegen mußten, bezeugt Chwalkowski regni Pol. ius publ. Lib. III. c. 1. p. 397. ausdrücklich, und eben ſo wenig fehlt es an andern Beweiſen, daß dem Römiſchen Stuhle eine aller Controlle ledige Ausübung ſeiner Legislations- und Jurisdictionsgewalt keineswegs zugeſtanden wurde. Was aber die kirchliche Landesgeſetzgebung betrifft, ſo iſt dieſe ſeit der zweiten Hälfte des 17ten Jahrh. ſogar vorzugsweiſe von dem Reichstage ausgegangen, trotz dem, daß die Biſchöfe hier nur im Senate Sitz und Stimme, und nicht einmal in dieſem das Uebergewicht der Stimmen hatten.

39) Notif.-Patent v. J. 1772. Art. 6. u. Beil. A., Weſtpr. Regier.-Inſtr. §. IV. No. 11. sub b.

40) Die Wahl der Aebte und Pröbſte bezeichnet Cromeri Polonia p. 143. zwar als faſt abgekommen, fügt aber hinzu: ad electionem quidem certe Regius assensus et Episcopi auctoritas accedat oportet, und bemerkt nur, daß in den Bettelklöſtern beides nicht gebräuchlich ſei. Zalaszowski l. l. tit. 42. p. 866 seq. bezieht ſich für die Anzeige der bevorſtehenden wie getroffenen Abtswahlen auf einen Reichstagsſchluß vom J. 1588, und hebt hervor, daß ſelbſt die Ciſterzienſer, welche ihr Wahlrecht behaupteten, anerkannt hätten, es müſſe der Erwählte persona nationalis, regi et reipublicae grata ſein. Vgl. auch, was oben §. 2. über die Ermländer Biſchofswahl u. ſ. w. bemerkt iſt. Neuerung war in dieſer Hinſicht nur, daß nach dem Note 33. citirten

auf alle Vacanzen geiſtlicher Aemter und Pfründen [41]) nicht entfernt Beſchränkung der kirchlichen Proviſionsrechte, ſondern nur auf Wahrung der landesherrlichen Präſentations- und Nominationsrechte, und vornemlich darauf berechnet, daß keiner ohne vorgängige Huldigung geiſtliche Aemter erhalte; zugleich ſicherte ſie die alten Indigenats-Privilegien [42]), welche jetzt freilich, ſeitdem Preußen von Polen getrennt war, der katholiſche Clerus nicht mehr gelten laſſen mochte, die Regierung aber mit vollem Rechte feſthielt [43]). Von alter Zeit ſchon beſtand in Preußen wie Polen das Verbot, daß Kirchen und geiſtliche Stiftungen nicht ohne beſondern Conſens des Königs Immobilien erwerben dürften [44]), welches jetzt nur, unter Ausdehnung dieſes Conſenſes auf

Reſcr. auch in Weſtpr. immer je drei Candidaten durch dreifaches Scrutinjum erwählt und präſentirt werden mußten.

41) Weſtpr. Reg.-Inſtr. a. a. O. sub c.

42) In Uebereinſtimmung mit dem von Wladislaw Jagello ſchon im J. 1433 ertheilten Indigenats-Privilegium (ſ. oben §. 4. Note 17.) erkannte König Johann Albert im J. 1496 für alle Dignitäten, Canonicate u. ſ. w. in den Domkapiteln das Indigenat als unerläßliche Bedingung an, und für die Abteien wie Probſteien ward wiederholt durch Statute vom J. 1530, 1539, 1550 dieſelbe Bedingung nur mit der Beſchränkung beſtätigt, daß in den Klöſtern, welche auch auswärts Güter beſäßen, abwechſelnd Polen und Deutſche zur Abtswürde gelangen ſollten. Vgl. Zalaszowski l. l. tit. 42. et 43. p. 866 seq. u. 889.

43) Für die Dom- und anderen Stifter ward der unbedingte Ausſchluß der Ausländer von neuem durch ein Reſcr. vom 31. März 1783 (bei Jacobſon a. a. O. No. 92. S. 297.) ausgeſprochen.

44) Schon im J. 1526 verordnete u. a. Sigismund I.: ut ecclesiastici bona terrestria ecclesiis adscribenda et approprianda seu incorporanda absque speciali consensu nostro amodo nonnisi a suis vasallis emant, ne obsequia nobis ex ipsis debita intereant (Lengnich Geſch. d. Pr. Lande Th. 1. S. 9 flg. u. Doc. p. 4.), und obwohl anfangs die Städte, weil ſie nicht zugezogen waren, gegen dieſe Landes-Conſtitution Widerſpruch erhoben, ſo ward ſie doch ſpäter als unbeſtrittenes Landes-Privilegium in die Iura municip. terrarum Prussiae sub No. 12. aufgenommen. — Auch in Polen galt nach Prilusii leges s. statuta cit. Lib. V. c. 3. fol. 778. jenes Geſetz Sigismund's, in Folge deſſen ſeit dem Ende des 16ten Jahrhunderts zu jeder neuen geiſtlichen Stiftung die Zuſtimmung des Reichstags unerläßlich war (Hartknoch de republ. Pol. Lib. II. c. 2. §. 4. in f.). Hier hatte ſogar ſchon Caſimir der Gr. nach Commune incl. Pol. regni privil. fol. 10a. den Geiſtlichen verboten, bona patrimonialia zu acquiriren, und beſtimmt, daß ſie bei Verweigerung der Kriegsdienſte

alle anderweitigen Geſchenke und Zuwendungen von mehr als 500 Thalern, die Preußiſche Geſetzgebung erneute [45]); und wenn die Art, wie durch regelmäßige Rechnungslegung und Reviſion für gehörige Verwaltung und Verwendung des Kirchenguts geſorgt werden ſollte [46]), als Neuerung ſich darſtellte, ſo hatten wenigſtens unter beſonderen Umſtänden ſchon die Polniſchen Könige ſich für ermächtigt gehalten, den Vermögenszuſtand der Klöſter unterſuchen zu laſſen, und ſogar die Verwaltung der Güter den Obern zu entziehen [47]).

Größeres Befremden mochte dagegen bei dem geſammten katholiſchen Clerus die Einſchränkung der geiſtlichen Gerichtbarkeit erregen, zu welcher ſich die Preußiſche Regierung veranlaßt fand [48]), indem den katholiſchen Conſiſtorien nur noch in reingeiſtlichen Sachen und über Amtsvergehen der Geiſtlichen, auch in Eheſachen allein über die Trennung der Ehe, eine Cognition zuſtehen ſollte, alle übrigen Rechtsſachen aber, welche bisher noch vor das geiſtliche Forum gehört hatten, gleich den perſönlichen Rechtsſtreitigkeiten der Cleriker, den weltlichen, jedoch nur den höheren landesherrlichen, nicht den Stadt- und Patrimonial-Gerichten überwieſen wurden [49]). Zwar fehlte es in der bisherigen Verfaſſung

---

dieſelben ihren nächſten Verwandten des Laienſtandes überlaſſen müßten, oder Einziehung zu gewärtigen hätten.

45) Regier.-Juſtr. a. a. O. sub No. 13. vgl. mit Edict v. 21. Juni 1763.

46) Ebend. sub No. 12.

47) Vgl. Lengnich a. a. O. Th. 2. S. 49. u. 179.

48) Notif.-Patent v. J. 1772 Art. 7.: „Wir ſind den cathol. Religionsverwandten ihre beſondere bishero gehabte geiſtliche Gerichtbarkeit noch ferner, jedoch dergeſtalt zu laſſen gemeinet, daß ſie bloß und allein über causas vere ecclesiasticas zu cognosciren befugt ſeyn, von allen causis civilibus aber, wenn ſie auch eine geiſtliche Perſon angehen, auch wenn ſelbſt super iure patronatus et decimis geſtritten wird, nicht weniger von aller Ausübung einer Criminal-Jurisdiction abſtiniren ſollen . . . Causas matrimoniales zwiſchen zweyen der cathol. Religion zugethanen Perſonen überlaſſen Wir den cathol. geiſtlichen Gerichten. Sobald aber auch nur eine der Partheyen . . . andrer, als catholiſcher Religion ſind, gehören alle dieſe Eheſachen, wie auch die Sponſalienklagen überhaupt, für die weltlichen Gerichte", vgl. mit Regier.-Juſtr. §. IV. No. 11. sub e, wo noch beſtimmt iſt, daß die Nachlaßſachen der Cleriker nicht vor die geiſtlichen Gerichte gehörten, höchſtens von dieſen, wo Gefahr im Verzuge iſt, die Obſignation des Vermögens geſchehen könne.

49) Notif.-Pat. v. J. 1772. Art. 10. vgl. mit Juſtr. für die Patrim.-

auch für ſolche Einſchränkungen nicht an allen Präcedenzen [50]). Allein wie die katholiſche Kirche auch früher ſchon dieſe Hintanſetzung der canoniſchen Rechtsvorſchriften mehr nachgeſehen, als anerkannt haben [51]), und eine Beruhigung darin finden mochte, daß zu jener Zeit die weltlichen Richterämter allein in den Händen ihrer Glaubensgenoſſen ſich befanden, ſo waren auch in Polen die meiſten der ſ. g. causae ecclesiasticae mixtae bisher nicht, wie in Schleſien, den gewöhnlichen weltlichen, ſondern gemiſchten Gerichten überwieſen geweſen, in welchen geiſtliche Beiſitzer Sitz und Stimme hatten. Ob aus Verſehen oder abſichtlich, war außerdem die für Schleſien ergangene Zuſicherung in Preußen nicht beliebt worden, daß mit Rückſicht auf die causae ecclesiasticae der Regierungsbehörde ein katholiſcher Prälat als geiſtlicher Conſiſtorialrath beigeordnet werden ſolle [52]); offenbar war auch, bei der weit überwiegenden Mehrzahl der Katholiſchen, der Grundſatz, daß in gemiſchten Eheſachen nicht nach der Perſon des Beklagten die Competenz ſich entſcheiden, ſondern jederzeit für das weltliche Gericht begründet ſein ſolle [53]), hier größeren Anſtoß, als in Schleſien zu erregen geeignet, zumal die Faſſung der neuen Geſetze

Ger. Tit. II. §. 1., für die Weſtpr. Landvogtei-Ger. §. 21., für die Reg. §. VIII. sub No. 6. u. 7. und Regl. für die Unterger. in Weſtpr. vom 20. Aug. 1802 in Stengel's Beitr. Th. 17. S. 98.

50) S. oben §. 2. Note 15 flg.

51) Dies erhellt ſchon daraus, daß die Polniſchen Synodalſtatuten, wo der geiſtlichen Gerichtbarkeit Erwähnung geſchieht, die dahin gehörigen Rechtsſachen ganz im Sinne des gemeinen canoniſchen Rechts beſtimmen, und theilweiſe, wie rückſichtlich des fori contractus, der causae testamentariae u. ſ. w., ſelbſt darüber hinausgehen.

52) Nur die Beiordnung eines evangeliſchen geiſtlichen Conſiſtorialraths wurde bei Organiſation der Weſtpreuß. Regierung verfügt, und die Ernennung mehrerer geiſtlicher Beiſitzer in Ausſicht geſtellt (Weſtpr. Reg.-Inſtr. §. III. im Eing. u. § V. zu Anf.). Ueber Schleſien vgl. das Patent betr. die Einricht. d. geiſtl. u. weltl. Juſtiz-Weſens vom 15 Januar 1742 §. 18.

53) Auffallend iſt, daß der Warſchauer Tractat v. J. 1768, obwohl er über Trauung und Kindererziehung bei gemiſchten Ehen nähere Beſtimmungen giebt, über die Competenz in derartigen Eheſtreitigkeiten nichts enthält, wozu um ſo mehr Anlaß vorlag, als die in den Actis hist. eccles. Th. 7. S. 370. mitgetheilte Poſener General-Vicariats-Verordn., welche den evangeliſchen Predigern bei Strafe von 1000 Ung. Duc. verbietet, die Kinder aus gemiſchten Ehen zu den Sacramenten zuzulaſſen, zeigt, in welchem Maaße die katholiſche Geiſtlich-

es ſogar zweifelhaft ließ, ob nicht auch für den katholiſchen Theil durch das Scheidungsurtheil der weltlichen Gerichte das Recht zur Eingehung einer, wenigſtens geſetzlich gültigen, neuen Ehe gewonnen ſei [54]).

Mehr jedoch, als alle dieſe Aenderungen des geiſtlichen Gerichtsweſens, für welches ſpäter obenein die gleichſam vermittelnde Beſtimmung beliebt wurde [55]), daß die Geiſtlichen bei jedem Prozeſſe, namentlich über Kirchen- und Pfarrgerechtſame, zuvor ein Gutachten des katholiſchen Conſiſtorii einholen, und zu ihrer Legitimation vorlegen ſollten, haben ſicher die Maaßregeln große Unzufriedenheit erweckt, welche die Regierung in Betreff der geiſtlichen Güter traf. Die Steuerpflichtigkeit derſelben war allerdings ſeit ſo langer Zeit hergebracht, daß die Ausdehnung der neuen Catastrirung, welche ſofort nach Beſitznahme des Landes ins Werk geſetzt wurde [56]), auf alle Beſitzungen der Kirchen und Klöſter, wohl nur wenig Aufſehn machte. Selbſt die Erhöhung der Steuer auf 50% des Ertrags [57]) konnte nach den bei der Cataſtrirung befolgten Grundſätzen, und da fortan die früher ſo häufigen außerordentlichen Beiſteuern nicht zu befürchten waren [58]), kaum als

---

keit ſich die Jurisdictionsgewalt in derartigen Fällen beigelegt hat. Nur die allgemeine Clauſel über die vor das neu errichtete iudicium mixtum gehörigen Rechtsſachen (ſ. oben §. 7. Note 19.) ſcheint für deſſen Competenz bei gemiſchten Ehen zu ſprechen.

54) Notif.-Pat. Beil. A. und Reg.-Inſtr. §. IV. No. 10. sub f. und §. XIII. sub l.

55) Circ. der Weſtpr. Regier. v. 4. Febr. 1800 bei Jacobſon a. a. O. No. 111. S. 316.

56) Vgl. Preuß a. a. O. Th. 4. S. 57 flg. S. 367 flg. u. 372, wo zwei hierauf bezügliche Cab.-Ordren an den damaligen Ober-Präſid. von Dombardt vom 1. u. 2. Novbr. 1772 mitgetheilt ſind; außer der Inſtr. für die Weſtpr. Contrib.-Einr.-Commiſſarien vom 5. Juni 1772 (in Leman's Prov.-Recht für Weſtpr. Th. 2. No. 19. S. 136.), die einzigen authentiſchen Quellen, welche m. W. über dieſe ſo wichtige und näherer Aufklärung werthe Angelegenheit zugänglich ſind.

57) Dieſe Quote ward für alle geiſtlichen Güter ohne Unterſchied feſtgeſetzt, nur mit Ausnahme der geringeren Pfarren, welche nach dem bisherigen Fuße ſteuern ſollten.

58) Eine Zuſicherung, wie in Schleſien, daß die Contribution nicht erhöht, noch eine neue Steuer den Gütern auferlegt werden ſolle, iſt auch in Weſtpreußen für die geſammten Stände, Vaſallen und Unter-

eine drückende Belaſtung erſcheinen, und mochte nur in den Klöſtern Beſorgniſſe erregen, welche ſchon in der Beſtimmung [59]), daß fortan Niemand ohne beſondere Erlaubniß der weltlichen Behörden in den Kloſterſtand treten dürfe, wie ſehr ſie auch durch den kirchlichen Zuſtand der Provinz gerechtfertigt war, eine gegen ihren Fortbeſtand gerichtete Maaßregel zu finden geneigt waren. Anſtatt aber auf ſtrengere Controlle der geiſtlichen Verwaltung ſich zu beſchränken, um dadurch rechtswidrigen Verwendungen der Kircheneinkünfte vorzubeugen, anſtatt indirect, wie in Betreff der weltlichen Güter, durch Verordnungen und landespolizeiliche Einrichtungen auf die Hebung der Landescultur hinzuwirken, die allerdings dringendes Bedürfniß ſein mochte, würde der Geiſtlichkeit, „damit ſie durch deren Bewirthſchaftung nicht diſtrahiret, und an ihren geiſtlichen Verrichtungen um ſo weniger behindert werden möchte“, die eigene Verwaltung der Stifts- und Kloſtergüter gänzlich genommen, und gleich wie bei den Domänen den landesherrlichen Kammerbehörden überwieſen [60]), von denen die Hälfte

thahen geiſt- und weltlichen Standes unterm 12. Mai 1787 ergangen. S. Leman's Prov.-Rechte von Weſtpr. Th. 2. No. 55. S. 262.

59) Vgl. Weſtpr. Reg.-Inſtr. §. IV. No. 14. Die große Zahl von Regularen (ſ. oben Note 27.), von denen nur wenige in der Seelſorge thätig waren (Holſche a. a. O. giebt deren Zahl auf 87 gegen 485 Weltgeiſtliche an), rechtfertigte dieſe Maaßregel zur Genüge, bei deren Ausführung übrigens die Weſtpr. Regierung die geiſtlichen Vorgeſetzten der Diöceſe je nach Befinden zuziehen ſollte.

60) Die Cab.-Ordre vom 1. Novbr. erklärte, „daß ſolche (die geiſtlichen Beſitzungen und liegenden Gründe), da die Geiſtlichkeit von derſelben Bewirthſchaftung nichts verſteht, von denen Kammern übernommen und gehörig adminiſtrirt oder verpachtet, deren Grundherrſchaften aber, ſie ſeien Biſchöfe, Aebte, Prälaten oder andere Vorgeſetzte geiſtlichen Ordens, von dem reinen Ertrage, nach Abzug aller Bau-, Vergütigungs- und anderer Neben-Unkoſten, wie ſolche Namen haben mögen, 50% bezahlet werden ſollen“. Eine eigenhändige Nachſchrift: „Wir wollen auf die geiſtlichen Güter den Cataſter nach dem jetzigen Ertrag reguliren, und was durch die Verpachtung mehr herauskommt, fließt zu meinen Caſſen“ veranlaßte unterm 2ten d. M. eine Declaration dahin, „daß bei Beſtimmung der denen Geiſtlichen von ihren Beſitzungen bewilligten 50% der von der jetzigen Claſſific.-Commiſſion ausgemittelte Ertrag jederzeit zum Grunde genommen, davon zuvörderſt die Bau- und anderen Koſten abgezogen, und der reine Ueberſchuß ſodann erſt getheilt, das aus denen ex post gemachten Verbeſſerungen aufgekommene Surplus aber Meiner Hälfte allezeit zuwachſen ſolle“.

des cataſtrirten Ertrags, nach Abzug der Bau- und ſonſtigen Koſten [61]), den bisherigen Beſitzern als Competenz ausgezahlt werden ſollte. Eine förmliche Einziehung dieſer geiſtlichen Güter zum Domänenfond fand zwar, wie es ſcheint, nicht ſtatt, vielmehr behielten Stifter, Klöſter, Kirchen u. ſ. w. den Titel ihres früheren Eigenthums [62]). Aber auch ſo blieb dieſe Maaßregel auffallend genug, welche das im Warſchauer Tractate wohlbegründete Recht der kirchlichen Inſtitute finanziell-polizeilichen Intereſſen unterordnete, und dem katholiſchen Clerus gleichſam nur ein auf

61) Auf die Aeußerung Friedrich's des Gr. in einem Briefe an Voltaire vom 29. Febr. 1775: Nos évêques conserveront 24000 écus de rente; les abbés 7000, kann hiernach, da der Betrag der Competenz bei jeder Stelle verſchieden ſein mußte, nicht viel Gewicht gelegt werden (Preuß a. a. O. Th. 4. S. 76.). Mit den Einkünften des Ermländer Biſchofs, welche nach Lengnich vom Preuß. Landesrath §. 23. früher 64000 Rthlr. betrugen, mag die obige Summe wohl übereinſtimmen; Normal-Gehalt war ſie gewiß nicht.

62) Die erſte vom Könige dem Ober-Präſ. v. Domhardt im Octbr. 1771 gegebene Inſtruction lautete nach Preuß a. a. O. S. 58. allerdings dahin, „die Staroſteien und geiſtlichen Güter als Domänen einzuziehen und zu verpachten, die Beſitzer beider aber zu entſchädigen"; auch bemerkt Holſche a. a. O. Th. 3. S. 162., die Weſtpr. Domänen ſeien aus den ehemaligen polniſchen Staatsgütern, aus den Staroſteien und eingezogenen geiſtlichen Gütern entſtanden, und wie unter den von ihm aufgeführten Domänen-Aemtern viele ſind, welche früher unzweifelhaft in geiſtlichem Beſitze ſich befanden, ſo waren auch die von Büſching a. a. O. Th. 2. S. 102. als königl. Domänen-Aemter benannten Güter (mit Ausnahme von Allenſtein, Mehlſack und Frauenburg, welche dem Domkapitel gehörten) ſämmtlich in früherer Zeit biſchöfliche Beſitzungen (vgl. Baczko in den Beitr. zur Kunde Pr. Th. 3. S. 871.). Jene Cab.-Ordren ſprechen aber nur von Adminiſtration durch die Kammern; auch iſt m. W. eine Verordnung, wodurch, wie in Neuoſtpreußen, die geiſtlichen Güter zu den Domänen eingezogen wären, für Weſtpreußen nicht ergangen. Ganz beſonders aber ſpricht dafür, daß wenigſtens dem Beſitztitel nach die Güter auch ferner als der Kirche gehörig betrachtet worden ſind, der Umſtand, daß nach der Topogr. Ueberſ. des Königsb. Regier.-Bezirks S. 141 flg. noch in neueſter Zeit über die zu den ehemaligen Kapitular-Beſitzungen des Ermlands gehörigen Pfarren das Patronatrecht dem Domkapitel zuſteht, obwohl, auf Grund einer (ungedruckten) C.-O. vom 12. Febr. 1796, ein Reſcr. des Staatsraths vom 28. May 1800 (ſ. Korn'ſche Neue Ed.-Samml. Th. 7. S. 61 flg.) das Patronatrecht auf den eingezogenen geiſtlichen Gütern, mit Ausnahme nur der biſchöflichen Tafelgüter, wo die Pfarreien dem biſchöflichen Collationsrechte ferner noch unterlägen, als dem Fiscus angefallen betrachtet. Völlige Gewißheit über dieſen Punkt fehlt daher zur Zeit noch.

Grund und Boden radicirtes Staatsgehalt beließ[63]); in jener Zeit, wo die Doctrin noch nicht das Säculariſationsrecht als Attribut der Landeshoheit geltend, noch weniger die Praxis mit ſolchem Ergebniſſe politiſcher Nothwendigkeit vertraut gemacht hatte, wäre ſie vielleicht ſelbſt für den ruhigen Beſitz der neuen Landesgebiete nicht ohne Nachtheil geweſen, wenn nicht die Regierung mit der fürſorglichſten Beförderung des materiellen Wohls aller Unterthanen die gewiſſenhafteſte Aufrechthaltung der Religionsfreiheit und Rechtsgleichheit beider Confeſſionen verbunden hätte.

§. 9.

Kirchlicher Zuſtand der durch die zweite und dritte Theilung Polens erworbenen Provinzen.

Aehnlicher Reorganiſation, wie Weſtpreußen, unterlagen auch die Polniſchen Gebiete, welche nebſt den Städten Danzig und Thorn bei der zweiten und dritten Theilung Polens in den J. 1793 und 1795, unter dem Namen von Südpreußen und Neuoſtpreußen[1]), mit der Preußiſchen Monarchie vereinigt wurden, indem, nach anfänglicher Beibehaltung der Polniſchen Rechtsverfaſ-

63) Nicht recht erſichtlich iſt hiernach, was es bedeuten ſoll, wenn die angef. C.-O. es ablehnt, gleich dem Oeſterreichiſchen Hofe die Geiſtlichkeit auf „Penſiones“ zu ſetzen, weil der König „von einer differenten Religion in dieſem Stücke mehr Menagement zu obſerviren habe“. Vielleicht war der Vorſchlag auf Gehalte gerichtet, die in gewöhnlicher Weiſe aus den allgemeinen Staatskaſſen gezahlt werden ſollten.

1) Zu jenem gehörte alles Land bis zur Pilica und Weichſel, und auf dem öſtlichen Ufer dieſes Fluſſes ein Strich Landes von oberhalb Warſchau bis zum Zuſammenfluſſe des Bug und der Narew; nur der ſüdlichſte Theil, aus dem Herzogthume Sewerien und einigen Stücken der Cracauer Woiwodſchaft beſtehend, ward unter dem Namen von Neuſchleſien zum Herzogthume Schleſien geſchlagen. Die Provinz Neuoſtpreußen ward aus den auf dem rechten Weichſelufer, ſüdlich und öſtlich von Preußen belegenen Polniſchen Gebieten bis zur Memel und zum Bug gebildet. — Die auf dieſe zweite und dritte Theilung bezüglichen Verträge und ſonſtigen Documente, namentlich die Verträge zu Grodno vom 13. Juli und 25. Sept. 1793 und die Petersburger Verträge vom 24. Octbr. 1795 und 26. Januar 1797 ſ. in Martens Recueil T. V. p. 162—67. p. 202—209. und T. VI. p. 699—720.

faſſung[2]), die Preußiſche Geſetzgebung eingeführt[3]), und die Landesadminiſtration ähnlich wie in der übrigen Monarchie eingerichtet wurde[4]), nur daß die Regierungen ganz auf die Rechtspflege beſchränkt, den Kriegs- und Domänenkammern dagegen neben der Polizei- und Domänenverwaltung die geſammte innere Landesadminiſtration, namentlich die Landeshoheits-, ſo wie die geiſtlichen Sachen aller Confeſſionen überwieſen waren[5]).

Durch die Einführung des Landrechts hörte auch hier von ſelbſt der Druck auf, unter welchem, vor allem in politiſcher Hinſicht[6]), die Evangeliſchen immer noch in Polen gelebt hatten. Völlige Religionsfreiheit ward ihnen zu Theil, und die Verbindung, welche ſie durch Provincial-Synoden und eine General-Union mehr zu begründen verſucht, als feſt geknüpft hatten[7]),

---

2) Edict wegen der Geſetze und Rechte in Südpreußen vom 28. März 1794 §. 1. 4. u. 5. und Public. wegen vorläuf. Einr. des Juſtizweſens in Neuoſtpr. vom 31. März 1796, welches ſogar die Polniſchen Gerichte erſter Inſtanz, obſchon nur interimiſtiſch und aus Noth, beſtehen ließ.

3) Patent wegen der Geſetze und Rechte in Neuoſt- und Südpr. vom 30. Mai 1797. Nur in Sachen geiſtlicher Zinſen und Zehnten ſollte das Polniſche Recht in Kraft bleiben.

4) S. Reglem. über die Geſchäftsorth. zw. d. Südpr. Landes-Collegiis vom 15. Dezbr. 1795, Reglem. über d. Geſchäftsorth. zw. d. Neuoſtpr. Land.-Coll. vom 3. März 1797 und Patent wegen Einricht. des Juſtizweſens in Neuoſtpr. vom 23. April 1797. — Vgl. auch Holſche a. a. O. Th. 1. S. 278 flg. u. 349 flg. und Th. 2. S. 527 flg., wo man zugleich über die vor der definitiven Einrichtung getroffenen Maaßregeln näheren Aufſchluß findet.

5) Reglem. vom 15. Dezbr. 1795 §. 1. 2. u. 4., und Pat. vom 23. Apr. 1797 §. 4 flg. — Bei der erſten Einrichtung der Landesverwaltung hatten die Regierungen und die ihre Stelle vertretenden Haupt-Juſtiz-Commiſſionen die Landeshoheits- und geiſtlichen Sachen erhalten, und war zugleich die Weſtpr. Regier.-Inſtruction auch für Neuoſtpr. zur Norm erklärt worden (Inſtr. für die Neuoſtpr. Commiſſ. vom 31. März 1796 §. 35. u. 39.).

6) Dem Warſchauer Tractate entgegen war es, nicht ohne ſtillſchweigende Zuſtimmung der theilenden Mächte, namentlich bei dem Ausſchluſſe der Diſſidenten vom Reichstage geblieben.

7) Vgl. hierüber die Notizen bei Jacobſon a. a. O. S. 274 flg. — Reſultat dieſer Vereinigung war auch das von Scheidemantel in Jena entworfene „Allg. Kirchenrecht beyder evang. Confeſſ. in Polen und Litthauen vom J. 1776“, deſſen Entwerfung auf einer General-Synode der lutheriſchen Kirchen Großpolens im J. 1775 (ſ. Walch a. a. O. Th. 6. No. 6.) gleichzeitig mit der Errichtung eines Conſi-

gewann ſeitdem den Charakter wirklicher Kirchengemeinſchaft. Indeſſen ſo ſehr war in Litthauen, einſt dem Hauptſitze der evangeliſchen Lehre im Polniſchen Reiche, die Zahl ihrer Gemeinden geſchmolzen, daß ſie ſelbſt noch mehrere Jahre nach der Preußiſchen Occupation nur drei reformirte Kirchen und eine lutheriſche beſaßen[8], und an den der Preußiſchen Grenze entlegneren Orten ſich mit dem Gottesdienſte begnügen mußten, welchen von Zeit zu Zeit die Feldprediger hielten. Zahlreicher waren die Evangeliſchen in Südpreußen, namentlich in der ehemaligen Woiwodſchaft Poſen[9]; doch auch hier befand ſich die alte Synodalverbindung in ſichtlichem Verfalle[10], und erſt allmählich konnte das evangeliſche Bekenntniß durch Errichtung neuer Kirchen[11], Herſtellung der Kreisinſpectionen und Reorganiſation des reformirten Synodalweſens[12] wieder feſten äußern Beſtand erlangen.

Mit dieſen Provinzen, die hiernach in noch größerem Maaße als Weſtpreußen für katholiſche Landestheile gelten mußten, hatte

ſtorii beſchloſſen wurde, das aber ſpäter nicht allgemeine Anerkennung fand.

8) Holſche a. a. O. Th. 1. S. 258. u. 259.

9) Holſche a. a. O. Th. 2. S. 265. giebt für das Poſenſche Departement, welches die Woiwodſchaften Gneſen, Poſen und Cujavien mit einem kleinen Theile von Kaliſch umfaßte, die Zahl der Lutheraner auf 115822, faſt ⅓ der ganzen Bevölkerung, die der Kirchen auf 62 an, zu denen noch die Warſchauer Gemeinde und 9 Kirchen im Kaliſcher Departement kommen, wogegen die Zahl der Reformirten, welche außerdem nur noch eine Kirche im Kaliſcher Departement hätten, im Poſenſchen nur 2378 mit 7 Kirchen betragen habe.

10) Der Liſſaer General-Synode vom J. 1705 wohnten nur 29 lutheriſche Gemeinden bei.

11) Vgl. Reſcr. des Juſt.-Depart., die Einrichtung proteſt. Kirchſpiele betr. vom 25. Januar 1796 (bei Stengel a. a. O. Th. 10. S. 152.,) wonach übrigens die Erbauung und die Dotation der neuen Kirchen faſt ganz auf Koſten der betreffenden Gemeindeglieder erfolgen ſollte, deren Beiträge als onera realia auf die einzelnen Grundſtücke fixirt wurden.

12) Reglem. wegen künft. Verf. der evang.-reform. Kirchenangeleg. in Südpr. vom 25. Aug. 1796 (ebend. S. 127 flg.), welches, nur unter Ueberweiſung des ius circa sacra an das Conſiſtorium, die bisherige Pfarr-, Schul- und Senioratsverfaſſung in den wichtigeren Punkten beſtätigte, dagegen die Synodalverſammlungen nicht mehr regelmäßig, ſondern bloß bei beſondern Umſtänden, auch nur auf vorgängige Genehmigung und unter dem Vorſitze des Conſiſtorii geſtattete.

aber die Preußiſche Monarchie auch vier Biſchofsſitze gewonnen, unter dieſen das Erzſtift Gneſen, deſſen uralter Metropolitangewalt fortan, mit Ausnahme Ermlands, die geſammte katholiſche Kirche der öſtlichen Monarchie unterworfen ſein ſollte. Um ſo wichtiger und dringender war die Organiſation der katholiſchen Kirchenverfaſſung. Nach dem Vorbilde der Weſtpreußiſchen Einrichtungen, nur unter unverkennbarem Einfluſſe der inzwiſchen vollendeten landrechtlichen Geſetzgebung, ward ſie auch ſofort begonnen; doch mag ſie in Folge der bald darauf eintretenden politiſchen Ereigniſſe kaum feſten Fuß gefaßt haben, und mehr ihren Grundzügen nach geſetzlich feſtgeſtellt, als wahrhaft ins Leben getreten ſein.

Die alte Diöceſaneintheilung der nun vollſtändig mit Preußen vereinigten Biſthümer Gneſen, Poſen, Wrazlaweck und Plock blieb unverändert; für die öſtlichen Theile dagegen von Neuoſtpreußen, welches bisher zu den Oeſterreichiſcher und Ruſſiſcher Hoheit unterworfenen Biſthümern von Luck, von Wilna und von Samogitien gehört hatten, eben ſo für Neuſchleſien und die von alter Zeit gleichfalls zur Cracauer Diöceſe gehörigen Diſtricte von Beuthen und Pleß, hörte die Verbindung mit den auswärtigen Kirchenobern gänzlich auf[13]). Die letzteren Gebiete wurden dem Biſchofe von Breslau zugewieſen[14]), in Neuoſtpreußen vorläufig die interimiſtiſche Verwaltung dem Biſchofe von Plock übergeben, ſpäter das Litthauiſche Camaldulenſerkloſter Wigry zum Biſthume erhoben[15]), zugleich im J. 1798

13) Petersb. Vertrag v. 26. Januar 1797 Art. 13.: Les ecclésiaſtiques de tout ordre et de toute classe, qui possèdent des droits territoriaux ou diocésains hors de la souveraineté, où ils sont domiciliés, seront également soumis à la règle adoptée entre les trois puissances, de ne plus souffrir de possession mixte d'aucun genre, de sorte que ces droits seront entièrement à la disposition de celle de ces puissances, dans les états de laquelle ils se trouveront placés. Vgl. Publ. vom 15. Sept. 1797 in der Korn'ſchen N. Ed.-Samml. für Schleſ. Th. 9. S. 582.

14) Schleſ. Prov.-Blätter vom J. 1798 S. 298.

15) Publ. vom 27. April 1797. — In welchem Jahre Wigry (jetzt Sevna) zum Biſthume erhoben worden, vermag ich nicht mit Gewißheit anzugeben; Holſche a. a. O. Th. 1. S. 250. bezeichnet im

auf Betrieb der Regierung für den öſtlich des Gneſener Sprengels belegenen Theil von Südpreußen das alte Collegiatſtift St. Johannes zu Warſchau in eine Cathedralkirche verwandelt[16]. Parochialeinrichtung und Stifts- wie Kloſterverfaſſung erlitten überall keine Aenderungen, wie ſehr auch die unverhältnißmäßig große Zahl von Klöſtern der verſchiedenſten Orden eine Minderung des Regularenſtandes wünſchen ließ[17]. Nur die kirchliche Verwaltung und das eigentliche Diöceſanregiment ward ähnlicher Beſchränkung und Controlle, wie in den übrigen katholiſchen Provinzen unterworfen, dieſe ſogar noch durch die ausdrückliche Beſtimmung geſchärft, daß Geiſtliche, welche ſich in ihren Amtsverrichtungen einer Uebertretung der Staats- oder übrigen Landesgeſetze ſchuldig machten, dieſerhalb von den Regierungen in rechtlichen Anſpruch genommen werden ſollten[18]. Beſonders hervorgehoben zu werden verdient aber allein die in Betreff der geiſtlichen Gerichtbarkeit unterm 25. Auguſt 1796 ergangene Conſtitution[19], welche unter wiederholter Anerkennung der canoniſchen

J. 1800 Wigry nur als wahrſcheinlichen Sitz des neuen Litthauiſchen Bisthums, bemerkt aber zugleich, daß die geiſtliche Gerichtbarkeit vor der Hand ſchon von dem dazu deſignirten Prälaten verwaltet werde; auch wird in dem Hof- und Staatshandb. vom J. 1804 S. 320. und 365. das Bisthum als vacant, das Domkapitel als fehlend bezeichnet, und nur zweier Officialate Erwähnung gethan.

16) Die Erectionsbulle dieſes, wie es ſcheint, ſchon von der Republik Polen beantragten Bisthums vom 17. Novbr. 1798 iſt mir ſo wenig, als eine hierauf bezügliche Verordnung der Regierung bekannt geworden; die obige Darſtellung gründet ſich auf die Bulle vom J. 1817, wodurch Pius VII. Warſchau zum Erzbisthume von Polen erhob (bei Münch Samml. der Conc. Th. 2. S. 756.), und auf die Notizen im angef. Hof- und Staatshandb. S. 320 u. 369. Auffallend iſt, daß Holſche a. a. O. Warſchau als altes Polniſches Bisthum behandelt.

17) Für Neuoſtpreußen giebt Holſche a. a. O. Th. 1. S. 252. die Zahl der Mannsklöſter auf 44, der Frauenklöſter auf 10 an, wozu noch außer den Domkapiteln ein Collegiatſtift zu Pultusk kommt; dagegen betrug in Südpreußen (ebend. Th. 2. S. 258.) die Zahl der Klöſter, von 29 verſchiedenen Orden, 158 mit 2163 Regularen, darunter nur 25 Nonnenklöſter, und gab es hier außerdem noch 16 Collegiatſtifter.

18) Reglem. über die Geſch.-Verth. der Südpr. Land.-Coll. vom J. 1795 §. 4. sub c. am E. In dem Reſſort-Regl. für Neuoſtpr. vom J. 1797 §. 4—8. findet ſich dieſe, hauptſächlich wohl durch die damaligen politiſchen Verhältniſſe veranlaßte, Beſtimmung nicht.

19) Abgedr. in Stengel's Beiträgen Bd. 3. S. 151—55., Leman's

und anderen geiſtlichen Rechte theils die Competenz der biſchöflichen Gerichte und das Verhältniß der geiſtlichen Strafgewalt zur Kirchen- und Kloſterzucht, theils das Verfahren vor dieſen Gerichten, ſo wie deren collegialiſche Organiſation näher beſtimmte, und bald darauf auf Neuoſtpreußen[20]), ſpäter auch mit geringen Modificationen auf die Weſtpreußiſchen geiſtlichen Gerichte ausgedehnt[21]), nebſt einigen neueren Verordnungen über die Organiſation der höheren geiſtlichen Inſtanzen und die Bildung von Proſynodalgerichten[22]), noch gegenwärtig die Grundlage dieſes Theils der katholiſchen Kirchenverfaſſung bildet[23]).

Der bei der Abtretung für den Fortbeſtand der katholiſchen Religion, ganz wie im J. 1773, übernommenen Garantie gemäß[24]),

---

Prov.-Recht für Weſtpr. Th. 2. No. 87. S. 869. u. Strombeck's Ergänz. zum allg. Landrecht Th. 2. S. 424 flg.

20) Patent wegen Einrichtung des Juſtiz-Weſens in Neuoſtpr. vom 23. April 1797 §. 29.

21) Vgl. den oben §. 8. Note 30. angeführten Bericht der Marienwerder Reg., und das hierauf ergangene Reſcr. des Juſt.- u. Cab.-Miniſt vom 17. Juli 1800, bei Leman a. a. O. S. 420—438., mit dem hierdurch veranlaßten Circulare der Weſtpr. Reg. an ſämmtliche Biſchöfe der Provinz vom 31. Octbr. 1800, bei Jacobſon a. a. O. Nr. 112. S. 317.

22) Reſcr. des Juſtiz- und Cabin.-Miniſt. an den Erzbiſchof von Gneſen u. die Biſch. von Cujav., Plock ꝛc. vom 18. Dezbr. 1799, bei Stengel a. a. O. Th. 14. S. 159 flg. S. auch oben Kap. 2. §. 14. S. 376 flg.

23) Näher auf den Inhalt der obigen Conſtit. hier einzugehen, ſcheint nicht rathſam, da ſie das heutige Recht betrifft. Rückſichtlich der Competenz-Verhältniſſe verdient nur etwa dies eine Bemerkung, daß zwar auch die contentiöſe Gerichtbarkeit auf die rein geiſtlichen Sachen beſchränkt iſt, zu dieſen aber, abweichend von der Weſtpreuß. Reg.-Inſtruct, außer den Ehe- auch die Sponſalien-Sachen der Katholiken gezählt werden (Conſtit. vom J. 1796 § 4. vgl. mit Reglem. für den Juſt.-Mag. von Warſchau vom 12. Juli 1796 §. 8., Pat. wegen Einr. des Juſtiz-Weſens in Neuoſtpr. vom J. 1797 §. 28. und Reſcr. vom 17. Juli 1800 No. 27.), und daß außerdem den geiſtlichen Gerichten eine beſtimmte Mitwirkung bei Siegelung und Regulirung von Nachläſſen der Geiſtlichen zugeſtanden, und in Uebereinſtimmung mit dem Landrechte die Befugniß zu Gefängniß- und Geldſtrafen den Kirchen- und Kloſterobern eingeräumt wird. Auch mag hier ſchon hervorgehoben werden, daß die Beſetzung der geiſtlichen Gerichte zwar den Biſchöfen überlaſſen, aber die Beiordnung eines weltlichen, zum Richteramte qualificirten Juſtitiarius zur Pflicht gemacht wird, über deſſen Rechte und Pflichten unterm 28. Januar 1804 ein beſondres Reſcript (bei Jacobſon a. a. O. No. 118. S. 326.) ergangen iſt.

24) Der Vertrag von Grodno ſicherte gleich dem Warſchauer Tractate

ſuchte ſo die Regierung auch hier mit möglichſter Schonung der bisherigen Verfaſſung, aber zugleich unter genügender Wahrnehmung der landesherrlichen iura circa sacra, das Kirchenweſen zu ordnen, und gewann es anfangs auch den Anſchein, als ob in Betreff der Güterverhältniſſe der katholiſchen Kirche, der faſt ein Drittel des geſammten Grundes und Bodens gehörte, nicht minder die früheren Einrichtungen im Weſentlichen würden beibehalten werden. In dem Abtretungsvertrage hatte ſich zwar Preußen die freie Disposition über diejenigen innerhalb ſeiner Grenzen belegenen Güter vorbehalten, welche den bei Polen verbleibenden Stiftungen und Kirchen bisher gehört hätten, jedoch die Zuſicherung gegeben, daß ſie allein zu kirchlichen Zwecken, insbeſondre zur Entſchädigung der Inſtitute dienen ſollten, die durch das der Republik gemachte gleiche Zugeſtändniß Einbuße an ihren Einkünften erlitten[25]). Es blieb auch den Obern die bisherige Verwaltung und freie Verwendung, und obſchon die zu Polniſcher Zeit von der Geiſtlichkeit gezahlte Offiaria einer Erhöhung von 20 auf 50% unterlag, ſo ward doch weder die frühere Beſteuerungsweiſe, noch das alte, ſehr mäßige Cataſter[26]) geändert, und ſollte der erhöhte Steuerſatz nur diejenigen Inſtitute und geiſtlichen Perſonen, welche mehr als 2000 Gulden Revenüen bezögen, und ſelbſt dieſe nur unter ſteuerfreier Belaſſung einer Einnahme von 1800 Gulden treffen[27]). Unzählige Mißbräuche indeſſen bei

---

nur le libre exercice de culte et de discipline dans l'état actuel avec toutes les églises et tous les biens ecclésiastiques, dont ils étoient en possession ci-devant zu, wogegen in dem Ruſſiſchen Abtretungsvertrage vom 13. Juli d. J. Art. 8. das Verſprechen gegeben war, de maintenir à perpétuité les Catholiques-Romains dans la possession imperturbable des prérogatives, propriétés et églises, du libre exercice de leur culte et discipline et tous droits attachés au culte de leur réligion.

25) Vertrag von Grodno vom J. 1793 Art. 5.

26) Die altpreußiſche Contributionsverfaſſung wurde überhaupt nicht in dieſen neuen Provinzen eingeführt. Vgl. Holſche a. a. O. Th. 1. S. 357 flg.

27) Patent wegen vorläuf. Regul. der Grundſteuer in Neuoſtpr. vom 7. Juli 1796 und deſſen Declar. vom 27. April 1797. — Alle Corporationen und geiſtliche Perſonen, welche nur 500 Gulden jährliche Einkünfte hätten, blieben ſteuerfrei, und für die bis zu 2000 Gulden

Verwaltung des Kirchenguts, welche aller Controlle zu trotzen ſchienen, ſtaatsöconomiſche Rückſichten auf die Erhöhung der Landescultur, vielleicht auch finanzielle Verlegenheit der Regierung und unrichtige Auffaſſung der privat- und ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe des Kirchenvermögens, veranlaßten im J. 1796 eine Verordnung[28]), worin die Regierung ihre Abſicht erklärte, die „von der Römiſch-katholiſchen Geiſtlichkeit ſowohl in dem jetzigen Südpreußen, als den neuacquirirten Diſtricten bisher inne gehabten Güter und Grundſtücke, ſie gehören nun zu den Biſthümern, Kapiteln, Stifftern, Klöſtern, Probſteien und andern geiſtlichen Corporationen und Stiftungen als ein wahres Staatseigenthum, wofür ſie nach richtigem Begriffe nothwendig zu achten ſind, einzuziehen und in Beſitz zu nehmen, auch dieſelben in allen Stücken und auf eben die Art, wie mit den Domänen in den übrigen Provinzen geſchiehet, behandeln und adminiſtriren zu laſſen". Statt des Eigenthums und aller daran geknüpften Gerechtſame blieb der Kirche von ihrem geſammten Grundbeſitzthume, mit Ausnahme nur, wie es ſcheint, der zur Dotation von Pfarren und Kirchen beſtimmten Güter[29]), nichts weiter, als eine nach einem geringen Theile des bisherigen reinen Ertrags in beſtimmter Summe fixirte Competenz[30]); ſtatt der ſelbſtſtändigen Exiſtenz, welche dieſer

---

Ertrag, wie für die Fonds zu wohlthätigen Zwecken behielt man, unter Freilaſſung von 500 G., den bisher ſchon üblichen Satz von nur 10% bei.

28) Declaration wegen Einziehung und künftiger Verwaltung der geiſtl. Güter in Südpreußen u. ſ. w. vom 28. Juli 1796. — Vgl. auch Regl. wegen Verth. d. Geſchäfte zw. d. Neuoſtpr. Land.-Coll. vom 3. März 1797 §. 4. No. V., wo zu dem Reſſort der Kammer ausdrücklich „die Verwaltung aller Unſrer Domänen und denenſelben gleich zu achtender geiſtlichen und anderer Güter" gezählt wird.

29) Wenigſtens iſt dieſer in der Decl. nicht ausdrücklich Erwähnung gethan, und wäre auch wohl bei ſolchen kleineren Grundſtücken eine Adminiſtration durch die Kammern nicht möglich, oder mit zu großen Koſten und Weitläuftigkeiten verbunden geweſen.

30) Die Declar. beſtimmte dieſerhalb, es ſollten „von allen dieſen Gütern nach ihrem gegenwärtigen Zuſtande richtige Anſchläge aufgenommen, und derjenige Theil des bisherigen reinen Ertrags, welcher nach Abzug der Adminiſtrationskoſten, der auf gewiſſe Procente beſtimmten Steuern und der andern öffentlichen und gemeinen Laſten noch übrig bleibt, der Geiſtlichkeit als eine fixirte Competenz zu ihrem Unterhalt, zur Beſorgung des Gottesdienſtes und zur Erfüllung anderer nützlichen Zwecke, . . . ausgezahlt werden". In einem Publ vom

reiche, oft freilich zu weltlichen und perſönlichen Zwecken miß-brauchte Grundbeſitz gab, nur das Vertrauen auf pünktliche Erfüllung der von der Regierung übernommenen Verbindlichkeiten, und die Hoffnung, daß dieſe auch in den neu gewonnenen Provinzen den Intereſſen der Kirche und dem geiſtigen wie ſittlichen Wohle der Unterthanen die eifrigſte Fürſorge zuwenden werde. Wie zuverſichtlich aber auch dieſe Hoffnung ſein mochte, wie gebieteriſch die Nothwendigkeit, welche jenen Beſchluß der Regierung hervorrief, befremden darf es nicht, wenn Unzufriedenheit und laute Klage bei der katholiſchen Geiſtlichkeit durch dieſe Maaßregel erweckt wurde, die, weil gleichzeitig, Vielen als unmittelbares Ergebniß des in dem neuen Landrechte gemachten erſten Verſuchs umfaſſender legislativer Feſtſtellung der Kirchenverfaſſung erſcheinen mochte, und ein Vorſpiel war jener allgemeinen Säculariſation, welche, in der Stille damals ſchon vorbereitet, aber vielleicht nicht einmal geahnet, wenige Jahre darauf eine völlige Umgeſtaltung des kirchlichen und politiſchen Zuſtandes Deutſchlands hervorrufen ſollte.

---

16. Septbr. ward übrigens das Verſprechen gegeben, daß auf die Conſervation der niederen Geiſtlichkeit, der Kirchen und Schulen und auf die Verbeſſerung ihres Zuſtandes möglichſt Rückſicht genommen werden würde.

Viertes Kapitel.
Die Kirchengeſetzgebung des Allgemeinen Landrechts.

§. 1.
Allgemeiner Standpunkt der landrechtlichen Geſetzgebung.

In der mit den Schleſiſchen und Polniſchen Landen überkommenen Kirchenverfaſſung, welche, garantirt in den Friedensſchlüſſen, durch die Landesgeſetzgebung Beſtätigung und größere Beſtimmtheit gewonnen hatte, war für das unmittelbar praktiſche Bedürfniß der kirchlichen Verwaltung eine feſte Norm gegeben. Durch die Fortdauer der geſchichtlich überlieferten Einrichtungen war in dieſen Provinzen, wie am Rhein und in Weſtfalen, der Rechtszuſtand der katholiſchen Kirche geordnet, das der Hierarchie gebührende Gebiet öffentlicher Wirkſamkeit genügend begrenzt, die landesherrliche Gewalt in kirchlichen Dingen durch die in neuen Verordnungen befeſtigte Praxis der früheren Zeit allſeitig gewahrt. Einer Religionsaſſecuration, wie ſie früher beim Uebergange eines Territorii an eine andersgläubige Landesherrſchaft, oder bei Aufnahme einer dem Lande bisher fremden Confeſſion unerläßlich ſchien, bedurfte es eben ſo wenig, als zu einer die ganze Monarchie umfaſſenden Kirchengeſetzgebung dringender Anlaß vorlag. Religionszuſtand und kirchliche Organiſation der einzelnen Provinzen blieben in der Hauptſache unverändert, und die bisher gegen die Katholiken bewährte Toleranz gab faſt größere Sicherheit für die Zukunft, als der Buchſtabe der Friedensverträge. Hatte daher gleich für die Preußiſche Monarchie das katholiſche Kirchenthum eine der früheren Zeit fremde, in confeſſioneller nicht minder, als in politiſcher Beziehung beachtenswerthe Wichtigkeit, deſſen hierarchiſches Element eine weſentlich andre Stellung zur Landesherrſchaft gewonnen, ſchwerlich dürfte ſich doch, da die

Noth nicht drängte, die Schwierigkeit unverkennbar vorlag, die Legiſlation an eine umfaſſende Normirung der kirchlichen Verfaſſung gewagt haben, wenn nicht überhaupt der Ueberzeugung König Friedrichs II. eine durchgreifende Reform des geſammten Rechtszuſtandes ſich als unvermeidlich dargeſtellt hätte.

Ob dieſe Anſicht, von Vielen ſeiner und unſerer Zeit getheilt, eine wohlbegründete war, ob eine Verbeſſerung der Rechtspflege, welche doch den erſten Anſtoß gab, und das nächſte Ziel der vom Könige beharrlich verfolgten Rechtsreform bildete, auf keinem andern Wege zu hoffen ſtand, als durch eine Geſetzgebung, welche, äußerlich wenigſtens und für den befangenen Blick einer unwiſſenſchaftlichen Praxis, den Rechtszuſtand des Landes von den wichtigſten Quellen ſeiner geſchichtlichen Entwickelung löſte, mag hier auf ſich beruhen bleiben. Unverkennbar aber iſt, daß, wie einmal die Aufgabe dieſer Reform geſtellt war, die Legiſlation faſt unwillkürlich auf das Gebiet des kirchlichen Lebens geführt werden mußte. Allerdings ſollte von dem Geſetzgebungswerke ſo viel möglich alles ausgeſchloſſen bleiben, was Staatsrecht und Regierungsform, die Verfaſſung des Landes und den Organismus der Verwaltung beträfe [1]); und wenn die evangeliſche Kirchenverfaſſung in der Form des Conſiſtorialregiments faſt ganz mit der Landesverfaſſung zuſammenfällt, ſo iſt eben ſo wenig zu leugnen, daß in dieſe das Kirchenregiment auch da tief eingreift, und als derſelben angehörig betrachtet werden darf, wo es auf der hierarchiſchen Baſis des katholiſchen Kirchenthums beruht, oder ausſchließlich den

1) Ausdrücklich ausgeſprochen iſt dies freilich erſt in der Cab.-Ordre vom 17. Novbr. 1793, welche die nochmalige Reviſion des bereits publicirten allgemeinen Geſetzbuches anbefahl. Allein die Beziehung der Rechtsreform auf Verbeſſerung der Rechtspflege, die ausdrückliche Erklärung, daß das Corpus iuris, welches doch für das öffentliche Recht bisher nur in ſehr untergeordneter Weiſe als Quelle gegolten hatte, die Grundlage des Geſetzbuches bilden ſolle, vor allem aber die Art, wie alle das Gebiet der Verfaſſung näher berührenden Lehren, z. B. von den Ständen und von den Regalien, behandelt worden ſind, laſſen keinem Zweifel Raum, daß man von vorn herein das obige Prinzip als Maaßſtab für den Umfang der beabſichtigten Rechtsreform betrachtet, und zuletzt nur darüber Zweifel gehegt hat, ob nicht das allgemeine Geſetzbuch hie und da dies Prinzip zu wenig feſtgehalten habe.

aus der kirchlichen Gemeindeverfaſſung hervorgehenden Synoden anvertraut iſt. Allein „für die Rechte und Verbindlichkeiten der Einwohner des Staats“ ſollte überhaupt, „ſo weit dieſelben nicht durch beſondere Geſetze beſtimmt worden“, das Geſetzbuch umfaſſende, vollſtändige Vorſchriften geben [2]), das Rechtsverhältniß der im Staate beſtehenden Corporationen nicht minder, als das der Einzelnen feſtſtellen [3]), um ein „wahres und allgemeines Landesgeſetz“ zu gewinnen, welches „in allen und jeden, ſowohl gerichtlichen als außergerichtlichen, Angelegenheiten von Jedermann, der zu Unſern Unterthanen gehört oder in Unſern Landen Geſchäfte zu betreiben hat, genau beobachtet“ werden müſſe [4]). So weit die kirchliche Verfaſſung ein corporatives Element in ſich ſchließt, und in wie fern die Kirche nach ihren verſchiedenen Gliederungen in wahrem Unterthanenverhältniſſe zur Staatsgewalt ſteht, konnte daher die Kirchenverfaſſung eben ſo wenig in ihren Beziehungen zur Staatsverwaltung für ein der Aufgabe des Geſetzbuches völlig fremdes Element gelten, als in ihrer Rückwirkung auf die privatrechtliche Stellung der Unterthanen ſelbſt, und je nach dem Einfluſſe, welchen der confeſſionelle Gegenſatz und die kirchliche Mitgliedſchaft auf die bürgerliche Rechtsfähigkeit und das Privatleben übt. Um ſo mehr mußte eine ſo umfaſſende Rechtsreform, wie hier beabſichtigt war, die kirchlichen Angelegenheiten in ihren Kreis ziehen, als die Geſetzgebung viele Verhältniſſe, welche im canoniſchen Rechte als rein geiſtliche Angelegenheiten behandelt werden, und ſelbſt in der evangeliſchen Kirche noch eine kirchlich-religiöſe Beziehung bewahrt hatten, entſchieden dem Gebiete des bürgerlichen Rechts überweiſet. Auch war in den meiſten Provinzen gerade den Obergerichten, nicht etwa bloß die bisher von den geiſtlichen Behörden geübte Jurisdiction, ſondern

---

2) A. L. R. Einl. §. 1. — Der Entwurf eines allg. Geſetzb. für d. Pr. St. Berlin 1784. Th. I. Einl. §. 1., welcher die urſprüngliche Tendenz noch beſtimmter erkennen läßt, fügt noch hinzu, daß „ſowohl gegen den Staat, als unter ſich ſelbſt“ die Rechte und Verbindlichkeiten der Unterthanen durch das Geſetzbuch beſtimmt würden.

3) Vgl. A. L. R. Th. I. Tit. 1. §. 2 flg. u. Th. II. Tit. 6.

4) Publ.-Pat. vom 5. Febr. 1794. Art. XVIII.

theils die Beaufſichtigung, theils die unmittelbare Leitung der eigentlich kirchlichen Angelegenheiten überwieſen, und je mehr dieſe Theilnahme an der Adminiſtration mit ihrer richterlichen Thätigkeit in Verbindung ſtand, um ſo unvermeidlicher war es, auch für jene, dem Verfaſſungsrechte allerdings näher liegenden, Functionen beſtimmte und möglichſt gleichförmige Normen aufzuſtellen. Endlich aber hatte das Kirchenweſen bei aller provinciellen Sonderung und Verſchiedenheit doch auch eine entſchiedene Beziehung zum Staate überhaupt; in deſſen äußerem Organismus trat es als allgemeine Landesangelegenheit dadurch hervor, daß in der Centralinſtanz der Staatsminiſterien, deren unmittelbare Einwirkung auf die Verwaltung ſich gerade unter Friedrich's Regierung mehr und mehr geſteigert hatte, dem geiſtlichen Departement die oberſte Direction des geſammten Kirchenweſens zuſtand. Weder konnte ſomit die beabſichtigte Rechtsreform die kirchlichen Angelegenheiten unberührt laſſen, noch ſchlechthin der Provincialgeſetzgebung anheimgeben. Die innere Kirchenverfaſſung, namentlich der katholiſchen Kirche, durfte allerdings die Legislation — und dies haben die Redactoren des Landrechts nicht verkannt [5]) — als mehr außerhalb ihrer Aufgabe liegend anſehen; die corporativen Beziehungen hingegen des kirchlichen Organismus, auf der einen Seite zum Staate, auf der andern Seite zu den Mitgliedern der Kirche ſelbſt, fielen nothwendig, wie wenig man auch eine Aenderung des kirchlichen Zuſtandes wollte, in den Kreis der von Friedrich bezweckten Rechtsverbeſſerung.

---

5) In der Anmerk. zum Entw. Th. I. Abth. 2. Tit. 6. §. 95. erklären ſie: „Die geiſtlichen Verrichtungen und Obliegenheiten der Biſchöfe gehören ſo wenig, als die in Glaubens- und Religionsſachen ihnen verliehenen Rechte, in das allgemeine Geſetzbuch. Es dürfen alſo hier nur ihre Verhältniſſe gegen den Staat und gegen die zu ihrer Diöceſe gehörigen Kirchengeſellſchaften, deren Vorgeſetzte ſie ſind, erörtert werden". Mit aller Strenge iſt dies freilich nicht feſtgehalten, ſondern mehrfach haben ſich die Redactoren in das Innere der Kirchenverfaſſung gleichſam verirrt, und jenes von Suarez zuerſt aufgeſtellte Prinzip verlaſſen (vgl. die Abh. über d. biſchöfl. Recht in der evang. Kirche Deutſchl. Berlin 1828. S. 119. 134.); in der ganzen Anordnung aber, und ſelbſt in der Unvollſtändigkeit der landrechtl. Kirchengeſetzgebung, giebt es ſich faſt noch entſchiedener, als in jenem Ausſpruche kund.

Ihrem Endergebniſſe nach liegt dieſe allgemeine Kirchengeſetzgebung in dem Landrechte vor; über den Gang aber, welchen deren Ausführung durch die verſchiedenen Stufen der Redaction genommen, herrſcht noch größeres Dunkel, als es für die meiſten übrigen Theile des Preußiſchen Rechts, zu gleichem Nachtheile für Theorie und Praxis, immer noch der Fall iſt. Für wiſſenſchaftliche Bearbeitung des einheimiſchen Kirchenrechts iſt wenig bisher geſchehen, ſo daß es hier ſelbſt an den ſtückweiſe beiläufigen Mittheilungen aus den Materialien unſerer Geſetzgebung fehlt, welche für andere Disciplinen dem Verſtändniſſe des Landrechts in neuerer Zeit eine ſichere Grundlage gegeben haben [6]. Als einziges Hülfsmittel bietet ſich der gedruckte Entwurf dar, befriedigt jedoch weniger, als er den Wunſch vollſtändiger Einſicht der Materialien erregt, indem eine Vergleichung mit dem Landrechte zeigt, wie umfangsreiche Ergänzungen und weſentliche Aenderungen gerade die kirchliche Geſetzgebung noch in dem Schlußſtadium der Vorarbeiten erfahren hat [7]. Um ſo lebhafter aber muß dieſer Wunſch ſein, als ſelbſt flüchtiger Prüfung des betreffenden Titels im Landrechte (Th. II. Tit. 11.) der Gegenſatz nicht entgehen kann, welcher zwiſchen den vier erſten und den übrigen Abſchnitten herrſcht, und ſo bedeutend iſt, daß man ſich der Vermuthung nicht erwehren kann, es dürfte in jenen vier Abſchnitten ſich einer der früheren Entwürfe erhalten haben, den man ſpäter als ungenügend zwar erkannte, aber nicht ſowohl beſeitigte, als durch die folgenden Abſchnitte zu ergänzen und zu berichtigen bedacht war.

Dem Inhalte nach kommen beide Abtheilungen ziemlich überein; hier wie dort bildet die Gemeindeverfaſſung den eigent-

---

6) Auch Suarez amtl. Vortr. bei der Schlußreviſion des allg. Landr. Berl. 1833. (S. 176 – 78.) ſind in dieſer Beziehung viel unergiebiger, als bei anderen Materien. Einige Mittheilungen ſind in der vorher angeführten Abh. gemacht, andere in den: Ergänz. u. Erläut. d. Pr. Rechtsbücher durch Geſetzg. u. Rechtsw. Breslau 1839. Th. I. Abth. 3., betreffen aber mehr Einzelnheiten, als daß ſie über die der Geſetzgebung zu Grunde gelegten Prinzipien Aufſchluß geben.

7) Wie groß dieſe Verſchiedenheit ſei, läßt ſich ſchon aus der Paragraphenzahl des einſchlagenden Titels abnehmen, welche im Entwurfe a. a. O. nur auf 829 ſich beläuft, im Landrechte (Th. II. Tit. 11.) bis auf 1232 geſteigert iſt.

lichen Mittelpunkt, an welchen angeknüpft wird, was über die Rechte der Staatsgewalt, die Befugniſſe der Kirchenobern, die Stellung der Geiſtlichkeit, die Gerechtſame der einzelnen Kirchenmitglieder zu beſtimmen dienlich ſchien [8]). In Faſſung und Färbung des Ausdrucks hingegen weichen ſie in auffallender Weiſe von einander ab. Bald in mehr hiſtoriſch-deſcriptiver, bald in direct-dispoſitiver Weiſe verfolgen die letzteren Abſchnitte die kirchlichen Verhältniſſe bis in das ſpeciellſte Detail, unter ſteter Remiſſion auf die beſondere Orts- und Gemeindeverfaſſung, und auf die durch Provincialgeſetze oder anderweitige Particular-Rechtsquellen begründeten Verſchiedenheiten der kirchlichen Organiſation, meiſt auch unter Auseinanderhaltung der in der evangeliſchen, und der in der katholiſchen Kirche beſtehenden Einrichtungen und Autoritäten. Entſchieden tritt dagegen in den Anfangsabſchnitten ſchon der confeſſionelle Gegenſatz zurück, noch mehr aber die Bezugnahme auf die hiſtoriſch gegebenen Zuſtände. In möglichſt abſtracter Weiſe werden die kirchlichen Verhältniſſe, nach ihren allgemeinſten Beziehungen zur bürgerlichen Exiſtenz des Einzelnen wie zur Staatsgewalt, zu den Kirchenobern und zu den kirchlichen Genoſſenſchaften, nicht ſowohl vollſtändig erörtert, als in oft aphoriſtiſcher Kürze berührt, und der Vorwurf, welcher überhaupt dem Landrechte gemacht werden kann, daß es in Form, Faſſung und Inhalt eher als Compendium, denn als Geſetzbuch ſich darſtelle, trifft gerade dieſe Abſchnitte in vorzüglichem Maaße. Der Standpunkt derſelben iſt nicht der des poſitiven, ſondern des Naturrechts, ohne daß übrigens jedes Abſchweifen in das Gebiet der hiſtoriſch gegebenen Kirchenverfaſſung vermieden wäre, ſo daß man unwillkürlich an die Verſuche eines ſ. g. allgemeinen Kirchenrechts erinnert wird, auf welche jene Zeit ſo ungebürlichen Werth

8) Der nähere Nachweis, daß in den erſten Abſchnitten keineswegs das Verhältniß der Kirchen als Geſammtheiten oder verſchiedener Religionsparteien erörtert wird, ſondern auch nur von den durch den Parochialnexus und das Regularenweſen gegebenen untergeordneten Gliederungen, d. h. von den einzelnen kirchlichen Corporationen die Rede iſt, wird weiter unten geführt werden, da gerade hierin eine der Haupteigenthümlichkeiten des Landrechts liegt.

legte. Nicht zwar ihrem Inhalte nach, ſo daß zuerſt von der Kirchenverfaſſung überhaupt, nachher von den einzelnen Kirchenangelegenheiten gehandelt würde, wohl aber der Form nach, und mit Rückſicht auf die zu Grunde gelegte Quelle der Entſcheidung, bilden jene vier Abſchnitte im Verhältniß zu den folgenden gleichſam den allgemeinen Theil, wobei nur manches gleich ſeine poſitive Erledigung findet, ſpäter nicht weiter in den Kreis der Geſetzgebung gezogen worden iſt.

Natürliche Folge dieſer verſchiedenartigen Auffaſſungs- und Behandlungsweiſe iſt einerſeits, daß dem nicht ohne Grund gegen das Landrecht erhobenen Tadel unpaſſender Generaliſirung ſpecieller Normen dieſer Theil unſerer Geſetzgebung mehr als ein anderer unterliegt. Wie bei den privatrechtlichen Inſtituten germaniſchen Urſprungs, welche von alter Zeit her in reichſter Mannichfaltigkeit verſchiedener Abarten ſich entwickelt haben, iſt es auch hier nicht ſelten geſchehen, daß eine einzelne Norm, welche, obwohl weitverbreitet, doch eigentlich immer nur particuläre Geltung hatte, und den in anderen Kreiſen beſtehenden kirchlichen Einrichtungen ſich nicht anpaſſen ließ, gleichwohl zur gemeinrechtlichen Regel erhoben iſt. Die Gefahr eines ſolchen Fehlgriffs lag um ſo näher, als es auch hier an einer geſchriebenen gemeinrechtlichen Norm in dem früheren Rechtszuſtande häufig genug fehlte [9]), das canoniſche Recht nicht überall einen feſten Anhaltspunkt gab, außerdem der durchgreifende Gegenſatz der evangeliſchen und katholiſchen Kirchenverfaſſung nicht allſeitig genug gewürdigt, vielmehr

9) Aehnlich wie bei den übrigen in das öffentliche Recht eingreifenden Rechtsmaterien, z. B der Corporationen, Stände, Regalien, wo in Suarez amtl. Vorträgen (vgl. S. 149. 150. 154. 176. 179.) regelmäßig darauf hingewieſen wird, daß darüber ein gemeines (scil. geſchriebenes) Recht bisher nicht exiſtirt habe, man ſich daher auf die „Grundſätze des iuris publici et civilis universalis“ habe beſchränken müſſen, die Vorſchriften nur „aus Begriffen und beſonders aus der bisher, wo nicht durchgehends, doch in den meiſten Provinzen und Oertern ſubſiſtirenden wirklichen Verfaſſung abſtrahirt“ habe, daß die Geſetzgebung nur „eine Zuſammenſtellung der Reſultate“ enthalte, „welche aus der wirklich beſtehenden innern Staats- und Landesverfaſſung und aus den Provinzialverfaſſungen, in ſo fern dieſelben entweder insgeſammt, oder doch die meiſten unter ihnen übereinſtimmen, gezogen werden“.

in den erſten Abſchnitten, unter möglichſter Abſtraction von poſitiver Lehre und geſchichtlich gegebenem Organismus, die Kirche nur ganz allgemein als eine religiöſe Zwecke verfolgende Genoſſenſchaft aufgefaßt worden iſt. Andererſeits iſt nicht in Abrede zu nehmen, daß zwiſchen den verſchiedenen Theilen wirkliche und ſcheinbare Widerſprüche obwalten, daß mehrfach die Geſetzgebung der Vorwurf der Unbeſtimmtheit und Zweideutigkeit trifft; auch dies aber wird als Folge jener verſchiedenartigen Behandlung des Rechtsſtoffs gelten müſſen, bei welcher es unvermeidlich war, daß man das anfangs als leitende Norm aufgeſtellte Prinzip, weil es ſich mit der poſitiven Verfaſſung der Kirche hinterher unvereinbar erwies, wenn nicht geradezu aufgab, doch beſchränkte und mannichfach modificirte.

Je mehr nun ein ſolcher Gegenſatz in der Geſetzgebung, wie ſie ihrem letzten Abſchluſſe nach vorliegt, ſich kund giebt, je mehr namentlich in den Theilen, wo man den Standpunkt des poſitiven Rechts feſtzuhalten ſuchte, die letzte Umarbeitung zu wichtigen Ergänzungen geführt hat [10]), um ſo mehr wird man es bedauern müſſen, daß nähere Einſicht in die Entſtehung unſerer Kirchengeſetzgebung und in den Gang, welchen hier die Redaction des Landrechts genommen hat, zur Zeit noch verſchloſſen iſt. Ueber den Standpunkt der Redactoren fehlt es ſomit an aller Gewißheit [11]); nur aus einzelnen Andeutungen, und immer nur vermuthungsweiſe, laſſen ſich die leitenden Prinzipien entnehmen, von welchen die

10) Abgeſehen von bloßen Aenderungen, kommen von den wirklichen Zuſätzen der Schlußredaction auf die vier erſten Abſchnitte, welche im Entwurf aus 198 §§. beſtehen, alſo faſt $\frac{1}{3}$ des ganzen Titels ausmachen, nur 38, mithin noch nicht $\frac{1}{10}$ aller derartigen Ergänzungen.

11) In der Abh. über das biſchöfl. Recht u. ſ. w. S. 119. wird bemerkt, es ſei bei Bearbeitung des Kirchenrechts der Grundſatz angenommen worden, daß man „nur die überall ſtattfindenden Grundſätze aufnehmen, und alles, was ſich auf Friedensſchlüſſe, Verträge u. ſ. w. gründet, weglaſſen ſolle“. Wann und wie man aber dazu gekommen, dies Prinzip zu verlaſſen, wie es doch der Fall iſt, da die Schlußabſchnitte, ohne freilich jene Quellen speciell nahmhaft zu machen, weſentlich darauf beruhen und vielfach verweiſen, iſt nicht geſagt, ſondern bloß noch bemerkt, daß der erſte Suarez'ſche Entwurf über das öffentliche Kirchenrecht nur ganz abſtracte Grundſätze enthalte.

die Legislation ausgegangen iſt. Kann nun gleichwohl der Verſuch einer allgemeinen Charakteriſtik der landrechtlichen Kirchengeſetzgebung nicht abgelehnt werden, die für die Geſchichte der katholiſchen Kirche Preußens ein eben ſo einflußreiches Moment iſt, als entſcheidend für deren heutiges Recht, ſo wird doch einerſeits nachſichtige Beurtheilung deſto eher angeſprochen werden dürfen, andererſeits dies um ſo unerläßlicher erſcheinen, von vorn herein für dieſe Kritik den richtigen Geſichtspunkt zu gewinnen.

Einſeitiger Befangenheit in confeſſionellen Anſichten, welche der eignen Ueberzeugung den allſeitigſten und weitgreifendſten Einfluß zu vindiciren, und dieſe, unbekümmert um die Rechte, Intereſſen, Lehren und Ueberzeugungen der Gegenſeite, bis zu den entfernteſten Conſequenzen geltend zu machen geneigt wäre, wird ſich allerdings erwehren müſſen, wer nur irgend als ſtimmberechtigt gelten will bei Beurtheilung eines ſo ſchwierigen Werks, als in Staaten gemiſchter Confeſſion die legislative Organiſation der kirchlichen Verhältniſſe ſtets und unter allen Umſtänden ſein wird. Gleichwohl wird die Kritik, gerade weil die landrechtliche Geſetzgebung beſtimmt war für ein Land, welches erſt ſeit wenigen Decennien als gemiſchtes Territorium gelten konnte, den confeſſionellen Geſichtspunkt nicht ganz außer Acht laſſen dürfen. Für einen in ſeiner Geſchichte und äußern Organiſation, ſeiner politiſchen Bedeutung und innern Richtung nach weſentlich evangeliſchen Staat ſollte dem katholiſchen Kirchenthume eine Stellung angewieſen werden, bei welcher die Rechte und Intereſſen der Landesherrſchaft nicht minder geſichert wären, als die der evangeliſchen Landeskirche, und weder die politiſche Richtung des Staats, noch die geiſtige Entwickelung des Volks irgend gefährdet erſchiene. Was unter einem Fürſten ihres Glaubens, und in einem Staate, welcher jedes andere Bekenntniß ausſchließt oder ihm doch nur beſchränkte Duldung gewährt, die katholiſche Kirche zu erwarten berechtigt iſt, wird daher niemals als Maaßſtab für den Werth oder Unwerth der landrechtlichen Geſetzgebung angelegt werden dürfen. Auf der anderen Seite iſt jedoch eben ſo wenig zu verkennen, daß überall, und zumeiſt innerhalb des katholiſchen Bekenntniſſes, die

geſellſchaftliche Organiſation der Kirche und die Handhabung des geiſtlichen Regiments in engem Zuſammenhange ſteht mit dem der einzelnen Kirche eigenthümlichen Lehrbegriffe; und ſchon im Intereſſe der eigenen, katholiſcher Landesherrſchaft unterworfenen Glaubensgenoſſen wird man evangeliſcher Seits ſich nicht verhehlen dürfen, daß, ſelbſt wo ein tractatenmäßiges Anrecht auf unveränderliche Fortdauer des Status quo nicht begründet wäre, die Glaubens- und Gewiſſensfreiheit, gleichviel ob auf bloßer Duldung oder förmlicher Anerkennung beruhend, nicht ſchlechthin auf den Kreis der individuell-perſönlichen Ueberzeugung, des ungehinderten Cultus, freier Geſtattung der Lehr- und Seelſorge-Thätigkeit und ungeſchmälerter bürgerlich-politiſcher Rechtsfähigkeit beſchränkt werden könne. Daß von dem Standpunkte der evangeliſchen Lehre aus eine Norm vollkommen gerechtfertigt erſcheint, daß ein gleiches Zugeſtändniß, wenn den Evangeliſchen gemacht, als vollſte Befriedigung ihrer Wünſche und genügende Sicherung ihrer kirchlichen Intereſſen würde anerkannt werden, wird daher dem katholiſchen Bekenntniſſe gegenüber nicht unbedingt für deren Werth entſcheiden können, ſondern in ſoweit den Rechten und Intereſſen des Staats oder der evangeliſchen Kirche weder direct noch indirect Eintrag geſchieht, wird man der katholiſchen Kirche, wenn nicht auf unveränderte Geltung ihrer Verfaſſungs- und Disciplinar-Einrichtungen einen wirklichen Rechtsanſpruch zugeſtehen, doch derartige Wünſche billigen, und natürlich finden müſſen.

Ein beſonderer Umſtand aber tritt noch hinzu, welcher es gerade bei Würdigung der landrechtlichen Kirchengeſetzgebung unerläßlich macht, den verſchiedenen Standpunkt der chriſtlichen Religionspartheien feſtzuhalten. Ob den Redactoren des Landrechts eine allſeitig genügende Kenntniß des Kirchenrechts, und der kirchlichen Verfaſſung aller, auch der katholiſchen, Provinzen Preußens beigewohnt habe, wollen wir nicht bezweifeln, und weder darauf beſonderes Gewicht legen, daß doch gerade dieſer Theil ihrer Arbeit ſo viele, unverkennbar aus dem Leben ſelbſt entnommene, Aenderungen noch in dem Schlußſtadium erfahren hat, noch darauf, daß ſelbſt der Großcanzler v. Carmer und Suarez in

ihrer früheren amtlichen Thätigkeit [12]) nur geringe Veranlaſſung zu näherer Beſchäftigung mit dieſem Theile der Staatsverwaltung gehabt haben mögen [13]). Noch ferner liegt uns der Gedanke, als könnte bei dieſen beiden Männern die Erinnerung an die Unbilden, welche ihre Glaubensgenoſſen in ihrem Vaterlande, in der Pfalz und Schleſien, theils früher erlitten hatten, theils noch erduldeten, irgend auf die Art eingewirkt haben, wie ſie in dem Landrechte die katholiſchen Kirchenangelegenheiten aufgefaßt und geſetzlich geordnet haben. Allein wie groß der Gegenſatz zwiſchen beiden Kirchen ſei, und nicht etwa bloß in der äußeren Organiſation, in den Formen der kirchlichen Verwaltung, ſondern in der Grundlage der Verfaſſung und in der dogmatiſchen wie rechtlichen Auffaſſung des geſammten kirchlichen Lebens, iſt bekannt genug. Um ſo näher hätte es gelegen, bei der Redaction des Landrechts die Verhältniſſe der katholiſchen und der evangeliſchen Kirche durchgängig aus einander zu halten. Gleichwohl iſt dies nicht geſchehen, ſelbſt da nicht, wo die Legislation, den Standpunkt allgemeiner Abſtraction verlaſſend, auf dem Gebiete des poſitiven Rechts ſich bewegt. Unwillkürlich hat ſo bei legislativer Feſtſtellung der kirchlichen Verhältniſſe der evangeliſche Geſichtspunkt hie und da das Uebergewicht, die Geſetzgebung, ſo zu ſagen, eine proteſtantiſche Färbung gewonnen. Je mehr die Redactoren die ihnen vertrautere evangeliſche Kirchenverfaſſung vor Augen hatten [14]), und doch Normen von

---

12) In Schleſien waren die katholiſchen Kirchenangelegenheiten den Kammern und dem dirigirenden Miniſter, nicht den Obergerichten überwieſen. S. oben Kap. 2. §. 12. u. 14.

13) Durch ſein Amt als Schleſiſcher General-Fiscal war Pachaly allerings eher in den Stand geſetzt, genauere Kenntniß der dortigen katholiſchen Kirchenverfaſſung, wenn ſchon nur dieſer, zu gewinnen; ſeine Theilnahme an der Redaction des Landrechts ſcheint ſich aber auf die erſten Vorarbeiten beſchränkt zu haben. Von einer Communication aber mit den Kirchenbehörden der katholiſchen Provinzen, wie wohl bei anderen, über das ſtrenge Rechtsgebiet herübergreifenden Materien ſtattgefunden hat, und auch hier eine vollſtändige Ueberſicht der beſtehenden Einrichtungen gegeben haben würde, iſt nichts bekannt geworden. Vgl. Simon's Bericht über d. ſcientif. Redact. der Mater. in Matthis jur. Monatsſchr. f. d. Pr. St. Th. 11. S. 192 flg.

14) Ein directer Beweis hierfür liegt darin, daß im Entwurfe bei vielen Beſtimmungen auf die Conſiſtorial-Ordnungen verwieſen, oder

allgemeiner Gültigkeit aufſtellen wollten, kann es daher nicht befremden, wenn hie und da Einrichtungen, die ihrer hiſtoriſchen Entſtehung und Geltung nach nur der evangeliſchen Kirche angehören, eine gemeinrechtliche Bedeutung beigelegt iſt [15]), wenn Vorſchriften zu allgemeiner Regel erhoben ſind, welche zu den katholiſchen Verhältniſſen, wie dieſe geſchichtlich gegeben ſind und in dem Particularrechte vorliegen, keineswegs paſſen, und ohne erhebliche Modificationen oder Einſchränkungen mit der Grundlage der ganzen katholiſchen Kirchenverfaſſung nicht vereinbar ſind [16]), wenn ſelbſt für rein kirchliche Verhältniſſe als anſcheinend unbedingte Rechtsnorm Grundſätze aufgeſtellt werden, deren buchſtäbliche Anwendung in directem Widerſpruch mit der katholiſchen Lehre und dem Weſen ihrer Verfaſſungs-Hierarchie ſtehen würde [17]). Starres Feſthalten an dem Buchſtaben des Geſetzes müßte hier entweder zu Aenderungen der inneren Kirchenverfaſſung

---

nur des Conſiſtorii Erwähnung gethan war, und daß man hinterher bei der Schluß-Redaction theils jene Bezugnahme geſtrichen, theils für das Conſiſtorium den allgemeineren Ausdruck „geiſtliche Obern“ ſubſtituirt hat. Vgl. L. R. Th. II. Tit. 11. §. 338. 345. 481. 629. 659. 706. 707. mit Entw. Th. I. Abth. 2. Tit. 6. §. 267. 276. 356. 474. 491. 523. 524. Uebrigens gehören die mit der kathol. Kirchenverfaſſung unvereinbaren Beſtimmungen größtentheils den erſten Abſchnitten an, in welchen man von dem poſitiven Rechte möglichſt abſtrahirte.

15) Dahin gehört z. B. die Probepredigt der neuanzuſtellenden Pfarrer, welche im L. R. Th. II. Tit. 11. §. 326. 329. 336. zur allgemeinen Regel erhoben wird, das Wahlrecht der Gemeinde, welches nach §. 353. der Regel nach bei allen keinem Patronat unterworfenen Stellen eintreten ſoll.

16) So iſt z. B. der Grundſatz des §. 102., daß jedem Geiſtlichen das Recht freier Entſagung auf ſein Amt zuſtehe, der Lehre des canoniſchen Rechts entgegen, wonach Niederlegung des Amts nur mit Zuſtimmung des Kirchenobern, bei Biſchöfen ſogar nur aus beſtimmten Gründen zuläſſig iſt. Daß unter bloßer Genehmigung des Staats die Gemeinde einen Patron annehmen könne, wie §. 572. beſtimmt, iſt mit dem Collationsrechte des Episcopats unvereinbar. Eben ſo iſt der Grundſatz des §. 65., daß eine Ordination nur auf den ſ. g. titulus beneficii erfolgen könne, in Betreff der niederen Weihen geradezu unausführbar.

17) Wenn z. B. nach §. 63. die Ordination die Befugniß zur Ausübung aller geiſtlichen Amtsverrichtungen giebt, ſo iſt dies zwar der evangeliſchen Lehre conform, welche die Ordination als feierliche Amtsverleihung behandelt, in directem Widerſpruche aber

führen, die gleichwohl als Gegenſtand der Legislation eigentlich gar nicht galt, und ſogar in der fortdauernden Gültigkeit des particularen Rechts geradezu anerkannt wurde, oder es würde dies, in Widerſpruch mit den Prinzipien, welche das Landrecht ſelbſt ausgeſprochen, die Regierung ſtets bethätigt hat, Glaubens- und Gewiſſensfreiheit in ſolchen Angelegenheiten gefährden, welche weder in irgend einer Beziehung zum Staate ſtehen, noch andere als rein kirchliche Intereſſen berühren. Selbſt die Praxis wird daher bei Erwägung der landrechtlichen Normen den confeſſionellen Standpunkt nicht ganz hintanſetzen dürfen; um ſo weniger wird eine Kritik, welche die Arbeit der Redactoren hauptſächlich als wiſſenſchaftliches Werk vor ihr Forum zu ziehen veranlaßt iſt, zu irgend genügenden Reſultaten führen, wenn ſie jeglicher Rückſicht auf den dogmatiſchen und kirchlichen Gegenſatz beider Religionspartheien ſich entſchlagen zu können vermeinte.

Dies allein giebt indeſſen noch keine Gewähr richtigen Verſtändniſſes dieſer Kirchengeſetzgebung und entſprechender Auffaſſung ihrer Eigenthümlichkeiten; Ziel und Zweck der geſammten Rechtsreform Preußens wird nicht minder müſſen feſtgehalten werden. Weder eine Verfaſſungsurkunde im Sinne der neuern Zeit wollte man, noch eine neue Landesorganiſation zum Behufe der kirchlichen Verwaltung; einer Religionsaſſecuration bedurfte die katholiſche Kirche des Landes ſo wenig, als die evangeliſche. Auf Darle-

---

mit der katholiſchen Lehre vom Sacramente der geiſtlichen Weihe. Daß eine Ausſchließung aus der Kirchengemeinſchaft nicht etwa bloß die Zuſtimmung der Regierung erfordere, was um der Rückwirkung auf die bürgerliche Stellung willen im §. 57. feſtgeſetzt iſt, ſondern daß ſie „wegen bloßer von dem gemeinen Glaubensbekenntniſſe abweichender Meinungen“ überhaupt gar nicht nach §. 55. ſoll eintreten können, iſt mit der katholiſchen Lehre eben ſo unvereinbar, als daß nach §. 74. u. 75. es lediglich dem Gewiſſen des Geiſtlichen anheim geſtellt bleibt, ob er wegen Abweichung von der Kirchenlehre, wie unzweifelhaft dieſe auch ſein möge, wenn nur nicht in Amtsvorträgen und beim öffentlichen Unterrichte ausgeſprochen, ſein Amt niederlegen wolle. Die Beſtimmung der §. 86 flg., 54. u. 56., daß kein Geiſtlicher für ſich allein und ohne Vorbeſcheidung der geiſtlichen Obern von den Sacramenten ausſchließen dürfe, und daß im Falle des Streits über Rechtmäßigkeit der Ausſchließung die Entſcheidung dem Staate gebühre, ſteht dem in der iurisdictio interna der katholiſchen Kirche weſentlich begründeten Abſolutionsrechte des Prieſters direct entgegen.

gung und genauere Feſtſtellung des kirchlichen Zuſtandes ging die Abſicht allein. Sollte ja doch überhaupt das neue Landrecht nur eine „gründliche Verbeſſerung", nicht eine völlige Umgeſtaltung oder weſentliche Abänderung des bisherigen Rechts herbeifüh-ren[18]); und wenn überhaupt Jeder, welcher in einem nach den bisherigen Geſetzen gültigen und zu Recht beſtändigen Beſitze ir-gend einer Sache oder eines Rechts ſich befände, dabei geſchützt, und unter keinem aus der neuen Geſetzgebung entnommenen Vor-wande im Genuſſe oder in der Ausübung ſeiner wohlerworbenen Gerechtſame geſtört oder beeinträchtigt werden ſollte[19]), ſo mußte dies vor allem auf dem Gebiete des religiöſen Lebens und der kirchlichen Verwaltung gelten, welche nicht in einzelnen, wech-ſelnden und raſch vorübergehenden Geſchäften ſich kund geben, wie die den bürgerlichen Verkehr regelnden Rechtsnormen, ſondern ihrer Natur nach in bleibenden Inſtitutionen, in gleichmäßig fort-wirkenden Einrichtungen und Anſtalten ſich fixiren müſſen. Auch nur als ſubſidiäre Rechtsquelle ſollte das Landrecht dienen, das Provincialrecht dagegen, obſchon einer Reviſion unterliegen, fort-dauernd ſeine prinzipale Gültigkeit behaupten; und wie ſehr im-mer die Anſichten darüber ſich geändert haben, in welchem Um-fange Feſthaltung und geſetzliche Sanction der provinciell-localen Rechtsverſchiedenheit rathſam ſei[20]), ſo hat man doch zu keiner Zeit verkannt, daß als „ſehr erhebliche Gründe" für deren Bei-behaltung die beſondere Verfaſſung der einzelnen Provinzen nicht minder, als alle ohne Nachtheil wohlerworbener Rechte nicht auf-zuhebenden Einrichtungen und Anſtalten gelten müßten[21]). Wie aber gerade auf dem kirchlichen Gebiete die größte Rechtsverſchie-denheit zwiſchen den einzelnen Theilen der Monarchie obwaltete, wird die frühere Darſtellung zu eben ſo klarer Anſchauung ge-

18) Publ.-Pat. vom 5. Febr. 1794 Art. I. und IV. vgl. mit Cab.-Ord. vom 14. April 1780.

19) Ebend. Art. VIII.

20) Cab.-Ordre vom 14. April 1780 vgl. mit Vorerinnerung zum Ent-wurfe S. 11., Cab.-Ordre vom 27. Auguſt 1786 und Cab.-Ordre vom 22. Auguſt 1798.

21) Publ.-Patent vom 5. Febr. 1794. Art. VI.

bracht haben, als daß dieſe Mannichfaltigkeit der kirchlichen Organiſation, hervorgegangen aus den früheren Schickſalen der einzelnen Provinzen, Gebiete und Ortſchaften, mit deren geſammten, geiſtigen und ſittlichen, bürgerlichen und politiſchen Zuſtänden aufs innigſte, und faſt unauflöslich verknüpft war. So wenig haben dies auch die Redactoren des Landrechts verkannt, daß keine Rechtsmaterie nachgewieſen werden kann, wo in gleichem Maaße auf die particularen und localen Rechtsquellen, auf Statuten und Privilegien wäre hingewieſen, und deren unverändert fortdauernde Rechtskraft anerkannt worden, wo die hergebrachte Verfaſſung der einzelnen Inſtitute, Gemeinden, Ortſchaften, Provinzen, ſelbſt wenn ſie nur auf der, angeblich unſichern, Baſis ungeſchriebener Obſervanz beruhte, eine gleich unbedingte Beſtätigung gefunden hätte[22]). Wie factiſch, ſo galt auch geſetzlich das provincielle Recht als die eigentliche Baſis des kirchlichen Zuſtandes, und nur in dem Maaße, als dies feſtgehalten, die landrechtliche Geſetzgebung nicht als abgeſchloſſenes Ganzes, ſondern in dieſer ihrer natürlichen Ergänzung aufgefaßt wird, darf Wiſſenſchaft und Praxis zu richtigen und genügenden Reſultaten zu gelangen hoffen.

Kaum aber bedarf es wohl noch der Bemerkung, daß, wie ein ſolches Geſetzgebungswerk jederzeit als das Product ſeiner Zeit ſich darſtellt, und dieſe in ihren eigenthümlichen bewegenden Elementen mehr oder weniger abſpiegeln wird, ſo auch eine beurtheilende Charakteriſtik ihr Ziel verfehlen muß, welche die landrechtliche Geſetzgebung von dem Standpunkte ihrer Zeit ins Auge zu faſſen, nicht wenigſtens verſuchen wollte. In ſeinen geiſtigen und politiſchen Tendenzen, in ſeiner ſittlich-religiöſen und wiſſenſchaftlichen Eigenthümlichkeit das der franzöſiſchen Revolution vorangehende Zeitalter zu ſchildern, iſt nun freilich hier nicht des Orts,

22) Abgeſehen von den zahlreichen Stellen, wo der geſetzlichen Vorſchrift der Zuſatz „in der Regel“ beigefügt iſt, genüge es hier, auf die §. 165. 235. 252. 274. 324. 333. 366. 406. 409. 553. 562. 593. 681. 710. 766. 788. 821. 838. 841. 844. 948. 980. 1012. 1079. 1087. 1090. 1094. 1106. 1130. 1151. 1168. zu verweiſen, welche übrigens zu großem Theile erſt bei der letzten Umarbeitung hinzugekommen ſind. — Vgl. auch unten §. 4.

und in ſo fern überflüſſig, als wir Vertrautheit mit den allgemeinſten Lebenszuſtänden jener Periode vorausſetzen dürfen. Daran aber, weil unſere Aufgabe näher berührend, ſei es erlaubt zu erinnern, daß gerade damals innerhalb der katholiſchen Kirche ſelbſt durch die Febroniſchen Streitigkeiten, die Differenzen über das Nuntiaturweſen, und die von Kaiſer Joſeph mit Antritt ſeiner Regierung begonnenen und immer weiter in das Innere der kirchlichen Verwaltung ausgedehnten Reformen, ein Meinungsſtreit hervorgerufen war, wie faſt zu keiner Zeit zuvor. In größter Schroffheit ſtanden ſich die Anſichten der Episcopaliſten und der Vertheidiger des alten Papalſyſtems entgegen, und nicht etwa bloß über das Verhältniß der Biſchöfe zu den Päbſten, ſondern über die geſammte Grundlage der katholiſchen Hierarchie; nach allen Seiten hin war die hergebrachte Verfaſſung und Disciplin der Kirche in Frage geſtellt. Den factiſchen Beſitz der bisher geübten Gerechtſame hatte die Römiſche Curie meiſt noch zu behaupten vermocht; aber der Fels, auf welchem ſie ihre Machtvollkommenheit feſt gegründet glaubte und lehrte, war von neuem erſchüttert. Weder ein göttliches Recht kirchlicher Suprematie war die Doctrin dem Römiſchen Biſchofe zuzugeſtehen geneigt, welchem als Nachfolger des erſten Apoſtels keine weitere Gewalt gebühre, als die oberſte Aufſicht zur Erhaltung der Einheit; noch wollte man den althergebrachten Beſitzſtand als Rechtstitel fernerer Uebung der päbſtlichen Primatialrechte gelten laſſen. Die Willkür, mit welcher vom Römiſchen Hofe, allen Beſchwerden zum Trotz, die wohlbegründeten Rechte des Episcopats nicht minder waren hintangeſetzt worden, als die eignen concordatmäßigen Zuſicherungen, hatte weniger den Wunſch neuer Verhandlungen angeregt, als den Zweifel, ob überall die Kirche jene Concordate als bindende Norm anzuerkennen habe. Mochte nun auch die Mehrzahl der katholiſchen Regenten aus perſönlichen Bedenken noch Anſtand nehmen, in dem Kampfe gegen die Römiſche Suprematie offen Parthei zu ergreifen, ſo hatte doch die weltliche Macht die Conſequenzen, welche das neue Episcopalſyſtem nach der politiſchen Seite hin ergebe, weder verkannt noch zu nutzen gezögert, um die ſchon längſt, wenn auch weniger im Buchſtaben

des Geſetzes ausgeſprochene, ſondern mehr durch die That behauptete, Unabhängigkeit des weltlichen Regiments, der Römiſchen Machtvollkommenheit gegenüber, immer feſter zu begründen. Mehr als je war die Prälatur abgeneigt, der Curie die früher bewilligten Gerechtſame zuzugeſtehen, und in der Doctrin hatte vollends das Episcopalſyſtem den entſchiedenſten Sieg erſtritten. Das Ziel der früher mißlungenen Reformationsverſuche, Herſtellung nemlich des Episcopats in ſeine urſprünglichen Rechte, war zwar weder erreicht, noch ſichere Hoffnung des Gelingens begründet; wohl aber war es von neuem der Mittelpunkt geworden, um welchen ſich das geſammte Leben der katholiſchen Kirche in der Zeit bewegte, welcher der Preußiſchen Landesgeſetzgebung angehört.

Von dem hier angedeuteten Standpunkte, welchen wir als den richtigen anſprechen zu dürfen glauben, wollen wir nun, eingedenk jedoch unſeres nächſten Berufes wie des Maaßes unſerer Kräfte, nach welchen wir die rein juriſtiſche Seite dieſer Legislation für wichtiger erachten, als deren politiſche Zweckmäßigkeit, eine allgemeine Charakteriſtik der landrechtlichen Kirchengeſetzgebung in der Art verſuchen, daß, neben dem gegenſeitigen Verhältniſſe der verſchiedenen chriſtlichen Confeſſionen, die Verfaſſung der katholiſchen Kirche überhaupt, ſo wie die Stellung ihrer Geiſtlichkeit und die ihren eigenthümlichen Rechtsquellen beigelegte Bedeutung, neben den Gerechtſamen der Landes- und Kirchenhoheit in geiſtlichen Dingen die der Diöceſangewalt inwohnenden Rechte den Gegenſtand näherer Erörterung bilden werden, von dieſer aber, ſo weit möglich, eben ſowohl das ſpeciellere Detail der kirchlichen Organiſation, als die geſammte neuere kirchliche Geſetzgebung Preußens ausgeſchloſſen bleiben ſoll.

§. 2.

Gegenſeitiges Verhältniß der katholiſchen und evangeliſchen Kirche.

Den Unterſchied, welchen die Doctrin zwiſchen recipirten, geduldeten und verbotenen Religionen zu machen pflegt, und die Gegenſätze, die ſich hieran theils mit Rückſicht auf Religions-

übung und Gottesdienſt, theils für die bürgerliche Berechtigung und geſellſchaftliche Organiſation der einzelnen Religionspartheien knüpfen, hebt die Preußiſche Geſetzgebung entſchieden hervor [1]; im Ganzen übereinſtimmend mit der bisherigen Theorie und Praxis, welche die öffentliche Feier des Gottesdienſtes in beſonders dazu beſtimmten, und zugleich als ſolche kenntlichen Gebäuden [2], den öffentlichen Charakter der kirchlichen Beamten und die Anerkennung der eigenthümlichen Kirchenverfaſſung [3], die corporative Rechts- und Erwerbsfähigkeit [4], ſo wie den Genuß der Parochialgerechtſame [5]) jederzeit als Attribute der förmlich recipirten Kirchen betrachtet haben; nur in ſo fern abweichend, als die Exiſtenz geduldeter Religionspartheien nicht vom bloß negativen Verhalten der Landesherrſchaft, welche die gemeinſchaftliche Privatübung des Cultus ſtillſchweigend geſchehen läßt, ſondern auch von förmlicher, nur nicht mit Ertheilung der Corporationsrechte und mit Geſtattung öffentlichen Gottesdienſtes verbundener, Genehmigung des Staats abhängig gemacht iſt [6]).

Welcher Kategorie aber die verſchiedenen chriſtlichen Confeſſionen angehörten, in wie weit in Preußen die evangeliſche, in wie weit die katholiſche Kirche auf den Namen und die Rechte einer förmlich recipirten, oder nur auf die einer geduldeten Religionsparthei Anſpruch machen könne, darüber enthält das Geſetzbuch gar keine nähere Beſtimmung. Nur daß, auch das religiöſe Bedürfniß und die Mittel zu gehöriger Dotation vorausgeſetzt, ſelbſt keine der recipirten Religionspartheien neue Kirchen oder Parochien ohne Genehmigung des Staats errichten dürfe, iſt ausge-

1) A. L.-R. Th. II. Tit. 11. §. 14—26.

2) §. 18. vgl. mit §. 22 flg. h. t. Eigenthümlich iſt übrigens, daß nur der Gebrauch der Glocken, nicht auch die Errichtung von Thürmen auf den Gotteshäuſern oder das Recht des Orgelſpiels als Vorrecht der recipirten Kirchen bezeichnet wird.

3) §. 19. u. 114. vgl. mit §. 26. h. t.

4) §. 23. h. t. vgl. mit Entw. a. a O §. 18.

5) §. 237. u. 498. h. t.

6) Vgl. §. 20. u. 21. h. t. mit Th. II. Tit. 6. §. 22—25. und Entw. a. a. O. §. 16., wo noch alle Kirchengeſellſchaften als geduldete bezeichnet werden, welche vom Staate „weder ausdrücklich aufgenommen, noch verworfen“ ſeien.

ſprochen 7). Dagegen iſt weder für den ganzen Umfang der Monarchie den chriſtlichen Hauptpartheien die Qualität förmlich aufgenommener Kirchen beigelegt, noch ausdrücklich in Betreff der Religionsübung auf die beſondere Verfaſſung der einzelnen Provinzen verwieſen, nicht einmal für die zum Deutſchen Reichsverbande gehörigen Landestheile die normative Kraft des im Weſtfäliſchen Frieden anerkannten Entſcheidungsjahres direct beſtätigt, oder was in beſondern Tractaten und Rezeſſen hierüber je für die einzelnen Landestheile feſtgeſetzt worden ſei, irgend wie als entſcheidend bezeichnet.

Ueberall konnte indeſſen die Frage, ob und in welcher Weiſe jede Confeſſion in den einzelnen Provinzen öffentlicher Religionsübung zu genießen habe, nicht in den Kreis der Geſetzgebung gezogen werden, ohne daß dieſe den ihr beſtimmten Charakter verloren hätte; dies mußte der hergebrachten Verfaſſung jedes Orts und Landes anheim gegeben bleiben, für welche, neben den Tractaten, Rezeſſen und Landesverträgen, natürlich auch der reichsfriedensmäßige Zuſtand nach wie vor als Norm galt. Wo katholiſche öffentliche Religionsübung ſich erhalten hatte oder von neuem war zugeſtanden worden, blieb ſie in hergebrachter Art und Weiſe beſtehen; ein mehreres zu bewilligen lag keine Veranlaſſung, es zu fordern kein Recht vor. Wie wenig aber damit irgend wie dem katholiſchen Bekenntniſſe Eintrag geſchehen ſollte, zeigt ſchon dies, daß auch der evangeliſchen Kirche keinerlei Zuſicherung der Art gemacht, daß der Begriff einer herrſchenden Kirche, mag man deren Weſen in beſondern Vorrechten der einen oder andern Confeſſion, oder in dem für das ganze Territorium unbeſchränkten Rechte öffentlicher Religionsübung finden, der landrechtlichen Geſetzgebung durchaus fremd iſt. Entſchieden verwirft zugleich das Landrecht ohne alle Einſchränkung auf einzelne Confeſſionen den Pfarrzwang, ſelbſt in Betreff der dinglichen Parochiallaſten und Abgaben, wenn ſchon man noch Bedenken trug, die in dem Provincialrechte und Ortsherkommen begründeten Ge-

7) §. 176 flg., 238. u. 306. h. t.

rechtſame der Art direct und unbedingt aufzuheben[8]). Allen Beeinträchtigungen der hergebrachten Religionsübung vorzubeugen, wird endlich nicht bloß das Prinzip beſtätigt, daß keine neue Bewilligung freier Religionsübung der bisher recipirt geweſenen Religionspartheı und den ſchon beſtehenden Kirchenſyſtemen irgend zum Nachtheil gereichen dürfe[9]), ſondern eben ſo beſtimmt jede willkürliche Einführung oder Ausdehnung eines Simultangebrauchs der Kirchen verworfen[10]). In dem Maaße daher, als je in den einzelnen Landestheilen und an jedem Orte Religionsübung, kirchliche Verfaſſung, Beſitz der Kirchen und Güter hergebracht war, behandelt die Landesgeſetzgebung die drei Hauptconfeſſionen in ganz gleicher Weiſe, und ſo erkennt denn auch das gleichzeitige Religionsedict[11]) alle drei, zwar nur „in ihrer bisherigen Verfaſſung“, aber doch, den bloß geduldeten Religionspartheien der Juden, Herrenhuter u. ſ. w. gegenüber, als gleichgeſtellt und als öffentlich aufgenommene Kirchen an.

---

8) §. 261. u. 872. h. t.; daher ſteht Religionswechſel nach §. 303. dem Verlaſſen der Parochie gleich, und Ehefrauen und Kinder, wenn anderer Confeſſion, ſind immer nach §. 271. u. 273. vom Pfarrzwange frei.

9) §. 178. h. t.

10) Wo nicht durch Urtheil und Recht der beſtehende Simultangebrauch als wirkliches Recht beider Religionspartheien erwieſen wird, ſoll nach §. 309 flg. ſelbſt das althergebrachte Simultaneum nur als eine von der im älteren Beſitz befindlichen Religionspartheı, bittweiſe und widerruflich, aus Gefälligkeit gewährte Mitbenutzung gelten. Um ſo weniger kann eine derartige, ohne Zuſtimmung der beſitzenden Gemeinde eingetretene, Bewilligung deren Rechten präjudiciren, oder überhaupt nur als zuläſſig gelten.

11) Edict, die Relig.-Verfaſſ. in den Pr. Staaten betr., vom 9. Juli 1788 §. 1. u. 2.: „Wir … befehlen …, daß alle drei Hauptconfeſſionen der chriſtlichen Religion, nämlich die Reformirte, Lutheriſche und Römiſch-Katholiſche, in ihrer bisherigen Verfaſſung nach den von Unſern Vorfahren vielfältig erlaſſenen Edicten und Verordnungen, in Unſern ſämmtlichen Landen verbleiben, aufrecht erhalten und geſchützt werden ſollen u. ſ. w. Die in Unſern Staaten bisher öffentlich geduldeten Sekten ſind, außer der Jüdiſchen Nation, die Herrenhuter, Mennoniſten und Böhmiſche Brüdergemeine, welche unter landesherrlichem Schutze ihre gottesdienſtlichen Zuſammenkünfte halten, und dieſe dem Staate unſchädliche Freiheit ferner ungeſtört behalten ſollen“. (Nov. Corp. Const. P. 8. p. 2175.) — Schon das Project des Corp. Iuris Frider. vom J. 1750 ſtellt P. I. Lib II. tit. 2. §. 37. die drei Hauptconfeſſionen einander gleich, und den Juden ent-

Weit entfernt, das reichsfriedensmäßige Recht der Gewiſſensfreiheit und freien Hausandacht irgend zu beſchränken, hat ſogar die landrechtliche Geſetzgebung daſſelbe eher noch erweitert. Wie ſie in ihrer Fürſorge für Sicherung der ausdrücklich garantirten Glaubens- und Gewiſſensfreiheit[12]), anſcheinend ſelbſt für die katholiſche Kirche, die Abweichung vom gemeinen Glaubensbekenntniß für kirchlich erlaubt erklärt, iſt bereits oben bemerkt worden[13]); auf das beſtimmteſte aber erkennt ſie an, daß weder der Staat in Glaubensſachen irgend entſcheiden[14]), noch durch Willenserklärungen irgend einer Art die Gewiſſensfreiheit auf bindende Weiſe beſchränkt werden könne[15]), und knüpft den Religionswechſel, wie er ſelbſt nicht durch die kirchliche Stellung des Einzelnen gehindert ſein ſoll[16]), an keine Formalität irgend einer Art, überhaupt an keine andre Bedingung, als die des gehörigen Alters[17]). Die Einrichtung des Hausgottesdienſtes wird dem Gutbefinden des Hausvaters ohne ſonſtige Beſchränkung anheimgeſtellt, als daß er nicht Mitglieder einer andern Religionspartheí wider ihren Willen zur Theilnahme nöthige[18]). Trotz dem Mangel ausdrücklicher Zuſicherungen kann auch weder den Bekennern der chriſtlichen Confeſſionen, wo ſie öffentlicher Religionsübung entbehren, die im Weſtfäliſchen Frieden zugeſicherte Befugniß zum Beſuche benachbarter, ſelbſt ausländiſcher Kirchen ihres Glaubens abgeſprochen[19]), noch ſelbſt dies bezweifelt werden, daß das

---

gegen, obſchon freilich nur unter der Bezeichnung „tolerirter Religionen“.

12) §. 2—4. 37. 38. h. t. 13) S. oben §. 1. Note 17.

14) §. 3. h. t. 15) Th. I. Tit. 4. §. 9. 16) §. 1179. h. t.

17) §. 40—43. u. 303. h. t. vgl. mit Tit. 2. §. 83 flg. Auch das angef. Relig.-Edict. §. 3 flg. fordert Anzeige der Religions-Veränderung nicht ſowohl als Bedingung, ſondern nur „zur Vermeidung aller Inconvenienzen in bürgerlichen Verhältniſſen“.

18) §. 7. u. 8. h. t. Die in neueſter Zeit eingetretene Beſchränkung auf Familienglieder und Hausgenoſſen iſt nicht gegen die katholiſche Kirche, ſondern gegen das Conventikel-Weſen gerichtet.

19) Ein indirectes Anerkenntniß liegt theils im §. 300 h. t., in wie fern hier nur den vagirenden Gemeinden, nicht aber (wie es nach dem Entw. §. 247. anfangs beabſichtigt war) auch den einzelnen Einwohnern unterſagt iſt, ſich von der Kirche ihrer Religionspartheí wieder zu trennen, zu welcher ſie, weil keiner Parochie angehörig,

Recht einer ſ. g. qualificirten Hausandacht den Hauptconfeſſionen zukomme, und daß deren Mitglieder, wo ſie keine eignen Kirchen haben, durch beſonders berufene Geiſtliche in ihren Privatwohnungen die Sacramente ſpenden und andere Religionshandlungen vollziehen laſſen dürfen[20]).

Je mehr aber in allen dieſen Beziehungen das katholiſche Bekenntniß der evangeliſchen Kirche gleich behandelt wird, um ſo eher könnte es auf den erſten Blick befremden, daß das Landrecht nirgend die bürgerliche und politiſche Rechtsgleichheit und Rechtsfähigkeit der Katholiken ausdrücklich ausſpricht, und doch ſelbſt die Möglichkeit anerkennt, daß mit dem religiöſen Bekenntniſſe „vermöge der Geſetze“ eine Unfähigkeit zu gewiſſen bürgerlichen Handlungen oder gewiſſen Rechten verknüpft ſei, oder die Kraft und Gültigkeit derſelben davon abhänge[21]). Allein wie dies unzweifelhaft in das Gebiet des öffentlichen Rechts fällt, ſo beſtand auch ſchon ſeit mehr als einem Jahrhundert factiſch die Rechtsgleichheit der Katholiken, und war in den meiſten Provinzen ausdrücklich garantirt. Nur abſichtliche Mißdeutung wird daher an jenem Stillſchweigen Anſtoß nehmen; jedenfalls könnte aber allein eine geſetzliche Ausſchließung Beachtung finden. Weder direct aber noch indirect wird die bürgerliche Rechts- und Er-

ſich bisher in Gemäßheit von §. 293 flg. gehalten haben; theils im §. 498 h. t., welcher bei den Bekennern einer bloß geduldeten, mit keiner eignen Kirchenanſtalt verſehenen Religionsparthei (und ſolchen ſtehen die Mitglieder einer aufgenommenen Kirche, die an ihrem Wohnorte keine eignen Geiſtlichen haben, offenbar gleich) nur Benachrichtigung des Pfarrers ihres Wohnorts von Geburten u. ſ. w. fordert. Die Aufhebung des Pfarrzwanges wäre auch ohne die obige Befugniß rein illuſoriſch. Daß aber ſelbſt im Auslande in ſolchen Fällen Befriedigung des religiöſen Bedürfniſſes geſucht werden könne, wird m. E. im §. 253 h. t. anerkannt, wo des Falles, daß dieſſeitige Unterthanen ſich zu einer ausländiſchen Kirche halten, und zwar neben förmlichem Parochialnexus inländiſcher Kirchen mit ausländiſchen Pfarren, Erwähnung geſchieht.

20) Für unzuläſſig iſt die Vollziehung von Pfarrhandlungen in Privathäuſern nirgends erklärt, in Betreff der Bekenner bloß geduldeter Religionen ſogar im §. 23. h. t. ausdrücklich geſtattet, und kann den keinem Parochialverbande angehörigen Mitgliedern einer recipirten Kirche um ſo weniger verweigert werden, als ſie vom Pfarrzwange frei ſind.

21) §. 5. 6. 112. h. t.

werbsfähigkeit, die Zulaſſung zu Staats- und Communalämtern, der Betrieb des Handels, der Gewerbe u. ſ. w. an das Bekenntniß zur evangeliſchen Lehre geknüpft[22]), in Betreff der Aufnahme in öffentliche Schulen und der Gewährung kirchlichen Begräbniſſes ſogar ausdrücklich die Verſchiedenheit der chriſtlichen Confeſſionen als unerheblich bezeichnet[23]), und ſo muß auch in dieſer Beziehung anerkannt werden, daß das Landrecht, wie wenig directe Zuſicherungen es immer enthalte[24]), keins der Rechte entzogen, verletzt oder verkümmert hat, welche in der, freilich ſchwer getäuſchten, Hoffnung gänzlicher Erledigung aller Religionsverfolgungen ſchon der Weſtfäliſche Friede den verſchiedenen Confeſſionen zugeſtanden hatte.

§. 3.
Stellung der Landeskirche zur Geſammtheit der katholiſchen Kirche.

Zweifelhafter könnte bei oberflächlicher Betrachtung oder einſeitiger Beurtheilung der Werth der Landesgeſetzgebung erſcheinen, wenn man die Art und Weiſe berückſichtigt, wie ſie die kirchliche Verfaſſung im allgemeinen, und die Beziehungen der katholiſchen Gemeinden, Inſtitute und Autoritäten zur Geſammtheit der katholiſchen Kirche aufgefaßt, und zu ordnen verſucht hat. Hier gewinnt es auf den erſten Blick allerdings den Anſchein, als ob die Redaction von Grundſätzen geleitet worden ſei, welche ſelbſt für die evangeliſche Kirche kaum einen äußern Schein der Wahrheit anſprechen dürften, mit der Geſchichte und dem Weſen der katholiſchen Kirche dagegen vollends unvereinbar wären.

In dem Landrechte nemlich ſtellt ſich nach deſſen ganzer Anordnung und Faſſung die Kirche nur dar als ein Aggregat einzelner, für kirchlich-religiöſe Zwecke beſtimmter, Gemeinden und

22) Vgl. Th. I. Tit. 1. §. 1 flg., Tit. 8. §. 6., Th. II. Tit. 7. §. 45 flg. 73 flg., Tit. 8. §. 14 flg. 119 flg. n. 247 flg. und Tit. 10. §. 70 flg.

23) S. §. 189 flg. h. t. und Th. II. Tit. 12. §. 10.

24) Im §. 27 flg. h. t. wird nicht die gleiche Berechtigung aller Confeſſionsverwandten, ſondern nur die ohne Rückſicht auf Religion eintretende Verbindlichkeit der bürgerlichen Geſetze ausgeſprochen.

Inſtitute, welche, geduldet oder anerkannt vom Staate, allein durch die gleiche Unterordnung unter die Landesherrſchaft und als Theile des Staatsorganismus für äußerlich mit einander verknüpft gelten, unter ſich aber nur durch Gemeinſchaft des Glaubens und Gleichartigkeit des Cultus in rein geiſtiger Verbindung ſtänden. Als Einheit dagegen und als corporatives Ganzes, als eine, wie ihrem Urſprunge nach von der Staatsgewalt unabhängige, ſo auch dem Staate in gewiſſem Sinne zur Seite ſtehende Inſtitution, welche zwar in ihren einzelnen Angehörigen und Gliederungen der weltlichen Macht untergeordnet iſt, doch aber auch über die Landesgrenzen hinaus eine äußere geſellſchaftliche Exiſtenz hat, und ſämmtliche Bekenner ihrer Lehre in einer äußeren corporativen Gemeinſchaft vereinigt; in dieſer Weiſe tritt die Kirche nicht hervor. Nur als Religionspartheien oder als Religionsgeſellſchaften, nicht als Kirchen, ſtellt durchgängig das Landrecht die Bekenner der verſchiedenen Confeſſionen einander entgegen, und erklärt geradezu, daß die mehreren Gemeinden, obgleich zu einerlei Religionsparthei gehörig, dennoch unter ſich in keiner nothwendigen Verbindung ſtänden [1]); eben ſo beruht Anordnung, Eintheilung und Terminologie des Landrechts auf jener Anſicht, daß alle Gemeinden als für ſich beſtehende Corporationen zu betrachten ſeien, ohne zu einer allgemeinen Kirche verbunden zu ſein, oder doch als dazu verbunden zu gelten. Innerhalb nemlich jeder Religionsparthei unterſcheidet die Geſetzgebung, was den corporativen Organismus betrifft, nur geiſtliche Geſellſchaften und Kirchengeſellſchaften; zu jenen gehören nach wortdeutlicher Erklärung [2]) allein die Stifter, Klöſter und Orden, von denen in den Abſchn. 12—20. die Rede iſt, die letzteren ſind alle diejenigen, welche ſich zu öffentlicher oder doch gemeinſchaftlicher Feier des Gottesdienſtes verbunden haben [3]), die eigentlichen Kirchengemeinden alſo, mögen ſie der Parochialrechte genießen oder entbehren. Von den Parochialverhältniſſen handeln nun vorzugsweiſe, und unter möglichſter Berückſichtigung des

1) §. 36. h. t. 2) §. 939. vgl. mit §. 12. h. t. 3) §. 11. h. t.

des poſitiven Rechts, die Abſchn. 5—11; irrig aber wäre es, wenn man meinen wollte, daß die Abſchn. 1—4. auf die Kirchenverfaſſung überhaupt, auf die rechtlichen Verhältniſſe der Kirche als Geſammtcorporation ſich bezögen, vielmehr iſt es auch hier wieder die Gemeindeverbindung, welche näherer Erörterung unterworfen wird, nur theils ohne Bezugnahme auf den Parochialnexus, theils mehr von dem Standpunkte des abſtracten Naturrechts. Dafür ſpricht ſchon, daß hier faſt immer nur von Kirchengeſellſchaften die Rede iſt, und nicht etwa als Gegenſatz der verſchiedenen Confeſſionen unter einander, ſondern gerade innerhalb derſelben[4]); in vielen Stellen werden auch die Ausdrücke Kirchengeſellſchaft und Kirchengemeinde völlig identificirt, und als ganz ſynonym gebraucht[5]). Keine einzige Stelle dagegen iſt nachzuweiſen, wo dieſer techniſch-typiſche Ausdruck ganz entſchieden und unzweifelhaft in dem Sinne von Kirche überhaupt, und ſo gebraucht wird, daß jede Beziehung auf die Gemeindeverfaſſung nothwendig auszuſchließen wäre[6]), wodurch daher die

4) §. 114. u. 15., §. 189. h. t.

5) Vgl. §. 58. mit §. 59., §. 108. mit §. 111., §. 160. mit 170—73., auch §. 75. mit §. 68. 73. u. 77., §. 157. mit §. 159., §. 189. mit §. 192., §. 170. mit Entw. a. a. O. §. 149. u. 50.

6) Man hat dies einestheils von §. 46. h. t. behaupten wollen, wonach jede Kirchengeſellſchaft wegen der äußern Form und Feier des Gottesdienſtes dienliche Ordnungen einführen könne. Allerdings ſind wir nun nicht entfernt der Meinung, daß das Landrecht ſelbſt förmlich das ſ. g. Collegial-Syſtem als Grundlage der evangeliſchen Kirchenverfaſſung anerkannt habe. Allein was in der Abh.: Ueber das biſchöfl. Recht u. ſ. w. §. 13. flg. aus den Materialien der Geſetzgebung mitgetheilt iſt, läßt in Verbindung mit dem damaligen Stande der Doctrin u. E. keinen Zweifel übrig, daß die Redactoren perſönlich dem Collegial-Syſtem den Vorzug gaben, und daher hier, wo von dem poſitiven Rechte ganz abſtrahirt, nur aus der allgemeinen Natur einer Geſellſchaft argumentirt wurde, allerdings das liturgiſche Recht als Ausfluß der Gemeinde-Verfaſſung betrachtet wiſſen wollten. Dafür ſpricht auch der Zuſammenhang mit den voranſtehenden §§., namentlich den §. 36. u. 39., wo ganz evident Kirchengeſellſchaft für Kirchengemeinde gebraucht wird, nicht minder der Inhalt von §. 109., wo von der verbindenden Kraft der bei einer Kirchengeſellſchaft „eingeführten Ordnungen“ die Rede iſt, und nach §. 111. nur die der Gemeinden darunter verſtanden ſein können. Freilich enthält §. 46. eigentlich nichts als ein abſtractes, aller Realität entbehrendes, und für die kirchliche Praxis wie die poſitive Verfaſſung der Kirche völlig einflußloſes Axiom; aber den anderweitig ſo unzweifelhaft conſtatirten

Anſicht gerechtfertigt würde, daß das Landrecht in den erſten Abſchnitten die kirchliche Verfaſſung in ihrer Allgemeinheit, und unabhängig von den durch die geiſtlichen Inſtitute und den Parochialverband gegebenen Gliederungen der Kirche zum Gegenſtande habe.

Nur alſo Eine Seite des kirchlichen Organismus, und in gewiſſem Sinne die untergeordnetere, die **Gemeindeverfaſſung** nemlich, iſt es, auf welche ſich die landrechtliche Geſetzgebung bezieht, welche wenigſtens allein vollſtändige Erledigung gefunden hat. Das eigentliche **Kirchenregiment** wird zwar keineswegs gänzlich ignorirt, ſondern wie für die evangeliſchen Gemeinden anerkannt, daß in den Conſiſtorien eine höhere Direction

Sprachgebrauch des Landrechts zu widerlegen, oder gar deshalb den vier erſten Abſchnitten eine Beziehung auf die Kirche als Ganzes und corporative Einheit zu vindiciren, ſcheint uns jene Aeußerung nicht entfernt geeignet. — Anderntheils hat man, daß das Landrecht unter Kirchengeſellſchaft auch ſo viel als Religionsparthei, die Kirche überhaupt in ihrer Allgemeinheit verſtehe, aus §. 54. h. t. erweiſen wollen, wonach unter Umſtänden die **Kirchengeſellſchaft** befugt iſt, einzelnen Mitgliedern auf einige Zeit den Zutritt zu ihren Verſammlungen zu verſagen. Allein wie im Entw. a. a. O. §. 44. durch die Faſſung „**einzelne Kirchengeſellſchaften**“ die Beziehung auf die Gemeindeverbindung ganz evident iſt, ſo läßt, was neuerdings über die hiergegen erhobenen Monita und dadurch herbeigeführten Redactionsänderungen bekannt geworden iſt (vgl. Erläut. und Ergänz. der Pr. Rechtsb. Th. I. Abth. 8. S. 514.), vollends keinen Zweifel übrig, daß im Sprachgebrauch des Landrechts Kirchengeſellſchaft nur Kirchengemeinde bedeutet. **Suarez** bezeichnet es als ein Mißverſtändniß, daß einzelne Monenten jenen Ausdruck auf die Geſammtheit der mehreren zu derſelben Confeſſion gehörigen Geſellſchaften bezogen hätten, und indem er ſich entſchieden für das ius excludendi der einzelnen Gemeinden erklärt, will er, übrigens nur zur Vermeidung jenes Mißverſtändniſſes, nicht aber, als ob er den ſonſt beobachteten Sprachgebrauch ſelbſt verlaſſen oder verworfen hätte, „einzelnen Kirchengemeinden“ ſtatt „einzelnen Kirchengeſellſchaften“ geſetzt wiſſen. Bei der Schlußfaſſung iſt man nun freilich zu dem letztern Ausdrucke zurückgekehrt, und hat die urſprüngliche Faſſung ſogar in „die Kirchengeſellſchaft“ verändert. Indeß daß hierzu die a. a. O. mitgetheilte Bemerkung v. **Grolmann's** Anlaß gegeben, iſt ſehr zweifelhaft, da ja dieſer ſich gegen alle und jede Sacramentsſperre und Ausſchließung erklärt, und wegen Störungen des Gottesdienſtes nur weltliche Beſtrafung ſtatuiren will. Jedenfalls iſt dadurch der ſonſt conſtante Sprachgebrauch nicht widerlegt, ſondern höchſtens daraus zu folgern, daß, weil darüber, wem eigentlich das Excluſionsrecht zukomme, Zweifel obwalteten, man dem **an ſich** allerdings zweideutigen Ausdrucke „Kirchengeſellſchaft“ zuletzt den Vorzug gegeben habe.

Digitized by Google

und Autorität begründet ſei, ſo für die Katholiſchen der Biſchof als der gemeinſchaftliche Vorgeſetzte aller Kirchengeſellſchaften des ihm angewieſenen Diöceſandiſtricts bezeichnet, und der Umfang der biſchöflichen Gewalt näher zu beſtimmen verſucht[7]). Aber in dem Maaße, als die Geſetzgebung über die innere Einrichtung der Pfarrgemeinden und geiſtlichen Corporationen reichhaltig, und bis in das Detail fortgeführt iſt, ſtellt ſich die über die *Diöceſanverfaſſung* ſchon ihrem äußern Umfange nach als in hohem Grade dürftig dar. Mehr andeutungsweiſe werden die dem Biſchofe zuſtändigen Rechte aufgezählt, als ihrer Natur und Bedeutung nach genau feſtgeſtellt, viele Verhältniſſe der Diöceſanverwaltung, und ſelbſt ſolche kaum erwähnt, bei deren Regulirung man das Intereſſe des Staats als unmittelbar berührt erachten dürfte[8]). Auch iſt, wo die Diöceſanverhältniſſe in den Kreis der Legislation gezogen werden, dies eigentlich immer nur der Fall in unmittelbarer Beziehung auf Gemeinde- und Corporationsverfaſſung, und nur zu dem Zwecke, um die für deren unmittelbare Vorgeſetzte durch die Diöceſanrechte begründeten Einſchränkungen, Controlle u. ſ. w. näher feſtzuſtellen, nicht dagegen in einer Weiſe, welche die biſchöfliche Gewalt als den eigentlichen Mittel- und Ausgangspunkt aller kirchlichen Verwaltung erſcheinen ließe. Vollends aber treten die Beziehungen zu den der Diöceſanobrigkeit vorgeſetzten höheren Kirchenobern, zu den *Metropoliten* und zu dem *Pabſte* als dem gemeinſamen Oberhaupte der geſammten katholiſchen Kirche zurück, ſo ſehr, daß der Metropoliten oder Erzbiſchöfe nirgends, und des Pabſtes nur an zwei Stellen[9]) beiläu-

---

7) §. 115—134. h. t.

8) Es genüge hier auf die theils unzureichenden, theils unrichtigen Beſtimmungen über die Gehülfen und Stellvertreter der Biſchöfe in §. 130—33. und 150. h. t., ſo wie darauf hinzuweiſen, daß die Organiſation der geiſtlichen Gerichte eben ſo mit Stillſchweigen übergangen iſt, als die Ausbildung zum geiſtlichen Stande auf Schulen, Univerſitäten und Seminarien.

9) Es iſt dies theils §. 118., welcher die Vorlegung aller päbſtlichen Bullen rc. zur Prüfung und Genehmigung vorſchreibt, theils §. 1148. wonach Canonici zu teſtamentariſchen Dispoſitionen über das aus ihren Präbenden erworbene Vermögen ſo wenig *päbſtlicher* als biſchöflicher Indulte bedürfen.

ſig Erwähnung geſchieht, und ſtatt deren Antheil an der Kirchenverwaltung ausdrücklich anzuerkennen oder näher zu beſtimmen, nur unter dem allgemeinen Ausdruck von Kirchen- und geiſtlichen Obern darauf hingedeutet wird, wo etwa bei Gelegenheit der Diöceſaneinrichtungen, oder der Gemeinde-, Kapitel- und Kloſterverfaſſung einzelne Verhältniſſe berührt werden, welche nach dem Organismus der katholiſchen Hierarchie einer Mit- oder Einwirkung jener kirchlichen Autoritäten bedürfen [10]). In Verbindung mit der Vorſchrift, welche jede Theilnahme der dieſſeitigen Geiſtlichkeit an Kirchenverſammlungen, namentlich außerhalb Landes, von beſonderer Erlaubniß des Staats abhängig macht [11]), und nach dem Grundſatze, daß einestheils kein auswärtiger Biſchof, überhaupt kein fremder geiſtlicher Obere eine geſetzgebende, richterliche oder ſonſtige Gewalt oder Direction in Kirchenſachen ohne ausdrückliche Einwilligung des Staats ausüben dürfe, anderntheils aber, ſo weit eine Direction oder Gerichtbarkeit innerhalb der Grenzen des Staats zugeſtanden iſt, zu deren Verwaltung immer vom Staate genehmigte Vicare innerhalb Landes beſtellt werden müſſen [12]), gewinnt es daher allerdings den Anſchein, als ob die Geſetzgebung die katholiſche Kirche des Landes nicht etwa bloß habe möglichſt territorialiſiren, d. h. ihrem äußern Beſtande nach auf die Grenzen des Landes einſchränken wollen, ſondern auch ihrer corporativen Organiſation eine neue, eben ſowohl der Geſchichte, als dem hierarchiſchen Grundprinzipe dieſer Confeſſion fremde Baſis zu geben, die katholiſchen Gemeinden von der Geſammtheit ihres Bekenntniſſes zu ſcheiden, alle äußere Verbindung derſelben mit dem ſichtbaren Oberhaupte der Kirche aufzuheben, und ſo die Landeskirche von dem Römiſchen Stuhle gänzlich zu trennen beabſichtigt habe.

10) So z. B. bei Beſtätigung der Wahlen zu Prälaturen und bei Admiſſion etwaniger Poſtulationen nach §. 980. u. 1002 h. t., bei der Beſetzung der Canonicate ex alternativa mensium nach §. 1058. h. t., bei der provisio extraordinaria ex iure devolutionis nach §. 1012. h. t., bei Beſtellung von biſchöflichen Coadjutoren nach §. 1017 h. t., bei Ertheilung geiſtlicher Diſpenſe von rein canoniſchen Eheverboten nach Th. II. Tit. 1. §. 12. u. 13.

11) §. 141. u. 42. h. t.

12) §. 117. u. 135—140. vgl. mit §. 169. 257. u. 1061. h. t.

Wäre dies wirklich der Fall, man würde freilich keinen Anſtand nehmen dürfen, den beſtimmteſten Tadel auszuſprechen. Denn wie überhaupt die Anſicht verwerflich iſt, welche die Kirche nur als eine beſondre Art polizeilicher Inſtitution zur Beförderung der Moral und Befeſtigung geſetzlichen Gehorſams zu behandeln geneigt iſt, oder ſie als eine Verbindung, welche auf willkürlich-beliebiger Einigung einzelner Individuen von gleicher religiöſer Ueberzeugung beruhe, betrachtet, und die äußere genoſſenſchaftliche Verbindung zwiſchen den einzelnen Mitgliedern und den Gemeinden für etwas Zufälliges, jedenfalls Außerweſentliches halten möchte, ſo liegt es vollends zu Tage, daß in der katholiſchen Kirche dieſe äußere Gemeinſchaft und Einheit jederzeit als ein unerläßliches Element des kirchlichen Lebens gegolten hat, daß der Primat des Römiſchen Biſchofs und die Verbindung mit dieſem Mittelpunkte der Einheit, wie verſchiedene Anſichten auch über deſſen Zweck, Bedeutung, Inhalt u. ſ. w. herrſchen, an und für ſich ein eben ſo weſentlicher Beſtandtheil des Kirchenregiments iſt, als die Episcopalgewalt, gleich dieſer auf der Baſis der Kirchenlehre ruht, und innerhalb der katholiſchen Kirche als göttlichen Urſprungs und nothwendigen Beſtandes gilt. Wo immer daher die katholiſche Kirche mit öffentlicher Religionsübung und anerkannter Verfaſſung rechtlich beſteht, wird auch der Römiſche Primat an ſich als mit anerkannt gelten müſſen; jede Lostrennung der Kirche von der Verbindung mit Rom würde in ſolchem Falle, wenn von ihr ſelbſt ausgegangen, als Schisma, wenn von Staatswegen verfügt, als Schmälerung der anerkannten Verfaſſungsrechte und als Beeinträchtigung der Glaubens- und Gewiſſensfreiheit erſcheinen. Schon dies allein wird jedoch die Ueberzeugung aufdringen müſſen, daß, wie nahe jene Deutung der Preußiſchen Geſetzgebung auch anſcheinend liege, dieſe doch die Tendenz nicht haben könne, die Kirche des Landes von der Geſammtheit des katholiſchen Bekenntniſſes loszureißen, und innerhalb der Grenzen des Reichs, unter der ausſchließlichen Gewalt eines landſäſſigen Episcopats, gleichſam zu iſoliren; denn den Ruhm der Toleranz und gewiſſenhafter Achtung wohlerworbener Rechte wird Niemand der Regierung Preußens ſchmälern dürfen. In der That

bedarf es aber auch nur unbefangener Erwägung deſſen, was die Preußiſche Legislation bezweckte, und der damaligen Lage der Dinge, um für jene eigenthümliche Auffaſſung des kirchlichen Organismus überhaupt, wie für die angedeutete Lückenhaftigkeit des Geſetzbuchs eine genügende Erklärung zu gewinnen, und die Geſetzgebung, wenn auch nicht gegen jeden Tadel zu ſichern, doch von dem Vorwurfe einer den Intereſſen und Rechten der katholiſchen Kirche feindlichen Tendenz zu befreien.

Je mehr das Preußiſche Landrecht, wo es in das Gebiet des öffentlichen Rechts hinüberſchweift, nur deſſen Rückwirkung auf den privatrechtlichen Zuſtand des Einzelnen als die eigentliche Aufgabe der Legislation behandelt, und die politiſche Seite der auf der Grenze zwiſchen Staats- und Privatrecht liegenden Inſtitute als die untergeordnete betrachtet, um ſo erklärlicher erſcheint es, wenn auch in kirchlicher Beziehung die Verfaſſung der Gemeinden und Corporationen, weil dieſen die Einzelnen unmittelbar angehören, und weil deren durch die kirchliche Mitgliedſchaft begründete Rechte und Pflichten ſich hier immer zunächſt kund geben, als die Hauptaufgabe aufgefaßt worden iſt. Nothwendig mußte aber auch dahin führen die gleichzeitige legislative Feſtſtellung der evangeliſchen Kirchenverfaſſung. Denn welcher Anſicht man ſein möge über deren eigentliche Baſis, und über den Werth der Formen, zu welchen ſie ſich allmählich entwickelt hat; Niemand wird leugnen können, daß ſich hier allein noch in den Pfarrgemeinden eine corporative Selbſtſtändigkeit des kirchlichen Lebens erhalten hat. In dem Maaße, als die Anſicht von den biſchöflichen Rechten des Landesherrn auf Geſetzgebung und Verwaltung Einfluß gewann, hat ſich das oberſte Kirchenregiment einestheils in deſſen Perſon concentrirt, anderntheils die Conſiſtorialgewalt, vollends wo auf die rein geiſtlichen Angelegenheiten beſchränkt, und äußerlich den weltlichen Adminiſtrations- oder Juſtizbehörden anvertraut, mit der Landesverwaltung in einer Weiſe verſchmolzen, daß die Kirchenverfaſſung nur noch als integrirender Theil der Staatsverfaſſung ſich darſtellt. Die Synodalverbindung, wo ſie ſich erhalten hat, erſcheint nur als particulär-provincielle Ausnahme; ſelbſt die Presbyterialeinrichtung, je mehr ſie auf die

Verwaltung des Kirchenvermögens beſchränkt ward, hat weder einen eigentlich kirchlichen Charakter bewahrt, noch der Unterordnung unter die weltliche Verwaltung entgehen können. Wie aber hiernach in der evangeliſchen Kirche die Gemeindeverfaſſung als das Centrum des kirchlichen Lebens hervortritt, ſo exiſtirte zur Zeit des Landrechts für einen großen Theil der Monarchie die katholiſche Kirche in der That nur in einzelnen zerſtreuten Gemeinden und kirchlichen Inſtituten, welche ſo wenig einem Diöceſanverbande angehörten, als unter einander oder mit der Geſammtheit der katholiſchen Kirche in officieller Verbindung ſtanden[13]). Nur für Schleſien und die Preußiſch-Polniſchen Provinzen beſtand die Diöceſanverfaſſung in ihrer ganzen Eigenthümlichkeit; in den Rheiniſch-Weſtfäliſchen Gebieten war, da von alter Zeit her das Kirchenregiment ganz in den Händen der Landdechanten lag, der Diöceſanverband officiell ſo gut als erloſchen, und nur in unvollkommener Weiſe durch die ſ. g. Chriſtianitäten ein äußrer verfaſſungsmäßiger Connex zwiſchen den einzelnen Gemeinden begründet.

Erklärlich iſt es daher, wenn den Redactoren des Landrechts, je mehr die fortdauernde Gültigkeit der provinciellen Verfaſſung die Baſis der Geſetzgebung bilden ſollte, je eigenthümlicher und verſchiedenartiger die particulären Rechtsquellen gerade für dieſen Theil des kirchlichen Lebens waren, das höhere Kirchenregiment mehr dem Verfaſſungsrecht, als der ihnen geſtellten Aufgabe angehörig erſchien, wenn ſie vielmehr ihr Augenmerk vorzugsweiſe auf die Gemeindeverfaſſung richteten, welche bei größerer Wichtigkeit zugleich eine bedeutendere Uebereinſtimmung aufwies, und um ſo eher zu einer gemeingültigen Legislation geeignet ſcheinen mußte. Mag immerhin die Befürchtung mit eingewirkt haben, daß die katholiſche Kirche eine zu unabhängige Stellung gewinnen und gleichſam als Staat im Staate erſcheinen könnte, was, wenn auch in gewiſſer Beziehung practiſch nicht zu vermeiden, doch geſetzlich nicht anerkannt werden dürfe; ſicher hat die

13) In ſo fern erſcheint auch, wenn man nur den Beiſatz „nothwendigen" nicht außer Acht läßt, die oben hervorgehobene Beſtimmung gerechtfertigt, daß Kirchengemeinden derſelben Confeſſion unter ſich in keiner nothwendigen Verbindung ſtehen.

angedeutete Rückſicht, und die Ueberzeugung, daß die Geſetzgebung nur ſo weit unerläßlich das innere Regiment der katholiſchen Kirche vor ihr Forum zu ziehen habe, vorzugsweiſe dazu geführt, die Diöceſanverfaſſung mehr andeutungsweiſe, und in ihren unmittelbarſten Beziehungen zur Staatsgewalt auf der einen, zur Gemeindeverfaſſung auf der andern Seite, legislativer Feſtſtellung zu unterwerfen.

Aehnliche Verhältniſſe lagen aber auch für die Stellung der Biſchöfe zu den höhreren Kirchenobern vor. Schon ſeit dem Mittelalter war der Metropolitan-Nexus ſo gut wie aufgelöſet, dem Namen nach allerdings noch vorhanden, aber ohne wahre Bedeutung. Von allen früheren Rechten der Metropoliten war, außer dem Devolutionsrechte bei verſäumter Amtsbeſetzung, nur die geiſtliche Gerichtbarkeit in höherer Jnſtanz practiſch geblieben, und ſelbſt dieſe in dem Maaße von geringerer Erheblichkeit, als die weltliche Geſetzgebung die Competenz der kirchlichen Gerichte auf die rein geiſtlichen Angelegenheiten beſchränkt hatte; die Wichtigkeit, welche die Metropolitangewalt unmittelbar nach der Reformation, und dann in Folge der katholiſchen Reaction durch häufigere Berufung von Synoden erhalten hatte, war längſt wieder verſchwunden. Für den größten Theil der katholiſchen Provinzen Preußens beſtand ſogar nicht einmal äußerlich ein Metropolitanverband. Die Biſchöfe von Ermland und Breslau genoſſen unbeſtrittner Jmmedietät [14]), und faſt für die geſammten Weſtfäliſchen Gebiete [15]) waren in der Perſon des Erzbiſchofs von Cöln, ſoweit überhaupt deſſen geiſtliche Autorität innerhalb Preußens ſich erhalten hatte, Diöceſan- und Metropolitanrechte vereinigt [16]). Mehr kam für Weſtpreußen und den Netzdiſtrict dieſer

14) Die Jmmedietät des Ollmützer Stifts kommt, da nur ein ſehr kleiner Theil Schleſiens dazu gehörte, weniger in Betracht.

15) Nur in Gelderland hatte der Biſchof von Rüremonde, in dem öſtlichſten Theile des dieſſeits-rheiniſchen Cleve der Biſchof von Münſter Diöceſanrechte; die des Paderborner Stifts über einen Theil von Ravensberg waren ſo gut als erloſchen, in allen dieſen Beziehungen daher der Metropolitan-Nexus ohne Bedeutung.

16) Aehnlich verhielt es ſich in der zur Prager Erzdiöceſe gehörigen Grafſchaft Glatz.

Theil der katholiſchen Kirchenverfaſſung in Betracht; nur daß auch hier, da bloß der Culmer Biſchofsſitz durch die erſte Theilung Polens unter Preußiſche Hoheit gefallen, hingegen Gneſen, Poſen, Wrazlaweck und Plock der Polniſchen Republik damals noch verblieben waren, wenigſtens innerhalb Landes kein erzbiſchöfliĉher Sitz exiſtirte.

Andrer Art war allerdings die Stellung der katholiſchen Landeskirche zum Römiſchen Stuhle. Denn wie ſehr auch die durch die weltliche Geſetzgebung feſtgeſtellte Einſchränkung der geiſtlichen Gerichtbarkeit theils die Bedeutung der päbſtlichen Jurisdictionsrechte, theils die hergebrachte Diſpenſations- und Abſolutionsgewalt vermindert, und dieſe Gerechtſame mehr auf das Gebiet der **interna ecclesiae** verwieſen hatte, wie ſehr andrerſeits ſelbſt das concordatenmäßige Proviſionsrecht des Römiſchen Stuhls in Folge alten Herkommens und beſondrer Privilegien der einzelnen Preußiſchen Provinzen beſchränkt war, ſo waren ihm doch in allen dieſen Beziehungen noch Gerechtſame genug geblieben, welche eine unmittelbare Theilnahme am Kirchenregiment ſicherten. Ganz abgeſehen davon, daß dem Römiſchen Stuhle als dem Mittelpunkte der Einheit eine oberaufſichtliche Gewalt über Lehre, Cultus, Disciplin und Verfaſſung nothwendig zugeſtanden werden muß, daß durch den Verfall des Synodal- und Metropolitanweſens die Kirchengeſetzgebung, überhaupt das ganze höhere Kirchenregiment ſich in dem Primate concentrirt hat, begründet allein ſchon das althergebrachte Recht zur Confirmation der Biſchofswahlen nebſt allen damit verbundenen Gerechtſamen, und die ausſchließliche Cognition über geiſtliche Amtsvergehen der Biſchöfe eine eben ſo unvermeidliche als einflußreiche Concurrenz bei Verwaltung der Diöceſanangelegenheiten. Wie der Römiſche Primat die Baſis der katholiſchen Kirchenverfaſſung bildet, und der Schlußſtein iſt in dem Gebäude der Hierarchie, wird ihm eine unmittelbar praktiſche Bedeutung nach der Lehre der katholiſchen Kirche für alle Zeiten bleiben müſſen, welche Evolutionen auch auf dieſem Gebiete der Verfaſſung noch bevorſtehen; Umfang der päbſtlichen Rechte, und Art ihrer Ausübung mögen noch ſo viele Aenderungen erleiden, als integrirender Beſtandtheil auch der äußern Ver-

faſſung wird die Primatialgewalt immer, und wo die katholiſche Kirche mit öffentlicher Verfaſſung recipirt iſt, ſelbſt von den evangeliſchen Staatsgewalten anerkannt werden müſſen.

Verkannt haben dies die Redactoren des Landrechts ſicher nicht; die obwohl nur indirecte Bezugnahme auf einzelne Reſervatrechte des Römiſchen Stuhls zeigt dies zur Genüge. Allein an jeder officiellen Verbindung zwiſchen dieſem und der Regierung fehlte es damals noch, ſelbſt in den katholiſchen Provinzen, wo man den Recurs nach Rom mehr nachgeſehen als geleitet, und den geiſtlichen Obern des Landes überlaſſen hatte, ſo weit unvermeidlich, die Zuſtimmung oder Anordnung des Pabſtes herbeizuführen; und wenn überhaupt das neue Geſetzbuch nicht ein geeignetes Mittel ſcheinen konnte zu förmlicher Anerkennung der bisher mehr geduldeten Primatialgewalt, ſo war jene Zeit noch weniger der Moment, in welchem man auf eine den vielfachen hier eingreifenden Intereſſen allſeitig genügende Weiſe dieſen Theil der katholiſchen Kirchenverfaſſung zu ordnen hätte hoffen dürfen. Denn wohin bei dem damals lebhafter, denn je geführten Streit des Episcopal- und Papalſyſtems der Sieg ſich wenden würde, zu welchen Reſultaten die gerade während der Redaction des Landrechts eröffneten Bad-Emſer Verhandlungen führen könnten, war nicht vorauszuſehen, wohl aber, den Ausgang in ſtrenger Neutralität abzuwarten, in aller Weiſe rathſam. Eine Partheinahme zu Gunſten der Römiſchen Curie konnte damals nicht, und wird auch in Zukunft nicht, im Intereſſe der Staatsgewalt liegen, da die Erfahrung von Jahrhunderten lehrt, daß die Römiſche Curie immer darnach geſtrebt hat, ihre kirchliche Oberhoheit auf das weltliche Gebiet herüberzutragen. Zu Gunſten des Episcopats aber kann jener Streit nur innerhalb der Kirche ſelbſt entſchieden werden, und wie die weltliche Macht, ſollte dermaleinſt die päbſtliche Primatialgewalt im Episcopate, im Clerus, in der großen Maſſe ihre Stützpunkte verlieren, ſie zu erhalten nicht vermögen würde, ſo müßte auch jeder von dieſer Seite her gemachte Verſuch zur Entſcheidung des Streits ſo lange erfolglos bleiben, als die päbſtliche Suprematie noch im Glauben und Leben der Kirche wurzelt; vollends wenn von einer evangeliſchen Regierung unternommen,

wird er ſchwerlich andere Früchte bringen, als Beſorgniß und Unzufriedenheit der katholiſchen Unterthanen des Landes, und Störung des friedlichen Verhältniſſes unter den verſchiedenen Confeſſionen. Unſrer Ueberzeugung nach giebt daher gerade jene Unvollſtändigkeit der Landesgeſetzgebung den glänzendſten Beweis von der Weisheit der Regierung, welche, ſtatt das Verhältniß der Episcopalgewalt zum Römiſchen Stuhle und deſſen Reſervatrechte möglichſt genau zu begrenzen, vor allem in dieſer Beziehung das katholiſche Kirchenregiment ungehemmter Entwickelung innerhalb der Kirche ſelbſt überlaſſen zu müſſen richtig erkannte, und nur dies als ihre eigentliche Aufgabe erachtete, das eigne Rechtsgebiet zu ſichern, damit, wie auch jener Streit ſich entſcheide, die hierarchiſche Gewalt niemals Rechte in Anſpruch nehme, welche die Unabhängigkeit der landesfürſtlichen Hoheit gefährden und zu fremder Einmiſchung in das weltliche Regiment führen könnten.

Allerdings iſt auch in dieſer Beziehung, obſchon von andrer Seite her, die Landesgeſetzgebung dem Tadel nicht entgangen. Ohne die Kirche des Landes von der Einheit des Katholicismus zu trennen, ohne deren weſentlichſte Rechte und Intereſſen zu beeinträchtigen, könne, ſo meint man, weder die Autorität des Episcopats, noch vollends die des Römiſchen Stuhls als eine dem Staate fremde Gewalt bezeichnet und behandelt, unmittelbare Ausübung ihrer kirchlichen Gerechtſame den außerhalb des Staatsgebiets befindlichen Kirchenobern nicht verweigert werden. Allein nur von auswärtigen, d. h. der Hoheit des Staats nicht unterworfenen, der Monarchie durch ihren Sitz nicht angehörigen Prälaten iſt die Rede, nicht aber bezeichnet das Landrecht deren kirchliche Autorität als eine dem Staate fremde Gewalt [17]); und ſelbſt dieſer Ausdruck erſchiene gerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß, wie noch jetzt der Römiſche Stuhl, ſo damals faſt alle auswärtige Biſchöfe, welche Diöceſanrechte innerhalb Landes hatten, eine mit ihrer geiſtlichen Autorität aufs engſte verbundene politi-

17) Nur im §. 117. kommt der Ausdruck: „fremde geiſtliche Obere“ vor, wie aber ſchon der §. 118. zeigt, völlig ſynonym mit auswärtigen Obern.

ſche Macht repräſentirten. Ueberall wollte man auch nicht deren geiſtliche Gewalt ausſchließen oder beſchränken, ſondern nur controllirt wiſſen, um etwaniger Uebergriffe in das weltliche Gebiet oder Verletzungen der Landesgeſetze willen, und um Anmaßung einer Autorität zu verhüten, welche ſchon ein Jahrhundert früher Kaiſer Leopold I. „einen fremden **Dominatum**" zu nennen[18]) kein Bedenken trug, und bei den Nuntiaturſtreitigkeiten die Rheiniſchen Erzbiſchöfe ſelbſt als einen von „Fremden" geübten Eingriff in ihre biſchöflichen Rechte bezeichneten[19]). Unbegreiflich aber iſt es vollends, wie man der Landesgeſetzgebung es zum Vorwurfe hat machen können, daß ſie von auswärtigen Kirchenobern die Beſtellung inländiſcher Vicare verlangt. Die Unzuläſſigkeit von Evocationen in Rechtsſachen haben ja ſchon früh die Päbſte ſelbſt durch die von ihnen ertheilten Privilegien, das Concil zu Trident durch die bekannte Beſtimmung anerkannt, welche für die dritte Inſtanz ſtatt der Verhandlung in Rom oder vor dem Nuntius die Beſtellung von **iudices delegati in partibus** anordnete; für Schleſien war damals ſchon längſt unter Mitwirkung des Römiſchen Stuhls ein Proſynodalgericht inländiſcher Geiſtlichen conſtituirt. Daß aber auch für die eigentlichen Verwaltungsſachen eine ähnliche Stellvertretung durch dieſſeitige Geiſtliche vorgeſchrieben wird, war eben ſo wenig etwas Unerhörtes und Neues. Nach althergebrachter Obſervanz wird von den Päbſten

---

18) Als der päbſtliche Nuntius zu Cöln im J. 1677 in einer Civilſache, welcher nach damaliger Cölner Stiftsverfaſſung in erſter Inſtanz vor dem Officialate verhandelt worden, die verfaſſungsmäßig an das Reichs-Kammergericht eingelegte Appellation caſſirte, und die Avocation an ſein angeblich allein competentes Forum durch Excommunication durchzuſetzen verſuchte, erließ der Kaiſer an den Kurfürſten und das Domkapitel von Cöln ein Mandat, worin er der Excommunication oder der Verhandlung vor der Nuntiatur irgend Folge zu geben verbietet, und dieſe angeblich geiſtliche Gerichtbarkeit als Verſuch bezeichnet, „einen fremden Dominatum in Civil- und weltlichen Sachen im Reiche einzuführen". Vgl. I. H. Boehmer ius eccles. Protest. T. I. p. 705.

19) Vgl. das Schreiben des Erzb. von Cöln an den dortigen Nuntius Pacca, Erzb. von Damiette, vom 27. Novbr. 1786 und das Trierer Vicariatsſchreiben an die Geiſtlichkeit des Stifts vom 20. Dezbr. 1786 in Geſch. der Nuntiaturen Deutſchl. s. l. 1790. Anh. S. 381. 82. u. 85.

die Prüfung der Biſchofswahlen und deren Confirmation, ſo wie die Conſecration der Erwählten einheimiſchen Prälaten delegirt; in den ſ. g. Quinquennal-Facultäten der Biſchöfe liegt ein gleiches Stellvertretungsverhältniß für die päbſtlichen Dispenſations- und Abſolutionsrechte vor; der eximirte Regularenſtand war durch ſolche perpetuelle Delegation ſeit dem Concil zu Trident der biſchöflichen Direction und Jurisdiction wieder unterworfen. Noch weniger können in der Diöceſanverwaltung Vicariate, wie ſie das Landrecht verlangt, für eine bisher unbekannte Einrichtung gelten. In Cleve und Jülich war ja von alter Zeit her das Diöceſanrecht den Landdechanten übertragen, und von dem Cölner Erzſtift dieſe Stellvertretung in dem Proviſionalvergleiche anerkannt [20]); die nächſte Veranlaſſung, wenigſtens das oſtenſible Motiv zur Errichtung der Münchener Nuntiatur hatte gerade damals die Weigerung der Diöceſanobern gegeben, für die zu ihren Sprengeln gehörigen Bairiſchen Landestheile beſondere Generalvicare zu beſtellen, und indirect hatte der Römiſche Stuhl ſelbſt den Wunſch des Kurfürſten, die kirchliche Verwaltung innerhalb der Landesgrenzen zu concentriren, durch Beſtellung eines beſonderen Nuntius für die Pfalz-Bairiſchen Gebiete gebilligt [21]); in Oeſterreich beſtanden ſchon längſt für Steiermark und für Kärnthen, welche zur Salzburger Erzdiöceſe gehörten, eigene Generalvicariate [22]), und in ähnlicher Weiſe hatten ſich bereits im ſiebzehnten Jahrhundert die Erzbiſchöfe von Trier dazu verſtehen müſſen, für die zu ihrer Diöceſe und Provinz gehörigen Lothringiſchen und Franzöſiſchen Gebiete beſondere Weihbiſchöfe und Generalvicare zu beſtellen, und ſich den Landesgeſetzen zu fügen, welche

---

20) S. oben Buch I. Kap. 3. §. 5. u. 8.

21) Vgl. Geſch. der Nuntiat. in Deutſchl. S. 168 flg.

22) Vgl. die mit dem Erzbiſchofe v. Salzburg abgeſchloſſenen Rezeſſe vom 12. Novbr. 1671 und 13. April 1729 in Riegger corp. iur. eccl. Bohemici et Austriaci, Wien 1770. Th. 2. S. 431. 445. 469. In Rechberger enchiridion iur. eccl. Austr. T. I. §. 270. wird es auch als unzweifelhaftes Recht der Landesherrſchaft bezeichnet, die Verbindung der Landeskirche mit auswärtigen Obern zu beſchränken, und ſelbſt die Beſtellung beſonderer Landesbiſchöfe für die zu fremden Diöceſen gehörigen Gebiete zu veranlaſſen.

jede directe Einmiſchung auswärtiger Obern in die Kirchenverwaltung des Landes und jede Evocation irgend eines Rechtsſtreits für unzuläſſig erklärten [23]).

Als beeinträchtigend oder als im Widerſpruche mit dem verfaſſungsmäßigen Organismus der katholiſchen Kirche kann daher die Landesgeſetzgebung nicht gelten, überhaupt kaum einem andern Tadel unterliegen, als daß man, den damaligen kirchlichen Zuſtand des Landes ſtreng feſthaltend, die höheren Beziehungen des Kirchenregiments zu ſehr den unteren Gliederungen des kirchlichen Verbandes nachgeſetzt hat, ohne auch nur in irgend einer ganz allgemeinen, den zeitigen Rechten des Staats und des Episcopats, wie für die Zukunft gleich unpräjudicirlichen Weiſe [24]) für die äußere Verfaſſung und Disciplin die Verbindung der Landeskirche mit der Geſammtheit des katholiſchen Bekenntniſſes ausdrücklich von Staatswegen anzuerkennen.

§. 4.

Bedeutung der kirchlichen Rechtsquellen in Beziehung zur Landesgeſetzgebung.

Je weniger das Landrecht die eigentliche Kirchenverfaſſung und Verwaltung nach allen Richtungen hin erörtert und feſtgeſtellt hat, je mehr die Redaction andrerſeits an die geſchichtlich überlieferten, im poſitiven Rechte begründeten Einrichtungen ſich anzuſchließen, dieſe gewiſſermaßen nur in einer legislativen Belehrung darzulegen bedacht war, um ſo eher könnte man erwarten, und dürfte es als unerläßlich erachten, daß die juriſtiſche Beziehung der bisherigen Quellen des Kirchenrechts zur neuen Landesgeſetzgebung Gegenſtand genauer Feſtſtellung geworden wäre. Bei näherer Betrachtung zeigt ſich aber hier eine in der That auffallende Eigenthümlichkeit der Landesgeſetzgebung, die zu Mißverſtänd-

---

23) S. unten B. III. Kap. 3. §. 7.

24) Der §. 115. h. t. hätte z. B. leicht den Zuſatz: „unter verfaſſungsmäßiger Direction und Concurrenz der Metropoliten und des Römiſchen Stuhls“ erhalten können.

niſſen ebenſowohl, als Zweifeln der verſchiedenſten Art Anlaß zu geben geeignet iſt.

Kaum eine einzige von den Rechtsquellen, auf welchen das gemeine katholiſche Kirchenrecht, und die beſondere Kirchenverfaſſung Deutſchlands oder der einzelnen Provinzen der Monarchie bisher beruht hatten, dürfte ſich nachweiſen laſſen, auf welche nicht das Landrecht, ſelten durch ausdrückliche Verweiſung, indirect aber durch den Inhalt ſeiner einzelnen Vorſchriften Bezug genommen hätte. An mehreren Stellen wird geradezu das canoniſche Recht als Entſcheidungsnorm anerkannt [1]), und wenn an anderen nur im allgemeinen, bald auf die Religionsgrundſätze, bald auf die Grundgeſetze und Verfaſſungen der Religionspartheien, bald auf die Grundſätze der Kirche, bald überhaupt auf die Kirchenordnungen verwieſen wird, ſo kann, daß auch hierin eine Anerkennung des canoniſchen Rechts liege, um ſo weniger bezweifelt werden, als derartige Remiſſionen gerade bei ſolchen Angelegenheiten vorkommen, für welche anderwärts ausdrücklich das canoniſche Recht als maaßgebend bezeichnet wird [2]), oder welche wie etwa die gottesdienſtlichen Gebräuche, die Lehrnormen u. ſ. w. [3]) ganz außer dem Bereiche der weltlichen Geſetzgebung und Adminiſtration liegen [4]). Keineswegs auch iſt damit etwa nur der Inhalt des **Corpus iuris canonici**, ſondern unzweifelhaft der Inbegriff aller als gemeingültig anerkannten, auf wie verſchiedenen Quellen immer beruhenden, kirchenrechtlichen Normen gemeint; wenigſtens werden nicht bloß Conciliensſchlüſſe und päbſtliche Verordnungen als Quelle und Organ kirchlicher Rechtsnormen anerkannt [5]), ſondern es hat auch Suarez eine nur auf den Römiſchen Canzleiregeln beruhende, aber ganz unbeſtritten gemeingül-

1) §. 66. 980. 1126. 1135. h. t.

2) Vgl. rückſichtlich der geiſtlichen Amtsverrichtungen die §. 62. 103. 565. mit den Not. 1. citirten Stellen.

3) §. 23. 73. h. t.

4) Ein Beweis dafür, daß man mit jenen allgemeinen Formeln nur das canoniſche Recht gemeint habe, ergiebt ſich auch aus der Vergleichung des §. 107. h. t. mit dem Entw. a. a. O. §. 81., wo ſtatt deſſen ausdrücklich darauf verwieſen wird.

5) Vgl. §. 118. u. 141. h. t.

tige Regel in das Landrecht aufzunehmen [6]), eben ſo wenig Bedenken getragen, als die über die Kirchenbaubeiträge aufgeſtellten Normen aus dem Tridentiner Concile zu rechtfertigen [7]). In ähnlicher Weiſe wird theils die geſetzgebende, anordnende Gewalt der Biſchöfe anerkannt [8]), theils überhaupt auf die Dioeceſanverfaſſung, ſo wie auf die beſonderen kirchlichen Einrichtungen der einzelnen Provinzen und auf deren Geſetze verwieſen [9]), und, wie beiläufig des Weſtfäliſchen Friedens, ſo auch der ſonſtigen, je die verſchiedenen Provinzen betreffenden Friedensſchlüſſe und Tractate rechtsverbindende Kraft beſtätigt [10]). Für den Regularenſtand wird mehrfach auf den Inhalt der Ordensregeln hingewieſen [11]), in noch weit größerem Umfange auf die Statuten der Stifter und deren beſondere Verfaſſung [12]), vor allem aber auf die je in den einzelnen Pfarrgemeinden beſtehenden Einrichtungen, mögen dieſe auf Verträgen und andern geſchriebenen Quellen [13]), oder bloß auf Herkommen und Obſervanz beruhen [14]).

In wie ausgedehntem Umfange aber auch auf ſtatutariſches Recht und Ortsgewohnheit verwieſen wird, ſo iſt doch, auffallend genug, weder die Art genau beſtimmt, in welcher die ſtatutariſche Geſetzgebung zu üben ſei, und wie ſie zur Landesgeſetzgebung ſich verhalte, noch erhellt mit Gewißheit, unter welchen Vorausſetzungen eine Berufung auf Obſervanz und Herkommen eintreten könne. So viel allerdings iſt unzweifelhaft, daß die einmal beſtehende

6) Daß, wie §. 1107. feſtſetzt, eine Reſignation zu Gunſten eines Dritten nur gültig ſei, wenn der Reſignirende nach erfolgter Benachrichtigung des Collators wenigſtens noch 20 Tage lebt, iſt durch die ſ. g. regula de viginti (scil. diebus) beſtimmt, deren Reception allgemein anerkannt wird.

7) Vgl. Suarez amtl. Vorträge S. 178.

8) §. 117. u. 141. h. t.

9) Vgl. z. B. §. 131. 565. u. 1083. mit §. 101. 165. 308. 324. 406. 710. 788. h. t.

10) §. 948. u. 1078. h. t.

11) §. 1064. 1169. 1180. 1212.

12) Vgl. z. B. §. 970. 973. 980. 1028. 1079. 1087. 1121. 1123. 1129. 1151. 1158. h. t. Die Erwähnung der alternativa mensium im §. 1088. als indirecte Anerkennung der Fürſten-Concordate aufzufaſſen, dürfte bedenklicher ſcheinen.

13) Vgl. z. B. §. 192. 252. 256. 297. 309. 710. 754. h. t.

14) So z. B. §. 192. 243. 252. 256. 312. 366. 409. 459. 562. 593. 667. 675. 678. 766. h. t.

hende Verfaſſung kirchlicher Corporationen nicht ohne Genehmigung und Vorwiſſen des Staats durch ſtatutariſche Beſchlüſſe geändert werden dürfe [15]). Ob aber auch dieſe bisherige Verfaſſung zu ihrer Gültigkeit noch beſonderer Genehmigung bedürfe, und eine Berufung darauf nur beim Nachweiſe derartiger Beſtätigung zuläſſig ſei, iſt nicht beſtimmt, und um ſo bedenklicher, als eine Vorlegung der bisher gegoltenen Statuten zu ſolchem Behufe weder vorgeſchrieben noch, ſo viel bekannt, eingetreten iſt [16]), hie und da aber gleichwohl im Geſetzbuche auf die „vom Staate genehmigten oder gebilligten“ Statuten verwieſen wird [17]). Eben ſo wenig erhellt, ob überhaupt, aus welchen Gründen und unter welchen Vorausſetzungen die weltliche Geſetzgebung eine Aenderung und Aufhebung der kirchlichen Statuten direct verfügen könne [18]), oder ob dieſe, weil doch nicht als Ausfluß der landesherrlichen Legislationsgewalt anzuſehen, nur dem Reformationsrechte der Kirchenobern unterliegen. In Betreff aber der kirchlichen Obſervanzen, ſo fehlt es über Bedingungen, Wirkungen und Beweis eines Gewohnheitsrechts im Geſetzbuche an allen näheren Vorſchriften, und mag gleich unter den „allgemeinen rechtlichen Grundſätzen“, nach welchen das Public.-Patent [19]) die Eigenſchaft einer „rechtsgültigen“ Obſervanz geprüft wiſſen will, die gemeinrechtliche Theorie verſtanden ſein, ſo iſt doch auch hier jene Frage bekanntlich eine der beſtrittenſten, anderntheils dies nicht zweifellos, ob jene Beſchränkung auch auf die Fälle zu beziehen ſei, wo das Landrecht geradezu auf die etwanigen Obſervanzen verweiſet, und

---

15) S. §. 47—49., 959. u. 1181. h. t. vgl. mit Th. II. Tit. 6. §. 26. 29. 30. 34.

16) Die in Uebereinſtimmung mit älteren Edicten, im Public.-Pat. Art. V. vorgeſchriebene Vorlegung und Durchſicht der Statuten bezieht ſich offenkundig nur auf die Stadtrechte.

17) So z. B. im §. 101. u. 1123. h. t. Auch rückſichtlich der Gemeindeverbindung wird im §. 235. auf die „unter Genehmigung des Staats“ hergebrachte Verfaſſung verwieſen.

18) In der Einleit. §. 61. u. 62. wird nur der allgemeine Grundſatz ausgeſprochen, daß eine ſtillſchweigende Derogation der Statuten durch ein neueres allgemeines Geſetz nicht ſtattfinde, bei etwaniger Aufhebung die Corporation erſt gehört werden müſſe.

19) Public.-Pat. Art. VII. vgl. mit Einl. §. 3. u. 4.

deren principale Gültigkeit direct anerkannt hat, da theils dieſe Remiſſion eine geſetzliche Beſtätigung zu involviren und den Nachweis gehöriger Qualification zu erſetzen ſcheint, theils auch nur zuweilen durch beſondere, übrigens nichts weniger als gleichförmige, Epitheta eine beſtimmte Qualification der Obſervanz, und ſelbſt dann nicht einmal direct als Bedingung der Gültigkeit hervorgehoben [20]), der Regel nach nur ſchlechthin auf das hingewieſen wird, was üblich und hergebracht ſei.

Nicht minder befremdend und fühlbar iſt der Mangel näherer Beſtimmungen über Bedeutung und Geltung der mehr provinziellen kirchlichen Rechtsquellen. Denn in wiefern manche Beſtimmungen des Landrechts, namentlich über ſolche kirchliche Verhältniſſe, welche näher oder entfernter zugleich auf die Verfaſſung des Landes ſich beziehen oder doch zurückwirken, ihrer Form und Faſſung nach als directe Verbote und Gebote ſich darſtellen, bleibt es oft zweifelhaft, ob auf Grund provinzieller Obſervanzen und Rechtsquellen davon abſtrahirt werden dürfe. Anderntheils gehören die Schlüſſe der Diöceſan- wie Provincialſynoden zwar ihrer Entſtehung und formellen Gültigkeit nach dem particulären Rechte an, ihrem Inhalte nach aber ſind ſie zum größeren Theile nur Wiederholung und Beſtätigung gemeinrechtlicher Normen, und ſo können auch hier wieder, trotz der unzweifelhaften prinzipalen Gültigkeit des Provinzialrechts [21]), über den Vorzug der einen oder andern Quelle Bedenken entſtehen, für deren Löſung die Landesgeſetzgebung weder directe Entſcheidung, noch irgend ſonſt einen Anhalt gewährt.

Am auffallendſten jedoch bleibt es immer, daß ſelbſt das Verhältniß der neuen Legislation zum gemeinen canoniſchen Rechte nirgends Gegenſtand näherer geſetzlicher Feſtſtellung geworden iſt. Veranlaſſung dazu lag ſchon in der Beſtimmung des Publi-

---

20) Bald iſt von „gleichförmiger“ (§. 242. u. 43.), bald von „ununterbrochener“ (§. 409. 710. 766.), bald von „wohlhergebrachter“ (§. 274. u. 562), bald von „ſeit rechtsverjährter Zeit wohlhergebrachter“ (§. 366.), bald von „rechtsbeſtändiger und wohlhergebrachter“ (G. O. I. 2. §. 46.) Obſervanz die Rede.

21) Vgl. Publ.-Pat. Art. III. und Einl. §. 61.

cations-Patents nahe genug, daß das Landrecht „an die Stelle der bisher aufgenommen geweſenen Römiſchen, gemeinen Sachſen- und anderer fremden ſubſidiariſchen Rechte und Geſetze treten“, fortan nicht mehr „auf dieſe bisherigen ſubſidiariſchen Rechte und Geſetze“ recurrirt werden ſolle [22]); einer Beſtimmung, welche, je unzweifelhafter die ſubſidiäre Rechtskraft des **Corpus iuris canonici** feſtſtand, um ſo leichter auch die Mißdeutung gänzlicher, ſelbſt in kirchlicher Beziehung eingetretener Derogation des canoniſchen Rechts finden konnte, und wirklich gefunden hat [23]). Gleichwohl aber liegt nur in einer einzigen Beziehung über das Verhältniß der Landesgeſetzgebung zum canoniſchen Recht eine beſtimmte Erklärung vor, in Betreff nemlich des Eherechts, wo geradezu auch für katholiſche Unterthanen den abweichenden Vorſchriften des canoniſchen Rechts eine bloß moraliſche Verbindlichkeit beigelegt wird [24]). Ob dies Prinzip gerechtfertigt erſcheine, ob es rathſam ſei, die Unterthanen zur Hintanſetzung ihrer Religionsgrundſätze gleichſam geſetzlich zu autoriſiren, ob nicht ein Ausweg ſich darbiete, welcher die Anſicht von der rein bürgerlichen Natur der Ehe mit dem katholiſchen Dogma zu vermitteln geeignet ſei, laſſen wir hier auf ſich beruhen; die Bemerkung wird genügen, daß die Regierung ſelbſt die Nothwendigkeit einer Reviſion der beſtehenden Ehegeſetzgebung nicht verkannt, und eine der katholiſchen Lehre nicht in ſolcher Schroffheit gegenüberſtehende

---

22) Vgl. Public.-Pat. Art. I.

23) Wie Bielitz in ſeinem Handb. des Preuß. Kirchenr. Lpz. 1831. §. 4. dies als ganz unzweifelhaft behandelt, ſo iſt auch in den meiſten durch die neueren Cölner Angelegenheiten veranlaßten Flug- und Streitſchriften dieſe Anſicht bald zum Grunde gelegt, bald direct ausgeſprochen.

24) Einestheils bleibt es nach Th. II. Tit. 1. §. 11. u. 12. dem Gewiſſen der Katholiken anheimgeſtellt, ob ſie zu einer landesgeſetzlich erlaubten, nach ihren Religionsgrundſätzen dagegen verbotenen Ehe unter Verwandten geiſtlichen Dispens nachſuchen wollen, deſſen Verweigerung übrigens der bürgerlichen Gültigkeit der Ehe keinen Eintrag thut; anderntheils ſoll nach §. 732—35. eod. die zwiſchen beiderſeits katholiſchen Ehegatten erkannte beſtändige Separation von Tiſch und Bette ſo ſehr alle bürgerlichen Wirkungen wirklicher Eheſcheidung haben, daß ſelbſt die Schließung einer neuen Ehe lediglich dem Gewiſſen jener ſeparirten Ehegatten anheimgeſtellt wird.

Legislation in Ausſicht geſtellt hat. Wäre aber auch dort jenes Prinzip ungezweifelt richtig, als allgemeiner Maaßſtab für das eigentliche Kirchenregiment könnte doch unmöglich gelten, was nur für ein dem kirchlichen Gebiete entzogenes Verhältniß als Regel aufgeſtellt iſt. Auf die inneren Angelegenheiten der Kirche angewendet, würde dies Prinzip zu völliger Auflöſung des kirchlichen Verbandes führen, mindeſtens für alle die Verhältniſſe, auf welche die Landesgeſetzgebung näher einzugehen nicht für dienlich erachtet hat, die Verfaſſung der katholiſchen Kirche ſchlechthin in Frage ſtellen. Es ſtände dies auch eben ſo ſehr mit der Vorſchrift, welche die von Staatswegen genehmigten Anordnungen der Kirchengeſellſchaften mit Polizeigeſetzen paralleliſirt, als mit dem Grundſatze in Widerſpruch, daß alle Mitglieder einer Kirchengeſellſchaft ſich den bei derſelben eingeführten Ordnungen und Verfaſſungen unterwerfen müſſen, und daß, wo zur Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Kirche Strafmaaßregeln nöthig ſind, dieſe von Staatswegen eintreten ſollen [25].

Daß das canoniſche Recht nicht aller rechtsverbindenden Kraft ermangle, dürfen wir hiernach wohl als unzweifelhaft betrachten. Ob es aber noch als gemeinrechtliche Norm anzuſehen ſei, oder bloß die rechtliche Bedeutung eines von Staatswegen genehmigten Statuts habe, oder gar nur als eine fürerſt noch geduldete Obſervanz gelten könne? ob demſelben allein da offizielle Geltung im Staate zukomme, wo entweder die Landesgeſetzgebung ausdrücklich darauf verweiſet, oder überhaupt keine Vorſchrift an die Hand giebt? oder ob auch neben der Landesgeſetzgebung für alle und jede Verhältniſſe des inneren Kirchenregiments, bei welchen weder die Landes- und Kirchenhoheits-Rechte der Staatsgewalt berührt ſind, noch eine Rückwirkung auf das Gebiet des privatrechtlichen und bürgerlichen Verkehrs eintritt, dem canoniſchen Rechte nach wie vor für die katholiſche Kirche prinzipale Gültigkeit beigelegt werden dürfe, ſo daß die geiſtlichen Behörden darin die Norm ihrer Verfügungen zu finden eben ſo be-

25) §. 48. 53. 109. h. t.

rechtigt, als die bei der Kirchenverwaltung concurrirenden weltlichen Behörden auf die darin anerkannten Prinzipien des katholiſchen Kirchenregiments gebührende Rückſicht zu nehmen verpflichtet wären? ob nur da das canoniſche Recht für derogirt zu erachten ſei, wo ein ausdrückliches Verbot in dem Landesgeſetze vorliegt, wenigſtens eine beſtimmte Regel für ſolche Verhältniſſe poſitiv aufgeſtellt iſt, welche nicht ſchlechthin die interna ecclesiae betreffen? oder ob ſchon jede irgend davon abweichende Beſtimmung des Landrechts, wie ſehr auch mit den Grundprinzipien der katholiſchen Kirche unvereinbar, und entweder aus der evangeliſchen Anſicht hervorgegangen, oder als allgemein-abſtracter Grundſatz für alle Confeſſionen ohne Unterſchied ausgeſprochen, einem wahren Prohibitivgeſetz gleichzuſtellen, und als ſchlechthin bindende Dispoſition zu behandeln ſei? ob jeder kirchliche Act der katholiſchen Obern, Geiſtlichen oder Unterthanen, wenn widerſprechend den landesgeſetzlichen Vorſchriften, trotz ſeiner Conformität mit dem canoniſchen Rechte auch in kirchlicher Beziehung als ungültig betrachtet werden müſſe, und zugleich ſtrafbar ſei als Verletzung der Landesgeſetze? oder ob nur in bürgerlicher Hinſicht und in Beziehung zum Staate eine ſolche Handlung wirkungslos bleibe, im übrigen aber, ſo weit ſie nur im Innern der Kirche ſich äußert, von Seiten der Regierung gleichſam ignorirt und ſtillſchweigend geduldet werde? — über dieſe und ähnliche Fragen gewährt das Landrecht weder directen Aufſchluß, noch vollkommen ſichern Anhaltspunkt zu doctrineller Erledigung.

Auffallend iſt dies allerdings um ſo mehr, als die frühere Geſetzgebung dieſe Präjudicialfrage nicht unberührt gelaſſen, wenn auch nicht in allſeitig genügender Weiſe entſchieden hatte [26]), und

26) Ueber Schleſien und Weſtpreußen vgl. oben Kap. 2. §. 14. und Kap. 3. §. 8. Hier ſei nur noch bemerkt, daß auch das Coccejiſche Proj. des Corp. Iur. Frider. v. J. 1750 entſchieden die Derogation des canoniſchen Rechts auf die weltlichen Sachen beſchränkt, indem es darin P. I. Lib. 1. tit. 1. §. 12. heißt: „Da nach dem Weſtfäliſchen Friedensſchluſſe Unſere katholiſche Unterthanen nach ihren Principiis in Glaubensſachen gerichtet werden ſollen, ſo muß auch das canoniſche Recht in ſo weit vim legis behalten. In allen weltlichen Sachen aber wollen Wir das ius canonicum hiedurch aufgehoben haben, außer

nur erklärlich aus der Art, wie die Redactoren auf dieſem Gebiete ihre Aufgabe gefaßt, und zu löſen verſucht haben. Unleugbar aber muß gerade dieſer Mangel näherer Regeln über das Verhältniß der weltlichen Geſetzgebung zu den bisherigen, direct und indirect beſtätigten Quellen des Kirchenrechts der falſchen Anſicht, welche die Landesgeſetzgebung als alleinige Norm für die Kirchenangelegenheiten geltend zu machen geneigt iſt, Vorſchub leiſten, und einer feſten und entſprechenden Geſtaltung der kirchlichen Verfaſſung bedeutende Schwierigkeiten entgegenſtellen. Wie wenig man auch den Einfluß verkennen darf, welchen, neben den politiſchen Ereigniſſen der neueſten Zeit und den dadurch auf dem kirchlichen Gebiete herbeigeführten Umwälzungen, die urſprünglich nicht entfernt beabſichtigte Hintanſetzung und Beſeitigung der particulären Rechtsverſchiedenheiten geübt hat, möchte daher in dieſer Beziehung die Preußiſche Geſetzgebung von einem wohlbegründeten Tadel kaum freizuſprechen ſein.

§. 5.

Amtliche Stellung des katholiſchen Clerus im und zum Staate.

Wenden wir uns nun von den allgemeineren Beziehungen der landrechtlichen Kirchengeſetzgebung deren mehr poſitivem Inhalte zu, ſo wird es nach der bisherigen Darlegung kaum befremden dürfen, wenn für die innere Verfaſſung der katholiſchen Kirche das Reſultat jener Rechtsreform im Einzelnen nicht als befriedigend anerkannt zu werden vermag, wenn Bedenken und Zweifel von verſchiedenen Seiten her ſich darbieten. Wer aber nur nicht der unabweislichen Ueberzeugung ſich verſchließt, daß im Laufe der letzten vier Jahrhunderte die Stellung der Kirche zum Staate, ſelbſt in den Ländern katholiſchen Glaubens, unwiderruflich eine andere geworden iſt, als im Mittelalter, wer nur nicht, am Buchſtaben des canoniſchen Rechts feſthaltend, für die kirchlichen Autoritäten eine Unabhängigkeit und Gewalt vindicirt,

---

was die officia und dignitates und davon dependirende iura bei den Stiftern, item die Zehnt-Sachen betrifft".

welche ſelbſt in der Blüthezeit der päbſtlichen Herrſchaft weniger die Frucht, als das Ziel ihrer Beſtrebungen war, wird trotz aller Mängel der Geſetzgebung geſtehen müſſen, daß ſie der Kirchengewalt kaum Ein weſentliches Recht entzogen, oder auch nur in einer Weiſe verkümmert hat, welche mit den Befugniſſen der Landesherrſchaft oder dem Wohle der Kirche abſolut unvereinbar wäre.

Das eigenthümliche Syſtem der katholiſchen Kirchenverfaſſung näher darzulegen, iſt hier natürlich nicht des Orts, bekannt genug auch, wie der geſammte Organismus der Hierarchie ſich in drei Punkten concentrirt, in dem Clericate, der Episcopalgewalt und dem Primate des Römiſchen Stuhls. Den letzteren hat, wie bereits gezeigt, die Landesgeſetzgebung zwar nicht ausgeſchloſſen oder gänzlich ignorirt, aber doch mehr andeutungsweiſe anerkannt, als im Einzelnen erörtert; die Stellung der Geiſtlichkeit überhaupt, und die Gerechtſame des biſchöflichen Amts bieten ſich daher für uns allein als Gegenſtand näherer Betrachtung dar.

Von der weltlichen Macht faſt unabhängig, im bürgerlichen Leben und in politiſcher Beziehung iſolirt, genoß im Mittelalter die Geiſtlichkeit für die Verwaltung der kirchlich-religiöſen Angelegenheiten einer eben ſo einfachen als ſichren Stellung. Klar und beſtimmt ſprach ſich auch in der äußeren Verfaſſung die Lehre der katholiſchen Kirche aus, welche den Clerus nicht als deren Diener und Beamte, ſondern als deren Obere kraft göttlichen Rechts anſieht, und die Kirche nicht etwa bloß durch den Clerus repräſentirt erachtet, ſondern in dem Clericate die wahre Kirche findet. Aeußerlich hat ſich dieſe Stellung nothwendig geändert, ſeit die weltlichen Herren in bürgerlich-politiſchen Dingen auch über den geiſtlichen Stand ihr unzweifelhaftes Recht voller landesfürſtlicher Gewalt wieder in Anſpruch nahmen, und durch Beſchränkung der, früher theils verliehenen theils angemaßten, clericaliſchen Privilegien glücklich zu erlangen wußten; kaum daß, wo dem Episcopate ſelbſt der Beſitz landesfürſtlicher Macht blieb, jene Selbſtſtändigkeit und Abgeſchloſſenheit des kirchlichen Regiments ſich hat erhalten können. Mehr aber noch hat ſich das letztere der weltlichen Verwaltung angenähert, und mit der politiſchen Orga-

niſation der einzelnen Staaten gewiſſermaßen verſchmolzen, ſeit die aus dem landesherrlichen Schutzrechte ſich entwickelnde Kirchenhoheit, ſeit Privilegien der Päbſte und Verträge mit den einzelnen Bisthümern und Stiftern, ſeit namentlich ein ausgedehntes Patronatrecht den Landesherren immer entſchiedneren Einfluß auf die Beſetzung der höheren und niederen Kirchenämter gewährt, und deren Vergebung äußerlich wenigſtens in die Hände der Regierung gelegt hat. Die Lehre aber der Katholiken iſt unverändert dieſelbe. Mag immerhin die Geiſtlichkeit Beſitz und Genuß ihrer Aemter der Verleihung oder Zuſtimmung der Landesherrſchaft verdanken; ihre amtliche Gewalt ſelbſt, ihre eigentlich geiſtliche Autorität können die Cleriker nur herleiten von der Kirche, und wie ſie ſelbſt in geiſtlich-kirchlichen Dingen ſich immer als die Obern der ihnen anvertrauten Gemeinden anſehen werden, müſſen ſie von ihrem Standpunkte aus auch in dem Episcopate und Primate die alleinige, ihnen vorgeſetzte Autorität finden, welcher ſie in kirchlichen Angelegenheiten unterworfen ſeien, und werden nur dieſer für ihre geiſtliche Verwaltung ſich verantwortlich erachten. Nicht bloß eine Doppelſtellung iſt ſomit für den katholiſchen Clerus begründet, ſondern eine wahre Zwieſpaltigkeit ſeiner rechtlichen Exiſtenz im Staate, wie ſie der früheren Zeit ganz fremd war, auch in dem Maaße für die Geiſtlichkeit der evangeliſchen Kirche nach dem Standpunkte ihrer Lehre durchaus nicht eintreten kann. Ganz verſchiedenen Lebenskreiſen angehörig, bewegt ſich die amtliche Thätigkeit des katholiſchen Clerus auf einem Grenzgebiete, wo es faſt unmöglich iſt, ſcharf und beſtimmt die Linie zu ziehen, welche die kirchliche Qualität und geiſtliche Berechtigung von der Unterthanenpflicht ſcheidet und von der Unterordnung unter die weltliche Autorität.

Fragen wir nun, wie von der landrechtlichen Geſetzgebung die um deſto ſchwierigere Aufgabe gelöſet, und die amtliche Stellung des Clerus im Staate und zur Staatsgewalt [1]) geordnet worden ſei, ſo hat man ihr wohl den Vorwurf machen wollen, daß ſie

1) Von der bürgerlichen Stellung der katholiſchen Geiſtlichkeit wird zweckmäßiger im §. 7. zu ſprechen ſein.

die Geiſtlichen ſchlechthin den Staatsbeamten zuzähle, und mit dieſen nicht bloß in bürgerlich-politiſcher Beziehung, ſondern auch rückſichtlich ihrer eigentlichen Amtsfunctionen gleichſtelle. Dieſer Tadel ſcheint uns jedoch das Landrecht direct nicht zu treffen, wenn es auch jener Anſicht einen legalen Schein gegeben hat und dadurch veranlaßt haben mag, daß dieſe in der Geſetzgebung und Praxis immer mehr das Uebergewicht gewonnen hat. Allerdings werden öfters die Kirchen- und Schulbedienten den eigentlichen Staatsdienern nicht coordinirt, ſondern ſubſumirt [2]); es iſt auch nicht zu leugnen, daß in dem weiteren Sinne, wo unter Civilbeamten alle nicht in Militärdienſten ſtehende Beamten [3]), überhaupt unter Staatsbedienten alle in öffentlichen Aemtern ſtehende Perſonen begriffen ſind [4]), jene Qualität weder den Geiſtlichen abgeſprochen, noch von ihnen ſelbſt abgelehnt werden kann. Der Regel nach dagegen unterſcheidet die Geſetzgebung ſehr beſtimmt die Kirchenbedienten von den Staatsbeamten [5]); ſie können auch, in wiefern das Landrecht die directe oder indirecte Vergebung durch den Landesherrn als etwas bei den unmittelbaren Staatsämtern weſentliches bezeichnet [6]), weder dieſen zugezählt werden, noch andrerſeits den mittelbaren Beamten, welche in Dienſten der dem Staate untergeordneten Collegien, Corporationen und Gemeinden ſtehen [7]), dieſen wenigſtens nicht von dem Standpunkte des Landrechts aus, weil es nur die Biſchöfe als Obere und Vorgeſetzte der Diöceſen, die Geiſtlichen dagegen nur als Mitglieder, nicht als Beamte der Gemeinden bezeichnet. Aber auch in den Geſetzesſtellen, in welchen man einen directen Beweis

---

2) So namentlich, wo im Criminalrecht von den Verbrechen der Diener des Staats die Rede iſt, und neben den Verbrechen der Juſtiz-, Caſſen-Bedienten u. ſ. w. auch (Th. II. Tit. 20. §. 499—504.) von denen der Kirchen- und Schulbedienten gehandelt wird.

3) S. Th. II. Tit. 10. §. 1. u. 68.

4) In dieſem Sinne kommt z. B. in Th. II. Tit. 20. §. 208. der Ausdruck vor.

5) S. u. a. Land-R. Th. II. Tit. 17. §. 32., Tit. 18. §. 213. vgl. mit §. 208. u. 161 flg., Tit. 20. §. 326., Ger.-Ordn. Th. I. Tit. 2. §. 43 77. u. 85., Tit. 49. §. 27.

6) Vgl. Th. II. Tit. 13. §. 7. 7) Th. II. Tit. 10. §. 69.

jener Anſicht zu finden pflegt, weil ſie allerdings die Geiſtlichen „als Beamte des Staats“ bezeichnen, iſt nicht ſowohl eine Gleichheit der amtlichen Stellung, als vielmehr nur dem Staate gegenüber eine Gleichartigkeit der bürgerlich-politiſchen Berechtigung ausgeſprochen; ähnlich wie in Betreff der höheren Lehrämter [8]), ſcheint damit nichts weiter geſagt [9]), als daß die kirchlichen Beamten die beſonderen Vorrechte der Staatsbeamten in Betreff der Jurisdictionsverhältniſſe, Immunitäten u. ſ. w. genießen ſollen [10]). Läge jenes Prinzip wirklich der landrechtlichen Geſetzgebung zu Grunde, ſicher hätte man die urſprüngliche Anſicht, wonach die Amtsentſetzung der Geiſtlichen, gleich wie bei anderen Aemtern, ausſchließliches Attribut der weltlichen Gerichte ſein ſollte, nicht bei der Schlußredaction verlaſſen, noch den geiſtlichen Behörden, wie die Aufſicht über die Amtsverwaltung, ſo ohne irgend eine Einſchränkung das Entſetzungsrecht für den Fall eines geiſtlichen Amtsvergehens beigelegt [11]).

---

8) Vgl. Th. II. Tit. 12. §. 65. u. 73.

9) §. 19. h. t.: „Die bey (öffentlich aufgenommenen) Kirchengeſellſchaften zur Feier des Gottesdienſtes und zum Religions-Unterrichte beſtellten Perſonen haben mit anderen Beamten im Staate gleiche Rechte.“ vgl. mit §. 26.: „Die (von geduldeten Kirchengeſellſchaften) zur Feier ihrer Religionshandlungen beſtellten Perſonen genießen als ſolche keine beſonderen perſönlichen Rechte“, und §. 96. u. 97 h. t.: „Die Geiſtlichen der vom Staate privilegirten Kirchengeſellſchaften ſind, als Beamte des Staats, der Regel nach von den perſönlichen Laſten und Pflichten des gemeinen Bürgers frey. Sie genießen einen privilegirten Gerichtsſtand.“ vgl. mit §. 547. h. t.: „So lange (Geiſtliche) bey einer Gemeine oder Kirche nicht wirklich angeſetzt ſind, haben ſie auf die äußeren Vorrechte der Geiſtlichen (§. 96. 97.) keinen Anſpruch“. — Die Faſſung des §. 96. läßt faſt vermuthen, daß die Worte „als Beamte des Staats“ ſpäterer Zuſatz ſind, wodurch man für die Immunität, damit nicht die desfallſigen Grundſätze der katholiſchen Kirche anerkannt ſcheinen möchten, ein Motiv gewinnen wollte. Die Vergleichung der Materialien müßte hierüber Aufſchluß geben; der Entw. a. a. O. §. 79. ſtimmt ſchon wörtlich mit dem Landrechte überein.

10) Ganz eben ſo wird zwar im §. 18. h. t. von den Kirchen geſagt, ſie ſeien „als privilegirte Gebäude des Staats“ anzuſehen; wie aber nachher im §. 170. h. t. dieſelben direct als Eigenthum der Kirchengemeinden anerkannt werden, legt ihnen auch §. 174. nur „die Vorrechte der dem Staate zuſtehenden öffentlichen Gebäude“ bei.

11) Die Beſtimmungen des Entwurfs a. a. O. §. 104—6., 399—401.

Eher ſcheint die Geſetzgebung darin ein Tadel treffen zu können, daß ſie die Geiſtlichen überhaupt nur als Mitglieder der Kirchengemeinden auffaßt, dagegen als deren Vorgeſetzte und Obere lediglich die Biſchöfe und diejenigen Perſonen betrachtet, welche als deren Stellvertreter oder als Vorſteher der kirchlichen Corporationen an dem eigentlichen Kirchenregimente Theil nehmen [12]). Die Stellung des Clerus zu den Laien iſt dadurch anſcheinend weſentlich verändert, um ſo mehr, als einerſeits das Landrecht Erwerb und Beſitz eines kirchlichen Amts und Anſtellung in einer beſtimmten Gemeinde als unerläßliche Bedingung der den Geiſtlichen zugeſtandenen Vorrechte betrachtet, ſomit einen geiſtlichen Stand eigentlich nicht ſtatuirt [13]), wenigſtens nicht eine perſönliche, ſondern nur eine amtliche Standesverſchiedenheit anerkennt [14]), an-

---

ſtehen weder unter ſich, noch mit denen des Landrechts völlig in Einklang. In den §. 104 flg. wird dem Biſchofe nur das Recht beigelegt, durch geiſtliche Bußübungen die Cleriker zu ihren Amtspflichten anzuhalten, die Beſtrafung grober Amtsvergehen aber dem geiſtlichen Gerichte, als wäre dies von der biſchöflichen Gewalt ganz unabhängig, überwieſen; die §. 399 flg. dagegen geben dem Biſchofe neben dem Rechte zur Verſetzung von Pfarrern auch das Recht zur Suspenſion und Depoſition, nur daß in dem letzteren Falle der Geiſtliche bei der ordentlichen Obrigkeit, worunter offenbar das weltliche Gericht zu verſtehen, auf rechtliches Gehör und Erkenntniß ſoll dringen können. In den entſprechenden §§. des Landrechts (§. 125. u. 126. u. §. 532—535. h. t.) ſind die erſteren Beſtimmungen beibehalten, nur daß dem Biſchofe auch das Recht zu Geld- und Gefängnißſtrafen beigelegt wird; in Betreff der Pfarrer aber wird zwar die Entſetzung durch den Biſchof im adminiſtrativen Wege beſtätigt, dagegen die „förmliche gerichtliche Unterſuchung und Entſcheidung", auf welche dem Beſchuldigten anzutragen freiſtehe, im §. 535. für die katholiſche Geiſtlichkeit geradezu dem geiſtlichen Gerichte vorbehalten, deſſen Competenz ſogar im §. 567., welcher neu hinzukam, auf die Amtsvergehen der niederen Kirchenbedienten, wie Küſter u. ſ. w., ausgedehnt.

12) Vgl. §. 58. 59. u. 108. mit §. 114. 115. 130 flg. h. t.

13) Nur beiläufig iſt hie und da vom geiſtlichen „Stande" die Rede, und dann entweder ſo, daß dies Wort nur den Lebensberuf, nicht eine beſondere Klaſſe der Unterthanen bezeichnet, wie z. B. im §. 137. u. §. 1140. h. t., oder ſo, daß es, wie z. B. im §. 104. vgl. mit §. 102. h. t., identiſch genommen wird mit Amt.

14) Im §. 542 flg. h. t. werden zwar den Kapellänen, weil dieſe eine feſte Anſtellung haben und nach §. 510. als Amtsgehülfen des Pfarrers zu betrachten ſind, nicht aber den ſonſtigen Weltgeiſtlichen, wenn auch in kirchlichen Functionen, die Rechte der Geiſtlichen zugeſtanden.

drerſeits aber auch als Attribut des geiſtlichen Amtes die Verwaltung des Gottesdienſtes und der Sacramente weit mehr, als die Seelſorge hervorgehoben wird [15]), welche doch gerade vor allem andern wegen der darin liegenden **jurisdictio interna** den Geiſtlichen die Stellung eines Obern der ihnen zugewieſenen Gemeinden giebt. Auf den letzteren Umſtand dürfte indeſſen kaum Gewicht zu legen ſein. Denn mag auch die Anſicht mit eingewirkt haben, welche die Redactoren, von dem Standpunkte der evangeliſchen Kirche und der in dieſer hergebrachten Verfaſſung aus, über Zweck und Bedeutung der Kirchenzucht überhaupt, über das durch die Excommunication geſicherte kirchliche Strafrecht und über die dem Einzelnen auch innerhalb der Kirche, und von dieſer zu gewährende volle Gewiſſensfreiheit hegten [16]), ſo iſt doch jene Nichterwähnung der ſeelſorglichen Amtsthätigkeit der Geiſtlichen ſicher mehr als zufälliges Verſehen zu betrachten, da die einzelnen, in dem Seelſorgeamt liegenden, Functionen und Rechte der Geiſtlichen, obſchon unter gewiſſen Cautelen, im Geſetzbuche erwähnt werden [17]). Noch weniger aber darf man außer Acht laſſen, daß nirgends die rein clericaliſche Thätigkeit, und die *kirchliche* Zuläſſigkeit oder Wirkſamkeit einer Religionshandlung von der förmlichen Anſtellung des functionirenden Geiſtlichen abhängig gemacht, an einer Stelle vielmehr ausdrücklich erklärt iſt, wie Amtshandlungen eines nicht mehr im Amte befindlichen Geiſtlichen nur der *bürgerlichen Gültigkeit* entbehrten [18]), daß andrerſeits bei denen, welche noch kein beſtimmtes geiſtliches Amt bei einer Gemeinde oder Kirche erhalten haben, keine weitere Beſchränkung ihrer „geiſtlichen Functionen“ ausgeſprochen wird, als daß ſie weder Unordnung noch Aergerniß anrichten, noch dem Staate zur Laſt

---

15) S. §. 11. h. t. vgl. mit Entw. §. 7. u. §. 19. 59. u. 318. h. t.

16) Vgl. oben §. 1.

17) Vgl. §. 75—85. 92. 320. h. t.

18) Vgl. §. 105. u. 106. h. t. Unpaſſend erſcheint nur, daß „bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe“ gleichwohl die Vollziehung von Amtsverrichtungen verboten iſt, da dieſe, wenn rein geiſtlicher Natur und von bloß kirchlicher Wirkung, außer dem Gebiete der weltlichen Strafgerichtbarkeit liegen, ihre etwanige kirchliche Unzuläſſigkeit aber der Beurtheilung und Cognition der geiſtlichen Behörden anheimgeſtellt ſein müßte.

fallen ſollen [19]). An ſich und den eignen Glaubensgenoſſen gegenüber iſt daher weder Bedeutung des geiſtlichen Standes geändert, noch die kirchliche Wirkſamkeit des Clerus beſchränkt. Wenn aber deſſen äußere Vorrechte an Erwerb und Fortdauer eines geiſtlichen Amts geknüpft werden, ſo iſt freilich nicht zu leugnen, daß man katholiſcher Seits jene Vorrechte als weſentliche Attribute des geiſtlichen Standes, und ſomit als an die Perſon geknüpft und lediglich durch die Ordination bedingt, anzuſehen vielfach geneigt iſt. Indeß ſelbſt in katholiſchen Ländern wird dies nicht zugeſtanden, ſondern das Prinzip befolgt, welches der landrechtlichen Geſetzgebung zur Baſis dient, daß nemlich jene Gerichtsſtands- und Immunitäts-Privilegien nur auf Conceſſionen der Staatsgewalt beruhten, welche mithin, ſo weit nicht durch das Zugeſtändniß ein ius quaesitum gewonnen, Beſchränkungen dieſer äußeren Vorrechte [von andern iſt aber nirgends im Landrechte die Rede [20])] eintreten zu laſſen, eben ſo berechtigt ſein müſſe, als deren Genuß von der amtlichen Thätigkeit zu bedingen. Wie ſehr daher auch in dieſer Hinſicht die Landesgeſetzgebung den in der evangeliſchen Kirche von jeher anerkannten Grundſätzen ſich nähert, eine Beeinträchtigung des Clerus im Vergleiche zu deſſen heutiger Stellung in katholiſchen Ländern kann darin überall nicht gefunden werden. Bekanntlich hat auch für die verheiratheten Cleriker und diejenigen, welche, ohne geiſtliche Functionen zu übernehmen, nur die niederen Weihen empfangen hätten, ſchon das Tridentiner Concil die Beſtimmung getroffen, daß ſie des geiſtlichen Gerichtsſtandes entbehren ſollten; auch war ſchon im älteren canoniſchen Recht an den durch Eheſchließung herbeigeführten Verluſt des Amts, theils ſchlechthin, theils wenigſtens in dem Falle, daß der Cleriker ſich nicht als ſolcher gerirte, der Verluſt der Standesprivilegien geknüpft, und ſo iſt in der Preußiſchen Geſetzgebung nur ge-

---

19) §. 545. u. 46. h. t.

20) Vgl. die oben Note 9. mitgetheilten Stellen mit §. 104. h. t.: „Durch öffentliche den geiſtlichen Obern angezeigte Entſagung des geiſtlichen Standes, ſo wie durch Entſetzung eines Geiſtlichen von ſeinem Amte gehen alle damit verbundenen äußeren Rechte verloren“.

neraliſirt, was die katholiſche Kirche ſelbſt, wenn ſchon nur in einzelnen Beziehungen, für dienlich hat erachten müſſen.

Hieraus iſt denn auch zu erklären, wenn in Widerſpruch mit der katholiſchen Lehre die Ordination weniger in ihrer ſacramentaliſchen Bedeutung, als Befähigung nemlich zu geiſtlichen Functionen und als deren weſentliche Bedingung, ſondern mehr als Folge der Berufung zu einem geiſtlichen Amte und als deſſen feierliche Uebertragung dargeſtellt wird [21]). Nichts weiter iſt damit gemeint, als daß der Staat nur den im Amte ſtehenden Geiſtlichen die äußeren Berechtigungen des Clerikats zugeſtehen will, keineswegs ein directes Verbot jeder nicht durch förmliche Amtsanſtellung veranlaßten Ordination damit ausgeſprochen; unausführbar wie dies in den meiſten Fällen wäre, wird auch den Biſchöfen an einer andern Stelle nur eingeſchärft, daß ſie ohne gleichzeitige Anſtellung Weltgeiſtliche nicht anders, als bei erheblichen Urſachen annehmen ſollten, und damit deren Ordinationsrecht geſetzlich anerkannt [22]). Noch weniger wird man der Beſtimmung, „ohne Zuthun und Approbation“ des Biſchofs ſolle Niemand „zum Prieſter aufgenommen“ werden [23]), die Deutung geben dürfen, als ob das Landrecht dem Biſchofe bei der Ordination nur eine Mitwirkung, nicht das alleinige Recht zur Vornahme dieſer Handlung zugeſtehe. Denn allein von den Diöceſanrechten im Gegenſatze der Pontificalien, nur von der Beſtellung zu geiſtlichen Aemtern iſt hier die Rede, und wie ungenau und unpaſſend auch in dieſer Beziehung der Ausdruck „Aufnahme zum Prieſter“ ſei, wie wenig es auch der Leh-

21) Wie ſchon früher bemerkt, wird als Wirkung der Ordination die Befugniß zur Ausübung aller geiſtlichen Amtsverrichtungen im §. 63. h. t. bezeichnet, und im §. 65. die Ordination zu ertheilen verboten, ehe zu Uebernahme eines geiſtlichen Amts Gelegenheit ſich darbietet. Im §. 403. wird ſie als Folge der vom Patron geſchehenen Präſentation und erfolgten Confirmation behandelt, und gleichſam der ſ. g. institutio canonica im Gegenſatze der investitura, welche letztere allein, nicht aber die erſtere ſpeciell erwähnt wird, ſubſtituirt. Der §. 64. ſpricht ſogar geradezu von einer „Ordination zu geiſtlichen Aemtern“.

22) S. §. 545. h. t. Indirect wird zugleich im § 943 flg. die Fähigkeit der Regularen zu gottesdienſtlichen Functionen, welche weſentlich die Ordination vorausſetzt, anerkannt. Vgl. auch §. 1083—85. u. 1217.

23) §. 120. h. t.

re der katholiſchen Kirche entſpricht, daß hierbei die biſchöfliche Collation im Verhältniß zu der Präſentation des Patrons oder der ſonſtigen Deſignation mehr als das untergeordnete Moment erſcheint, ſo kann doch jene Beſtimmung in keiner Weiſe als Beweis gelten, daß die Landesgeſetzgebung den Episcopat nicht als eigentliche Quelle aller clericaliſchen Autorität anerkenne, oder gar dem geiſtlichen Stande lediglich den Standpunkt eines Staatsamtes angewieſen habe.

Wenn nun aber hiernach die Art, wie das Landrecht die Stellung des Clerus auffaßt, im Weſentlichen keineswegs der katholiſchen Lehre widerſtreitet, wenn nur in ſofern der Geiſtlichkeit die Qualität von Staatsbeamten beigelegt wird, als ſie bürgerlicher Vorrechte genießt, im Staate öffentliche Aemter bekleidet und einer auch vom Staate anerkannten öffentlichen Autorität genießt, wenn ſomit jene oben angedeutete Doppelqualität des Clerus weder verworfen noch verkannt iſt, ſo hätte gerade dies der Geſetzgebung Anlaß geben ſollen, ſo ſcharf als thunlich zu beſtimmen, in wie weit die Geiſtlichen lediglich als kirchliche Obere und Beamten zu betrachten ſeien, in wie weit dagegen als Organe der Staatsgewalt, und ſo das Verhältniß ihrer ſtaatsamtlichen Unterordnung zu ihrer geiſtlich-kirchlichen Autorität möglichſt genau feſtzuſetzen. Um ſo unerläßlicher hätte dies erſcheinen müſſen, als weder die Grundprinzipien, auf welchen der geſammte Organismus der katholiſchen Kirche beruht, von Staatswegen anerkannt ſind oder unbedingt getheilt werden können, noch die kirchliche Landesgeſetzgebung in allen Beziehungen mit dem canoniſchen Rechte in völligem Einklange ſteht, als einerſeits die Berufung auf angebliche Gewiſſenspflicht offenbar nicht zur Beſchönigung oder gar Rechtfertigung des den Landesgeſetzen und der Obrigkeit verweigerten Gehorſams dienen, Gewiſſenszwang aber andrerſeits ſo wenig in den Rechten der Staatsgewalt liegen [24]), als dem Wohle des Staats förderlich ſein kann. Ein ſelbſt nur flüchtiger Anblick der Strafgeſetzgebung, innerhalb deren Gebiets jene Doppelſtellung des katholiſchen Clerus um ſo leichter zu Colliſionen aller Art

24) Vgl. §. 2. 4. 30. 31. h. t.

führen kann, als mit der Unterthanenpflicht der den Kirchenobern ſchuldige geiſtliche Gehorſam [25]) vereinbart werden ſoll, wird aber genügend darthun, zu wie vielen Bedenken und Zweifeln gerade in der angedeuteten Hinſicht die Landesgeſetzgebung Anlaß darbietet.

Einzelner Vergehen der Kirchendiener geſchieht allerdings in dem Landrechte ſpecielle Erwähnung [26]); mit Ausnahme weniger Fälle, wo mittelbare Beziehung und Rückwirkung auf den Staat oder das bürgerliche Rechtsleben eintritt, ſind es jedoch nur ſolche, die unter die Kategorie der eigentlichen Amtsvergehen, und ſomit in den Kreis der biſchöflichen Strafgewalt fallen. Ob nun aber, ſoweit das Geſetz, neben der Entſetzung oder abgeſehen davon, ſolche Strafen angedroht hat, welche die Competenz der geiſtlichen Behörde überſchreiten, den weltlichen Gerichten deren Verhängung und ſomit eine Einmiſchung in die rein geiſtliche Amtsverwaltung zukomme, ob andrerſeits die Entſetzung, während ſie im allgemeinen bei geiſtlichen Amtsvergehen in das Ermeſſen der geiſtlichen Behörde geſtellt iſt, in dieſen Fällen auf Grund der Landesgeſetzgebung ſchlechthin verfügt werden muß, oder ob etwa hier, wegen der Concurrenz mit anderen weltlichen Strafen, ſelbſt die Entſetzung von den weltlichen Gerichten allein erkannt wird, und die Strafgewalt der geiſtlichen Obern als ausgeſchloſſen gelte; alles dies iſt durchaus unbeſtimmt gelaſſen [27]). Weitläuftig verbreitet ſich außerdem das Landrecht über die Verbrechen der Staatsdiener überhaupt, und erklärt die desfalſigen Strafbeſtimmungen für gleich anwendbar auf mittelbare und unmittelbare Beamten [28]). Aber auch hier wieder werden viele Vergehen aufgeführt, welche unzweifelhaft unter den Begriff der **excessus clericorum** fallen [29]), und doch

25) §. 122. h. t. 26) Vgl. Landr. Th. II. Tit. 20. §. 222. 227. 499 flg.

27) Sollten vielleicht dieſe Strafbeſtimmungen über Amtsvergehen dadurch veranlaßt ſein, daß man, wie oben gezeigt, anfangs ſchwankte, ob man den Biſchöfen in derartigen Straffällen eine wahre **iurisdictio externa** über die Geiſtlichen zugeſtehen dürfe?

28) §. 323. flg. vgl. mit §. 365. eod.

29) So z. B. vorſätzliche oder aus grober Fahrläſſigkeit und Unwiſſenheit eingetretene Verletzung der Amtspflichten nach §. 333 flg. eod., mangelhafte

doch iſt weder näher beſtimmt, ob die für ſolche Fälle angedrohte Entſetzung den geiſtlichen Obern oder den weltlichen Gerichten zuſtehe, oder ob hier neben der Correctiv-Gewalt der erſteren die weltliche Strafgerichtbarkeit ſelbſtſtändig nach Maaßgabe der landesgeſetzlichen Strafandrohungen eintrete, noch iſt der Fall irgend berückſichtigt, daß die rein geiſtliche Amtspflicht, wie die Kirchengeſetze ſie auffaſſen und näher beſtimmen, mit den Vorſchriften der Landesgeſetzgebung und den dadurch auferlegten Verbindlichkeiten in Colliſion oder gar in Widerſpruch tritt.

Mit vollem Rechte hat auf der andern Seite die Landesgeſetzgebung die Competenz der weltlichen Strafgerichtbarkeit in den Fällen für eben ſo unerläßlich als unzweifelhaft erachtet, daß ein Geiſtlicher, in näherer Beziehung zu ſeiner Amtsführung oder unabhängig von dieſer, ſich gemeiner bürgerlicher Verbrechen ſchuldig machen ſollte. Aber um welcher bürgerlichen Delicte willen den Geiſtlichen, allein oder neben den ſonſtigen Strafen, der Verluſt ſeines Amtes treffe, dafür fehlt es in der Geſetzgebung an ſicherem Anhalte. Denn die Beſtimmung, daß gegen Beamte überhaupt wegen aller mit Zuchthaus- und Feſtungsſtrafe bedrohter Verbrechen zugleich auf deren Caſſation erkannt werden ſolle[30], kann für Geiſtliche unmöglich auch in der Art als Norm gelten, daß nur in dieſen Fällen Entſetzung eintrete; vielmehr wird hier der amtlichen Stellung und Beſtimmung wegen größere Strenge unerläßlich, und auch ein bürgerlich minder ſtrafbares Vergehen meiſt als hinreichender Beweis der Unwürdigkeit zu geiſtlichem Amte erſcheinen. In Widerſpruch aber ſteht es, wenn an der einen Stelle alle „ſchwere Verbrechen“, an einer anderen dagegen „Criminalverbrechen“ ſchlechthin als ausreichender Grund zur Entſetzung der Geiſtlichen bezeichnet werden[31], und indem es, ob

hafte Aufſicht über die Amtsführung der Untergebenen nach §. 345., Ungehorſam der Untergebenen bei Amtsverrichtungen nach §. 352., vor allem nach §. 368. durch unregelmäßige Lebensart oder Verſchwendung veranlaßte Verſchuldung, oder „niederträchtige“ Aufführung.

30) S. §. 338. eod.

31) Vgl. §. 504. eod. mit §. 103. h. t. Zufällig iſt dieſe Verſchiedenheit nicht, da auch der Entw. im §. 86. anfangs auf „grobe Verbrechen

die Nothwendigkeit oder nur die Möglichkeit einer Abſetzung hat ausgeſprochen werden ſollen, nicht minder zweifelhaft iſt[32]), als der Begriff eines „ſchweren“ Verbrechens ſchwankend und unbeſtimmt, läßt ſich weder das der Geſetzgebung zu Grunde liegende Prinzip mit Sicherheit ermitteln, noch verkennen, daß ſie durch jene Ungenauigkeit des Ausdrucks und durch materielle Unvollſtändigkeit zu Zweifeln und Controverſen reichlichen Stoff darbietet.

Nicht minder auffallend wird es endlich erſcheinen dürfen, daß über die Procedur gegen ſtraffällige Geiſtliche, und über die Ausführung der vom weltlichen Gerichte erkannten Entſetzung, namentlich über die dabei etwa eintretende Concurrenz der geiſtlichen Obern, von welchen doch nach Lehre und Organiſation der katholiſchen Kirche die eigentlich geiſtliche Amtsgewalt, wie allein verliehen, ſo auch allein entzogen werden kann, nur dürftige, ſchwerlich genügende Beſtimmungen ſich vorfinden. Benachrichtigung der geiſtlichen Obern von der eröffneten Unterſuchung und eingetretenen Verhaftung, damit inzwiſchen für Amtsverſehung geſorgt werden könne, iſt allein dem weltlichen Richter zur Pflicht gemacht[33]). Nicht einmal eine Anzeige von dem Straferkenntniſſe iſt direct vorgeſchrieben, noch weniger erklärt, ob daſſelbe, wie gefällt von dem weltlichen Gerichte, ſo auch von dieſem direct vollzogen werde, oder ob wenigſtens die Ausführung der Depoſition den geiſtlichen Obern anheim falle, und ſo bei derartiger Erledigung der Kirchenämter dieſen wenigſtens eine Mitwirkung, wenn ſchon vielleicht mehr formeller Art, zukomme. Die Beſtimmung, daß ein entſetzter Geiſtlicher ſich bei nachdrücklicher Strafe aller

gegen die bürgerlichen Geſetze“ lautete, und erſt bei der letzten Redaction der Ausdruck „Criminal-Verbrechen“ ſubſtituirt wurde; um ſo bedeutender aber iſt der Gegenſatz, als nach Th. II. Tit. 17. §. 62. u. 68. ſchon jedes mit mehr als 14 Tage Gefängniß- oder 5 Rthlr. Geldſtrafe bedrohte Vergehen als Criminal-Verbrechen erſcheint.

32) Nur, daß Criminal-Verbrechen, Verletzungen der Amtspflichten u. ſ. w. die Entſetzung „begründen“, iſt im §. 103. cit. geſagt, und dies von bloßer Zuläſſigkeit dieſer Strafe um ſo mehr zu verſtehen, als letztere auch für den Fall „ärgerlichen Lebenswandels“ angedroht iſt, und hier offenbar ein freies Arbitrium der Behörde eintreten muß.

33) Vgl. §. 536—538. h. t.

Amtsverrichtungen enthalten müſſe, kann um ſo weniger ausreichen, als denſelben, wenn dennoch vollzogen, nur die bürgerliche Gültigkeit abgeſprochen wird[34]), und nach Analogie deſſen, was das Landrecht bei angemaßten Amtsrechten disponirt, zweifelhaft bleibt, ob nicht ſelbſt bürgerliche Gültigkeit in Betreff dritter Perſonen behauptet werden müſſe[35]). Aus dem gleichzeitig aufgeſtellten Prinzipe, es ſei die Frage, wann und wie ein katholiſcher Prieſter bei der Entſetzung auch ſeines geiſtlichen Charakters verluſtig gehe, nach den Grundſätzen ſeiner Kirche zu beurtheilen[36]), ließe ſich ſogar, was gewiß nicht beabſichtigt worden, ein Vorwand dafür entnehmen, daß die geiſtlichen Obern den von einem weltlichen Gerichte deponirten Cleriker immer noch als den wahren, nur factiſch an der Ausübung behinderten Inhaber des Amts, dieſes letztere als unerledigt zu betrachten befugt wären, indem bekanntlich ſelbſt die Degradation nicht ſowohl den geiſtlichen Stand, als die damit verbundenen Vorrechte entzieht, die katholiſche Kirche auch die Wirkſamkeit aller geiſtlichen Functionen eines durch den Kirchenobern entſetzten Clerikers eben ſo beſtimmt anerkennt, als nach ihrer Lehre es für unmöglich erachten muß, eine lediglich von dem weltlichen Richter erkannte Entſetzung als wahre Depoſition und wirklichen Verluſt der geiſtlichen Amtsrechte gelten zu laſſen.

In allen dieſen Beziehungen leidet daher die Geſetzgebung eben ſo an Unvollſtändigkeit als Unbeſtimmtheit, und beruht theilweiſe auf Prinzipien, welche kaum mit der wahren Stellung der Geiſtlichen und mit der Natur der kirchlichen Aemter, vollends nicht mit der Lehre der katholiſchen Kirche vereinbar ſein dürften. Obwohl darauf berechnet, die territoriale Strafgewalt allſeitig zu wahren, wird ſie faſt unvermeidlich Colliſionen und Schwierigkeiten hervorrufen, welche das Anſehn der Landesgeſetze, wenn nicht

34) §. 105. u. 106. h. t. Auch im §. 104. h. t. wird lediglich der Verluſt aller mit dem Amte verbundenen äußern Rechte als Folge der Entſetzung bezeichnet.

35) In Th. II. Tit. 10. §. 76—82., auf welche §. 106. h. t. ausdrücklich remittirt, iſt dies als Regel anerkannt, eine Ausnahme durch beſondere Geſetze für den vorliegenden Fall nicht begründet.

36) S. §. 107. h. t.

zu gefährden, doch zu ſchwächen geeignet ſind, und nach dieſer Seite hin die Geſetzgebung des Landrechts über das Verhältniß des Clerus im und zum Staate für völlig tadelfrei zu erklären, dürfte eben ſo wenig möglich, als die, der Regierung ſelbſt gewiß ſchon längſt fühlbar gewordene, Nothwendigkeit einer Reviſion offen auszuſprechen irgend bedenklich ſein. Weit zweckmäßiger, dem Verhältniſſe der Kirche und Geiſtlichkeit zum Staate entſprechender, und zugleich weit eher vereinbar mit der Organiſation der katholiſchen Kirche, erſcheint das in andern Ländern befolgte Syſtem, welches nur in Betreff der bürgerlichen Strafen die ſelbſtſtändige Competenz der weltlichen Gerichtbarkeit feſthält, demnächſt aber den geiſtlichen Obern rückſichtlich der kirchlichen Ahndung gemeiner bürgerlicher Verbrechen der Cleriker, insbeſondere in Betreff der etwanigen Amtsentſetzungen, Erkenntniß wie Vollziehung um ſo unbedenklicher anheim giebt, als die Beſorgniß ſicher unbegründet iſt, daß die kirchlichen Obern in ſolchen Fällen, wo ein Geiſtlicher um gemeiner Verbrechen willen zu ſchweren Criminalſtrafen verurtheilt werden müßte, aus Nachſicht gegen den Schuldigen oder gar aus Renitenz gegen die Landesherrſchaft Anſtand nehmen ſollten, die im eignen Intereſſe der Kirche, wie nach den Satzungen des canoniſchen Rechts gleich unvermeidliche Strafe der Depoſition eintreten zu laſſen. Mindeſtens hätte die Landesgeſetzgebung darin einen vermittelnden Ausweg ſuchen ſollen, daß entweder nach den Verbrechen, oder nach den im bürgerlichen Geſetze anerkannten Strafen gewiſſe Kategorien aufgeſtellt würden, bei welchen das Entſetzungsdecret gegen die ſchuldigen und vom weltlichen Gerichte verurtheilten Geiſtlichen nachträglich von den geiſtlichen Obern ausgeſprochen werden müßte, und daß ſo wenigſtens der Form nach, die gerade hier für nichts weniger als bedeutungslos zu halten iſt, gleich der Verleihung, auch die Entziehung der kirchlichen Amtsgewalt den geiſtlichen Obern verbliebe.

§. 6.

Umfang und Bedeutung der Episcopalrechte.

Unvollſtändig wie in Betreff des katholiſchen Episcopats die Landesgeſetzgebung geblieben iſt, und in dem Maaße bleiben

mußte, als man nicht bloß von den rein kirchlichen Functionen dieſes Amts zu abſtrahiren für nöthig, ſondern auch deſſen Beziehungen zum Primat und zur Metropolitanwürde unerörtert zu laſſen für dienlich erachtet, und überhaupt die biſchöflichen Gerechtſame mehr andeutungsweiſe bei Gelegenheit der Gemeindeverwaltung in Erwägung gezogen hat[1]), ſo erweiſet ſich doch das Landrecht, dafern man nur nicht in einſeitiger Buchſtabendeutung jedes nicht direct beſtätigte Diöceſanrecht für entzogen ausgeben will, mit der hergebrachten Verfaſſung und dem canoniſchen Rechte in weſentlichem Einklange.

Die Wahlfreiheit der Biſthümer iſt als Regel anerkannt[2]), und kein weiteres Recht für die Biſchofswahlen der Staatsgewalt vindicirt, als die Zuziehung landesherrlicher Commiſſarien[3]), und daß der Erwählte nicht vor erfolgter Genehmigung des Landesherrn die Beſtätigung des Kirchenobern einhole[4]). Weder ſtellt die Geſetzgebung beſondere perſönliche Requiſite auf, noch fordert ſie vorgängige Erkundigung, ob auch der Candidat der Regierung genehm ſei[5]); bloß für den Nothfall, wenn „Gründe des gemeinen Wohls oder der Erhaltung der äußern und innern Ruhe des Staats“ es erfordern, immer zugleich unter Freigebung neuer Wahl, behält das Landrecht der Regierung das Recht einer Verwerfung des Neuerwählten vor[6]), und faßt

1) Auffallend muß namentlich erſcheinen, daß die Strafgewalt über die Biſchöfe ſelbſt nirgends auch nur mit einem Worte berührt iſt, gleich als ob von dieſer Seite her die Nothwendigkeit kirchlicher oder weltlicher Strafmaaßregeln undenkbar wäre. Nur daraus iſt dies zu erklären, daß man überhaupt die Primatialrechte des Pabſtes unerörtert ließ, gleichwohl bei den Prälaten das Recht zur Entſetzung wegen Amtsvergehen dem Römiſchen Stuhle hätte beilegen müſſen, zu deſſen hergebrachtem, damals freilich von neuem in Zweifel gezogenem Beſitzſtande die Strafgewalt über die Biſchöfe gehört.

2) Vgl §. 1051—53. h. t. Nur wo dem Landesherrn die Ernennung des Biſchofs „vorbehalten“ (ein freilich ſehr unbeſtimmter Ausdruck), ſoll das Wahlrecht des Kapitels wegfallen.

3) Ueber deren Functionen beim Wahlgeſchäfte ſ. §. 982 flg. h. t.

4) §. 1009. h. t.

5) Im §. 980. h. t. werden für alle Wahlpfründen nur „die nach dem canoniſchen Rechte und den Statuten des Stifts erforderlichen Eigenſchaften“ verlangt.

6) §. 1011. h. t.

jene Genehmigung nicht ſowohl als Approbation des Wahlacts ſelbſt oder Beſtätigung der Amtsverleihung auf, ſondern mehr als Erlaubniß zur Einholung der päbſtlichen Confirmation[7]).

Dem Prinzipe des canoniſchen Rechts, daß die kirchliche Gewalt des Biſchofs über die ganze Diöceſe und Alle, welche dieſer durch Wohnſitz oder Amt angehören, ſich erſtrecke, huldigt das Landrecht auf das entſchiedenſte, indem es keinerlei Exemtionen, wenn nicht ſpeciell vom Landesherrn genehmigt, gelten läßt[8]). Den Domkapiteln, welche dem biſchöflichen Viſitations- und Reformationsrechte unterliegen[9]), wird nicht entfernt ein Mitregierungsrecht beigelegt, wie ſie es häufig geübt, noch häufiger in Anſpruch genommen haben; ſelbſt da, wo nach gemeinem canoniſchen Rechte oder den beſondern Statuten ihr Conſens, nicht bloß ihr gutachtlicher Rath erforderlich iſt, ſollen ſie auf eine Curiatſtimme, ſomit auf ein mehr negatives Votum beſchränkt ſein[10]). Eben ſo wird die geſammte höhere Geiſtlichkeit, ſo weit ſie an dem Diöceſanregimente Theil nimmt, als vom Biſchofe ernannte, und ihm verantwortliche wie ſubordinirte Vertreter des Biſchofs bezeichnet[11]), und damit das geſammte Kirchenregiment als in dem Episcopate concentrirt anerkannt.

Sehen wir aber auf die einzelnen damit verbundenen Jurisdictions- oder Regierungsrechte, ſo iſt zuvörderſt die geſetzgebende Gewalt der Biſchöfe zwar der im landesherrlichen Placet begründeten Controlle unterworfen, im übrigen aber, möge ſie in ſelbſtſtändigen Verordnungen oder auf Concilien geübt werden[12]), oder in Annahme und Publication päbſtlicher Bullen und

7) „Es darf“, heißt es im §. 1009., „kein Gewählter oder Poſtulirter die Beſtätigung oder Zulaſſung der geiſtlichen Obern eher nachſuchen, als bis er dazu die Genehmigung des Landesherrn hat“.

8) Vgl. §. 116. u. 942. mit §. 1060. h. t.

9) §. 1030. h. t.

10) §. 1031 flg. u. 1037 flg. h. t. Nur in eigentlichen Corporationsangelegenheiten ſollen die Domkapitel nach §. 1024 flg. einer gewiſſen Selbſtſtändigkeit genießen.

11) §. 130 — 34. u. 151 — 54. h. t.

12) Vgl. §. 117. 118. 135. 141. 142. h. t. — Daß im §. 136. ohne alle Einſchränkung erklärt wird, es dürfe ſich kein auswärtiger Biſchof oder andrer geiſtlicher Obere in Kirchenſachen eine geſetzgebende

Breven ſich kund geben, nicht minder beſtätigt, als das Recht einer Theilnahme an der ſtatutariſchen Geſetzgebung, und die Befugniß zur Dispenſationsertheilung, nur daß jene auf Einwilligung des Biſchofs zu den in der Grundverfaſſung der geiſtlichen Corporationen beliebten Aenderungen und auf Abſtellung von Mißbräuchen beſchränkt iſt[13]), die geiſtlichen Dispenſe dagegen als zuläſſig, mindeſtens als unerläßlich allein bei ſolchen Angelegenheiten gelten, welche die Landesgeſetzgebung noch als rein kirchliche anerkennt, nicht dem Gebiete des weltlichen Rechts und Regiments vindicirt hat[14]). Dies nur dürfte zu deſideriren ſein, daß theils die Art der landesherrlichen „Mitwirkung" bei Berufung inländiſcher Synoden, ob nemlich damit nur vorgängige Erlaubniß, oder die Gegenwart landesherrlicher Commiſſarien, oder gar Direction der Verhandlungen gemeint ſei, theils auch der Begriff einer „neuen Verordnung" näher beſtimmt worden wäre, bei welcher zur Erlaſſung wie Annahme landesherrliche Genehmigung erfordert wird, da es ſo zweifelhaft bleibt, ob nur da das Placet unnöthig ſein ſoll, wo eine Verordnung entweder bloß die laufende regelmäßige Verwaltung betrifft, oder in bloß wiederholter Einſchärfung ſchon früher ergangener und von Staatswegen approbirter Geſetze und Vorſchriften beſteht, oder ob als „neu" nur diejenigen Verordnungen gelten ſollen, wodurch bisher noch nicht zur Anwendung gekommene Rechtsnormen und Verwaltungsgrundſätze aufgeſtellt werden. Auch läßt ſich wohl nicht in Abrede nehmen, daß der Vorſchrift, welche in Religions- gleich wie in Kirchenangelegenheiten für biſchöfliche Verordnungen, und eben ſo für alle päbſtliche Bullen und Breven, und Verordnungen auswärtiger Obern vorgängige Vorlegung Behufs der „Prüfung und Genehmigung" feſtſetzt, wohl eine angemeſſenere Faſſung hätte gegeben werden mögen, welche der Mißdeutung vorbeugen könnte, als ob bei dogmatiſchen Entſcheidungen oder

---

Macht anmaßen, iſt offenbar Ungenauigkeit des Ausdrucks, und die Genehmigung des Staats als ſtillſchweigend vorausgeſetzt anzuſehen.

13) §. 959. u. 1030. h. t.

14) Ueber dies Dispenſationsrecht des Biſchofs vgl. §. 419. 442. 981. 1148. 1178. 1209. h. t. und Th. II. Tit. 1. §. 152.

ſonſtigen, die **interna ecclesiastica** betreffenden Verordnungen die Regierung mehr als bloße Einſicht, oder dieſe zu anderem Zwecke ſich vindicire, als um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß ein derartiges Publicandum wirklich nur dogmatiſchen oder doch rein kirchlichen Inhalts, und daß für den Staat deſſen Vollzug durchaus ohne Nachtheil ſei.

In welchem Umfange ferner die *coercitive Strafgewalt* des Biſchofs über die Geiſtlichkeit geſetzliche Anerkennung gefunden hat, iſt ſchon oben erörtert. Daß aber über Laien wenigſtens bei rein geiſtlichen Delicten, und wenn nur beſchränkt auf rein kirchliche Strafen, eine gleiche Jurisdictionsgewalt dem Biſchofe zuſtehe, iſt zwar nicht direct ausgeſprochen[15]), aber wenigſtens damit anerkannt, daß jedes Mitglied einer Kirchengeſellſchaft der darin eingeführten Kirchenzucht ſich unterwerfen muß, dieſe nur nicht in Strafen an Leib, Ehre und Vermögen ausarten ſoll, und daß die Beſchwerden über die von der Geiſtlichkeit verhängte Excommunication der Entſcheidung des Biſchofs vorbehalten werden[16]). Befremden nur muß es, daß es nicht bloß, wie bemerkt, über die Organiſation der biſchöflichen Gerichte an allen Beſtimmungen fehlt, ſondern daß auch dieſe geiſtlichen Gerichte weniger als die Organe der biſchöflichen Strafgewalt, ſondern mehr in coordinirter Selbſtſtändigkeit aufgefaßt werden, indem das Landrecht in einer der katholiſchen Hierarchie durchaus fremden Weiſe Entlaſſung auf bloß adminiſtrativem Wege von gerichtlicher

---

15) Im Zuſammenhange mit den voranſtehenden und nachfolgenden §§. kann die Beſtimmung des §. 124. h. t.: „Die Rechte der Kirchenzucht gebühren nur dem Biſchofe“, allein auf die Zuchtgewalt über die Geiſtlichen bezogen werden. — Auffallend iſt hier das Wörtchen „nur“, und um ſo mehr, als theils in §. 946. 947. u. 1066. h. t. die kirchliche Zuchtgewalt, freilich der Regel nach ohne das Recht zu Geld- und Gefängnißſtrafen, auch den Stifts- und Kloſterobern beigelegt wird, theils im Entw. §. 104. bei jener Beſtimmung auf §. 40. u. 71. remittirt wird, von welchen der letztere, im Widerſpruch mit der katholiſchen Disciplin, das Recht zum Ausſchluß von den Sacramenten den Geiſtlichen abſpricht, der andere gleichwohl anerkennt, daß jedes Mitglied einer Kirche ſchuldig ſei, „ſich der darin eingeführten Kirchenzucht zu unterwerfen“, theils endlich auch in jener Beziehung eine Vertretung des Biſchofs durch Vicare unzweifelhaft für zuläſſig erachtet werden muß.

16) Vgl. §. 50 flg. und §. 86 flg. h. t.

Dienſtentſetzung unterſcheidet, jene als Attribut des Biſchofs bezeichnet, die letztere den geiſtlichen Gerichten vorbehält[17]).

Auffallender noch iſt, daß die contentiöſe Jurisdiction der geiſtlichen Gerichte, in den für die katholiſchen Provinzen ergangenen Edicten überall für **causae mere ecclesiasticae**, und zugleich für Ehe- und Sponſalienſachen anerkannt, im Landrecht nirgends beſtätigt wird, und nicht einmal eine beſtimmte Verweiſung auf die Provincialverfaſſung hierüber vorliegt[18]). Geführt hat dazu ohne Zweifel, daß das Landrecht die Eheſachen, alſo gerade den wichtigſten Gegenſtand geiſtlicher Gerichtbarkeit, ſchlechthin als bürgerliche Rechtsſachen behandelt, und für dieſe dem canoniſchen Rechte jede äußere Verbindlichkeit entzogen wiſſen will, daß man andrerſeits in den erſten Abſchnitten, wo von den biſchöflichen Gerechtſamen die Rede iſt, von dem poſitiven Rechte eben ſo ſehr als von deſſen particulären Modificationen abſtrahirte, bei Feſtſtellung aber der Gemeindeverfaſſung zu directer Beſtätigung der geiſtlichen Gerichtbarkeit kein näherer Anlaß vorlag. Jedoch kann deshalb die hergebrachte Verfaſſung als geändert nicht gelten, und wo nur die katholiſche Kirche, in ſtaatlich anerkanntem Diöceſanverbande exiſtirt, wird auch nach der landrechtlichen Geſetzgebung die Gerichtbarkeit in **causis mere ecclesiasticis** als Attribut des biſchöflichen Amts erachtet werden dürfen. Denn wenigſtens Hindeutungen auf eine Ehegerichtbarkeit der geiſtlichen Behörden finden ſich vor[19]); auch wird nur in „weltlichen Angelegenheiten“

---

17) §. 532—35. h. t. vgl. mit Suarez amtl. Vortr. S. 177. Veranlaßt iſt dies wohl dadurch, daß man anfangs eine Provocation auf den weltlichen Richter eintreten laſſen wollte; um ſo weniger kann aber auch darauf beſonderes Gewicht gelegt werden.

18) Vom Forum der katholiſchen Eheſachen iſt weder bei der Lehre von der Scheidung, noch auch bei der Annullation ungültiger Ehen die Rede. Auch die Gerichts-Ordn. Th. I. Tit. 2. §. 128. und Tit. 40. §. 1. beſagt nichts weiter, als daß von der (jetzt nicht mehr geltenden) Regel, wonach alle Sponſalien- und Eheſachen vor die Obergerichte gehören ſollten, Ausnahmen auf Grund der Provincialgeſetze vorkommen könnten; und ſelbſt dies ſcheint mehr auf die Ehejurisdiction der weltlichen Unter-, als der geiſtlichen Gerichte ſich zu beziehen.

19) So z. B. ſoll nach Th. II. Tit. 1. § 147. der Pfarrer bei etwanigen Bedenken über Ehehinderniſſe bei „ſeinen Vorgeſetzten“ anfragen; daß der Streit über Einſpruch nach §. 161. eod. bei dem Gerichte an-

der Geiſtlichen, und eben ſo über Privatintereſſen, welche bei Gelegenheit von Amtshandlungen entſtanden ſind, nur „der Regel nach“ das Erkenntniß den Biſchöfen unterſagt[20]). Wenn aber andrerſeits bei ſehr vielen Verhältniſſen, welche gemiſchter d. h. eben ſo kirchlicher als weltlicher Natur ſind, die Entſcheidung etwanigen Streits ausdrücklich dem weltlichen Richter beigelegt wird[21]), ſo iſt dies ſchwerlich anders zu erklären, als daß man nur den Umfang der causae mere ecclesiasticae näher habe begrenzen wollen, hingegen die Competenz der geiſtlichen Behörden für dergleichen Sachen an ſich als unzweifelhaft vorausgeſetzt habe. Endlich wird auch für einen Fall der Art, für die Entſcheidung nemlich über Ungültigkeit eines Gelübdes, die biſchöfliche Gerichtbarkeit ausdrücklich anerkannt[22]), und beiläufig noch der zur Verwaltung der Jurisdiction beſtellten biſchöflichen Officialate Erwähnung gethan[23]).

Viel beſtimmter und nach allen Seiten hin findet ſich die aufſehende Gewalt der Biſchöfe anerkannt. Ueber Amtsführung, Lehre und Wandel der Geiſtlichen wird ihnen ein unbeſchränktes Recht der Aufſicht, und in Folge deſſen namentlich auch das Recht beigelegt, nach freiem Belieben Viſitationen ſowohl ſelbſt zu halten, als von den Erzprieſtern oder andern dazu beauftragten Geiſtlichen darüber Bericht zu erfordern[24]). In gleicher Weiſe iſt, unter Vorausſetzung nur eines Oberaufſichtsrechts der

---

gebracht werden ſoll, welchem der Angeſprochene in Ehe- und Sponſalienſachen unterworfen iſt, kann, da die Beurtheilung der Competenz ex persona rei auch ohnedies feſtſtand, nur darauf bezogen werden, daß hier ein forum speciale causae Platz greife; die Beſtimmung des §. 734. eod., wonach in beiderſeits katholiſchen Ehen nur auf Scheidung von Tiſch und Bett erkannt werden ſoll, iſt nach der ganzen Faſſung dieſes §. und nach Anh. §. 81. unzweifelhaft von einem Erkenntniſſe der geiſtlichen Gerichte zu verſtehen.

20) §. 128. und 129. h. t.

21) Vgl. §. 240. 313. 362. 577. 709. 864. 1086. h. t.

22) §. 1174. h. t. 23) §. 1045. h. t.

24) Vgl. §. 121—23. 152—54. 942. 1030. mit §. 414 flg. u. §. 506 flg. Ueber die Art und Weiſe dieſer Viſitationen, namentlich über die etwanige Zuziehung weltlicher Commiſſarien iſt nichts beſtimmt, auch geſchieht des Rechts der ſ. g. Procurationen oder Viſitationsgebühren keine Erwähnung.

Staatsgewalt, für die Verwaltung des geſammten Kirchen- und Pfarrvermögens das biſchöfliche Aufſichtsrecht beſtätigt[25]), und ſo weit in der katholiſchen Kirche ſich überhaupt noch unmittelbare eigne Verwaltung kirchlicher Güter Seitens der Biſchöfe erhalten hat, auch dieſes Recht geſetzlich, obſchon nur beiläufig, anerkannt worden[26]). Allerdings iſt dabei die Stellung, welche dem Epiſcopate zur Verwaltung des Kirchenvermögens angewieſen wird, in ſofern weniger in Einklang mit dem canoniſchen Rechte, als die Kirchengüter ſchlechthin nur als Eigenthum der einzelnen Pfarrgemeinden gelten[27]), die zur Adminiſtration beſtellten Kirchenvorſteher nicht ſowohl als Diener und Vertreter des Biſchofs, welcher nach canoniſchem Rechte als der alleinige wahre Verwalter des Kirchenguts gilt, ſondern als Beamte und Repräſentanten der Gemeinde erſcheinen[28]), deren Auswahl und Beſtellung auch, abweichend von dem, was in der katholiſchen Kirche Herkommens und Rechtens iſt, von den Pfarrern und Kirchenobern gar nicht abhängen ſoll[29]); in einzelnen Fällen iſt ſogar die Gültigkeit der das Kirchengut betreffenden Dispoſitionen neben der Genehmigung des Biſchofs von einer Zuziehung und Einwilligung der geſammten Gemeinde abhängig gemacht[30]) und dieſer dadurch eine corpora-

---

25) S. §. 167—69. u. 322. h. t. — Ueber die Verwaltung des Kloſterguts legt auffallender Weiſe das Landrecht den Biſchöfen nirgends Aufſichts- oder ſonſtige Rechte bei, und beſchränkt dieſelben bei dem Kapitel-Vermögen auf den Conſens zu Veräußerungen von Grundſtücken, Koſtbarkeiten und Rechten der Stiftung. S. §. 960. vgl. mit §. 940. 954. 1026. h. t.

26) §. 1034. u. 1042. vgl. mit §. 978. h. t.

27) §. 160. u. 170 flg., beſonders aber §. 308. h. t.

28) S. §. 217. u. 18. und §. 554. u. 55. h. t., wonach die Kirchenvorſteher den Beamten privilegirter Corporationen gleich ſtehen, und eine Ablehnung dieſes Amts nur aus den bei andern Communalämtern genügenden Gründen eintreten kann, während der Entw. a. a. O. §. 418. die dem canoniſchen Recht viel entſprechendere Analogie der Vormundſchaft zu Grunde gelegt hatte.

29) Nach §. 552. u. 585. h. t. ſollen ſie vom Patron beſtellt, ſonſt von der Gemeinde unter Genehmigung der Gerichtsobrigkeit erwählt werden; ein Vorſchlagsrecht des Pfarrers, in der katholiſchen Kirche faſt Regel, wird ſo wenig, als das Beſtätigungsrecht des Kirchenobern erwähnt.

30) Vgl. z. B. §. 645. 647. 693. h. t.

tive Selbſtſtändigkeit beigelegt, welche, wie conform immer den in der evangeliſchen Kirche ſtets befolgten Grundſätzen, der Anſicht der katholiſchen Kirche fremd iſt. Andrerſeits iſt, dem canoniſchen Rechte entgegen, das Aufſichtsrecht des Patrons in dem Landrechte zu wirklicher Theilnahme an der Adminiſtration geſteigert, welche ihn in vielen Fällen ermächtigt, die von den verwaltenden Kirchenvorſtehern in Antrag gebrachten Maaßregeln zu autoriſiren [31]); und nicht minder abweichend iſt es, wenn für die Kirchen, welche keinem Patronate unterworfen ſind, den Vorſtehern von Seiten der Ortsobrigkeit ein Kirchencollegium beigeordnet werden ſoll, welches die ſonſt patronatiſchen Rechte bei der Güterverwaltung wahrzunehmen hat [32]). Allein nicht bloß, daß überhaupt wegen aller Zweifel und Bedenken, welche ſich bei den Viſitationen in Betreff der abgelegten Kirchenrechnungen ergeben, Berichterſtattung an die geiſtlichen Obern, und zwar zum Behuf „weiterer Beurtheilung und Verfügung“ vorgeſchrieben iſt [33]), wird auch den Pfarrern die Sorge für Gebäude und Vermögen der Kirchen, ſo wie das Recht beigelegt, wegen Nachläſſigkeiten der Vorſteher den geiſtlichen Obern Anzeige zu machen [34]), und dadurch das biſchöfliche Aufſichtsrecht möglichſt geſichert. Außerdem aber wird für alle erheblicheren Angelegenheiten der laufenden Vermögensverwaltung die Zuſtimmung der geiſtlichen Obern ſelbſt, oder doch der Erzprieſter ausdrücklich für nothwendig erklärt, und der kirchlichen Autorität ſomit die Entſcheidung zugewieſen [35]). Keineswegs haben auch die Redactoren des Landrechts verkannt, daß, je mehr das dem Landesherrn vorbehaltene Confirmationsrecht gegen unpaſſende oder nachtheilige Beſetzung der Biſchofsſtühle ſi-

---

31) Bald ſo, daß es der Approbation der Kirchenobern daneben überall nicht mehr bedarf, wie z. B. nach §. 629. 30. 37. 38. bei Kündigung und Ausleihung von Kirchengeldern, nach §. 668. bei Verpachtung von Kirchengrundſtücken; bald ſo, daß ihre Zuſtimmung mit der der geiſtlichen Obern concurrirt, wie z. B. nach §. 645. bei Aufnahme von Schulden, nach §. 647 flg. bei Veräußerungen.

32) Vgl. §. 622. h. t. und die in der vorigen Note angeführten Stellen.

33) §. 696. u. 97., §. 154. u. 55. h. t.

34) §. 321. u. 22. h. t.

35) Vgl. z. B. §. 631. 638 flg. 645. 652 flg. 662 flg. 672 flg. 687. 704 flg. 759. 830. h. t.

chere, um ſo eher den Prälaten in Betreff der laufenden Diöceſanverwaltung eine ihrer kirchlichen Stellung und dem canoniſchen Rechte entſprechende Selbſtſtändigkeit gewährt werden könne. Der Oberaufſicht und Direction des Staats wird allerdings auch die Vermögensverwaltung unterworfen[36]; allein in bei weitem den meiſten Fällen iſt die Adminiſtration des Kirchenguts von der Zuſtimmung der Kirchenobern allein abhängig, nicht zugleich eine ſpecielle Genehmigung der Staatsbehörden erforderlich, dieſe vielmehr nur bei Veräußerungen, und ſelbſt hier bloß in dem Falle für unerläßlich erklärt, daß es ſich um wirkliche Veräußerung (im Gegenſatze bloßer Verpfändung oder Belaſtung) ganzer Landgüter oder Häuſer handelt, welche einer Kirche gehören[37].

Nicht minder hat in der Landesgeſetzgebung das biſchöfliche Proviſionsrecht Beſtätigung gefunden. Für die zur Vertretung und Beihülfe des Biſchofs beim Kirchenregimente beſtimmten Aemter, insbeſondre die Erzprieſtereien, iſt deſſen Ernen-

36) Vgl. §. 161 flg. h. t. — Im Entwurf §. 139 flg. war, außer der Sorge für zweckmäßige Verwendung des Kirchenguts, dem Staate auch noch das Recht vorbehalten, das überflüſſige Vermögen einer Kirche andern von derſelben Confeſſion zuzuweiſen; doch hat man hiervon, und gewiß mit gutem Grunde, ſpäter abſtrahirt.

37) Im §. 219. h. t. heißt es zwar allgemein: „Grundſtücke und Gerechtigkeiten, die einer Kirche gehören, können ohne ausdrückliche Genehmigung des Staats nicht veräußert werden“; in dem bei der letzten Redaction (vgl. Entw. a. a. O. §. 184—89.) hinzugekommenen §. 220. wird dies aber dahin näher beſtimmt: „Bei ganzen Landgütern und Häuſern iſt die Genehmigung des geiſtlichen Departements nothwendig, bei einzelnen Grundſtücken oder bloßen Gerechtigkeiten hingegen der Conſens der unmittelbaren geiſtlichen Obern hinreichend“, und in Uebereinſtimmung hiermit wird im §. 227. zur Verpfändung des unbeweglichen Kirchenvermögens nur die Einwilligung des Biſchofs resp. Conſiſtorii erfordert. Zwar wird ſpäter im §. 648. h. t. bei Veräußerungen von Grundſtücken wieder Approbation der geiſtlichen Obern und Erlaubniß des geiſtlichen Departements zur Gültigkeit erfordert, und im §. 959. u. 60. an daſſelbe Requiſit ſogar die Verpfändung gebunden. Allein daß man hier nur vergeſſen habe, dieſe §§., welche auf dem Prinzipe des Entwurfs beruhen, nach Maaßgabe der ſpäter beliebten Aenderung zu modificiren, iſt auf Grund der Materialien neuerdings officiell anerkannt worden. Vgl. die Juſtiz-Miniſt.-Schreib. vom 10 Mai 1819 und 28. Januar 1830 und vom 3. Aug. 1821 in: Erläut. u. Ergänz. d. Pr. Rechtsb. Th. I. Abth. 3. S. 584. u. 642.

nungsrecht unumwunden ausgeſprochen, ohne jedoch der beſondern Verfaſſung der Diöceſen zu derogiren, wo etwa nach dieſer mit einzelnen Aemtern, wie z. B. mit den Archidiaconaten, eine ſolche Vertretung bleibend verbunden wäre [38]). Ueber die Beſetzung der Canonicate ſollen auch nach dem Landrecht die Statuten und Obſervanzen jedes Stifts entſcheiden [39]); indem aber die Mitglieder geiſtlicher Geſellſchaften weder den Pfarrern in ihre Amtsbefugniſſe Eingriffe thun, noch einzelne zur Seelſorge gehörige Handlungen ohne beſondere Erlaubniß des Biſchofs ſich anmaßen dürfen, andrerſeits Kapitel und Convente die ihnen incorporirten Pfarren nur durch ein „gehörig qualificirtes Subject aus ihrem Mittel“ verwalten laſſen können [40]), iſt eben ſo das Recht des Biſchofs zur ſ. g. **institutio authorisabilis** gewahrt, als deſſen Proviſionsrecht **ex iure devolutionis** für die Canonicate ausdrücklich beſtätigt wird [41]). Bei den Curatpfründen dagegen beruht zwar die Landesgeſetzgebung, wie ſchon früher bemerkt, auf einem dem canoniſchen Rechte und der katholiſchen Lehre fremden Prinzipe, der Wahlberechtigung nemlich der Gemeinde, und deren Befugniß zu Widerſpruch gegen das für die Pfarre denominirte Individuum. Allein nicht bloß, daß in dem letzteren Falle immer die Entſcheidung den geiſtlichen Obern vorbehalten iſt [42]), und ſomit deren Rechten durch jene Vorſchrift, wenn man ſie auf katholiſche Kirchenämter anwenden wollte, wenig Eintrag geſchähe, iſt auch jenes anſcheinend geſetzliche Wahlrecht dadurch für die katholiſche Kirche ſo gut als beſeitigt, daß nach ausdrücklicher Erklärung des Landrechts über Beſetzung der Pfarreien vor allem die „beſondern Verfaſſungen jeder Provinz und jedes Orts“ entſcheiden ſollen [43]). Für alle einem Patronate nicht unterworfenen Aemter und Pfründen iſt damit das freie Collationsrecht des Biſchofs [44]) genügend geſichert, für die Patro-

38) Vgl. §. 130 flg. u. 151. h. t. 39) §. 1087. u. 88. h. t.

40) §. 943. u. 945. h. t.

41) §. 1093. vgl. mit §. 1012. h. t.

42) §. 336 flg. h. t. 43) §. 324. h. t.

44) Erwähnt wird es allerdings nur beiläufig im §. 1048., welcher feſtſetzt, daß während der Sedis-Vacanz die Domkapitel „Pfründen,

natsſtellen aber deſſen Prüfungs- und Beſtätigungsrecht, ſo wie das Devolutionsrecht[45]) eben ſo entſchieden anerkannt, als die Amtseinweiſung aller Curatgeiſtlichen durch die vom Biſchofe beſtellten Erzprieſter, und die Nothwendigkeit biſchöflicher Approbation bei Annahme der Kapelläne[46]).

Weniger beſtimmt ausgeſprochen, aber gleichwohl, will man nicht mit dem, was Natur der Sache und hergebrachtes Recht erfordern, eben ſo in Widerſpruch gerathen, als mit der Landesgeſetzgebung ſelbſt, der biſchöflichen Gewalt beizulegen, iſt endlich das Recht zu Erection und Immutation von Kirchenämtern und Pfründen, insbeſondre die Befugniß der Biſchöfe zu Errichtung, Aenderung und Aufhebung der Pfarreien. Anſcheinend wird zwar dieſe conſtitutive Gewalt ausſchließlich dem Staate beigelegt, und höchſtens eine gutachtliche Concurrenz den kirchlichen Obern zugeſtanden[47]). Je entſchiedener aber an andern Stellen des Landrechts bei derartigen Maaßregeln die Mitwirkung der Staatsgewalt auf eine placetirende Genehmigung beſchränkt wird, namentlich bei Errichtung neuer Kirchen, bei Aufhebung der anerkannt beſtehenden Parochien, bei Unirung von Pfarrkirchen und Auflöſung ſolcher Unionen[48]), bei Zuweiſung vagirender Gemeinden an benachbarte Kirchen ihrer Confeſſion[49]), um ſo weniger iſt ein Zweifel möglich, daß auch in dieſer Beziehung die

---

welche zur alleinigen Verleihung des Biſchofs ſtehen“, nur Ausnahmsweiſe vergeben dürften.

45) Vgl. §. 120. 328. 386. und §. 346. 392. 398. 614. h. t.

46) Vgl. §. 404. und §. 510 flg. h. t.

47) Nach §. 111. h. t. kann „nur der Staat“ beſtimmen, zu welcher Gemeinde ſeiner Confeſſion Jeder als beitragspflichtiges Mitglied gehöre, und neue Parochien ſollen nach §. 238. „nur vom Staate unter Zuziehung der geiſtlichen Obern“ errichtet oder deren Grenzen beſtimmt werden; auch heißt es im §. 239., daß bei Veränderungen in ſchon errichteten Parochien „der Staat“ die Intereſſenten rechtlich zu hören und deren eventuelle Entſchädigung feſtzuſetzen habe.

48) Vgl. § 176. 247. 306. 752. h. t. mit §. 1032. h. t. Im Entw. a. a. O. § 153. (entſprechend dem angef. §. 176.) war bei Errichtung neuer Kirchen neben der Genehmigung des Staats auch vom „Gutachten der geiſtlichen Obern“ die Rede, dies iſt aber weggefallen.

49) Vgl. §. 294—320. h. t.

Landesgeſetzgebung nicht eine Schmälerung, ſondern nur eine Controlle der Diöceſangewalt ſanctionirt habe[50]).

Von allen Rechten des Episcopats, ſo weit ſie nicht entweder nur die kirchliche Ehrenſtellung der Biſchöfe oder deren rein geiſtliche Functionen betreffen, ſind es daher allein die in der ſ. g. **Lex dioecesana** begriffenen Gerechtſame, welche ſchlechthin der Anerkennung und Beſtätigung entbehren[51]). Unbeſtritten aber iſt es, daß nach canoniſchem Rechte auf die Viſitationsgebühren ein Rechtsanſpruch den Kirchenobern nur zuſteht, wo und in welcher Art ſie hergebracht ſind, daß das alte Cathedraticum und Synodaticum ſich eben ſo wenig allgemein erhalten hat, als der biſchöfliche Antheil an Zehnten und Vermächtniſſen, daß biſchöfliche Annatengelder eigentlich auf bloßem Mißbrauch beruhen, jedenfalls nur Ausnahmsweiſe vorkommen, und ſo lag weder zu Erwähnung aller dieſer Rechte ein näherer Anlaß vor, noch würde, ſelbſt wenn dies der Fall wäre, deren Nichtbeſtätigung irgend wie der Landesgeſetzgebung zum Vorwurfe gereichen dürfen.

§. 7.

Umfang der Landes- und Kirchenhoheitsrechte der Staatsgewalt.

Noch entſchiednern Tadel, als nach der Seite des inneren Kirchenregiments hin der Preußiſchen Geſetzgebung widerfahren iſt, hat in neueſter Zeit die Art und Weiſe gefunden, wie ſie das Verhältniß der Kirche zum Staate aufgefaßt, und feſtzuſtellen verſucht habe. Von dem curialiſtiſchen Standpunkte aus, dem angeblich unfehlbaren und allein richtigen, kann dies nicht befremden. Sollen die eben ſo häufig durch Anmaßungen aller Art, als durch Privilegien und Conceſſionen gewonnenen äußern Vor-

50) In einem Reſcr. vom 5. Februar 1824 (v Kamptz Annalen Bd. 8. S. 152.) wird auch der §. 111. h. t., welcher am entſchiedenſten für die conſtitutive Gewalt der Staatsbehörden zu ſprechen ſcheint, nur vom landesherrlichen Placet verſtanden.

51) Nur beiläufig wird ein dem subsidium charitativum analoges Verhältniß, die Veranſtaltung nemlich von Kirchencollecten, im §. 750. h. t. erwähnt, welche mit Genehmigung des Staats zum Behuf der Herſtellung kirchlicher Gebäude geſtattet ſein ſollen.

Vorrechte der Kirche als deren weſentliches Attribut, wo nicht gar als göttliches Recht gelten, erachtet man weltliche Herrſchaft als untrennbar von der Unabhängigkeit des innern Kirchenregiments und als unerläßliche Bedingung geſegneter Wirkſamkeit der geiſtlichen Obern, will man dem landesherrlichen Schutzrecht keine andre Bedeutung zugeſtehen, als daß die weltliche Macht ihren hülfreichen Arm der kirchlichen Autorität leihe, ſo oft und zu welchen Zwecken immer ſie deſſen zu bedürfen glaube, ſoll das landesherrliche Aufſichtsrecht darauf beſchränkt ſein, daß es den Regierungen freiſtehe, von den kirchlichen Angelegenheiten Kenntniß zu nehmen, ohne aber an deren Erledigung auch nur eine indirecte, abwehrende und verhütende Theilnahme anſprechen zu dürfen, ſo wird freilich die Preußiſche Landesgeſetzgebung kaum vereinbar gelten können mit der Verfaſſung der katholiſchen Kirche. In gewiſſem Sinne wird man auch in der That das Landrecht als Neuerung bezeichnen dürfen. Denn nirgends hatte unſeres Wiſſens die weltliche Legislation bis dahin einen ähnlichen Verſuch gemacht, für das geſammte Gebiet der kirchlichen Verwaltung und nach allen Seiten hin die Rechte der Staatsgewalt über die Kirche und deren Glieder feſtzuſtellen, und gleichſam ſyſtematiſch zu ordnen. Vielmehr war es früher mehr die Staatspraxis geweſen, auf welcher die landesherrliche Kirchenhoheit beruhte, oder es hatten doch die weltlichen Regierungen nur zu einzelnen Verordnungen ſich veranlaßt gefunden, um bald in der einen, bald in der andern Beziehung die nöthige Controlle des kirchlichen Regiments zu regeln, oder die Rechte der Landeshoheit wahrzunehmen; man hatte mehr, was factiſch bisher ſchon beſtanden, dadurch zu conſtatiren, als das Wechſelverhältniß zwiſchen Kirche und Staat ſeinem ganzen Umfange nach auf ein durchgreifendes Prinzip zurückzuführen, und in dieſer Weiſe geſetzlich zu ſanctioniren geſucht[1]). Indeß

1) In dieſer Hinſicht iſt beſonders die Maximilianeiſche Geſetzgebung Baierns im vorigen Jahrh. hervorzuheben, deren Urheber Kreitmayr die kirchliche Verfaſſung zwar als integrirenden Beſtandtheil des geſammten Rechtszuſtandes anerkannte, und in den Kreis der ihm im Commentare geſtellten Aufgabe zog, von dem Geſetzbuche ſelbſt aber ausſchloß.

nur völlige Unkenntniß oder abſichtliches Ignoriren der Geſchichte wird ſich der Ueberzeugung verſchließen können, daß kaum Ein Recht in der landrechtlichen Geſetzgebung der Staatsgewalt vindicirt wird, welches nicht, an ſich begründet in dem Weſen der Kirche und des Staats, zugleich in der Verfaſſung und Geſetzgebung anderer katholiſcher Länder rechtfertigende Präcedenzen fände; die bisherige Darſtellung wird, glauben wir, zur Genüge ergeben haben, wie ſogar in allen weſentlichen Punkten das Landrecht nur denjenigen Einrichtungen eine neue Sanction ertheilt hat, welche in den katholiſchen Provinzen des Landes längſt ſchon beſtanden hatten, und aus einer Zeit herrührten, wo in dieſen Gebieten noch die eifrigſten Vorkämpfer der Römiſchen Hierarchie im Beſitze der landesfürſtlichen Gewalt waren.

In dem Beſtreben, über die Kirche überhaupt und über deren Obere, Diener und Mitglieder die Landeshoheitsrechte allſeitig zu wahren, mag allerdings, wie früher das geiſtliche Recht den Begriff der Kirchenſachen über Gebühr erweitert hatte, umgekehrt das Preußiſche Landrecht deren Kreis zu eng gezogen haben. Für alle rein geiſtliche Angelegenheiten in eben ſo beſtimmter Weiſe, als es früher in der Provincialgeſetzgebung geſchehen war, die Competenz der kirchlichen Behörden auszuſprechen, namentlich auch dem Reſſort der geiſtlichen Gerichte die ausſchließliche Cognition in katholiſchen Eheſachen direct beizulegen, dürfte gewiß angemeſſen geweſen ſein; und wenn überhaupt die Art, wie die Strafgewalt über den geiſtlichen Stand geordnet worden, manchen Bedenken unterliegt, ſo möchte insbeſondre dies als wünſchenswerth und rathſam ſich darſtellen, daß der Strafgerichtbarkeit der weltlichen Behörden nur die ſchwereren gemeinen Verbrechen, und alle die Straffälle vorbehalten geblieben wären, welche zugleich eine Verletzung oder Hintanſetzung der landesherrlichen Kirchenhoheitsrechte involviren, wogegen alle geringeren bürgerlichen Delicte der Geiſtlichkeit, die, ſelbſt wenn ohne unmittelbare Beziehung zur Amtsführung, immer zugleich als Hintanſetzung der Standespflichten werden gelten müſſen, mit den eigentlichen Amtsvergehen um ſo unbedenklicher der Strafgewalt der Kirchenobern hätten können überwieſen werden, als dieſe, ſo

weit ſie ſich in bürgerlichen Strafen manifeſtirt, auf ein gewiſſes Strafmaaß beſchränkt, und damit als auf bloßer Verleihung der Staatsgewalt beruhend hinlänglich anerkannt war. Welcher Anſicht man aber auch hierüber ſein möge, in keinem Falle wird man bei Würdigung der Landesgeſetzgebung außer Acht laſſen dürfen, daß weder jene Einſchränkung der contentiöſen geiſtlichen Gerichtbarkeit, noch die Unterwerfung des Clerus unter den weltlichen Strafarm der bisherigen Kirchenverfaſſung des Landes völlig fremd war, daß vielmehr in Schleſien, Polen u. ſ. w. die Landſäſſigkeit des Clerus, als deren Folge und Ausdruck doch nur jene Competenz der weltlichen Gerichte in den meiſten Beziehungen anzuſehen iſt, von alter Zeit her geltendes Recht war. Den Grundſatz, daß in bürgerlichen Angelegenheiten die Geiſtlichkeit ohne Unterſchied der weltlichen Geſetzgebung unterworfen ſei[2]), hat in der fortdauernden Gültigkeit des Römiſchen Rechts gewiſſermaßen die Kirche ſelbſt anerkannt, und wie es den Geiſtlichen nie verboten war, in bürgerlichen Sachen vor den weltlichen Gerichten Recht zu nehmen als Kläger, wie ſich Präcedenzen für das Prinzip des Landrechts in faſt allen katholiſchen Ländern nachweiſen laſſen, ſo hat in neueſter Zeit auch der Römiſche Stuhl ſelbſt es anerkannt, daß in bürgerlichen Rechtsſachen des Clerus deſſen beſondrer Gerichtsſtand vor den geiſtlichen Gerichten als unerläßliches Privilegium keineswegs zu betrachten ſei[3]). Streng genommen weiſet ſogar die Vorſchrift des canoniſchen Rechts, welche bei todeswürdigen oder ſchweren Verbrechen eines Geiſtlichen deſſen Ueberweiſung an den weltlichen Strafarm, nach vorgängiger Degradation und Entziehung der Gerichtsſtandsprivilegien, den Kirchenobern zur, freilich nicht immer geübten, Pflicht macht, auf den Grundſatz des Landrechts hin, daß Uebertretung der weltlichen Strafgeſetze die Cognitions- und Strafgewalt des Staats begründe.

2) Vgl. §. 27 flg. und §. 98. h. t.

3) Das mit Baiern geſchloſſene Concordat vom J. 1817 Art. 12. sub c. und eben ſo das Neapolitaniſche Concordat vom J. 1818 Art. 20. nimmt bei Beſtätigung der biſchöflichen Gerichtbarkeit für die causae ecclesiasticae, ohne irgend eine Einſchränkung, und ohne dies auch nur als beſondre Begünſtigung zu bezeichnen, ausdrücklich die causae mere civiles clericorum aus.

Unbeſtreitbar iſt es ferner, daß ſelbſt im Mittelalter, vollends in neuerer Zeit, die Kirche nirgends, nicht einmal in den biſchöflichen Ländern, wo geiſtliches und weltliches Regiment zuſammenfielen, eine ſo unbedingte Immunität wirklich genoſſen hat, als ſie der weltlichen Obrigkeit gegenüber in Anſpruch nahm, und daß in den katholiſchen Provinzen der Monarchie die Mitleidenheit des Clerus und Kirchenguts bei den Steuern ſeit alter Zeit feſtſtand. Nur aber beſchränkt hat die landrechtliche Geſetzgebung den Umfang der perſönlichen Steuerfreiheit des Clerus, ſo wie der dinglichen des Kirchenguts, und den Rechtsgrund dieſes Beneficii dahin geändert, daß ſchlechthin die Landesverfaſſung über deſſen Genuß entſcheide, auch allein das kirchliche Amt, nicht ſchon der geiſtliche Stand als ſolcher darauf einen Anſpruch gebe; keineswegs dagegen hat man dieſe Immunität ganz entziehen oder verweigern wollen[4]. Eben ſo wenig kann es als unerhörte Neuerung gelten, wenn, wie ſchon ſeit dem 14. Jahrhundert in den meiſten ſtatutariſchen Rechten, und eben ſo häufig in den Landesgeſetzen, auch im Landrecht der Erwerb neuen Grundbeſitzes an die beſondre Bewilligung der Landesherrſchaft gebunden wird; nur die Erweiterung der Amortiſationsedicte auf anderweitige Zuwendungen größeren Betrages iſt für jene Zeit noch unſeres Wiſſens ohne Vorgang, mindeſtens aber nicht auf Beeinträchtigung der katholiſchen Kirche berechnet, da alle Confeſſionen ein gleiches Verbot traf, und das Geſetz Ausnahmen ſtatuirte, welche jener Kirche allein zu Gute kommen[5].

Mag immer jedoch die Landesgeſetzgebung in einzelnen untergeordneten Beziehungen das Unterthanenverhältniß der Geiſtlichkeit nach Prinzipien beſtimmt haben, welche mit deren weſentlichen Rechten eben ſo ſchwer vereinbar ſein möchten, als mit ihrer kirchlichen Stellung und Pflicht, ſo wird doch auch dies gebührende Anerkennung finden müſſen, daß die Regierung nicht einmal die ausdrückliche Beſtätigung einer Cautel für unumgänglich erachtet hat, welcher ſelbſt katholiſche Landesherren, um etwanigen Colliſionen

4) Vgl. §. 96. mit §. 165 flg. und 174. h. t.
5) Vgl. §. 195 flg. h. t.

der kirchlichen Intereſſen und geiſtlichen Tendenzen mit dem Wohle des Staats nach Kräften vorzubeugen, ſich nicht entſchlagen zu können ſchon damals glaubten. Nur für die höheren Prälaturen und die Canonicate macht das Landrecht die landesherrliche Beſtätigung zur Bedingung rechtsgültigen Amtsantrittes [6]), nicht aber für die Pfarrämter und ſonſtigen niederen Pfründen, deren gehörige Beſetzung man, wie es ſcheint, durch die Vorſchrift vorgängiger Prüfung [7]) hinlänglich geſichert meinte, trotz dem, daß weder Form noch Gegenſtand dieſer Prüfung näher beſtimmt, und in ſofern der Pflichtmäßigkeit der geiſtlichen Obern ganz anheimgeſtellt war. Specieller Huldigungsleiſtung endlich, oder überhaupt nur einer beſonderen Verpflichtung gegen den Staat, geſchieht nicht einmal bei den höheren Kirchenämtern Erwähnung, vielmehr hat die Geſetzgebung den allgemeinen Grundſatz auszuſprechen ſich begnügt, daß die Obern der Geiſtlichkeit dem Staate zu vorzüglicher Treue und Gehorſam verpflichtet ſeien [8]).

Ziehen wir dagegen die Art und Weiſe in näheren Betracht, wie im Landrechte die Kirchenhoheit der Staatsgewalt aufgefaßt, und das landesherrliche ius circa sacra beſtimmt worden iſt, ſo läßt ſich freilich nicht leugnen, daß das ſ. g. Reformationsrecht, weil man überhaupt von dem poſitiven Rechtszuſtande möglichſt zu abſtrahiren ſuchte, zu wenig in ſeinen hiſtoriſchen und verfaſſungsmäßigen Beziehungen zu den im Staate bereits exiſtirenden Kirchen dargelegt iſt. Nach dem ganzen Standpunkte der Geſetzgebung gewinnt es den Anſchein, als handle es ſich um eine bis dahin noch fehlende Reception der verſchiedenen Confeſſionen, als ſei zur Zeit noch das gegenſeitige Verhältniß derſelben ungeregelt geweſen, und habe erſt durch das Landrecht nähere Feſtſtellung erhalten ſollen, als ob überhaupt noch die erſte, oder doch eine neue Begründung der kirchlichen Verfaſſung des Landes in Frage ſtände. Allein daß jenem Rechte eine weitere Ausdehnung gegeben worden ſei, als Staatspraxis und Doctrin ſeit der Reformation und dem Weſtfäliſchen Frieden anerkannt haben, wird Niemand behaupten dürfen.

6) §. 1009 flg. u. §. 1124. h. t. 7) §. 61. h. t. 8) §. 134. h. t.

In dem Maaße, als durch Beſchränkung der geiſtlichen Gerichts- und Strafgewalt für die ſelbſtſtändige äußere Autorität der Kirchenobern engere Schranken gezogen worden ſind, hätte vielleicht auch das landesherrliche **Schutzrecht** nach der Seite hin nähere Feſtſtellung finden können, wo es ſich als Förderung, Unterſtützung und, falls nöthig, zwangsweiſe Durchführung der im kirchlichen Intereſſe von den geiſtlichen Obern getroffenen Maaßnahmen äußert [9]), während es in der Geſetzgebung mehr nur in allgemeinen Verboten gegenſeitiger Befehdung der verſchiedenen Confeſſionen, und in Vertretung des Einzelnen gegen mißbräuchliche oder übertriebene Aeußerungen der ſeelſorglichen Thätigkeit des Clerus hervortritt [10]). Andrerſeits wird es als irrthümliche Auffaſſung und ungewöhnliche Ausdehnung des landesfürſtlichen Schutzrechts anerkannt werden müſſen, wenn auf Grund deſſelben der Staatsgewalt über alle Gemeinden, die keinen Privatpatron haben, ein Patronatrecht vindicirt, und dies als eine Befugniß dargeſtellt wird, zu deren Erwerb der Einzelne, nicht etwa bloß einer Genehmhaltung, wozu an ſich ſchon kaum ein Grund vorhanden wäre, ſondern geradezu einer Verleihung von Seiten der Staatsgewalt bedürfe, und welche hiernach ſtreng genommen auch von dem Landesherrn beliebig ertheilt werden könnte [11]). Wie aber das letztere mehr auf Mißverſtändniß zu beruhen, als Aenderung des hergebrachten Rechts bezweckt zu haben ſcheint, und

9) Die einzige derartige Beſtimmung findet ſich m. W. im §. 53. h. t., wonach, wenn Strafen an Leib, Ehre oder Vermögen „zur Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Kirchengeſellſchaft“ nothwendig ſeien, die Verfügung „der vom Staate geſetzten Obrigkeit“ überlaſſen werden ſolle. Dieſer Geſichtspunkt dürfte aber ein zu eng polizeilicher ſein, während auf der andern Seite doch auch hier die beſtimmte Zuſicherung beihülflicher Aſſiſtenz fehlt.

10) Vgl. §. 37. u. 38., §. 43—45., §. 75—79., §. 83 flg. h. t.

11) Nach §. 569. u. 572. ſoll Fundation einer Kirche, wie Auftrag der Gemeinde, nur ein „Recht zum Patronat“, d. h. nur einen Titel und Anſpruch auf daſſelbe gewähren, dagegen „das Kirchenpatronat ſelbſt **erſt durch die Verleihung des Staats**“ nach §. 578. erworben werden; auch ſtellt der §. 575. deſſen Erwerb durch Verjährung als „**gegen den Staat**“ gerichtet dar, und mit der Verjährung der **Regalien** gleich.

keineswegs in der Geſetzgebung ſtreng durchgeführt [12]), viel weniger im Leben geltend gemacht worden iſt, ſo wird auch der Mangel beſtimmter Zuſage der ſtaatlichen Mitwirkung zur Handhabung des Kirchenregiments viel weniger befremden dürfen, als daß für ein Recht, welches unſtreitig aus der Kirchenadvocatie herfließt, und als eine der wichtigſten Gerechtſame der Staatsgewalt in Kirchenſachen gelten muß, für den ſ. g. **Recursus ad Principem** nemlich und die **appellationes tamquam ab abusu**, es an aller näheren Beſtimmung, eigentlich ſogar an directer Beſtätigung in der Landesgeſetzgebung fehlt [13]).

---

12) Zur Ablöſung eines dinglichen Patronats von dem berechtigten Gute, und zur Verzichtleiſtung auf das Patronat wird nemlich nur die Genehmigung „der geiſtlichen Obern“ im §. 580. u. 610. h. t. gefordert; auch ſteht, daß nach §. 353. bei Kirchen, die keinen eignen Patron haben, die Wahl als regelmäßiger Beſetzungsmodus des Pfarramts gilt, mit jenem Prinzipe eines allgemeinen Staatspatronats geradezu in Widerſpruch. — Im Entw. §. 461. hatte man noch für den Fall des Verzichts die Einwilligung des Staats, und nur dieſe allein, gefordert; allein nicht bloß, daß die der geiſtlichen Obern ſubſtituirt wurde, ſind auch die §. 439. u. 440. ganz in Wegfall gebracht, welche dahin lauteten: „In ſofern, als dem Patron die Aufſicht über die Kirche und deren Vermögen zuſteht“ (gerade darin ſetzt aber das Landrecht nach §. 568. h. t. das Weſen des Patronats), „übt derſelbe Rechte des Staats aus. Kirchen alſo, die keinen beſondern Patron haben, ſind der Aufſicht und Direction des Staats noch näher und unmittelbarer als Patronatkirchen unterworfen“. So ſcheint es faſt, als habe man das Irrthümliche jener Auffaſſung ſelbſt erkannt, und nur gerade bei der entſcheidendſten Stelle, wo von Verleihung des Patronats durch den Staat die Rede iſt, die urſprüngliche Faſſung aus Verſehen unverändert beibehalten.

13) Die Beſtimmung des §. 56. h. t., wonach bei etwanigem Streite über Rechtmäßigkeit einer Ausſchließung vom Gottesdienſte und von den Sacramenten die Entſcheidung dem Staate gebührt, weiſet darauf hin, dürfte aber um ſo weniger zu rechtfertigen ſein, als in katholiſchen Ländern, namentlich in Frankreich, wo ſich dieſer recursus ad Principem zuerſt ausgebildet hat, immer anerkannt wurde, daß nur eigentliche Excommunicationsſentenzen, weil der iurisdictio externa angehörig, dem Caſſationsrechte der Staatsbehörden unterlägen, ſonſt dagegen in causis mere spiritualibus und de administratione sacramentorum keine appellationes ab abusu angenommen werden dürften (Vgl. P. de Marca de concordia sacerd. et imperii. c. 20. §. 1. u. c. 21. §. 9.). Beſtimmter wird ſolcher Recurs anerkannt, und erſcheint durchaus gerechtfertigt im §. 1175. h. t., wonach, wenn dem Antrage auf Annullation eines nichtigen Klostergelübdes rechtliches Gehör vom Biſchofe verſagt wird, der Staat das Recht hat, die Sache zu unterſuchen und die Nichtigkeitserklärung zu erkennen; nähere Vorſchriften über den modus procedendi fehlen aber auch hier.

Digitized by Google

Endlich wird man, was das **kirchliche Aufſichtsrecht** der Staatsgewalt, namentlich das darin begründete Recht des ſ. g. landesherrlichen Placets betrifft, in manchen Beziehungen allerdings nähere Vorſchriften vermiſſen, ſowohl über die Formen, in welchen, als über die Organe, durch welche jene Aufſicht geübt werden ſolle. Denn nur die allgemeine Beſtimmung findet ſich vor, daß „die dem Staate über die Kirchengeſellſchaften nach den Geſetzen zukommenden Rechte“, ſo weit nicht Reſervatrechte des Landesherrn ſelbſt, von dem geiſtlichen Departement verwaltet würden [14]); der Provinzialbehörden dagegen geſchieht nur einmal beiläufig Erwähnung [15]), und über Organiſation und Beſetzung, wie über das Reſſortverhältniß dieſer verſchiedenen Behörden fehlt es (ohne Zweifel, weil dies dem Staatsrechte angehörig erachtet wurde) an allen näheren Feſtſetzungen [16]). Andrerſeits wird man das Landrecht von dem Tadel nicht freiſprechen können, daß Zweideutigkeit wie Unbeſtimmtheit des Ausdrucks hie und da den freilich unbegründeten Verdacht erregen kann, als ob die Landesherrſchaft ſich mit bloßer Beaufſichtigung und Controlle des innern Kirchenregiments, mit einer abwehrend-verhütenden, mehr negativen Concurrenz, mit einer bloß zuſtimmenden, nicht beſtimmenden Theilnahme an der Regulirung kirchlicher Verhältniſſe nicht habe wollen genügen laſſen, ſondern eine mehr direct-anordnende, zur Initiative eben ſo wie zur leitenden Direction berechtigende Gewalt in kirchlichen Dingen anſpreche [17]). Allein vorurtheilsfreier

14) § 113. h. t.

15) Im §. 443. u. 44. h. t., wonach den Landes-Juſtiz-Collegien die geiſtlichen Ehedispenſe vorgelegt werden ſollen, und falls ein katholiſcher Geiſtlicher Aufgebot oder Trauung verweigerte, die Committirung eines andern Geiſtlichen zuſteht.

16) Nur die Zuſtimmung zu Veräußerungen des Grundvermögens wird ſpeciell dem geiſtlichen Departement des Miniſterii vorbehalten. S. oben §. 6. Note 37.

17) Außer den dafür bereits beigebrachten Belegen möchten wir hieher rechnen, wenn im §. 425. h. t. die Aufſtellung und Abänderung der Stolgebühren-Taxen nicht etwa bloß von Zuſtimmung der Regierung abhängig gemacht, ſondern als ein allein dem Staate gebührendes Recht bezeichnet wird, oder wenn im §. 34. h. t. die „Anordnung“ öffentlicher Bet-, Dank- und andrer außerordentlicher Feſttage „allein vom Staate“ abhängig gemacht wird, ohne näher zu be-

Prüfung kann es unmöglich entgehen, daß die Landesgeſetzgebung in Wahrheit keine anderen und mehreren Rechte für den Landesherrn und deſſen Behörden in katholiſchen Kirchenangelegenheiten fordert, als diejenigen, welche die weltliche Macht, zu behaupten zwar nicht immer vermocht, jedoch zu allen Zeiten als ihr unzweifelhaftes Attribut angeſprochen hat, die neuere Doctrin und Staatspraxis aber ſelbſt in katholiſchen Ländern als nothwendige Ausflüſſe des Majeſtätsrechts und als unveräußerliche Gerechtſame der Staatsgewalt anerkennt [18].

Von dem Oberhaupte der katholiſchen Kirche für alle dieſe landesherrlichen Rechte über Kirche und Geiſtlichkeit das Zugeſtändniß urkundlicher Sanction und förmlicher Anerkennung erlangen zu können, wäre freilich trügeriſche Hoffnung. Was der Römiſche Stuhl ſelbſt den Fürſten ſeiner eignen Kirche niemals als Recht zugeſtanden, nicht einmal ſtillſchweigend gebilligt, ſondern nur als unvermeidlich dulden zu müſſen geglaubt hat, kann und wird er einer Regierung fremden Bekenntniſſes nimmermehr gewähren [19]. Solcher Sanction bedarf es aber auch nicht, weder um jene Rechte der Staatsgewalt zu begründen, noch um ſie zu behaupten. Unverkürzt wird die Regierung ihre Kirchenhoheits-

---

ſtimmen, ob dies nur von Feſten zur Feier politiſch-ſtaatlicher Ereigniſſe, oder auch von rein kirchlichen gelte, und was hier unter Anordnung begriffen ſei.

18) Eine genauere hiſtoriſche Erörterung des landesherrlichen ius placiti, welches, für die kirchliche Geſetzgebung nicht minder als für die Verwaltung begründet, gleichſam den Mittelpunkt des ius circa sacra bildet, und welches man wohl als ein Product der neueren ſtaatsrechtlichen Doctrinen zu behandeln geneigt iſt, wäre in aller Weiſe wünſchenswerth. Die ſchriftſtelleriſche Regſamkeit, welche durch die Cölner Differenz hervorgerufen worden, hat, wie nahe auch jene Aufgabe lag, nur unbedeutendes Material zu deren Löſung geliefert, da die Angelegenheit der gemiſchten Ehen alle übrigen durch jenen Streit angeregten, mindeſtens eben ſo wichtigen Fragen in den Hintergrund geſchoben hat.

19) Den Beweis hiefür, wenn anders nöthig, liefert die in: Die neueſten Grundlagen der teutſch-kathol. Kirchenverf. Stuttg. 1821. S. 332 flg. mitgetheilte Note des Römiſchen Hofes vom 10. Aug. 1819, in welcher derſelbe über die von mehreren Süddeutſchen Regierungen evangeliſchen Bekenntniſſes bei den gemeinſchaftlichen Verhandlungen über ein Concordat aufgeſtellten Grundzüge über die Verhältniſſe der kathol. Kirche ſich erklärt hat.

gewalt feſthalten dürfen, ohne daß ſie der Vorwurf träfe, in ein ihrer Autorität fremdes Gebiet eigenmächtig einzugreifen, unverkürzt aber auch feſthalten müſſen, will ſie nicht des Landes wie der eignen Glaubensgenoſſen Wohl drohender Gefahr ausgeſetzt ſehen. Eine durchgreifende Reviſion der kirchlichen Landesgeſetzgebung, unter allen Verhältniſſen wünſchenswerth, iſt allerdings durch die ſeitdem eingetretenen Ereigniſſe, welche der Preußiſchen Monarchie wie der geſammten Deutſchen Lande kirchliche und politiſche Geſtaltung im tiefſten Grunde umgewälzt haben, zu faſt unvermeidlichem Bedürfniſſe geworden. Der Geſichtspunkt, welcher bei jenem erſten Verſuche umfaſſender legislativer Darlegung und Feſtſtellung des **innern Kirchenregiments** geleitet hat, wird bei dieſer Reviſion erweitert werden müſſen, zu Ergänzung und Vervollſtändigung, zu Berichtigung und Verbeſſerung ſich des Stoffes genug darbieten. Für das **Verhältniß zwiſchen Kirche und Staat** wird aber dem neuen Gebäude, ſoll es anders Dauer verſprechen und ſicheren Schutz gewähren, kein andrer Grund gelegt werden dürfen als der, worauf des großen Königs legislatives Werk ruht, welches, ob er ſchon die Vollendung nicht erlebte, den Schlußpunkt bildet ſeiner glorreichen Regierung, und als Stern erſter Größe in dem Kranze der Ehren leuchtet, der **Friedrichs** Zeitalter für alle Jahrhunderte ſchmückt.

Drittes Buch.

Die Zeit König Friedrich Wilhelm's des Dritten.

Erſtes Kapitel.

Verfall und Wiederherſtellung der Preußiſchen Monarchie.

§. 1.

Preußens Stellung ſeit der Franzöſiſchen Revolution.

Um das Dreifache hatte ſich im Laufe eines halben Jahrhunderts der Umfang der Preußiſchen Monarchie erweitert, die Volkszahl von ungefähr drei Millionen auf mehr als acht Millionen erhöht [1]). Seit der Zeit des Weſtfäliſchen Friedens von den gebietenden Staaten Europa's geachtet, und ſtets ein wünſchenswerther Bundesgenoſſe, hatte Preußen ſich unter Friedrich dem Großen Rang und Einfluß einer Europäiſchen Großmacht erkämpft, welcher, gefürchtet von den übrigen, fortan entſcheidende Stimme bei allen wichtigen politiſchen Fragen zugeſtanden, und ſelbſt da nicht verweigert wurde, als mehr und mehr die Beſorgniß ſich regte, es ſei mit Friedrichs Tode die innere Kraft des jungen Staats gelähmt, und der belebende Geiſt den Formen entwichen, in welchen die innerlich verſchiedenen, äußerlich getrennten Theile des Reichs Einheit gefunden hatten. Als Vorbild wohlgeordneten Staatshaushalts galt die innere Organiſation der Preußiſchen Monarchie; der Geſetzgebung Friedrichs, hervorgegangen aus der herrſchenden Anſicht ſeines Zeitalters und ihr ſich anſchließend, zollte die Mitwelt zwar nicht vorurtheilsfreien, aber um deſto entſchiedneren

1) Vgl. (Manſo's) Geſch. des Preuß. Staats vom Frieden zu Hubertsburg bis zur zweiten Pariſer Abkunft. Frankf. 1819. Th. 1. S. 111. u. 383.

Digitized by Google

Beifall. Wie ſehr die Stellung, welche dem Hohenzollernſchen Hauſe durch den ſouveränen Beſitz Preußens gewonnen war, nicht minder der Kampf Friedrichs um Schleſien zur Auflockerung und Schwächung des Deutſchen Reichsverbandes mitgewirkt habe, durfte Niemand verkennen, wenn auch nur Wenigen es ein Unglück erſcheinen mochte; um ſo unerwarteter war es Allen geweſen, und gereichte dem Könige zu um ſo größerem Ruhme, daß er zum Schutze der Reichsverfaſſung gegen die ehr- und länderſüchtigen Plane des Kaiſers nochmals die Waffen zu ergreifen ſich nicht geſcheut hatte, und mit der Bildung des Fürſtenbundes ſeiner Regierung das würdigſte Andenken in Deutſchland ſtiften zu können glaubte. Konnte endlich die Römiſche Hierarchie es nur beklagen, wenn Einfluß und Unabhängigkeit der früheren Zeit wieder zu gewinnen, geſchweige denn zu ſteigern alle Hoffnung verſchwunden war, mußte ſie gleich befürchten, daß das von Friedrich in glücklicher Wahrung der landesherrlichen Kirchenhoheit gegebene Beiſpiel bei den Fürſten eignen wie fremden Bekenntniſſes eifrigſte Nachfolge finden werde; immer doch war ihr der Troſt des glücklich behaupteten weltlichen Beſitzthums geblieben, und während bei den Evangeliſchen die Erinnerung an die früheren Zeiten der Verfolgung, und die Beſorgniß vor deren Rückkehr immer mehr der Hoffnung wich, daß die katholiſchen Landesherrſchaften, dem Vorgange Preußens nacheifernd, ihnen nicht länger freies Bekenntniß ihres Glaubens weigern würden, durfte der katholiſchen Kirche des Landes für die mehr bewachte als beſchränkte Wirkſamkeit ihrer Obern der ungeſtörte Genuß der Gewiſſens- und Religionsfreiheit als Erſatz gelten.

In vollem Glanze ſeines Ruhmes ſtand ſo Preußen da, als Friedrich ſein thatenreiches, höchſten Preiſes würdiges Leben beſchloß; feſtgegründet ſchien Macht, Einfluß und Ehre der jungen Monarchie, und auf Decennien hin geſichert. Noch aber war kein Jahr verfloſſen, daß mit der Einführung des Allgemeinen Landrechts die von Friedrich begonnene neue Geſtaltung des Landes völligen Abſchluß gewonnen hatte, ſeit wenigen Monaten erſt war zu Petersburg Polens Schickſal entſchieden, als der Baſeler Friede die lange Reihe unglückbringender Ereigniſſe eröffnete, wel-

che, nicht unverſchuldet, aber um ſo beklagenswerther, zögernden Schrittes und ſelbſt unterbrochen durch die Hoffnung neuen Erwerbes, doch unaufhaltſam, die Preußiſche Monarchie an den Rand des Unterganges führen ſollten, und in gewaltſamer Umwälzung aller Lebenselemente zugleich dem Glanze der Deutſchen Hierarchie ein unerwartetes Ende, ein längſt befürchtetes und kaum vermeidliches dem Römiſchen Reiche Deutſcher Nation brachten.

Den alten Ruhm hatten die Preußiſchen Heere im Kriege mit der Franzöſiſchen Republik nicht bewährt; dem Kampfe, welcher die Herſtellung der königlichen Autorität in Frankreich ſo wenig hoffen ließ, als den Waffen Ehre brachte, ſchien ruhiger Beſitz und ungeſtörte Verwaltung der dieſſeits des Rheins belegenen Provinzen weit vorzuziehen. Von Kaiſer und Reich ſich trennend, welche der Hoffnung glücklicherer Erfolge öffentlich noch nicht entſagen mochten, ſchloß Preußen am 5. April 1795 zu Baſel einen Separatfrieden [2]), welcher unter Vorbehalt definitiver Anordnung, aber wohl kaum in der Ausſicht einſtigen Rückerwerbs, die weſtrheiniſchen Gebiete im vorläufigen Beſitze Frankreichs ließ, und ſo ſtillſchweigend die Anmaßung billigte, mit welcher der Convent, das ganze linke Rheinufer fordernd, ſchon während des Kriegs einzelne Reichsgebiete förmlich der Franzöſiſchen Republik einverleibt hatte [3]). In neutraler Stellung, welche die zu Baſel am 17. Mai verabredete Demarcationslinie dem ganzen nördlichen Deutſchland ſichern ſollte, glaubte man ſeitdem, ohne etwas zu wagen und gleichwohl nicht ohne Hoffnung neuen Gewinnes, den Gang der Ereigniſſe entſcheiden, oder doch leiten zu können, und der geheime Vertrag, welcher am 5. Auguſt 1796 in Berlin zu Stande kam [4]), ſchien wenigſtens jene Hoffnung der Erfüllung zu nähern, indem er als künftigen Erſatz für die auf dem linken

2) Martens Recueil des principaux traités T. VI. p. 495.

3) Vgl. v. Lancizolle's Ueberſicht der D. Reichsſtandſch. und Territ.-Verh. S. 62. Hervorzuheben iſt beſonders die am 8. Mai 1793 verfügte Einverleibung des Lütticher Bisthums, welche gleichzeitig mit der von ganz Belgien am 1. Oct. 1795 erneuert wurde.

4) Martens Recueil T. VI. p. 653.

Rheinufer erlittenen Verluſte den größeren Theil des Münſterlandes nebſt der Cölniſchen Grafſchaft Reklinghauſen zuſicherte, deren Erwerb die alten Weſtfäliſchen Beſitzungen mehr abzurunden verſprach. Allein der officiellen Verſicherung Preußens, wie es „die Verfaſſung und das Gebiet des Reichs in ihrem ganzen Beſtande unverkürzt erhalten“ wünſche, widerſprach die That zu ſehr [5]), als daß nicht, ſobald dies geheime Abkommen ruchbar geworden, ſelbſt in dem nördlichen Deutſchland das Anſehn der Preußiſchen Regierung und das Vertrauen zu derſelben hätte wankend, und die Beſorgniß der katholiſchen Kirche um ſo reger werden ſollen, als gerade hier der Hauptſitz ihrer weltlichen Macht war. In Wahrheit verlor daher Preußen mehr, als es äußerlich zu gewinnen hoffen durfte, und ohne eine Sicherheit für das alte Beſitzthum zu erhalten, war ſelbſt jener verheißene Vortheil zweifelhafter denn je, als Oeſterreich, zwei Jahre nach dem Baſeler Frieden die Waffen niederzulegen genöthigt, in den geheimen Artikeln des Friedens zu Campo Formio vom 17. Oct. 1797 [6]) ſich und anderen Reichsſtänden eine Entſchädigung ausbedang, dagegen Frankreich zum Verſprechen der Rückgabe jener weſtrheiniſchen Gebiete beſtimmte, und beide Mächte ſich gegenſeitig verbürgten, daß bei den bevorſtehenden Reichs-Friedensverhandlungen von keiner neuen Erwerbung Preußens die Rede ſein ſolle [7]). Dies zweideutige Benehmen Frankreichs, und der Uebermuth, mit welchem es auf dem Raſtadter Congreſſe ſeine Forderungen verfocht, hätte Preußen von der Unerſprießlichkeit ſeiner neutralen Stellung überzeugen können, und bewegen ſollen, in kräftigſter Vertretung der Würde und Integrität des Reichs, und in bereitwilliger Unterordnung eignen Vortheils unter die allgemeinen Intereſſen Deutſchlands die allein ſichere Gewähr für die eigne Selbſtſtändigkeit und

5) Am meiſten ſtand damit in Widerſpruch, daß jenes geheime Abkommen nicht bloß dem Heſſen-Caſſelſchen Hauſe, deſſen Verluſt kaum eine Quadratmeile betrug, ſondern auch dem Naſſau-Oraniſchen für ſeine Einbuße in den Niederlanden eine Entſchädigung aus geiſtlichem Gute ausbedang.

6) Martens Recueil. T. VII. p. 208—219.

7) Vgl. v. Lancizolle a. a. O. S. 66.

und für geſteigerten Einfluß in Deutſchland zu ſuchen, welcher von Oeſterreich viel weniger bedroht war, als von jenſeits des Rheins. Unterſtützung aber gewährte es weder den Verſuchen der Reichsdeputation, auf dem Congreſſe zu Raſtadt das linke Rheinufer und die Fortdauer der geiſtlichen Staaten dem Reiche zu erhalten[8]), noch der Politik Oeſterreichs und Rußlands, als ſie im J. 1799 von neuem gemeinſchaftlich das Glück der Waffen gegen Frankreich verſuchten, und nach kurzer Hoffnung glücklichen Erfolges mit dem Rücktritte Rußlands und der Heimkehr Napoleons die franzöſiſche Republik ein drohenderes Uebergewicht denn je zuvor gewann. Von Preußen und allen bedeutenderen Reichsſtänden verlaſſen, ſah Kaiſer Franz, damals vielleicht ſchon ahnend, daß mit ihm die tauſendjährige Reihe Deutſcher Kaiſer erlöſchen würde, am 9. Februar 1801 ſich zum Frieden von Lüneville[9]) genöthigt, welcher, des Deutſchen Volkes Schmach beſiegelnd, der katholiſchen Kirche Deutſchlands den Todesſtoß gab und dem Deutſchen Reiche nur einen trügeriſchen Hoffnungsſchimmer fernerer Fortdauer ließ.

§. 2.

Friede zu Lüneville und Regensburger Reichsdeputations-Verhandlungen.

Die Integrität des Deutſchen Reichs hatten die Friedenspräliminarien zu Leoben vom 18. April 1797 noch ausdrücklich als Grundlage des künftigen Reichsfriedens bezeichnet, der Friede zu Campo Formio wenigſtens anſcheinend, und in den offnen Artikeln vorausgeſetzt[1]). Durch die Abtretung, zu welcher ſich

8) Ueber dieſe Congreß-Verhandlungen vgl. (v. Haller's) Geheime Geſch. der Raſtadter Friedensverhandlungen. Germanien 1799. und Schoell histoire abrégée des traités de paix etc. T. V. p. 84—189.

9) Dieſen Friedensſchluß, welchen der Kaiſer, obwohl ohne Vollmacht, für das Reich mit abſchloß und der Reichstag ſchon am 9. März ratificirte, ſ. in Martens Recueil T. VII. p. 538—44.

1) Il sera tenu, lautet Art. 5. jener Präliminarien, un congrès, formé de plénipotentiaires respectifs (de l'empire Germanique et de la France), pour y traiter et conclure la paix définitive entre les deux puissances sur la base de l'intégrité de l'empire Germanique (Martens Suppl. T. III. p. 127.). In dem Friedens-

Preußen, und nach deſſen Vorgange gegen ähnliche Zuſicherung geiſtlichen Entſchädigungslandes auch Würtemberg und Baden ſchon längſt für ihre weſtrheiniſchen Beſitzungen verſtanden hatten[2]), glaubte ſich aber die Franzöſiſche Republik ſo geſichert, daß ſie ſeitdem ohne Scheu die weltliche Verwaltung nach dem Muſter der Revolution umgeſtaltet, unter der Form einer Sequeſtration die geiſtlichen Stiftungen und ihre Güter eingezogen, ſelbſt die wider die Emigranten ergangenen Strafgeſetze gegen alle diejenigen zur Ausführung gebracht hatte, welche, den vertriebenen Landesherren folgend, ihre jenſeits des Rheins belegenen Güter und Wohnſitze verließen[3]). So hatten denn auch ſchon zu Raſtadt die franzöſiſchen Abgeordneten, die Integrität des Reichs von deſſen Fortbeſtande und unveränderter Verfaſſung, und eben ſo die Nichtaufnahme jener Clauſel in das Friedensinſtrument von Campo Formio als Verzicht deutend, den Verluſt des linken Rheinufers als Bedingung und Baſis aller weiteren Verhandlungen angeſehen, welche als bereits zugeſtanden gelten müſſe und jede Erörterung ausſchließe[4]). Alle Verſuche der Reichsdeputation, die Moſel

ſchluſſe von Campo Formio wird des linken Rheinufers oder Deutſcher Abtretungen gar nicht erwähnt, ſondern im Art. 20. nur die Eröffnung des Raſtadter Congreſſes ſtipulirt, dabei aber freilich jene Clauſel nicht ausdrücklich erneuert.

2) Die mit Würtemberg am 4. und mit Baden am 22. Auguſt 1796 geſchloſſenen Friedensverträge und geheimen Stipulationen ſ. bei Martens T. VI. p. 670 — 689. Ob Pfalz-Baiern, am meiſten bei dem Verluſte des linken Rheinufers intereſſirt, in Folge des am 7. Sept. geſchloſſenen Waffenſtillſtandes (ebend. p. 694.) ſich in ähnliche geheime Verhandlungen und Zugeſtändniſſe eingelaſſen, iſt mir nicht bekannt.

3) Vgl. die in Scotti's Samml. der Cleve-Märk. Geſetze Bd. V. im Anhang enthaltene Zuſammenſtellung der während der franz. Occupation zur Anwendung gekommenen Geſetze, und die bei v. Haller a. a. O. Th. 6. No. 3 flg. befindlichen, an die Raſtadter Reichsdeputation gerichteten Vorſtellungen über Nichtanwendbarkeit der Franzöſ. Emigrationsgeſetze.

4) Gleich von vorn herein ward die Annahme der Reichsvollmacht, weil auf jene zu Leoben ausgeſprochene Clauſel baſirt, von den Franzöſiſchen Unterhändlern verweigert (v. Haller a. a. O. Th. 1. S. 299.); und kaum daß Mainz wieder in den Händen der Republik war, erfolgte am 17. Januar 1798 die erſte Friedenspropoſition dahin, „daß die Franzöſiſche Regierung nicht zu viel zu fordern glaubte, wenn ſie den Lauf des Rheins zur Grenze zwiſchen beiden Nationen als Baſis

oder wenigſtens die Roer als Grenzſcheide anerkannt zu ſehen, wurden, trotz jener insgeheim mit dem Kaiſer geſchloſſenen Stipulation, hochmüthig zurückgewieſen, und nach einjähriger Verhandlung ſchien auf das Franzöſiſche Ultimatum keine andere Wahl übrig, als in die unbedingte Abtretung des linken Rheinufers zu willigen[5]). Ohne daß auch nur ein Verſuch gemacht worden wäre, günſtigere Bedingungen zu erlangen, ward zu Lüneville feierlich jene Uebereinkunft ſanctionirt[6]), welche, die Niederlande ungerechnet, ein Areal von faſt 900 Quadratmeilen mit ungefähr 2 Millionen Einwohnern und 15 Millionen jährlicher Einkünfte dem Raube Ludwig's XIV. hinzufügte[7]), und mit der Abtretung des linken Rheinufers zugleich das Schickſal der geiſtlichen Staaten Deutſchlands entſchied.

Der Billigkeit, wenn auch nicht der bisherigen Reichspraxis gemäß, hatte man bei allen jenen Verhandlungen mehr vorausgeſetzt, als erklärt, daß der bevorſtehende Verluſt von dem ganzen Reiche getragen, den ihrer weſtrheiniſchen Gebiete ganz oder theilweiſe beraubten Reichsſtänden eine Entſchädigung gewährt werden müſſe. Daß aber auch die weltlichen Territorien, welche in Folge ihrer Lage keinerlei Einbuße erlitten, dazu beitragen müßten, daran ſcheint man kaum gedacht, viel weniger es gewollt zu haben[8]), ſondern Säculariſation geiſtlicher Gebiete und Güter galt

der Friedensunterhandlungen mit dem deutſchen Reiche verlangte“. (ebend. S. 313.).

5) Die gewechſelten Noten theilt v. Haller im 4., Auszüge aus den Abſtimmungen der Reichsdeputation im 3. Bande mit; das Franzöſiſche Ultimatum vom 6. und die Acceptationsnote vom 11. Dezember 1798 ſ. ebend. Bd. 4. S. 197. u. 204.

6) In Folge deſſen wurden an demſelben Tage, wo das Reich den Frieden ratificirte, die ſchon am 23. Januar 1798 neu gebildeten vier Departements der Saar, Moſel, Roer und des Rheins förmlich für integrirende Theile des franzöſiſchen Reichs erklärt, was man, obwohl bloße Form, doch bisher noch nicht gewagt hatte. Vgl. Scotti a. a. O. S. 2522. und v. Haller a. a. O. S. 320.

7) Vgl. v. Haller a. a. O Th. 1. S. 344.

8) Nur in einem Votum des Würzburger Reichsdeputirten habe ich eine beſtimmte Erklärung der Art gefunden, dahin lautend: „Mit keinem Scheine von Recht könne man die Entſchädigung nur von einer Klaſſe (der Stände), den Geiſtlichen, allein fordern; ihr Eigenthum und Rechte ſeyen eben ſo wie die der andern Stände rechtlich begründet,

als der einfachſte und ſicherſte Weg, die zu jener Entſchädigung nöthigen Mittel zu gewinnen; das hie und da wohl geäußerte Bedenken, daß doch die Reichsverfaſſung den geiſtlichen Ständen gleiche Garantie gewähre als den übrigen, und ob überhaupt für die weltliche Macht ein Recht der Säculariſation zu behaupten ſtehe, mußte vor der angeblich gebieteriſchen Nothwendigkeit verſtummen, das ſtrenge Recht ſich der Superiorität der Politik unterordnen[9]). Auffallender noch iſt, wie man dieſem Säculariſationsprinzipe, einmal bei den Raſtadter Verhandlungen von Reichswegen zugeſtanden[10]), immer weitere und weitere Anwendung gegeben hat. Nur aus dem geiſtlichen Beſitzthume, nicht mit demſelben wollte man anfangs die Entſchädigungen leiſten, die dieſſeits des Rheins belegenen Prälaturen, namentlich die Bisthümer, ſo viel als möglich erhalten[11]), die geiſtlichen Fürſten,

---

und nicht mehr wie dieſe der Dispoſition des Reichs unterworfen". S. v. Haller a. a. O. Th. 3. S. 95.

9) Während Kur-Sachſen geradezu erklärte, daß ſolche Entſchädigung durch Land und Leute dieſſeitiger Stände nicht „der Gerechtigkeit gemäß" ſei (ebend. S. 113.), ſuchte Kur-Mainz ſich damit zu helfen, die Reichsdeputation könne dieſelbe zwar nicht in Vorſchlag bringen, aber als von Frankreich geſtellte Friedensbedingung annehmen (ebend. S. 119.); offenbar der beſte Weg, um in einer nur das Innere der Reichsverfaſſung berührenden Angelegenheit den Fremden die alleinige Entſcheidung zuzuweiſen.

10) Direct und formell iſt es weniger geſchehen als beiläufig, indem die Reichsdeputation auf die Franzöſiſche Note vom 15. März, worin es hieß: Il convient de régler le mode de préstation des indemnités etc. Les Ministres plénipotentiaires de la Rep. Fr. en trouvent la base dans des sécularisations", unterm 4. April ſich unter Vorbehalt aller ſonſt dienlichen Maaßregeln bereit erklärte, „auch noch in die verlangte, durch Säculariſationen zu erzielende Entſchädigungen . . . ſich einzulaſſen, und darüber in nähere Unterhandlungen zu treten" (ebend. Th. 4. S. 36. u. 41.), zu welchen letzteren es aber in Folge des Wiederausbruchs der Feindſeligkeiten nicht einmal gekommen iſt.

11) Wichtiger als das durch eignes Intereſſe vielleicht veranlaßte derartige Kur-Mainziſche Votum vom 20. März 1798 (v. Haller Th. 3. S. 89.) iſt, daß in dem zwiſchen Frankreich und Würtemberg geſchloſſenen geheimen Vertrage vom 4. Aug. 1796 (ſ. Note 2.) im Art. 3., und eben ſo in den Badener geheimen Artikeln vom 22. Aug. Art. 8. nur dahin eine Mitwirkung ausbedungen, resp. zugeſagt wird, „daß zu Entſchädigung . . . eine hinreichende Anzahl von geiſtlichen, am rechten Rheinufer liegenden Fürſtenthümern ſäculariſirt werde". Nach v. Haller Th. 1. S. 525. beruhte auch der zu Raſtadt Franzöſiſcher Seits entworfene Entſchädigungsplan darauf,

welche mit dem linken Rheinufer mehr oder weniger von ihrem Territorium verloren hätten, insbeſondre die drei geiſtlichen Kurfürſten an jener Entſchädigung ſogar Theil nehmen laſſen[12]; nur nothdürftiger, nicht einmal voller Erſatz galt als Zweck der Säculariſation und Maaßſtab der Theilnahme[13]. Was dieſſeits des Rheins der Kirche an unmittelbarem Beſitzthume, an Unterthanen und Revenüen verblieben war, hätte wahrſcheinlich auch hingereicht, allen weltlichen Fürſten und Herren volle Entſchädigung zu gewähren, ohne daß eines einzigen Biſthums Exiſtenz gefährdet war, und die große Zahl reichsunmittelbarer Abteien und mittelbarer Stifter würde, den Biſthümern unirt oder incorporirt, dieſen eine mehr als hinlängliche Dotation geſichert haben[14]. Ueber fremdes Gut verfügend, vielleicht in der Hoffnung, die im eignen Lande längſt bewirkte Einziehung des Kirchenguts dadurch gerechtfertigt zu ſehen, war indeſſen Frankreich zu Bewilligungen, welche weit das Maaß des erlittenen Verluſtes überſtiegen[15], eben ſo bereit, als die weltlichen Fürſten Deutſchlands, groß und klein, geneigt, durch Separatverhandlungen und ſelbſt durch Demüthigung vor den Machthabern zu Paris das Unglück des Krieges in den unerwarteten Vortheil neuen Erwerbes zu verwandeln.

---

von den Hochſtiftern mindeſtens die drei geiſtlichen Kurfürſtenthümer zu erhalten, und außer den mittelbaren Stiftern hauptſächlich nur die Reichsabteien zur Säculariſation zu beſtimmen.

12) In den mit Oeſterreich zu Campo Formio verabredeten geheimen Artikeln werden im Art. 12. die drei geiſtlichen Kurfürſten ausdrücklich unter denen genannt, welche Entſchädigung erhalten ſollten; auch ging ein Oeſterreichiſches Votum vom 4. April ganz allgemein dahin, für „geiſtliche und weltliche Stände“ die Entſchädigung eintreten zu laſſen (v. Haller a. a. O. S. 114.).

13) Dies erkannten Kur-Mainz wie Baden zu Raſtadt an (ebend. S. 89 u. 97.) nicht minder Oeſterreich (ebend. S. 115); auch wies von neuem, jedoch ohne Erfolg, Kur-Sachſen bei den Verhandlungen der Regensburger Reichsdeputation darauf hin. Vgl. Gaspari der Deputat.-Rezeß. Hamb. 1803. Th. 1. S. 151.

14) Eine Vergleichung des dieſſeits- und jenſeits-rheiniſchen Beſitzthums der Deutſchen Kirche ſ. bei v. Haller a. a. O. Th. 1. S 526.

15) Eine Zuſammenſtellung des Verluſtes und Erwerbes je nach Areal, Seelenzahl und Revenüen findet ſich für ſämmtliche durch den Reichsdeputat.-Hauptſchluß vom J. 1803 entſchädigte Reichsſtände am Schluß des Note 13. angef. Werkes.

Den zahlloſen Anforderungen und willkürlichen Bewilligungen, durch übertriebene Schätzung des Verlornen und anſcheinende Geringachtung der neuen Erwerbungen bemäntelt, genügte zuletzt nicht einmal das geſammte Beſitzthum der geiſtlichen Reichsſtände.

Der Friede zu Lüneville hatte, indem er nur den Erbfürſten Erſatz für ihren Verluſt auf dem linken Rheinufer garantirte[16]), zwar alle Hoffnung abgeſchnitten, daß die geiſtlichen Fürſten und Reichsſtände die Entſchädigungsmaſſe nicht bloß hergeben, ſondern ſelbſt daran Theil nehmen würden; doch ließ er wenigſtens noch die Ausſicht, daß ihnen nur Einbuße an Land und Leuten, Gütern und Einkünften, nicht völliger Verluſt alles weltlichen Beſitzthums und ihrer Landeshoheit drohe. Denn weiter waren ja zu Raſtadt die Verhandlungen nicht gediehen, auf welche der Friedenstractat verwies, als daß man die Entſchädigung durch Säculariſation im Prinzipe anerkannt hatte, ohne über Art und Umfang derſelben irgend etwas feſtzuſetzen. Wohl durften auch die geiſtlichen Fürſten auf den Kaiſer, deſſen Anſehn am Reichstage kaum noch einen andern Stützpunkt hatte als in der Prälatenbank, die Hoffnung ſtellen, daß er dem Vortheile ſeines Hauſes nicht die hergebrachte Verfaſſung des Reichs zum Opfer bringen werde. In zu enger Verbindung ſtand aber dieſe mit dem Entſchädigungswerke, als daß man vollends ſich der beleidigenden Befürchtung hätte hingeben ſollen, es werde jene Angelegenheit nicht von dem Reiche ſelbſt geordnet werden, dieſem vielmehr nichts übrig bleiben, als der demüthigende leere Schein formeller Genehmigung der von fremden Machthabern dictirten Beſtimmungen. Selbſt als der urſprüngliche Plan ſcheiterte, dem Kaiſer allein die Erledigung dieſer Entſchädigungs-Angelegenheit unbedingt zu übertra-

16) Art. 7.: Et comme par suite de la cession .... plusieurs princes et états de l'Empire se trouvent particulièrement dépossédés en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire Germanique collectivement à supporter les pertes ..., il est convenu, ... qu'en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux princes héréditaires, qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris du sein du dit Empire, suivant les arrangemens, qui d'après ces bases seront ultérieurement déterminés.

gen[17]), ließ wenigſtens die Zuſammenſetzung der Reichsdeputation[18]) noch einige Ausſicht, daß kein tödtlicher Schlag gegen die Deutſche Kirche werde geführt werden. Schienen doch das Oeſterreichiſche und Pfalz-Bairiſche Haus, ſeit Jahrhunderten in faſt erblichem Beſitze der wichtigſten Biſthümer, bei deren Fortdauer kaum weniger intereſſirt, als die beiden deputirten geiſtlichen Reichsſtände; von den evangeliſchen Mitgliedern aber der Reichsdeputation hatte Sachſen ſchon auf dem Raſtadter Congreſſe ſich entſchieden über die Ungerechtigkeit einer allgemeinen Säculariſation ausgeſprochen.

Nur zu bald ſchwanden jedoch alle jene Hoffnungen. Während die Deputation ihrer Berufung und entſprechenden Eröffnungen länger als ein Jahr vergeblich entgegen ſah, verbreitete ſich die Kunde, daß in Paris die lebhafteſten Verhandlungen über die zu bewilligenden Entſchädigungen zwiſchen Frankreich und Rußland gepflogen würden, welches ſich zum Mitvermittler angeboten habe und angenommen worden ſei; größere Beſorgniß noch mußte es erregen, als die gleichzeitige Nachricht, mehreren der deputirten Reichsſtände ſeien bereits durch Separatverträge definitiv ihre Entſchädigungen überwieſen[19]), in der Beſitznahme der dazu beſtimmten Gebiete vollſte Beſtätigung erhielt[20]). Jeder Zweifel

---

17) Vgl. v. Hoff das teutſche Reich vor der franz. Revol. u. nach d. Lünev. Frieden. Gotha 1805. Th 2. S. 15 flg.

18) Sie war gebildet von Mainz, Böhmen, Baiern, Sachſen, Brandenburg, Würtemberg, Heſſen-Caſſel und dem Hoch- und Deutſchmeiſter, welche Würde der Zeit Erzherzog Maximilian Franz von Oeſterreich, zugleich Kurfürſt von Cöln und Biſchof von Münſter, bekleidete.

19) Die mit Baiern und Preußen am 23. Mai desfalls geſchloſſenen Verträge, ſo wie die geheimen Artikel des Würtembergiſchen Vertrags vom 20. Juni 1802 ſind bis jetzt noch ungedruckt; eben ſo die über gemeinſchaftliche Vermittelung zwiſchen Frankreich und Rußland am 10. Oct. 1801 und 4. Juni 1802 getroffenen Uebereinkünfte. (vgl. Schoell T. V. p. 399. u. T. VI. p. 253. u. 258.). Nur die über die Oraniſche Entſchädigung von Preußen am 24. Mai zu Paris geſchloſſene Abkunft, welche Fulda, Corvey und andere Gebiete, und zwar mit dem Recht d'une propriété entièrement souveraine überwies, findet ſich in Martens Recueil Suppl. T. III. p. 219.

20) Die Bairiſche Beſitznahme erfolgte am 16. Juli, die Preußiſche am 3. Auguſt 1802; bald darauf ließ Oeſterreich die Stadt Paſſau und

aber, daß das Schickſal der Deutſchen Prälaten entſchieden und dem Reiche keine andre Mitwirkung bei dieſem Entſchädigungswerke zugedacht ſei, als etwa „die Vervollſtändigung der ſtaatsrechtlichen Form“ [21]), mußte verſchwinden, als am 18. Auguſt 1802 die Geſandten der beiden vermittelnden Mächte einen vollſtändigen Vertheilungsplan mit der Erklärung vorlegten, daß man innerhalb zweier Monate die Erledigung dieſer Angelegenheit erwarte [22]). Vorbehältlich etwaniger „Modificationen, die durch Reclamationen veranlaßt würden, oder welche die Deputation zu erinnern nöthig fände“, ward auch wirklich dieſer Entſcheidungsplan „im Allgemeinen“ ſofort von der Mehrheit der Deputation angenommen [23]); daß er nicht einmal mit Säculariſation faſt aller geiſtlichen Rechtsgebiete ſich begnügte, daß er nicht bloß Entſchädigung für wirkliche Verluſte, ſondern auch Erhaltung des Gleichgewichts unter den wichtigſten Deutſchen Häuſern bezweckte, in der That alſo auf einer ganz neuen Baſis beruhte, glaubte die Deputation kaum bemerken, viel weniger beachten zu dürfen [24]). Eben ſo willige Aufnahme und unbedingte Genehmigung fanden die ſpäteren Aenderungen, welche, weniger veranlaßt durch Beſchlüſſe als Vorſchläge der Deputation, vielfach ſelbſt mit Hint-

---

das Erzſtift Salzburg beſetzen; dieſem Beiſpiele folgten noch im Herbſte deſſelben Jahres Heſſen-Darmſtadt, Naſſau, der Fürſt von Wied und Herzog von Aremberg.

21) S. Gaspari a. a. O. Th. 1. S. 125.

22) Dieſer erſte Entſchädigungsplan, in Paralelle mit der definitiven Redaction des Deputations-Hauptſchluſſes ſteht u. a. bei Martens Suppl. T. III. p. 238—310. Einen Auszug aus den Verhandlungen (vgl. Protocolle der außerord. Reichsdeput. zu Regensburg. 1803 2. Th. nebſt 4. B. Beilagen) giebt Gaspari a. a. O. Th. 1. S. 91 flg.

23) Unter jenem Vorbehalt trat ſchon am 8. Septbr. Mainz, welches anfangs mit Böhmen und dem Deutſchmeiſter vorgängige Prüfung im Einzelnen gefordert hatte, der Anſicht von Baiern, Preußen, Heſſen und Würtemberg bei, und bewirkte dadurch die Majorität, welcher Sachſen am 19. October, Oeſterreich erſt in Folge eines am 26. Dezbr. mit Frankreich abgeſchloſſenen Vertrages (Martens Suppl. T. III. p. 228.) ſich anſchloß. S. Gaspari a. a. O. S. 110—19. vgl. mit S. 132. u. 202.

24) Nur beiläufig ward die Mediatiſirung der Reichsſtädte berührt, auch entſchieden gemißbilligt, indeß als unabänderlich in Folge der einmal erfolgten Annahme des Franzöſiſchen Plans betrachtet (Ebend. S. 149. 161. 165. 176.).

anſetzung der letzteren, in der Form eines neuen Plans und in ergänzenden Noten nach freiem Beiieben von den vermittelnden Mächten verfügt wurden[25]). Die Mitwirkung der Deputation als bloße Formalität zu behandeln, ſcheuten ſich dieſe ſo wenig, daß ſie ſelbſt über die neue Organiſation des Reichstages beſtimmten[26]), die Franzöſiſche Redaction, was bisher in Reichsangelegenheiten unerhört, für den Originaitext erklärten[27]), und ähnlich wie einſt beim Ryswicker Frieden, noch kurz vor Unterzeichnung des bereits genehmigten Rezeſſes ändernde Clauſein zur Aufnahme überſandten[28]). So kam in der 46. Sitzung vom 25. Februar 1803 der Rezeß zu definitivem Abſchluſſe[29]). Unbedingt vom Reichstage am 24. März genehmigt, mit unerhebiichem Vorbehalte am 27. April vom Kaiſer ratificirt[30]), ſollte dieſer Reichsdeputations-Hauptſchluß als neues Grundgeſetz gelten; wer aber deſſen Inhalt, wer die Art und Weiſe, wie es zu Stande gekommen, unbefangen erwog, mußte nicht bloß dem Reichserzkanzler[31]) beiſtimmen, welcher unumwunden erklärte, es ſei „Deutſchland und deſſen Kreis- und Reichsverfaſſung gelähmt“, ſondern durfte ſich kaum verhehlen, daß das Deutſche Reich in Wahrheit bereits aufgeiöſet und vernichtet ſei.

---

25) Vgl. Martens Recueil. Suppl. T. III. p. 236. und Gaspari a. a. O. S. 182.

26) Unter der Form eines Vorſchlags ging von ihnen die Verleihung von Virilſtimmen im Fürſteucollegio und die neue Rangorduung der Stimmen aus. S. Gaspari a. a. O. S. 290. u. 99.

27) Ebendaſ. S. 254.

28) S. unten §. 3. Note 8. u. 9.

29) Den Franzöſiſchen Text, von Art 48. ab nur Ueberſetzung, giebt Martens a. a. O.; in Deutſcher Sprache ſteht dieſer Reichsdeputations-Hauptſchluß u. a in Leiſt's Lehrb. d. teutſch. Staatsrechts. Anh. No. 7., G. v. Meyer Corp. iur. confoederat. German. T. I. No. 2., und (mit erläut. Anmerk.) bei Gaspari a. a. O. Th. 2.

30) Für jetzige Zeit iſt nur noch wichtig der Vorbehalt zu Gunſten „der Reichsgrundgeſetze, inſonderheit des Weſtfäliſchen Friedens und der darauf erfolgten Friedensſchlüſſe, in ſo fern ſolche durch den Lüneviller Tractat und den gegenwärtigen Tractat nicht ausdrücklich abgeändert worden“.

31) S. Gaspari a. a. O. Th. 1. S. 191.

§. 3.
Allgemeine Säculariſation der katholiſchen Kirche Deutſchlands.

Von allen Deutſchen Prälaten entgingen nur Drei dem allgemeinen Schiffbruche der Deutſchen Kirche. Außer dem Großprior oder Oberſtmeiſter der Johanniter, und dem Hoch- und Deutſchmeiſter des Deutſchen Ordens, welche neben ihren dieſſeitsrheiniſchen Gütern ſogar Entſchädigungen für den Verluſt auf dem linken Rheinufer erhielten[1], blieb allein dem Kurfürſten von Mainz Reichsunmittelbarkeit, Reichsſtandſchaft und Landeshoheit, und die mit dem Erzkanzleramte verbundene Kurwürde[2]; doch verlor auch er, bis auf das Oberamt Aſchaffenburg und einige andere Aemter, alle ſeine dieſſeitigen Beſitzungen, und der Erſatz, welcher ihm in dem bisherigen Biſthum Regensburg mit der Stadt dieſes Namens, durch Wetzlar und einzelne Stifter und Abteien zu Theil werden ſollte, deckte den Verluſt ſo wenig, daß auch mit der ihm zugewieſenen Rheinoctroy-Rente nur die Hälfte der bisherigen Einkünfte ihm verblieb[3]. Alle übrigen geiſtlichen Territorien, Biſthümer wie Abteien, und mit Ausnahme von Augsburg, Lübeck, Nürnberg, Frankfurt, Bremen und Hamburg, alle Reichsſtädte und Reichsdörfer wurden unter die weltlichen Reichsſtände vertheilt[4], großentheils zum offenbaren Gewinn der neuen Landesherren, von denen Einzelne mehr als ſiebenfachen Erſatz für die wirklich oder vorgeblich erlittenen

1) Reichsdeput.-Hauptſchl. §. 26.

2) Ebend. §. 25.

3) Nach dem Varrentrapp'ſchen Reichs- und Staatshandb. f. d. J. 1805 betrug das alte Erzſtift 326½ Q. M. mit c. 350000 Einw. u. 2000000 Gld. Einkünften, das im Reichsdep.-Schluß dem Erzkanzler überwieſene Territorium nur 28 Q. M. mit 95000 Einw. und einem Einkommen von 650000 G., zu welchem noch eine Rente von 350000 Gld. kam.

4) Das einzelne kann hier nicht erörtert, ſondern nur auf den Reichsdeput.-Hauptſchluß §. 1—24. u. 27—30. verwieſen werden. Eine Ueberſicht je nach den zur Entſchädigung beſtimmten Gebieten und nach den entſchädigten Häuſern giebt v. Lancizolle a. a. O. S. 75—89. Von der Preußiſchen Entſchädigung wird im §. 4. näher die Rede ſein.

Verluſte erhielten[5]). Mit den Territorien ſelbſt wurden den weltlichen Fürſten, unter Annullirung jeder ſeit dem 24. Auguſt 1802 geſchehenen, nicht durch die laufende Adminiſtration gebotenen Veräußerung, alle Regalien, Domänen und Einkünfte der bisherigen geiſtlichen Landesherrſchaft überwieſen, und den biſchöflichen Domänen zu gleichem Behufe die Güter der Domkapitel wie ihrer Dignitarien einverleibt[6]). Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöſter, gleichviel ob mittelbarer oder unmittelbarer, und ohne Unterſchied der Confeſſion, ſollten, ſo weit nicht über einzelne zum Behufe der Entſchädigung beſonders verfügt wäre, der freien und vollen Dispoſition der neuen Landesherren unterliegen, nur bei Säculariſation der geſchloſſenen Frauenklöſter Einverſtändniß mit den Kirchenobern nöthig, bei Mannsklöſtern Aufhebung oder Fortbeſtand dem freien Belieben des Landesherrn anheim geſtellt ſein[7]). Faſt wider den Willen der Reichsdeputation, war dies Säculariſationsrecht ſogar durch einen kurz vor dem Abſchluß von den vermittelnden Mächten feſtgeſtellten Zuſatz auf die in den alten Beſitzungen vorhandenen Stifter jeder Art ausgedehnt[8]), und zugleich erklärt worden, daß die

---

5) Nach der Gaspari'ſchen Tabelle, welche hier überhaupt zu vergleichen iſt, erhielt z. B. Baden für einen Verluſt von 8 Q. M. mit 25500 Einw. und 240000 G Eink., $59\frac{1}{2}$ Q. M. mit 237000 Unterth. und 1540000 G. Revenüen; Braunſchweig-Lüneburg für ein Areal von $7\frac{1}{2}$ Q. M. mit 35000 Einw. und 110000 G. Eink., das Hochſtift Osnabrück von 50 Q. M. Umfang mit 126000 Einw. u. 750000 G. Einkünften.

6) Reichsdep.-Hauptſchl. §. 61. und 34.

7) Ebend. §. 35. vgl. mit §. 42.

8) In wie weit der §. 35. nur für die Entſchädigungslande, oder für alle Deutſchen Territorien und für alle fundirten Stifter dies Säculariſationsrecht anerkannt habe, iſt damals Gegenſtand lebhafter Controverſe geweſen, namentlich rückſichtlich der Meklenburgiſchen Fräuleinſtifter in dem: Verſuch einer richtigen Auslegung und Anwendung des Hauptſchl. vom 25. Febr. 1803 §. 35. u. 36., Th. 1. s. l. 1804 u. Th. 2. Schwerin 1805, und in Häberlin's Schrift über Aufhebung mittelbarer Stifter u. ſ. w. Helmſt. 1805 verhandelt worden. So viel ergeben allerdings die Regensb. Verhandlungen, daß man anfangs an eine Ausdehnung der Säculariſation über die zur Entſchädigung beſtimmten reichsunmittelbaren Gebiete hinaus nicht gedacht hat. Nicht bloß, daß im §. 6. des zweiten Franz. Plans, welcher an Würtemberg außer ſpeciell benannten Stiftern tous ceux

Landesherren alle dieſe Stifts- und Kloſtergüter auch zur „Erleichterung ihrer Finanzen“ ſollten verwenden dürfen [9]). Garantirt wurde für die Zukunft nur der Beſitz und ungeſtörte Genuß des eigentlichen Kirchen- und Pfarrguts und der Schulfonds, ſo wie die Fortdauer der frommen und milden Stiftungen, welche zwar der landesherrlichen Aufſicht und Leitung untergeben bleiben, aber gleich anderem Privateigenthum conſervirt werden müßten [10]).

Faſt das geſammte, im Laufe eines Jahrtauſends gewonnene, bis dahin noch glücklich gerettete Beſitzthum der Deutſchen Kirche war damit verloren [11]), das ſtolze Gebäude der katholi-

---

situés tant dans ses nouvelles que dans ses anciennes possessions, sauf quant celles-ci leur destination continuelle, überwieſen hatte, von der Franz.-Ruſſiſchen Geſandtſchaft die Worte que dans etc. ſpäter geſtrichen wurden (ſ. Verſuch ꝛc. Th. 1. Beil S. 22. u. 25.), haben auch alle Mitglieder der Reichsdeputation ohne Ausnahme ſich gegen ſolche Ausdehnung ausgeſprochen (vgl. Gaspari a. a. O. Th. 1. S. 151. 154. 223. 225. 229.), insbeſondere nach v. Hoff a. a. O. Th. 2. S. 75. Sachſen und Brandenburg durch förmliche Proteſtation eine Erklärung der vermittelnden Mächte veranlaßt, daß nur durch einen Druckfehler im zweiten Plane der §. 36. eine Beziehung auf mittelbare proteſtantiſche Stifter erhalten habe; daher denn auch im §. 64. nur von den mittelbaren Stiftern in den zu ſäculariſirenden Landen die Rede iſt. Allein andrerſeits ſteht es feſt, daß durch eine beſondere Note vom 11. Februar, nachdem bereits die Redaction des §. 35. approbirt war, die Einfügung der Worte tant des anciennes que des nouvelles possessions ſpeciell feſtgeſetzt worden iſt (ſ. Verſuch Beil. 6. u. 7. S. 23. u. 26.), und kann daher, daß man ſpäter, was auch den erſten Anſtoß dazu gegeben haben mag, jenes Prinzip wirklich habe verlaſſen wollen, um ſo weniger zweifelhaft ſein, als gerade die zur Reichsdeputation gehörigen Regierungen auch für ihre alten Lande das Recht zur Einziehung der Klöſter auf jenen §. 35. gegründet haben. Ob übrigens durch jene Clauſel nur das reservatum ecclesiasticum und der dies decretorius des Weſtfäliſchen Friedens ihre rechtliche Wirkung verloren haben, oder ob dadurch zugleich die durch beſondere Landesverfaſſung und Specialrezeſſe garantirte Fortdauer der Stifter dem Ermeſſen der Landesherrſchaft anheimgegeben war, iſt allerdings eine andere Frage

9) Auch erſt durch jene Note vom 11. Februar ſind die Worte: tant pour dépenses du culte, frais d'instructions et autres établissemens d'utilité publique, que pour le soulagement de leurs finances, in den Text gekommen.

10) Vgl. § 63. u. 65. des Reichsdep.-Hauptſchl. Daß im §. 63. unter dem „eigenthümlichen Kirchengute“ nur das Eigenthum der Pfarrkirchen gemeint ſei, unterliegt wohl, da hier von der Fortdauer der bisherigen Religionsübung die Rede iſt, keinem Bedenken.

11) In Klüber's Ueberſicht der diplom. Verhandl. des Wiener Congr.

ſchen Hierarchie zertrümmert, welches bisher allen Stürmen getrotzt hatte. Den Reichsprälaten, Biſchöfen und Aebten blieb nur für ihre Perſon der bisherige Rang und der Fortgenuß perſönlicher Reichsunmittelbarkeit, den gefürſteten Aebten und den Fürſtbiſchöfen auch noch über ihre Dienerſchaft der Schatten einer Jurisdictionsgewalt [12]); ihren Nachfolgern dagegen war, was bisher nur im Oſten Deutſchlands als Regel gegolten, ein Verhältniß landſäſſiger Unterthanenpflicht beſchieden, deren nähere Feſtſtellung gänzlich dem Ermeſſen der neuen Landesherren überlaſſen wurde, und beim Mangel eignen Beſitzthums der Kirche auch zu kirchlicher Selbſtſtändigkeit nur geringe Ausſicht gewährte. Wie weit die Landesherren von dem Rechte zur Einziehung der Klöſter und Stifter Gebrauch machen würden, wie weit denjenigen, deren Conſervation dienlich ſchiene oder wegen verweigerter Zuſtimmung der Kirchenobern unvermeidlich wäre, ihr bisheriges Eigenthum und Fortgenuß der Revenüen verbleiben möchte, war nicht minder dem Belieben der Landesherrſchaft anheim geſtellt, als die Redotation der künftigen Bisthümer, für welche die Reichsdeputation, wenn nicht Ueberweiſung der bisherigen biſchöflichen Domänen als mediates Beſitzthum zu erlangen wäre, wenigſtens genauere Beſtimmungen über Art und Umfang gewünſcht [13]), nichts weiter aber zu erlangen vermocht hatte, als die Clauſel, daß nur „unter dem beſtimmten Vorbehalte der feſten und bleibenden Ausſtattung der Domkirchen, welche beibehalten werden“, die Stiftsgüter „der freien und vollen Dispoſition der reſpectiven Landesherren“ überlaſſen würden [14]). Geſichert für die Zukunft war, oder ſchien vielmehr, allein die perſönliche Subſiſtenz der zeitigen Obern und Mitglieder aller jener ſäculariſirten Stifter,

Th. 2. S. 404. wird der Verluſt der Deutſchen katholiſchen Kirche an beiden Ufern des Rheins auf 1719 Q. M. und 3,162576 Unterthanen, ſo wie mit Einſchluß der mittelbaren Abteien und Stifter, die Klöſter nicht einmal eingerechnet, auf ein Einkommen von 21,026000 Gulden geſchätzt.

12) S. §. 48. u. 49. des Reichsdep. = Hauptſchl.

13) Dies hatte nach Gaspari a. a. O. S. 219. namentlich Kur = Mainz gewünſcht.

14) Reichsdep. = Hauptſchl. §. 35.

indem den reichsunmittelbaren Prälaten, wie den Obern der Mediatſtifter und Klöſter neben ſtandesmäßiger Wohnung ein Minimum als Penſion ausgeſetzt war[15], den Dignitarien und Mitgliedern der Domkapitel und Stifter aller Art neun Zehntheile der bisherigen Einkünfte verbleiben ſollten[16], den Conventualen angemeſſener anſtändiger Unterhalt in einem andern Stifte und für den Fall des Austritts eine Penſion zugeſichert[17], in Betreff endlich der Stiftsfrauen beſtimmt worden war, daß dieſelben vorläufig bei ihrem bisherigen Genuſſe verbleiben und bei etwaniger Aufhebung eine zu ihrer Zufriedenheit zu regulirende Abfindung erhalten ſollten[18]. In allen übrigen Beziehungen dagegen war die äußere Stellung und Lage der katholiſchen Kirche überhaupt, des höheren Clerus und Regularen-Standes insbeſondere, einer völlig ungewiſſen Zukunft anheim gegeben, weltliche Macht für immer verloren, und zu einer politiſchen Bedeutung, welche auch nur entfernt mit der früherer Zeiten vergleichbar geweſen wäre, alle Hoffnung verſchwunden.

Nicht einmal für die innere Verfaſſung der Kirche war eine ſichere Gewähr unveränderten Fortbeſtandes oder ungeſtörter Wirk-

---

15) Für die Fürſtbiſchöfe, wie die fürſtlichen Aebte erſten Ranges, ward im §. 51. u. 64. dies Minimum, welches übrigens nach den Notizen in dem Varrentrapp'ſchen Reichs- u. Staatshandb. Th. 1. S. 401 flg. nur in wenigen Fällen überſchritten worden iſt, und überall unter dem verabredeten Marimum blieb, auf 20000, für andere Fürſtäbte auf 6000, für Aebtiſſinnen auf 3000, für alle übrigen Stifsprälaten auf 2000 Gulden feſtgeſetzt. Von ihrer Penſion ſollten aber nach §. 75. mehrere Biſchöfe, welche gleichzeitig bisher noch ein anderes Bisthum oder eine Probſtei beſeſſen hatten, $\frac{1}{10}$ zur Suſtentation der beiden Biſchöfe von Lüttich und Baſel abgeben, für welche eigentlich die Helvetiſche und die Franzöſiſche Republik hätten ſorgen müſſen.

16) Vgl. §. 52—54. u. 564. Den Vicaren der Domſtifter und den Mitgliedern der Collegiatſtifter, deren bisherige Intraden weniger als 800 Gulden betrügen, ſollten dieſe ſogar vollaus verbleiben, dagegen die Domherren, welche mehrere Präbenden beſaßen, einen Abzug von $\frac{1}{3}$ ihrer Penſion erleiden, woraus man für die Capitularen der an Frankreich gefallenen Biſchofsſitze eine Suſtentationskaſſe zu errichten beabſichtigte.

17) Reichsdep.-Hauptſchl. §. 57. u. 64, wonach ſelbſt den Novizen eine ſolche Penſion, von mindeſtens 300 Gulden, für drei Jahre geſichert war.

18) Ebend. §. 55.

ſamkeit der geiſtlichen Obern gegeben. Bis eine andere Diöceſaneinrichtung auf reichsgeſetzliche Art getroffen wäre, ſollten zwar die erz- und biſchöflichen Diöceſen in ihrem bisherigen Zuſtande verbleiben [19]). Allein mit dem linken Rheinufer hatten, abgeſehen von den Biſchöfen von Lüttich und Baſel, deren Diöceſen ganz auf der Weſtſeite des Rheins lagen, nicht weniger als ſechs Biſchöfe, die von Cöln, Trier, Mainz, Speyer, Worms und Straßburg, den größten Theil ihres bisherigen Diöceſangebiets, und mit dieſem ihre Kathedralen und Biſchofsſitze verloren. Die in Folge des Napoleoniſchen Concordats eingetretene neue Diöceſanumſchreibung Frankreichs vom 29. Novbr. 1801 [20]), welche die neu erworbenen Deutſchen Gebiete mit umfaßte, hatte nicht bloß die Metropolitanrechte der alten Rheiniſchen Erzſtifter aufgehoben, ſondern ſogar die Biſthümer Cöln, Speyer und Worms ganz ſupprimirt, ſo daß mehrere jener Prälaten, denen das Circumſcriptions-Breve dieſſeits des Rheins ihre Metropolitan- und Diöceſanrechte vorbehalten hatte [21]), von gar nicht mehr exiſtirenden Cathedralen den leeren Titel fortführten, andere Biſchofsſitze gleichſam doppelt, durch wirkliche Obere und bloße Titular-Prälaten beſetzt waren. Anomal wie dieſer Zuſtand war, drohte die Verwirrung in der kirchlichen Verwaltung dadurch noch ſich zu ſteigern, daß in jenen Biſthümern die Kapitel, deren Mitglieder Pfründen und Curien verloren hatten und auf eine erſt noch zu bildende Suſtentations-Caſſe angewieſen wurden, factiſch ſo gut wie

---

19) Ebendaſ. §. 62.: „Die erz- und biſchöflichen Diöceſen verbleiben in ihrem bisherigen Zuſtande, bis eine andere Diöceſan-Einrichtung auf reichsgeſetzliche Art getroffen ſeyn wird, wovon dann auch die Einrichtung der künftigen Domkapitel abhängt“.

20) Die Circumſcriptions-Bulle „Qui Christi Domini vices“ iſt, nur mit ſpecieller Rückſicht auf die Preuß. Rheinprovinzen und ohne vollſtändige Angabe der ſupprimirten und neu errichteten Biſthümer, aus dem Bulletin des lois Série III. No. 1996. mitgetheilt in Hermen's Handb. d. Staatsgeſ. über d. chriſtl. Kultus in d. K. Pr. Prov. am linken Rheinufer. Aachen 1833. Th. 1. S. 607 flg.

21) Firmis tamen, lautet die betreffende Clauſel, remanentibus iuribus, privilegiis et iurisdictione ipsorum archiepiscoporum, episcoporum, capitulorum et ordinariorum in ea parte territoriorum, quae dominationi Gallicanae non subiacent.

aufgelöſet waren, daß ähnliches in anderen Diöceſen zu fürchten war, wenn nicht für regelmäßige Berichtigung der ausgeſetzten Penſionen und baldigſte Realiſirung der in Ausſicht geſtellten neuen Einrichtung der Diöceſen geſorgt würde, daß endlich bei dem hohen Alter der damaligen Prälaten in den meiſten Biſthümern binnen kurzem Vacanzen zu erwarten ſtanden, für Cöln und Münſter ſchon eingetreten waren [22]). Jene Zuſicherung unveränderter Fortdauer der Diöceſanverwaltung konnte ſich daher kaum anders als leer und wirkungslos erweiſen; ſelbſt in ruhigeren Zeiten hätte ein geordnetes Kirchenregiment ſich nicht erhalten können. Völlige Umgeſtaltung aber traf ſofort, und zwar direct durch den Reichsdeputations-Hauptſchluß, ohne irgend eine Mitwirkung des Römiſchen Stuhls, die Metropolitanverfaſſung der Deutſchen Kirche. Denn ungeachtet jenes päbſtlichen Vorbehalts wurden die Cölner und Trierer Metropolitanrechte auf dem dieſſeitigen Rheinufer für aufgehoben erklärt, und dem Mainzer Stuhle, welchen der Reichstag mit gleicher Eigenmacht auf die, zu der Zeit noch nicht einmal erledigte, Domkirche von Regensburg [23]) übertrug, über ganz Deutſchland, mit Ausnahme nur der Oeſterreichiſchen und Preußiſchen Staaten, erzbiſchöfliche Rechte verliehen, und damit die Würde, oder vielmehr der leere Titel eines Primaten von Deutſchland verbunden [24]), welchen die Erzbiſchöfe von

22) Nach dem Tode des Kurfürſten Maximilian Franz hatten, trotz Preußens und Frankreichs Abmahnung, die Domkapitel von Münſter und Cöln ſofort am 11. Sept. u. 7. Oct. 1801 den Erzherzog Franz Victor erwählt, doch ſah dieſer zuletzt zur Reſignation ſich genöthigt. Vgl. Hoff a. a. O. Th. 1. S. 28 flg., Manſo a. a. O. Th. 2. S. 47 flg.

23) Erſt am 4. April 1803, kurz vor der kaiſerl. Ratification, ſtarb der Biſchof von Regensburg und Freiſingen; ohnedies hätte die katholiſche Kirche Deutſchlands die weitere Anomalie erlebt, daß derſelben Kirche zwei Prälaten, jeder mit ſeinem eignen Kapitel und beſonderem Diöceſanſprengel, vorgeſtanden hätten.

24) R. D. H. Schl. §. 25.: „Der Stuhl zu Mainz wird auf die Domkirche zu Regensburg übertragen. Die Würden eines Kurfürſten, Reichs-Erzcanzlers, Metropolitan-Erzbiſchofs u. Primas von Deutſchland bleiben auf ewige Zeiten damit vereinigt. Seine Metropolitan-Gerichtbarkeit erſtreckt ſich in Zukunft über alle auf der rechten Rheinſeite liegenden Theile der ehemaligen geiſtlichen Provinzen von Mainz, Trier und Cöln, jedoch mit Ausnahme der K. Pr. Staaten, ingleichen über

von Mainz, im unbeſtrittenen Beſitze der erſten Stelle in der Hierarchie des Deutſchen Reichs, bisher weder geführt noch geſucht hatten.

Die katholiſche Kirche Deutſchlands traf ſo mit einem Schlage eine Umwälzung, gegen welche die durch die Reformation hervorgerufenen, durch den Weſtfäliſchen Frieden ſanctionirten Veränderungen des kirchlichen Zuſtandes kaum in Betracht kommen konnten, für welche die Franzöſiſche Revolution allein ein Ebenbild darzubieten ſchien. Den fürſtlichen Geſchlechtern, welche einſt in der Lehnspflicht gegen die Kirche Ehre geſucht hatten, waren die Prälaten fortan als Unterthanen unterworfen, ohne daß ihnen auch nur die Bedeutung eines geiſtlichen Adels, oder die Gerechtſame landſäſſiger Grundherren geblieben wären. Von 86 geiſtlichen Landesherrſchaften waren nur Drei noch übrig, und in allen Collegien des Reichstages der evangeliſchen Parthei ein bei weitem größeres Uebergewicht der Stimmen gewonnen, als je zuvor die katholiſchen Reichsſtände beſeſſen hatten[25]. Die geiſtlichen Gebiete, wo bis dahin die katholiſche Kirche ſo ausſchließlich die Herrſchaft geübt hatte, daß den Evangeliſchen kaum Hausandacht gewährt wurde, waren zum großen Theile evangeliſcher Landesherrſchaft zugefallen; und wenn ſchon, neben Beſtätigung der dermaligen politiſchen Verfaſſung[26], der „bisherigen Religions-

---

über die Salzburgiſche Provinz, ſo weit ſich dieſelbe über die mit Pfalz-Baiern vereinigten Länder ausdehnt“. — Der Deutſche Ausdruck „wird übertragen“ ließe vermuthen, daß man dieſe Aenderung der kirchlichen Verfaſſung nur in Ausſicht geſtellt habe; im Franz. Original-Texte heißt es aber est transféré, und fehlen auch im Schlußſatze die Worte „in Zukunft“.

25) Im Kurfürſten-Collegio waren fortan auf 10 Stimmen 6 evangeliſch; im Fürſtenrathe aber wären auf 127 Viriſtimmen 75 von evangeliſchen Fürſten geführt worden, und von den Reichsſtädten war nur die Stimme von Augsburg eine gemiſchte, während bisher (ſ. v. Lancizolle's Ueberſicht S. 12.) im reichsſtädtiſchen Collegio allein die evangeliſche Parthei das Uebergewicht gehabt hatte. Deshalb ſah ſich auch der Kaiſer bewogen, für die in Antrag gebrachte Vermehrung der fürſtlichen Viriſtimmen ſeine Ratification vorläufig zu verweigern, und weitere Verhandlungen vorzubehalten, damit „die hergebrachten Verhältniſſe der zwei Religionstheile nicht auch in dem fürſtlichen Collegio bis zur weſentlichen Ueberſchreitung der Stimmen-Parität abgeändert würden“.

26) R. D. H. Schl. §. 60. Auf dieſe Beſtätigung der Landesverfaſſung,

übung“ der Entſchädigungslande „gegen Aufhebung und Kränkung aller Art“ Schutz zugeſagt ward [27]), ſo mochte doch die den neuen Landesherren vorbehaltene Freiheit, auch „andre Religionsverwandte zu dulden, und ihnen den vollen Genuß bürgerlicher Rechte zu geſtatten“ [28]), nicht geringere Beſorgniß für die Zukunft erregen, als die Erklärung, es ſolle „in demjenigen, was zur Civil- und Militär-Adminiſtration und deren Verbeſſerung und Vereinfachung gehört, dem neuen Landesherrn freie Hand gelaſſen werden“. An die Stelle eines vielleicht übermäßigen, zu Förderung der wahren Zwecke der Kirche wenigſtens nicht unerläßlichen Reichthums war eine Beſitzloſigkeit getreten, bei welcher die Exiſtenz der höheren Kirchenbeamten, wenn auch nicht vom Belieben der neuen Landesherren, doch von gewiſſenhafter Erfüllung der mit dem Kirchengute übernommenen Verpflichtungen abhängig war, welche jedenfalls, ehe nicht die neue Ordnung der Dinge ins Leben getreten, die kirchliche Verwaltung lähmte, und trotz der den Pfarr- und Schulfonds ertheilten Garantie ſogar der Religionsübung, Seelſorge und dem Lehrweſen Gefahr zu drohen ſchien. Mochte immerhin die Aufhebung der Stifter und Klöſter, je mehr deren kirchliche Bedeutung längſt verſchwunden

welcher übrigens noch die Clauſel beigefügt wurde, „in ſo weit ſolche auf gültigen Verträgen zwiſchen dem Regenten und dem Lande, auch anderen reichsgeſetzlichen Normen ruht“, hatte namentlich der Deutſch-Meiſter gedrungen, welcher auch ausdrückliche Anerkennung der Freizügigkeit für die Unterthanen der geiſtlichen Länder forderte, aber nicht erlangte. S. Gaspari a. a. O. Th. 1. S. 196 flg.

27) R. D. H. Schl. §. 63.

28) Nach Gaspari a. a. O. S. 210. hat man, wie es ſcheint, auch in Beziehung auf Religionsübung den status quo des Weſtfäliſchen Friedens anfangs unbedingt feſthalten wollen; insbeſondere aber erklärte ſich Preußen gegen jede „beſchränkende Vorſchrift, die einem vernünftigen Toleranzſyſteme und einer allgemein freyen Religions-Uebung im Wege ſtehen könnte“. Würtemberg hatte zugleich in Antrag geſtellt, daß „auf eine für alle Deutſche Länder und Gebiete, für Herrſchaften und Unterthanen gleich verbindliche Art, der Grundſatz allgemeiner Religions-Duldung, auch voller Genuß bürgerlicher Rechte für jede Religionsgenoſſenſchaft als reichsgeſetzliche Norm aufgeſtellt werden möchte“ (Gaspari a. a. O. S. 215.). Wie man aber dieſem Antrage keine Folge gab, ſo glaubte man noch weniger politiſche Gleichſtellung als Prinzip anerkennen zu dürfen.

war, dem unbefangenen Urtheile, ſelbſt innerhalb der katholiſchen Kirche, kaum als Unglück erſcheinen; jedenfalls war, daß deren Beſitzthum nur zu kirchlichen Zwecken verwendet, und ſo dem wahren Wohle der Kirche wieder gewinnbringend würde, ein eben ſo billiges als gerechtes Verlangen, der Zuſammenhang dieſer Inſtitute mit der ganzen äußeren Organiſation des katholiſchen Kirchenweſens auch noch viel zu eng, als daß nicht, namentlich wo dieſe Klöſter und Stifter zugleich der Mittelpunkt der katholiſchen Religionsübung waren, deren plötzliche und rückſichtsloſe Aufhebung vielfache Intereſſen theils verletzt, theils gefährdet hätte. Bei weitem am fühlbarſten aber waren die Nachtheile, welche aus der Störung der Diöceſanverhältniſſe für Kirchenzucht und Seelſorge, für Beaufſichtigung und Beſetzung des Lehramts und für die Bildung zum geiſtlichen Stande erwuchſen. Nach allen Seiten hin mußte daher auf dem Gebiete des religiöſen Lebens und der kirchlichen Adminiſtration mehr und mehr Unordnung und Verwirrung hervortreten, und in unvermeidlicher Folge der Säculariſation drohte dem bis dahin feſtgegliederten Verbande der katholiſchen Hierarchie auch in Deutſchland ſchnelle Auflöſung.

Um ſo gebieteriſcher war für die geiſtlichen Obern wie für die weltliche Macht die Nothwendigkeit, den kirchlichen Angelegenheiten ihre organiſirende Thätigkeit mit einem Eifer zuzuwenden, welche dem Nothſtande der Kirche, und dem Umfange wie der Schwierigkeit der zu löſenden Aufgabe entſprochen hätte. Auf Geneigtheit des Römiſchen Stuhls zu hülfreicher Mitwirkung mochte man wohl gerechnet haben; hatte doch die Curie für Frankreich und Italien in den mit Napoleon geſchloſſenen Concordaten [29]) zu neuer Organiſation der kirchlichen Verfaſſung die Hand geboten, ausdrücklich ſogar in dieſen Conventionen die Einziehung und Veräußerung des Kirchenguts gebilligt [30]). Eine Zeit lang gewann

29) Das für die Italiſche Republik von Napoleon am 16. Sept. (nicht 1. Juni) 1803 abgeſchloſſene Concordat, in ſeinen Abweichungen von dem Franzöſiſchen eben ſo intereſſant, als in ſeiner Uebereinſtimmung mit demſelben, deſſen unter den Neuern m. W. nur Walter's Lehrbuch des Kirchenrechts beiläufig Erwähnung thut, findet ſich in Martens Recueil Suppl. T. III. p. 558—567.

30) Franz. Conc. v. 1801. Art. 13. und Ital. Conc. v. 1803. Art. 16.

es auch den Anſchein, als ob der Römiſche Hof die kirchlichen Verhältniſſe geordnet zu ſehen wünſche, indem er durch einen außerordentlichen Nuntius mit Baiern, Würtemberg und Baden Verhandlungen anknüpfte, welche theilweiſe ſo weit gediehen, daß es nur noch an der formellen Ratification der betreffenden Conventionen fehlte [31]). Sei es nun aber, daß man in Rom auf die Rückkehr des früheren Zuſtandes der Dinge noch rechnen zu können meinte, und deshalb dem Kirchenraube, wie dort jene Säculariſation erſchien, auch nur den Schein kirchlicher Sanction zu ertheilen ſich ſcheute, oder ſollte ſich bloß von neuem bewähren, daß das Deutſche Reich, von jeher „das Land des Gehorſams“, nicht einmal von der größten Bedrängniß des Römiſchen Stuhls erwarten dürfe, was andern Ländern willig und reichlich gewährt wurde, oder mag Napoleon in der Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, die Rheinbundsfürſten zur Annahme des Franzöſiſchen Concordats zu bewegen, und ſo auch in kirchlicher Hinſicht Deutſchland von Frankreich abhängig zu machen, den Abſchluß der beabſichtigten Conventionen vereitelt haben [32]); bald zeigte es ſich, daß vorerſt auf directe Mitwirkung des päbſtlichen Stuhls zur Reorganiſation der Deutſchen Kirche nicht zu rechnen ſei. Alle Verhand-

---

31) Nur über die Würtembergiſchen Verhandlungen des J. 1807 iſt einiger Aufſchluß gewonnen durch das Circulare, welches von dieſem Hofe, als der päbſtliche Nuntius am Tage vor der Unterzeichnung der Convention ohne hinlängliches Motiv Stuttgardt verließ, an die daſelbſt accreditirten Geſandten gerichtet wurde, und in Winkopp's Rhein. Bund. Th. 6. S. 101 flg. zugleich mit der an den Nuntius gerichteten Note mitgetheilt worden iſt.

32) Zu dieſer Vermuthung führt der Umſtand, daß der Fürſt-Primas in der von ihm im J. 1810 publicirten Schrift: Von dem Frieden der Kirche in den Staaten der Rhein. Conföderation (auch bei Winkopp a. a. O. Th. 15. S. 120 flg. abgedruckt) im §. 6. alles Ernſtes den Vorſchlag macht, und dies als das geeignetſte Mittel zur Herſtellung des Friedens bezeichnet, „wenn der erhabene Protector im Namen der Conföderation und Ihre Päbſtliche Heiligkeit übereinkämen, das franzöſiſche Concordat auch für dieſe Staaten aufzunehmen“. Daß der Fürſt-Primas auch hierbei unter Franzöſiſchem Einfluß gehandelt habe, iſt bei ſeiner bekannten Stellung zu Napoleon eben ſo zu vermuthen, als daraus abzunehmen, daß er eventuell im §. 7., „als die wahrſcheinlich einzige und letzte Hoffnung, die Grenzlinie der Eintracht zwiſchen der geiſtlichen und weltlichen Gewalt zu beſtimmen“, ein allgemeines Concil bezeichnet, wie es bekanntlich im J. 1811 Napoleon zur Beſeitigung der kirchlichen Wirren ſeines Reichs verſuchte.

lungen mit den Deutſchen Fürſten wurden abgebrochen, alle Vorſtellungen des Fürſten-Primas unbeachtet gelaſſen. Dem dringendſten Bedürfniſſe der kirchlichen Verwaltung verſchaffte zwar in den zerſtückelten und verwaiſeten Diöceſen die Beſtellung apoſtoliſcher Vicare einſtweilige Abhülfe; ſonſt aber geſchah für die Zurückführung verfaſſungsmäßiger Ordnung nichts weiter, als daß Pabſt Pius VII. in einem zu Paris am 1. Febr. 1805 gehaltenen Conſiſtorio [33]) die Regensburger Domkirche zur erzbiſchöflichen für ganz Deutſchland erhob, dem ehemaligen Erzbiſchofe von Mainz verlieh, und ſo, ohne jedoch auch nur entfernt des Reichs-Deputations-Hauptſchluſſes zu erwähnen, die in Betreff des Mainzer Stifts daſelbſt gefaßten Beſchlüſſe [34]) weniger beſtätigte, als legaliſirte.

Unter ſolchen Umſtänden würden, da Verlegung der alten Biſchofsſitze, Errichtung neuer und Abänderung der Diöceſangrenzen unvermeidlich und gleichſam Vorbedingung aller weiteren Maaßregeln, ohne den Römiſchen Stuhl jedoch nicht ausführbar war, ſelbſt bei völligſtem Einklange zwiſchen dem Episcopate und der weltlichen Macht ſich definitiver Reorganiſation des katholiſchen Kirchenweſens für längere Zeiten faſt unüberſteigliche Schwierigkeiten entgegengeſtellt haben. Allein auch das Vertrauen des Clerus zu den Regierungen war erſchüttert, und lieber ſchienen die Biſchöfe, wie ſie widerſtandslos ſich dem Verluſte ihrer fürſtlichen Gewalt und des Kirchenguts unterworfen hatten, den unvermeidlichen Nothſtand dulden, als durch unmittelbare Theilnahme an der Umgeſtaltung der kirchlichen Verfaſſung den neuen Zuſtand der Dinge billigen und anerkennen zu wollen. Auf ſich ſelbſt beſchränkt,

---

33) Das Publicandum des Cardinals Caprara, Erzbiſch. v. Mailand, vom 4. Febr., worin ex schedula consistoriali die Verfügung des Pabſtes notificirt wird, ſ. in Münch's vollſtänd. Samml. der Concord. Th. 2. S. 212 flg.

34) Der Primatialwürde geſchicht durchaus keine Erwähnung, ſondern die Regensburger Kirche wird nur cum archiepiscopali dignitate, iurisdictione et superioritate, nec non privilegiis et praerogativis, titulis, honoribus et praeeminentiis, quibus Moguntina sedes eiusque Archiepiscopi legitime ac pacifice potiebantur, zur Metropolitankirche erhoben; gleichwohl hat der Erzbiſchof auch ſpäter officiell (ſ. Münch S. 216.) den Titel eines Primas ſich beigelegt.

erließen die Regierungen Organiſationsedicte in großer Zahl, um möglichſt die kirchliche Verwaltung zu ordnen, namentlich das Verhältniß des Clerus zur Staatsgewalt und die Rechte der landesherrlichen Kirchenhoheit feſtzuſtellen. Je mehr aber dieſe neue Geſetzgebung, wenn auch nicht mit den wohlbegründeten Befugniſſen der Landesherrſchaft oder mit den wahren Rechten und Intereſſen der Kirche, doch mit der bisherigen Organiſation der geiſtlichen Territorien, mit den Lebensanſichten und Gewohnheiten der neuen Unterthanen in Widerſpruch ſtand, um ſo weniger war ſie überhaupt geeignet, das Vertrauen herzuſtellen und zu ſtärken, die zahlloſen Schwierigkeiten zu beſeitigen, welche der Uebergang aus althergebrachten und dadurch gleichſam geheiligten Einrichtungen zu neuen Lebensverhältniſſen jederzeit hervorruft, dem Verfall der Kirchenzucht und der Verwirrung in der kirchlichen Verwaltung Schranken zu ſetzen, geſchweige denn die Verfaſſung der Kirche neu zu ordnen und zu feſt geregelten Zuſtänden zurückzuführen. Unter den Stürmen vollends der politiſchen Ereigniſſe, welche in raſch ſich drängender Folge das Deutſche Reich zertrümmerten und der Mehrzahl der weltlichen Reichsſtände ein ähnliches Schickſal bereiteten, als wenige Jahre zuvor die geiſtlichen Landesherren erfahren hatten, welche in kurzer Friſt die Preußiſche Monarchie dem Untergange nahe brachten, Oeſterreich zu widerſtrebender, wenn auch nicht ohnmächtiger Reſignation zwangen, und den Rheiniſchen Bund fremder Gewaltherrſchaft überlieferten, die blinden Gehorſam mit dem Geſchenke vermeintlicher Souveränität erkauft hatte, und in launenhafter, jedes Recht verſpottender Willkür neue Staaten ſchuf, um nach kurzer Friſt ſie wieder zu zerſtören, konnten alle jene Reorganiſationsverſuche kaum mehr als ein todter Geſetzesbuchſtabe ſein. Erſt als mit den alten Grenzen Deutſchlands Unabhängigkeit wieder erkämpft, Recht und Ordnung zurückgeführt war, als der Congreß zu Wien in neuer Form Deutſchlands Einheit hergeſtellt, und deſſen politiſche Verfaſſung neu geordnet hatte, als Ruhe und Friede dem innern Staatsleben ungetheilte Fürſorge und Thätigkeit wieder zuzuwenden geſtattete; da erſt eröffnete ſich eine ſichrere Ausſicht, daß den gemeinſamen, durch gegenſeitiges Vertrauen geförderten Beſtrebungen der geiſt-

lichen Obern und der weltlichen Macht es gelingen werde, wenn auch nicht alle Wunden zu heilen, welche die ereignißreiche Vergangenheit der katholiſchen Kirche geſchlagen hatte, oder deren Verfaſſung und Verwaltung in einer Weiſe zu ordnen, daß weder Wünſchen noch Tadel Raum bliebe, und jede Differenz für alle Zukunft ausgeſchloſſen wäre, doch dem immer drohenderen Verfall des katholiſchen Kirchenthums ein Ziel zu ſetzen, und auf neuer Baſis demſelben eine feſte, der Lehre und Verfaſſung, der Würde und dem Intereſſe der Kirche nicht weniger, als dem Wohle des Staats und den Rechten der Landeshoheit entſprechende Organiſation zu geben.

§. 4.

Preußen in der Zeit vom Lüneviller Frieden bis zum Wiener Congreſſe.

Reichlicherer Erſatz, als die zu Baſel getroffene geheime Uebereinkunft eventuell in Ausſicht geſtellt hatte, war auch der Preußiſchen Monarchie, um deren Geſchichte bis auf jenen Zeitpunkt fortzuführen, durch den am 23. Mai 1802 mit Frankreich zu Paris geſchloſſenen Vertrag, und durch den Reichsdeputations-Hauptſchluß zu Theil geworden. Auf die Cölniſche Grafſchaft Recklinghauſen verzichtete Preußen wieder [1]), und begnügte ſich mit der kleineren Hälfte des Biſthums Münſter, von welchem ihm nur der öſtliche Theil des ſ. g. Oberſtifts blieb [2]), die übrigen Aemter nebſt dem Unterſtifte oder Emslande zwiſchen den Herzögen von Oldenburg, Aremberg, Croy, Looz-Corswaren und dem Salm'ſchen Hauſe vertheilt wurden [3]). Dagegen aber erhielt Preußen in Weſtfalen das ganze Biſthum Paderborn, nebſt den Reichsabteien Hervorden, Elten, Eſſen, Werden

1) Nebſt einem Theile des Münſterlandes kam Recklinghauſen an den Herzog von Aremberg.

2) Was öſtlich einer Linie lag, die zwiſchen Olphen und Haltern an der Lippe beginnend in ziemlich grader Richtung auf Greven an der Ems lief, und von da bis zur Grenze von Lingen dieſem Fluſſe folgte, fiel an Preußen.

3) Vgl. R. D. H. Schl. §. 3.

und Cappenberg, im Niederſächſiſchen Kreiſe das Bisthum Hildesheim, die Abtei Quedlinburg und die drei Reichsſtädte Goslar, Nordhauſen und Mühlhauſen, von Kurmainz endlich Erfurt nebſt Untergleichen und allen ſonſtigen Thüringiſchen Beſitzungen und Rechten, das Eichsfeld und den Mainziſchen Antheil an der Ganerbſchaft Treffurt[4]).

Ueber die Bedingungen, unter welchen Preußen die Entſchädigungslande zu Paris überwieſen erhielt, iſt bis jetzt Näheres nicht bekannt geworden. Wie aber bei den Regensburger Deputationsverhandlungen die officielle Erklärung erfolgte, daß „die Preußiſchen Entſchädigungen ihre eigenen Verhältniſſe hätten“, und „mit der unbeſchränkten Landeshoheit und Souveränität auf dem nämlichen Fuße, wie der König Seine übrigen Deutſchen Staaten beſitze, übergeben und zur unverweilten wirklichen Beſitznahme eingeräumt und garantirt“ worden ſeien[5]), ſo hatte auch Preußen ſchon vor Eröffnung dieſer Verhandlungen von allen jenen Ländern Beſitz ergriffen. Unter Hinweis auf den Lüneviller Frieden und „weitere Unterhandlungen und getroffene Vereinbarung“, wodurch ihm jene Länder „in ſäculariſirtem Zuſtande“ dergeſtalt „zugetheilt und zugeeignet“ wären, daß dieſelben „auf ewige Zeiten Unſerm Zepter angehören und bei Unſerm Königl. Kurf. Hauſe verbleiben, und Wir und Unſere Nachfolger an der Krone und Kur darin alle ſolche landesherrliche und obrigkeitliche Gewalt, als es in Unſern andern Staaten geſchieht, beſitzen und ausüben“, forderte der König in offnen Patenten die geiſtlichen wie weltlichen Stände und ſämmtliche Einwohner der Entſchädigungslande zur Unterwerfung auf, und wies ſie an, „Uns von nun an als ihren rechtmäßigen König und Landesherrn anzuſehen und zu erkennen, und vollkommenen Gehorſam und alle Unterthänigkeit und Treue zu erweiſen, ſich alles und jedes Recurſes an auswärtige Behörden, unter Vermeidung Unſerer ernſtlichen Ahndung,

4) Der Verluſt wird bei Gaspari a. a. O. auf 48 Q. M., 127000 Einw. und 1400000 Gulden Einkünfte berechnet, der Erwerb dagegen auf 235¾ Q. M., 558000 Einw. und 3800000 Gulden Einkünfte.

5) S. Gaspari a. a. O. Th. 1. S. 186.

gänzlich zu enthalten, und demnächſt, ſobald Wir es fordern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung gehörig zu leiſten“[6]). Bald darauf, jedoch erſt nach dem Abſchluſſe des Deputationsrezeſſes, erfolgte die neue Organiſation dieſer bisher geiſtlichen Territorien, ganz nach dem Vorbilde der alten Provinzen, da die Regierung auch außerhalb des Münſterlandes, deſſen ſtändiſche Verfaſſung der Vertheilung wegen von jener ſalvatoriſchen Clauſel des Reichstages ausdrücklich war ausgenommen worden[7]), ſich durch dieſe überall nicht gebunden erachtete, ſondern ihre Rechte lediglich auf die Pariſer Uebereinkunft gründete, auch bei der Beſitznahme nur ein allgemeines Verſprechen landesväterlicher Fürſorge für das Beſte des Landes ertheilt hatte.

Gleichzeitig mit der Einführung des Allgemeinen Landrechts erging unterm 2. April 1803 ein Reglement zur Vertheilung der Geſchäfte in den Entſchädigungslanden[8]), welches, vorbehältlich der oberſten Direction der verſchiedenen Miniſterialdepartements, die Juſtiz- und Prozeßſachen den neuen Regierungen, alle übrigen Landesangelegenheiten, namentlich „alle geiſtlichen Angelegenheiten ſowohl der Röm.-Katholiſchen als der Proteſtanten nebſt der Aufſicht und Verwaltung über ſämmtliche milden Stiftungen und Kirchen-Aerarien, wie auch die Beſetzung der von Uns als Patron abhängenden geiſtlichen Stellen, imgleichen die Beſtätigung der von andern Patronen zu conferirenden geiſtlichen Stellen, die Wahrnehmung Unſeres landesherrlichen **iuris circa sacra** und alles, was dazu im weitern Sinne gerechnet werden kann, desgleichen die Aufſicht über die Amtsführung der Geiſtlichen, in ſo fern dieſelbe auf Staats- und bürgerliche Angelegenheiten Beziehung hat“, den Kammern überwies[9]). Eine Beſtätigung der ſonſti-

---

6) So lautet das Patent für das Stift Hildesheim und die Stadt Goslar d. d. Königsberg d. 6. Juni, welches aus den Berliner Zeitungen vom 3. Auguſt in der Allg. Zeitung vom 12. Auguſt (No. 224. S. 896.) unter dem Bemerken mitgetheilt iſt, daß „gleiche Patente“ wegen Paderborn's ꝛc. unter demſelben Datum ergangen ſeien.

7) R. D. H. Schl. §. 60. vgl. mit §. 3.

8) S. Nov. Corp. Const. Marchic. T. XI. p. 1573.

9) Reglem. §. 1. 2. u. 5. sub No. 8. u. 9. Zur Beſorgung der geiſtli-

gen Landesverfaſſung, der ſtändiſchen Gerechtſame und anderweitig hergebrachten Einrichtungen iſt, ſo viel bekannt, eben ſo wenig erfolgt, als deren förmliche Aufhebung ausgeſprochen, weder eine Zuſicherung über unveränderte Fortdauer der bisherigen Religionsverfaſſung ertheilt, noch für diejenigen Entſchädigungslande, in welchen bisher das katholiſche Bekenntniß das ausſchließlich herrſchende geweſen war, den Evangeliſchen das Recht freier und öffentlicher Religionsübung und völliger Gleichheit mit den Katholiken ausdrücklich ertheilt worden, wenn ſchon in einzelnen Orten, wie z. B. in Paderborn, Heiligenſtadt kleine evangeliſche Gemeinden nach und nach entſtanden. Je mehr die Einführung des Landrechts und das erwähnte Reglement die nöthige Controlle der kirchlichen Verwaltung ſicherte, wurde nicht einmal eine umfaſſende Reorganiſation des äußern katholiſchen Kirchenweſens für dienlich, wenigſtens nicht für ſo dringend erachtet, als z. B. in dem benachbarten, an Heſſen-Darmſtadt übergegangenen, Herzogthume Weſtfalen, und den dem Herzog von Aremberg zugefallenen Cölniſchen und Münſterſchen Landestheilen. Bis zur Conſtituirung der Bisthümer und Domkapitel, und bis zur Ausarbeitung der Provinzialgeſetzbücher die etwa nöthigen Aenderungen auszuſetzen, durfte mit Recht am rathſamſten erſcheinen; nur in Betreff der geiſtlichen Gerichtbarkeit wurde feſtgeſetzt, daß ſie den Officialaten fortan allein in Ehe- und Sponſalienſachen und eigentlichen **causis ecclesiasticis** zuſtehen, die ihnen, wie z. B. im Münſterſchen, noch verbliebene concurrente Jurisdiction in Civilſachen gänzlich aufhören ſolle[10]. Selbſt von ihrem Säculariſationsrechte machte die Re-

---

chen und Schul-Angelegenheiten ſollten übrigens den Kammern ſachverſtändige Mitglieder beigeordnet werden.

10) In dem angef. Reglement §. 3. No. 3. war über die den Officialaten beizulegende Jurisdiction, namentlich in wie fern die Geiſtlichen „für ihre Perſon in weltlichen und bürgerlichen Angelegenheiten und in Criminalfällen“ den Juſtizcollegien unterworfen ſein ſollten, beſondere Verordnung vorbehalten. So viel bekannt, iſt dieſe nicht ergangen, für Münſter aber durch ein Min.-Reſer vom 30. Nov. 1803, eben ſo allem Vermuthen nach für die anderen geiſtlichen Territorien, die Gerichtbarkeit der Officiale in dem obigen Umfang bis auf weitres anerkannt worden. Vgl. die Abh. über d. Wechſel der Geſetzg. in d. zum Departement des O. L. G. Münſter gehör. Landesth. §. 5. in: v. Kamptz Jahrbücher Bd. 17. S. 136 flg.

gierung, ſoviel darüber bekannt geworden, in engeren Schranken Gebrauch, als der Reichsdeputationsſchluß geſtattet hätte; gleich den geſchloſſenen Frauenklöſtern blieben wenigſtens theilweiſe die weiblichen Stifter unverändert fortbeſtehen, und nur die Mannsſtifter und Klöſter unterlagen mit den Domkapiteln der Penſionirung[11]; officiell erklärte ſogar der König, daß er die in den alten Landen noch beſtehenden Stifter keinesweges aufzuheben, ſondern kraft der darüber erlangten uneingeſchränkten Dispoſition nur ein freies Vergebungsrecht in Anſpruch zu nehmen geſonnen ſei[12]. Eine durchgreifende Reorganiſation der kirchlichen Einrichtungen, wenn damals ſchon unternommen, hätte übrigens auch ſchwerlich ins Leben treten können. Denn nur zu bald folgte der kirchlichen Umwälzung eine Umgeſtaltung aller politiſchen Verhältniſſe, und die kaum gewonnenen neuen Beſitzungen, durch welche die Macht der Preußiſchen Monarchie zwiſchen Elbe und Rhein um ſo feſter begründet erſchien, als faſt alle Norddeutſchen

---

11) Nach dem Reichs- u. Staats-Handb. vom J. 1805 S. 401 flg. iſt Hervorden zwar mediatiſirt, aber in ſeiner Stiftsverfaſſung unverändert beibehalten worden, auch der Aebtiſſin von Eſſen der Fortgenuß aller bisherigen Einkünfte geblieben, dagegen z. B. der Abt von Werden penſionirt worden. Eben ſo wurden, nach v Eß Geſch. d. Bened.-Abtei Huysburg S. 51. u. 90. und Kunze's Geſch des Kl. Hammersleben S. 80., in Magdeb. u. Halberſt. allein die Mannsklöſter im J. 1804, die Frauenklöſter wie z. B. Egeln erſt unter Weſtfäliſcher Regierung aufgehoben. Daſſelbe geſchah nach I. Wolf de archidiac. Heiligenstad. Gött. 1809. §. 5. mit den Stiftern im Eichsfelde.

12) In einem durch eine Eingabe des Halberſt. Domkapitels veranlaßten Cabinets-Reſcr. vom 21. Febr. 1804 (mitgeth. in dem §. 3. Note 8. angef. Verſuche Beil. 15.) heißt es: „Wiewohl Ich nun durch das neueſte Reichsconcluſum zur gänzlichen Aufhebung aller Stifter vollkommen berechtigt bin, ſo bin Ich dennoch entſchloſſen, ſämmtliche Stifter in meinen alten Reichs-Landen, als das beſte Mittel Verdienſte um den Staat zu belohnen, beſtehen zu laſſen, und die darüber erlangte uneingeſchränkte Dispoſition nur dazu anzuwenden, dieſem Belohnungsmittel die größtmöglichſte Ausdehnung zu geben". In dieſer Beziehung wird, unter Verbot weiterer Expectanz-Ertheilung, Reviſion der Statuten anbefohlen, um alle das landesherrliche Collationsrecht beſchränkenden Qualificationen zu beſeitigen, dabei jedoch beſtimmt, daß, wo bisher hoher oder alter Adel erforderlich geweſen wäre, es dabei auch, vorbehältlich des landesherrlichen Dispenſationsrechts, bewenden, und nur bei den Frauenſtiftern, wo „Verſorgung der Dürftigen" Hauptzweck ſei, der Standesunterſchied nicht beachtet werden ſolle.

Reichsſtände ſich ſchon längſt dem politiſchen Syſteme Preußens angeſchloſſen hatten, gingen wenige Jahre darauf mit dem größten Theile der alten Lande im lange verzögerten, und doch unzeitig begonnenen Kampfe gegen Frankreich verloren.

Der Anerkennung der neuen Souveränität Baierns, Würtembergs und Badens, zu welcher Kaiſer Franz im Presburger Frieden vom 26. Dezember 1805 durch die wiederum ſiegreiche Waffenmacht Frankreichs ſich genöthigt ſah, ſchloß ſich ſchon am 12. Juli 1806 die Stiftung des Rheinbundes an, für die Mitglieder, welche, von Kaiſer und Reich ſich losſagend, gegen den Schein einer Abhängigkeit wahre Herrengewalt des fremden Protectors eintauſchten, kaum minder verderblich, als für die große Zahl von Fürſten- und Grafenhäuſern, welche der Bundesvertrag, in offenkundiger, nicht einmal durch den Vorwand unvermeidlicher Nothwendigkeit gerechtfertigter Verletzung unzweifelhaften Rechts, der landesherrlichen Gewalt ihrer ehemaligen Mitſtände unterwarf[13]). Die Auflöſung des Deutſchen Reichs, durch des Kaiſers am 6. Auguſt feierlich ausgeſprochene Niederlegung der Krone[14]) nicht ſowohl vollendet als bekundet, überlebte die, in unheilvoller Neutralität äußerlich bisher gerettete, Macht der Preußiſchen Monarchie nur wenige Wochen. Mit mehr als der Hälfte ſeines Gebiets mußte Preußen am 9. Juli 1807 zu Tilſit[15]) den unglücklichen, in frevelndem Uebermuthe nicht einmal geachteten, Frieden erkaufen; alle Beſitzungen weſtlich der Elbe nebſt dem Cottbuſſer Kreiſe waren in Deutſchland der Preis des Siegers, im Oſten der Monarchie Süd- und Neuoſtpreußen mit dem größten Theile des Netzdiſtriets und den öſtlich der Weichſel belegenen Bezirken Weſtpreußens. Aus den Polniſchen Gebieten entſtand für den zur königlichen Würde erhobenen Kurfürſten von Sachſen das Herzogthum Warſchau; was weſtlich der Elbe theils der Preußiſchen Monarchie, thells als angeblich erobertes Land, ohne Friedensſchluß wie ohne Kriegserklärung, den Häuſern von Heſſen-

13) Rheinbundsacte Art. 24 flg.
14) Martens Recueil Suppl. T. IV. p. 332.
15) Ebend. S. 444. und v. Meyer a. a. O. No. VII.

Caſſel, Oranien, Braunſchweig und Hannover entriſſen war, diente zur Dotation des neu geſchaffenen Königreichs Weſtfalen und zur Erweiterung des Großherzogthums Berg[16]), das, noch vor dem Kriege auf Koſten Preußens errichtet[17]), dieſſeits des Rheines die Reihe jener Schöpfungen eröffnet hatte, in welchen die Willkür des franzöſiſchen Kaiſers, um durch gehorſame Vaſallen ſeine Herrſchaft zu befeſtigen und neue Dynaſtieen ſeines Geſchlechts zu begründen, über die Schickſale der Deutſchen Lande ſchaltete.

Zum bisherigen Gebiete, dem oſtrheiniſchen Cleve und dem Herzogthume Berg, gewann das neue Großherzogthum dieſes Namens die ehemaligen Stiftslande von Elten, Eſſen und Werden, nebſt dem bisher Preußiſchen Antheile von Münſter, von den willkürlich durch Napoleon mediatiſirten Oraniſchen Stammbeſitzungen Siegen, Hadamar und Dillenburg nebſt der einſtigen Reichsſtadt Dortmund, außerdem die Preußiſchen Grafſchaften Mark, Teklenburg und Lingen[18]). Zur Fundirung aber des Weſtfäliſchen Königreichs[19]) dienten, außer den Hannoverſchen und Braunſchweigiſchen Erb- und Entſchädigungslanden[20]), außer den Heſſen-Caſſelſchen Beſitzungen[21]), der

16) Nur einzelne bisher Preußiſche Beſitzungen wurden andern Herren zu Theil; ſo kam, wie früher ſchon Anſpach, am 29. Juni 1810 auch Baireuth an Baiern; das Erfurter Gebiet blieb proviſoriſch im Franzöſiſchem Beſitz; Oſtfriesland ward mit Jever ſchon am 11. Novbr. 1807 dem Königreiche Holland zugeſchlagen.

17) Im Februar 1806 hatte Preußen, anſcheinend freiwillig und gegen überreichen Erſatz durch ganz Hannover, das oſtrheiniſche Cleve und Anſpach an Frankreich abgetreten, welches ſich für letzteres von Baiern das Herzogthum Berg cediren ließ, um es mit erſterem zu einem Herzogthum Cleve-Berg zu erheben. S. v. Lancizolle's Ueberſicht S. 92.

18) Ebend. S. 101. Im J. 1811 kam noch Recklinghauſen als mediatiſirtes Gebiet hinzu (ebend. S. 106.).

19) Das Errichtungsdecret vom 18. Auguſt 1807, welchem am 15. Nov. deſſelben Jahres die wirkliche Errichtung folgte, ſ. bei Marter . l. l. p. 491—96.

20) Von jenen waren anfangs nur Göttingen, Grubenhagen und Osnabrück zur Dotation beſtimmt, bis am 14. Januar 1810 auch die übrigen Landestheile an Weſtfalen überwieſen wurden.

21) Nur Hanau und Katzenellenbogen wurden ausgenommen, erſteres

nun mediatiſirten Grafſchaft Rietberg, und dem bisher Oraniſchen Stiftsgebiete von Corvey, von alt Preußiſchen Landen die Altmark, das Herzogthum Magdeburg links der Elbe [mit Barby und Gommern vermehrt, welche Sachſen als Aequivalent für den Cottbuſſer Kreis abtrat[22])], Halberſtadt nebſt Hohenſtein, die Grafſchaft Mansfeld mit Einſchluß des gleichfalls für Cottbus abgetretenen bisher Sächſiſchen Antheils, das Fürſtenthum Minden und die Grafſchaft Ravensberg, von Preußiſchen Entſchädigungslanden dagegen die Stiftsgebiete von Paderborn, Hildesheim und Quedlinburg[23]), das Eichsfeld und die drei ehemaligen Reichsſtädte Mühlhauſen, Nordhauſen und Goslar. Nur kurzen Beſtand jedoch hatte die neue Territorialeintheilung; denn nachdem ſchon am 15. Juli 1808 der Großherzog von Berg ſein ganzes Land an Napoleon überlaſſen, dieſer es, um ihm den Schein ſelbſtſtändiger Exiſtenz zu erhalten, dem erſt fünfjährigen Prinzen Louis von Holland verliehen hatte, wurden mit der Einziehung des Königreichs Holland im Juli des J. 1810 die dazu geſchlagenen Deutſchen Gebiete förmlich dem Franzöſiſchen Kaiſerreiche einverleibt[24]), und der berüchtigte Senatsbeſchluß vom 13. Dezember deſſelben Jahres[25]), der fremden Staaten Recht wie das der eignen Schöpfungen mit gleicher Willkür verſpottend, erklärte den größten Theil Norddeutſchlands bis zu dem weſtlichen Ufer der Oſtſee hin zur Franzöſiſchen Provinz[26]).

---

dem Fürſten-Primas zu Theil, das letztere proviſoriſch unter Franzöſiſcher Verwaltung belaſſen.

22) S. v. Lancizolle a. a. O. S. 101. u. 102.

23) Hervorden wird nicht beſonders genannt und ſcheint als Beſtandtheil von Ravensberg angeſehen worden zu ſein.

24) S. v. Lancizolle a. a. O. S. 102. u. 105.

25) Bei Martens l. l. Suppl. T. V. p. 346.

26) Eine Linie, welche beim Zuſammenfluſſe des Rheins und der Lippe beginnend, dieſem Fluß bis Haltern folgte, von da, oberhalb Telgte die Ems überſchreitend, der Werre zuzog, dieſes Flüßchen abwärts bis zur Weſer oberhalb Preußiſch-Minden lief, und, erſt dem Laufe der Weſer folgend, von Stolzenau quer herüber nach dem Einfluſſe der Stecknitz in die Elbe, von da aber zur Mündung der Trave gezogen wurde, trennte alle nördlich derſelben belegenen Gebiete von Deutſchland.

§. 6.

Herſtellung und gegenwärtiger Beſtand der Preußiſchen Monarchie.

Innerhalb eines Jahrzehnts ſeit Vernichtung der Deutſchen Hierarchie hatten die territorialen und politiſchen Verhältniſſe Deutſchlands, im Norden faſt mehr noch als im Süden, eine Umgeſtaltung erfahren, welche, hätte nicht auch hier gegen den Buchſtaben der in reicher Flut ſich ergießenden Geſetze und Decrete ſich der ſtill erfolgreiche Widerſtand der Sitte und Volksanſicht, des Rechts und Herkommens wieder im Leben bewährt, kaum eine Erinnerung an den früheren Zuſtand möchte übrig gelaſſen haben. Nur vier Deutſchen Staaten, Oeſterreich, Preußen, Dänemark und Schweden war es geglückt, wenigſtens eine ſelbſtſtändige Exiſtenz und den äußeren Schein der Unabhängigkeit zu behaupten; das übrige Deutſchland war dem Franzöſiſchen Reiche einverleibt, oder doch, in dem allmählich erweiterten Rheinbunde vereint[1]), zu willenloſem Gehorſam unterworfen. Von den geiſtlichen Territorien war, nachdem ſchon die Rheinbundsacte die Johanniter-Ordensgüter eingezogen, im J. 1809 ein Napoleoniſches Decret die Aufhebung des Deutſchen Ordens verfügt hatte[2]), mit dem Vertrage, welcher die gegen Verluſt von Regensburg mit Fulda und Hanau erweiterten Beſitzungen des Fürſten-Primas in ein weltliches Großherzogthum verwandelte[3]), der letzte Ueberreſt verſchwunden, deſſen die Säculariſation des J. 1803 geſchont hatte; keine der ehemaligen freien Reichsſtädte war noch übrig. Vier reichsfürſtliche Geſchlechter, die beiden Welfiſchen Linien nemlich, Naſſau-Oranien und das Heſſen-Caſſelſche Haus, hatte die Willkür Napoleons ihres geſammten Beſitzthums beraubt[4]), über

1) Vgl. v. Lancizolle a. a. O. S. 95.

2) Das den Deutſchen Orden betreffende Decret vom 24. April 1809 ſ. bei Martens Suppl. T. V. p. 201.; über die Säculariſation des Groß-Priorats zu Heitersheim vgl. Rheinb.-Acte Art. 19.

3) Den zwiſchen Frankreich und dem Fürſten-Primas am 16. Febr. 1810 zu Paris geſchloſſenen Vertrag, welcher dem Stiefſohne Napoleons die Nachfolge in das neue Großherzogth. Frankfurt zuſicherte, ſ. bei Martens Suppl. T. V. p. 241.

4) Vgl. v. Lancizolle a. a. S. 99. u. 101.

neunzig fürſtliche, gräfliche und freiherrliche Häuſer, darunter Aremberg, Oldenburg, Salm und andere, welche ſelbſt früher dem Rheinbunde angehört hatten, ihrer landesherrlichen Gerechtſame entſetzt und mediatiſirt[5]. Auf vier und dreißig ſouveräne Rheinbundsſtaaten und jene vier Europäiſch-Deutſche Mächte war die Zahl der regierenden Häuſer beſchränkt, welche zwanzig Jahre vorher, ungerechnet die große Zahl geiſtlicher Herren und vier und funfzig Reichsſtädte, noch auf einhundert und drei und vierzig reichsſtändiſche Landesherrſchaften ſich belaufen hatte[6]. Kein einziges von allen jenen Ländern hatte ſeine alten Grenzen behalten, kaum eines oder das andere die inneren Einrichtungen der früheren Zeit bewahrt; gebieteriſcher Nothwendigkeit, wirklichen und vermeintlichen Rechten der neu erworbenen Souveränität, blinder Nachäfferei Franzöſiſchen Vorbildes war vielmehr in den meiſten Staaten die althergebrachte Landes- und Rechtsverfaſſung gewichen, für wahre Regeneration aber des Staats und der Kirche in mitten der ununterbrochenen Kriegsunruhen und bei ſteter Ungewißheit der nächſten Zukunft wenig oder nichts geſchehen.

So fand das Rettungsjahr 1813 die Deutſchen Lande. Die Geſchichte des heldenmüthigen Kampfes, in welchem Preußen mit dem geſammten Deutſchland durch blutige Opfer ſeine Unabhängigkeit erkaufte und zwanzigjährige Schmach tilgte, der in der Hauptſtadt Frankreichs erſtrittenen Friedensſchlüſſe[7], welche das linke Rheinufer Deutſcher Hoheit zurückgaben, der Wiener Congreß-Verhandlungen, die zwar nicht allen billigen Erwartungen, geſchweige den maaß- und zielloſen Wünſchen Vieler entſprachen, noch jedes im Laufe zweier Jahrzehnten geſchehene Unrecht tilgen konnten, aber doch das Deutſche Vaterland zu dem preiswürdigen

5) Ein Verzeichniß der mediatiſirten Häuſer, von denen einige, wie z. B. Iſenburg, von der Leyen, es erſt nach Auflöſung des Rheinbundes geworden ſind, während andere, wie Oranjen und Oldenburg, wieder in ihre Souveränitätsrechte eintraten, giebt v. Lancizolle a. a. O. S. 149 flg.

6) S. die Ueberſicht der Deutſchen Reichsſtände im Jahre 1792 ebendaſ. S. 10—12.

7) Martens Recueil Suppl. T. VI. p. 1—18., v. Meyer a. a. O. No. IX. und XII.

gen Ziele neu befeſtigter Einheit und innerer Ruhe führten [8]), der faſt zahlloſen Verträge endlich, durch welche theils ſchon während jener Kämpfe und Verhandlungen, theils ſeitdem die verſchiedenen Deutſchen Staaten bald ganze Provinzen, bald einzelne Diſtricte und Ortſchaften, ſeltner nach natürlichen Grenzen oder geſchichtlicher Verbindung, als nach Ertragsfähigkeit und Seelenzahl ein- und austauſchten, um neues und altes Beſitzthum abzurunden [9]); — alles dieſes liegt theils der Erinnerung zu nahe, theils zu ſehr außerhalb des Kreiſes unſrer Aufgabe, als daß eine zuſammenhängende Darſtellung erwartet werden könnte. Einzelnes wird, ſo weit es in näherer Beziehung zu der, nach vollendetem Friedenswerke begonnenen, Reorganiſation der katholiſchen Kirche Preußens ſteht, der ſpäteren Erörterung eingefügt werden dürfen; hier wird es genügen, in gedrängter Zuſammenſtellung das Reſultat darzulegen, welches die Pariſer Friedensſchlüſſe, die Wiener Congreß-Verhandlungen und die mit der Mehrzahl der Deutſchen Staaten geſchloſſenen Separatverträge für den zeitigen Territorialbeſtand der Preußiſchen Monarchie, im Vergleich zu dem früheren Beſitzthum wie zu den alten Deutſchen Reichsgebieten, herbeigeführt haben.

Im Oſten der Monarchie gewann Preußen nur einen kleinen Theil ſeiner früheren Polniſchen Beſitzungen wieder, außer Danzig und Thorn nemlich und den im J. 1807 abgetretenen Theilen Weſtpreußens und des Netzdiſtricts, nur die weſtlich der Prosna und einer von deren Einfluſſe in die Warthe bis zur Südgrenze des Netzdiſtricts reichenden Linie belegenen, ehemals Südpreußiſchen Gebiete, welche das Großherzogthum Poſen bilden ſollten, und in politiſcher Hinſicht durch ihre Lage, in kirchlicher dadurch für Preußen von beſonderer Wichtigkeit waren, daß,

8) Vgl. überhaupt J. L. Klüber's Ueberſicht der diplom. Verhandl. des Wiener Congreſſes, Frkf. a. M. 1816. Die Wiener Congreß-Acte vom 9. Juni 1815 ſ. bei Martens l. l. p. 379—432. u. v. Meyer a. a. O. No. VIII.

9) Eine Ueberſicht dieſer Verträge u. ſ. w. giebt v. Lancizolle a. a. O. S. 108 flg. Sämmtliche auf Preußen bezügliche Territorial-Tractate ſind in einem Anh. zur Geſ.-Samml. für die Pr. Staaten Jahrg. 1818 zuſammengeſtellt.

wie mit den Weſtpreußiſchen Landen der Culmer Biſchofsſitz, ſo auch die Bisthümer Gneſen und Poſen unter Preußiſche Hoheit zurückfielen [10]). Einen neuen Zuwachs erhielt dagegen Preußen für ſeine öſtlichen Provinzen durch Schwediſch-Pommern und Rügen, welche Schweden im Kieler Frieden zur Entſchädigung für Norwegen an Dänemark überlaſſen hatte, Preußen von dieſem gegen das von Hannover erhaltene Herzogthum Lauenburg eintauſchte [11]).

Weſtlich der Elbe hatte Preußen bereits im October des J. 1813 (mit Ausnahme nur Baireuths, welches gleich Anſpach bei Baiern verblieb) ſowohl alle durch den Tilſiter Frieden verlorne alte Provinzen, als die im J. 1803 gewonnenen Entſchädigungslande wieder in Beſitz genommen. In Folge des am 14. Juni d. J. mit England geſchloſſenen Reichenbacher Allianz-Tractats verzichtete aber Preußen ſpäter zu Gunſten Hannovers, welches Lauenburg, das von der Altmark enclavirte Amt Klötze und das ehemals Osnabrücker Amt Reckeberg mit Wiedenbrück abtrat, auf Oſtfriesland, auf die niedere Grafſchaft Lingen, nebſt den zwiſchen der Ems und Lingen belegenen Münſterſchen Beſitzungen, und auf das Bisthum Hildesheim nebſt Goslar, außerdem noch, in Folge eines ſpäteren Abkommens, auf den nördlichſten Theil des Eichsfeldes, d. h. die Aemter Lindau und Gieboldhauſen, und das Gericht Duderſtadt [12]). Alles übrige alte Beſitzthum, von dem bloß die weſtliche Hälfte Gelderns und ein kleiner Diſtrict von Cleve nebſt

10) Wiener Congreß-Acte Art. 1. u. 2. Das Bisthum Wrazlawck, für Preußen wegen ſeiner faſt ganz Weſtpreußen umfaſſenden Diöceſanrechte eben ſo wichtig, als jene Bisthümer, blieb bei Polen und unter Ruſſiſcher Hoheit.

11) Wiener Vertrag vom 4. Juni 1815 in Martens Recueil Suppl. T. VI. p. 349.

12) Vertrag zu Wien vom 29. Mai 1815 (ebend. p. 316) und Vertrag zu Paris vom 23. Septbr. 1815 (ebend. p. 652.). Auf das anfangs an Preußen abgetretene Hannoverſche Amt Elbingerode ward in dem zweiten Vertrage wieder verzichtet; eben ſo mußte der urſprüngliche Plan aufgegeben werden, auch das von der Altmark enclavirte Amt Calvörde, und das zwiſchen dem Hohnſteinſchen belegene Amt Walkenried, beide Braunſchweigiſches Beſitzthum, zu gewinnen.

Sevenaer dem Königreiche der Niederlande abgetreten wurde[13]), ſo wie, mit Ausnahme Hildesheim's, die im J. 1803 gewonnenen Entſchädigungslande blieben auch in Folge der definitiven Regulirung der Territorial-Verhältniſſe unter Preußiſchem Scepter[14]). Zur Entſchädigung aber für die Verluſte in Polen, und zur Verknüpfung, wie Abrundung der weſtlichen Provinzen gewann Preußen zugleich zwiſchen Oder und Maas bedeutende Gebiete verſchiedenartigſten Urſprungs.

Dieſſeits der Weſer überwies der zu Wien am 18. Mai geſchloſſene Vertrag an die Preußiſche Monarchie, als Herzogthum dieſes Namens, die größere Hälfte des Königreichs Sachſen: die ganze Niederlauſitz, einſchließlich des ſchon früher wieder in Beſitz genommenen Cottbuſſer Kreiſes, und von der oberen Lauſitz den größeren Theil, die nördlichſten Diſtricte des Meiſſener und Leipziger Kreiſes, den ganzen Kurkreis nebſt der früher an das Königreich Weſtfalen abgetretenen Grafſchaft Barby und dem Amte Gommern, faſt das ganze Gebiet der Stifter Merſeburg und Zeitz, den Sächſiſchen Antheil an Mansfeld und das Fürſtenthum Querfurt, den Kurſächſiſchen Antheil der Grafſchaft Henneberg, den Thüringiſchen endlich und Neuſtädter Kreis[15]), welcher letztere aber, mit Ausnahme nur des Amtes Ziegenrück, nebſt einzelnen Aemtern des Thüringiſchen Kreiſes und den der Hatzfeldiſchen Familie gehörigen, aber Sächſiſcher Hoheit unterworfenen Herrſchaften Blan-

---

13) Der am 31. Mai 1814 von dem König der Niederlande mit Oeſterreich, Preußen, England und Rußland zu Wien abgeſchloſſene Vertrag (Martens l. l. p. 327.) ſetzte feſt, daß beide Ufer der Maas den Niederlanden gehören, und die Preußiſchen Beſitzungen, welche früher theils bis an, theils über die Maas gereicht hatten, mindeſtens 800 Rheinl. Ruthen vom Fluß entfernt bleiben ſollten.

14) Vgl. Wiener Congr.-Acte Art. 23., wo die an Preußen zurückkehrenden alten Provinzen und Gebiete aufgezählt werden. Mit Halberſtadt gewann Preußen auch die ehemalige Reichsbaronie Schauen bei Oſterwick, welche, urſprünglich dem Kloſter Walkenried gehörig, nach mehrfachem Herrenwechſel ſeit dem J. 1689 der freiherrlichen Familie von Groten gehörte (Büſching's Erdbeſchreibung Th. 9. S. 624—26.).

15) Ueber die Demarcationslinie vgl. den angef. Vertrag Art. 2. (Martens Suppl. T. VI. p. 272.) und Wiener Congreß-Acte Art. 15.

kenhayn und Kranichfeld an das Großherzogthum Weimar überlaſſen wurden [16]).

Zu Gunſten Preußens verzichtete ferner das auf den Thron des neuen Königreichs der Niederlande berufene Naſſau-Oraniſche Haus auf alle Deutſchen Stammbeſitzungen und den größten Theil der im J. 1803 erworbenen Entſchädigungslande [17]). Von den letzteren behielt jedoch Preußen nur das Gebiet der ehemaligen Reichsſtadt **Dortmund** und das Territorium des Stifts **Corvey**, während von Fulda, ſo weit es überhaupt an Preußen gekommen, einzelne Ortſchaften an Weimar, der größere Theil an Heſſen-Caſſel übergingen [18]). Von den Oraniſchen Stammlanden aber blieb allein das Fürſtenthum **Siegen**, und dies nicht einmal vollſtändig, unter Preußiſcher Hoheit, indem die übrigen Fürſtenthümer und Beſitzungen, zugleich mit der von Heſſen-Caſſel eingetauſchten niedern Grafſchaft Katzen-Ellenbogen [19]), den fürſtlichen Häuſern Naſſau-Uſingen und Weilburg abgetreten wurden, welche dagegen theils auf ehemals **Trieriſche** und **Cölniſche** Beſitzungen dieſſeits des Rheins, theils auf ihre Landeshoheit über mehrere Gebiete der während des Rheinbundes mediatiſirten Fürſtenhäuſer **Wied**, **Solms** und **Sayn-Wittgenſtein** verzichteten [20]).

Durch Austauſch gegen ein auf dem linken Ufer des Rheins anfangs gewährtes Gebiet gewann Preußen dieſſeits dieſes Stromes noch von Heſſen-Darmſtadt das ehemals Cölniſche Herzog-

---

16) Vertrag zu Paris vom 22. Sept. 1815 (Martens Suppl. T. VII. p. 323.) vgl. mit Wiener Congreß-Acte Art. 39. — Ueber die im Ganzen nicht erheblichen Abtretungen an und von Schwarzburg vgl. die zu Berlin am 15. und 19. Juni 1816 geſchloſſenen Verträge (Martens Suppl. T. VIII. p. 229. u. 236.).

17) S. den Note 15. angeführten Vertrag Art. 5. u. Wiener Congreß-Acte Art. 25.

18) Vgl. den zu Caſſel mit Kurheſſen geſchloſſenen Vertrag vom 16. Oct. 1815 (Martens Suppl. T. VII. p. 331.).

19) Nur der kleine weſtlich des Rheins belegene Theil dieſer Grafſchaft mit S. Goar blieb bei Preußen.

20) Wiener Vertrag zwiſchen Preußen und Naſſau-Uſingen und Weilburg vom 31. Mai 1815. Art. 1. (Martens Suppl. T. VI. p. 333.), wo die einzelnen Aemter und Ortſchaften, jedoch ohne ſpecielle Hervorhebung der ſtandesherrlichen, aufgezählt werden.

thum Weſtfalen nebſt der ſeit der Franzöſiſchen Zeit damit verbundenen Landeshoheit über die Standesherrſchaften Wittgenſtein[21]). Außerdem aber überwies die Wiener Congreß-Acte dem Preußiſchen Hauſe Stadt und Gebiet von Wetzlar[22]), das Großherzogthum Berg mit den dazu gehörigen Herrſchaften und einigen ehemals Cölniſchen Beſitzungen, und die Souveränität über die im J. 1803 den Häuſern Aremberg, Salm, Croy, Looz-Corswaren überwieſenen Gebiete des ehemals Münſterſchen Oberſtifts, über die früher Cölniſche Grafſchaft Recklinghauſen und die Grafſchaften Steinfurt und Rietberg, ſo wie über die ehemaligen Reichsherrſchaften Anholt, Gehmen, Gimborn, Gronau, Gütersloh, Homburg, Neuſtadt und Rheda[23]).

Als Großherzogthum Nieder-Rhein ward endlich der Preußiſchen Monarchie der größte Theil der auf dem linken Rheinufer wieder gewonnenen Deutſchen Länder zugeſchlagen[24]); ein Gebiet, deſſen Grenze, in Südweſten ſpäter durch die Franzöſiſchen Abtretungen des zweiten Pariſer Friedens noch erweitert[25]), zwiſchen Nimwegen und Emmerich anhebend, in geringer Entfernung und ziemlich paralleler Richtung die Maas aufwärts ſteigend, von Roermonde ab über Waldfeucht, zwiſchen Sittard und Gangolt hindurch, über Herzogenrath und weſtlich vor Aachen und Eupen vorbei, zwiſchen Stablo und Malmedi hindurch der Our

21) Verträge zwiſchen Heſſen-Darmſtadt und Preußen und Oeſterreich zu Wien vom 10. Juni 1815 und zu Frankfurt vom 30. Juni 1816 (Martens Suppl. T. VI. p. 459. u. T. VII. p. 73.).

22) Mit den ſtandesherrlich Solmſiſchen Beſitzungen bilden ſie, abgeſehen von dem ehemals Paderborner, mitten im Lippeſchen belegenen Amte Schwalenberg, die einzige von den Hauptlanden getrennte Parcelle der weſtlichen Provinzen.

23) Wiener Congreß-Acte Art. 24. 42. u. 43.

24) Vgl. das Preuß. Beſitznahme-Patent vom 5. April 1815 und das Oeſterreich-Bairiſche Uebergabe-Patent vom 28. Mai 1815 (Martens Suppl. T. VI. p. 310—16) mit Wiener Congreß-Acte Art. 25. und dem Pariſer Protocoll vom 3. Novbr. 1815 Art. 2. u. 6. (ebend. p. 668.).

25) Auf dem rechten Moſelufer ſollte anfangs die Grenze die Saar aufſteigen und zwiſchen Hermeskeil und Wadern hindurch der Glan zuziehen, dieſer aber dann von unterhalb Lauterecken an folgen.

zuzieht, dann dieſes Flüßchen und die Sure abwärts und längs der Moſel bis Perl läuft, von hier, erſt auf dem linken Ufer der Saar, dann von oberhalb Saarbrück längs dieſes Fluſſes ſich hinzieht, und unterhalb Saargemünd in nordweſtlicher Richtung dem Rheine zuwendet, welchen ſie, auf dem rechten Ufer der Blies aufwärts ſteigend, dann überſpringend in das Gebiet der Glan, und erſt dieſem Fluſſe, nachher der Nahe folgend, bei Bingen erreicht[26]). Den Hauptbeſtandtheil dieſes Gebiets bildeten vor Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich, außer den alt Preußiſchen Landen Cleve, Geldern und Mörs, geiſtliche und Pfalz-Bairiſche Beſitzungen. Mit den Gebieten der ehemaligen Abteien Prüm, Cornelis-Münſter, Burtſcheld und Malmedi, einem kleinen Theile der Lütticher Stiftslande, und einigen ehemals Mainziſchen Dorfſchaften iſt alles, was Kur-Trier und Kur-Cöln weſtlich des Rheines beſaßen, vollſtändig an Preußen gekommen. Von dem Herzogthume Jülich iſt nur ein unbedeutender Strich des unmittelbar an die Maas angrenzenden Gebiets mit den Niederlanden vereinigt worden, von den im Kurrheiniſchen Kreiſe belegenen Beſitzungen des Pfalz-Bairiſchen Hauſes dagegen nur der kleinere Theil der eigentlichen Kur-Pfalz und des Fürſtenthums Zweibrücken, Veldenz aber und Simmern nebſt der Grafſchaft Sponheim größtentheils unter Preußiſche Herrſchaft gekommen. Außerdem umfaßt auf dem linken Ufer die Rheinprovinz einzelne, jedoch im ganzen unbedeutende, Theile von Lothringen, Luxemburg und Limburg, faſt die ganze ehemals Naſſauiſche Grafſchaft Saarbrücken, verſchiedene Gebiete der Wild- und Rheingrafen, Fürſten von Salm, den weſtlich des Rheins belegenen Theil der

26) In dem Pariſer Protocolle mußte Preußen dafür die Befriedigung mehrerer kleineren Staaten übernehmen. Mecklenburg-Strelitz verzichtete im J. 1819 gegen Geld-Entſchädigung auf das ihm anfangs zugedachte Gebiet; das für Sachſen-Coburg gebildete Fürſtenthum Lichtenberg iſt im J. 1834 von Preußen wieder erworben. Innerhalb des obigen Gebiets beſtehen daher nur noch das Großherz. Oldenburgiſche Fürſtenthum Birkenfeld und die Heſſen-Homburgiſche Herrſchaft Meiſenheim, jenes ganz von Preußen umgeben, letztere längs der Glan an Rhein-Baiern angrenzend. Vgl. v. Lancizolle's Ueberſ. S. 128. u. 129.

früher Heſſiſchen Grafſchaft Katzen-Ellenbogen, das frühere Fürſtenthum Aremberg, und außer den beiden ehemaligen Reichsſtädten Aachen und Cöln die früher reichsunmittelbaren, zum Theil auch reichsſtändiſchen, Grafſchaften und Herrſchaften Blankenheim, Krichingen, Manderſcheid, Newenar, Reifferſcheid, Virneburg und Veilſtein, Bretzenheim, Dyck, Dachſtuhl, Dreyß, Freudenberg, Gerolſtein, Hörſtgen, Junkerath, Kerpen, Lommerſum, Mechernich, Mylendonk, Olbrück, Pirmont, Reineck, Saffenberg, Schleiden, Schönau, Schwanenberg, Wickerath und Winneburg.

An Grund und Boden deckte den Verluſt in Polen dieſer Erwerb am Rheine, in Weſtfalen und Sachſen nicht einmal mit Einſchluß der früheren Entſchädigungslande; um mehr als ein Achtel war das Areal der Monarchie gegen deren Umfang beim Tode König Friedrich Wilhelm's II. vermindert[27]). Der Volkszahl nach[28]), an innerem Reichthum und politiſcher Bedeutung war dagegen der Gewinn deſto größer, und wie nachtheilig auch bei weit geſtreckter Lage die Theilung der Monarchie in eine öſtliche und weſtliche Hälfte blieb, ſo hatten doch die rheiniſch-weſtfäliſchen Lande an Geſchloſſenheit und Abrundung gewonnen. Die neu erworbenen Gebiete, zwanzig Jahre vorher noch über ſiebenzig verſchiedenen Landesherrſchaften angehörig[29]), mit den alten

27) Von Manſo a. a. O. Th. 1. S. 388. wird für das J. 1797 die Größe des Landes (einſchließlich wohl der damals erſt proviſoriſch an Frankreich überlaſſenen Cleve-Geldernſchen Lande) auf 5800 Q. M. angegeben; gegenwärtig beträgt die Monarchie nach Hoffmann's Bevölkerung des Preuß. Staats. Berl. 1839 S. 17. (ausſchließlich Neufchatels, aber einſchließlich des Fürſtenthums Lichtenberg von resp. 13 u. 10 Q. M.) nur 5077 Q. M. Geringer würde der Ausfall nach der Berechnung v. Zedlitz-Neukirch's (der Preußiſche Staat in allen ſeinen Beziehungen Berl. 1835 flg.) ſein, indem hier Th. 1. S. 119. die Größe des Staats für das J. 1797 nur auf 5212 Q. M. angegeben wird.

28) Im J. 1817 betrug ſie nach Hoffmann's Ueberſicht der Bodenfläche ꝛc. Berlin 1819 S. 6. 10½ Millionen, während Manſo a. a. O. die Volkszahl für das J. 1797 nur auf 8½ Millionen berechnet.

29) In v. Laucizolle's Ueberſicht S. 139. findet ſich eine Zuſammenſtellung theils der einzelnen reichsſtändiſchen oder doch reichsunmittelbaren Territorien, aus welchen die Preußiſche Monarchie in

Stammlanden zu Einem Ganzen zu verſchmelzen, war die nächſte Aufgabe, jedoch um ſo ſchwieriger, als in Sitte und nationeller Anſicht, in religiöſem Glauben und geiſtiger Bildung, in politiſcher Geſinnung wie im rechtlichen Verkehr mannichfache Gegenſätze auszugleichen und zu vermitteln blieben, als trotz der zerſtörenden Wirkung, welche die kirchlichen und politiſchen Ereigniſſe der letzten Decennien geübt hatten, der Verſchiedenheit faſt mehr war, als der Uebereinſtimmung. Wie auf dem Gebiete der Rechts- und Staats-Verfaſſung Preußens Regierung jene Verſchmelzung verſucht hat, wie weit ſie gelungen ſei, liegt außerhalb unſrer Aufgabe. Nur die Reorganiſation des katholiſchen Kirchenweſens und die Erörterung der Quellen, auf welchen der heutige Rechtszuſtand der katholiſchen Kirche Preußens beruht, wird den Gegenſtand der weiteren Darſtellung bilden, zuvor aber nöthig ſein, in ähnlicher Weiſe, wie für die alten Provinzen in den beiden erſten Büchern verſucht worden, eine Ueberſicht zu gewinnen über die kirchlich-politiſchen Schickſale jener neuen Lande, unter denen, neben Jülich und Berg[30]), die Sächſiſch-Thüringiſchen Erwerbungen und die ehemals geiſtlichen Territorien von Trier, Cöln, Münſter, Paderborn und Corvey als der Mittelpunkt ſich darſtellen, an welchen die Geſchichte der kleineren Gebiete, ſo weit überall einer Erwähnung bedürftig, ſich anknüpfen ſoll.

---

ihrem gegenwärtigen Beſtande zuſammengeſetzt iſt, theils der Landesherrſchaften, welche am 1. Januar 1792 innerhalb der jetzigen Grenzen Landeshoheit beſaßen. Der erſteren werden, ohne Preußen und Polen, 125 namhaft gemacht, die letzteren auf 20 geiſtliche und 51 weltliche Landesherrſchaften (einſchließlich des Preußiſchen Hauſes) und 6 Reichsſtädte, im Ganzen ohne die reichsritterſchaftlichen Häuſer auf 77 angegeben.

30) Die politiſche und kirchliche Geſchichte dieſer Länder, mit der von Cleve und Mark eng verbunden, iſt bereits oben Buch I. Kap. 3. berückſichtigt worden.

Zweites Kapitel.

Thüringen, Sachſen und Lauſitz.

§. 1.

Geſchichte der Landgrafſchaft Thüringen und Markgrafſchaft Meiſſen bis zu deren Vereinigung mit der Sächſiſchen Kur.

In dem Thüringer Lande, ſeit dem ſechſten Jahrhunderte oſtfränkiſche Provinz, im achten der chriſtlichen Lehre gewonnen und der geiſtlichen Obhut des Mainzer Stifts untergeben, tritt nach Auflöſung der alten Gauverfaſſung unter den gräflichen Dynaſtieen ſeit der zweiten Hälfte des elften Jahrhunderts immer entſchiedener hervor das Geſchlecht des Grafen Ludwig's des Bärtigen im Weſtergau, dem weſtlichen Theile des Thüringer Waldes. Zu dem bedeutenden Beſitzthume, welches er ſelbſt durch Kauf und Heirath im Umfange des ſpäteren Herzogthums Gotha und um Sangerhauſen erworben hatte, gewannen ſeine Enkel Ludwig III. und Heinrich Raspe anſehnliche Güter in Heſſen, und ſchon im J. 1130 erhob mit Zuſtimmung der Fürſten Kaiſer Lothar den Grafen Ludwig III. zur Würde eines Landgrafen von Thüringen [1]), mit welcher funfzig Jahre ſpäter ſein Geſchlecht die Sächſiſche Pfalzgrafſchaft vereinigte [2]). Im Genuſſe fürſtlicher Ehren übten die Landgrafen ſeitdem die herzoglichen Rechte im ganzen Umfange Thüringens, deſſen Grafen und Herren wie Prälaten, großentheils den Landgrafen lehnspflichtig oder doch deren Vogtei untergeben, die von ihnen gehaltenen Landtage beſuchen, und deren Heerbanns- wie oberſte Gerichtsge-

1) Vgl. Böttiger's Geſch. des Kurſtaats und Königr. Sachſen Th. 1. S. 94 — 106., Eichhorn's Deutſche Staats- u. Rechts-Geſch. Th. 2. §. 240. No. IV.

2) Böttiger a. a. O. S. 161.

walt anerkennen mußten [3]). Nur der Mainzer Kirche, deren Beſitzungen im Erfurter Gebiete bis zur Gründung des dortigen Marienſtifts durch Bonifacius hinaufreichen mögen [4]), für das Eichsfeld dagegen in Heiligenſtadt und dem Amte und Schloſſe Ruſteberg ihren Ausgangspunkt haben, und aus der Zeit der Ottonen herzurühren ſcheinen [5]), ſicherte die kirchliche und politiſche Stellung ihrer Prälaten Unabhängigkeit von der fürſtlichen Gewalt des landgräflichen Hauſes, und eignen Erwerb voller Landeshoheit.

Ueber die alten Thüringiſchen Marken öſtlich der Saale und Unſtrut hat das landgräfliche Haus fürſtliche Hoheit zu gewinnen weder vermocht, noch auch nur verſucht. Nach Gero's Tode [6]) war hier die vielfach wechſelnde markgräfliche Würde in Verfall gerathen, jenſeits der Elbe zuletzt Deutſche Herrſchaft ganz verſchwunden; das alte Markengebiet zerſtückelte ſich nach und nach in eine große Zahl erblicher Grafſchaften und Herrſchaften, kaum durch einen ſchwachen Schein markgräflicher Hoheit mit einander verbunden. In vorderſter Linie ſtehen ſeit dem elften Jahrhundert die Grafen von Ascanien und Wettin, denen, durch bedeutenden Hausbeſitz und neue Eroberungen begünſtigt, allmählich auch die Herſtellung des markgräflichen Anſehns gelang. Nur von kurzer Dauer war aber das Uebergewicht, welches Albrecht der Bär ſeinem Hauſe auch in dieſen Gegenden gab; denn ſchon mit der Theilung unter ſeinen Söhnen ging es wieder verloren, ohne daß ſelbſt der Erwerb des Herzogthums Sachſen es herzuſtellen, oder mehr als die fürſtliche Unabhängigkeit der Ascani-

---

3) Ebend. S. 167 flg. vgl. mit S. 102., wo die bedeutenderen Grafen- und Herren-Geſchlechter in Thüringen namhaft gemacht werden.

4) Daß die Anſprüche des Mainzer Stifts auf Landeshoheit über Erfurt aus grundherrlichen Gerechtſamen entſprangen, ſteht wenigſtens feſt (Heinemann die ſtatutar. Rechte für Erfurt und ſein Gebiet. Erf. 1822. S. 24.); die fünf ſ. g. Küchendörfer, welche bis auf die neueſte Zeit für den kurfürſtlichen Haushalt frohn- und abgabepflichtig waren, und ſo recht eigentlich zur *mensa episcopalis* gehörten, mögen wohl die älteſten Mainziſchen Beſitzungen im Erfurter Gebiete ſein.

5) Joh. Wolf's polit. Geſch. des Eichsfeldes Th. 1. S. 95—98.

6) Ueber die Geſch. dieſer Marken nach Gero's (ſ. oben B. I. K. 1. §. 1.) Tode vgl. Böttiger a. a. O. S. 46 flg. 71 flg. 106 flg.

ſchen Erblande zu bewirken vermocht hätte [7]). Deſto glücklicher war das Wettiniſche Haus, welches allmählich faſt das geſammte Gebiet zwiſchen Saale und Elbe erwarb, ſelbſt über dieſen Strom hinaus ſeine erbliche Herrſchaft erweiterte, und mit jenen Thüringiſchen Marken im dreizehnten Jahrhundert die Landgrafſchaft Thüringen, im funfzehnten das Herzogthum Sachſen und die Kurwürde vereinigte.

Schon zu Anfang des elften Jahrhunderts beſaßen die Grafen von **Wettin**, als deren urkundlicher Stammvater Graf **Dietrich I.** erſcheint, neben dem Erbgute an der untern Saale die Grafſchaft im öſtlichen Hasgau zwiſchen Wipper, Saale und dem Salzſee, ſo wie die Grafſchaften Eilenburg und Brena. Die Verleihung der **Oſt-Mark** an Graf **Dietrich II.** gab zwar, namentlich in den öſtlichen Gegenden oder der ſpäteren **Niederlauſitz**, weder geſicherten noch bedeutenden Beſitz, aber doch neben der perſönlichen Unabhängigkeit Anſpruch auf die Vogtei über das Biſthum **Merſeburg**, und die wohl gegründete Hoffnung, alle jene Grafſchaften in erbliches Beſitzthum zu verwandeln. Wichtiger wurde der Erwerb der Markgrafſchaft **Meiſſen**, welche Kaiſer **Heinrich IV.** dem Wettiniſchen Grafen **Heinrich** dem ältern von Eilenburg verlieh; zu dem ſehr bedeutenden, zwiſchen Mulde und Elbe dadurch erworbenen Territorium war die Vogtei über das Biſthum **Meiſſen** eine nicht werthloſe Zugabe, von noch größerer Bedeutung die fürſtliche, mit der markgräflichen Würde gewonnene Gewalt [8]). Alle dieſe Erwerbungen des Wettiniſchen Hauſes vereinigte Heinrich's Neffe, Markgraf **Conrad der Große**, behauptete ſie in glücklichem Kampfe, und erweiterte ſie zwiſchen Elſter und Mulde durch das Gebiet von Pegau, Zwickau und Rochlitz, jenſeits der Elbe durch die ihm von Kaiſer **Conrad III.** verliehenen Landſchaften Miſani und Budiſſin, d. h. die Gegend von Dresden und den weſtlichen Theil der ſpäteren Oberlauſitz [9]). Doch ſchon mit ſeinem Tode ging ſeinem Geſchlech-

(Margin: † 982; 1030; 1090; 1123 bis 1157)

7) S. oben Buch I. Kap. 1. § 2—4. u. Böttiger a. a. O. S. 299 flg.
8) Vgl. Böttiger a. a. O. S. 81 flg.
9) Hierüber, wie über die Theilung unter Conrad's Söhnen vgl. Böttiger a. a. O. S. 118—132. u. S. 88 flg.

te die Oberlauſitz wieder für Jahrhunderte verloren [10]); von
Kaiſer Friedrich I. dem Herzoge Wladislaw von Böhmen
verliehen, ſeit dem J. 1234 im Beſitz der Brandenburgiſchen As-
canier, blieb ſie nach deren Erlöſchen bis ins ſiebzehnte Jahrhun-
dert mit Böhmen vereinigt, und nur in kirchlicher Verbindung mit
Meiſſen [11]). Nachtheiliger noch drohte der Wettiniſchen Macht
die Theilung unter den fünf Söhnen Conrad's zu werden, welche
Kaiſer Heinrich VI. zu benutzen ſuchte, um bei des Meiſſener
1195 Markgrafen Albrecht's kinderloſem Tode deſſen Vatersbru-
der Dietrich, Beſitzer von Eilenburg und der Niederlauſitz, von
der Erbfolge auszuſchließen, und die Mark als erledigtes Reichs-
lehn einzuziehen. Indeß trotz aller Bedrängniß behauptete Dit-
1209 trich ſein gutes Recht an Meiſſen; das Ausſterben der Rochlitzer
Linie vereinigte, bis auf das Stammbeſitzthum und die Grafſchaft
Brena, die Wettiniſchen Länder wieder in Einer Hand, und zu hö-
1225 herer Macht denn zuvor erhob ſich ſchon unter Heinrich dem Er-
bis lauchten das markgräfliche Haus, weniger durch den Pfand-
1288 beſitz des ſ. g. Pleiſſner Landes, einer Reichsvogtei zwiſchen Saale
und Elſter im heutigen Altenburger Gebiete [12]), als durch den An-
fall der Thüringer Landgrafſchaft, auf welche Heinrich, als
Schweſterſohn des letzten Landgrafen, Kaiſers Heinrich Ras-
pe, bei deſſen Tode im J. 1247 Anſprüche erhob, und nach lan-
gen Verhandlungen und Kämpfen gegen Heinrich's Bruderstoch-
ter, Sophia von Brabant, glücklich behauptete. Gegen Ver-
zicht auf die rheiniſchen Güter und auf das, ſpäter vom Kaiſer
1292 zur Landgrafſchaft erhobene, Heſſiſche Beſitzthum erhielt Markgraf

---

10) Böttiger a. a. O. S. 229 flg. — S. auch unten §. 5.

11) Nur das Zittauer Gebiet war immer bei Böhmen geblieben, und mag dies vorzugsweiſe dazu Anlaß gegeben haben, daß dieſer Theil der oberen Lauſitz nicht zur Diöceſe Meiſſen, ſondern zu Prag gehörte, wenigſtens zwiſchen beiden Kirchen ſtreitig blieb. Vgl. (Budaei) Singularia histor. litter. Lusatiae. Lpz. 1732. Th. 1. S. 428 flg., Chr. Knauth der Oberlauſ. Sorbenwenden Kirchengeſch. Görl. 1767. S. 74. u. J. G. Müller's Verſ. einer Oberlauſ. Reformat.-Geſch. Görl. 1801. S. 23.

12) Böttiger a. a. O. S. 153. — Dieſes Gebiet wurde zwar im J. 1291 von König Rudolf eingelöſet, aber im J. 1311 erwarb es Friedrich der Gebiſſene wieder. (ebend. S. 213. u. 19.)

Heinrich im J. 1268 mit den Thüringiſchen Lehn- und Allodial-
gütern die Landgrafſchaft und die Sächſiſche Pfalzgrafſchaft, und ge-
wann damit ein Territorium, welches von der Werra bis gegen
die Oder ſich erſtreckte, und das Wettiniſche Haus zu einem der
mächtigſten erhob [13]). Aber noch bei ſeinen Lebzeiten trat in Folge
der Theilung mit ſeinen Söhnen, Albrecht dem Unartigen, 1262
Diezmann und Friedrich dem Kleinen, jählings der Verfall oder
der Dynaſtie ein; das Beiſpiel der Wettiner und Brena'ſchen 1265
Stammvettern, welche ihr Beſitzthum, jene an das Magdeburger 1280
Erzſtift, dieſe an das Sächſiſche Herzogshaus verkauften, fand 1290
während der jahrelangen inneren Kriege, und bei den Streitigkeiten
mit Brandenburg auf der einen, mit Kaiſer Adolph von Naſſau
auf der andern Seite, in einem ſolchen Umfange Nachfolge, daß
das Ausſcheiden des Wettiniſchen Hauſes aus der Reihe der Deut-
ſchen Fürſten faſt zu fürchten ſtand. Nur der muthigen Ausdauer
Friedrich's mit der gebiſſenen Wange verdankte es ſeine Er-
haltung. Nach langen Kämpfen erſtritt er den Beſitz faſt aller
von ſeinem Großvater, Heinrich dem Erlauchten, beſeſſenen Länder;
bloß die Niederlauſitz, deren Verkauf an das Brandenbur-
giſche Haus er förmlich genehmigen mußte, ging verloren, und 1312
beim Erlöſchen der Ascaniſchen Dynaſtie mit der Mark auf das
Wittelsbacher Haus, von dieſem durch Kauf im J. 1370 auf Kai-
ſer Carl IV. über, welcher ſie gleich der Oberlauſitz dem
Königreiche Böhmen einverleibte [14]).

Ungetheilt blieb das geſammte Beſitzthum, welches Friedrich
durch das Land an der Orla, den ſpäteren Neuſtädter Kreis, ver-
mehrte, noch unter der Regierung ſeines Sohnes Friedrich's 1324 bis
des Ernſten, und gemahnt durch jene traurigen Erfahrungen, 1349
einigten ſich auch deſſen Söhne gemeinſchaftlicher Regierung, wel-
che, für alle von Friedrich dem Strengen als dem Aelte-
ſten geführt, durch mancherlei Erwerbungen, namentlich der ihm
von ſeiner Gemahlinn Catharina von Henneberg zugebrachten

13) Vgl. über die ſpätere Geſchichte Thüringens und deſſen Anfall an Meiſſen Böttiger a. a. O. S. 180—200.

14) Das nähere ſ. ebendaſ. S. 202 flg. u. 273 flg.

Coburger Pflege, gewinnbringend wurde. Erſt der Tod Friedrich's veranlaßte eine förmliche Theilung zwiſchen ſeinen Brüdern **Balthaſar**, welcher Thüringen, und **Wilhelm**, welcher Meiſſen erhielt, und ſeinen drei Söhnen, welchen der Chemnitzer Vertrag vom 13. Novbr. 1382 nur das kleine Oſterland nebſt Landsberg überwies. Schon im J. 1407 fiel aber dieſer neuen Oſterländiſchen Linie durch **Wilhelm's** unbeerbten Tod die Hälfte der
1440 Meiſſener Mark, drei und dreißig Jahre ſpäter mit **Friedrich's des Einfältigen** Tode die andere Hälfte und das Thüringer Land zu [15]), und inzwiſchen hatte **Friedrich der Streitbare**, der älteſte unter jenen Oſterländiſchen Brüdern, als die Linie der
1422 Herzöge von Sachſen-Wittenberg erloſch, unter allen Prätendenten bei Kaiſer **Sigismund** den Sieg davon getragen, und am 1. Auguſt 1425 die feierliche Belehnung mit der Kur und dem Sächſiſchen Herzogthume, mit der Pfalzgrafſchaft Sachſen und der Magdeburger Burggrafſchaft, ſo wie mit der altwettiniſchen Grafſchaft Brena erhalten [16]).

§. 2.

Stellung der Land- und Markgrafen zum weltlichen und geiſtlichen Herrenſtande.

Oeſtlich der Werra, zwiſchen Harz und Thüringer Wald bis an die Grenzen der Lauſitz, war ſo im Laufe von vier Jahrhunderten der größte Theil des alten Markengebiets unmittelbares Beſitz-

---

15) Vgl. überhaupt **Böttiger** a. a. O. S. 241 flg. Damals wurde auch Meiſſen durch die Colditzer und Dohnaer Herrſchaften, Thüringen durch Hildburghauſen, Heldrungen und andere Fränkiſch-Brandenburgiſche Beſitzungen, ſo wie durch die heimgefallene Grafſchaft Kefernburg vermehrt.

16) Ebend. S. 310 — 12. Mit dem Herzogthume Sachſen fiel der ſ. g. Kurkreis, urſprünglich größtentheils Ascaniſches Hausgut, welchem ſpäter die Grafſchaft Brena zugeſchlagen wurde, an Meiſſen. Die Sächſiſche Pfalzgrafſchaft gewährte, da inzwiſchen Lauchſtädt an das Stift Merſeburg gekommen war, nur den Beſitz von Allſtädt. Zur Magdeburger Burggrafſchaft, deren Gerechtſame über das Stift ſelbſt und die Städte Magdeburg und Halle ſpäter Gegenſtand langjähriger Streitigkeiten waren, bis Sachſen unter Vorbehalt des Titels und Wappens ſich derſelben im J. 1579 begab, gehörten die damals größtentheils verpfändeten Aemter Gommern, Elbenau, Ranis und Plötzkau.

thum des Wettiner Hauſes geworden, deſſen reichsſtändiſches Anſehn, in der mark- und landgräflichen Würde an ſich ſchon feſt begründet, durch die Erwerbung der Kur noch geſteigert. Von dem zahlreichen Herrenſtande dieſer Gegenden waren viele Geſchlechter erloſchen, und deren Beſitzungen in die Hände der Landgrafen gekommen. Die noch erhaltenen Dynaſtieen der Grafen von Mansfeld, Schwarzburg, Gleichen, Stollberg und Hohnſtein, der Herren von Reuß-Plauen, Querfurt, Schönburg u. ſ. w. erkannten die fürſtliche Oberhoheit des Wettiner Hauſes um ſo williger an, als man damals noch nicht die herzogliche Gewalt zu wahrer Landeshoheit zu ſteigern ſuchte, noch aus der Lehnspflicht eine volle Landſäſſigkeit herzuleiten gemeint war [1]); völliger Unabhängigkeit und unbeſtrittener landesfürſtlicher Gewalt genoß nur das Askaniſche Haus. Unter den Städten hatten zwar manche Reichsunmittelbarkeit zu behaupten oder zu gewinnen verſucht; gelungen war es indeſſen bloß den beiden Städten Mühlhauſen und Nordhauſen, von denen jene ſchon im J. 1337 das Reichsſchultheißenamt nebſt allen ſonſtigen kaiſerlichen Gerechtſamen an ſich zu bringen gewußt hatte [2]), während über Nordhauſen das Reichsſchultheißenamt den Landgrafen von Thüringen, die Reichsvogtei den Grafen von Hohnſtein zuſtand [3]). Selbſt die durch ausgebreiteten Handel mächtige Stadt Erfurt, obwohl im Genuſſe mancher regaliſchen Rechte, im funfzehnten Jahrhunderte ſogar durch Beſcheidung auf die Reichstage ſtillſchweigend als Reichsſtadt anerkannt [4]), ver-

---

1) Ueber die ſpäteren Rezeßverhandlungen mit dem Herrenſtande zur Feſtſtellung von deſſen ſtaatsrechtlichem Verhältniſſe zum Reiche und zu Kur-Sachſen vgl. v. Römer's Staatsrecht und Statiſtik des Churf. Sachſen Th. 1. S. 82 flg.

2) Grasshoff de originibus atque antiquitatibus Muehlhusae. Lpz. 1749. p. 91.

3) Das Reichsſchulzen-Amt hat im J. 1542 Kurfürſt Johann Friedrich widerkäuflich der Stadt überlaſſen; die Vogtei, welche nach Ausſterben der Hohnſteiner Grafen im J. 1600 Sachſen erhielt, im J. 1697 aber an Brandenburg abtrat, hat die Stadt erſt im J. 1715, zugleich mit allen ſonſtigen Gerechtſamen Brandenburgs, für 50000 Rthlr. erkauft. Vgl. Weiße Geſch. der churſächſ. Staaten Th. 2. S. 54. und (Leſſer) Hiſtor. Nachrichten von Nordhauſen. Lpz. 1740. S. 395 flg.

4) So nach Lünig's Reichsarch. Cont. IV. Th. 2. S. 457 flg. nament-

mochte nicht zu unbeſtrittener Unabhängigkeit zu gelangen. Wie gering immer Anſehn und Einfluß der Mainzer Erzbiſchöfe war, ſo blieb ihnen doch neben andern althergebrachten Gerechtſamen die Gerichtbarkeit, welche ein ſtiftiſcher Schultheiß verwaltete [5]); wenig half auch der Stadt bei ihren faſt ununterbrochenen Streitigkeiten mit dem Stifte die ſtets bereite Unterſtützung der benachbarten Dynaſten und der Thüringiſchen Landgrafen [6]), da dieſe weniger die Unabhängigkeit der Stadt wünſchten, als den wachſenden Beſitz der Mainzer Kirche fürchteten, und auch ihre eignen Rechte, die Grafen von Gleichen die Erbvogtei über die Stadt, die Landgrafen ihre Lehnshoheit über viele zum Stadtgebiet gehörige Ortſchaften und die fürſtliche Schutzhoheit, zu wahrer landesherrlicher Gewalt auszudehnen ſuchten.

Gleich den weltlichen Herren und den ſtädtiſchen Communen waren der landesfürſtlichen Schutzhoheit die geiſtlichen Stifter unterworfen. Die Biſthümer Meiſſen, Merſeburg und Naumburg-Zeitz, obwohl kaiſerliche Stiftung der Ottonen, verdankten gleich den Märkiſchen ihren Beſtand und den Territorialbeſitz, zu welchem ſich allmählich die urſprüngliche Dotation erweitert hatte, vor allem dem Schutze und den Vergabungen der Markgrafen, und wie ſehr auch ihr Anſehn, in der nord- und ſüdthüringiſchen Mark durch deren Zerſtückelung in ſelbſtſtändige Graf- und Herrſchaften, noch mehr im Meiſſener Lande lange Zeit durch das Uebergewicht der Böhmiſchen Fürſten gefährdet war, ſo hatten doch die Biſchöfe, je mehr ſie gerade damals des Schutzes bedürftig waren, ſich der markgräflichen Vogtei nicht entziehen mögen,

lich von Sigismund und Friedrich III., welcher letztere die Stadt ſogar förmlich zum Widerſtande gegen Mainz ermunterte (ſ. Heinemann a. a. O. S. 17. und Weinrich's kurzgef. Geſch. v. Erfurt S. 46.).

5) Bei Bewilligung eines ſelbſtgewählten Stadtraths durch Biſchof Gerhard I. im J. 1258 (ſ. Weiße a. a. O. Th. 1. S. 296.), eben ſo in ſpäteren Verhandlungen, z. B. den Concordaten mit Gerhard II. v. J. 1289 (bei Lünig a. a. O. S. 435.), wird die Gerichtbarkeit des Schultheißen vorbehalten.

6) Die in großer Zahl von der Stadt geſchloſſenen Schutzbündniſſe, in deren einem v. J. 1277 ſich die Grafen von Gleichen ganz unbeſchränkt das Eigenthum der Stadt Erfurt beilegen, ſ. bei Lünig a. a. O. S. 430 flg.

mögen, ſeit aber das Wettiniſche Haus dieſe Würde zur anfänglichen Bedeutung wieder erhoben hatte, ſich davon zu befreien nicht einmal vermocht [7]). Im Beſitze landesherrlicher Gerechtſame über die Inſaſſen der Stiftsterritorien, erkannten die Biſchöfe gleichwohl die Heergewalt der Markgrafen und deren oberſte Gerichtbarkeit [8]) an; auf den von dieſen ausgeſchriebenen Landtagen erſchienen ſie gleich dem weltlichen Herrenſtande, und ſteuerten dem Reiche nicht unmittelbar, ſondern nur „zu Handen“ der Markgrafen, bewilligten dieſen auch Landbeden von ihren Unterthanen [9]). Von alter Zeit her ſcheint auch bei Beſetzung der biſchöflichen Stühle das markgräfliche Haus ein Commendationsrecht (wahrſcheinlich ein Ueberreſt der alten, mit der herzoglichen Gewalt früher verbundenen Inveſtitur-Rechte) gehabt zu haben, ſo daß ohne Zuſtimmung des Landesfürſten keine Wahl von den Kapiteln vorgenommen werden durfte; doch mag dies Recht nicht ſowohl auf urkundlichem Anerkenntniſſe, als auf bloßem Gebrauche, überhaupt der Inhalt der Vogteigerechtſame mehr auf unbeſtimmtem Herkommen beruht haben. Je mehr aber die Sächſiſchen Fürſten auch gegen die Biſchöfe ihre Erbſchutzrechte [10]) zu wahrer Landeshoheit

---

7) Die Ausbeute, welche die neueren Sächſ. Geſchichtſchreiber über dieſe Verhältniſſe geben, iſt ſehr dürftig, da ſie dieſelben nur bei Gelegenheit des erſten Verſuchs zur Säcularisation der Sächſiſchen Stifter berühren, und ſich faſt ausſchließlich auf die, zur Widerlegung der behaupteten Reichsunmittelbarkeit, dem Reichstage übergebene ſ. g. „Sammtſchrift“ des Sächſiſchen Hauſes vom 17. Juni 1541 (bei Hortleder Th. 1. S. 1294 flg. und auszugsweiſe in Pfeffinger Vitriar. illustr. T. I. p. 1222 sq.) ſtützen. Da indeß die damaligen Gegenſchriften weniger den factiſchen Sachverhalt in Frage geſtellt, als die daraus gezogenen Folgerungen beſtritten haben, ſo kann jene Schrift um ſo mehr als Beleg gelten, als ſie durch einzelne Thatſachen auch der früheren Zeit unterſtützt wird. Vgl. überhaupt Weiße a. a. O. Th. 3. S. 131 flg., Weber's ſyſt. Darſt. des im K. Sachſen geltenden Kirchenrechts Th. 1. S. 131 flg. u. Römer a. a. O. Th. 2. S. 49 flg.

8) In den Stiftslanden iſt die Appellation an das Reichskammergericht noch in ſpäterer Zeit ſtreitig geweſen, jedoch wenigſtens electiv mit einer Berufung an die landesfürſtlichen Hofgerichte nachgegeben worden, bis die perpetuelle Capitulation ſie gänzlich ausſchloß. Vgl. Stieglitz das Recht des Hochſt. Meiſſen u. ſ. w. Lpz. 1834. S. 20.

9) Weiße a. a. O. Th. 2. S. 864 flg.

10) Dieſe haben die Biſchöfe bei den ſpäteren Conteſtationen nicht in

zu erweitern ſuchten, je mehr namentlich das Meiſſener Stift, im factiſchen Genuſſe kirchlicher Immedietät[11]), ſich ganz den übrigen Deutſchen Prälaten[12]) gleichſtellte, war wohl ſchon im funfzehnten Jahrhundert zu ähnlichen Conteſtationen über das ſtaatsrechtliche Verhältniß der Landesſtifter häufig Anlaß gegeben, als ſpäter in Folge der Reformation auf den Reichstagen zu öffentlicher Verhandlung kamen. Noch weniger gelang es den Markgrafen, über die theils innerhalb, theils an den Grenzen ihres Gebiets belegenen Beſitzungen der beiden Erzſtifter Magdeburg[13]) und Mainz oberhoheitliche Rechte zu gewinnen.

Außer dem Erfurter Gebiete, über welches freilich, gleich wie über die Stadt, die Landeshoheit beſtritten blieb, da viele Ortſchaften Thüringiſches Lehn waren, hatten die Erzbiſchöfe

---

Abrede genommen; daß aber Sächſiſcher Seits auf den dem Markgrafen von den Biſchöfen zuweilen gegebenen Titel eines „Landes-Fürſten" der Anſpruch auf volle Landeshoheit hat gegründet werden wollen, erſcheint eben ſo wenig gerechtfertigt, als wenn man darin, daß die Biſthümer zuweilen als in temporali dominio der Markgrafen belegen bezeichnet werden, einen entſcheidenden Beweis dafür gefunden hat, ſie ſeien auch de territorio Saxonico geweſen.

11) Das Exemtions-Privilegium, welches Johann XIII. ſchon im J. 968 dem Meiſſener Stifte ertheilt haben ſoll (ſ. u. a. bei Lünig a. a. O. Spic. eccl. Cont. I. p. 833. u. Pfeffinger l. l. T. I. p. 1221.), iſt entweder unecht, oder daraus zu erklären, daß anfangs die Errichtung der Metropolitankirche Schwierigkeiten fand, und der Pabſt nur von vorn herein die Mainzer Anſprüche ausſchließen wollte. Daß Meiſſen ſpäter Immedietät genoſſen habe, wird allgemein anerkannt (ſ. Weber a. a. O. S. 131.), und mag das Privil. de non evocandis subditis, welches Bonifacius IX. im J. 1404 auch für die geiſtlichen Gerichte dem Meiſſenſchen Hauſe ertheilte, hierzu mitbeigetragen haben, obwohl darauf, wie Weber a. a. O. S. 134. richtig bemerkt, wohl nur die Nothwendigkeit einer Delegation in höherer Inſtanz hätte gegründet werden können. Uebrigens wird noch in dem Provinciale omnium ecclesiarum exemplatum a libro cancellariae apostolicae aus dem Ende des 15ten Jahrh. Meiſſen unter den Suffraganen von Magdeburg aufgeführt.

12) Von dieſen übten, außer dem Erzſtifte Mainz, innerhalb der Land- und Markgrafſchaft Diöceſanrechte, ſüdlich des Thüringer Waldes die Biſchöfe von Bamberg und Würzburg, an der untern Saale der Erzbiſchof von Magdeburg und der Biſchof von Halberſtadt, auf dem rechten Elbufer von oberhalb Wittenberg an der Biſchof von Brandenburg. Mit Unrecht nennt Weber a. a. O. S. 131. auch noch den Havelberger Biſchof, und die von ihm erwähnten Stifter Lebus und Prag hatten nur in einem Theile der Lauſitz Diöceſanrechte.

13) S. oben B. I. Kap. 1. §. 1. S. 24. u. §. 2. S. 29.

von Mainz bereits bis zum dreizehnten Jahrhundert, in raſcher Folge kleinerer und größerer Erwerbungen, faſt das ganze ſpätere Ober-Eichsfeld an ſich gebracht. Im vierzehnten Jahrhundert aber wurde das Stiftsterritorium nicht bloß nach Norden, im ſ. g. untern Eichsfelde, durch die Duderſtädter Mark, die Aemter Gieboldhauſen und Lindau, und ſelbſt über die Grenzen Thüringens hinaus durch das Gebiet von Nörten und Hardenberg, ſondern auch gegen Oſten durch Ankauf von Worbis, im Süden aber durch Treffurt und Dorla erweitert, welche mit Hülfe von Sachſen und Heſſen erobert, ſeitdem in ganerbſchaftlicher Gemeinſchaft blieben [14]). Unter der Verwaltung eines kurfürſtlichen Statthalters [15]) bildete das Eichsfeld, vor den übrigen Stiftslanden namentlich durch ſeine, dort ganz unbekannte, landſtändiſche Verfaſſung [16]) ausgezeichnet, damals ſchon ein geſchloſſenes Territorium; das Erfurter Gebiet dagegen war, ehe auch hier an die Stelle des provisor allodii ein kurfürſtlicher Statthalter trat und für die Landesverwaltung eigne Behörden beſtellt

14) Genauere Nachrichten über dieſe allmählichen Erwerbungen finden ſich bei Wolf a. a. O. Th. 1. S. 104—143. u. Th. 2. S. 1—63. Ueber die Ganerbſchaft Treffurt vgl. auch Weiße a. a. O. Th. 2. S. 63.

15) Ueber die Rechte dieſes Vicedom oder Oberamtmanns (ſo benannt, weil anfangs nur Adminiſtrator des Stiftsguts), welcher bis 1540 auf Schloß Ruſteberg ſeinen Sitz hatte und die geſammte Verwaltung führte, bis gleichzeitig mit der Verlegung nach Heiligenſtadt durch Beiordnung von Räthen das Vicedom- oder Ober-Amt eine collegialiſche Verfaſſung erhielt, und die Gerichtbarkeit dem Ober-Landgerichte unter bloßem Vorſitz des Vicedom übertragen wurde, vgl. Wolf a. a. O. Th. 1. App. Doc. No. 27. u. Th. II. S. 86 flg.

16) Bemerkenswerth iſt dieſe landſtändiſche Verfaſſung noch dadurch, daß dem Prälatenſtande dieſes kleinen Territorii eine ſehr ausgedehnte Theilnahme zukam. Außer der Benedictiner-Abtei Gerode (geſt. zu Anfang des 12ten Jahrh.) und dem Ciſterzienſerkloſter Reiffenſtein (geſt. 1162), deren Aebte abwechſelnd den Vorſitz auf dem Landtage führten, gehörten zur Prälatencurie die beiden Collegiatſtifter zu Heiligenſtadt und Nörten (beide aus dem Anf. des 11ten Jahrh.), das Benedictiner-Nonnenkloſter zu Zelle, und die drei Ciſterzienſer-Nonnenklöſter Büren (um das J. 1200 hieher verlegt), Teiſtungenburg (geſt. 1260) und Annenrode (geſt. 1268), und wie dieſe letzteren durch ihre Pröbſte, ſo übten auch die Landpfarrer durch einen aus ihrer Mitte erwählten Deputirten Sitz und Stimme auf dem Landtage. Vgl. Wolf a. a. O. Th. 2. S. 113 flg. und deſſen Abh. de archidiac. Heiligenstad. Götting. 1809. §. 5.

wurden [17]), mehr als ſtiftiſche Grundherrlichkeit anzuſehen, genoß indeſſen nicht weniger als jenes Gebiet völliger Exemtion von der landesfürſtlichen Gewalt der Landgrafen.

Gleich den Ländern der übrigen weltlichen und geiſtlichen Herren, auch dieſes, mitten in ihrem Territorio belegene, Beſitzthum der Mainzer Kirche ihrer oberen Schutzhoheit zu unterwerfen und dadurch wahre Landeshoheit zu gewinnen, war allerdings des neuen Sächſiſchen Herzogshauſes Wunſch und Streben, und hätte vielleicht gelingen können, wäre nur Friedrich's des Streitbaren Mahnung, die glücklich wieder vereinigten Wettiniſchen Länder ungetheilt zu laſſen, von ſeinen Nachkommen nicht hintangeſetzt worden. So aber kam es ſchon im J. 1445 zwiſchen Friedrich dem Sanftmüthigen und ſeinem Bruder Wilhelm, welcher Thüringen erhielt, zur Theilung, bald ſogar zu gegenſeitiger Entfremdung. Noch einmal gewährte im J. 1482 der Rückfall Thüringens den Söhnen Friedrich's die Möglichkeit bleibender Vereinigung des geſammten Beſitzthums, führte indeſſen ſchon nach drei Jahren von neuem, und nun für immer zur Theilung [18]). Dem älteren Bruder Ernſt überwies der Leipziger Vertrag vom 17. Januar 1485, außer der Kurwürde und den Kurländern, Thüringen, die Fränkiſchen und Vogtländiſchen Beſitzungen, den oberen Theil des Pleiſſener Landes, und mehrere Meiſſener Aemter [19]); die Markgrafſchaft Meiſſen dagegen nebſt dem größeren Theile des dazu gehörigen Gebiets, den nord- und weſtlichen Gegenden des Pleiſſener Landes, und den Aemtern, welche ſpäter den Thüringiſchen Kreis bildeten [20]), fiel an den jün-

17) Vgl. Heinemann a. a. O. S. 44 flg. u. 383., Weinrich a. a. O. S. 103 flg. u. 118 flg., und Büſching's Erdbeſchr. Th. 6. S. 543 flg.

18) Vgl. über dieſe und die frühere Theilung Böttiger a. a. O. S. 323—343. u. Weiße a. a. O. Th. 2. S. 356 flg.

19) Im Pleiſſener Lande die Aemter Borna, Altenburg und Zwickau, außerdem theils an der Mulde, theils zwiſchen dieſer und der Elbe die Aemter Colditz, Grimma, Eilenburg, Düben, Torgau, Schildau und Dommitſch.

20) Die Aemter Camburg, Eckardsberga, Freiburg, Gr. Furra, Jena, Sachſenburg, Sangerhauſen, Thamsbrück, Tennſtedt, Weiſſenfels und Weiſſenſee.

geren Bruder Albert; jede Linie erhielt die Lehnshoheit über die innerhalb ihres Territorii belegenen Graf= und Herrſchaften, die ältere die Schutzvogtei über Naumburg, die jüngere aber Merſeburg, während die über das Bisthum Meiſſen nebſt einigen andern Gerechtſamen und einzelnen Gebieten im gemeinſchaftlichen Beſitze beider Linien blieb. Für alle Folgezeit war damit die politiſche Macht des Wettiniſchen Hauſes gefährdet, zumal die ältere Linie noch Jahrhunderte hindurch bei dem alten Syſteme gemeinſchaftlicher Regierung oder beliebiger Theilung beharrte, ſtatt dem Beiſpiele der Albertiniſchen zu folgen, deren Stifter ſchon im J. 1499 Untheilbarkeit aller Beſitzungen mit ſeinen Söhnen verabredete [21]). Vielleicht wäre auch ſchon im ſechzehnten Jahrhundert der Sächſiſchen Fürſten Einfluß und Anſehn im Reiche verſchwunden, hätte ihnen nicht, als den Häuptern der evangeliſchen Parthei, die Reformation eine über den Kreis ihrer äußeren Macht weit hinausreichende Bedeutung gegeben.

§. 3.

Geſchichte der Reformation Sachſens und der Nebenländer bis zum Schmalkaldener Kriege.

Wie hochherzigen Schutz Kurfürſt Friedrich der Weiſe der Reformation in ihrem Geburtslande gewährte, iſt eben ſo bekannt, als deren erſter Anfang und weitere Entwickelung [1]). Um ſo leichter breitete ſich die neue Lehre, ſelbſt ehe noch das Fürſtenhaus ſich förmlich dafür erklärt hatte, im Erneſtiniſchen Sachſen aus, als es, mit Ausnahme des Sprengels von Naumburg [2]), welcher damals auch von einem fremden Prälaten, dem

---

21) Böttiger a. a. O. S. 476. u. Eichhorn D. St. u. R. Geſch. Th. 3. S. 150., Th. 4. S. 550.

1) Speciellere Berückſichtigung der kirchlichen Angelegenheiten Kurſachſens ſchien deshalb hier unnöthig. Nur das Albertiniſche Sachſen, über deſſen Reformation erſt die neuerlichen Jubelſchriften genügenden Aufſchluß gegeben haben, ſo wie die Reform.=Geſch. der Lauſitz und der Mainziſchen Diſtricte ſind in genaueren Betracht gezogen worden.

2) Zu den beiden anderen Landesbisthümern gehörten nur die §. 2. Note 19. erwähnten Meiſſenſchen Aemter.

Biſchofe von Freiſingen, verwaltet wurde, faſt nur der Diöceſan-
gewalt auswärtiger Kirchenfürſten unterworfen war, unter dieſen
aber gerade der bedeutendſte, Cardinal Albrecht von Branden-
burg, zu energiſchen oder gar gewaltſamen Maaßregeln am we-
nigſten geneigt ſchien. Der förmliche Uebertritt Johann's des
1527 Beſtändigen, und die allgemeine Kirchenviſitation, welche er
bis bald darauf, ohne erhebliche Schwierigkeiten von Seiten der katho-
1529 liſchen Hierarchie, ins Werk ſetzte, entſchied für immer die Tren-
nung Kurſachſens von der Römiſchen Kirche.

Größeren Widerſtand fand die Lehre Luthers in dem Al-
bertiniſchen Sachſen, wo Herzog Georg der Bärtige,
der älteſte Sohn und Nachfolger Albert's, wenn ſchon einer Kir-
chenverbeſſerung durch die Biſchöfe nicht abgeneigt, doch der Selbſt-
reformation der Gemeinden und allen ketzeriſchen Neuerungen in
Lehre und Cultus mit dem heftigſten Eifer entgegentrat, und bei
den Biſchöfen von Merſeburg und Meiſſen die bereitwilligſte Un-
terſtützung fand. Strenge Ausführung des Wormſer Edicts und
blutige Verfolgung der Bekenner Luthers erwieſen ſich indeſſen ge-
gen heimliches Bekenntniß und Exercitium der neuen Lehre eben
ſo erfolglos, als die von den Landesbiſchöfen angeordneten Viſita-
1522 u. tionen [3]). In den Erzgebirgiſchen Diſtricten begünſtigte der Kur-
1524 fürſt, welchem dort wegen der gemeinſchaftlich gebliebenen Berg-
werke die Mithoheit zuſtand, und Georg's eigner Bruder, Herzog
Heinrich, in der Stille die Reformation, und ſchon im J. 1536
trug der letztere kein Bedenken mehr, ſie in Freiberg und ſeinem
übrigen Beſitzthum förmlich einzuführen [4]). Auch in ſeinen Thü-
ringiſchen Landen vermochte Georg weder den Uebertritt der Gra-
fen von Mansfeld, noch die immer entſchiednere Verbreitung
der proteſtantiſchen Lehre zu verhindern [5]), und gelang es gleich ſeit
den Wiedertäufer-Unruhen, in Mühlhauſen den katholiſchen

3) Vgl. Weiße a. a. O. Th. 3. S. 232 flg. 250., Hering Geſch. d. im Markgr. Meiſſen erfolgten Einführung der Ref. Großenhayn 1839. S. 14 flg., Große Einführung d. Reform. in dem ehemal. Herzogth. Sachſen. Lpz. 1839. S. 5 flg.

4) Weiße a. a. O. S. 237 flg.

5) S. oben B. I. Kap. 1. §. 8. S. 72.

Cultus in den Pfarrkirchen zu reſtituiren und durch Beſetzung des Raths mit ſtrengkatholiſchen Mitgliedern die Anhänger Luthers wieder für einige Zeit auf ſtilles Bekenntniß zu beſchränken [6]), ſo wußte doch in Nordhauſen der Rath, nachdem er ſchon im J. 1522 lutheriſche Prediger beſtellt hatte, unter ſchützender Vertretung der Hohnſteinſchen Grafen und des Kurfürſten, ſich aller Reſtitutionsverſuche zu erwehren [7]).

Gleich geringen Erfolg hatten alle Bemühungen um Aufrechthaltung des katholiſchen Kirchenweſens in den Thüringiſchen Beſitzungen des Mainzer Stifts. Im obern Eichsfelde gelang es dem Cardinal Albrecht zwar eine Zeit lang, die von Mühlhauſen aus angeregten reformatoriſchen Bewegungen zu unterdrücken [8]); in der Ganerbſchaft Treffurt jedoch und der Vogtei Dorla verſuchte er vergeblich, den Heſſiſcher und Sächſiſcher Seits ſchon im J. 1525 abgeſtellten katholiſchen Cultus wieder einzuführen, konnte ſogar kaum erlangen, daß man dem Stifte, altem Herkommen gemäß, alternative Ausübung des Patronats nachgab [9]). Bedenklich war es auch, daß das Braunſchweigiſche Haus gerade zu dieſer Zeit die frühere Veräußerung der Duderſtädter Mark und des Amts Gieboldhauſen für bloße Verpfändung auszugeben anfing, und in der Hoffnung, ſelbſt die Landeshoheit zu gewinnen, ſich der Hardenberg'ſchen Familie eifrig annahm, welche den mehr als 200jährigen Pfandbeſitz von Nörten in Eigenthum zu verwandeln ſuchte [10]); denn zum Theil war damals ſchon ein Uebertritt jenes Hauſes zur evangeliſchen Lehre erfolgt, ſelbſt Herzog Erich von Calenberg, wie eifrig katholiſch auch geſinnt, die freie Religionsübung ſeinen Unterthanen zu gewähren genöthigt worden [11]), um ſo mehr alſo im untern

6) Ioh. Ad. Frohnii historica narratio de ortu et progressu ministerii evangelici in civit. Molhusa Thuringorum. Mühlh. 1709 p. 2 sq.

7) Leſſer's hiſtor. Nachr. von Nordhauſen S. 72. 148 flg. 177. 205.

8) Wolf's polit. Geſch. des Eichsfeldes Th. 2. S. 155 flg. und App. Docum. No. 86.

9) Wolf von den geiſtl. Commiſſarien im Erzſt. Mainz. S. 90. u. 91.

10) Deſſen polit. Geſch. Th. 1. S. 104 flg. und Th. 2. S. 17 flg.

11) Vgl. Schlegel's Kirchen- u. Reform.-Geſch. von Norddeutſchland. Th. 1. S. 46. 59 flg. 141 flg.

Eichsfelde neben Einbuße an weltlichen Gerechtſamen Verluſt der geiſtlichen Autorität zu befürchten. In Erfurt aber mußte ſich der Erzbiſchof ſogar zu urkundlicher Freigebung des evangeliſchen Gottesdienſtes verſtehen.

Durch den Ammerbacher Vertrag vom J. 1483 hatte zwar die Stadt das Erzſtift als „rechten Erbherrn“ anerkannt, auch den Biſchöfen die hergebrachten Gerechtigkeiten nicht weiter zu beſtreiten verſprochen[12]), gleichzeitig jedoch zu Weimar dem Kurfürſten Ernſt von Sachſen, unter Uebernahme eines jährlichen Schutzgeldes, den Erbſchutz von neuem zugeſtanden[13]), ſeitdem auch, je mehr die Erzbiſchöfe durch Schärfung des ihnen zu leiſtenden Eides und durch verſuchte Erweiterung ihrer Gerechtſame die Unabhängigkeit der Stadt bedrohten[14]), um deſto enger ſich dem Sächſiſchen Hauſe angeſchloſſen, und im J. 1516 unter ausdrücklicher Losſagung von Mainz in den Verträgen zu Buttſtädt und Naumburg förmlich als „ihrem Landes-, Schutz- und Erbherrn“ unterworfen[15]). Bei ſolchem Verfalle des erzbiſchöflichen Anſehns ward natürlich von Anfang an der Mainziſchen Mandate wider das Lutherthum und deſſen täglich ſich mehrenden Anhänger wenig geachtet; ſchon beim Beſuche Luthers auf ſeiner Reiſe
1521 nach Worms kam es zu Gewaltthätigkeiten gegen den katholiſchen Clerus, der kaum in den Stiftskirchen ſeinen Gottesdienſt zu erhalten vermochte, die Pfarren dagegen den evangeliſchen Predigern überlaſſen mußte; noch verderblicher aber für das Mainzer
1525 Stift und die Geiſtlichkeit wurde der Bauern-Aufſtand, indem

---

12) S. Lünig's R. Arch. Cont. I. Fortſ. 3. S. 10 flg.

13) S. Lünig a. a. O. P. spec. Th. 2. S. 16 flg.

14) Im J. 1497 mußte ſich der Rath dazu verſtehen, dem Erzbiſchofe ausdrücklich als der Stadt Erbherrn zu ſchwören, während der Eid früher nur dahin gelautet hatte, deſſen Rechte nicht zu kränken; ſeit dem J. 1510 ward die Stadt ſogar zum Eid der Treue und Hulde, wenn ſchon nur gegen die Verſicherung verpflichtet, daß dies ihren Rechten keinen Abbruch thun, noch größere Unterthänigkeit oder Dienſtbarkeit begründen ſolle. (Lünig a. a. O. Cont. I. Fortſ. 3. S. 20. u. Cont. IV. Fortſ. 2. S. 470.). — Vgl. auch Weinrich a. a. O. S. 57 flg. 122 flg.

15) S. den ſ. g. Ausſöhnungs-Rezeß vom J. 1516 bei Lünig a. a. O. Cont. IV. Fortſ. 2. S. 473.

der Rath ihn zur Einziehung des geſammten Kirchenguts benutzte[16]). Die landesherrlichen Rechte des Erzſtifts wieder zu gewinnen, gelang zwar Cardinal Albrecht mit Hülfe des Schwäbiſchen Bundes; ſogar ihre Landſäſſigkeit erkannte die Stadt an, indem ſie gegen den Biſchof ſich zu halten verſprach, „als getrewen Unterthanen wohl gebüret und zuſtehet“. Auf völlige Herſtellung des katholiſchen Cultus und ſeines biſchöflichen Anſehns mußte dagegen Albrecht verzichten, und auf dem Convente zu Hammelburg 1530
ſich damit begnügen, daß dem Römiſchen Clerus die beiden Stiftskirchen und die Sct. Peterskirche zurückgegeben wurden[17]). Wenig half es auch, daß er die definitive rechtliche Entſcheidung über den kirchlichen Zuſtand der Stadt ſich vorbehalten hatte; denn unter Mitwirkung des Kurfürſten von Sachſen, welcher, je mehr ſchon damals das Reformationsrecht als Ausfluß der landesherrlichen Gewalt galt, auf dieſem Wege die ſeit alter Zeit ſtreitige Landeshoheit zu gewinnen hoffen mochte, ward bald darauf die Reformation durch Einführung einer beſondern Kirchenordnung förmlich von neuem anerkannt und dauernd befeſtigt[18]).

In ähnlicher Weiſe wußten, im Oſten des Albertiniſchen Sachſens, die Stände der Lauſitz eine wenigſtens ſtillſchweigende Anerkennung der kirchlichen Neuerungen von ihrem Landesherrn, König Ferdinand, zu erlangen. Grundherren ſowohl als Städte hatten hier während des früheren vielfachen Wechſels der Landesherrſchaft große Selbſtſtändigkeit erlangt, dieſe auch unter

---

16) I. M. Gudeni historia Erfortensis. Duderſt. 1675 p. 225., Iac. Dominikus Erfurt und das Erfurtiſche Gebiet. Gotha 1793 Th. 1. S. 114.

17) S. den Vertrag zwiſchen Erfurt und Mainz vom 4. März 1530 bei Lünig a. a. O. P. spec. Cont. I. Fortſ. 3. S. 26. — „In den zweyen Stifften und zu S. Peter“, heißt es im Art. 7., „ſoll nach altem Herkommen und chriſtlicher alter Ordnung geſungen und Meſſe gehalten werden, unverhindert eines Raths und Gemeinde der Stadt Erffurt, auch in denſelben zweyen Stifften und S. Peter niemands zu predigen geſtat werden, denn denjenigen, ſo von der geiſtl. Oberkeit jetztgemelter dreyer Gotteshäuſer zugelaſſen ſeyn; aber aller ander Gotteshäuſer halb, und in Sachen den Glauben und Ceremonien betreffende, wollen Wir hiemit und dißmal keiner Parthey ichts gegeben, genommen, erlaubt oder verboten haben“.

18) Kurzgefaßte Geſchichte von Erfurt S. 68.

Böhmiſcher Hoheit durch Bündniſſe und Privilegien behauptet [19]); um ſo weniger trugen ſie Bedenken ſich öffentlich für die neue Lehre zu erklären, welche bei der Nachbarſchaft Wittenbergs raſch hieher drang [20]). Schon im J. 1521 wurden in der Herrſchaft Pförten, in Zittau und andern Orten evangeliſche Prediger beſtellt, und bald folgten dieſem Beiſpiele die meiſten übrigen Städte
1524 und Herrſchaften, von denen einige ſchon damals durch Beſtellung von Superintendenten zur neuen Kirchenverfaſſung den erſten Grund legten [21]); förmlich ſagten ſich ſogar die Pfarrer mehrerer Erzprieſtereien im J. 1525 auf einem Convente von der geiſtlichen Obhut des Meiſſener Biſchofs los, und beſchloſſen die Abſtellung der Römiſchen Kirchenſatzungen [22]). Von Seiten der Prälaten ließ man, wie es ſcheint, dieſe Neuerungen um ſo ruhiger geſchehen, als von dem damaligen Landvogte, dem Herzoge Carl von Münſterberg, welcher auch in Schleſien ſich der lutheriſchen Parthei ſo geneigt erwies, Beihülfe nicht zu hoffen ſtand [23]), und dem Meiſſener Officiale der Niederlauſitz zu Lübben, wie dem Probſte des Sct. Petersſtifts zu Bautzen [24]), welcher in der oberen Lauſitz

---

19) Vgl. hierüber, insbeſondere über den im J. 1346 geſchloſſenen Bund der ſ. g. Sechsſtädte der oberen Lauſitz Böttiger a. a. O. Th. 1. S. 228 flg. und 278 flg.

20) Schon im J. 1519 erließ König Ludwig an den Biſchof von Meiſſen ein Schreiben, keinen der lutheriſchen Lehre zugethanen Prediger in der Oberlauſitz zu dulden. Müller's Verſuch einer Oberlauſitz. Ref.-Geſch. S. 99.

21) Chr. Manlii comment. rerum Lusatic. ap. Hoffmann Scriptt. Rer. Lus. T. I. p. 99., Groſſer's Lauſitz. Merkwürdigk. Leipzig 1714 Th. 2. S. 16 flg. u. 24., Urb. Gottl. Haußdorff's Kirchen- und Ref.-Geſch. der Sechs-Stadt Zittau. Bautz. 1732. S. 24. u. 34. und vor allem Müller a. a. O. Abſchn. 3. „Beſondre Reformat.-Geſch. einzelner Ortſch. der OL.“ S. 253 flg.

22) Mart. Meisneri annal. Gorlic. ad A. 1525 (bei Hoffmann l. l. T. II. p. 26.), Groſſer a. a. O. Th. 1. S. 170. und Müller a. a. O. S. 596.

23) Haußdorff a. a. O. S. 48.

24) Dies Petersſtift hat im J. 1213 Biſchof Bruno III. als Meiſſener Probſtei gegründet, daher auch bis auf die neueſte Zeit immer ein Domherr zu Meiſſen, nach ſpäterer Obſervanz der jedesmalige Senior, Probſt in Bautzen war. Hierüber und über die kirchliche Verwaltung der Oberlauſitz durch die Bautzener Prälaten vgl. Müller a. a. O. S. 7 flg., Groſſer a. a. O. Th. 2. S. 10. 12. 40., Wabſt

das Archidiaconat beſaß, anfangs die geiſtliche Gerichtbarkeit ungekränkt blieb, auch die Klöſter zu Dobrilugk, Neu-Zelle, Marienthal, Marienſtern und Lauban[25]) als Mitglieder der Landſchaft nur geringe Beſorgniß um ihr Beſitzthum hegen mochten. Eher war faſt bei den Unterthanen ſelbſt von zu raſcher Durchführung der Reformation für deren Fortbeſtand zu befürchten, da in vielen Städten die Bürgerſchaft an Abſtellung einzelner altüberkommener Gebräuche, und beſonders an dem ehelichen Leben der neu berufenen Geiſtlichen Anſtoß nahm[26]). Indeß verbreitete und befeſtigte ſich allmählich die neue Lehre in ſolcher Weiſe, daß König Ferdinand, bei perſönlicher Anweſenheit auf dem Landtage zu Bautzen, 1538
auf ſtrenge Maaßregeln verzichtete, und förmlich dem Rathe von Bautzen die Errichtung einer evangeliſchen Schule und Berufung lutheriſcher Prediger geſtattete[27]). Nicht bloß daß er dadurch die evangeliſche Parthei ermuthigte, gab er durch die Säculariſation des reichen Dobrilugker Ciſterzienſer-Stifts[28]), welches dem Ausſterben nahe, der katholiſchen Kirche doch verloren ſchien, ſogar ſelbſt zur Einziehung der Stiftsgüter das erſte Beiſpiel, welches namentlich in der Niederlauſitz baldige und eifrige Nachfolge fand.

Nachr. von des Churfürſtenth. Sachſens Verfaſſung der Juſtiz. Kap. 14. S. 288. und Singularia Lusatica Samml. 10. No. 1.

25) Mit Ausnahme des Priorats Lauban, vom Orden Mariae Magdal. de poenitentia, im J. 1320 von Herzog Heinrich von Jauer geſtiftet, waren und ſind resp. alle dieſe Klöſter Ciſterzienſer-Ordens. Dobrilugk hat Markgraf Dietrich im J. 1184, Neu-Zelle an der Oder Heinrich der Erlauchte im J. 1268 geſtiftet; die beiden Jungfrauſtifter Marienthal bei Oſtritz und Marienſtern bei Kamentz, jenes von der Böhm. Prinzeſſin Beatrix, Gemahlin Otto's von Brandenburg, gegründet, dieſes eine Stiftung des Meiſſener Probſtes Grafen Bernhard von Kamentz, ſind im J. 1264 errichtet. Vgl. Groſſer a. a. O. Th. 1. S. 39. 43. 65. u. Th. 3. S. 30 flg., Büſching's Erdbeſchreib. Th. 5. S. 314. 330. 339. 350. 352.

26) An mehreren Orten wurden die evangeliſchen Geiſtlichen, weil ſie ſich verheiratheten, bald von der Gemeinde, bald von den Patronen wieder abgeſetzt. S. Haußdorff a. a. O. S. 57., Müller a. a. O. S. 385. u. 476.

27) Kunschke et Pannasch Diss. de Lusatia ap. Hoffmann T. II. p. 293., Müller a. a. O. S. 103 flg.

28) Richtige Beſchreib. der beiden Markgr. O. u. N. Lauſitz. Görlitz 1696. S. 66. — Im J. 1602 den Freiherrn von Promnitz als Standesherrſchaft verliehen, iſt Dobrilugk durch Ankauf ſpäter wieder fürſtliches Kammergut geworden. Wabſt a. a. O. Kap. 5. S. 154.

Rings um die Beſitzungen Herzogs **Georg** war ſo noch vor Ablauf von zwei Decennien die Reformation theils förmlich eingeführt, theils zu entſchiedenem Uebergewicht gelangt, und wohl mochte dieſer in ſeinen letzten Lebenstagen ſelbſt verzweifeln, ſeine Unterthanen mit Gewalt bei der Römiſchen Kirche erhalten zu können. Wie wenige Jahre vorher in der Mark die letztwillige Ermahnung **Joachim's I.**, daß ſeine Söhne der alten Lehre mit Land und Leuten treu bleiben ſollten, die Reformation nicht zu hemmen vermochte, blieb es auch hier ohne alle Folgen, als **Georg**, nach dem Tode ſeiner Söhne, ſeinem Bruder Heinrich und deſſen Sohne, falls ſie nicht von dem Schmalkaldener Bunde abtreten und allen kirchlichen Neuerungen entſagen würden, die Nachfolge durch ein Teſtament zu entziehen, und dem Könige **Ferdinand** zuzuwenden verſuchte[29]). Geſtützt auf ſein gutes Recht,
1539 nahm Herzog **Heinrich** der Fromme ſofort das Land in Beſitz, und ſchritt, trotz der Abmahnungen des Römiſchen Königs, ſchon nach wenigen Wochen zu der von vielen ſeiner Unterthanen heiß erſehnten Reformation des Landes. Gleich nach Einführung des evangeliſchen Gottesdienſtes in den beiden Hauptſtädten Leipzig und Dresden ward eine allgemeine Kirchen-Viſitation angeordnet[30]); die förmliche Proteſtation Biſchofs **Sigismund** von Merſeburg, ſo wie des Meiſſener Biſchofs **Johann** Erbieten, ſelbſt eine Viſitation bewerkſtelligen, und mit Abgeordneten des Adels und etlichen Gelehrten die kirchlichen Angelegenheiten in Berathung ziehen zu wollen, bewirkten nichts weiter, als daß die Viſitatoren angewieſen wurden, gleich den Gebieten der Grafen von Mansfeld, Stollberg, Hohnſtein und Schwarzburg, deren Herren ſelbſt die Viſitation vornehmen wollten[31]), für jetzt auch die

---

29) **Hering** a. a. O. S. 27 flg., **Böttiger** a. a. O. Th. 1. S. 485.

30) Die Viſitations-Inſtruction vom 10. Juli und einen an die Vaſallen, Beamten und Stadträthe erlaſſenen Befehl zur Abſtellung der katholiſchen Gebräuche vom 17. d. M. ſ. bei **Hering** a. a. O. S. 38 flg., wo auch S. 55 flg. ſehr genaue Mittheilungen über Gang und Erfolg der Viſitation ſich finden.

31) Daß hauptſächlich die Beſorgniß, es möchte eine von dem Herzoge bewirkte Reformation zu Gunſten der angeblichen Landeshoheit benutzt werden, die Grafen zur Proteſtation veranlaßte, erhellt ſchon aus

unmittelbaren Beſitzungen der Stifter unberührt zu laſſen[32]). Unerwartet und eilig ausgeführt, hatte freilich bei dem Mangel geeigneter Geiſtlichen und dem Widerſtande der zahlreichen Klöſter dieſe Viſitation kaum andern Erfolg, als Abſtellung der Meſſe und Einrichtung der evangeliſchen Abendmahlsfeier. Deſto vollſtändiger ward die auf dem Landtage zu Chemnitz noch in demſelben Jahre beſchloſſene neue Viſitation, und die damit verbundene Sequeſtration aller Stifts- und Kloſtergüter ins Werk geſetzt[33]), und dadurch noch vor Herzogs Heinrich Tode die Reformation des Al- 1541
bertiniſchen Sachſens ſo weit durchgeführt, daß zu ihrer Vollendung deſſen Sohne Moritz, außer der von ſeinem Vater bereits beſchloſſenen Redotation der Pfarren und Stiftung der großen Landesſchulen, nur die Fürſorge für beſſere Handhabung des äußeren Kirchenregiments durch die von ihm beſtellten Conſiſtorien zu Leipzig und Meiſſen verblieb[34]).

Dieſer raſche und glückliche Erfolg mußte, je günſtiger gerade damals die Reichstags-Verhandlungen für die evangeliſche Parthei ſich geſtalteten, auf den Fortgang der Kirchenverbeſſerung in den angrenzenden Gebieten zurückwirken. Dem Beiſpiele der Fürſten folgten nun auch die gräflichen Vaſallen, welche bisher noch bei der alten Lehre beharrt hatten; um ſo williger, als die Landesherrſchaften ihnen die Ausübung der Kirchenhoheitsrechte, nicht bloß ihr bisheriges Patronat zu geſtatten geneigt waren[35]). In der Lauſitz gewann die evangeliſche Parthei ſo ſehr das Ue-

---

deren Faſſung (ſ. Hering a. a. O. S. 86.); bei den Grafen von Stollberg, welche längſt für die evangeliſche Lehre ſich erklärt hatten (ſ. oben B. I. Kap. 1. §. 8.), iſt ein anderes Motiv gar nicht denkbar.

32) Vgl. hierüber Hering a. a. O. S. 77 flg.

33) S. Hering a. a. O. S. 71 flg. u. 91 flg. — Kraft des landesherrlichen Schutzrechts wurde dieſe neue Viſitation, über welche Hering S. 99 flg. genauen actenmäßigen Bericht giebt, wenigſtens wenn die Unterthanen darum anſuchten, auch auf die biſchöflichen Beſitzungen ausgedehnt.

34) Vgl. Hering a. a. O. S. 143. u. 146 flg., Böttiger a. a. O. Th. 1. S. 498.

35) S. oben B. I. Kap. 1. §. 8. und Hering a. a. O. S. 109. Note*. Ueber das ſpätere kirchenhoheitliche Verhältniß dieſer Graf- und Herrſchaften zu Sachſen vgl. v. Römer a. a. O. Th. 2. S. 519 flg.

bergewicht, daß das Bautzener Domſtift im J. 1543 durch förmlichen Vertrag mit dem evangeliſchen Miniſterium und dem Stadtrathe ſogar in der Stiftskirche einen Simultan-Gottesdienſt zugeſtehen mußte[36]). Wie im Eichsfelde zahlreiche Gutsherrſchaften kein Bedenken mehr trugen evangeliſche Geiſtliche zu vociren, und im Erfurter Gebiete von der Stadt aus die evangeliſche Lehre über das flache Land ſich verbreitete, ſo daß zuletzt nur in den fünf Küchendörfern den Katholiken Parochialrechte verblieben[37]), gelang es auch in Mühlhauſen, den Rath zur Geſtattung der neuen Lehre und Berufung eines lutheriſchen Predigers an die Marienkirche zu bewegen[38]). Nur in den drei Landesbisthümern behielt die katholiſche Parthei noch die Oberhand, und die Beſchwerde, welche die Biſchöfe von Meiſſen und Merſeburg über jene Viſitation wie über ſonſtige Schmälerung ihrer geiſtlichen Rechte beim Kaiſer erhoben[39]), nahm faſt jede Hoffnung, daß ſie dem Beiſpiele der Abtei Quedlinburg[40]) folgen würden. Der Plan, welchen Herzog Moritz im J. 1544 in Merſeburg ausführte, daß er ſeinen Bruder Auguſt zum Adminiſtrator erwählen ließ[41]), war zur Reformation der Stifter gewiß der ge=

36) Nach dieſem, mehrfach erneuten und modificirten, Vertrage verblieb übrigens dem Kapitel nicht bloß die Ernennung der unteren Kirchendiener, die Confirmation der Kirchenväter, die Leitung des Bauweſens nebſt andern auf die Kirchenverwaltung bezüglichen Rechten; es mußten auch die Geiſtlichen jederzeit dem Decane präſentirt werden, und dieſem geloben, ſich aller Angriffe auf die katholiſche Religion zu enthalten und gegen den Decan gebürlich zu erweiſen. Anfangs hatten auch die Evangeliſchen nur das Recht feierlichen Gottesdienſtes, obenein mit mancherlei höchſt läſtigen Beſchränkungen, wie z. B. daß nur in den Frühſtunden und ohne Orgelſpiel der Gottesdienſt geſtattet, der Gebrauch neuer Lieder von vorgängiger Approbation des Stifts abhängig war; erſt nach vielen Schwierigkeiten und nur gegen Ueberlaſſung aller Gebühren an das Stift, iſt ihnen auch das Taufrecht, Begräbniß u. ſ. w. zugeſtanden worden. Vgl. Groſſer a. a. O. Th. 2. S. 21. und Singul. Lusat. Samml. 12. No. 1., beſonders aber Müller a. a. O. S. 275—94.

37) Büſching's Erdbeſchr. Th. 6. S. 542. §. 3.

38) Grasshoff, l. l. p. 65. und Frohnius l. l. P. I. p. 4. und P. III. p. 2.

39) Hering a. a. O. S. 87.

40) S. oben B. I. Kap. 1. §. 8. S. 72.

41) Weiße a. a. O. Th. 3. S. 280.

eigneteſte. Raſcher jedoch glaubte Kurfürſt Johann Friedrich, als im J. 1541 in Naumburg[42]) eine Vacanz eintrat, und das Domkapitel ohne vorgängige Anzeige und in Abweſenheit der landesherrlichen Commiſſarien die Wahl vornahm, und bei ſeinem Candidaten, dem Domherrn Julius v. Pflug, beharrte, vorſchreiten zu müſſen. Von dem urſprünglichen Plane einer Einziehung des Bisthums ſtand er zwar ab, verlieh aber das Stift dem Magdeburger Superintendenten Nicolaus v. Amsdorf, und behielt ſich für den Fall einer Vacanz die anderweitige Vergebung des Bisthums vor. Allein trotz dem, daß nach willig geleiſteter Huldigung der weltlichen Stiftsſtände die Einführung des evangeliſchen Cultus ohne Schwierigkeiten ſtatt fand, brachte dieſe Maaßregel wenig Gewinn. Die Mißhelligkeiten zwiſchen dem Kurfürſten und Herzog Moritz[43]) gewannen dadurch neue Nahrung, und bewogen den letzteren zu immer näherem Anſchluß an den Kaiſer[44]). Von den Biſchöfen ward dieſe eigenmächtige Beſetzung des Stifts benutzt, um vom Kaiſer ein förmliches Anerkenntniß der Reichsunmittelbarkeit der Sächſiſchen Landesbisthümer zu erlangen[45]), welches der Kurfürſt, hierin von Moritz unterſtützt, durch die zur Wahrung der althergebrachten Gerechtſame übergebene Sammtſchrift zu verhindern, ſich vergebens bemühte. Am nachtheiligſten aber wurde, daß den Kaiſer dieſer erſte directe Ver-

42) Ueber die Naumburger Wahlangelegenheit vgl. überhaupt Weiße a. a. O. Th. 3. S. 127 flg.

43) Anlaß hatte dazu beſonders die in einzelnen Gebieten des Meiſſener Stifts, welches gemeinſchaftlicher Hoheit unterlag, einſeitig bewirkte Reformation gegeben. Weiße a. a. O. S. 139 flg.

44) Zu förmlichem Bündniſſe kam es übrigens erſt am 19. Juni 1546, wobei Moritz, was freilich nie zur Ausführung gekommen, wohl nicht einmal ernſtlich gemeint war, weiteren Neuerungen in Religionsſachen entſagte, ſogar Anerkennung der Tridentiner Schlüſſe verſprach, ſo weit dies von andern Fürſten geſchehen würde.

45) Die dem Biſchofe von Merſeburg unterm 18. Juli 1541 ausgeſtellte Urkunde, (eine ähnlich lautende muß der Biſchof von Meiſſen erhalten haben, während für Naumburg nur durch die Reſtitutions-Mandate zu Gunſten des Biſchofs v. Pflug die Anerkennung der Reichsangehörigkeit erfolgt zu ſein ſcheint) lautet dahin, daß er „bey der Poſſeſſion ſeines Fürſtenſtandes, auch der Fürſtlichen Rechte, Gerechtigkeiten, Regalien und Freyheiten bey dem Reich, auch des Reichs Anſchlägen gelaſſen werden ſollte“.

ſuch einer Reformation der Bisthümer nicht minder reizen mußte, als die immer entſchiednere Weigerung der Evangeliſchen, ſich dem von ihnen ſelbſt geforderten allgemeinen Concile zu unterwerfen. Im Vertrauen auf die bisher erlangten Erfolge glaubte zwar der Kurfürſt weder des Kaiſers Befehle beachten, noch deſſen Zorn fürchten zu müſſen. Wie ſehr er aber über Carl's Pläne und über die äußere Macht ſeiner eignen Parthei ſich getäuſcht hatte, wie gefährlich ihm das Mißverſtändniß mit dem Haupte des Albertiniſchen Sachſens werden ſollte, zeigte ſich bald, als Carl, was Verhandlung nicht vermocht hatte, durch Waffengewalt zu erlangen beſchloß, und das Unglück bei Mühlberg nicht bloß des Kurfürſten und ſeines Landes, ſondern der ganzen evangeliſchen Parthei Schickſal in die Hand des ſiegreichen Kaiſers legte.

§. 4.

Vollendung der Reformation in Sachſen und den Sächſiſchen Bisthümern. Verbreitung derſelben in der Lauſitz und den Mainziſchen Beſitzungen.

Die Wittenberger Capitulation vom 19. Mai 1747 gab in politiſcher Beziehung den Sächſiſchen Landen für immer eine völlig andere Geſtalt. Mit ſeiner perſönlichen Freiheit verlor Kurfürſt Johann Friedrich Land und Leute; nur einzelne Thüringiſche Aemter und Städte, und auch dieſe nur zur Aufbringung der verſchriebenen Rente, erhielten ſeine Kinder, das ganze übrige Beſitzthum der Erneſtiniſchen Linie ward mit dem Kurhute Herzog Moritz zum Lohn, und blieb ihm, als nach erfolgter Rückkehr des entſetzten Kurfürſten der Naumburger Vertrag vom 24. Februar 1554 „alle fürſtlichen und regaliſchen Obrigkeiten“ über jene, durch die Coburger Pflege und Altenburg und andere Thüringiſche Beſitzungen vermehrten Aemter zurückgab[1]). In kirchlicher Beziehung trat zwar nicht in dem Maaße, als Viele befürchtet hatten, die Reaction ein. Während aber in der Lauſitz die größeren Städte die gegen den Schmalkaldener Bund verweigerte Kriegs-

1) S. Weiße a. a. O. Th. 3. S. 177 flg. und Th. 4. S. 48 flg., und Böttiger a. a. O. Th. 1. S. 419 flg. u. 464.

Kriegshülfe mit ſchweren Geldſtrafen büßten und an vielen Orten der evangeliſche Gottesdienſt abgeſtellt wurde[2]), während in **Mühlhauſen**, **Erfurt** und dem **Eichsfelde** die Pfarrkirchen zurückgegeben werden mußten, und der katholiſche Cultus wieder die Oberhand gewann[3]), ſah ſich Kurfürſt **Moritz** in ſeinen Erblanden nach langen Verhandlungen zur Annahme des Interims genöthigt; die Reſtitution des Naumburger Biſchofs Julius v. Pflug und die Reſignation Herzogs Auguſt auf das Bisthum Merſeburg mußte eben ſo, wie die im Interim ausgeſprochene Anerkennung der geiſtlichen Gerichtbarkeit für die Zukunft Beſorgniſſe wecken[4]). Erſt als Moritz zum Schutz ſeiner Glaubensgenoſſen gegen den Kaiſer die Waffen ergriff, und binnen wenigen Wochen den Paſſauer Vertrag erkämpfte, kehrte volle Beruhigung zurück, und noch ehe der Augsburger Religionsfriede geſchloſſen war, gewährte der ſ. g. Naumburger Abſchied, deſſen ſich Kurfürſt **Auguſt**, der Bruder und Nachfolger von Moritz, mit den Erben **Johann Friedrich's** am 12. März 1555 einigte[5]), durch die Zuſage, gemeinſchaftlich bei der Augsburgiſchen Confeſſion verharren zu wollen, dem Lande beider Linien eine Garantie für die freie Uebung der evangeliſchen Lehre.

In dem unmittelbaren Beſitzthume des fürſtlichen Hauſes und in den Gebieten ſeiner weltlichen Vaſallen galt fortan die evangeliſche Kirche als herrſchende; aber auch in den Bisthümern hatte dieſe in ſolchem Maaße theils ſich behauptet, theils ſeit dem Religionsfrieden wieder Raum gewonnen, daß ſchon im J. 1559 der **Meiſſener** Biſchof **Johann IX.** von Haugwitz, bisher der eifrigſte Widerſacher der Reformation, ihr im Stiftsgebiete

---

2) Ueber dieſen ſ. g. Lauſitzer Pönfall vgl. **Groſſer** a. a. O. Th. 1. S. 178 flg. — Nach **Haußdorff** a. a. O. S. 275. wurden an 200 evangeliſche Geiſtliche aus dem Lande verjagt und im J. 1552 die Jeſuiten ins Land gezogen; doch ſcheint ſonſt gegen die evangeliſchen Unterthanen keine Verfolgung eingetreten zu ſein.

3) S. **Frohnius** l. l. P. I. p. 5. und P. II. p. 6., und Kurzgefaßte Geſchichte von Erfurt S. 68.

4) Vgl. **Weiße** a. a. O. Th. 4. S. 7 flg. vgl. mit Th. 3. S. 185. und 280.

5) **Lehmann** Acta publ. de pace relig. P. I. c. 27. p. 54.

ungehinderten Fortgang laſſen zu wollen verſprach, dem Kurfürſten es auch leicht gelang, ſeinen Sohne Alexander die Ad-
1561 miniſtration des Biſthums Merſeburg, drei Jahre ſpäter auch
1564 die des Naumburger Stifts zuzuwenden[6]). In religiöſer Beziehung würde daher, nachdem nun die Reformation in kurzer Zeit ins Werk geſetzt worden, die völlige Einziehung der Stifter geringe Schwierigkeiten gefunden haben; deſto weniger mochten der Stiftsadel der Ausſicht auf die reichen Pfründen, die Kapitel ihren Rechten in Betreff der weltlichen Regierung entſagen, und deren, wenn auch nicht von der Landesherrſchaft anerkannte, doch vom Reiche urkundlich beſtätigte Anſprüche auf Reichsunmittelbarkeit ſetzten nach den zu Augsburg verabredeten Normen einer förmlichen Säculariſation Hinderniſſe entgegen[7]). Nach dem
1565 Tode des Adminiſtrators Alexander wußte indeſſen der Kurfürſt beide Kapitel zu einer Kapitulation zu bewegen, welche ihm zwar nur auf eine beſtimmte Reihe von Jahren geiſtliche und weltliche Adminiſtration der Stiftslande überließ, für jene Zeit aber auch ſeinen etwanigen Leibeslehnserben einen Rechtsanſpruch auf deren Beſitz gewährte, und ſpäter in einer Weiſe erneut und ergänzt wurde, daß der Vorbehalt des Wahlrechts eine Entziehung dieſer neuen Erwerbung kaum befürchten ließ. Denn während das Naumburger Kapitel ſchon im J. 1582 bei Erſtreckung der urſprünglich verabredeten Kapitulationszeit förmliche Reverſalien dahin ausſtellte, das Stift nicht an fremde Herrſchaften wenden, ſondern mit der Poſtulation bei dem fürſtlichen Hauſe bleiben zu wollen, und einige Jahre ſpäter dem Kurfürſten Chriſtian I. lebenslänglich die Adminiſtration bewilligte, ward dieſem in Merſeburg, bald nachdem er im J. 1583 ähnliche Zuſicherung auf Lebenszeit erhalten hatte, ſogar das Recht ertheilt, einen ſeiner Söhne dem Kapitel als Nachfolger in der Adminiſtration zu benennen[8]). So beſtand ſeit dem J. 1565 allein noch das Bis-

6) Weiße a. a. O. Th. 4. S. 69—74.

7) Noch in der Kapitulation vom J. 1565 behielt ſich das Naumburger Kapitel das bisherige Verhältniß des Stifts zum Reich, namentlich die ausſchließliche Competenz des Reichskammergerichts vor.

8) Der Sachverhalt iſt zur Zeit noch nicht vollſtändig aufgehellt, da

thum Meiſſen als eigentlich geiſtliches Gebiet, und auch dies mehr dem Namen nach, und nur auf wenige Jahre. Im J. 1579 fühlte ſich Johann IX. zu feierlichem Uebertritte, bald darauf auch zu Gunſten des Kurfürſten zur Reſignation auf ſein Bisthum bewogen, und mochte gleich das Kapitel nicht zu förmlichen Reverſalien ſich verſtehen, um ſein Wahlrecht ungeſchmälert zu erhalten, ſo wußte doch der Kurfürſt am 10. Octbr. 1581 eine ähnliche Kapitulation zu erlangen[9]), welche ihm und ſeinem nächſten Nachfolger die geiſtliche und weltliche Gewalt unter dem Titel eines poſtulirten Adminiſtrators ſicherte, und da inzwiſchen durch die bekannte Kirchenordnung vom 1. Januar 1580 die kirchliche Verfaſſung der Erblande definitiv geordnet war[10]), gewiſſermaßen als Schlußpunkt der Reformation in den Sächſiſchen Landen betrachtet werden darf.

Nicht minder gelang unter dem Schutze Kurſachſens in Nordhauſen die Befeſtigung der evangeliſchen Lehre, und ſelbſt in Mühlhauſen fand deren Herſtellung, trotz dem Widerſpruche der Stadtbehörden, geringe Schwierigkeiten, ſeit ihren Anhängern unter der katholiſchen Cleriſei ſelbſt an Johann v. Germar, dem Comthure der deutſchen Ordensballei Thüringen, die kräftigſte Unterſtützung zu Theil wurde. Schon im J. 1555 hatte dieſer von dem Rathe erlangt, daß den Evangeliſchen die Marienkirche wieder eingeräumt würde, und bald darauf, nach vollendeter Reformation aller Stadtpfarren, durch den neubeſtellten Superintendenten Tileſius auch im Mühlhäuſer Gebiete die Abſchaffung des katholiſchen Cultus begonnen[11]). Eine Zeit lang

nur wenige der einſchlagenden Actenſtücke ihrem ganzen Contexte nach bekannt geworden ſind. Vgl. Weiße a. a. O. S. 70 flg. u. 369 flg.

9) Vgl. Stieglitz das Recht des Hochſt. Meiſſen S. 15 flg. — Ueber Johann's und ſeiner Vorgänger vergebliche Bemühungen um Erhaltung der katholiſchen Lehre im Stiftsgebiete, vgl. Müller a. a. O. S. 212 flg.

10) Ueber dieſe Auguſteiſche Kirchengeſetzgebung, gegen deren Reichhaltigkeit der dürftige Inhalt der früheren Kirchenordnungen kaum in Betracht kommt, ſ. Weber's ſyſt. Darſtellung des Sächſ. Kirchenrechts Th. 1. S. 51—60.

11) Frohnius l. l. p. 9 seq. und p. 30 seq. — Bei Erneuerung der Pacht über die dem Rath, wie es ſcheint zugleich mit deren Patronat,

erhielt ſich dieſer noch auf dem Lande und in den Stadtklöſtern[12]); indeß bereits im J. 1566 wurden die letzteren den Evangeliſchen überwieſen, ohne daß der Verſuch der Katholiken, das Barfüßerkloſter als Pfarrkirche zurückzuerhalten, weitere Folgen als die Eröffnung einer Reichscommiſſarial-Verhandlung gehabt hätte[13]); eben ſo wurden allmählich ſämmtliche Dorfkirchen, zuletzt im J. 1575 die zu Höngede reformirt[14]). Obwohl, wie es ſcheint, katholiſche Familien in nicht geringer Zahl ſich erhielten, ſo ward ihnen dennoch, neben unbeſchränkter Rechts- und Rathsfähigkeit, nur ein Privat-Religionsexercitium geſtattet; das evangeliſche Bekenntniß war ſeitdem in Stadt und Gebiet das herrſchende und ſchloß ſich immer mehr zu einer beſondern Landeskirche ab, deren Leitung theils von dem Stadtſuperintendenten und den ihm beigeordneten Rathsdeputirten, ſo wie von den jährlichen Synoden, theils von dem Rathe reſſortirte[15]).

überlaſſenen Ordensgüter machte der Comthur die Beſtellung von evangeliſchen Predigern an allen Ordenskirchen zur Bedingung; als aber der Rath erklärte: „Weil ihnen ſolches zu bewilligen nicht möglich, ſo wollten ſie hiemit dem Herrn Landcomthur beydes, die Verwaltung der Güter und dann auch die Beſtellung der Kirchen, für voll und alles wiederum ufgelaſſen und übergeben haben“, führte er, im Vertrauen auf die Exemtions-Privilegien ſeines Ordens und den Schutz Herzogs Auguſt's, als Schutz- und Landesfürſten der Ballei Thüringen, ſelbſt die Reformation durch.

12) Frohnius l. l. p. 14. 22. und 45.

13) Ausführlicher Bericht hierüber findet ſich ibid. P. II. p. 19 seq. und P. III. p. 18—61. Hervorzuheben iſt aus den damaligen Verhandlungen, daß die der evangeliſchen Parthei ſo ungünſtige Deutung des Religionsfriedens, es gebe dieſer den Unterthanen ſelbſt gar kein Recht auf Religionsübung, hier von dem Rathe angenommen wird, um die Katholiken zurückzuweiſen, welche ſich darauf berufen hatten, daß im J. 1555 noch katholiſcher Gottesdienſt beſtanden habe.

14) Hie und da mag dieſe Reformation, wie überhaupt damals an vielen Orten, Anfangs eine ziemlich äußerliche geweſen ſein; wenigſtens bekannten nach Frohnius l. l. P. IV. p. 17. noch im J. 1576 mehrere Pfarrer auf der Synode: „daß ſie von dieſer Confeſſion (der Augsburger nemlich, über welche gegenſeitige Beſprechungen ſtatt gefunden) ihr lebelang ſo viel nicht gehört, vielweniger gehalten hätten; wollten ſolch Buch neben der H. Schrift und Catechismus Lutheri für ihren heiligen und lieben Schatz, und pro norma doctrinae halten“.

15) Ueber die kirchliche Verfaſſung Mühlhauſens theilt Frohnius l. l. P. I. p. 12., P. III. p. 8—11., beſonders aber P. IV. p. 7 seq. Näheres mit.

Uebler ſchien unter Mainziſcher Hoheit die Lage der Evangeliſchen, denen nicht einmal die Declaration König Ferdinand's freie Religionsübung ſicherte, weil ſie nicht „von Jahren her der Augsburgiſchen Confeſſion anhängig geweſen, und noch deſſelben Glaubens- und Kirchenceremonien beipflichtig“ waren. Indeß im Vertrauen auf den Schutz der Braunſchweigiſchen, Heſſiſchen und Sächſiſchen Fürſten, von denen jene in ihren Anſprüchen auf einzelne Diſtricte, dieſe in ihren ganerbſchaftlichen Hoheitsrechten einen Vorwand zur Einmiſchung fanden, wurde im Eichsfelde von den meiſten Adligen, ja ſelbſt in den biſchöflichen Städten evangeliſcher Gottesdienſt eingerichtet; aller Bemühungen der biſchöflichen Commiſſarien ungeachtet, welche wenigſtens die geiſtliche Gerichtbarkeit zu bewahren ſuchten, mehrte ſich auch die Zahl der Evangeliſchen dergeſtalt, daß, als im J. 1574 Kurfürſt Daniel eine allgemeine Kirchenviſitation verordnete, in Duderſtadt gar keine, in Heiligenſtadt und auf dem flachen Lande, ſogar in den Beſitzungen der Klöſter, nur wenige Katholiken mehr gefunden wurden[16]). Noch weniger trug die Stadt Erfurt Bedenken, die evangeliſche Lehre förmlich wieder einzuführen. Zur Wahrung ihrer vermeintlichen reichsſtädtiſchen Anſprüche hatte ſie gegen jene Declaration förmlich Proteſt erhoben[17]), und wenn gleich der jährliche Rathswechſel zuweilen Katholiſche an die Spitze der Stadtverwaltung brachte, dem Stifte auch der Beſitz ſeiner Güter und einzelner Klöſter blieb, und beides von Zeit zu Zeit größeren Einfluß zu üben Gelegenheit gab, ſo vermochten doch die Erzbiſchöfe weder zu wahrer landesherrlicher Gewalt über die Stadt zu gelangen, noch trotz der Einführung der Jeſuiten den kirchlichen Beſitzſtand, wie er zur Zeit des Religionsfriedens geweſen, zu behaupten. In den meiſten Kirchen wurde der lutheriſche Gottesdienſt vom Rathe wiederhergeſtellt, ſelbſt die Univerſität, mit Ausnahme nur der theologiſchen Facultät, mit Evangeliſchen beſetzt[18]), und zuletzt entzog ſich durch Be-

---

16) S. Wolf von den geiſtlichen Commiſſarien im Erzſtift Mainz S. 110—112.
17) Weinrich a. a. O. S. 131.
18) Kurzgefaßte Geſchichte von Erfurt S. 69 flg.

ſtellung eines eignen Miniſterii zur Entſcheidung der Ehe- und Gewiſſensſachen die Stadt gänzlich der kirchlichen Gerichtbarkeit des Erzſtifts [19]).

Gleich erfolglos waren in der Lauſitz die Anſtrengungen der katholiſchen Parthei, ihrer Kirche die Herrſchaft zu erhalten; insbeſondre half es wenig, daß im J. 1562 König Ferdinand, beſorgt über die von dem Meiſſener Biſchofe in Sachſen bewieſene Nachſicht, die einſtweilige Trennung der Lauſitze vom Meiſſener Stifte verfügte, und von dem Römiſchen Stuhle die Uebertragung der biſchöflichen Gewalt auf den Dechanten des Bautzener Stifts erlangte [20]), welcher fortan unter dem Titel eines **administrator episcopatus Misnensis per utramque Lusatiam** als apoſtoliſcher Vicar die kirchlichen Angelegenheiten verwalten ſollte [21]). Denn nicht einmal auf den Gütern des Kapitels und der noch vorhandenen vier Landesſtifter konnte die katholiſche Lehre überall erhalten werden [22]); in den größeren Städten dagegen und auf den

---

19) Jac. Dominikus Erfurt und das Erf. Gebiet S. 218.

20) Groſſer a. a. O. Th. 2. S. 12., Th. 3. S. 30. — Eigentlich hätte dieſe Uebertragung auf den Probſt erfolgen müſſen, der von alter Zeit in der Oberlauſitz die Archidiaconalgewalt beſaß und durch einen eignen Official übte; die Verbindung der Probſtei mit dem Meiſſener Domſtifte, und deren Verleihung durch markgräfliche Präſentation hälte aber den Zweck dieſer Neuerung in ſolchem Falle vereitelt. Vgl. Müller a. a. O. S. 7—12. u. 234.

21) Obigen Titel führt Joh. Leiſentritt, der erſte Adminiſtrator, in einer Urkunde vom J. 1563, wodurch er die Uebergabe des ausgeſtorbenen Görlitzer Franziskaner-Kloſters an den Rath confirmirt (in Meisteri annal. cit. ad A. 1563 bei Hoffmann l. l. T. II. p. 37.), nennt auch die Lauſitz geradezu ſeine Diöceſe und ſpricht von ſeiner authoritas dioecesana, giebt aber doch die Beſtätigung nur authoritate, qua fungimur viceepiscopali et loci ordinaria, ſo daß offenbar damals noch nicht eine definitive Losreißung von Meiſſen beabſichtigt war, wie ſie ſeit der völligen Reformation des Stifts eintrat. Die ſpäter regelmäßige Ernennung des Bautzener Dechanten zum Titular-Biſchofe ſcheint erſt aus der Mitte des 17ten Jahrhunderts zu datiren, und durch Rangſtreitigkeiten mit dem Probſte veranlaßt zu ſein (Groſſer a. a. O. S. 40.).

22) Vgl. insbeſondere die in den Singular. Lusat. Samml. I. No. 1. S. 18 flg. mitgetheilte Beſchwerdeſchrift der Evang. Stände v. 3. März 1619, wo u. a. bemerkt wird, daß ein großer Theil der Bautzener Stiftsbauern, eben ſo bis auf wenige Familien die Bürgerſchaft des Marienſterner Städtchen Bernſtädtel evangeliſch ſeien, und über die Aebtiſſinu zu Marienſtern deshalb Klage erhoben wird, daß ſie „zu-

Gutsherrſchaften war bald nach dem Frieden faſt überall der evangeliſche Cultus der herrſchende geworden [23]). Mit Widerſtreben ward die kirchliche Gewalt des Dechanten in Eheſachen, in anderen geiſtlichen Angelegenheiten, außer von den Stiftsunterthanen, faſt gar nicht mehr anerkannt [24]), namentlich ſeit einzelne Mitglieder des Herrenſtandes eigne Superintendenten und Conſiſtorien beſtellten [25]). Je mächtiger in Böhmen die evangeliſche

---

wider alter bei ihren Anteceſſoren gehaltener Gewohnheit" im Rathe ihrer Stadt Wittichenau keine Evangeliſchen dulde, und evangeliſche Unterthanen nicht annehmen wolle. — Zu dieſer Verbreitung der lutheriſchen Lehre hat wohl weſentlich beigetragen, daß vom J. 1549 ab nur Inländer und Proteſtanten das Amt eines Landvogts verwalteten, und der im J. 1596 zu dieſem Amte berufene Burggraf Abraham von Dohna, obwohl Katholik, nichts gegen die Reformation that (Müller a. a. O. S. 188.).

23) In Zittau z. B., wo der Erzbiſchof von Prag im J. 1555 ohne allen Erfolg eine Viſitation angeſtellt hatte, erließ ſchon im J. 1564 der Rath eine eigne Kirchenordnung, und mit dem Ankauf der dortigen Johanniter-Comthurei im J. 1570 hörte, nachdem zwei Jahre vorher auch das benachbarte, berühmte Kloſter Oybin ausgeſtorben war, der katholiſche Gottesdienſt ganz auf (Haußdorff a. a. O. S. 82. 85. 127. 137.). In Görlitz, Löbau und anderen Orten ſahen ſich bald die Kloſter-Obern veranlaßt, ihre Klöſter, den einzigen Sitz katholiſcher Religionsübung, den Städten zu verkaufen, welche ohne Widerſpruch von kirchlicher oder landesherrlicher Seite dieſe Stiftungen in evangeliſche Schulen umwandelten (Groſſer a. a. O. Th. 1. S. 197.). In Lauban fand ſich das dortige Stift, um nur ſein Patronatrecht zu erhalten, ſogar zur Beſoldung der evangeliſchen Prediger bewogen (Müller a. a. O. S. 402 flg.).

24) In der Note 22. cit. Schrift wird zwar der Antrag geſtellt, daß die Evangeliſchen ſollten dürſen „Conſiſtoria aufrichten, Eheſachen daſelbſt entſcheiden laſſen, Inſpectores über ihre Prieſter verordnen", zugleich aber anerkannt, daß Eheſachen „bisanhero vor das catholiſche geiſtliche Conſiſtorium gehörig geweſen". Auch war nach Haußdorff a. a. O. S. 315. in dem urſprünglichen Concepte der Relig.-Aſſecuration die Ehegerichtbarkeit des Bautzener Conſiſtorii ausdrücklich vorbehalten, und nur deſſen Inſpection über die evang. Geiſtlichen ausgeſchloſſen. Daß übrigens Seitens der Regierung der Dechant zu Bautzen immer noch als allein competente Behörde in allen geiſtlichen Sachen betrachtet, und ſeine Gerichtbarkeit auch über die Evangeliſchen ausgedehnt worden iſt, zeigt beſonders ein Mandat K. Rudolph's vom J. 1592, worin dem Landvogte in Gemeinſchaft mit dem Dechanten gegen die Reformirten zu verfahren geboten wird (Groſſer a. a. O. Th. 2. S. 23.).

25) So in Sorau, Muskau, Seidenberg, Pförten und der Gräfl. Solmſiſchen Herrſchaft Sonnenwalde (Groſſer a. a. O. S. 79 flg., Müller a. a. O. S. 556. 565. und Geogr. Beſchr. der Markgr. Nieder-Lauſitz s. l. 1748. S. 13.). Die groſſen Städte hatten meiſt

Parthei wurde, um ſo mehr mußte die Landesherrſchaft auch in dieſen incorporirten Landen auf ſtrenge Maaßregeln verzichten, und wie dort endeten die Verhandlungen, zu welchen die immer von neuem angeregte Beſorgniß einer Reaction Anlaß gab, mit förmlicher Anerkennung des evangeliſchen Cultus. Auf Grund freilich nur und im Umfange des zeitigen Beſitzſtandes, „allermaaßen ſie deſſen bei Unſern Vorfahren, auch jetziger Kaiſ. Maj. Zeiten in Kirchen und Schulen in Poſſeſſ und Uebung geweſen, itzo noch ſeyn, und es bei Antritt Unſrer Kön. Regierung befindlich", und unter dem Vorbehalt, „daß ingleichen herentgegen denen katholiſchen Geiſtlichen und Weltlichen von Niemanden an ihrem Gottesdienſte, von Alters her habenden Rechten und Gerechtigkeiten, auch geiſtlichen Intraden keine Hinderung, Eintrag oder Verkürzung geſchehe, ſondern jeder Theil bei demjenigen, deſſen er befugt, hinführo ſtandhafftig verbleiben ſolle", erhielten im J. 1611 die Stände beider Markgrafſchaften, welche durch den für Böhmen ertheilten Majeſtätsbrief Kaiſers Rudolph ſich nicht hinreichend geſichert glaubten, von König Matthias eine beſondere Religionsaſſecuration [26]).

Glücklich entging auch, als wenige Jahre darauf die Böhmiſchen Unruhen den längſt gefürchteten Religionskrieg eröffneten, die Lauſitz der gewaltſamen Gegenreformation, welche in dem Nachbarlande die evangeliſche Kirche faſt bis auf die letzte Spur ausrottete. Denn zum Lohne für die Unterſtützung, welche Kurfürſt

---

Pastores primarii mit Superintendentur-Rechten, hielten ſich aber in Betreff der Ordination u. ſ. w. zu fremden Conſiſtorien (Groſſer a. a. O. S. 88.). Der in Zittau im J. 1570 gehegte Plan eines eignen Stadtconſiſtorii blieb eben ſo unausgeführt, als die den Ständen zu Errichtung eines Landesconſiſtorii im J. 1610 ertheilte Erlaubniß ohne Folgen (Singul. Lusat. Samml. 10. No. 1. u. Müller a. a. O. S. 147.).

26) Die für die Oberlauſitz unterm 5., für die Niederlauſitz unterm 8. Sept. ausgeſtellte Urkunde ſ. bei Groſſer a. a. O. Th. 1. S. 220. und im Cod. August. T. III. p. 9. — Die Beſchränkung auf den Status quo ſcheint hauptſächlich zu dem erwähnten Schreiben der Stände vom J. 1619 Anlaß gegeben zu haben, daß ihnen wie ihren Unterthanen „ein freies Exercitium Aug. Conf. in deutſcher als wendiſcher Sprache ungehindert der kathol. Geiſtlichkeit", auch außer der Errichtung von Conſiſtorien u. ſ. w. geſtattet werde, „wenn es die Nothdurft erfordert, die neuen Kirchen und Schulen zu erbauen".

Johann Georg von Sachſen bei der Unterwerfung Böhmens geleiſtet hatte, überließ ihm Kaiſer Ferdinand II. ſchon im J. 1623 die Markgrafſchaften zu pfandlichem Beſitz und Genuß[27]); und wenn auch hie und da, namentlich in den Beſitzungen der Stifter, es an Verſuchen zu Herſtellung des katholiſchen Cultus nicht fehlte[28]), ſo gebot doch hier wie in den Sächſiſchen Erblanden die Beſorgniß vor dem Abfalle des Bundesgenoſſen rückſichtsvolle Schonung, welche ſich, während in dem übrigen Deutſchland, namentlich auch in allen Thüringiſchen Beſitzungen des Mainzer Erzſtifts, mit offener Gewalt das evangeliſche Bekenntniß unterdrückt wurde, bis zu förmlicher Suspenſion des Reſtitutionsedicts ſteigerte[29]). Noch günſtigere Ausſichten eröffnete der Prager Friede, welcher beide Markgrafſchaften als Böhmiſche Mannlehen erblich dem Sächſiſchen Kurhauſe beließ, und nach einer Trennung mehrerer Jahrhunderte die Lauſitz unter Wettiniſche Hoheit zurückführte. Definitive Feſtſtellung gewann aber wie in Sachſen und Thüringen, ſo auch in den Markgrafſchaften der kirchliche Zuſtand erſt durch den Frieden zu Osnabrück.

§. 5.

Kirchlicher Zuſtand Sachſens und der Lauſitz ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden.

Unter den Bedingungen, gegen welche im Prager Traditionsrezeſſe vom 30. Mai 1636[1]) die erbliche Abtretung der Lauſitz erfolgte, hatte der Kaiſer vor allem feſtgeſetzt, daß der Kurfürſt „die katholiſche Geiſtlichkeit und Stände, in specie das Domſtifft S. Petri und Capitul zu Budiſſinn, die Jungfrauenklöſter zu Marienſtern, Marienthal und das Priorat zu Lauban, auch die

27) Den Immiſſionsrezeß vom 12/23. Juli 1623. ſ. u. a. bei Groſſer a. a. O. S. 244. und im Corp. iur. prov. Marchion. Lusatiae Super. p. 479.

28) Haußdorff a. a. O. S. 525 flg., Müller a. a. O. S. 509 flg. u. Knauth a. a. O. S. 254 flg.

29) Weiße a. a. O. Th. 4. S. 282.

1) S. bei Groſſer a. a. O. S. 255., im Corp. iur. prov. Lus. p. 478. u. Cod. August. T. III. p. 184.

Abtey zur neuen Zell, und andre Geiſtliche und Religioſen ſammt ihren Leuten und Beamten, Dienern und Unterthanen bey ihren **Privilegiis** und **Juribus**, inſonderheit bey ihrer Exemption **in spiritualibus ab omni seculari foro** ... ſchützen, auch denen **Ordinariis** und General = **Visitatoribus** ... ihre Inſpection und Viſitation darüber, wie ſie dieſelbe hiebevor ... gehabt und daran befugt geweſen, ſowohl der Kaiſ. Maj. als Könige zu Böhmen ... ihr oberes **ius protectionis** über ſolche Stiffter, Klöſter und Geiſtlichkeit, und die Adminiſtration **in spiritualibus** durch beyde Markgrafthümer, allermaaßen ſolche noch bey währender Verpfändung obſerviret, geruhiglich und unverhindert laſſen, die Stiffter und Klöſter nicht ausſterben, ſondern, wenn einer oder der andere darinnen ſtirbet, einen Catholiſchen wieder an deſſen Stelle ſetzen laſſen, die catholiſchen Pfarren auch in vorigem Stand und Weſen und bey ihren **Collatoribus** erhalten ſolle". Doch war ſchon im Prager Hauptrezeſſe auch den Augsb. Confeſſions = Verwandten, Ständen und Unterthanen, das Verſprechen ertheilt worden, daß ſie, wie überhaupt in Religionsſachen keine Neuerung geſchehen ſolle, „bey ihrer Religion, deren freien Uebung, Kirchengebräuchen, Ceremonien, Rechten, Gerechtigkeiten, Haabe, Gütern ..., Privilegiis und Freiheiten, altem Herkommen und guten Gewohnheiten" würden erhalten werden; und Gleiches ward für den Fall etwaniger Lehnsapertur an Böhmen zugeſagt [2]). Beſondere Beſtätigung ertheilte der Osnabrücker Friede dieſen Stipulationen nicht; ungeachtet der caſſatoriſchen Clauſel in Betreff aller dem Entſcheidungsjahre 1624 widerſprechenden Verträge ward indeſſen, hauptſächlich wohl, weil die Qualität der Lauſitz als eines Reichslandes nicht zweifellos war, und das allgemeine Entſcheidungsziel keiner Parthei größere Vortheile gewährt hätte, der **Status quo** zur Zeit des Traditionsrezeſſes als normativ behandelt. Beiden Kirchen verblieb bis auf die neueſte Zeit ihr damaliger Beſitzſtand in Betreff der Kirchen und Kirchengüter, wie rückſichtlich der Religionsübung; beide Confeſ-

2) Vgl. v. Römer a. a. O. Th. 2. S. 506.

ſionen [3]) galten, ſo weit nicht durch Herkommen oder Verträge ſchon im J. 1635 eine Ausnahme rechtlich zu erweiſen ſtand, als vollkommen gleich berechtigt, und in ſo fern die eine wie die andere als herrſchende Kirche [4]).

In der Niederlauſitz war übrigens die katholiſche Kirche auf den Beſitz des erſt unter Preußiſcher Hoheit eingezogenen und in eine Pfarrkirche verwandelten Ciſterzienſerſtifts Neu-Zelle [5]) beſchränkt. Mit dem Herrnmeiſterthum Sonnenburg waren die beiden Johanniter-Comthureien zu Friedland und Schenkendorf ſchon früher evangeliſch geworden, und ſelbſt in ſeinen eignen Beſitzungen [6]) hatte der Abt von Neu-Zelle weder die Einführung des evangeliſchen Cultus verhindern, noch deſſen förmliche Anerkennung verweigern können, vielmehr ſchon unter Oeſterreichiſcher Hoheit ſich gegen die Landſchaft verpflichten müſſen, „weder in geiſtlichen noch weltlichen Dingen“ die Unterthanen des Stifts mit Neuerungen zu behelligen, und „keinen katholiſchen Prädicanten den Evangeliſchen eindringen, ſondern jeden bey ſeiner Religion, alten Gebräuchen, Uebungen und Gewohnheiten laſſen“ zu wollen [7]). Noch weniger hatte der Bautzener Dombechant ſeine geiſtliche Gerichtbarkeit zu behaupten vermocht, und ſo blieb ihm, als ſpäter Herzog Chriſtian von Sachſen-Merſeburg für die

3) Die Reformirten wurden auch in der Lauſitz bloß als geduldet betrachtet, ohne daß ihnen aber, wie in dem übrigen Sachſen, Grunderwerb wäre verweigert worden (v. Römer a. a. O. S. 508.).

4) Sehr beſtimmt erkennt dies Prinzip völliger Rechtsgleichheit ein ebend. S. 582. mitgetheiltes Reſcr. v. 11. Mai 1782 an.

5) Die Einziehung des Kloſters, deſſen Güter zur Hälfte für die katholiſchen Unterrichtsanſtalten der Monarchie, zur Hälfte für das Schulweſen der Lauſitz und Neumark beſtimmt wurden, erfolgte im J. 1817 (Allg. Augsb. Zeit. No. 63. S. 252), und iſt in der Bulle De salute anim. ausdrücklich genehmigt worden.

6) In der topogr. ſtatiſt. Ueberſ. des Reg.-Bez. Frankfurth. Berl. 1820 S. XIX. wird nur das Dorf Schlaben als katholiſches Kirchdorf genannt, und iſt ſelbſt im Gubener Kreiſe, worin Neu-Zelle belegen, das Verhältniß der Katholiken zu den Evangeliſchen wie 1 zu 30.

7) Vgl. Haußdorff a. a. O. S. 342. — Bei dem Uebergange an Sachſen ward nach Groſſer a. a. O. Th. 1. S. 261. den Niederlauſitzer Ständen auf ihr Begehren die Verſicherung ertheilt, daß auch fernerhin der dortige Abt jederzeit bei ſeinem Amtsantritte ſich in ſolcher Weiſe reverſiren ſolle.

ihm zugefallene Niederlauſitz das alte, ſchon längſt reformirte Officialat zu Lübben im J. 1666, unter gleichzeitiger Beſtellung eines Generalſuperintendenten, in ein landesherrliches Conſiſtorium verwandelte [8]), nur noch dem Namen nach die oberſte kirchliche Gewalt [9]). Selbſt in der Oberlauſitz war nach dem Beſitzſtande des Jahres 1635 das Uebergewicht entſchieden auf Seiten der evangeliſchen Kirche; denn außer den im Traditionsrezeſſe genannten Stiftern beſaßen die Katholiken verhältnißmäßig nur wenige Pfarrkirchen [10]), und wie dieſen über die evangeliſchen Unterthanen und Inſaſſen, ſtand auch ſämmtlichen evangeliſchen Kirchen über die katholiſchen Ortsbewohner ein Pfarrzwang zu [11]). An vollſtändiger Organiſation der evangeliſchen Landeskirche durch Beſtellung eines Conſiſtorii, Superintendentur-Einrichtung u. ſ. w.

---

8) Groſſer a. a. O. Th. 1. S. 289. u. Th. 2. S. 78., Wabſt a. a. O. S. 288.

9) In den Singul. Lusat. Samml. 10. No. 1. wird die Jurisdiction des Dechanten für die Niederlauſitz geradezu als ganz verſchwunden bezeichnet.

10) Büſching a. a. O. Th. 5. S. 306. u. 326. giebt nur die Zahl der wendiſchen katholiſchen Kirchen an, 8 gegen 54 evangeliſche; bei Aufzählung der einzelnen Ortſchaften macht er ungefähr 12 katholiſche Pfarrkirchen namhaft, doch ſind ſeine Angaben nicht zuverläſſig. Ueber das Verhältniß beider Confeſſionen im Preuß. Antheile der Oberlauſitz habe ich, in Ermangelung des topogr. Verzeichn. von Liegnitz, keine Vergleichung anſtellen können, und bemerke nur, daß in dem früher zum Depart. Frankfurth gehörigen Kreiſe Hoyerswerda-Spremberg im J. 1817 auf 28110 Evang. doch nur 2870 Kathol. gezählt wurden, welche größtentheils wohl allein auf das Städtchen Wittichenau kommen.

11) Dieſer Pfarrzwang, durch ein Reſcr. vom 4. März 1713 (Singul. Lusat. Samml. 28. S. 300.) geſetzlich anerkannt, war am drückendſten in den Beſitzungen der geiſtlichen Stifter, welchen es theilweiſe zwar, wie z. B. dem Stifte Marienſtern in dem ihm gehörigen Städtchen Wittichenau, gelungen war, die evangeliſche Lehre faſt ganz zu unterdrücken (ſ. Müller a. a. O. S. 509.), welche aber auch da, wo die Unterthanen bei dieſer beharrten, ihr durch den Beſitzſtand des Normaljahres geſichertes Recht zur Anſetzung katholiſcher Pfarrer feſthielten, und die Einrichtung evangeliſchen Gottesdienſtes fortdauernd verweigerten, wie z. B. in der dem Kloſter Marienthal gehörigen Pfarre Jauernik, obwohl die acht dahin eingepfarrten Ortſchaften faſt ganz evangeliſch waren, erſt neuerdings durch Vergleich mit dem Kloſter Aufhebung des Pfarrnexus und Errichtung einer evangeliſchen Pfarre zu Stande gekommen iſt. (S. Leipz. allg. Zeitung Jahrg. 1839. No. 317.).

aber fehlte es; nur in einzelnen Beziehungen wurden dieſe Behörden durch das Oberamt vertreten; im ganzen lag die Kirchenverwaltung in den Händen der Patrone und Ortsobrigkeiten[12]). Dagegen übte der Dechant und das Kapitel[13]) zu Bautzen über die Katholiken des Landes nach altem Herkommen alle biſchöflichen Rechte[14]), und in dem Maaße blieb die Verfaſſung des Domſtifts und der Klöſter unverändert, daß einerſeits nach wie vor der Senior des Meiſſener Domkapitels die Probſtei in Bautzen beſaß[15]), andrerſeits die Wahlen zu den Prälaturen in Gegenwart Böhmiſcher Commiſſarien geſchahen und von den Königen von Böhmen beſtätigt wurden[16]). Die Landſäſſigkeit der Prälaturen war übrigens unbe-

---

12) S. v. Römer a. a. O. Th. 2. S. 522. 528. 538. — Bei Knauth a. a. O. S. 277. findet ſich die Notiz, daß im J. 1652 der Landvogt Burggraf Carl Chriſtian von Dohna eine Kirchen- und Eheordnung habe publiciren laſſen; der nähere Zuſammenhang iſt mir ſo wenig, als eine ſonſtige Beſtätigung dieſer Notiz bekannt.

13) Dieſem hat K. Maximilian II. das Recht der Zwiſchenregierung im J. 1575 ausdrücklich verliehen; doch ſcheint zuweilen auch bei Erledigung des Decanats die Adminiſtration dem Abte von Neu-Zelle übertragen worden zu ſein. Groſſer a. a. O. Th. 3. S. 30. vgl. mit Th. 2. S. 39.

14) In höherer Inſtanz gingen die geiſtl. katholiſchen Angelegenheiten an den Erzbiſchof von Prag (v. Römer a. a. O. S. 516.). Das Viſitationsrecht in den Klöſtern legte ſich das Kloſter Oſſeck in Böhmen bei; doch ſcheint Sachſen dies nicht anerkannt zu haben, wenigſtens wird es in Weinart's Rechte und Gewohnheiten der Markgr. O.- u. N.-Lauſitz Th. 1. S. 549. als Anmaaßung bezeichnet. Eben ſo wenig erkannte man Sächſ. Seits die für das Zittauer Decanat noch lange Zeit von dem Prager Stifte erhobenen Anſprüche auf Ehe- und ſonſtige geiſtliche Gerichtbarkeit an. (Singul. Lusat. Samml. 6. No. 3. S. 428 flg.).

15) Groſſer a. a. O. S. 40. und Büſching a. a. O. S. 330.

16) Die desfalſige Notiz bei Büſching a. a. O. S. 314., wie auffallend ſie auch ſcheint, wird durch ein bei Weinart a. a. O. Th. I. No. 16. Kap. 6. mitgetheiltes Schreiben des Dechanten Mart. Sandrius unterſtützt, welcher noch im J. 1657 die von dem Nuntius zu Wien angeſprochene Confirmation mit der Erklärung zurückweiſet: et scire necesse est omnes administratores fuisse confirmatos per Imperatores tamquam per marchiones Lusatiae, et non a summis pontificibus vel eorum legatis; nicht minder dadurch, daß nach den Singul. Lusat. S. 10. No. 1. der Dechant jederzeit ein Lauſitzer oder Böhme von Geburt ſein mußte. Ob etwa der Uebertritt des Sächſ. Kurhauſes zur kathol. Kirche hierin etwas geändert hat, iſt mir nicht bekannt, mehr als bloße Form aber dies Böhmiſche Confirmationsrecht ſchwerlich geweſen.

ſtritten [17]), und wie die Regierung gegen jede Ausdehnung der biſchöflichen Rechte über die Evangeliſchen [mit Ausnahme nur der eignen Unterthanen der Stifter, welche in Eheſachen ſowohl die Jurisdictions-, als Dispenſations-Gewalt des Decans anzuerkennen hatten [18])] und gegen jeden Mißbrauch der geiſtlichen Autorität ſich zu ſichern wußte [19]), ſo hat ſie auch alle Verſuche der Böhmiſchen Könige zu wirklicher Einmiſchung in die eigentliche Kirchenverwaltung entſchieden zurückgewieſen [20]). Das rezeßmäßige Protectionsrecht war, zumal vor wie ſeit dem Religionswechſel des Sächſiſchen Fürſtenhauſes mit ſtrengſter Gewiſſenhaftigkeit an dem normalen Beſitzſtande des Traditionsjahres feſtgehalten wurde, zu allen Zeiten kaum mehr als ein bloßer Titel der Böhmiſchen Krone.

Weſentlich verſchieden war der kirchliche Zuſtand der alten Sächſiſchen Erblande und der übrigen dazu gehörigen Gebiete. Ungeſchmälert hatte ſich hier das Augsburgiſche Bekenntniß erhalten; ein Verſuch, die Bisthümer der katholiſchen Kirche zu vindiciren, war überall nicht gemacht worden. Die Kapitel hatten bei dem Tode des Kurfürſten Chriſtian I. ein freies Wahlrecht zu üben gewünſcht, erkannten aber, gegen Gewährung der Sedisvacanz und der Regierung bis zur Volljährigkeit der Adminiſtratoren, die Dispoſition des Kurfürſten an, durch welche dieſer dem Nachfolger in der Kur das Bisthum Meiſſen, die beiden anderen Bisthümer ſeinen jüngeren Söhnen Johann Georg und Auguſt zugewieſen hatte [21]). Seitdem längere Zeit getrennt, wurden erſt im J. 1616 alle drei Bisthümer wieder vereinigt, als Johann Georg I., welcher nach ſeines älteſten Bruders Chriſtian II. Tode in Meiſſen vom Kapitel poſtulirt

17) Weinart a. a. O. Kap. 5. u. Groſſer a. a. O. Th. 1. S. 291.

18) Noch unter Sächſiſcher Hoheit iſt eine Zeit lang von den Dechanten die Ehejurisdiction über Evangeliſche geübt worden, nur daß die Citationen durch das Oberamt erfolgen mußten; ſpäter hat ſie nur den oben bemerkten Umfang gehabt. Vgl. Müller a. a. O. S. 230.

19) Singul. Lusat. Samml. 28. S. 284. vgl. mit Samml. 10. No. 1. und Samml. 6. No. 3.

20) Singul. Lusat. Samml. 28. S. 298.

21) Weiße a. a. O. Th. 4. S. 213 flg.

worden war, an die Stelle von **Auguſt** auch zum Adminiſtrator
von Naumburg erwählt wurde [22]). Nach ſeinem Tode wurden, 1656
in Folge der von ihm den alten Hausverträgen zuwider teſtamentariſch
verfügten Landestheilung [23]) und ſchon im J. 1622 bewirkten
Eventual-Poſtulation ſeiner jüngeren Söhne, die Stifter
Merſeburg und **Naumburg** für viele Decennien Beſitzthum
zweier Nebenlinien; indeſſen blieb doch der Hauptlinie neben dem
Beſitze von **Meiſſen**, welches bald darauf durch die perpetuelle
Poſtulation [24]) den Kurlanden einverleibt wurde, die Oberhoheit
über beide Biſthümer [25]) und zugleich deren dereinſtiger Rückfall

---

22) **Weiße** a. a. O. S. 258. vgl. mit **Stieglitz** a. a. O. S. 19.

23) Ueber dieſe durch das Teſtament vom 20. Juli 1652 gemachte Theilung, welche der freundbrüderliche Vergleich vom 26. April 1657 näher beſtimmte, vgl. **Weiße's** Neuere Geſch. des Königr. Sachſen (Fortſ. der Geſch. d. kurſ. Staaten) Th. 1. S. 100 flg. u. **Böttiger** a. a. O. Th. 2. S. 129 flg. u. 161 flg. Dem zweiten Sohne **Auguſt** war anfangs das Biſthum **Meiſſen** zugedacht, und ſchon im J. 1622 deſſen eventuelle Poſtulation erlangt worden (**Stieglitz** a. a. O. S. 21.); als er aber zum Adminiſtrator von Magdeburg erwählt wurde, verpflichtete ihn ſein Vater zur Reſignation zu Gunſten des Kurprinzen, überwies jedoch dagegen außer dem Fürſtenthume Querfurt die Mehrzahl der Thüringiſchen Aemter, unter dieſen auch **Weiſſenfels**, wovon dieſe älteſte Nebenlinie den Titel führte. Der dritte Sohn **Chriſtian** erhielt außer **Merſeburg**, wo er auch ſchon i. J. 1622 eventuell poſtulirt worden war, die **Niederlauſitz** nebſt einigen Aemtern des Kurkreiſes, der jüngſte **Moritz** dagegen außer Vogtländiſchen und andern Beſitzungen das Biſthum **Naumburg-Zeitz**.

24) Vgl. **Weiße** a. a. O. S. 137 flg. u. **Stieglitz** a. a. O. S. 21 flg. Die auf ſämmtliche vom Kurf. **Johann Georg** I. abſtammenden Kurerben gerichtete Poſtulationsurkunde, wie die perpetuelle Capitulation vom 15. Juni 1663, mit deren Vollziehung Seitens der neuen Regenten die Poſtulation als geſchehen gelten ſollte, ſ. bei **Lünig** Spic. eccl. Cont. I. p. 869 sq. — Nur für den Fall des Ausſterbens der Albertiniſchen Linie behielt ſich das Kapitel ſein Wahlrecht vor, verſprach jedoch auch dann „das Abſehen auf die nächſten in der Churwürde ſuccedirenden Vettern und Mitbelehnten nach Befindung zu richten“.

25) Unter Reſervation aller über das Biſthum hergebrachten Rechte und Hoheiten geſtattete jedoch Kurfürſt **Johann Georg** II. dem Herzoge **Chriſtian** von Merſeburg, beim Kaiſer die Belehnung mit dem Stifte und den Regalien nachzuſuchen, die auch im J. 1660 erfolgte, und während der Dauer dieſer Linie regelmäßig nachgeſucht worden zu ſein ſcheint (ſ. v. **Römer** a. a. O. Th. 1. S. 77. u. 78.). Aehnliches wurde für Naumburg-Zeitz im J. 1698 zugeſtanden, aber nicht geltend gemacht (**Weiße** a. a. O. Th. 2. S. 68.).

geſichert, indem die von den Nebenlinien mit den Kapiteln geſchloſſenen beſtändigen Poſtulationen ſpäterhin auf das Kurhaus miterſtreckt wurden [26]). Wie aber in dieſen ehemals geiſtlichen Territorien, ſo begründete auch in den Beſitzungen der fürſtlichen Vaſallen Sachſens, und in den beiden Reichsſtädten Mühlhauſen [27]) und Nordhauſen [28]) der Beſitzſtand des Jahres 1624 für alle Zeit die unbedingte öffentliche Geltung des Augsb. Bekenntniſſes; nicht minder aber auch in den Gebieten, welche theils in Folge des Weſtfäliſchen Friedens, theils ſeitdem dem Albertiniſchen Sachſen zufielen: in dem Fürſtenthum Querfurt nemlich, welches gebildet aus den von Magdeburg im Frieden abgetretenen Aemtern Querfurt, Jüterbock und Dahme der Weiſſenfelſer Linie zufiel [29]), in der Grafſchaft Barby, welche beim Tode des letzten Grafen im J. 1659, der von Quedlinburg erhobenen Anſprüche ungeachtet, als erledigtes Lehn eingezogen und gleichfalls zu Weiſſenfels geſchlagen wurde [30]), in der gefürſteten Grafſchaft Henneberg, welche ſeit des letzten Grafen Georg Ernſt

26) In Naumburg-Zeitz hatte zwar im J. 1682 das Kapitel zugeſagt, ſich bei Erledigung der Nebenlinie an das Kurhaus zu halten, verweigerte aber, wie es ſchon bei dem temporären Religionswechſel Herzogs Moritz Wilhelm die Poſtulation als erloſchen behandeln wollte, bei deſſen Tode im J. 1718 dem Kurfürſten die Anerkennung, bis im J. 1726 gegen die Zuſicherung, daß die Kirchenſachen allein dem Geheimen Rath verbleiben ſollten, die Erbfolge anerkannt wurde (Weiße a. a. O. Th. 1. S. 146. u. Th. 2. S. 68 flg.). Die Merſeburger Nebenlinie erloſch im J. 1738, und hier fand, da ſchon im J. 1659 die Poſtulation auf die Kurlinie ausgedehnt war, deren Nachfolge keine Schwierigkeiten (ebend. Th. 1. S. 147. u. Th. 2. S. 79.). Bald nachher fiel im J. 1746 auch das geſammte Beſitzthum der Weiſſenfelſer Nebenlinie, die Niederlauſitz, Querfurt und Barby an das Kurhaus zurück (ebend. S. 192 flg.).

27) Hier ſcheint übrigens eine theilweiſe Reſtitution des katholiſchen Cultus in Folge des Kriegs eingetreten zu ſein; wenigſtens führt Büſching a. a. O. Th. 9. S. 569. das dortige Auguſtiner-Nonnenkloſter, welches nach Frohnius l. l. P. I. p. 45. bereirs 1566 ausgeſtorben und dem Rath übergeben war, als noch vorhanden auf.

28) Nur das Reichsſtift zum H. Kreutz iſt hier den Katholiken geblieben, und nach der Säculariſation des J. 1803 in eine Pfarrkirche verwandelt. S. Büſching a. a. O. S. 571.

29) Vgl. hierüber Weiße a. a. O. Th. 1. S. 115 flg. u. Th. 2. S. 194. u. Römer a. a. O. S. 50 flg.

30) Weiße a. a. O. S. 126 flg. u. 229. u. Th. 2. S. 75.

Ernſt [31]) Tode im J. 1583 unter gemeinſchaftlicher Regierung der Erneſtiniſchen und Albertiniſchen Linie, im J. 1660 zwiſchen dieſen getheilt und zu fünf Zwölftheilen der Zeitzer Nebenlinie war überwieſen worden [32]), endlich in der Grafſchaft Mansfeld, welche zum Theil ſchon ſeit dem J. 1570, gänzlich aber ſeit dem J. 1666 unter lehnsherrlicher Sequeſtration von Magdeburg und Kurſachſen, beim Ausſterben des Mansfeldiſchen Mannsſtammes im J. 1780 als eröffnetes Lehn zurückfiel [33]).

Ganz Sachſen war ſolchergeſtalt ein rein evangeliſches Land, und die lutheriſche Kirche überall die herrſchende; den Katholiken ward anfangs nicht einmal, wie den Reformirten [34]), ein Privatexercitium ihrer Religion, ſondern nur Hausandacht geſtattet, und dem Osnabrücker Frieden entgegen weder volle politiſche, noch auch nur unbeſchränkte bürgerliche Rechtsfähigkeit zugeſtanden [35]).
Selbſt der Uebertritt des Kurfürſten Friedrich Auguſt zur ka- 1697
tholiſchen Religion, welchem Beiſpiele im J. 1717 der Kurprinz, nach und nach ſämmtliche Glieder des Hauſes folgten, hatte zunächſt keine weitere Folge, als die Einrichtung eines katholiſchen Hofgottesdienſtes in den beiden Hauptſtädten des Landes und auf

31) Die durch den Schmalkaldener Krieg geſtörte Reformation des Landes hatte Georg Ernſt noch vor dem Paſſauer Frieden durch Beſtellung eines Conſiſtorii im J. 1551 wieder aufgenommen, aber erſt im J. 1574 durch Publication einer Kirchenordnung vollendet. S. Weinrich's Henneberg. Kirchen- und Schulen-Staat. Lpz. 1720. S. 273. 296 flg. 481 flg.

32) Ueber dieſen Anfall von Henneberg, auf welches die Erneſtiniſche Linie in Folge einer Erbverbrüderung vom J. 1554 und kaiſerl. Eventualbelehnung vom J. 1573 eigentlich allein Anſprüche hatte, Kurfürſt Auguſt aber hinterher für $\frac{5}{12}$ des Landes ſich eine Anwartſchaft zu verſchaffen wußte, ſo wie über die hieraus erwachſenden Streitigkeiten und die Theilung ſelbſt, bei welcher auch ein Theil der Grafſchaft an Heſſen fiel, vgl. Weiße Geſch. d. kurſächſ. Staaten Th. 4. S. 138 flg. und deſſen neueſte Geſch. Th. 1. S. 130 flg.

33) Vgl. Weiße a. a. O. Th. 4. S. 88 flg. u. Th. 3. S. 40 flg.

34) Dieſen iſt nach v. Römer a. a. O. Th. 2. S. 508. §. 11. in Dresden ſchon im J. 1686, in Leipzig erſt im J. 1701 ein Privat-Gottesdienſt geſtattet worden.

35) Von öffentlichen Aemtern wie von der Landſtandſchaft waren ſie ausgeſchloſſen, und des Grundbeſitzes eben ſo unfähig, als des Bürgerrechts. Haubold Lehrb. des Kön. Sächſ. Priv. Rechts §. 108. u. Weber a. a. O. Th. 1. S. 154. u. 178.

einigen kurfürſtlichen Schlöſſern [36]). Nicht bloß, daß durch die ſpäter wiederholte, und regelmäßig beim Regierungswechſel erneute Religionsaſſecuration vom 27. Juli 1697 der Kurfürſt, unter Verzichtleiſtung auf alle perſönliche Theilnahme an der Kirchenregierung, dem Lande auf das bündigſte die hergebrachte Religionsübung und Kirchenverfaſſung zuſicherte [37]), verpflichtete er ſich auch im Alt-Ranſtädter Frieden gegen König Carl XII. von Schweden, den Katholiken weder Kirchen noch Schulen, Collegia oder Klöſter einräumen oder deren Erbauung geſtatten zu wollen [38]). Nur allmählich wurden mehrere dieſer Hofcapellen durch beſchränkte Freigebung der Parochialhandlungen [39]) der Mittelpunkt katholiſcher Gemeinden; indeß dauerte doch der Ausſchluß der Katholiken von Staats- und ſtädtiſchen Aemtern, von Grundbeſitz u. ſ. w. fort, und erſt in neueſter Zeit erlangten für ganz Sachſen die katholiſchen Unterthanen freie Religionsübung und Rechtsgleichheit mit den Evangeliſchen [40]).

§. 6.

Unterdrückung des evangeliſchen Bekenntniſſes im Eichsfelde und deſſen Anerkennung im Erfurter Gebiet.

Ein ähnliches Verhältniß völliger Gleichſtellung beider Confeſſionen, als ſeitdem in den Sächſiſchen Erblanden, ſchon ſeit

36) Vgl. v. Römer a. a. O. S. 508. §. 10.

37) Vgl. Weber a. a. O. S. 171 flg. und v. Römer a. a. O. S. 498. Für die Oberlauſitz wurde unterm 28. Sept. 1697 eine beſondere Aſſecuration ausgeſtellt. Groſſer a. a. O. Th. 2. S. 46 flg.

38) Weiße a. a. O. Th. 1. S. 885.

39) Noch in der Relig.-Aſſecuration Friedrich Auguſt's II. vom 12. Mai 1734 findet ſich bloß der Vorbehalt, „jedoch unbeſchadet der perſönlichen Religionsübung des Churfürſten nach Maaß, Art und Weiſe, wie es in dem Weſtfäl. Friedensſchluß gegründet und im Röm. Reich rechtlichen Herkommens iſt“ (Codex August. Cont. I. p. 14.). Indeß ſchon im Jahre darauf wurde den katholiſchen Geiſtlichen in Leipzig der Beſuch katholiſcher Delinquenten, das Tauf- und Traurecht, obſchon unter gewiſſen Cautelen, zugeſtanden (v. Römer a. a. O. S. 510. §. 13.).

40) Poſener Friede vom 11. Dezbr. 1806 Art. 5. (u. a. in Martens Recueil Suppl. T. IV. p. 384. und v. Meyer Corp. iur. conf. germ. T. I. p. 114.). Vgl. auch Weber a. a. O. S. 178 flg.

dem 17. Jahrhundert in der Lauſitz beſtand, hat ſich auch in mittelbarer Folge des Weſtfäliſchen Friedens für einen Theil der Mainzer Beſitzungen gebildet.

Im Eichsfelde, wo die unbeſtrittene Landeshoheit den Erzbiſchöfen weniger Rückſichten gebot, und in dem landſtändiſchen Einfluſſe der Geiſtlichkeit ein Gegengewicht gegen Adel und Städte gegeben war, hatte ſchon zu Anfang des 17. Jahrhunderts Erzbiſchof Johann Schwickard ein erneutes Verbot gegen die Evangeliſchen erlaſſen[1]); ſo wirkſam auch waren ſeine und der Jeſuiten[2]) Bemühungen um Herſtellung des katholiſchen Cultus geweſen, daß, als im J. 1624 unter dem Schutze des Tilly'ſchen Heeres eine Viſitation des Landes ſtattfand, in den der Hoheit des Stifts unmittelbar unterworfenen Diſtricten nur noch wenige Pfarreien in den Händen der Proteſtanten waren, und ohne Mühe denſelben entzogen wurden[3]). Der Beſitzſtand des Entſcheidungsjahres war daher in aller Weiſe den Evangeliſchen ungünſtig. In Treffurt zwar und Dorla blieb ihnen freie Religionsübung; der Erzbiſchof mußte ſogar, obwohl er nicht nach dem Beiſpiele Heſſens auf ſeine ganerbſchaftlichen Hoheitsrechte zu Gunſten Sachſens verzichten wollte, im Vertrage vom 30. Januar 1773 die geiſtliche Gerichtbarkeit der Sächſiſchen Conſiſtorien anerkennen, und ſich mit Beſtätigung ſeiner Diöceſangewalt über das Eine, katholiſch gebliebene Dorf Wendehauſen begnügen[4]). Bedeutenden Abbruch erlitt auch das Erzſtift an ſeinen geiſtlichen Gerechtſamen, als endlich im J. 1692 nach lang-

1) Die für das Eichsfeld ergangene Kirchen-Ordn. vom 4. Juni 1605 (in Scheppler's Cod. eccles. Moguntinus novissimus. Aſchaffenb. 1802. Th. 1. S. 103 flg.) ſetzt unter Bezugnahme auf Art. 1—3. der Ger.-Ordnung feſt, daß die Unterthanen ſich zur katholiſchen Religion bekennen müßten, und verfügt gegen die, welche nicht regelmäßig dem katholiſchen Gottesdienſte beiwohnen würden, eine namhafte Geldſtrafe zum Beſten der Kirchenfabrik.

2) Dieſen wurde gleich bei ihrer ad rem catholicam servandam et augendam erfolgten Einführung im J. 1574 die Pfarrkirche in Heiligenſtadt übergeben. Wolf de archidiac. Heiligenstad. §. 5. p. 24.

3) Wolf von den geiſtl. Commiſſarien S. 102. 113. 118. und deſſen polit. Geſch. des Eichsfeldes Th. 2. S. 169.

4) Wolf von den geiſtl. Commiſſarien S. 90 flg. u. Weiße's neueſte Geſch. Th. 2. S. 91 flg.

wierigem Prozeſſiren und vielfachen Gewaltthätigkeiten der Streit mit dem Braunſchweigiſchen Hauſe verglichen wurde; denn auf Grund des damaligen Beſitzſtandes blieben nur Duderſtadt, Gieboldhauſen, Lindau und das Petersſtift zu Nörten unter weltlicher und geiſtlicher Herrſchaft von Mainz, das übrige untere Eichsfeld ging mit Domanial-, Landeshoheits- und biſchöflichen Gerechtſamen an Braunſchweig über [5]). Innerhalb der Grenzen aber des Stiftsgebietes, welches ſeit der Zeit des dreißigjährigen Krieges ein eignes, geiſtliches Commiſſariat bildete [6]) und nur theilweiſe den geiſtlichen Behörden zu Erfurt untergeordnet war [7]), blieb die katholiſche Kirche bis auf die neuſte Zeit die herrſchende. In einzelnen Ortſchaften nur der Hanſteiniſchen und andrer adligen Familien erhielt ſich auf Grund des ſ. g. ius capellae evangeliſche öffentliche Religionsübung, ohne daß indeß die Gutsherren wirkliche Pfarrgerechtſame für ihre Geiſtlichen, oder gar die Exemtion ihrer Gemeinden von dem katholiſchen Stol- und Gerichtszwange hätten

---

5) Vgl. hierüber und den Grenzberichtigungs-Vertrag vom Jahre 1743 Wolf's polit. Geſch. des Eichsf. Th. 1. S. 108. Th. 2. S. 23. und Hartmann's Prov.-Recht d. Fürſtenth. Eichsf. Berl. 1835 S. XVII.

6) Urſprünglich war das Eichsfeld der geiſtlichen Obhut des Erfurter Proviſor untergeben (Wolf von den geiſtl. Commiſſarien S. 64 flg. vgl. mit Würdtwein de archidiac. prep. eccles. M. Virg. Erf. p. 249 seq.), ſpäter aber waren Heiligenſtadt, Dorla und Nörten Sitze von Archidiaconen, die wieder ihre eignen Officiale hatten, und, zumal bei der großen Entfernung von dem Biſchofsſitze, faſt ganz unabhängig die Kirchenregierung führten. (S. Wolf a. a. O S. 18 flg. und de archid. Heilig. §. 1. et 3., ſo wie de archid. Nortun. Götting. 1810.). Schon früh fingen daher die Mainzer Prälaten an, einzelne Geſchäfte beſondern Commiſſarien zu übertragen, deren Reſſort immer mehr und mehr erweitert wurde, bis ſeit der Mitte des 16. Jahrhunderts die Archidiaconate und deren Officialate ganz verſchwinden. (Wolf a. a. O. S. 14 flg. 31 flg.) Seit dieſer Zeit findet ſich für das Eichsfeld ein Commiſſariat zu Duderſtadt als bleibendes Amt; die vollſtändige Organiſation deſſelben, durch Beiordnung von Aſſeſſoren und nähere Feſtſtellung des Reſſorts, welches übrigens geiſtliche Rechts- wie Verwaltungsſachen umfaßte, ſcheint aber erſt nach erfolgter Reſtitution des katholiſchen Cultus eingetreten zu ſein. Vgl. Wolf a. a. O. S. 42 flg. 76 u. 84 flg., wo auch ein Verzeichniß der Eichsfelder Commiſſarien ſeit dem J. 1549 ſich findet.

7) Bei Wolf a. a. O. vermißt man hierüber näheren Aufſchluß, und auch Hartmann a. a. O. S. XXII. flg. verbreitet ſich nur über die weltliche Verfaſſung des Eichsfeldes. Aus mehreren für die Erfurter Siegeler vorhandenen Commiſſorien des 16. und 17. Jahrh. (Würdtwein l. l. p. 827. 839., Scheppler l. l. p. 92.) läßt ſich abneh-

durchſetzen können[8]); ſonſt wurde den Proteſtanten, welche übrigens alles Drucks ungeachtet[9]) in nicht ganz geringer Zahl ſich erhielten[10]), bis zur neueſten Zeit nur bürgerlicher Rechtsſchutz und Hausandacht zugeſtanden[11]).

Günſtiger geſtalteten ſich deren Verhältniſſe in der Stadt Erfurt und ihrem Gebiete. Hier hatte ſich ſelbſt während des dreißigjährigen Krieges die evangeliſche Religionsübung ziemlich ungeſtört erhalten, da die bereits verſuchte Ausführung des Reſtitutionsedicts durch die Schwediſche Beſitznahme der Stadt vereitelt wurde[12]); außerdem gab, wenigſtens in den Augen des Raths und der Bürgerſchaft, der Hammelburger Vergleich vom Jahre 1530[13]) einen rechtsbegründeten Anſpruch auf freies Bekenntniß der lutheriſchen Lehre. An den Osnabrücker Verhandlungen hatte Erfurt als Reichsſtadt Theil zu nehmen, und dadurch zugleich das **ius reformandi** ſich zu ſichern verſucht, und obſchon dies mißlang, weil ſowohl Kur-Mainz als das Sächſiſche Haus ihre Gerechtſame dadurch gefährdet glaubten, ſo war doch ſo viel der Stadt zugeſtanden worden, daß erſt noch durch eine beſondere kaiſerliche Commiſſion ihr Verhältniß zum Stifte unterſucht und

men, daß, wie die Pontificalien dem Erfurter Weihbiſchofe, ſo auch dem dortigen vicarius in spiritualibus manche Regierungsangelegenheiten vorbehalten waren; in Rechtsſachen aber war nach Starke's Beiträgen Th. 1. §. 143. das Commiſſariat nur dem Mainzer Generalvicariate untergeordnet.

8) S. Wolf a. a. O. S. 93—109. u. beſonders Hartmann a. a. O. S. 384 flg.

9) Vgl den Viſitat.-Rezeß vom J. 1666 und die erneute Kirchenordn. vom J. 1670 bei Scheppler l. l. p 148. u. 154.

10) In den Kreiſen Heiligenſtadt und Worbis, die nur ehemals Mainziſche Ortſchaften in ſich ſchließen, war im J. 1817 das Verhältniß der Evangeliſchen zu den Katholiken wie 1 zu 10 und 4. Vgl. die ſtatiſt.-topogr. Ueberſ. des Depart. d. Reg. zu Erfurt S. 3.

11) In Duderſtadt, wo ein großer Theil der Bürgerſchaft evangeliſch geblieben war, und deshalb der Beſuch auswärtiger evangeliſcher Kirchen früher ſchon nachgeſehen wurde (Büſching a. a. O. Th. 6. S. 556.), iſt im J. 1808 den Evangeliſchen eine der Stadtkirchen durch ein Decret der Weſtfäliſchen Regierung überwieſen worden (Winkopp's Rheiniſcher Bund Th. 7. S. 498.). In Heiligenſtadt wurde ſchon im J. 1803 die Kirche des aufgehobenen Martinsſtifts zum evangeliſchen Gottesdienſte eingerichtet (Wolf de archid. Heilig. p. 22.).

12) Weinrich's Nachrichten von Erfurt S. 132 flg.

13) S. oben §. 3. S. 601.

feſtgeſtellt, auch die innere Verfaſſung und Verwaltung, über welche zwiſchen Rath und Bürgerſchaft Streitigkeiten mancherlei Art obwalteten, geordnet werden ſollte. Dem Ausſpruche der Commiſſion, welcher nach langen, durch Sächſiſche Einmiſchung erſchwerten Verhandlungen für die Kur-Mainziſche Landeshoheit ausfiel, verweigerte aber Erfurt freiwillige Unterwerfung; erſt die Achtserklärung und Eroberung der Stadt führte im J. 1664 zur Huldigungsleiſtung [14]). Eine kirchliche Reaction erfolgte jedoch nicht, vielleicht ſchon aus Beſorgniß vor Sachſen, welches immer noch nicht ſeine Anſprüche auf die Oberhoheit über Erfurt aufgegeben mochte. Nicht einmal eine Reſtitution auf Grund des friedensmäßigen Normal-Beſitzſtandes trat ein, ſondern mit Zuſtimmung des Domkapitels bewilligte Erzbiſchof Johann Philipp, gleich nach Beſetzung der Stadt, unterm 16. Dezbr. 1664 eine ausgedehnte Religions-Aſſecuration [15]), wonach Rath und Bürgerſchaft wie deren Nachkommen „bei dem **exercitio religionis Augustanae Confessionis**, auf Maaß und Weiſe, wie ſich ſolches in gegenwärtigem Zuſtande befindet", und bei allen bisher beſeſſenen Kirchen, Schulen, Einkünften u. ſ. w., insbeſondre auch bei „Anordnung und Direction des Miniſterii, und dahin gehöriger unter ihren Religionsverwandten vorfallender Erörterung der Ehe- und Gewiſſensſachen, hergebrachtem **stylo** nach, wie auch bei freyer Präſentir-, Benenn- und Beſtellung derer dazu erforderlichen Inſpectoren und Aſſeſſoren, auch Kirchen- und Schulbedienten, ſammt allen andern zu ſothanem **exercitio** gehörigen **actibus** und Gebräuchen, alles dem **Instrumento Pacis** gemäß, auch inskünfftige frey, ruhig und ungehindert gelaſſen" werden ſollten. Ausdrücklich wurde dieſe Zuſicherung erneut, als im Jahre darauf die Erneſtiniſche Linie, wie
1665 ſchon vorher Kurfürſt Johann Georg II., ſich zur Anerkennung der Mainziſchen Gerechtſame über Erfurt verſtand, und gegen Entſchädigung für das bisher bezogene Schutzgeld dem Rechte

14) Vgl. über dieſe Angelegenheiten Weinrich a. a. O. S. 149 flg. und Weiße's neueſte Geſch. Th. 1. S. 153 flg.

15) Lünig R. Arch. P. spec. Abth. 1. S. 404., Londorp Acta publ. T. IX. p. 233.

des Erbſchutzes, auch allen Anſprüchen auf landesherrliche Hoheit über Stadt und Gebiet von Erfurt entſagte[16]); gleiche Zuſicherung freier Religionsübung, des bisherigen Kirchenbeſitzes und der Patronatsgerechtſame ward den zum Erfurter Gebiet gehörigen adligen und unadligen, geiſtlichen und weltlichen Unterthanen von dem neuen Landesherrn ertheilt[17]).

Im unbeſtrittenen Beſitze der Landeshoheit über Erfurt blieb ſeitdem das Mainzer Erzſtift bis zu der allgemeinen Säculariſation des J. 1803; der Proteſt, zu welchem Kurfürſt Johann Georg **III.** von Sachſen ſich nochmals veranlaßt ſah, hatte keinen weiteren Erfolg, als ein ihm vom Kaiſer ertheiltes Salvatorium ſeiner angeblichen Rechte über die Stadt[18]). An der Spitze der geſammten Adminiſtration[19]) ſtand mit dem Rechte des Vorſitzes in allen Landesbehörden ein kurfürſtlicher Statthalter, jederzeit ein Mainzer Domherr. Die weltliche Verwaltung war rückſichtlich der landesfürſtlichen Domänen, Renten und Einkünfte beim Cammercollegium, im übrigen bei der, zugleich als obere Gerichtsbehörde[20]) fungirenden, Landesregierung; ganz davon getrennt war die geiſtliche Verwaltung, indem dieſe, nur mit Unterordnung unter das Generalvicariat[21]) und das Metropolitangericht zu Mainz,

---

16) Art. 1. 2. 3. 5 flg. des Leipz. Haupt-Rez. vom $\frac{16}{26}$ Dezbr. 1665 bei Lünig a. a. O. Spic. eccl. Th. 1. S. 165.

17) Art. 17. des Leipz. Haupt-Rez.

18) Weiße's neueſte Geſch. Th. 1. S. 159.

19) Vgl. über die polit. u. kirchl. Verfaſſung Erfurts überhaupt Heinemann a. a. O. S. 44 flg., Kurzgefaßte Geſchichte von Erfurt S. 103 flg. 111. 118 flg. und Büſching a. a. O. Th. 6. S. 543.

20) Darin wich die Einrichtung Erfurts von der des Eichsfeldes ab, wo, vielleicht um des größeren Umfangs und der mehreren Geſchäfte willen, im J. 1777 der Regierung die bis dahin mit dem Ober-Landgerichte concurrente Jurisdiction genommen, und nur die eigentliche Adminiſtration gelaſſen wurde. Vgl. Wolf's polit. Geſchichte des Eichsf. Th. 2. S. 86. u. 102. u. Hartmann a. a. O. S. XXVII. flg.

21) Ein Kur-Mainziſches Reſcr. an das General-Vicariat vom 5. Sept. 1670 (bei Scheppler l. l. p. 183.) beſchränkt ſchon die Competenz des Vicariats auf die correctio morum inter personas ecclesiasticas, die causae beneficiales et aedificandarum et reparandarum ecclesiarum, die dispensatio super legatis annuis de celebranda anniversaria, die causae matrimoniales, letztere jedoch allein quoad sacramentalia, und befiehlt, daß ſich daſſelbe, weil dies zur Competenz des Hofraths oder der Regierung gehöre, enthalten ſolle „aller andern

allein von dem geiſtlichen Gerichte zu Erfurt ausging, welches aus dem Statthalter, dem Siegler[22]) und aus vier Aſſeſſoren beſtehend[23]), zugleich zur Appellationsinſtanz für das Officialat des Marienſtifts beſtimmt war. Vorübergehende und unerhebliche Beſchwerden abgerechnet, blieben übrigens die den Evangeliſchen zugeſicherten Religionsfreiheiten und ſonſtige Bewilligungen unverkürzt. Zwar drang der Kurfürſt darauf, daß, der weit überwiegenden Mehrzahl der evangeliſchen Bürger ungeachtet, der Rath ſtets zu gleichen Theilen mit Katholiken und Lutheranern beſetzt werde. Indeß war dies der Billigkeit um ſo mehr gemäß, als der Erzbiſchof, wie er bei der Beſitznahme der Stadt verſprochen, für alle landesherrlichen Aemter die Parität beider Religionspartheien durch gleichmäßige Anſtellung von Katholiken und Evangeliſchen anerkannte, und bei der Univerſität nicht bloß die übrigen Facultäten in ſolcher Weiſe beſetzen ließ, ſondern auch im J. 1767 neben der katholiſchen eine evangeliſch-theologiſche Facultät einrichtete. Von Kirchen und kirchlichen Stiftungen beſaßen die Katholiken in der Stadt die beiden Collegiatſtifter S. Marien und S. Severus, das Benedictinerkloſter S. Peter und Paul, das
1774 ſpäter in ein Gymnaſium verwandelte Jeſuitercollegium, 7 Klöſter und 4 Kirchen nebſt 3 Kapellen, auf dem flachen Lande dagegen nur die Pfarreien in den fünf ſ. g. Küchendörfern; alle übrige Landgemeinden, und in der Stadt nicht weniger als 11 Kirchen waren und blieben den Evangeliſchen[24]). Mit Ausnahme der von

Jurisdiction in Civil- und Criminal-, Perſonal- und Real- wie auch Zehntſachen (ausgenommen wenn in causis decimarum zwei Stifter, Klöſter und Geiſtlichkeit einander Streit hätten) ſowohl in petitorio als possessorio, ferner in causis praeventionum, deflorationis, fornicationis und reconventionis, wie auch ex L. diffamari und ſonſt gänzlich“. Eine speciell für Erfurt ergangene Verordn. ähnlichen Inhalts vom 21. Febr. 1733, welche aber zugleich für alle Perſonalſachen der Geiſtlichen, obſchon nur dieſer, nicht der Schullehrer, das geiſtliche Forum beſtätigte, theilt Starke a. a. O. §. 142. mit.

22) Mit dem Siegler-Amt war regelmäßig die Würde eines Weihbiſchofs und vicarius in pontificalibus verbunden.

23) Ueber die Einrichtung dieſes Gerichts vgl. Winkopp's u. Höck's Magazin für Geſch., Statiſt. u. Topogr. der deutſchen geiſtl. Staaten. Zürich 1790 Th. 1. S. 21 flg. u. Starke a. a. O. §. 141—44.

24) Nach der Note 10. angef. Ueberſ. iſt im Erfurter Kreiſe die Zahl der Evangeliſchen viermal ſo groß als die der Katholiken.

Sachſen eingelöſten Aemter Tonndorf und Mühlberg, für welche die kurfürſtliche Regierung als Conſiſtorialbehörde galt, übte zugleich das ſtädtiſche Conſiſtorium, aus der Stadtgeiſtlichkeit, einigen Rathsverordneten und dem evangeliſchen Syndicus beſtehend, über alle Land- und Stadtkirchen die obere Aufſicht, in Betreff der Kirchen- und Güterverwaltung wie über das Lehramt, nicht minder die geiſtliche Gerichtbarkeit, die von landesherrlichem Einfluſſe eben ſo frei war, als die meiſt durch Wahl der Gemeinden erfolgende Beſetzung der geiſtlichen Aemter; für die in evangeliſchen Orten anſäſſigen Katholiken ward ſogar ein Pfarrzwang, wenn ſchon nur in Betreff der Gebühren, anerkannt. Bemerkenswerth wie die ſtiftiſche Geſetzgebung überhaupt durch manche Vorſchriften war, welche man in neuerer Zeit bald als Beweis übertriebener Beſorgniß der Staatsgewalt, bald als Beeinträchtigung der katholiſchen Kirche hat bezeichnen mögen[25]), iſt ſie noch ausgezeichneter durch ein in geiſtlichen Territorien ſeltenes Beiſpiel von Toleranz und völliger Gleichſtellung beider Religionspartheien.

---

25) So beſtand z. B. in Mainz ſchon ſeit dem J. 1574 ein Verbot des Verkaufs von Grundſtücken an geiſtliche Corporationen und Perſonen ohne beſondere landesherrliche Erlaubniß (Scheppler l. l. p. 82. 109. 139.); die Anſtellung von Ausländern in geiſtlichen Aemtern wurde im J. 1648 ganz allgemein unterſagt (ibid. p. 120.); die Steuerpflicht der Geiſtlichen war in Betreff der indirecten Abgaben, wie Mahl- und Weinſteuer (ibid. p. 101. 185. 188.), und der directen anerkannt, und namentlich im Eichsfeldiſchen durch Landtags-Beſchluß vom J. 1688 dahin feſtgeſtellt, daß auf je 1000 Rthlr. von den Ständen bewilligter Steuern die Geiſtlichkeit 100 Rthlr. aufbringen müſſe (Wolf's polit. Geſch. des Eichsf. Th. 2. S. 120. 128.).

Drittes Kapitel.

Die ehemals geiſtlichen Territorien von Trier, Cöln, Münſter und Paderborn.

§. 1.

Geſchichte der Stiftsgebiete bis zur Erwerbung der Landeshoheit.

Wie die Gründung der Biſthümer **Trier** und **Cöln**, ſind auch die erſten Anfänge ihres weltlichen Beſitzes, welcher allmählich zu bedeutenden Territorien ſich erweiterte, und die Prälaten dieſer Stifter auf die erſte Stufe unter Deutſchlands Fürſten erhob, in ein Dunkel gehüllt, welches ſelbſt die gründlichſte Forſchung ſchwerlich ganz aufzuhellen vermögen wird[1]). Auf einzelne Güter und Ortſchaften, auf Zehnten und Grundrenten hat ſich ohne Zweifel das urſprüngliche Beſitzthum beſchränkt, welches zu behaupten in den unruhigen Zeiten der Merowingiſchen Herrſchaft nicht immer gelungen ſein mag, wenn ſchon einzelne Stücke des ſpätern Gebiets, wie es ſcheint, bis in die vorcarolingiſche Periode hinaufreichen[2]). Selbſt ob die Biſchöfe ſchon unter den Merowingern Immunitätsprivilegien erlangt haben, iſt ungewiß[3]),

1) Nach (Hontheim) Historia Trevirensis diplomatica et pragmatica Augsb. 1750. diss. ad Sec. VII. §. 3. fehlt es über die Dotation und erſten Erwerbungen Triers an allen diplomatiſchen Nachrichten; ein gleich negatives Reſultat dürfte ſich dereinſt für Cöln ergeben, welches, auffallend genug, ſeinen Geſchichtſchreiber noch erwartet, da weder das ältere Werk von Gelenius de admiranda sacra et civili magnitudine Coloniae. 1645, noch die Geſchichte des Erzſtifts Cöln von J. J. Süß. Cöln 1826. auch nur billigen Anforderungen genügt.

2) So hat nach Gelenius l. l. p. 65. Biſchof Cunibert von Cöln († 663) ſeine Erbgüter Renſe, Zeltingen und Rachtig dem Stifte zugebracht.

3) In dem Trierer Immunitätsprivilegium Pipin's vom J. 761, ſpäter mehrfach erneut (ſ. Hontheim l. l. p. 120. 132. 167.), heißt es zwar, daß Biſchof Wiomadus ein praeceptum anteriorum regum

für Cöln nicht einmal aus der carolingiſchen Zeit ein ſolches Privilegium erhalten[4]), und ſo kann, wie erſt ſeit Bekehrung der Sachſen die kirchliche Organiſation der Rheiniſchen Lande feſte Geſtalt gewann, auch wohl nur das neunte Jahrhundert als die Zeit gelten, in welcher für die weltliche Macht der dortigen Stifter ein ſicherer, wenn ſchon immer noch unbedeutender Grund gelegt wurde. Nicht minder geringfügig war ſicher die urſprüngliche Dotation der Sächſiſchen Bisthümer, die in **Münſter** auf einige Edelhöfe mit den dazu gehörigen Bauerſchaften beſchränkt ſcheint[5]), in **Paderborn** hauptſächlich auf dem Beſitze von Iburg, dem ſpätern Driburg beruhte[6]). Hier ſetzte zugleich, obwohl Paderborn ſchon im J. 822 von Ludwig dem Frommen ein mehrfach ſpäter beſtätigtes Immunitätsprivilegium erhielt[7]), gleiche Begünſtigung auch wohl dem Münſterſchen Stift zu Theil geworden ſein mag, die Macht des Sächſiſchen Herzogshauſes nicht geringe Schwierigkeiten jeder Erweiterung der grundherrlichen Rechte zu öffentlicher Gewalt entgegen, die dort eben ſowohl in dem geiſtlichen Anſehn der Rheiniſchen Prälaten, als ſeit der Trennung Deutſchlands von Frankreich in den politiſchen Schickſalen der Lothringiſchen Lande eine bedeutende Unterſtützung fand.

Schon zu Ende des neunten Jahrhunderts verlieh **Zwentibold** von Lothringen, König Arnulf's unechter Sohn, dem

---

Francorum beigebracht habe; das in **Broweri** Annal. Trevir. T. I. p. 351. und **Lünig** Spicil. eccl. T. I. p. 192. mitgetheilte Privilegium Dagobert's I. vom J. 643 iſt indeß unzweifelhaft unecht.

4) Von Carl dem Gr. ſagt **Gelenius** l. l. p. 65.: Coloniensem metropolitanam aliasque ecclesias agris et censibus, immo **territoriali iurisdictione** auxit; indeß iſt m. W. ein Immunitätsprivilegium, wovon wohl nur jene Schlußworte zu verſtehen ſind, nicht bekannt geworden.

5) Vgl. A. A. **Erhard's** Geſchichte Münſters. 1835. S. 49. Auf dem Grund und Boden dieſer Dotation, welche bei der ſpäteren Theilung der Stiftsgüter theilweiſe dem Kapitel zufiel, entſtand allmählich die Stadt, deren einzelne Grundſtücke daher bis auf die neueſte Zeit einem Woortzinſe an das Stift unterworfen blieben. S. ebend. S. 93. und **Kindlinger's** Münſteriſche Beitr. Th. 1. Urk.-Anh. No. 1. Note a. und Th. 2. S. 237.

6) **Schaten** annal. Paderborn. Neuhaus 1693. T. I. p. 44.

7) Ibid. p. 71. 148., **Beſſen's** Geſch. des Bisthums Paderborn. 1820. Th. 1. S. 78.

Trierer Erzbiſchofe Ratbod über die Stadt und alle ſtiftiſchen Beſitzungen die Grafſchaft[8]), und unter der ſchwachen Regierung Ludwig's des Kindes, der unruhigen Conrad's des Saliers, wo Lothringen zwiſchen Oſt- und Weſtfränkiſcher Herrſchaft ſchwankend ſich faſt ganz überlaſſen war, gelang es den Biſchöfen leicht, ihre Grafenrechte zur Unabhängigkeit von der herzoglichen Obergewalt zu erweitern, welche zu brechen Kaiſer Heinrich I. und ſeinem Sohne Otto das eigne Intereſſe gebot[9]). In raſcher Folge mehrten ſich ſeitdem die, freilich ſehr zerſtreut belegenen, Beſitzungen des Stifts an beiden Ufern der Moſel und dieſſeits des Rheines an der untern Lahn[10]), und würden leicht zu einem geſchloſſenen Territorium bedeutenden Umfanges ſich abgerundet haben, wenn nicht die mächtigeren Dynaſtieen und adligen Geſchlechter dieſer Gegenden die Belehnung mit vielen Stiftsgütern erzwungen[11]), die zahlreichen Vögte und Burggrafen des Stifts die Erblichkeit ihrer Aemter zu Eingriffen in die ſtiftiſchen Gerechtſame mißbraucht hätten[12]), wodurch manches Beſitzthum, kaum gewonnen, wieder verloren ging. Ueber viele Ortſchaften und Diſtricte wurde jedoch allmählich die Vogtei wieder erworben[13]); die Auflöſung des Lothringiſchen Herzogthums beſeitigte um ſo mehr jede Gefahr, welche von dieſer Seite her der Selbſtſtändigkeit und weltlichen Macht des Stifts drohte, als das mächtigſte unter den Lothringiſchen Grafengeſchlechtern, das Luxemburgiſche, ſein Beſitzthum zu einem großen Theil von Trier zu

---

8) Hontheim diss. ad Sec. IX. §. 3. u. 4. und T. I. p. 236. 239.

9) Ibid. T. I. p. 253. 282. 351. 382. und diss. ad Sec. X. §. 4., womit auch die Urk. König Ludwig's vom J. 903 über Verleihung der Münz-, Zoll- und ſonſtigen Regalien über die Stadt Trier bei Lünig a. a. O. S. 196. zu vergleichen iſt.

10) Die erſten oſtrheiniſchen Erwerbungen fallen noch in die Regierung Otto's des Gr. (Hontheim T. I. p. 292.); bedeutend aber wurde der Beſitz im Lahngebiete erſt unter Heinrich III., als das Stift die, ſpäter den Iſenburgern und dann den Naſſauern zu Lehn überlaſſene, Grafſchaft auf dem Einrich erwarb (ibid. p. 374. Not. a. und diss. ad Sec. VII. §. 24.).

11) Schon im J. 981 klagte Biſchof Egbert, „Episcopii maximam partem militibus in beneficium esse distributam“.

12) Hontheim l. l. diss. ad. Sec. XII. §. 3.

13) Ibid. T. I. p. 623. und diss. ad Sec. XIII. §. 4.

Lehn trug[14]), die Oberadvocatie aber über Stadt und Kirche, welche die Pfalzgrafen am Rhein beſaßen, wohl ſchon längſt nur noch dem Namen nach beſtanden hatte, als im J. 1197 Pfalzgraf Heinrich ſich zur Verzichtleiſtung auf dieſes Recht ſeines Hauſes verſtand[15]). Mehr indeſſen als alles dies, mehr auch als das geiſtliche Anſehn, welches die Trierer Erzbiſchöfe dem hohen Alter ihrer Kirche[16]), und dem von den Päbſten verliehenen Ehrenrechte eines Primaten von Gallien und Germanien[17]) und gebornen Legaten des Römiſchen Stuhls[18]) verdankten, gewährte und ſicherte zugleich weltlichen Einfluß und landesfürſtliche Unabhängigkeit die mit dem Trierer Erzcanzleramte durch Gallien und im Königreiche Arelat verknüpfte Würde eines Kurfürſten des Reichs[19]); doch bleibt es auffallend, daß vor dem Anfange des

---

14) Ueber dieſen, wie es ſcheint, ſchon in der Mitte des 11. Jahrh. begründeten Lehnsnexus von Arlon vgl. Broweri annal. Trevir. T. II. p. 218., Hontheim l. l. T. I. p. 392. u. 700. und Moſer's Staatsrecht des churfürſtl. Erzſtifts Trier. Leipz. 1740 K. 12. §. 12.

15) S. die Urk. bei Lünig R. Arch. P. Spec. Cont. II. p. 122.

16) S. oben Buch I. K. 3. §. 1. S. 158. u. 164. Um dieſes hohen Alters willen wird in einem Privilegio P. Alexander's II. vom J. 1070 an der Trierer Kirche die vicinior sedis Romanae affinitas prae omnibus Galliae et Germaniae ecclesiis gerühmt, und von Kaiſer Otto II. Trier totius Galliae Germaniaeque metropolis genannt.

17) Dieſes ius primatus ſoll ſchon von P. Sylveſter im J. 447 der Trierer Kirche verliehen ſein (Hontheim l. l. T. I. p. 17.), hat übrigens nach den ſpäteren Beſtätigungen vom J. 967 und 975 (ibid. p. 305. u. 312.) nur das ius primae sedis et vocis auf den Concilien, keine höhere Kirchengewalt gewährt, und wird in einem Privilegio Leo's IX. vom J. 1049 (ibid. p. 386. und Lünig Spicil. eccl. T. I. p. 202.) ſogar nur für Gallia Belgica anerkannt. Für Frankreich verlor dieſer Primat ſpäter alle Bedeutung (ſ. Moſer a. a. O. Kap. 8. §. 3.), iſt aber auch nie in Deutſchland anerkannt, am wenigſten nach Böhmer de orig. iur. Archiep. Colon. c. 1. §. 10. über die Cölner Kirche begründet geweſen, und hat ſich daher nicht einmal im Titel der Trierer Biſchöfe erhalten.

18) Dieſe Würde verlieh im J. 1137 P. Innocenz II. dem Erzbiſchofe Adalbero, und beſtätigte 20 Jahre ſpäter Pabſt Hadrian IV. (Hontheim l. l. p. 536. u. 580.).

19) Von Chroniſten wird das Trierer Erzcancellariat ſchon zu Ende des 13. Jahrh., in Urkunden dagegen zuerſt im J. 1314 erwähnt (Hontheim diss. ad Sec. XIII. §. 2 und T. II. p. 92.). Die letzten Spuren wirklicher Ausübung dieſes Amts gehören dem 16. Jahrhundert an (ibid. diss. ad Sec. XVI. §. 12. u. Moſer a. a. O. K. 2. §. 15—23.).

vierzehnten Jahrhunderts ſich keine förmliche Anerkennung der erzbiſchöflichen Landeshoheit vorfindet[20]).

Glücklicher noch waren in Erweiterung ihres Beſitzthums und Begründung fürſtlicher Hoheit die Erzbiſchöfe von Cöln, deren kirchliche Autorität, durch päbſtliche Verleihung ähnlicher Ehrenrechte gehoben[21]), in der Metropolitangewalt über den größten Theil des nordweſtlichen Deutſchlands feſterer Grundlage genoß, als den Trierer Prälaten in ihrer auf Lothringen beſchränkten geiſtlichen Oberhoheit gegeben war. Zwar blieb es ohne erhebliche Folgen, daß Kaiſer Otto ſeinem Bruder, dem
953 Erzbiſchofe Bruno von Cöln, das Herzogthum Lothringen zur Verwaltung übergab[22]), und wie die Fortdauer der alten Gauverfaſſung, erſchwerte allerdings auch das Aufblühen mächtiger Grafen- und Dynaſtengeſchlechter innerhalb der Diöceſangrenzen die Ausdehnung der Kirchenbeſitzungen[23]). Doch mehrten ſich dieſe im Laufe des 11. und 12. Jahrhunderts allmählich, theils an den Ufern des Rheins, wo der berühmte Erzbiſchof Hanno Rees und Calcar ſo wie das Gebiet von Neuß an das Stift brachte, unter Erzbiſchof Friedrich II. († 1159) und unter deſſen Nachfolger

---

20) In dem Lehnbriefe K. Heinrich's VII. für Erzb. Balduin vom J. 1309 wird das Stiftsgebiet principatus pontificalis, der Biſchof princeps Imperii genannt, und ihm plenaria iurisdictio et administratio temporalium beigelegt (Hontheim l. l. T. II. p. 27.); beiläufig kommt aber allerdings ſchon in einer Urk. vom J. 1230 der Titel princeps vor (ibid. T. I. p. 706.).

21) Das ius primatus iſt zwar, wie Boehmer l. l. §. 8—11. nachgewieſen, erſt im 12. Jahrhundert förmlich beſtätigt, aber ſchon ſeit dem 10. unbeſtritten geübt, und erſt durch die von Innocenz IV. verliehene Würde eines legatus natus ſo verdrängt worden, daß es ſich nicht einmal im Titel erhalten hat. Die Ernennung Erzbiſchofs Herrmann zum Cardinal der Kirche S. Ioannis ante portam latinam im Jahre 1052, offenbar nur eine perſönliche Gunſtbezeugung Leo's IX., giebt Gelenius unter Berufung auf eine Bulle Eugen's III. irriger Weiſe für ein bleibendes Vorrecht der Cölner Prälaten aus.

22) Vgl. Pfiſter's Geſch. der Teutſchen Th. 2. S. 48 flg. — Im Intereſſe des Stifts ſtellt Gelenius die herzogliche Würde als für immer verliehen, und die Bildung der ſpäteren Herrſchaften als rechtswidrigen Abfall vom Stifte dar.

23) Vgl. die Einleitungen zu Günther's Cod. Rheno-Mosellanus, insbeſ. Th. 1. S. 5 flg.

Reinald Andernach und die Grafſchaft Meer mit Linn erworben wurden, auch Odenkirchen, Waſſenberg und andere Ortſchaften um dieſe Zeit zum Stifte gekommen ſein müſſen[24]), theils gewannen in dem Weſtfäliſchen Theile der Diöceſe die Prälaten zu dieſer Zeit durch Allodial-Beſitz[25]) und durch Erwerb einiger Gaugrafſchaften[26]) ein ſo feſtbegründetes Anſehn, daß Kaiſer Friedrich I. im J. 1180 bei dem Sturze des Welfiſchen Heinrichs dem Erzbiſchofe Philipp von Cöln nicht bloß für die eignen Beſitzungen, ſondern ſo weit in Weſtfalen die Cölniſche Erzdiöceſe reichte, und im ganzen Sprengel der Paderborner Kirche, die herzoglichen Rechte verlieh[27]).

Ueber die angeſeheneren Grafengeſchlechter Weſtfalens, wie die von der Mark, von Arnsberg u. ſ. w., die neu gewonnene Herzogsgewalt in ihrem vollen Umfange geltend zu machen, gelang freilich den Cölner Prälaten nicht, und gleich entſchiedenen Widerſpruch fanden ihre Verſuche, eine fürſtliche Oberhoheit zu gewinnen, bei den Biſchöfen von Paderborn. Denn ſchon zu Anfang des elften Jahrhunderts hatten dieſe mehrere Grafſchaften erworben[28]) und unter dem Biſchofe Meinwerc, einem Sächſi-

---

24) Vgl. Gelenius l. l. p. 65 seq. und Süß a. a. O. S. 66., beſonders aber die Privilegien von Alexander III. und Lucius III., in Lünig Spicil. eccl. Fortſ. Th. 1. S. 336. und 337., welche die, ſpäter zum Theil wieder verloren gegangenen, ſtiftiſchen Beſitzungen einzeln: aufführen, unter dieſen auch Odenkirchen und Waſſenberg.

25) Das Privilegium P. Alexander's III., im J. 1179, alſo vor Erwerb der herzoglichen Würde ausgeſtellt, nennt als Cölner Allodialgüter Dölberg, Hagen an der Ruhr und Mark. Nach Mich. Moerckens Conatus chronol. ad catal. Archiepisc. Coloniae. Cöln 1745 p. 103. hätte Biſchof Friedrich auch ſchon im J. 1120 die Weſtfäliſche Herrſchaft Padberg acquirirt; den Erwerb von Werl ſetzt Gelenius l. l. p. 69. ſogar ſchon unter Kaiſer Otto d. Gr.

26) Außer dem Allodium beſtätigt die Urkunde Alexander's die comitia in Westphalia quae vulgariter Gograshophe dicuntur, ohne ſie jedoch zu benennen.

27) Die betreff. Urk. ſ. in v. Olenſchlager's Erläuter. der goldnen Bulle. Anh. No. 24., und bei Gelenius l. l. p. 74.

28) Zwei Urkunden K. Otto's III. vom J. 1001 u. K. Heinrich's II. vom J. 1003 (in Schaten annal. Paderb. T. I. p. 366. und Lünig's Spicil. eccl. Th. 2. S. 701.) nennen unter den ſtiftiſchen Beſitzungen die comitatus super pagos Paterga, Aga, Threveresga, Auga et Sorchtfeld.

ſchen Grafen († 1034), welcher alle ſeine Güter der Kirche zuwendete und die Grafſchaft Warburg, ſo wie das ſpätere Lippe an das Biſthum brachte[29]), das Stiftsterritorium ſo bedeutend vermehrt, daß die Paderborner Prälaten fürſtliche Unabhängigkeit wohl anſprechen konnten. Um ſo eher durften ſie ſich durch jene Unterordnung unter Cöln verletzt erachten, als gleich Minden und Osnabrück auch Münſter, obwohl es damals ſchwerlich dem Paderborner Biſthum an Umfang des weltlichen Beſitzes voranſtand[30]), von der herzoglichen Oberhoheit befreit blieb, und gerade in dieſer Zeit, nachdem Biſchof Ludwig I. im J. 1173 die den Grafen von Teklenburg erblich zuſtändige Schutzherrlichkeit über das Stift an daſſelbe zurück gebracht hatte[31]), unter deſſen Nachfolger Herrmann II., Grafen von Katzenellenbogen, mit dem vollen Beſitze der Regalien die fürſtliche Würde urkundlich zugeſtanden erhielt[32]). Wirklich ſcheint auch Paderborn binnen kurzem eine gleiche Unabhängigkeit erlangt zu haben[33]); der Erwerb aber der Schutzvogtei, welche Graf Wittekind von Waldeck im J. 1189 mit kaiſerlicher Genehmigung unter Vorbehalt eines bloß perſönlichen Einlöſungsrechts dem Stifte Paderborn verpfändete[34]), erleich-

29) Vgl. Schaten l. l. p. 394. 419. u. 440., Lünig a. a. O. S. 704 flg.

30) Die erſten erheblichen Erwerbungen für Münſter, wie z. B. Horſtmars, der Herrſchaft Vechta u. ſ. w. fallen in das 13. Jahrhundert; den ſpäteren Umfang hat das Stift erſt im 14. und 15. erhalten.

31) Schon vom Grafen Heinrich von Teklenburg hatte Biſchof Friedrich II. die Vogtei erkauft; aber erſt durch Vertrag zwiſchen deſſen Sohne Simon und dem Biſchofe Ludwig I. († 1174) kam dieſe Angelegenheit zu Stande. Vgl. Erhard a. a. O. S. 1000., Wilken's Verſ. einer allg. Geſch. des St. Münſter. Hamm 1823 S. 4. und Herm. Kock series episc. Monast. T. I. p. 67.

32) Vgl. Joh. Hobbeling's Beſchreib. des ganzen Stifts Münſter herausg. von J. D. v. Steinen. Dortmund 1782 S. 28. u. Kindlinger a. a. O. Th. 3. S. 115. Daß nach Erhard a. a. O. S. 172. erſt in Urkunden vom J. 1272 u. 1280 der Biſchof dux dioecesis genannt wird, ſteht nicht entgegen, da der Ducat kein regelmäßiger Titel iſt, und in jenen Urkunden nur, um das Recht der Freigrafſchaft zu begründen, dem Biſchofe beigelegt wird.

33) Nach Beſſen a. a. O. S. 148. ſoll ſogar ſchon vor dem J. 1180 Biſchof Heinrich v. Werla den Titel eines Reichsfürſten erhalten haben.

34) Schaten l. l. T. I. p. 883. u. 897., Beſſen a. a. O. S. 165.

leichterte die Behauptung wie die Befeſtigung der landesherrlichen Gerechtſame. Immer wieder erneuten indeß die Cölner Prälaten ihre Anſprüche auf die herzoglichen Rechte [35]), und wußten eben ſowohl die dadurch veranlaßten Streitigkeiten zum Erwerbe einzelner Paderborner Beſitzungen [36]) zu nutzen, als über den Weſtfäliſchen Herrenſtand die Lehnshoheit zu bewahren, welche für den Fall des Ausſterbens zu neuem Erwerbe die Ausſicht eröffnete; mehr aber noch ſicherte der herzogliche Rang und Titel den Erzbiſchöfen politiſchen Einfluß, welcher durch ihre Kurwürde, wie unbedeutend auch das damit verbundene, aber auf die Angelegenheiten Italiens beſchränkte Amt eines Reichserzcanzlers war [37]), immer mehr über die Grenzen der Weſtfäliſchen Lande ſich erweiterte, und ihnen nächſt den Erzbiſchöfen von Mainz den erſten Rang unter Deutſchlands Fürſten für alle ſpätere Zeit anwies.

§. 2.

Völlige Ausbildung der landesfürſtlichen Hoheit und Umfang der Stiftsgebiete zu Ende des Mittelalters.

Die neu gewonnene fürſtliche Gewalt im Innern ihrer Territorien feſter zu begründen, die adligen Geſchlechter, welche innerhalb des Stiftsgebiets angeſeſſen waren, gleich den noch reichsunmittelbaren geiſtlichen Corporationen und Communen ihrer Landeshoheit zu unterwerfen, das unmittelbare Beſitzthum zu erweitern und über die benachbarten Fürſten- und Dynaſtenhäuſer wenigſtens Lehnshoheit zu gewinnen, um eben ſo deren Schutzes und Beihülfe ſich zu verſichern, als ſie an das Intereſſe ihrer Kirchen

---

35) Vgl. Schaten l. l. T. II. p. 55. 178. Daß per totum Episcopatum Patheburnensem im J. 1180 der Ducat verliehen war, gab, da hierzu auch die Stiftslande gehörten, den Cölner Anforderungen ſogar den Schein Rechtens; als Verletzung ihrer Privilegien haben es auch die Paderborner Biſchöfe nie behandelt.

36) So namentlich Brilon und Geſeke (ſ. Beſſen a. a. O. S. 204., Schaten l. l. T. II. p. 178.).

37) Ueber Entſtehung und Bedeutung dieſes Amts vgl. Böhmer l. l. §. 12 sq., welcher zugleich über das von Leo IX. beſtätigte Ehrenamt eines Erzcanzlers des Römiſchen Stuhls nähere Notizen liefert.

zu knüpfen, war ſeit dem dreizehnten Jahrhundert der Rheiniſchen und Weſtfäliſchen Prälaten unabläſſiges, trotz dem unglücklichen Ausgange vieler Fehden, trotz der Erfolgloſigkeit mancher Jahrzehende hindurch fortgeſetzter Verhandlungen, auch nichts weniger als vergebliches Beſtreben.

Schon vor der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts gewann, mehr jedoch, wie es ſcheint, durch den Erwerb einzelner Ortſchaften, als geſchloſſener Herrſchaften oder ehemaliger Grafenſprengel, das Territorium von Trier ziemlich den ſpäteren Umfang [1]). Bald tief einlaufend in die angränzenden Lande, bald von dieſen auf die Breite weniger Stunden zuſammengedrängt, erſtreckte es ſich ſchon damals im Moſelgebiete aufwärts bis über Saarburg, auf dem rechten Rheinufer bis gegen Hadamar und über Limburg hinaus. Erhebliche Vermehrungen hat das Stiftsgebiet ſeitdem nicht erfahren. Die Ermächtigung zur Einlöſung der innerhalb der Diöceſe belegenen verpfändeten Reichsgüter, welche die Erzbiſchöfe im vierzehnten Jahrhundert von den Kaiſern erhielten [2]), gab mehr die Hoffnung neuen Ländergewinns, als daß ſie wirklich dazu geführt hätte [3]). Wie glänzend auch durch eine große Zahl mächtiger Vaſallen der Trierer Lehnshof war, von welchen u. a. die Grafſchaften Sayn, Virneburg, Nieder-Iſenburg, Dietz, die Herrſchaften Winneburg-Beilſtein und Dachſtuhl, und viele Beſitzungen der Wild- und Rheingrafen zu Dhaun, des Luxemburger, Sponheimſchen und Pfälziſchen Hauſes [4]) zu Lehn gingen,

1) Dies erhellt aus den Confirmationsprivilegien dieſer Zeit, in welchen die einzelnen Ortſchaften und Beſitzungen namhaft gemacht ſind, und nur wenige fehlen, welche ſpäter zum Stiftsgebiete gehörten. Vgl. auch Günther a. a. O. Th. 3. S. 61.

2) Das erſte Privilegium der Art ward im J. 1314 von K. Ludwig ertheilt und ſpäter mehrfach erneut (ſ. Hontheim T. II. p. 92. 99. 179.).

3) Auch die Zuſicherung, welche K. Friedrich III. im J. 1458 dem Erzbiſchofe Johann dahin ertheilte, daß er ihm die Reichszölle, welche „in dem Begriff des Kryſumbs des Stiffts zu Trier“ ledig würden, bis auf die Höhe von 3000 Rh. G. jährlicher Rente verleihen wolle (ſ. Hontheim l. l. p. 434.), ſcheint ohne erhebliche Folgen geblieben zu ſein.

4) Ueber dieſen Lehnsnexus verbreitet ſich Günther a. a. O. näher; einzelnes wird unten §. 5. noch berührt werden.

ſo war doch nur ſelten, wie z. B. beim Erlöſchen des Iſenburger Hauſes im J. 1664 [5]), bei der Grafſchaft Dietz [6]) und der Herrſchaft Valendar [7]) eine Einziehung zum Stifte durchzuſetzen; öfters wie z. B. beim Anfall von Winneburg-Beilſtein [8]), und für die von Erzbiſchof Chriſtoph Philipp erkaufte Herrſchaft Dachſtuhl [9]) ließen ſich auch die Prälaten gegen das Intereſſe des Stifts durch Familien- und perſönliche Rückſichten zur Wiederverleihung einzelner Gebiete beſtimmen.

Beſſer gelang den Erzbiſchöfen die Befeſtigung ihrer landesfürſtlichen Gewalt, welche Ludwig der Baier und Carl IV., unter Erneuerung aller früheren Privilegien, wiederholt und beſtimmter denn zuvor beſtätigt hatten. Bei der zahlreichen und reichbegüterten Ritterſchaft fand ſie damals noch und bis zu Anfang des ſechszehnten Jahrhunderts willige Anerkennung [11]); wie

---

5) Auf die Grafſchaft Nieder-Iſenburg erhoben zwar die Grafen von Wied Erbanſprüche, mußten aber den bei weitem größten Theil dem Stifte laſſen (Büſching a. a. O. Th. 6. S. 685.).

6) Eine ohne lehnsherrliche Zuſtimmung geſchehene Veräußerung, wodurch Graf Eberhard von Epſtein ſeinen Antheil an Dietz im J. 1530 dem Grafen Wilhelm von Naſſau-Dillenburg überlaſſen hatte, benutzte Erzb. Johann VI. zu einem Vergleiche, wodurch im J. 1564 die größere Hälfte der Grafſchaft zu voller Landeshoheit an das Stift kam (ebend. S. 272.).

7) Dieſe Herrſchaft, ehemals zu Sayn gehörig, ſeit dem Ende des 14ten Jahrh. unter Lehnshoheit nnd zum Theil im Pfandbeſitze des Stifts, ward nach langen Streitigkeiten über die Wiedereinlöſung durch Vergleich v. J. 1694 zur Hälfte dem Stifte zu vollem Eigenthume überlaſſen, über die andere Halfte die Mithoheit außer der Lehnsherrlichkeit zugeſtanden (ebend. S. 579.).

8) Kurfürſt Lothar (1599—1623) verlieh die Herrſchaft ſeinem Hauſe, den Grafen von Metternich (ebend. S. 473.).

9) Dieſe machte der Kurfürſt zu einem Familien-Fideicommiß ſeines Hauſes, der Grafen von Söttern, nach deren Ausſterben ſie durch eine Erbtochter an die gräfliche Familie von Oettingen-Baldern kam (ebeud. Th. 7. S. 339. uud Lancizolle's Ueberſ. d. Territ.-Verh. S. 50.).

10) Die betreffenden Urkunden aus den J. 1314, 1332, 1346 u. 1376, worin u. a. K. Ludwig merum et mixtum imperium, et plenam iurisdictionem in omnibus villis .., ubi villani ... iudicia reddere et exequi in causis criminalibus, civilibus et mixtis hactenus consueverunt, quae iurisdictiones vulgariter „freyen Gericht" appellantur, verleiht, ſ. bei Hontheim l. l. T. II. p. 91. 118. 164. 265.

11) Vgl. Hontheim diss. ad Sec. XVII. et XVIII. §. 3.

aber Coblenz [12]), Boppard [13]) und andere Städte ſich den Biſchöfen zuletzt völlig unterwerfen mußten, ſo verdankte auch Trier den factiſchen Beſitz freien Regiments, welchen es bis in das ſechszehnte Jahrhundert genoß, mehr der Nachgiebigkeit der Landesherrſchaft, die ſich in wiederholten Vergleichen gegen Zuſicherung von Kriegs- und Geld-Beihülfe mit dem äußeren Anſchein der Herrſchaft zur Zeit genügen ließ [14]), als daß die Anſprüche auf Reichsunmittelbarkeit, welche die Stadt auf Schutzprivilegien Otto's IV. [15]) gründen zu können vermeinte, je anerkannt worden wären, oder gar das Stift zu einem Verzichte auf den feierlichen Urtheilsſpruch ſich verſtanden hätte, durch welchen im J. 1364 Carl IV. dem Biſchofe die unumſchränkte Hoheit über die Stadt in Gemäßheit der alten Privilegien zuſprach [16]).

---

12) Schon im J. 1018 hatte K. Heinrich II. dem Erzbiſchof Poppo das Caſtell und den Königshof zu Coblenz nebſt den Regalien verliehen; bis zum J. 1253 behielt aber das Naſſauiſche Haus die Vogtei, und erſt im J. 1282 gelang die volle Unterwerfung der Stadt unter ſtiftiſche Hoheit, welche ſchon die Bürgerſprache vom J. 1362 (vgl. W. Arn. Günther topogr. Geſch. d. Stadt Coblenz. 1815. S. 14. 45. u. 101.), noch beſtimmter aber die Stadtordnung vom J. 1562 anerkennt (Hontheim T. II. p. 865.), indem ſie gleich im Eingange die Stadt als „dem Churfürſten und unſern Ertzſtifft Trier, als deren eignen Herrn, Überkeit und Landtfürſten, mit grund und boden, aller oberherrlichkeit und jurisdiction, ohn einig mittell oder exemption zugehörig und underworffen“ bezeichnet.

13) Bis zu Anfang des 14ten Jahrhunderts ſtand Boppard noch unter einem Reichsvogte; der längere Pfandbeſitz der Vogtei gab hier allmählich landesherrliche Rechte, deren volle Anerkennung aber erſt im J. 1497 mit gewaffneter Macht durchgeſetzt wurde (Hontheim T. I. p. 832. u. T. II. p. 501.).

14) Hontheim diss. ad Sec. XVI. §. 6. et 7.

15) Dieſe Urk. v. 1211 u. 1212 ſ. bei Brower l. l. T. II. p. 109. u. Hontheim T. I. p. 650. Zu Sicherung ihrer Immedietät ſchloß die Stadt ſchon im J. 1302 ein ſeitdem oft erneutes Schutzbündniß mit Luxemburg ab, worauf dies Haus ſpäter ſogar Anſprüche auf Schutzherrlichkeit über das Stift ſelbſt gründete. Moſer a. a. O. Kap. 6. §. 10.

16) Dieſer Urtheilsſpruch lautete dahin: „daß die ſtatt zu Triere mit der vogtye daſelbſt, mit Gerichten, ho- und niedere, oberſten nützelichen und ordelichen herrſchaften, das man nennt zu latine dominiis directis et utilibus, rechten und andern ihren zugehörungen, gemeinlich und ſonderlich, geweſe ſyn und noch ſint, und fürbaß ewiglich weſen ſollent des Ertzb. Cunen, ſiner nachkommen Ertzbiſchofen, und des ſtiffts zu Trier u. ſ. w.“ (Hontheim T. II. p. 233.).

Nur in Wetzlar waren alle Verſuche des Stifts, Landeshoheit
zu gewinnen, um ſo mehr ohne Erfolg, als die Stadt, nach dem
Ausſterben der Mehrenberg'ſchen Dynaſten, unter dem Schutze 1328
und der Erbvogtei des gräflich Naſſauiſchen Hauſes ſtand[17]), und
das dortige Collegiatſtift St. Mariä, deſſen Probſte die Beſtel-
lung des Schultheißen zukam, wohl wenig geneigt war, die Aus-
dehnung der geiſtlichen Hoheit des Erzſtifts zu weltlicher Ober-
herrlichkeit[18]) zu unterſtützen; ſelbſt nachdem die Probſtei mit
der erzbiſchöflichen Würde unirt war[19]), blieb der Stadt die bishe-
rige, angeblich ſchon aus der Zeit Friedrich's I.[20]) herrührende
Reichsunmittelbarkeit.

Auch von den zahlreichen Stiftern und Abteien innerhalb des Gebiets und der Diöceſe von Trier retteten wenige die früher genoſſene Immedietät und Reichsſtandſchaft. Vollſtändig glückte es nur der Prämonſtratenſer Abtei Arnſtein im Lahnthale und der Deutſchen Ordens-Balley Coblenz[21]); erfolglos dagegen war großentheils ſchon im Mittelalter, vollends in neuerer Zeit der Widerſtand, welchen die reichbegüterten Benedictiner-Abteien

---

17) Vgl. F. W. v. Ulmenſtein's Geſch. u. topograph. Beſchreib. der Reichsſt. Wetzlar. Hadamar 1802. Th. 1. S. 135. 303. 428 flg.

18) Schon im J. 1318 erwirkte die Stadt ein Verbot K. Ludwig's, daß die Wetzlarer Bürger zum Präjudiz des kaiſerlichen Vogts nicht in weltlichen Dingen vor die geiſtlichen Gerichte geladen würden (ebend. S. 272.); entſchiedner erkannte der Freibrief vom J. 1349 (noch im J. 1580 von K. Rudolph II. beſtätigt) die alleinige Competenz des dortigen Reichsgerichts an (ebend. S. 386.).

19) Wie es ſcheint, erfolgte dieſe bis auf die neueſte Zeit beſtandene Union erſt durch die Reformation; wenigſtens hat noch zu Ende des 15ten Jahrh. dem Kaiſer die Beſetzung der Probſtei, dem Erzbiſchofe nur die canoniſche Inſtitution zugeſtanden. Vgl. Hontheim T. II. p. 469. u. Moſer a. a. O. Kap. 6. §. 18. u. Kap. 8. §. 19.

20) Der Freibrief K. Friedrich's vom J. 1180 (in Gudeni sylloge dipl. monum. veter. p. 479.) ſichert nur Handelsfreiheit zu, und behält dem dominus, d. h. wohl dem Collegiatſtifte, einen Woortzins von 4 Denaren vor, kann daher ſchwerlich als Beweis der Reichsunmittelbarkeit gelten.

21) Vgl. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 539. u. 783. — Aehnlich muß die Lage der Prämonſtratenſer Abtei Altenberg, welche Büſching (Th. 7. S. 274.) als Solmſiſcher Landeshoheit unterworfen bezeichnet, nach alle dem geweſen ſein, was Abicht's Kirch.-Geſch. d. Kr. Wetzlar S. 92 flg. über deren Schutzverhältniſſe beibringt; nur Reichsſtandſchaft ſcheint ſie nicht gehabt zu haben.

Prüm und St. Maximin bei Trier [22]) zur Behauptung ihrer Landeshoheit den durchaus unbegründeten, aber immer von neuem erhobenen Anſprüchen der Trierer Prälaten entgegenſetzten. Trotz dem, daß Prüm, im J. 720 gegründet, ſchon von König Pipin ein ſpäter mehrfach beſtätigtes Immunitätsprivilegium erhalten hatte [23]), machte das Stift ſchon früh Hoheitsrechte über das Territorium des Kloſters geltend, und um zugleich die reichen Einkünfte zu gewinnen, ſchien den Erzbiſchöfen kein Mittel geeigneter, als eine dauernde Incorporation der Abtei mit dem Biſthume. Bereits
1332 Ludwig der Baier überließ ihnen pfandweiſe die Belehnung des jedesmaligen Abts mit den Regalien, ſein Nachfolger Carl IV.
1376 genehmigte im voraus die Einverleibung Prüms, welche die Erzbiſchöfe bei dem Römiſchen Stuhle durchzuſetzen hofften, und wirklich im J. 1397 von P. Bonifacius IX. erlangten [24]). Nur der hartnäckige Widerſpruch des Convents vereitelte damals den Plan der Erzbiſchöfe, indem ſchon zwei Jahre darauf der Pabſt zur Rücknahme der von ihm verfügten Union ſich bewogen fand, und eben ſo wenig Dauer hatte die Incorporation, welche Pabſt Sixtus IV. auf Betrieb Erzbiſchofs Johann, erſt für deſſen Lebenszeit, im J. 1476 mit kaiſerlicher Genehmigung für immer ausſprach, aber gleichfalls ſchon im folgenden Jahre widerrief [25]). Indeß wie wenig die Erzbiſchöfe auf jenen Plan verzichten würden, zeigte nicht bloß die Folgezeit, ſondern ließ ſchon damals das Schickſal der Schweſter-Abtei St. Maximin ahnen. Unterſtützt von ihren Schutzherren, früher den Grafen von Namur, ſeit dem dreizehnten Jahrhundert den Grafen von Luxemburg [26]), war es ihr zwar bisher gelungen, im Beſitze der Reichsſtandſchaft
1140 ſich zu behaupten, trotz dem, daß ſchon Kaiſer Conrad III. mit

---

22) Ueber deren Beſitzungen vgl. das Registr. bonorum eccl. Prum. aus dem Anfange des 13ten Jahrh. bei Hontheim T. I. p. 660. und die ebendaſ. p. 548. mitgetheilte Urk. Innocenz II. für St. Maximin vom J. 1140.

23) Hontheim T. I. p. 112. 26. 34. 66. 75. 79. 94. u. 222.

24) Ibid. T. II. p. 117. 274. 308.

25) Ibid. p. 459. u. 496.

26) Vgl. Moſer von der Abtei St. Maximin. Kap. 4. §. 3. u. 4. mit Hontheim T. I. p. 552.

päbſtlicher Zuſtimmung alle dem Reiche zuſtändigen Rechte an das Erzſtift übertragen, die ſpäteren Kaiſer mehrfach die Abtei als deſſen Eigenthum anerkannt hatten [27]); ſeit aber auf Grund eines im J. 1495 von Kaiſer Maximilian verliehenen Privilegii [28]) die Aebte, ſtatt vom Reiche ſelbſt, in deſſen Statt und Namen vom zeitigen Erzbiſchofe die Regalien empfangen mußten, kamen ſie mehr und mehr in ein Verhältniß landſäſſiger Abhängigkeit von Trier.

Nicht minder glücklich in der Erweiterung ihres Territorii waren die Kurfürſten von Cöln [29]), wie oft auch Fehden mit den Nachbarn, bald aus Ehrgeiz und Länderſucht, bald aus Noth begonnen, zu vorübergehender Verpfändung oder bleibendem Verluſte ſtiftiſcher Beſitzungen führten [30]). Am Rheine gewann Erz-
biſchof Conrad das Amt Rheinbach, Kurfürſt Siegfried die †1261 †1297
Aemter Altenwied und Linz, und deſſen Nachfolger Wicbold gelang es ſchon ein Jahr nach Antritt ſeiner Regierung die langjährigen Streitigkeiten über Aldenaer und Ahrweiler zu Gunſten der
Cölner Kirche zu beenden; wichtiger noch waren die Einlöſung der 1323
Grafſchaft Hulkradt und des Amts Zülpich, der Ankauf von Kem- 1368
pen und der Erwerb der Veſte oder Grafſchaft Recklinghauſen an der unteren Lippe, welche die letzte Erbtochter dieſes Hauſes dem Stifte ſchenkte [31]). Bedeutender indeſſen als dieſe Erwerbungen,

---

27) Hontheim T. I. p. 541. 547. et T. II. p. 121.

28) Moſer a. a. O. Kap. 8. §. 2. und Hontheim T. II. p. 496.

29) Vgl. hierüber Gelenius l. l. p. 71 seq. u. Büſching a. a. O. Th. 6 S. 602 flg.

30) So gingen z. B. Calcar, Rees, Waſſenkirchen, Windeck, Lüdenſcheidt, Grevenbroich, Soeſt u. a. Orte in dieſer Zeit verloren; nach Lacomblet im Archiv für Geſch. des Niederrheins Th. 1. S. 41. iſt faſt die ganze Grafſchaft Berg urſprünglich Cölniſches Beſitzthum geweſen.

31) Nach Schaten l. l T. II. p. 377. muß Recklinghauſen wenigſtens ſchon vor dem J. 1370 Cölniſch geweſen ſein. Ueber ein Jahrhundert, v. J. 1438—1576, iſt aber ſpäter die Grafſchaft im Pfandbeſitz der Grafen von Schauenburg geweſen, und wurde erſt durch Erzb. Salentin wieder eingelöſet, welcher ſie durch den Rezeß vom 20. Auguſt 1577 förmlich dem Rheiniſchen Erzſtifte einverleibte, aber eine geſonderte Verwaltung durch einen kurfürſtlichen Statthalter zuſicherte, und den Deputirten der Veſte zum Rheiniſchen Landtage das Recht vorbehielt, die Steuer für Recklinghauſen beſonders zu votiren. Vgl. Gelenius l. l. p. 77. und Scotti Samml. der Geſ. u. Verordn. in d. vormal. Churf. Cöln. Düſſeld. 1830 flg. Th. I. S. VII flg.

durch welche das ſ. g. **Rheiniſche Erzſtift** ſich mit dem Ende des vierzehnten Jahrhunderts in ſeinem ſpäteren Umfange abſchloß [32]), war der Ankauf der Grafſchaft Arnsberg, welchen
1368 nach Erzbiſchofs **Engelbert III.** Tode der während der Vacanz vom Kapitel erwählte Adminiſtrator **Cuno** v. Falkenſtein zu Stande brachte, indem durch dieſes Gebiet, mit welchem Kur-
1463 bis 1480 fürſt **Theodorich** von Mörs die ſonſt dazu gehörigen Herrſchaften Bilſtein und Fredeburg wieder vereinigte [33]), die Beſitzungen der Cölner Kirche in **Weſtfalen** äußeren Zuſammenhang gewannen, und zu einem geſchloſſenen Territorium [34]) ſich abrundeten, das trotz mannichfachen, namentlich durch Theodorich's Fehden mit den Nachbarn veranlaßten Verluſten, der herzoglichen Würde Bedeutung und Einfluß ſicherte.

In höherem Grade noch als den Trierer Erzbiſchöfen, gelang auch den Cölner Prälaten innerhalb ihres Gebiets die Behauptung der landesfürſtlichen Hoheit [35]). Kein einziges der im Territorio belegenen Stifter [36]) hat Reichsunmittelbarkeit erlangt oder behalten; von Verſuchen der Ritterſchaft, ſich der Landeshoheit zu entziehen, findet ſich ſelbſt in der ſpäteren Zeit keine Spur, als die Trierer Ritterſchaft ihre Beſtrebungen mit Erfolg gekrönt ſah; eben ſo wenig entzogen ſich die reichsſtändiſchen Familien, welche einzelne zum Stiftsgebiete gehörige Güter zu Lehn

---

32) Die Erblandesvereinigung vom J. 1463 nennt mit wenigen Ausnahmen ſchon alle ſpäteren Städte des Rhein. Erzſtifts.

33) Vgl. hierüber und über den Ankauf von Arnsberg **Gelenius** l. l. p. 76. und **Büſching** a. a. O. S. 625. 631. — Uebrigens muß die Stadt Arnsberg früher ſchon zum Erzbisthum Cöln gehört haben und nur durch Kauf oder Fehde wieder verloren gegangen ſein, da dieſelbe auch in dem Privilegio P. Lucius III. (ſ. oben §. 1. Note 24.) mitaufgezählt wird.

34) Eine beſondere Stimme für das Herzogthum Weſtfalen hat Cöln auf dem Reichstage nicht zu erlangen vermocht.

35) Daher hat auch das Privil. Maximilian's v. J. 1518, daß alle im Gebiete des Erzſtifts etwa erledigte Reichslehn jeder Art demſelben zufallen ſollten (**Lünig** Spic. eccl. Fortſ. Th. 1. S. 659.), wenig Bedeutung gehabt.

36) Innerhalb der Diöceſe gab es der Reichsſtifter mehrere, außer Cornelis-Münſter, Eſſen u. Werden (ſ. oben B. I. K. 8. §. 5. n. 4.) namentlich **Malmedy**. Mit dieſem und der Reichs-Abtei **Stablo**, beide im 7ten Jahrh. von König **Siegbert** geſtiftet, haben auch die Cöl-

Digitized by Google

trugen, den Pflichten der Landſäſſigkeit [37]). Allein die Stadt **Cöln**, auf ein uraltes privilegium de non evocando [38]), mehr vielleicht noch auf ihre äußere Macht ſich ſtützend, behauptete ſich in Unabhängigkeit von den Erzbiſchöfen, welche auch hier aus dem Beſitze einzelner Regalien [39]), und aus der Vogtei und burggräflichen Würde einen Rechtsanſpruch auf wahre Landeshoheit herleiten zu können vermeinten. Zwar hatte Kaiſer **Carl IV.**, unter Revocation aller entgegenſtehenden Geſetze, Gewohnheiten und Begnadigungen, förmlich dem Stifte die fürſtliche Gewalt über die Stadt zuerkannt [40]); aber weder die zahlreichen Fehden zwiſchen dieſer und den Erzbiſchöfen, noch die wiederholten Streitigkeiten der patriziſchen Geſchlechter mit der Bürgerſchaft, bei welchen bald von letzterer, bald von jener Seite die Einmiſchung des Kurfürſten veranlaßt wurde, hatten dauernde Unterwerfung, oder auch nur ruhige Ausübung der in den Vergleichen dem Stifte zuge-

---

ner Erzbiſchöfe, namentlich Hanno, vielfachen Streit gehabt; indeß betraf derſelbe nicht ſowohl die Immedietät, als die Union beider Stifter, von denen Stablo als das Hauptkloſter, in welchem und aus deſſen Mönchen der Abt gewählt werden mußte, Malmedy nur als Celle oder Probſtei galt (vgl. Lünig a. a. O. S. 180 flg. u. 786 flg.). Dieſe Unterordnung wollte der Convent von Malmedy nicht anerkennen, verſuchte deshalb immer wieder von neuem Aufhebung der Union, und ward hierbei gegen den Biſchof v. Lüttich, den Ordinarius von Stablo, von den Erzbiſchöfen von Cöln unterſtützt, zu deren Sprengel das Gebiet von Malmedy gehörte (ebend. S. 185. u. 797.).

37) Der Herzog von Aremberg, die Grafen von Salm, Mark und Bentheim bildeten bis auf die neueſte Zeit herab die zweite Curie des Landtages, der Ritterſtand die dritte (ſ. Büſching a. a. O. S. 593.). Für die zahlreichen Unterherrlichkeiten im Cölniſchen ſtand, abgeſehen vom Beſitz einzelner niederen Regalien, die Landſäſſigkeit feſt. Vgl. Correns über d. Unterſch. zw. d. ehemal. Landesr. des Kurf. Cöln, der Herz. Jülich u. ſ. w. Tit. 28. S. 150.

38) Schon in dem Privilegio Erzb. Heinrich's vom J. 1229 (bei Lünig P. spec. Cont. IV. Th. 1. S. 341.) wird es antiqua consuetudo genannt.

39) Eine Urkunde Alexander's III. vom J. 1179 (bei Lünig Spic. eccl. Fortſ. Th. 1. S. 336.) nennt als Gerechtſame des Biſchofs in der Stadt monetam, telonium, forum et omne ius civile.

40) In einer Urk. v. J. 1349 (ebend. Cont. IV. Th. 1. S. 344.) bezeichnet er das Recht des Erzbiſchofs mit utile dominium und superioritas civitatis, und erläutert dies in einer Urk. v. J. 1375 (Spic. eccl. S. 508.) dahin: cuius civitatis utile dominium, superioritas, merum et mixtum imperium, et omnimoda iurisdictio ad Archiep. Colon. . . . iam a tempore, cuius non extat memoria, pertinuerunt etc.

ſtandenen Gerechtſame, kaum deren genauere Feſtſtellung zur Folge [41]). Ununterbrochen erhielt ſich die Stadt beim Reiche [42]); nur als ihrem Schutzherrn leiſtete ſie dem Erzbiſchofe den Eid der Treue und Hulde, auch nur „all ſo lang her unß held in Recht, unnd inn ehren, unnd unnſere gute alte gewonde, die wir unnd unnſere Füreltern unnd fürfärenn herbracht haben“ [43]), und der hartnäckige Widerſpruch gegen jeden Verſuch, die Gerechtſame des Stifts, namentlich die Gerichtsgewalt über den Umfang auszudehnen, in welchem die Stadt einen rechtsbegründeten Beſitzſtand zuzugeſtehen geneigt war [44]), ließ es zuletzt den Kurfürſten am gerathenſten erſcheinen, auf den Jahrhunderte lang verfolgten Plan völliger Unterwerfung der Stadt zu verzichten, und wenigſtens ſtillſchweigend durch definitive Beſtätigung des beiderſeitigen Status quo [45]) die von der Stadt behauptete Reichsunmittelbarkeit anzuerkennen.

Aehnliche Rechte wie die Stadt Cöln, mag auch in den Sitzen der Biſthümer Münſter und Paderborn Rath und Bürgerſchaft gewünſcht haben, mußte aber, gleich den übrigen Städten, der landesfürſtlichen Gewalt ſich fügen. Behaupteten doch ſogar von den Stiftern die alte Selbſtſtändigkeit, im Münſterſchen nur die Prämonſtratenſer-Abtei Cappenberg bei Werne [46]), eine Stiftung der letzten Grafen dieſes Namens aus dem

41) Beweis dafür ſind die zahlreichen Schiedsſprüche u. Weisthümer, Vergleiche, kaiſerliche Decrete u. ſ. w. aus dem 12. — 16. Jahrhundert (Lünig a. a. O. S. 333. 512. 515. 613. 619. 925.). — Vgl. über Cölns Verfaſſung Gaupp über Deutſche Städtegründung u. ſ. w. Jena 1824. S. 210 flg., Eichhorn in Zeitſchrift für geſchichtl. Rechtswiſſ. Bd. 2. S. 177 flg. und Wilda's Gildenweſen im M. A. S. 176 flg.

42) S. Lünig a. a. O. S. 489. 535. 578. 572.

43) Cölner Reformation Art. 2.

44) So hat z. B. in den Concordaten Erzb. Herrmann's v. J. 1506 (Lünig P. spec. S. 484) auf alle concurrente Jurisdiction des ſtiftiſchen Officials in weltlichen Sachen verzichtet werden müſſen, während ſie im Erzſtifte bis auf die neuere Zeit fortbeſtand.

45) Friedens- u. Vergleichspunkte vom J. 1672 Art. 6. (ebend. S. 460.): „daß ſowohl Ihr Kurf. Durchl. und dero Ertzſtifft als auch die Stadt quoad iura et iurisdictionalia in und außer der Stadt In ſolchem Beſitz, Detention, Exercitio oder Uſurpation, in welchem ein oder ander Theil ſich anjetzo befindet, continuiren und bleiben“.

46) Vgl. Büſching's Erdbeſchr. Th. 9. S. 607.

Anfange des 12. Jahrhunderts, in dem Paderborner Sprengel außer Hervorden[47]) allein die berühmte und reichbegüterte Benedictiner-Abtei Corvey, welche im J. 815 von Ludwig dem Fr. im Söllinger Walde nach dem Vorbilde des fränkiſchen Corvey geſtiftet, und ſieben Jahre darauf nach ihrem ſpätern Sitze verlegt[48]), durch kaiſerliche und päbſtliche Privilegien[49]) geſchützt, ſeit dem 10. Jahrhundert ſchon völliger Exemtion von der geiſtlichen Juriſdiction des Stifts Paderborn genoß[50]), und im Laufe des 13. Jahrhunderts reichsfürſtliche Würden und unbeſtrittene Landeshoheit[51]) über ein nicht unbedeutendes Territorium am linken Weſerufer[52]) zu erlangen wußte, beides auch, geiſtliche und weltliche Unabhängigkeit, glücklich bis auf die neueſte Zeit bewahrte.

Begünſtigt durch Ausſterben mancher dynaſtiſchen Familien, und in meiſt glücklichem Kampfe mit dem Teklenburgiſchen Hauſe

---

47) S. oben B. I. Kap. 3. S. 163. 190. 194.

48) Vgl. P. Wigand's Geſch. der gefürſt. Reichsabtei Corvey. Höxter 1819 Th. 1. S. 36 flg.

49) Das älteſte Immunitäts-Privilegium iſt von Ludwig dem Fr. aus dem J. 824 (u. a. in de Fürstenberg monum. Paderborn. p. 120. und Lünig's Spicil. eccl. T. III. p. 59.), das älteſte päbſtliche Privilegium von Hadrian II. vom J. 872 (Lünig a. a. O. S. 68. und Falcke Cod. tradit. Corbej. p. 734.); doch ſichert letzteres nur Schutz und freie Abtswahl zu, und in dem Privilegium Ludwig's II. vom J. 854 (in Schaten annal. Paderb. p. 141.) wird neben dem Rechte des Abts zur Anſtellung eigner Erzprieſter ausdrücklich das biſchöfliche Viſitationsrecht anerkannt.

50) Vgl. Wigand a. a. O. S. 104 flg. u. 121. — Erſt in dem Privilegium Benedict's VII. vom J. 980 iſt dieſe Exemtion deutlich ausgeſprochen, welche in den J. 1154 und 1184 Hadrian IV. und Lucius III., letzterer unter Ertheilung der biſchöflichen Inſignien, beſtätigten (Falcke l. l. p. 739. 742., Lünig a. a. O. S. 73. 80. 97.). In Folge deſſen nennt auch in einem Vergleiche vom J. 1366 Biſchof Heinrich III. das Stiftsgebiet geradezu dioecesis Corbeiensis (Lünig a. a. O. S. 107.), wogegen die Bezeichnung des Stifts als monasterium nullius provinciae seu dioecesis m. W. erſt im 17. Jahrhundert vorkommt (ebend. S. 108.).

51) Vgl. Wigand a. a. O. S. 9.

52) Außer dem Stiftsgebiete gehörte zu Corvey die Probſtei Meppen im Münſterſchen, ſo wie Stadtberg und Volkmarſen; über jene aber hat die Abtei nie Landeshoheit gehabt, über letztere ſchon im J. 1230 zur Hälfte, ganz durch die im J. 1507 eingetretene Verpfändung an Cöln verloren, deren Kündigung zwar im vorigen Jahrh. erfolgte, jedoch vom Erzſtifte nicht angenommen wurde. (Vgl. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 25. 251. 635 flg.).

und den Grafen von Ravensberg, erhob ſich auch Münſter
ſeit dem 13. Jahrhundert raſch zu immer bedeutenderer weltlicher
Macht. Dem Ankaufe der Grafſchaft Vechta, welche Biſchof
†1259 Otto II. von der Gräfinn Sophia von Ravensberg an ſich brach-
te, und dadurch zu der Münſteriſchen Herrſchaft in den Frieſiſchen
Gegenden, dem ſ. g. Emslande, den Grund legte[53]), folgte bald
1269 darauf im Weſten der alten Stiftsbeſitzungen der Erwerb des ſpä-
tern Amtes Horſtmar, bisher in Rietberg'ſchen Händen[54]), und
im J. 1316 der Erwerb des Weſterwolder Landes auf dem linken
Ufer der unteren Ems, deſſen Einwohner ſich freiwillig der Mün-
ſterſchen Hoheit unterwarfen[55]). Die große Teklenburger Fehde
endete im J. 1400 zu Gunſten des Bisthums mit der Abtretung der
Emsländiſchen Gerichte von Cloppenburg, Fryſoita und Bever-
1406 gern[56]), und während im Südoſten bald darauf durch den Lehns-
anfall der Burggrafſchaft Stromberg, nach Weſten zu durch den
Erwerb von Ahaus, ſüdlich gegen die Lippe hin durch Lüdding-
1430 hauſen, ein Werdenſches Lehn, ſich das Stiftgebiet abrundete[57]),
erweiterte es ſich an der unteren Weſer theils durch den Pfandbe-
1429 ſitz des Bremiſchen Amtes Wildeshauſen, theils durch die Olden-
1482 burgiſchen Aemter Delmenhorſt und Harpſtädt[58]). So beſaß ge-
gen Ende des Mittelalters das Bisthum Münſter ein Gebiet, wel-
chem an Umfang keins unter allen geiſtlichen Ländern gleich kam;
innerhalb deſſelben aber erhielt ſich von ſelbſtſtändigen Territorien,
außer den meiſt unbedeutenden Herrſchaften Gehmen, Anholt
und Borkelo[59]) (die letztere ein Beſitzthum der Dynaſten von

53) Erhard's Geſch. Münſters S. 125.

54) Kindlinger's Münſterſche Beiträge Th. 2. S. 273.

55) Ebend. S. 316—20.

56) S. oben B. I. Kap. 3. §. 4. z. E. u. Erhard a. a. S. 187. — Die Verzichts-Urkunde des Grafen Claus von Teklenburg ſ. bei Kindlinger a. a. O. Anh. No. 25.

57) Erhard a. a. O. S. 199 u. Büſching a. a. O. S. 16. 18. 19. — Für Stromberg forderte Münſter im 17. und 18. Jahrh. beſonderes Stimmrecht auf dem Reichstage, hat es aber der Zuſtimmung beider Fürſtencollegien ungeachtet nicht erlangt.

58) Erhard S. 262., Hobbeling's Beſchreibung des Stifts Münſter S. 10. u. 14.

59) Vgl. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 472. 481 flg.

Bronkhorſt, jene ein Cleviſches Lehn, welches mit dem Ausſterben des gleichnamigen Dynaſtengeſchlechts im J. 1502 an das gräflich Schauenburgiſche Haus fiel), nur das reichsunmittelbare Beſitzthum des neueren Bentheimſchen Grafenhauſes, welches von Ebertwin von Güterswick geſtiftet, ſich i. J. 1421 nach deſſen Tode in zwei Linien getheilt hatte, von denen die ältere die eigentliche Grafſchaft Bentheim erhielt, die jüngere dagegen die damals noch bedeutende, im Jahre 1495 zur Grafſchaft erhobene Herrſchaft Steinfurt beſaß[60]).

Minder glückte den Biſchöfen von Paderborn die Erweiterung ihres Territorii, wenn ſchon die Verluſte, welche das Stift im Norden durch die Grafen von Lippe, im Südweſten durch die Erzbiſchöfe von Cöln erlitt, im 14. und 15. Jahrhundert theils
durch die Grafſchaft Schwalenberg, von welcher Neheim und 1312
Steinheim zu ausſchließlichem Rechte an das Stift kamen, der Ue-
berreſt durch einen gemeinſchaftlich mit Lippe abgeſchloſſenen Kauf 1358
erworben wurde[61]), theils durch das Land Büren, deſſen Herren, 1374
ſeit dem 12. Jahrhundert dem Stifte lehnspflichtig, ſpäter die
Hälfte ihrer Güter zu vollem Eigenthum verkauften[62]), theils 1423
durch die Eröffnung der Everſteiniſchen Grafſchaft Brakel[63]) erſetzt wurden. Wenige Jahre nach dieſem letzteren Erwerb ſchien es ſogar, als ſollte des Stifts kirchliche und politiſche Exiſtenz ein Opfer des Ehrgeizes und der Ländersucht des Erzbiſchofs Theodorich von Cöln werden. Denn kaum zum Adminiſtrator von
Paderborn ernannt, betrieb er eifrigſt am Römiſchen Hofe die 1416
bleibende Vereinigung beider Kirchen, und wußte durch falſche

60) Ueber die Geſchichte der älteren im J. 1421 erloſchenen, wie der neueren Dynaſtie, welche unter Arnold II. von Steinfurt die durch die Teklenburg-Rheda'ſche Erbſchaft und andere kleinere Territorien inzwiſchen vermehrten Beſitzungen des Hauſes wieder vereinigte, gegen Ende aber des 16. Jahrhunderts ſich von neuem in die drei Linien B.-Bentheim, B.-Steinfurt und B.-Teklenburg theilte, vgl. Büſching a. a. O. S. 398 flg. — S. auch oben B. I. K. 3. §. 4 z. E.

61) Schaten annal. Paderb. T. II. p. 343. u. P. F. Weddigen's Weſtphäl. Magazin. Deſſau 1784. Heft 3. S. 43., vgl. mit Lünig P. spec. Cont. I. Fortſ. 3. S. 253.

62) Schaten p. 390. vgl. mit Lünig Spicil. eccl. T. II. p. 738.

63) Büſching a. a. O. Th. 6. S. 170.

Darſtellungen von den geringen Einkünften und der Verſchuldung des Paderborner Biſthums wirklich im Jahre 1429 von Pabſt Martin V. eine Bulle zu erlangen, welche für immer die Union mit dem Erzſtifte ausſprach[64]). Der Widerſpruch des Kapitels war ſo erfolglos als das erneute Verbot, welches Eugen IV. gegen alle Unionen der Kathedralkirchen erließ, und in Folge deſſen er im J. 1431 die Aufhebung der Union verfügte[65]); je entſchiedener Theodorich gegen den Römiſchen Stuhl für das Basler Concil Parthei genommen hatte, um ſo weniger führten auch die auf Appellation des Erzbiſchofs vom Kapitel zu Baſel gepflogenen Unterhandlungen zum Ziel[66]). Erſt als Eugen IV. gegen den Kurfürſten die Abſetzungsbulle erlaſſen hatte, und dieſer, um gegen Herzog Johann von Cleve und die übrigen Anhänger des Pabſtes ſich behaupten zu können[67]), der Unterſtützung des Kapitels und der Stände bedurfte, entſchloß ſich Theodorich im J. 1444 zum Verzicht auf alle aus der Unionsbulle dem Erzſtift gewonnenen Rechte[68]), und die Paderborner Kirche erhielt ihre kirchliche Selbſtſtändigkeit und den ruhigen Beſitz der erworbenen Fürſtengewalt wieder.

§. 3.

Innere Zuſtände der geiſtlichen Territorien zur Zeit der Reformation.

Im Verein mit dem Kurfürſten und Erzbiſchofe von Mainz, und mit den Fürſtbiſchöfen von Lüttich, Osnabrück und Minden beſaßen ſo im Zeitalter der Reformation die Prälaten der unteren Rheinlande und Weſtfalens weltliche Macht und landesfürſtliche

---

64) Schalen l. l. p. 525 seq. und 559 seq. — Auf 400 Goldgulden hatte Theodorich die Einkünfte des Paderb. Biſthums angegeben, auf mehr als das Doppelte berechnete ſie auch das Kapitel nicht, bemerkte aber, daß Theodorich viele zur mensa episcopalis gehörige Güter verkauft und verpfändet habe.

65) Fürstenberg Monumenta Paderborn. p. 186.

66) Weitläuftig verbreitet ſich über dieſe Schalen l. l. p. 583 seq., und theilt die für die innere Verfaſſung des Stifts und Landes ſehr belehrenden Deductionen des Kapitels mit, welche auch in Schannat Conc. Germ. T. V. p. 745. seq. ſich finden.

67) S. oben B. I. Kap. 3. §. 5.

68) Schalen l. l. p. 633.

Autorität in einem Umfange, wie der katholiſchen Kirche, möge man Größe des eignen Beſitzthums, Abgeſchloſſenheit des Territorii oder ihren Einfluß auf die allgemeinen Angelegenheiten des Reichs in Betracht ziehen, kaum in irgend einem andern Theile Deutſchlands zu Gebote ſtand.

Unumſchränkt war allerdings die fürſtliche Gewalt dieſer geiſtlichen Landesherren nicht. Das Wahlrecht hatten die Domkapitel ſchon ſeit dem Ende des 14. Jahrhunderts nicht bloß benutzt, um ſich durch Wahlkapitulationen [1]) ungeſtörten Beſitz und freie Benutzung ihrer Güter zu ſichern, und ihre canoniſche Mitwirkung bei der Diöceſanregierung von bloßer Rathsertheilung zu nothwendiger Zuſtimmung zu erweitern, wie z. B. in Münſter dieſe bei Anſtellung und Abſetzung aller höheren geiſtlichen Beamten, bei Erlaſſung von Hirtenbriefen, in Cöln überhaupt bei wichtigen Angelegenheiten nöthig war [2]); ſondern in ähnlicher Weiſe hatten ſie auch für die weltlichen Angelegenheiten des Stifts ihren Einfluß zu ſteigern, und das Recht, wenn nicht wahrer Mitregierung [3]),

---

1) In Münſter mußte nach Erhard a. a. O. S. 185. ſchon Biſchof Heinrich von Lüdinghauſen (1381—92) eine Wahlkapitulation beſchwören; die ſpätere vom J. 1450, ſeitdem wie es ſcheint beibehalten, ſ. in Hobbeling's Beſchreibung des Stifts Münſter. Erſter neuer Anh. No. II. S. 131 flg. — Die erſte Trierer Wahlkapitulation vom J. 1419 (in Günther's Cod. Rheno-Mos. Th. 4. S. 199 flg.) iſt, trotz päbſtlicher Annullation, Grundlage aller ſpäteren Wahlverhandlungen geblieben, eine perpetuelle aber nicht zu Stande gekommen (Hontheim dissert. ad Sec. XV. §. 7.) — Für Cöln iſt mir keine ältere, als die des Kurf. Maximilian Heinrich v. J. 1642 bekannt (ſ. Lünig a. a. O. P. spec. Cont. III. S. 569), deren Annullation durch den Pabſt eben ſo wenig als dort beachtet wurde. (Eickhof's Mater. zur Statiſt. des niederrhein. und weſtfäl. Kreiſes Th 1. S. 275 flg.). Ob und ſeit wann in Paderborn ſolche Wahlverträge üblich geweſen, kann ich nicht angeben.

2) Vgl. Hobbeling a. a. O. und Hiſtor.-geograph. Beſchr. des Erzſtifts Cöln S. 13.

3) Dieſe ſcheint das Münſterſche Domkapitel ſchon im 15. Jahrh. angeſprochen zu haben (Erhard a. a. O. S. 203.); die Trierer Landſtände erklärten bei den bekannten Streitigkeiten mit dem Kurf. Philipp Chriſtian das Domkapitel für des Stifts „Erbherrſchaft“ (ſ. die für die Landesverfaſſung ſehr ergiebigen Actenſtücke vom J. 1627 u. 1649 bei Hontheim T. III. p. 288 sq. u. p. 576 sq.), und erlangten auch von Reichswegen mindeſtens für die Zeit etwaniger Vacanz deſſen Anerkennung als „ungezweyfelte Erbherren des Stiffts“ (ſ. Hontheim ad Sec. XVII. §. 2.).

doch förmlicher Zuziehung in allen wichtigeren Fällen, wie z. B. bei Streitigkeiten mit den Unterthanen, Berufung der Landtage, Beſtellung eines Statthalters, Steuerausſchreibungen, Rechnungsabnahme, zu erlangen gewußt[4]). Unbekümmert um die päbſtlichen Annullationsdecrete, hielten die Kapitel bis auf die neueſte Zeit an den Wahlverträgen als an Landesgrundgeſetzen feſt[5]), und vermochten es um ſo eher, als ihnen ſchon längſt gelungen war, das einzelnen Abteien und Stiftern früher zuſtändige Recht der Mitwahl dieſen zu entziehen[6]), die übrigen Stiftsſtände aber gegen ein für ihre eigne Stellung bedenkliches Uebergewicht der Domkapitel theils ſich, wie z. B. die Trierer im J. 1456, durch förmlichen Vorbehalt ſicherten, vor der Huldigung den Ausweis zu fordern, daß der erwählte Biſchof ſich nicht weiter, „denn zu Nutz, Heyl und Wolfart des Stiffts und ſeiner Unterſaſſen, und als ſonſt Rechtens iſt", verpflichtet habe[7]), theils auch ohnedies durch die ausgedehnten Gerechtſame der Landſchaft ſich hinlänglich geſchützt glauben durften.

Die erſten Anfänge dieſer landſtändiſchen Verfaſſung liegen, wie in den meiſten Ländern, auch für die Bisthümer im Dunkel[8]). Im Münſterſchen tritt ſie in einer Landeseinigung des Kapitels mit dem Herren- und Ritterſtande und der Stadt Münſter ſchon im 14. Jahrhundert, für die übrigen Bisthümer erſt ſeit der Mitte des 15. in einzelnen Privilegien und in den Landeseinigungen[9]) beſtimmter hervor, welche ſeitdem das Haupt-Grundge-

---

4) Vgl. Erhard a. a. O. S. 185. u. 225.

5) In Trier ſah ſich P. Julius II. ſogar genöthigt, bei Erzb. Jacob's II. Wahl im J. 1504 ſelbſt eine Eidesformel entwerfen zu laſſen und zu approbiren, welche in den weſentlichſten Punkten den bisherigen Kapitulationen entſprach (ſ. Hontheim T. II. p. 568 seq).

6) Ein ſolches Recht hatte im Paderborn'ſchen das Collegiatſtift Buſtorff, aber nur bis 1223 (Beſſen a. a. O. Th 1. S 168., und Th. 2. S. 4., Schaten l. l. T. I. p. 998.); von gleich kurzer Dauer war das Wahlrecht der Probſtei Cappenberg im Münſterſchen (Hobbeling a. a. O. S. 31.) In Trier findet ſich von ſolcher Mitwahl nicht einmal nach Incorporation der Abtei Prüm eine Spur.

7) Hontheim diss. ad Sec. XV. §. 7.

8) Ueber die Geſchichte der landſtändiſchen Verfaſſung überhaupt vgl. Eichhorn's D. St. u. R. Geſch. Th. 3. S. 236 flg.

9) Die Cölner Erbeinigungen für das Rheiniſche Erzſtift und für

geſetz dieſer geiſtlichen Territorien bilden. Anlaß zu der landſchaftlichen Einrichtung ſcheint, außer dem Wunſche, die althergebrachten Rechte des Landes gegen willkürliche Ausdehnung der fürſtlichen Gewalt zu wahren, auch hier hauptſächlich Finanzverlegenheit gegeben zu haben, welche die Bewilligung von Steuern unerläßlich machte, aber auch eine größere Garantie gegen fernere Veräußerung und Verpfändung der Stiftsgüter erforderte, als die Wahlverträge gaben[10]). Doch mag zugleich die willkürliche Annahme von Coadjutoren, und die Vergebung der Bisthümer von Rom aus die Nothwendigkeit eines engeren Anſchluſſes fühlbar gemacht haben, um das Wahlrecht der Kapitel, und dadurch für die angeſehenen Familien die Ausſicht auf den Biſchofsſtuhl zu erhalten; wenigſtens findet ſich in einzelnen jener Landeseinigungen unter den Vereinbarungen auch das Verſprechen, nur den von dem Kapitel Erwählten als Landesherrn anzuerkennen[11]). In der Zu-

---

Weſtfalen vom 26. März und vom 10. Juni 1463, beide ſpäter mehrfach und bis ins vor. Jahrh. herab erneut, und in den Hauptpunkten faſt wörtlich übereinſtimmend, ſtehen, außer in des Kurf. Maximilian Friedrich „Vollſtänd. Samml. derer die Verf. des hohen Erzſt. Cöln betr. Stücke u. ſ. w." Cöln 1772 Th. 1. S. 2 flg., u. a. bei Lünig a. a. O. P. spec. S. 434. u. 447. und in Scotti's Samml. churcöln. Geſetze Th. 1. S. 1 flg. u. 9 flg. — Die Trierer Landeseinigung vom 27. Juli 1456, im folgenden Jahre vom Kaiſer caſſirt, aber gleichwohl beibehalten, und im Jahre 1502 erneut, ſo wie den von Mainz, Cöln und Bamberg zwiſchen den Ständen und Kurf. Phil. Chriſtian vermittelten Vertrag vom 23. Aug. 1650, welcher ſeitdem das Grundgeſetz bildete, ſ. bei Hontheim T. II. p. 423. 556. T. III. p. 663. — Im Münſterſchen kamen auf Grund der älteren vom J. 1368 (bei Kindlinger a. a. O. Th. 1. Urkund.-Anh. No. 13. S. 30.) zwei neue Landeseinigungen im J. 1446 u. 1466 zu Stande (ebend. No. 33. S. 122. u. No. 41. S. 148.), welche letztere im J. 1519 erneut und ergänzt wurde (ebend. No. 69. S. 222.). — Für Paderborn iſt mir außer den in Weddigen's Weſtf. Magazin H. 9. S. 425 flg. mitgetheilten, ziemlich unerheblichen Concordata statuum Paderb. vom J. 1326, deren Beeidigung durch die neu erwählten Biſchöfe ausdrücklich feſtgeſetzt wurde, eine neuere Landeseinigung oder ein ähnliches Grundgeſetz nicht bekannt.

10) Die Verſchuldung des Cölner Stifts durch die Kriegsunternehmungen Theodorichs bezeichnet Süß a. a. O. S. 153. als Hauptanlaß der Landeseinigung vom J. 1463.

11) So z. B. in der Cölner Landeseinigung sub No. 13.; auch in Trier wurde im J. 1649 eine ſolche Vereinbarung getroffen, weil inzwiſchen die Beſtellung von Coadjutoren cum spe succedendi immer häufiger

ſammenſetzung der Landſchaft zeigt ſich im Einzelnen manche Ver-
ſchiedenheit. Denn während in Cöln für das Rheiniſche
Erzſtift das Domkapitel als status primarius, mit Aus-
ſchluß aller geiſtlichen Stifter, allein auf den Landtagen erſchien[12]),
war es im Herzogthum Weſtfalen, welches eine durch förmli-
1662 ches Indigenatsprivilegium[13]) garantirte abgeſonderte Verwal-
tung, und eben ſo ſeine eigene landſtändiſche Verfaſſung hatte, nur
berechtigt, durch zwei Deputirte über den landesverfaſſungsmäßi-
gen Gang der Verhandlungen zu wachen, und von den Beſchlüſſen
des durch Ritterſchaft und Städte gebildeten Landtags Kenntniß,
nicht aber unmittelbaren Antheil daran zu nehmen[14]). Auch in
Paderborn[15]) vertrat das Kapitel die geſammte Landesgeiſt-
lichkeit[16]); am eigenthümlichſten aber war die Verfaſſung des
Trierer Stiftsgebiets, nach welcher das Domkapitel (weniger
ſeines unbedeutenden Grundbeſitzes wegen, als weil es ein Mit-
hoheitsrecht in Anſpruch nehmen zu dürfen vermeinte) an den
Berathungen des Landtags keinen unmittelbaren Theil nahm[17]),
dagegen die Geiſtlichkeit nicht bloß durch die Obern der bedeuten-

---

geworden war (Hontheim diss. ad Sec. XVII. §. 1.); eben ſo fällt in Münſter die Einigung vom J. 1368 mit dem erſten Beiſpiele päbſtlicher Stiftsvergebung zuſammen (Erhard a. a. O. S. 158. und 162.).

12) Correns a. a. O. Tit. 31. S. 155.

13) Cosmann's Mater. und Beitr. zur Geſchichte u. ſ. w. des weſtfäl. Kreiſes. Paderb. 1789 Th. 1. S. 225., Scotti's Samml. Cöln. Verord. Th. 1. S. 220.

14) Scotti's Samml. Vorr. S. VII. flg.

15) Vgl. Beſſen a. a. O. Th. 2. S. 398. Früher hatten hier nach Büſching a. a. O. Th. 6. S. 156. auch die Aebte der Bened.-Abteien Abdinkhof (geſtiftet 1015) und Marien-Münſter (geſt. 1129), des Bernhardiner-Kloſters Hardehauſen, ſo wie des ſpäter Heſſiſchen Benedict.-Kloſters Helmershauſen (Th. 7. S. 115.) die Landſtandſchaft.

16) Ueber Münſter habe ich bei Büſching a. a. O. S. 9. nur die unbeſtimmte Notiz gefunden, daß die Landſchaft aus „der Geiſtlichkeit“, dem Adel und 12 Städten beſtanden habe.

17) Nur auf dem Landtage vom J. 1515 iſt auch das Kapitel erſchienen, ſpäter wurde ihm bloß die Berufung angezeigt; in Folge dieſer Nichttheilnahme ſtanden ſeitdem die Domherren den Aebten im Range nach. Vgl. überhaupt Hontheim diss. ad Sec. XVI. §. 8. und ad Sec. XVII. §. 3., und Moſer's Staatsrecht des Erzſtifts Trier K. 10. §. 14. u. K. 11. §. 2. und Zuſätze S. 21.

deren Abteien, von denen ſpäter der Abt zu S. Maximin den Vorſitz hatte, ſondern auch durch die Landdechanten vertreten wurde, und neben dem Herren- und Ritterſtande ſo wie den bedeutenderen Städten, welche in den übrigen Biſthümern allein die weltliche Landſchaft bildeten, zugleich die Vorſteher der angeſeheneren landesfürſtlichen Aemter, wahrſcheinlich um gegen die Ritterſchaft ein Gegengewicht zu gewinnen[18]), zu den Landtagen berufen wurden[19]). Größere Gleichförmigkeit zeigt ſich in den Rechten der Landſchaft. Wie die Zuſtimmung zu Landesveräußerungen, Verpfändungen u. ſ. w., ſtand ihr namentlich das Recht der Steuerbewilligung zu, das die weltlichen Stände um ſo eifriger bis auf die neueſte Zeit vertheidigt haben, als die Geiſtlichkeit die völlige Steuerimmunität des canoniſchen Rechts geltend zu machen eben ſo befliſſen war, als da, wo ihr dies nicht gelang, ſich das Recht beſondrer Genehmigung ihrer subsidia charitativa zu erhalten[20]), oder doch ihren Antheil an den bewilligten Beden möglichſt zu beſchränken ſuchte[21]), bei ſteigender Finanznoth aber die Mitleidenheit des Clerus unerläßlich war, zumal es deſſen Ein-

18) Auf dem Landtage von 1548 blieb ſchon die Ritterſchaft aus, welche unter Strafandrohung dazu berufen war, und verſtand ſich nur hinterher, unter Vorbehalt des Rechtsweges, vorläufig für ihre Hinterſaſſen zur Zahlung der bewilligten Steuer. Hontheim T. II. p. 715. 738.

19) Ein Verzeichniß aller Mitglieder des Landtags giebt das Berufungsſchreiben vom J. 1515 bei Hontheim l. l. p. 603.

20) So ſetzten in Cöln die Stände es durch, daß der Clerus ſtets ein Viertel der bewilligten Subſidien übernehme, das Kapitel ſuchte aber das Recht beſondrer Bewilligung durch ſtete Proteſtation zu conſerviren (Eickhoff a. a. O. Th. 2. St. 9. S. 242. und Hiſt.-geogr. Beſchr. des Erzſt. Cöln S. 23.). Auch in Münſter wurde bis auf die neueſte Zeit ſtets ein Vorbehalt der Immunitätsrechte den Steuer-Verordnungen inſerirt, z. B. in den Fürſtl. Münſt. Verordn. vom 24. Mai 1564, 24. März 1770, 4. Febr. 1795.

21) So z. B. im Trier'ſchen hatte ſich zu Anfang des 15. Jahrh. der Clerus zu einer feſten, ſpäter durch ein ſ. g. inconsuetum häufig noch vermehrten Steuer, im 16. Jahrhundert aber zu einer beſtimmten Quote der vom Landtage bewilligten Steuern verſtehen müſſen, allmählich aber den Antheil von $\frac{1}{4}$ bis auf $\frac{1}{8}$ der Geſammt-Bewilligung zu reduciren gewußt; im J. 1649 wurde derſelbe durch Vergleich auf $\frac{2}{13}$ feſtgeſetzt, und im J. 1714 auf jede 1000 Rthlr. Steuer eine beſtimmte Summe, ungefähr $\frac{1}{5}$, dem Clerus zur Laſt gelegt. Vgl. Hontheim diss. ad Sec. XV. §. 8., ad Sec. XVI. §. 4. und ad Sec. XVII. §. 4. und 5.

fluß leicht gelang, eine Revocation oder Beſchränkung der auf Dringen der Stände ergangenen Amortiſationsdecrete[22]) zu erwirken, oder wenigſtens die Erlaubniß des geiſtlichen Landesherrn zu neuem Grunderwerbe geringe Schwierigkeit fand, und dieſe Vermehrung der ohnedies ſchon ſo bedeutenden geiſtlichen Güter alle Landeslaſten allmählich auf die weltlichen Unterthanen zu wälzen drohte. Beſonders wichtig für die Landesverfaſſung aber wurde, daß die Stände dieſer geiſtlichen Gebiete ſchon früh das Recht der Landesvertretung und des Beiraths in allen wichtigeren Angelegenheiten zu wirklicher Theilnahme am Regiment zu ſteigern wußten, und die Biſchöfe zu Beſtellung eines beſtändigen geheimen Raths aus der Mitte der Landſchaft nöthigten[23]). Je mehr es ihnen gelang, auf die Beſetzung der höheren Aemter Einfluß zu gewinnen, und je mehr dieſe in faſt ausſchließlichen, wenn auch

22) Schon im J. 1528 erklärt Erzbiſchof Richard von Trier in einem Reſcr., wie er „in Meinungen und gantzen Willen ſei, kein Erbgüter an ſoliche geiſtlichen hinfürther kommen zu laſſen“ (Scotti's Samml. Trierer Verordn. S. 274.), und nach einem Edicte vom J. 1569 (bei Hontheim l. l. T. III. p. 15.) ſollten ſteuerpflichtige Grundſtücke nur gegen Revers über fernere Steuerzahlung an Geiſtliche und andere Eximirte veräußert werden können. Indeß wie ſchon unterm 24. April 1655 (Scotti a. a. O. S. 630.) alle vor dem J. 1624 erworbene geiſtliche Güter von der Schatzungspflicht ausgenommen wurden, ſo wußte gegen das unterm 24. März 1656 ergangene, ſpäter mehrfach erneute Amortiſations-Edict (Hontheim l. l. p. 704., Scotti a. a. O. S. 631. 911. 1318.) in neuerer Zeit das Domkapitel ein Edict vom 2. Oct. 1784 auszuwirken, welches alle ſeit 1656 erworbene Güter deſſelben für abtriebsfrei erklärte. — Eben ſo wurde in Cöln das Amortiſ.-Edict vom 8. Dezbr. 1726 ſchon unterm 22. Juli 1733 zu Gunſten des Kapitels declarando aufgehoben (Scotti's Samml. Cöln. Verordn. Th. 1. S. 698. und Th. 2. S. 716.), und unter demſelben Datum wurden in Paderborn von dem Amort.-Edict vom 22. Febr. 1729 alle Geiſtlichen, „die status patriae bilden“, ausgenommen (Hochf. Paderb. Landesverordn. Th. 2. S. 366. u. Th. 3. S. 29.); im Münſter'ſchen waren durch Verordn. vom 12. Dezbr. 1731 Domkapitel und alle freiweltlichen adligen Stifter eximirt (v. Kamptz Prov.-Recht Th. 2. S. 496.). — Uebrigens kommen ähnliche Verbote im Statutarrechte der geiſtlichen Territorien vor, z. B. in Paderborn ſchon im J. 1430, und haben dieſe auch wohl trotz der hie und da, z. B. auf der Cölner Synode vom J. 1662 (Schannat l. l. T. IX. p. 899.), erfolgten Annullationen ſich erhalten.

23) Münſterſche Landesvereinigung vom J. 1368 zu E., Cölner Erblandeseinigung sub No. 17.

nicht geradezu erblichen Beſitz der angeſehenern Familien kamen, wurden die Prälaten in Betreff der weltlichen Verwaltung faſt eben ſo abhängig von den Ständen, insbeſondere vom Adel, als von dem Domkapitel und dem höheren Clerus bei der Ausübung ihrer geiſtlichen Gewalt.

Beſchränkt indeſſen, wie die fürſtliche Hoheit der Biſchöfe war, gab doch gerade dieſe Eigenthümlichkeit der Landesverfaſſung in den Zeiten der Reformation eine Garantie für die Behauptung der biſchöflichen Autorität und die Erhaltung des katholiſchen Kirchenthums. Nicht bloß im Intereſſe des Clerus lag der Fortbeſtand der geiſtlichen Territorien, mit deren Auflöſung oder inneren Umgeſtaltung das Daſein der zahlreichen Stifter und der Genuß aller bisherigen Privilegien gefährdet war; auch bei dem mächtigen Stiftsadel durfte die katholiſche Kirche auf die bereitwilligſte Unterſtützung zur Behauptung der alten Lehre und Verfaſſung mit Zuverſicht rechnen. Denn einer wechſelnden, meiſt aus ihrer Mitte durch freie Wahl begründeten Landesherrſchaft gegenüber war der landſtändiſche Einfluß leichter zu behaupten, als es in den weltlichen Fürſtenthümern ſchon damals der Ritterſchaft möglich, oder auch nur dann zu erwarten war, wenn die benachbarten Fürſtenhäuſer einen factiſch-erblichen Beſitz der Stiftsadminiſtration gewonnen. Gleich den Ehrenſtellen am biſchöflichen Hofe, waren die meiſten und wichtigſten Landesämter, ſo weit nicht mit Geiſtlichen beſtellt, in faſt alleinigem Beſitze der adligen Lehns- und Dienſtmannſchaft der Biſchöfe. Die große Zahl geiſtlicher Stifter[24]), bei welchen adlige Geburt meiſt Bedingung der Auf-

24) Für Münſter zählt Büſching a. a. O. Th. 6. S. 11 flg. nicht weniger als 8 Collegiatſtifter, 15 Frauen- und 6 Mannsabteien, außer zahlreichen Klöſtern, auf. In der Erzdiöceſe Cöln beſtanden nach Binterim die alte und neue Erzdiöc. Cöln Th. 1. S. 418 flg., ohne die zahlreichen Bettelklöſter und ohne die Ciſterzienſerabteien, ſo wie abgeſehen von der Stadt Cöln, in welcher allein von Gelenius l. l. p. 259 seq. 10 Collegiatſtifter, 4 Abteien, 17 Manns- u. 39 Frauenklöſter aufgezählt werden, nicht weniger als 58 Stifter und Klöſter. In den oben §. 2. Note 66. erwähnten Berichten des Paderborner Domkapitels werden außer dem Domſtifte 5 Collegiatſtifter, 4 Ciſterzienſer- und 6 Benedictiner-Abteien aufgezählt. Das Trierer Landtagsausſchreiben vom J. 1548 bei Hontheim

nahme war, mindeſtens den Eintritt und die Erlangung höherer Würden erleichterte, gewährte den adligen Familien neben ſtandesmäßiger Verſorgung ihrer Töchter und Nachgebornen die Ausſicht zu einflußreicher Laufbahn. Vor allem wichtig aber war, daß ſtatutariſche Geſetzgebung, durch päbſtliche Privilegien theilweiſe beſtätigt, überall durch Obſervanz befeſtigt, in den Rheiniſch-Weſtfäliſchen Bisthümern alle Nichtadlige von den Domkapiteln ausſchloß, und ſo die Mitgliedſchaft dieſer in kirchlicher wie in politiſcher Beziehung gleich wichtigen Corporationen faſt unvermeidlich auf die engen Kreiſe des ſtiftiſchen Adels und der in den benachbarten Ländern anſäſſigen, jenem durch Blutsverwandtſchaft und Schwägerſchaft meiſt eng verbundenen adligen Familien ſich beſchränken mußte. Denn ſo hatte in Münſter bereits ein Statut vom J. 1392, von Bonifacius IX. im J. 1399 beſtätigt, im J. 1448 von Nicolaus V. erneut[25]), alle Nichtritterbürtige von dem Domkapitel ausgeſchloſſen, und obgleich eine Bulle P. Julius II. vom J. 1504, ebenſo ein von Pius V. und Kaiſer Maximilian II. beſtätigtes Statut vom J. 1564 nur den althergebrachten Beweis ritterbürtiger Herkunft forderte, beſtand das Kapitel ſogar auf den Nachweis von acht Ahnen[26]), und wollte ſeit dieſer Zeit auch nicht mehr die patriziſchen Familien oder ſ. g. Erbmänner der Stadt Münſter als ſtiftsfähig gelten laſſen[27]). Länger hatte ſich die Stiftsfähigkeit der Bürgerlichen, obſchon nur unter Vorausſetzung academiſcher Würden, im Bisthum Paderborn erhalten[28]); ein Statut vom J. 1480,

T. II. p. 715. benennt 18 Collegiatſtifter, 18 Manns- u. 12 Frauen-Abteien, 5 Comthureien und 7 Priorate.

25) Wilken's Verſuch einer Geſchichte Münſters S. 11. vgl. mit Steinen's Weſtfäl. Geſchichte Th. 1. S. 865.

26) Steinen a. a. O. ſtellt die Sache ſo dar, als habe das Statut vom J. 1564 überhaupt erſt vier Ahnen vorgeſchrieben; ſicher ſind indeß die Worte der Bulle vom J. 1504, qui de militari genere et legitimo toro ex utroque parente procreatus existat, auf ſolchen Beweis des Adels zu beziehen.

27) Erſt im J. 1709 ward dieſer Streit durch einen Reichs-Schluß zu Gunſten der damals noch vorhandenen 5 patriziſchen Familien erledigt. Erhard a. a. O. S. 387. u. 570.

28) In dem §. 2. Note 66. erwähnten Berichte heißt es noch, es könne ſchon ſeit länger als 100 Jahren Niemand Domherr werden, nisi de

2 Jahre darauf von Sixtus IV. beſtätigt, verfügte aber auch hier die ausſchließliche Beſetzung aller Pfründen, 24 an der Zahl, mit fürſtlichen und gräflichen oder doch ritterbürtigen Perſonen[29]), für welche letzteren die ſpätere Obſervanz gleichfalls den Beweis von acht Ahnen, doch auch allgemein. academiſches Studium verlangte[30]). In Trier wurde ſchon zu Ende des 13. Jahrhunderts Ritterbürtigkeit[31]), ſeit dem Schluß des 15. auf Grund alten Herkommens der Beweis von 16 Ahnen zur Aufnahme ins Kapitel erfordert[32]), und alle Verſuche, wenigſtens einige bürgerliche Doctorpfründen im Sinne der Basler und Tridentiner Synode zu fundiren, blieben um ſo mehr erfolglos[33]), als jenes alte Herkommen förmliche Beſtätigung durch Leo X. im J. 1514[34]) erhalten hatte, und mit Ausnahme der Archidiaconate, welche der Biſchof vergab, alle Domherrenſtellen nur durch freie Wahl des Kapitels beſetzt wurden[35]). In Cöln allein beſtanden ſeit dem

---

baronum aut nobili aut saltem de militari genere procreatus ex utroque parente, aut alias vir maturus, Dr. vel Lic. in I. Can. vel Civ. seu Mag. in S. Theol.

29) Vgl. Beſſen's Geſch. von Paderb. Th. 2. S. 14., wo bemerkt wird, daß bis dahin namentlich die Probſtei, welche den juriſtiſchen Doctorgrad erforderte, häufig an Bürgerliche verliehen worden ſei. — In ähnlicher Weiſe ſchloß Leo X. im J. 1517 in Osnabrück alle Graduirten bürgerlichen Standes vom Domkapitel aus (Schaten annal. Paderb. T. III. p. 76.).

30) v. Steinen a. a. O. Th. 1. S. 865. und Th. 2. S. 489.

31) Dem ſpätern Erzbiſchofe von Mainz, Peter Aichſpalter, ward aus dieſem Grunde, vielleicht auch, weil vom Pabſte zum Domprobſte ernannt, nur unter dieſem Vorwande die Introduction ſchlechthin verweigert. S. Der Dom zu Trier oder Statuta des vormal. erzbiſch. Domkapitels zu Trier. 1834. S. 18.

32) S. die bei Hontheim l. l. T. II. p. 524. mitgetheilte adlige Kundſchaft für einen Herrn von Dhaun vom J. 1499, ſo wie die bei Günther a. a. O. Th 4. S. 619. vom J. 1472, wo auch unter dem Namen von vier Ahnen die adlige Abkunft bis in die vierte Generation hinauf ſpeciell bekundet wird, während die ebend. Th. 3. S. 773. mitgetheilte Kundſchaft vom J. 1372 nur im allgemeinen darauf gerichtet iſt, daß der Candidat von ſeinen vier Ahnen zu Helm und Schild geboren und von guter Rittersart ſei.

33) Moſer's Staatsrecht von Trier. Kap. 10. §. 1.

34) Hontheim l. l. T. II. p. 593.

35) Moſer a. a. O. §. 13. und Hontheim in den Noten zur angef. Bulle Leo's X.

J. 1474 und bis auf die neuere Zeit 8 bürgerliche Doctorpfründen der ſ. g. Prieſterherren[36]; zu den übrigen 16 Kapitular= ſo wie den 24 Domicellarſtellen waren dagegen nach alter, wie es ſcheint nie beſtätigter, aber ſtets unverrückt erhaltener Obſervanz[37] allein Perſonen des hohen Adels fähig, und das Domkapitel, zu deſſen Mitgliedern auch der jedesmalige Kaiſer und der regierende Pabſt gehörten, wußte Anſehn im Reiche und Einfluß im Stiftsgebiete dadurch zu erhöhen, daß es nicht bloß für die erzbiſchöfliche Würde die Nothwendigkeit der Wahl aus ſeiner Mitte, ſondern auch für alle Dompfründen ohne Unterſchied ein Selbſtergänzungsrecht behauptete[38].

So war, zumal die wichtigeren geiſtlichen Aemter meiſt mit Kapitularen beſetzt waren, und die oberſten Stellen in der Landesadminiſtration gewöhnlich der höheren Geiſtlichkeit zu Theil wurden, die kirchliche Verfaſſung und Verwaltung der Diöceſen eng verſchmolzen mit der der ſtiftiſchen Territorien, andrerſeits das Intereſſe des Adels aufs innigſte mit der Fortdauer des geiſtlichen Regiments verknüpft. Auf eine Förderung der Reformation war daher in den Kreiſen wenig zu rechnen, in welchen anderwärts die Lehre Luthers zuerſt Wurzel ſchlug, und eine Kraft gewann, die ihr

36) Vgl. Gelenius l. l. p. 225. und Eickhoff a. a. O. S. 205. Seitdem wurde zu den übrigen Pfründen der ſ. g. gräflichen Herren nur noch der Subdiaconat erfordert, während die Constit. eccl. metrop. Colon. A. 1423 Art. 19. (in Würdtwein subsid. diplom. T. III. p. 76. seq.) die Zahl der Diaconat= und Subdiaconat=Pfründen auf je 10 beſchränken.

37) v. Steinen a. a. O. Th. 1. S. 864. theilt ein vom Kapitel ausgeſtelltes Atteſtat vom 1. März 1669 des Inhalts mit: „daß vermög hieſigen hohen Thumb=Capitel Cöln die alte Statuta und Gewohnheiten erfordern, daß ſolche Thumbgrafen und edele Herren eines edelen, und von einem dem Röm. Reich immediat unterworfenen Stocken, von ihren Eltern und Voreltern freien Stammes und Herkommens ſeyn müſſen". Vgl. auch Hiſtor.=geogr. Beſchr. von Cöln. S. 8.

38) Vgl. Eickhoff a. a. O. S. 203 fg. Wählbar waren nur die Prälaturen des Probſtes, Dechanten, Subdechanten, Chorbiſchofs und Scholaſters, außer welchen noch der diaconus senior et junior zu den Prälaten gehörten; die Vergebung der Domicellarpfründen erfolgte turnatim durch die Prälaten, das Einrücken aber in die Kapitularſtellen, und das Aufrücken in dieſen entſchied ſich nach der Ancienetät. Ein vollſtändiges Verzeichniß des ganzen Perſonals des Domkapitels, welches mit Einſchluß der Vicare, Kirchendiener u. ſ. w. ſich auf ungefähr 150 Perſonen beläuft, giebt Gelenius l. l. p. 226.

auch ohne der Fürſten Zutritt allgemeine Verbreitung ſicherte; ſelbſt die perſönliche Ueberzeugung der Landesherrſchaft und ihre der neuen Lehre geneigte Geſinnung, ſonſt überall für die feſte Begründung der Reformation entſcheidend, war bei der in geiſtlichen wie weltlichen Dingen vielfach beſchränkten Macht der Biſchöfe von geringem Gewicht. Vorübergehend fanden wohl die Reformationspläne einzelner Prälaten in den niederen Kreiſen des Bürgerſtandes und bei einem kleinen Theile der adligen Vaſallen Anklang und Beifall; aber ſo wenig feſten Beſtand gewann Lehre und Cultus der Reformatoren, die katholiſche Parthei behauptete in den Kapiteln und Stiftern, auf dem Landtage und in den höheren Aemtern, ſo ſehr das Uebergewicht, daß ſie in kurzer Zeit und im Ganzen mit geringer Anſtrengung die evangeliſche Lehre völlig zu unterdrücken vermochte. Oeſtlich der Weſer gingen zwar die Bisthümer Minden, Bremen u. ſ. w. erſt dem Bekenntniſſe, durch den Weſtfäliſchen Frieden dem Beſitze der katholiſchen Kirche verloren; aber ſelbſt in Osnabrück blieben ihr wenigſtens paritätiſche Rechte, und in den übrigen Stiftern zwiſchen Weſer und Rhein behauptete ſich, fortan freilich faſt auf die Grenzen des eignen Territorii beſchränkt, Lehre, Cultus und Verfaſſung der katholiſchen Kirche in ausſchließlicher Geltung.

§. 4.

Erſte Verſuche zur Einführung der Reformation in den Stiftsgebieten.

Der neuen Lehre den Eingang in ihre Gebiete gänzlich zu verſchließen, vermochten allerdings die Rheiniſchen und Weſtfäliſchen Biſchöfe um ſo weniger, als dieſſeits des Rheines ihr weltliches Territorium gegen Süden von den Heſſiſchen und Naſſauiſchen Landen umſchloſſen war, im Norden von Oſtfriesland und den Niederlanden her dem Evangelium der Zugang offen ſtand, jenſeits des Rheins aber die Lehre Luthers eben ſo ſehr bei Herzog Johann von Cleve Nachſicht, als im Pfälziſchen Hauſe Beförderung fand. Oeffentliche Predigt des Evangeliums dagegen und Neuerungen im Cultus zu hindern, ſchien anfangs den Biſchöfen gelingen zu wollen. In **Münſter**, wo ſchon im J. 1523 Cla-

tenbach das Evangelium zu predigen begann, und im Jahre darauf an den Hauptkirchen der Stadt vier Kapelläne ſich offen für Luther erklärten, wußte Biſchof Friedrich von Wied die dadurch hervorgerufenen Unruhen bald zu unterdrücken [1]); um ſo leichter, wie es ſcheint, als die Bürgerſchaft denſelben eine politiſche Richtung zu geben trachtete, um die längſt gewünſchte Unabhängigkeit vom Stifte, oder doch Abſtellung ihrer theils begründeten, theils vermeintlichen Beſchwerden über die Geiſtlichkeit zu erlangen [2]). Gleich erfolglos blieben die Verſuche, welche die Anhänger Luthers, ebenfalls mehr in politiſchen Abſichten, als aus wahrem religiöſen Intereſſe, im J. 1527 zu Trier wagten [3]), und die Bewegungen, welche die Durchreiſe des Sächſiſchen Kur-
1528 prinzen Johann Friedrich in Paderborn veranlaßte [4]); in der Stadt Cöln aber ſetzte die ſtreng katholiſche Geſinnung des Raths und der Bürgerſchaft, das Anſehn des Domkapitels und die Entſchiedenheit, mit welcher die Cölner Univerſität ſich gegen Luther erklärte, deſſen Bekennern ſolche Schwierigkeiten entgegen, daß ſie nicht einmal einen Verſuch zu öffentlichen Aenderungen im Cultus wagten.

Allmählich mehrte ſich indeſſen die Zahl der Evangeliſchen, namentlich in den Weſtfäliſchen Stiftsgebieten, und ermuthigt durch die Nachſicht ihres Biſchofs und die Fortſchritte der Reformation im Mindenſchen [5]), erzwangen zu Münſter die Anhänger des bekannten Rottmann, nachdem dieſer ſchon ſeit drei Jahren ziemlich unbeirrt die evangeliſche Lehre öffentlich gepredigt

1) S. Jochmus Geſch. der Kirchen-Ref. zu Münſter und ihres Unterganges durch die Wiedertäufer. Münſter 1825. S. 1 flg. — Vgl. auch Erhard a. a. O. S. 288 flg. u. Schaten l. l. T. III. p. 113.

2) Deutlich erhellt dies aus den von der Bürgerſchaft im J. 1525 aufgeſtellten 34 Beſchwerden bei Kerſſenbroich Die Raſerei d. Wiedertäufer Th. 1. S. 121 flg. und in Nieſert's Beitr. zu einem Münſt. Urk. Buche Bd. 1. S. 116 flg. Unmittelbare Beziehung auf kirchliche Verhältniſſe hatte nur die Forderung, daß die Pfarrer keine Kapelläne ohne Vorwiſſen der Kirchenvorſteher und Gemeinden annehmen ſollten, damit man Prediger hätte, die das Wort Gottes lehrten.

3) Brower annal. Trev. T. II. p. 356.

4) Schaten l. l. p. 137 seq., Beſſen a. a. O. Th. 2. S. 33 flg.

5) S. oben B. I. Kap. 8. §. 5. S. 190 flg.

hatte, im J. 1532 durch offnen Aufruhr die Beſtellung ihres Lehrers zum Prediger an der St. Lamberts-Pfarrkirche [6]). Die Abdankung Biſchofs Friedrich, welcher in ſo aufgeregter Zeit ſeinem Amte ſich nicht gewachſen glaubte, der baldige Tod ſeines Nachfolgers, Herzogs Erich von Braunſchweig, Biſchofs von Osnabrück und Paderborn, und die Unſchlüſſigkeit des patriziſchen Raths gaben auch der aufrühreriſchen Bürgerſchaft ein ſolches Uebergewicht, daß noch in demſelben Jahre alle katholiſchen Geiſtlichen vertrieben, und unter Abſtellung der Meſſe und bisherigen Gebräuche ſämmtliche Pfarrkirchen mit evangeliſchen Predigern beſetzt wurden [7]). In ähnlicher Weiſe wußte die lutheriſche Parthei in Paderborn die durch Erich's Tod eingetretene Vacanz und die Abweſenheit des neu erwählten Biſchofs, Kurfürſten Herrmann von Cöln, zur Beſetzung der Pfarrkirchen mit evangeliſchen Geiſtlichen zu benutzen, und wie hier Herrmann's Wahl, ſo erweckte in Münſter die des Grafen Franz von Waldeck, Biſchofs von Minden und Osnabrück, die Hoffnung, daß von den Landesherren ſelbſt die eigenmächtig begonnene Reformation werde gefördert werden. Für Paderborn ging ſie nicht in Erfüllung; die Stadt mußte ſich zur Unterwerfung unter die fürſtliche Hoheit des Stifts und zur Vertreibung der evangeliſchen Geiſtlichen verſtehen, auch dem Kurfürſten Herrmann geloben, daß ſie die alten Kirchenſatzungen, ſo lange dieſe nicht durch ein allgemeines Concil geändert würden, getreu befolgen und keinen der neuen Lehre anhängigen Fremden aufnehmen wolle [8]). In Münſter dagegen, wo Biſchof Franz, theils auf das Andringen der Stände, theils in der gerechten Beſorgniß, es möchte die Stadt ſich zugleich ſeiner landesherr-

6) Jochmus a. a. O. S. 22 flg., Kock series episcop. Monaster. T. II. p. 276 sq.

7) Ebend. S. 30 flg. u. Erhard a. a. O. S. 301 flg.

8) Schaten l. l. p. 166 sq. und Arn. Meshof vom Urſpr. u. Fortg. des Abfalls des Erzb. Herrmann, in deſſen Ausg. von Mich. v. Iſſelt vom Cöln. Kriege. Cöln 1620. S. 31. Vgl. auch P. Wigand's Arch. für Geſch. Weſtf. Bd. 2. S. 62. — Beſſer glückte es den Evangeliſchen im Corvey'ſchen Gebiete, wo die Stadt Höxter um dieſe Zeit die neue Lehre einführte, und die dortigen Domherren ſich mit ihrem Gottesdienſte auf das Chor der Kirche beſchränken mußten (Schaten l. l. p. 184.).

lichen Hoheit zu entziehen ſuchen, ernſtliche Maaßregeln verſuchen wollte, blieb ihm, als er mit ſeinen Räthen und Domherren in Telgte von der aufrühreriſchen Bürgerſchaft überfallen war [9]), nichts übrig, als in das Verlangen der Stadt zu willigen. Dem vom Landgrafen Philipp von Heſſen vermittelten Vergleiche vom J. 1533 [10]), welcher die ungehinderte Uebung der lutheriſchen Lehre in allen Pfarrkirchen der Stadt, und dieſer freie Berufung und Abſetzung ihrer Geiſtlichen gewährte, ertheilten ſelbſt Domkapitel und Stände ihre Zuſtimmung, zufrieden, daß die Stadt dem Biſchofe als ihrer wahren und rechtmäßigen Obrigkeit Gehorſam verſprach, die Patronats-, Zins- und Zehnt-Rechte des katholiſchen Clerus anerkannte [11]), und die Zuſage ertheilte, „das Dhum-Capittel, Stiffter oder Collegia uſſerhalb der Sechs pfar- und kerkſpel-kirchen by yrer religion unbekummert und vor ſich leben zu laſſen, biß ſo lange es der almechtig anders ſchicken würdet“. Der Zuſicherung des Vergleichs gemäß, „Ceremonien ordenen, uffrichten und gebrauchen, auch myt denn yren in ſaichen deß gelaubens und Religionn yderzeit ſchaffen und gewalten zu laſſen“, ward auch alsbald ein neuer Rath erwählt, und durch Rottmann's Beſtellung zum Superintendenten, Publication einer Kirchenordnung [12]) und Errichtung evangeliſcher Schulen die kirchliche Verfaſſung der Stadt neu geordnet, allein das ausdrückliche Verſprechen, daß „dem Evangelio und wort gots gemeß allenthalben gehandelt werde“, nur zu bald aufs freventlichſte verletzt. Die Anhänger der wiedertäuferiſchen Secte, bisher ſchon zahlreich in dieſen Gegenden, gewannen binnen kurzem die Ueberhand, riſſen das Stadtregiment an ſich, und die offene Empörung gegen

---

9) Erhard a. a. O. S. 316 flg.

10) Abgedr. u. a. bei Schaten l. l. p. 173 sq., Hobbeling a. a. O. im Erſten neuen Anhange No. 5. und Kerſſenbroich a. a. O. S. 592 flg., welcher auch S. 241 — 360. über die vorangegangenen Verhandlungen berichtet.

11) Nur die von Bürgern an den Pfarrkirchen gemachten Stiftungen jeder Art behielt ſich die Stadt „neben den pfar oder weddum güter“ ausdrücklich „zu uffrichtunge gotzkaſten, zu underhaltungen der kirchendiener und armen noitdurfftigen Leute“ vor.

12) Mitgeth. bei Kerſſenbroich a. a. O. S. 899 flg. — S. auch Jochmus a. a. O. S. 55.

den Landesherrn führte bald zu fanatiſchen Gräuelthaten jeder Art, welche bürgerliche und kirchliche Ordnung, in der Stadt vernichteten, überall bedrohten, und die benachbarten Fürſten ohne Unterſchied des Glaubens nicht zweifelhaft ließen über die Nothwendigkeit gemeinſamer Maaßregeln zu gewaltſamer Unterdrückung des Aufruhrs [13]). Kräftig von dieſen unterſtützt, erzwang Biſchof Franz im J. 1535 die Unterwerfung der Stadt; der gerechten Strafe, welche gegen die Häupter des Aufruhrs verhängt wurde, folgte aber nicht bloß die Verbannung der Wiedertäufer, auch der evangeliſche Gottesdienſt ward überall eingeſtellt, wie ſehr ſich mit dem Kurfürſten von Sachſen Philipp von Heſſen um eine erneute Beſtätigung des früheren Vergleichs bemühte [14]).

Mehr denn zuvor ſchien damit der Fortgang der Reformation innerhalb der Stiftsterritorien gefährdet; nur die Nachſicht, mit welcher Biſchof Franz im Bisthume Osnabrück nach wie vor gegen die Anhänger Luthers verfuhr und Anſtellung evangeliſcher Prediger duldete [15]), der den Evangeliſchen günſtige Ausgang, welchen bald nachher der Streit zwiſchen dem Biſchofe und der Stadt Minden nahm, und die ununterbrochenen Fortſchritte der Reformation in den Jülich-Cleveſchen Landen [16]) hielten die Hoffnung der Evangeliſchen aufrecht. Gerade aber der Ausgang der Münſter'ſchen Angelegenheiten mochte die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Kirchenverbeſſerung, welche von den dazu berufenen Gewalten ausginge, ſelbſt bei dem Clerus befeſtigt haben, und dies das ſicherſte Mittel erſcheinen, um ähnlichen Umwälzungen der kirchlichen und bürgerlichen Ordnung vorzubeugen. Wenigſtens fand Kurfürſt Herrmann von Cöln anfangs keinen Widerſtand, als er in dieſer anſcheinend unpaſſendſten Zeit den wohl ſchon längſt gehegten Plan einer Reformation ſeines Erzſtifts und der übrigen Bisthümer im Verein mit Franz von Waldeck ins Werk zu ſetzen ſuchte. Die Uebereilung indeſſen, mit welcher

13) Die Geſchichte des Münſterſchen Aufruhrs ſ. bei Jochmus a. a. O. S. 60—220. und Kerſſenbroich a. a. O. Th. 1. S. 448 flg.
14) Schaten l. l. T. III. p. 220.
15) Schlegel Kirch.- u. Ref.-Geſch. v. Norddeutſchl. Th. 2. S. 103 flg.
16) S. oben B. I. Kap. 3. §. 5.

beide Prälaten, aus Unkenntniß oder falſcher Würdigung des wahren Standes der Dinge, die Bereitwilligkeit des Clerus zu einer Reformation im Sinne der katholiſchen Hierarchie benutzen wollten, um in den Stiftslanden die evangeliſche Lehre einzuführen, vereitelte bald jenen Plan und die dadurch von neuem geweckten Hoffnungen ihrer evangeliſchen Unterthanen.

Die Provincialſynode, welche Kurfürſt Herrmann im J. 1536 zu Cöln hielt, hatte eine Reihe nicht unwichtiger Reformationsdecrete gefaßt, ohne aber Lehre, Verfaſſung und Cultus zu ändern, auf Abſtellung von Mißbräuchen ſich beſchränkt, und nur zu dieſem Behufe eine allgemeine Viſitation beſchloſſen [17]). Je weniger der Erzbiſchof ſeine Unzufriedenheit mit dem Ergebniſſe der Synode verhehlte, um ſo befremdender mußte es dem Clerus ſein, und entſchiedenen Widerſpruch des Domkapitels erregen, als in Folge dieſer Viſitation zu Andernach, Kempen und an andern Orten, ſelbſt in der biſchöflichen Reſidenz Bonn, evangeliſcher Gottesdienſt eingerichtet wurde. Nicht mindern Anſtoß erregte Biſchof Franz durch die Art, wie er in Minden und Osnabrück die proteſtantiſchen Prediger ruhig gewähren ließ, und ſein Entſchluß, die biſchöfliche Conſecration zu empfangen, war wenig geeignet, die Beſorgniſſe des Münſterſchen Kapitels zu beruhigen, da er wenige Monate darauf die Stadt Münſter in manche nach jener Empörung ihr entzogenen Rechte, namentlich das freiere Rathswahl reſtituirte, und damit die Abſicht, eine Parthei im Lande zu gewinnen, nur zu deutlich verrieth [18]). Ihre eigne Autorität im Lande überſchätzend, vielleicht auch im Vertrauen auf die von den evangeliſchen Fürſten zu hoffende Unterſtützung, wagten gleichwohl beide Prälaten, im J. 1543 offen mit ihren Reformationsplänen hervorzutreten; Erzbiſchof Herrmann durch Publication eines neuen Reformationswerkes [19]), welches in allen

17) Die Beſchlüſſe dieſer Reformationsſynode nebſt dem Viſitationsformulare ſ. u. a. in Schannat Conc. Germ. T. V. p. 245 sq. und Lünig's Spicil. eccl. Fortſ. Th. 1. S. 697 flg. u. Cont. 3. S. 548 flg.

18) Vgl. Erhard a. a. O. S. 364 flg.

19) Im J. 1543 iſt es zu Buſchhoven im Druck erſchienen. Vgl. Berg's Ref.-Geſch. v. Jülich u. ſ. w. S. 74 flg.

Hauptpunkten der evangeliſchen Lehre ſich anſchließend, ſchon um ſeiner Urheber, Melanchthon's und des Straßburger Reformators Bucerus willen, die Zuſtimmung des Domkapitels und Clerus nicht erhalten konnte, Biſchof Franz durch den förmlich den Ständen gemachten Antrag, zur Augsburgiſchen Confeſſion überzutreten [20]). Der Widerſpruch, welchen dieſer Antrag bei dem Clerus, der geringe Anklang, welchen er bei den weltlichen Ständen fand, beſtimmte den letzteren bald zu theilweiſem Rücktritte, indem er erklärte, daß er zwar Niemand zur evangeliſchen Lehre nöthigen, aber auch Keinen daran verhindern werde; in ähnlicher Weiſe die Reformation zu befördern, wie es ſchon im J. 1542 zu Osnabrück geſchehen war, wo er nicht ſelbſt, aber mit ſeiner Genehmigung der Rath in allen Pfarrkirchen den evangeliſchen Gottesdienſt eingeführt hatte [21]), ſchien ihm gerathener, als durch eignen Uebertritt ſeine geiſtliche und weltliche Gewalt aufs Spiel zu ſetzen. Dagegen glaubte Kurfürſt Herrmann weder die Proteſtation ſeiner Kapitel [22]), noch das Abſetzungsdecret vom 16. April 1546 [23]) achten zu brauchen, welches auf deren Betrieb von Rom aus erging; wirklich gelang es auch durch allgemeine Geſtattung des evangeliſchen Cultus unter den Städten des Erzſtiftes [24]) einen ſolchen Anhang zu gewinnen, daß er eine Zeit lang gegen Kaiſer und Pabſt, gegen Clerus und Ritterſchaft ſich zu behaupten vermochte. Zu dauerndem Erfolge war indeß von vorn herein nur geringe Ausſicht vorhanden, und nach Beſiegung des Schmalkaldener Bundes verſchwand ſie gänzlich; weniger glücklich, als Biſchof Franz, welcher durch die feierliche Erklärung, der katholi-

20) S. Erhard a. a. O., u. Schaten T. III. p. 263 sq.

21) Schlegel a. a. O. S. 219 flg.

22) Die Appellation des Cölner Domkapitels und Clerus, wichtig, weil daraus deſſen Zuſtimmung zu der (nach Mich. Moerckens conatus chronolog. ad catal. Episcoporum Colon. Cöln 1745. p. 157. ſelbſt in Rom approbirten) Reformationsſynode vom J. 1536 erhellt, ſ. bei Lünig a. a. O. S. 560 flg.

23) Mitgetheilt von Arn. Meshof a. a. O. S. 222.

24) In Paderborn, wo Herrmann den Rezeß v. 1532 in puncto religionis für die Hauptſtadt im J. 1545 widerrief, ſcheint ſein Unternehmen nicht einmal bei den übrigen Städten beſondern Anklang gefunden zu haben (Schaten l. l. p. 272.).

ſchen Lehre treu bleiben und auf alle Reformationspläne verzichten zu wollen, ſich im Beſitz ſeiner Bisthümer erhielt [25]), blieb dem Kurfürſten nichts als Abdication übrig. In Münſter und Paderborn begnügte ſich Franz von Waldeck's und Herrmann's Nachfolger, der eifrig katholiſche Rembert von Kerſſenbroich, noch mit Publication des Interims [26]); in Cöln dagegen ſuchte der neue Kurfürſt, Graf Adolph von Schauenburg, unter Widerruf aller von ſeinem Vorgänger ergangenen Edicte, auf mehreren zu Cöln in den J. 1549 — 51 gehaltenen Synoden [27]) die katholiſche Verfaſſung und Lehre feſter denn zuvor zu begründen [28]), und durch einen Zuſatz zu der alten Landeseinigung, wonach jede Neuerung in Religionsſachen fortan Kapitel wie Landſchaft zur Aufkündigung des Gehorſams nicht bloß berechtigen, ſondern ſelbſt verpflichten ſollte [29]), das Cölner Erzſtift dem evangeliſchen Bekenntniſſe völlig zu verſchließen.

§. 5.

Kirchlicher Zuſtand des nordweſtlichen Deutſchlands um die Mitte des ſechszehnten Jahrhunderts.

In dem eignen Gebiete, aber auch nur hier, gelang es den Prälaten, die Reformation niederzuhalten, und die ungeſchmälerte Autorität des katholiſchen Clerus herzuſtellen. In den weltlichen Territorien, über welche ſich die Diöceſangewalt der Rheiniſchen

---

25) Vgl. Jochmus a. a. O. S. 221 flg. und Schaten l. l. p. 296.

26) Schaten l. l. p. 283. u. 295.

27) Die Beſchlüſſe dieſer Synoden ſ. bei Schannat l. l. T. VI. p. 532. 616. 767. 781. u. Lünig Spic. eccl. Th. I. S. 743 flg.

28) Vgl. Berg a. a. O. S. 85 flg.

29) „Item“, heißt es im Art. 21. u. 22. der erneuten Rhein. Landeseinigung v. J. 1550, und wörtlich übereinſtimmend im Art. 33. u. 34. der Weſtfäliſchen, „of in zukommenden Zeiten unſe zukommen Herr oder die Seine ... etwas Neuerung in Sachen unſrer H. Religion wider der chriſtlichen und catholiſchen Kirchen allgemeiner Ordnung, oder ſonſt in geiſtlichen und weltlichen Sachen unterſtunde durch ſich oder die Seinen vorzunehmen ..., ſo moge dat Capittel Edelmann, Ritterſchaft, Stede und gemeine Landſchafft zuſammen oder beſonder beſchrieven, ... und wa ein Herr des dann nit zur Stund affſtellte, ... ſo ſollen Edelmann, Ritterſchafft, Stede, Ambtleute und gemeine Landſchafft bei dem Capittel bliven und dem gehorſam ſeyn“.

ſchen und Weſtfäliſchen Bisthümer erſtreckte, war ringsum die neue Lehre, theils ſo feſt ſchon gewurzelt, theils in ſolchem Umfange deren allgemeine Einführung vorbereitet, daß auch da, wo die ſiegreichen Waffen des Kaiſers die Annahme des Interims erzwangen, den Biſchöfen nicht viel mehr als der äußere Schein kirchlicher Gewalt wieder zu Theil wurde, und es kaum des Sieges bedurfte, welchen die evangeliſche Parthei im Augsburger Religionsfrieden erſtritt, um durch völlige Durchführung der Reformation dieſe Länder, größtentheils für immer, von der katholiſchen Kirche zu trennen. Nur eines flüchtigen Ueberblicks über den kirchlichen Zuſtand des nordweſtlichen Deutſchlands bedarf es, um einestheils die Verluſte, welche gegen die Mitte des ſechszehnten Jahrhunderts das geiſtliche Anſehn jener Bisthümer bereits erlitten hatte, anderntheils die Gefahr zu bemeſſen, welche der katholiſchen Parthei, wie geringen Anklang auch des Kurfürſten Herrmann Reformationspläne gefunden hatten, und wie vollſtändig ſie mißlungen waren, für den ferneren ruhigen Beſitz kirchlicher Herrſchaft zwiſchen Rhein und Weſer drohte.

In den **Niederlanden** hatte ſelbſt des Kaiſers Macht und Anſehn die Reformation weder verhindern noch unterdrücken können, und die Stiftung der neuen Weſtfrieſiſchen Bisthümer zu Deventer und Gröningen brachte dem katholiſchen Bekenntniſſe keinen Gewinn, Verluſt aber dem Bisthume Münſter, welches dadurch die Diöceſanrechte in Zütphen und im Gröninger Lande verlor [1]), nachdem es ſchon durch die von Carl V. ohne alles Recht verfügte Beſitznahme des Amtes Wedde und des Landes Weſterwolde an weltlicher Macht eine empfindliche Einbuße erlitten hatte [2]), für welche der Lehnsanfall der Herrſchaft Borkelo im J. 1553 keinen Erſatz gab [3]). Gleich **Oſtfriesland** [4]) hatte ſchon im erſten Decennium nach Luthers Auftreten **Oldenburg**

1) S. oben B. I. Kap. 3. §. 1. Note 11.
2) Vgl. hierüber **Hobbeling** a. a. O. S. 1—9.
3) Schon im J. 1616 ging die Herrſchaft dem Stifte und Reiche verloren, indem die Staaten von Geldern die Oberhoheit anſprachen und durchſetzten. S. ebend. S. 115. u. **Erhard** a. a. O. S. 479 flg.
4) S. oben B. II. Kap. 1. §. 2. Note 1.

die neue Lehre angenommen, deren Ausbreitung in die früher an Münſter abgetretene Grafſchaft Delmenhorſt Graf Anton I. im J. 1547 mit glücklichem Erfolge zur Wiederbeſitznahme dieſes Gebiets benutzte[5]). Dem Beiſpiele Ernſt II., Herzogs von Braunſchweig-Lüneburg, welcher ſchon im J. 1527 förmlich zur lutheriſchen Lehre übertrat, waren gleichzeitig Graf Jobſt von Hoya und Graf Friedrich von Diepholz, im J. 1534 auch Philipp I., Herzog von Grubenhagen, gefolgt; die im J. 1542 während der Unmündigkeit Herzogs Erich II. durch ſeine Mutter Eliſabeth in Calenberg und Göttingen begonnene Reformation aber hatte des Herzogs Rücktritt zur katholiſchen Kirche nur auf wenige Jahre zu ſtören, nicht rückgängig zu machen vermocht, ſodaß zur Zeit des Religionsfriedens von dem bedeutenden Gebiete des Welfiſchen Hauſes allein noch die Braunſchweig-Wolfenbüttelſchen Lande, und auch dieſe nur für kurze Zeit, der katholiſchen Kirche verblieben waren[6]). Durch den Uebertritt der Schauenburgiſchen Grafen[7]), in Folge deſſen auch die Herrſchaft Gehmen[8]) zur evangeliſchen Lehre überging, durch die Einführung der Reformation in Lippe und Waldeck, welche Philipp von Heſſen hier befördert, dort als Vormund des Grafen Simon im J. 1538 bewirkt hatte[9]), durch den Religionswechſel im Teklenburgiſchen[10]), die Reformation der Graf-

---

5) Hobbeling a. a. O. S. 10. u. Büſching Th. 6. S. 320.

6) Vgl. Schlegel a. a. O. Th. 1. S. 49 — 96. 114 — 117. 135 flg. und 257 flg.

7) Nach dem, was Büſching Th. 6. S. 363 flg. über die Einziehung der Schauenburgiſchen Klöſter bemerkt, ſcheint die Reformation erſt um die Zeit des Augsburger Religionsfriedens durch Graf Otto V. († 1576), den Bruder der beiden Nachfolger Erzbiſchofs Herrmann von Cöln, eingeführt worden zu ſein.

8) Beim Ausſterben der alten Dynaſtie im J. 1502 fiel die Herrſchaft durch weibliche Lehnsfolge an das Schauenburgiſche Haus, und von dieſem im J. 1640 an die Grafen von Limburg-Styrum, welche, obwohl ſelbſt katholiſch, die evangeliſche Religionsübung ungeſtört ließen (Büſching a. a. O. S. 481 flg.). Im J. 1800 iſt die Herrſchaft durch Erbfolge an die Freiherren von Bömelberg gekommen (v. Lancizolle's Territ.-Verh. S. 67.).

9) Schaten l. l. T. III. p. 222. 295. 315., v. Rommel Geſch. von Heſſen Th. 3. Note 44. S. 259.

10) S. oben B. I. Kap. 3. §. 5.

ſchaft Rietberg [11]) und die Einführung der evangeliſchen Lehre in den Grafſchaften Bentheim und Steinfurt [12]), welche Graf Arnold im J. 1544 eben ſo glücklich ins Werk ſetzte, als behauptete, durch die Fortſchritte endlich der Reformation im Ravensbergiſchen wurde vollends die Diöceſangewalt der Weſtfäliſchen Biſchöfe mehr und mehr auf die Grenzen der eignen Territorien beſchränkt [13]).

Von größerem Umfange war noch der Diöceſanſprengel des Erzſtifts Cöln geblieben. Denn ganz ging ihm weſtlich des Rheins nur die Grafſchaft Mörs [14]) verloren, auf dem dieſſeitigen Ufer allein die Grafſchaft Sayn und die Grafſchaft Homburg; die letztere ein Beſitzthum des Wittgenſteiniſchen Grafenhauſes, welches unter dem Schutze ſeines Lehnsherrn Philipp von Heſſen auch in ſeinen übrigen, zum Mainzer Stifte gehörigen Beſitzungen die evangeliſche Lehre einführte, jene damals noch ein ſelbſtſtändiges Territorium, deſſen Herren, dem Wittgenſteiner Hauſe ſtammverwandt, ſich in der zweiten Hälfte des ſechszehnten Jahrhunderts gleichfalls von der katholiſchen Kirche trennten [15]).

---

11) Auch in dieſer, ſeit dem J. 1456 gegen Heſſen lehnspflichtigen Grafſchaft, welche nach dem Tode des letzten Grafen Johann im J. 1592 durch weibliche Lehnsfolge au das Oſtfrieſiſche, und ein Jahrhundert ſpäter an das Kauniţ'ſche Haus kam, hat nach v. Rommel a. a. O. Philipp von Heſſen die evangeliſche Lehre eingeführt.

12) Schlegel a. a. O. Th. 1. S. 229.

13) Ob in der Herrſchaft Anholt während des Beſitzes der Grafen von Bronkhorſt, von welchen ſie erſt im J. 1641 an das Haus der Grafen von Salm-Salm gekommen (ſ. Büſching a. a. O. S. 472.), die evangeliſche Lehre eingeführt worden, und ob dieſe auch bis zum Entſcheidungsjahre ſich erhalten hat, iſt mir nicht bekannt.

14) S. oben Buch I. Kap. 3. §. 5.

15) Die Grafſchaft Sayn, im J. 1246 dem Sponheim'ſchen Hauſe durch weibliche Erbfolge zugefallen, ward im J. 1283 dem Grafen Johannes zu Theil, deſſen Linie im J. 1606 mit Heinrich IV. erloſch. Der jüngere Bruder deſſelben Engelbert, Beſitzer der Herrſchaften Valendar und Homburg, ward Ahnherr des jetzigen Sayn-Wittgenſtein'ſchen Hauſes, indem ſein Enkel Salentin im J. 1359 dieſe Grafſchaft erheirathete, in welcher im J. 1605 bei Ludwig's I. Tode die jetzt noch beſtehenden Linien entſtanden. Der älteſte Sohn Georg V. († 1631) erhielt Homburg und die Grafſchaft Berleburg, von welcher die Linie ſich benannte; die Grafſchaft Wittgenſtein nebſt Valendar fiel dem zweiten Sohne Wilhelm III. zu, ward aber, als er im J. 1606 durch ſeine Gemah-

Indeſſen hatte doch auch für Cöln die Reformation einen nicht unbedeutenden Verluſt an Diöceſanrechten zur Folge, als Philipp II. in den Niederlanden neue Biſthümer errichtete und die Gegenden an der Maas zu Roermonde und Herzogenbuſch ſchlagen ließ, und außerhalb der eignen Lande beſtand die geiſtliche Gewalt der Erzbiſchöfe mehr dem Namen und Rechtstitel nach, als in Wirklichkeit fort, ſeit in den Cleve-Jülich'ſchen Territorien die anzahl und Umfang wachſenden evangeliſchen Gemeinden, in näheren kirchlichen Verband durch die Synodaleinrichtung tretend, ſich entſchieden von der katholiſchen Kirche losgeſagt hatten, und für die dem alten Glauben treu gebliebenen Gebiete und Ortſchaften das Kirchenregiment faſt ganz in die Hände der vom Fürſten beſtellten einheimiſchen Landdechanten gelegt war[16]).

Gleich erhebliche Einbuße an geiſtlichen Gerechtſamen und Einkünften hatten dieſſeits des Rheins die Kurfürſten von Trier ſchon um die Mitte des ſechszehnten Jahrhunderts erlitten. Mit der Reformation der Heſſiſchen Lande, welche durch Philipps des Großmüthigen Gefangenſchaft kaum gehemmt, noch weniger rückgängig wurde[17]), war zwar hauptſächlich der Mainzer Kirche ein großer Theil ihres uralten Diöceſangebiets entzogen, in der

---

linn, eine Nichte jenes Heinrich's IV., die Grafſchaft Sayn erwarb, dem jüngeren Bruder Ludwig III. überlaſſen, welcher Stifter der Wittgenſtein-Wittgenſtein'ſchen Linie, wie Wilhelm Stifter des Hauſes Sayn-Wittgenſtein-Sayn wurde, welches letztere ſchon 1636 im Mannsſtamme erloſch. Vgl. Günther Cod. Rheno-Mos. Th. 2. S. 8 flg. Th. 3. S. 2 flg. Th. 4. S. 2 flg., J. J. Moſer's Staatsr. d. Reichsgr. Sayn Kap. 2. S. 19 flg. u. Wenk's Heſſ. Landesgeſch. Th. 3. S. 97—132. — Ob in der Grafſchaft Sayn die Reformation erſt von Heinrich's IV. älterem Bruder Adolph († 1568), oder ſchon von ihrem Vater Graf Johann VI. († 1560) eingeführt worden, iſt mir nicht bekannt; Heinrich IV. ſelbſt aber ſetzte teſtamentariſch feſt, daß „keine andre Religion, Lehre und Glauben, denn allein die in der Augsb. Confeſſion begriffen iſt“, im Lande eingeführt werden ſolle (Moſer a. a. O. Kap. 10. S. 418.). In der Grafſchaft Wittgenſtein hat ſchon Ludwig's I. Vater, Wilhelm I. († 1565?) die erſten Schritte zur Reformation des Landes gethan (ſ. auch Rommel a. a. O. Th. 3. Note 44.); deren Vollendung aber durch die in v. Kamptz Prov.-Rechten Th. 2. S. 584. aufgeführten Kirchenordnungen fällt erſt unter Graf Ludwig's Regierung.

16) S. oben B. I. Kap. 3. §. 6 flg.

17) v. Rommel a. a. O. S. 342, und Note 45, sub No. 36.

Gegend von Gieſſen aber und in der niedern Grafſchaft Katzenellenbogen[18]) auch dem Trierer Erzſtift ein nicht unbedeutender Verluſt erwachſen. In den Naſſauer Gebieten[19]) hatte Graf Wilhelm der Reiche von Dillenburg gleich anfangs dem Beiſpiele des Landgrafen ſich angeſchloſſen, und mit Ausnahme nur der Grafſchaft Dietz, wo Trier die angemaßte Mithoheit zur Aufrechthaltung der katholiſchen Lehre benutzte[20]), ſo

---

18) Dieſe Grafſchaft war mit der oberen Grafſchaft im Jahre 1479 an Heinrich von Heſſen, den Großvater Philipp's, gekommen, und der wohlbegründeten Anſprüche des Naſſauſchen Hauſes ungeachtet, in dem Frankfurter Vergleiche vom J. 1557 dem Heſſiſchen geblieben. (Arnold's Geſch. der Oran.-Naſſ. Länder. Hannover 1799. Th. 3. S. 81 flg.) Seit dem J. 1583 im Darmſtädtiſchen Beſitze, fiel die niedere Grafſchaft im Jahre 1648 an Caſſel zurück und wurde der ſ. g. Quart der Rotenburger Nebenlinie zugeſchlagen. (Büſching a. a. O. Th. 7. S. 86. und 134.).

19) Im J. 1255 ſind durch Theilung zwiſchen den Söhnen Heinrich's des Reichen, Walram u. Otto, die beiden noch beſtehenden Linien des Naſſauſchen Hauſes entſtanden. (Arnoldi a. a. O. Th. 1. S. 41.) In jener, welcher das Beſitzthum ſüdlich der Lahn zufiel, bildeten ſich in der erſten Hälfte des 14. Jahrhunderts durch die Theilung zwiſchen Adolph und Johann I. die Wisbaden-Idſteiner und die Weilburger Linie, von welcher unter Johann's Enkeln ſich die Saarbrücker Linie wieder abzweigte. Im J. 1574 erloſch die Saarbrückiſche, im Jahre 1605 auch die Wiesbadener Linie; unter den Söhnen Ludwig's II. von Weilburg, welcher das ganze Beſitzthum vereinigt hatte, ward aber von neuem in ähnlicher Weiſe getheilt (ſ. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 264 flg.); es iſt jedoch jetzt nur noch die Weilburger Linie, von Ernſt Caſimir gegründet, in dem Deutſchen Herzogshauſe erhalten, nachdem die Idſtein-Wiesbadener im J. 1721, die Saarbrück-Uſinger in den J. 1797 und 1816 erloſchen iſt (Lancizolle a. a. O. S. 65. u. 126.). — Das Deutſche Beſitzthum des Ottoniſchen Stammes, im J. 1374 durch Hadamar (Arnoldi Th. 1. S. 109 209.), im J. 1384 durch die Grafſchaft Dietz (ſ. flg. Note) vermehrt, vereinigte im J. 1561 Johann der Aeltere von Dillenburg, der Sohn Wilhelm's des Reichen (ebend. Th. 2. S. 202. 246.), zerſtückelte es aber bei ſeinem Tode im J. 1606 in die vier Grafſchaften Siegen, Dietz, Dillenburg und Hadamar, von welchen ſeit dem J. 1743 nur noch die Dietz'ſche, welcher im J. 1702 auch die Beſitzungen der ſeit 1475 abgezweigten Niederländiſchen Nebenlinie zugefallen waren (ſ. Büſching a. a. O.), in dem Niederländiſchen Königshauſe übrig iſt.

20) Dieſe Grafſchaft hatte des letzten Grafen Gerhard VII. Schwiegerſohn, Adolph von Naſſau, im J. 1384 erworben, aber im J. 1420 dem Epſtein'ſchen, ſpäter dem Königſtein'ſchen Hauſe Mitbeſitz zugeſtehen müſſen. Dieſen Antheil hatte Graf Wilhelm der Reiche im J. 1530 von dem letzten Königſtein'ſchen Grafen Eberhard IV. erkauft; das Erzſtift Trier wollte aber, obwohl Dietz im J. 1420 nur

wie der Grafſchaft Beilſtein, deren Inhaber Graf Johann III. erſt auf das Beiſpiel des Kurfürſten Herrmann von Cöln ſich der evangeliſchen Lehre geneigt erwies[21], in allen Beſitzungen des Ottoniſchen Stammes die Reformation eingeführt[22], ſo daß, als auch in der Walramiſchen Linie Graf Philipp III. von Weilburg[23] und Balthaſar Graf von Idſtein und Wiesbaden[24] ſich für dieſelbe erklärten, die ſtiftiſchen Gebiete an der oberen Lahn von allen Seiten durch die evangeliſche Lehre bedroht waren. Die Einführung des Interims ſtellte hier wie anderwärts nur für kurze Zeit den katholiſchen Cultus her; ſchon im J. 1552 ward das evangeliſche Kirchenregiment wieder eingerichtet[25], und da nunmehr auch in beiden Linien des Solmſiſchen Grafenhauſes[26], in Solms-Braunfels durch Graf Philipp im J. 1556, in Solms-Lich unter Graf Ernſt, hauptſächlich wohl durch Heſſi-

---

als veräußerliches Lehn aufgetragen war, dieſen Kauf nicht anerkennen, und erzwang zuletzt im J. 1564 eine Theilung (Arnoldi a. a. O. Th. 2. S. 93. 124. u. Th. 3. S. 201 flg.), nach welcher erſt die Einführung der Reformation völlig gelang (ebend. S. 199.).

21) Ebend. Th. 2. Vorr. S. VIII.

22) Die erſten Anfänge fallen in das J. 1524; indeß noch in der Kirchenordnung vom J. 1532 befahl Wilhelm die einſtweilige Beibehaltung der alten Ceremonien, und erſt im J. 1536 iſt hier durch den Superintendenten Erasm. Sarcerius die Reformation vollſtändig durchgeführt worden (ebend. Th. 3. S. 163. 177—185.).

23) Im J. 1526 begonnen, iſt hier in den J. 1533—36 durch Erlaß einer Kirchenordnung und eine Viſitation die Reformation ins Werk gerichtet. Vgl. Abicht's Kirchengeſch. des Kr. Wetzlar S. 134 flg.

24) Nach Joh. Textor's Naſſ. Chron. Wetzlar 1702. K. 8. §. 6. S. 81. ſoll ſchon vor dem J. 1520 Balthaſar's Vater Philipp zur evangel. Lehre ſich bekannt haben; nach Arnoldi a. a. O. Th. 3. S. 167. beruht dies aber auf einer Verwechſelung mit Philipp von Weilburg.

25) Arnoldi Th. 3. S. 195 flg.

26) Dieſes alte Dynaſtengeſchlecht (ſ. Wenck's Heſſ. Landesgeſchichte Th. 3. S. 133 flg.) theilte ſich im J. 1415 durch des Grafen Otto Söhne Bernhard II. u. Johann in die beiden Hauptlinien Solms-Braunfels und Solms-Lich, von denen jede ſpäter in Neben- und Unterlinien zerfiel. In dem Braunfels'ſchen, im J. 1742 zum Fürſtenſtand erhobenen Hauſe exiſtirte ſchon zu Ende des 17. Jahrh. nur noch die mittlere, Greiffenſtein'ſche Linie (ſ. Fragm. zur Solmſiſch. Geſch. Leipz. 1785 S. 118 flg. u. 164 flg.), während von dem Licher Stamme außer der Hauptlinie noch Laubach, Rödelsheim und Wildenfels fortdauern (v. Lancizolle a. a. O. S. 54. 91. und 158.).

ſchen Einfluß, die evangeliſche Lehre eingeführt wurde[27]), und zu derſelben Zeit, wie es ſcheint, die Grafen von Wied und von Runkel[28]) übertraten[29]), ſah in dieſen Gegenden das Trierer Erzſtift bald genug ſeine geiſtliche Gewalt auf das eigne Territorium beſchränkt[30]).

Glücklicher waren die Erzbiſchöfe bis dahin auf dem linken Rheinufer in Behauptung ihrer kirchlichen Autorität geweſen. Gegen die Niederlande und Frankreich hin bildeten das Bisthum Lüttich, ſo wie Limburg, Luxemburg und Lothringen, welche dem katholiſchen Glauben erhalten wurden, eine Schutzwehr, wie nachtheilig auch für die Metropolitangewalt des Erzſtifts die Beſitznahme der drei Trierer Suffragan-Bisthümer von Seiten Frankreichs und deren ſtillſchweigende Abtretung im Jahre

---

27) Vergl. Abicht's Kirchengeſchichte des Kr. Wetzlar S. 156—59. und Wenck a. a. O. S. 156 flg.

28) Das alte Wied'ſche Haus erloſch ſchon im J. 1272, und die Grafſchaft ward zwiſchen dem Iſenburger und Epſteiner Hauſe getheilt; Graf Wilhelm von Iſenburg-Braunfels erheirathete aber gegen die Mitte des 14. Jahrhunderts die Epſtein'ſchen Antheile, und ſtiftete durch Wiederannahme des alten Namens eine neue Wied'ſche Dynaſtie, nach deren Ausſterben im J. 1462 die Grafſchaft durch Heirath an Graf Theodorich von Runkel kam, deſſen Sohn Friedrich der Stifter des jetzigen Wied'ſchen Hauſes wurde (ſ. Günther a. a. O. Th. 2. S. 8. Th. 3. S. 8. u. Th. 4. S. 6 flg.), in welchem durch die Theilung vom J. 1595 und den Erbvertrag vom J. 1613 die beiden Linien Wied-Neuwied und Wied-Runkel (ausgeſtorb. 1824) entſtanden (Büſching a. a. O. Th. 6. S. 336.).

29) Wann hier die Einführung der Reformation geſchehen, vermag ich nicht anzugeben; bei v. Kamptz a. a. O. Th. 3. S. 473. wird aber eine Kirchenordnung vom J. 1575 angeführt.

30) Auch in der Herrſchaft Weſterburg, ſeit 1226 Beſitzthum einer Runkelſchen Nebenlinie, welche im J. 1467 damit die Beſitzungen und den Namen des Grafenhauſes von Leiningen vereinigte (ſ. Büſching Th. 7. S. 312 flg.), ſcheint ſchon damals das katholiſche Bekenntniß ganz verſchwunden zu ſein; noch weniger iſt dies für die Herrſchaft Holzapfel zu bezweifeln, welche bis 1643 zu Hadamar gehörig, im J. 1707 dem Bernburg-Hoym'ſchen Hauſe zufiel (ſ. Büſching Th. 6. S. 475.). Ob aber auch in der Grafſchaft Nieder-Iſenburg, welche einer Nebenlinie des Iſenburg-Braunfels'ſchen Hauſes gehörte (ſ. Note 28. u. Günther a. a. O.), und im J. 1664 größtentheils von Trier als eröffnetes Lehn eingezogen wurde (Büſching Th. 6. S. 686.), iſt um ſo weniger wahrſcheinlich, als ſogar in dem kleinen Wied'ſchen Antheile die Pfarreien den Katholiken verblieben ſind.

1556 zu werden drohte. In unbeſtrittener Uebung beſtand auch der katholiſche Cultus in den meiſten der kleinen, theils an den Grenzen des Stifts, theils mitten in deſſen Gebiete belegenen Graf- und Herrſchaften fort; ſo in der Salm'ſchen Herrſchaft Reifferſcheidt und Dyk[31]), in den Herrſchaften Winneburg-Beilſtein und Dachſtuhl[32]), in dem Gebiete der Grafen (ſpäter Herzöge) von Aremberg[33]) und in den Beſitzungen des gräflich-Manderſcheidt'ſchen Hauſes[34]), welches mit dem angeſtammten Beſitze in der Mitte des 15. Jahrhunderts die Grafſchaft Blankenheim nebſt den Herrſchaften Gerolſtein und Bettingen, ſo wie die Grafſchaft Schleiden mit der Herrſchaft Junkerath vereinigt[35]), und dies bedeutende, nur bald wieder durch Theilung geſchwächte Beſitzthum noch im J. 1506 durch Wiedererwerb der Herrſchaft Kerpen, und zehn Jahre vor dem Augsburger Religionsfrieden durch die im Mannsſtamme er-

31) Heinrich VI., der letzte Beſitzer der niedern Grafſchaft Salm im Luxemburgiſchen, hinterließ die Grafſchaft in der erſten Hälfte des 15. Jahrh. dem Dynaſten von Reifferſcheidt Johann, deſſen Nachkommen, obwohl die Grafſchaft landſäſſig, deren Namen mit annahmen, und noch in zwei Linien, S.-R.-Bedbur (jetzt Krautheim) und S.-R.-Dyck fortbeſtehen (Büſching Th. 5. S. 719. u. Th. 9. S. 616., v. Lancizolle S. 53.).

32) S. oben §. 2. Note 8. u. 9.

33) Gebiet und Titel des Arembergiſchen Hauſes, welches 1288 ausſtarb, erhielt der Tochterſohn des letzten Beſitzers, Graf Eberhard von der Mark, deſſen Nachkommenſchaft nach der Mitte des 16. Jahrh. mit Graf Robert erloſch. Durch deſſen Tochter Margaretha dem Barbançon'ſchen Hauſe, einer Nebenlinie von Ligne, zugefallen, ward die Grafſchaft, wovon die neue Dynaſtie den Titel annahm, ſchon im J. 1576 zum Fürſtenthum, und obwohl von den Barbançon'ſchen Gütern wieder abgetheilt, im J. 1644 zum Herzogthum erhoben (Günther a. a. O. Th. 2. S. 21. Th. 3. S. 23. Th. 4. S. 17. und Büſching Th. 6. S. 681.).

34) Ueber die Geſchichte dieſes bis in das 10. Jahrhundert zurück zu verfolgenden Geſchlechts vgl. überhaupt Lünig's Spicil. secul. Th. 1. S. 572 flg.

35) Johann II., der letzte Graf von Schleiden († 1445), hatte durch ſeine Gemahlinn Blankenheim u. ſ. w. erworben; ſeine Beſitzungen theilten aber die Söhne ſeiner Tochter Eliſabeth, mit dem Grafen Dietrich III. von Manderſcheidt vermählt, dergeſtalt, daß Cuno Manderſcheidt und Schleiden, Johann Blankenheim, Gerolſtein, Bettingen und Junkerath, Wilhelm endlich die Herrſchaft Kyll nebſt andern Gütern erhielt.

ledigte Grafſchaft Virneburg[36]) vermehrt hatte[37]). Allein von Süden her war doch auch hier ſchon die ausſchließliche Herrſchaft der katholiſchen Kirche bedroht, da nicht bloß in den Grafſchaften Saarbrück und Saarwerden, in der Herrſchaft Ottweiler und den übrigen Oberrheiniſchen Beſitzungen des Hauſes Naſſau[38]), eben ſo in der Wied=Runkelſchen Grafſchaft Krichingen[39]) und in der Grafſchaft Bretzenheim[40]) die evangeliſche Lehre Eingang gefunden hatte, ſondern auch das Geſchlecht der Wild= und Rheingrafen von Salm[41]) zu der=

36) Graf Theodorich IV., der Sohn jenes Cuno, erwarb Kerpen, ein altes Beſitzthum ſeines Hauſes, durch ſeine Gemahlinn Margaretha v. Sombray, die Grafſchaft Virneburg dagegen nebſt der Herrſchaft Saffenburg (vgl. Günther a. a. O. Th. 2. S. 21. Th. 3. S. 25. Th. 4. S. 18.) als Tochterſohn des Grafen Wilhelm von Virneburg, mußte aber im J. 1554 einen bedeutenden Theil an Kurtrier abtreten, welches die weibliche Lehnsfolge und Reichsunmittelbarkeit beſtritt (Hontheim l. l. T. I. p. 724. in not.).

37) Beim Erlöſchen der Schleidener Linie im J. 1593 kam durch weibliche Erbfolge Virneburg an das Löwenſtein=Wertheim'ſche Haus, Schleiden nebſt Saffenburg und Kerpen an die Grafen von der Mark, von welchen Schleiden (über Kerpen ſ. oben S. 244.) im J. 1773 durch eine Erbtochter au die Herzöge von Aremberg fiel. Die übrigen Schleidener Beſitzuugen, namentlich die Grafſchaft Manderſcheidt ſelbſt, verblieben der Kyller und Blankenheimer Linie des Hauſes, von welchen jene im J. 1742, letztere im J. 1780 erloſch, wo das geſammte Manderſcheidter Beſitzthum der Blankenheimer Erbtochter, verm. Gräfinn von Sternberg, zufiel. (Vgl. Hefſter's Spec. facti über den Rechtsſtreit des Fürſten v. Löwenſtein=Werth. gegen den Herzog zu Aremberg. §. 2. u. 3., und Lancizolle a. a. O. S. 49. u. 159.).

38) Vgl. hierüber Büſching a. a. O. Th. 7. S. 233 flg. — Durch Heirath iſt Saarbrück und Ottweiler ſchon im J. 1380 dem Grafen Johann I. von Weilburg (ſ. Note 19.), Saarwerden nebſt der Vogtei Herbitzheim erſt im J. 1527 deſſen Urenkel Johann Ludwig von Saarbrück zugefallen.

39) Krichingen, ſeit 1617 Grafſchaft, fiel im J. 1697 an des letzten Grafen Albrecht Tochterſohn, den Grafen Edzard Ferdinand von Oſtfriesland, und durch deſſen Tochter an Graf Ludwig Adolph von Wied=Runkel. (Vgl. Büſching Th. 7. S. 335.).

40) Ueber dieſe Herrſchaft, welche, bis zum J. 1642 ein Beſitzthum der Wild= und Rheingrafen von Daun, ſeitdem vielfach die Herren gewechſelt hat, vgl. Büſching Th. 7. S. 338.

41) In dem Hauſe der Wildgrafen, gegründet im J. 1140, ſtarb die jüngere Daun'ſche Hauptlinie im J. 1350 aus, und deren Beſitzthum fiel, mit Bewilligung der älteren Kirburger Linie, durch weibliche Erbfolge an das im J. 1280 geſtiftete Rheingräfliche

ſelben übertrat[42]). Entſchiednes Uebergewicht aber gewann in dieſen Gegenden die evangeliſche Kirche ſeit der längſt vorbereiteten, durch den Mühlberger Sieg nur verzögerten, und unmittelbar nach dem Augsburger Reichstage vollendeten Reformation der Pfälziſchen Lande[43]).

In der Kurlinie, welcher ſchon unter ihrem Stifter Ludwig dem Bärtigen, dem älteſten Sohne Kaiſer Ruprecht's, ein Theil der vordern Grafſchaft Sponheim[44]), im J. 1499 die

---

Haus zu Stein, welches auf gleichem Wege im J. 1409 die übrigen Wildgräflichen Beſitzungen, und im J. 1475 die Hälfte der oberen Grafſchaft Salm erwarb. Nach Johann's VI. Tode im J. 1499 theilte ſich dies Wild- und Rheingräfl. Haus in die Linien Daun und Kirburg, von denen die letztere im J. 1688 erloſchen iſt, die erſtere ſich im J. 1561 in drei Linien theilte, deren älteſte, von Friedrich geſtiftet, Beſitzthum und Titel der im J. 1623 gefürſteten Grafſchaft Salm, außerdem im J. 1688 faſt alle Kirburger Güter erhielt, während den beiden andern von Grumbach und Daun die übrigen Stammgüter zufielen. Die Fürſtl. Salm'ſche Linie erloſch im J. 1738 in dem Deutſchen Hauptſtamme, und ihre Güter fielen an die ſ. g. Flandriſche Nebenlinie (geſtiftet von Friedrich's jüngerem Sohne Friedrich Magnus), in der Art, daß der ſeit 1676 beſtehende Hoogſtraten'ſche Zweig Beſitz und Titel von Salm, der Leutziſche von Kirburg erhielt, für das übrige Beſitzthum Gemeinſchaft beſtand. Von den beiden Wild- und Rheingräfl. Linien exiſtirt ſeit dem J. 1793 nur noch die Grumbacher Linie, welche einen Theil ihrer Güter auch gemeinſchaftlich mit dem Fürſtl. Stamme beſaß. Vgl. über die ältere Geſchichte bis 1500 Günther a. a. O. Th. 2. S. 32. Th. 3. S. 48. Th. 4. S. 36., über die neuere und die Beſitztheile Büſching Th. 7. S. 215. 299. u. v. Lancizolle a. a. O. S. 51. 63.

42) Eine Kirchenordnung iſt für die Rhein. u. Wildgräfl. Lande m. W. erſt zu Ende des 17. Jahrh. ergangen (ſ. v. Kamptz a. a. O. Th. 3. ſ. 914.); da indeß, ſelbſt nachdem die Flandriſche katholiſche Linie die Deutſchen Lande erhalten hatte, nur in Kirn ein exercitium simultaneum den Katholiken zukam (Büſching a. a. O. S. 303.), ſo muß die Reformation dort frühzeitig allgemeinen Eingang gefunden haben.

43) Ueber die ältere Geſchichte der Pfalz, welche von Kaiſer Ludwig dem Baier in dem Hausvertrage vom J. 1329 den Nachkommen ſeines älteren Bruders Rudolph für alle Zeiten überlaſſen wurde, ſo wie über die Theilung zwiſchen Kaiſer Ruprecht's III. Söhnen im Jahre 1410. vgl. Günther a. a. O. Th. 2. S. 35 flg., Th. 3. S. 54 flg und Th. 4. S. 39 flg.

44) Dieſe alte im Hunsrück belegene Grafſch. hatte Graf Gottfried I. nach Anfall der Sayner Erbſchaft (ſ. oben Note 15.) in der Art getheilt, daß ſein älterer Sohn Johann I. neben Sayn noch Starkenburg oder die ſ. g. hintere Grafſchaft, der jüngere Simon Kreuznach oder die vordere Grafſchaft erhielt. Im J. 1414 kam letztere an des Grafen

Ober-Pfalz, im J. 1503 das Neuburgiſche Gebiet[45]) zu-
gefallen war, hatte zwar Kurfürſt Ludwig II., allen gewaltſamen 1508
Maaßregeln abgeneigt, ſowohl für die eignen Lande hie und da bis
die Berufung evangeliſcher Geiſtlichen, als auch die völlige Refor- 1544
mation der Neuburgiſchen Beſitzungen durch ſeine Neffen Otto 1542
Heinrich und Philipp ruhig geduldet[46]); eifriger Verfechter
aber der immer wieder erneuten Verſuche zu gütlicher Beilegung der Religionsſtreitigkeiten, und als Vermittler beider Partheien in hohem Anſehn bei dem Kaiſer, war er bis an ſeinen Tod bei der katholiſchen Lehre verharrt. Auch in dem Simmernſchen Nebenſtamme, deſſen Stifter Stephan bei der Theilung mit ſeinem Bruder Ludwig dem Bärtigen außer Simmern[47]) die Grafſchaft Zweibrücken[48]) erhalten hatte, und durch Heirath faſt die Hälfte der Grafſchaft Sponheim[49]) erwarb, war die Hauptlinie, in

---

Simon einzige Tochter Eliſabeth, welche, da ſie in kinderloſer Ehe lebte, dem Grafen Johann V. von Sponheim-Starkenburg die Nachfolge zuwandte, mit deſſen Zuſtimmung aber ein Fünftel der Grafſchaft im Jahre 1417 ihrem Schwager, dem Kurfürſten von der Pfalz, ſchenkte. Vgl. Günther a. a. O. Th. 2. S. 31 flg., Th. 3. S. 43 flg. u. Th. 4. S. 32 flg.

45) Ueber die Oberpfälz. und die Neuburg. Beſitzungen vgl. Büſching a. a. O. Th. 7. S. 773. u. 789 flg.

46) Vgl. Burk. Gotth. Struven's ausführlicher Bericht von der Pfälziſchen Kirchen-Hiſtorie. Frankf. 1721. Kap. 2. §. 3. 8. 9. u. 15. S. 15. 21—28.

47) Stadt und Schloß Simmern, früher im Beſitz der Raugrafen, einer Seitenlinie der Wildgrafen, war als erledigtes Lehn vom Trierer Stift eingezogen und im J. 1377 dem Pfalzgrafen Ruprecht d. J. verliehen worden, welcher es mit den Pfälziſchen Beſitzungen im Hunsrück vereinigte (Günther a. a. O. Th. 3. S. 48.).

48) Im J. 1385 verkaufte Eberhard, der letzte Zweibrückener Graf, die Hälfte ſeiner Grafſchaft an Ruprecht, dem bald nachher auch der andere Theil als apertes Lehn zufiel (Büſching a. a. O. Th. 7. S. 67.).

49) Die Sponheim-Starkenburger Linie (ſ. N. 44.) erloſch im J. 1437 mit Johann V., welcher ſchon im J. 1426 ſein ganzes Beſitzthum ſeinen Vettern Friedrich von Veldenz und Bernhard von Baden unter der Bedingung ungetheilten Beſitzes zugeſichert hatte. Durch Erbvertrag vom Jahre 1444 (bei Lünig P. spec. Cont. II. S. 24.) überließ Graf Friedrich ſein Beſitzthum den Söhnen ſeiner einzigen, mit Stephan von Simmern und Zweibrücken vermählten Tochter dergeſtalt, daß Friedrich, der ältere, Simmern und die Sponheimer Güter ($\frac{1}{2}$ der hinteren und $\frac{2}{3}$ der vorderen Grafſchaft), der jüngere Ludwig der Schwarze Zweibrücken und

welcher ſeit dem J. 1509 Pfalzgraf **Johann II.** regierte, **katho**-
liſch geblieben[50]). Deſto eifriger hatten dagegen die Pfalzgrafen
Ludwig II. und **Ruprecht** von **Zweibrücken** die Refor-
mation befördert und ſelbſt in dem mitten im Trierer Gebiete be-
legenen **Veldenz** glücklich behauptet[51]). Der Tod des **Kurfür**-
1544 ſten Ludwig, welchem ſein Bruder **Friedrich II.** ſuccedirte, ge-
währte in den **Kurlanden** der evangeliſchen Lehre freiere Be-
wegung, indem, ohne ſelbſt überzutreten, der Kurfürſt ſchon im
J. 1545 die lateiniſche Meſſe abſtellte und evangeliſche Abendmahls-
feier wie Prieſterehe geſtattete; nicht minderen Fortgang gewann
die Reformation in den Beſitzungen der **Simmern**'ſchen Linie,
wo Pfalzgraf Johann den Wünſchen ſeines Sohnes Friedrich nicht
mehr widerſtand, ſeit das Baden-Badenſche Haus, Mitbeſitzer
der Grafſchaft Sponheim, ſich unter Markgraf Bernhard zur
evangeliſchen Lehre gewendet hatte[52]). Selbſt die Publication des
Interims, nur von dem Zweibrückener **Wolfgang** verweigert,
blieb, trotz der Vertreibung der evangeliſchen Geiſtlichkeit, überall
ohne dauernden Erfolg[53]). Denn kaum hatte **Otto Heinrich**,
1556 Pfalzgraf von **Neuburg**, nach dem Tode ſeines Oheims **Frie**-
1554 **drich II.** die Kur erhalten, als er, wie zwei Jahre zuvor in ſeinen
Erblanden, unter Beſtellung eines Kirchenraths und Generalſuper-
1557 intendenten auch ſofort eine evangeliſche Kirchenordnung publiciren
ließ[54]). Seinem Beiſpiele folgte bald Pfalzgraf **Wolfgang** von
Zweibrücken[55]), und nur in **Simmern** zögerte noch Pfalzgraf
Friedrich mit gleichen Maaßregeln zur kirchlichen Organiſation

---

Veldenz erhielt (**Günther** a. a. O. Th. 4. S. 32 flg. und S. 41. und **Büſching** Th. 7. S. 198 flg.).

50) Vgl. **Struve** a. a. O. Kap. 4. §. 13. S. 60.

51) Schon im J. 1523 hatte Ludwig II. evangeliſche Geiſtliche berufen, die Meſſe und andere Mißbräuche abgeſtellt; vollſtändig führte erſt ſein Bruder Ruprecht von Veldenz, als Vormund ſeines Neffen Wolfgang, in d. J. 1532—44 die Reformation ein (ebend. Kap. 2. § 14.).

52) Ebend. Kap. 3. §. 1 flg. und Kap. 4. §. 18.

53) Ebend. Kap. 2. §. 15. und Kap. 3. §. 5.

54) Ebend. Kap. 4. §. 1—7., wo das Public.-Edict vom 4. April 1556, und Kap. 3. §. 7., wo die Neuburger Relig.-Aſſec. vom 8. Jan. 1554 ſich findet.

55) Ebend. Kap. 4. §. 11. und 12.

des Landes, aber nicht aus Abneigung gegen die evangeliſche Lehre, ſondern nur weil er mit ſeinem Plane zur Einführung des reformirten Bekenntniſſes vor dem wirklichen Anfall der Kurlande nicht vorzutreten wagen mochte. Durch den kinderloſen Tod des Kurfürſten Otto Heinrich am 12. Februar 1559 änderte ſich die politiſche Geſtalt der Pfalz völlig[56]), indem dem neuen Kurhauſe außer den Kurlanden Simmern und Lautern[57]) nebſt dem Pfälziſchen Antheile an der vordern Grafſchaft Sponheim, der im J. 1570 von neuem getheilten Zweibrückener Linie[58]) dagegen Zweibrücken, Neuburg, Sulzbach und die halbe hintere Grafſchaft Sponheim zufielen. Wichtiger noch wurde jener Todesfall als Loſung zu den mehr als hundertjährigen kirchlichen Bewegungungen, welche der Pfalz nicht mindern Nachtheil brachten, als dem Fortgange der Reformation in Deutſchland, und der Kraft und Einheit der evangeliſchen Parthei. Allein wie beklagenswerth auch die gewaltthätige Willkür war, mit welcher Kurfürſt Fried- 1563
rich III. alsbald dem Lande den reformirten Lehrbegriff aufzudringen ſuchte, ſein Sohn und Nachfolger Ludwig dagegen, 1576
unterſtützt von den Vettern der Nebenlinien, die lutheriſche Confeſſion herſtellte, welche bald nachher, zuerſt im Zweibrückiſchen, 1580
dann in den Kurlanden auf noch gewaltthätigere Weiſe von neuem unterdrückt wurde[59]), ſo entfremdeten doch dieſe Wirren die Pfäl- 1583

---

56) S. den Heidelberger Erbvergleich vom 2. Novbr. 1553 bei Lünig a. a. O. P. spec. S. 662 flg.

57) Simmern, welches Friedrich III. ſeinem Bruder Richard überwies, fiel an Kurf. Friedrich IV. zurück, welcher es im J. 1510 nebſt Lautern und ½ von Sponheim ſeinem jüngeren Sohne Ludwig Philipp zuwies; erſt im J. 1673 iſt Simmern bleibend mit der Kur vereinigt worden (Büſching Th. 7. S. 55. u. 60.).

58) Der älteſte Sohn Ludwig Philipp erhielt Neuburg nebſt Sulzbach, welches letztere ſpäter ſein Sohn Wolfgang Wilhelm ſeinem Bruder Auguſt überließ; Zweibrücken kam an den zweiten Sohn Johann, an Pfalzgraf Carl dagegen die hintere Grafſchaft Sponheim, ſeitdem nach der Reſidenz Herzogthum Birkenfeld genannt. Neben der Kur beſtanden ſo zu Anfang des 17. Jahrh. mit Simmern und Veldenz ſechs Landesherrſchaften im Pfälziſchen Hauſe.

59) Das nähere hierüber ſ. bei Struve a. a. O. Kap. 4. §. 13 flg., Kap. 5. §. 1 flg., Kap. 7. §. 1 flg. u. Kap. 9. §. 2. Nur Sponheim, wo Markgr. Philibert von Baden widerſprach, entging dieſen willkürlichen Reformationen.

ziſchen Länder nicht dem evangeliſchen Bekenntniſſe[60]). Mit Glück und Geſchick wußte freilich ſpäter die katholiſche Parthei die ſcheinbare Beſtätigung zu benutzen, welche ſolche Vorgänge dem Grundſatze geben mußten, daß dem landesherrlichen Reformationsrechte die Unterthanen rechtlos unterworfen ſeien, und Bekenntniß wie kirchliche Verfaſſung des Landes unbedingt anheimfalle. Ehe indeſſen die Hoffnung auf ungetheilte Erbfolge in die Jülich-Cleveſchen Lande das Neuburgiſche Haus zum Uebertritt bewog, und bis die Rheiniſche Pfalz durch das Ausſterben des Simmern'ſchen Stammes für immer unter katholiſche Landesherrſchaft kam, deren Unduldſamkeit in dem Franzöſiſchen Ludwig ein erwünſchter Bundesgenoſſe erſtand, blieb die Pfalz ein rein evangeliſches Land, und wie für die übrigen Bisthümer am Rheine, ſo auch für Cöln und Trier eine gefahrdrohende Nachbarſchaft.

§. 6.

Erneute Verſuche zur Einführung der evangeliſchen Lehre und deren völlige Unterdrückung in den geiſtlichen Territorien.

Bei ſolcher Lage der Dinge darf es nicht befremden, wenn ſeit der Mitte des ſechszehnten Jahrhunderts die katholiſche Parthei Deutſchlands vor allem ihr Augenmerk richtete auf die Erhaltung der Rheiniſch-Weſtfäliſchen Bisthümer, da an dem Beſitze dieſer Stifter nicht die weltliche Macht bloß der Hierarchie im nördlichen Deutſchland, ſondern das katholiſche Bekenntniß ſelbſt geknüpft ſchien, wenn andrerſeits, trotz dem mißglückten Reformationsverſuche des Kurfürſten Herrmann, von den Evangeliſchen der Verſuch erneut wurde, auch hier für ihre Lehre, wenn nicht förmliche Anerkennung, doch wenigſtens Duldung zu gewinnen.

Unter allen jenen Bisthümern war bisher nur Trier von ernſtlichen Bewegungen der Art frei geblieben. Unter dem Schutze des

60) Unmittelbar nach Publication der von Friedrich III. erlaſſenen Kirchenordnung erfolgte die Einziehung der Klöſter (Struve Kap. 4. §. 64.), deren Güter und Gefälle übrigens lediglich zu Kirchen- und Schulzwecken verwendet, und daher auch der Verwaltung einer beſondern Behörde überwieſen wurden. Vgl. (Pütter's) ſyſtem. Darſtellung d. Pfälz. Relig.-Beſchwerden. Gött. 1793. S. 17. u. 199.

Landgrafen von Heſſen, welcher im J. 1536 die Naſſauer Vogtei-
rechte an ſich gebracht hatte[1], begünſtigt zugleich durch die unbe-
ſtrittene Reichsunmittelbarkeit und das althergebrachte Compatro-
nat über die dem Stifte incorporirte Stadtpfarre[2], hatte aber
in **Wetzlar** der Stadtrath das evangeliſche Bekenntniß längſt
ſchon in der Stille geduldet, bald öffentlich geſtattet, und als im
J. 1542 der Stadtpfarrer Antoni den evangeliſchen Cultus ein-
führte, ihn gegen die Domherren und den Erzbiſchof kräftigſt ge-
ſchützt; mit dem Religionsfrieden war die neue Lehre im Rath und
unter der Bürgerſchaft wieder die herrſchende geworden[3]. Die-
ſer glückliche Erfolg, und die hier, obſchon unfreiwillig, geübte
Nachſicht des Kurfürſten mag in beiden Hauptſtädten des Erzſtifts
den evangeliſchen Theil der Bürgerſchaft eben ſo ermuthigt haben,
als die Vorgänge in der Pfalz; ernſtlicher Widerſtand von Sei-
ten der Stadtobrigkeiten mochte um ſo weniger befürchtet werden,
als dieſe den Wunſch völliger Unabhängigkeit von der Landesho-
heit des Biſchofs immer noch hegten. So kam es in **Coblenz**
ſchon im J. 1556 zu Unruhen, die, obwohl mehr politiſcher Ten-
denz, auch den Evangeliſchen günſtigere Ausſichten eröffnete, als
ſich die Stadt förmlich gegen ihren geiſtlichen Landesherrn auf-
lehnte[4]. Drei Jahre darauf ward in **Trier**[5] ein ernſtlicher 1559
Verſuch gemacht zur Einführung des evangeliſchen Cultus, indem
Caspar Olevianus, welcher ſeine Anſtellung an der Schule zu
öffentlichen Vorträgen über Luther's Lehre benützte, auf das

---

1) **Chelius** Beſchreib. d. Stadt Wetzlar §. 34. Vgl. auch die angefügte Samml. hiſtor. Nachr. von d. R. St. Wetzlar. S. 140.

2) Nach einem Compromiſſe vom Jahre 1292 (mitgetheilt in der angef. Samml. S. 263.) ſollte der Vicar durch drei Domherren und drei Schöffen erwählt, und dem Archidiacon präſentirt werden. Vgl. auch v. **Ulmenſtein's** Geſchichte und topogr. Beſchreibung von Wetzlar Th. 1. S. 201.

3) **Chelius** a. a. O. §. 9. u. 16. und **Abicht's** Kirchengeſch. d. Kr. Wetzlar. S. 143. Noch vor dem Relig.-Frieden ward das dortige Barfüßerkloſter, welches gänzlich ausgeſtorben war, vom Prior dem Rathe übergeben.

4) Vgl. **Günther's** topogr. Geſch. der Stadt Coblenz. S. 195 flg.

5) Vgl. **Broweri** annal. Trevir. Lib. 21. p. 387 seq. und **Hontheim** hist. Trevir. T. II. p. 783—860., wo die betreffenden Documente vollſtändig mitgetheilt ſind.

Dringen der Bürgerſchaft förmlich vom Rathe zum Prädicanten beim Sct. Jacobs-Hoſpital beſtellt, und bald darauf auch, unter Mitwirkung des Zweibrückener Superintendenten Fleiſchbach, zur Umgeſtaltung des Cultus geſchritten wurde. An der Entſchiedenheit Erzbiſchofs Johann von Iſenburg ſcheiterte indeſſen das übereilte Unternehmen binnen wenigen Monaten. Dem Verbote des evangeliſchen Gottesdienſtes gab er durch Eröffnung eines Prozeſſes gegen die aufrühreriſchen Bürger Nachdruck, ohne daß die eifrige Interceſſion der benachbarten evangeliſchen Fürſten die Verbannung der Anſtifter hätte hindern, oder für die evangeliſche Bürgerſchaft mehr als die Erlaubniß zur Auswanderung hätte erlangen können[6]; zu vollſtändiger Ausrottung der neuen Lehre zog zugleich der Kurfürſt die Jeſuiten nach Trier[7]. Zwei Jahre darauf mußte auch Coblenz ſich zu unbedingter Anerkennung der Hoheit des Kurfürſten verſtehen, welchem ſie als ihrem „eignen Herren, Uberkeit und Landtfürſten, mit grund und boden, aller oberherrlichkeit und jurisdiction, ohn einig mittell oder exemption zugehörig und unterworfen ſey“[8]; und wie damit die Hoffnung ſchwand, daß das Evangelium hier eine Stätte gewinnen könnte,
1557 ſo blieb auch der Verſuch des Grafen von Sayn ohne Folgen, in der ihm unter Trierer Hoheit gehörigen Stadt Neumagen einen evangeliſchen Gottesdienſt einzurichten[9]. Nur die Stadt Wetzlar, welcher der Erzbiſchof ſchon im J. 1561, „bis auf fernere Erklärung“ und dafern ihm nur „als Ordinario die geiſtliche Jurisdiction und Diſpoſition frey und unverhindert“ bliebe, evangeliſchen Cultus in der Stiftskirche geſtattet hatte[10], erlangte unter

6) Einen ähnlichen Beſchluß, welcher nur zwiſchen Auswanderung oder Rücktritt die Wahl ließ (Hontheim p. 840.), faßte unterm 23. Dez. 1759 auch Rath und Bürgerſchaft.

7) Zehn Jahr ſpäter erfolgte durch Kurf. Jacob von Eltz die förmliche Stiftung des Trierer Jeſuiten-Collegii. (ibid. p. 880. u. T. III. p. 26.) Vgl. auch Ranke die Röm. Päpſte Th. 2. S. 47.

8) S. die Ordinatio politica urbis Confluentiae vom J. 1562 bei Hontheim l. l. T. II. p. 865., durch welche die Stadtverfaſſung neu geordnet wurde.

9) Broweri annal. Trevir. Lib. 22. p. 401.

10) Samml. hiſtor. Nachrichten von Wetzlar No. VI. S. 101.

ter Heſſiſcher Vermittelung ein definitives Anerkenntniß freier Religionsübung, indem in einem Vergleiche vom 6. October 1568, ſeitdem öfters Gegenſtand von Differenzen zwiſchen Stadt und Stift, immer aber als Norm der kirchlichen Verfaſſung behauptet, den Evangeliſchen das Schiff der Kirche zu ausſchließlichem Gebrauch überwieſen, der Bezug der bisherigen Pfarr- und Schul-Intraden überlaſſen, auch fernere Theilnahme an den Stiftungen, und dem Rathe ſeine bisherige Concurrenz bei der Verwaltung der geiſtlichen Fonds zugeſichert wurde [11]). Den eignen Unterthanen jede Hoffnung auf Zugeſtändniſſe zu entziehen, erließ aber Erzbiſchof Jacob v. Eltz gleichzeitig die geſchärfteſten Edicte gegen die Evangeliſchen, indem ihnen die Fähigkeit zu ſtädtiſchen Aemtern und bürgerlichen Gewerben entzogen wurde, und in den Städten Niemand als Bürger oder Beiſaſſe aufgenommen werden ſollte, der ſich nicht zuvor durch ein Atteſt des biſchöflichen Officials über ſein katholiſches Bekenntniß ausgewieſen hätte [12]). Mit Eifer verfolgte auch das Stift die gegen die Stadt Trier der angeſprochenen Immedietät wegen erhobene Klage, welche, nach weitläuftigen Verhandlungen vor den Reichsgerichten und vor einer ſchiedsrichterlichen Commiſſion gemiſchten Bekenntniſſes, im J. 1580 mit

11) Samml. hiſtor. Nachr. von Wetzlar. No. VII. S. 106 flg. — Die ſpäteren Differenzen betrafen nach Abicht a. a. O. S. 146 flg. und Moſer a. a. O. Kap. 6. §. 19. flg. hauptſächlich das ſtiftiſche Compatronat, welches der Rath nicht einmal für die eigentliche Pfarrſtelle gelten laſſen wollte, das Stift dagegen auf die Anſetzung der Kapläne ausdehnte, und zu Concurrenz bei Abſetzung der Geiſtlichen, wie überhaupt bei der ganzen Kirchenverwaltung benutzen wollte. Uebrigens blieb bis auf die neuere Zeit dem Stifte nicht bloß die Mitwahl bei Pfarrvacanzen, ſondern auch die förmliche Inſtitution des Pfarrers, welche durch den katholiſchen Dechanten an dem evangeliſchen Altare unter Auflegung der Hände mit der Formel: installo, ordino et confirmo in pastorem primarium huius civitatis gregis Aug. Conf., geſchah.

12) Verordnung vom 22. Novbr. 1572 in Scotti's Samml. Trier. Verordn. Th. 1. S. 492., und bei Hontheim T. III. p. 30. In Verbindung hiermit ſtand auch Erneuerung des Verbots, Pfarr-Vicare ohne vorgängige biſchöfliche Approbation anzunehmen, und die ſtrengere Handhabung der kirchlichen Büchercenſur, welche ſo weit ausgedehnt wurde, daß nach den Statuten des Trierer Rur-Decanats v. J. 1570. Art. 5—7. (Chron. d. Diöc. Trier. Jahrg. 1829. S. 65 flg.) kein Buch ohne Zuſtimmung des Pfarrers verkauft oder ausgeboten werden durfte.

unbedingter Anerkennung der Landſäſſigkeit und Unterthanenpflicht der Stadt endete [13]). Bis auf die neuere Zeit hin blieben Städte wie flaches Land ſtreng katholiſch; weder wirkte das Beiſpiel des Grafen **Theodorich V.** von **Virneburg**, welcher im J. 1585 den evangeliſchen Cultus einführte [14]), auf das Stiftsgebiet zurück, noch hatte dieſer in Virneburg ſelbſt Beſtand [15]); eben ſo wenig that die völlige Losſagung der Ritterſchaft vom Stifte den geiſtlichen Rechten des Kurfürſten und dem katholiſchen Bekenntniſſe innerhalb des Stiftsterritorii irgend Eintrag [16]).

Nicht bloß aber, daß den Erzbiſchöfen von Trier die Unterdrückung der evangeliſchen Lehre gelang, dienten jene kirchlichen Unruhen ſogar zur Erweiterung ihrer weltlichen Macht, indem die dermalige Lage der Dinge zu Wiederaufnahme der ſeit Jahrhunderten gegen die Stifter St. Maximin und Prüm verfolgten Pläne einen ſcheinbaren Vorwand gab, und die geiſtlichen wie weltlichen Obern denſelben geneigter denn je machte. Bereits im J. 1570 erging gegen **St. Maximin** ein Rechtsſpruch des Reichskammergerichts, welcher den für das Erzſtift erlangten älteren Privilegien gemäß die Abtei der Landeshoheit des Kurfürſten unterworfen erklärte [17]); durch das Recht der Huldigung, durch Berufung des Abts zum Landtage, durch Steuerrecht und Appellationsjuris-

---

13) Die desfalſigen Verhandlungen und das Erkenntniß K. **Rudolph's** v. 18. März 1580 ſ. bei **Hontheim** diss. ad Sec. XVI. §. 6. 7. und T. III. p. 52 sq., 102—136. In Folge deſſen ward durch die Reform. senatus et ordinatio civil. Trevir. v. 20. Juni 1580 (ibid. p. 136 sq.) das Stadtregiment von Trier neu geordnet, und darin ausdrücklich unbedingter Ausſchluß aller Akatholiken feſtgeſetzt.

14) Vgl. v. **Kamptz** Prov.-Rechte Th. 3. S. 536. u. 538.

15) Daß Virneburg in neuerer Zeit und auch unter Löwenſtein-Wertheimer Regierung, gleich den übrigen, an katholiſche Herren gefallenen Manderſcheidter Beſitzungen, ganz katholiſch geweſen, ſteht feſt; ob erſt in Folge des 30jährigen Krieges, oder ſchon ehe die alte Dynaſtie ausſtarb, die Herſtellung des alten Cultus gelang, muß ich dahin geſtellt laſſen.

16) In dem Vergleiche vom 2. Juli 1729, wodurch das Stift die Reichsunmittelbarkeit der Ritterſchaft anerkannte, wird im §. 7. circa causas et personas ecclesiasticas die geiſtliche Jurisdiction dem Erzbiſchofe ausdrücklich vorbehalten. S. **Moſer** a. a. O. Kap. 6. §. 34 flg.

17) **Hontheim** T. III. p. 22. u. 81., wo ſich auch das vom Abte zu leiſtende iuramentum fidelitatis, subiectionis et obedientiae findet.

diction hat auch ſeitdem das Erzſtift, aller gerichtlichen und außergerichtlichen Proteſtationen ungeachtet, ununterbrochen die Landeshoheit geübt [18]), und die Abtei neben ihrer geiſtlichen Exemtion allein als Beſitzerinn der Burggrafſchaft Freudenburg an der obern Saar die bisherige Reichsunmittelbarkeit zu bewahren vermocht [19]). Glücklicher noch waren die Trierer Erzbiſchöfe in ihren Streitigkeiten mit Prüm; der Verfall der Kloſterzucht und die unordentliche Verwaltung des Stiftsvermögens [20]) diente dem
P. Gregor XIII. zur Rechtfertigung perpetueller Union [21]), 1579
welche ſeitdem bis auf die neueſte Zeit unangefochten fortgedauert hat, und den Erzbiſchöfen von Trier, außer reichen Einkünften und einem nicht unbedeutenden Zuwachs des Territorii, den Vortheil beſonderer Stimmberechtigung auf der geiſtlichen Fürſtenbank des Reichstags gewährte [22]).

Nicht viel erheblicher als im Trierſchen, waren die Fortſchritte der evangeliſchen Lehre in den übrigen Stiftern. In Cöln ſcheinen zwar die beiden Nachfolger des Kurfürſten Adolph von †1556
Schauenburg, ſein Bruder Anton und Graf Johann Gebhard von Mansfeld, nicht abgeneigt geweſen zu ſein, nach vorgängiger Reviſion das Reformationswerk Herrmann's von Wied

---

18) Vgl. Moſer von der Abtei St. Maximin. Kap. 4. §. 5., Hontheim l. l. p. 752. und Archiepiscopatus et Elector. Trevir. per monachos Maximinianos turbati. Trier 1633. p. 19. et 23—26.

19) Büſching a. a. O. Th. 9. S. 606., Moſer a. a. O. Kap. 6.

20) Den Viſitationsbericht der vom päbſtl. Legaten beſtellten Commiſſion vom J. 1574, welcher, wenn der Wahrheit getreu, den gänzlichen Verfall der Abtei zur Genüge documentirt, ſ. bei Hontheim l. l. T. III. p. 32 sq.

21) Die Bulla perpetuae unionis, annexionis et incorporationis Abbatiae Prumiensis vom 1. Sept. 1579, und die in Folge deſſen ergangene Reformatio monasterii S. Salvat. in Prumia. ſ. ibid. p. 94 sq. et 99 sq., wo auch p. 44. die ſchon im J. 1575 ertheilte Genehmigung Maximilian's II. ſich findet.

22) Moſer Staats-Recht v. Trier. Vorber. S. 9. — Bis auf die neueſte Zeit iſt dies das einzige Beiſpiel geweſen, daß ein geiſtlicher Kurfürſt bleibend im Fürſtencollegio ſtimmberechtigt war. Aehnlich war übrigens das Verhältniß des Biſchofs von Speyer, welcher von der im J. 1545 ſeinem Stifte incorporirten Benedict.-Abtei Weiſſenburg im Elſaß auch eine beſondere Stimme führte. Büſching a. a. O. Th. 7. S. 20.

überall durchzuführen [23]), verzichteten aber bald darauf, und der ſteigende Einfluß der Jeſuiten, bald nach der Stiftung des Ordens in Cöln angeſiedelt, ſeit dem J. 1556 an die dortige Univerſität berufen [24]), ließ den Evangeliſchen kaum die Hoffnung ſtiller Duldung [25]). In dem Münſterſchen Unterſtifte, dem ſ. g. Emsländiſchen Quartiere, erhielt ſich zwar längere Zeit noch ein evangeliſcher Gottesdienſt [26]), nicht minder in den Bentheim-Steinfurter Beſitzungen, und in Paderborn hatten nicht bloß ſtille Anhänger der evangeliſchen Lehre in großer Zahl ſich erhalten, ſondern auch ihrer Landſäſſigkeit ungeachtet die Herren von Büren angefangen, in ihrem Gebiete evangeliſche Prediger zu beſtellen [27]). Allein Biſchof Johann, Graf von Hoya, welcher im J. 1568 das Paderborner Biſthum zu denen von Osnabrück und Münſter gewann, nöthigte alsbald die Reſidenz zu erneuter Unterwerfung unter ſtiftiſche Hoheit, und zu dem Verſprechen, keine Aenderungen in Religionsſachen vornehmen zu wollen, und durch Publication der Tridentiner Beſchlüſſe und regelmäßige Haltung von Diöceſanſynoden und Viſitationen gelang es ihm, überall, ſelbſt im Bürenſchen, den Katholicismus theils zu befeſtigen, theils wiederherzuſtellen [28]). Eben ſo erfolgreich waren ſeine Bemühungen im Münſterlande, wo er gleichfalls zur Publication des Tridentiner Concils, und im J. 1573 zu einer Generalviſitation ſchritt [29]), welche die eifrigſte Unterſtützung bei Ständen und Kapitel fand [30]), wo ſogar durch den mit Gräfinn Anna von Tek-

23) Berg Reform.-Geſch. von Jülich u. ſ. w. S. 162 flg.

24) Gelenius l. l. p. 503 seq., Ranke a. a. O. S. 26.

25) Bei dem ausgedehnten Handel Cölns hatten auch hier Evangeliſche ſich niedergelaſſen; ſchon im J. 1565 verbot aber der Rath alle evangeliſche Predigt innerhalb des Stadtgebiets. Moerckens l. l. p. 197.

26) Hobbeling's Beſchreib. Münſters. S. 116.

27) Beſſen's Geſch. v. Paderborn. Th. 2. S. 69.

28) Ebend. S. 61 flg. und Schaten annal. Paderborn. T. III. p. 387. 397. 405 sq.

29) Hobbeling a. a. O. zweiter neuer Anhang S. 240. — Das Edict über Public. d. Trident. Beſchlüſſe ſ. bei Lünig a. a. O. S. 592.

30) Durch ein von Maximilian II. beſtätigtes Privileg. Biſchofs Johann vom 6ten April 1570 ward, um das Stift gegen fremden Einfluß zu ſichern, das alte Vorrecht des Kapitels erneut, daß ohne ſeine Zu-

lenburg-Bentheim im J. 1569 geſchloſſenen Vergleich, welcher ſelbſt für Schloß und Stadt Steinfurt dem Biſchofe die geiſtliche Jurisdiction vorbehielt, der erſte Schritt zur Herſtellung des katholiſchen Cultus außerhalb des Stiftsgebiets gelang [31]. Der Verſuch, nach Johann's Tode, wie in Osnabrück, ſo auch in Pa- 1574
derborn und Münſter dem Adminiſtrator von Bremen, Herzoge Heinrich von Sachſen-Lauenburg, das biſchöfliche Amt zuzuwenden, ſcheiterte in beiden Bisthümern; dort ward der Erzbiſchof von Cöln, Graf Salentin von Iſenburg erwählt, in Münſter dagegen wußten die katholiſchen Domherren die Poſtulation des noch minderjährigen Jülich-Cleveſchen Erbprinzen Johann Wilhelm zu behaupten, welche für längere Zeit dem Domkapitel Landes- und Diöceſanverwaltung ſicherte. Erſt als nach Salentin's Tode Herzog Heinrich in Paderborn ſeine Wahl durch- 1578
ſetzte, gewann hier die evangeliſche Parthei freiere Hand, indem er, wie ſchon vorher in Bremen und Osnabrück, in den Städten und auf dem flachen Lande die Anſetzung evangeliſcher Prediger ruhig geſchehen ließ [32]. Indeſſen förmlich für die evangeliſche Lehre ſich zu erklären, mußte er ſchon der mangelnden päbſtlichen Admiſſion wegen Bedenken tragen, und die immer noch gehegte Hoffnung, auch noch das Münſterſche Bisthum zu gewinnen, ward vereitelt, als die katholiſch geſinnte Majorität den Herzog Johann Wilhelm durch das Verſprechen, daß ihm ſelbſt nach Anfall der Erblande bis zu ſeiner Verheirathung die Stiftsregierung verbleiben ſolle, zur Zurücknahme ſeiner Reſignation bewog [33]. Wie

ſtimmung der Biſchof keinen Schutz- und Schirmherrn annehmen dürfe. S. Ludolf Consult. et decis. Vol. II. P. 2. p. 43. und Hobbeling a. a. O. Erſter neuer Anh. S. 141 flg.

31) Nach dieſem Vergleiche vom 21. Juni 1569 (in Lünig's Spicil. eccles. T. II. p. 560.) ſollten die Steinfurter den Archidiaconen an ihren Gerechtſamen keine Verhinderung zufügen, „auch die geiſtlichen Perſonen mit ihren Beneficien, Leuten und andern geiſtlichen zugehörigen Gütern, auch Matrimonial und absolutiones iuramentorum belangende, für und unter die Münſterſche Ordinari Jurisdiction gehören und verbleiben". Für die Steinfurter Kirchſpiele und Bauerſchaften, im Gegenſatz der Stadt, behielt ſich der Biſchof in geiſtlichen und weltlichen Sachen die Jurisdiction, auch ⅔ der Landesſchatzung, und alle geiſtlichen Steuern vor.

32) Schaten l. l. p. 428. 443. et 449.

33) Erhard a. a. O. S. 392 flg. u. 418.

zahlreich daher auch unter der großen Maſſe des Volks die ſtillen Anhänger der evangeliſchen Lehre in den Stiftsgebieten ſein mochten, der Beſitz freier Religionsübung war noch eben ſo precär, als von geringem Umfange, das Uebergewicht dagegen in den Kapiteln und unter der einflußreichen Ritterſchaft entſchieden auf Seiten der katholiſchen Parthei.

Um ſo unbeſonnener war der Schritt, durch welchen Salentin's Nachfolger im Cölner Erzſtifte, Graf Gebhard von Waldburg-Truchſeß, den bisher nur noch in der Stille geführten Wettkampf zu offner Entſcheidung brachte. Vom Antritte ſeiner Regierung an hatte er ſich den Evangeliſchen geneigt erwieſen, ihren Cultus geduldet, insgeheim ſelbſt befördert[34]; dieſen Weg verfolgend, hätte er vielleicht auch, da ſchon ein Theil der jüngeren Domherren der evangeliſchen Lehre ſich zugewendet hatte, zum Ziele gelangen können. Unpaſſender indeſſen konnte zu förmlichem
1582 Uebertritte der Zeitpunkt nicht gewählt werden, wo nicht bloß in Süddeutſchland, ſondern auch in den benachbarten Niederlanden damals ſchon der Katholicismus das Uebergewicht wieder gewonnen hatte, wo kräftige Unterſtützung von hier aus kaum zu hoffen ſtand, und der alternde Herzog Wilhelm von Cleve immer bedenklicher wurde, gleich unverholen wie bisher, die Evangeliſchen zu begünſtigen, wo endlich die Religionswirren der Pfalz die Einheit und Energie der evangeliſchen Parthei geſchwächt hatten[35]. So wenig Anklang fand auch im Stiftsgebiete, oder erweckte mindeſtens ſo geringe Zuverſicht das Edict[36], durch welches Kurfürſt Gebhard bald nach ſeinem Uebertritt am 13. Januar

---

34) Im J. 1581 ließ er ſchon, obwohl noch unter der Erklärung, keine Neuerung in der Religion zu dulden, in Weſtfalen eine Viſitation vornehmen, welche ſelbſt über die nicht zur Diöceſe gehörigen Ortſchaften, „zwar nicht eigentlich nach Art einer Kirchen-Viſitation, ſondern aus Unſerm als ihres rechtmäßigen Fürſten Befehl“ ausgedehnt wurde. Mich. v. Iſſelt vom Cöln. Kriege. Cöln 1620. Th. II. S. 211.

35) Vgl. Ranke a. a. O. Th. 2. S. 100. 111 flg. u. 123 flg., wo indeß die Lage des Proteſtantismus innerhalb der Stiftsgebiete in zu vortheilhaftem Lichte dargeſtellt ſein dürfte.

36) In Lünig's Spicil. eccl. Cont. II. S. 848. und bei v. Iſſelt Beil. No. 8. S. 109 flg., wo auch Th. 1. S. 368. das Edict vom 19. Decbr. mitgetheilt iſt, worin Gebhard ſeinen Uebertritt erklärte.

1583 öffentlich Lehre und Uebung der Augsburgiſchen Confeſſion frei gab, daß nur in einzelnen Orten des Rheiniſchen Erzſtifts die Abſtellung des katholiſchen Cultus eintrat. Unumwunden ſchloß ſich der Landtag der Beſchwerde des Domkapitels durch eine Proteſtation wider dieſe Verletzung der beſchwornen Landeseinigung an [37]); ſchon wenige Wochen darauf erfolgte die Abſetzungsbulle **Gregor's XIII.** [38]), und eine neue Wahl, welche der päbſtliche Legat auf den ſtreng katholiſchen Biſchof von Freiſingen, Herzog **Ernſt von Baiern**, lenkte. Gegen dieſen verſuchte zwar Gebhard ſich zu behaupten, mußte aber vor den Spaniſchen und Bairiſchen Heeren aus dem Rheiniſchen Erzſtifte nach Weſtfalen weichen, wo er der von dem Paderborner Biſchofe, Herzog Johann von Lauenburg, und den weltlichen evangeliſchen Fürſten erwarteten Hülfe näher zu ſein, und durch Freigebung des evangeliſchen Cultus für die Städte eine Parthei im eignen Lande zu gewinnen hoffte [39]). Auch hier aber gelang es ihm nur kurze Zeit, die Oberhand zu behalten; ohne kräftige Unterſtützung von außen [40]), blieb ihm bald nichts übrig, als Verzichtleiſtung auf Kur und Bisthum.

Den leicht errungenen Sieg benutzte ſofort die katholiſche Parthei zu Beſetzung der Niederdeutſchen Bisthümer mit eifrigen Anhängern. Lüttich und Münſter wurden neben dem Erzſtifte Cöln dem Herzoge Ernſt zu Theil, welcher mit Freiſingen, Hildesheim und der Abtei Stablo ſo nicht weniger als ſechs Reichsprälaturen in ſeiner Perſon vereinigte, was früher zwar dem Reichsoberhaupte nicht minder gefährlich erſchienen ſein würde, als den Kapiteln und Stiftsſtänden, jetzt für unbedenklich und wünſchenswerth galt. Auch in Paderborn und Osnabrück eröffnete der plötzliche Tod Herzogs Johann von Lauenburg, dort dem 1585

---

37) Schaten l. l. p. 483.

38) Bei Lünig a. a. O. S. 852. u. v. Iſſelt Th. 1. S. 606.

39) Schaten l. l. p. 487 sq.

40) Das durch den Kurfürſten von der Pfalz veranlaßte Interceſſionsſchreiben der weltlichen Kurfürſten (bei Iſſelt S. 413. und Beil. No. 5.) vermochte nichts gegen die Ausführungen Ernſt's, welcher ſich außer auf den Religions-Frieden und die Landeseinigung vor allem darauf berief, daß Gebhard in ſeiner Capitulation bei der kathol. Lehre zu beharren, „oder auf bloßes Begehren des Kapitels in deſſen Hände simpliciter zu reſigniren“ gelobt habe. (Iſſelt Th. 2. S. 182.)

eifrigſten Anhänger der Römiſchen Curie, Theodor von Fürſtenberg, den Zugang zur biſchöflichen Würde, hier dem Grafen Bernhard von Waldeck, welcher wenigſtens anfangs den katholiſchen Intereſſen ſich ergeben erwies; Minden erhielt in Graf Anton von Schauenburg wieder einen ſtreng katholiſchen Prälaten. Der Beſitz Osnabrücks ging freilich bald wieder verloren, als das
1591 Domkapitel den Adminiſtrator von Verden, Herzog Philipp Siegmund von Braunſchweig, poſtulirte, der des vom Kaiſer verweigerten Indults ungeachtet im Beſitze beider Bisthümer ſich
1597 erhielt; eben ſo ſiegten in Minden bei der Ernennung eines Coadjutors und Nachfolgers die evangeliſchen Domherren ob. Allein die übrigen Bisthümer wußte die katholiſche Parthei für die nächſte Vacanz ſich zu ſichern, indem in allen, auch in Paderborn, Herzog Ferdinand von Baiern, Neffe des Kurfürſten Ernſt und Bruder Herzog Maximilian's, zum Coadjutor beſtellt wurde [41]. Nachſichtslos ward daher auch hier die Gegenreformation ins Werk geſetzt, welche raſch der Vollendung entgegenzuführen um ſo dringender ſchien, je näher die Gefahr rückte, daß mit dem Ausſterben des Jülich-Cleveſchen Hauſes auch in deſſen, mitten zwiſchen den Stiftsterritorien belegenen, Landen das evangeliſche Bekenntniß ausſchließliche Herrſchaft, oder doch unbeſchränkte Anerkennung gewinnen werde.

Am meiſten Schwierigkeiten fand die Herſtellung des katholiſchen Cultus im Gebiete des Paderborner Bisthums, wo die Mehrzahl der Pfarreien ſchon in den Händen evangeliſcher Geiſtlichen, und namentlich in der Hauptſtadt das katholiſche Bekenntniß faſt ganz verſchwunden war. Durch die Bemühungen der Jeſuiten, welche bereits unter Biſchof Johann vom Domkapitel ins Land berufen waren, und durch Biſchof Theodor im J. 1592 ein förmliches Collegium erhielten, gewann indeſſen der Katholicismus allmählich wieder Anhänger. Schon in demſelben Jahre wagte der Biſchof in Warburg trotz dem Widerſpruche der Bürgerſchaft die Abſtellung des evangeliſchen Cultus; eben ſo glückte

41) Schaten l. l. p. 511 sq. 533. 553. 718. — S. auch oben B. I. Kap. 3. §. 6. S. 201.

in andern Städten und auf dem flachen Lande, insbeſondere im J. 1596 im Lande Büren, die Wiedereinſetzung des katholiſchen Clerus, und dem Verlangen, welches viele Adlige auf dem Landtage vom J. 1597 ſtellten, daß ihnen und ihren Unterthanen freie Religionsübung bewilligt werde, trug der Biſchof ſchon kein Bedenken mehr, den beſtimmteſten Widerſpruch entgegenzuſetzen [42]). Nur in den mit Lippe gemeinſchaftlichen ſ. g. Sammtämtern Schwalenberg und Oldenburg, wo derſelbe ſogar gerade in jener Zeit die Einziehung des Kloſters Falkenhagen durch Vergleich über deſſen Einkünfte anerkannte [43]), und im Gebiete des Stifts Corvey [44]) erhielt ſich bis auf neueſte Zeit evangeliſcher Cultus. Dagegen in der Stadt Paderborn, wo anfangs Biſchof Theodor gewaltſame Maaßregeln noch vermieden hatte, ließ er im J. 1599 die evangeliſche Markirche ſchließen, und obwohl er auch nach Unterwerfung der Stadt noch eine Zeit lang den Bürgern die Haltung evangeliſcher Schullehrer und den Beſuch fremden Gottesdienſtes nachſah, ſo ward doch ſchon im J. 1612 den Evangeliſchen nur noch zwiſchen Auswanderung und Rücktritt die Wahl gelaſſen, und der im ganzen Lande mit aller Strenge durchgeführten Herſtellung der katholiſchen Lehre durch die Stiftung der neuen, den Jeſuiten überwieſenen Univerſität das Siegel der Vol- 1614
lendung aufgedrückt [45]). Leichter gelang die Gegenreformation im

42) Schaten l. l. p. 456. 463. 554. 559. 572. 580. 588., Beſſen a. a. O. Th. 2. S. 123. u. Weddigen's Neues Weſtph. Mag. Heft 8. S. 348.

43) Später erhoben zwar die Jeſuiten, welchen Biſchof Theodor ſeinen Antheil an den Kloſter-Einkünften überwieſen hatte, auf Falkenhagen Anſprüche, erhielten es aber durch den ſpätern Vergleich vom J. 1720 nur unter Vorbehalt der Lippeſchen Landes- und Kirchenhoheit, wie gegen das Verſprechen, daß weder ein Collegium dort gegründet, noch der evangeliſche Gottesdienſt geändert werde. Vgl. Büſching Th. 6. S. 176. u. 392. u. Weddigen Weſtphäl. Magaz. Heft 3. S. 43 flg.

44) In Hörter hat ſich mit kurzer Unterbrechung ſelbſt während des 30jähr. Krieges die evangel. Religionsübung ſo ausſchließlich erhalten, daß die Stadt nur dem Stifte ſelbſt den katholiſchen Cultus geſtatten wollte (ſ. Lünig P. spec. Cont. I. Fortſ. 3 S. 144.). Bis auf die neueſte Zeit blieb auch der Stadt die evangeliſche Religionsübung, für welche die braunſchw. K. O. v. J. 1709 als Norm galt. Vgl. Wigand's Prov.-Rechte der Fürſtenth. Paderborn u. Corvey Th 1. S. 379—381. u. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 249.

45) Vgl. Schaten l. l. p. 603. 625 sq. 657. 715—20. 732.

Münſterſchen [46]). Mit der Generalviſitation, welche Kurfürſt Ernſt im J. 1592 halten ließ, verſchwand in den unmittelbaren Beſitzungen des Stifts faſt überall der evangeliſche Cultus; nur in dem Emslande erhielt er ſich noch eine Zeit lang, bis auch hier Kurfürſt Ferdinand, unbekümmert um die unſtreitigen Diöceſanrechte des Osnabrücker Bisthums [47]), im J. 1613 „kraft landtfürſtlicher hoher Obrigkeit“ die katholiſche Religion wieder einführte. Eben ſo ſcheint im Cölner Stiftsgebiete deren Herſtellung nur geringen Widerſtand gefunden zu haben [48]), da die unbedeutenderen Städte allein ſich für die evangeliſche Lehre erklärt hatten, namentlich in Cöln ſelbſt Rath und Bürgerſchaft der alten Religion treu geblieben waren [49]). Im Erzſtifte Trier aber hatte ſich der Katholicismus ſchon unter Kurfürſt Jacob ſo befeſtigt, daß deſſen Nachfolger nicht einmal Strafmandate mehr für nöthig erachteten [50]), während im Cölner Gebiete die Winkelpredigten mit den ſchwerſten Strafen bedroht [51]), die Evangeliſchen von Aemtern jeder Art, von Zünften und Gewinnung des Bür-

46) S. Erhard a. a. O. S. 436. u. 446., Hobbeling a. a. O. S. 116. — Auch hier wurden gleich nach Ernſt's Erwählung, nicht ohne Widerſpruch des Capitels und Clerus, die Jeſuiten eingeführt, und erhielten die Leitung des ganzen Schulweſens. Vgl. Ranke a. a. O. S. 116. u. Erhard a. a. O. S. 430.

47) Erſt nachdem der Weſtfäliſche Friede Osnabrück zu einem gemiſchten Bisthume erklärt hatte, gewann Münſter durch einen Vertrag vom J. 1667 die Diöceſanrechte über dieſe Gegenden. Erhard S. 543 Lünig Spicil. eccl. Cont. I. p. 607—16.

48) Nur wenige Weſtfäliſche Städte, wie z. B. Geſeke, baten bei der von Ernſt gehaltenen Viſitation um Fortdauer des evangeliſchen Cultus; natürlich vergebens. Iſſelt a. a. O. Th. 2. S. 232.

49) Im J. 1582 hatte die evangeliſche Bürgerſchaft, auf Verweigerung freier Religionsübung, auf einem benachbarten Lehngute des Grafen von Newenar öffentlichen Gottesdienſt eingerichtet, der Rath aber dieſen unterſagt, und alle erſt ſeit 1566 eingewanderte Bürger aus der Stadt gewieſen. Gleich erfolglos war ein im J. 1608 erneuter Verſuch, in Folge deſſen viele Bürger nach dem jenſeitigen Mühlheim auswanderten. Iſſelt a. a. O. Th. 1. S. 270. u. 293. Th. 2. S. 267.

50) Nur ein erneuter Befehl erging im J. 1584 an den Coblenzer Rath, keine heimliche Verſammlungen der Ketzer zu dulden, und keine Fremden aufzunehmen, durch welche Ketzerei eingebracht werden konnte (Scotti's Samml. Trier. Geſ. S. 526.).

51) S. §. 10. der Polizei-Ordn. des Kurf. Ernſt vom 4. Novbr. 1595. in Scotti's Samml. Cöln. Verordn. S. 166 flg.

gerrechts, von kirchlichem Begräbniß und Gevatterſchaften aus⸗geſchloſſen wurden [52]), auch gegen die Theilnahme am auswärtigen evangeliſchen Gottesdienſte und den Empfang der Sacramente an akatholiſchen Orten die ſchärfſten, bis zur Landesverweiſung geſteigerten Strafverbote ergingen [53]).

§. 7.

Gegenreformationen ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden.

Noch ehe das Erlöſchen des Jülich⸗Cleveſchen Herzogshauſes dem Kampfe beider Religionspartheien neue Nahrung gab, welcher, bisher mehr in der Stille geführt, wenige Jahre darauf in zerſtörender Kriegswuth über ganz Deutſchland ſich verbreitete, war ſolchergeſtalt in den Stiftsgebieten des untern Rheins und Weſtfalens das katholiſche Bekenntniß zu ausſchließlicher Geltung reſtituirt und in einer Weiſe befeſtigt, daß Verluſt dieſer Bisthümer nicht mehr zu befürchten war, wohl aber die Hoffnung gehegt werden durfte, auch die abgefallenen Theile des alten Diöcesangebiets zur katholiſchen Kirche zurückzuführen [1]). Der Religionswechſel des Pfalz⸗Neuburgiſchen Erbprinzen, die Uebermacht der kaiſerlich⸗liguiſtiſchen Waffen, die Eroberung der Rheiniſchen Pfalz und deren Ueberweiſung an das Bairiſche Haus ſchien auch dieſer Hoffnung reichlichſte Erfüllung zu verſprechen. In wie großem Umfange indeſſen die gewaltſame Abſtellung des evange⸗

52) Vgl. Art. 4 flg. 12. 21. u. 22. der Relig.⸗Ordn. Erzb. Ferdinand's v. 4. Novbr. 1614 bei Scotti a. a. O. S. 219 flg. und Lünig Spic. eccl. Cont. II. S. 204. Sogar die Haltung akatholiſcher Dienſtboten ward unterſagt, die Trauung gemiſchter Ehen nur geſtattet, wenn zuvor beide Theile „katholiſcher Ordnung nach“ communicirt hätten.

53) Ebend. Art. 11. u. 12. — Es ſcheint ſeitdem auch im Cölniſchen in den Bürgereid die eidliche Verſicherung, zur katholiſchen Lehre ſich zu bekennen und dabei beharren zu wollen, aufgenommen worden zu ſein. S. Polizei⸗Ordn. für Bonn v. J. 1698 in der Cöln. Edicten⸗Samml. No. 478.

1) Am frühſten gelang es in der Grafſchaft Ritberg, wo im J. 1610 des Grafen Enno III. Bruder und Schwiegerſohn mit ſeiner Gemahlinn Sabina Catharina zur katholiſchen Religion übertrat, und dieſe im Lande wieder einführte, auch auf Grund des Entſcheidungsjahres das Land katholiſch blieb. (Beſſen Geſch. von Paderb. Th. 2. S. 59. Schaten annal. Paderb. T. III. p. 708.)

liſchen Cultus eintrat, außerhalb der Grenzen der Pfalz hatte während der erſten Jahre des Krieges in den weltlichen Gebieten die katholiſche Kirche nur an einigen Orten wieder feſten Fuß faſſen können, in den Gemüthern des Volks ihre Lehre faſt nirgends Wurzel geſchlagen. Mit der Reſtitution des Pfälziſchen Hauſes und der Anerkennung des Entſcheidungsjahres ſetzte daher der Weſtfäliſche Friede nicht bloß der kirchlichen Verwirrung ein Ziel, ſondern gab auch am Rhein und in Weſtfalen der evangeliſchen Kirche faſt alles zurück, was ſie nicht ſchon vor Ausbruch des Krieges durch den unglücklichen Ausgang des Gebhard'ſchen Reformationsverſuches verloren hatte.

Die Bisthümer an der Weſer, und öſtlich dieſes Stromes fielen der evangeliſchen Parthei für immer als weltliche Fürſtenthümer zu; Osnabrück ward, wie gemiſchter Bevölkerung, unter abwechſelnd evangeliſchen Adminiſtratoren und katholiſchen Biſchöfen gemeinſchaftliches Beſitzthum beider Religionstheile [2]). In den Heſſiſchen und Naſſau'ſchen Landen und in den übrigen Territorien, welche dieſſeits des Rheins von Oſten und Süden die katholiſchen Stiftsgebiete umgrenzten, gewährte der Beſitzſtand des Jahres 1624 dem evangeliſchen Bekenntniſſe das Recht alleiniger Geltung; an beiden Ufern des Mittelrheins und bis gegen die Moſel hin, gewann durch die Reſtitution der Pfalz [3]), mitten inne zwiſchen Trier, Mainz, Speier und Worms, die evangeliſche Lehre das frühere Uebergewicht zurück. In den Jülich-Cleveſchen Landen ward die Hoffnung völliger Herſtellung des katholiſchen Cultus durch den Mitbeſitz der Hohenzollern und die Religionsrezeſſe für immer vereitelt; ſelbſt für den Neuburgiſchen Antheil entzog der Proviſionalvergleich die Ausſicht zur Rückkehr hierarchiſcher Ue-

2) Ueber Minden, Magdeburg, Halberſtadt u. ſ. w. ſ. oben B. I. Kap. 1. §. 10. u. K. 3. §. 9.; über Osnabrück, Bremen und Verden, welche letztere an Schweden fielen, vgl. Pütter's Geiſt des Weſtfäliſchen Friedens S. 142. 197 flg.

3) Ueber die Reſtitution von Kurpfalz, Simmern, Zweibrücken, Veldenz, Saarbrücken, Sayn, Solms und der Rheingrafen vgl. Instr. Pac. Osn. Art. IV. §. 6. u. 19 – 22. 30 — 36. Eine zu Gunſten des hergeſtellten katholiſchen Cultus beabſichtigte Clauſel ward nicht acceptirt (Pütter a. a. O. S. 275.).

bermacht[4]). Ausſchließliche Geltung und unbeſchränkte Herrſchaft war für katholiſches Bekenntniß und Kirchenthum nur in dem eignen Gebiete der Rheiniſchen und Weſtfäliſchen Biſthümer, und in unbedeutenden weltlichen Territorien gewonnen. Den Beſitz dieſer Stifter ſicherte allerdings der geiſtliche Vorbehalt für die Zukunft, und minderte ſelbſt, weil ausgedehnt auf alles mittelbare geiſtliche Beſitzthum, die Gefahr neuer Reformationsverſuche[5]); ihre kirchliche Autorität, ſo weit die Biſchöfe ihr vor dem J. 1624 wieder Anerkennung zu verſchaffen vermocht hatten, war ihnen von neuem garantirt, und ſelbſt die förmliche Abtretung der Lothringiſchen Biſthümer, welche der Weſtfäliſche Friede ausſprach, ließ für die geiſtlichen Rechte des Erzſtifts Trier ſo lange keinen Abbruch fürchten, als Frankreich, den Stipulationen gemäß, der Ausübung der Diöceſan- und Metropolitangewalt kein Hinderniß in den Weg legte[6]). Aber auch der ungeſtörte Genuß der wieder erkämpften Religionsfreiheit ſchien den Evangeliſchen durch die unabänderliche Rechtskraft des Entſcheidungsjahres garantirt, und zur Vollendung der in den Stiftsterritorien ſo glück-

4) S. oben B. I. Kap. 8. §. 8 flg.

5) In keinem der katholiſchen Territorien, welche zu den Sprengeln der Rh.-Weſtf. Biſthümer gehörten, iſt bis zur neueren Zeit hin m. W. den Evangeliſchen Religionsübung gewährt worden.

6) Die Metropolitanrechte behielt das Instr. Pac. Monast. Art. 11. §. 70. ausdrücklich vor, und eine Kön. Declar. vom J. 1657 ſetzte feſt, daß, quoique selon les loix et l'usage de la France les sujets du Roy ne puissent être tirez hors du royaume, à plaider en aucun tribunal étranger, der König doch geſtatten wolle, que d'or en avant les sujets des trois Evêchés soient tenus d'aller vuider dans la ville de Trêves au tribunal métropolitain ecclésiastique les appellations des procès, dont la matière appartiendra à la jurisdiction ecclésiastique (S. Hontheim l. l. T. III. p. 723.). Im J. 1661 ward dieſe Zuſage nicht bloß erneut, ſondern auch für Luxemburg, Chiny, Ivoy, Lothringen und Barrois dem Kurfürſten die Ausübung ſeiner potestas ordinaria episcopalis zugeſichert, gleichwohl ſpäter, weil jenes Verſprechen nur precario und de gratia gegeben, auch zu Münſter de modo exercendae iurisdictionis nichts beſtimmt ſei, auf Beſtellung beſondrer Generalvicare und Officiale innerhalb Landes beſtanden (ibid. p. 740. u. 798. und Moſer's Staatsr. von Trier. Kap. 8. §. 8 flg.). — Ueber einen mit Luxemburg ſchon im J. 1548 abgeſchloſſenen Vergleich, welcher außer der geiſtlichen Gerichtbarkeit (übrigens nur sicut de iure et antiqua consuetudine observatum fuit) auch das Recht der subsidia charitativa beſtätigte, vgl. Moſer a. a. O. Kap. 6. §. 9.

lich begonnenen Gegenreformation jede Ausſicht verſchloſſen. Deſſen mochte ſich wohl die evangeliſche Parthei getröſten, als der endliche Ausgang der Friedensverhandlungen manche ihrer Wünſche und Erwartungen unerfüllt ließ; jedoch nur zu bald zeigte es ſich, daß die Gegenparthei auch hier zu ſtiller Gegenreformation Vorwand und Schein Rechtens zu finden wiſſe, und daß ſelbſt gegen gewaltſame Bedrückung der evangeliſchen Lehre kein hinreichender Schutz zu Osnabrück gewonnen ſei.

Dem Biſthum Münſter die Herrſchaft Borkelo und das Weſterwolder Land wieder zu gewinnen, hat ſich Biſchof Chriſtoph Bernhard von Galen in langjähriger Fehde vergeblich bemüht[7]). Mit deſto glücklicherem Erfolge wußte er den Religionswechſel des Grafen Ernſt Wilhelm von Bentheim, und die daran ſich knüpfenden vieljährigen Erbſtreitigkeiten mit der jüngeren Steinfurter Linie[8]) zu benutzen, um den katholiſchen Cultus, wie bereits früher im Gebiete der letzteren, ſo auch in der Stadt Steinfurt, und in der ganzen Grafſchaft Bentheim herzuſtellen[9]). Ward gleich in letzterer die völlige Gegenreformation

---

7) S. (v. Alpen) Leben und Thaten Chriſt. Bernh. v. Galen. Münſter 1790. S. 157 flg. und 277 flg.

8) Im J. 1668 trat Graf Ernſt Wilhelm von Bentheim-Tecklenburg zur katholiſchen Religion über, und ging in ſeinem Eifer für deren Herſtellung im Lande ſo weit, daß er nicht einmal ſeiner Familie freie Religionsübung gewähren wollte, ſein Land aber der Schutzhoheit des Münſterſchen Stifts unterwarf, dieſem ſogar zuzuwenden gedachte. Seine Gemahlinn fand eine Schutzſtätte bei den Generalſtaaten, welche auch im Cölner Frieden das Münſterſche Stift zur Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit von Bentheim nöthigten. Als aber Graf Ernſt im J. 1678 ſich von ſeiner Frau trennen ließ und deren Kinder von der Nachfolge ausſchloß, dieſen auch, weil in unſtandesmäßiger Ehe erzeugt, Graf Arnold Moritz Wilh. von Steinfurt, Ernſt's Neffe, die Nachfolge in Bentheim beſtritt, entſtanden neue Streitigkeiten, welche erſt im J. 1690 durch einen zu Bielefeld geſchloſſenen, im J. 1741 von neuem beſtätigten Vergleich dahin vermittelt wurden, daß Arnold Bentheim erhalten, Steinfurt dagegen mit dem Rechte eventueller Erbfolge den Söhnen erſter Ehe des Grafen Ernſt zufallen ſollte. Vgl. v. Alpen a. a. O. S. 184 flg., Erhard a. a. O. S. 524 flg. u. 561 flg.

9) In Steinfurt ward 1673 ein katholiſches Simultaneum in der reformirten Pfarrkirche eingeführt (Büſching Th. 6. S. 408.), in Bentheim ſchon ſeit 1670 an den meiſten Orten die katholiſche Religionsübung hergeſtellt, und im Jahre darauf die Grafſchaft förmlich wieder zur Diöceſe Münſter geſchlagen (v. Alpen S. 175.).

durch die Intervention der Niederlande und Englands verhin-
dert[10]), ſo blieb doch wider den Status quo vom J. 1624 den
Katholiken nicht bloß der Beſitz einzelner Stifter und Kapellen,
ſondern auch öffentliche Religionsübung in der Hauptſtadt des
Landes[11]); die Steinfurter Linie aber erkannte ſogar zuletzt, um nur
der immerwährenden Streitigkeiten mit Münſter ledig zu werden,
die Landſäſſigkeit aller Beſitzungen, außer von Stadt, Schloß und
Kirchſpiel Steinfurt, feierlichſt an, und duldete nicht bloß in allen
landſäſſigen Orten die ausſchließliche Religionsübung der Katholi-
ken, ſondern geſtattete ihnen auch in der Stadt ſelbſt den Bau einer
Pfarrkirche, und dem Biſchofe die freie Ausübung der Diöceſan-
rechte[12]). Mit nicht mindrer Willkür überwies Biſchof Chriſtoph
Bernhard, nachdem er zum Abt von Corvey poſtulirt worden, in 1662
Höxter den Franziskanern eine der ſtädtiſchen Kirchen, da die
evangeliſche Bürgerſchaft deren nicht bedürfe, ihm auch als Lan-
desherrn nach dem Friedensinſtrumente Diöceſanrechte und geiſtliche
Gerichtbarkeit zukomme; und kaum konnte durch die Verwendung
ihres Schutzherrn, des Herzogs Rudolph Auguſt von Braun-
ſchweig[13]), die Stadt das Zugeſtändniß eines Mitgebrauchs der
Kirche erlangen[14]).

10) In einem Schiedsſpruche vom J. 1701 (bei Lünig P. spec. Cont. II. Fortſ. 3. S. 513.) wurde auf Grund der ſtändiſchen Poſtulate vom J. 1694 (ebend. S. 13.) nicht bloß die Herſtellung des im J. 1613 errichteten Oberconſiſtorii feſtgeſetzt, welchem das Vocationsrecht, und Gerichtbarkeit in allen Ehe-, Kirchen- und Armenſachen zuſtehen ſollte, ſondern auch den Evangeliſchen „ſtact en obſervantie herer Religion in den jare 1624 tot de veranderinge in den jare 1668“ zugeſichert.

11) S. Weddigen's neues weſtph. Mag. Heft 2. S. 103 flg., Büſching a. a. O. S. 397. 403. 404. — In Rheda, gleichfalls Beſitzthum der Bentheimer Linie, iſt das katholiſche Privatexercitium erſt zu Ende des vorigen Jahrh. eingeführt. Erhard a. a. O. S 617.

12) Ueber dieſen Vergleich vom 4. Dezbr. 1716, welcher insbeſondre auch der gemiſchten Ehen halber beſtimmte, daß deren Proclamation jedesmal in beiden Kirchen, die Copulation aber von dem Pfarrer der Braut geſchehen, und daß die Erziehung der Kinder, „jedoch ohne ungebürlichen Zwang“ je nach dem Geſchlechte ſich beſtimmen ſolle, vgl. Erhard a. a. O. S. 580 und Büſching a. a. O. S. 308.

13) Ueber den Urſprung dieſer Schirmvogtei ſ. Wigand's Geſchichte von Corvey Th. 1. Abth. 2. S. 61 flg.

14) v. Alpen a. a. O. S. 102. u. 196 flg. Unumwunden berief ſich

In den Naſſau'ſchen Landen führte der Uebertritt des Gra-
1608 fen Johann des Jüngern von Siegen gleichfalls zur Rück-
kehr des katholiſchen Cultus. Dies zu verhindern hatte zwar deſ-
ſen Vater, Johann der Mittlere, die ſchon teſtamentariſch ange-
ordnete Primogenitur revocirt, und mit gegenſeitiger Subſtitution
den beiden jüngern Brüdern, Johann Moritz und Wilhelm,
neben dem Erſtgebornen die Erbfolge zugewendet. Indeß gegen
das Teſtament verlieh dieſem der Kaiſer das durch Graf Wilhelm's
Tod erledigte Drittheil zu ſeinem ererbten Antheile, wo bereits
im J. 1626 mit Hülfe der Jeſuiten die Gegenreformation begon-
nen hatte; und obwohl im Entſcheidungsjahre noch das ganze Land
evangeliſch geweſen war, ſo blieb doch, ſeit der Erbſchaftsſtreit
für Johann entſchieden worden, der katholiſche Cultus in eignen
Kirchen und als Simultangottesdienſt an vielen Orten beſtehen,
1743 und hat auch nach Erlöſchen der katholiſchen Linie bis auf die neue-
ſte Zeit fortgedauert[15]. Eben ſo wußten die Erzbiſchöfe von
Trier den Religionswechſel der Landgrafen von Heſſen-Rheinfels
(Rotenburg) in Sct. Goar und andern Orten der niedern Graf-
ſchaft Katzen-Ellenbogen zur Reſtitution des katholiſchen
Cultus zu benutzen[16], in Hadamar die durch den Grafen Jo-
hann Ludwig ſeit dem J. 1630 wieder eingeführte katholiſche
Religionsübung wenigſtens theilweiſe zu erhalten[17], ſpäter auch
in dem mit Naſſau-Dillenburg gemeinſchaftlich beſeſſenen Amte
Wertheim, erſt die Geſtaltung eines katholiſchen Privatgottes-
dienſtes, dann die Errichtung einer Curatialcapelle durchzuſetzen[18].
Wich-

---

der Biſchof auch darauf, daß bei den Proteſtanten ja ſelbſt das Axiom gebräuchlich ſei: cuius regio, eius et religio.

15) Vgl. Pütter's Geiſt des Weſtfäl. Friedens S. 301. Note r. und Büſching a. a. O. Th. 6. S. 275 flg.

16) Büſching a. a. O. Th. 7. S. 133. 143 flg.

17) Bis auf die neuere Zeit beſtand hier eine Reſidenz der Jeſuiten, welche, nachdem ſie die im J. 1639 erhaltene Pfarrverwaltung hatten abgeben müſſen, dem Frieden zuwider im J. 1652 für ſie fundirt wurde. Broweri annal. Trevir. p. 497. u. Hontheim l. l. T. III. p. 684.

18) In Moſer's Staatsrecht von Trier. K. 11. §. 16. finden ſich genauere Nachweiſungen über die Art, wie durch Anſiedelung katholiſcher Handwerker, und immer erweiterte, zuerſt unverfänglich ſcheinende Maaßregeln der Art die Einführung bewirkt iſt. In ähnlicher Weiſe

Wichtiger aber war, daß die Stadt Wetzlar, um nur der Sitz des von Speier vertriebenen Reichskammergerichts zu werden, ſich ſelbſt dazu verſtand, den Katholiken völlig freie Religionsübung, ſogar das Recht zu Prozeſſionen zu gewähren, und ſowohl den Franziskanern ihr altes Kloſter wieder einzuräumen, als für die Jeſuiten ein Collegium zu ſtiften[19].

In ähnlicher Weiſe wurde in der Grafſchaft Wied das vom Grafen Friedrich für Neuwied beim Kaiſer nachgeſuchte Stadt- 1662
privilegium dazu benutzt, um für alle drei Confeſſionen freie Religionsübung zu bedingen, welche ein vom Kaiſer beſtätigtes Privilegium im J. 1698 zu unbeſchränkten Pfarrgerechtſamen und zu Anerkennung der biſchöflichen Diöceſanrechte erweiterte[20], und der Sohn und Nachfolger Friedrich's auf den früheren Umfang zurückzuführen ſich vergeblich bemühte[21]. In der Grafſchaft Sayn dagegen wurden zu gleichem Zwecke die ſchon im J. 1606 beim Ausſterben des alten Grafenhauſes begonnenen Streitigkeiten mit Graf Wilhelm III. von Wittgenſtein benutzt[22], indem

ſcheint in andern gemeinſchaftlichen Bezirken, deren Trier, namentlich jenſeits des Rheins, viele beſaß (ſ. Moſer a. a. O. Kap. 9.), die Herſtellung eines katholiſchen Gottesdienſtes theils verſucht, theils bewirkt worden zu ſein.

19) Abicht a. a. O. S. 150. 322.', Büſching a. a. O. Th. 7. S. 355. Uebrigens hatte das Reichsgutachten vom J. 1689 (u. a. in Schmauß C. I. P. S. 1100.) dieſe Zugeſtändniſſe nur, „ſo lange das Cammergericht allda ſubſiſtiren wird“, zur Bedingung gemacht, und ſollte „bei deſſen Abzug alles in den Stand, wie es dermahlen iſt, wieder geſetzet werden“, was jedoch bei der Aufhebung des R. K. G., ſo viel bekannt, nicht geſchah.

20) Vgl. Moſer a. a. O. Kap. 7. §. 28. Das Religionsprivilegium, welches u. a. der katholiſchen Geiſtlichkeit gleiche Immunitäten mit den reformirten Predigern gewährte, dem Landesherrn in Straffällen nur ein Denunciationsrecht vorbehielt, und in Betreff des Cultus bloß öffentliche Prozeſſionen ausſchloß, ſ. bei Hontheim l. l. p. 848. und in Samml. einiger Landesgeſ. über gemiſchte Ehen S. 81.

21) Nach Hontheim l. l. p. 935. hatte der Graf Taufe und Aufgebot den evangeliſchen Predigern vorbehalten, und bei gemiſchten Ehen ein verbindliches Angelöbniß über Erziehung der Kinder je nach dem Geſchlechte zur Bedingung der Trauung machen wollen.

22) Ausführlich verbreitet ſich darüber und über die ſpätere Erbfolge Moſer's Staatsrecht der Grafſch. Sayn. K. 2. §. 52 flg. 136. 168 flg. u. 250 flg. Hier genügt es zu bemerken, daß dem Grafen Wilhelm die Erbfolge in Sayn (ſ oben §. 5. Note 15.) an ſich nicht beſtritten wurde, eben ſo wenig ſeinem Sohne Ernſt († 1632); als aber deſſen

Kur-Cöln und Kur-Trier die damals als aperte Lehen in Beſitz genommenen Aemter Hachenburg, Benndorf und Freusburg nach dem Frieden nicht eher reſtituirten[23]), als bis den inzwiſchen eingerichteten katholiſchen Gemeinden Fortdauer der freien Religionsübung und paritätiſche Rechte mit den Evangeliſchen zugeſtanden wurden, welche auch in beiden Linien, in Sayn-Hachenburg und Sayn-Altenkirchen, bis auf die neueſte Zeit unverkürzt den Katholiken verblieben ſind[24]). Empfindlicher indeſſen, als alle dieſe Ereigniſſe, aus welchen mehr Geſinnung und Tendenz der katholiſchen Parthei erhellte, als erheblicher Verluſt für die Evangeliſchen erwuchs, war der Schlag, welcher die

---

Sohn Ludwig im J. 1636 ſtarb, machten gegen die Schweſtern Johannetta und Erneſtine die beiden Wittgenſtein'ſchen Linien Anſprüche, welche bis ins 18. Jahrhundert Gegenſtand weitläuftiger Streitigkeiten blieben. Im J. 1651 theilten ſich beide Schweſtern in die Grafſchaft; Sayn-Hachenburg ward durch Erneſtine dem Grafen Salentin von Manderſcheidt zugebracht, fiel aber durch ihre Tochter an das Haus der Burggrafen von Kirchberg, von welchen es im J. 1799 an Naſſau-Weilburg kam; Sayn-Altenkirchen fiel durch Johannetta's zweite Ehe an Sachſen-Eiſenach, und oon dieſem im J. 1741, auf Grund einer teſtamentariſchen Verfügung Johannetta's, an das Anſpach'ſche Haus (ſ. v. Lancizolle a. a. O. S. 62. u. 67.).

23) Moſer a. a. O. §. 124. 135. 140 152.

24) Für Freusburg beruht dies auf förmlichen Rezeſſen, von denen der erſte vom 22. Juli 1652 (bei Moſer a. a. O. §. 140.), „hindangeſetzt aller alter und newer im Religion-Weſen im H. R. Reich … fürgangener Friedensoerträge", nur eine Zuſicherung freier Religionsübung enthielt, der ſpätere vom 28 Dezbr. 1670 (ebend. §. 164. und Hontheim l. l. T. III. p. 758.) dagegen auch über die Stellung des katholiſchen Clerus zur Landesherrſchaft und über die Trierer Diöceſanrechte Beſtimmungen enthält, von denen hier nur hervorgehoben werden mag, daß zwar der Clerus dem Biſchofe „in personalibus allein ſubject" ſein ſollte, jedoch vorbehältlich deſſen, „was andern weltlichen, der cathol. Religion zugethanen Fürſten ingemein in ihren territoriis von den Geiſtlichen wiederfähret", und daß die biſchöfliche Ehegerichtbarkeit nur darüber, „ob eine Ehe ſeyn könne oder nicht", dagegen nicht, „wann die quaestio de facto oder iudicio possessorio fürkäme", anerkannt wurde. — Ob in Benndorf und Hachenburg die katholiſche Religionsübung (ogl. Büſching a. a. O. Th. 6. S. 554.) gleichfalls rezeßmäßig zugeſagt war, oder auf dem Beſitzſtande von 1624 beruhte, iſt mir nicht bekannt, und nur noch zu bemerken, daß im J. 1671 Graf Salentin von Manderſcheidt ſeinen Unterthanen A. C. eine beſondre Religionsverſicherung gegeben hat (Moſer a. a. O. §. 165.).

evangeliſche Kirche durch die wider Recht und ausdrückliche Zuſage begonnene, und mit nur zu glücklichem Erfolge durchgeführte Gegenreformation in den Kurpfälziſchen Gebieten und den angrenzenden Ländern traf[25]).

Der kinderloſe Tod des Kurfürſten Carl am $\frac{16}{26}$ Mai 1685 eröffnete der Neuburg'ſchen Linie die Succeſſion in die Pfälziſche Kur, und vereinigte Neuburg, die Kurlande, Simmern, Lautern und den Pfälziſchen Antheil an der vordern Grafſchaft Sponheim[26]) in den Händen des eifrig katholiſchen Herzogs Philipp Wilhelm von Jülich und Berg. Gewarnt durch die Vorgänge in den benachbarten Ländern, hatte Kurfürſt Carl vor ſeinem Tode ſeinen Nachfolger zu einer Religionsaſſecuration zu bewegen geſucht, und dieſer mit ſeinem Sohne Johann Wilhelm in dem zu Schwäbiſch-Hall am $\frac{12}{22}$ Mai geſchloſſenen Rezeſſe[27]) zu der Zuſicherung ſich verſtanden, „die evang.-reformirte und evang.-luth. Religion in dem Stand, wie der Weſtphäl. Friedensſchluß durchgehends, abſonderlich Art. 4. specialiter mit ſich bringet, .. gäntzlich laſſen, die Bediente, Unterthanen und Angehörige bey ſolcher Religion und ihrer Gewiſſensfreiheit ſchützen" zu wollen. Nur zu bald aber wurden die Befürchtungen, welche der anderweitige Inhalt des Rezeſſes erregen mußte[28]), gerechtfertigt, als ſchon bei der Huldigung[29]) der neue Kurfürſt ſeinen Glau-

25) Ueber dieſe Pfälziſche Gegenreformation, die wenigſtens einen Theil der jetzigen Rheinprovinz betroffen hat, und für die damalige Stellung beider Religionspartheien unter einander, und die der Rheiniſchen Prälaten zu den benachbarten evangeliſchen Territorien gleich wichtig iſt, vgl. vor allem die angef. Schriften von Struve u. Pütter.

26) Im J. 1673 war die Simmern'ſche Linie erloſchen, im J. 1694 ſtarb auch die Veldenzer Nebenlinie aus, von deren Beſitzthume Veldenz und Lautereck dem Kurhauſe, das übrige der Birkenfelder Linie zufiel.

27) U. a. bei Struve a. a. O. Kap. 11. §. 9. und in Lünig's R. Arch. P. spec. S. 734.

28) Bedenklich war es beſonders, daß förmliche Garantie des kirchlichen Beſitzes fehlte, daß der neue Landesherr nicht einmal für die Hälfte der oberen Landesſtellen ein Anrecht der Evangeliſchen hatte anerkennen wollen, ſondern nur zugeſagt hatte, es ſollten auch dieſe zur Amtsbeſetzung „mitgenommen", Keiner von den im Reich zugelaſſenen Confeſſionen „ausgeſchloſſen" werden. S. Art. 2—4. des Rezeſſes.

29) Das Patent vom 13. Oct. 1685 f. bei Struve a. a. O. K. 12. §. 4. und bei Lünig a. a. O. S. 740.

bensgenoſſen gleiche Rechte mit den Evangeliſchen beilegte, indem ihnen „das catholiſche Religionsexercitium, wo ſie es innen und außer Landes .... halten können, mit Beſuch- und Beywohnung des catholiſchen Gottesdienſtes in allem .... frey ſeyn", auch überall Parochialrechte zuſtehen ſollten. Die Zuſicherung, es werde den Evangeliſchen daraus „an ihrem bisherigen freyen Religionsexercitio, auch zuſtändigen Kirchen-, Pfarr- und Schulhäuſern, und was ſonſten bis dato darzu gehöret hat und noch (!) dazu gehörig iſt, einiger Abbruch oder Nachtheil" nicht erwachſen, und daß an mehreren Orten der Landesherr einſchritt, wo die benachbarten Biſchöfe Anſprüche auf evangeliſche Kirchen erhoben, oder ohne weitres einen katholiſchen Simultan-Gottesdienſt einzuführen verſuchten[30]), konnte um ſo weniger dem Lande Beruhigung gewähren, als die Regierung ſelbſt ähnliches that[31]), offen die eignen Glaubensgenoſſen begünſtigte, und nicht einmal Widerſpruch der gewaltſamen Gegenreformation entgegenſetzte, durch welche Ludwig XIV., wie früher die angeblich „reunirten" Lande, ſeit dem J. 1689 die mit Feuer und Schwerdt verheerte Pfalz, da er ſie ſeinem Reiche einzuverleiben nicht hoffen konnte, wenigſtens ſeiner Kirche wieder zu gewinnen ſuchte. Die Hoffnung aber, daß mit dem Frieden, wie einſt zu Osnabrück, der frühere Zuſtand auch in kirchlicher Hinſicht zurückkehren werde, zertrümmerte der Friede zu Ryswick[32]), welcher dem nicht unrühmlich gegen Frankreich geführten Kriege am 30. October 1697 ein ſchimpfliches Ende machte.

Auf des Kurfürſten Johann Wilhelm geheimen Betrieb ward bei der Unterzeichnung des Friedens die berüchtigte Clauſel dem Art. 4. eingeſchoben, daß in allen von Frankreich zu reſtituirenden Reichslanden die katholiſche Religion in dem dermaligen

---

30) Struve a. a. O. §. 13. 17 flg.

31) Bei der Verfügung, welche in der Reſidenzſtadt die Kirchen zum Mitgebrauch den Katholiken überwies, blieb es, und allgemein ward dieſen die Mitbenutzung der Glocken geſtattet. Struve a. a. O. §. 6. 7. 14.

32) U. a. bei Lünig a. a. O. P. Gen. S. 1069 flg. u. in Schmauß C. I. P. S. 1102 flg.

Zuſtande verbleiben ſolle. Ihr ſeine Zuſtimmung zu geben[33]), war der Kaiſer ſchwach und engherzig genug, die katholiſche Parthei auf dem Reichstage zu ſtark, als daß die evangeliſchen Stände auch nur die Zuſicherung zu erlangen vermocht hätten, es ſolle jene Clauſel bloß der Franzöſiſchen Krone dem Reiche gegenüber, nicht aber den katholiſchen Ständen gegen die Evangeliſchen ein Recht geben, noch Aenderung des friedensmäßigen Religionszuſtandes rechtfertigen[34]); dem Kurfürſten aber gab ſie einen ſcheinbaren Vorwand zu eigenmächtigſten Eingriffen in die kirchliche Verfaſſung des Landes. Nicht bloß da ſollte der katholiſche Cultus geſtattet ſein, wo er zur Zeit des Friedens wirklich noch erhalten war, ſondern wo er nur irgend während des Krieges war eingerichtet worden[35]); den evangeliſchen Gemeinden, welche aus irgend einem Grunde damals ohne Prediger geweſen, wurde deren Berufung, allen mit Gewalt zur Annahme des katholiſchen Glaubens gezwungenen Einwohnern, auf Grund der Franzöſiſchen Edicte, die mit jener Clauſel gleichfalls beſtätigt wären, der Rücktritt verweigert, bei denen aber, welche zur evangeliſchen Kirche, vor wie langer Zeit immer, übergetreten waren, durch Landesverweiſung und andere Strafen erzwungen; der allgemeinen Obſervanz jener Zeit entgegen, wurde für alle Kinder aus gemiſchten Ehen katholiſche Taufe und Erziehung vorgeſchrieben, ſelbſt bei Kindern evangeliſcher Eltern oft erzwungen u.ſ.w.[36]). Unter dem Vorwande,

---

33) Auffallend iſt, daß bei der für andere Reichsſtände zugeſicherten Reſtitution (ſ. z.B. Art. 10. 12. 14. 15.) meiſt ausdrücklich noch auf den Art. 4. verwieſen wird, dagegen bei der Reſtitution von Kurpfalz und von Pfalz-Zweibrücken im Art. 8. u. 9. nur des Weſtfäl. Friedens Erwähnung geſchieht; vielleicht weil man bei Schweden an der Zuſtimmung zweifelte, und bei Kurpfalz der Anwendung des Art. 4. nur zu gewiß war.

34) Die desfalſigen Verhandlungen und Beſchlüſſe ſ. bei Lünig a. a. O. Pars gen. Cont. II. S. 1324 flg.

35) Die Franzöſiſchen Abgeordneten ſelbſt hatten die Clauſel nur auf die während des Kriegs von ihrem Könige erbauten und fundirten Kirchen bezogen, und deren Zahl auf 29 angegeben (ſ. Struve a. a. O. S. 1429., Pütter a. a. O. S. 112.); nachher forderten die Katholiken an nicht weniger als 1922 Orten freien Gottesdienſt, und beſaßen zuletzt über 400 Kirchen und Kapellen im Lande (ebend. S. 134. und 245.).

36) Die näheren Belege ſ. bei Struve a. a. O. Kap. 13. §. 24 flg. u. Pütter a. a. O. S. 157 flg.

eine geordnetere Verwaltung zu erzielen und die Einkünfte zu ſteigern, ward die Adminiſtration des allgemeinen Kirchenfonds einer neuen gemiſchten Behörde, der ſ. g. Admodiationscommiſſion, überwieſen; und nicht genug, daß an vielen Orten wider alles Recht die Kirchen den Katholiken zu ausſchließlichem Beſitze überlaſſen wurden, erging im J. 1698 ein Edict, welches „ſämbtlichen, denen dreyen im H. Röm. Reich tolerirten Religionen Zugewandten, in ſo weit der Ryswickiſche Friedens-Tractat hierin nicht im Weg ſteht, den gemeinſamen Gebrauch zu dero Gottesdienſt ſämbtlicher ... Pfarren, und andrer Kirchen, auch Freydhoffen dermahlen in Gnaden verſtatten" zu wollen erklärte[37]), und ſo unter dem Scheine landesväterlicher Fürſorge, toleranter Gerechtigkeit, und paritätiſcher Gleichſtellung aller Confeſſionen die Evangeliſchen ihres Beſitzthums beraubte.

Die Gefahr, welche von der Pfalz her dem Rechtsbeſtande des Weſtfäliſchen Friedens drohe, entging den evangeliſchen Ständen nicht; entſchiedener denn zuvor ſchritt das Corpus Evangelicum zu Gunſten der Glaubensgenoſſen ein[38]). Mochte aber die Beſorgniß vor dem Uebertritte des Pfälziſchen Kurfürſten auf die Seite Frankreichs Nachgiebigkeit anrathen, oder jene Ryswicker Clauſel ein unüberſteigliches Hinderniß für die Herſtellung des reichsfriedensmäßigen Zuſtandes erſcheinen, oder ſchmeichelte man ſich mit der Hoffnung, daß die dem katholiſchen Intereſſe gemachten Conceſſionen die geiſtlichen und weltlichen Reichsſtände dieſes Glaubens zu größerer Duldung gegen ihre evangeliſchen Unterthanen, oder gar zu ähnlichen Bewilligungen geneigt machen könnten; das Prinzip, welches die evangeliſche Parthei bei den Verhandlungen entſchieden angefochten hatte, daß ſo wenig der Weſtfäliſche Friede die Einführung eines allgemeinen Simultaneums geſtatte, als die Bewilligung freier Religionsübung irgend ein Anrecht auf Kirchen, Güter oder Einkünfte der andern Religionsparthei ge-

37) Dies Reſcr. vom 29. Octbr. 1698 ſ. bei Struve a. a. O. §. 25. und Lünig P. spec. S. 746.

38) Die desfalſigen Verhandlungen, bei welchen Kurpfalz ſeinen Unterthanen jedes Anrecht auf den Religionszuſtand vom J. 1618 beſtritt, ſ. bei Struve a. a. O. §. 31 flg.

währen könne, ward gleichwohl die Grundlage des Rezeſſes, welcher am 21. November 1705 zu Düſſeldorf zu Stande kam[39].

Allen drei Confeſſionen wurde gleicherweiſe nicht bloß völlige Religionsfreiheit, und in Folge deſſen Wahl und Wechſel des Bekenntniſſes[40], ſondern überall im Lande auch öffentliche Uebung der Religion in der Art zugeſtanden, daß jede derſelben aller Parochialrechte, wie der ihr eigenthümlichen Verfaſſung genießen, keine dem Pfarrzwange oder der Kirchengewalt der andern unterliegen ſollte[41]. Die Beibehaltung des reformirten Kirchenrathes, deſſen Aufhebung oder doch Beſetzung mit katholiſchen Präſidenten und Räthen immer bisher befürchtet worden, ſo wie die Fortdauer der evangeliſchen Kirchenverfaſſung war damit allerdings ausgeſprochen. Aber mit der Erklärung, daß dieſe Behörde „nach Inhalt der Kirchenraths-Ordnung vom J. 1564, und wie er A. 1685

---

39) Der Form nach iſt dieſer Rezeß nur eine einſeitige Declaration des Kurfürſten von der Pfalz, die nur auf vorgängiger Uebereinkunft mit Preußen, als Bevollmächtigtem des Corp. Evang., beruht, und deren Vollziehung in einem Nebenrezeſſe von demſ. Tage ſtipulirt wurde. Declaration und Rezeß finden ſich in Lünig's Reichs-Arch. P. spec. S. 754 flg., die erſtere bei Struve a a. O. S. 1115 flg.

40) Was im Einzelnen in dieſer Beziehung, uud zur Abhülfe der bisherigen Beſchwerden feſtgeſetzt wurde, kann hier um ſo eher übergangen werden, als es meiſt mit den Jülich-Cleveſchen Rezeſſen übereinſtimmt, auf welche hie und da ausdrücklich Bezug genommen wird. Nur in einzelnen Punkten, wie z. B. daß Kinder gemiſchter Ehen in Ermangelung beſondrer Abrede dem „Capiti familiae“ folgen ſollten, iſt eine entſchiedene Abweichung vorhanden, daneben eine den Katholiken möglichſt günſtige Faſſung unverkennbar.

41) Nur beiläufig aber, gleich als ob dies weder Aenderung der Landesverfaſſung ſei, noch eigentlich ausdrücklicher Sanction bedürfe, wird die Her- und Gleichſtellung der katholiſchen Kirche ausgeſprochen, indem theils als Grund der Kirchen- und Kirchengüter-Vertheilung angegeben wird: „damit geſambte Unſere Unterthanen in jeder Religion ihr beſondres, apartes, öffentliches, freyes und unbehindertes Religionsexercitium ruhig haben“, theils an einer andern Stelle, damit „alle fernern Diſputen unterbleiben“, feſtgeſetzt wird: „daß Iurisdictionem Ecclesiasticam et Iura Parochialia cum cura animarum et omnibus annexis exercitii publici geſambte Religionen über ihren Glaubensgenoſſen allenthalben exerciren mögen, ungeachtet die Kirche ſelbigen Orts nur einer Religion angewieſen, daher die Iura Ordinariatus et Stolae, vielweniger Iurisdictio Ecclesiastica keineswegs auf andere Religionsverwandte extendiret werden, ſondern alle dergleichen Praetensiones hiemit expresse aufgehoben und verbotten ſeyn ſollen“.

beſtellet geweſen“, fortbeſtehen ſolle, waren dem katholiſchen Landesherrn alle bisher von den Fürſten gleicher Confeſſion in kirchlichen Dingen geübten Gerechtſame ſtillſchweigend vorbehalten, was ſpäter, da man mit bloßem ius circa sacra ſich nicht begnügte, zu vielen Inconvenienzen und Benachtheiligungen der Evangeliſchen Anlaß gab[42]). Bedenklicher noch war, daß mit der Zuſicherung freier Religionsübung für die Katholiken auch die, ſeit mehr als 150 Jahren im Lande verſchwundene Episcopalgewalt wiederhergeſtellt war, ohne daß man über die Art ihrer Ausübung, überhaupt über das katholiſche Kirchenregiment nähere Beſtimmungen getroffen hätte, wie ſie für Jülich und Berg in dem Proviſionalvergleiche mit Cöln vom J. 1621 waren beliebt worden, ohne nur gegen misbräuchliche Ausdehnung der biſchöflichen Rechte über die Evangeliſchen irgend genügende Garantien zu gewähren. Als directe Verletzung unzweifelhaften Rechts aber erſcheint es, daß der Rezeß den Katholiken, neben völliger Gleichſtellung mit den Evangeliſchen und förmlicher Anerkennung als Landeskirche, eine bedeutende Zahl bisher evangeliſcher Kirchen zu privativem Beſitze mit allen dazu gehörigen Gütern, Renten, Zehnten u. ſ. w. für immer garantirte. In den größeren Städten ſollte mindeſtens Eine Kirche den Katholiken zufallen, wo deren nicht mehrere vorhanden wären, das Chor von dem Schiffe der Kirche getrennt, und ihnen zu ausſchließlichem Gebrauche überwieſen werden; in den kleineren Städten dagegen, in den Flecken und auf dem flachen Lande wurde ihnen von den Mutterkirchen, den wohlerhaltenen und den baufälligen Filialkirchen, und von den zerſtörten Kirchen ein Anrecht auf zwei Kirchen unter ſieben zugeſtanden, wobei noch alle der Zeit in ihrem Beſitze befindlichen Mutterkirchen, gerade die beſſeren alſo und begüterſten, ihnen auf Abſchlag jenes Antheils zum voraus verbleiben ſollten. Nach gleichem Verhältniſſe von $\frac{2}{7}$ und

42) Vgl. Pütter a. a. O. S. 270 flg. So z. B. waren Berufungen vom Kirchenrathe an das katholiſche Regierungscollegium geſtattet; von dieſem erfolgte die Beſetzung der Pfarrſtellen, wozu der Kirchenrath nur ein Vorſchlagsrecht behielt; die Amtseinführung der Pfarrer und Superintendenten erfolgte im Namen des Regier.-Collegii durch katholiſche Beamte ꝛc. ſ. w.

$\frac{2}{7}$ wurde überall den Katholiken [43]), ohne Rückſicht auf Bekenntniß des Stifters, Fundationsbedingungen u. ſ. w., die Theilnahme an den ſtädtiſchen Kranken-, Waiſen- und Armenhäuſern zugeſichert, endlich von dem allgemeinen Kirchenfond, deſſen Verwaltung eine Generaladminiſtration gemiſchten Bekenntniſſes führen ſollte, ein Antheil von $\frac{2}{7}$ dem Landesherrn zu freier Dispoſition, d. h. zu Gunſten der Katholiken, überwieſen.

Kaum brachte daher der Rezeß den Evangeliſchen andern Gewinn, als daß der eigenmächtigen Beraubung ihrer Kirche wenigſtens beſtimmte Grenzen gezogen waren, und auch dieſer ward ihnen bald wieder verkümmert, indem die Landesherrſchaft nicht bloß die Katholiken in aller Weiſe begünſtigte [44]), ſondern auch den Evangeliſchen, bald mit offenkundiger Willkür, bald unter den nichtigſten Scheingründen, immer von neuem die rezeßmäßigen Rechte zu entziehen und zu ſchmälern verſuchte. Selbſt die Interceſſion Kaiſer Carl's VI., welcher im J. 1720 dem Kurfürſten Carl Philipp befahl, ſeine reformirten Unterthanen „bey allem dem, was ihnen vermöge des Osnabrückiſchen Friedens rechtmäßig gebühre, landesfürſtlich zu ſchützen", und namentlich alle Neuerungen ſeit dem Badener Frieden vom J. 1714 abzuſtellen, blieb ohne Folgen, und ward ſogar benutzt, den Zuſtand des J. 1714 als den fortan normalen geltend zu machen [45]). Der Uebergang der Pfalz an die Sulzbacher Linie im J. 1742 brachte dem unglücklichen Lande keine Erleichterung, das Ausſterben aber des Zweibrückener Stammes im J. 1731, und der Re-

43) Im ganzen Lande zuſammengerechnet betrug freilich deren Zahl nach den vielen Auswanderungen, wodurch die Pfalz $\frac{1}{4}$ ihrer Bevölkerung verlor, in neuerer Zeit mehr als zwei Siebentheile. Vgl. Pütter a. a. O. S. 245. u. 46.

44) Belege dafür giebt Pütter a. a. O. in mehr als genügender Zahl; hervorgehoben möge hier nur werden, daß nach S. 235. gegen Ende des vorigen Jahrh. ſelbſt in den niederen Landesämtern nur noch ſechs Reformirte angeſtellt waren, daß alle Stadt- und Dorfſchultheißen katholiſcher Confeſſion ſein mußten. Freilich war im Rezeſſe v. J. 1705 über die Fähigkeit der Evangeliſchen zu öffentlichen Bedienungen, abgeſehen von dem Kirchenrathe und den beiden theologiſchen Profeſſuren in Heidelberg, wohlweislich nichts beſtimmt worden.

45) Vgl. Pütter a. a. O. S. 142 flg.

ligionswechſel des Birkenfelder Hauſes [46]) entzog auch die Hoffnung, dermaleinſt wieder unter evangeliſche Landesherrſchaft zurückzukehren, und ſo blieb die Pfalz [47]) bis auf die neuere Zeit [48]) eben ſo ſehr der Schauplatz faſt ununterbrochener Religionsſtreitigkeiten, als die unerſchöpfliche Quelle von Gravaminal-Verhandlungen des Corpus Evangelicum, zugleich aber auch ein trauriger Beleg für die Unduldſamkeit des Katholicismus.

§. 8.

Innere Verfaſſung der Stiftsgebiete ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden.

Je bedeutender die Fortſchritte waren, welche ſolchergeſtalt im Weſten Deutſchlands die katholiſche Kirche von den glücklich behaupteten Biſchofsſitzen aus gemacht hatte, je mehr in den Erblanden des Habsburger Hauſes die Hierarchie dem lange verfolgten Ziele ausſchließlicher Herrſchaft ſich näherte, von Süden her dagegen das Bairiſche Herzogshaus allen gegenreformatoriſchen Beſtrebungen hülfreiche Hand bot, je entſchiedner auch in Norddeutſchland die katholiſche Parthei das Princip verfolgte, der Bisthümer mehrere in Einer Hand zu vereinigen, und dadurch nicht bloß an äußerer Macht, ſondern auch in dem Fürſtencollegio an

---

46) Der Hauptſtamm, welcher ſeit dem J. 1742 den Titel von Zweibrücken führte, trat im J. 1758, die Birkenfelder Nebenlinie im J. 1769 zur katholiſchen Kirche über.

47) In den kleineren angrenzenden Territorien hat zwar, gleich wie in den Beſitzungen der Zweibrückener Linie, die Ryswicker Clauſel auch an manchen Orten Herſtellung des katholiſchen Cultus zur Folge gehabt (Büſching a. a. O. Th. 7. S. 70. u. 211.); doch fand hier die evangeliſche Kirche in dem gleichen Bekenntniſſe der Landesherren genügenden Schutz gegen etwanige Anmaßungen des katholiſchen Clerus.

48) Den letzten Verſuch zur Herſtellung des Normalzuſtandes v. J. 1618 machten die Evangeliſchen der Pfalz, als im J. 1799 die Birkenfelder Linie dort und in Baiern zur Succeſſion kam; doch beſchränkte ſich Kurf. Maximilian Joſeph, weil nun ſchon die Katholiken ſeit einem Jahrhundert ſich im Beſitze der Kirchen u. ſ. w. befänden, und die Reichsſtände „ſolche Abfälle gegen jenes Normaljahr bereits freiwillig nachgegeben“ hätten, auf Abſtellung von Beſchwerden und Mißbräuchen, und erneute Zuſicherung vollkommener Religions- und Gewiſſensfreiheit. S. Kurpfälz. Relig.-Declar. v. 9. Mai 1799 in Reuß teutſcher Staats-Kanzlei. Jahrg. 1799. Bd. 5. S. 9.

Einfluß gewann [1]); um ſo bedrohlicher durfte der in der Kurpfalz von dem Katholicismus erſtrittene Sieg für die Zukunft der evangeliſchen Kirche erſcheinen. Die Nachgiebigkeit indeſſen, mit welcher das Corpus evangelicum dem Wunſche gütlicher Ausgleichung der Religionsdifferenzen ſelbſt die reichsfriedensmäßigen Rechte ſeiner Glaubensgenoſſen in der Pfalz zum Opfer brachte, konnte ſo wenig ohne Rückwirkung bleiben, als die Entſchiedenheit, welche gerade die beiden ſouveränen Mächte des evangeliſchen Deutſchlands, das Hohenzollernſche und Welfiſche Haus, in Vertretung ihrer Kirche bewährt hatten. Mehr und mehr gewannen zugleich in der Politik, in der innern Staatsverwaltung, in den Kreiſen des bürgerlichen Lebens die weltlichen Intereſſen das Uebergewicht, und während eine, wenn nicht unkirchliche und ungläubige, doch anticonfeſſionelle Richtung auf dem Gebiete der wiſſenſchaftlichen Beſtrebungen allmählich hervortrat, wandte ſich innerhalb der katholiſchen Kirche ſelbſt das Intereſſe immer entſchiedener den durch die Declaration des gallicaniſchen Clerus hervorgerufenen Bewegungen zu. Wie überall, mußte endlich auch hier die Macht der Gewohnheit ſich bewähren, welche früher auf dem Augsburger Reichstage zu Anerkennung der doch einmal zu feſter Exiſtenz gelangten evangeliſchen Kirche geführt hatte, jetzt den Verzicht auf das Verlorne als das einfachſte Mittel erſcheinen ließ, um das Behauptete und Wiedergewonnene zu erhalten. Der Sieg, welcher in der Pfalz der katholichen Hierarchie zu Theil ward, und ihr ohne Waffengewalt gewährte, was wenige Decennien zuvor die vereinigte Heeresmacht des Habsburgiſchen Hauſes und der katholiſchen Ligue zu erlangen nicht vermocht hatte, wurde faſt wider Erwarten ein Wendepunkt in der Politik der katholiſchen Parthei; in dem Verhalten namentlich der Niederdeut-

1) Seit Ferdinand's von Baiern Tode im J. 1650 waren Münſter und Paderborn von 1678—83. und von 1688—1718, Münſter und Cöln von 1723 bis auf die neueſte Zeit in Einer Hand, alle drei Biſthümer zugleich mit Osnabrück und Hildesheim von 1723—61 unter dem Bairiſchen Herzoge Clemens Auguſt vereinigt. Nur in Trier kommen ſolche Unionen nicht vor, und blieb hier auch, mit ſeltenen Ausnahmen, das Kapitel bei dem alten Herkommen, nur aus reichsritterſchaftlichen und dynaſtiſchen Familien die Biſchöfe zu wählen.

ſchen Prälaten tritt mehr und mehr die Tendenz hervor, ſich mit dem ruhigen Beſitze deſſen genügen zu laſſen, was in dem über ein Jahrhundert geführten Religionsſtreite ihrer Kirche geblieben, im Weſtfäliſchen Frieden garantirt war, und den falſchen Ruhm eines „Verbreiters des Glaubens“ dem wahren Wohle der ihrer geiſtlichen und landesfürſtlichen Obhut anvertrauten Lande unterzuordnen.

Unverändert im Ganzen blieb in den Rheiniſch-Weſtfäliſchen Stiftsgebieten die politiſche Verfaſſung, wie ſie in früheren Jahrhunderten ſich gebildet hatte. Die ohnedies unbegründeten Anſprüche auf Mithoheit mußten zwar die Domkapitel fortan aufgeben [2]), und williger denn früher fügten ſich ſowohl die übrigen geiſtlichen Stifter unter die landesherrliche Gewalt der Biſchöfe [3]), als die Städte, von denen nur Münſter nach dem Weſtfäliſchen Frieden noch einmal den Verſuch machte, die Reichsunabhängigkeit zu gewinnen [4]), welche Cöln und Wetzlar unter allen politiſchen und kirchlichen Unruhen glücklich behauptet hatten. Wie ſehr aber auch Macht und Anſehn der geiſtlichen Landesherren ſtieg, wie ſehr auch dieſe, im Inneren ihres Territorii wie nach Außen hin, hier leider ſelten dem Deutſchen Vaterlande zum Gewinn, durch gleichzeitigen Beſitz mehrerer Prälaturen, und dadurch an Selbſtſtändigkeit gewannen, daß ſie, meiſt dem Wittelsbacher Geſchlechte angehörig, an deſſen Hausmacht einen ſichern Rückhalt beſaßen, ſo konnte doch zu ſolcher Bedeutungsloſigkeit, als in den meiſten weltlichen Territorien, die hergebrachte lands-

2) Der in der Streitſache des Erzb. Phil. Chriſtoph von Trier ergangene Reichs-Commiſſorial-Rezeß vom 25. Aug. 1650 (bei Hontheim l. l. T. III. p. 663.) beſtätigte zwar die Wahlkapitulation als „norma et regula der Churf. Regierung“ und verpflichtete den Kurfürſten, „in wichtigen politiſchen und militar-ſachen unnd vorfallenheiten mit einem Dhomb-Capitul darüber forderiſt zu communiciren, unnd ohne deſſen vorwiſſen in dergleichen gravioribus nichts zu ſtatuiren oder vorzunehmen“; allein keine Hindeutung auf das prätendirte Mithoheitsrecht des Kapitels iſt darin enthalten.

3) Die Landſäſſigkeit der Abtei St. Maximin wurde im J. 1653 durch Urtheil und Recht, im J. 1669 von ihr ſelbſt nochmals anerkannt.

4) S. Erhard a. a. O. S. 486 flg. und v. Alpen a. a. O. Kap. 6. u. 12 flg.

ſtändiſche Verfaſſung in dieſen Wahlſtaaten nicht herabſinken. Den Domkapiteln blieb in ihrer ganzen corporativen Stellung, vor allem in dem Wahlrechte, welches äußerer Einwirkung zwar oft unterlag, aber doch vollſtändiger behauptet wurde, als es den landſäſſigen Stiftern möglich war, eine ergiebige Quelle weltlichen Einfluſſes, trotz dem, daß die Biſchöfe mehr und mehr die Domherren von der unmittelbaren Theilnahme an der Verwaltung auszuſchließen wußten. Zu feſt war auch das Anſehn des ſtiftiſchen Adels in dem eignen Grundbeſitze, in dem hergebrachten Anſpruche auf die oberen Landesämter, und in der engen Verbindung mit dem höheren Clerus begründet, als daß die Landeshoheit, der Erblichkeit entbehrend, bei Abweſenheit ihres Inhabers meiſt nur durch ihre dem Landesadel angehörigen Beamten repräſentirt, gebunden endlich durch das ſtets bewahrte Steuer-Bewilligungsrecht des Landtags, die Gerechtſame der Ritterſchaft gänzlich hätte hintanſetzen, oder gar vernichten können. Nur in der vollſtändigeren und geregelteren Organiſation der Landesverwaltung [5]), und in der geſteigerten Thätigkeit der legislativen Gewalt [6]), welche anfangs mehr auf Verbeſſerung der Rechtsverfaſſung und des Gerichtsweſens beſchränkt, nach und nach auch der innern Adminiſtration, der Landescultur und der Fürſorge für Geiſtesbildung ſich zuwandte, nicht aber in Umgeſtaltung der eigentlichen Landesverfaſſung giebt ſich eine Rückwirkung von den ſtaatsrechtlichen Grundſätzen kund, welche in neuerer Zeit in den inneren Zuſtänden der meiſten weltlichen Territorien ſo weſentliche Aenderungen hervorgerufen haben. Selbſt die enge Verbindung, welche von alter Zeit zwiſchen geiſtlicher und weltlicher Adminiſtration beſtand,

---

5) Eine Ueberſicht der geiſtlichen und weltlichen Behörden in den beiden Rheiniſchen Kurfürſtenthümern giebt Scotti's Samml. der Kur-Trier. Verordn. S. 1701 flg. und Samml. der Kur-Cöln. Verordn. Th. 1. Vorr. S. XIII flg. Ueber Paderborn vgl. Büſching Th. 6. S. 153.

6) S. das namentlich für Trier und Cöln reichhaltige Verzeichniß von Landesverordnungen in v. Kamptz Prov. u. Statut. Rechten Th. 2. §. 568. u. 584. u. Th. 3. §. 790. u. 812. In Trier iſt eine officielle Sammlung gar nicht, in Cöln erſt unter Erzb. Maxim. Friedrich im J. 1772, in Paderborn erſt im J. 1784 durch Biſch. Friedrich Wilhelm, in Münſter nur für die Regierungszeit der beiden letzten Biſchöfe erfolgt.

erhielt ſich dergeſtalt, daß die in präventiver Concurrenz mit den weltlichen niederen Gerichten den Officialaten, nicht etwa bloß über den geiſtlichen Stand, ſondern auch über Laien zuſtändige Civiljurisdiction erſt im Laufe des vorigen Jahrhunderts, weniger einer Aufhebung, als theilweiſer Beſchränkung unterlag [7]).

Erheblichere Aenderungen hat die kirchliche Verfaſſung jener Bisthümer erfahren. Durch den hier wie überall eingetretenen Verfall des Archidiaconalweſens kam die geſammte Kirchenregierung wieder in die Hände der vom Biſchofe abhängigen Vicariate und Officialate [8]), und gewann das biſchöfliche Amt um ſo mehr

---

7) In Trier wird dieſe concurrente Jurisdiction in der Ordin. Ioannis v. J. 1596 (bei Hontheim l. l. T. III. p. 178.) unbedingt, in einer Verordn. v. J. 1654 (bei Scotti Th. 1. S. 629.) noch für alle weltliche Sachen von über 32 Gulden Werth anerkannt; doch ſollte nach einer Verordn. v. 15. Sept. 1622 (ebend. Th. 2. S. 605. und Hontheim p. 274.) in ſolchen Civilſachen jede Berufung an den Pabſt oder deſſen Legaten, „damit die iurisdictiones nicht mit einander confundiret werden", verboten und dieſe nur an das Hofgericht geſtattet ſein. Erſt die Prälim.-Verordn. v. 1. Jan. 1719. §. 4—6. (Scotti S. 770. und Hontheim p. 904.) hob die Gerichtbarkeit der Officialate in Civilſachen der Laien auf, geſtand aber den Geiſtlichen auch als Klägern ein excluſives Forum vor den Officialen zu, von welchen jedoch in Civilſachen nur an das Hofgericht appellirt werden konnte. — In Cöln iſt dieſe Gerichtbarkeit der Officialate, wie in der Reform. iurisd. eccles. des Kurf. Ernſt v. J. 1593 (Vollſt. Samml. der Cöln. Edicte Th. 1. No. 191.), ſo auch noch in einer Verordn. Kurf. Clemens Auguſt vom 18. Sept. 1743 (ebend. No. 146.) für Perſonal- und Realſachen, in petitorio und possessorio anerkannt, und nur auf Grund beſonderer Privilegien, wie z. B. die Stadt Cöln genoß (ſ. oben §. 2. Note 44.) eine alleinige Jurisdiction den weltlichen Gerichten erſter Inſtanz zugeſtanden; die Appellation war aber auch hier nach der App. u. Reviſ. Gerichts-Ordn. v. 10. Sept. 1653 (ebend. No. 148.) in derartigen Civilſachen bloß an die Canzlei, nicht an den Nuntius geſtattet. Vgl. auch Ordo appellationum Ducat. Angariae et Westph. v. J. 1641 in Cosmann's Material. Th. 1. S. 235. — Daß in Münſter (und wahrſcheinlich auch in Paderborn) den Officialen eine Gerichtbarkeit in Civilſachen überhaupt zuſtand, und von dieſen noch im 17ten Jahrh. nach althergebrachter Obſervanz eine Berufung an die höheren geiſtlichen Behörden eintrat, ergiebt ſich aus der angef. Trierer Verordn. v. J. 1622 (vgl. auch I. H. Böhmeri Ius Eccl. Prot. T. I. tit. 30. §. 16.); ob aber, wann und wie hier ähnliche Einſchränkungen beliebt wurden, iſt mir nicht bekannt.

8) In Trier iſt die Jurisdiction der Archidiaconen ſchon im 13ten Jahrh. der des Officials untergeordnet worden, ſpäter aber ganz weggefallen (Hontheim diss. ad Sec. XIII. §. 8. XIV. §. 11. XV. §. 11.); in Betreff der Verwaltung beſtätigten ihnen ſchon die Wahl-

an Selbſtſtändigkeit, als der Metropolitannexus faſt nur dem Namen nach ſich erhielt [9]. Die Exemtionen des Regularenſtandes, welche früher in ſo vieler Beziehung der Wirkſamkeit der Ordinarien Hemmniſſe entgegengeſtellt hatten, und eine Quelle unzähliger Mißbräuche geweſen waren, hatte ſchon das Tridentiner Concil vielfach eingeſchränkt, und unverkennbar iſt, daß die Biſchöfe, namentlich gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, auch dem Kloſterweſen ihre oberhirtliche Fürſorge zugewendet haben [10], die vielleicht noch wirkſamer geweſen ſein würde, wenn nicht bei dem größeren Theile dieſer geiſtlichen Stiftungen ſchon längſt weltliche Intereſſen ihre urſprünglich kirchliche Beſtimmung in den Hintergrund geſtellt hätten, wenn nicht der Stiftsadel bei dem unveränderten Fortbeſtande dieſer Inſtitute perſönlich betheiligt, noch einer gründlichen Reform derſelben die conſervative Tendenz des hierar-

---

kapitulationen des 16. u. 17. Jahrh. nicht viel mehr als das Inveſtitur- und Inſtitutionsrecht (ibid. T. II. p. 571., T. III. p. 565.), und ſelbſt dies wird in der Ordinatio pro consist. Trevir. vom 10. März 1719. §. 2. (in der ſ. g. Blattau'ſchen Samml. erzb. Trier. Verordn. No. 22. S. 164 flg.) nur beiläufig und bedingungsweiſe vorbehalten, gleichzeitig auch das bisher noch unter Berichtserſtattung an den Biſchof (ebend. No. 8. S. 95 flg.) geübte Viſitationsrecht auf die Landdechanten übertragen. — In Cöln, wo dies Amt mit beſtimmten Prälaturen verbunden war, nicht wie in Trier vom Erzbiſchofe vergeben wurde, erkennt noch die Syn. dioec. Colon. vom J. 1661 (bei Schannat Conc. Germ. T. IX. p. 899 sq.) in P. 3. tit. 5. c. 2. die Concurrenz der Archidiaconal-Gerichtbarkeit mit der der Officiale an, und eine von Binterim a. a. O. Th. 2. S. 306. mitgetheilte Beſtallung für den Official des Neußer Archidiaconus vom J. 1683 führt neben dem ius instituendi etc. auch das Recht zur Criminal- und Civil-Jurisdiction auf. Durch die beſonderen Rechte der Jülich-Cleveſchen Landdechanten, und die vollſtändigere Organiſation der erzbiſchöflichen General-Vicariate ſank aber auch hier das Archidiaconat allmählich zu bloßem Perſonat herab. — In Paderborn haben ſich die Archidiaconen äußerlich bis auf die neuere Zeit erhalten; doch haben die Biſchöfe ſie mehr als ihre Beamten, nicht als ſelbſtſtändige Kirchenobere behandelt. Vgl. Syn. dioec. Pad. A. 1688. P. 3. tit. 1. (Schannat l. l. T. X. p. 126 sq.).

9) In Trier iſt ſeit dem J. 1549 überhaupt kein Concil wieder gehalten worden (Trierer Chron. Jahrg. 1830. S. 37 flg.), eben ſo wenig ſeitdem m. W. ein Cölner Provincialconcil, obwohl der Diöceſanſynoden noch mehrere, ſelbſt im vorigen Jahrh., ſtattgefunden haben.

10) S. z. B. Conc. prov. Trev. A. 1549 c. de regul., Syn. dioec. Colon. A. 1662. P. III. tit. 6. c. 6., Syn. Paderb. A. 1644., Cöln. Verordn. v. 11. Mai 1791., und Trierer Verordn. v. 18. Jan. 1779., 19. Oct. 1784.

chiſchen Syſtems überhaupt, der Römiſche Stuhl insbeſondere entgegen geweſen wäre, welcher ſogar in dieſer Zeit einzelnen Abteien, ſo im J. 1752 dem Stifte Fulda, im J. 1794 der Abtei Corvey, zu Sicherung ihrer alten Exemtionsprivilegien die vollen biſchöflichen Rechte ertheilte, und ſo ohne Noth die Zahl der Bisthümer in Deutſchland vermehrte. Nicht mindere Anerkennung verdient, was von Seiten der Biſchöfe, wie für den Unterricht überhaupt, ſo für wiſſenſchaftliche und praktiſche Ausbildung des weltgeiſtlichen Standes, für Abſtellung von Mißbräuchen im Cultus, für Verbeſſerung der Seelſorge und geſammten Pfarrverwaltung, für gehörige Adminiſtration und Verwendung des Kirchenvermögens im letzten Jahrhundert geſchehen iſt [11]). In einzelnen Beziehungen giebt ſich ſogar in der Geſetzgebung dieſer geiſtlichen Territorien der Einfluß der Grundſätze kund, welche über Stellung der Kirche zum Staate, und über Bedeutung der Vorrechte des geiſtlichen Standes theils allgemeine doctrinelle Geltung gewonnen haben, theils das Motiv der weltlichen Geſetzgebung und die Grundlage der Staatsverfaſſung geworden ſind. Kaum noch wurde das Prinzip der Immunität des geiſtlichen Standes anerkannt, am wenigſten wirklicher Genuß völliger Steuerfreiheit zugeſtanden [12]). Der privilegirte Gerichtsſtand der Geiſtlichen konnte um ſo weniger als Exemtion von der landesfürſtlichen Gerichtbarkeit gelten, als die Officialate eigentlich mehr landesherrlich-weltliche, als geiſtliche Gerichte waren [13]); dem canoniſchen Rech-

11) In das Einzelne kann hier nicht eingegangen werden; jedoch verdient es Beachtung, daß dieſe kirchliche Legislation lediglich in Form gewöhnlicher Landesverordnungen erfolgt iſt, und daß auch in dieſen geiſtlichen Territorien, wie z. B. bei Verwaltung des Kirchenguts und Abnahme der Kirchenrechnungen, die „landesherrliche“ Aufſicht von der geiſtlichen Autorität ſehr beſtimmt geſchieden wurde. Vgl. die Münſt. Verordn. über Kirchenbauten v. 14. März 1783, Paderb. K.-Ordn. 1686. Kap. 11. §. 2., Cölner Verordn. v. 20. März 1783., Trierer Verordn. über Verwaltung d. Kirch. Verm. v. 10. Decbr. 1784. §. 8. u. 9.

12) So ſehr galt z. B. in Cöln das ſ. g. subsidium charitativum als Landesſteuer, daß es auch von den inländiſchen Gütern auswärtiger Stifter ohne weiteres erhoben wurde (Verordn. v. 17. Juni 1778 bei Scotti a. a. O. S. 971.).

13) Dies zeigt ſich namentlich darin, daß in allen Civilſachen die Appellation von den Officialaten an die Hofgerichte und Canzleien ging.

Rechte entgegen iſt auf einer Münſterſchen Synode ſogar mit Bewilligung des Römiſchen Stuhls den Geiſtlichen geſtattet worden, auf weltliche Gerichte zu prorogiren [14]). Ehe- und andere geiſtliche Sachen blieben zwar, gleich wie die Strafgerichtbarkeit über die Cleriker, den Officialaten; aber weder gegenſeitig [15]), noch für ihre eigenen Gerichte [16]) ließen die Biſchöfe das Prinzip der präventiven Concurrenz geiſtlicher und weltlicher Gerichtbarkeit in ſ. g. delictis mixti fori unbedingt gelten, und wie im Trieriſchen neuerer Zeit den Kloſterobern das Recht zu Gefängniß- und Leibesſtrafen abgeſprochen wurde, weil dies der biſchöflichen und landesherrlichen Gewalt ausſchließlich zuſtehe [17]), ſo hatte hier ſchon die Präliminar-Juſtizverordnung vom J. 1719 zwar die iurisdictio mixti fori den geiſtlichen Gerichten beſtätigt, aber zugleich beſtimmt, daß in allen Fällen, wo aus der Vorunterſuchung ſich die Nothwendigkeit von Leibesſtrafen oder Landesverweiſung ergebe, die Unterſuchung an die weltlichen Gerichte abgegeben werden ſolle [18]). Selbſt die Nothwendigkeit des landesherrlichen Placets, in neueſter Zeit Gegenſtand ſo lebhafter Conteſtationen, war der Verfaſſung dieſer geiſtlichen Territorien keineswegs fremd.

---

14) Synod. Monast. A. 1655. tit. 16. de immunit. eccl. (Schannat l. l. T. IX. p. 812 sq.).

15) Hobbeling in ſ. Beſchr. des Stifts Münſter S. 117. bemerkt, im untern Emslande, Osnabrücker Diöceſe, habe das Bisthum Münſter ſeit mehr als 100 Jahren vor der Reformation „kraft landtfürſtlicher Obrigkeit“ allein die iurisdictio mixti fori geübt, und beruft ſich darauf, daß auch Paderborn im Corvey'ſchen, Trier im Cölner Amte Andernach ſich nie die Beſtrafung der casus mixti fori angemaßt habe.

16) Die Syn. dioec. Colon. A. 1662. P. III. tit. 3. c. 2. erkennt die geiſtliche Competenz sub No. 4. nur an für die crimina, quae tantum iuri canonico adversantur, uti sunt violatio ieiunii, festorum etc., et generaliter quaevis delicta a clericis et personis ecclesiasticis perpetrata, ohne für ſonſtige Delicte das Präventionsrecht auch nur zu erwähnen, während daſſelbe in der Reform. der weltl. Gerichte des Kurf. Herrmann v. J. 1537. (Vollſt. Samml. No. 143. S. 421.) noch für alle Sachen beſtätigt iſt, „die nit gantz jrer natur und art geiſtlich ſein, welche die Rechte mixti fori nennen“.

17) Verordn. vom 28. Novbr. 1785 in Scotti's Samml. Kur-Tr. Verordn. Th. 3. S. 1369. Aehnliche Beſtimmungen enthält die Kur-Cöln. Verordn. vom 24. Februar 1786.

18) S. §. 4. der oben Note 8. angeführten Ordin. pro consist. Trevir. vom 10. März 1719.

In Uebereinſtimmung mit älteren Synodalſchlüſſen, wonach alle päbſtlichen Ehedispenſe und **rescripta de providendo** dem Biſchofe erſt zur Approbation ſollten vorgelegt werden [19]), verbot in Cöln Herzog Ferdinand von Baiern, daß ohne ſeinen ſchriftlichen Conſens überhaupt keine **mandata gratiae** oder **litterae apostolicae** publicirt würden, und ganz allgemein verordnete ſein Nachfolger Maximilian Heinrich, daß alle fremde Urtheile und Mandate vor deren Befolgung und Ausführung erſt zur Beſtätigung, und zwar der kurfürſtlichen Canzlei, vorgelegt werden müßten [20]). In ähnlicher Weiſe verfügte ſchon im J. 1532 Erzbiſchof Johann von Trier, und zwar ausdrücklich „als der Landsfürſt und **Ordinarius**“, an die ſämmtlichen Stifter und Landdechanten, daß ſie ohne vorgängige Approbation „fürther keiniche **reservationes, gratias expectativas, commendas, nominationes, preces, executiones** und dergleichen Proviſion uf einiche Dignitäten, Beneficien oder Officien“ von der Römiſchen Curie mehr annehmen ſollten [21]), und an Beiſpielen, wo zur Publication päbſtlicher Bullen beſondere Autoriſation ertheilt worden, fehlt es eben ſo wenig. Nicht ſowohl war es daher eine Neuerung, ſondern nur förmliche Erklärung deſſen, was in der Praxis längſt ſchon befolgt war, als zu Ende des J. 1786 in Trier wie Cöln an die geſammte Landes-Geiſtlichkeit das unbedingte Verbot erging, päbſtliche Bullen und Breven, wes Inhalts immer, ohne vorgängige Einſicht und Genehmigung des Biſchofs oder ſeiner Behörden anzunehmen [22]).

Nach ſolchen Vorgängen hätte es nicht ohne Rückwirkung

19) Vgl. z. B. Conc. dioeces. Colon. A. 1353 bei Schannat l. l. T. IV. p. 471. und Lünig Spic. eccl. Fortſ. I. S. 482.

20) Verordnung vom 2. März 1645 und 13. July 1673 in Scotti's Samml. Kur-Cöln. Verord. Th. 1. S. 252. und Vollſt. Samml. etc. No. 206. Vgl. auch Syn. Col. A. 1662 P. II. Tit. 6., wo die Einreichung aller Indulgenzprivilegien, Behufs der Approbation, vorgeſchrieben wird.

21) S. Hontheim diss. ad Sec. XVI. §. 10. und T. II. p. 626., wo das betreffende an alle Stifter und Landdechanten gerichtete Circular d. d. Jubilate 1532 mitgetheilt wird.

22) Kur-Trierer Verordn. vom 20. Dezbr. 1786 und Kur-Cöln. Verordn. vom 19. eiusd. bei Scotti a. a. O. S. 1370. und S. 1135.

auf die geſammte kirchliche Organiſation jener geiſtlichen Territorien bleiben können, und würde, weil ausgehend von den Kirchenobern ſelbſt, zu gründlicher Reform der katholiſchen Kirchenverfaſſung Deutſchlands den Weg angebahnt haben, wenn die berühmte Bad-Emſer Punktation[23]), deren ſich am 25. Auguſt 1786 die drei Rheiniſchen Kurfürſten mit dem Erzbiſchofe von Salzburg einigten, die anfangs davon gehofften Reſultate gehabt hätte. Aeußerlich hervorgerufen durch die bekannten Nuntiaturſtreitigkeiten[24]), aber weſentlich beruhend auf den Grundſätzen, auf welche das ſ. g. Episcopalſyſtem den ganzen innern Organismus der katholiſchen Hierarchie zurückzuführen verſucht hatte[25]), waren allerdings die Beſchlüſſe jenes geiſtlichen Congreſſes hauptſächlich darauf gerichtet, die päbſtlichen Reſervatrechte in die Grenzen der Basler Synodalſchlüſſe einzuſchränken[26]), und den bisherigen willkürlichen Eingriffen in die Rechte der Biſchöfe und Metropoliten, ſo wie den zahlreichen Mißbräuchen und Uebelſtänden Maaß und Ziel zu ſetzen, welche theils von der geſammten

---

23) Nebſt einigen darauf bezüglichen Schreiben der Kurfürſten und des Kaiſers iſt dies wichtige Document, deſſen Veranlaſſung, Zweck und Inhalt hier nur angedeutet werden konnte, gedruckt in: Die neueſten Grundl. der teutſch-kathol. Kirchen-Verf. Stuttg. 1821. S. 214 flg. und in Münch's Samml. der Concord. Th. 1. S. 404 flg. Ueber die ganze Angelegenheit vgl. auch deſſen Geſchichte des Emſer Kongreſſes. Carlsruhe 1840.

24) Vgl. A. J. C. (äſar's) Geſch. der Nuntiaturen. Deutſchl. 1790. S. 121—28. 183 flg. und App. Doc. No. I, wo das in den Grundlagen u. ſ. w. fehlende Schreiben von Kurmainz vom 22. Sept. 1785 mitgetheilt iſt, wodurch die Angelegenheit zuerſt an Kaiſer Joſeph gebracht wurde.

25) Gleich im Eingange wird als Grundprinzip, aus welchem alle Vorſchläge und Anträge hergeleitet werden, die Anſicht ausgeſprochen: „Der Römiſche Pabſt iſt und bleibt zwar immer der Oberaufſeher und Primas der ganzen Kirche, der Mittelpunkt der Einigkeit, und iſt von Gott mit der hierzu erforderlichen Jurisdiction verſehen ꝛc.... Allein alle andere Vorzüge und Reſervationen, die mit dieſem Primate in den erſten Jahrh. nicht verbunden geweſen, .. können itzt ... in den Umfang dieſer Jurisdiction nicht gezogen werden. Dieſe gehören vielmehr in die Claſſe der Eingriffe der Römiſchen Curie, und die Biſchöfe ſind befugt, ſich ſelbſt in die eigene Ausübung der von Gott ihnen verliehenen Gewalt .... wiedereinzuſetzen“.

26) Vgl. Art. 6. 7. 23.

Nuntiatur-Einrichtung[27]), theils von der bisherigen Stellung des Regularenſtandes zur biſchöflichen Gewalt[28]), theils von dem hergebrachten Beſitzſtande der päbſtlichen Diſpenſations- und Abſolutionsgewalt[29]) und der ſonſtigen Reſervatrechte[30]) unzertrennlich ſchienen. Aber die größere Unabhängigkeit, welche Rom gegenüber der Diöceſangewalt vindicirt wurde, und die unbedingte Unterordnung aller zeither eximirten kirchlichen Inſtitute und Perſonen unter die biſchöfliche Autorität hätte die Biſchöfe in den Stand geſetzt, ſich mit noch größerem Erfolge der Verbeſſerung der Kirchendisciplin zu widmen, welche die verſammelten Prälaten als das Ziel ihrer Wünſche und Beſtrebungen nicht bloß bezeichneten[31]), ſondern auch durch einzelne Vorſchläge[32]) und durch den Eifer bekundeten, mit welchem ſie theils früher ſchon, theils gleichzeitig der kirchlichen Verwaltung der eignen Territorien ihre geſetzgeberiſche Fürſorge zuwendeten. Wäre daher auch ſchwerlich der im Hintergrunde liegende Plan zur Ausführung gekommen, die in Verfall gerathenen Synodal-Einrichtungen der früheren Zeit neu zu beleben, und in dem politiſch zerſplitterten Deutſchland für das katholiſche Bekenntniß die Einheit einer Nationalkirche zu gewinnen[33]), ſicher wäre doch für Verfaſſung und Verwaltung der katholiſchen Kirche in vielen Beziehungen das Unternehmen jener Prälaten von heilſamen Folgen geweſen, hätte ihm nur genügende Unterſtützung nicht gefehlt. Allein bei den Diöceſan-Biſchöfen,

---

27) Art. 4. sub d. und e. und Art. 22.

28) Art. 1. sub c—e.

29) Art. 2., Art. 4. sub a. und Art. 5.

30) Art. 7. sub b—e., Art. 8 flg., Art. 17—22. vgl. mit Art. 4. sub b. und c.

31) Vgl. Art. 23.

32) Art. 2. sub e., Art. 3., Art. 8. sub a., Art. 11. sub b. u. Art. 12.

33) Mehrere Punkte wurden dem binnen zwei Jahren zu haltenden Nationalconcile zur Erwägung und Entſcheidung vorbehalten (vgl. z. B. Art. 7 sub a., Art. 15. sub d., Art. 21. 23.), und ſelbſt eine allgemeine Kirchenreformation in Ausſicht geſtellt. Die Erzbiſchöfe trugen auch bei Ueberſendung der Punktation an den Kaiſer für den Fall, daß auf gütlichem Wege von Rom nichts zu erwirken ſei, auf Herbeiführung eines Nationalconcils, und wenn dies nicht zu erlangen, oder ohne Erfolg ſein ſollte, auf Verhandlung der Sache auf dem Reichstage an. Vgl. die angef. Grundlagen u. ſ. w. S. 256.

welche ein zu großes Uebergewicht der geiſtlichen Kurfürſten fürchteten, fand der Aufruf der Metropoliten wenig Anklang[34]). Je mehr die kirchlichen Reformpläne Kaiſer Joſeph's in ſeinen Erblanden die Grenzen wohlbegründeten Rechts überſchritten, und der erforderlichen Ruhe und Beſonnenheit entbehrten, um ſo größeres Bedenken erweckte bei Laien und Geiſtlichen, bei den Kirchenobern und katholiſchen Reichsſtänden, das lebhafte Intereſſe, mit welchem er ſich jener Angelegenheit annahm. Zu feſt war auch noch das Anſehn des Römiſchen Stuhls in der Maſſe des Volks begründet, zu groß deſſen Einfluß auf die Stiftsgeiſtlichkeit, zu gewaltig die Macht der Gewohnheit und eines ſeit Jahrhunderten behaupteten Beſitzſtandes, als daß nicht ſelbſt unter den günſtigſten äußeren Verhältniſſen die Durchführung der beabſichtigten Kirchenreform unzählige Schwierigkeiten hätte finden müſſen. Kaum begonnen, gerieth ſo dies große, von Vielen mit freudigem Beifall begrüßte Unternehmen ins Stocken, und der Entſchluß der verbündeten Prälaten, die Angelegenheit ſofort an den Reichstag zu bringen, blieb ohne Erfolg[35]). Schon im J. 1790 ſah ſich der Kurfürſt von Trier, Herzog Clemens Wenzel von Sachſen, durch den Widerſpruch, welchen die Neuerungen in den Pfälziſchen Landen und im Lothringiſchen fanden, zu förmlichem Widerrufe veranlaßt[36]); bald gaben auch die drohenden Anzeichen der in Frankreich herannahenden Ereigniſſe den kirchlichen und politiſchen Intereſſen des geſammten Deutſchlands eine andere Rich-

---

34) Die Biſchöfe von Freiſingen und Paderborn hatten ſich gleich anfangs mit den Schritten der Erzbiſchöfe einverſtanden erklärt; deſto entſchiedener ſtellte ſich dem Unternehmen der Biſchof von Speyer entgegen. Cäſar a. a. O. S. 196 flg.

35) Ebend. S. 219. und 233 flg.

36) Das Public. vom 20. Febr. 1790, worin der Kurfürſt verbot, daß „weder vor noch gegen die Sätze des Emſer Congreſſes disputirt und geſchrieben“, deſſen Inhalt vielmehr nur als eine Punktation auf der Univerſität vorgetragen werden ſolle, zugleich ſeine „ernſtliche Willensmeinung“ dahin kund gab, „daß itzt und in Zukunft unſere geiſtliche Gewalt nicht über die Grenzen jenes offenbaren, ruhigen und erweislichen Beſitzſtandes ausgedehnt werde, welchen Unſere Vorfahren in dem Erzſtift und Wir vor dem Emſer Congreſſe gehabt und hergebracht haben“, ſ. bei Scotti a. a. O. Th. 3. S. 1370.

tung, und im gewaltſam die Grenzen ihres Geburtslandes überflutenden Strome der franzöſiſchen Revolution verſchwand faſt ſpurlos dieſer Reformationsverſuch, mit ihm das ſtolze Gebäude der katholiſchen Hierarchie Deutſchlands.

§. 9.

Lage der Evangeliſchen in den Stiftsgebieten ſeit Anfang des achtzehnten Jahrhunderts.

Erfolglos wie einſt die Declarationen des Gallicaniſchen Clerus, blieb der Bad-Emſer Punktation keine andre Bedeutung, als einer aus der Mitte des Deutſchen Episcopats hervorgegangenen feierlichen Proteſtation gegen das angeblich auf unverletzlicher Baſis göttlichen Rechts und auf unantaſtbarem Beſitzſtande ruhende Papalſyſtem, und einer indirecten Billigung der Prinzipien, auf welchen das Kirchenſtaatsrecht unſrer Tage beruht. In einer Beziehung hat jedoch die Geſetzgebung, welche jene kirchlichen Bewegungen theils vorbereitete, theils begleitete, auch noch über die Dauer der Rheiniſch-Weſtfäliſchen Stifter hinaus ſich wirkſam erhalten, in der größeren Duldung nemlich, welche den Evangeliſchen in den biſchöflichen Gebieten gewährt wurde, und die erſten, obſchon ſchwachen Keime zur Bildung evangeliſcher Gemeinden in jenen Gegenden legte.

Gänzlich dies Bekenntniß in den ihrer weltlichen Hoheit unterworfenen Ländern zu unterdrücken, hatten die Biſchöfe nicht vermocht; in der Stille waren einzelne Familien des Adels demſelben treu geblieben, und in manchen Städten erhielt es ſich durch den Handelsverkehr mit den benachbarten Ländern in ſchwachen zerſtreuten Ueberreſten. Ohne Nachfolge blieb indeſſen das Beiſpiel des Paderborner Biſchofs Herrmann Werner, welcher dem förmlichen Verbote gemiſchter Ehen die Abmahnung von ſolchen Bündniſſen vorzog, und obwohl nicht geneigt, den Beſuch akatholiſcher Kirchen zu geſtatten, doch die Unanwendbarkeit der alten Ketzergeſetze gegen die Evangeliſchen anerkannte, dieſen auch nicht bloß dem Weſtfäliſchen Frieden gemäß die Beerdigung auf den katholiſchen Kirchhöfen gewährte, ſondern ſogar die Fähigkeit zur

Pathenſchaft unter gewiſſen Cautelen zugeſtand[1]). In allen übrigen biſchöflichen Territorien dauerte die frühere Strenge der Geſetzgebung fort, ward hie und da ſelbſt geſteigert[2]), und mit ſolcher Eiferſucht wachte die ſtreng katholiſche Parthei über die ausſchließliche Herrſchaft ihres Bekenntniſſes und Cultus, zu ſolcher Höhe hatte ſich auch in der Maſſe des Volks der Haß gegen die Evangeliſchen geſteigert, daß, als zu Anfange des vorigen Jahrhunderts der König von Preußen zu Cöln in dem Hauſe ſeines Kreis-Directorial-Geſandten mit Bewilligung des Raths eine Kapelle errichtete, die bloße Beſorgniß, es könnten die Evangeliſchen unter der Bürgerſchaft die Geſandtſchaftskapelle zu Gewinnung eines Religionsexercitii benutzen, zu förmlichem Aufruhre führte, und der apoſtoliſche Nuntius ſogar ſo weit ging, aus päbſtlicher Machtvollkommenheit den Vergleich zu annulliren[3]), in welchem der Rath, nicht etwa den evangeliſchen Gottesdienſt geſtattet, ſondern, um weiteren Unruhen vorzubeugen, den Preußiſchen Hof bewogen hatte, mit der Reſervation ſeines Rechts und mit vollſtändiger Genugthuung für die völkerrechtswidrige Verletzung ſeines Geſandten ſich zu begnügen, und die Schließung der Geſandtſchaftskapelle zuzuſagen.

Im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts gewannen aber die Rheiniſch-Weſtfäliſchen Biſchöfe einzelne Orte und Herrſchaften,

1) Vgl. Erneute Kirchen-Ordn. vom J. 1686 Kap. 2. §. 1. und K. 8. §. 4. (in Hochf. Paderb. Landes-Verordn. Th. 1. S. 214 flg.) u. Syn. Paderb. A. 1688. P. I. tit. 1. u. P. II. tit. 10. in f. (Schannat l. l. T. X. p. 126 seq.)

2) So z. B. in Cöln wiederholte noch die Polizei-Ordn. f. Weſtf. vom J. 1723 Tit. 9. (bei Scotti a. a. O. S. 623 flg.) das ältere Verbot gegen Winkelprediger u. ſ. w., und während das Conc. dioec. Colon. A. 1612. tit. 3 c. 1. (Schannat T. IX. p. 155 seq.) die Trauung gemiſchter Ehen nur von der wahrſcheinlichen Hoffnung eines Uebertritts des akatholiſchen Theils abhängig machte, und die Kirchen-Ordn. vom J. 1629 §. 21. (Scotti a. a. O. S. 222.) ſich mit einem allgemeinen Verbote an die Pfarrer, keine „wiederwerdige Religions-Verwandte“ einzuſegnen, begnügte, wurde in der Syn. dioec. A. 1651. P. IV. c. 25. (Schannat l. l. p. 729 seq.), da nun die Herrſchaft des Katholicismus geſichert ſchien, die Trauung an die vorgängige Abſchwörung der Ketzerei als unerläßliche Bedingung geknüpft.

3) Den Vergleich vom 16. Januar und das Annullationsdecret vom 21. Januar 1709 ſ. bei Lünig P. spec. Th. 3. S. 290—92.

in welchen der unzweifelhafte Beſitzſtand des J. 1624, oder ausdrückliche Erwerbsſtipulationen den Evangeliſchen den Fortgenuß freier öffentlicher Religionsübung ſicherten. So fiel an das Erzſtift Cöln das mitten zwiſchen Cleve und Mörs belegene Amt Rheinbergen, wo die Evangeliſchen, unter dem Schutze der Niederlande und begünſtigt von den Fürſten von Bentheim, den Beſitzern der dortigen Herrſchaft Alpen, öffentlichen Gottesdienſt behauptet hatten, auf Grund des Beſitzſtandes vom J. 1624 auch bis auf die neueſte Zeit hin ihr eignes Conſiſtorium, in Gemeinſchaft mit der evangeliſchen Gemeinde der benachbarten, dem Freiherrlich Mylendonk'ſchen Geſchlechte gehörigen reichsfreien Herrlichkeit Hörſtgen, behielten. Eben ſo verblieb in der vom Cölner Kurfürſten Clemens Auguſt (1723—1761) von dem Marquis von Weſterlo erkauften, und dem Stifte hinterlaſſenen Herrſchaft Odenkirchen den Evangeliſchen der ausſchließliche Beſitz der Kirche[4]), und zu ähnlicher Bewilligung ſahen ſich die Biſchöfe von Münſter in dem Städtchen Weerth genöthigt, wo die Niederländer, wie es ſcheint während des Jülicher Erbſtreits, den evangeliſchen Gottesdienſt eingeführt, die ſpäteren Beſitzer aber, die Grafen von Culenburg, und nachher das Gräflich Waldeckiſche Haus, gegen den Widerſpruch des Münſterſchen Stifts behauptet
1718 hatten, und Biſchof Franz Arnold von Metternich, als er die Herrſchaft durch Kauf wieder an das Stift brachte, durch eine beſondre Verordnung über die Beſetzung des dortigen reformirten Kirchenraths anerkannte[5]). Das Beiſpiel benachbarter Territorien, insbeſondre der Jülich-Bergiſchen Lande, wo bei überwiegender Mehrzahl der Katholiken die Evangeliſchen an vielen Orten öffentlichen Cultus hatten, überall beſchränkter Privat-Religionsübung genoſſen, mochte nicht minder, als die in der Pfalz dem katholiſchen Cultus gemachten Zugeſtändniſſe dahin wirken, daß auch die Biſchöfe der, gegenſeitiger religiöſer Duldung mehr und

4) Hiſtoriſch-geogr. Beſchreib. des Erzſt. Cöln S. 115 flg., Büſching a. a. O. Th. 6. S. 620. und Th. 9. S. 606.

5) Vgl. Erhard's Geſchichte von Münſter S. 536. u. 572. und Büſching Th. 6. S. 24. Die betreffende Verordnung ſ. bei Lünig Spicil. eccl. Cont. 3. p. 1157.

mehr zugeneigten, Anſicht der Zeit ſich anſchließen zu müſſen glaubten. In Paderborn und im Münſterlande kam es zwar nicht zu ausdrücklicher Freigebung des evangeliſchen Bekenntniſſes, jedoch ließ man von der ſtrengen Handhabung der dawider ergangenen Edicte nach, und gewährte wenigſtens den einzelnen lutheriſchen und reformirten Familien des Landesadels freie Hausandacht und den Beſuch auswärtigen Gottesdienſtes [6]). In Trier [7]) dagegen und in Cöln ergingen im J. 1787, nách dem in den Oeſterreichiſchen Erblanden vom Kaiſer Joſeph gegebnen Beiſpiele, förmliche Toleranzedicte, welche freie Privat-Religionsübung ſo wie den Betrieb bürgerlicher Gewerbe den Evangeliſchen geſtatteten [8]).

Von dieſer Bewilligung durch Erbauung von Bethäuſern und Einrichtung förmlichen Gottesdienſtes Gebrauch zu machen, waren indeſſen nur an wenigen Orten die Evangeliſchen zahlreich und begütert genug, und außer dem Rechte unbeirrten Aufenthalts im Lande, freien Gewerbsbetriebes und beliebigen Beſuchs benachbarter Kirchen, brachte jenes Zugeſtändniß kaum einen andern Gewinn der evangeliſchen Kirche, als daß die weltlichen Regierungen, welchen einige Jahre darauf die Stiftsgebiete zufielen, auf

---

6) S. das Hochſtift u. Biſth. Münſter. Leipzig 1801. S. 8. und Büſching Th. 6. S. 156. — Außerhalb des Amts Schwalenberg war übrigens das Dorf Herlingſen bei Warburg bis zur Säculariſation der einzige Ort im Stiftsgebiete, wo evangeliſcher Gottesdienſt, und auch hier nur privatim, ſtatt fand. S. Beſſen's Geſchichte von Paderborn. Th. 2. S. 416.

7) Schon im J. 1764 hatte hier die Regierung es für dienlich erachtet, die Geiſtlichkeit von allen Verunglimpfungen der Evangeliſchen und von unzeitigen Religionscontroverſen abzumahnen. S. Verordn. über d. theol. Stud. an der Univerſität Trier sub No. 20. (Scotti a. a. O. S. 1147.).

8) Ueber Trier, wo in Folge deſſen die noch in der Ordin. archiep. vom J. 1720 c. 2. §. 31. für Trauung gemiſchter Ehen vorgeſchriebene Anfrage beim Gen.-Vicariate aufhörte, vgl. die Official.-Verordn. vom 10. Febr. 1787 bei Scotti a. a. O. S. 1459.; über Cöln dagegen, wo fortan ſogar die Beiſetzung der Evangeliſchen auf katholiſchen Kirchhöfen geſtattet ſein ſollte, ſ. Günther's Geſchichte von Coblenz S. 251. und Süß Geſch. des Erzſtifts Cöln. S. 217. — In der Stadt Cöln ſah ſich der Rath zu ähnlicher Bewilligung bewogen, die wenigſtens nicht mehr als einen lebhaften Federkrieg veranlaßte. S. v. Kamptz a. a. O. Th. 3. S. 600.

das von den geiſtlichen Obern ſelbſt aus freiem Entſchluſſe gegebene Beiſpiel religiöſer Duldung ſich ſtützen, und um ſo mehr ſich gegen Mißdeutung geſichert glauben durften, als ſie, katholiſche wie evangeliſche, freie öffentliche Religionsübung und völlige Rechtsgleichheit mit den Katholiken in den neu gewonnenen Territorien ihren evangeliſchen Unterthanen gewährten[9]). Zu wirklicher Durchführung dieſer Gleichheit beider Confeſſionen kam es nicht einmal in den Gebieten, welche durch die Säculariſation evangeliſchen Landesherren überwieſen wurden, und in den Zeiten Franzöſiſcher Fremdherrſchaft verblieben. Dieſſeits und jenſeits des Rheins mehrte ſich zwar die Zahl der Evangeliſchen, und immer fühlbarer wurde das Bedürfniß feſter Geſtaltung ihrer kirchlichen Verhältniſſe und der Bildung evangeliſcher Pfarrgemeinden; aber von den Regierungen geſchah dafür wenig mehr, als hie und da die Ueberweiſung einer der zahlreichen, durch die Aufhebung der Stifter und Klöſter verödeten, katholiſchen Kirchen[10]), und die Zahl der evangeliſchen Gemeinden blieb eben ſo gering[11]), als

---

9) Wie die vielfach wechſelnden Conſtitutionen Frankreichs immer von neuem die Freiheit der Culte ſanctionirten, wurden auf dem linken Rheinufer auch die Articles organiques des cultes protestans vom 18. April 1802 publicirt (ſ. Hermens Handb. Th. 1. S. 527 flg.), die indeß mehr für die Jülich-Cleveſchen, als die ehemaligen Stiftslande zur Ausführung kamen. Für das Königr. Weſtfalen ſprach eben ſo das Conſtitutionsdecret vom 15. Novbr. 1807 im Art. 10. l'égalité de tous les sujets devant la loi et le libre exercice des cultes als Grundlage der Verfaſſung aus (Bulletin des lois de Westphalie T. I. No. 1. p. 3.), und gleicherweiſe erklärte für die an den Herzog von Aremberg gefallenen Cöln-Münſterſchen Diſtricte die Verordn. vom 28. Januar 1808 (ſ. Scotti's Sammlung Cölner Verordn. Abth. III. S. 58 flg.) sub No. 11.: „In Hinſicht auf bürgerliche Rechte gilt kein Unterſchied unter den verſchiedenen Religionsgenoſſen. Allen Einwohnern ... wird die freie und öffentliche Ausübung ihres Gottesdienſtes verſtattet“. — Ueber Preußen ſ. oben Kap. 1. §. 4. S. 570., über das an Heſſen-Darmſtadt gefallene Herzogthum Weſtfalen ſ. unten Note 11.

10) Doch iſt hie und da auch die Einziehung evangeliſcher Kirchen erfolgt. S. Bulletin des lois de Westphalie No. 113. 153.

11) So war z. B. nach Allgem. Kirchen-Zeit. von 1835 No. 10. die im J. 1803 zu Paderborn gegründete evangeliſche Gemeinde bis zum J. 1826 noch die einzige in dem ehemaligen Stiftsgebiete; in den weſtrheiniſchen Bezirken der Provinz Cleve-Berg ſcheinen unter Franzöſiſcher Herrſchaft nur in Cöln, Burtſcheid und Aachen neue evangeliſche Gemeinden entſtanden zu ſein (vergl. Graßhoff aus

auf Seiten des katholiſchen Bekenntniſſes das entſchiedenſte numeriſche Uebergewicht [12]). Factiſch war daher, als der Wiener Congreß

meinem Leben S. 69 flg.); für das Herzogthum Weſtfalen ward durch die Darmſt. Verordn. vom 24. Novbr. 1802 (bei Scotti a. a. O. Abth. II. S. 8.) den Evangeliſchen ſogar nur eine devotio domestica qualificata geſtattet; ein proteſt. Militär-Gottesdienſt war aber in der Stadtkapelle zu Arnsberg eingerichtet worden (ſ. Runde über die Erhalt. d. öff. Verf. in d. Entſchäd.-Landen. Gött. 1805. S. 217.), und hatte zu Bildung einer proteſtantiſchen Gemeinde geführt. Genauere Nachweiſungen über die bei Herſtellung der Preuß. Monarchie in den ehemaligen Stiftslanden vorgefundenen evangeliſchen Gemeinden ſind mir nicht bekannt.

12) Da in den weſtlichen Provinzen die Kreiseintheilung noch weniger, als in den öſtlichen, mit den früheren Territorialgrenzen übereinſtimmt, und in der ſtatiſt. Ueberſicht des Regier.-Bezirks Trier das Zahlenverhältniß beider Confeſſionen nur dem Geſammtbetrage nach (1 zu 8), in der von Cöln gar nicht angegeben iſt, ſo haben die für das J. 1817 desfalls angeſtellten Vergleichungen zu keinem genügenden Reſultate führen können, und muß ich mich auf einige Andeutungen beſchränken. Im Reg.-Bezirk Arnsberg ſtellt ſich zwar für das geſammte Departement das Verhältniß der Evangeliſchen zu den Katholiken wie 20 zu 17; indeß gehören dazu außer der Grafſchaft Mark (ſ. oben S. 260.) auch Siegen und Wittgenſtein, wo auf 1 Kathol. 5 u. 23 Evangel. kommen, ſo daß das Verhältniß der letzteren zu jenen in denjenigen Kreiſen des ehemaligen Herzogthums Weſtfalen, zu welchen keine fremden Landestheile gekommen ſind, in Arnsberg nemlich, Brilon und Meſchede, ſich wie 1 zu 52, 105 u. 196, alſo durchſchnittlich wie 1 zu 92 ergiebt. Im Regierungs-Bezirk Münſter iſt zwar ſogar durchſchnittlich die Zahl der Evang. viel geringer, als die der Kathol., indem ſie ſich wie 3 zu 32 verhält; noch ungünſtiger aber ſtellt ſich das Verhältniß für das frühere Bisthum Münſter, für die Stadt nemlich, wie 1 zu 25, für die Kreiſe, welche nur ehemaliges Stiftsgebiet in ſich ſchließen, wie 1 zu 71, und ohne Steinfurt, wo auf 1 Evangel. bloß 11 Kathol kommen, ſogar wie 1 zu 86. Was das Rheiniſche Erzſtift Cöln betrifft, ſo kommen in Recklinghauſen auf 1 Evangel. 750, im Kreiſe Neuß 127 Kathol., während in den angrenzenden, ehemals Jülicher Kreiſen Grevenbroich und Gladbach das Verhältniß nur wie 1 zu 5, in dem nördlichen Theile des Herzogth. Berg ſogar wie 5 zu 2 ſich ſtellt, und nur im Stadt- und Landkreiſe Düſſeldorf (nemlich 1 zu 8 u. 3), und in dem Gebiete von Eſſen und Werden (nemlich 4 zu 5) die Katholiken die Mehrzahl bilden. In dem Depart. Aachen iſt das Geſammtverhältniß wie 1 zu 33; doch bleibt es unter dieſer Durchſchnittszahl nur in den Kr. Montjoie, Erkelenz, Gemünd und Aachen (Land), wo auf 1 Evang. resp. 12, 19, 21 u. 26 Kathol. kommen, während es in der Stadt Aachen und im Kr. Düren bis 1 zu 61 und 63 ſteigt, und in den Kr. Sct. Vith und Malmedy die Zählung vom J. 1817 auf 10261 u. 13155 Kath. nur 21 u. 3 Evang. ergeben hat. Für den Reg.-Bezirk Coblenz kamen im J. 1817 durchſchnittlich auf 1 Evangel. nur 2 Kathol., dagegen 5 nach Abrechnung der Kreiſe

mit den Herzogthümern Jülich und Berg die ehemaligen Stiftsgebiete von Cöln, Trier, Münſter und Paderborn der Preußiſchen Monarchie überwies, der Religionszuſtand dieſer Länder gegen die letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts kaum verändert, und wie in den Kreiſen des Adels und höheren Clerus ſich mit der Erinnerung an die Zeiten der geiſtlichen Herrſchaft der Wunſch einer Rückkehr unter die alleinige Gewalt des Krummſtabs erhalten haben mochte, ſo war in dieſen faſt noch rein katholiſchen Gebieten für die große Maſſe des Volks ſowohl die freie öffentliche Uebung der evangeliſche Lehre als die völlige Gleichheit der Confeſſionen immer noch ein fremdes Lebenselement.

Altenkirchen, Neuwied, Wetzlar und Braunfels, wo das Verhältniß jener zu letzteren ſich wie 13 zu 12, 15 zu 11, 16 zu 1 und 93 zu 1 ſtellt; in den übrigen Kreiſen hatten die Evangel. ein Uebergewicht (von 3 zu 2) nur in den aus ehemals Pfälziſchen und Wildgräfl. Beſitzungen gebildeten Kr. Simmern und Kreuznach, wogegen z. B. in der Stadt Coblenz das Verhältniß der Evangeliſchen zu den Katholiken wie 1 zu 17 war, in den ehemals Cölner und Trierer Stiftsgebiete umfaſſenden Kreiſen Ahrweiler, Meyen, Adenau, Linz und Cochem auf resp. 24325, 30524, 19186, 11179 und 22241 Kathol. ſich ſogar nur resp. 420, 59 u. 8, und in den beiden letztgenannten gar keine Evangeliſche damals vorfanden. — Ueber die ehemaligen Stiftsgebiete von Paderborn und Corvey habe ich in Ermangelung der topogr. Ueberſicht des Depart. Minden keine Vergleichung anſtellen können.

Viertes Kapitel.

Reorganiſation der katholiſchen Kirche Preußens.

§. 1.

Lage der katholiſchen Kirche Preußens zur Zeit des Wiener Congreſſes.

Zu früherem Glanze hatten die Verhandlungen zu Wien die Preußiſche Monarchie hergeſtellt, aber auch der ordnenden Thätigkeit der Regierung ein Feld eröffnet, welches, wie reiche Früchte es für bürgerliches Wohl und geiſtige Cultur, für politiſche Ordnung und kirchlich-religiöſe Bedürfniſſe hoffen ließ, faſt auf jedem Schritte unendliche Schwierigkeiten darbot. Die blutigen Wunden, welche ein mehr als zwanzigjähriger Kriegsſtand den erſchöpften Deutſchen Landen geſchlagen hatte, mußten geheilt werden; gleiche Verfaſſung und Verwaltung ſollte, ſo weit vereinbar mit den aus alter Zeit noch erhaltenen, oder inzwiſchen eingeführten Einrichtungen, aus der bunten Miſchung verſchiedenartiger Territorien wahre Einheit hervorrufen; vor allem aber durfte die katholiſche Kirche, der die Mehrzahl der neu erworbenen Provinzen, und weit über ein Drittel der geſammten Unterthanen angehörte[1]), erwarten, daß die feierlich gegebene Zuſage verfaſſungsmäßiger Reorganiſation nicht länger leere Hoffnung bliebe, ſondern Maaß und Ziel geſetzt würde ihrem täglich drohenderen Verfalle, deſſen Größe, ſo wie die Nothwendigkeit baldigſter Herſtellung innerer Ordnung zu erkennen, ein Blick auf den damaligen Zuſtand der katholiſchen Kirche des Landes genügen wird.

---

1) Die erſte Zählung nach dem Frieden im J. 1817 ergab nach Hoffmann's Ueberſ. der Bodenfläche u. ſ. w. S. 49. 6370380 Evang. und 4023513 Kathol., die neueſte vom J. 1837, nach deſſen Bevölkerung des Preuß. Staats. S. 64., 8604748 Evang. und 5294003 Katholiken.

Selbſt in den alten, unter Preußiſchem Scepter gebliebenen Provinzen hatte das katholiſche Kirchenweſen der erſchütternden Rückwirkung der politiſchen Ereigniſſe nicht entgehen können. Aeußerlich unverändert waren die Diöceſanverhältniſſe des Breslauer Stifts und des Bisthums Ermland, die lange Vacanz aber des letzteren [2]) nicht ohne Nachtheil für die kirchliche Verwaltung geblieben. Gänzlich aufgelöſt dagegen war ſeit dem Verluſte der Biſchofsſitze Gneſen, Poſen, Wladislaw und Culm der alte Diöceſanverband für die katholiſchen Diſtricte Weſtpreußens [3]), und dem bisherigen Officiale und Pfarrer an der königlichen katholiſchen Kapelle zu Danzig, Roſſolkiewicz, als apoſtoliſchem Vicare die obere Leitung des Kirchenregiments vorläufig übertragen worden [4]). Noch ſtörender, als dieſe den äußern Verwaltungs-Organismus betreffende Aenderung, hatte auf die hergebrachte Verfaſſung der katholiſchen Kirche das Edict vom 30. October 1810 [5]) eingewirkt, in welchem der König, durch die drückende Finanznoth des Staats gezwungen, alle Klöſter, Dom- und andere Stifter, Balleien und Commenden, katholiſcher und prote-

---

2) Am 11. Auguſt 1803 ſtarb der Fürſtbiſchof Carl von Hohenzollern, ſein Neffe aber und Nachfolger, Fürſt Joſeph, wird noch im Hof- und Staats-Handbuche v. J. 1818. S. 155. nur als „erwählter Biſchof und General-Adminiſtrator“ aufgeführt, hatte jedoch nach der Allg. Augsb. Zeit. vom J. 1817. No. 123. S. 491. ſchon im Conſiſtorium vom 14. April 1817 die päbſtliche Confirmation erhalten.

3) Verordn. wegen verbeſſ. Einricht. der Prov.-Behörden v. 26. Decbr. 1808. §. 10.: „In Anſehung des Subordinations-Verhältniſſes der katholiſchen Geiſtlichkeit gegen ihre geiſtlichen Obern behält es zwar bei der bisherigen Verfaſſung ſein Bewenden; jedoch hören die mit den in den abgetretenen Provinzen und Diſtricten reſidirenden geiſtlichen Oberen bisher beſtandenen Diöceſan- und Ordens-Verhältniſſe für die Zukunft gänzlich auf“.

4) In einem Breve v. 19. Januar 1819 (bei Jacobſon a. a. O. Th. 1. Anh. No. 4. vgl. mit No. 60.), in der Bulle De salute anim., und im Hof- und Staats-Handb. v. J. 1818. S. 169. wird dieſer zwar nur als Vicar für die Diöceſe Wladislaw genannt. Indeß mag dies daher rühren, daß damals die übrigen Bisthümer unter Preußiſche Hoheit ſchon zurückgekehrt waren; wenigſtens iſt nicht bekannt geworden, daß für die bei Preußen verbliebenen ſehr kleinen Theile der letzteren eigene apoſtoliſche Vicare ernannt worden ſeien.

5) Edict v. 30. Oct. 1810 über Einziehung der ſämmtl. geiſtl. Güter in d. Monarchie, vgl. mit Edict über die Finanzen des Staats v. 27. Oct. d. J. (Geſ.-Samml. v. 1810. S. 28 flg.).

ſtantiſcher Religion, zu Staatsgütern erklärte, und nach dem Beiſpiele der benachbarten Staaten auch gegen die altländiſchen geiſtlichen Stiftungen das im Reichs-Deputationsſchluſſe den Landesherren zugeſprochene Säculariſationsrecht geltend machte. Nur allmählich erfolgte freilich die Einziehung der Güter, welche der Prälatur die bis dahin noch gerettete Grundherrlichkeit, und damit den letzten Reſt äußerer Unabhängigkeit entzog, und die völlige Auflöſung der klöſterlichen Inſtitute hat ſich zum Theil bis in die Zeit nach Wiederherſtellung der Monarchie verzögert [6]); auch blieben, gleich den Pfarreien, Schulen und milden Stiftungen, die für Erziehung und Krankenpflege beſtimmten Klöſter von dieſer Maaßregel ausgenommen, und für ausreichende Suſtentation der zur kirchlichen Verwaltung unentbehrlichen Behörden und Beamten ſollte nicht minder geſorgt werden, als für Entſchädigung der bisherigen Beneficiaten. Je beſchränkter aber die Mittel waren, welche die damaligen Verhältniſſe des Staats ſelbſt für weſentliche Kirchenzwecke geſtatteten, je weniger die Lage, in welcher ſich zu jener Zeit der Römiſche Stuhl der Franzöſiſchen Gewaltsherrſchaft gegenüber befand, eine directe Communication mit dem Oberhaupte der Kirche geſtattete, um gleichzeitig mit der neuen Geſtaltung der Landesverfaſſung eine durchgreifende Reorganiſation des katholiſchen Kirchenweſens ins Leben zu rufen [7]), um ſo weniger darf es befremden, wenn auch in den alten Provinzen, trotz dem Fortbeſtande der oberen kirchlichen Behörden, und obwohl alle jene Maaßregeln das Pfarrweſen im Ganzen unberührt ließen, die

---

6) Genauere Nachrichten über die Aufhebung der Preußiſchen Klöſter giebt Jacobſon in v. Ledebur's neuem Archive Th. 1. No. IV. u. Th. 2. No. XIV., wonach ſchon vor 1806 Aufhebung der Mannsklöſter zum Beſten des katholiſchen Schulweſens beabſichtigt, und höchſten Orts unterm 11. Decbr. 1805 (ebend. S. 66.) genehmigt war. In Schleſien muß die Auflöſung, vielleicht weil das Kloſterweſen hier weniger mit der Pfarrverwaltung in Verbindung ſtand, geringere Schwierigkeiten gefunden haben; wenigſtens werden im Hof- und Staats-Handb. v. J. 1818. S. 218 flg. nur noch die für Unterricht und Krankenpflege beſtimmten Klöſter aufgeführt. Vgl. auch Herber's Statiſt. d. Bisth. Breslau. 1826. S. 54 flg.

7) Auch die für das Breslauer Domkapitel erlaſſene Organiſationsurkunde vom 16. März 1812 (Herber a. a. O. S. 27.) ſcheint ohne vorgängige Verhandlung mit Rom ergangen zu ſein.

kirchliche Verwaltung hie und da ins Stocken gerieth, wenigſtens theilweiſe ähnliche Uebelſtände ſich zeigten, als in andern Deutſchen Ländern durch die Umwälzung des äußern Organismus der katholiſchen Kirche auch für die geiſtliche Wirkſamkeit des Clerus hervorgerufen waren.

Der Wiedererwerb der Polniſchen Provinzen, und die Rückkehr der im J. 1807 dort verlorenen Biſthümer unter Preußiſche Hoheit brachte in dieſer Beziehung wenig Gewinn. Denn der Sitz gerade desjenigen Biſchofs, deſſen Diöceſangewalt faſt ganz Weſtpreußen unterworfen war, Wrazlaweck, blieb in Folge der neuen Territorialveränderungen unter fremder Herrſchaft [8]), eben ſo der bei weitem größte Theil des Sprengels von Gneſen; und was hier und in Poſen Biſchof, Kapitel und Geiſtlichkeit an Einkünften nach der im J. 1796 erfolgten Einziehung der geiſtlichen Güter bewahrt hatten, ſcheint in der Zwiſchenzeit noch bedeutende Verringerung erfahren zu haben [9]), ſo daß Aenderung der Diöceſanverhältniſſe faſt unerläßlich war, um dem erzbiſchöflichen Amte eine entſprechende Stellung zu ſichern, ohne Redotation der

Stif-

8) Im Hof- und Staats-Handb. v. J. 1818 S. 169. wird zwar nur bemerkt, daß der Biſchof v. Skarbeck-Malczewski noch nicht in die dieſſeitigen Temporalien immittirt ſei; daß aber auch die Ausübung der Diöceſangewalt ihm noch nicht wieder zugeſtanden war, ergiebt ſich daraus, daß das apoſtoliſche Vicariat für Pomerellen bis zur Bulle fortgedauert hat.

9) Wie die Circumſcriptionsbulle für das Königr. Polen v. J. 1817 den päbſtlichen Executor Behufs der Redotation zur Einziehung von Klöſtern, Abteien und einfachen Pfründen ermächtigt, weil ob transactam rerum conversionem ac belli calamitates bona, tam episcopalibus sedibus quam cathedralibus capitulis et puerorum ecclesiasticis seminariis antea respective pertinentia, fere in totum distracta, et redditus maxime imminuti ad praesens reperiantur (vgl. Münch Samml. d. Concord. Th. 2. S. 770.); ſo ſichert das bei der Wiederbeſitznahme ergangene Patent vom 15. Mai 1815 (Geſ.-Samml. v. 1815 S. 47.) „ſtandesmäßige Dotirung“ der Geiſtlichkeit zu, welcher inzwiſchen nach einem Ober-Präſ.-Publ. vom 4. Decbr. die vor 1806 bezogenen Einkünfte reſtituirt ſein ſollten; Beweis genug, wie ſehr das äußere Kirchenweſen in Verfall gerathen war, für deſſen Reorganiſation während der Sächſiſchen Herrſchaft, ſo viel aus Laube's Geſetz-Sammlung des vormal. Herz. Warſchau. Poſen 1816 ſich abnehmen läßt, nichts weiter geſchehen war, als daß Napoleon in dem Conſtit.-Decrete v. 22. Juli 1807. Art. 1 — 3. die kathol. Religion wieder als Staatsreligion anerkannt, und eine neue Diöceſaneintheilung verfügt hatte.

Stifter und Pfarren eine geregelte geiſtliche Wirkſamkeit kaum zu erwarten ſtand. Das Bisthum Culm dagegen war zu der Zeit erledigt, blieb es auch bis zum J. 1824 [10]), und in Breslau ließ das hohe Alter des Biſchofs, des Fürſten Joſeph Chriſtian von Hohenlohe-Waldenburg-Bartenſtein [11]), eine baldige Vacanz befürchten. In noch größerer Zerrüttung indeſſen überkam Preußen das katholiſche Kirchenweſen in den neu- und wiedererworbenen Provinzen weſtlich der Elbe, welche bis dahin mittelbar oder unmittelbar unter Franzöſiſcher Herrſchaft geſtanden hatten, und großentheils rein katholiſcher Bevölkerung, von dem neuen evangeliſchen Herrſcher das Ende der Unbilden erwarteten, welche ihnen von den eignen Glaubensgenoſſen geworden waren, und das katholiſche Kirchenthum gänzlicher Auflöſung nahe gebracht hatten.

Die neue kirchliche Verfaſſung des berüchtigten Beſchluſſes der conſtituirenden Verſammlung vom 12. Juli 1790 in die auf dem linken Rheinufer eroberten Gebiete zu verpflanzen, hatte zwar die Franzöſiſche Revolutionsherrſchaft Bedenken getragen [12]). In der Hoffnung baldigen Erwerbs jener Deutſchen Reichsländer war aber ſchon durch ein Decret vom 1. Januar 1796 alles geiſtliche Gut unter die Domanialverwaltung geſtellt, und kaum der Basler Friede geſchloſſen, als ein Decret vom 17. Mai 1796 die Einziehung aller Bisthums-, Kapitel-, Pfarr- und Ordensgüter verfügte [13]), und dadurch die Kirche des linken Rheinufers dem

---

10) Ueber des neuernannten Biſchofs v. Matthy Beſtätigung vgl. Allg. Augsb. Zeit. Jahrg. 1824. No. 107. S. 428.

11) Vom J. 1758 bis 1795 ſtand Schleſien unter Vicariatsverwaltung während des Exils des Fürſtbiſchofs v. Schaffgotſch; dieſem folgte im Bisthume Fürſt Joſeph Chriſtian, im J. 1740 geboren, und ſchon im J. 1787 zum Coadjutor von Breslau erwählt (Heyne Silesiae sacrae origines. p. 144 sq.). Sein Tod, im Januar 1817, eröffnete ein mehr als ſiebenjähriges Interregnum, indem die Beſtätigung ſeines Nachfolgers v. Schimonski erſt gegen Ende des J. 1824 erfolgte (Allg. Zeit. v. J. 1824. No. 296. S. 1183.).

12) Hermens Handb. der Staats-Geſetzg. über den chriſtl. Cultus in den Prov. am linken Rheinufer Th. 1. S. 169. Note 1.

13) Scotti's Samml. der Cleve-Märkiſchen Verordn. Anh. zu Bd. 5. S. 14. u. 18. Das bewegliche und unbewegliche Vermögen der verlaſſenen geiſtlichen Häuſer war ſchon unterm 5. Decbr. 1794 für Nationalgut erklärt worden (ebend. S. 8.). — Um dieſelbe Zeit erfolgte auch die Aufhebung der Regular-Inſtitute, deren Mitgliedern nicht

Schickſale der Franzöſiſchen unterwarf, welche, durch die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung vom 2. Novbr. 1789 und die ihr folgenden Decrete[14]) ihres geſammten Beſitzthums beraubt, in gewiſſem Sinne war vernichtet worden. So fand die Abtretung des linken Rheinufers im Lüneviller Frieden, wenn auch nicht, wie in Frankreich, religiöſen Sinn und kirchliches Leben erloſchen, doch äußere Verfaſſung und Verwaltung der Kirche in faſt gleicher Auflöſung. Der niedere Clerus war faſt aller eignen Exiſtenzmittel beraubt, und auf die nichts weniger als regelmäßig erfolgende Zahlung geringfügigen Staatsgehalts angewieſen[15]), von den Pfarrgütern nichts als Beſitz der geiſtlichen Gebäude geblieben[16]); Klöſter und Stifter nicht bloß, ſondern auch Seminare und Schulen und alle frommen Anſtalten waren verſchwunden oder doch unvermeidlichem Untergange nahe; mit den Biſchöfen und geiſtlichen Behörden der Rheiniſchen Kathedralen, welche ſchon bei Beginn der Kriegsunruhen auf das rechte Ufer ſich geflüchtet hatten, durfte keinerlei Verbindung gepflogen werden, ſo daß Vollziehung der Pontificalien, Beſetzung der erledigten Aemter, Leitung der pfarrlichen Seelſorge u. ſ. w. in gleichem Maaße gefährdet waren. Der Abſchluß des Franzöſiſchen Concordats vom 10. Sept. 1801 war daher auch für die Rheinlande[17]) ein erfreuliches Ereigniß, wie ſehr auch die Umwandlung der alten Trierer Metropole in ein Suffragan-Biſthum, und die gänzliche Aufhebung des Erzbiſthums Cöln Bedauern erregen mochte; der Conſularbeſchluß vom 9. Juni

einmal eine Penſion, ſondern nur eine geringe Kapitalentſchädigung ausgeſetzt wurde, bald darauf die aller weltlichen Stifter, Seminarien u. ſ. w. im Lüttichiſchen und in den Belgiſchen Provinzen. S. Hermens a. a. O. S. 295. u. 302.

14) Den Beſchluß vom J. 1789, das Geſetz über das Vermögen der Stiftungen vom 26. Sept. 1791, das über Einziehung der Kirchenfabriken vom 8. Novbr 1793 ſ. bei Hermens a. a. O. S. 117 flg. 274. u. 276.

15) Vgl. Hermens a. a. O. S. 119. u. 120.

16) Dieſe waren auch in Frankreich ſchon im J. 1795 bei Herſtellung des chriſtlichen Cultus den Gemeinden reſtituirt worden, und ſind in den Rhein-Provinzen der Veräußerung größtentheils entgangen (ebend. S. 53. Note 1. u. S. 315.).

17) In den Rheinlanden erfolgte die Publication des Concordats ꝛc. unterm 4. Mai 1802 (Scotti a. a. O. S. 40.).

1802, welcher nicht bloß die neu errichteten oder zu errichtenden Biſthümer, Pfarreien, Domkapitel und Seminarien, ſondern auch die für öffentlichen Unterricht und Krankenpflege beſtimmten Stiftungen von der erneuten Aufhebung und Gütereinziehung der geiſtlichen Inſtitute ausnahm [18]), ließ die Rückkehr kirchlicher Ordnung hoffen. Allein in dieſen, ehemals geiſtlicher Herrſchaft unterworfenen Gebieten fanden die bekannten organiſchen Artikel vom 15. Juli 1801 noch geringeren Anklang, als im eigentlichen Frankreich. Das kümmerliche Staatsgehalt, welchem der Ertrag der theilweiſe noch erhaltenen, und ſpäter zu eigener Verwaltung reſtituirten Pfarrgüter nicht zu-, ſondern abgerechnet werden ſollte [19]), gab der Pfarrgeiſtlichkeit, welche fortan faſt ganz von der Willkür der Biſchöfe abhängig war [20]), eine nur precäre Exiſtenz. Langſam und unvollſtändig erfolgte die geſetzlich angeordnete Reſtitution der Kirchenfabrik-Güter und des noch vorhandenen Vermögens der wohlthätigen und frommen Anſtalten [21]), und die Herſtellung der geiſtlichen Seminarien fand, ſelbſt nachdem die anfangs im Concordate abgelehnte Dotation von Staatswegen zugeſagt war [22]), Schwierigkeiten aller Art, da die neue Organiſation dieſer geiſtlichen Bildungsanſtalten zu wenig den canoniſchen Vorſchriften entſprach [23]), als daß die Kirchenobern, ſelbſt wenn

---

18) Ebend. S. 41. und Hermens a. a. O. Th. 1. S. 652.

19) Kaiſerl. Decret v. 7. März 1806 bei Hermens a. a. O. Th. 2. S. 340.

20) Nach Art. 31. u. 68 flg. der Art. organ. ſollten mit Ausnahme der eigentlichen curés oder Cantonal-Pfarrer die Stellen der Pfarrgeiſtlichkeit beliebig vom Biſchofe revocirt werden können; zu ihrem Unterhalte erhielten ſie, außer der durch Befehl v. 9. Juni 1802. Art. 12 ausgeſetzten Penſion von 5 — 600 Franken, nur die Oblationen und Stolgebühren angewieſen.

21) Conſular-Beſchl. v. 18. Dezbr. 1802. und Gouvern. Beſchl. v. 26. Juli 1803 bei Hermens a. a. O. Th. 1. S. 665. u. Th. 2. S. 3.

22) Vgl. Art. 11. des Conc. u. Art. 23. u. 24. der organ. Art. mit Geſetz vom 14. März 1804. Art. 7. bei Hermens a. a. O. Th. 2. S. 44.

23) Nach den organ. Artikeln ſollten alle Seminarlehrer die Declaration des Franzöſiſchen Clerus vom J. 1682 unterſchreiben und darnach lehren, und das Geſetz vom J. 1804 ließ bei Beſetzung der Lehrſtellen den Biſchöfen nur ein Empfehlungsrecht; erſt das Geſetz über Einrichtung der Univerſität vom 17. März 1808 (ebend. S. 390.) ſtellte im Art. 3. die Seminare unter die Leitung der Biſchöfe.

es nicht an den nöthigen Geldmitteln gefehlt hätte [24]), ſich dieſer wichtigen, bei dem fühlbaren Mangel an geiſtlichen Aſpiranten [25]) dringenden Angelegenheit eifrig hätten annehmen mögen. In nicht geringeren Verfall gerieth das niedere und höhere Schulweſen, da wenige Secundärſchulen für den wiſſenſchaftlichen Unterricht genügen ſollten, die Einrichtung der Elementarſchulen faſt ganz dem Belieben der Gemeinde-Obrigkeiten überlaſſen blieb. Selbſt an gehöriger Organiſation der Diöceſanverwaltung fehlte es; denn nicht bloß, daß das althergebrachte Amt der Landdechanten, und die eigenthümliche Kapitelverfaſſung der ſ. g. Chriſtianitäten der neuen Ordnung des Pfarrweſens hatte weichen müſſen, war auch anfangs im Concordate den ohnedies nur kärglich dotirten Biſchöfen der Unterhalt ihrer Vicare und Domkapitel auferlegt worden [26]), und als den daraus erwachſenden Uebelſtänden durch ein neues Geſetz abgeholfen ward, welches zu dieſem Behufe die Departementsräthe zu beſonderen Bewilligungen ermächtigte [27]), führten bald die bekannten Differenzen mit dem Römiſchen Stuhle zu Verweigerung der canoniſchen Inſtitution und zu Verweiſung der Biſchofsſitze. Nur eins der Biſthümer, deren Sprengel während der Franzöſiſchen Zeit die weſtlichen Rheinprovinzen bildeten, das Biſthum Trier, fand die Preußiſche Regierung beſetzt; Lüttich und Aachen waren ſeit längerer Zeit ſchon erledigt, und noch

24) Vgl. über die Dotation des Trierer und Cölner Seminars zu Franzöſiſcher Zeit die Notizen in: Die kathol. Kirche in der Pr. Rheinprovinz. Frkf. a. M. 1838. S. 24.

25) Nach der Allg. Augsb. Zeit. v. 1818. Beil. No. 134. S. 534. war in den Rheinlanden bei deren Uebergang an Preußen ſeit einer Reihe von Jahren das Sacrament der Ordination unterblieben, ſo daß der Weihbiſchof von Münſter auf einer von den kirchlichen und weltlichen Behörden veranlaßten Rundreiſe binnen wenigen Monaten 79 Candidaten der niedern Weihen und des Subdiaconats, 91 Diacone und 97 Prieſter geweiht habe.

26) Art. 11. des Concordats vgl. mit Art. 11. 21. u. 35. der organ. Artikel.

27) Conſularbeſchluß vom 8. April 1803 Art. 1. bei Hermens a. a. O. Th. 1. S. 673. — Eine Zuſammenſtellung der theils von der Regierung, theils von den Departements für das Trierer und Cölner Biſthum bewilligten Summen, deren Verſchiedenheit zugleich zeigt, wie ſehr die Gunſt des Kaiſers und die Geneigtheit der Departementsräthe entſchied, giebt die angef. Schrift: Die kathol. Kirche u. ſ. w. S. 24.

vor der definitiven Beſitznahme jener Provinzen ſah ſich der Trierer Biſchof Mannay zu Verzicht auf alle perſönliche Theilnahme an der Kirchenregierung, zu Entfernung aus der Diöceſe und Beſtellung einer Vicariatsverwaltung veranlaßt, ſo daß jenſeits des Rheins die biſchöfliche Würde gänzlich erloſchen war [28].

Aehnlich, wenn auch nicht ganz ſo ſchlimm, war die Lage der katholiſchen Kirche zwiſchen Rhein und Elbe. Die dieſſeitsrheiniſchen Diöceſanrechte von Trier und Cöln hatten zwar durch Abtretung des linken Rheinufers und durch das Franzöſiſche Concordat keine Aenderung erleiden ſollen, noch weniger wurden dadurch die Bisthümer Münſter, Paderborn u. ſ. w. berührt. Allein jene beiden Stifter waren ſchon längſt, Trier durch den Tod des Kurfürſten Clemens Wenzel, Herzogs von Sachſen, Cöln durch des Erzherzogs Anton Victor Reſignation erledigt, und neue Beſetzung vor definitiver Reorganiſation der Diöceſanverhältniſſe um ſo weniger möglich, als beide Bisthümer ohne Cathedrale und Biſchofsſitz waren, die Kapitel beider, weil vorzugsweiſe auf die aus den Abzügen dieſſeitsrheiniſcher Prälaten zu bildende Suſtentationscaſſe angewieſen, nach und nach ſich zerſtreut hatten. So war auch hier die Nothwendigkeit vicarieller Aushülfe für die Kirchenregierung eingetreten. In der oſtrheiniſchen Diöceſe Trier fungirte anfangs das, ſchon im J. 1794 nach Limburg an der Lahn geflüchtete, Coblenzer Officialat fort, ſpäter trat der Pfarrer von Ehrenbreitenſtein v. Hommer als apoſtoliſcher Vicar ein [29]. Für den dieſſeitsrheiniſchen Theil des Cölner Sprengels führte der Generalvicar v. Caspers zu Deutz die Verwaltung [30]; doch beſtand für das an den Herzog von Aremberg gefallene Recklinghauſen ein beſonderes Officialat, welches in Folge der vom neuen Landesherrn verfügten Umgeſtaltung der Kirchenverwaltung und

---

28) Vgl. K. Fr. Grashof aus meinem Leben und Wirken Bd. 1. S. 71 flg. und Chronik der Diöceſe Trier. Jahrg. 1828. S. 121 flg.

29) S. Scotti's Samml. der Kur-Trierer Verordn. S. 1514 und die angef. Trierer Chronik. S. 284.

30) Bergiſche Verordn. v. 6. April 1804 in Scotti's Samml. der Jülich-Bergiſchen Verordn. S. 927., vgl. mit Hof- und Staats-Handb. v. J. 1818. S. 292. u. v. J. 1824. S. 298., und Süß Geſch. d. Erzſt. Cöln. S. 224.

des geiſtlichen Gerichtsweſens durch Domkapitular-Beſchluß im J. 1805 eingeſetzt worden war[31]), und eben ſo hatte im Herzogthum Weſtfalen die Heſſen-Darmſtädter Regierung gleich bei der Beſitznahme des Landes[32]) alle Verbindung mit auswärtigen Behörden aufgehoben, und die kirchliche Verwaltung und Rechtspflege, beide nicht ohne mancherlei Einſchränkungen im Vergleich zur Verfaſſung in der Zeit der Stiftsherrſchaft, dem Generalvicariate zu Arnsberg und dem Officiale zu Werl überwieſen[33]). Unter ſolchen Umſtänden konnte die Diöceſanverwaltung der Verwirrung kaum entgehen, wenn ſchon der Fortbeſtand der hergebrachten Decanatseinrichtung[34]) die Beaufſichtigung und gehörige Beſetzung

---

31) S. das desfalſige Patent vom 19. Januar 1805 in Scotti's Sammlung der Kur-Cölner Verordn. Abth. III. S. 25., wo auch S. 10 flg. u. S. 23 flg. die betreffenden landesherrl. Organiſations-Decrete vom 20. März und 12. Novbr. 1804 ſich finden, durch welche theils der Umfang des placiti regii und des landesh. Patronatrechts beſtimmt, theils eine Reihe von bisher geiſtlichen Rechtsſachen, namentlich auch die Civilſachen der Geiſtlichen, den weltlichen Gerichten überwieſen wurden.

32) Ueber die neue Organiſation des Landes, welche theils durch eine Verordnung für Weſtfalen allein vom 12. Oct. 1802, beſonders aber durch die beiden für das ganze Land unterm 12. Oct. 1803 ergangenen Organiſ.-Patente erfolgte, wurde Seitens der Weſtfäliſchen Stände lebhafte Beſchwerde geführt, deren (nicht ganz unpartheiiſche) Begutachtung das Werk von J. F. Runde über die Erhaltung der öffentl. Verf. in den Entſchädigungslanden. Gött. 1805. veranlaßte. Die Beſchwerden betrafen aber mehr die theils eingeführte theils beabſichtigte Aenderung der politiſchen Verfaſſung, als die kirchlichen Angelegenheiten, über welche ſich Runde a. a. O. S. 242 flg. verbreitet. — Die ſämmtl. für Weſtfalen ergangenen Heſſ. Verordn. bilden die 2. Abth. von Scotti's Sammlung Kur-Cöln. Geſetze.

33) Vgl. Verord. vom J. 1802 §. 2. u. 8 flg. (bei Scotti a. a. O. S. 2.) und die beiden Organiſ.-Pat. vom J. 1803 §. 9. sub No. 4. u. §. 7. sub No. 5. (ebend. S. 43 flg. 54 flg.). Wie in andern Ländern ſollten dem Officialate nur noch die causae mere ecclesiasticae bleiben, dazu aber weder Eheſachen (Verord. vom 27. April 1803. ebend. S. 21.) noch Civilſachen der Geiſtlichen gehören; doch ward ſpäter für letztere elective Concurrenz des Hofgerichts und der biſchöfl. Behörden nachgegeben (Verordn. vom 24. Januar 1804. ebend. S. 87.), und im Organiſ.-Patente ausgeſprochen, daß bis zu Abſchluß eines Concordats über den Unterſchied der causae civiles und ecclesiasticae die reichsconſtitutionsmäßigen geſetzlichen Vorſchriften als Norm dienen ſollten.

34) Vgl. Grashof a. a. O. S. 185. und den bei Scotti a. a. O. S. 112 flg. mitgetheilten Viſitations-Rezeß des Attendorner Decanats vom J. 1802.

der Pfarrämter ſicherte, dies auch immer ein bedeutender Gewinn gegen die weſtrheiniſchen Gebiete war, daß bei der allgemeinen Säculariſation[35]) überall, und ſelbſt unter der Franzöſiſchen Verwaltung des Großherzogthums Berg, die für Pfarr- und Schulfonds ausgeſprochene Garantie geachtet, nur die Adminiſtration des Kirchenvermögens den weltlichen Behörden überwieſen[36]), und dadurch nach dieſer Seite hin die Pfarrverwaltung in leidlichem Zuſtande verblieben war[37]).

Eben ſo hatte in der Münſterſchen Diöceſe unter der Sedisvacanz-Verwaltung des Kapitels anfangs in den unteren Kreiſen der kirchlichen Verwaltung die hergebrachte Ordnung ſich ziemlich erhalten. In Folge der Vereinigung des nordweſtlichen Deutſchlands mit Frankreich waren indeß im Schooße des Domkapitels ſelbſt Partheiungen hervorgerufen worden, welche noch während der Wiener Congreßverhandlungen in offnen Streit ausbrachen[38]),

---

35) Die reichsunmittelbaren Frauenſtifter Elten und Eſſen ſind ganz eingegangen, und nur hie und da, wie z. B. in Recklinghauſen und Gerresheim, haben ſich einzelne adlige Fräuleinſtifter, außerdem bloß die für wohlthätige Zwecke beſtimmten weiblichen Klöſter erhalten, für welche im Großherz. Berg unterm 17. Dezbr. 1811 ein beſonderes Organiſations-Edict erging (Scotti's Jülich-Berg. Geſetze S. 1439.). Auch haben mehrere der Central-Mendicanten-Klöſter, welche noch unter Bairiſcher Regierung im Bergiſchen durch Verordnung vom 30. Juni 1804 (ebend. S. 933.) waren errichtet worden, und einige andere Mannsklöſter bis auf die neueſte Zeit fortbeſtanden, z. B. zu Ratingen, Kaiſerswerth und Newiges.

36) S. die Großh. Berg. Verordn. vom 5. Sept. 1810 (ebend S. 1374.) und vom 11. Januar 1812 (S. 1446.), welche letztere ausdrücklich von der Säculariſation die Einkünfte ausnimmt, welche für den mit aufgehobenen Kapiteln bisher etwa vereinigten Pfarrdienſt beſtimmt geweſen wären.

37) Um die Ausbildung zum geiſtlichen Stande zu ſichern, wurde auch im Großh. Berg unterm 25. Febr. 1813 das Aachener Diöceſan-Seminar zu Cöln vorläufig als Landes-Seminar anerkannt (ebendaſ. S. 1490).

38) Gegen Ende nemlich des J. 1811 hatte Napoleon mit den übrigen noch vorhandenen Kapiteln, Klöſtern und geiſtlichen Corporationen auch das Domkapitel zu Münſter aufgehoben, einige Monate ſpäter aber daſſelbe auf den Fuß der Franzöſiſchen Verfaſſung hergeſtellt, dabei alle außerhalb des Reichs lebenden Mitglieder, ſo wie diejenigen, welche nicht die Prieſterweihe genommen, ausgeſchloſſen, und an deren Stelle 5 Weltprieſter ernannt. Gleichzeitig hatte er, obwohl weder dieſſeits des Rheines das Franzöſiſche Concordat galt, noch die Publication der organiſchen Artikel erfolgt war (Grashof a. a. O.

in Flugſchriften verhandelt, ein Schisma der ganzen Diöceſe befürchten ließen, und die kirchliche Verwaltung mit um ſo größerer Verwirrung bedrohten, weil der Preußiſchen Regierung bei dieſem Streite kein andrer Ausweg blieb, als ſich auf einſtweilige Anerkennung des dermaligen Domkapitels im Ganzen, der alten wie der neuen Mitglieder, zu beſchränken, und die definitive Entſcheidung durch den Römiſchen Stuhl bis zu Erledigung der über das geſammte Kirchenweſen angeknüpften Verhandlungen ausgeſetzt zu laſſen [39]).

In den zum Königreiche Weſtfalen bisher gehörigen Provinzen fand zwar die Preußiſche Regierung die Diöceſanverfaſſung noch einigermaßen geordnet vor. Im Eichsfelde, eben ſo im Erfurter Gebiete waren die kirchlichen Einrichtungen aus der Kurmainziſchen Zeit unverändert geblieben [40]), und während im Osnabrückiſchen das frühere Generalvicariat und Officialat ſich erhielt [41]), hatte für den größten Theil ſeiner katholiſchen Diſtricte das Königreich in der Perſon des Fürſtbiſchofs von Corvey, Freiherrn von Lüning, und des Fürſtbiſchofs von Paderborn und Hildesheim, Freiherrn Franz Egon von Fürſtenberg, eine

---

S. 207.), den bisherigen Domdechanten, Grafen Spiegel zum Deſenberg, zum Biſchofe denominirt, welcher bis zu erhaltener canoniſcher Inſtitution als Capitular-General-Vicar der Diöceſe vorſtehen ſollte. Beiden Maaßregeln hatte ſich das Kapitel gefügt; dem deſignirten Biſchofe war auch vom bisherigen General-Vicare, Freiherrn Clemens Droſte zu Viſchering, die geſammte geiſtliche Verwaltung der Diöceſe überlaſſen worden. Kaum aber war, daß das ganze Münſterſche Oberſtift unter Preußiſche Hoheit kommen würde, zu Wien entſchieden, als dieſer die angeblich nur ſubſtitutionsweiſe geſchehene Uebertragung der Diöceſan-Verwaltung widerrief, und kein andres, als das alte Domkapitel anerkennen zu wollen erklärte. Vgl. über dieſe Streitigkeiten G. Hermes Gutachten in Streitſachen des Münſt. Domkap. mit dem Gen.-Vicare des Kap. Münſter 1815. und die dadurch veranlaßte Schrift: Geſchichtl. Darſtellung der Lage der Münſt. Kirche. Frankfurt a. M. 1815.

39) Der bezügliche Beſcheid des Miniſterii des Innern vom 25. Sept. 1815 iſt mitgetheilt in der Augsb. Allg. Zeit. Jahrg. 1815 No. 293. S. 1180.

40) In der Hauptſache beſteht noch jetzt dort die kirchliche Organiſation der Mainzer Zeit. Vgl. Starke's Beitr. Th. 1. §. 141 flg.

41) Vgl. Spangenberg's Territorial-Kirchenrecht im Königreich Hannover. Abſchn. I. Kap. 3., in Lippert's Annalen des Kirchenrechts. H 2. S. 45 flg.

eigne Landesprälatur bewahrt[42]). Die Einführung des Franzöſiſchen Rechts war auf Civilrecht und Prozeßverfahren beſchränkt geblieben, und hatte, außer daß den Generalvicariaten und Officialaten alle eigentliche Gerichtbarkeit war entzogen worden, vorläufig in Betreff der kirchlichen Verfaſſung alles unverändert gelaſſen[43]). Indeſſen hatte doch auch hier die Säculariſation, welche man anfangs nicht weiter, als es ſchon unter der alten Landesherrſchaft geſchehen war, ausdehnen zu wollen ſchien[44]), welcher aber ſchon im J. 1809 faſt alle Nonnenklöſter, und im Jahre darauf, mit alleiniger Ausnahme der für den öffentlichen Unterricht beſtimmten, alle geiſtliche Inſtitute ohne Unterſchied unterlagen[45]), mancherlei Störungen für die kirchliche Verwaltung um ſo mehr veranlaſſen müſſen, als die beabſichtigte und verſprochene Reorganiſation der Domkapitel, ſo viel bekannt, nicht zur Ausführung kam[46]), und weder regelmäßige Zahlung der den alten Mitgliedern jener Inſtitute ausgeſetzten Penſion erfolgte, noch der den Pfarrkirchen zugeſicherte Fortgenuß ihrer bisherigen Beneficien ungeſtört und unverkürzt blieb. Auch hatte es für die geiſtliche Verwaltung nicht ohne Nachtheil bleiben können, daß der Fürſt-Primas ſich vorzugsweiſe den politiſchen Intereſſen des Rheinbundes und ſeines Protectors widmete[47]), und der Corveyer Biſchof

42) Als Vicar der Nordiſchen Miſſion ſtand dem Biſchofe von Hildesheim zugleich die oberſte Inſpection über die einzelnen katholiſchen Gemeinden von Minden, Ravensberg u. ſ. w. zu.

43) Vgl. das Decret vom 27. Januar 1808 über Verfaſſung der Gerichtshöfe Art. 5. u. 6., im Bulletin des lois de Westphalie. T. I. p. 316.

44) Die von Napoleon dem neuen Königreiche gegebene Conſtitution v. 7. Dezbr 1807 Art. 15. verfügte nur eine Reviſion der Statuten aller Kapitel und Stifter, um den Ausſchluß der Nichtadligen zu beſeitigen, und ein ſpäteres Decret vom 5. Febr. 1808 (ebend. p. 273.), welches die Revenüen der inzwiſchen zur Erledigung kommenden Stellen einer beſonderen landesherrlichen Caſſe überwies, nahm die Bisthümer, Pfarreien, und bis auf die Höhe von 10 Pfründen die Domkapitel aus.

45) Vgl. die Decrete vom 13. Mai 1809, 1. Dezbr. 1810 und 3. April 1812 (ebend. T. V. p. 211., T. IX. p. 361. und T. XI. p. 331.).

46) Bis dahin waren im Decrete vom 3. April 1812 Art. 13. die Mitglieder der früheren Kapitel, welche Penſion bezögen, auf Erfordern des Biſchofs ſich den kirchlichen Functionen ferner noch zu unterziehen, verpflichtet worden.

47) Nach der Allg. Augsb. Zeit. vom J. 1818 Beil. No. 134. war im

ſeit der Säculariſation außerhalb der Monarchie und ſeiner Diöceſe zu Münſter lebte, und mit der definitiven Regulirung der Territorialverhältniſſe war, da nur Corvey und Paderborn unter Preußiſche Hoheit kamen, und der hochbetagte Fürſtbiſchof **Franz Egon**[48]) ſeine bisherige Reſidenz Hildesheim nicht verlaſſen mochte, auch in dieſem Theile der Monarchie die Nothwendigkeit vicarieller Verwaltung eingetreten.

§. 2.

Nothwendigkeit einer Organiſation der katholiſchen Landeskirche.

Bei ſolcher Lage der Dinge konnte es der Preußiſchen Regierung nicht zweifelhaft ſein, daß baldigſte Wiederherſtellung geordneter geiſtlicher Verwaltung ein dringendes Bedürfniß, eine durchgreifende Reorganiſation der katholiſchen Kirchenverfaſſung unerläßlich ſei. Aber auch, welche Richtung dieſe organiſirende Thätigkeit der Regierung zu nehmen habe, worauf das Hauptaugenmerk zu richten ſei, war durch den Zuſtand der Kirche, wie er vor aller Augen lag, und durch die Verpflichtungen klar und deutlich ausgeſprochen, welche die weltlichen Herren zehn Jahre früher mit dem Erwerbe des Beſitzthums der Kirche in ausdrücklicher Zuſage übernommen hatten.

Unverändert hatten, bis auf reichsgeſetzliche Art eine neue Diöceſaneinrichtung getroffen wäre, die erz- und biſchöflichen Diöceſen in dem bisherigen Zuſtande, unverändert die Episcopalverfaſſung bleiben ſollen. Der Wunſch der Regierungen, auch in kirchlicher Beziehung ihre Gebiete abzuſchließen, und durch eine eigne einheimiſche Kirchenbehörde des Landes theils die Einheit

---

Eichsfelde ſeit 10, und an vielen Orten ſeit 18 Jahren das Sacrament der Firmelung nicht geſpendet worden.

48) Nächſt dem Fürſtbiſchofe von Fulda, Adalbert III., Freiherrn von Harſtall, welcher am Tage der Eröffnung des Wiener Congreſſes verſtarb, war Franz Egon, geboren 10. Mai 1737, im J. 1786 zum Coadjutor von Hildesheim und Paderborn erwählt, und Biſchof ſeit dem 6. Januar 1789, ſowohl dem Lebens- als Dienſtalter nach der Senior der Deutſchen Prälatur. S. Reichs- und Staats-Handbuch vom J. 1805 S. 407.

der Verwaltung zu befördern, theils die Ausführung aller Aenderungen zu erleichtern, welche wirkliche und vermeintliche Nothwendigkeit auf dem kirchlichen Gebiete hervorrief, hatte aber zu völliger Zerſtückelung der Diöceſen geführt, die nur dem Namen nach fortbeſtanden[1]). Im ganzen Umfange des ehemaligen Deutſchen Reichs lebten, abgeſehen von Oeſterreich und von Schleſien, bei Eröffnung des Wiener Congreſſes nur noch fünf Biſchöfe, mit Ausnahme des Corveyer ſämmtlich in ſo hohem Lebensalter, daß auch deren Tod, und damit das völlige Erlöſchen des Deutſchen Epiſcopats als nahe bevorſtehend erachtet werden durfte[2]). In vielen der erledigten Diöceſen fehlte es obenein an Weihbiſchöfen, die für die Pontificalhandlungen vertretende Aushülfe hätten gewähren können, und Beſetzung der vacanten Biſchofsſitze war nicht zu hoffen, ehe nicht die zerſtreuten Domherren der alten Biſchofsſitze wieder verſammelt, oder von neuem die Domkapitel hergeſtellt waren. Eignen Beſitzthumes an liegenden Gründen oder Renten beraubt, wie die katholiſche Kirche überall war, konnte aber die Herſtellung des Epiſcopats und die neue Einrichtung der Diöceſen, konnte die Herſtellung der Domſtifter nicht anders ins Leben treten, als durch eine Dotation, welche, wenn auch nicht Erſatz des früheren Verluſtes, doch in einem den Bedürfniſſen und der Würde der Kirche entſprechenden Umfange die äußern Mittel zu vollſtändiger Wirkſamkeit der geiſtlichen Behörden gewährte. Nur „unter dem beſtimmten Vorbehalte der feſten und bleibenden Ausſtattung der Domkirchen, welche beibehalten würden“, und hauptſächlich nur „zum Behufe des Aufwandes für

1) Auch in andern Ländern, wie z. B. in Baden, welches Theile von 6 Diöceſen in ſich ſchloß, darunter Conſtanz das einzige inländiſche Bisthum, und in Würtemberg, welches zu 5 verſchiednen Sprengeln gehörte, war die kirchliche Verwaltung ganz in die Hände von Landes-Vicariaten übergegangen.

2) Außer dem Fürſtbiſchofe von Hildesheim und Paderborn (ſ. §. 1. Note 48.) und dem Fürſtbiſchofe von Corvey (geb 1756, erwählt 1794) waren es der Fürſt-Primas Erzbiſchof von Regensburg und Biſchof von Conſtanz und Worms, Carl Theodor Freiherr von Dalberg (geb. 1744, Biſchof ſeit 1799 u. resp. 1802), der Fürſtbiſchof von Paſſau, Graf Leopold von Thun (geb. 1748, erwählt 1796, und der Fürſtbiſchof von Eichſtedt, Joſeph Graf von Stubenberg (geb. 1740, Biſchof ſeit 1790.).

den Gottesdienſt, Unterrichts= und andere gemeinnützige Anſtalten" war im Reichsdeputations=Hauptſchluſſe das Eigenthum der Kirche dem landesherrlichen Domanial=Vermögen zugeſchlagen worden. Ob nun auch jenſeits des Rheins, wo bedingungslos das Kirchengut war Preis gegeben worden, den neuen Landesherren rechtlich zugemuthet werden konnte, daß ſie für eine Dotation im Sinne jenes Reichsgeſetzes Sorge trügen, ob der Strenge des Rechts nach dieſe der Franzöſiſchen Herrſchaft wieder entriſſenen Lande ſich beklagen durften, wenn die Regierung den unveränderten Fortbeſtand der kirchlichen Organiſation beliebt hätte, welcher im Concordate vom J. 1801 eine feierliche, wenn ſchon nur nothgedrungene Sanction vom Oberhaupte der katholiſchen Kirche zu Theil geworden war, das mag allerdings als zweifelhaft ſich darſtellen. Unbegreiflich aber erſcheint es, wie man in neueſter Zeit die politiſche Weisheit hat verkennen mögen, welche in kirchlicher Hinſicht den Rhein nicht als Scheidelinie gelten laſſen wollte, ſondern in königlicher Munificenz lieber zu viel thun, als durch Feſthalten am Buchſtaben des Rechts die Erinnerung an die Periode des Unrechts und der Gewalt befeſtigen, und das Vertrauen der neuen, andersgläubigen Unterthanen ſchwächen mochte; und unerklärlicher noch iſt es uns, wie ſelbſt für die dieſſeits=rheiniſchen Lande die Verpflichtung des Staats zu angemeſſener feſter Dotation der Kirche in Zweifel gezogen werden konnte. War dieſe auch nicht in dem Maaße Bedingung jener Ueberweiſung des Kirchenguts, daß deren Nichterfüllung allen Anſpruch auf Fortbeſitz vernichtet hätte[3]), ſo doch in dem Sinne, daß die Kirche und deren verfaſſungsmäßigen Vertreter die zugeſagte neue Ausſtattung der Bisthümer mit vollem Rechte fordern durften, und in keiner Weiſe konnte es den Umfang jener Rechtsverpflichtung mindern, wenn die Franzöſiſche Gewaltherrſchaft der Zwiſchenzeit, an deren Stelle Deutſche Fürſtenhäuſer nun wieder eintraten, jene gleichſam als

---

3) So ſuchte eine der Schriften die Sache aufzufaſſen, welche für die katholiſche Kirche Deutſchlands dem Congreſſe zu Wien übergeben worden iſt, und die Reſtitution aller eingezogenen Güter reclamirte. Vgl. Klüber's Ueberſicht der diplom. Verhandl. d. Wiener Congr. Th 2. S. 429.

dingliche Laſt feierlich übernommene Verbindlichkeit unerfüllt gelaſſen, und willkürlich das ehemalige Kirchengut verſchleudert hatte. So wenig hat aber auch die Preußiſche Regierung jene Verpflichtung verkannt, daß ſie den wieder gewonnenen Provinzen dieſſeits des Rheins eine gleiche Zuſicherung zu geben für überflüſſig erachtete[4]), als den Rheinlanden und den Polen der erſte Gruß des neuen Herrſchers brachte[5]), und daß ſie, bei Verkündigung der mit Rom beendigten Verhandlungen, ſelbſt die neue Ausſtattung der biſchöflichen Sitze und die neue Begrenzung ihrer Sprengel unumwunden als die „grundgeſetzliche Bedingung“ bezeichnete, „mit welcher der Erwerb der ſ. g. Entſchädigungsländer an die neuen Beherrſcher überging“[6]).

Mit Errichtung und Dotation der Bisthümer allein war jedoch, wie wichtig auch und unerläßlich für Herſtellung geordneter Verwaltung und geregelter Disciplin, dem Nothſtande der katholiſchen Landeskirche nicht abgeholfen. Faſt noch ſchwerer laſtete auf ihr der Verfall des Lehr- und Pfarrweſens, theils herbeigeführt durch Vernachläſſigung der oberen geiſtlichen Aufſicht, theils Folge des Mangels an geeigneten Candidaten des Prieſterſtandes und geiſtlichen Lehranſtalten, vor allem aber hervorgerufen durch die Willkür, mit welcher, dem eignen Intereſſe, dem unzweifelhaften Rechte der Gemeinden und der ausdrücklichen Garantie des Reichsdeputations-Schluſſes entgegen, die fremdherrlichen Ge-

4) Das Patent wegen Beſitznahme der Herz. Cleve, Berg, Geldern u. ſ. w. vom 5. April 1815 (Geſ.-Samml. von 1815 No. 4.) ertheilt den wieder gewonnenen Unterthanen nur die Zuſicherung „wirkſamſten Schutzes ihrer Perſonen, ihres Eigenthums und ihres Glaubens“.

5) „Eure Religion“, lautet die an die Einwohner der mit der Monarchie vereinigten Rheinländer ergangene Proclamation v. d. D. (ebend. S. 25.), „werde Ich ehren und ſchützen. Ihre Diener werde Ich auch in ihrer äußern Lage zu verbeſſern ſuchen, damit ſie die Würde ihres Amts behaupten. Ich werde die Anſtalten des öffentlichen Unterrichts herſtellen, die unter den Bedrückungen der vorigen Regierung ſo ſehr vernachläſſigt wurden. Ich werde einen biſchöflichen Sitz, eine Univerſität, und Bildungsanſtalten für eure Geiſtlichen und Lehrer unter euch errichten“. Ueber die an die Polniſchen Unterthanen ergangene Proclamation ſ. oben §. 1. Note 19.

6) Preuß. Staats-Zeitung vom 11. Auguſt 1821, und hiernach Allgem. Augsb. Zeit. Jahrg. 1821 No. 235. S. 939.

walthaber ſowohl Schulfonds und Pfarrgüter, als das Vermögen aller wohlthätigen Anſtalten, bald eingezogen, bald verwaltet hatten, ohne daß den Geiſtlichen und Lehrern auch nur überall regelmäßige Zahlung ihres Gehalts die Deckung der unmittelbar dringendſten Lebensbedürfniſſe ſicherte. In dieſer Beziehung Recht und Ordnung zurückzuführen, mußte die weltliche Macht eben ſo für ihre Pflicht, als dem Intereſſe des Staats gemäß erkennen, während ſie die bürgerlich-ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe des Clerus, und die kirchenhoheitrechtlichen Beziehungen der Kirche zum Staate theils durch Herkommen und Geſetz der früheren Zeit und der letzten Decennien in genügender Weiſe geregelt, theils als einen Gegenſtand erachten durfte, deſſen Feſtſtellung dem Ermeſſen der Regierung anheimgegeben bleiben müſſe.

Wie über die Mittel, durch welche allein eine gründliche und heilbringende Reorganiſation der katholiſchen Kirche zu erlangen ſtehe, konnte aber auch dem unbefangenen Urtheile darüber kein Zweifel obwalten, daß nur auf dem Wege einer Uebereinkunft mit dem Römiſchen Stuhle jenes Ziel ſicher und vollſtändig zu erreichen ſei. Verbeſſerung der äußeren Lage des niederen Clerus, geordnete Adminiſtration des Kirchenguts, ſo viel davon noch gerettet war oder ohne Eintrag für einmal erworbene Rechte reſtituirt werden konnte, Herſtellung der hie und da in Verfall gerathenen Aufſicht über den Pfarrclerus, das lag allerdings in dem Bereiche der eignen Entſchließungen und Feſtſetzungen der weltlichen Macht, oder es würde die canoniſche Autorität der geiſtlichen Obern des Landes genügt haben, um den hierauf bezüglichen Maaßregeln der Regierung Eingang und Wirkſamkeit zu ſichern; je dringender das Bedürfniß, würde man von Seiten der Kirche auch ſchwerlich ſo weſentliche Intereſſen der Religion rein formellen Rückſichten nachgeſetzt, vielmehr den Anordnungen der weltlichen Macht bereitwillige und wohlgemeinte Mitwirkung gewährt haben. Seit zu langer Zeit war auch ſchon, ſelbſt in katholiſchen Ländern, höheres und niederes Unterrichtsweſen der Leitung und Anordnung des Staats anheimgefallen, als daß, unter Beachtung nur der durch den Religionsunterricht gebotenen Rückſichten, für die ſo dringend nöthig gewordene Reorganiſation des Lehrweſens, wenn ausſchließ-

lich von den Regierungen unternommen, große Schwierigkeiten zu befürchten geweſen wären. Ein ausgedehntes Patronatrecht, und die bei Beſetzung der höheren Kirchenämter nach altem Herkommen zuſtändigen Gerechtſame eröffneten ſogar auch der Staatsgewalt die Möglichkeit, tüchtige, wohlgeſinnte und ihren Plänen geneigte Männer zur kirchlichen Verwaltung zu berufen [7]). Aber wie die weltliche Macht die eigentlich geiſtliche Vorbildung des Clerus ſich nicht weigern kann der Kirche zu überlaſſen, wie das canoniſche Recht Einrichtung und Leitung der Seminarien den Biſchöfen überweiſet, lag nicht bloß dieſer Theil des Unterrichtsweſens außerhalb der Sphäre alleiniger Feſtſetzungen des Staats, ſondern nach allen Seiten hin mußte auch ein wohlgeordnetes Episcopalregiment, weil es den Mittelpunkt bildet der katholiſchen Verfaſſung, als die Bedingung jeder wirkſamen Thätigkeit der Staatsgewalt für Herſtellung der kirchlichen Ordnung, und als das einzige Mittel erſcheinen, welches den rathſam erachteten Maaßregeln ſichern Halt gewähren konnte. Seit Jahrhunderten jedoch galt als unbeſtrittenes Recht des Römiſchen Stuhls nicht bloß die Beſtätigung, Weihe und canoniſche Inſtitution der neu erwählten Biſchöfe, ſondern auch die Errichtung neuer, und Aufhebung vorhandener Biſchofsſitze, die Begrenzung der Diöceſen, die Vertheilung der biſchöflichen Sprengel zu kirchlichen Provinzen; und wie unumſtößlichen Beweis auch die neuere Doctrin geführt hatte, daß dem nicht von Anfang an ſo geweſen, und daß es als weſentlicher Ausfluß der päbſtlichen Primatialgewalt nicht gelten könne, ſo hatte dies doch weder den althergebrachten, von Kirche und Staat anerkannten Beſitzſtand der Römiſchen Curie geſtört, noch die herrſchende Anſicht zu ändern vermocht. Hatte doch auch die Revolution in dem Concordate vom J. 1801 dies Recht des Pabſtes anerkennen zu müſſen geglaubt, und ſogar der Allgewalt Napoleons war es weder gelungen, den wehr- und rathloſen Pabſt in

7) In dieſem Sinne äußert ſich auch Niebuhr in einem ſeiner Briefe über eine, auf Anlaß der ihm anvertrauten Miſſion nach Rom, mit N.(icolovius?) im October des J. 1815 gepflogene Unterredung. S. Lebensnachrichten von Barth. Georg Niebuhr. Hamb. 1837 Th. 2. S. 152.

ſeinem Exile zu Fontainebleau zu Verzicht auf das Recht der canoniſchen Inſtitution zu bewegen, noch den einſeitig von ihm ernannten Prälaten in ihren Sprengeln canoniſchen Gehorſam der Diöceſanen und Anerkennung ihrer Episcopalgewalt, geſchweige denn die Gültigkeit und Wirkſamkeit ihrer geiſtlichen Jurisdictions- oder Pontifical-Handlungen zu verſchaffen. Aergere Zerrüttung der Kirche denn zuvor, ein wahres Schisma, wenn nicht gar bis zu offenem Aufruhre ſich ſteigernde Unzufriedenheit der katholiſchen Provinzen, wäre daher ohne Zweifel das Ziel geweſen, wenn die Regierungen dem Wege hätten folgen wollen, welchen damals, und mehr noch in unſern Tagen, Unkenntniß der Geſchichte und des Rechts als den allein richtigen hat bezeichnen mögen, wenn man ohne alle Verhandlung mit Rom eigenmächtig die katholiſche Kirche Deutſchlands reconſtituiren zu können vermeint hätte. Aber nicht bloß „nach der Beſchaffenheit der katholiſchen Kirchenverfaſſung, wie ſie unſerer Zeit überliefert iſt, und nach dem einſtimmigen Wunſche der katholiſchen Bewohner des Staats war ein Uebereinkommen mit dem päbſtlichen Stuhle unvermeidlich“ [8]); in der zu Regensburg vereinbarten Clauſel, es ſolle der bisherige Zuſtand fortdauern, bis eine andere Einrichtung der Diöceſen und künftigen Domkapitel „auf reichsgeſetzliche Art“ getroffen ſein würde, war der katholiſchen Kirche ſogar die beſtimmte Hoffnung gegeben, und ein wohlbegründetes Recht darauf gewonnen, daß die neue Organiſation ihrer Verfaſſung auf Mitwirkung und Zuſtimmung des Oberhaupts der Kirche beruhen werde.

Keine der Deutſchen Regierungen hat auch dieſe Nothwendigkeit einer Verhandlung mit Rom verkannt. Nur darüber zeigte ſich, von vorn herein wie ſpäter, Verſchiedenheit der Anſicht, ob es einerſeits thunlich und rathſam ſei, in den Kreis dieſer Verhandlungen auch die eigentliche Verfaſſung der katholiſchen Kirche zu ziehen, um ſie in allen ihren Beziehungen zum Römiſchen Stuhle wie zur Staatsgewalt durch Abſchluß förmlicher Concordate vertragsmäßig feſtzuſtellen, ſtatt ſich auf die durch unmittelbarſtes Bedürfniß gebotenen Punkte zu beſchränken, und nur äußerlich den ver-

8) Worte des Note 6. angeführten Publicandums.

verfallenen Organismus des Kirchenregiments herzuſtellen; ob andererſeits dieſe Angelegenheit, weil bedingt von den eigenthümlichen Verhältniſſen jedes Landes, nur durch Separatverhandlungen mit dem Römiſchen Stuhle geordnet werden könne, oder ob von gemeinſamer Verhandlung nicht bloß ein ſchnellerer, ſondern auch ein den Intereſſen und Rechten der Staatsgewalt und der Deutſchen Prälatur günſtigerer Erfolg zu hoffen ſtehe. Von vielen Seiten her gab ſich nach erkämpfter politiſcher Unabhängigkeit der Wunſch eines allgemeinen Concordats kund, welches gegen die früheren Beſchwerden über den Römiſchen Stuhl eine durchgreifende Abhülfe ſicherte, die in der Bad-Emſer Punktation von neuem angeregte innere Reform der katholiſchen Hierarchie vollendete, und den Freiheiten der Deutſchen Kirche diejenige Garantie verſchaffte, welche man von den Concordaten des funfzehnten Jahrhunderts erwartet, allein nicht entfernt erlangt hatte; Vereinigung aller Deutſchen Katholiken zu Einer großen Nationalkirche, die in einem gemeinſamen Primate Einheit der Verfaſſung gewönne, und in der Unterwerfung unter den Römiſchen Primat nur für Einheit der Lehre und des Cultus eine Sicherheit ſuchte und gäbe, wurde als das Ziel bezeichnet, welches zu Wien erſtrebt werden müſſe, und, beharrlich verfolgt, auch ſicher erreicht werden könne. Wie eitel dieſe Hoffnung ſei[9]), wie wenig ein Congreß von Fürſten, welche der Mehrzahl nach dem katholiſchen Bekenntniſſe fremd waren, hoffen

9) Scharf, aber treffend äußert ſich hierüber Niebuhr in einem Briefe vom 1. Octbr. 18[illegible]9 (a. a. O. S. 416.): „Die Forderungen, welche man ziemlich allgemein in Deutſchland an das Reſultat einer ſolchen Unterhandlung (mit dem päbſtlichen Stuhle) macht, ſind ſo verkebrt, daß es gar nicht möglich iſt, ihnen zu genügen, und daß man, wenn die Sache zu Stande kommt, ſo wie ſie einzig möglich iſt, ohne Barmherzigkeit wird verſchrieen werden. Man bildet ſich ein, daß man den Römiſchen Hof, wenn man ihm recht zuſetze, dahin müßte treiben können, ſeinen Grundſätzen und Anſprüchen zu entſagen, und die Biſchöfe ſo frei zu laſſen, daß ſie die Kirche nach ihrem Belieben einrichten könnten; und wenn das nicht zu erreichen iſt, ſo ſollten die Regierungen mit ihm brechen und dle Kirche eigenmächtig conſtituiren. Dabei denkt man nicht daran, daß damit nur eine ganz kleine Zahl unter den Katholiken einverſtanden iſt, und daß in vielen Gegenden nichts ſo unfehlbar die Unterthanen mißvergnügt und der Regierung abwendig machen würde, als dieſe aufgedrungene Befreiung u. ſ. w.". Vgl. auch den Brief vom 20. Juni 1818 (ebend. S. 350.).

dürfe, von dem Römiſchen Stuhle Conceſſionen zu erlangen, welche die wahren Hebel ſeiner geiſtlichen Autorität vernichtet hätten, wie geringen Anklang jene Anſichten und Wünſche bei der großen Maſſe der Katholiken gerade zu jener Zeit fanden, wie ungeeignet endlich der damalige Zeitpunkt ſei, wo der Episcopat in der Deutſchen Kirche faſt erloſchen, und dieſe damit ihrer rechtmäßigen Vertreter beraubt war; darüber mögen Wenige unter den zu Wien verſammelten Staatsmännern ſich getäuſcht haben, und durfte bei vorurtheilsloſer Erwägung der Verhältniſſe Niemand ſich verhehlen. Daß es aber nicht einmal über die Grundlagen, welche zur Reorganiſation der katholiſchen Kirche, ſowohl bei den mit Rom anzuknüpfenden Verhandlungen als für die innere Geſetzgebung der einzelnen Staaten, als Haltpunkt dienen müßten, in Wien zu einer Vereinbarung kommen würde, daß für die Herſtellung eines geordneten Rechtszuſtandes der Kirche die Berathungen über die Bundesacte kein weitres Reſultat ergeben würden, als erneutes Anerkenntniß bürgerlicher und politiſcher Rechtsfähigkeit der chriſtlichen Hauptconfeſſionen, und Ausſchluß der Stimmenmehrheit in Religionsangelegenheiten [10]); das hat ſchwerlich Jemand geahnt, als Deutſchlands Fürſten und Staatsmänner nach Wien eilten, um die zehn Jahre zuvor durch Frankreich gewonnene Unabhängigkeit der einzelnen Deutſchen Staaten mit der gegen Frankreich bewährten und erſtrittenen Einheit des geſammten Deutſchlands durch einen Bundesvertrag zu verknüpfen, und beide für alle Zukunft feſt zu begründen. Wer die Schuld trage, iſt noch in Dunkel gehüllt; erſt in ſpäterer Zeit wird ein Urtheil geſtattet ſein, ob das Uebermaaß der Forderungen des Römiſchen Stuhls, ob die eiferſüchtige Beſorgniß vor zu umfaſſenden Beſchränkungen der kaum gewonnenen Souveränität, ob die Hoffnung, günſtigere Reſultate durch Separatverhandlungen mit Rom erlangen zu können, ob der Gegenſatz der confeſſionellen Anſicht und neu erwachendes Mißtrauen gegen das Stimmen-Uebergewicht der evangeliſchen Fürſten, oder ob nur die Eile der Schlußberathungen jenes in aller Weiſe dürftige und ungenügende Ergebniß der Congreßver-

10) Bundesacte Art. 7. und 16.

handlungen herbeigeführt hat. Ein flüchtiger Ueberblick über den Gang der zu Wien gepflogenen Berathungen genügt aber, um die Ueberzeugung zu erlangen, daß, in Einklang mit der Hauptmacht des katholiſchen Bekenntnißes, die Preußiſche Regierung alles, was an ihr lag, gethan hat, um in den Stipulationen der Bundesacte wenigſtens eine Grundlage zu gewinnen für die Reorganiſation des kirchlichen Zuſtandes Deutſchlands.

§. 3.

Ueberſicht der Wiener Congreß-Verhandlungen über die kirchlichen Angelegenheiten.

Der Friede zu Paris vom 30. Mai 1814 hatte nur das allgemeine Prinzip ausgeſprochen, daß die Deutſchen Staaten unabhängig ſein, und in einem Staatenbunde vereinigt werden ſollten. Für den neu zu errichtenden Bund eine Grundlage zu gewinnen, welche ihm Einheit, Feſtigkeit und Dauer ſicherte, und Erſatz böte für die durch jenes Prinzip definitiv ausgeſchloſſene Vereinigung unter gemeinſamem Oberhaupte, ſchien mit Recht die erſte und wichtigſte Aufgabe des im October des J. 1814 zuſammentretenden Wiener Congreſſes, und wohl erklärlich iſt es, wenn die erſten Beſprechungen und Vorverhandlungen der Deutſchen Hauptmächte ſich durchaus auf die Grundzüge der politiſchen Verfaſſung Deutſchlands beſchränkten [1]. Zuverſichtlich erwartete man jedoch, daß die kirchlichen Angelegenheiten ſpäter in den Kreis der Verhandlungen würden gezogen werden, und ſchon am Tage vor der angekündigten officiellen Eröffnung des Congreſſes ward deſſen Aufmerkſamkeit darauf hingelenkt durch die Denkſchrift, welche drei Mitglieder ehemaliger Reichsſtifter „für die katholiſche Kirche Deutſchlands“ als deren „Oratoren“, wie ſie ſpäter ſich nann-

1) In dem erſten Preußiſchen Entwurfe vom 13. Septbr. (in Klüber's Acten d. Wiener Congreſſes Bd. I. H. 1. S. 45 flg.), wie in dem zweiten, welchen Preußen und Oeſterreich gemeinſchaftlich vorlegten, und ſeit dem 14. Oct. mit den Bevollm. von Baiern, Hannover und Würtemberg beriethen (ebend. S. 57 flg. u. Bd. II. S. 64 flg.), ſind die kirchlichen Verhältniſſe gar nicht erwähnt.

ten, am 30. October übergaben [2]). Bald darauf legte der päbſtliche Legat, Cardinal Conſalvi, in einer unterm 17. Novbr. 1814 an den Fürſten von Metternich gerichteten Note die Wünſche, oder vielmehr Forderungen des Römiſchen Stuhls in Betreff der katholiſchen Kirchenangelegenheiten dem Congreſſe dar [3]), an welchen ſich außerdem noch mit mehreren Denkſchriften verſchiedenen Inhalts, übrigens nur in eigenem Namen, und, wie es ſcheint, ſelbſt ohne Ermächtigung ſeines Biſchofs, des Fürſten Primas, der Conſtanzer General-Vicar v. Weſſenberg wandte [4]).

Mit dem Verlangen der Curie ſtimmten im Weſentlichen die Anträge der Oratoren überein. Unumwunden hatte der Pabſt die Herſtellung der alten Reichsverfaſſung und der ehemaligen geiſtlichen Fürſtenthümer gefordert; eine andere Deutung wäre, ſelbſt ohne die nachträglich verſuchte Deduction abſoluter Nichtigkeit der Säculariſationen des J. 1803 [5]), kaum für den Antrag der Oratoren möglich, daß die katholiſche Kirche in ihre eigenthümlichen Rechte einzuſetzen, ohne Rückſicht auf die ſtattgefundenen Neuerungen das Verhältniß der Kirche zum Staate in den früheren Zuſtand herzuſtellen ſei. Wie andrerſeits die ſpätere Proteſtation der Curie dagegen gerichtet iſt, daß man die Güter und Einkünfte der

2) Es waren dies der Wormſer Dombechant und Domkapitular zu Aſchaffenburg, Freih. v. Wambold, der Speierſche Domprábendar Helfferich, und der vormalige Syndicus des Andreas-Stifts zu Worms Schies, welcher aber bald wieder zurücktrat. Ueber deren Legitimation, geſammtes Verhalten und verſchiedenartige Eingaben vgl. Klüber's Ueberſicht Th. 2. S. 418 flg., und Acten des W. Congr. Bd. I. H. 2. S. 28 flg., wo die Denkſchrift vom 30. Oct. mitgetheilt iſt.

3) Der Inhalt dieſer noch ungedruckten Note iſt nur durch die ſpätere Proteſtation der Römiſchen Curie (mitgetheilt in d. Acten d. W. Congr. Bd. IV. S. 319 flg.) bekannt geworden, in welcher darauf Bezug genommen wird. Vgl. Klüber's Ueberſicht Th. 2. S. 417. u. 473 flg. Bemerkenswerth, und wohl mehr als zufälliges Zuſammentreffen iſt, daß am Tage vorher die von den Conferenzen über die Bundesverfaſſung bisher ausgeſchloſſenen Deutſchen Fürſten in einer Collectiv-Note auf gemeinſame Berathung gedrungen hatten (Klüber's Acten Bd. I. H. 1. S. 72.). Divide et impera, war von jeher der Wahlſpruch Rom's, und ſchwerlich damals unbekannt, zu welchen Differenzen mit Würtemberg und Baiern jene Verhandlungen geführt hatten.

4) Dieſe Denkſchriften vom 27. Novbr., nebſt zwei ſpäteren darauf bezüglichen Anträgen ſ. in Klüber's Acten Bd. IV. S. 299—310. Vgl. auch deſſen Ueberſicht S. 432 flg.

5) Ebend. S. 428 flg. u. Acten d. W. Congr. Bd. IV. S. 290 flg.

Geiſtlichkeit, welche Eigenthum der Kirche ſeien, ohne Bewilligung der rechtmäßigen Behörde ihren neuen Beſitzern gelaſſen, oder doch nicht dem Gebrauche, wozu ſie verordnet waren, zurückgegeben habe, ſo forderten auch die Oratoren, außer Rückgabe alles noch unveräußerten oder einlösbaren Kirchenguts, für alles übrige geiſtliche Eigenthum zureichenden Erſatz in liegenden Gründen, mindeſtens ſo viel, als zur Fundation der Bisthümer, Domkapitel, Seminarien, Pfarreien und der kirchlichen und wohlthätigen Inſtitute nothwendig ſei. Minder ausgedehnt waren in dieſer Beziehung die Weſſenberg'ſchen Reſtitutionsanträge. Denn neben erneuter Garantie für alle Pfarr-, Schul- und Kirchengüter forderte er nur, theils Herſtellung und Erhaltung der dem Reichsdeputations-Hauptſchluſſe zuwider eingezogenen frommen und milden Stiftungen, theils für die Bisthümer, Domkapitel, Seminarien und ſonſtigen Anſtalten eine Dotation in liegenden Gründen, mit eigener ſelbſtſtändiger Verwaltung, mit landſtändiſchen Rechten und einer, der der weltlichen mediatiſirten Reichsſtände gleichen, perſönlichen und dinglichen Stellung im und zum Staate. Für die der katholiſchen Kirche Deutſchlands zu gebende innere Organiſation gingen dagegen ſeine Vorſchläge weit von jenen Forderungen ab, und im Weſentlichen dahin, daß Behufs der Einrichtung und Ausſtattung, ſo wie der „geſetzlichen Sicherſtellung der katholiſchen Kirche, ihrer Bisthümer und Erzbisthümer“ ein gemeinſames Concordat abgeſchloſſen werde, welches dann als „weſentlicher Beſtandtheil der Verfaſſung des Deutſchen Bundes“ unter deſſen Schutz zu ſtellen ſei, und daß die Geſammtheit aller Bisthümer als „Deutſche Kirche“ Ein Ganzes unter einem Primas bilden, und dieſem „die Leitung der allgemeinen Angelegenheiten der Deutſchen Nationalkirche“ anvertraut werden müſſe.

Zu officieller Berathung ſcheinen alle jene Anträge auf dem Congreſſe nicht gekommen zu ſein. Die Forderungen des Römiſchen Stuhles beruhten auf einer Baſis, welche über die Erfolgloſigkeit jeglicher Transaction von vorn herein keinen Zweifel laſſen konnte; ihrer Bewilligung würden ſich, ſelbſt wenn das klarſte Recht dafür geſprochen hätte, politiſche Rückſichten entgegengeſtellt haben, welche hintanzuſetzen, wollte man nicht eine neue

Umwälzung aller politiſchen Verhältniſſe hervorrufen, ſchlechthin unmöglich war. Aber kaum weniger unausführbar waren die Weſſenberg'ſchen Verfaſſungsvorſchläge; denn für jenen Primat, ſollte er anders nicht bloß ein leerer Titel ſein, ſondern reale Bedeutung gewinnen und wahrhaft die katholiſchen Kirchen Deutſchlands zu Einem Ganzen vereinen, war auf Zuſtimmung der beiden mächtigſten Bundesſtaaten dieſes Bekenntniſſes kaum, auf Einwilligung der Curie gewiß nicht zu rechnen. Unerörtert indeſſen, wie dieſe Anträge mit Recht blieben, ſcheinen ſie doch die Aufmerkſamkeit des Congreſſes auf die kirchlichen Angelegenheiten gerichtet, und bei Preußen wie Oeſterreich die Ueberzeugung befeſtigt zu haben, daß für deren definitive Feſtſtellung eine Grundlage zu gewinnen wünſchenswerth ſei. Wenigſtens ſind alle Entwürfe, welche ſeit Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Bundesacte [6]) nach und nach von beiden Regierungen vorgelegt wurden [7]), ohne Ausnahme auf die kirchliche Verfaſſung Deutſchlands mitgerichtet, und ſelbſt in ihrem Inhalte giebt ſich, ſo weit jene Weſſenberg'ſchen Anträge als ausführbar und angemeſſen anerkannt zu werden vermögen, deren Einfluß unverkennbar kund.

Anfangs waren die Anſichten dieſer beiden Hauptmächte wenig in Einklang. Denn während Preußen ganz allgemein „gleiche Rechte" der chriſtlichen Religionspartheien für alle Bundesſtaaten anerkannt wiſſen wollte, beſchränkte ſich der Oeſterreichiſche Vorſchlag auf Gleichheit „im Genuſſe bürgerlicher und politiſcher Rechte" [8]). Für die evangeliſche Kirche verlangte Preußen, daß ihre Rechte, obwohl in jedem Staate zur Landesverfaſſung gehörig, ſo weit ſie auf Friedensſchlüſſen, Grundgeſetzen und anderen gültigen Verträgen beruhten, unter den Schutz des Bundes geſtellt würden, und für die katholiſche Kirche, unter gleicher Garan-

6) Ueber dieſe Wiederaufnahme zu Ende März, und über die Erledigung dieſer Angelegenheit in den vom 23. Mai ab gehaltenen elf Conferenzen vgl. Klüber's Ueberſ. Th. 1. S. 59 flg.

7) Mitgetheilt in Klüber's Acten Bd. I. H. 4. S. 104. u. Bd. II. S. 293 flg.

8) Vgl. §. 9. des 7ten (Preußiſchen) Entwurfs vom 1. Mai 1815 (im 6ten war dieſer Punkt ganz übergangen) mit §. 17. des 8ten (Oeſterreichiſchen) Entwurfs (a. a. O. Bd. II. S. 305. u. 315.).

tie des Bundes, „eine ſo viel möglich gleichförmige, zuſammenhängende und die zur Beſtreitung ihrer Bedürfniſſe nothwendigen Mittel ſichernde Verfaſſung“; Oeſterreich dagegen wollte über die inneren Verhältniſſe beider Confeſſionen nichts weiter feſtgeſetzt wiſſen, als daß jeder „die ausſchließliche Verwaltung der Gegenſtände ihres Cultus und ihrer Kirchengelder“ zuſtehe, andrerſeits ſollte für die katholiſchen Angelegenheiten nur gemeinſame Verhandlung mit dem Römiſchen Hofe auf der Bundesverſammlung ausbedungen, deren Reſultate aber durch keinen vorgängigen Beſchluß präjudicirt werden [9]. Noch vor Eröffnung der Hauptconferenzen einigten ſich jedoch beide Mächte eines gemeinſamen Entwurfs [10], welcher auch die Grundlage der Berathungen bildete, aber nichts weniger als ungetheilte Beiſtimmung fand [11]. Einerſeits mag man daran Anſtoß genommen haben, daß die katholiſche Kirche eine Verfaſſung, als ob ſie zur Zeit derſelben ganz entbehrte, erſt erhalten, und mit der bloßen Hoffnung dazu ſich begnügen ſollte [12]; andererſeits durfte es bedenklich erſcheinen, wenn nur der katholiſchen Confeſſion als einer „Kirche“ erwähnt war, den „Evangeliſchen“ bloß die auf Friedensſchlüſſen u. ſ. w. beruhenden Rechte, und nicht einmal unter Bundes-Garantie, zugeſichert wurden, als ob ohne derartige Verträge die Exiſtenz der

---

9) Vgl. §. 17. des 8ten mit §. 11. des 7ten Entwurfs.

10) Der im Einverſtändniß mit Preußen am 23. Mai der Conferenz vom Oeſterreichiſchen Bevollmächtigten vorgelegte 9te Entwurf (a. a. O. S. 320.) lautete im §. 14. u. 15. dahin: „Die Verſchiedenheit der drei chriſtlichen Religionsparteien kann in den Ländern und Gebieten des teutſchen Bundes keinen Unterſchied im Genuſſe bürgerlicher und politiſcher Rechte begründen. — Die katholiſche Kirche in Teutſchland wird, unter der Garantie des Bundes, eine ihre Rechte und die zu Beſtreitung ihrer Bedürfniſſe nothwendigen Mittel ſichernde Verfaſſung erhalten. Die Rechte der Evangeliſchen gehören in jedem Staate zur Landesverfaſſung, und ihre auf Friedensſchlüſſen, Grundgeſetzen oder anderen gültigen Verträgen beruhenden Rechte werden ausdrücklich aufrecht erhalten“.

11) Die Conferenz-Protocolle (mitgetheilt in Klüber's Acten Bd. II. S. 324 — 568.) geben mehr Andeutungen, als Aufſchluß über Gang und Inhalt der Berathungen.

12) In dieſer Weiſe äußerten ſich namentlich die Oratoren in den gegen den Art. 15. gerichteten, der Conferenz eingereichten Bemerkungen vom 29. Mai (ebend. Bd. IV. S. 295 flg.).

evangeliſchen Kirche rechtlicher Grundlage entbehre [13]. Während die curialiſtiſch geſinnte Parthei in den Worten „katholiſche Kirche in Deutſchland“, und in der in Ausſicht geſtellten Bundes-Garantie immer noch eine zu beſtimmte Hindeutung auf jenen Plan einer Deutſchen Nationalkirche fand [13], mußte es die Gegenſeite von ihrem Standpunkte aus ſchlechthin tadeln, daß man jetzt auf eine „gleichförmige und zuſammenhängende“ Verfaſſung der einzelnen katholiſchen Landeskirchen verzichten zu wollen ſchien. Für die Evangeliſchen war es vielleicht Bedenken erregend, daß der katholiſchen Kirche ſo allgemein und unbeſtimmt „ihre Rechte“ zugeſichert werden ſollten, ohne auch nur den Beſitz der eingezogenen Kirchengüter ausdrücklich zu garantiren [14]; leicht erklärlich aber iſt es, wenn andrerſeits die Katholiſchen über die Art der Dotation, und daß ſie in Grund und Boden würde gewährt werden, beſtimmte Zuſage wünſchten. Ein ins Einzelne eingehender Vorſchlag, welcher die Gleichſtellung der evangeliſchen und katholiſchen Kirche mehr geſichert, Dotation und Rechte der letzteren näher beſtimmt, und für die Verhandlungen mit Rom eine gemeinſame, gleichförmige Baſis gewährt hätte, ging in einer der erſten Conferenzen von Heſſen-Darmſtadt aus [15], fand aber, außer ſpäter bei dem Königl. Sächſiſchen Bevollmächtigten [16], ſo wenig Anklang, daß in der fünften Conferenz vom 31. Mai kein anderer Ausweg übrig ſchien, als gänzliche Weglaſſung des viel beſproche-

---

13) Darauf deutet wenigſtens hin, daß man bei der letzten Redaction den Ausdruck „die katholiſche Kirche in den teutſchen Bundesſtaaten“ beliebte.

14) Dies forderten in der 2ten Conferenz vom 26. Mai die vereinigten Fürſten und Städte, indem ſie beim Worte „Mittel“ den Zuſatz „jedoch in Gemäßheit des §. 35. des R. D. H. Schl. vom 25. Febr. 1803“ in Antrag brachten (ebend. Bd. II. S. 379.).

15) „Der katholiſchen Kirche wird, nebſt der freien Religionsübung, eine aus liegenden Gründen mit Selbſtverwaltung, jedoch unter Oberaufſicht des Staats, beſtehende Dotation, ihren Bisthümern Theilnahme an der landſtändiſchen Repräſentation durch ihre Vorſteher, auch eine ihre Rechte ſichernde Verfaſſung garantirt. — Den evangeliſchen Glaubensgenoſſen werden in den katholiſchen Bundesſtaaten die nemlichen Rechte anerkannt. — Die Grundſätze in Betreff der mit dem päbſtlichen Stuhl vorzunehmenden Unterhandlungen werden von der Bundesverſammlung gemeinſam verabredet werden“ (ebend. S. 366.).

16) Ebend. S. 601.

nen Artikels [17]). Indeß wenige Tage darauf ward es doch wieder für angemeſſen und ſelbſt nothwendig erachtet, wenigſtens im allgemeinen die Rechte der katholiſchen und evangeliſchen Kirche durch die Bundesacte zu wahren [18]). Dem dazu in Vorſchlag gebrachten Artikel, in welchem troz möglichſt allgemeiner Faſſung mehrere jener Bedenken beſeitigt waren, verſagte auch anfangs weder die Conferenz ihre Beiſtimmung [19]), noch nahm, abgeſehen von einem einzigen Worte [20]), ſelbſt der päbſtliche Legat daran Anſtoß. Bei den Schlußberathungen über den revidirten Entwurf der Bundesacte ſtellte aber Baiern, wohl nicht ohne Einwirkung der Oratoren [21]), unerwartet von neuem den Antrag, dieſen Artikel gänzlich in Wegfall zu bringen, und um nur, bei der täglich erwarteten Eröffnung des Krieges, mit der Bundesacte zu wirklichem Abſchluſſe zu gelangen, ward — ob einſtimmig oder durch Beſchluß der Mehrheit, ob zur Zufriedenheit oder zu Bedauern der Conferenz, läßt das Protocoll in völliger Ungewißheit [22]) — nochmals, und nun definitiv die Auslaſſung jenes Artikels beſchloſſen.

So war denn die Regulirung der katholiſchen Kirchenangelegenheiten lediglich dem Ermeſſen und der Thätigkeit der einzelnen

---

17) Das Protocoll (ebend. S. 441.) beſagt nur, daß es „auf den Antrag des Herrn Fürſten v. Metternich bei den wider dieſen Artikel gemachten Erinnerungen beſchloſſen“ worden ſei.

18) Auf weſſen Antrag es geſchehen, und was als Motiv zur Rücknahme des früheren Beſchluſſes geltend gemacht worden, giebt auch hier wieder das Protocoll der 7ten Conferenz v. 2. Juni (ebend. S. 466 flg.) nicht an.

19) „Die katholiſche Kirche in den teutſchen Bundesſtaaten“, ſollte der Artikel lauten, „wird eine ihre Rechte und Dotation ſichernde Verfaſſung erhalten. Eben ſo werden die Rechte der Evangeliſchen in jedem Bundesſtaate in Gemäßheit der Friedensſchlüſſe, Grundgeſetze oder anderer gültigen Verträge aufrecht erhalten“ (ebend. S. 476.).

20) In der 9ten Conferenz vom 5. Juni äuſerte „auf Erinnerung“ deſſelben der Niederländiſche Geſandte den Wunſch, ſtatt „Verfaſſung“ ein anderes, zu Mißdeutung weniger Anlaß gebendes Wort, wie etwa „Einrichtung“, zu ſetzen (ebend. S. 516.).

21) Vgl. Klüber's Ueberſicht Th. 2. S. 447 flg.

22) Der betreffende Paſſus des Prot. der 10ten Conf. v. 8. Juni (ebend. S. 535.) beſagt nur: „Ad Art. 16. ſchlug Baiern die Auslaſſung dieſes Artikels, welche ſchon früher einmal in Antrag gebracht war, vor, und wurde ſie in der Hinſicht beliebt, daß dieſer Artikel, ſo wie er da liege, ſchwer zu faſſen ſei, in nähere Beſtimmungen hineinzugehen aber manche Bedenklichkeiten habe“.

Bundesregierungen anheimgeſtellt, ohne daß man auch nur über Art und Umfang der der katholiſchen Kirche zugeſagten Redotation, oder über das Ziel ſich geeinigt hätte, auf welches die mit dem Pabſte zu eröffnenden Verhandlungen zu richten wären. Wohl durfte es den Regierungen als ein Gewinn erſcheinen, daß die Schwierigkeiten der ihnen geſtellten Aufgabe zu klarerem Bewußtſein gebracht waren, daß die innerhalb der katholiſchen Kirche ſelbſt ſich bekämpfenden Anſichten ſich beſtimmter herausgeſtellt hatten, daß endlich der Gegenſatz von Wünſchen, welche Befriedigung erwarteten, eben ſo deutlich vorlag, als die Verſchiedenheit der Pläne, von deren Realiſirung man ſich allein eine innere Wiedergeburt des kirchlich-religiöſen Lebens, und eine würdige Herſtellung und geſegnete Wirkſamkeit des äußern Kirchenthums verſprechen zu können meinte. Niemand aber durfte ſich verhehlen, daß den Separatverhandlungen der einzelnen Regierungen mit Rom der Nachdruck fehlen werde, welchen eine gemeinſchaftliche Negotiation den Anforderungen der weltlichen Macht, falls nur dem Weſen der Hierarchie nicht minder entſprechend [23]), als den Bedürfniſſen der Deutſchen Lande, wohl hätte geben können. Wenn auch vielleicht das Ziel weder ſchneller erreicht, noch das Reſultat ein günſtigeres geweſen wäre, wenn auch ſchwerlich Deutſchlands evangeliſche Fürſten bei gemeinſamer Verhandlung mit Rom geneigtere Aufnahme und bereitwilligeres Zugeſtändniß für ihre Wünſche und Forderungen gefunden hätten, immer wäre es doch für ſie ein Gewinn geweſen, daß eine tadelnde Kritik an das endliche Reſul-

23) Wie ſehr gerade dies Bedingung glücklichen Erfolgs in Rom ſei, hat Niebuhr von vorn herein erkannt. In dem oben (§. 2. Note 8.) erwähnten Briefe bemerkt er u. a.: „Wären die Vorſchläge billig, ſo erfordere es wenig Geſchick, ſie durchzuführen; wären ſie unbillig, ſo könnte es dennoch wohl möglich ſein, ſie durchzuſetzen; aber wer möchte ſich dazu brauchen laſſen? Ueber viele Dinge, die man hier glaube erlangen zu können, dürfe man nur an H.'s Worte denken: „„Der Engel Gabriel könne ſie nicht zu Rom ausmachen. Die Negotiationen zerfielen dort in zwei Klaſſen, ſolche, die ſehr leicht, und ſolche, die gar nicht zu erlangen wären““. Der Erfolg der Frankf. Verhandlungen hat die Richtigkeit dieſer Anſicht zur Genüge bewährt. — Vgl. auch Bunſen's Bemerkungen in dem den Lebensnachrichten Th. 3. S. 305 flg. beigefügten Aufſatze: Niebuhr als Diplomat in Rom. S. 822—24.

tat der langwierigen Unterhandlungen dann nur die vermeintliche Realiſirbarkeit perſönlicher Wünſche und individueller Anſichten, nicht aber den Inhalt der mit anderen Staaten vereinbarten, angeblich vortheilhafteren und ſachgemäßeren Stipulationen als Maaßſtab hätte anlegen können; und in ſofern ward es mit vollem Rechte, innerhalb wie außerhalb der katholiſchen Kirche, beklagt, daß alle jene Bemühungen, für die kirchliche Organiſation der Deutſchen Bundesländer eine gleichförmige Grundlage zu gewinnen, geſcheitert waren, und daß die feſte Geſtaltung der katholiſchen Kirchenverfaſſung nochmals einer ungewiſſen Zukunft anheimgegeben blieb.

Eine vergleichende Zuſammenſtellung und Beurtheilung der Reſultate, zu welchen ſeitdem in den übrigen Deutſchen Staaten theils innere Landesgeſetzgebung, theils Verhandlung mit Rom geführt hat, iſt zwar von eben ſo großem Intereſſe, als an und für ſich unſerer Aufgabe nicht fremd, jedoch hier nicht des Orts. Nur was die Preußiſche Regierung auf jenem doppelten Wege für die Reorganiſation der katholiſchen Landeskirche erſtrebt und erreicht habe, bietet ſich uns als Gegenſtand näherer, obſchon nothwendig auf das Allgemeinſte beſchränkter Erörterung dar.

§. 4.

Die neuere kirchliche Geſetzgebung Preußens vor und ſeit dem Wiener Congreſſe.

Die landrechtliche Kirchengeſetzgebung einer umfaſſenden Reviſion zu unterwerfen, mag innerhalb der zwei Decennien, daß ihr praktiſcher Werth im Leben erprobt worden war, vielfach ſich als wünſchenswerth herausgeſtellt haben. Je weniger dem particularen Rechte überhaupt diejenige Stellung und Bedeutung erhalten blieb, welche es der Natur der Sache nach, und nach ausdrücklicher Dispoſition der Landesgeſetzgebung anſprechen durfte, je mehr die Eigenthümlichkeit der überlieferten provinziellen Rechtsverſchiedenheit dem vermeintlichen Vortheile einer die ganze Monarchie umfaſſenden Gleichförmigkeit des Rechtszuſtandes untergeordnet wurde, um ſo weniger konnte für die kirchlichen Zuſtände, welche mit der früheren Verfaſſung der einzelnen Provinzen aufs

engſte zuſammenhingen, obſchon letztere durch die nach dem Tilſiter Frieden ins Werk geſetzte neue Landesorganiſation faſt alle Bedeutung verlor, die kirchliche Geſetzgebung des Landrechts für ſich allein genügen. Denn weſentlich beruhte ſie auf der Vorausſetzung von der fortdauernden Gültigkeit des Particularrechts, und nur deſſen möglichſte Beachtung konnte einerſeits eine richtige Auffaſſung und Deutung der im Landrechte niedergelegten doctrinellen Anſichten, andrerſeits eine Anwendung ſichern, welche weder mit den eigenthümlichen Religionsanſichten, Disciplinar- und Verfaſſungs-Prinzipien der verſchiedenen Religionspartheien, insbeſondere der katholiſchen Kirche in Mißklang ſtände, noch den von alter Zeit her beſtehenden Einrichtungen oder den verfaſſungsmäßigen Gerechtſamen der Kirchenobern und des Clerus irgend zu nahe träte, welche vielmehr in dem harmoniſchen Zuſammenwirken der geiſtlichen und landesherrlichen Behörden, mehr als in polizeilicher Beaufſichtigung und Leitung des Kirchenregiments, in einer Verſchmelzung der kirchlichen Rechtsquellen mit den Dispoſitionen der Landesgeſetzgebung, mehr als im ſtarren Feſthalten an dem Buchſtaben des Geſetzes, eine Garantie für Förderung der kirchlichen Intereſſen, und wider alle Conflicte der geiſtlichen Autorität mit der weltlichen Macht geſucht und gefunden hätte.

Faſt als Bedürfniß aber durfte eine ſolche Reviſion erſcheinen, nachdem die Herſtellung der Monarchie eine nicht geringe Zahl neuer Provinzen unter Preußiſche Hoheit gebracht hatte, in welchen die katholiſche Kirche noch wenige Decennien zuvor ſogar verfaſſungsmäßig die ausſchließliche Herrſchaft beſaß. War auch in den ehemals geiſtlichen Territorien mit der Säculariſation und der Aufhebung der bisherigen Landesverfaſſung äußerlich die frühere kirchliche Organiſation im Weſentlichen verſchwunden, ſo hatten doch die Grundſätze, auf welcher dieſe unter geiſtlicher Hoheit beruhte, mehr oder weniger ſich in der Anſicht des Clerus und des Volkes behauptet, denen Selbſtſtändigkeit des Kirchenregiments unerläßlich ſchien, und welche ſelbſt die auf bloße Mitwiſſenſchaft gerichtete Concurrenz der weltlichen Behörden mit beſorgtem Blicke zu betrachten, und als bedenkliche Einmiſchung in Lehre, Cultus und Disciplin der Kirche aufzufaſſen um ſo geneigter waren, als

der äußere Verfall des katholiſchen Kirchenweſens, wie wenig auch dadurch veranlaßt, gerade von der Zeit datirte, wo die auf ähnlicher Baſis, wie das Landrecht, beruhende Franzöſiſche Kirchengeſetzgebung in jenen Gegenden eingeführt ward. Freilich wird die Geſetzgebung weder die in der großen Maſſe herrſchenden Irrthümer als Maaßſtab ihrer Thätigkeit anſehen dürfen, noch wird ſie je für die Staatsgewalt auf die Rechte verzichten können, welche theils die Baſis bilden der landesherrlichen Kirchenhoheit, und allein Schutz gegen alle bedenklichen Uebergriffe der geiſtlichen Autorität geben, theils den ungeſchmälerten Beſitz der landesherrlichen Gewalt im ganzen Umfange der Monarchie und über alle Unterthanen ſichern. Aber leugnen läßt ſich bei unbefangener Prüfung nicht, daß nach der Seite des inneren Kirchenregiments hin die landrechtliche Geſetzgebung eben ſo an erheblichen Mängeln leidet, als der Mißdeutung ihrer einzelnen Beſtimmungen vielfach ausgeſetzt iſt; und Niemand wird es in Abrede nehmen dürfen, daß gerade auf dem Gebiete der kirchlich-religiöſen Angelegenheiten die Geſetzgebung das ihr geſteckte Ziel feſterer Begründung des Rechtszuſtandes leicht verfehlen, und ein todter Buchſtabe bleiben wird, wenn unbedingt die widerſtrebenden Lebenselemente der geſetzlichen Norm untergeordnet werden ſollen. Erſprießlich wäre daher, vielleicht ſelbſt für die innigere politiſche Verknüpfung jener katholiſchen Landestheile mit den alten Stammländern, ſicher eine Legislation geweſen, welche, ohne den wohlbegründeten Landes- und Kirchenhoheitsrechten der Staatsgewalt irgend etwas zu vergeben, ohne die Intereſſen der evangeliſchen Kirche auch nur entfernt zu gefährden, ohne die bürgerlich-politiſche Parität beider chriſtlichen Confeſſionen zu ſtören, oder gar dem confeſſionellen Gegenſatze wieder im Leben Raum und Nahrung zu gewähren, die landrechtliche Kirchengeſetzgebung von ihren Mängeln gereinigt, die vorhandenen Lücken ausgefüllt, gegen Mißdeutung und ungeeignete Anwendung einzelner Beſtimmungen geſichert, und indem ſie der Eigenthümlichkeit der katholiſchen Lehre und Verfaſſung richtigere Würdigung und größere Einwirkung ſchenkte, ſtatt einerſeits in faſt werthloſe allgemeine Abſtractionen ſich zu verlieren, andrerſeits in zu unbeſtimmter Weiſe auf die provinziell-localen

Verhältniſſe bloß zu remittiren, die in letzteren niedergelegte eigenthümliche Rechtsverfaſſung der Kirche mit dem poſitiven Inhalte des Landrechts zu einem wahrhaften Ganzen zu verſchmelzen geſucht hätte.

Ueberſchätzung des wahren Werths der kirchlichen Landesgeſetzgebung iſt ohne Zweifel der Regierung fremd geweſen. Wie wenig ſie die Anſicht theilte, welche in dem Landrechte das Ideal aller legislativen Thätigkeit, und gleichſam das Grundgeſetz des Landes zu finden geneigt iſt, an welchem nichts geändert werden könne, ohne die wichtigſte Stütze der Monarchie zu erſchüttern, hat die Zeit ſeit dem Tilſiter Frieden zur Genüge bekundet, wo die beſſere Einſicht über das, was das Wohl des Staats und der Unterthanen erheiſche, zu einer Geſetzgebung führte, die namentlich in den dem Staatsrechte verwandten Materien dem Geſetzbuche nur noch den Schein eines allgemeinen Landrechts gelaſſen hat. Aber gerade, daß die Anſicht von vermeintlicher Unübertrefflichkeit der landrechtlichen Geſetzgebung ſo weit verbreitet war, und mehr noch die Erfahrungen, welche man in jener Periode der politiſchen Wiedergeburt Preußens gemacht hatte, mußten zu bedachtſamem Vorſchreiten mahnen. Für eine ſolche Reform der kirchlichen Landesverfaſſung die Zeit abzuwarten, wo in wohlgeordneter Episcopalverwaltung wieder ein geeignetes Organ für Berathung oder Vereinbarung mit der Kirche gewonnen wäre, durfte eben ſo rathſam erſcheinen, als es erklärlich iſt, wenn man den Wunſch hegte, vor Eintritt dieſer umfaſſenden Reviſion erſt noch in ſolchen Landestheilen, auf deren eigenthümliche kirchliche Geſtaltung die landrechtliche Kirchengeſetzgebung überall nicht berechnet war, deren Werth zu erproben, um in der reicheren Erfahrung eine größere Garantie für Beſeitigung aller Mängel zu gewinnen. Unthunlich mußte vollends eine derartige innere Reorganiſation des katholiſchen Kirchenweſens ſo lange erſcheinen, als es noch unentſchieden war, ob den jenſeits des Rheines gewonnenen Provinzen die Franzöſiſche Rechtsverfaſſung verbleiben würde. Seit aber die Fortdauer dieſer Rechtsverſchiedenheit für die weſtlichen Theile der Monarchie definitiv feſtſtand, war die Schwierigkeit der auf jenem Gebiete der Legislation geſtellten Aufgabe unendlich geſteigert,

da nun, je mehr es wünſchenswerth und ſelbſt nothwendig erſcheinen durfte, auch der kirchlichen Organiſation des Landes eine möglichſt gleichförmige Baſis zu geben, in der Napoleoniſchen Kirchengeſetzgebung ein drittes Element hinzutrat, welches mit den noch erhaltenen, und der Erhaltung werthen, provinziellen Einrichtungen, und mit den kirchenrechtlichen Normen des Landrechts in Einklang geſetzt werden mußte.

In keiner Weiſe kann es daher der Preußiſchen Regierung zum Vorwurf gereichen, daß ſie nicht gleich bei Wiederherſtellung der Monarchie mit der äußeren Reorganiſation des katholiſchen Kirchenweſens eine durchgreifende Reviſion der kirchlichen Landesgeſetzgebung verbunden hat, oder daß, obwohl bereits damals in Ausſicht geſtellt[1]), dieſe Angelegenheit immer noch ihrer Erledigung entgegen ſieht. Verkennen aber läßt ſich nicht, daß die Nothwendigkeit, vorerſt noch darauf zu verzichten, für dieſen ſo wichtigen Theil der Landesadminiſtration nicht ohne mancherlei Nachtheile geblieben iſt. Immer wird es höchſt ſchwierig ſein, bei einer bloßen Novellen-Geſetzgebung, auf welche Seite des rechtlichen Verkehrs ſie auch ſich beziehe, weil ſie mehr durch hie oder da ſich kund gebende unmittelbar praktiſche Bedürfniſſe hervorgerufen iſt, als auf einem das ganze Gebiet umfaſſenden Plane beruht, die Einheit des Prinzips feſtzuhalten, und zugleich die einzelnen Beſtimmungen in dem Maaße auf feſte leitende Grundſätze zu baſiren, daß, wenn auch nicht allen Antinomieen, Controverſen und Zweifeln vorgebeugt, doch ein verläßliches Mittel zu deren Löſung gewonnen wird; auch in der neueren kirchlichen Geſetzgebung Preußens dürfte ſich dies bewährt haben. Allerdings bildet für dieſe das Landrecht den Mittel- und Ausgangspunkt, und es iſt nicht zu leugnen, daß ſeitdem manche Zweifel und Controverſen, welche ſich in letzterem darbieten, ihre Erledigung gefunden haben, daß zwar noch nicht allen[2]), aber

---

1) Die Verordn. vom 3. Novbr. 1817, betr. die veränderte Anordn. der Miniſterien, erklärt sub IV.: „Das A. L. R. und die A. G. O. erfordern eine Reviſion, um beide deu Veränderungen anzupaſſen, die ſeit ihrer Publication vorgefallen ſind“, und errichtete zu dem Behufe das Juſtiz-Miniſterium für Geſetz-Reviſion.

2) So ſieht z. B. das Strafverfahren gegen Geiſtliche noch einer geſetzlichen Löſung entgegen, welche alle vom Standpunkte des Landrechts

doch vielen und bedeutenden Lücken jener Legislation theils durch die allgemeinen Organiſations-Edicte[3]), theils durch neuere Special-Verordnungen abgeholfen worden iſt, von denen es genüge, diejenigen hier andeutend hervorzuheben, welche die Ausbildung zu dem geiſtlichen Stande und die Prüfung der angehenden Cleriker[4]), Reſſort und Organiſation der biſchöflichen Gerichte[5]), die Huldigungspflicht des geiſtlichen Standes[6]), und die Art und Weiſe der Recurſe an den Römiſchen Stuhl[7]) näher regulirt haben. Aber indem man an dem Landrechte gleich wie an einem Grundgeſetze feſthielt, und deſſen Buchſtaben nicht ſelten mehr, als deſſen wahre Bedeutung entſcheiden ließ, ſind auch manche Grundſätze, welche ſich zwar als Eigenthümlichkeit, aber kaum als ein Vorzug der landrechtlichen Kirchengeſetzgebung darſtellen, unverändert beibehalten; unter Einwirkung der durchgreifenden Veränderungen, welche Staat und Kirche in den letzten Decennien erfahren haben, konnte es ſogar nicht fehlen, daß nach einzelnen Seiten hin die Mängel jenes legislativen Werks in noch geſteigertem Maaße hervortraten.

Den Gegenſatz, welcher in den Prinzipien und in der äußern Geſtaltung des Kirchenregiments beider Confeſſionen gegeben iſt,

---

ſich darbietende Bedenken beſeitigte; eben ſo iſt zwar die appellatio tamquam ab abusu in den das geiſtliche Gerichtsweſen betreffenden Verordnungen beſtimmter als im Landrecht anerkannt, entbehrt aber doch noch, namentlich in ihrer Anwendung auf Kirchenverwaltung, genauerer Vorſchriften über das dabei eintretende Reſſort, über Umfang ihrer Zuläſſigkeit, über Form ihrer Erledigung und über die damit verknüpften Wirkungen.

3) S. den folgenden §.

4) Circul-Verordn. des Staats-Miniſt. v. 31. Juli 1820 in v. Kamptz Annalen Th. 7. S. 624.

5) S. oben B. II. Kap. 3. §. 9. S. 453. u. Kap. 2. §. 14. S. 377.

6) Reſcr. des Juſtiz-Miniſterii wegen Abnahme der Homagial-Eide v. 18. Dezbr. 1810 in Mathis juriſt. Monatſchr. Th. 9. S. 10. Vgl. auch die von Fürſtenthal a. a. O. Th. 1. S. 620. mitgetheilten Regierungs-Verordnungen.

7) Miniſt.-Verf. vom 31. Aug. 1818, bekannt gemacht durch Public. des Ober-Präſ. von Weſtpr. vom 18. Sept., in v. Kamptz Annalen Th 2. S. 717. u. bei Leman a. a. O. Th. 1. S. 671. Vgl auch Verordn. des Ober-Präſ. der Rhein-Provinz vom 12. Mai 1817, bei v. Kamptz a. a. O. Th. 1. H. 2. S. 175.

iſt, und eine gleichartige Behandlung der katholiſchen und der evangeliſchen Kirchenangelegenheiten geradehin unmöglich macht, hat ſchon das Landrecht weder genügend gewürdigt bei Aufſtellung der einzelnen Rechtsnormen, noch in dem Maaße, als es dienlich erſcheint, äußerlich feſtgehalten. Je mehr nun in dem äußern Organismus der Staatsbehörden, ſowohl dem älteren als dem neueren, deren mehr negativ-abwehrende Concurrenz bei der katholiſchen Kirchenverwaltung zuſammenfällt mit der ihnen überwieſenen poſitiven Leitung der evangeliſchen Kirchenangelegenheiten, indem denſelben Behörden die Wahrnehmung, hier der Kirchenregierungs-, dort der Kirchenhoheits-Rechte anvertraut iſt, erſcheint es erklärlich, wenn einerſeits bei ſolchen Angelegenheiten, welche für beide Kirchen gleichmäßig einer legislativen Normirung zu bedürfen ſchienen, die für dienlich erachteten Einrichtungen als allgemeine Vorſchrift für beide Confeſſionen direct von den Staatsbehörden ausgingen, und nicht für die katholiſche Kirche die Kirchenobern nur zu entſprechenden Maaßnahmen veranlaßt wurden [8]), wenn andrerſeits auch hierbei, wie bereits im Landrechte, hie und da mehr von dem Geſichtspunkte der evangeliſchen Kirche aus die einzelnen Feſtſetzungen erfolgten [9]), welche dann mit den eigenthüm-

---

8) Die Zahl derjenigen Verordnungen, welche ausſchließlich die katholiſche Kirche und deren Angelegenheiten betreffen, oder doch die für dieſe etwa eintretenden Modificationen ſpeciell berückſichtigen, iſt für die neuere Zeit eben ſo gering, als die der biſchöflichen Verordnungen, welches letztere freilich auch durch den Mangel eines geordneten Episcopalregiments veranlaßt iſt.

9) So z. B. wenn im §. 3. der Regierungs-Inſtruction vom J. 1808 der Geiſtlichen- und Schuldeputation „die Prüfung ſämmtlicher Geiſtlichen und Schullehrer, und die Aufſicht über ihre Amts-Verwaltung und moraliſche Führung“ (vgl. auch §. 99.) übertragen iſt, wenn daſelbſt bei Beſetzung der geiſtlichen Aemter nur von Vergebung der landesherrlichen Patronatsſtellen und Beſtätigung der von Privatpatronen präſentirten Geiſtlichen, dagegen mit keinem Worte von Ertheilung der landesherrlichen Confirmation bei den von den Biſchöfen conferirten Pfarrſtellen die Rede iſt, wenn im §. 62. als Gegenſtand ihrer vorzüglichen Fürſorge bezeichnet wird, daß „der geiſtliche Unterricht und Cultus, ſowohl ſeinem Innern als Aeußern nach, verbeſſert und zweckmäßiger eingerichtet werde“, wenn in der Conſiſt.-Inſtr. vom J. 1817 über das Reſſort der Ober-Präſidenten bei katholiſchen Kirchenangelegenheiten auf die den evangeliſchen Conſiſtorien überwieſenen Angelegenheiten als analogen Maaßſtab verwieſen wird (ſ. unten §. 5. Note 21.), wenn im §. 18. der Reg.-Inſtr.

lichen Prinzipien und den Einrichtungen der katholiſchen Kirche in Einklang zu bringen um deſto ſchwieriger war, als dieſen neueren Verordnungen nicht in dem Maaße, wie dem Landrechte, eine bloß ſubſidiäre Geltung beigelegt werden konnte, und ſomit hier die in der prinzipalen Rechtskraft des Particularrechts gegebene Ausgleichung für die formell allgemeinen, auf die katholiſche Kirche gleichwohl nicht vollſtändig und buchſtäblich anwendbaren Vorſchriften, ſelbſt dem Prinzipe nach, vollends in der Praxis fehlte, bei welcher die Ungunſt des Particularrechts nicht geringer war, als die Unkenntniß. Eben ſo wenig iſt zu verkennen, daß die neuere Geſetzgebung das Verhältniß des katholiſchen Clerus im Staate und zum Staate zwar nicht dem der weltlichen Beamten, oder auch nur dem der evangeliſchen Geiſtlichkeit völlig gleich behandelt [10], aber doch mehr und mehr aus dem Geſichtspunkte eines Staatsamtes aufgefaßt, das corporative Element des kirchlichen Lebens den Beziehungen zum Staate untergeordnet, und die kirchlichen Inſtitute in gewiſſem Sinne als Staatsanſtalten behandelt hat, indem theils die äußere Kirchenverwaltung, namentlich die des Kirchenguts, in viel ausgedehnterem Maaße als früher durch Verordnungen der

---

vom J. 1817, unter Wiederholung mehrerer der erwähnten Beſtimmungen, als Reſſort der Kirchen- und Schul-Commiſſionen ganz allgemein „die Aufrechthaltung der äußern Kirchenzucht und Ordnung“, überhaupt „die Verwaltung aller geiſtlichen und Schulangelegenheiten“ mit der Maaßgabe bezeichnet wird, daß es bei allen dort angeführten Angelegenheiten „behufs der Competenz auf die Verſchiedenheit der Religion und des Cultus“ nicht ankomme. Auffallend iſt auch, wenn im Public. betr. die veränd. Verfaſſ. der oberſten Staatsbehörden vom 16. Dezbr. 1808 §. 12., und in der denſ. Gegenſt. betr. Verordn. vom 27. Oct. 1810 sub III. c. 2. der Abtheilung des Cultus die iura circa sacra, welche doch bei der hergebrachten Conſiſtorial-Einrichtung auf die evangeliſche Kirche ſo gut wie unanwendbar ſind, „ohne Unterſchied der Glaubensverwandten“, und daneben „nach Maaßgabe der den verſchiedenen Religions-Partheien zugeſtandenen Verfaſſung auch die Conſiſtorialrechte, namentlich in Abſicht der Proteſtanten“ überwieſen ſind, als ob dieſe noch außerhalb der evangeliſchen Kirche Anwendung finden könnten. — Vergl. auch unten Note 12.

10) Daß man eine Differenz hier als in der Natur der Verhältniſſe begründet anerkannt hat, beweiſet ſchon dies, daß der von der katholiſchen Geiſtlichkeit vor den weltlichen Behörden zu leiſtende Eid immer nur als Homagial-, niemals als Dienſt- und Amtseid aufgefaßt worden iſt.

mit Ausübung der Kirchenhoheitsrechte beauftragten Staatsbehörden geregelt worden iſt, theils die Geiſtlichen ohne Unterſchied direct den Staatsdienern in einzelnen Geſetzen zugezählt werden [11]), theils auch von den allgemeinen Normen, auf welche die neuere Geſetzgebung das Verhältniß der Staatsbeamten baſirt hat, wie ſchwierig auch und faſt unmöglich deren Anwendung auf die Verhältniſſe des katholiſchen Clerus ſein mag, wenigſtens nicht eine ausdrückliche Ausnahme in Betreff dieſer Klaſſe von geiſtlichen Beamten vorliegt [12]). Ohne Einfluß iſt in dieſer Beziehung allerdings

---

11) Wie die Verordn. vom 8. Sept. 1804 (Nov. Corp. Const. No. 44.) im §. 12. und 13. zu den wirklichen unmittelbaren Staatsdienern, welchen Freiheit von den Abzugsgeldern zukomme, die aus königlichen Fonds ſalarirten, oder von den königl. Behörden zu Seelſorgern beſtellten oder berufenen Geiſtlichen zählt, wird zur Erläut. des A. L. R. Th. II. Tit. 18. §. 161. in einem Circ. des Juſtiz-Min. vom 11. April 1818 (in v. Kamptz Jahrb. Bd. 11. S. 198.) ganz allgemein, und nach dem Reſcr. vom 4. Auguſt deſſ. J. (ebend. Bd. 12. S. 7.) auch in Betreff der katholiſchen Geiſtlichen ausgeſprochen, daß ſie wirkliche Staatsdiener ſeien, nicht bloß alle Prärogative derſelben genoſſen, und eben ſo hat ein Beſchluß des Staats-Miniſt. den Hinterbliebenen derer, welche früher, wenn auch in Klöſtern und Stiftern, ein geiſtliches Amt verwaltet hätten, (im Gegenſatz der Stiftsmitglieder, welchen nur für ein beneficium simplex eine Competenz ausgeſetzt war) rückſichtlich der Competenz oder Penſion einen Anſpruch auf Sterbe und Gnaden-Monat aus dem Grunde zugeſprochen, weil ſie als Staatsdiener gelten müßten (vgl. das Public. der Regierung zu Frankfurt vom 21. März 1824 in v. Kamptz Annalen Jahrg. 1824 S. 335.). Andrerſeits werden aber doch auch noch in neuerer Zeit die Geiſtlichen, ſelbſt die evangeliſchen, den „eigentlichen Staatsbeamten“ entgegengeſetzt, ſo z. B. in dem von Jacobſon a. a. O. Th. 2. No. 102. mitgeth. Miniſt.-Reſcr. vom 23. Auguſt 1832.

12) Die Cab.-Ordre vom April 1822 über Dienſtentſetzung der Geiſtl., wodurch bekanntlich die im A. L. R. Th. II. Tit. 11. §. 533 flg. anerkannte Berufung auf gerichtliche Unterſuchung aufgehoben, und die Entlaſſung der Geiſtlichen in rein adminiſtrativem Wege dem Geiſtl. Miniſterium überwieſen iſt, ſpricht ganz allgemein von Pfarrern, Geiſtlichen und Jugendlehrern, obwohl an der betr. Stelle des A. L. R. zwiſchen katholiſchen und proteſtantiſchen Pfarrern ein Unterſchied anerkannt iſt. Zwar iſt nicht zu verkennen, wie nach dem in der Cab.-Ordre angegebnem Motive, daß das Miniſterium nur durch dieſe Erweiterung der Disciplinargewalt „die Richtung der Lehre zu leiten vermöge“, man auch hier hauptſächlich die evangeliſche Kirche im Auge gehabt haben muß, auf welche gleichergeſtalt die ſpäteren Reſcr. (ſ. Fürſtenthal a. a. O. Th. 1. S. 251 flg.) ſich beziehen, und in Starke's Beitr. Th. 1. S. 357. wird bemerkt, es fehle über die Anwendbarkeit der C. O. auf katholiſche Geiſtliche an ausdrücklichen Beſtimmungen, und ſei auch dieſe Frage noch nicht zur Conteſtation

nicht geblieben, daß durch die Säculariſation die katholiſche Kirche die Hauptſtütze ihrer corporativen Selbſtſtändigkeit verloren hat, daß der höhere Clerus durchgängig, und theilweiſe auch die Pfarrgeiſtlichkeit, der Kategorie andrer Staatsbeamten näher gerückt iſt, ſeit ihre Subſiſtenz gleich wie bei dieſen nur auf den aus Staatskaſſen angewieſenen Gehalten beruht, daß außerdem auch die Vergebung der katholiſchen Kirchenämter materiell immer mehr in die Hände der Regierung gekommen iſt[13]. Allein hauptſächlich wurzelt doch jene Anſicht, deren conſequente Durchführung unzählige Mißſtände veranlaſſen müßte, wiederum in denjenigen landrechtlichen Beſtimmungen, wo die Geiſtlichen nur als eine beſondere Kategorie der Civilbeamten bezeichnet, oder geradezu, obſchon lediglich zur Motivirung der ihnen von Staatswegen bewilligten gleichen Vorrechte, Beamte des Staats genannt werden[14]. Aus der Art, wie das Landrecht, nicht etwa bloß die über die Kirche dem Staate zuſtändige Aufſicht, ſondern deren innere Ordnung ſelbſt aufgefaßt hat[15], dürfte es nicht minder zu erklären ſein, wenn die neuere Geſetzgebung, namentlich die aus der Zeit vor Errichtung eines beſondern Miniſterii des Cultus, die kirchlichen Angelegenheiten von einem überwiegend polizeilichen Geſichtspunkte aufgefaßt, und die geſammte Theilnahme der Staatsbehörden am Kirchenregimente, deſſen directe Leitung ſowohl in der evangeliſchen Kirche, als ihre concurrente Theilnahme rückſichtlich der katholiſchen, als Ausfluß der Landespolizei-Gewalt behandelt[16]. Wich-

---

gekommen. Immer aber dient doch dieſe C. O. im Zuſammenhalte mit den in neuerer Zeit ergangenen Beſtimmungen über Amtsentlaſſung der Staatsbeamten (ſ. Perthes der Staatsdienſt in Preußen. Hamb. 1838. S. 148 flg.) zum Beweiſe, daß die neuere Geſetzgebung bei den Verhältniſſen des Clerus den ſtaatsamtlichen Charakter als vorherrſchend behandelt hat.

13) Dadurch namentlich, daß die den aufgehobenen Stiftern u. ſ. w. zuſtändigen Patronatrechte als mit deren Gütern auf die Regierung übertragen galten.

14) Das Note 11. erwähnte Circ. des Juſtiz-Min. beruft ſich für jene Anſicht theils auf A. L. R. Th. II. Tit. 10. §. 1 flg., theils auf Tit. 11. §. 96. — S. oben B. II. Kap. 4. §. 5. S. 506.

15) Im A. L. R. Th. II. Tit. 11. §. 46—49. werden ſelbſt die den Gottesdienſt u. ſ. w. betreffenden Ordnungen als Polizeigeſetze bezeichnet.

16) Vgl. Public. vom 16. Dezbr. 1808 §. 3—5. (Geſetz-Sammlung

tiger indeſſen, als dieſe bisher berührten Eigenthümlichkeiten der neueren Kirchengeſetzgebung, iſt, daß in derſelben die Aufſichtsgewalt der Staatsbehörden einerſeits mehr über das Detail der kirchlichen Verwaltung ausgedehnt worden iſt, andererſeits auch in Betreff der katholiſchen Kirchenſachen gewiſſermaaßen den Charakter einer verwaltenden und anordnenden Direction gewonnen hat, bei welcher den geiſtlichen Obern zwar nicht das verfaſſungsmäßige Recht zur Kirchenregierung entzogen, aber doch mehr die Bedeutung einer bloß ausführenden, und theilnehmend-concurrirenden Behörde geblieben iſt, die Normen für die äußere Kirchenverwaltung auch, abgeſehen von den eigentlich geiſtlichen Angelegenheiten, in materieller wie formeller Beziehung mehr durch die Landesgeſetzgebung direct feſtgeſtellt werden, als daß von Staatswegen nur die von den kirchlichen Autoritäten ſelbſt ausgehenden Feſtſetzungen genehmigt würden, bei welcher ſomit die Kirchenverwaltung in einem gewiſſen Sinne als der Landesadminiſtration aſſimilirt erſcheint[17]). Eingewirkt hat darauf ohne Zweifel zunächſt die Combination der evangeliſchen und katholiſchen Kirchenangelegenheiten zum Reſſort derſelben Staatsbehörden, nicht minder der mit der Säculariſation eingetretene Verluſt der äußern corporativen Stellung, endlich der Mangel eines wohlbeſtellten Epiſcopalregiments,

v. 1806—10. S. 363.) mit Verordn. wegen Einr. der Prov.-Behörden vom 26. Dezbr. 1808 §. 3. u. 5. (ebend. S. 466.), wo den Regierungen ausdrücklich in ihrer Qualität als Landespolizei-, nicht als Landeshoheits-Behörde das Schul- und Kirchenweſen überwieſen wird. — Bei der ſeit dem J. 1815 eingetretenen Organiſation iſt dies weniger der Fall, da die erſte Abtheilung der Regierungen, welcher die Inſtr. vom 23. Octbr. 1817 die geiſtlichen Angelegenheiten zuwies, jene beiden Qualitäten vereinigt, und auf Grund der Cab.-Ordre vom 31. Dez. 1825 ſogar eine beſondre Abtheilung für Kirchen- und Schulweſen bei den meiſten Regierungen angeordnet, dieſes mithin als beſondre Branche der inneren Verwaltung anerkannt iſt.

17) Die große Zahl und die Reichhaltigkeit der für das Detail der kirchlichen Adminiſtration ergangenen Verordnungen der Landesbehörden weiſet ſchon hierauf hin; beſonders aber giebt ſich dies darin kund, daß bei Ueberweiſung des Schulweſens und äußern Kirchenweſens an die Prov.-Schul-Collegien und resp. Regierungen der Unterſchied der Confeſſion als an ſich unerheblich bezeichnet, die einzelnen Angelegenheiten als unmittelbar zum Reſſort jener Behörden gehörig behandelt, und dieſe nur angewieſen worden ſind, „den Einfluß“, welcher den Biſchöfen dabei zukomme, gehörig „zu berückſichtigen“.

welchem kaum zur äußerſten Nothdurft durch die Vicariatseinrichtungen abgeholfen war, ſo daß, um nur den völligen Verfall des Kirchenweſens zu verhüten, und um zugleich deſſen Organiſation mit der inzwiſchen gänzlich umgeſtalteten Landeseinrichtung in Einklang zu bringen, ein mehr poſitives Einwirken der weltlichen Behörden auf die kirchliche Verwaltung geradehin unvermeidlich war. Allein entſcheidend ſcheint doch auch hier wieder geweſen zu ſein, daß die landrechtliche Geſetzgebung ſelbſt jenen Gegenſatz negativ-abwehrender Concurrenz und poſitiv-disponirender Gewalt der Staatsbehörden nicht überall ſtreng genug feſthält. Je mehr ſie, blieb man nur bei dem Buchſtaben des Geſetzes ſtehen, für eine Mitwirkung der letzteren Art bei einzelnen Verhältniſſen zu ſprechen ſchien, hat auch in dem Maaße, als das Landrecht für die Hauptnorm zur Beurtheilung und Erledigung kirchlicher Angelegenheiten galt, die Anſicht leicht das Uebergewicht gewinnen können, daß der Staatsgewalt ein Recht leitender Direction zukomme. Bei dem in neuerer Zeit überall, und auch in Preußen immer entſchiedener feſtgehaltenen Prinzipe ausgedehnter Centraliſation und möglichſter Gleichförmigkeit der Verwaltung konnte zugleich eine ſolche Steigerung der ſtaatlichen Concurrenz bei den Kirchenangelegenheiten leicht als das geeignetſte Mittel erſcheinen, einen ordnungsmäßigen Gang der Geſchäftsführung zu ſichern, und der Centralinſtanz eine genügende Ueberſicht über die Thätigkeit der unteren Behörden zu gewähren. Auf der andern Seite iſt allerdings das Prinzip, auf welchem die landrechtliche Kirchengeſetzgebung beruht, unzweifelhaft richtig, daß die amtliche Thätigkeit der Kirchenobern ſowohl der Aufſicht der Staatsgewalt unterliege, als zu ihrer vollen Wirkſamkeit, ſo weit ſie das Aeußere der Kirchenverwaltung betrifft, und im Staate und bürgerlichen Leben Geltung haben ſoll, ſtets der placetirenden Zuſtimmung des Landesherrn bedürfe. Die Grenzlinie jedoch zu ziehen, bis zu welcher hin dieſe Concurrenz der weltlichen Macht im Intereſſe des Staats nothwendig erſtreckt werden müſſe, und jenſeits deren eine Selbſtſtändigkeit der kirchlichen Autoritäten, wie ſie die katholiſche Kirche von ihrem Standpunkte aus als unerläßlich erachtet, entweder ohne Gefahr gewährt, oder ohne Eintrag für die geiſtliche und kirchliche Stellung jener

Obern nicht verſagt werden könne; dies wird immer ein ſchwieriges, wenn nicht gar ein niemals vollſtändig zu löſendes Problem der Geſetzgebung ſein, und doppelt ſchwierig da, wo, wie eben in Preußen, das katholiſche Kirchenthum als ein der bisherigen Exiſtenz und Richtung des Staats fremdes Element neu hinzutritt, wo es zugleich gilt, den confeſſionellen Gegenſatz, welcher bisher in der Anſicht des Volks und auf dem Gebiete des Rechts herrſchte, zu wahrer Toleranz und paritätiſcher Berechtigung umzuwandeln, und eine politiſche oder gar nationelle Entfremdung zu innerer wahrer Einheit zu vermitteln, wo nicht ſowohl ein auf urkundlichem Rechte und unzweifelhaftem Herkommen beruhender Zuſtand, wie einſt in Schleſien, mitten in der Ruhe des Friedens zu erhalten, als unter den Stürmen einer Umwälzung, wie die neuere Geſchichte ſie nicht kennt, und auf den Ueberreſten eines durch plötzliche Zerſtörung faſt verſchwundenen Lebens kirchliche und politiſche Ordnung neu zu begründen iſt. Die landrechtliche Geſetzgebung, welche das Fundament des neuen Gebäudes bilden ſollte, hatte aber jene Grenzlinie auch nicht einmal in der Art gezogen, daß ſie Zweck und Ziel der kirchenhoheitlichen Concurrenz der Staatsgewalt klar und beſtimmt ausgeſprochen hätte, und weder den Umfang, in welchem deren controllirend-placetirende Mitwirkung bei der kirchlichen Adminiſtration eintreten ſolle, ſcharf genug begrenzt, noch Form und Art dieſer Einwirkung näher feſtgeſetzt. Schwerlich kann es daher befremden, wenn in der Doctrin und Praxis jener Zeit die Anſicht Raum und Uebergewicht gewann, „die höchſte Regierungsweisheit beſtehe in einer möglichſt centraliſirten und bis ins Kleinſte gehenden polizeilichen Beaufſichtigung und verwaltenden Leitung der katholiſchen Kirche“ [18]); eine Anſicht, welche von der Regie-

18) So bezeichnet Bunſen in dem oben angef. Aufſatze über Niebuhr als Diplomat in Rom S. 322 flg. die Anſicht, welche dieſem nicht minder im Innerſten zuwider geweſen ſei, als die Meinung, daß die Regierung ſich in Rom zum Organe der damals in der katholiſchen Kirche hervortretenden reformatoriſchen Beſtrebungen erklären ſolle, welche jedoch zu jener Zeit bei Schriftſtellern und Geſchäftsleuten weit verbreitet geweſen ſei, denen es „ein Verrath an den Grundſätzen des Landrechts, und eine Aufgabe des Ideals der Monarchie“ erſchienen wäre, wenn man, was für Niebuhr „der leitende Grundgedanke der beſtehenden Geſetze und das in der Praxis anzuſtrebende Ziel war“,

rung zwar weder jemals förmlich als leitendes Prinzip anerkannt, noch in aller Strenge ihrer Conſequenzen geltend gemacht worden iſt, die bei unbefangener Erwägung der Verhältniſſe auch ſchwerlich als heilſam und richtig erſcheinen dürfte, welche indeſſen, je weniger die legislativen Beſtrebungen der neueren Zeit in umfaſſender Reviſion des Landrechts über das geſammte Gebiet der innern und äußern Kirchenangelegenheiten ſich verbreiteten, wohl Einfluß gewinnen konnte auf die Geſetzgebung.

§. 5.

Organiſation der für die katholiſche Kirchenverwaltung beſtimmten Landesbehörden.

Mit der hier angedeuteten, wie wir hoffen ohne Vorurtheil gewürdigten, Richtung in der legislativen und adminiſtrativen Behandlung der geiſtlichen Angelegenheiten ſteht in vielfachem Zuſammenhange, und dient eben ſo zu deren Bewährung, als ſich ihr Einfluß darin kund giebt, die neue Organiſation der Landesbehörden, welche, herbeigeführt durch das Unglück des J. 1806, auch nach dieſer Seite hin der kirchlichen und politiſchen Verfaſſung Preußens eine durchaus andere Geſtalt gab, und nach Herſtellung der Monarchie in allen weſentlichen Punkten beibehalten wurde. So weit die Angelegenheiten der katholiſchen Kirche dadurch berührt werden, die adminiſtrative Einrichtung des Landes in kurzer Darſtellung vorzuführen, ſcheint hier um ſo mehr der geeignete Ort, als dieſer äußere Verwaltungs-Organismus in alle Verhältniſſe des eigentlichen Kirchenregiments und in die amtliche Wirkſamkeit ſämmtlicher geiſtlichen Behörden eingreift.

Der Centralverwaltung der kirchlichen Angelegenheiten hatte nach der Landesverfaſſung, wie ſie bis zum J. 1806 beſtand[1]), faſt in gleichem Maaße Einheit und Gleichförmigkeit ge-

die Aufſicht über die katholiſche Kirche beſchränken wollte „auf die Bewahrung der Selbſtſtändigkeit des Staats, und die offenbar unerläßliche Nothwehr gegen eine außerhalb des nationalen Lebens und des Staatsverbandes liegende unbeſchränkte Kirchengewalt“.

1) Vgl. hierüber im allgemeinen die Zuſammenſtellung in der Vorrede zu Band IV. von v. Rabe's Samml. Preuß. Geſetze u. Verordnungen, und bei Preuß a. a. O. Th. 4. im Anhange.

fehlt, als in Juſtiz-, Finanz- und Cameralſachen. Von der oberſten Direction des Geiſtlichen Departements waren zwar nur wenige Provinzen, wie z. B. Schleſien, Anſpach-Baireuth, Süd- und Neu-Oſtpreußen, ausnahmsweiſe eximirt; aber nicht bloß zerfiel daſſelbe in zwei völlig ſelbſtſtändige Abtheilungen, von denen die eine alle Angelegenheiten der lutheriſchen Kirche zugleich mit den katholiſchen Kirchenſachen bearbeitete, die andere für die der reformirten Kirche beſtimmt war, ſondern es waren auch die kirchlichen Angelegenheiten der Franzöſiſchen und der Pfälzer Gemeinden den für dieſe Colonieſachen beſtehenden beſonderen Centraldepartements, alle die Armee betreffende geiſtliche und Kirchenangelegenheiten dem unter dem Ober-Kriegscollegio ſtehenden Kriegsconſiſtorium überwieſen. Daneben bildete das Unterrichts- und Schulweſen der Monarchie ein beſonderes Departement, und wie alle Landeshoheitsſachen zum Departement der Angelegenheiten des Königl. Hauſes gehörten, concurrirte in Kirchenſachen auch noch theils, rückſichtlich der geiſtlichen Gerichtbarkeit [2]), das Juſtiz-Departement, theils das geheime Cabinets-Miniſterium oder das Departement der auswärtigen Angelegenheiten, deſſen Reſſort, wie überhaupt die auswärtigen Staats- und Deutſchen Reichsangelegenheiten, ſo auch die Verhandlung mit dem Römiſchen Stuhle und den auswärtigen Prälaten, und demzufolge namentlich die Nominations- und Confirmationspatente für die Landesbiſchöfe umfaßte [3]).

An die Stelle dieſer verſchiedenen Behörden trat durch die neue Organiſation der Landesverfaſſung vom J. 1808 und 1810, welche der Geſchäftsverwaltung die größt mögliche Einheit, Kraft und Regſamkeit geben, ſie in einen oberſten Punkt zuſammenfaſſen

---

2) Vgl. Conſtit. wegen der Verf. der geiſtl. Gerichte in Südpreuß. vom 25. Aug. 1796 §. 11.

3) S. Reſcr. des Juſtiz- und Cabin.-Miniſt. an die Weſtpr. Regier. vom 17. Juli 1800 No. 32. (in Leman's Prov.-Recht der Prov. Weſtpreußen Th. 2. S. 435.), wo ausdrücklich für alle Fälle der katholiſchen Kirchenverwaltung, „wo Verhältniſſe mit dem päbſtlichen Stuhle, hierarchiſche Mißbräuche und überhaupt Dinge vorkommen, welche auf landesherrliche Majeſtätsrechte circa sacra Einfluß haben“, das Reſſort des Cabinets-Miniſterii vorbehalten wird.

ſollte, und eine möglichſt kleine Zahl oberſter Staatsdiener an die Spitze einfach organiſirter nach Hauptverwaltungszweigen abgegrenzter Behörden zu ſtellen beſtimmt war, als einzige Centralſtelle das **Miniſterium des Innern**[4]). Nur ſo weit die kirchlichen Angelegenheiten diplomatiſchen Verkehr mit auswärtigen Mächten erfordern, gehören ſie nach wie vor noch zum Reſſort des **Miniſterii der auswärtigen Angelegenheiten**[5]), von dem auch, bis ſpäter in dieſer Beziehung das Geiſtliche Departement eintrat, die Beſetzung aller katholiſchen Biſchofs- und Weihbiſchofsſtellen ausging[6]); eben ſo blieb über das geiſtliche Juſtizweſen der katholiſchen Kirche dem **Juſtiz-Miniſterio** die verfaſſungsmäßige obere Aufſicht[7]). In allen anderen Beziehun-

---

4) Vgl. Public. betr. die veränderte Verfaſſung der oberſten Staatsbehörden der Preuß. Mon. in Bezieh. auf innere Landes- und Finanz-Verwaltung vom 16. Decbr. 1808 (Geſetz-Samml. von 1806—10. S. 361 flg.) und Verordn. über die veränd. Verf. aller oberſten Staatsbehörden in d. Pr. Mon. vom 27. Oct. 1810 (Geſ.-Samml. v. 1810. S. 3 flg.).

5) Ausdrücklich beſtimmt dies zwar nicht die angef. Verordn. v. 27. Oct. 1810, überweiſet aber sub rubr. „Der Miniſter der auswärtigen Angel.“ demſelben ohne Ausnahme „alle Gegenſtände, welche die Verhältniſſe mit fremden Mächten und die Verhandlungen mit auswärtigen Regierungen betreffen“; auch ſind bekanntlich die Verhandlungen über die Bulle v. J. 1821 lediglich durch das auswärtige Departement geleitet worden.

6) Schon ehe durch die Cab.-Ordre v. 8. Juni 1814 das auswärtige Departement der alleinigen Leitung des Staatskanzlers anvertraut wurde (Geſ.-Samml. v. 1814. S. 40.), gehörten dieſe höchſten geiſtlichen Würden, mit manchen anderen Angelegenheiten des früheren Depart. des Königl. Hauſes, zu deſſen ausſchließlichem Reſſort (vgl. die angef. Verordn. v. 27. Oct. 1810 sub II. und sub rubr. „Miniſterium des Innern sub C.). An das geiſtliche Departement kam die Beſetzung dieſer Aemter erſt durch die Cab.-Ordre betr. die anderweitige Depart.-Eintheilung der Miniſt. vom 11. Januar 1819 sub No. 6. (Geſ.-Samml. v. 1819. S. 2.).

7) Auch hierüber enthält die Verordn. v. 27. Oct. 1810 sub rubr. „Der Juſtizminiſter“ keine beſondere, die früheren Reſſortverhältniſſe beſtätigende Vorſchrift, ſondern überweiſet demſelben nur im allgemeinen „alles ohne Ausnahme, was die Oberaufſicht auf die eigentliche Rechtspflege betrifft“. Vgl. indeſſen das Reſcr. des Juſt.-Min. v. 13. Sept. 1814 in **Leman**'s hiſtor.-geogr. Einleit. in das Weſtpr. Prov.-Recht S. 209., welches zufolge einer Uebereinkunft mit dem Miniſt. des Innern alle die Einrichtung und Beſetzung der geiſtl. Gerichte betreffenden Verfügungen dem Chef der Juſtiz vorbehält, und das ſelbſtſtändige Reſſortverhältniß der Landes-Juſtiz-Collegien näher beſtimmt.

gen wurden mit der geſammten innern Landesverwaltung die kirchlichen Angelegenheiten dem Miniſterio des Innern überwieſen, welches für die oberſte Leitung des Cultus und des öffentlichen Unterrichts eine beſondere Section, anfangs mit zwei Unterabtheilungen, ſpäter ungetrennt, erhielt [8]). Als deren Reſſort wurde bezeichnet „alles, was als Religionsübung, Erziehung und Bildung für Wiſſenſchaft und Kunſt ein Gegenſtand der Fürſorge des Staats iſt“; ohne Unterſchied der Religion ſollten alle Lehranſtalten, höhere und niedere, unter der Leitung des Miniſterii ſtehen, in kirchlicher Hinſicht dagegen wurden demſelben beigelegt, theils „alle Rechte der oberſten Aufſicht und Fürſorge des Staats in Beziehung auf Religionsübung (ius circa sacra) ohne Unterſchied der Glaubensverwandten“ theils „nach Maaßgabe der den verſchiedenen Religionspartheien zugeſtandenen Verfaſſung auch die Conſiſtorialrechte (ius sacrorum), namentlich in Abſicht der Proteſtanten“ [9]). Ueber den Umfang aber dieſer Rechte ergingen ſo wenig nähere Beſtimmungen, als über die Art, wie die Angelegenheiten der verſchiedenen Religionspartheien in dieſer für alle gleichmäßig beſtimmten Centralinſtanz behandelt werden ſollten; eine allgemeine Remiſſion auf das Landrecht ſchien in jener Beziehung zu genügen, in letzterer wurde nur Aufzählung der landesherrlichen Reſervatfälle für nöthig erachtet [10]), und für die katholiſchen Kirchenangelegenheiten weder förmliche Ueberweiſung an eine beſondere Abtheilung der Centralinſtanz beliebt, noch deren Bearbeitung durch Beamte katholiſcher Religion, als ſich von ſelbſt verſtehend, ausdrücklich zugeſagt [11]). Unverändert iſt auch

8) Public. vom 16. Decbr. 1808 §. 3. 4. u. 9 flg. und Verordn. v. 27. Oct. 1810 sub rubr. „das Miniſt. des Innern“ sub C.

9) In Folge deſſen wurde auch das Militär-Kirchenweſen, durch das Mil.-Kirchen-Regl. v. 28. März 1811 (Geſ.-Samml. v. 1811 S. 170 flg.) und die Mil.-Kirchenordn. vom 12. Febr. 1832 (Geſ.-Samml. v. 1832 S. 69 flg.), dem Miniſterio des Innern untergeordnet.

10) Auffallend iſt, daß dieſe Reſervationen den Fällen, wo das Landrecht Genehmigung des Landesherrn erfordert, oder dieſe doch unzweifelhaft nöthig war, nicht genau entſprechen.

11) Die Rückſicht auf die bisherige Verfaſſung, und daß namentlich in Schleſien, ſeit 1807 dem Hauptſitze des katholiſchen Bekenntniſſes, eine ſolche combinirte Leitung bisher keinerlei Anſtoß gefunden hatte, mag in jener Beziehung vorzugsweiſe eingewirkt haben. Daß die

dieſe Organiſation beibehalten worden, als mit Herſtellung der Monarchie Umfang und Wichtigkeit der kirchlichen Verwaltung ſo ſich geſteigert hatten, daß im J. 1817 die Bildung eines geſonderten Miniſterii der Geiſtlichen- und Unterrichtsangelegenheiten räthlich erſchien [12]). Der Vorgang anderer evangeliſcher Staaten Deutſchlands, wo, wie z. B. in Würtemberg, Baden, Heſſen-Darmſtadt, Sachſen-Weimar und Oldenburg, die Wahrnehmung der landesherrlichen Majeſtätsrechte über die katholiſche Kirche, unter oberſter Direction der für die innere Verwaltung überhaupt oder für die geiſtlichen Angelegenheiten beſtimmten Centralſtelle, beſonderen, von geiſtlichen und weltlichen Räthen katholiſchen Bekenntniſſes gebildeten Behörden anvertraut worden iſt, hat zur Zeit noch keine Nachfolge in Preußen gefunden, wie ſehr auch eine Einrichtung der Art ſich dadurch empfehlen möchte, daß ſie, ohne die Rechte der Staatsgewalt oder die Intereſſen der evangeliſchen Kirche zu gefährden, deren Wahrnehmung die büreaukratiſche Einrichtung der Centralbehörden in die Hände des Vorſtandes des Miniſterii zu legen geſtattet, gegen die mancherlei Mißdeutungen einigermaßen ſicher ſtellt, welche eine Ueberweiſung der katholiſchen Kirchenangelegenheiten an die für die

---

Beſtellung katholiſcher Miniſterialräthe nicht ausdrücklich zugeſagt wurde, darf um ſo mehr als Zufall angeſehen werden, als in der C. O. v. 30. Sept. 1809 ſogar der Franzöſiſchen Colonie ein derartiges Verſprechen auf ihre Vorſtellung ertheilt wurde.

12) Verordn. betr. d. veränd. Anordn. der Miniſt. vom 8. Novbr. 1817 sub No. III. (Geſ.-Samml. v. 1817. S. 289.).

13) Ueber Würtemberg, wo ſchon das Organiſations-Manifeſt vom 18. März 1806 den katholiſchen geiſtlichen (ſpäter Kirchen-) Rath errichtete, und über Baden, wo das Organiſationsedict vom J. 1809 in ähnlicher Weiſe für das Miniſterium eine katholiſche Kirchenſection beſtimmte, vgl. Longner's Darſt. der Rechtsverh. der Biſch. in d. oberrhein. Kirchenprovinz. S. 38. u. 44 flg. Ueber die Sachſen-Weimar'ſche Immediat-Commiſſion für d. kath. Kirchen- u. Schulweſen vgl. das Edict die kirchl. Verh. betr. v. 7. Oct. 1823. §. 1. (u. a. in Weiss C. I. E. catholicorum p. 329. u. Droſte-Hulshoff Grundſ. d. gem. Kirchenr. Th. 1. S. 429.); über Heſſen-Darmſtadt, wo ſchon für das Herz. Weſtfalen eine gleiche Einrichtung beliebt worden war, vgl. die in Lippert's Annal. d. Kirchenr. H. 1. S. 222. mitgetheilte Verordn. v. 1. Juli 1830, die Errichtung eines kath. Kirchen- u. Schulraths betr.; über Oldenburg vgl. das Normativ für Wahrnehmung des landesh. Hoheitrechts über die kath. Kirche vom 5. April 1831. §. 1. (u. a. in v. Kamptz Jahrb. H. 100. S. 442.).

oberſte Verwaltung der evangeliſchen Kirche beſtimmte landesherrliche Behörde eben ſo leicht veranlaſſen kann, als gefunden hat.

Mehr als die Einrichtung der Centralbehörden hat die Provinzialverwaltung der katholiſchen Kirchenſachen ſeit dem J. 1808 in Preußen gewechſelt, und erſt im J. 1815 ihre definitive Organiſation in der Weiſe erhalten, daß einerſeits dem Ober-Präſidenten, andrerſeits den Regierungen und Provinzial-Schulcollegien die Aufſicht und Direction der katholiſchen Kirchen- und Schulſachen anvertraut iſt.

Als Landeshoheits- und Landespolizei-Behörden traten die Regierungen im J. 1808 mit erweitertem Reſſort an die Stelle der bisherigen Kriegs- und Domänenkammern; ihnen ſind auch „die Angelegenheiten des öffentlichen Cultus und des Unterrichts in Rückſicht ſämmtlicher Religionsverwandten ohne Unterſchied“ dergeſtalt überwieſen worden [14]), daß in unmittelbarer Unterordnung unter die Miniſterial-Section eine beſondere Abtheilung der Regierungen, welcher zu dieſem Behufe geiſtliche Conſiſtorial- und Schulräthe als techniſche Mitglieder beigeordnet wurden [15]), unter dem Namen der „Geiſtlichen- und Schuldeputation“ jene Angelegenheiten verwalten ſollte [16]). Die Wiederherſtellung der Monarchie und die dadurch geſteigerte Wichtigkeit der Provinzialverwaltung ſchien indeß eine neue und genauere Organiſation nöthig zu machen, und ſchon während der Congreßverhandlungen erfolgte dieſelbe in den Grundzügen durch die von Wien aus datirte Verordnung

14) Verordn. wegen verbeſſerter Einricht. der Prov.-, Polizei- und Finanz-Behörden v. 26. Decbr. 1808 §. 3. 5. 10. u. 53. (Geſ.-Samml. v. 1806—10. S. 464 flg.). Die ſpecielleren Reſſort-Beſtimmungen erfolgten unter demſ. Datum durch die Geſchäfts-Inſtr. für d. Regier. in ſämmtl. Provinzen (ebend. S. 481 flg.).

15) Von dieſen ſollte bei den Regierungen Königsberg, Marienwerder, Glogau und Breslau Einer immer katholiſcher Religion ſein.

16) Ebend. §. 23. §. 26 flg. vgl. mit Public. betr. die Verf. der oberſten Staatsbeh. vom 16. Decbr. 1808. §. 13., und Verordn. vom 27. Oct. 1810. a. a. O. sub C. in fin. Den Ober-Präſidenten, deren drei, für Preußen und Litthauen nemlich, für die Marken und Pommern und für Schleſien, damals ernannt wurden, ſtand nach der Organiſation des J. 1808, wie überhaupt, ſo auch in den kirchlichen Sachen nur ein Recht allgemeiner Controlle zu. Vgl. Inſtruct. für die Ober-Präſ. v. 23. Decbr. 1808 u. Public. v. 16. d. M. §. 34.

vom 30. April 1815, kam jedoch erſt im J. 1817 durch die für die Ober-Präſidien, und die Regierungen und Conſiſtorien erlaſſenen Dienſtinſtructionen zu vollſtändiger, theilweiſe von dem urſprünglichen Plane abweichender Ausführung [17]).

An die Spitze der Provinzen, damals zehn an der Zahl, ſpäter durch Vereinigung von Oſt- und Weſtpreußen, und des Großherzogthums Niederrhein mit Cleve-Berg auf acht reducirt, traten die Ober-Präſidenten, wie zur Verwaltung der allgemeinen Landesangelegenheiten überhaupt, ſo namentlich für obere Leitung der Angelegenheiten des Cultus und des öffentlichen Unterrichts [18]). Unter ihrem unmittelbaren Präſidio ſollte in jeder Provinz für Kirchen- und Schulſachen ein Conſiſtorium beſtehen, welches theils alle Schul- und Unterrichtsanſtalten, mit Ausnahme nur der Univerſitäten, überwieſen erhielt, theils „in Rückſicht auf die Proteſtanten die Conſiſtorialrechte ausüben, in Rückſicht auf die Römiſch-Katholiſchen die landesherrlichen Rechte circa sacra verwalten" ſollte, und ſomit anfangs, Behufs völliger Concentration dieſes Theils der Verwaltung, ganz an die Stelle der Schul- und Geiſtlichen Deputationen der Regierungen zu treten beſtimmt war, indem nur in denjenigen Regierungsbezirken, worin kein Conſiſtorium ſei, unter der Direction eines Regierungsmitgliedes von Geiſtlichen und Schulmännern eine Kirchen- und Schulcommiſſion gebildet wurde, um unter Leitung und nach Anweiſung des Conſiſtorii alle einer näheren perſönlichen Einwirkung bedürfenden Geſchäfte zu beſorgen [19]). Schon durch jene Inſtructionen wurde aber das Reſſort der Conſiſtorien und der ihnen unmittelbar vorgeſetzten Ober-Präſidenten ganz auf die inneren Kirchen- und

---

17) Verordn. wegen verbeſſerter Einrichtung der Prov.-Behörden vom 30. April 1815 (Geſ.-Samml. v. 1815 S. 85 flg.), Inſtruction für die Ober-Präſidenten vom 23. Oct. 1817 (Geſ.-Samml. v. 1817 S. 230 flg.), Dienſtinſtruction für die Provincialconſiſtorien von demſ. Tage (ebend. S. 237 flg.) u. Inſtr. zur Geſchäftsführung der Regierungen in den K. Pr. Staaten ejusd. d. (ebend. S. 248 flg.).

18) Verordn. v. 30. April 1815 §. 2. u. 3.

19) Ebend. §. 15—18. vgl. mit §. 9—13. u. 24—26., aus welchen ſich deutlich ergiebt, daß gänzliche Enthebung der Regierungen von allen, auch den äußeren, Kirchenangelegenheiten beabſichtigt war.

Schulangelegenheiten beſchränkt. Denn in Betreff der evangeliſchen Kirche ſollte den Conſiſtorien nur die „allgemeine Leitung des Kirchenweſens und der Schulangelegenheiten in rein geiſtlicher und wiſſenſchaftlicher Hinſicht“ zuſtehen, nemlich theils die Ausübung „derjenigen Conſiſtorialrechte, welche ſich auf den eigentlichen Religionsunterricht beziehen“, theils „die unmittelbare Leitung und Verwaltung der gelehrten Schulen“, und rückſichtlich der zum Reſſort der Regierungen verwieſenen Elementarſchulen die „obere Leitung in wiſſenſchaftlicher Hinſicht und Beziehung auf die innere Verfaſſung“ [20]), über alle aber ſo, daß in dieſen Gegenſtänden collegialiſche Berathung und Entſcheidung eintrat, und nur der Vorſitz dem Ober-Präſidenten vorbehalten blieb [21]). In derſelben Art und Weiſe und in gleichem Umfange wurde auch das katholiſche Unterrichts- und Erziehungsweſen zum Reſſort der Conſiſtorien geſtellt, mit der Maaßgabe allein, daß den katholiſchen Biſchöfen auf den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen und auf die Anſtellung der beſonderen Religionslehrer, wo dergleichen vorhanden, ihr geſetz- und verfaſſungsmäßiger „Einfluß“ vorbehalten wurde [22]). Was dagegen die katholiſchen Kirchenangelegenheiten betrifft, ſo ſollte in dieſen fortan das Conſiſtorium nur eine berathende Behörde bilden, die Entſcheidung dagegen dem Ober-Präſidenten allein zuſtehen [23]), jedoch auch zu deſſen Reſſort die Wahrnehmung der landesherrlichen Rechte theils nur „unbeſchadet der geſetz- und verfaſſungsmäßigen Amtsbefugniſſe der die-

---

20) Vgl. Inſtr. für die Prov.-Conſiſt. §. 1. u. 2., wo die einzelnen, zu deren Reſſort gehörigen Kirchenangelegenheiten aufgeführt werden, und §. 6. u. 7., welche die Competenz derſelben in Schulſachen beſtimmen; die letzteren Vorſchriften gelten auch für die katholiſche Kirche, die anderen dagegen nach §. 4. nur „in ſo weit (die aufgeführten Angelegenheiten) ihrer Natur nach unter dem iure circa sacra begriffen werden können“.

21) Ebend. §. 13.

22) Ebend. §. 8. Wie weit dies der Fall ſei, iſt nicht näher beſtimmt, ſondern nur den Ober-Präſidenten vorbehalten, über die Form dieſer Concurrenz mit den Biſchöfen Rückſprache zu nehmen, eventuell aber nähere Beſtimmung darüber vorbehalten.

23) Ebend. §. 3. u. 13. Aus dieſem Grunde wurde es den Ober-Präſidenten auch anheimgeſtellt, ob ſie dieſe Angelegenheiten gerade durch die katholiſchen Conſiſtorial- und Schulräthe bearbeiten laſſen wollten.

ſer Kirche unmittelbar vorgeſetzten Biſchöfe“, theils nur „in ſo fern ſie die interna derſelben betreffen“, gehören [24]). Die Verwaltung aller übrigen Kirchenangelegenheiten wurde, gleich den dem Conſiſtorio nicht ausdrücklich vorbehaltenen Schulſachen, wieder zum Reſſort der Regierungen, und zwar der für Landeshoheits- und Landespolizeiſachen beſtimmten erſten Abtheilung geſtellt [25]), welche mit den, zu dem Behufe bisher ſchon beigeordneten, Schul- und geiſtlichen Räthen die Schul- und Kirchencommiſſion bildete, und nur in dem Maaße, wie überhaupt die geſammte Provincialverwaltung, unter der oberen Leitung, Aufſicht und Controlle der Ober-Präſidenten ſtand [26]). Ohne Unterſchied übrigens der Religion und des Cultus ſollten alle dieſe Angelegenheiten zur Competenz der Regierungen gehören, dieſen daher auch ſämmtliche Geiſtlichen und Schullehrer, die katholiſchen wie evangeliſchen, untergeordnet ſein. Nichts weiter wurde über die, durch die Eigenthümlichkeit der katholiſchen Kirchenverfaſſung bedingte, verſchiedenartige Behandlungsweiſe der katholiſchen und evangeliſchen Kirchen- und Schulſachen ausgeſprochen, als daß bei jener die Regierungen in

zwei-

24) Ebend. §. 3. 4. u. 9. Speciell wurden als ſolche innere Angelegenheiten, unter Vorbehalt der Miniſterialentſcheidung, den Ober-Präſidenten überwieſen: die Erörterung über Zuläſſigkeit päbſtl. Bullen, Breven und anderer Verordnungen auswärtiger Oberen, die Beſorgung der an letztere oder den Römiſchen Stuhl zu richtenden Geſuche, die Erörterung und Erledigung von Streitigkeiten mit anderen Relig.-Partheien, die Erörterung über Reviſion nnd Berichtigung der Kirchengeſetze, und die Aufſicht über die Prüfung der Geiſtlichen.

25) Ebend. §. 9. „Die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten der Kirchen und Schulen aller Confeſſionen, insbeſondere die Aufſicht auf die Verwaltung des Kirchen- und Schulvermögens, gehört den Regierungen“, vgl. mit Regier.-Inſtr. §. 2. No. 6.

26) Regier.-Inſtr. §. 18., wo die einzelnen Angelegenheiten speciell aufgezählt werden, vgl. mit Inſtr. für die Ober-Präſidenten §. 1. u. 11. Mit Rückſicht hierauf wurden denn auch nach §. 14. der Conſiſt.-Inſtr. bei den Regierungen am Sitze des Conſiſtorii, gleich wie bei den übrigen, Kirchen- und Schulcommiſſionen beſtellt, die freilich nur den Namen mit den bisher beſtandenen gemein hatten, und mit dem Conſiſtorio lediglich dadurch in äußerem amtlichem Zuſammenhange ſtanden, daß am Sitze der Conſiſtorien einzelne von ihren Mitgliedern zugleich der Regierung als geiſtliche und Schulräthe beigeordnet werden, die geiſtlichen und Schulräthe der übrigen Regierungen aber bei etwaniger Anweſenheit Sitz und Stimme im Conſiſtorio haben, und einmal im Jahre ſämmtlich ins Conſiſtorium berufen werden ſollten.

zweifelhaften Fällen, nach vorgängig von den Ober-Präſidenten eingeholter Inſtruction, „den Einfluß ſtets gehörig berückſichtigen werde, welcher dem Biſchofe geſetz- und verfaſſungsmäßig zuſteht“. Weder aber iſt dieſer Einfluß näher beſtimmt, noch auch nur hierüber auf die landrechtliche Geſetzgebung ausdrücklich remittirt, wie dienlich dies auch geweſen wäre, um der Mißdeutung vorzubeugen, als habe durch Ueberweiſung der äußeren Kirchenangelegenheiten an die Regierungen Natur und Umfang des landesherrlichen **ius circa sacra** geändert, den Biſchöfen und deren verfaſſungsmäßigen Organen die directe Leitung und Verwaltung dieſer **Externa**, ſelbſt jede unmittelbare Theilnahme an deren Verwaltung entzogen, und deren Einwirkung entweder auf die zugleich die **Interna** berührenden Fälle, oder aber auf eine bloß gutachtliche Rückſprache beſchränkt werden ſollen [27]).

Das Reſſortverhältniß der Regierungen, wie es hierdurch in Kirchen- und Schulangelegenheiten feſtgeſetzt war, hat ſeitdem weitere Aenderungen nicht erfahren, als daß im Jahre 1825 die Bildung beſonderer Abtheilungen für Kirchenverwaltung und Schulweſen beliebt, den Conſiſtorial-Behörden das geſammte Gymna-

27) Daß eine ſolche Mißdeutung nicht ausgeblieben iſt, zeigt z. B. Bielitz's Handb. des Preuß. Kirchenrechts, wo im §. 190. 192. 198. 207. 208. auf Grund der Regierungs-Inſtruction §. 18 flg. alle die Beſtimmungen des Landrechts, wonach bei Verwaltung des Kirchenvermögens eine Genehmigung der „geiſtlichen Obern“ erforderlich iſt, für katholiſche wie evangeliſche Kirchen dahin gedeutet ſind, daß an die Stelle der Biſchöfe ſeit dem J. 1817 die Regierungen getreten ſeien, wo im §. 42. ſogar die Beſtätigung der von katholiſchen Patronen für katholiſche Gemeinden präſentirten Pfarrer der Regierung vindicirt, und dem Biſchofe nur Ausſtellung eines Zeugniſſes über die canoniſche Würdigkeit des Präſentirten belaſſen wird. Die Unhaltbarkeit dieſer Anſicht, und daß unter den „andern Behörden“, welchen die Verwaltung des Kirchenguts, im Falle ſie ihnen „verfaſſungsmäßig“ gebühre, unter Oberaufſicht der Regierungen ferner verbleiben ſoll, auch die Biſchöfe und deren Organe zu verſtehen ſeien, liegt zu Tage, und iſt eben ſowohl in den Reſcr. des Juſtiz-Miniſt. vom 28. Jan. 1830 und 27. Sept. 1833 (Ergänz. u. Erläut. des A. L. R. Abth. 3. S. 585. u. 634.), als in den Reſcr. des Geiſtl. Miniſterii vom 8. Januar 1822, 15. März 1832 und 22. Auguſt 1833 (ebend. S. 670. 681. u. 641.) anerkannt. Freilich aber iſt nicht in Abrede zu nehmen, daß jene Anſicht, ſelbſt ſchon vor Publication der Regier.-Inſtruction, von einzelnen Regierungen gehegt worden iſt; vgl. z. B. die Verordn. der Mindener Reg. vom 31. Octbr. 1817 in Fürſtenthal's Samml. Th. 2. S. 117.

ſialweſen nebſt den Schullehrer-Seminarien überwieſen wurde[28]), und die bisher beſtandene rein collegialiſche Verfaſſung der Regierungen einzelnen Modificationen unterlag[29]). Eine ganz andere Stellung dagegen ward den Conſiſtorien und den Ober-Präſidien gegeben, indem die Erfahrung, vielleicht gerade bei Ausführung der inzwiſchen ergangenen Bulle, davon überzeugt haben mochte, daß die bisherige Einrichtung, welche dem für die eigentlich geiſtliche Verwaltung der evangeliſchen Kirche beſtimmten, und zum überwiegenden Theile mit Geiſtlichen dieſer Confeſſion beſetzten Conſiſtorio in allen katholiſchen Kirchenangelegenheiten ein conſultatives Votum, in Schulſachen aber ſogar die Entſcheidung gab, innerhalb der katholiſchen Kirche und Geiſtlichkeit Anſtoß zu geben geeignet war. Die Conſiſtorien wurden daher in zwei Abtheilungen geſchieden, von denen die eine unter dem bisherigen Namen des Conſiſtorii auf die evangeliſchen geiſtlichen Sachen beſchränkt ſein ſollte, die andere als Provinzial-Schul-Collegium die Unterrichtsangelegenheiten, mit theilweiſe erweitertem Reſſort, aber wie bisher gleichmäßig für die katholiſche und die evangeliſche Kirche, überwieſen erhielt[30]), ſo daß jede, auch nur indirecte Theilnahme der Conſiſtorien an der Verwaltung der katholiſchen Kirchenangelegenheiten gänzlich aufhörte. Den Ober-

---

28) Cab.-Ordre vom 31. Dezbr. 1825, betr. eine Abänderung in der bisherigen Organiſation der Prov.-Verwaltungsbehörden sub D. II. No. 1. vgl. sub B. No. 9. (Geſ.-Samml. vom J. 1826. S. 5 flg.). Die Bildung einer zweiten Abtheilung für geiſtliche Sachen iſt übrigens nach dem Hof- und Staats-Handb. nur bei den Regierungen zu Königsberg, Marienwerder, Potsdam, Frankfurt, Stettin, Breslau, Poſen, Magdeburg und Merſeburg wirklich erfolgt.

29) In den Abtheilungen ſoll zwar nach der angef. C.-O. sub D. VII. die Stimmenmehrheit entſcheiden, dem Vorſitzenden aber jederzeit eine Provocation auf den Präſidenten geſtattet ſein, und deſſen Anſicht entſcheiden, wenn er nicht die Sache an das Plenum zu bringen vorzieht, wozu er nach der Inſtr. von 1817 §. 39. verpflichtet war. Im übrigen blieb die innere Organiſation unverändert, namentlich auch darin, daß, ſo viel aus den Angaben des Hof- u. Staats-Handb. zu entnehmen, nur je Ein geiſtliches Mitglied jeder Confeſſion beigeordnet iſt, auch nicht alle Regierungen katholiſche geiſtliche Räthe haben.

30) Ebend. sub B. No. 1. 8. u. 9. In den meiſten Provinzen iſt daher auch dem Schul-Collegio ein katholiſcher Schulrath, geiſtlichen oder weltlichen Standes, beigeordnet.

Präſidien dagegen wurde, neben der Oberaufſicht auf die Verwaltung der Regierungen, theils als Stellvertretern der Miniſterial-Behörden ein erweiterter Reſſort eröffnet, namentlich die erſte Entſcheidung bei Conflicten der Regierungen unter ſich oder mit andern Verwaltungs-Behörden zugeſtanden, theils die eigene Verwaltung aller die Geſammtheit der Provinz betreffenden, oder doch nicht auf den Bereich eines einzelnen Regierungsdepartements beſchränkten Angelegenheiten übertragen[31]); namentlich aber ſollte fortan die Wahrnehmung des **iuris circa sacra catholicorum**, ganz in dem durch die Conſiſtorial-Inſtruction vom J. 1817 beſtimmten Umfange, von den Ober-Präſidenten allein reſſortiren[32]). Unverändert blieb jedoch einerſeits die bisherige Organiſation dieſer oberſten Provincial-Behörden[33]), ohne daß man durch Beiordnung von Kirchenräthen katholiſcher Confeſſion den bis dahin in den Conſiſtorien gegebnen conſultativen Beirath zu erſetzen, und in einer mit dem canoniſchen Rechte und den provinciellen Eigenthümlichkeiten der katholiſchen Kirchenverfaſſung gleich vertrauten Behörde eine Vermittelung zwiſchen der eigentlichen Diöceſan-Adminiſtration und der kirchenhoheitlichen Mitwirkung der oberſten Staatsbehörden zu gewinnen geſucht hätte. Andrerſeits erhielt ſich, in der Unterordnung unter das für das geſammte Kirchen- und Schulweſen beſtimmte Miniſterium der Geiſtlichen- und Unterrichts-Angelegenheiten, und in dem mit dem Ober-Präſidio nach wie vor verbundenen Vorſitze in den Provincial-Behörden[34]), auch für das Gebiet der inneren Kirchenangelegenheiten

---

31) Inſtruction für die Ober-Präſidenten vom 31. Dezbr. 1825 (ebend. S. 1 flg.) §. 1. 4. u. 5. und §. 11.

32) Ebend. §. 2. No. 6. vgl. mit der angef. Cab.-Ordre vom 31. Dezbr. 1825 sub B. No. 7. — Von den übrigen im §. 2. aufgezählten Angelegenheiten, für welche die Ober-Präſidenten die unmittelbare Inſtanz bilden, haben eine Beziehung zur kirchlichen Verwaltung nur die sub 2. u. 7., die Verwaltung nemlich aller für mehrere Regierungs-Bezirke der Provinz eingerichteten öffentlichen Inſtitute, und die Aufſicht über die Cenſur, welche bereits das Cenſur-Edict vom 18. Oct. 1819 §. 3. den Ober-Präſidien überwieſen hatte.

33) Inſtr. für die Ober-Präſidenten vom 23. Dezbr. 1808 zu E.: „Das Perſonale der Ober-Präſidenten beſteht in der Regel aus einem Regierungsrathe, als Ober-Präſidialrathe, einem Expedienten u. ſ. w.“

34) Inſtr. für die Ober-Präſidenten vom 31. Dezbr. 1825 § 3. u. 12.

und der eigentlich geiſtlichen Adminiſtration der von alter Zeit her im äußeren Organismus des Preußiſchen Staats beſtehende Zuſammenhang zwiſchen der Verwaltung der katholiſchen und evangeliſchen Kirche der Monarchie.

§. 6.

Verhandlungen mit dem päbſtlichen Stuhle und Abſchluß der Bulle De salute animarum.

Während ſolchergeſtalt die äußere Organiſation der Landesverwaltung in Betreff des Kirchenweſens ihrer gegenwärtigen Geſtalt entgegengeführt wurde, war auch die Verhandlung, welche inzwiſchen die Preußiſche Regierung mit dem Römiſchen Hofe über die Reorganiſation des Episcopats gepflogen hatte, zu definitivem Abſchluſſe gelangt, und deren Reſultat in der Bulle **De salute animarum** ſofort zu allgemeiner Kunde, nach und nach auch zur wirklichen Ausführung gekommen. Die Geſchichte dieſer Negotiation, gewiß im höchſten Grade lehrreich, liegt noch im Dunkel diplomatiſchen Geheimniſſes, in welches erſt in neueſter Zeit hie und da ein ſchwacher Lichtſchimmer gedrungen, ſo daß über Zweck und Gang der Verhandlungen kaum mehr als Vermuthungen geſtattet ſind, die in den Schickſalen der Deutſchen katholiſchen Kirche während der letzten Decennien, in den Wiener Congreßverhandlungen, in gleichzeitigen Ereigniſſen und in der getroffenen Uebereinkunft nähere, aber nichts weniger als zuverläſſige Begründung finden.

So gebieteriſch war der Preußiſchen Regierung die Nothwendigkeit einer Reorganiſation des katholiſchen Kirchenweſens erſchienen, ſo unzweifelhaft ihre Verpflichtung, für Herſtellung und würdige Ausſtattung des verfallenen Episcopats zu ſorgen, eine Uebereinkunft mit dem Römiſchen Stuhle ſo unvermeidlich, daß unmittelbar nach wieder erkämpftem Frieden die Sendung des geheimen Staatsraths Niebuhr nach Rom beſchloſſen wurde[1],

---

vgl. mit §. 2. im Eing. u. §. 15., wonach theils überhaupt für die vorbehaltenen Angelegenheiten die Regierungen das Organ des Ober-Präſidenten ſind, theils der Regel nach derſelbe zugleich Präſident der Regierung ſein ſoll, welche an ſeinem Wohnorte ihren Sitz hat.

1) Lebensnachrichten von B. G. Niebuhr Th. 2. S. 15.

um dort für die katholiſche Kirche des Landes ins Werk zu ſetzen, was für das geſammte katholiſche Deutſchland durch gemeinſame Verhandlungen geſichert zu ſehen, Preußen ſich in Wien vergeblich bemüht hatte. Auf Abſchluß eines förmlichen Concordats, durch welches die innere Verfaſſung der katholiſchen Kirche, die Beziehungen des Landes-Episcopats zu dem Primate, die Stellung der Kirche zum Staate, die politiſchen Rechte der Prälatur und die Gerechtſame der Landesherrſchaft vertragsmäßig geordnet würden, war es ſicher von Anfang an nicht abgeſehen, noch hat ſich ſchwerlich die Regierung zu irgend einer Zeit der Täuſchung hingegeben, daß eine Beilegung aller zwiſchen der weltlichen Macht und der Kirchengewalt, zwiſchen dem katholiſchen Kirchenthum und dem evangeliſchen Bekenntniſſe gegebnen Differenzen auf ſolchem Wege zu erzielen ſei. Was Preußen, wollte es ſich ſelbſt nicht untreu werden, als Baſis derartiger Verhandlungen hätte betrachten müſſen, ſtand in zu directem Gegenſatze mit den Prinzipien, welche der Römiſche Stuhl zu allen Zeiten, auch wo jede Ausſicht des Erfolgs fehlte, feſtgehalten hat, als daß in Rom Zugeſtändniſſe erwartet werden durften, durch welche der Pabſt ſelbſt die Hauptſtütze ſeiner geiſtlichen Autorität vernichten würde; und möge immerhin, um Verfaſſung und Verwaltung des Landes[2]) mit der Eigenthümlichkeit des katholiſchen Kirchenthums in ſolchen Einklang zu bringen, wie es das Weſen eines paritätiſchen Staats erfordert, Einzelnes einer Abänderung eben ſo bedürfen, als dieſe ohne Gefahr für Staat und evangeliſche Kirche zulaſſen, ſo wird doch in unſeren Tagen keine Regierung, und am wenigſten eine evangeliſche, die faſt unbedingte Abhängigkeit des Epiſcopats anerkennen dürfen, welche die Grundlage aller vom Papalſyſteme dem Römiſchen Stuhle vindicirten Rechte bildet, noch wird ſie im Sinne des mittelalterlichen Kirchenrechts den geiſtlichen Obern eine Selbſtſtändigkeit, Unabhängigkeit und äußere Autorität zugeſtehen können, welche die ſchutzherrliche Kirchenhoheit in das

2) Was Niebuhr in einem Briefe vom 17. Sept. 1819 in politiſcher Beziehung ausſpricht: „Die Veränderung der Formen, welche nothwendig iſt und Heil bringen würde, kann eigentlich nur die Verwaltung betreffen, nicht aber die Souveränität", dürfte für die kirchlichen Verhältniſſe noch weniger einem Zweifel unterliegen.

Verhältniß eines ſchutzpflichtigen Vertreters verwandeln müßte [3]). Wie wenig, was auf dem Wege eines wirklichen Concordats in Rom zu erreichen ſtehe, mit der herrſchenden Anſicht der Zeit, mit den Intereſſen und Rechten der Landeshoheit, mit dem Staatsrechte unſerer Tage vereinbar ſei, zeigte deutlich genug das Schickſal des Bairiſchen Concordats, welches im In- und Auslande lauten, und nicht unbegründeten Tadel fand, und, kaum geſchloſſen, weſentliche Beſchränkungen durch die neue Verfaſſungsurkunde erfuhr. Daß aber andrerſeits unerreichbar ſei, was damals eine an Zahl nicht unbedeutende Parthei verlangte, und die auf Würtembergs und Badens Betrieb zu Frankfurt vereinigten Deutſchen Fürſten und Städte als das Ziel ihrer gemeinſamen Berathungen bezeichneten, daß am wenigſten eine ſo weſentliche Umgeſtaltung der katholiſchen Kirchenverfaſſung, als die Bildung einer Deutſchen Nationalkirche im Sinne der Bad-Emſer Punktation wäre, von evangeliſchen Landesfürſten durch Verhandlungen mit Rom hervorgerufen werden könne, ſondern, wenn je erreichbar, aus dem Schooße der katholiſchen Kirche ſelbſt ſich frei herausbilden müſſe; das hat die Preußiſche Regierung ſo wenig verkannt, daß ſie, wie ſehr auch zu Wien einer gemeinſamen Beſchlußnahme über Reorganiſation der katholiſchen Verhältniſſe geneigt, ſich doch von Anfang an von jenen Conferenzen fern hielt [4]).

---

3) „Ein Concordat abzuſchließen“, ſagt Bunſen a. a. O. S. 336. von Niebuhr, „war ihm von Anfang an ein in jeder Beziehung unzuläſſiger Gedanke, weil er wußte, daß ein ſolches überhaupt bei der Stellung des ausgebildeten Europäiſchen Staats zur Römiſchen Kirchengewalt mit Redlichkeit nicht abgeſchloſſen werden kann, ſelbſt abgeſehen von der beſondern Stellung einer proteſtantiſchen Regierung“. Daß in dieſer Anſicht Niebuhr ſich während ſeiner Unterhandlungen der vollſten Zuſtimmung der Regierung erfreut habe, fügt er ausdrücklich hinzu, und bezeugen die Worte des oben (§. 2. N. 6.) erwähnten Publicandums: „Stipulationen, wodurch der Wirkungskreis der geiſtlichen Obern, und ihre Stellung zu den weltlichen Behörden des Staats näher beſtimmt würden, ſind nicht getroffen worden, und in ſo fern kann von einem Concordate in dieſem Sinne gar nicht die Rede ſein. Der König konnte den Vollgehalt ſeiner Hoheitsrechte, denen theure von Gott ihm auferlegte Pflichten gegen ſein Volk zur Seite ſtehen, nicht von fremder Anerkennung abhängig machen, nicht den freien Gebrauch derſelben durch beengende Verträge einſchränken wollen“.

4) Die Notiz in der Allg. Augsb. Zeit. Jahrg. 1818 No. 116. S. 463.,

Herſtellung der Bisthümer und eine dem neuen Territorialbeſtande der Monarchie möglichſt entſprechende Diöceſan-Umſchreibung, Reorganiſation der für Kirchenregiment und Seelſorge gleich unentbehrlichen Domkapitel und Prieſterſeminarien, und angemeſſene Redotation dieſer Inſtitute wie der Bisthümer ſelbſt, ſomit nur, was als unerläßliches Bedingniß für Zurückführung feſter und dauerhafter Ordnung im Kirchenweſen gelten mußte, war das endliche Reſultat, ſicher aber auch von Anfang an das einzige Ziel der Verhandlungen. Das Gebiet des innern Kirchenrechts berührten dieſe nicht weiter, als daß die Beſetzung der Bisthümer und Kapitel neu geordnet wurde, da die frühere Organiſation, dieſſeits des Rheins nur theilweiſe erhalten, jenſeits aber durch das Concordat vom J. 1801 beſeitigt, ſich mit dem neuen Zuſtande der Dinge als ganz unvereinbar erweiſen mußte, obenein das Franzöſiſche Concordat für die Beſetzung der Bisthümer auf den nun eingetretenen Fall, daß die weltliche Regierung einem evangeliſchen Herrn zufiele, neue Stipulationen ausbedungen hatte[5]).

Selbſt aber in dieſer Begrenzung bot die Negotiation der Schwierigkeiten genug dar. Von Staatswegen mußte man die landesherrliche Ernennung der Biſchöfe, wie ſie im Oſten der Monarchie factiſch von alter Zeit beſtand, auf dem linken Rheinufer concordatenmäßig eingeführt war erhalten, und auf die dieſſeits-rheiniſchen Deutſchen Bisthümer übertragen wünſchen; daß aber in Rom auf Herſtellung des alten Wahlrechts der Kapitel werde gedrungen werden, ließ ſich mit Gewißheit erwarten. Neuerdings iſt auch bekannt geworden, wie erſt nach langen Verhandlungen ſich die beiderſeitigen Vorſchläge in dem Auswege einigten, daß äußerlich und formell den Domkapiteln der Deutſchen Diöceſen[6]) das Recht der freien Wahl wieder eingeräumt und beſtätigt wurde, insgeheim aber von dem Römiſchen Stuhle ein beſonderes Breve mit der Weiſung zuging, vor der förmlichen Wahl ſich darüber zu

---

daß Preußen für die Frankfurter Concordats-Conferenzen ſich das Protocoll offen erhalten habe, ſcheint alles Grundes zu entbehren.

5) Franzöſ. Concord. vom 15. Juli 1801 Art. 17.

6) Für Ermland, Culm und Gneſen-Poſen iſt die bisherige Beſetzungsweiſe unverändert geblieben.

vergewiſſern, ob auch der Wahlcandidat der Regierung genehm ſei[7]). Leichter ſcheint über Beſetzung der Domkapitel Einigung erzielt worden zu ſein, da in Folge zahlreicher Indulte das päbſtliche Proviſionsrecht **ex alternativa mensium** längſt ſchon nur dem Namen nach beſtand, und die Curie um ſo eher ihr Recht und Intereſſe durch die Stipulation gewahrt anſehen durfte, daß die Probſteien und die in den ungraden Monaten erledigten Canonicate in der zu Breslau bisher üblichen Weiſe, d. h. auf Deſignation der Regierung, von den Päbſten ſollten vergeben werden. Dagegen mag die neue Einrichtung der Domkapitel, welche auf eine viel geringere Zahl von Domherren und Prälaten, denn früher, beſchränkt wurden, zu welchen auch nicht mehr Geburt, ſondern allein noch mehrjähriger Kirchendienſt den Weg eröffnen ſollte[8]), anfangs einigen Anſtand gefunden haben, und ſelbſt über die neue

---

7) Nach dem in der Allg. Leipz. Zeit. Jahrg. 1839 No. 202. Beil. enthaltenen, allem Anſcheine nach von kundiger Hand herrührenden Aufſatze über die jüngſte Biſchofswahl in Trier, beſtand Preußen im Anfange der Verhandlungen auf ein Nominationsrecht, und wies in einer Note vom 6. Oct. 1820 den doppelten Vorſchlag der Curie zurück, daß entweder die Wahl in der Art ſtatt fände, wie ſpäter für die oberrheiniſche Kirchenprovinz beliebt wurde, oder daß die Wahlen zuerſt immer insgeheim und bedingter Weiſe geſchehen ſollten, bis ſie auf eine dem Könige genehme Perſon gefallen wären. Nur gegen förmliche Anerkennung des Breslauer Wahlmodus, welcher in Form einer Deſignation der Regierung die Nomination ſicherte, habe Preußen von dem Nominationsrechte abſtrahiren zu wollen unterm 16. Dezbr. erklärt, aber ſpäter am 9. Febr. 1821 einem als Ultimatum gemachten Vorſchlage des Cardinals Conſalvi beigeſtimmt, welcher die Grundlage des heutigen Rechts bildet. — Das betreffende Breve vom 16. Juli 1821, über deſſen Deutung bekanntlich in neueſter Zeit viel geſtritten worden, iſt erſt im J. 1837 durch das Journal historique et litteraire de Liège T. III. livr. 36. bekannt geworden, und lautet in der Hauptſtelle dahin: ... Vestrarum partium erit, eos adsciscere, quos ... prudentiae insuper laude commendatos, n e c S e r e n i s s i m o R e g i m i n u s g r a t o s esse noveritis, de quibus, antequam solennem electionis actum ex canonum regulis rite celebratis, ut Vobis constet, curabitis.

8) Schon in dem oben §. 1. Note 39. angef. Beſcheide an das Münſterſche Domkapitel hatte die Regierung erklärt, wie ſie bei Umformung des Kapitels ihr Hauptaugenmerk darauf richten werde, daß die bisherige Ausſchließung der Nichtadligen, und eben ſo die Zulaſſung von Minderjährigen und Illiteraten, überhaupt von ſolchen Perſonen aufhöre, welche nicht den Willen und die Fähigkeit hätten, dem Dienſte der Kirche ganz ihr Leben zu weihen.

Diöceſan-Umſchreibung[9]) war Vereinbarung gewiß um ſo ſchwerer, als die Curie einmal beſtehende Einrichtungen aufrecht zu erhalten immerdar geſucht hat, am wenigſten aber die Zahl der Biſchofsſitze zu vermindern geneigt iſt, während die Regierung, ihren ſchon längſt geſetzlich ausgeſprochenen Prinzipien nach, ſo viel nur möglich, Abſchließung der Landeskirche gegen ausländiſche Prälaten, und Uebereinſtimmung der Diöceſangrenzen mit der neuen Landeseintheilung wünſchen mußte, und nicht bloß die Herſtellung des alten Cölner Biſchofsſitzes mit Recht für wichtiger erachtete, als die Beibehaltung des von Napoleon creirten Aachener Cathedralſtuhls[10]) und des kleinen Corveyer Bisthums[11]), ſondern auch in den von Polen wiedergewonnenen Provinzen Ein Bisthum für ausreichend halten mochte[12]). Am meiſten Schwierigkeiten hat aber ſicher die Redotation der Bisthümer, Kapitel u. ſ. w. gefunden; nicht was deren Betrag anging, da von Anfang an die Regierung eine kärgliche Ausſtattung noch weniger wollte, als eine überflüſſige, wohl aber in Betreff der Art ihrer Gewährung. Do-

---

9) Nach dem mehrfach alleg. Public. iſt die vorläufige Diöceſan-Umſchreibung dem Könige ſpeciell zur Genehmigung vorgelegt, und dieſe unterm 6. April 1820 ertheilt worden, wobei derſelbe zugleich erklärte: „Für angemeſſene, nicht überflüſſige, aber doch nicht kärgliche Ausſtattung will Ich, daß geſorgt werde“.

10) Daß die Fortdauer des Aachener Stifts Schwierigkeiten erregte, erhellt aus einem Briefe Niebuhr's vom 22. Januar 1817 (a. a. O. Th. 2. S. 277.), wo es heißt: „Daß das Cölner Domkapitel für jenſeits des Rheins eintrete, geht freilich nicht an, ſo lange das neue Bisthum Aachen im Wege ſteht, und dies giebt viel zu negociiren; wenn man aber Cöln als Erzbisthum einrichtet, ſo wird ſich alles heben laſſen, vorausgeſetzt, daß man die Domkapitel und Bisthümer dotire, wie es Baiern, wahrlich nicht mit Verſchwendung thut, und daß man die Kapitel wählen laſſe“, und mag dies hauptſächlich veranlaßt haben, daß die Preußiſche Regierung, obwohl ſie ſonſt die Einziehung aller Collegiatſtifter und Klöſter feſthielt, die Beibehaltung des dortigen Kapitels als Collegiatſtift nachgab.

11) Zu der Aufhebung von Corvey, welche mehr beiläufig in der Bulle erwähnt wird, ſcheint die Curie ſchon im J. 1817, als ſie auf den Wunſch der Regierung den Biſchof Freiherrn v. Lüning dem Münſterſchen Stifte vorſetzte, ſich verſtanden zu haben.

12) Nach der Art, wie das Gneſener Domkapitel in der Bulle eingerichtet wurde, und wie ſich das ſpätere Erections-Decret des Ermländer Biſchofs vom 25. Januar 1830 (ſ. unten Note 24.) äußert, kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß gänzliche Aufhebung des Gneſener Stifts in den Wünſchen der Regierung lag.

tation in Grund und Boden hat die Curie, wie von Baiern dem Buchſtaben des Concordats nach erlangt[13]), ſo ohne Zweifel auch von Preußen verlangt, zumal nur Grundbeſitz für die Landes-Prälaten die Ausſicht eröffnete, daß ſie bei der verſprochenen Herſtellung der ſtändiſchen Verfaſſung in der Landſtandſchaft einigen Erſatz für die durch die Säculariſation verlornen Rechte gewinnen könnten. Wirklich ſcheint dies auch, wie es offenbar der Sinn jener bei der Säculariſation des J. 1803 ausgeſprochenen Clauſel war, wie man es zu Wien als ſich von ſelbſt verſtehend betrachtet hat, in den anfänglichen Intentionen der Regierung, jedenfalls in den Vorausſetzungen ihres Abgeordneten gelegen zu haben[14]). Beſorgniß indeſſen vor zu großer Unabhängigkeit der Prälatur, Rückſichten auf die Art, wie die katholiſche äußere Kirchenverwaltung durch die Landesgeſetzgebung einmal geordnet war, und der Wunſch möglichſt gleicher Behandlung beider Kirchen, die Schwierigkeit endlich, bei der damaligen Finanzlage ohne Gefährdung des Staatscredits eines bedeutenden Theils der Domanialgüter ſich zu entäußern; alles dies hat, ſo viel ſich vermuthen läßt, ſpäter auf den Plan geführt, die Dotation nur in der Form gewöhnlicher, aus den Staatskaſſen zu zahlender Gehalte zu bewirken, deren Betrag eben Gegenſtand der Verhandlung ſein ſollte. Sicher aber war es keine leichte Aufgabe, den Römiſchen Hof auch nur ſo weit zur Nachgiebigkeit zu bewegen, daß die Grunddotirung auf die den Biſchöfen, Domherren, Kapiteln, Seminarien u. ſ. w. zu gewährenden Gebäude beſchränkt bliebe, dagegen die für die einzelnen Biſthümer und deren Inſtitute theils ſpeciell verabredeten, theils

13) Zur Ausführung iſt freilich, ſo viel bekannt, der Art. 4. des Bairiſchen Concordats auch nicht gekommen, welcher die ſtipulirten Summen in bonis fundisque stabilibus, liberae archiepiscoporum etc. administrationi tradendis, zu gewähren verſprach.

14) In einem Briefe vom 26. Febr. 1820 (a. a. O. S. 427.) äußert ſich Niebuhr: „Ich muß glauben, daß man die Idee zu unterhandeln ganz aufgegeben hat, obgleich vor zwei Monaten alles (nemlich die Inſtructionen) unterſchrieben geweſen ſein ſoll. Ich muß dies glauben, weil in der Verordn. über die Staatsſchuld alle Domänen und eingezogene geiſtliche Güter, mit Ausnahme von 2½ Millionen für die Höfe, für die Staatsſchuld hypothecirt ſind. Nun wird aber der Römiſche Hof die Bedingung aufſtellen, daß die Biſthümer u. ſ. w. auf Einnahme und Eigenthum der Kirche fundirt werden ſollen u. ſ. w.“

der Regierung anheim geſtellten Summen vorläufig, und bis zum J. 1833 aus den Staatscaſſen gezahlt, dann aber mittelſt beſonderer, für jedes Bisthum vom Könige ſelbſt zu vollziehender Urkunden als Grundrenten auf beſtimmte Domanialwaldungen radicirt, und abgabenfrei, zu vollem Eigenthum und ſelbſtſtändiger Erhebung den biſchöflichen Kirchen, Kapiteln, Seminarien u.ſ.w. überwieſen werden ſollten [15]).

Unter ſolchen Umſtänden, und je entſchiedener zugleich die Regierung bei der früher beſchloſſenen Einziehung aller nicht für Unterricht und Krankenpflege beſtimmten klöſterlichen Inſtitute beharrte, dürfte es kaum befremden, wenn wirklich, wie es bis vor kurzem noch den Anſchein hatte, der ganze, faſt fünfjährige Zeitraum von Niebuhr's Ankunft in Rom bis zum Abſchluſſe der Uebereinkunft in directen Negotiationen verfloſſen wäre. Aber erſt in der Mitte des J. 1820 gingen die lang erſehnten, und oft verſprochenen Inſtructionen ein [16]), deren Ausfertigung wohl weniger der Wunſch, den Gang der Frankfurter Concordatsverhandlungen abzuwarten, als die Ueberzeugung verzögert haben mochte, daß dieſe Verhandlung die allſeitigſte Erwägung aller Verhältniſſe und möglichſt vollſtändige Kenntniß des kirchlichen Zuſtandes der alten wie der neuen Provinzen erheiſche. Unter den anſcheinend ungünſtigſten Umſtänden, mitten unter den durch die Revolution von Neapel hervorgerufenen Bewegungen, begann Niebuhr die Unterhandlung, und ſchon nach einigen Monaten (der glänzendſte Beweis für ſeine, damals oft bezweifelte, Geſchicklichkeit als Diplomat) durfte er ſie, bis auf wenige unbedeutende Punkte, worüber Entſcheidung aus Berlin erfolgen müſſe, als beendigt bezeichnen [17]). Der definitive Abſchluß der getroffenen Uebereinkunft erfolgte am 25. März 1821 während der unerwarteten, nur viertä-

15) Für den Fall, daß im J. 1833 dieſe Radicirung noch nicht geſchehen könne, ſtipulirte übrigens die Curie, daß dann von Staatswegen ſoviel Grundſtücke erkauft und den einzelnen Diöceſen zu Eigenthum überlaſſen werden ſollten, als zur Deckung jener Grundzinſen aus dem jährlichen Ertrage nöthig ſei.

16) Niebuhr's Brief vom 8. Juli 1820 (a. a. O. S. 439.).

17) S. deſſen Brief vom 14. Octbr. 1820 (a. a. O. S. 451.).

gigen Anweſenheit des Staatskanzlers Fürſten **Hardenberg** in Rom, welcher den Ruhm, in wenig Tagen das anſcheinend Jahre lang ohne Erfolg verhandelte Werk vollendet zu haben, wenn auch vielleicht nicht in Anſpruch nahm, doch vor der Welt genoß [18]). Noch mehrere Monate verzögerte ſich jedoch Abfaſſung und Ausfertigung der päbſtlichen Bulle, welche auf Grund jener unterm 9. Juni vom Könige genehmigten Uebereinkunft ergehen ſollte, und vielleicht benutzt werden mochte, um wenigſtens in Form und Ausdruck materiell aufgegebene Anſprüche wieder geltend zu machen, und dem äußern Scheine nach die ſtets feſtgehaltenen Prinzipien der Curie zu retten [19]), ſo daß erſt unterm 16. Juli 1821 zu Rom die Bulle **De salute animarum** erging, welche für die neue Organiſation der katholiſchen Kirche des Landes die Grundlage zu bilden, und in zwei Erzbiſthümern, Cöln und Poſen-Gneſen, und ſechs Biſthümern, Trier, Münſter, Paderborn, Breslau, Ermland und Culm, ein geordnetes Episcopalregiment zurückzuführen beſtimmt war [20]).

---

18) Erſt der Brief Niebuhr's an Nicolovius v. 28. März 1821 (a. a. O. S. 466.) hat den wahren Sachverhalt ins Klare geſetzt, und Niebuhr gegen den, indirect wenigſtens durch lautes Lob des Staatskanzlers ausgeſprochenen Tadel gerechtfertigt. „Hardenberg's Reiſe hieher", ſchreibt er darin, „iſt wirklich ein Glück geweſen; es koſtete mich nichts weiter, als das Opfer, ihm den Schein zu laſſen, daß er die Sache vollendet habe. Und da er eben dadurch an ihre Ausführung und Erfolg gebunden wird, ſo trieb ich den Cardinal Conſalvi, zu ihm auch in meiner Gegenwart ſo zu reden, und es ſelbſt in ſeiner Note auszuſprechen u. ſ. w.".

19) In einem Briefe vom 21. Juni (ebend. S. 474.) klagt Niebuhr, welche Mühe er gehabt habe, „um die Abfaſſung der Bulle auf eine zweckmäßige und zuläſſige Art durchzuſetzen", bis ſie endlich „in allen Ausdrücken feſtgeſtellt" worden ſei.

20) Im officiellen Texte findet ſich, lateiniſch und deutſch, die Bulle in der Geſetz-Samml. v. J. 1821. No. 12. S. 113 flg.; von anderweitigen Abdrücken genüge es hier, auf Münch's Samml. der Concord. Th. 2. S. 250 flg., Walter's Lehrb. des Kirchenrechts 7te Ausg. Anh. S. 57 flg., Droſte-Hülshoff's Grundſ. des gem. Kirchenr. 2te Ausg. Th. 1. Anh. No. VII., und Eichhorn's Grundſ. des Kirchenrechts 2ter Th. Anh. No. II. zu verweiſen, und dabei zu bemerken, daß Inhalts der Bulle ſelbſt allen Abſchriften und Abdrücken, die durch Unterſchrift eines öffentlichen Notars beglaubigt und mit dem Siegel einer in geiſtlicher Würde ſtehenden Perſon verſehen ſind, auch in kirchlicher Beziehung volle Glaubwürdigkeit, gleich dem Originale, zukommt.

Die Kabinets-Ordre vom 23. Auguſt 1821[21]) ertheilte, da die Bulle „nach ihrem weſentlichen Inhalte“ mit der am 25. März „in Betreff der Einrichtung, Ausſtattung und Begrenzung der Erzbisthümer und Bisthümer der katholiſchen Kirche des Staats, und aller darauf Bezug habenden Gegenſtände“ geſchloſſenen Verabredung übereinſtimme, „dem weſentlichen Inhalte dieſer Bulle, nämlich dem, was die auf vorerwähnte Gegenſtände ſich beziehenden ſachlichen Verfügungen betrifft, (die) Königliche Bewilligung und Sanction, kraft deren dieſe Verfügungen als bindendes Statut der katholiſchen Kirche des Staats von allen, die es angeht, zu beobachten ſind“, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß dieſe Sanction, wie „vermöge der Majeſtätsrechte“, ſo auch nur „dieſen Rechten, wie auch allen Unterthanen evangeliſcher Religion, und der evangeliſchen Kirche des Staats unbeſchadet“ ertheilt werde. Die Ausführung der Bulle, zu deren Behufe der päbſtliche Stuhl den Fürſtbiſchof von Ermland, Joſeph von Hohenzollern, zum Executor ernannt, und mit dem Subdelegationsrechte verſehen hatte, ward dem Miniſterio der Geiſtlichen- und Unterrichts-Angelegenheiten anvertraut, und alsbald begonnen. Jedoch fand ſelbſt die Beſetzung der Bisthümer[22]) mancherlei Schwierigkeiten, theils, wie es ſcheint, von Rom aus, theils Seitens der für dieſe kirchliche Würde deſignirten Prälaten, welche vor vollſtändig geordneter Ausſtattung und ſonſtiger Einrichtung der Diöceſen ſich deren Verwaltung nicht unterziehen mochten[23]). Mit dem J. 1825 waren zwar alle Biſchofsſtühle beſetzt, allein da

---

21) In der Geſ.-Samml., wie in den meiſten ſonſtigen Abdrücken iſt dieſe Cab.-Ordre der Bulle vorangeſtellt.

22) In Trier und Cöln war durch die Bulle für die dermalige Vacanz das Wahlrecht ſuſpendirt, dem Breslauer Domkapitel dagegen auch noch vor ſeiner beabſichtigten Umgeſtaltung zugeſtanden worden.

23) Andeutungen darüber finden ſich hie und da in der Allg. Augsb. Zeitung, z. B. Jahrg. 1821. No. 362., Jahrg. 1822. No. 18. 350., Jahrg. 1823. No. 275., Jahrg. 1824. No. 107. 279. 296., laſſen aber nicht mehr als die im Texte ausgeſprochene Vermuthung zu. Am längſten blieb der erzbiſchöfliche Stuhl zu Cöln erledigt, zu deſſen Annahme ſich der gleich anfangs von der Regierung dazu deſignirte Münſter'ſche Domdechant Graf Spiegel erſt zu Ende des J. 1825 bereit erklärte.

die Bulle ſelbſt die neue Einrichtung des Bisthums Paderborn bis zum Tode des Fürſtbiſchofs von Hildesheim ausgeſetzt hatte, ſo vergingen noch mehrere Jahre, ehe die Organiſation der Domkapitel und die neue Diöceſanumſchreibung, welche im Vergleiche zur früheren Diöceſan= und zur neuen Landeseintheilung hier noch dargelegt werden muß, überall zur Ausführung kam [24]), und ſo wenigſtens die äußere Reorganiſation der katholiſchen Kirche des Landes vollendet wurde.

§. 7.

Jetzige Diöceſaneintheilung der Preußiſchen Monarchie.

Die öſtliche Hälfte der Monarchie, mit Ausſchluß jedoch der Provinz Sachſen, welche in Betreff der katholiſchen Kirchenverwaltung der weſtlichen Hälfte zugeſchlagen wurde, behielt, obwohl vorherrſchend evangeliſcher Bevölkerung [1]), alle Biſchofsſitze, welche theils unter Preußiſcher Hoheit verblieben, theils mit den Polniſchen Landestheilen wieder gewonnen waren. Durch die perpetuelle Union des Bisthums Poſen mit der Gneſener Metropole, und durch gänzliche Aufhebung aller Diöceſanrechte der unter Ruſſiſcher Hoheit verbliebenen Polniſchen Bisthümer hat indeß die äußere Organiſation der katholiſchen Kirche auch in dieſem Theile der Monarchie mancherlei Aenderungen erfahren.

---

24) Nur wenige von den Urkunden, durch welche die neue Einrichtung der Preußiſchen Bisthümer und Domkapitel erfolgte, und welche nach der Bulle in authentiſcher Form der Conſiſtorial=Congregation zu Rom eingeſendet werden ſollten, ſind bis jetzt öffentlich bekannt geworden, dieſe wenigen aber eine um ſo wichtigere Quelle. Das decretum institutionis pro capitulo cathedr. ecclesiae Trevirensis vom 28. April 1824 (unterm 19. Mai im Auftrage des Geiſtl. Miniſterii vom landesherrlichen Commiſſarius, dem Geh. Ober=Reg.=Rathe Schmedding mitvollzogen) findet ſich in der Chronik der Diöc. Trier. Jahrg. 1828. S. 273 flg.; die decreta erectionis für die Metropolitan=Kapitel von Gneſen und Poſen vom 25. Januar 1830 f. in Weiss Corp. iur. eccl. cath. p. 105 — 115.

1) Auf die Provinzen Preußen, Poſen, Pommern, Brandenburg und Schleſien kommen von der geſammten Volkszahl, welche ſich nach der Zählung des J. 1817 auf 10,536571, nach der v. 1837 auf 14,098125 belief, resp. 6,340500 und 8,733748 Einwohner, wovon nur 1,850478, und pr. pr. 2,444418, alſo zwiſchen ¼ und ⅓, katholiſcher Confeſſion waren.

Die oberſte Stelle in der Hierarchie nimmt hier das Erzbisthum Gneſen=Poſen ein[2]), deſſen Sitz und deſſen Metropolitanrechte[3]) in der Art nach Poſen verlegt wurden, daß Gneſen ſein eigenes Domkapitel, und beſondere Diöceſanverwaltung behielt. So weit nicht an Rußland gefallen, haben die Sprengel beider Kirchen keine Aenderung erlitten, als daß im Süden die ehemals Breslauer Decanate Oſtrzeszow und Kempen, und im Oſten der zwiſchen der oberen Netze und der Weichſel belegene Theil der Diöceſe Wrazlaweck oder Leslau, d. h. die Decanate Kruswicz, Inowraclaw und Gniezkowo, zur Erzdiöceſe geſchlagen worden ſind, dagegen die in Weſtpreußen gelegenen, ehemals Gneſener Decanate Tucheln, Schlochau und Camin mit Culm vereinigt wurden. Im weſentlichen fallen auch die jetzigen Grenzen der Erzdiöceſe[4]) mit denen der Provinz Poſen zuſammen, und umſchließen theils den früheren Netzdiſtrict, theils die an Preußen zurückgefallenen Theile von Südpreußen. Nur im Weſten gehört Schermeiſel, dem ehemaligen Neumärker Kreiſe Zielenzig zugeſchlagen, zur Provinz Brandenburg[5]), und im Norden das Decanat Deutſch=Crone[6]) zur Provinz Preußen, der auch die ſüdlich von Thorn und im Oſten des Netzdiſtricts zurückerworbenen Süd= und Neuoſtpreußiſchen Parcellen zugefallen ſind, während das Gebiet von Polniſch=Crone und Fordon, früher gleichfalls ein Theil des Netzdiſtricts, in Betreff der Landesverwaltung der Provinz Poſen, und nur in kirchlicher Hinſicht dem Culmer Bisthum zugewieſen iſt.

---

2) S. §. 6. 10. u. 31. (ſo möge, der Kürze halber, die einzelnen Abſätze des officiellen Textes zu citiren erlaubt ſein) der Bulle De salute animarum.

3) Die Primatialrechre über die Kirche Polens erloſchen, gleich allen dortigen Diöceſanrechten; in dem unterm 17. Febr. 1838 erlaſſenen Hirtenbriefe des Erzbiſch. Dunin (Allg. Augsb. Zeit. Beil. No. 88. und Allg. Leipz. No. 90. Beil.) nennt ſich derſelbe aber noch päbſtlicher Legat.

4) Ob und wann die dem päbſtlichen Executor übertragene Vertheilung der Erzdiöceſe zwiſchen beiden biſchöflichen Kirchen geſchehen, iſt mir nicht bekannt.

5) Vgl. Starke's Beiträge Th. 1. S. 371.

6) Zu dieſem Decanate gehört auch noch gegenwärtig die Probſtei Tempelburg in Pommern. S. oben B. I. K. 1. §. 11. S. 97.

Dem Bisthume Culm [7]), jetzt der einzigen Suffragankirche Gneſens, zu deren Sitze die Abtei Pelplin beſtimmt wurde, iſt der alte Culmer Sprengel zwiſchen der Weichſel, Oſſa und Drewenz ganz, auch von den im J. 1577 dazu geſchlagenen ehemals Pomeſaniſchen Diöceſantheilen [8]) das Decanat Leſſer, ſüdlich von dem Marienwerder Kreiſe, verblieben. Der Ueberreſt des Bisthums Pomeſanien mit den nördlich von Marienwerder belegenen Decanaten Fürſtenwerder, Neuteich, Marienburg, Stuhm und Chriſtburg wurden dem Ermländer Sprengel überwieſen; dagegen erhielt Culm, außer dem ehemals zum Bisthume Plock gehörigen Decanate Gurzno, und außer den bereits erwähnten Gneſener Decanaten Tucheln, Schlochau und Camin, den ganzen ehemals Pomerellen-Leslaiſchen Sprengel, ſo weit dieſer nicht an Gneſen gekommen, oder unter Polniſcher Hoheit geblieben war. Mit Ausnahme des Gebiets von Fordon und Poln.-Crone, welches, wie bemerkt, der Provinz Poſen verblieb, und mit Ausnahme der längſt mit Pommern vereinigten Herrſchaften Lauenburg und Bütow, ſchließt die Diöceſe nur ehemals Weſtpreußiſches Gebiet in ſich, ohne jedoch ganz Weſtpreußen zu umfaſſen. Denn wie der ſüdweſtlichſte Theil, nemlich Deutſch-Crone, zum Bisthum Poſen, ſo gehören die nordöſtlichen Gebiete Weſtpreußens, ſo weit überall hier die katholiſche Kirche noch beſteht [9]), zum Sprengel von Ermland [10]), welcher ſo, ſelbſt abgeſehen von den althergebrachten Rechten über die einzelnen katholiſchen Kirchen der alten Oſtpreußiſchen Lande [11]), über drei Regierungsbezirke ſich erſtreckt, indem das eigentliche Ermland bei dem Königsberger Departement verblieben iſt, von jenen ehemals

7) S. §. 13. u. 32. der Bulle.

8) S. oben B. II. Kap. 3. §. 5. Note 16.

9) Ueber den Marienwerder Kreis hat der Culmer Biſchof weder früher Diöceſanrechte gehabt, noch ſind ſie ihm, oder dem Ermländer gegenwärtig übertragen; auch der Elbinger Kreis gehört nicht zu dem letzteren Bisthume, ſondern dieſem ſteht nur über die katholiſchen Pfarren zu Elbing, Tolkemit und Neukirch, ganz im früheren Umfange, ein Recht geiſtlicher Aufſicht zu. Vgl. Hof- und Staats-Handb. v. J. 1824. S. 154. mit dem v. 1804. S. 311.

10) S. §. 7. 15. 34. der Bulle.

11) S. oben B. I. Kap. 2. §. 8.

mals Culm-Pomeſaniſchen Decanaten dagegen die drei erſten zum Danziger, die beiden andern zum Marienwerderſchen Regierungsbezirke gehören.

Das Bisthum Breslau [12]), welchem die Bulle, gleich dem Ermländer, das alte Exemtionsprivilegium beſtätigte, hat nur in den Polniſchen Decanaten Kempen und Oſtrzeszow ſeine Diöceſanrechte verloren, im übrigen ſowohl im Preußiſchen, als Oeſterreichiſchen Schleſien unverändert behalten, wie denn auch umgekehrt theils dem Erzbiſchofe von Prag und ſeinen Suffraganen zu Leitmeritz und Königinngrätz in der Grafſchaft Glatz, theils dem Ollmützer Stifte über die Decanate Leobſchütz, Katſcher und Hulſchin die von alter Zeit geübte geiſtliche Gewalt verblieb [13]). Neu hinzugekommen zu Breslau ſind aber, außer den von der Diöceſe Cracau abgetrennten Decanaten Pleß und Beuthen [14]), ſämmtliche bisher dem Bautzener Dechanten untergebenen katholiſchen Pfarreien der Lauſitz; zugleich wurden dem Bisthume, obwohl nur zu perpetueller Adminiſtration, nicht als wirkliche Beſtandtheile der Diöceſe [15]), die katholiſchen Gemeinden zu Berlin, Potsdam, Spandau, Frankfurt, Stettin

12) S. §. 7. 14. u. 33. der Bulle.

13) Ebend. §. 37.

14) S. oben B. II. Kap. 2. §. 1.

15) Während in Betreff der Lauſitzer Pfarreien u. ſ. w. es in der Bulle heißt: Wratislaviensis ecclesiae .... dioecesim efformabit actuale illius territorium, ... et insuper decanatus Plessensis et Bythomiensis ..., nec non sequentes paraeciae in Lusatia, .. a decano collegiatae ecclesiae S. Petri oppidi Budissinae ... hactenus administratae, quae omnes insimul intra fines Borrussici regni paraeciae ad 621 numerum adscendent etc., braucht ſie in Betreff der Märkiſch-Pommerſchen Pfarren die Wendung: Futuri ac pro tempore existentis Wratisl. Episcopi administrationi perpetuo subiicimus eas, quae a Vic. Apost. Miss. septentr. fuerunt hucusque administratae paraeciae, in civitatibus Berolini etc etc., quaeque inposterum vi subdelegationis Episcopi Wratisl. a praeposito ecclesiae S. Hedw. dictae civitatis Berolinensis erunt administrandae. — Auch in dem angef. Public. der Staatszeitung wird die Ueberweiſung der Lauſitzer Kirchen als Erweiterung des Breslauer Sprengels bezeichnet, von den Märkiſchen dagegen nur bemerkt, daß ſie „unter die Obhut dieſes Hirtenſtabes geſtellt“ ſeien, und von „näherer Verbindung“ des Bisthums mit der Hauptſtadt geſprochen; für die Marken und Pommern wird im Hof- und Staatshandb. der Fürſtbiſchof von Breslau ſogar geradezu als päbſtlicher Vicar bezeichnet.

und Stralſund überwieſen, welche, von dem Vicariate der Nordiſchen Miſſion getrennt, unter der ſpeciellen Leitung des Berliner Probſtes, als Breslauer Subdelegaten [16]), ſtehen ſollten. Im übrigen hat zwar Breslau ſeine urſprüngliche Bedeutung als Schleſiſches Landesbisthum in ſofern behalten, als die neuere Provinzialeintheilung auch die Oberlauſitz zu Schleſien geſchlagen hat; dadurch aber, daß der Schwiebuſer Kreis und die Niederlauſitz mit der Provinz Brandenburg vereinigt worden ſind, und durch jene Maaßregel in Betreff der Gemeinden der Mark und Pommerns iſt das Breslauer Bisthum auch mit den Landesbehörden dieſer beiden Provinzen in amtliche Verbindung getreten.

Viel erheblichere Verſchiedenheiten ergiebt der Vergleich der früheren Sprengelgrenzen und der neuen Diöceſanumſchreibung für die weſtliche Hälfte der Monarchie, welche die Kirchenprovinz des wiederhergeſtellten alten Cölner Erzſtifts bildet.

Bedeutenden Verluſt an ihren althergebrachten Diöceſanrechten, nur zu kleinem Theile durch Zuweiſung von anderen Sprengeln erſetzt, erlitt die Erzdiöceſe Cöln [17]). Im Norden iſt, um nur der größeren Gebiete zu erwähnen, das Herzogthum Cleve auf beiden Ufern des Rheins davon getrennt worden, im Oſten die alte Veſte Recklinghauſen, die ganze Grafſchaft Mark und das ehemalige Herzogthum Weſtfalen, gegen Süden aber auf dem linken Rheinufer das geſammte Gebiet der Eiffel, bis in die Gegend von Manderſcheidt, Uelmen, Virneburg u. ſ. w.. Als Erſatz dafür erhielt aber das Erzſtift nur, theils einzelne Parcellen des ehemaligen Lütticher Sprengels, nemlich die Luxemburgiſchen Gebiete von St. Vith und Reuland, Stadt und Umgegend

16) Nach dem Hof- und Staatshandb. v. J. 1818, wo S. 218 flg. der Berliner Probſt als Breslauer Delegat bezeichnet wird, muß übrigens dieſe nähere Verbindung der Märkiſchen Gemeinden mit Breslau ſchon aus früherer Zeit datiren; ſeit wann, und auf welche Veranlaſſung, iſt mir nicht bekannt.

17) S. §. 5. und 27. der Bulle. — Hier wird der Umfang der Erzdiöceſe nur mit Rückſicht auf die im J. 1801 erfolgte Diöceſanbegrenzung und Cantonaleintheilung des Franzöſiſchen Reichs angegeben, welche für den heutigen Rechtszuſtand, abgeſehen von der auf dem ganzen linken Rheinufer eingeführten Franzöſiſchen Kirchengeſetzgebung, wenig in Betracht kommen.

von Aachen, und das zwiſchen Eupen und Malmedy an Preußen gekommene Stück des alten Herzogthums Limburg, theils mehrere Diſtricte des früheren Bisthums Roermonde, hauptſächlich Jülicher Landestheile in ſich ſchließend, die Gegend nemlich von Geilenkirchen, Gangelt, Waldfeucht, Hainsberg, Erkelenz, Waſſenberg und Dahlen. Nach der jetzigen Eintheilung der Rheinprovinz, über deren Grenze die Erzdiöceſe nirgends hinüberreicht, gehören dazu die beiden Regierungsbezirke von Aachen und Cöln ihrem ganzen Umfange nach, außerdem die ſüdliche Hälfte des Düſſeldorfer Departements[18]), und ein ſchmaler Strich von dem Regierungsbezirke Coblenz, ſo weit dieſer öſtlich des Rheines im Gebiete der Wied ſich erſtreckt[19]). Von alten Reichslanden aber gehören auf dem rechten Rheinufer der Erzdiöceſe an, das Herzogthum Berg, die Gebiete der Abteien Eſſen und Werden, die dieſſeits-rheiniſchen Beſitzungen von Kurcöln mit Ausnahme des Amts Aldenwied, Linz und Neuenburg[20]), die Grafſchaften Sayn, Neuſtadt-Gimborn und Homburg, ſo wie, anderer kleinerer Gebiete nicht zu erwähnen, die Herrſchaft Wildenberg. Auf der Weſtſeite des Rheins bildet den Hauptbeſtandtheil der Erzdiöceſe das Herzogthum Jülich, von welchem nur die ſüdöſtlichſte Spitze mit Sinzig und Remagen unter Trierer, der nördlichſte Theil mit Süchtelen, Brüggen und Dulken unter Münſter'ſcher Diöceſangewalt ſteht, ſodann das ganze Rheiniſche Erzſtift Cöln, mit Ausnahme nur der Aemter Rheinbergen und Kempen, beide zu Münſter geſchlagen, und von Aldenahr und Andernach, jetzt zur Trierer Diöceſe gehörig; zugleich aber umſchließt der jetzige Sprengel die Grafſchaften Blankenheim, Reifferſcheidt, Schleiden und mehrere ehemalige Reichsherrſchaften, das ſ. g. Reich von Aachen, die früher geiſtlichen Gebiete von Cornelismünſter, Burtſcheid und Malmedy

18) Die Kreiſe Grevenbroich nemlich, Gladbach, Crefeld, Düſſeldorf, Sollngen, Elberfeld, Lennep, und der ſüdöſtliche Theil des Kreiſes Duisburg.

19) Außer dem Kreiſe Altenkirchen die nördlichſte Gegend des Kreiſes Neuwied mit den ehemals Cölniſchen Städten Unkel und Erpel.

20) Vgl. Büſching's Erdbeſchr. Th. 6. S. 614.

nebſt einigen Lütticher Ortſchaften, endlich mehrere Luxemburgiſche und Limburgiſche Parcellen[21]).

Das Bisthum Trier[22]), welches nach der heutigen Provincialeintheilung den Regierungsbezirk Trier, und mit Ausnahme der ſchon erwähnten oſtrheiniſchen Parcellen den von Coblenz umfaßt, hat auf dem rechten Rheinufer ſein altes Diöceſangebiet, ſo weit es unter Preußiſcher Hoheit verblieben war, zurückerhalten, welches bis dahin das apoſtoliſche Vicariat zu Ehrenbreitſtein verwaltet hatte, und beſteht hier aus den Cölniſchen Aemtern Aldenwied, Linz und Neuenburg, aus dem Amte Hammerſtein und der Herrſchaft Vallendar nebſt Engers und Ehrenbreitſtein, alles früher weltliches Beſitzthum von Kur-Trier, aus der Grafſchaft Neuwied nebſt einem Theile von Nieder-Iſenburg, und aus der Stadt Wetzlar[23]). Auf dem linken Rheinufer dagegen iſt von dem alten Sprengel verloren gegangen, das Luxemburgiſche weſtlich der Our, Sure und Moſel, und ein Theil der früher Lothringiſchen Diſtricte, die Gegend nemlich von Sierk, Büdingen und Bouzonville, und das zur Rhein-Bairiſchen Diöceſe Speier geſchlagene Gebiet der unteren Blies. Dafür hat aber das Bisthum nördlich der alten Stiftsgrenzen, theils einige im weſtlichen Theile des Kreiſes Prüm belegene Ortſchaften des ehemaligen Sprengels von Lüttich, theils das bereits erwähnte Stück der früheren Erzdiöceſe Cöln gewonnen, und umſchließt ſomit auf dem linken Moſelufer von ehemaligen Reichsländern die Cölner Aemter Aldenahr und Andernach, die ſüdweſtlichſten Thei-

---

21) Zu letzteren gehört Herzogenrath im Kr. Aachen, ein Theil der Kr. Erkelenz und Geilenkirchen, der Kr. Eupen, zu erſteren dagegen ein großer Theil des Kr. Malmedy, namentlich die Gegend von Bullingen, St. Vith, Renland, eben ſo die Umgegend von Kronenburg im Kr. Schleiden.

22) S. §. 11. und 29. der Bulle.

23) Die zum Kr. Wetzlar gehörigen Solmſiſchen Beſitzungen kommen, weil rein evangeliſch, nicht in Betracht. Nach der Bulle ſoll auch öſtlich des Rheins die Diöceſe Trier nicht ſowohl aus den dortigen Preuß. Beſitzungen überhaupt beſtehen, als nur ex cunctis ecclesiis ditionis Borussicae, quae pridem ad ipsam Trevirensem dioecesim spectabant, quaeque ... A. 1801 ... ab illa fuerant administratae, ac in praesens a Vicario Apostol. in oppido Ehrenbreitstein ... administrantur.

le von Jülich, das Fürſtenthum Aremberg, die Grafſchaften Winneburg und Gerolſtein[24]), und die ehemals Trierer Aemter Dhaun, Ulmen, Manderſcheidt und Schönecken. Im Süden endlich der Moſel und des alten Sprengels erſtreckt ſich gegenwärtig die Diöceſe bis an die Glan und Nahe, und umfaßt hier (abgeſehen von den durch die Bulle mitüberwieſenen Homburg-, Coburg- und Oldenburgiſchen Gebieten, der Herrſchaft Meiſenheim und den Fürſtenthümern Lichtenberg und Birkenfeld) innerhalb der Preußiſchen Grenzen das übrige Trierer Stiftsterritorium, die Naſſau'ſchen Beſitzungen an der Saar[25]), und alles was von ehemals Pfälziſchen, Sponheimiſchen und Rheingräflichen Landen unter Preußiſche Hoheit gekommen iſt[26]), welche früher, ſo weit überhaupt hier die Herſtellung der katholiſchen Kirche gelungen war[27]), zum größeren Theile unter Mainzer Diöceſangewalt ſtanden[28]).

Dem Biſchofe von Münſter[29]) ſind nicht bloß innerhalb des ehemaligen Oberſtifts, ſo weit dieſes in unmittelbaren Beſitz oder doch unter die Landeshoheit Preußens gekommen iſt[30]), ſon-

---

24) S. oben Kap. 3. §. 5. Seite 680.

25) Ebend. Seite 681.

26) Von Kurpfalz beſitzt Preußen nur Bacharach mit den unter dem Namen der Thäler dazu gehörigen Dörfern (im jetzigen Kr. S. Goar) und eben ſo von Zweibrücken, außer dem Fürſtenthum Lichtenberg, nur einige Ortſchaften im jetzigen Kr. Saarlouis; dagegen ſind die Fürſtenthümer Simmern und Veldenz faſt ganz an Preußen gefallen. Die hintere Grafſchaft Sponheim iſt bis auf die Aemter Herrſtein und Birkenfeld, die vordere, ſo weit ſie nicht auf dem rechten Ufer der Nahe lag, unter Preußiſche Hoheit gekommen. Ueber die Rheingräflich-Salm'ſchen Beſitzungen, welche jetzt zu Preußen gehören, vgl. v. Zedlitz-Neukirch der Preußiſche Staat Th. 3. S. 469.

27) S. oben Kap. 3. §. 7.

28) Von dem weltlichen Beſitzthum der Mainzer Kirche ſind an Preußen nur einige Ortſchaften beim Einfluſſe der Nahe in den Rhein gekommen.

29) S. §. 12. und 29. der Bulle.

30) Nur von unterhalb Rheine bis gegen Meppen hin iſt das Oberſtift an Hannover gekommen; unmittelbares Beſitzthum der Krone iſt bloß der im J. 1803 bei der Säculariſation an Preußen gefallene Theil, während die weſtliche Hälfte noch dem Rheingräflichen und Salm'ſchen, und dem Looz'ſchen Häuſern als ſtandesherrliche Gebiete gehören.

dern auch in dem größeren Theile des ſ. g. Emslandes oder Unterſtifts, welches durch die neueren Territorialveränderungen an Oldenburg gefallen war[31]), die alten Diöceſanrechte verblieben. Einbuße hat das Stift daran nur in ſo fern erlitten, als der größere Theil der Grafſchaft Bentheim mit mehreren, auch an Hannover gefallenen, Münſterſchen Diſtricten und der untern Grafſchaft Lingen dem Bisthum Osnabrück zugeſchlagen worden iſt. Mehr als genügenden Erſatz gewann indeß Münſter durch die Ueberweiſung der, ehemals Cölniſcher Kirchen- und Landeshoheit unterworfenen, Grafſchaft Recklinghauſen, und des ſpäter mit Düſſeldorf vereinigten Regierungsbezirks Cleve, wodurch, außer dem früheren Herzogthume Cleve, das Fürſtenthum Meurs, die Cölniſchen Aemter Rheinbergen und Kempen, und das Jülicher Amt Brüggen nebſt dem Herzogthume Geldern unter Münſterſche Diöceſangewalt kamen, während dieſe früher in Geldern und der öſtlichen Hälfte des Amts Brüggen dem Bisthume Roermonde, in den übrigen Gebieten den Erzbiſchöfen von Cöln zugeſtanden hatte; auch ward dem Bisthume Münſter noch das Reichsſtift Elten nebſt Emmerich, beide bisher zur Holländiſchen Miſſion gehörig, und die fünf Pfarreien der oberen Grafſchaft Lingen, obſchon dieſe nur zu bleibender vicarieller Adminiſtration überwieſen[32]). Es umfaßt aber nach der jetzigen Provincialein-

31) Im J. 1803 waren, außer Wildeshauſen, die Aemter Cloppenburg und Vechta an Oldenburg gekommen, im J. 1817 durch Vertrag mit Hannover das Diepholziſche Amt Damme und einige Osnabrücker Ortſchaften. Die Pfarrei Damme, bisher Osnabrücker Diöceſe, wurde ſchon durch die Bulle an Münſter überwieſen, eben ſo die früher zur Nordiſchen Miſſion gehörige Kirche in der Stadt Oldenburg, während über die anderen, außerhalb Preußens belegenen Theile der Münſterſchen Diöceſe der Pabſt ſich Dispoſition vorbehielt. Nachdem im J. 1824 dieſe, ſoweit an Hannover gekommen, durch die Bulle Impensa Romanorum zu Osnabrück geſchlagen waren, iſt im J. 1830 für Oldenburg ein beſondres Officialat zu Vechta unter der oberen Direction und Gewalt des Münſterſchen Biſchofs errichtet worden. Vgl. über die desfalſige Uebereinkunft vom 5. Januar 1830 die Großh. Oldenb. Verordn. zur Regulirung der Diöceſan-Angel. vom 5. April 1831, in v. Kamptz Jahrb. Heft 100. S. 440 flg.

32) In Betreff jener heißt es in der Bulle, ähnlich wie für die Lauſitz im Gegenſatz der Marken: adiungimus insuper paraecias nuncupatas Elten et Emmerich cum sua filiali, in Betreff der Lingenſchen Pfar-

theilung der Münſterſche Sprengel die Regierungsbezirke Münſter und die nördliche Hälfte des Düſſeldorfer, und gehört ſo zu zwei Ober-Präſidialbezirken, zur Provinz Weſtfalen und zur Rheinprovinz.

Noch bedeutender iſt die Erweiterung des Paderborner Sprengels[33]), welcher in Folge der Reformation und der Erhebung Corveys zur biſchöflichen Würde in den letzten Jahrhunderten faſt auf das eigene Stiftsgebiet beſchränkt geweſen war. Außer dem Diöceſangebiete des ſupprimirten Bisthums Corvey, welches ſeit der Verſetzung Biſchofs Ferdinand nach Münſter im J. 1817 von dort aus adminiſtrirt wurde[34]), legte die Bulle dem bisherigen Paderborner Sprengel das ganze Herzogthum Weſtfalen zu, früher der weltlichen ſowohl als kirchlichen Gewalt des Erzſtifts Cöln unterworfen, desgleichen die Grafſchaft Mark, ſo weit in dieſer katholiſche Religionsübung und Verfaſſung ſich erhalten hatte[35]), und außerdem noch die bisher Osna-

---

ren dagegen: denique moderno ac pro tempore existenti Episcopo Monast. perpetuo regendas et administrandas committimus quinque paraecias, nuncupatas Brochterbeck, Ibbenbühren, Mettingen, Recke et Halvorde (Vgl. Büſching's Erdbeſchreib. Th. 6. S. 430.). Der Grafſchaft Teklenburg, wo doch jetzt auch in Lengerich eine katholiſche Kirche ſich befindet, geſchieht in der Bulle gar nicht Erwähnung.

33) S. §. 11. und 30. der Bulle.

34) Dieſe Adminiſtration hat nach dem Hof- und Staats-Handb. vom J. 1824 S. 285. noch einige Zeit fortgedauert, obwohl die Bulle nichts darüber ausdrücklich, wie in Betreff der andern an Paderborn überwieſenen Diſtricte, beſtimmt hat; ob bis zum Tode des Biſchofs Ferdinand oder bis zur neuen Beſetzung Paderborns im J. 1827, kann ich nicht angeben.

35) Die Bulle nennt als adjungirt: ex transrhenano antiquae Coloniensis dioecesis territorio decanatus Meschedensem, Attendornensem, Brilonensem, Wormbachiensem, Medebachensem et Wattenscheidensem cum suis parochialibus et filialibus ecclesiis, pariterque commissariatum Haarensem et paraeciam Roemershagen. Die fünf erſten, mit Ausnahme des Wormbacher, welches mit der Bened.-Abtei Grafſchaft bei Fredeburg vereinigt war, nach den gleichnamigen Städten benannt, ſind alt-Weſtfäliſche Decanate, von denen aber das Attendorner bis zum 17. Jahrh. auch über Märkiſches Gebiet ſich erſtreckte (vgl. Binterim die alte Erzdiöceſe Cöln Th. 1. S. 291. 326 u. Th. 2. S. 195 flg.); das Decanat zu Wattenſcheidt im nordweſtlichſten Theile der Grafſchaft Mark, urſprünglich mit der Cölner Domprobſtei verbunden, hat durch die Reformation die meiſten Pfar-

brücker Decanate Rittberg und Wiedenbrück, ſo wie von dem ehemals Mainzer, dann Regensburger Sprengel die beiden Naſſau'ſchen Pfarreien zu Siegen und Obernetphen[36]), die Decanate im Eichsfelde[37]) und die Stadt Erfurt[38]) mit den drei dazu gehörigen katholiſchen Pfarreien des Stadtgebiets. Endlich ſollten der Diöceſangewalt Paderborns nicht bloß außerhalb der Preußiſchen Monarchie die Pfarre Eppen im Waldeck'ſchen, und die katholiſchen Gemeinden des Großherzogthums Weimar untergeben ſein, von denen jene früher zur Cölner Diöceſe, die letzteren theils zu Mainz theils zu Fulda gehört hatten, ſondern es wurden auch die Parochie Minden[39]), und die einzelnen katholi-

reien verloren (ebend. Th. 1. S. 285. u. Th. 2 S. 195 flg.); unter dem Haarer Commiſſarius ſtanden ſeit der Reformation, außer der Stadt Arnsberg und einigen Attendorner Pfarreien, die katholiſch gebliebenen Pfarreien des ehemaligen Dortmunder Decanats und des Archidiaconats von Soeſt (ebend Th 1. S. 297. 304. u. Th. 2. S. 211. 220.). Die Pfarrei Römershagen, auf der ſüdöſtlichen Grenze des Herzogthums Weſtfalen, gehörte früher zum Decanate der Benedictiner Abtei Siegberg im Herzogthum Berg.

36) Nur dieſe beiden Pfarreien, nicht ganz Siegen, und noch weniger die Wittgenſtein'ſchen Beſitzungen, wie es nach der v. Döring'ſchen Karte ſcheint, ſind der Diöceſe Paderborn zugeſchlagen.

37) Außer der civitas Heiligenstadt cum suo decanatu werden die Decanate Beuren, Biſchofrode, Kirchworbis, Külſtädt, Lengefeld, Neuendorf, Nordhauſen, Rüſtenfeld und Wieſenfeld cum suis parochialibus et filialibus ecclesiis genannt. Auffallend iſt die Erwähnung Nordhauſens, weil weder jemals dieſe Stadt zum Eichsfelde gehört hat, noch, ſo viel bekannt, dem dortigen Petersſtifte ſeit der Reformation Decanatsrechte über andere katholiſche Gemeinden zugeſtanden haben, deren überhaupt, außerhalb des Eichsfeldes, in jenen alt-Sächſiſchen Gebieten keine exiſtiren.

38) Nur civitatem Erfurti cum tribus paraeciis suburbanis, nicht das Erfurter Gebiet überhaupt, erwähnt die Bulle.

39) Daß nur die Pfarrei Minden genannt wird, erklärt ſich daraus, daß in dieſem Fürſtenthume die Katholiken, außer dem Beſitze einiger, in neueſter Zeit eingezogener Klöſter und Stifter, nur im Dome, der jetzigen katholiſchen Pfarrkirche, öffentlichen Gottesdienſt gehabt haben, und der früher für den Wedigenſtein geſtattete katholiſche Cultus eigentlich nur Privat-Religionsübung des ſeitdem verſchwundenen Domkapitels geweſen iſt (S. oben B. I. Kap. 3. S. 217.). Auffallender iſt, daß der katholiſchen Kirchen im Ravensbergiſchen, deren doch in Folge des rezeßmäßig geſicherten Gottesdienſtes (ebend. S. 226.) mehrere, wie z. B. in Bielefeld, Hervorden und Vlotho, gegenwärtig dort noch exiſtiren, gar nicht Erwähnung geſchieht. Vielleicht iſt es dadurch veranlaßt, daß, während für Minden dem Domkapitel die

ſchen Gemeinden in den alten Preußiſchen Elbprovinzen von dem Nordiſchen Vicariate getrennt, und der Adminiſtration des Paderborner Biſchofs überwieſen[40]), deſſen Sprengel ſomit, in Weſtfalen die beiden Regierungsbezirke Arnsberg und Minden umfaſſend, über alle drei Regierungs-Departements der Provinz Sachſen ſich ausdehnt. Alle dieſe Aenderungen traten jedoch erſt im J. 1827 mit dem Tode des damaligen Fürſtbiſchofs von Paderborn und Hildesheim, Freiherrn Franz Egon von Fürſtenberg, wirklich ins Leben, indem mit Rückſicht auf deſſen hohes Alter die Bulle beſtimmt hatte, daß ihm nur die kirchliche Verwaltung des alten Paderborner Sprengels obliegen, dagegen für die ehemals Cölniſchen und Osnabrücker, und für die Mainz-Regensburger Diöceſangebiete eine beſondere apoſtoliſche Vicariatsverwaltung[41]) ſtatt finden ſollte, welche bis zu der in jenem Jahre eingetretenen Vacanz des Paderborner Bisthums durch den dortigen Weihbiſchof geführt worden iſt.

---

geiſtliche Oberaufſicht übertragen war, in Ravensberg es damit, wie „bishero von Alters üblich“ gehalten werden ſollte (ſ. oben S. 239.), und daß in Folge deſſen Paderborn die dortigen Kirchen immer noch als zu ſeiner Diöceſe gehörig betrachtet hatte.

40) Genannt werden Adersleben, Althaldensleben, Ammensleben, Aſchersleben, Hadmersleben, die Halberſtädter Kirchen Sct. Andreas und Sct. Catharinen, Hammersleben, Hedersleben, Huysburg, Magdeburg, Marienbeck, Marienſtuhl, Meyendorf, Stendal, Halle und Burg, alles ehemalige Klöſter, bis auf die drei letzten und Magdeburg, wo die Umwandlung des Kloſters S. Agnes in der Neuſtadt in eine Pfarrkirche nicht nöthig ſchien, da die Katholiken in der Stadt öffentlichen Gottesdienſt hatten (Vgl. oben B. 1. Kap. 1. S. 100—103.). Alle dieſe Pfarreien überweiſet die Bulle nur als a futuris Episcopis perpetuo administrandas, und obwohl ſie in unmittelbarer Verbindung mit den übrigen, der Diöceſe förmlich einverleibten, Ortſchaften und Diſtricten genannt werden, darf man, nach Analogie Teklenburgs, Brandenburgs und Pommerns, auch hier nur eine Vicariats-Verwaltung annehmen, wie denn auch in dem Reſcr. vom 25. Jan. 1827 (Fürſtenthal a. a. O. Th. 1. S. 195.), welches das Aufhören des apoſtoliſchen Vicariats erklärte, von dieſen Kirchen bloß bemerkt wird, daß ſie quoad spiritualia unter die Aufſicht des Bisthums Paderborn träten, wogegen Weſtfalen, Eichsfeld u. ſ. w. als Theile des Bisthums bezeichnet werden.

41) Auch in Magdeburg dauerte aus dieſem Grunde das Huyſeburger Commiſſariat anfangs noch fort. S. Hof- und Staats-Handb. vom J. 1824 S. 254.

§. 8.

Heutige Stellung der katholiſchen Kirche Preußens.

Vergleichen wir nun mit den früheren Zuſtänden das Verhältniß, welches die bisher erörterte Reorganiſation des katholiſchen Kirchenweſens für Staat und Kirche begründet hat, ſo iſt allerdings die provincielle Verſchiedenheit, welche in früherer Zeit als deſſen eigenthümliche Baſis hervortritt, keineswegs ganz verſchwunden. Denn wie der Umfang der Religionsübung, zwar nicht von dem bisherigen Beſitzſtande ſchlechthin bedingt, aber doch je nach dieſem verſchieden iſt, nur daß den Katholiken, wo ſie auf Privatexercitium beſchränkt waren, ein öffentlicher Gottesdienſt zu Theil geworden iſt, und die Kloſterkapellen und Oratorien in Kirchen verwandelt ſind, mit Bewilligung der Regierung auch überall die Gründung neuer katholiſcher Pfarrſyſteme erfolgen kann; ſo hat auch darin eine Verſchiedenheit ſich erhalten, daß die katholiſchen Gemeinden derjenigen Provinzen, in welchen ſeit Jahrhunderten das Epiſcopalregiment verſchwunden war, nur der Leitung und Verwaltung benachbarter Biſthümer für immer zugewieſen, nicht aber deren Sprengel geradezu über jene Landestheile erweitert ſind. Allein dieſe Verbindung iſt theils eine dauernde, theils von Staatswegen jetzt officiell anerkannt, während früher der Zuſammenhang jener Miſſionsgemeinden mit dem Nordiſchen Vicariate, und ſelbſt die Communication vieler Pfarrgemeinden mit den Biſchöfen, zu deren Sprengeln ſie kirchlich gehörten, wie namentlich in der Grafſchaft Mark, dem Herzogthum Cleve und andern Weſtfäliſchen Gebieten, mehr nur Seitens der Regierung geduldet und in der Stille nachgeſehen wurde, jedes öffentlichen und amtlichen Charakters entbehrte. Je mehr in Folge hiervon für alles, was geiſtliche Leitung und äußere Autorität in rein kirchlichen Angelegenheiten betrifft, jene vicarielle Verwaltung den im eigentlichen Epiſcopate liegenden Kirchenregierungsrechten gleichſteht[1], ſind ſomit jene Gemeinden nicht mehr bloß ihrem Glau-

1) Es genügt in dieſer Beziehung auf die Lauſitz zu verweiſen, wo bei völliger Gleichheit beider Confeſſionen ſchon unter Oeſterreichiſcher Regierung das Vicariat des Bautzener Dechanten als vollkommener Er-

den und Cultus nach als der Geſammtheit der katholiſchen Kirche angehörig zu betrachten, ſondern auch, was den äußern Verfaſſungsverband betrifft, als Glieder derſelben anerkannt, und zu integrirenden Beſtandtheilen derjenigen biſchöflichen Sprengel geworden, welchen ſie in der Bulle, nur mit formell verſchiedner Bezeichnung, auf Grund officieller Uebereinkunft der Staatsgewalt und des Oberhaupts der Kirche überwieſen ſind. Und nicht minder beſtimmt hat die Regierung, indem ſie für den ganzen Umfang der Monarchie und in Betreff aller Diöceſen dem Römiſchen Stuhle eine Reihe der wichtigſten Prärogativen, welche er nach gemeiner Deutſchen Kirchenverfaſſung zu üben berechtigt iſt, in officieller Verhandlung zugeſtand, und der Communication mit demſelben durch die Nothwendigkeit ſtaatlicher Vermittelung einen officiellen Charakter gab, es ausgeſprochen, ja allein ſchon durch jene Verhandlung zum Behuf einer Reorganiſation des katholiſchen Kirchenthums es erklärt, daß fortan die Verbindung der katholiſchen Gemeinden und Unterthanen des Landes mit dem Mittelpunkte und Oberhaupte der geſammten Kirche, nicht etwa bloß als Privatangelegenheit und zur Beruhigung der Gewiſſen geſtattet, ſondern als officiell vom Staate anerkannt gelten ſolle, daß auch nach dieſer Seite hin, obſchon nicht ohne geſetzliche Regelung und nicht anders, als unbeſchadet den Rechten des Staats und der evangeliſchen Kirche, die Verfaſſung der katholiſchen Kirche Geltung im Staate habe, und einen Beſtandtheil bilde der inneren Landeseinrichtung wie des äußern Staatenverkehrs. Beides aber, öffentliche Religionsübung und Genuß der Pfarrgerechtſame auf der einen Seite, auf der andern officielles Anerkenntniß der eigenthümlichen Kirchenverfaſſung einer Confeſſion, und der amtlichen Gewalt der hierin begründeten kirchlichen Autoritäten, gilt ſchon ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden theils als weſentlich mit einander verbunden, theils als Bedingung und Merkmal einer von Staatswegen recipirten, nicht bloß geduldeten Kirchengemeinſchaft.

Durch jene Reorganiſation der kirchlichen Verfaſſung und

ſatz für eine wirkliche Episcopalverfaſſung galt, und auf das Königreich Sachſen, welches in neueſter Zeit auch für die Erblande nur ein katholiſches Vicariat hat beſtellen laſſen.

Verwaltung hat daher die Regierung Preußens von neuem bekundet, und vollſtändigſt bewährt, was ſie ſeit dem Erwerbe Schleſiens und andrer katholiſcher Provinzen, und gleichzeitig mit der neuen Landesgeſetzgebung in officiellen Urkunden wiederholt ausgeſprochen hatte, daß, gleich den beiden evangeliſchen Confeſſionen, das katholiſche Bekenntniß zu den im Lande öffentlich recipirten Religionen gehöre [2]). Ausdrücklich aber auch bezeichnet die Cabinets-Ordre, in welcher der König der päbſtlichen Bulle ſeine Sanction ertheilte, die Geſammtheit aller katholiſchen Gemeinden im Lande als „katholiſche Kirche des Staats“, ihre Einheit mit der Geſammtheit des katholiſchen Bekenntniſſes, und ihre innere Einheit dem Staate gegenüber nicht minder beſtimmt damit ausſprechend, als ihre Gleichheit mit „der evangeliſchen Kirche des Staats“, deren Rechten nur die ſtatutariſche Rechtskraft der Bulle keinen Eintrag thun könne und ſolle. Wie in dieſem officiellen Ausſpruche, tritt zugleich jene Einheit und dieſe Gleichheit in der äußeren Kirchenverfaſſung des Landes klar und beſtimmt hervor. Mit Ausnahme Schleſiens, wo „bei den freundſchaftlichen Verhältniſſen beider Höfe und Völker“ keine Anforderung vorhanden ſchien, die althergebrachte gegenſeitige Diöceſanverbindung aufzulöſen, hat jene Uebereinkunft jegliche Abhängigkeit dieſſeitiger Gemeinden von auswärtigen Kirchenobern aufgehoben [3]); eben ſo hat ſie, abgeſehen von dem auf Uebereinkunft beruhenden Anſchluſſe einiger Nachbarſtaaten an die Diöceſanverbindung der weſtlichen Monarchie, die kirchliche Autorität der Landesbiſchöfe, und ſelbſt die Pfarreintheilung auf die Grenzen des Landes eingeſchloſſen [4]). In ähnlicher Weiſe, wie die evangeliſche

2) Mit dem, was oben B. II. Kap. 4. §. 2. hierüber bemerkt iſt, kann noch verglichen werden das auf Veranlaſſung der Unruhen in Südpreußen unterm 24. Sept. 1794 ergangene Patent (bei Leman a. a. O. Th. 2. S. 339 flg.), worin der König erklärt, „Jedermann die freie Ausübung der in Unſern Staaten recipirten Religionen, mithin auch der katholiſchen, vollkommen zu geſtatten“, und der Bericht der Weſtpr. Regierung vom 14. März 1800 (ebend. S. 427.), wo es heißt, daß „die evangeliſche und katholiſche Religion als gleich herrſchend anerkannt, nicht geduldet“ wären.

3) S. das Public. der Staatszeitung vom 11. Auguſt 1821.

4) Für die öſtliche Hälfte der Monarchie war dies bereits durch die im

Landeskirche je nach den Provinzen ihre verfaſſungsmäßige Gliederung erhalten hat, fallen die geiſtlichen Gebiete der katholiſchen Kirchenobern mit der für die höhere Provincialverwaltung beſtimmten Eintheilung des Landes im Weſentlichen zuſammen; nur hat theils der Wunſch, den Umfang der einzelnen Bisthümer möglichſt auszugleichen, und ohne dringende Noth weder die althergebrachte Diöceſanverbindung, noch den früheren provinciellen Zuſammenhang der einzelnen Landſchaften aufzulöſen, andrerſeits jene bleibende Vereinigung der zerſtreuten Gemeinden mit Bisthümern anderer Provinzen, hier kein ſo genaues Zuſammentreffen der kirchlichen und politiſchen Landeseintheilung zugelaſſen, als für die Sprengel der evangeliſchen Conſiſtorien, wie mancherlei Störungen und Weiterungen auch für die kirchliche Verwaltung damit verknüpft ſein müſſen, daß die einzelnen Theile derſelben Diöceſe nicht bloß verſchiedenen Regierungsbezirken angehören, ſondern auch je für dieſe Theile die verfaſſungsmäßige Ein- und Mitwirkung verſchiedener Ober-Präſidien eintritt. Mag endlich immerhin der Ueberweiſung der landesherrlichen Kirchenhoheitsrechte über die katholiſche Kirche an die zur unmittelbaren Verwaltung der evangeliſchen Angelegenheiten beſtimmten Behörden nicht unbedingter Beifall gezollt werden können, ſo giebt doch auch hierin ſich kund, daß bei aller Verſchiedenartigkeit der Gerechtſame, welche nach Lehre und Verfaſſung der einen und der andern Confeſſion in kirchlichen Dingen ein Attribut der Landeshoheit bilden, doch die Stellung beider Kirchen zum Staate gleicher Art ſein ſolle, und daß die Staatsgewalt, wenn ſie auch für ſich dieſelben Rechte über jede weder in Anſpruch nehmen könne noch wolle, beiden doch im Staate, je nach Maaßgabe ihrer Lehre und Verfaſſung, Gleichheit der Rechte und dieſelben Anſprüche auf ungeſtörte Exiſtenz, auf unverkümmerten Genuß freien Bekenntniſſes und freier Uebung ihrer Religion, endlich auch, wenn nur ohne Verletzung und Beeinträchtigung aller den andern Confeſſionen und dem Staate

---

J. 1817 vollendete neue Circumſcription Polens geſchehen; in Betreff der Rheiniſch-Weſtfäliſchen Bisthümer ſetzt die Bulle ſelbſt (vgl. §. 27. 29. u. 38.) die Auflöſung des bisherigen Diöceſan-Pfarrverbandes je nach den Grenzen feſt.

ſelbſt gebührenden Rechte, auf ungehemmte Entwickelung der ihren Oberen und Dienern durch geiſtlichen Beruf und kirchliches Amt angewieſenen Thätigkeit gewähren werde.

Den Ruhm der Toleranz, welche die Gewiſſensfreiheit zu ſchützen, und Niemandem ſelbſt zu weigern, für gleich unzweifelhafte Pflicht der Staatsgewalt erachtet, wird Keiner Preußens Herrſchern ſchmälern dürfen; wie ſie früh ſchon den Katholiken eine Religionsübung gewährt haben, auf welche das Entſcheidungsziel des J. 1624 nicht entfernt einen Anſpruch gab, iſt jetzt keine der alten evangeliſchen Provinzen, in welcher nicht in förmlich organiſirten Pfarrgemeinden öffentlicher Cultus der katholiſchen Religion geſtattet, und dadurch zugleich für die zerſtreuten Mitglieder dieſes Bekenntniſſes [5]), ſo lange deren zu geringe Zahl und Mittel noch der Gründung neuer Pfarrſyſteme [6]) Hinderniſſe entgegenſtellen, ein Mittelpunkt gewonnen wäre. Bürgerliche und politiſche Rechtsfähigkeit der Katholiken und Gleichſtellung beider Confeſſionen war längſt Grundprinzip der Preußiſchen Verfaſſung [7]), ſo daß

5) Nach Hoffmann's Bevölkerung des Pr. Staats. Berlin 1839. S. 66. hat ſich bei der Zählung des J. 1837 von allen 336 Kreiſen kein einziger gefunden, wo nicht Katholiken und Evangeliſche neben einander lebten; das Maximum der Differenz zu Gunſten der Evangeliſchen hat ſich im Kr. Eckartsberge (35 Kath. auf 35017 Evang.), zu Gunſten der Katholiken im Kr. Daun (30 Evang. auf 22881 Kathol.) gefunden.

6) Ueber die Zahl der katholiſchen Pfarrkirchen giebt Hoffmann a. a. O. S. 77. nur die allgemeine Notiz, daß in der geſammten Monarchie 3897 katholiſche Mutter- und 1328 Tochterkirchen, und 1963 Kirchen ohne Pfarrrechte (excl. der offnen Kapellen) ſich vorfänden, die Zahl der evangeliſchen resp. 5118, 3032 u. 800 betrage; über deren Vertheilung je nach den Provinzen und Kreiſen oder Diöceſen iſt nichts bemerkt.

7) Cabin.-Ord. vom 26. Dezbr. 1808 bei Jacobſon a. a. O. Th. 1. No. 95.: „Ich vernehme ungern, daß in einigen meiner Provinzen der Confeſſions-Unterſchied noch einige Verſchiedenheiten im bürgerlichen Leben zum Nachtheil meiner katholiſchen Unterthanen begründet. Dieſe widerſtreiten den allgemeinen Grundſätzen meiner Regierung. Je mehr Mir eine echte Religioſität über alles heilig iſt, und je mehr Ich dieſelbe in jedem Staatsbürger und Staatsdiener ehre und geehrt wiſſen will, deſto weniger kann Ich es dulden, daß die Verſchiedenheit des Glaubens bei Meinen proteſtantiſchen und katholiſchen Unterthanen irgend berückſichtigt werde. Ich will ſolche, wie auch die Städteord-

es weder für die Deutſchen Provinzen jener Zuſicherung in der Bundesacte, noch für das Großherzogthum Poſen der ausdrücklichen Zuſage bedurfte, welche der König ſeinen früheren Unterthanen bei deren Rückkehr unter ſeinen Scepter ertheilte[8]). Die gleichmäßige Durchführung der Conſiſtorial-Verfaſſung für alle Landestheile, wo unter der früheren Landesherrſchaft die Evangeliſchen öffentlicher Religionsübung oder verfaſſungsmäßiger Organiſation noch entbehrt hatten, die Herſtellung des Episcopats, und die Erweiterung der biſchöflichen Autorität über die katholiſchen Gemeinden der evangeliſchen Provinzen hat den Gegenſatz beider Confeſſionen verſchwinden laſſen, wie er geſchichtlich im Kampfe zweier Jahrhunderte ſich entwickelt, in den äußeren Verfaſſungseinrichtungen beider Kirchen ſich feſtgeſtellt hatte. Nur in dem Pfarrzwange, welcher hier zu Gunſten der einen dort der andern Kirche als provincielles Herkommen oder Geſetz fortbeſtand, hatte ſich ein ſchwacher Ueberreſt jener kirchlichen Ungleichheit bis auf die neueſte Zeit erhalten; mit deſſen Aufhebung, im Prinzipe ſchon durch das Landrecht ausgeſprochen, in der neueren Geſetzgebung beſtätigt und durch eine Reihe particulärer Verordnungen vollſtändig durchgeführt[9]), verſchwand die letzte Spur jener früheren Einrichtungen, welchen die eine oder andere Confeſſion bald als herrſchende und ausſchließlich recipirte, bald als bevorrechtet vor der andern galt, und durch die That war damit das Grundprinzip der Preußiſchen Verfaſſung bewährt, daß fortan, in gegenſeitiger Unabhängigkeit und Selbſtſtändigkeit, nur nach Maaßgabe

nung beſtimmt, ebenfalls in jeder andern Beziehung vertilgt wiſſen u. ſ. w."

8) Zuruf an die Einw. des Großherz. Poſen vom 15. Mai 1815 (Geſetz-Samml. von 1815 S. 47.).

9) Auf Grund einer von Jacobſon a. a. O. No. 96. mitgetheilten Cabin.-Ordre vom 24. Mai 1809, welche den Pfarrzwang der katholiſchen Gemeinde zu Stettin aufhob, unter der Beſtimmung, daß „auch ähnliche Fälle nach dieſem Grundſatze behandelt werden", iſt je für die einzelnen Landestheile, neu erworbene und alte, wo ein ſolcher Pfarrzwang noch beſtand, durch Miniſt.-Verfüg. und Regier.-Verordn. deſſen Wegfall ausgeſprochen, und das gegenſeitige Verhältniß beider Confeſſionen näher feſtgeſtellt worden. Nur für die Ober- und Niederlauſitz ſind desfalls unterm 31. Auguſt und 15. Sept. 1826 beſondre Cabin.-Ord. ergangen.

ihrer Lehre und Verfaſſung untergeordnet der gemeinſamen Oberhoheit des Landesherrn, in gleicher Berechtigung, aber auch mit gleicher gegenſeitiger Anerkennung, beide Kirchen neben einander im Staate fortbeſtehen, und in gleichem Maaße rechtlichen Schutzes und landesfürſtlicher Fürſorge ſich erfreuen ſollten.

Der Verfechtung des Proteſtantismus verdankt Preußen allerdings, das lehrt die Geſchichte in weithin leuchtenden Zügen, Macht, Anſehn und Einfluß, deren es, weit über den Bereich ſeiner äußern Kräfte, im Deutſchen Vaterlande und im Rathe der Europäiſchen Mächte, ſeit faſt zwei Jahrhunderten, und mehr denn zuvor in unſern Tagen ſich erfreut; der Reformation und den in ihr wirkſamen Prinzipien, welche die evangeliſche Kirche ins Leben riefen, dankt es die hohe Stufe geiſtiger Entwickelung, auf welcher es glänzt, von Allen geachtet, von Vielen bewundert und beneidet. Die Unabhängigkeit der Monarchie gegen gewaltſamen Angriff und Anmaßung jeder Art zu ſchützen, darf Preußen kein Opfer zu groß achten, ſelbſt die Gefahr des eignen Daſeins nicht ſcheuen; und die freieſte Entwickelung aller geiſtigen Kräfte wird ſtets als das Ziel gelten müſſen, welchem, unbekümmert um jegliche Einſprache oder warnende Beſorgniß, Fürſt und Volk für und für nachzuſtreben hat. Auf dem Gebiete der Politik und der Wiſſenſchaft darf nicht bloß, ſondern muß Preußen ſich als evangeliſcher Staat betrachten und geltend machen. Aber in kirchlich-confeſſioneller Beziehung iſt der Monarchie, ſeit ſie ein gemiſchtes Territorium geworden, in dem katholiſchen Bekenntniſſe ganzer Provinzen und in der Anerkennung der katholiſchen Kirchenverfaſſung ein ihr urſprünglich fremdes Element in ſich aufgenommen hat, die noch größere und würdigere, weil ſchwierigere, Aufgabe geſtellt, einen wahrhaft paritätiſchen Staat zu bilden. Mitten im Kampfe aller auf dem Gebiete des geiſtigen Lebens ſich beſtreitenden Anſichten und Tendenzen, in allſeitiger Gewährung völliger Parität der chriſtlichen Bekenntniſſe als Vorbild der Nacheiferung zu glänzen, wird fortan Preußens ſchönſter Ruhm ſein.

Fünf-

Fünftes Kapitel.

Quellen des katholiſchen Kirchenrechts Preußens.

§. 1.

Gemeines canoniſches Recht.

Unter den Rechtsquellen der katholiſchen Kirche, deren Zuſammenſtellung mit den Landesgeſetzen, und die nähere Betrachtung ihrer jetzigen Gültigkeit in Preußen den Uebergang bilden möge zu der Darſtellung der heutigen Verfaſſung der katholiſchen Kirche des Landes, nimmt die oberſte Stelle

I. das gemeine canoniſche Recht ein, wie es auf der H. Schrift, der Tradition, dem Corpus iuris canonici, den ſeitdem recipirten allgemeinen Verordnungen der Päbſte, und den Beſchlüſſen der neueren öcumeniſchen Synoden, namentlich des Tridentiniſchen Concils beruht.

Die formelle Gültigkeit und Geſetzeskraft deſſelben unterliegt in den katholiſchen Provinzen Preußens für die Zeit vor deren Vereinigung mit der Monarchie keinem Zweifel, und bedarf kaum weiteren Beweiſes [1]). Nur dies verdient hervorgehoben zu werden, daß die päbſtlichen Conſtitutionen ſchon früher meiſt ausdrücklicher Placetirung unterlagen [2]), und auch von den Deutſchen Prälaten keineswegs als unbedingt verbindend erachtet wurden, vielmehr beſonderer Publication bedurften, die ihrer Form und Bedeutung nach eine wahre Reception und Confirmation in ſich ſchloß [3]);

1) Für die Preuß.-Poln. Landestheile insbeſondere hat einen ſolchen Beweis der Reception des Corp. iur. canon. näher erbracht Jacobſon a. a. O. Th. 1. S. 8 flg.

2) S. oben B. I. Kap. 3. §. 5. u. 8., B. II. Kap. 2. §. 10. u. K. 3. §. 8.

3) Meiſt wird in den Particularſynoden allerdings nur Bezug genommen auf die päbſtlichen Conſtitutionen, und dadurch bloß implicite deren Gültigkeit anerkannt, wie z. B. im Conc. Olomuc. A. 1342 auf c. 1. Extr. comm. de censib., im Conc. Colon. A. 1338 u. 1375. auf c. 2.

andrerſeits ſei bemerkt, daß das Tridentiner Concil in allen der katholiſchen Kirche verbliebenen Bisthümern, zu deren ehemaligen Sprengeln die jetzt noch katholiſchen Gebiete der Monarchie gehören, am früheſten aber in Cöln und Ermland angenommen worden iſt [4]). Der Uebergang jener Provinzen an Preußen, ſo weit vor

---

Extr. Ioh. XXII. de elect., im Conc. Wratisl. A. 1580 auf ein Breve Gregor's XIII., im Conc. Colon. A. 1651. P. 3. u. 4. auf ein Breve Clemens VIII. v. J. 1596 und auf ein decr. Congreg. Conc. Trid. v. J. 1641, im Syn. Monast. A. 1655 und Culm. A. 1745. c. 24. auf Conſtit. Gregor's XV. Indeß fehlt es auch nicht an Beiſpielen förmlicher Publication und Beſtätigung, wie z. B. ſchon im Conc. Colon. A. 1360 die der Bulle Etsi de cunctorum von Innocenz VI. erfolgte, das Conc. Colon. A. 1662. P. III. tit. 8. c. 1. die Bulle Cum ad regularem von Clemens VIII. beſtätigte, und im J. 1515 der Cölner Official durch ein beſonderes Mandat des Biſchofs zur Publication der Bulle In Coena domini autoriſirt wurde, eben ſo das Conc. Culm. A. 1641 eine Declar. der Congr. pro negot. episcop. et regul. beſtätigte. Daß dies aber nicht bloße Form geweſen, zeigt das Conc. Monast. A. 1655. tit. 6., welches bei Beſtätigung einer das Aſylrecht betreffenden Bulle Gregor's XIV. Modificationen eintreten zu laſſen kein Bedenken trug.

4) In Cöln wurde ſchon auf der Syn. dioec. A. 1551 (Schannat T. VI. p. 781.) die Befolgung mehrerer, bis dahin ergangener Beſchlüſſe anbefohlen; ob nach Beendigung des Concils nochmals eine förmliche Publication geſchehen, iſt mir nicht bekannt, indeß nach den Vorgängen in den benachbarten Diöceſen um ſo weniger zu bezweifeln, als Erzb. Gebhard den Trident. Beſchlüſſen gemäß gleich nach ſeiner Wahl im April 1578 in die Hände des Erzb. Jacob von Trier das Glaubensbekenntniß ablegte, und mehrfach in ſpäteren Synoden auf das Concil Bezug genommen wird. In Trier erfolgte, der von dem Domkapitel angeregten Bedenken ungeachtet, die Publication im J. 1569 (Hontheim T. III. p. 93. Not. a.), im Jahre darauf durch Graf Johann von Hoya, Biſchof von Osnabrück, Paderborn und Münſter (ſ. oben Kap. 3. §. 6.), und iſt in dem letzteren Bisthume die Anerkennung aller decreta fidei et reformationis auf der Synode v. J. 1652 (Schannat T. IX. p. 786.) erneut worden. Wann in der Erzdiöc. Mainz die Publication geſchehen, kann ich nicht angeben; doch beruht die Eheordn. v. J. 1582 (bei Scheppler a. a. O. S. 86 flg.) auf den Beſtimmungen des Concils. In Breslau publicirte es Biſchof Martin auf einer Synode vom J. 1580 (Schannat T. VII. p. 886.), in der Prager Diöceſe Erzbiſchof Anton ſchon im J. 1565 (ſ. Syn. archid. A. 1605 tit. 35., ibid. T. VIII. p. 670.), wogegen im Ollmützer Sprengel es erſt auf der Synode v. J. 1591 dazu kam (ibid. p. 320.). Für die Polniſchen Bisthümer erfolgte die Publication auf der Petrikauer Prov.-Synode v. J. 1577 (ſ. Jacobſon a. a. O. S. 22.), doch waren in der Leslauer Diöceſe ſchon neun Jahre zuvor einzelne Decrete, z. B. über die Ehe, publicirt (Syn. Wladisl. A. 1568 P. II. tit. 5. u. P. III. tit. 8.), und in Culm nahm Biſchof Petrus Coſtka, vielleicht weil er ſich nicht zur Gneſener Provinz

Emanation des Landrechts eingetreten, hat zu mancherlei Modificationen der kirchlichen Verfaſſung geführt; keineswegs aber iſt dadurch dem canoniſchen Rechte im Ganzen derogirt worden. Wie im Herzogthume Cleve und in der Grafſchaft Mark durch die Religionsrezeſſe für alles, was den Gottesdienſt betrifft, für die geiſtliche Aufſicht und Strafgewalt und für katholiſche Eheſachen, in Betreff der Kirchenämter und der Verwaltung des Kirchenguts, die fortdauernde Gültigkeit des canoniſchen Rechts anerkannt wurde, wie überhaupt hier „die hergebrachten Ceremonien, Statuten und Ordnungen“ der katholiſchen Religionspartheí Beſtätigung erhielten [5]), ſo liegt auch für Schleſien in der wiederholten Erklärung, daß die Katholiken, in iudicando und ſonſt, bei ihren Religionsprinzipien geſchützt und darnach beurtheilt werden ſollten, vor allem in der geſetzlichen Beſtätigung des kirchlichen Status quo vom J. 1740 das entſchiedenſte Anerkenntniß fortdauernder Gültigkeit des canoniſchen Rechts vor [6]). Eben ſo beſtimmt iſt daſſelbe für Weſtpreußen und den Netzdiſtrict, nicht minder für das Ermland beſtätigt worden, wenn ſchon

---

rechnete, auf der Synode vom J. 1583 (Schannat T. VII. p. 971.) noch eine beſondere Publication des Concils vor. Was endlich Ermland betrifft, ſo publicirte Card. Hoſius gleich nach ſeiner Rückkehr von Trident auf einer Synode im J. 1565 die dort gefaßten Beſchlüſſe (ſ. Buchholz über Erml. Synodalconſtit. in Bobrik's Jacobſon's Ztſchr. für Theor. u. Prax. d. Pr. Rechts. S. 178.).

5) S. oben B. I. Kap. 3. §. 11. S. 231. u. 237 flg. — Vgl. auch Relig.-Rezeß v. 1666. Art. IV. §. 8. u. Art. VIII. §. 14., wonach Aufſicht und Viſitation „den geiſtlichen Rechten, auch eines Jeden Regel und Ordnung zufolge“ geübt werden ſoll, und der Obrigkeit jeder Religionspartheí die Dispoſition über das Kirchengut „nach Beſtimmung des canoniſchen Rechts und der Kirchenordnungen“ vorbehalten wird.

6) S. oben B. II. Kap. 2. §. 12. S. 355—56, 376—78. — Daß unter den „principiis ſeiner Religion“ das canoniſche Recht gemeint ſei, unterliegt um ſo weniger Zweifeln, als im Edict v. 22. Apr. 1747. §. 4. in Betreff der wider Willen der Eltern geſchloſſenen Ehen erklärt wird, daß für die Katholiken „ſelbige nach den principiis ihrer Kirche und der Tridentiniſchen Verſammlung quoad vinculum beſtehen mögen“. Uebrigens fehlt es auch nicht an directer Beſtätigung des canoniſchen Rechts, wie z. B. das kathol. Schulregl. für Schleſien v. 11. Decbr. 1774. Tit. 3. §. 66. beſondere Vorſchriften über den Vortrag des canoniſchen Rechts giebt, und nach der Inſtr. für die Prieſter des Schulen-Inſtituts v. 26. Aug. 1776 der Biſchof den zu theologiſchen Lehrſtellen deſignirten Candidaten die Confirmation ex iure canonico ſoll verweigern können.

auch hier nur unter Vorbehalt der Souveränitätsrechte [7]). In ähnlicher Weiſe hat man im Fürſtenthume **Minden**, wo dem Domkapitel die geiſtliche Gerichtbarkeit und Verwaltung zugeſtanden worden war, für alle unter den Katholiken obwaltenden „geiſtlichen Controverſien“ ausdrücklich „die geiſtlichen Rechte“ als fortdauernd gültig anerkannt [8]), und ein gleiches Anerkenntniß involvirte offenbar, ſowohl die unbedingte Beſtätigung des katholiſchen Status quo in den Pommerſchen Herrſchaften **Lauenburg** und **Bütow**, als die für **Geldern** ſtipulirte Garantie des dermaligen Rechtszuſtandes [9]). Nicht entfernt kann daher ein Zweifel obwalten, daß, wo nur die katholiſche Kirchenverfaſſung, vollſtändig oder unter gewiſſen Modificationen, ſich erhalten hatte, in Uebereinſtimmung mit dem in dem Projecte des Corporis iuris Fridericiani vom J. 1750 ausgeſprochenen Principe [10]), das canoniſche Recht unverändert Anerkennung gefunden, und geſetzliche Autorität genoſſen hat. Weſentlich aber ſoll ſich dies, nach weit verbreiteter Anſicht, durch die Publication des Allgemeinen Landrechts geändert haben, und dadurch allen Quellen des gemeinen canoniſchen Rechts die Geſetzeskraft entzogen worden ſein. Gleiches hat man in Betreff derjenigen Provinzen behauptet, in welchen die Franzöſiſche Geſetzgebung noch gilt, und das canoniſche Recht geradezu als bloße Antiquität bezeichnet [11]); und von dem Standpunkte dieſer Anſicht aus müßte, wäre ſie richtig, deſſen gänzliche Derogation auch für die Landestheile angenommen werden, in wel-

7) S. oben B. II. Kap. 3. §. 8. S. 439. — Vgl. auch Inſtr. für die Oſtpreuß. Regier. v. 30. Juli 1774. Beil. E. u. §. 18. sub 1., wo theils jene generelle Beſtätigung wörtlich wiederholt iſt, theils für die Ehesachen der Katholiken auf die „Grundſätze ihrer Religion“, für die den weltlichen Gerichten vorbehaltenen Sponſalienklagen dagegen auf das Corp. iur. Frideric. verwieſen wird, und das Gener. Reſcr. v. 26. Oct. 1786 (in **Leman's** Prov.-Recht v. Weſtpr. Th. 2. S. 252.), wonach „unter katholiſchen Glaubensgenoſſen“, ſelbſt von weltlichen Gerichten in Eheſcheidungsſachen „nach den Grundſätzen des canoniſchen Rechts“ verfahren werden ſoll.

8) S. oben B. I. Kap. 3. §. 9. S. 217.

9) Ebend. S. 97. Note 19. und Kap. 3. §. 13. S. 253.

10) S. oben B. II. Kap. 4. §. 4. Note 26.

11) So z. B. in den Erwägungen eines Rhein. Juriſten über die Geſetzlichkeit der Verhaftung des Erzb. v. Cöln. Frkf. a. M. 1838. S. 3. u. 7.

chen das Franzöſiſche Recht nur temporäre Gültigkeit gehabt hat, da bekanntlich hier nicht einmal das particulare Recht, ſo weit in der Zwiſchenzeit es bereits aufgehoben war, wieder ins Leben gerufen, ſondern die Preußiſche Legislation ganz an die Stelle der Franzöſiſchen Geſetzbücher getreten iſt [12]).

Für dieſe derogatoriſche Kraft der Franzöſiſchen Geſetzbücher läßt ſich indeſſen auch nicht einmal der Schein eines Rechtsgrundes beibringen. Ueber das Kirchenrecht verbreiten ſie ſich, abgeſehen von der Ehe, überall nicht, und in dem Publicationsgeſetze vom 31. März 1804 [13]) hat ſo wenig, wie in einer der Verordnungen, welche das Franzöſiſche Recht im Königreiche Weſtfalen und den übrigen Schöpfungen Napoleons einführten [14]), die Aufhebung der bisherigen Rechtsquellen eine Faſſung erhalten, bei welcher ſich eine Beziehung auf das canoniſche Recht auch nur als möglich darböte. Das Decret über die bürgerliche Verfaſſung des Franzöſiſchen Clerus iſt in Deutſchen Landen nirgends in Wirkſamkeit getreten, oder auch nur publicirt worden [15]), und hat ſelbſt nicht einmal direct die Aufhebung des canoniſchen Rechts ausgeſprochen; in den organiſchen Artikeln dagegen wird an mehreren Stellen, und eben ſo in ſpäteren Geſetzen [16]), ausdrücklich darauf

12) Patent vom 9. Sept. 1814, 9. Novbr. 1816 und 25. Mai 1818.

13) Der Art. 7. dieſes Geſetzes (30 Ventoſe XII.) lautet: Les lois Romaines, les ordonnances, les coutûmes générales ou locales, les statuts, les règlements cessent d'avoir force de loi générale ou particulière dans les matières, qui sont l'objet des dites lois composant le présent Code.

14) Weſtfäl. Decret vom 21. Sept. 1808, Fürſtl. Arembergiſche Verordn. v. 28. Januar 1808, Großh. Bergiſche Verordn. v. 12. Novbr. 1809, die Herz. Warſch. Verordn. v. 27. Januar 1808. Das erſtere erklärt zwar, außer den Römiſchen, auch die canoniſchen und ehemaligen Deutſchen Reichsgeſetze für aufgehoben, aber gleichfalls nur „in Betreff derjenigen Gegenſtände, worüber das Geſetzbuch Napoleons Beſtimmungen enthalte“.

15) S. oben Kap. 4. §. 1. Note 12.

16) Art. organ. de la convention du 26 messidor IX. Art. 6. et 26., Arreté relatif à l'habillement des ecclés. du 8. Jan. 1804 und Décret Imp. contenant des dispos. relatives aux lois organ. du 28. Fevr. 1810 Art. 6. (bei Hermens a. a. O. Th. 1. S. 484. u. 92. und Th. 2. S. 42. u. 497.).

verwieſen [17]), und in Miniſterial-Reſcripten und Staatsraths-Gutachten der Kaiſerzeit finden ſich ſelbſt Verweiſungen auf das Tridentiniſche Concil und auf Particularſynoden [18]). Im Großherzogthume Berg erkannte die Regierung durch beſondere Edicte an, daß der Code weder die allgemeinen, noch die ſtatutariſchen Geſetze aufgehoben habe, welche die kirchliche Verfaſſung beträfen, und daß namentlich das im canoniſchen Rechte begründete Verbot der Ehen von Prieſtern oder Ordensleuten fortbeſtehe [19]); und wie in den an das Arembergiſche Fürſtenhaus gefallenen Cöln-Münſterſchen Landestheilen gleich bei Einführung des Franzöſiſchen Rechts für alle im Code nicht entſchiedenen Fälle, ſomit auch für die Kirchenverfaſſung, die fortdauernde Gültigkeit der gemeinen Rechte beſtätigt wurde [20]), fehlt es eben ſo wenig für das Königreich Weſtfalen an beſtimmten Beweiſen, daß im allgemeinen man das canoniſche Recht, überhaupt die bisherigen Quellen der kirchlichen Verfaſſung, als unverändert gültig betrachtet habe [21]). Aber auch für die Theile der Monarchie, wo ſich das Allgemeine Landrecht in ununterbrochener Gültigkeit erhalten hat, darf jene Behauptung allgemein eingetretener Derogation des canoniſchen

---

17) Zwar iſt hier nur von canons reçus en France die Rede; daß aber darunter nur einzelne ſpecielle Kirchengeſetze gemeint ſeien, nicht der Inbegriff des canoniſchen Rechts, in den eigenthümlichen Modificationen, welche es in der alten Franzöſiſchen Kirche erhalten hatte, iſt eine Behauptung, welche völlige Unkenntniß des Sprachgebrauchs der Franzöſiſchen Canoniſten, der Parlamente u. ſ. w. bekundet.

18) Vgl. Hermens a. a. O. Th. 2. S. 5. u. 330.

19) Verordn. vom 25. Juli u. 28. Novbr. 1810 in Scotti's Samml. Jülich-Bergiſcher Geſetze Bd. 3. S. 1365 u. 92. — In der erſteren iſt zwar nur vom ius publicum ecclesiasticum und kirchlichen Staatsrechte die Rede; indeß hat damit, nach dem ganzen Zuſammenhange und nach der Veranlaſſung, ob nemlich bei geiſtlichen Pfründen noch ein Sterbejahr ſtattfinde, nur der Gegenſatz des bürgerlichen Rechts ausgeſprochen werden ſollen.

20) S. die Note 14. angeführte Verordn. vom 28. Jan. 1808 sub No. 16., welche sub No. 12. auch noch erklärt, daß alle die Ehe und Eheſcheidung betreffenden Vorſchriften des Code, „wie ſich von ſelbſt verſteht", nur auf die bürgerlichen Wirkungen ſich bezögen.

21) In einem Decrete vom 5. Febr. 1808 (Bulletin des lois T. I. No. 33. p. 273.) wird im Art. 12. bei Beſtätigung der zeitherigen Bisthümer, Pfarren u. ſ. w. beſtimmt, daß im Falle der Erledigung ihre Wiederbeſetzung suivant les formes anciennes erfolgen ſolle.

Rechts als irrig bezeichnet werden. Nichts als ein Verkennen der wahren Stellung und Bedeutung, welche der katholiſchen Kirche gegenüber dem Staate, dem canoniſchen Rechte im Verhältniß zur weltlichen Geſetzgebung gebührt, und einſeitige Buchſtabendeutung der Landesgeſetzgebung hat unſeres Erachtens dieſe Anſicht hervorrufen können, die mit vielen Beſtimmungen der Landesgeſetze in eben ſo directem Widerſpruche ſteht, als ſie jeder beſtätigenden Bewährung durch dieſelben entbehrt [22]).

Darf man gleich darauf, daß die Redactoren des Landrechts ſelbſt ihre kirchenrechtliche Arbeit mehr nur als eine Belehrung der Unterthanen betrachtet haben [23]), kein entſcheidendes Gewicht legen, nachdem dieſe einmal als Geſetz landesherrliche Sanction erhalten hat, ſo iſt doch nicht zu leugnen, daß es eben ſo den Grundprinzipien der katholiſchen Lehre als ihrem geſammten Verfaſſungsorganismus widerſpräche, und, abgeſehen vom perſönlichen Bekenntniſſe und von der Religionsübung des Einzelnen, faſt einer Aufhebung der katholiſchen Kirche als Kirche gleich zu erachten wäre, wollte man, nicht bloß die ſtaatsrechtlichen Bezüge der kirchlichen Angelegenheiten und Perſonen, nicht bloß die privatrechtlichen Befugniſſe, welche die Mitglieder der Kirche und dieſe ſelbſt als Corporation in Anſpruch nehmen dürfen, nicht bloß die Einwirkung der kirchlichen Verhältniſſe auf das Privatrecht, ſondern auch die innere eigentliche Kirchenverfaſſung als ein Feld freibeliebiger oder auch nur ausſchließlicher, wenn ſchon durch Rückſichten auf die Prinzipien der katholiſchen Kirche gebundener Legislation der Staatsgewalt erachten. Dies hat auch das Landrecht nicht verkannt, indem es einzelne Theile des inneren katholiſchen Kirchenrechts geradezu ausſchließt, überhaupt die verfaſſungsmäßigen Obern dieſer Kirche als zur Geſetzgebung berechtigt, und als

22) Man müßte denn als geſetzliche Norm behandeln wollen das Gutachten der Geſetz-Commiſſion vom 30. Sept. 1796 (in Stengel's Beitr. Bd. 3. S. 232., und Leman's Weſtpreuß. Prov.-Recht Th. 2. S. 385.), welches, gerade bei Erledigung einer kirchenrechtlichen Controverſe, mit dürren Worten dahin ſich ausſpricht: „Das Allg. Landrecht ſoll die Stelle der Römiſchen und canoniſchen Rechte einnehmen“.

23) Vgl. die Abhandl. über das biſchöfl. Recht in der evangel. Kirche S. 119.

Organe und Quellen der Rechtsbildung anerkennt, und dieſe eigene Legislation derſelben nur an eine Beaufſichtigung und placetirende Mitwirkung der Staatsgewalt gebunden wiſſen will; und eben ſo bezeichnet die neuere Organiſation der Landesbehörden als deren Reſſort in katholiſchen Kirchenſachen nur die **iura circa sacra**, im Gegenſatz des **ius in sacra**. Auf corporative Exiſtenz im Staate, auf ihre eigenthümliche hergebrachte Verfaſſung hatte aber auch die katholiſche Kirche, zwar nicht in allen einzelnen Gebieten des Preußiſchen Staats, und nicht mehr mit Ausſchluß des evangeliſchen Bekenntniſſes, aber doch in den Provinzen, wo ſie bisher im Genuſſe öffentlichen Religionsexercitii geweſen war, einen wirklichen Rechtsanſpruch, der in den Friedensſchlüſſen und Aſſecurationen directe Beſtätigung erhalten hatte; Fortdauer ihrer Grundverfaſſung iſt ihr, bei dem Uebergange dieſer Provinzen unter Preußiſche Hoheit, weder verſagt worden, noch konnte ſie ihr verweigert werden, zumal das Landrecht ſelbſt das Prinzip aufſtellt, daß der Staat die Grundverfaſſung der Corporationen zu ändern und abzuſchaffen nur ſo weit befugt ſei, als die Corporation ſelbſt aufgehoben werden könne und dürfe [24]). Zur Grundverfaſſung der katholiſchen Kirche gehört aber unzweifelhaft, daß das innere Kirchenregiment ausgehe von den geiſtlichen Obern, und geordnet werde nach den Kirchengeſetzen; nicht etwa nur, ſo weit das gemeine canoniſche Recht auf der Baſis der H. Schrift und der Tradition beruht, ſondern auch, in wie weit die hier niedergelegten Grundlehren durch das **Corpus iuris canonici**, durch Conciliensſchlüſſe und päbſtliche Conſtitutionen Form, Ausdruck, weitere Entwickelung und nähere Beſtimmung erhalten, muß unzweifelhaft das gemeine canoniſche Recht, dafern man nur nicht die einzelnen Vorſchriften des **Corpus iuris** mit dem verwechſelt, was wirklich recipirtes gemeines Recht in der katholiſchen Kirche iſt, als zur Grundverfaſſung derſelben gehörig, und als deren weſentliche Baſis anerkannt werden, und wird ſogar in der Landesgeſetzgebung ſo aufgefaßt und bezeichnet [25]). Daß es an ſpecieller und ausdrück-

---

24) A. L. R. Th. II. Tit. 6. §. 29. vgl. mit §. 189—91.

25) A. L. R. Th. II. Tit. 11. §. 62.: „Die übrigen Erforderniſſe zu ei-

licher Beſtätigung des canoniſchen Rechts fehlte, könnte unter ſolchen Umſtänden nichts entſcheiden. Denn eine ſpecielle Approbation fordert das Landrecht nur für ſolche ſtatutariſche Beſchlüſſe, durch welche die urſprüngliche Verfaſſung der Corporation hinterher ergänzt, erklärt oder geändert werden ſoll[26]), und eben ſo wird nur bei „neuen Verordnungen“ der Kirchenobern, keineswegs ſchon dann die Genehmigung des Staats verlangt, wenn irgend ein, bisher noch nicht ſpeciell beſtätigtes Kirchengeſetz zur Anwendung gebracht werden ſoll[27]). Ein allgemeines Anerkenntniß dagegen, wie es hiernach offenbar genügt, liegt für die Grundverfaſſung jeder Corporation immer ſchon in deren Reception und Beſtätigung, liegt für die katholiſche Kirche, die ja nicht erſt durch freie Gewährung der Staatsgewalt Exiſtenz im Staate gewinnen ſollte, ſondern deren Verfaſſung Preußen rechtlich geordnet und

---

nem geiſtlichen Amte (abgeſehen nemlich von Zuſtimmung der Eltern u. ſ. w., und von vorgängiger Prüfung) bleiben nach Verſchiedenheit der Religionspartheien den vom Staate genehmigten Grundgeſetzen und Verfaſſungen derſelben vorbehalten“, vgl. mit §. 66. 103. 980. 1126. und 1135. eod.

26) A. L. R. Th. II. Tit. 6. §. 26. 29. 30. 34.

27) Dieſer Grundſatz, welcher nach dem Vorgange des Oeſterr. Hofdecr. vom 17. Mai 1791 (v. Kamptz Jahrb. Th. 50. S. 289.) allerdings in einigen neueren Landesverfaſſungen, z. B. in der Sachſ.-Weimar. Verordn. vom 7. Oct. 1823 §. 3., in der Würtemb.-Baden-Heſſiſchen Verordn., betr. das oberhoh. Schutz- und Aufſichtsrecht, vom 30. Jan. 1830 §. 4. u. 5. ausgeſprochen iſt, aus §. 118. h. t. herzuleiten, wonach alle päbſtlichen Bullen und Breven, und alle Verordnungen auswärtiger Kirchenobern zu ihrer Publication und Vollſtreckung der Genehmigung bedürfen, iſt nicht möglich, da hiermit offenbar, nicht der Gegenſatz neuer Verordnungen, ſondern nur die allgemeine Anwendbarkeit des Placets, gleichviel welches Inhalts die Bullen u. ſ. w. ſeien, ausgeſprochen werden ſoll. Die beiläufig in der Cabin.-Ordre vom 12. April 1838 (Allg. Leipz. Zeit. No. 228. Beil.) erfolgte Erklärung, es ſei die Anwendung der Bulle Benedict's XIV. „Magnae nobis“ in den dieſſeitigen Staaten nicht genehmigt worden, kann nach A. L. R. Einl. §. 5. um ſo weniger als geſetzliche Beſtimmung gelten, als die Gültigkeit des Breve Pius VI. vom J. 1794, welches die Holländiſche Benedictina vom J. 1741 auf einen Theil der Rheinlande ausgedehnt hat, nicht in Zweifel gezogen worden iſt. Wenn aber in dem Reſcr. vom 17. Juli 1800 No. 27. (ſ. oben S. 453. Note 21.) einer ſpeciell für Polen ergangenen Bulle Leo's X. vom J. 1515 fernere Gültigkeit abgeſprochen wird, ſo kann dies ſchon um deshalb nichts entſcheiden, weil dieſelbe nur die Prozeßform, nicht das materielle Kirchenrecht betraf.

ſtaatlich anerkannt überkam, ſowohl in jenen Friedensſchlüſſen vor, in welchen, obſchon unter gewiſſem Vorbehalt, die Fortdauer des Status quo zugeſagt war, als in den beſondern Verordnungen, welche die fernere Geltung des canoniſchen Rechts beſtätigten. Einmal anerkannt als Corporation, und die Grundverfaſſung, wie ſie im Weſentlichen auf dem canoniſchen Rechte beruht, einmal beſtätigt, bedurfte es einer Erneuerung dieſer Beſtätigung in dem neuen Landesgeſetze nicht, das weder einmal begründete Rechte entziehen konnte noch wollte, das überhaupt den Rechtszuſtand nur zu regeln und zu befeſtigen, nicht abzuändern beſtimmt war. In dem Landrechte ſelbſt iſt aber ein ſolches Anerkenntniß enthalten, theils in den zahlreichen Beſtimmungen, welche nur Wiederholung, und gewiß nicht zufällige, der gemeinrechtlichen Theorie ſind, theils in den Verweiſungen, bald auf das canoniſche Recht, bald auf die Religionsgrundſätze und Grundgeſetze der einzelnen Religionspartheien, unter welchen für die katholiſche Kirche, der Natur der Sache und dem conſtanten Sprachgebrauche der früheren Legislation nach, und ſelbſt nach Inhalt des Landrechts, eben nichts anders gemeint ſein kann, als das recipirte canoniſche Recht [28]).

Allerdings wird, dem Staate gegenüber und neben der Landesgeſetzgebung, auch dem canoniſchen Rechte, wie überhaupt allen kirchlichen Rechtsnormen, nur die Bedeutung eines Statuts vindicirt werden können. Allein gerade dies iſt einestheils entſcheidend für den Vorzug vor der landrechtlichen Kirchengeſetzgebung, indem nach dem Landrechte ſelbſt erſt da, wo aus den Grundgeſetzen und beſonderen Privilegien oder Statuten einer Corporation deren Verfaſſung nicht zu beſtimmen iſt, die über die verſchiedenen Arten der im Staate anerkannten Corporationen ergangene Landesgeſetzgebung in Betracht kommt [29]). Anderntheils wird um jener ſtatutariſchen Bedeutung willen die Beſtimmung des Landrechts, auf welche einzig und allein der allgemeine Wegfall des canoniſchen Rechts geſtützt wird, um ſo weniger als deſſen geſetzliche Derogation angeſehen werden können, welche freilich, wenn vor-

28) S. oben Note 6. u. 7. und B. II. Kap. 4. §. 4.
29) A. L. R. Th. II. Tit. 6. §. 40.

handen, als normativ gelten müßte, wie wenig ſie auch von einem allgemeinen Geſichtspunkte aus gerechtfertigt erſchiene.

Denn wenn auch darauf kein Gewicht gelegt würde, daß die Aufhebung beſondrer Statuten, Provincialgeſetze und Privilegien nicht anders erfolgen ſoll, als wenn zuvor diejenigen, welche es zunächſt angeht, mit ihrer Nothdurft gehört worden ſind[30]), daß gleichwohl bei Entwerfung des Landrechts eine Rückſprache mit den Obern der katholiſchen Kirche, als deren verfaſſungsmäßigen Vertretern, ſo viel bekannt, überall nicht ſtatt gefunden hat, ſo wird jedenfalls allen Statuten durch neuere allgemeine Geſetze nur in ſo fern derogirt, als „in letzteren die Aufhebung der erſteren deutlich verordnet iſt“[31]). Eine deutliche Derogation des gemeinen canoniſchen Rechts wird man aber in dem Paſſus des Publicationspatents, welches jener Anſicht zu ſcheinbarer Beſtätigung dient, in keiner Weiſe finden können. Mag immerhin zu den „bisher aufgenommen geweſenen fremden ſubſidiariſchen Rechten und Geſetzen“ auch das **Corpus iuris canonici** gehört haben, ſo iſt doch dieſes weder identiſch mit dem Inbegriffe des gemeinen canoniſchen Rechts, noch unbekannt, daß es neben ſeinem rein kirchenrechtlichen Inhalte auch für das Geſammtgebiet des weltlichen Rechts recipirt war. Daß aber nicht bloß in letzterer Beziehung, ſo weit es weltliche oder doch ſolche Angelegenheiten betrifft, welche das Landrecht dem Reſſort der kirchlichen Behörden entzogen hat, und als Gegenſtände des bürgerlichen Rechts und der weltlichen Verfaſſung behandelt, ſondern daß auch ſeinem rein kirchlichen Inhalte nach das **Corpus iuris canonici** durch das Landrecht erſetzt werden ſolle, iſt keineswegs ausdrücklich geſagt, oder auch nur deutlich als Abſicht des Geſetzgebers kund gegeben. Dieſer Deutung, obwohl an ſich möglich, ſteht ſowohl die Zuſammenſtellung der „andern fremden ſubſidiariſchen Geſetze“ mit dem Römiſchen und dem gemeinen Sachſenrechte, welche letztere doch nur für das bürgerliche Recht in Betracht kommen, als der Schluß jener Clauſel entgegen, welcher bloß den Gerichtshöfen, und nur bei Erkenntniſſen auf

30) A. L. R. Einl. §. 62.
31) Ebend. §. 61.

jene älteren Geſetze und Rechte zurückzugehen verbietet; auch wird für das Verfaſſungsrecht der Preußiſchen Monarchie, dem doch auch, wenn eine Religionsparthei als Kirche und Corporation vom Staate anerkannt iſt, die kirchliche Organiſation angehört, gewiß Niemand behaupten wollen, daß deſſen einzige Quelle in dem Landrechte zu finden ſei. Nur wenn innere Gründe eben ſo entſchieden für totale Derogation des canoniſchen Rechts ſprächen, als gerade das Gegentheil der Fall iſt, wenn nicht eine reſtrictive Erklärung unvermeidlich, ſondern eine extenſive unbedenklich wäre, könnte daher unſeres Erachtens das Publicationspatent als geſetzlicher Beleg für jene Anſicht gelten, welche darauf gegründet zu werden pflegt.

Selbſt zugegeben endlich, daß die kirchliche Landesgeſetzgebung an die Stelle der gemeinen Rechtsquellen der katholiſchen Kirche habe treten ſollen, wäre es immer noch nicht gerechtfertigt, wenn man dieſen nur da noch formelle Rechtskraft hat zugeſtehen mögen, wo entweder das Landrecht ausdrücklich auf die canoniſchen Rechte verweiſe, oder wo einzelne kirchliche Verhältniſſe als nicht in das Geſetzbuch gehörig bezeichnet würden. Denn bei dem, was die Geſetze unentſchieden gelaſſen haben, ſoll die Obſervanz als vollkommen rechtsgültige und verbindende Norm eintreten, und je weniger gerade die kirchliche Geſetzgebung des Landrechts materielle Vollſtändigkeit erreicht, oder auch nur bezweckt hat, würde das canoniſche Recht in Form und Geſtalt einer, bei der früher unbeſtrittenen Gültigkeit der canoniſchen Rechtsquellen um ſo leichter erweislichen, Obſervanz ausgedehnte Gültigkeit bewahrt haben [32]). Vor allem aber iſt zu erwägen, daß es ſich auf dem Gebiete des Kirchenrechts weniger um einzelne vorübergehende Rechtsgeſchäfte,

32) Daß, was früher gemeinen Rechtens war, nicht auf Grund bisheriger Uebung als Provincial-Obſervanz dem Landrechte gegenüber geltend gemacht werden könne, iſt zwar mehrfach und nicht ohne Grund ausgeſprochen. Hier aber handelt es ſich nicht um eine Particular-Obſervanz, welche der landrechtlichen Dispoſition vorgezogen werden ſoll, ſondern um eine ſolche, die zu deren Ergänzung dienen könnte, und außerdem iſt die Stellung der Kirche als Corporation eine andere, als die der Geſammtheit der Bewohner einer Provinz, oder eines Diſtricts, Orts u. ſ. w. Beides iſt namentlich in dem Note 22. angeführten Gutachten nicht genügend beachtet worden.

und die hieran geknüpften rechtlichen Folgen handelt, ſondern um die rechtliche Natur ſchon beſtehender, und je für die Einzelnen nur immer von neuem wirkſam werdender Inſtitute, Einrichtungen, Rechtsverhältniſſe u. ſ. w., deren Urſprung über die Zeit der Publication des Landrechts weit hinaus reicht[33]), und ſo würde in ausgedehnteſtem Umfange noch auf das canoniſche Recht als Entſcheidungsquelle recurrirt werden müſſen, bei der Continuität auch der kirchlichen Einrichtungen deſſen Gültigkeit keineswegs eine bloß interimiſtiſche ſein können.

Nicht bloß aber, daß jener angeblich allgemeinen Derogation des canoniſchen Rechts innere, aus der Natur der Verhältniſſe und aus der Geſchichte entnommene Gründe entſchieden entgegenſtehen, daß ſie in dem Landrechte ſelbſt keine ausreichende geſetzliche Bewährung findet, ergiebt auch die neuere Geſetzgebung ſeit Publication des Landrechts poſitive Beweiſe für die hier vertretene Anſicht, daß jenen Quellen des gemeinen katholiſchen Kirchenrechts ſelbſt da Geſetzeskraft nicht abgeſprochen werden kann, wo die Landesgeſetzgebung über ein oder das andere kirchliche Verhältniß ſich ausdrücklich verbreitet hat.

Von entſcheidender Wichtigkeit iſt in dieſer Beziehung die Conſtitution wegen Verfaſſung der geiſtlichen Gerichte in Südpreußen vom 25. Auguſt 1796, in welcher die geiſtlichen Gerichte, für die materielle Entſcheidung wie für Form und Ordnung des Verfahrens, „in Anſehung aller Sachen und Gegenſtände, welche der geiſtlichen Gerichtbarkeit wirklich zukommen, auf die canoniſchen und andern geiſtlichen Rechte, die ihnen darunter bisher zur Richtſchnur gedient haben, lediglich verwieſen“[34]), und dieſe kirchlichen Quellen der früheren Zeit ſo unbedingt als Norm anerkannt werden, daß auf einen ſpäter von der Weſtpreußiſchen Regierung geſtellten Antrag, daß auch die geiſtlichen Gerichte, in Eheſachen wie überhaupt, „nicht bloß auf

---

33) Vgl. über dieſen, nicht immer gehörig gewürdigten Differenzpunkt vor allem Pinder's Provincial-Recht der Kön. Preußiſchen, ehemals Sächſiſchen Landestheile. Leipzig 1836. Th. 2. S. 4 flg.

34) S. §. 7. u. 8. der angef. Conſtitution bei Leman a. a. O. Th. 2. S. 369 flg.

die canoniſchen und andern geiſtlichen Rechte, ſondern **vorzüglich auch auf das Allgemeine Landrecht, in ſo fern deſſen Verordnungen mit den Prinzipien der katholiſchen Religion und der Kirchenverfaſſung nicht in Widerſpruch ſtehen, verwieſen**“ würden, ablehnende Beſcheidung erfolgte[35]). Daß dieſe Ablehnung darauf geſtützt wird, man würde, was „bedenklich“ ſei, durch Anerkennung jenes Prinzips „den katholiſchen Religionsgrundſätzen einen Vorzug vor den Geſetzen des Staats einzuräumen ſcheinen“, kann die Beweiskraft jener Beſtätigung für die hier vertheidigte Anſicht ſo wenig ſchwächen, als daß gleichzeitig die beantragte Beſtätigung einer, bis dahin in Eheſachen als Norm befolgten, Bulle Benedicts XIV. vom J. 1741 zurückgewieſen wurde. In letzterer Beziehung handelte es ſich nur um Formalien des Eheprozeſſes, bei welchen nun einmal durch jene Conſtitution die Anwendung der Preuß. Gerichtsordnung direct ausgeſprochen war[36]); auch wird nur eine unbedingte Anerkennung der päbſtlichen Bullen u. ſ. w. abgelehnt[37]), und jedenfalls war ſchon der Vorzug der canoniſchen Rechte theils durch die Conſtitution ſelbſt anerkannt, wonach „lediglich“ das canoniſche Recht entſcheiden ſollte, theils durch die Auskunft, welche man als außerordentliche Maaßregel und gleichſam als Nothbehelf für den Fall, wo deſſen Anwendung auf eine „der Wohlfahrt des Staats und den auf dieſe berechneten Grundſätzen des A. L. R.“ widerſprechende Art geſchähe, in einer Annullation der geiſtlichen Sentenzen fand[38]). Nicht minder ſchein-

35) S. das bereits öfters allegirte Reſcr. des Juſtiz- u. Cabin.-Miniſt. vom 17. Juli 1800 sub No. 12. u. 26. und sub No. 13. 15—23., vgl. mit den entſprechenden Anträgen im Berichte der Marienwerder Regierung vom 14. März (Leman a. a. O. S 420 flg.).

36) Die Frage war nemlich, ob bei Eheannullationen auf Grund der Bulle Dei miseratione noch ferner ein defensor matrimonii von Amtswegen zugezogen werden ſolle.

37) In dem angef. Reſcr. heißt es sub No. 27.: „Auch die Bulle Benedicts XIV. vom J. 1741 „Dei miseratione“ enthält **viel Bedenkliches und Unzuläſſiges**, und daher muß in jedem Falle hierunter **mit Vorſicht procedirt**, und keineswegs eine ſolche Bulle, Conſtitution, Synodalſchluß und dergl. **indistincte** adoptirt werden.

38) „Das Prinzipium aufzuſtellen“, lautet das Reſcr. sub No. 12.,

bar iſt der Einwand[39]), daß jene Conſtitution nur ein Specialgeſetz, und nur für die geiſtlichen Gerichte ergangen ſei. Wie man in Ermland und in der Diöceſe Breslau, für welche eine Beſtätigung dieſer Conſtitution vom J. 1796 nie erfolgt iſt[40]), die Anwendbarkeit der canoniſchen Rechte in den der geiſtlichen Cognition belaſſenen Sachen nie bezweifelt, oder von Staatswegen für unzuläſſig erachtet hat[41]), ſo auch nicht bei dem geiſtlichen Gerichte zu Erfurt oder dem Eichsfelder Commiſſariate, obwohl auch hier bei der Occupation im J. 1802 keinerlei Beſtätigung der canoniſchen Rechte erfolgte[42]); ſelbſt für die nicht zur Ermländer Diöceſe gehörigen Theile von Oſtpreußen iſt anerkannt, daß die Entſcheidung in Ehe- und andern rein geiſtlichen Sachen zwar von den weltlichen Gerichten, aber nur „nach katholiſchen Religionsgrundſätzen“ erfolgen werde[43]), und damit entſchieden ausgeſprochen, daß man jene Beſtätigung des canoniſchen Rechts nicht als Specialgeſetz und als Aus-

---

„es gelte in Eheſachen der Katholiken das A. L. R., ſo fern es den katholiſchen Religionsgrundſätzen nicht zuwider ſei, finden Wir darum bedenklich, weil man hierdurch den letzteren einen Vorzug vor den Geſetzen des Staats einzuräumen ſcheinen würde. Beſſer iſt es daher zu geſtatten, daß die geiſtlichen Gerichte in Sachen, die wirklich ihres Reſſorts ſind, das canoniſche Recht anwenden. Thun ſie ſolches aber auf eine Art, welche der Wohlfahrt des Staats und den auf dieſe berechneten Grundſätzen des A. L. R. widerſpricht, ſo kann, existente casu, durch die weltliche Macht Annullirung ſolcher Sentenzen und Verfügungen der geiſtlichen Gerichte erfolgen, wovon in der Poſenſchen Diöces neulich ein Beiſpiel vorgekommen iſt, da Unſer Cabin.-Miniſt. eine incompetente, obgedachten Grundſätzen zuwiderlaufende Sentenz des Officials caſſirt hat.“

39) S. Ergänz. u. Erläut. der Preuß. Rechtsb. Th. 1. Abth. 3 S. 504.

40) Für Weſtpreußen iſt eine ſolche ausdehnende Beſtätigung theils durch ein Reſer. vom 15. Dezbr. 1799 (in Stengel's Beiträgen Bd. 14. S. 163.), theils durch das mehrgedachte Reſcr. vom 17. Juli 1800 sub No. 4. erfolgt.

41) Vgl. Starke's Beiträge Th. 1. §. 131 — 133. und 137 — 140.

42) Ebend. §. 141 flg. Daß gleiches in Weſtfalen und am Rheine der Fall ſei, ſo weit hier den General-Vicariaten (denn geiſtliche Gerichte exiſtiren dort noch nicht wieder) die Strafgewalt über die Geiſtlichen und Entſcheidung in rein geiſtlichen Sachen zuſteht, bemerkt Starke a. a. O. §. 144. u. 145. zwar nicht ausdrücklich, kann aber nach dem, was oben über Fortdauer des canoniſchen Rechts neben der Franzöſ. Geſetzgebung bemerkt iſt, nicht bezweifelt werden.

43) Reſolution für den General-Adminiſtr. des Biſth. Ermland vom 12. April 1806 bei Jacobſon a. a. O. Th. 1. No. 100.

nahme, ſondern als nothwendige und natürliche Folge der der katholiſchen Kirche im Staate eingeräumten Stellung betrachtet hat. Wenn aber nur den geiſtlichen Gerichten die Anwendung der canoniſchen Rechte nachgegeben wird, ſo kann dies als Ausſchluß ihrer Gültigkeit für die übrige geiſtliche Verwaltung um ſo weniger gelten, als nach katholiſcher Kirchenverfaſſung Rechtspflege und Adminiſtration nicht in ſo beſtimmter Weiſe, wie im neueren Staatsrechte ſich ſcheiden, vielmehr abgeſehen von den Eheſachen, die causae vere ecclesiasticae entſchieden in das Gebiet der Verwaltung fallen, und überhaupt der Biſchof nicht bloß Quelle der Jurisdictionsgewalt, ſondern auch zu deren unmittelbar perſönlicher Handhabung berechtigt und berufen iſt. Wie bedenklich ſonſt auch jedes **argumentum a potiori** ſein mag, wird hier gerade daraus, daß ſelbſt in Eheſachen, welche das Landrecht entſchieden als bürgerliches Rechtsverhältniß auffaßt, das canoniſche Recht die alleinige Entſcheidungsnorm der geiſtlichen Behörde bilden ſoll, ein um ſo ſicherer Rückſchluß auf andere Kirchenangelegenheiten gemacht, und dies als Beweis betrachtet werden können, daß überhaupt, ſo weit nur im Staate das amtliche Reſſort der kirchlichen Behörden noch reicht, dem canoniſchen Rechte immer noch Gültigkeit zukomme.

Dafür fehlt es denn auch nicht an anderweitigen Beweiſen. Je mehr aber jene Anſicht von Derogation des canoniſchen Rechts verbreitet war, und Einfluß auf die Praxis gewann, je mehr die neuere Geſetzgebung auf die katholiſche und evangeliſche Kirche, für welche letztere das canoniſche Recht alle Bedeutung verloren hat, gleichmäßig ſich bezieht, je mehr endlich die kirchliche Verwaltung eigentlich nur den geiſtlichen Obern, den weltlichen Behörden bloß eine Mitwirkung zuſteht, kann natürlich ein ſolches Anerkenntniß nur ſelten vorkommen. Schon dies dürfte nichts weniger als unerheblich ſein, daß in der Bulle v. J. 1821 vielfach, und bei Verhältniſſen, welche unzweifelhaft zu deren „weſentlichem Inhalte“ und zu den „ſachlichen Verfügungen“ gehören, auf die canoniſchen Satzungen hingewieſen iſt; mehr aber noch, daß in neueren Verordnungen und Erlaſſen der Biſchöfe häufig auf die canoniſchen Rechtsbücher, auf das Tridentiner Concil u. ſ. w. als noch verbindliche Rechtsnormen Bezug genommen iſt, ohne daß

die

die Regierung, ſo viel bekannt, Anſtoß daran genommen oder zu reſervatoriſcher Placetirung ſich veranlaßt geſehen hätte[44]). Mehr Gewicht noch darf darauf gelegt werden, daß bei der jetzigen Quaſivacanz des Cölner Erzſtifts an das Domkapitel, ohne irgend eine Hinweiſung auf die Landesgeſetze, lediglich die Aufforderung dahin ergangen iſt, die dem Falle einer **sedes impedita** angemeſſenen „canoniſchen Verfügungen“ zu treffen, und „auf canoniſchem Wege“ die Herſtellung einer geordneten kirchlichen Regierung einzuleiten[45]). Indeſſen vor allem entſcheidend erſcheint, daß, als in neuerer Zeit für das Eichsfeld Zweifel entſtanden, in wie weit die frühere Kirchenvermögens-Verwaltung neben der Regierungs-Inſtruction vom J. 1817 fortbeſtehe, durch übereinſtimmende Erklärung des Geiſtlichen und des Juſtiz-Miniſterii[46]) „die Beibehaltung aller in dieſer Hinſicht von früherher beſtehender Verfaſſungen, mithin auch derjenigen, die in Ermangelung beſondrer Statuten der einzelnen Kirchengeſellſchaften nach Obſervanz, oder auf den Grund gemeinrechtlicher Beſtimmungen beſtanden haben“, anerkannt worden iſt, und daß ſelbſt für Ermland ein Reſcript des Geiſtlichen Miniſterii vom Jahre

---

44) Vgl. die „mit Genehmigung der geiſtl. und weltl. Cenſurbehörden“ im J. 1837 zu Cöln erſchienene Samml. der wichtigſten allgem. Verordn. und Bekanntm., welche ſeit Wiedereinrichtung der Erzd. Cöln von den geiſtl. Oberbehörden erlaſſen ſind. S. 25. 51. 77. und 141. — S. auch das oben Kap. 4. §. 6. Note 24. angef. decr. erectionis capituli Posnan.

45) S. das Publicandum der Miniſt. der Geiſtl. Angel., der Juſtiz und der Polizei, und des erſteren Schreiben an das Cölner Domkapitel vom 15. Novbr. 1837 in: Darlegung des Verfahrens der Preuß. Regier. gegen den Erzb. von Cöln. Berlin 1838. Beil. W. u. X., womit zu vergleichen die dadurch veranlaßten Protocollarverhandlungen und Erlaſſe des Kapitels in: Das Metrop.-Domkapitel zu Cöln in ſeinem Rechte u. ſ. w. Cöln 1838. S. 5—9. u. 93 flg. — Daß das Franzöſ. Decret vom 28. Febr. 1810 Art. 6., welches auf die lois canoniques verweiſet, nicht Anlaß zu der obigen Faſſung gegeben habe, erhellt daraus, daß daſſelbe, eben ſo wie Art. 36. der organiſchen Artikel, nur den Fall der sedes vacans, nicht den der sedes impedita betrifft, wie dies im A. L. R. §. 1041 flg. h. t. allerdings der Fall iſt.

46) Ueber Veranlaſſung und Inhalt dieſer Reſcr. vom 23. März und 16. Mai 1826 vgl. Hartmann's Prov.-Recht des Fürſtenthums Eichsfeld. S. 402 flg.

1814[47]) den Grundſatz ausgeſprochen hat, es ſei „in Beziehung auf die rein katholiſchen Verhältniſſe“, und „in ſo fern ihm nicht derogirt iſt“, das gemeine canoniſche Recht immer noch „als Rechtsquelle für die Verfaſſung des Bisthums“ zu betrachten.

Allerdings wird, um nun das Reſultat der bisherigen Erörterung zuſammenzufaſſen, ſo viel zugeſtanden werden müſſen, und dies weiterhin Gegenſtand näherer Betrachtung ſein, daß nach der eigenthümlichen Stellung der katholiſchen Kirche Preußens zum Staate die Anwendung des canoniſchen Rechts noch mehr Einſchränkungen unterliegt, als es ſelbſt ſchon nach gemeinrechtlicher Theorie der Fall iſt. Allein wie in den päbſtlichen Conſtitutionen und den Beſchlüſſen der allgemeinen Concilien, falls anders zu letzteren es jemals wieder kommt, auch gegenwärtig noch eine gemeingültige Rechtsquelle für die katholiſche Kirche des Landes gegeben iſt, durch welche, unter Zutritt des landesherrlichen Placets, die kirchliche Verfaſſung geordnet und entwickelt werden könnte[48]), ſo darf und muß auch dem gemeinen canoniſchen Rechte noch für die jetzige Zeit und neben der kirchlichen Landesgeſetzgebung wahre Rechtskraft vindicirt, und die Bedeutung einer, zwar nur präſumtiven und ſubſidiären, aber doch anerkannten allgemeinen Rechtsquelle der katholiſchen Kirche des Landes in dem Maaße beigelegt werden, als dieſe in öffentlich anerkannter Episcopalverfaſſung innerhalb Preußens beſteht.

§. 2.

Particular-Kirchengeſetze und Obſervanzen.

Unbeſtrittener, als die des gemeinen canoniſchen Rechts, iſt die fortdauernde Rechtskraft

II. der verſchiedenen Quellen des Particular-Kirchenrechts, deren Anwendbarkeit in Betreff der innern Kirchenverfaſ-

47) Dies Reſcript, welches zugleich die Remiſſion auf das canoniſche Recht im §. 66. h. t. nicht ſowohl als partielle Beibehaltung deſſelben, ſondern als Beweis allgemeiner, obſchon nur ſubſidiärer Anerkenntniß betrachtet, hat, ohne Angabe des Datums, Jacobſon a. a. O. Th. 1. S. 125. mitgetheilt.

48) Vgl. A. L. R. §. 118. 135. 141. u. 142. h. t. mit den organiſchen Artikeln Art. 1. u. 8.

fung (denn rückſichtlich des Kirchenſtaatsrechts gelten allerdings auch hier bedeutende Einſchränkungen) kaum anderen Modificationen unterliegt, als daß die ſeit dem Anfange des Jahrhunderts eingetretene Umwälzung der politiſchen und kirchlichen Verfaſſung viele Inſtitute und Einrichtungen, auf welche jene Rechtsnormen ſich beziehen, hat verſchwinden laſſen.

Selbſt für die Ermländer Diöceſe haben, obwohl die Provinz Oſtpreußen bereits ſeit dem J. 1801 ein Provincial-Geſetzbuch beſitzt[1], die Quellen des Particular-Kirchenrechts noch nicht alle Bedeutung verloren. Denn nicht bloß daß bei Publication des Provincial-Geſetzbuchs ausdrücklich erklärt wurde, es ſolle in Abſicht des Kirchen- und Schulweſens „bei der bisherigen obſervanzmäßigen Dienſtverfaſſung" ſo lange verbleiben, bis durch allgemeine Verordnungen nähere Vorſchriften ergangen ſein würden, hat auch in neuerer Zeit, hauptſächlich wohl, weil jenes Geſetzbuch die Eigenthümlichkeiten der Ermländer Verfaſſung nicht genügend beachtet hatte[2], das Geiſtliche Miniſterium neben dem eigentlichen Statutarrecht auch die älteren Synodal-Conſtitutionen als noch anwendbare Quelle anzuerkennen für dienlich erachtet[3]. In allen übrigen alten Provinzen aber findet die Vorſchrift des Publicationspatents noch jetzt volle Anwendung, wonach bis zum Erſcheinen der Provincial-Geſetzbücher die bisher beſtandenen Provincialgeſetze und Statuten geſetzliche Kraft und Gültigkeit be-

---

1) Ueber deſſen Ausarbeitung und neuere Reviſion theilt Jacobſon a. a. O. Th. 2. S 191. 201. u. 220. Näheres mit.

2) Nur in 8. Zuſatzart. des 11. Tit. II. Theils ſind Abweichungen des Ermländ. Kirchenrechts beſtätigt. S. v. Buchholtz über Ermländ. Synodalconſtit. Note 10. in: Bobrik's u. Jacobſon's Zeitſchr. für Theorie und Praxis des Preuß. Rechts. Heft 1. S. 171.

3) Das §. 1. Note 47. erwähnte Reſcr. äußert ſich darüber: „Auch iſt den alten Synodalconſtitutionen, in ſo fern ſie über rein kirchliche Gegenſtände verfügen, und nicht entweder offenbar veraltet oder durch neuere Geſetze aufgehoben ſind, nicht alles Anſehn abzuſprechen. Als Provincialgeſetze können ſie freilich neben dem Oſtpreuß. Provincialrechte nicht beſtehen, aber wohl als Statuten des Erml. Bisthums, wie denn die beſondern Statuten und Privilegien der einzelnen Corporationen, z. B. des Domkapitels . . ., durch das Provincialrecht nicht aufgehoben ſind. Indeſſen fließt dieſe Quelle ſo trübe, und es iſt von ihrem Inhalte ſo vieles veraltet, ſo vieles mit neueren Einrichtungen und Geſetzen im Widerſpruche, daß ſie einer Reviſion bedürfen".

hielten, und erſt von da ab die Berufung auf Gewohnheitsrecht und Obſervanzen unſtatthaft ſein ſollte[4]). Was endlich die neuen und wieder gewonnenen Provinzen betrifft, ſo hat die Franzöſiſche Geſetzgebung, wie entſchieden abgeneigt auch jeder Particularität des Rechtszuſtandes, doch deren Aufhebung ſo wenig über die Grenzen des bürgerlichen Rechts ausgedehnt, daß die organiſchen Artikel ſelbſt, wie ſie die Freiheiten und Gewohnheiten der Gallicaniſchen Kirche ausdrücklich vorbehalten[5]), ſo auch Herkommen und Gewohnheit als Grundlage der Diöceſanverfaſſung bezeichnen[6]), daß eben ſowohl Entſcheidungen der Staatsbehörden ſich auf Vorſchriften der früheren Particularſynoden ſtützen[7]), als in biſchöflichen Verordnungen jener Zeit vielfach auf ältere Kirchengeſetze verwieſen wird[8]). Eben ſo wenig iſt in den übrigen Staaten aus der Zeit der Franzöſiſchen Herrſchaft eine ausdrückliche Derogation der kirchlichen Particularquellen nachzuweiſen[9]), und ſo hat in allen dieſen Provinzen für Kirchenverfaſſung und Kirchenrecht der ältere Rechtszuſtand nach Wiedereinführung des Landrechts unverändert Gültigkeit behalten, indem bekanntlich nur, ſo weit unter den vorigen Regierungen wirklich aufgehoben und abgeſchafft, die Provincial- und Local-Rechte und Gewohnheiten nicht wieder hergeſtellt ſein ſollten[10]), und in den Rheinprovinzen überhaupt noch der unter Franzöſiſcher Herrſchaft begründete Rechtszuſtand fortdauert.

---

4) Publ.-Patent vom 5. Febr. 1794 Art. III. u. VII.

5) Jeder Angriff auf dieſelben wird im Art. 6. als cas d'abus bezeichnet, welcher zum Recurs an die Staatsgewalt berechtige.

6) Art. 38. Les vicaires-généraux, qui gouverneront pendant la vacance, ainsi que les métropolitains ou capitulaires ne se permettront aucune innovation dans les usages et coutumes des dioecèses.

7) S. Hermens a. a. O. Th. 2. S. 5.

8) Vgl. das in der Chronik der Diöceſe Trier. Jahrg. 1828. S. 150 flg. enthaltene Verzeichniß der vom Biſchofe Mannay ergangenen Hirtenbriefe, Verordnungen u. ſ. w.

9) Die oben §. 1. Note 14. angef. Arembergiſche Verordn., welche für alle im Code nicht entſchiedenen Fälle Beurtheilung nach gemeinen Rechten vorſchreibt, iſt offenbar auch nur dahin, daß dies die ſubſidiäre Entſcheidungsquelle bilde, nicht von einer unbedingten Derogation alles Particularrechts zu verſtehen. Vgl. Schlüter's Prov.-Recht der Provinz Weſtphalen Bd. 3. S. X.

10) S. oben §. 1. Note 12.

Als Quellen dieſes particulären Kirchenrechts[11]) ſind zu betrachten

1) die für einzelne Länder und Diöceſen ergangenen **päbſtlichen Privilegien, Indulte und Conſtitutionen**, ſo fern nur deren Reception nachweislich erfolgt, und weder durch Aenderung der Verfaſſung eine ſtillſchweigende, noch durch neuere Kirchen- und Staatsgeſetze eine ausdrückliche Derogation eingetreten iſt[12]). Ehrenrechte der Biſchöfe, z. B. der noch in neueſter Zeit von den Cölner und Gneſener Erzbiſchöfen geführte Titel eines gebornen Legaten des Römiſchen Stuhls, beruhen nicht minder auf dieſem Fundamente, als Vorrechte in Betreff der kirchlichen Verfaſſung, wie z. B. die Immedietät der Bisthümer Breslau und Ermland, oder Beſchränkungen der päbſtlichen Reſervatrechte, wie z. B. durch die ſ. g. Quinquennal-Facultäten, und eben ſo in Betreff der concordatmäßigen Proviſionsrechte des Römiſchen Stuhls[13]). Aber auch vom Standpunkte der Regierung aus kann man die Gültigkeit dieſer Quelle nicht füglich beſtreiten, da manche Gerechtſame, welche ſie, als mit der Souveränität über die einzelnen Provinzen erworben, bis auf die neueſte Zeit behauptet hat, wie z. B. das Nominationsrecht zu den Polniſchen Biſchofsſitzen,

---

11) Die in neuerer Zeit, zum Theil auf officielle Veranlaſſung, erſchienenen Bearbeitungen des Provincialrechts Preußens beziehen ſich meiſt auf evangeliſche Provinzen, und ſind, ſo weit auf katholiſche bezüglich, für die eigenthümlichen Verhältniſſe dieſer Kirche größtentheils von ſehr geringer Ergiebigkeit. Bei der Geſchichte der einzelnen Provinzen ſind dieſe Bearbeitungen bereits erwähnt worden, und ſei es hier nur erlaubt, die umſichtige und in aller Weiſe treffliche Arbeit **Hartmann's** über das Fürſtenthum Eichsfeld mit gebührendem Lobe beſonders hervorzuheben.

12) In wie weit das eine oder andere der Fall iſt, wird bei jedem Verhältniſſe der Art quaestio facti, und häufig zweifelhaft ſein; mit Recht hat daher das §. 1. Note 37. angef. Reſcript darauf hingewieſen, daß dergleichen Bullen u. ſ. w. nicht „indistincte adoptirt“ werden dürften. Eine wiederholte Beſtätigung durch die dieſſeitige Regierung kann übrigens, da geſetzlich nicht vorgeſchrieben, um ſo weniger für unerläßlich gelten, als durch den Wechſel der Landesherrſchaft die innere Verfaſſung der katholiſchen Kirche weder Aenderungen erleiden konnte noch ſollte.

13) Am häufigſten ſind derartige Conſtitutionen für Polen ergangen, und haben hier, was wenigſtens deren kirchliche Reception außer Zweifel ſetzt, meiſt unter den Synodalconſtitutionen Platz gefunden. Vgl. **Jacobſon** a. a. O. Th. 1. S. 20.

dieſen Urſprung haben, derartige Conſtitutionen auch häufig von der Landesherrſchaft ſelbſt, oder doch mit ihrer Zuſtimmung von den Biſchöfen in Rom beantragt worden ſind, in welcher Beziehung es hier genüge auf die verſchiedenen Bullen, durch welche in Schleſien, Polen und den Rheinprovinzen Zahl und Feier der katholiſchen Feſttage näher beſtimmt worden iſt, und auf die die gemiſchten Ehen betreffenden Breven zu verweiſen.

Von unzweifelhafter Gültigkeit, zugleich reicheren Inhalts und von größerer Wichtigkeit für das heutige particulare Kirchenrecht ſind

2) die Beſchlüſſe der Provincial- und Diöceſanſynoden. Bis in die frühere Zeit des Mittelalters reicht für alle jetzt Preußiſchen Bisthümer dieſe Synodalgeſetzgebung zurück [14]), und iſt, obwohl die Diöceſanſynoden oft mehr zu Berathungen über die Verwaltung dienten, als daß ſie immer eine legislative Thätigkeit entwickelt hätten, in einer großen Zahl von Canones erhalten und zugänglich. Die älteren, an ſich ſchon weniger reichhaltig, haben in Folge ſpäterer Aenderungen der kirchlichen Verfaſſung meiſt nur noch hiſtoriſchen Werth. Deſto wichtiger für das geltende Recht ſind die während und ſeit der Reformation gehaltenen Synoden, welche zugleich großentheils für das geſammte Gebiet der kirchlichen Verfaſſung ſyſtematiſch geordnete Rechtsſammlungen nach dem Vorbilde des **Corpus iuris canonici**

---

14) Ausführliche Nachricht über die Preußiſch-Polniſchen Synoden, ſowohl diejenigen, von welchen die Beſchlüſſe erhalten ſind, als die nur anderweitig erwähnten, giebt Jacobſon a. a. O. Th. 1. Kap. 2. u. 3., unter Anführung der officiellen Ausgaben und anderweitigen Abdrücke, und unter Mittheilung von Rubriken-Ueberſichten. Auf dieſe Nachweiſungen, welche ich gleich vollſtändig für alle Diöceſen geben zu können wünſchte, die Fortſetzung jenes Werks aber ohne Zweifel liefern wird, ſei hier zu remittiren erlaubt, und nur ergänzend zu S. 57. u. 61. bemerkt, daß die Note 64. angef. Sammlung, außer den Beſchlüſſen der Lenciezer Prov.-Synode v. 1523, die Beſchlüſſe des zu Kaliſch im J. 1420 vom Erzb. Nicolaus gehaltenen Prov.-Concils enthält, beide auch unter fortlaufender Seitenzahl den Statuta synodalia et provincialia antiqua Wratisl. Breslau 1532. fol. angehängt ſind. — Ueber die Trierer Synoden findet ſich ein Aufſatz in der Chronik der Diöc. Trier. Jahrg. 1830. S. 87 flg.; der Breslauer werden in Herber orig. Silesiae sacrae p. 57 sq. vom J. 1233 ab 28 namhaft gemacht.

aufzuſtellen geſucht haben; nur iſt auch von deren Inhalt manches theils antiquirt, theils durch neuere Geſetzgebung derogirt, und ein großer Theil dieſer Synodalſchlüſſe iſt bloße Wiederholung gemeinrechtlicher Grundſätze, deren rechtliche Natur und Bedeutung für das geltende Recht dadurch an ſich nicht geändert iſt, ſo daß zwar in dieſer Verbindung der allgemeinen Rechtsnormen mit den Eigenthümlichkeiten der particularen und localen Einrichtungen ein ſehr anſchauliches Bild der wirklich beſtandenen Verfaſſung gewonnen wird, aber auch umſichtiger Gebrauch um ſo unerläßlicher erſcheint. Officielle Ausgaben einzelner Concilien ſind je in den verſchiedenen Diöceſen mehrere vorhanden, und bei dieſen dann öfters die früheren Synodalſchlüſſe anhangsweiſe beigefügt [15]), oder mit den neuen Beſchlüſſen, wie dies namentlich auf mehreren Gneſener Provincial-Concilien der Fall geweſen iſt, durch förmliche Reviſion zu Einem Ganzen verarbeitet worden [16]); an umfaſſenden Sammlungen, die unter biſchöflicher oder ſonſt officieller Au-

---

15) Von der in d. v. Note angef. Samml., welche von Biſch. Johann V. beſorgt iſt, und die Breslauer Synoden bis 1531 incl. enthält, ließ Biſchof Martin unter Beifügung der von ihm im J. 1580 gehaltenen Synode (in separ. zu Neiſſe erſchienen) zu Breslau i. J. 1585 eine neue Quart-Ausgabe machen (ſ. Herber's Statiſt. des Bisth. Breslau S. 11. Note 10.); eben ſo erſchien von der Bresl. Syn. Biſchofs Andreas v. J. 1592 eine offizielle Ausgabe zu Neiſſe 1595 in 4to. — Die zu Cöln 1549 erſchienene Ausgabe des Trierer Prov.-Concils v. 1549 enthält die Prov.-Syn. v. 1238. 1313. u. 1338. — Für Ermland ließ Biſch. Rudnicki die Beſchlüſſe der von ihm im J. 1610 gehaltenen Synode mit den älteren zu einer Sammlung verbinden, welche unter dem Titel: Constitutiones synodales dioec. Varm. zu Braunsberg 1612. 4to erſchien. — Die bei v. Kamptz a. a. O. Th. 2. §. 581. erwähnte Münſterſche Sammlung: Statuta provinc. Colon. ac synod. Monast. Münſter 1486. 4to. iſt mir nicht aus Autopſie bekannt, eben ſo wenig die ebend. Th. 3. §. 828. erwähnten Cölner Sammlungen.

16) Hervorgehoben zu werden verdient beſonders die auf der Petrikauer Synode d. J. 1577 beſchloſſene und zu Cracau 1579 erſchienene Sammlung des Leslauer Biſchofs Stan. Karnkowski (Constit. synodorum metrop. ecclesiae Gnesn. provincialium tam vetustarum quam recentiorum usque ad A. Dom. 1578.), welche in ſyſtematiſcher Ordnung Fragmente aller früheren Synoden, meiſt mit Angabe der Quelle, zuſammenſtellt; eine Umarbeitung derſelben, bereits 1607 einer Commiſſion übertragen, aber erſt unter Erzb. Joh. Wenzyk zu Stande gekommen, iſt im J. 1630 unter dem Titel: Constit. synodor. metrop. ecclesiae Gnesn. provincialium zu Cracau erſchienen (ſ. Jacobſon a. a. O. S. 68—71.).

torität ergangen wären, fehlt es indeſſen, und die Privatſammlungen des vorigen Jahrhunderts ſind weder vollſtändig für die ältere Zeit, noch reichen ſie bis auf die neueſten Synoden herab. Fortgedauert hat dieſe Synodal-Geſetzgebung in den einzelnen Sprengeln bis zu ſehr verſchiedenen Zeitpunkten. In Trier und Mainz iſt ſeit den auf Veranlaſſung des Augsburger Interims im J. 1549 gehaltenen Provinzialſynoden kein Concil mehr berufen worden, und hat nicht einmal die bekannte Beſtimmung des Tridentiner Concils dazu geführt, während die Cölner Diöceſanſynoden erſt mit dem J. 1662 abſchließen, in Paderborn m. W. das neueſte Concil in d. J. 1688 fällt, in der Breslauer Diöceſe noch im J. 1699 eine Synode gehalten worden iſt; in Polen und Polniſch-Preußen kommen noch in der erſten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einzelne Diöceſanſynoden vor, wenn gleich die Provincialconcilien auch hier ſchon mit dem J. 1673, eigentlich mit dem J. 1646 aufhörten; bei weitem am längſten aber haben ſich die Synoden in der Münſterſchen Diöceſe erhalten, wo noch im Laufe des vorigen Jahrhunderts die Concilien-Geſetzgebung in bedeutendem Maaße thätig geweſen iſt [17]. Ob es in Zukunft wieder, wenn auch nicht regelmäßig, zu Berufung von Provinzial- oder Diöceſan-Synoden kommen werde, darf bezweifelt werden, und in ſo fern dieſe Quelle des Kirchenrechts auch für Preußen als abgeſchloſſen gelten. Jedenfalls aber unterliegt nach dem Standpunkte, welchen überhaupt das particulare Recht noch in der Preußiſchen Rechtsverfaſſung einnimmt, die fortdauernde Gültigkeit jener Concilienſchlüſſe an ſich keinem Zweifel [18]), und kann nament-

17) Die letzte Münſterſche Synode, welche bei Schannat l. l. T. X. p. 578. mitgetheilt wird, iſt vom J. 1749; doch iſt es nicht unwahrſcheinlich, daß auch ſeitdem noch Concilien gehalten worden ſind. Ob die bei v. Kamptz a. a. O. §. 581. angef. Decreta synod. dioecesis Monaster. Münſter 1801 nur eine neue Ausgabe älterer Concilien ſind, oder Beſchlüſſe einer damals gehaltenen Synode enthalten, muß ich dahin geſtellt laſſen.

18) In der oben §. 1. Note 44. angef. Samml. Cölner Verordn. wird, wie auf andere Particulargeſetze, namentlich auf die decreta synod. Maximiliani Henrici, d. h. die erwähnte Synode v. J. 1662, vielfach verwieſen. In dem von Jacobſon a. a. O. Th. 1. No. 119. mitgeth. Reſcr. der Marienwerder Regier. v. 19. Juli 1805 wird die Gültigkeit

lich an die neue Diöceſaneintheilung [19]) in dieſer Hinſicht keine weitere Folge geknüpft werden, als daß gegenwärtig innerhalb deſſelben Sprengels, je nach den Theilen, aus welchen die jetzigen geiſtlichen Gebiete der einzelnen Bisthümer zuſammengeſetzt ſind, theils verſchiedene, theils fremde Diöceſanſtatuten zur Anwendung kommen müſſen, wo es ſich um kirchliche Verhältniſſe handelt, deren Urſprung in die Zeit vor dem J. 1821 fällt [20]).

Als Ergänzung der Concilienſchlüſſe, und für die letzten Jahrhunderte als Erſatz derſelben gehören ferner hieher

3) die *Verordnungen der Biſchöfe und biſchöflichen Behörden*, insbeſondere der Generalvicariate. Unter dem Namen von Decreten, Mandaten, Epiſteln, Conſtitutionen, Ordinationen, pragmatiſchen Sanctionen u. ſ. w. kommen die erſteren ſchon früh vor, und ſind den Concilienſchlüſſen ſowohl in den Sammlungen, als ihrer Bedeutung nach an die Seite geſtellt worden; erheblichere Wichtigkeit haben ſie aber erſt gewonnen, ſeit die Conciliengeſetzgebung aufhörte [21]). Im Ganzen ſind ſie vorzugsweiſe zu wiederholter Einſchärfung der beſtehenden Kirchengeſetze, und zu näherer Regulirung der eigentlichen Adminiſtration der Diöceſe beſtimmt, und je mehr dieſe in neuerer Zeit in den biſchöflichen Behörden ſich concentrirte, ſind auch die Verordnungen, Publicanda und Currenden der Vicariate mehr und mehr das Organ geworden, durch welches, bald ſelbſtſtändig, bald im

---

einer auf Grund des Gneſener Synodalbeſchluſſes v. J. 1630 behaupteten Obſervanz anerkannt; eben ſo iſt für die Grafſchaft Glatz das in der Synod. Prag. A. 1605. tit. 32. §. 5. anerkannte Erbrecht der Kirche und des Patrons in je $\frac{1}{3}$ des acquaestus clericalis durch Reſcr. vom 27. Juli 1795 ausdrücklich als rechtsbegründet beſtätigt worden.

19) Die Schlußclauſel der Bulle, worin u. a. auch alle entgegenſtehenden Prov.- u. Diöc.-Geſetze aufgehoben werden, bezieht ſich nur auf den ausdrücklichen ſpeciellen Inhalt der Bulle, deren Ausführung dadurch geſichert werden ſollte.

20) Gerade mit Rückſicht hierauf haben wir oben (Kap. 4. §. 7.) die heutige Diöceſaneintheilung mit der früheren zuſammengeſtellt.

21) So namentlich in Trier die Constit. und ordinationes synodales der Erzbiſch. Lothar, Joh. Hugo und Franz Ludwig aus den J. 1622, 1678 u. 1720, welche, gleich den früheren Concilien, faſt über das ganze Kirchenrecht ſich verbreiten (Schannat l. l. T. IX. p. 825. T. X. p. 57. u. 893.).

Auftrage und Namen der Biſchöfe, die in der Diöceſangewalt liegende anordnende Gewalt geübt wird[22]). Für die jetzige Zeit bilden die biſchöflichen und Vicariats-Verordnungen die Hauptquelle der eigentlich kirchlichen Geſetzgebung, und iſt auf dieſem Wege, theils auf Anregung, theils unter placetirender Concurrenz der Regierung, nach verſchiedenen Seiten hin die innere Organiſation der Diöceſen neu geordnet worden[23]). Die Benutzung dieſer Quelle iſt indeſſen dadurch ſehr erſchwert, daß dieſe biſchöflichen Verordnungen nicht einmal in den geiſtlichen Territorien vollſtändig in die Sammlungen der Landesgeſetze übergegangen ſind[24]), ſondern großentheils nur als ſ. g. fliegende Verordnungen exiſtirten, häufig auch nur in Form ſchriftlicher Circulare dem Clerus zugingen, und daß eben ſo wenig in neuerer Zeit dutch Sammlungen und of-

---

22) Im Erzſtifte Mainz hat das Gen.-Vicariat, als oberſte Kirchenregierungs-Behörde, ſeine Organiſation ſchon in den J. 1658 u. 1670 erhalten; die erſte, ſpäter mehrfach revidirte Vicariats-Ordn. iſt vom 11. Oct. 1729, und von dieſer Zeit datiren auch dort die erſten Vicariats-Verordnungen. S. Scheppler Cod. eccl. Mogunt. Vorr. S. 4. — Im Breslauer Stifte iſt nach Herber origin. p. 124. die Organiſation der noch jetzt beſtehenden beiden biſchöflichen Behörden, des Conſiſtorii für die Jurisdiction, des General-Vicariats für die Verwaltung, unter Biſchof Franz Ludwig in den J. 1693 u. 1694 erfolgt, und deren Reſſort namentlich durch eine Sanctio pragmatica episc. v. 26. Oct. 1699 beſtimmt worden. — Ueber die anderen Diöceſen vermag ich nichts beizubringen, und bemerke nur, daß Bekanntmachung der für jene Behörden ergangenen Inſtructionen, oder doch anderweitige Mittheilungen über deren Organiſation ſehr wünſchenswerth erſcheinen.

23) In dieſer Beziehung verdienen beſonders hervorgehoben zu werden die Verordn., durch welche, in der Cölner Diöceſe unterm 24. Febr. 1827, in der Trierer unterm 19. Oct. 1827 das Inſtitut der Landdechanten neu geordnet worden iſt (ſ. die oben §. 1. Note 44. angef. Samml. Cöln. Verordn. S. 30 flg. und Chronik der Diöc. Trier. Jahrg. 1829 S 23 flg.). Uebrigens finden ſich auch in neueren Regierungs-Public. Verweiſungen auf derartige Verordnungen der früheren Zeit, z. B. im Arensb. Reg.-Publ. v. 29. Mai 1821.

24) So macht z. B. P. Hedderich (die Cölner Kirche, ihre Gerechtſ. u. ſ. w. §. 28. u. 29. in: Eichhof's Materialien Th. 1. S. 399 flg.) eine Reihe fliegender Verordn. kirchlichen Inhalts namhaft, welche nicht in der Cölner Edicten-Samml. des Kurf. Maximilian Friedrich v. J. 1772 ſtänden; eben ſo enthält die Sammlung der Paderborner Landesverordn. zwar viele wichtige Conſtitutionen der Art, ſicher aber nicht alle; noch dürftiger iſt, wie überhaupt, auch in dieſer Hinſicht die officielle Samml. der Münſter'ſchen Verordnungen.

ficielle Publicationsformen für allgemeinere Zugänglichkeit genügend geſorgt iſt [25]).

Von untergeordneterem Werthe, und überwiegend nur hiſtoriſcher Bedeutung ſind

4) die *Statuten der Domkapitel und Collegiatſtifter*, wie der ſ. g. Ruralkapitel oder Chriſtianitäten, nicht minder die *beſonderen Rechtsquellen des Regularenſtandes*. Denn mit äußerſt geringen Ausnahmen ſind, in Folge der Säculariſation der J. 1803 und 1810, die Klöſter innerhalb der Preußiſchen Monarchie theils ſchon aufgehoben theils zur Einziehung beſtimmt [26]), ſo daß dieſe Seite der katholiſchen Kirchenverfaſſung faſt alle Bedeutung verloren hat. Gleiches iſt der Fall mit den früher in nicht geringer Zahl beſtandenen Collegiatſtiftern, von denen allein die in Poſen noch exiſtirenden aus alter Zeit her-

---

25) Für *Ermland* weiſet *Jacobſon* a. a. O. Th. 1. S. 84 flg. eine Reihe einzelner Diöceſan-Verordn. nach, und theilt deren im Anhange mehrere mit; in den *Polniſchen* Bisthümern ſcheinen, bei der fortdauernden Thätigkeit der Synodal-Geſetzgebung, ſeltner dergleichen Conſtitutionen ergangen zu ſein. Für die *Breslauer* Diöceſe macht *Friedenberg* Tr. de gener. el partic. Siles. iurib. T. I. c. 10, intereſſante Mittheilungen aus den biſchöfl. Verordn. der Oeſterr. Zeit, beſonders aus der Sanctio pragm. 26. Oct. 1699; aus der Zeit der Preuß. Herrſchaft finden ſich viele angeführt, aber auch nicht mitgetheilt in den von *Herber* ſeinen Silesiae sacrae origines angehängten Tabulae chronol.-histor. in annales historiae dioecesanae; ob das ſeit dem J. 1804 erſchienene Diöceſanblatt für den Clerus der Bresl. Diöces ſolche Verordn. enthält, iſt mir nicht bekannt. Eine große Zahl *Mainzer* Episcopal- und Vicariats-Verordn. findet ſich bei *Scheppler* l. l. Ueber die *Cölner* Verordn. iſt für die ältere Zeit auf die Edicten-Samml. und die *Scotti*'ſche Samml., für die neuere auf die mehrfach ſchon allegirte, vom Gen.-Vicariat beſorgte Sammlung zu verweiſen; was aber *Trier* betrifft, ſo kommen außer der *Scotti*'ſchen Samml. und *Hontheim*'s historia Trevir. die s. l. et a. erſchienene *Blattau*'ſche Samml. erzbiſch. u. biſchöfl. Trierſchen Verordn., und die erwähnte Chronik der Diöceſe Trier in Betracht, wo in großer Zahl neuere Verordnungen mitgetheilt ſind. Einige Synodaldecrete aus dem *Münſterlande*, aus dem Herz. *Weſtfalen* und *Recklinghauſen* finden ſich in *Schlüter*'s Provincial-Recht der Prov. Weſtphalen Th. 1. u. 3., und in *Seibertz* Statuten und Gewohnheiten für das Herzogth. Weſtfalen. Arnsberg 1839.

26) Das Hof- und Staats-Handbuch vom J. 1839 führt S. 304. nur noch für Schleſien derartige Inſtitute auf.

rühren[27]), das zu Aachen dagegen mit dem alten dortigen Reichsſtifte U. L. Fr. in keinerlei Zuſammenhange ſteht, ſondern nur als Fortſetzung des durch das Franzöſiſche Concordat dort neu errichteten Domkapitels gelten kann[28]). Zweifelhafter dürfte ſein, ob nicht, mit Ausnahme nur des Trierer, welches jedenfalls nur als eine aus Franzöſiſcher Zeit herrührende neue Stiftung anzunehmen iſt und des Cölner, welches die Bulle ſelbſt als neu errichtet bezeichnet[29]), in den übrigen Domkapiteln der Monarchie die älteren Stifter erhalten ſeien, da eine Aufhebung derſelben als kirchlicher Behörden weder bei der Säculariſation ausgeſprochen iſt, noch letztere an und für ſich als Suppreſſion im kirchlichen Sinne gelten kann[30]), für Ermland ſogar die Bulle die vorläufige Fortdauer der bisherigen Kapitelsverfaſſung ausdrücklich ausgeſprochen hat[31]). Jedenfalls iſt indeſſen die innere Organiſation der jetzigen Domkapitel, ihre ſtaatsrechtliche Bedeutung, und ſelbſt ihre kirchliche Stellung gegenwärtig eine ſo durchaus andere geworden, daß die factiſchen Vorausſetzungen, auf welchen die früheren Statuten und Obſervanzen beruhten, jetzt faſt durchweg fehlen, und dieſen Rechtsquellen, wenngleich ſie als aufgehoben oder ſchlechthin weggefallen

---

27) Es ſind dies nach S. 830. u. 831. a. a. O. die Collegiatſtifter zu Cruczwicz, S. Mariae Magd. zu Poſen, zu Czarnikow, Samter und Schroda.

28) Das Franzöſiſche Circumſcr.-Breve vom 29. Novbr. 1801 erklärt eben ſowohl die alten Bisthümer, Kapitel u. ſ. w. für völlig aufgehoben und erloſchen, als andrerſeits die an deren Stelle getretenen, darunter Aachen, für neue Stiftungen; die Bulle de salute animarum bezeichnet aber das Aachener Collegiatſtift nur als immutatio ecclesiae antea cathedralis in collegiatam.

29) Erigimus dignitates, canonicatus etc., drückt ſich die Bulle im Art. 9. über das Cölner Kapitel aus, während bei den übrigen, Trier eingeſchloſſen, in den flg. Art. die Ausdrücke constabit ex duabus dignitatibus, constituent binae dignitates und ähnliche gebraucht werden.

30) Im A. L. R. Schl. iſt zwar im §. 62. von künftigen Domkapiteln, aber doch nur von deren Ein-, nicht Errichtung die Rede, und kann jener Ausdruck um ſo weniger entſcheiden, als die vorläufige Fortdauer des bisherigen Zuſtandes der Diöceſen auch die Domkapitel als integrirenden Theil der Kirchenverfaſſung in ſich ſchloß.

31) S. Art. 15. u. 20. flg. der Bulle. — Die oben (Kap. 4. §. 6. Note 24.) angeführten Urkunden für das Gneſener und Poſener Kapitel werden zwar decreta erectionis rubricirt; im Contexte iſt aber nur von innovatio und redintegratio die Rede, wie in der für das Trierer nur von formatio und compositio.

nicht gelten dürften[32]), nicht viel anders mehr, als in hiſtoriſcher Beziehung, und in ſo fern Werth beizulegen iſt, als ſie für eine neue ſtatutariſche Geſetzgebung als Vorbild und Ausgangspunkt dienen können. Zu bedauern bleibt es übrigens trotz dieſer ſo beſchränkten practiſchen Bedeutung, daß von dieſen Statuten nur wenige durch den Druck bekannt geworden ſind, und auch anderweitig über die eigenthümliche Verfaſſung der Kapitel genügender Aufſchluß bisher noch nicht gewonnen iſt[33]).

Aehnlich wie mit den Statuten der Domkapitel, verhält es ſich mit den ſtatutariſchen Beſchlüſſen der Archipresbyterial=Convente, Chriſtianitäten oder Landkapitel, indem zwar zu genauerer Controlle und Leitung des Pfarramts das Inſtitut der Decane oder Erzprieſter in allen Diöceſen theils ungeſtört fortbeſtanden hat, theils neuerdings wiederhergeſtellt iſt, die corporative Organiſation aber, wodurch der Pfarrclerus der einzelnen Decanatsbezirke früher meiſt nach dem Vorbilde der Kapitel verbunden war, auch regelmäßige Berufung von Pfarrconventen zu gemeinſamer Berathung und Beſchlußnahme ſich nicht erhalten hat, außerdem aber der vielfache Wechſel der Territorialgrenzen die Decanatsbezirke zerſtückeln mußte, und die von alter Zeit verbundenen Gemeinden durch die neue Diöceſan=Umſchreibung verſchiedenen Kirchenſprengeln zugefallen ſind. Selbſt in den unteren Kreiſen der kirchlichen Verfaſſung ſind in den letzten Jahrzehnten zu bedeutende Aenderungen eingetreten, als daß der Inhalt jener früheren, unter

---

32) In dem decr. erect. capit. Posnan. erklärt der päbſtliche Executor der Bulle die statuta. consuetudines et alios iuris scripti aut non scripti fontes nur in ſo fern für ungültig und aufgehoben, quantum non convenerint ad ea, quae hoc decreto sumus comprehensuri.

33) Die Trierer ſind neuerdings mit anderen intereſſanten Documenten bekannt gemacht in: Der Dom zu Trier oder Statuta des vormal. erzbiſch. Domkap. zu Trier. Ebend. 1834. — Ein Breslauer Statut super requisitis ad capiendam possessionem canonicatus et inchoandam residentiam vom J. 1722 iſt bei Friedenberg l. l. p. 272 seq. mitgetheilt, ein andres vom J. 1786 über das Requiſit adliger Geburt wird von Herber l. l. p. 136. erwähnt. — Ueber die Polniſch=Preußiſchen Kapitel=Statuten hat Jacobſon a. a. O. S. 76. weitere Mittheilungen verſprochen. — In den beiden erſten Theilen von Mayer Codex statutor. ineditor. Regensb. 1791., welche mir allein zugänglich waren, finden ſich keine Statuten Preußiſcher Domkapitel.

Genehmigung der geiſtlichen und weltlichen Oberen auf Grund des Herkommens entworfenen Statuten und gefaßten Beſchlüſſe auch nur für die Pfarr-Einrichtungen[34]) noch ſchlechthin als geltendes Recht angeſehen werden könnte; nur in einzelnen Punkten kommen ſie, und im Ganzen mehr als Zeugniß der in beſtimmten Diſtricten beſtandenen Obſervanzen, denn als eigentliche Rechtsquellen[35]) in Betracht, und ſind, wenn auch in dieſer Beziehung von beſonderer Wichtigkeit, um ſo mehr mit größter Vorſicht zu gebrauchen[36]).

Eine der Wiſſenſchaft ſchwer zugängliche, aber für die Praxis eben ſo wichtige, als ſicher noch höchſt ergiebige Quelle des particularen Kirchenrechts iſt endlich

5) in den **Gewohnheiten** und **Obſervanzen** der einzelnen Diöceſen, Diſtricte und Ortſchaften zu finden. In wie ausgedehntem Umfange die landrechtliche Geſetzgebung ſelbſt darauf verweiſet, iſt bereits früher bemerkt worden[37]), und irrig erſcheint die, auch in geſetzlichen Normen[38]) hie und da hervortre-

---

34) Ueber Pfarrabgaben, über Gnaden- und Dienſtjahr, Nachlaß der Geiſtlichen und Auseinanderſetzung mit dem Amtsnachfolger, Kirchenbauten und Verwaltung des Pfarr- und Kirchenguts verbreiten ſich die erhaltenen Statuten der Art meiſt ſehr ausführlich.

35) Aufgehoben iſt übrigens durch die oben Note 23. erwähnte **Cölner** Verordn. nur, was über Begrenzung der Decanate, und über Ernennung und Geſchäftsführung der Decane „geſetzlich vorgeſchrieben oder ſeither herkömmlich“ war; nach der **Trierer** Verordn. §. 12. ſollen die älteren Ordinate ſo weit in Kraft verbleiben, als der veränderte Zuſtand der Diöceſe es zuläßt, und die Geſetze der neueren Zeit nicht entgegen ſind.

36) Mehrere ſehr belehrende, der Cölner Diöceſe angehörige Chriſtianitäts-Statuten, das älteſte aus dem Ende des 14. Jahrh., das neueſte v. J. 1780, ſind in: **Binterim** und **Mooren** die alte und neue Erzdiöceſe Cöln Th. 2. S. 247—500. mitgetheilt; ſonſt iſt mir nur das Statut des **Trierer** Burdecanats vom J. 1570 (in der Chronik der Dioc. Trier. Jahrg. 1829. S. 65 flg.) bekannt. In den kirchlichen Archiven exiſtiren aber gewiß noch viele ähnliche Documente, und Publication derſelben wäre eben ſo wünſchenswerth, als Mittheilungen aus den **Viſitations-Rezeſſen** und **Berichten**, oder den auf die **Sendgerichte** bezüglichen Inſtructionen und Protocollen, wie deren z. B. für Ermland und andere Preuß. Diöceſen **Jacobſon** a. a. O. Th. 1. No. 74—85. mehrere bekannt gemacht hat.

37) S. oben B. II. Kap. 4. §. 4.

38) Vgl. z. B. das in **Leman's** Prov.-Recht für Weſtpreußen Th. 2. S. 744. mitgetheilte Public. vom 6. Juni 1825.

tende Anſicht, als ob nur auf Grund ſolcher Remiſſion, oder wo die Landesgeſetzgebung über den in Frage ſtehenden Punkt der Kirchenverfaſſung gar keine Beſtimmung getroffen habe, das Gewohnheitsrecht noch in Betracht kommen könne. Indeſſen dürfen allerdings eineſtheils nur wohlhergebrachte und rechtsgültige Obſervanzen Berückſichtigung finden[39]); anderntheils wird, wo bloß auf Grund der gemeinen Rechtsquellen ſich eine Gleichförmigkeit der kirchlichen Praxis gebildet und erhalten hat, dieſe nicht als Zeugniß eines provinciellen oder localen Gewohnheitsrechtes anzuſehen ſein. Nur darf doch auch hierbei nicht außer Augen geſetzt werden, daß für die innere Verfaſſung der katholiſchen Kirche überhaupt das canoniſche Recht keineswegs antiquirt iſt, daß alſo auch eine bisher befolgte Rechtsnorm noch nicht um deshalb allein den Vorſchriften der allgemeinen Landesgeſetze weichen muß, weil ſie nicht als Singularität innerhalb der Kirche erſcheint, ſondern nur als Zeugniß von der wirklich vorhandenen Geltung des gemeinen canoniſchen Rechts. Nicht minder ſcheint es dienlich, an die Zeit der Reception des Römiſchen Rechts in Deutſchland zu erinnern, wo es ſich gezeigt hat, zu wie offenbarem Unrechte es führen könne, wenn man, wo nur neben dem bisherigen Rechte, nicht unbedingt an deſſen Stelle, ein auf andrer Baſis beruhendes Recht eingeführt iſt, und beide ſich zu einem neuen Ganzen miſchen ſollen, jede im Leben noch ſo unzweifelhafte Abweichung der Praxis als eine irrationable, ſchon um der Abweichung willen verwerfliche Gewohnheit behandeln will, oder wenn man für ein Herkommen, deſſen Daſein ſo wenig als Gültigkeit bisher irgend bezweifelt wurde, in aller Strenge der prozeſſualiſchen Formen dahin Beweis erfordert, daß trotz erhobenen Widerſpruchs die Exiſtenz und verbindende Kraft der in Anſpruch genommenen Obſervanz durch Urtheil und Recht Anerkennung gefunden habe. Denn wie im innern und äu-

39) Wie dies im canoniſchen Rechte ſchon anerkannt iſt, ſo will auch das Publ.-Pat. Art. 7. zuerſt die Rechtsgültigkeit, dann erſt die Erheblichkeit und Nutzbarkeit der Obſervanz geprüft wiſſen, welche, ſelbſt wenn jenes Requiſit vorhanden wäre, über die Beibehaltung der Obſervanzen und deren Aufnahme in die Prov.-Geſetzbücher hauptſächlich entſcheiden ſoll.

ßern Staatsleben ſich für unzählige Verhältniſſe eine Praxis bildet und erhält, welche in Acten und Documenten nur zufällig und beiläufig hervortritt, eigentlich aber nur in der Tradition und in einem Bewußtſein unvermeidlicher Nothwendigkeit beruht, wie überhaupt auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts und innerhalb der in anerkannter Selbſtſtändigkeit beſtehenden Corporationen und Communen, ſo fern es ſich um Verhältniſſe handelt, denen fortdauernde und gleichförmige Wirkung und eine natürliche Continuität beigelegt werden muß, ſchon der bloß factiſche Beſtand und die äußere Fortdauer gewiſſer Inſtitutionen, die Wiederkehr beſtimmter Maaßnahmen, das regelmäßige Hervortreten einzelner rechtlicher Wirkungen, die herrſchende Anſicht der dieſen Kreiſen angehörigen und mit jenen Angelegenheiten vertrauten Individuen, als genügender Beweis für das Daſein und die verbindende Kraft beſonderen Herkommens wenigſtens ſo lange wird gelten müſſen, als dadurch nicht den wohlbegründeten Rechten Dritter Eintrag geſchieht; ſo kann es auch für die kirchlichen Einrichtungen, namentlich in der katholiſchen Kirche, deren Stellung zum Staate eben ſo eigenthümlicher Art iſt, als ihr innerer Organismus, leicht zur Hintanſetzung und Verletzung unzweifelhaften Rechts, und ſtatt zur Erhaltung und Feſtſtellung der wirklich vorhandenen Verfaſſung, auf welche doch die Beſtätigung des local-provinciellen Herkommens abzweckt[40]), nur zu deren, durch Nichts als den vermeintlichen Vortheil völliger Rechtsgleichheit motivirten Umwandlung führen, wenn den bisher in unzweifelhafter Gültigkeit beſtandenen, und eben ſo unzweifelhaft befolgten Rechtsquellen nicht einmal adminiculirende Kraft bei dem Beweiſe deſſen, was hergebracht iſt, beigelegt werden will, wenn die Autorität derer dazu nicht ausreichen ſoll, bei denen ihrer Stellung und Lebenserfahrung nach genauere Kenntniß des beſtehenden Gebrauchs und der zeither befolgten Grundſätze vorausgeſetzt werden darf, wenn ſtatt der in der kirchlichen Verwaltung noch ſo unſtreitig hervortretenden Bekundung des ungeſchrieben überlieferten Rechtszuſtandes ein im Wege des Prozeſſes wiederholt und gleichförmig erſtrittenes directes

40) Binder a. a. O. Th. 1. S. VI. und Th. 2. S. 2 flg.

directes Anerkenntniß der Gewohnheiten und Obſervanzen gefordert wird[41]). Die durch Herkommen begründeten Verſchiedenheiten der kirchlichen Verfaſſung zu beſeitigen, wird weniger für die der Staatsgeſetzgebung geſtellte Aufgabe angeſehen werden können, als daß nur nicht unter dem Scheine des Herkommens die kirchlichen Verhältniſſe ungeordnet bleiben, oder unzweifelhafte Mißbräuche fortgepflanzt werden, und daß den wohlbegründeten Rechten und Intereſſen, ſo wenig des Staats und des evangeliſchen Bekenntniſſes, als der Obern und Mitglieder der katholiſchen Kirche ſelbſt, unter dem Vorwande angeblichen Gewohnheitsrechts Eintrag geſchehe. Gerade auf dieſem Gebiete, und in einem Lande, welches das katholiſche Bekenntniß erſt ſpäter in ſich aufgenommen hat, dürfte ein der Anſicht der Betheiligten entſprechendes, und Niemandes Rechten präjudicirliches, obſchon vielleicht in ſeinem Urſprunge dunkles, oder dem äußeren Beweiſe nach nicht völlig unzweifelhaftes Herkommen, wenn beibehalten, weniger ſtörend ſich erweiſen, als die um bloß äußerer Gleichförmigkeit willen beliebte Beſeitigung einer an ſich wohlbegründeten, nur nicht in den Formen des ſtrengen Rechts erweislichen Gewohnheit.

§. 3.
Allgemeine Landesgeſetze.

Neben den Rechtsquellen kirchlichen Urſprungs hat ſelbſt im Mittelalter, bei aller der Kirchengewalt vindicirten und gewährten Unabhängigkeit, die weltliche Geſetzgebung eine nicht unbedeutende Wichtigkeit für das Kirchenrecht behauptet; zu früher kaum geahnter Höhe hat ſich aber dieſe in dem Maaße geſteigert, als die Staatsgewalt die ihr gebührenden landes- und kirchenhoheitlichen Rechte wieder in Anſpruch nahm, und gerade für Preußen iſt in der Landesgeſetzgebung eine der reichhaltigſten Quellen für die Kirchenverfaſſung gegeben. Ziehen wir hier zunächſt

III. diejenigen weltlichen Kirchenrechtsquellen in Betracht, welche die Bedeutung eines allgemeinen Landesgeſetzes

41) In aller Weiſe treffend äußert ſich hierüber, und zwar gerade in Bezug auf kirchliche Verhältniſſe, obſchon einer evangeliſchen Provinz, Götze a. a. O. Einl. S. 43.

haben, und für die Monarchie im Ganzen als kirchenrechtliche Norm gelten, ſo muß allerdings

1) dem Römiſchen Rechte auch für die Verhältniſſe der katholiſchen Kirche alle Geſetzeskraft abgeſprochen werden. Früher als Recht der Kirche anerkannt, war es doch für die innere Kirchenverfaſſung ſchon im Mittelalter zu bloß hiſtoriſcher Bedeutung zurückgedrängt, und wie über das Verhältniß der Kirche zur Staatsgewalt nur die Landesverfaſſung entſcheidet, ſo unterliegt es auch, da der Clerus in allen bürgerlichen Rechtsangelegenheiten unbedingt der weltlichen Geſetzgebung und Gerichtbarkeit untergeordnet iſt, keinem Bedenken, daß die, bei Publication des Landrechts wie der Franzöſiſchen Geſetzbücher gleich unumwunden ausgeſprochene, Derogation des Römiſchen Rechts für den Clerus und die Kirche eben ſo gilt, als für die übrigen Unterthanen und im Staate anerkannten Corporationen[1]). Dagegen können

2) die Deutſchen Reichsgeſetze noch nicht als völlig antiquirt angeſehen werden, vielmehr ſind, der derogatoriſchen Clauſel des Publications-Patents und der ſeitdem eingetretenen Auflöſung des Deutſchen Reichs ungeachtet, wenigſtens die Religionsfriedensſchlüſſe und die daran ſich anſchließenden Reichsgeſetze, insbeſondre der Reichsdeputations-Hauptſchluß vom J. 1803 immer noch für Preußen als formell gültige Rechtsquelle zu betrachten. In dem letzteren liegt einerſeits der Rechtstitel für den Beſitz der ehemaligen Stiftsgebiete und des damit gewonnenen Kirchenguts, andrerſeits iſt dadurch für alle Kirchen- und Schulfonds, wie für die frommen und milden Stiftungen eine erneute Garantie ertheilt worden[2]); endlich iſt auch, ſ

1) In Starke's Beiträgen Th. 1. S. 368. wird ausdrücklich bemerkt, daß in Schleſien, wo doch die geiſtlichen Gerichte noch in vielen weltlichen Sachen des Clerus Jurisdiction haben, bei dieſen lediglich die Vorſchriften des Preußiſchen Rechts zur Anwendung kommen.

2) S. oben Kap. 1. §. 3. Dem entſprechend iſt auch, wie ſchon unter Franzöſiſcher Zeit die Pfarrkirchen, Kirchenfabriken u. ſ. w. zurückgegeben worden ſind (ſ. Kap. 4. §. 1.), unter Preußiſcher Regierung Reſtitution aller fundationsmäßigen Güter und Kapitalien von Meß- und Anniverſarien-Stiftungen erfolgt, und für die ſeit den Franz. Geſetzen vom 26. Juli u. 20. Dezbr. 1803 noch von Staatswegen verkauften derartigen Güter und Renten Erſatz zugeſtanden worden.

Digitized by Google

mehr es zur Zeit der Reichsverfaſſung beſtritten war, wie weit die Landesherrſchaft zur Aufnahme einer bisher im Lande nicht recipirten Confeſſion berechtigt ſei, für den heutigen kirchlichen Zuſtand der Vorbehalt von Wichtigkeit, welcher die neuen Landesherren der geiſtlichen Entſchädigungslande zu Gewährung freier Uebung der evangeliſchen Religion [3]) ausdrücklich ermächtigte. Was dagegen den Weſtfäliſchen Frieden betrifft, ſo hat allerdings, in Folge der Säculariſationen und der Reorganiſation der Diöceſanverfaſſung, das Entſcheidungsziel des J. 1624 für kirchlichen Beſitz und für Umfang der biſchöflichen Jurisdictionsgewalt faſt alle Bedeutung verloren. Wie aber für den Pfarrbeſitz und die Pfarrverfaſſung der damalige Status quo immer noch als entſcheidend anerkannt werden muß, ſo würde auch in dem, freilich nicht zu erwartenden Falle, daß der einen oder andern Confeſſion in einzelnen Kirchen und Ortſchaften, oder gar in ganzen Diſtricten und Provinzen die bisher genoſſene Religionsübung von irgend einer Seite her beeinträchtigt werden ſollte, bei Ermangelung ſpeciell einſchlagender Normen in letzter Inſtanz nur nach dem Weſtfäliſchen Frieden ſich beſtimmen können, ob und in welcher Art auf Religionsübung ein wirkliches Anrecht zuſtändig ſei. Ein directes Anerkenntniß des Weſtfäliſchen Friedens enthält zwar weder das Landrecht, noch m. W. die neuere Landesgeſetzgebung [4]); deſſen bedurfte es aber auch nicht, weder ſo lange Preußen dem Deutſchen Reichsverbande angehörte, noch ſeit deſſen Auflöſung, indem der Weſtfäliſche Friede für die verſchiedenen Kirchen und die dazu gehörigen Gemeinden ein wohlerworbenes Recht begründet hat, für deſſen Fortdauer wie Beurtheilung die inzwiſchen eingetretenen Aenderungen der Verfaſſung und des formellen Rechtszuſtandes völlig

Vgl. die erzbiſch. Cöln. Rundſchreiben vom 11. Novbr. 1826 u. 3. Febr. 1829 in der Samml. Cöln. Diöc.-Verordn. S. 28. u. 103.

3) Daß allein von „Duldung“ im R. D. H. Schl. die Rede iſt, kann offenbar nach den bei den Regensb. Verhandlungen erfolgten Erklärungen (ſ. Kap. 1. §. 3. Note 28.) nicht urgirt werden, indem bloße Hausandacht, wenn auch bisher in den geiſtlichen Territorien verweigert, doch ſchon nach dem Weſtfäl. Frieden den Evangeliſchen von Rechtswegen zukam, und es dazu eines beſonderen Vorbehalts überall nicht bedurft hätte.

4) S. oben B. II. Kap. 4. §. 4. S. 496.

einflußlos ſein müſſen. Wie ſelbſt die Franzöſiſche Regierung an dem, obenein ohne allen Vorbehalt ihr überlaſſenen, linken Rheinufer den Weſtfäliſchen Frieden als fortdauernd gültige Norm anerkannt hat[5]), kann noch weniger für die dieſſeitigen Landestheile, obſchon nur ſo weit ſie zum Deutſchen Reiche gehörten, die formelle Rechtskraft deſſelben in Zweifel gezogen werden[6]).

Als Ergänzung und Beſtätigung dieſer aus der Zeit der Reichsverfaſſung herrührenden Quelle iſt zu betrachten

3) die Deutſche Bundes-Acte, deren Art. 16. zwar für die außerdeutſchen Provinzen der Monarchie überall nicht normativ, und für die übrigen in ſo fern von geringer Bedeutung iſt, als ſchon die Landesgeſetzgebung die bürgerliche und politiſche Parität der beiderſeitigen Confeſſions-Verwandten anerkannt hatte, die aber doch um deshalb von Wichtigkeit iſt, weil der Reichsdeputations-Hauptſchluß nur die bürgerlichen Rechte anderen Religionsverwandten einzuräumen die neuen Landesherren ermächtigt hatte, und weil nun auch eine unwiderrufliche und vertragsmäßige Garantie jener Rechtsgleichheit gewährt iſt.

Bei weitem wichtiger indeſſen, weil umfaſſender und reichhaltiger als alle bisher erwähnten Quellen, iſt

4) die kirchliche Landesgeſetzgebung Preußens, wie ſie theils in dem Allgemeinen Landrechte und in der Allgemeinen Gerichtsordnung[7]), theils in den ſeit deren Publication ergangenen, abändernden und ergänzenden, allgemeinen Geſetzen kirchlichen Inhalts vorliegt. Die Eigenthümlichkeit der landrechtlichen und neueren Kirchengeſetzgebung zu charakteriſiren, iſt früher bereits verſucht worden, deren Verhältniß zu den kirchlichen Rechtsquellen ſpäterer Erörterung vorzubehalten, Abfaſſung

---

5) Vgl. die von Hermens a. a. O. Th. 1. S. 334. Note 2. mitgetheilten Inſtructionen des Franz. Cultus-Miniſterii vom 3. März u. 17. Mai 1806, und das auf die letztere bezügliche Decret vom 11. Juni deſſ. Jahres.

6) Auch in den Ergänz. und Erläuter. der Preuß. Rechtsbücher Th. 1. Abth. 3. S. 504. wird anerkannt, daß die das ſtaatsrechtliche Verhältniß beider Confeſſionen betreffenden Reichsgeſetze, weil wohlerworbene Rechte ſichernd, nicht unbedingt durch das A. L. R. aufgehoben ſeien.

7) Eine Zuſammenſtellung der die kirchl. Verhältniſſe näher berührenden Vorſchriften der A. G. O. ſ. bei Jacobſon a. a. O. Th. 2. S. 155

aber und Publication derartiger Kirchengeſetze beſondrer Erwägung nicht bedürftig, da ſpeciell hierauf bezügliche Vorſchriften nicht beſtehen[8]). Nur darauf ſei hier noch hingewieſen, daß keineswegs bloß die ſeit Herſtellung der Monarchie ergangenen allgemeinen Geſetze in den Provinzen gelten, welchen die Preußiſche Rechtsverfaſſung noch fehlt, ſondern daß für dieſe auch die landrechtliche Kirchengeſetzgebung ſelbſt, wenigſtens ſo weit ſie das Verhältniß der Kirche zum Staate betrifft, nicht aller Bedeutung und rechtsverbindenden Kraft entbehrt, indem, abgeſehen davon daß die Staatsverfaſſung und Verwaltung im Ganzen für die geſammte Monarchie in gleicher Weiſe geordnet iſt und ſein muß, die neueren Verordnungen über das Reſſortverhältniß der Staatsbehörden in Kirchenſachen auf dem Landrechte beruhen[9]), außerdem aber für alle Verbrechen gegen den Staat und alle Vergehen der Staatsdiener, zu denen die der Kirchenbeamten mit gerechnet werden, das Landrecht auch in jenen Provinzen als Norm gelten ſoll[10]).

Als gemeingültige Quelle des Landeskirchenrechts kommen endlich noch in Betracht

5) die **Miniſterial-Verordnungen und Reſcripte**, namentlich des Miniſterii der Geiſtlichen und Unterrichts-Angelegenheiten, indem zwar die Centralbehörden[11]) zu Erlaſſung neuer Geſetze, Verfaſſungs- oder Verwaltungsnormen ſo wenig befugt ſind, als zu deren Aufhebung oder Abänderung, im übrigen aber, was die Verwaltung betrifft, innerhalb ihres Reſſorts zu ſelbſtſtändigen Verfügungen berechtigt ſind, und reglementariſche Vorſchriften, nach welchen die Verwaltung von den Provincial-Behörden zu führen ſei, in ſo fern ohne höhere Autoriſation erlaſſen

8) Die zum Reſſort der Ober-Präſidenten verwieſene „Erörterung über Reviſion und Berichtigung der Kirchengeſetze“ (ſ. oben Kap. 4. §. 5.) bezieht ſich nur auf die von den geiſtlichen Obern ausgehenden Geſetze und Verordnungen.

9) S. oben Kap. 4. §. 5.

10) Vgl. die Cab.-Ord. v. 6. März und 5. Sept. 1821 u. v. 2. Aug. 1834.

11) Verordn. vom 27. Oct. 1810 über die veränd. Verf. aller oberſten Staatsbeh. sub rubr. „Die Staatsminiſter und Departem.-Chefs“, und Verordn. vom 3. Novbr. 1817, betr. die veränderte Anordn. der Miniſt. im E., vgl. mit Cab.-Ordre vom 4. Juli 1832 (Geſ.-Samml. von 1832 S. 181.).

können, als dadurch weder das Geſetz geändert wird, noch eine authentiſche Declaration deſſelben gegeben werden ſoll.

§. 4.

Provincialgeſetze und ſonſtige Particularrechte.

Nach dem Standpunkte, welchen in allen alten Provinzen, mit Ausnahme nur Oſtpreußens, das Particularrecht überhaupt noch zur Zeit hat, und in dem Maaße, als es ſelbſt neben der Franzöſiſchen Geſetzgebung für kirchliche Verhältniſſe in Kraft geblieben iſt, fließt auch noch eine ſehr ergiebige Quelle für die katholiſche Kirchenverfaſſung Preußens

IV. in den Particularrechten der einzelnen Landestheile, welche den gegenwärtigen Beſtand der Monarchie bilden. Eine vollſtändige Aufzählung derſelben[1]), an ſich kaum möglich, wäre um ſo unangemeſſener, als bei der Geſchichte der verſchiedenen Provinzen vielfach bereits auf dieſe Quelle Bezug genommen iſt; der Umfang aber, in welchem ſie für das heutige Recht noch in Betracht kommt, läßt ſich, je bedeutendere Aenderungen kirchliche und politiſche Verfaſſung des Landes in neueſter Zeit erfahren hat, nur je bei den einzelnen Materien mit einiger Sicherheit beſtimmen. Auf eine überſichtliche Zuſammenſtellung der Hauptklaſſen derartiger Rechtsquellen kann es daher hier allein abgeſehen ſein, um zugleich anzudeuten, in wie weit auch die neuere Landesgeſetzgebung noch auf die älteren Quellen dieſer Gattung ſich geſtützt, und deren fortdauernde Rechtskraft anerkannt hat.

In dieſer Hinſicht kommen nun zunächſt in Betracht

1) die Staatsverträge und Friedensſchlüſſe, durch welche einzelne Provinzen und Gebiete mit der Monarchie vereinigt worden ſind, und die auf Veranlaſſung dieſes Wechſels der Lan-

---

1) Welch reiches Hülfsmittel für das Studium des Preußiſchen Provincialrechts überhaupt in v. Kamptz's Provincial- und ſtatut. Rechten in der Preuß. Monarchie gewonnen worden, hat überall ſo ungetheilte, dankbarſte Anerkennung gefunden, daß es kaum beſondrer Verweiſung auf dieſes von uns häufig citirte, in noch ausgedehnterem Umfange benutzte, ausgezeichnete Werk bedarf.

desherrſchaft ergangenen Religions-Aſſecurationen und Religionsrezeſſe; jetzt freilich weniger wichtig, als in früherer Zeit, wo freie Religionsübung und gleiche Rechtsfähigkeit nur durch den bindenden Buchſtaben des Vertrags und urkundliche Zuſage geſichert ſchien, immer aber doch noch in ſo fern von praktiſcher Bedeutung, als dadurch bald für Kirchenbeſitz u. ſ. w. ein beſtimmter **Status quo** garantirt, bald auch, wie namentlich in den Jülich-Cleveſchen Religionsrezeſſen, die innere Verfaſſung der Kirche und das gegenſeitige Verhältniß beider Confeſſionen näher feſtgeſtellt worden iſt. Aehnlich verhält es ſich

2) mit den Landesgrundgeſetzen, auf welchen die ältere Provincialverfaſſung Preußens, und die Verfaſſung der früher ſelbſtſtändigen Territorien beruhte, welche ganz oder getheilt allmählich mit Preußen vereinigt worden ſind. Denn wie überhaupt dieſe älteren Verfaſſungsformen faſt ganz antiquirt ſind [2]), ſo beruht auch der kirchenrechtliche Inhalt jener Grundgeſetze bald auf Vorausſetzungen, welche gegenwärtig gänzlich fehlen, wie dies z. B. in den ehemals geiſtlichen Territorien der Fall, bald auf dem mit der Bundesacte und der landesverfaſſungsmäßigen Parität beider Confeſſionen gleich unvereinbaren Prinzipe einer bevorrechteten und herrſchenden Kirche. Nur in ſo fern dadurch auch für Verhältniſſe der inneren Kirchenverfaſſung der einen Confeſſion vertragsmäßige, wohlerworbene Rechte gegen die andere gewonnen ſind, wie dies bis zu einem gewiſſen Punkte für Schleſien von der Alt-Ranſtädter Convention, für die Lauſitz vom Prager Traditionsrezeſſe behauptet werden kann, namentlich aber für Weſtpreußen und Poſen von dem Warſchauer Tractate des J. 1768 gilt [3]),

2) Für die Entſchädigungslande iſt zwar Fortdauer der politiſchen Verfaſſung ausbedungen worden; wie dies aber nach Aufhebung ihrer Qualität als geiſtlicher Territorien und nach erfolgter Säculariſation aller Stifter noch für möglich erachtet werden konnte, iſt bei dem genauen Zuſammenhange zwiſchen den geiſtlichen und weltlichen Einrichtungen jener Stiftsgebiete kaum begreiflich.

3) Die Gültigkeit dieſes Tractats iſt, nach der ausführlichen Erörterung in Leman's Prov.-Recht für Weſtpr. Th 1. S. 283 flg. vgl. mit Th. 2. S. 236. u. 343., eine Zeitlang, weil deſſen Annahme von Seiten des Weſtpr Landtags nicht conſtirte, bezweifelt, neuerdings aber, ſeit erfolgtem Nachweiſe jener Approbation, ſelbſt in iudicando aner-

kann gegenwärtig noch jenen Geſetzen die Bedeutung einer Rechtsquelle vindicirt werden.

Deſto wichtiger ſind für die Kirchenverfaſſung der einzelnen Provinzen

3) die älteren Landesverordnungen aus der vorpreußiſchen Zeit. In kirchenſtaatsrechtlicher Beziehung kommen ſie zwar hauptſächlich nur noch als hiſtoriſche Documente, und als Rechtfertigung der der allgemeinen Landesgeſetzgebung zu Grunde gelegten Prinzipien in Betracht; ſo weit aber auf innere Kirchenverfaſſung bezüglich, ſind ſie, falls nicht durch neuere Provincial- oder Landesgeſetze geändert, und in ſo fern nur die betreffenden Inſtitute und Einrichtungen noch fortbeſtehen, eine eben ſo reichhaltige, als unzweifelhaft gültige Entſcheidungsquelle.

Bedenken könnten hier zunächſt wohl für die ehemals Polniſchen Provinzen entſtehen, in wie fern bei der Occupation Weſtpreußens die bisherige Rechtsverfaſſung für aufgehoben erklärt wurde, und an die Stelle der bis dahin gültigen Provincialgeſetze, namentlich der Polniſchen Conſtitutionen, das Oſtpreußiſche Landrecht, überhaupt der in dieſer Provinz beſtehende Rechtszuſtand treten ſollte, in ähnlicher Weiſe auch ſpäter in Südpreußen das Landrecht allen früheren Geſetzen als allein gültiges Recht ſubſtituirt worden iſt [4]). Allein daß in Weſtpreußen jene Beſtimmung nicht auf die kirchlichen Angelegenheiten ſich bezogen habe, wäre an ſich ſchon evident, wenn man nur mit der ausdrücklichen Beſtätigung der canoniſchen Rechte überhaupt und der beſonderen Parochialverfaſſungen den Umſtand zuſammenhält, daß die damals neu ergangenen Verordnungen nichts weiter als Umfang und Ausübung der landesherrlichen Kirchenhoheit näher beſtimmten, die den bisherigen Geſetzen ſubſtituirten Oſtpreußiſchen Rechte dagegen ſich über die kirchlichen Verhältniſſe, wenigſtens über die katholiſchen, überall nicht verbreiten; obenein aber iſt auch in dem Notificationspatente v. J. 1772, welches die Grundlage der ſpäteren

---

kannt worden, und iſt derſelbe als Vertrag ſelbſt den Provincialgeſetzen voranzuſtellen.

4) S. oben B. II. Kap. 3. §. 8. Note 4. und §. 9. Note 2. u. 3.

Verordnungen bildet, wortdeutlich nur „in Juſtiz-Sachen“ die Derogation aller bisherigen Geſetze und Verordnungen ausgeſprochen [5]). Und in gleicher Weiſe muß ſicher die Geſetzgebung für Südpreußen gedeutet werden, wenn ſchon es hier, bei gleichzeitiger Publication des Landrechts, wenigſtens nicht an allen Rechtsnormen für die katholiſchen Kirchenſachen gefehlt hätte. Denn das Edict vom J. 1794, zu deſſen Declaration die ſpätere Derogation der älteren Statuten, Conſtitutionen u. ſ. w. diente, bezieht ſich nicht bloß in der Rubrik lediglich auf diejenigen Geſetze und Rechte, nach welchen „in Rechts-Angelegenheiten“ verfahren werden ſolle, ſondern auch im Contexte nur auf „Rechtsſtreitigkeiten“ und Prozeßverhandlungen; die Beſtimmung aber, daß in Betreff der geiſtlichen Zinſen und Zehnten, obwohl fortan dem bürgerlichen Rechte angehörig, die früheren Polniſchen Geſetze gültig bleiben ſollten, iſt weniger ſinguläre Ausnahme, als Beſtätigung dafür, daß man es hinſichtlich der kirchlichen Verhältniſſe bei der bisherigen Verfaſſung, ſomit auch bei den darauf bezüglichen älteren Rechtsquellen bewenden laſſen wollte. Jedenfalls wird hier wie dort für alle ſolche Rechtsverhältniſſe, deren Entſtehungsgrund in die frühere Polniſche Zeit fällt, und dies iſt gerade in Betreff der Kirchenangelegenheiten vorzugsweiſe der Fall, auf die damaligen Rechtsnormen recurrirt, und in ſo weit den Polniſchen Conſtitutionen, für Südpreußen unbedingt, für Weſtpreußen, ſo lange deren Nichtreception nicht dargethan iſt [6]), rechtsverbindende Kraft beigelegt werden müſſen [7]).

5) S. Notif.-Patent v. 28. Sept. 1772 sub No. 2. u. Reg.-Inſtr. v. 21. Sept. 1773. §. V. u. XIII. Daß man den Warſchauer Tractat anfangs ſchlechthin anerkannte, ſpäter wenigſtens, wenn in Weſtpreußen zur Zeit der Poln. Republik recipirt, gelten laſſen wollte, dient eben ſo zu näherem Beleg der obigen Anſicht, als ein in Stengel's Beitr. Bd. 5. S. 95. mitgetheiltes Erkenntniß v. J. 1784, welchem eine Poln. Conſtitution v. J. 1768 als Norm für das den Klöſtern zuſtändige Erbrecht an den Nachlaß der Conventualen zu Grunde liegt.

6) Die bei den erwähnten Differenzen über den Warſchauer Tractat aufgeſtellte Anſicht, die Nichtreception ſei zu vermuthen, dürfte ſich nach der Art, wie ſich ſeit dem Lubliner Decrete vom J. 1569 das Verhältniß von Polniſch-Preußen zu Polen geſtaltet hat, und nach der Stellung, welche dadurch der Preußiſche Landtag erhielt (ſ. oben B. II. Kap. 3. §. 4.), ſchwerlich rechtfertigen laſſen.

7) In dem Leman'ſchen Entwurfe des Weſtpr. Prov.-Rechts wird

Zweifelhaft könnte es auch erſcheinen, ob auf dem linken Rheinufer die Landesverordnungen der vorfranzöſiſchen Zeit überhaupt noch in Betracht kämen, indem für die organiſchen Artikel des J. 1801 und die nicht geringe Zahl Franzöſiſcher Decrete früherer und ſpäterer Zeit, welche hier zur Publication gekommen ſind [8], die noch fortdauernde Gültigkeit eben ſo wenig Bedenken unterliegt, als daß nach der Stellung, welche im Syſteme des Code der allgemeinen Geſetzgebung zum Particularrechte gegeben iſt, den älteren Landesverordnungen u. ſ. w. unbedingt dadurch derogirt ſei. Indeſſen berühren doch jene Artikel und Decrete bloß einzelne Punkte der Kirchenverfaſſung, und ſind keineswegs als umfaſſende, vollſtändige Kirchengeſetzgebung, auch nur in dem Sinne des Allg. Landrechts, zu betrachten. Für alle nicht erwähnten Verhältniſſe muß daher, nach den Grundſätzen des Code ſelbſt, die Rechtskraft der älteren Quellen eben ſo fortdauern, als dies bei den aus früherer Zeit datirenden Rechtsverhältniſſen der Fall iſt, und zwiſchen der auf dem linken und der auf dem rechten Rheinufer belegenen Rheinprovinz beſteht kein anderer Unterſchied, als daß die Franzöſiſche Kirchengeſetzgebung dort allein, natürlich auch nur als Quelle des Particularrechts, Gültigkeit hat, und daß der Umfang, in welchem dort die Landesverordnungen der ehemaligen Deutſchen Reichsländer noch zur Anwendung kommen, geringer iſt als dieſſeits des Rheins, wo in der Zeit der Franzöſiſchen Zwiſchenherrſchaft die Bergiſche, Heſſiſche Geſetzgebung u. ſ. w. nur für einzelne kirchliche Verhältniſſe zu beſonderen Conſtitutionen geführt hat [9].

---

zwar nur auf Verordnungen u. ſ. w. aus der Preuß. Zeit Bezug genommen; viele der dort als obſervanzmäßig bekundeten Einrichtungen und Grundſätze beruhen aber auf Rechtsquellen der Polniſchen Zeit.

8) Außer in dem öfters ſchon allegirten Handbuche von Hermens finden ſie ſich auch in Bormann's u. v. Daniels Handb. der für d. Rhein-Prov. verkünd. Geſ., Verordn. und Regier.-Beſchl. aus d. Zeit d. Fremdherrſchaft. Köln 1833 flg. (bis jetzt 5 Bände).

9) Ein ausdrückliches Anerkenntniß der vorfranzöſiſchen Landesverordnungen iſt mir übrigens für das linke Rheinufer nicht bekannt, während ſonſt in Regier.-Public. u. in Verordn. der geiſtlichen Behörden allerdings nicht ſelten auf die ältere Jülich-Bergiſche Geſetzgebung u. ſ. w. verwieſen wird.

An jene älteren Landesverordnungen ſchließen ſowohl der Zeit als ihrem Inhalte nach ſich an

4) die Preußiſchen Provincial-Verordnungen und Geſetze. Seit Emanation des Landrechts ſind deren verhältnißmäßig nur wenige publicirt, indem überhaupt in der neueren Geſetzgebung immer entſchiedener die Tendenz gleichförmiger Behandlung der verſchiedenen Landestheile hervortritt, und, je mehr das Landrecht als Ausgangspunkt diente, hervortreten mußte, ſelten auch über die katholiſchen Kirchenangelegenheiten Specialverordnungen ergangen ſind. Deſto zahlreicher ſind die älteren für die katholiſchen Provinzen erlaſſenen Edicte, zugleich eine um ſo wichtigere Quelle, als damals die Particulargeſetzgebung ſich noch mehr den factiſch gegebenen Verhältniſſen und der Eigenthümlichkeit der katholiſchen Kirchenverfaſſung angeſchloſſen, und nicht in dem Maaße, wie das Landrecht, durch zu abſtractes Generaliſiren die Anwendbarkeit der aufgeſtellten Normen erſchwert hat. An Verweiſungen auf dieſe älteren Edicte fehlt es in neueren Geſetzen nicht [10]), wie denn auch, ſo weit nicht die allgemeine Geſetzgebung dieſer particulären ausdrücklich derogirt hat, oder als wirkliches Prohibitivgeſetz gilt [11]), deren Rechtskraft nicht bezweifelt werden kann. Nur hat freilich dieſe ältere Provincialgeſetzgebung nicht immer in dem Maaße Beachtung gefunden, als es von einem rein juriſtiſchen Geſichtspunkte aus zu behaupten, und auch ſonſt vielleicht rathſam geweſen wäre, vielmehr hat auch hier die Anſicht eingewirkt, welche das Landrecht als die allein entſcheidende Norm

---

10) Vgl. z. B., was Schleſien betrifft, die Oppeln'ſchen und Breslauer Regier.-Public. vom 6. Jan. 1817, 24. Jan. 1824, u. 4. Jan. 1825 in v. Kamptz Annal. Bd. I. H. 1. S. 147. u. Bd. VIII. S. 160. u. 194., worin über Verwaltung des Kirchenguts auf das Edict vom 14. Jul. 1793 und das Regl. über die Grav. in geiſtl. Sachen v. 8. Aug. 1750 verwieſen wird. Für Weſtpreußen genügt es, auf den mehr angef. Bericht v. 14. März 1800 Bezug zu nehmen, und ſei nur noch bemerkt, daß das Ober-Präſ.-Public. v. 10. Oct. 1838, welches die über die gemiſchten Ehen ergangenen Circulare der Biſchöfe von Ermland und Culm für ungültig erklärte (Allg. Augsb. Zeit. No. 328.), ſich auch auf die Weſtpr. Regier.-Inſtr. v. J. 1773 ſtützt.

11) In dieſer Weiſe gilt namentlich die bekannte Declar. vom 21. Nov. 1803 über die Kindererziehung bei gemiſchten Ehen als allen Provincialrechten derogirend.

zu betrachten und jede Rechtsverſchiedenheit zu verwerfen geneigt iſt [12]). Aehnlicher Art und für die heutige Verfaſſung, noch mehr aber für die kirchliche Verwaltung, von Wichtigkeit ſind

5) die **Verordnungen der Provincialbehörden**[13]), denen zwar weder eine eigentlich geſetzgebende Gewalt, noch überhaupt die Befugniß zuſteht, aus eigener Macht die geſetzlich beſtehenden allgemeinen Verwaltungsgrundſätze zu ändern oder neue allgemeine Einrichtungen zu treffen, ſondern, abgeſehen von proviſoriſchen Maaßregeln, nur die Anwendung und Ausführung der ſchon beſtehenden Vorſchriften und Grundſätze zu ſelbſtſtändigem Reſſort überwieſen iſt [14]), deren Verordnungen aber hiernach theils als erneute Einſchärfung der beſtehenden geſetzlichen Vorſchriften, theils als declaratoriſche Strafbeſtimmungen [15]), hauptſächlich aber für das Formelle der kirchlichen Geſchäftsverwaltung, im Gegenſatz der rein geiſtlichen, in Betracht kommen [16]). Endlich muß noch hieher gerechnet werden

---

12) Vgl. z. B. den Bericht der Weſtpr. Regier. v. 12. Jan. und das darauf ergangene Reſcr. v. 15. März 1799 bei Leman a. a. O. S. 405 flg., ſowie das Gutachten der Geſetz-Comm. vom 30. Sept. 1796 (ebend. S. 385 flg.).

13) Außer den v. Kamptz'ſchen Jahrb. für die Preuß. Geſetzgebung u. ſ. w., und Annalen der Preuß. inneren Staatsverwaltung iſt für die Benutzung dieſer Quelle beſonders hervorzuheben: Fürſtenthal's Samml. aller noch gültigen ... das Kirchen- und Schulweſen betr. Geſetze, Reſcr. und Verfüg. 4 Bände. Cöslin 1838, bei welcher namentlich die ſchwer zugänglichen Amtsblätter ſämmtl. Regier. benutzt ſind. — Ein ſehr vollſtändiges Repertorium der für Preußen und Poſen ergangenen Verordn. der Art giebt Jacobſon a. a. O. Th. 1. S. 147 flg.

14) Regier.-Inſtr. vom 23. Oct. 1817. §. 5. 8. 10. 11. und Inſtr. für die Prov.-Conſiſt. §. 10. vgl. mit der Verordn. betr. die veränd. Anordn. der Miniſt. v. 3. Novbr. 1817 im Eing.

15) So fern das Geſetz Strafe angedroht, aber nicht näher beſtimmt hat, ertheilt die angef. Regier.-Inſtr. §. 11. das Recht zu Strafbeſtimmungen bis auf die Höhe von 6 Wochen Gefängniß und 50 Rthlr. Geldſtrafe.

16) Für die Theorie des Kirchenrechts hat daher dieſe Quelle nur eine untergeordnete Bedeutung, und je überwiegender die Bearbeitungen des Preuß. Kirchenrechts, ſowohl die mehr ſyſtematiſchen, als die rein compilatoriſchen, ſich auf bloße Zuſammenſtellung dieſer Verordnungen mit dem Landrechte und den ſonſtigen Landesgeſetzen beſchränkt haben, ohne der eigenthümlichen Stellung der katholiſchen Kirche und ihren beſonderen Quellen die nöthige Beachtung zu ſchenken, ohne an-

6) das Statutarrecht, in wie fern insbeſondere die Parochialverfaſſung je in den einzelnen Städten und Gemeinden ſich in eigenthümlichen Abweichungen ausgebildet und erhalten hat, und gerade nach dieſer Seite hin die allgemeine Landesgeſetzgebung auf das entſchiedenſte die Ortsverfaſſung, möge ſie auf geſchriebenen Quellen oder bloßem Herkommen beruhen, als normativ anerkennt [17].

§. 5.

Concordate und Conventionen mit den Kirchenobern.

Die Kirchengeſetzgebung mit der Legislation des Staats vermittelnd, und zur Ausgleichung der zwiſchen der weltlichen Autorität und den Kirchenobern obwaltenden Differenzen, tritt nach einzelnen Seiten hin ſchon früh innerhalb der katholiſchen Kirche vertragsmäßige Feſtſtellung der kirchlichen Verfaſſung hervor. Entſchiedene Wichtigkeit aber haben dieſe kirchlich-weltlichen Geſetze erhalten, als gegen Ende des Mittelalters die bedeutenden Nationalkirchen

V. durch ſ. g. Concordate theils ihr Verhältniß zum Römiſchen Stuhle, theils Umfang wie Ausübung der päbſtlichen Primatialrechte zu ordnen ſuchten, und ſpäter die Deutſchen Landesherren die Rechte ihrer geiſtlichen Mitſtände zum Gegenſtande ähnlicher Compactaten machten. Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reorganiſation der katholiſchen Kirche Deutſchlands hat in unſern Tagen ſowohl neue Concordatsverhandlungen veranlaßt, als auch in den ſ. g. Circumſcriptions-Bullen eine ähnliche Art gemiſchter Rechtsquelle hervorgerufen. In wie weit jene Concordate der früheren Zeit noch neben der Bulle **De salute animarum** als Grundlage der kirchlichen Verfaſſung des Landes gelten können, welche rechtliche Bedeutung die letztere habe, und in welchem Verhältniſſe ſie zu den eigentlichen Kirchengeſetzen auf der

---

derſeits die Verſchiedenheit des Provincialrechts zu berückſichtigen, um ſo weniger darf es befremden, daß ihnen wiſſenſchaftlicher Werth ganz abgeſprochen werden muß.

17) S. oben B. II. Kap. 4. §. 4.

einen, zu der kirchlichen Landesgeſetzgebung auf der andern Seite ſtehe, bedarf daher noch näherer Erörterung.

Aus der allgemeinen Geſchichte Deutſchlands und der katholiſchen Kirche iſt aber zuvörderſt

1) Veranlaſſung, Geſchichte und Inhalt der ſ. g. Concordate der Deutſchen Nation als bekannt vorauszuſetzen, nicht minder das Verhältniß, in welchem die ſ. g. Fürſten-Concordate des J. 1446 zu dem im J. 1448 geſchloſſenen Aſchaffenburger oder Wiener Concordate ſtehen, und die Streitigkeiten, welche theils über deren Bedeutung und Rechtsverbindlichkeit, theils über deren willkürliche Verletzung von Seiten der Römiſchen Curie bis auf die neueſte Zeit herab obgewaltet haben; bloß deren jetzige Gültigkeit kann ſonach hier in Frage kommen.

Als gemeingültige Quelle des katholiſchen Kirchenrechts Deutſchlands [1]) ſind früher dieſe Concordate unzweifelhaft in allen, zum Deutſchen Reichsverbande gehörigen Diöceſen der jetzigen Preußiſchen Monarchie anerkannt geweſen [2]), und ſogar in Ermland trotz deſſen bald darauf eingetretener Vereinigung mit Polen geblieben [3]). Nur in Schleſien war deren Gültigkeit beſtritten [4]), und für die Polniſchen Diöceſen konnten ſie der Natur der Sache nach als geſetzliche Norm nicht gelten [5]), wenn ſchon ein beſonderes Abkommen mit Pabſt Clemens VII. vom J. 1525 [6]) auch hier

1) Beſtimmteres Anerkenntniß als die Reichsabſchiede v. 1497 §. 24. und 1498 §. 57., enthält die Reichshofr. Ordn. v. J. 1654 Tit. 7. §. 24., wo ſie neben dem Corp. iuris, den Reichsgeſetzen u. ſ. w. als Entſcheidungsnorm aufgeführt werden.

2) Für die Erzdiöceſen Trier, Cöln und Mainz liegt ein directer Beweis in einer vom dortigen Clerus über Hintanſetzung der Concordate geführten Beſchwerde v. J. 1479. S. (Horix) Concordata nationis Germ. integra. T. I. p. 361.

3) S. oben B. I. Kap. 2. §. 3. Note 39.

4) S. oben B. II. Kap. 2. §. 1. Note 13.

5) Die Annahme Jacobſon's (a. a. O. Th. 1. S. 18. Note 19.), daß die Concordate auch auf Culm ausgedehnt worden ſeien, ſcheint um ſo bedenklicher, als damals ſchon die Streitigkeiten des Ordens mit den Ständen begonnen hatten, welche bald darauf zu völliger Losſagung von der Ordensherrſchaft führten; wie Jacobſon ſelbſt bemerkt, fehlt es auch an allen Beweiſen für Befolgung dieſer Concordate im Culmer Biſthume.

6) Mitgetheilt in Zalaszowski ius regni Poloniae p. 905 seq.

gerade die wichtigſte Beſtimmung jener Concordate, die ſ. g. **alternativa mensium** bei Beſetzung erledigter Pfründen, eingeführt hatte. Eine directe Beſtätigung aber dieſer Concordate iſt m. W. in der Preußiſchen Landesgeſetzgebung nicht nachzuweiſen, ſondern nur eine beiläufige Erwähnung derſelben [7]), ſo wie Anerkennung mancher darauf beruhenden kirchlichen Inſtitutionen findet ſich vor [8]); doch iſt auch andrerſeits weder eine ausdrückliche derogatoriſche Beſtimmung erfolgt, noch in den Conventionen der neueren Zeit eine ſolche Derogation enthalten, vielmehr hat ſogar die Bulle **De salute animarum** den concordatmäßigen Unterſchied einer **extra** und **apud curiam** eintretenden Vacanz geiſtlicher Pfründen ſtillſchweigend zu Grunde gelegt, und wie für die Deutſchen Bisthümer das päbſtliche Proviſionsrecht in den ungeraden Monaten, ſo allgemein das päbſtliche Recht auf Annaten direct beſtätigt [9]). Solchergeſtalt iſt der Standpunkt jener Frage für Preußen derſelbe, wie für die übrigen Deutſchen Staaten. Daß jene Concordate für keine Deutſche Regierung mehr als bindend gelten könnten, hat man nun zwar um deshalb behaupten wollen, weil mit Auflöſung des Reichs der eine Mitpaciscent, Kaiſer und Reich nemlich, weggefallen ſei. Allein die Gültigkeit des Wiener Concordats beruhte nicht auf deſſen Abſchluſſe durch den Kaiſer, oder auf förmlicher Annahme von Seiten des Reichs, welche bekanntlich nie erfolgt iſt, ſondern lediglich darauf, daß die einzelnen Deutſchen Fürſten, geiſtliche wie weltliche, der vom Kaiſer für die Deutſche Nation getroffenen Uebereinkunft hinterher beitraten, und dadurch für ihre

---

Vgl. auch Cromeri Polonia p. 144., wo dieſe Alternative als unſtreitiges Recht Polens bezeichnet wird.

7) Das kath. Schul-Regl. für Schleſien v. 11. Dezbr. 1774 im Tit. 8. §. 66. beſtimmt, daß beim Unterrichte des canoniſchen Rechts auf die Concord. nationis German. Rückſicht genommen werde.

8) So namentlich der Alternativa mensium im A. L. R. Th. II. Tit. 11. §. 1088, in der Cab.-Ordre v. 30. Sept. 1812 über Beſetzung der Schleſ. kathol. Erzprieſt., Pfarr. ꝛc., u. in einem für Süd- u. Neuoſt-Pr. ergangenen Reſcripte des Staatsraths v. 28. März 1800 (Korn'ſche Neue Ed.-Samml. Th. 7. S. 61 flg. u. Amelang's Neues Archiv Th. 1. S. 164.). — Auch die Beſtimmung des A. L. R. §. 1007 u. 1012 h. t. gehört hieher.

9) S. §. 19. 21. 22. u. 57. der Bulle.

geiſtlichen Sprengel und für ihre Territorien dem Römiſchen Stuhle die in jenem Concordate vorbehaltenen Rechte zugeſtanden. Die Deutſche Kirche aber und die einzelnen Biſthümer, welche ſolchergeſtalt durch ihre geiſtlichen Obern vertragsmäßige Rechte ſowohl gewährt als gewonnen haben, beſtehen noch fort, trotz allen Umänderungen, welche die Kirchenverfaſſung Deutſchlands erfahren hat; auch iſt die von den weltlichen Fürſten und von den Biſchöfen als Landesherren übernommene Verpflichtung zwar nicht förmlich übertragen auf die Preußiſche Regierung, als dieſe die Gebiete jener erwarb, aber doch in ſo fern überkommen, als beim Anfalle jener Territorien Fortdauer der kirchlichen Landesverfaſſung ſtipulirt und zugeſagt worden iſt, zu welcher auch die durch die Concordate den Biſchöfen und resp. dem Römiſchen Stuhle gewonnenen Rechte ſoweit gezählt werden müſſen, als die Reception des Concordats wirklich erfolgt iſt. Freilich iſt die Fortdauer der bisherigen Kirchenverfaſſung nur vorbehältlich der Rechte der evangeliſchen Kirche und der Souveränitätsrechte zu behaupten. Allein jenen geſchieht durch Anerkennung der Concordate, weil dieſe nur innere Angelegenheiten der katholiſchen Kirche betreffen, überall kein Eintrag, und die dem Landesherrn gebührenden Rechte der Aufſicht und Placetirung werden dem Römiſchen Stuhle gegenüber nicht minder geltend gemacht werden dürfen, als gegen die inländiſchen Kirchenobern, ſo daß gegen jede dem Staate nachtheilige Ausübung der concordatmäßigen Reſervatrechte Sicherheit gewonnen iſt. Dafern nur an ſich noch anwendbar [10]), und ſo weit nicht durch die neueren Conventionen geändert [11]), werden daher jene älteren Concordate, nur unabbrüchig den in der Landesverfaſſung aner-

10) Dies läßt ſich z. B. von dem Falle einer Vacanz apud curiam kaum noch unter den jetzigen Verhältniſſen behaupten.

11) In dieſer Hinſicht iſt beſonders wichtig, daß die Bulle [illegible] sal. anim. allen Unterſchied zwiſchen Poſtulation und Election aufgehoben hat, die Admiſſion der erſteren alſo, wenn anders der Mangel dispenſabel iſt, erfolgen muß, und daß auch für den Fall einer Vacanz durch Reſignation und Abdication (der durch Depoſition iſt auffallender Weiſe nicht gedacht) das Wahlrecht eintritt, nicht minder, daß nur nach Maaßgabe der Breslauer Obſervanz das päbſtliche Proviſionsrecht anerkannt iſt.

anerkannten Kirchenhoheitsrechten, für den Staat wie für die Landeskirche als noch rechtsbeſtändige Norm erachtet werden können [12]).

Viel unbeſtrittener iſt dagegen

2) die fortdauernde Gültigkeit des Franzöſiſchen Concordats vom J. 1801, und wäre, weil nirgends eine Derogation im Ganzen ausgeſprochen iſt, ſelbſt dann zu behaupten, wenn für die Rheinprovinzen der Fortbeſtand des Franzöſiſchen Rechts nicht eingetreten wäre [13]). Natürlich aber gebührt der neueſten Convention unbedingt der Vorzug, auch kann nur für das linke Rheinufer dem Concordate Rechtsgültigkeit beigelegt werden, und ſo nimmt denn unter den kirchlich-weltlichen Rechtsquellen

3) die Bulle De salute animarum in aller Weiſe die erſte Stelle ein. Darüber iſt auch im allgemeinen kein Zweifel, ſtreitig aber, und für die Fortdauer der Gültigkeit wie für das Verhältniß zu der weltlichen Kirchengeſetzgebung von gleicher Wichtigkeit, die Frage, welche rechtliche Bedeutung der Bulle beizulegen, ob und in wie weit ſie als ein mit dem Oberhaupte der Kirche geſchloſſener Vertrag anzuſehen ſei.

Der weit verbreiteten Meinung, es ſei darin ein wahres Concordat enthalten, ſteht direct die neuerdings aufgeſtellte Anſicht gegenüber [14]), daß die Bulle weder als Vertrag noch als Geſetz gelte, und überall keine poſitiven Rechte verleihe, ſondern nur die Bedeutung einer adminiſtrativen Maaßregel habe, gleich jeder andern Staatsverwaltungs-Einrichtung auch nur auf der Baſis des freien Willens der Staatsgewalt beruhe, in ihrer Fortdauer mit-

12) In gewiſſem Sinne dürfte dies ſelbſt im Intereſſe der Regierung ſein, da unter dieſer Vorausſetzung das auf Grund der älteren Concordate anerkannt gegoltene Recht zur Erledigung der Zweifel dienen kann, welche über Sinn und Bedeutung der in der Bulle getroffenen Abreden entſtänden.

13) In einem Cölner Gen.-Vic.-Circ. v. 18. Sept. 1825 betr. das Verbot der Feier abgeſetzter Feſttage (in der angef. Samml. S. 7.) wird, daß das Concordat noch in Kraft beſtehe, ausdrücklich ausgeſprochen; bekannt iſt auch, daß die auf Art. 10. des Concordats und Art. 31. der organ. Artikel beruhende Revocabilität der Pfarranſtellungen noch auf dem linken Rheinufer fortdauert.

14) Ph. L. Wolfart Preußen in ſeinen religiöſen Verhältn. Berlin 1839. S. 61—65. u. S. 73.

hin nur bedingt ſei von Rückſichten des gemeinen Wohls. Wie die Bulle, fehlte ihr ſo wirklich jede Garantie der Fortdauer, gleichwohl die innere Glaubensruhe und den äußeren Frieden der katholiſchen Unterthanen zu ſichern im Stande wäre, was doch, und zwar allein, als Motiv und Ziel der mit Rom gepflogenen Unterhandlungen bezeichnet wird, iſt offenbar nicht abzuſehen; noch weniger, wie von dieſem Geſichtspunkte unbedingter Revocabilität aus die Bulle als „bindendes Statut der katholiſchen Kirche des Staats“ bezeichnet werden konnte. Seltſam aber iſt vollends das Argument, welches als der Cardinalpunkt jener Anſicht ſich darſtellt, daß von der Bulle, wäre dem Antrage auf Beſtätigung nicht von dem Könige entſprochen worden, überall nicht weiter die Rede geweſen ſein würde, und daß es, um ſie zu beſeitigen, dann weiterer Verhandlungen mit der Römiſchen Curie nicht bedurft hätte; als ob nicht auch bei Verträgen die definitive Zuſtimmung zu den gepflogenen Tractaten unbedingt verweigert werden darf, und doch, wenn einmal ertheilt, jeder einſeitige beliebige Rücktritt unbedingt ausgeſchloſſen bleibt[15]).

Erklärlicher als dieſe Anſicht, über deren Werth das Urtheil nicht zweifelhaft ſein kann, iſt die Meinung, welche die Bulle den älteren und neueren Concordaten ganz paralleliſiren will, darum aber nicht minder falſch als jene, möge man nun das eigenthümliche Weſen der Concordate darin ſetzen, daß dem Oberhaupte der katholiſchen Kirche gegenüber die weltliche Macht als Vertreterin der Landes- und Nationalkirchen auftrete, oder darauf baſiren, daß Umfang und Bedeutung der päbſtlichen Reſervatrechte im Verhältniſſe zu der untergeordneten, aber doch ſelbſtſtändigen Episcopalgewalt, und eben ſo die Stellung der Kirche und ihrer Obern im und zum Staate vertragsmäßig dadurch feſtgeſtellt werde. Denn

15) Unerklärlich müßte dieſe ganze Argumentation erſcheinen, wenn ſie nicht mit der vorgefaßten Meinung eng zuſammenhinge, daß der katholiſchen Kirche im Preußiſchen Staate und gegen die Staatsgewalt überall kein Recht zukäme, als das eines Schutzverhältniſſes, wobei alle Einrichtungen und Grundſätze derſelben ſo lange ignorirt werden, als ſie nicht in Colliſion treten mit den Vorſchriften der Staatsgeſetze oder den evangeliſchen Grundſätzen, dann aber unbedingt hintangeſetzt werden dürften und müßten. Vgl. ebend. S. 14 flg. u. 82 flg.

Veranlaſſung und Zweck der Bulle war nur die Nothwendigkeit einer äußeren Reorganiſation der katholiſchen Kirche des Landes, welche zwar im Intereſſe wie in der Verpflichtung des Staats lag, welche aber einerſeits nach der beſtehenden Verfaſſung dieſer Kirche von der Landesherrſchaft allein nicht ins Werk gerichtet werden konnte, ſondern der Mitwirkung des Römiſchen Stuhles bedurfte, und auch in Zukunft, wenn Aenderungen als wünſchenswerth oder nothwendig ſich darſtellten, immer wieder bedürfen würde, welche andrerſeits der Römiſche Stuhl eben ſo wenig für ſich allein ins Leben zu rufen vermöchte, da keine päbſtliche Verfügung über äußere Angelegenheiten der Kirche, wie unzweifelhaft auch das Recht dazu ſein mag, im Staate Geltung haben kann ohne die Zuſtimmung der Staatsgewalt, die Redotation aber der Bisthümer, obwohl wahre Rechtspflicht, directe Mitwirkung der Landesherrſchaft erforderte. Nicht bloß auch, daß die Regierung ſelbſt auf das beſtimmteſte ſich ausgeſprochen hat, wie ſie ein Concordat weder geſchloſſen, noch habe ſchließen wollen[16]), iſt das ſtaatsrechtliche Verhältniß der Bisthümer, Geiſtlichen u. ſ. w. ſo wenig Gegenſtand der Bulle, daß ſelbſt, was in Betreff der Dotation verabredet war, nur in referirender Weiſe erwähnt wird; und ſo weit ſie umgekehrt über Gegenſtände der inneren Kirchenverfaſſung ſich verbreitet, hängt alles ſo eng mit der äußeren Reorganiſation der geiſtlichen Behörden zuſammen, daß jede desfallſige Beſtimmung mehr als beiläufige Maaßregel zu definitiver Feſtſtellung jener erſcheint, und nur hie und da eine unbeſtimmte Hinweiſung auf die vorangegangenen Verhandlungen ſich findet.

Ihrer Form nach ſtellt ſich vielmehr die Bulle lediglich als ein kraft päbſtlicher Obergewalt für die Preußiſchen Landeskirchen erlaſſenes, mit Genehmigung des Staats publicirtes und von Staatswegen ſanctionirtes Kirchengeſetz dar[17]). Aber daß die

16) S. oben Kap. 4. §. 6. Note 8.

17) Darin liegt ein Unterſchied gegen die im J. 1827 mit dem Könige der Niederlande getroffene Uebereinkunft, indem dieſe, wie ſie am 18. Juli abgeſchloſſen war, vom Könige placetirt und publicirt wurde, und in Folge deſſen unterm 17. Auguſt die Bulle Quod iam diu erging, welche, neben den in jener Convention getroffenen Abreden, andere die Dotation und Circumſcription der Bisthümer angebende Be-

Bulle überhaupt keine andere *Wirkung* und *Bedeutung* habe, als jedes andere, mit landesherrlichem Placet verſehene Kirchengeſetz[18]), dürfte gleichwohl nicht zu behaupten ſtehen. Schon die Faſſung des königlichen Beſtätigungsdecrets weiſet darauf hin, daß es ſich hier nicht um ein gewöhnliches Placet gehandelt habe; denn nicht etwa bloß Publication und Ausführung wird dadurch geſtattet, wie bei andern bekannt gewordenen Placetirungen päbſtlicher Verordnungen[19]), ſondern dem Inhalte der Bulle ſelbſt, obſchon nur dem weſentlichen und ſachlichen, wird die königliche Bewilligung und Sanction ertheilt, und deren allgemein verbindende Kraft, nicht bloß kirchliche Gültigkeit anerkannt. Aus dem, was neuerdings über die zu Rom gepflogenen Verhandlungen bekannt geworden iſt, erhellt auch, und wird durch jene Cabinets-Ordre beſtätigt, daß die Bulle keineswegs bloß *in Folge* einer Uebereinkunft erlaſſen iſt, wodurch im allgemeinen feſtgeſetzt war, unter welchen Vorausſetzungen dieſelbe die landesherrliche Beſtätigung erhalten würde, ſondern daß ſie auch ihrem materiellen Inhalte nach die getroffene und vom Könige ſchon im voraus ratificirte Uebereinkunft wiedergiebt, und ſelbſt in ihrer Faſſung auf dem Reſultate jener Verhandlungen beruht. In aller Weiſe iſt daher die Bulle dem Falle ganz analog, wo Staatsverträge nicht durch wörtliche

---

ſtimmungen traf, und ähnlich wie die Preußiſche Bulle vom Könige nochmals genehmigt wurde. Vgl. *Münch's* vollſt. Samml. der Concord. Th. 2. S. 457 flg.

18) *Eichhorn's* Grundſ. des Kirchenrechts Bd. 1. S. 408 flg.

19) So z. B. die C. O. vom 24. März 1829 betr. die Public. des päbſtl. Breve vom 2. Dezbr. 1828 über die kathol. Feſttage in den weſtlichen Provinzen (in v. *Kamptz* Annal. Jahrg. 1829 S. 292.), und die in Folge deſſen ergangene Feſtordnung für die Erzdiöceſe Cöln vom 7. Mai 1829 (Samml. Cöln. biſch. Verordn. S. 107 flg.), ſo wie die C. O. vom 30. Juni 1834 betr. die Publ. des Breve vom 27. März 1830 und der Convention vom 19. Juni 1834 (in der Frankf. O. P. A. Zeit. Jahrg. 1837 No. 359. Beil.). — Vgl. auch die Ober-Präſ. Verordn. vom 16. April 1820, wodurch einer Aachener Vicar.-Verordn. vom 8. April das Placet ertheilt wird (v. *Kamptz* a. a. O. Jahrg. 1820 S. 253.), und das an den Bresl. Weihbiſchof v. Rothkirch gerichtete Kammer-Reſcr. vom 7. Juli 1789, betr. die Publ. des Breve vom 18. April 1788 (in der *Korn*'ſchen Ed.-Samml. Th. 3. S. 64.). Das dem decret. institutionis pro capit. Trevir. vom 19. Mai 1824 Seitens des Miniſterii ertheilte Placet lautet gar nur auf ein vidit et subscripsit des Miniſterial-Commiſſars.

Publication der getroffenen Uebereinkunft ſelbſt, ſondern nur in darauf baſirten einſeitigen Verordnungen der contrahirenden Mächte zur Kunde gebracht werden; daß aber dergleichen Staatsverträge, für das gegenſeitige Verhältniß beider Theile, weniger die Kraft und Bedeutung eines wahren Vertrags hätten, läßt ſich in keiner Weiſe behaupten, und eben ſo zeigt Geſchichte und Faſſung der Concordate, welche großentheils, namentlich auch die Fürſten-Concordate des Jahres 1446, nur in päbſtlichen Conſtitutionen beſtehen[20]), daß umgekehrt auch die äußere Conventionalform keineswegs zum Weſen eines vertragsmäßigen Uebereinkommens zwiſchen weltlicher und geiſtlicher Macht gehöre.

Unſeres Erachtens muß daher unterſchieden werden zwiſchen der Bedeutung, welche die Bulle für die katholiſche Landeskirche hat, und den für den Staat daraus entſpringenden Wirkungen. Für die *Kirche*, welche weder direct Antheil genommen hat an den Verhandlungen, noch als dabei durch den Landesherrn vertreten gelten kann, welche auch nur durch die Publication der Bulle officielle Kunde von der zu Rom am 25. März 1821 getroffenen Uebereinkunft gewonnen hat, exiſtirt ſie allerdings nur als ein mit landesherrlicher Genehmigung publicirtes Kirchengeſetz, und die Obern wie Mitglieder der Kirche können für ſich kein vertragsmäßiges Recht direct daraus herleiten. Nur die Rechte, welche jedes rechtsgültige Statut ſowohl Dritten gegenüber gewährt, als in Beziehung auf die legislative Gewalt des Landesherrn, oder rückſichtlich der derogatoriſchen Kraft für die allgemeine Geſetzgebung, ſind auch der Landeskirche durch die Bulle, und die ihr vom Könige ertheilte Sanction, und zwar in ſo weit gewonnen, als ſie einerſeits ſachliche Verfügungen über Ausſtattung und Begrenzung, über Einrichtung und Verfaſſung der einzelnen Biſthümer enthält, andrerſeits weder den landesherrlichen Majeſtätsrechten, noch den Rechten der evangeliſchen Kirche und ihrer Angehörigen Eintrag thut. Im Verhältniſſe aber des *Staats* zum Römiſchen Stuhle, als der geſammten katholiſchen Kirche, und ſomit auch der Landes-

20) S. Münch a. a. O. Th. 1. S. 18. 20. 224 flg., vgl. mit C. W. *Koch* sanctio pragmat. German. illustrata. Straßb. 1789. p. 19 seq. und Doc. No. 6 seq.

Kirche Oberhaupt, darf unbedenklich die Bulle von dem Geſichtspunkte eines wahren Vertrags aufgefaßt werden[21]). Als Privatvertrag und nach den dafür geltenden Regeln wird ſie freilich nicht anzuſehen oder zu beurtheilen ſein. Jedoch leugnen läßt ſich weder, daß die katholiſche Kirche in ihrer Einheit und in kirchlich-religiöſer Beziehung der Landeshoheit gegenüber als unabhängige Macht erſcheint[22]), noch in Abrede nehmen, daß dem Römiſchen Biſchofe nicht bloß als weltlichem Fürſten, ſondern auch als kirchlichem Obern eine völkerrechtliche Stellung gewährt wird und gebührt[23]). Als ein Staatsvertrag, durch welchen, nach außen hin wie im Innern, einzelne Punkte der kirchlichen Verfaſſung auf dem Wege der Uebereinkunft feſtgeſtellt werden ſollten, muß daher die der Publication der Bulle vorangegangene, in dieſer nur niedergelegte Convention gelten. So weit Staatsverträge eine wahre Rechtsverbindlichkeit begründen, und ſo weit bei dieſen nicht freier Rücktritt oder einſeitige Aenderung als rechtmäßig anzuerkennen iſt[24]), wird

---

21) Daß nach Klüber's öffentl. Recht d. Teutſch. Bundes. 3. Aufl. §. 509. N. 6. die Vereinbarung mit Rom nur in gegenſeitigen Erklärungen mittelſt gewechſelter Noten, nicht in einer förmlichen Uebereinkunft enthalten ſein ſoll, kann nicht weiter in Betracht kommen, da hier nur der Unterſchied zwiſchen formellem Vertrage und beiderſeits vollzogener Punktation vorläge, welcher für die rechtsverbindende Kraft der getroffenen Abrede unerheblich iſt.

22) Dies ſchließt nicht aus, daß ihre Mitglieder, Diener und Obern als Einzelne, ihre einzelnen Theile als ſelbſtſtändige Corporationen, der Landes-, wie Kirchenhoheit unterworfen ſind.

23) Vgl. Der gegenwärt. Grenzſtreit zw. Staats- und Kirchengewalt. Von einem norddeutſchen Publiciſten. Halle 1839. S. 6—8. — Daß die päbſtliche Gewalt in Kirchenſachen nicht ſchlechthin als eine fremde und auswärtige für diejenigen Länder gelten kann, wo die katholiſche Kirche öffentlich recipirt iſt, ſtellt noch nicht das Oberhaupt der Kirche in ein völlig gleiches Unterwürfigkeits-Verhältniß zur Staatsgewalt, wie die einzelnen Biſchöfe, und entzieht den Pabſt keineswegs ſeiner völkerrechtlichen Stellung, wie Brendel's Handb. des kathol. und proteſt. Kirchenrechts 3. Ausg. S. 45. behauptet, um den Concordaten die Qualität bloßer Staatsgeſetze zu vindiciren, die eines völkerrechtlichen Staatsvertrags abzuſprechen.

24) In ſo fern wird die Nothwendigkeit, wenn nur wirklich vorhanden, und in dieſem Sinne denn auch, wie Sauter meint, die boni communis ratio, den einſeitigen Rücktritt rechtfertigen, da ſo wenig hier, wie in politiſchen Dingen, die Pflicht der Worterfüllung höher, als die Pflicht der Selbſterhaltung geſtellt werden kann. Das haben auch Canoniſten, die nichts weniger als antipapaliſtiſch, wie z. B. Schenkl

der Bulle, ihrem ſachlichen, den Majeſtätsrechten und der evangeliſchen Kirche unpräjudicirlichen Inhalte nach, eine beide contrahirenden Theile gleichmäßig bindende Kraft auch für die Zukunft nicht abgeſprochen werden können, und für alle darin anerkannte Reſervatrechte des Pabſtes wird der Bulle nicht etwa bloß die Bedeutung beizulegen ſein, daß einſtweilen durch das Publications- und Confirmations-Patent deren Ausübung zugelaſſen und genehmigt ſei, vielmehr werden ſie als durch wirklichen Vertrag dem Römiſchen Stuhle förmlich von neuem zugeſtandene, für wohlerworben und rechtsbegründet erklärte Rechte gelten müſſen.

Neben dieſen mit dem Römiſchen Hofe abgeſchloſſenen Concordaten und Conventionen kommen endlich noch für das particulare Recht als kirchlich-weltliche Quellen in Betracht

4) die mit einzelnen Biſchöfen von Staatswegen abgeſchloſſenen Conventionen. Als neueſtes Beiſpiel derartiger Normirung kirchlicher Verhältniſſe ſtellt ſich die bekannte Convention vom 19. Juni 1834 über die gemiſchten Ehen dar; ihrem Erfolge nach von geringer Erheblichkeit, deſto wichtiger als officielles Anerkenntniß, daß die gegenwärtige Landſäſſigkeit der Kirchenobern vergleichs- und vertragsmäßiger Regulirung der die Kirche und den Staat gleich nahe berührenden Angelegenheiten eben ſo wenig entgegenſtehe, als die Landesunterthänigkeit der weltlichen Stände einer Feſtſtellung der politiſchen Verfaſſung durch Landesverträge. Häufiger waren dergleichen Conventionen in früherer Zeit, wo die geiſtlichen Obern zugleich als weltliche Mitſtände in Betracht kamen, oder doch die Landſäſſigkeit derſelben noch beſtritten war, und bald über Gewährung freier Religionsübung und genauere Beſtimmung der Parochialverhältniſſe beider Confeſſionen derartige Abreden getroffen wurden[25]), bald einzelne Punkte der

nicht in Abrede genommen; allein es wird immer nur als letzter Nothbehelf, nicht bei jeglicher etwaniger Differenz mit Rom als unzweifelhaftes Recht geltend gemacht werden können.

25) Der Art ſind die oben Kap. 3. §. 7. erwähnten Verträge des Trierer Erzſtifts mit den Sayn'ſchen Erbtöchtern und mit dem Wied'ſchen Hauſe, in gewiſſem Sinne auch der von den evangeliſchen Gemeinden der Preußiſchen Werder mit dem Biſchofe Malachowski abgeſchloſſene Vergleich (ſ. oben B. II. Kap. 3. §. 6.).

inneren Kirchenverfaſſung, insbeſondere die in Kirchenſachen der Landesherrſchaft gebührenden, von dieſer wiederum den geiſtlichen Obern zu gewährenden Rechte, auf dieſem Wege feſtgeſtellt worden ſind[26]). Durch die in neueſter Zeit eingetretenen Aenderungen der Landes- und Kirchenverfaſſung haben alle dieſe älteren Conventionen an Wichtigkeit verloren; indeß völlige Unanwendbarkeit ſteht nicht zu behaupten[27]), und es können jene Vergleiche und Verträge keineswegs bloß als hiſtoriſche Denkmäler, ſondern immer noch als Quellen des geltenden Rechts betrachtet werden.

§. 6.

Verhältniß der verſchiedenen Rechtsquellen unter einander.

Bei dieſer Reichhaltigkeit verſchiedenartigſter Rechtsquellen, aus älterer und neueſter Zeit, theils kirchlichen, theils weltlichen Urſprungs, auf der einen Seite von vertragsmäßiger Gültigkeit, andrerſeits wahre Geſetzgebung, zum großen Theile hervorgegangen aus der einheimiſchen Legislation, aber zu einem kaum geringerem überkommen mit den nach und nach erworbenen Provinzen, bald von allgemeiner, das ganze Staatsgebiet umfaſſender Geltung, bald ihrer Entſtehung und Anwendbarkeit nach auf einzelne Provinzen, Gebiete und Ortſchaften beſchränkt, erſcheint es für die Darlegung des heutigen Rechts, um die Mannichfaltigkeit ihres Inhalts zur Einheit zu vermitteln, unerläßlich

---

26) Wie für Schleſien der Colowrater Vergleich vom J. 1504 hieher gehört (ſ. oben B. II. Kap. 2. §. 3. zu E.), ſo für Ermland der die Biſchofswahl betreffende Vertrag vom J. 1512 (ebend. Kap. 3. §. 2.); bei weitem am wichtigſten aber iſt der für die Jülich-Bergiſchen Lande mit dem Erzſtifte Cöln geſchloſſene Proviſional-Vergleich vom J. 1521 (ſ. oben B. I. Kap. 3. §. 8.).

27) Der Vertrag über die Ermländer Biſchofswahl iſt in ſo fern durch die Bulle anerkannt, als dieſe es im §. 23. bei der bisher dort üblichen Beſetzungsweiſe belaſſen hat. Daß in Schleſien nur Inländer d. h. ſolche, welche aus Schleſien oder Glatz gebürtig ſeien, in geiſtlichen Aemtern angeſtellt werden dürfen, wie dies der Colowrater Vergleich ſchon feſtſetzte, hat unter Bezugnahme auf das Edict vom 28. Januar 1787 noch neuerdings die Regierung zu Breslau in einer Verordnung vom 10. Auguſt 1827 ausgeſprochen (ſ. Fürſtenthal a. a. O. Th. I. S. 66.).

VI. das gegenſeitige Verhältniß dieſer Quellen noch näher feſtzuſtellen. Nur ſehr unſichere Haltpunkte bietet dafür die Geſetzgebung ſelbſt, um ſo unſicherer, als dieſe faſt allein dem gemeinen Rechte ſich zugewendet hat, und nirgends die Stellung der weltlichen Kirchengeſetzgebung zu den kirchlichen Rechtsquellen Gegenſtand allgemeiner Vorſchriften geworden iſt, in den Entſcheidungen aber einzelner Colliſionsfälle nicht ſelten beſondere Rückſichten zu Modificationen der ſonſt befolgten, oder auch direct ausgeſprochenen Prinzipien geführt haben.

Geringe Schwierigkeiten bieten ſich dar

1) bei etwanigen Colliſionen zwiſchen Rechtsquellen gleicher Art und gleichen Urſprungs; wenigſtens kann hier das Prinzip der Entſcheidung nicht zweifelhaft ſein, daß nemlich bei völliger Gleichartigkeit der divergirenden Quellen der neueren Rechtsbeſtimmung derogatoriſche Wirkung beigelegt werden müſſe, wo aber Quellen gleichen Urſprungs, und nur von verſchiedenem Umfange der Geltung, einander gegenüber ſtehen, die ſpeciellere Rechtsquelle der mehr generellen vorgehe, das gemeine Recht dem Particularrechte weiche[1].

Bei der Anwendung aber dieſes Prinzips wird in Betreff der kirchlichen Quellen wohl erwogen werden müſſen, daß nicht alle in Quellen particularer Geltung niedergelegte Rechtsſätze wirklich particulares Recht ſind, vielmehr häufig nur zu wiederholter Einſchärfung gemeingültiger Regeln dienen. Wo dieſe letzteren durch ſpätere Geſetzgebung geändert ſind, wird daher eine Berufung auf die abweichenden Particularquellen nicht zuläſſig ſein, es müßte denn die ältere gemeine Rechtsregel gegen die neuere als beſonderes Gewohnheitsrecht ſich erhalten haben, oder eine verfaſſungsmäßige legislative Reſanctionirung des früher gegoltenen Rechtsſatzes eingetreten ſein[2]. Nicht minder iſt feſtzuhalten, daß

---

1) Allg. Landr. Einl. §. 21. 59. u. 61. und Th. II. Tit. 6. §. 25. 40. u. 41. vgl. mit den oben B. II. Kap. 4. §. 4. allegirten Stellen, wo die landrechtliche Kirchengeſetzgebung ſelbſt auf die etwanigen Particular- und ſtatutariſchen Quellen verweiſet.

2) Dies giebt namentlich einen Anhalt für die Anwendung der Tridentiniſchen Beſchlüſſe, wo etwa die früheren Particular-Synoden beſondere, jedoch nur mit dem gemeinen Rechte ihrer Zeit übereinſtim-

die katholiſche Kirche der Rechtsbildung ihrer einzelnen Theile nicht völlig unbeſchränkten Spielraum gewährt, ſondern zur Erhaltung der Einheit in Lehre und Cultus, Disciplin und Verfaſſung, bis auf einen gewiſſen Punkt hin das gemeine Recht als abſolut bindende Norm gilt und gelten muß, und daß den Kirchenobern das Recht zur Reprobation und Reformation ſolcher Rechtsnormen zuſteht, welche entweder von den ihnen untergeordneten Autoritäten als Geſetz feſtgeſtellt werden, oder als Autonomie der kirchlichen Corporationen ſich bilden[3]). Die Grenze aber, bis zu welcher das gemeine canoniſche Recht gegenüber dem particularen ſchlechthin normativ ſei, iſt weder geſetzlich beſtimmt, noch an ſich feſt beſtimmbar, und eben ſo dies bekannt genug, daß die kirchlichen Corporationen ſich oft im factiſchen Beſitze mancher Einrichtungen und Gerechtſame behauptet haben, die eigentlich Verbotsgeſetzen des gemeinen Rechts widerſprachen, oder gar ſpeciell von den Kirchenobern reprobirt waren; es kann daher auch nach dieſer Seite hin die Beſchaffenheit der Quelle, in welcher ein Rechtsſatz ausgeſprochen iſt, nicht unbedingt für den Umfang ſeiner Geltung, noch die äußere formelle Bewährung über deſſen Rechtsgültigkeit entſcheiden. Endlich unterliegt zwar der Vorzug des ius pactitium an ſich keinem Bedenken; allein wie überhaupt den Dispoſitionen des öffentlichen Rechts durch etwanige Privateinigungen nicht derogirt werden kann, ſo laſſen vollends bei der Baſis, auf welcher das katholiſche Kirchenweſen ruht, die kirchlichen Verhältniſſe nur nach gewiſſen Seiten hin eine vertragsmäßige Feſtſtellung zu, ſo daß es leicht zweifelhaft bleibt, ob und in wie weit, was auf dem Wege der Uebereinkunft als Norm anerkannt war, als gültig und unwiderruflich bindend erachtet werden dürfe[4]).

---

mende Normen enthalten. Nicht minder kommt dies in ſo fern in Betracht, als manchen Grundſätzen des Corpus iuris canonici, z. B. über die testamenti factio der Geiſtlichen und über die Erbfolge in ihren Nachlaß, durch neuere Gewohnheit und Kirchengeſetzgebung derogirt iſt, und daher die particularen Normen aus der früheren Zeit nicht ſchlechthin, und bloß aus dieſem formellen Grunde für noch geltendes Recht ausgegeben werden dürfen.

3) Für das Verhältniß des Biſchofs zu den Diöceſanen erkennt dies das Landrecht ſelbſt im §. 959. u. 10:0. h. t. an.

4) Es genügt an die völlig entgegengeſetzten Anſichten zu erinnern,

Nicht minder unterliegt aber das an ſich unſtreitige Prinzip von dem Vorzuge der particularen Rechtsnormen vor den allgemeinen auch bei den weltlichen Kirchenrechtsquellen in der Anwendung mancherlei Schwierigkeiten. Denn zunächſt fordert das Landrecht nicht ausdrückliche Aufhebung der Statuten und Provincialgeſetze, wenn den neueren allgemeinen Geſetzen der Vorzug gebühren ſoll, ſondern nur, daß in letzteren die Aufhebung jener deutlich verordnet ſei; je mehr aber hiernach eine Interpretation ex ratione legis eintreten muß; je ungewiſſer es oft nach Form und Faſſung der Geſetze iſt, ob nur eine allgemeine Regel, oder ein wahres Verbots- oder Gebots-Geſetz hat aufgeſtellt werden ſollen, wird leicht darüber Streit entſtehen können, ob der Inhalt der Particular- und Provincialrechte neben der Landesgeſetzgebung überall noch in Betracht komme [5]). Statt beſonderer Verordnungen über die kirchliche Verfaſſung hat man ferner häufig ſich damit begnügt, in den Dienſtinſtructionen der zur Wahrnehmung des landesherrlichen Ius circa sacra beſtellten Behörden die Rechtsnormen auszuſprechen, nach welchen dieſe oder jene kirchliche Angelegenheit beurtheilt werden ſolle [6]). Ob nun eine ſolche, nur für die Geſchäftsführung der Behörden aufgeſtellte

---

welche über Zuläſſigkeit und Rechtsbeſtändigkeit der Convention vom 19. Juni 1834 geltend gemacht worden ſind.

5) Wo hinterher auf legislativem Wege die allgemeine Geſetzgebung in dem einen oder anderen Punkte als derogatoriſch für das Particularrecht anerkannt iſt, werden zwar derartige Bedenken wegfallen; nur iſt es bekanntlich für die Zeit vor dem J. 1806 nicht immer mit Gewißheit zu beſtimmen, ob eine Verordnung wahres Geſetz, oder nur Reſeript der Centralbehörden iſt, denen doch das Recht der authentiſchen Declaration ſo wenig als der Legislation zuſtand. Sichreren Anhalt könnte die Beſtimmung gewähren, daß bei Gegenſtänden des Provincialrechts nach Einl. §. 51. immer zuvor das Gutachten der Landescollegien außer dem der Geſetz-Commiſſion eingeholt werden, und die Aufhebung beſondrer Provincialgeſetze, Statuten u. ſ. w. nach §. 62. nicht anders geſchehen ſoll, als daß diejenigen, welche es zunächſt angeht, mit ihrer Nothdurft gehört werden; abgeſehen von der Unbeſtimmtheit des Ausdrucks, „welche es zunächſt angeht“, ſcheint man dies aber auch nur auf den Fall bezogen zu haben, wo direct und ſpeciell das Particularrecht Gegenſtand neuer Geſetze war.

6) In dieſer Hinſicht verdienen beſonders die für Weſtpreußen und Oſtpreußen in d. J. 1773 u. 1774 ergangenen Regierungsinſtructionen hervorgehoben zu werden.

Norm ein wahres Provincialrecht begründe, ob auf deren Beibehaltung die Provinz in dem Maaße ein Anrecht habe, als auf die Fortdauer der hergebrachten oder in eigentlichen Geſetzen ſanctionirten Rechtsverfaſſung, und ob, nachdem jene Behörden aufgehört oder eine andere Organiſation erhalten haben, doch noch die für ſie erlaſſenen Inſtructionen als Provincialgeſetz zu betrachten ſeien, iſt an ſich ſchon nicht zweifellos [7]). Es kommt aber noch hinzu, daß dieſe Inſtructionen, obwohl je für die einzelnen Provinzen beſonders ergangen, doch auf gleichen Prinzipien beruhen, oft wörtlich übereinſtimmen, und in ſo fern ihrem eigentlichen Gehalte nach nur als Ausdruck gemeinrechtlicher Normen ſich darſtellen, daß manche darin enthaltene Detailvorſchriften wörtlich aus allgemeinen Landesgeſetzen jener Zeit entnommen ſind, andere wieder nur als Folge des damaligen gemeinen Rechts erſcheinen, daß andrerſeits wieder viele Beſtimmungen dieſer Inſtructionen und ſonſtiger particularen Rechtsquellen nur Folge und Ausdruck der früheren kirchlichen und politiſchen Landes- und Provincialverfaſſung ſind, ſo daß, nachdem dieſe theils ganz verſchwunden iſt, theils weſentliche Umgeſtaltungen erfahren hat, über die fernere Gültigkeit jener, formell noch fortbeſtehenden Vorſchriften eine Verſchiedenheit der Anſicht kaum vermeidlich iſt [8]). Endlich aber darf umgekehrt auch nicht unerwogen bleiben, daß den für die kirchliche Verwaltung beſtimmten Landesbehörden das Recht legislativer Anordnung nur in ſehr beſchränktem Maaße zukommt, ſo daß bei etwaniger Differenz zwiſchen den Landesgeſetzen und den Verordnungen der Centralbehörden, oder bei abweichendem Inhalte der von den Provincialbehörden ausgegangenen Feſtſetzungen

---

7) Namentlich hat ſich eine Verſchiedenheit der Anſicht hierüber bei den Berathungen über das Weſtpreuß. Provincialgeſetzbuch gezeigt. Vgl. Bericht der Reg. zu Marienwerder vom 12. Jan. 1799 bei Leman a. a. O. Th. 2. S. 405 flg.

8) Es genügt in dieſer Beziehung ſowohl an die zahlreichen Indigenatsprivilegien der früheren Zeit zu erinnern, als auch darauf hinzuweiſen, daß der früher für die eine oder andere Confeſſion beſtandene Parochialzwang keineswegs bloß für die eigentlichen Pfarrhandlungen und Stolgebühren maaßgebend geweſen iſt, und ſo leicht Zweifel entſtehen können, wie weit der neuerdings ausgeſprochene Wegfall des Pfarrzwangs auf die Provincial-Kirchenverfaſſung zurückwirke.

für letztere eben ſo wenig unbedingt der Vorzug des particularen Rechts vor dem gemeinen in Anſpruch genommen werden, als in jenem Falle das jüngere Alter für entſcheidend gelten kann.

Bei weitem zweifelhafter indeſſen, als bei gleichartigen Rechtsquellen iſt

2) das Verhältniß der kirchlichen Rechtsquellen zu den weltlichen Kirchengeſetzen, und der Vorzug der einen Quelle vor der andern. Die Geſetzgebung ſelbſt hat ſich direct nirgends darüber ausgeſprochen; zu theoretiſcher Erörterung iſt die Frage bisher ſo gut wie gar nicht gekommen [9]), da ſie bei der weit verbreiteten Meinung, durch die Publication des Landrechts ſei dem canoniſchen Rechte im allgemeinen derogirt, als eine müßige erſcheinen mußte. Geſchichte und Natur der Sache geben indeſſen auch hier einigen Anhalt, und neuere Landesgeſetze für die ſo gewonnenen Prinzipien wenigſtens unterſtützenden Beweis.

Unbedenklich darf zuvörderſt behauptet werden, daß die Concordate und Conventionen mit der Kirche, ſo weit noch anwendbar und überhaupt ſachlichen Inhalts, in allem, was die innere Kirchenverfaſſung und Verwaltung, nicht die landesherrlichen und kirchenhoheitlichen Rechte der Staatsgewalt betrifft, unbedingt den Vorzug haben vor den Diſpoſitionen der Landesgeſetze. Eben ſo wenig zweifelhaft iſt dem Prinzipe nach, daß die Quellen des particularen Kirchenrechts ſowohl dem Landrechte als den ſonſtigen allgemeinen Geſetzen vorgehen. Nur wird, wo in letzteren eine eigentliche Prohibitivnorm enthalten, und deutlich, obſchon nur ſtillſchweigend, dem Particularrechte derogirt iſt, jener Vorzug Modificationen unterliegen, und andrerſeits wird

9) In Ch. L. Paalzow observ. ad ius Boruss. commune Fasc. I. p. 50. findet ſich zwar eine Abh.: Ius canonicum est expresse ex dispositione iur. Bor. receptum; auf wenige Zeilen beſchränkt, enthält ſie aber, unter Bezugnahme auf §. 66. u. 107. h. t., nichts als die Bemerkung, daß das Studium des canoniſchen Rechts für Preußiſche Juriſten immer noch nützlich und nothwendig ſei. Näher iſt auf das Verhältniß des canoniſchen Rechts zur kirchlichen Landesgeſetzgebung Jacobſon a. a. O. Th. 1. S. 36—42. eingegangen, hat indeſſen mehr nach beſtimmten Rubriken einzelne Punkte angegeben, wo ſeiner Anſicht nach jetzt noch das canoniſche Recht zur Anwendung komme, als daß er leitende Prinzipien aufzuſtellen verſucht hätte.

für alle Verhältniſſe des Kirchenſtaatsrechts, weil für dieſe das canoniſche Recht überhaupt nicht maaßgebend iſt, der Eigenthümlichkeit des particularen Kirchenrechts nur ſo weit Beachtung und Vorzug zukommen, als damit die Prinzipien vereinbar ſind, auf welche die allgemeine Landesgeſetzgebung das Verhältniß der Kirche und der Geiſtlichkeit im und zum Staate baſirt hat. Endlich iſt auch darüber eine Differenz der Anſicht nicht möglich, daß in allen Fällen, wo die Landesgeſetzgebung entweder direct auf das canoniſche Recht verweiſet, oder ſpeciell die beſonderen Grundſätze der katholiſchen Kirche als entſcheidend bezeichnet [10]), und daß eben ſo da, wo die weltliche Kirchengeſetzgebung ein kirchliches Verhältniß ganz unerörtert, oder doch unbeſtimmt läßt [11]), das gemeine canoniſche Recht als Norm eintritt, möge man nun daſſelbe in letzterem Falle nur als Beweismittel einer das Geſetz ergänzenden Obſervanz, oder als kirchliches Statut, oder als allgemeines Kirchengeſetz aufzufaſſen geneigt ſein [12]). Es beſchränkt ſich daher die hier zu erörternde Frage auf die Fälle, wo entweder kirchliche Particularquellen andere Beſtimmungen enthalten, als die weltlichen Particulargeſetze gleicher Art, oder wo das gemeine canoniſche Recht von den Vorſchriften abweicht, welche im Landrechte, in den ſeitdem ergangenen Landesgeſetzen, oder in den Verordnungen der Landesbehörden [13]) vorliegen.

10) Daß beide Fälle einander gleichſtehen, iſt wohl unbedenklich, und pflegt auch von denen, welche nur eine partielle Gültigkeit des canoniſchen Rechts für Preußen ſtatuiren, als Beleg und Beweis der §. 107. neben dem §. 66. h. t. angeführt zu werden, welcher letztere doch allein direct das canoniſche Recht erwähnt, während jener nur auf die Grundſätze der katholiſchen Kirche verweiſet; irrig aber iſt es, daß man nur in dem §. 107. eine ſolche Verweiſung als vorhanden anzunehmen geneigt ſcheint. Vgl. oben B. II. Kap. 4. §. 4.

11) In dieſer Hinſicht kommt beſonders in Betracht, daß das Landrecht zwar beiläufig alle Rechte der Episcopalgewalt anerkennt, aber keinesweges vollſtändig deren Umfang und Natur, oder die Art ihrer Ausübung beſtimmt.

12) Vgl. A. L. R. Einl. §. 4. u. Th. II. Tit. 6. §. 40.

13) So weit letztere von den Provincialbehörden ausgehen, ſind ſie zwar formell dem Particularrechte angehörig; ein unbedingter Vorzug derſelben vor dem gemeinen canoniſchen Rechte kann aber hierauf um deshalb nicht gegründet werden, weil dieſe Verordnungen das allgemeine Landesgeſetz nicht bloß zur Baſis haben, ſondern auch haben müſſen,

Für dieſe Frage eine genügende Löſung zu gewinnen, wird man u. E. zunächſt feſthalten müſſen, daß dem canoniſchen Rechte, wo es nicht ausdrücklich beſtätigt iſt, nur um deshalb neben der weltlichen Kirchengeſetzgebung fernere Gültigkeit gebührt, weil es die Grundverfaſſung der katholiſchen Kirche conſtituirt, und daß ihm nicht weiter, als dies der Fall iſt, Rechtskraft zukommt. Anderntheils wird man den Umfang, in welchem es in den an Preußen gefallenen Provinzen früher wirklich Gültigkeit gehabt hat, und den Vorbehalt beachten müſſen, unter welchem überhaupt nur die Fortdauer der katholiſchen Kirchenverfaſſung ausdrücklich zugeſichert, oder zuläſſig war. Wie aber endlich noch erwogen werden muß, daß der in Deutſchland erfolgten Reception des canoniſchen Rechts ungeachtet, doch deſſen Bedeutung je nach Verſchiedenheit ſeines Inhalts immer eine weſentlich verſchiedene geweſen iſt, ſo iſt nicht minder darauf Rückſicht zu nehmen, daß nach der im Preußiſchen Staate der Kirche zugewieſenen Stellung gegenwärtig die katholiſche Kirchengeſetzgebung nur noch einen corporativ-autonomiſchen Charakter hat, das canoniſche Recht alſo dem Staate gegenüber nur noch als Statut, wenn ſchon als ein die Geſammtheit aller in Preußen vorhandenen katholiſchen Kirchen gleichmäßig umfaſſendes und bindendes Statut in Betracht kommen kann.

Von dieſem Geſichtspunkte aus unterliegt es zunächſt keinem Zweifel, daß in allen *weltlichen Angelegenheiten* der katholiſchen Kirche als Corporation, und eben ſo der dazu gehörigen Gemeinden, Obern, Beamten und Mitglieder, einzig und allein das Landesgeſetz entſcheidet, ſo lange dies nicht den einen oder anderen Grundſatz des canoniſchen Rechts als fernerhin noch anwendbar anerkannt, und durch dieſe ſpecielle Zuſicherung zu einem Privilegium der katholiſchen Kirche oder Geiſtlichkeit u. ſ. w. erhoben hat. Eben ſo kann aber auch über die *kirchenhoheitlichen Rechte der Staatsgewalt*, und für die darin begründete, theils placetirende, theils controllirende Mitwirkung beim Kir-

---

in wiefern nur zu deſſen Ausführung und Sicherſtellung, nicht demſelben entgegen, den Provincialbehörden eine anordnende Gewalt reſſortmäßig zuſteht.

chenregimente nur die Landesverfaſſung und die ihr zum Grund liegende weltliche Geſetzgebung als Norm dienen. Denn das canoniſche Prinzip unbedingter Unabhängigkeit der Kirche und Geiſtlichkeit iſt weder in den öſtlichen Theilen der Monarchie jemals anerkannt geweſen [14]), noch hat es in den weſtlichen Theilen praktiſche Geltung gehabt, indem hier ſelbſt die geiſtlichen Reichsſtände ihre landesfürſtliche Gewalt eben ſowohl über die Geiſtlichkeit und die kirchlichen Corporationen geltend gemacht, als von ihrer eigentlich geiſtlichen Autorität geſchieden haben, und in ähnlicher Weiſe in den katholiſch gebliebenen weltlichen Territorien die Geiſtlichkeit in einem Unterthänigkeits-Verhältniſſe zur Landesherrſchaft ſtand. Wo immer auch die Exemtion der Kirche und Geiſtlichkeit von den weltlichen Gerichten in bürgerlichen Rechtsſachen ſich erhalten hat, beruhte ſie doch eigentlich nur auf Conceſſionen der weltlichen Herren [15]), und unbedenklich muß das canoniſche Recht, ſo weit es überhaupt auf Gegenſtände des bürgerlichen Rechtsverkehrs ſich bezieht, oder über die weltlichen Angelegenheiten der Geiſtlichkeit und der Kirche disponirt, als Theil des gemeinen bürgerlichen Rechts betrachtet werden, an deſſen Stelle eben in Preußen die landrechtliche Geſetzgebung getreten iſt. Der Verfaſſung, wie ſie vor Eintritt der Preußiſchen Herrſchaft beſtand, ſind auch die im ius circa sacra enthaltenen Kirchenhoheitsrechte keineswegs fremd geweſen, nur daß natürlich in den geiſtlichen Territorien, wo weltliche und kirchliche Gewalt in einer Perſon zuſammenfielen, ein Feſthalten jener Rechte nicht in dem Grade, wie in weltlichen Ländern nöthig, noch ein gleich beſtimmtes Hervortreten in den äußeren Formen der Verwaltung möglich war. Nicht als Aenderung der hergebrachten Verfaſſung, ſondern nur als deren weitere Entwickelung und beſtimmtere formelle Geſtaltung iſt es anzuſehen, wenn die Preußiſche Regierung den ungeſchmälerten

14) Für Ermland und Culm, wo früher allerdings die Biſchöfe landesfürſtliche Rechte gehabt haben, iſt deren Unterordnung unter die Staatsgewalt wenigſtens ſchon vor Uebergang dieſer Gebiete an Preußen begründet geweſen.

15) Selbſt in den geiſtlichen Territorien galt die Jurisdiction der Officialate in Civilſachen der Geiſtlichen mehr als beſondere Art weltlicher Gerichtbarkeit. S. oben Kap. 3. §. 8.

ten Beſitz der landes- und kirchenhoheitlichen Rechte gleich anfangs ſich vorbehalten [16]), und ſeitdem immer in Anſpruch genommen hat. Allerdings iſt durch den Begriff des **ius circa sacra** die Art und Weiſe der in Kirchenſachen der Staatsgewalt zukommenden Mitwirkung beſtimmt, und als Aufgabe der Geſetzgebung ſtellt es ſich dar, das Recht der Biſchöfe zur Kirchenverwaltung mit dieſer weltlichen Beaufſichtigung ſo in Einklang zu bringen, daß, ſoweit es ohne Gefahr für den Staat und ohne Eintrag für die Rechte der Landesherrſchaft möglich iſt, den geiſtlichen Autoritäten eine gewiſſe Selbſtſtändigkeit bleibe. Es iſt eben ſo wenig zu leugnen, daß zu Beibehaltung mancher im canoniſchen Rechte der Geiſtlichkeit beigelegten Vorrechte in deren amtlicher Stellung auch für den Staat hinreichende Gründe vorliegen, und daß die weltliche Geſetzgebung, wo einmal die katholiſche Kirche als öffentliche, und mit paritätiſchen Rechten anerkannt iſt, den Kreis der bürgerlichen Rechtsſachen nicht ohne alle Berückſichtigung der eigenthümlichen Grundſätze dieſer Kirche wird ziehen können. Jedenfalls aber kann dadurch, daß etwa die beſtehende Geſetzgebung nicht in allen dieſen Beziehungen die richtige Linie gehalten hätte, die Wahrheit des auch gemeinrechtlich anzuerkennenden [17]) Princips nicht alterirt werden, daß in weltlichen Angelegenheiten der katholiſchen Kirche und ihrer Mitglieder, über die Stellung der Geiſtlichkeit zum Staate und deren bürgerlich-politiſche Vorrechte, über

---

16) Für die weſtlichen Provinzen fehlt es nur ſcheinbar an ſolchem Vorbehalte. Denn das linke Rheinufer war im Art. 6. des Lüneviller Friedens en toute souveraineté et propriété an Frankreich abgetreten worden, und iſt mit dieſer an Preußen gekommen; was aber die dieſſeitigen geiſtlichen Gebiete betrifft, ſo hat zwar der R. D. H. Schl. vom J. 1803 nicht ausdrücklich die Kirchenhoheitsrechte den neuen Landesherren zugeſprochen, indeſſen gleich der Landeshoheitsgewalt über die Geiſtlichkeit als ſich von ſelbſt verſtehend vorausgeſetzt, indem im Art. 49. den Fürſtbiſchöfen die fernere Gerichtbarkeit über ihre Diener theils nur als beſonderes Vorrecht, theils nur nach Maaßgabe der landesherrlichen Geſetze und Polizei-Anordnungen beſtätigt iſt, auch im Art. 65. bei der den frommen und milden Stiftungen zugeſicherten Erhaltung die landesherrliche Aufſicht über deren Verwaltung ausdrücklich vorbehalten wird. Mit Recht hat daher auch Preußen bei der Beſitznahme dieſe Befugniſſe angeſprochen. S. oben Kap. 1. §. 4. S. 568.

17) Vgl. Eichhorn's Grundſ. des Kirchenrechts Th. 1. S. 368, v. Droſte-Hülshoff's Grundſ. des gem. Kirchenr. Th. 1. S. 102.

die kirchenhoheitliche Concurrenz der Staatsgewalt bei der Kirchenregierung, nur die Landesverfaſſung und Landesgeſetzgebung entſcheide, und dieſer das canoniſche Recht, obwohl an ſich noch gültig und anwendbar, weichen müſſe [18]).

Aus der bloß ſtatutariſchen Bedeutung des canoniſchen Rechts, aus der paritätiſchen Coexiſtenz beider Confeſſionen und den ausdrücklichen Reſervationen [19]) folgt aber auch mit gleicher innerer Nothwendigkeit, daß, wo in Betreff kirchlicher Verhältniſſe katholiſche und evangeliſche Glaubensgenoſſen oder Gemeinden mit einander in Berührung kommen, das canoniſche Recht für die evangeliſche Kirche weder direct noch indirect als Norm gelten kann. An ſich iſt indeſſen eben ſo wenig den in der evangeliſchen Kirche geltenden Rechtsgrundſätzen verbindende Kraft für die Katholiken beizulegen, und ſo wird, da eine ſolche Berührung nicht zu vermeiden iſt, bei etwanigen Colliſionen nur die Geſetzgebung des Staats, als außerhalb beider Confeſſionen und über dieſen ſtehend; entſcheiden können, und in dieſer Beziehung unbe-

---

18) Etwas anderes iſt, wie ſchon die Schlußworte beſagen, weder gemeint, wenn in Weſtpreußen die canoniſchen Rechte nur beſtätigt wurden, „in ſo fern ſie ſich in Proteſt. Landesherrſchaft unterworfenen Ländern anwenden laſſen und der Landeshoheit in geiſtlichen Sachen nicht entgegen ſind“ (ſ. oben S. 439.), noch auch, wenn Caſſation der geiſtlichen Urtheile in Ausſicht geſtellt iſt, wo die Anwendung des canoniſchen Rechts auf eine „der Wohlfahrt des Staats“ widerſprechende Weiſe geſchähe (ſ. oben §. 1. Note 37.). Dies zeigt ſchon die Bezugnahme auf den Cab.-Befehl v. 5. Juli 1800 (bei Leman a. a. O. Th. 2. S. 436.), welcher eine geiſtliche Verfügung caſſirte, weil ſie „der Verfaſſung entgegen“ wäre, und dadurch „das landesherrliche ius confirmandi beeinträchtigt“ werden könnte, nicht minder das Reſcr. vom 19. Mai 1804 (ebend. S. 510.), welches ein derartiges Caſſationsgeſuch zurückweiſet, weil die betreffende Verfügung die Rechte der Staatsgewalt überall nicht berührte. Ganz in dem Sinne ſind dieſe an ſich unbeſtimmten Vorbehalte zu deuten, wie das Edict wegen der Geſetze in Südpr. v. 28. März 1794, wenn es im §. 2. von der Beſtätigung der bisherigen Provincialgeſetze diejenigen ausnimmt, welche „der Preußiſchen Regierungsform“ widerſprächen.

19) Mehr zur Vorbeugung jeglichen Mißverſtändniſſes, als daß es deſſen bedurft hätte, und nur weil dadurch die Episcopalverfaſſung auch über Landestheile erweitert wurde, wo ſie bisher gefehlt hatte oder doch nicht von Staatswegen anerkannt war, iſt auch der Bulle die landesherrliche Confirmation nur „allen Unterthanen evangeliſcher Religion und der Evangeliſchen Kirche des Staats unbeſchadet“ ertheilt worden.

dingt den Vorzug vor dem canoniſchen Rechte genießen, nur daß theils Niemand genöthigt werden darf, den Vorſchriften ſeines Glaubens und ſeiner Kirche direct entgegenzuhandeln, theils auch die Staatsgeſetzgebung dergleichen Colliſionsfälle in ſolcher Weiſe zu erledigen wird ſuchen müſſen, daß wo möglich für und gegen jeden Theil die Grundſätze ſeiner Religion zur Anwendung kommen, und auch hierin die Gleichheit beider Confeſſionen ſich bekunde, keine als privilegirte oder herrſchende Kirche erſcheine.

So viel dagegen die innere Kirchenverfaſſung betrifft, und diejenigen Angelegenheiten, bei welchen lediglich die katholiſchen Glaubensgenoſſen in Betracht kommen, ſo wird in dieſer Beziehung für die eigentlich geiſtliche Verwaltung, d. h. für alles das, was ſich unmittelbar auf Lehre und Cultus bezieht, das canoniſche Recht als alleinige Norm angeſehen, und jede hierauf bezügliche Vorſchrift in der Landesgeſetzgebung als nur die evangeliſche Kirchenverwaltung treffend behandelt werden müſſen [20]. Nur in ſo weit wird eine Ausnahme eintreten, als derartige Verhältniſſe mittelbar oder unmittelbar zurückwirken auf das bürgerliche Leben überhaupt und auf die bürgerliche Stellung des Einzelnen, wie dies z. B. bei der Wahl des Religionsbekenntniſſes der Fall iſt, und bei der Handhabung der Kirchenzucht in ihrem Einfluſſe auf die bürgerliche Ehre, oder in wie fern bei der Art und Weiſe einer kirchlichen Feier allgemeine polizeiliche Rückſichten eintreten, wie z. B. bei Wallfahrten, öffentlichen Prozeſſionen, Begräbniß, Controvers-Predigten u. ſ. w., oder dafern kirchliche Acte der Art zugleich auch Bedeutung und Wirkung eines bürgerlichen Rechtsacts haben, vielleicht gar im Verhältniſſe zum Staate und zur öffentlichen Verwaltung beſtimmte Folgen äußern

20) Dies ergiebt eben ſowohl die oben S. 460. Note 5. mitgetheilte Erklärung des Entwurfs zum allg. Geſetzbuche, als es daraus erhellt, daß im §. 46 flg. h. t. die Feſtſtellung der äußeren Form und Feier des Gottesdienſtes, und die Einrichtung der Kirchenzucht, ſo weit dieſe nicht in äußere Strafen ausartet, den Kirchengeſellſchaften anheimgegeben iſt. Vor allem entſcheidend aber iſt, daß in rein geiſtlichen Sachen, wohin auch die Handhabung der Kirchenzucht geſtellt wird, nach der Conſtit. v. J. 1796 §. 7. u. 8. die canoniſchen Rechte, ſowohl in materieller Beziehung als rückſichtlich der Form des Verfahrens, allein in Betracht kommen.

ſollen, wie dies eben ſowohl in Betreff des Gottesdienſtes überhaupt, als z. B. bei Taufen, Trauungen, Begräbniß u. ſ. w. der Fall iſt [21]). Nach dieſen Seiten hin wird auch für Religionsübung, und was dem anhängig oder gleich zu ſtellen iſt, die weltliche Geſetzgebung in Betracht kommen; nur einestheils nicht weiter, als eben dieſe bürgerlich-öffentlichen Beziehungen und Rückwirkungen obwalten, andrerſeits nicht in der Art, daß ſelbſt dann die landesgeſetzliche Vorſchrift zu beobachten wäre und erzwungen werden könnte, wo dadurch der betreffende Act zu einer ganz andern Handlung würde, als ſie nach Lehre und Verfaſſung der katholiſchen Kirche ſein kann, oder der Einzelne, gleichviel ob Geiſtlicher und Oberer, oder bloßes Mitglied, mit ſeinen Religions- und geiſtlichen Amtspflichten in Widerſpruch geriethe, immer alſo nur ſo weit, als die landesgeſetzliche Norm noch mit Gewiſſensfreiheit vereinbarlich bleibt [22]).

Anders ſtellt ſich die Sache bei der eigentlich kirchlichen Verwaltung, bei dem Kirchenregimente im e. S. Hier tritt durchgängig die in der Kirchenhoheit begründete controllirende Mitwirkung der Staatsgewalt und ihrer Behörden ein, oder iſt doch an ſich zuläſſig; theilweiſe beruhen ſogar die äußeren Kirchenregierungsrechte der Kirchenobern auf wirklicher *Conceſſion* der Staatsgewalt; außerdem aber wird dieſe äußere Verwaltung der Kirche, wo ſie als öffentliche beſteht und anerkannt iſt, nicht bloß im Staatsleben ſich kund geben und auf dieſelbe zurückwirken,

21) Das letztere, in wie fern dadurch einzelne für das Familienrecht entſcheidende Thatſachen bekundet werden und der Geiſtliche dabei zugleich als öffentlicher Beamte im Staate fungirt, jenes mit Rückſicht auf die Bedeutung der Feſttage für bürgerlichen Rechtsverkehr.

22) Wie das Landrecht ſelbſt die Gewiſſensfreiheit als das eigentliche Fundament für das Verhältniß der verſchiedenen Confeſſionen und ihrer Mitglieder zum Staate und unter einander behandelt, ſo hat ſchon das Instr. Pac. Osnabr. allen und jeden Gewiſſenszwang, unter welchem Vorwande immer, verworfen, indem es im Art. 5. § 48. für den Fall, wo auf Grund des Beſitzſtandes vom J. 1624 die Evangeliſchen in katholiſchen Ländern der geiſtlichen Gewalt unterlägen (gleiches ſoll aber umgekehrt auch zu Gunſten der Katholiken beobachtet werden), den Grundſatz aufſtellte, daß dieſe Unterwerfung nur eintrete in iis casibus, qui Augustanam Confessionem nullatenus concernunt, und daß ſelbſt occasione processus nihil Aug Confessioni vel conscientiae repugnans zugemuthet werden dürfe.

ſondern ſtellt ſich gleichſam als ein Theil der Landesverfaſſung und Verwaltung dar. Nach dieſer Seite hin liegt daher eine legislative Mitwirkung der Staatsgewalt am nächſten, und hat in der That auch in Preußen in ausgedehntem Maaße ſtatt gefunden; um ſo leichter iſt hier eine Colliſion der Quellen möglich, und deren Beſeitigung um ſo wichtiger. Zweierlei wird hier unterſchieden werden müſſen, einerſeits das Recht zur Kirchenverwaltung, je nach dem Umfange, in welchem dieſe den einzelnen Obern, Beamten, Corporationen u. ſ. w. zukommt, ſo wie die Rechtsgrundſätze, nach welchen die Kirchenverwaltung zu führen und jede einzelne kirchliche Angelegenheit zu beurtheilen iſt, andererſeits die äußere formelle Verwaltungsweiſe und die dabei eintretende Procedur. Letztere ſind im allgemeinen von der Lehre der katholiſchen Kirche und den Grundſätzen ihrer Religion nicht bedingt, während allerdings die Epiſcopal-Gewalt, überhaupt das hierarchiſche Element der äußeren Kirchenregierung, einen Theil der Lehre bildet. Daß die Erledigung der kirchlichen Angelegenheiten, ſo weit ſie dies wirklich ſind[23]), von der Kirche ſelbſt und ihren verfaſſungsmäßigen Autoritäten ausgehe, daß ſie nach den Grundſätzen erfolge, welche die Kirche als Vorausſetzung ordnungsmäßiger Feſtſtellung und kirchlicher Gültigkeit ſolcher inneren Angelegenheiten betrachtet, daß das amtliche Verhältniß des Clerus zu den Mitgliedern, die reſſortmäßige Stellung der verſchiedenen kirchlichen Autoritäten zu den Biſchöfen, als den Vorgeſetzten der Diöceſe, ſo geordnet

---

23) Der Unterſchied zwiſchen Rechtsangelegenheiten der Kirche als Corporation und moraliſcher Perſon, überhaupt ſolchen Angelegenheiten, wobei die Kirche nur mit intereſſirt iſt, und eigentlich kirchlichen Angelegenheiten, d. h. ſolchen, welche unmittelbar auf den Zweck der Kirche als Religionsgeſellſchaft ſich beziehen, oder mit der eigenthümlichen Verfaſſung der Kirche in Verbindung ſtehen, iſt allerdings in dieſer Hinſicht feſtzuhalten, wie z. B. das Lehrweſen nur in ſeinen Beziehungen zum Religionsunterrichte und zum theologiſchen Studium als Kirchenangelegenheit gelten kann, nicht der Erwerb des Kirchenvermögens, wohl aber deſſen Verwaltung, Verwendung und Veräußerung dahin zu zählen iſt, das Zehntrecht an ſich nur als eine auch der Kirche zugängliche Vermögensberechtigung ſich darſtellt, deſſen Ausübung durch die Pfarrer aber, ſo weit es der Kirche zukommt, als kirchliche Angelegenheit zu betrachten iſt, vor allem aber die Ehe, der Eid u. ſ. w. nicht ſchlechthin von dem letzteren Geſichtspunkte aus aufgefaßt werden können.

bleibe, wie Lehre und Verfaſſung der katholiſchen Kirche es erfordern, darf als etwas Weſentliches betrachtet werden, wogegen der äußere Formalismus und Mechanismus der Geſchäftsführung mehr als ein Adiaphoron ſich darſtellt. Die Anerkennung der katholiſchen Kirche Seitens des Staats und deren Reception im Staate, die den Katholiken ertheilte Zuſicherung, daß ihre Angelegenheiten in Gemäßheit der Prinzipien ihrer Religion und Kirche würden verwaltet werden, ſchließt daher nach jener Seite hin allerdings eine Beſtätigung der hergebrachten und auf dem canoniſchen Rechte beruhenden Verfaſſung in ſich. In näherer Feſtſtellung oder Aenderung der bloßen Verwaltungsformen dagegen wird, wenn ſie auch vom Staate direct ausgegangen und durch deſſen Vorſchrift bewirkt, nicht bloß von Staatswegen veranlaßt iſt, eine Beeinträchtigung der der katholiſchen Kirche garantirten Rechte im allgemeinen nicht gefunden werden dürfen. Eine dispoſitive Entſcheidung über innere kirchliche Angelegenheiten, und eine Einmiſchung in das Materielle der kirchlichen Verwaltung liegt auch in ſolchen Beſtimmungen über die Form der Geſchäftsführung nicht; ein rechtliches Intereſſe aber der Staatsgewalt, dieſe äußerlichſte Seite der Kirchenverwaltung in entſprechender Weiſe feſtgeſtellt *zu ſehen*, und an beſtimmte Formen die kirchliche Adminiſtration *zu binden*, iſt nicht allein darin begründet, daß die kirchenhoheitliche Concurrenz des Staats ein Zuſammenwirken der kirchlichen und weltlichen Behörden eben ſo verlangt als bewirkt, in ſo fern alſo die kirchliche Verwaltung eingreift in die Landesadminiſtration, ſondern auch deshalb zu behaupten, weil die der Staatsgewalt gebührende Aufſicht darauf mit gerichtet ſein muß, daß es an geregelter ordnungsmäßiger Verwaltung nicht fehle, und dieſe durch nähere Feſtſtellung der Geſchäftsformen geſichert und erleichtert wird.

So weit daher die kirchliche Landesgeſetzgebung nur das **Formelle der Geſchäftsführung** und die **äußere Art und Weiſe** der kirchlichen Verwaltung zum Gegenſtande hat, ohne die materiellen Rechtsgrundſätze zu ändern, und ohne die Directions- und Adminiſtrationsrechte der kirchlichen Behörden zu ſchmälern, wird ſie, der fortdauernden Gültigkeit des canoniſchen Rechts ungeachtet, als bindende Norm anzuerkennen ſein, und weil hierbei

die Ausübung der kirchenhoheitlichen Aufſichts- und Zuſtimmungsrechte mit in Frage ſteht, ſogar den Vorzug erhalten dürfen. Ganz dem entſprechend iſt für die Handhabung der geiſtlichen Gerichtbarkeit die Beiordnung eines weltlichen, der Landesgeſetze kundigen, und nach dieſen zum Richteramte qualificirten Juſtitiars verfügt, nicht minder die Ausübung der geiſtlichen Gerichtbarkeit, ſo weit dieſe, wie bei Amtsentſetzungen, Zuſtimmung der Staatsgewalt erfordert, oder in eigentlichen Rechtsſachen zugeſtanden iſt, an die landesgeſetzlichen Prozeßformen gebunden worden[24]). Eben ſo wenig kann es aber auch Zweifeln unterliegen, daß die ſo zahlreichen als genauen Vorſchriften der weltlichen Geſetze über die Formen der Vermögensverwaltung, über die Art der Rechnungsführung, Legung und Abnahme, über Einrichtung der Lagerbücher, Inventarien, Kirchenbücher, Kirchenatteſte und Tabellen, über Form und Zeit der Berichte und Anzeigen, und über ähnliche Gegenſtände des Geſchäfts-Mechanismus bindende Norm ſeien. Daß jedoch weder dadurch, noch durch die Oberaufſicht der Staatsbehörden dem Verwaltungsrechte der kirchlichen Behörden Abbruch geſchehen könne und ſolle, iſt gerade für den Theil der kirchlichen Adminiſtration, welcher als der äußerlichſte und am wenigſten von eigenthümlichen Religionsgrundſätzen bedingte erſcheint, in Betreff nemlich der Vermögensadminiſtration ausdrücklich anerkannt[25]), und wird um ſo mehr für diejenigen Kirchenangelegenheiten zu behaupten ſtehen, welche eine nähere Beziehung auf Cultus, Disciplin oder Verfaſſung haben[26]). Nicht minder kann der Grund-

---

24) Conſtit. vom 25. Auguſt 1796 §. 8.

25) Vgl. die oben §. 1. Note 45. angeführten Reſcr. vom J. 1826 mit der Regier.-Inſtr. v. J. 1817 §. 18. sub g.

26) Daß nach der Conſtit. vom J. 1796 in denjenigen Rechtsſachen, welche nach Preußiſchem Verfahren zu verhandeln ſind, die Inſtruction unter bloßer Zuziehung der geiſtlichen Beiſitzer (Reſcr. vom 28. Jan. 1804) dem Juſtitiar anheimfallen, und dieſer zu allen prozeßleitenden Decreten befugt ſein ſoll, hat ſeinen guten Grund darin, daß jenen genauere Kenntniß des Preuß. Verfahrens der Regel nach fehlen, und ſomit, wenn ihnen die Verhandlung überlaſſen bliebe, ein ordnungsmäßiges Verfahren kaum zu erzielen ſein würde. Uebrigens iſt dieſe Vorſchrift auch nicht einmal allgemein zur Ausführung gekommen, indem nach Starke a. a. O. S. 350. 358. 368. in Schleſien nur die eigentlichen Civilſachen durch die Juſtizperſonen verhandelt werden

ſatz, daß dem Juſtitiare in keinerlei Weiſe das Recht zuſtehe, ſich anders als conſultativ in die materielle Entſcheidung zu miſchen [27]), als genügender Beweis dafür angeſehen werden, daß für die materiellen Rechtsgrundſätze, nach welchen die Erledigung der kirchlichen Angelegenheiten erfolgen muß, nicht ſowohl der Inhalt der kirchlichen Landesgeſetzgebung, als der der kirchlichen Rechtsquellen entſcheidend ſei, und im Falle der Divergenz letzteren der Vorzug gebühre.

Unbedingt aber wird nicht einmal in formeller Beziehung das canoniſche Recht den Landesgeſetzen unterzuordnen möglich ſein. Denn manche Acte des Kirchenregiments, wie z. B. die Ordination, Benediction der Aebte, Profeßleiſtung, gehören zugleich dem Gebiete des Cultus an, und ſind weſentlich an beſtimmte religiöſe Feierlichkeiten gebunden, und auch wo dieſe unmittelbare Beziehung zum Cultus fehlt, kann nach den eigenthümlichen Verfaſſungsgrundſätzen der katholiſchen Kirche für die eine oder andere Angelegenheit eine beſtimmte Form der Erledigung und eine gewiſſe Weiſe der Procedur bald als ſo unerläßlich, bald als ſo unbedingt unzuläſſig erſcheinen, daß hier die ſtricte Beobachtung der formellen Vorſchriften der kirchlichen Landesgeſetzgebung Gewiſſenszwang oder eine Aenderung der Verfaſſung involviren würde; *hier* wird daher dem, was das canoniſche Recht vorſchreibt, und um ſo unbedenklicher der Vorzug gebühren, als die Landesgeſetzgebung ſelbſt für einzelne Fälle der Art dies anerkannt, oder wenigſtens nachgeſehen hat [28]).

---

in geiſtlichen Rechtsſachen dagegen die Inſtruction von den geiſtlichen Beiſitzern, nicht einmal immer unter Zuziehung jener, geführt wird.

27) Reſcr. vom 17. Juli 1800 sub No. 28. und Reſcr. über das Verh. des Juſtit. bei den geiſtl. Gerichten vom 28. Jan. 1804.

28) Den Grundſatz des canoniſchen Rechts, daß bei geiſtlichen Amtsvergehen zu Aufrechthaltung der kirchlichen Disciplin und der biſchöflichen Correctionsgewalt ordentliche Rechtsmittel gegen die Strafdecrete unzuläſſig ſeien, hat das Reſcr. vom 17. Juli 1800 sub No. 31., wenn ſchon ohne die desfallſigen Kirchengeſetze „als Quellen zu agnoſciren“, anerkannt (ſ. auch Starke a. a. O. S. 356. u. 363.). Bei der, dem Preuß. Verfahren fremden, officiellen Zuziehung eines defensor matrimonii iſt es, weil dies mit der ſacramentaliſchen Natur der Ehe in Zuſammenhange ſteht, in der Praxis nach Starke a. a. O. S. 351. geblieben, obwohl das angef. Reſcr. sub No. 25. dieſen Gebrauch eben

Innerhalb der ſo gewonnenen Grenzen dagegen, alſo einestheils für die *eigentliche Kirchenverfaſſung*, nach ihren inneren Bezügen und rückſichtlich der zwiſchen den Kirchenobern, den Geiſtlichen und den Mitgliedern der Kirche unter einander begründeten Rechtsverhältniſſe, anderntheils für die *Kirchenverwaltung in materieller Hinſicht*, d. h. rückſichtlich des Rechts zur Theilnahme und deren Umfangs, ſo wie rückſichtlich der Normen, nach welchen die einzelnen Angelegenheiten des Kirchenregiments zu beurtheilen und zu erledigen ſind, iſt ohne Zweifel dem canoniſchen Rechte die Bedeutung einer praktiſch giltigen Quelle, und wahrhaft rechtsverbindende Kraft beizulegen. Indem es aber, der Staatsgeſetzgebung gegenüber, unbeſtreitbar die Natur eines Statuts hat, in der Reception der katholiſchen Kirche auch ein Anerkenntniß ihrer Grundverfaſſung liegt, darf ſogar, nach dem im Landrechte ſelbſt ausgeſprochenen Grundſatze, daß die genehmigten Grundverfaſſungen und ſtatutariſchen Normen die nächſte Entſcheidungsquelle ſeien, bei etwaniger Differenz der kirchlichen Landesgeſetzgebung und des canoniſchen Rechts letzterem der Vorzug nicht beſtritten werden. Indirect und in einzelnen Beziehungen iſt dies auch in neueren Verordnungen anerkannt[29], jedenfalls aber für die wohlbegründeten Rechte und Intereſſen der Staatsgewalt ſo lange ohne Eintrag und Gefahr, als für alle Be-

---

ſowohl zu beſtätigen als zu reprobiren Bedenken trug. Abweichend von dieſem Reſcr. sub No. 30. und dem hiernach erlaſſenen Circ. der Weſtpr. Regier. vom 31. Oct. 1800 sub No. 8. (bei *Jacobſon* Th. 1. No. 112.) hat zwar ein Reſcr. vom 16. April 1801 (ebend. No. 113.) beſtimmt, daß gegen ein in dritter Inſtanz wider zwei conforme Erkenntniſſe ergangenes Scheidungsurtheil eine vierte Inſtanz, weil dem Preuß. Verfahren unbekannt, nicht ſtatt finden ſolle; nach *Starke* a. a. O. ſcheint es ſich aber in der Praxis doch erhalten zu haben, daß zur Trennung und Annullation einer Ehe zwei conforme Erkenntniſſe unerläßlich ſeien. Der Grundſatz des Landrechts (§. 376. h. t.), daß die Ausfertigung der Vocation für neu beſtellte Pfarrer dem Patrone gebühre, iſt eben ſo wenig, als daß der Gemeinde der neue Geiſtliche vorzuſtellen ſei (§. 326 flg. h. t.), auf katholiſche Pfarreien zur Anwendung gebracht (ſ. *Hartmann's* Prov.-Recht des Eichsf. S. 38. n. 390.), in wie fern nach den Grundſätzen der katholiſchen Kirche die Verleihung der geiſtlichen Amtsgewalt nur von dem kirchlichen Obern ausgehen kann.

29) Dahin gehören, abgeſehen von dem, was in vorſtehendem bemerkt iſt, namentlich auch die oben §. 1. angeführten Geſetze und Reſcripte.

ziehungen zwiſchen Kirche und Staat die prävalirende und abſolute Autorität der Landesverfaſſung und Landesgeſetzgebung feſtgehalten wird.

Nur da, wo eine abweichende Vorſchrift der Landesgeſetze über Gegenſtände der inneren Kirchenverfaſſung und Verwaltung ſich zum canoniſchen Rechte wie eine wahre Prohibitivnorm verhält, wird eine Unterordnung des letztern zu behaupten ſein, und jene, wenn auch vielleicht der der katholiſchen Kirche einmal eingeräumten Stellung weniger entſprechend, und innerer Nothwendigkeit ermangelnd, die präſumtive Rechtskraft des canoniſchen Rechts ausſchließen; ſelbſt für die Fälle, wo ausdrückliche Beſtätigung des canoniſchen Rechts vorliegt, iſt dies in den Geſetzen ausgeſprochen[30], um ſo weniger da, wo es nur präſumtive und ſtillſchweigend anerkannte Gültigkeit hat, zu bezweifeln. Jedoch wird keineswegs bloß um der dispoſitiven Form und Faſſung willen jede abweichende Beſtimmung der weltlichen Quellen ohne weiteres als Prohibitivgeſetz aufgefaßt werden dürfen. Anſcheinend ſprechen zwar dafür einige Verordnungen, welche den Kirchenobern ganz allgemein jeden „Verſtoß gegen die Landesgeſetze“ unterſagen[31]. Die Landesgeſetzgebung ſelbſt aber kennt nur ein ius circa

30) Nach dem Reſcr. vom 28. Jan. 1804 ſoll ſich zwar der Juſtitiar bei den geiſtlichen Gerichten nicht in die materielle Entſcheidung einmiſchen, aber doch darauf achten, daß in das Erkenntniß „nichts aufgenommen werde, was den Prohibitiv-Geſetzen des Landes zuwider läuft“.

31) So z. B. in den Reſcr. über Einrichtung der kathol. geiſtl. Inſtanzen vom 15. Febr. u. 15. Dez. 1799 (in Korn's Edict.-Samml. Bd. 8. S. 3. und Stengel's Beitr. Bd. 14. S. 159.) und im Regl. über Geſchäfts-Verth. zw. den Südpr. Laudescoll. vom 15. Dez. 1795 §. 4. Allein dort iſt nur von der Stellung der geiſtlichen Gerichte zu dem Juſtitiare die Rede, und da in der Conſtit. vom J. 1796, welche doch die Baſis bildet für das geiſtliche Gerichtsweſen, im §. 5. der Ausdruck „Landesgeſetze“ nur von den Geſetzen über bürgerliche Delicte und von ſonſtigen Strafgeſetzen gebraucht wird, auch das Reſcr. vom J. 1804, welches ex professo die Rechte des Juſtitiars beſtimmt, nur von Prohibitivgeſetzen ſpricht, ſo iſt auf jenen ſcheinbar allgemeineren Ausdruck kein Gewicht zu legen. Was aber das gedachte Reglem. betrifft, ſo ſollen hiernach zwar fiscaliſche Unterſuchungen eintreten, wenn katholiſche Geiſtliche „in ihren Amtsverrichtungen ſich einer Uebertretung Unſrer Staats- und übrigen Landesgeſetze ſchuldig machen“; allein unmittelbar vorher erklärt dies Geſetz, daß die geiſtliche Amts-

sacra in katholiſchen Kirchenangelegenheiten als Attribut der Staatsgewalt, und, abgeſehen von der Aufſicht, beſteht dies nur in dem Rechte der Zuſtimmung und Anerkennung, und in der Befugniß, den kirchlichen Einrichtungen und Grundſätzen bürgerliche Wirkung und Geltung im Staate zu verweigern; auch will die geſammte landrechtliche Geſetzgebung überall nur eine ſubſidiäre ſein, welche erſt in Ermangelung anderer rechtsgültiger Normen eintritt. So fern mit Motiv, Inhalt und Form des Geſetzes nur irgend vereinbar, wird im Zweifel vielmehr, nach dem eignen Vorgange der Geſetzgebung[32]), eine ſolche divergirende Vorſchrift entweder allein auf die evangeliſche Kirche zu beſchränken ſein, oder wo die Beziehung auf katholiſche Kirchenverfaſſung deutlich vorliegt, wird doch zunächſt, und ſo lange nicht Zweck und Sinn des fraglichen Geſetzes dem entgegenſteht, daſſelbe nur von placetirender Mitwirkung des Staats, und nur dahin verſtanden werden können, daß bei einer dem nicht entſprechenden Erledigung der bezüglichen Kirchenangelegenheiten die kirchenhoheitliche Genehmigung, falls dieſe nöthig iſt, nicht erfolgen würde, und die mit jener Angelegenheit ſonſt verknüpften bürgerlich-politiſchen Rechte und Wirkungen nicht Platz greifen könnten. Erſt wo mit voller Evidenz das Daſein einer wahren Prohibitivnorm feſtſteht, wird der weltlichen Kirchengeſetzgebung unbedingt der Vorzug gebühren, und

---

führung der Aufſicht der Landesbehörden nur unterworfen ſei, „wo Mitwiſſenſchaft, Genehmigung oder Mitwirkung des Staats nach Unſrer Regierungs- und Landes-Verfaſſung erforderlich", und da in dem entſprechenden Regl. für die Neuoſtpr. Landescoll. vom 3. März 1797 §. 8. dieſe Unterordnung nur in ſo fern anerkannt wird, als die Amtsführung „auf Staats- und bürgerliche Angelegenheiten Einfluß hat", ſo liegt deutlich vor, daß auch hier nicht ganz unbedingt, und auch rückſichtlich ihrer die innere Verfaſſung und Verwaltung betreffenden Beſtimmungen, ſondern nur in ſo weit die Landesgeſetze gemeint ſind, als ſie das landesherrliche ius circa sacra zum Gegenſtande haben.

32) Für mehrere Beſtimmungen der Landesgeſetze, welche dem Wortlaute nach ein ganz allgemeines Verbot enthalten, aber mit den canoniſchen Rechtsgrundſätzen und der Verfaſſung der katholiſchen Kirche unvereinbar wären, iſt bereits früher nachgewieſen worden, daß ſie entweder überall nicht auf die katholiſche Kirche angewendet, oder doch in ähnlicher Weiſe, wie wir im Texte behauptet haben, durch die ſpätere Geſetzgebung gedeutet worden ſind.

auch Seitens der kirchlichen Autoritäten zuzugeſtehen ſein; ſonſt dagegen kann den gemeinen Quellen des katholiſchen Kirchenrechts ſo wenig, als den particularen, rechtsverbindende Kraft abgeſprochen werden, und auch innerhalb der Preußiſchen Monarchie bildet daher das gemeine canoniſche Recht eine, vielfach zwar beſchränkte, immer aber noch höchſt wichtige und ergiebige Entſcheidungsnorm für die inneren Verfaſſungs- und Verwaltungsangelegenheiten der katholiſchen Kirche.

Zuſätze und Berichtigungen.

S. 20. Note 11. Ueber die zum Halberſtädter und Verdener Sprengel gehörigen Theile der Nord- oder Altmark vgl. Spieker's Kirchen- und Reform.-Geſchichte der Mark Brandenburg. Berl. 1839. Th. 1. S. 18. u. 19.

S. 26. Z. 13 flg. Was hier über den Streit Albrecht's des Bären mit Heinrich dem Löwen bemerkt worden, iſt dahin zu berichtigen, daß er ſchon mit des letzteren Vater, Heinrich dem Großmüthigen, in Streit gerieth, und von den Sächſiſchen Großen, welche für den noch unmündigen Heinrich den Löwen die Waffen ergriffen, zu dem erwähnten Verzichte genöthigt wurde.

S. 28. Note 7. Ueber das Wahlrecht des Leitzkauer Probſtes vgl. auch Spieker a. a. O. S. 97. u. 417.

S. 98. Note 23. Im J. 1818 iſt der Pfarrzwang für die katholiſche Gemeinde zu Stralſund aufgehoben worden, nur daß das Aufgebot immer noch in den evangeliſchen Pfarrkirchen geſchehen ſollte. Vergl. v. Kamptz Annalen. Jahrg. 1818. S. 158.

S. 109. Note 17. Z. 3. lies „faſt“ ſtatt „ſonſt“.

S. 125. Z. 6. lies 1466 ſtatt 1464.

S. 157. Note 20. Auch in Thurau iſt nach der angef. topograph. Ueberſ. S. 221. eine katholiſche Pfarrgemeinde.

S. 166. Note 4. Z. 2. lies „das rechte Ufer der Sieg“.

S. 234. Note 24. Auch in Hervorden und Minden hat bis auf die neuere Zeit der Magiſtrat Conſiſtorialrechte gehabt. S. Hof- und Staatshandb. v. J. 1804. S. 295.

S. 249. Note 23. In der Berl. Monatsſchr. Jahrg. 1793. S. 60 flg. bemerkt noch der Herausgeber, aus eigner landesherrlicher Macht habe ſowohl der große Kurfürſt zweimal für die Weſtfäliſchen Provinzen einen Generalvicar beſtellt, als im J. 1726 König Friedrich Wilhelm I. dort einen vicarius generalis in spiritualibus geſetzt, „daß er diejenigen Actus, welche der Röm. Religion nach qualificationem singularem erfordern, als Ordines zu ertheilen, Firmelungen zu thun, die Verfertigung des H. Oels, Einweihung der Kirchen und Altäre, Ordinirung der Geiſtlichen, verrichte“; doch giebt er weder ſeinen Gewährsmann an, noch weiteren Aufſchluß.

S. 256. Note 14. Seit der Säculariſation ſind nach dem angef. Hof- u. Staatsh. S. 293. die Lingenſchen Gemeinden der Aufſicht des Biſchofs von Hildesheim von der Regierung in ähnlicher Weiſe untergeordnet worden, wie die Oſtpreußiſchen dem Ermländer Biſchofe.

S. 339. Note 5. Ueber das ius spolii vgl. noch Zimmermann's Beitr. Th. 4. S. 93., wonach unter Preuß. Hoheit gegen eine Abgabe an den Penſionsfond darauf verzichtet worden iſt.

S. 340. Note 8. Z. 1. lies 1658 ſtatt 1638.

S. 350. Note 19. Wie das Verbot der Apoſtaſie von dem Clerus geltend gemacht worden, erhellt daraus, daß eine beſondere Declar. im J. 1758 nothwendig ſchien, diejenigen, deren Urgroßeltern noch katholiſch geweſen, ſollten nicht als Apoſtaten behandelt werden. Vgl. Worbs Geſch. von Sagan S. 415.

S. 351. Note 21. Nach Worbs die Rechte der evang. Gem. ꝛc. S. 221. ſetzte eine Verordn. vom 22. Novbr. 1737 für den Fall, daß vor Eingehung der Ehe keine Abrede getroffen, bei gemiſchten Ehen Erziehung der Kinder je nach dem Geſchlechte feſt.

S. 360. Note 2. Vgl. auch die Cammer-Circ. vom 12. Juli u. 6. Aug. 1765, wonach bei Anſetzung von Gutsunterthanen dieſen nicht die Bedingung gemacht werden durfte, daß ſie ihr Gut nur an Katholiken veräußern würden.

S. 368. Note 13. Nach Herber sacrae Silesiae origines p. 140. ſoll der König unterm 8. Januar 1748 dem Kapitel über die freie Biſchofswahl eine beſondere Aſſecurationsacte ertheilt haben.

S. 436. Note 18. Daß dem Ermländer Bisthume, ſo viel bekannt, die hergebrachte fürſtliche Würde nicht beſtätigt worden iſt, darf um ſo mehr auffallen, als dem jedesmaligen Erzbiſchofe von Gneſen noch im J. 1799 der fürſtliche Titel zugeſichert wurde (Reſcr. vom 22. April 1799 bei Leman a. a. O. Th. 2. S. 412.), und auch der Biſchof von Plock denſelben noch unter Preußiſcher Hoheit geführt hat (Hof- u. Staatshandb. v. J. 1804. S. 317.).

S. 441. Note 37. iſt noch zu vgl. Cromeri Polonia p. 199 sq.

S. 445. Note 58. Eine gleiche Zuſicherung, daß keine Steuer-Erhöhung erfolgen werde, iſt im J. 1794 für Südpreußen erfolgt. S. Leman a. a. O. S. 342.

S. 447. Note 62. Auch in der Bulle v. J. 1821 wird bemerkt, daß die mensa episcopalis des Ermländer Stifts firmis bonis ac reditibus dotirt ſei.

S. 536. Note 16. Daß der angef. §. 34. in Betreff der katholiſchen Kirche nur von den bürgerlichen Wirkungen der Feſttage zu verſtehen ſei, ſcheint auch die C. O. vom 24. März 1829 zu bewähren, welche bei Genehmigung der Publication des für die Rheinprovinz ergangenen Breve vom 11. Decbr. 1828 dahin einen Vorbehalt beifügt: „Ich ertheile dieſe Genehmigung kraft Meiner ausſchließlichen landesherrlichen Befugniß, die Feier chriſtlicher Feſttage in Beziehung auf den Staat zu ordnen, und unter ausdrücklicher Verwahrung gegen alle in der erwähnten Römiſchen Ausfertigung etwa vorkommenden Ausdrücke, die mit dieſem Meinem königlichen Vorrechte nicht zu vereinigen ſein möchten". Vgl. v. Kamptz Annalen Jahrg. 1829. S. 292.

S. 583. Z. 6. iſt nach Virneburg ein Comma zu ſetzen.

S. 699. iſt in der Ueberſchrift des §. 6. zu leſen: „Gegenreformationen in den benachbarten Ländern ꝛc.".

S. 741. Note 29. Nach Düsberg's Ueberſ. der Juſtiz-Verf. im Preuß. Staate (v. Kamptz Jahrb. Bd. 42. S. 74.) iſt das Reſſort des Ehrenbreitſteiner Delegats durch das Naſſauer Organ. Edict v. 31. Aug. 1804, und zwar dahin beſtimmt geweſen, daß demſelben nicht bloß in rein geiſtlichen, ſondern auch in Patronats- und Beneficialſachen und ſ. g. causis mixtis, wie namentlich über Begräbniß, Kirchengüter u. ſ. w., die Jurisdiction zuſtand.

Digitized by Google

S. 742. Note 33. Nach Düsberg a. a. O. S. 64. hat die Jurisdiction des Werler Officialats in Civilſachen der Geiſtlichen bis zur Einführung des A. L. R. im J. 1825 fortbeſtanden.

S. 771. Note 12. Z. 1. lies „vom 12ten April“.

S. 781. Z. 5. lies 1825 ſtatt 1815.

S. 784. Z. 1. v. u. lies „jenen die Regierung“ ſtatt „jener die Regierungen“.

S. 787. in der Rubr. u. Z. 4. lies „jetziges“ und „erweitertes“.

S. 791. Z. 10. v. u. iſt nach „eingeführt war“ ein Comma zu ſetzen.

S. 800. Z. 5. lies „Leſſen“ ſtatt „Leſſer“.

S. 801. Z. 8. v. u. lies „Hultſchin“ ſtatt „Hulſchin“.

S. 813. Note 4. Z. 4. lies „Diöceſan- und Pfarrverbandes“.

S. 815. Z. 5. v. u. lies „nach welchen“.

S. 825. Note 27. Z. 1. lies „dieſen“ ſtatt „dieſer“.

S. 827. Z. 14. lies „welcher“ ſtatt „welches“.

Halle,
gedruckt in der Buchdruckerei des Waiſenhauſes.

Digitized by Google